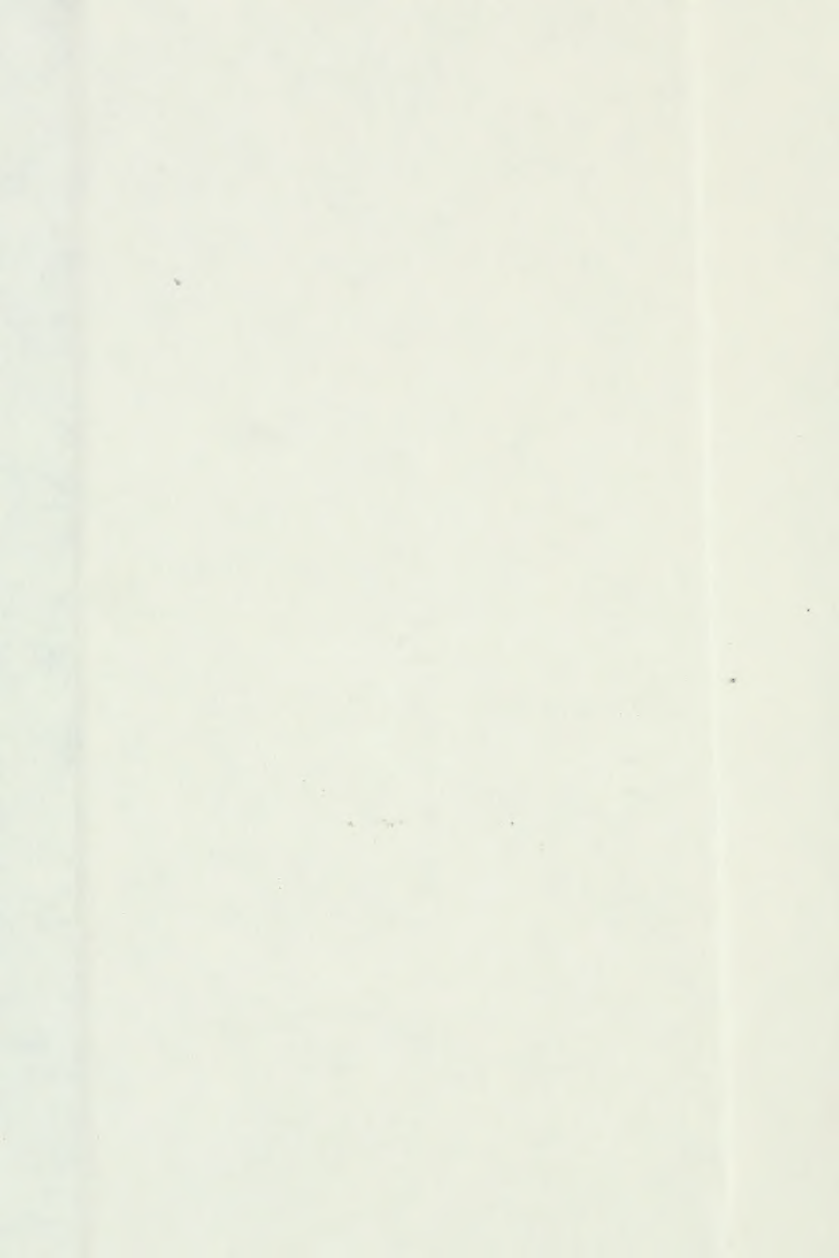
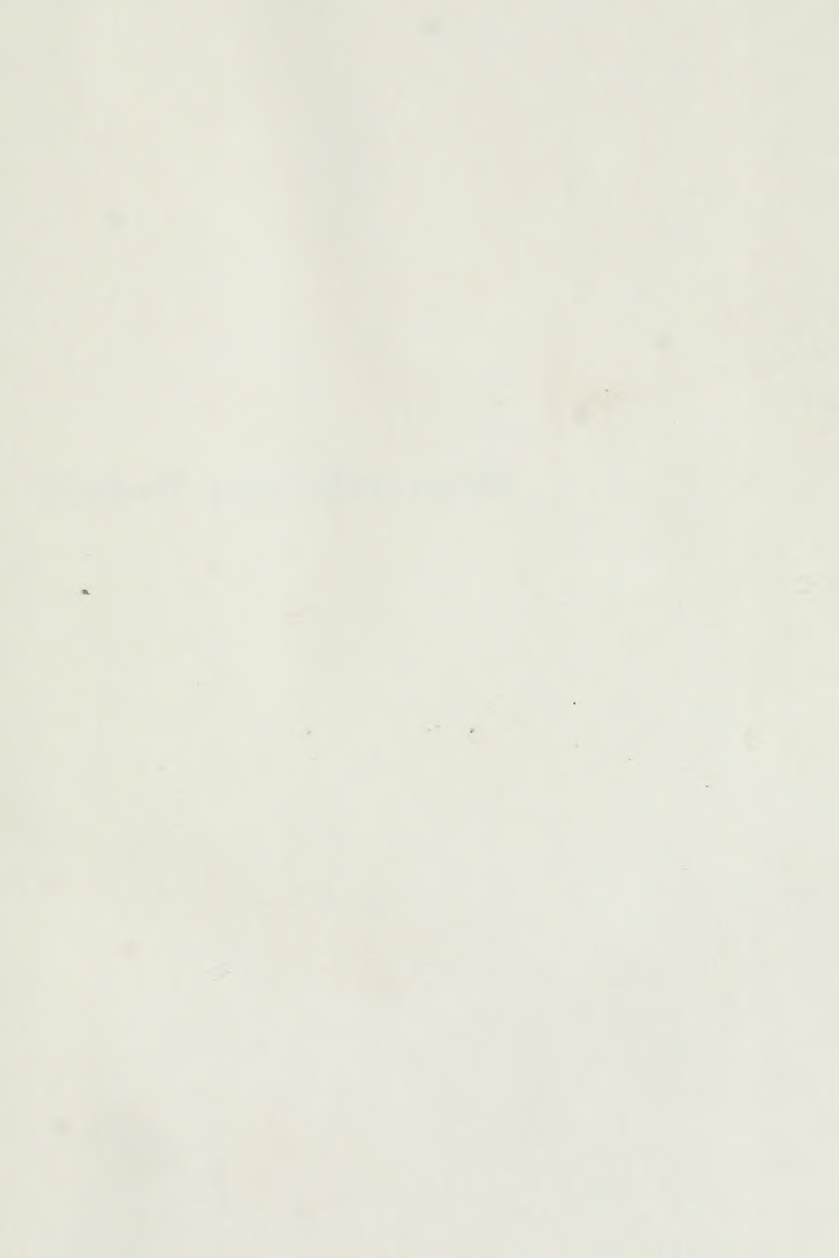




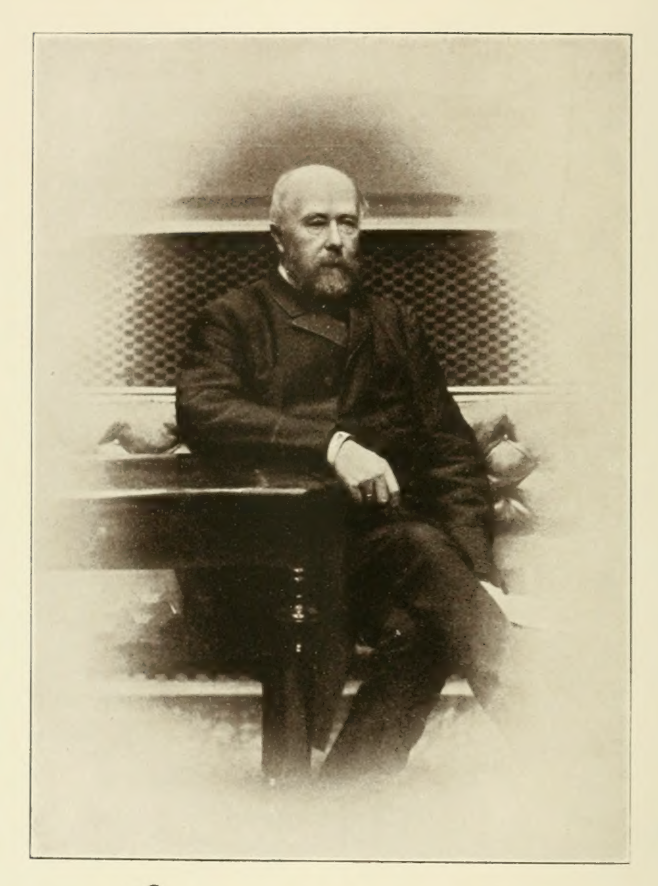




Rudolf von Bennigsen







R. v. Bennigsen

Im Reichstag 1882

Rudolf von Bennigsen

Ein deutscher liberaler Politiker

Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren

von

Hermann Oncken

Zweiter Band

Von 1867 bis 1902

Mit 6 Bildbeilagen

1. bis 3. Tausend



Stuttgart und Leipzig
Deutsche Verlags-Anstalt
1910

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Bildbeilagen



Drittes Buch

Nationale und liberale Politik im Deutschen Reich und in Preußen 1867 bis 1883



Erstes Kapitel

Die Begründung des Norddeutschen Bundesstaats 1867

Auch in der neuen Ordnung der Dinge seit dem Herbste des Jahres 1866 bewahrten die politischen Aufgaben Bennigsens ihre doppelte Front. So wie er bisher immer zugleich hannoversche und deutsche Politik getrieben hatte, so suchte er auch jetzt auf der einen Seite die schonende Hinüberführung der Provinz Hannover in den preußischen Staat zu erleichtern, auf der andern Seite aber den Norddeutschen Bundesstaat auf parlamentarischer Grundlage zu begründen und womöglich über den vorläufig getrennten Süden hinauszudehnen. Beide Richtungen seiner Politik hängen auf das engste miteinander zusammen und wirkten wechselseitig aufeinander ein, wenn auch, äußerlich angesehen, ihre Tendenz sich verschieden darstellt. Während Bennigsen in Preußen das provinzielle Sonderleben, zunächst das seiner Heimatprovinz, gegen allzu stark preußisch-unitarische Neigungen zu behaupten suchte, trieb er in Deutschland eher unitarische, gegen den Sondergeist der Einzelstaaten gerichtete Politik. Die hannoversche Aufgabe mußte, nachdem man sich in der Erklärung vom 1. Oktober entschlossen auf den Boden des Neuen gestellt und die eignen Wünsche formuliert hatte, zurückgeschoben werden, bis die preußische Regierung das Uebergangsjahr für geschlossen und die Stunde für eine organische Einverleibung für gekommen erklärt hatte: über Bennigsens Anteil daran wird das zweite Kapitel handeln. Die deutschen Angelegenheiten aber standen jetzt schon vor einer grundlegenden Neuordnung, vor deren Bedeutung selbst die heimischen provinziellen Sorgen zunächst verschwanden.

In einer sehr veränderten Verfassung, so sahen wir, ging die Mehrheit der Liberalen dieser Neuordnung entgegen. War doch das Reich ohne sie, eher gegen sie, gegründet worden, und aus den Händen des Siegers, den sie so oft zu stürzen vermeint hatten, mußten sie ihren Anteil an dem Neuen nehmen. Der erste norddeutsche Reichstag war nicht ein Parlament, das, wie 1848, die Selbstbestimmung einer souveränen Nation verkörperte, sondern, von den konservativen Gewalten ins Leben gerufen, nicht mehr als eine vereinbarende Versammlung, in der dem Anspruch der liberalen Ideen auf Geltung eine feste Grenze gesetzt war.

Dieser Umschwung hatte auch die äußere Parteiorganisation der Liberalen in eine Krisis geführt, zunächst in Preußen selbst, dann weitergreifend auch in Deutschland. Schon bei der Ausschußsitzung des Nationalvereins am 6. August 1866 hatte sich herausgestellt, „daß die nichtpreußischen Mitglieder die Thronrede durchgängig günstiger beurteilten, als dies zurzeit bei der Mehrheit der Fortschrittspartei der Fall zu sein scheint". Das Indemnitätsgesetz Bismarcks hatte dann die preußischen Liberalen der Fortschrittspartei und des linken Zentrums gespalten und den Grund zu einer „neuen Fraktion der nationalen Partei" [1]) gelegt, die der Regierung die Indemnität und die Anleihe nicht versagte. [2])

[1]) Erklärung von 24 Abgeordneten, 15 von der Fortschrittspartei und 9 vom linken Zentrum, vom September 1866. Konstituierung unter dem Vorsitz von Hennig, Twesten und von Unruh am 17. November 1866.

[2]) Die Stimmung der preußischen Liberalen in den Tagen des Umschwungs kennzeichnet ein Brief von O. Lüning an Bennigsen vom 24. September 1866: „Bismarck hat sich in sein Zelt zurückgezogen, weil sein Einfluß beim Könige, vielleicht seine Stellung gewaltig erschüttert sind. Er mag die Notwendigkeit einer Aenderung des Systems im Innern erkennen und daran gescheitert sein. Die Amnestie hat er nur durch den Kronprinzen durchgesetzt, und dieser hat die Unterschrift förmlich ertrotzen müssen. Der König hält alles, was wir tun, für pure Heuchelei. Das orthodoxe Junkertum erträgt die Ketzereien in der auswärtigen Politik („Also ... führt man mich!" hat der König bei Aufnahme der Annexionen in die Nikolsburger Präliminarien ausgerufen) nur um der fernerweiten guten Verköstigung und um der konservativen Tugenden der Herren Lippe und Eulenburg willen. Dieses Junkertum ist stets bereit, Bismarck ein Bein zu stellen, und v. d. Heydt intrigiert schon lange gegen ihn. Sein brüskes, impertinentes Auftreten in der Kommission und neulich im Hause gegen Hennig läßt annehmen, daß er zu Bruch und Auflösung treibt, die Bismarck, weiter blickend, zu vermeiden wünscht. Heydt, Lippe und Eulenburg stehen im Zenite, und Bismarcks Stern erbleicht. Bismarck ist jetzt der Damm gegen das Hereinbrechen der Reaktion: — das ist der Humor davon, würde Korporal Nym sagen. Wir kommen heute zur Anleihe. Ich würde es für ein Unglück halten, wenn die Regierung uns unter der nur mit einigem Schein zu beweisenden Behauptung auflösen könnte, wir hätten ihr das Geld für die Behauptung der Annexionen verweigert. Dann wäre eine neue Niederlage bei den Wahlen sicher, und was der Chauvinismus leisten wird, davon hat uns Vincke bei den Darlehenskassen einen Vorgeschmack gegeben. Ich begreife nicht, daß sich so kluge und nationale Leute wie Virchow, Schulze, Hoverbeck mit der kümmerlichen Abfindung mit der Vergangenheit im Kommissionsbericht befreunden können und unter den gegenwärtigen Verhältnissen von der Regierung verlangen können, sie solle erst ihre Ziele offenlegen, dann wolle man bewilligen. Die Ueberschreitung der Mainlinie ist der Krieg mit Frankreich, und da wir dieselbe fordern, so müssen wir auch einen Kriegsfonds haben, und ein Kriegsfonds, dessen Verwendung von der vorherigen Genehmigung des Landtags abhängt, ist ein Unsinn, weil dadurch ja die geheimen Pläne sogleich verraten werden. Von dem Staatsschatz kommen wir nach hohenzollerischen Traditionen unter der gegenwärtigen Regierung nicht

Damit begann für die gesamte Entwicklung des deutschen Liberalismus die folgenreiche Trennung zwischen denjenigen, die den Konflikt nicht überwinden konnten, sondern unerschütterlich an der konstitutionellen Parteidoktrin festhielten, und denjenigen, die, ob mehr aus nationalen oder mehr aus wirtschaftlichen Antrieben, sich mit der neuen Ordnung der Dinge abfanden, um in ihr das Möglichste für ihre politischen Ziele zu erreichen.

So begann die Persönlichkeit Bismarcks und das Heraufsteigen des neuen Reichs für lange Zeit einen gemäßigten Liberalismus von einem „entschiedenen", einen opportunistischen Liberalismus von einem doktrinären zu trennen. Gerade die Einsichtigsten der Liberalen erkannten, daß sie weder Kraft noch Recht hatten, in dieser Situation das Ganze ihrer Bestrebungen durchzusetzen. „Die Zeit der Ideale ist vorüber. Die deutsche Einheit ist aus der Traumwelt in die prosaische Welt der Wirklichkeit hinuntergestiegen. Politiker haben heute weniger als je zu fragen, was wünschenswert, als was erreichbar ist," so urteilte einer ihrer klügsten, Johannes Miquel, im Jahre 1867 in einer Osnabrücker Wahlrede. Und nicht anders war die Stimmung Bennigsens; vor der realistischen Veranlagung seiner niedersächsischen Natur und der gerechten Objektivität seines innersten Wesens begann jetzt der Doktrinarismus seiner ersten Periode zurückzuweichen. Nachdem er neun Jahre politischer Tätigkeit in den beschränkten Verhältnissen des hannoverschen Mittelstaats, dauernd zu der Rolle unfruchtbarer Opposition verurteilt, und in den Zukunftsplänen des Nationalvereins verbracht hatte, trat er nunmehr, ein Mann von zweiundvierzig Jahren, in die große Wirklichkeit eines nationalen Staatslebens hinüber, und seine ganze Natur sehnte sich danach, sich in positiver Weise an dem Ausbau dieses Werkes zu betätigen.

Gerade die hannoverschen Liberalen hatten von vornherein ihre Stellung unter den Opportunisten, die zur Mitarbeit entschlossen waren. Sie standen, wie die Mittel- und Kleinstaatler des Norddeutschen Bundes überhaupt, weniger unter dem verbitternden Druck der Konfliktszeit; auch sie würden Bismarck die Indemnität nicht versagt haben, wenn sie mitzureden gehabt hätten, und der preußische Minister hätte nicht ungern Bennigsen schon im Herbst 1866 im preußischen Abgeordnetenhause gesehen.[1]) Anders als die meisten Mitglieder der

---

los; wir müssen zufrieden sein, wenn er uns zu Kriegszwecken zur vorläufigen freien Verfügung steht und wenn er kontingentiert und auf ein Maximum (zirka 70 Millionen, Kosten einer Mobilmachung) beschränkt wird, etwa nach dem Amendement Michaelis und Lasker — das wird hoffentlich gelingen."

[1]) Er schrieb am 13. Oktober 1866 an Keudell: „Bei einer Wahlversamm-

altpreußischen Fortschrittspartei hatten diese Männer ihren Blick nicht zurück, sondern voraus, den Möglichkeiten zugewandt, die der nationale Staat ihnen gewähren sollte. Während jene in den alten Provinzen in dem überkommenen Gegensatz gegen die preußischen Konservativen als Oppositionspartei verharrten, lag das Verhältnis der Parteien in den neuen Provinzen umgekehrt. Da waren die ehemaligen hannoverschen Konservativen vielmehr zu der unversöhnlichsten Opposition gegen den preußischen Staat entschlossen, so daß die Liberalen eher an die Seite der Regierung heranrücken mußten: so waren sie, schon um der Provinz Hannover willen, darauf angewiesen, etwas zu erreichen und die provinziellen Sonderwünsche bei Bismarck zu vertreten. Außerdem stellte Hannover (wie überhaupt die nordwestdeutschen Gebiete) eine Vermittlung zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Extremen deutschen Lebens dar: einerseits gab es weder die alte vorgeschrittene Städtekultur des Westens und Südwestens noch die wesentlichen industriell-kapitalistischen Grundlagen, auf denen am Rhein und in Westfalen ein neuer Aufschwung des Bürgertums erwuchs; anderseits war man ebensoweit entfernt von der sozialen Struktur der ostelbischen Provinzen mit ihrem wirtschaftlich und politisch führenden Großgrundbesitze. Hier überwog vielmehr der mittlere Besitz in Stadt und Land, vor allem in dem Bauernstande: die Klassen, die in der alten Verfassung des Königreichs Hannover ungebührlich zurückgedrängt waren. So traf alles zusammen, daß gerade die Politiker, die hier wurzelten, auf der mittleren Linie eines Nationalliberalismus verharrten, der in der Anpassung an die neue Ordnung und im Ausgleich der Gegensätze seine Aufgabe sah. Bennigsen aber wurde der vornehmste Typus dieser Richtung.

Bennigsen an A. L. von Rochau.

Bennigsen, 29. Dezember 1866.

Wegen der Wahlen läßt sich hier noch nichts Bestimmtes tun, weil die Abgrenzung der neunzehn Wahlbezirke noch nicht publiziert ist. Unsre Vorbereitungen sind inzwischen im stillen im Gang. Eine große Wahlagitation wird es bei uns schwerlich geben. Die Flauheit ist sehr groß. Ein Umstand, welcher uns günstig ist, weil von den Gegnern nur die Ultramontanen organisiert sind, diese aber nur in drei bis fünf Wahlbezirken des Osnabrückischen und Hildesheimischen Chancen haben.

lung ist die Frage aufgetaucht, ob Bennigsen in Hannover und Braun in Nassau zur Kammer wählbar sind. Man hat dies verneint. Ich halte diese Auffassung für falsch und jene Leute, da sie jetzt Preußen sind, für wählbar. Ermitteln Sie die Ansicht des Justizministeriums und lassen Sie eventuell die Wählbarkeit dieser neuen Preußen in der Presse vertreten."

Nach den Berichten aus Berlin werden in den östlichen Provinzen Preußens sehr viele Konservative gewählt werden, am Rhein und in Westfalen vermutlich auch eine größere Anzahl Ultramontaner. Die Physiognomie des Parlaments wird von der des achtundvierziger außerordentlich abweichen und dasselbe, mit dem damaligen Maß gemessen, eine sehr bescheidene Rolle spielen. Gelingt es aber, was ich nicht bezweifle, mit Hilfe des Parlaments ganz Nord- und Mitteldeutschland militärisch und wirtschaftlich zu organisieren und auf diesen Gebieten noch einige Notbrücken nach Süddeutschland zu schlagen, so ist für die Weiterentwicklung eine sehr feste Grundlage gewonnen. Mehr kann die Nation zurzeit nicht verlangen, die doch an der heilsamen Krisis dieses Jahres ziemlich unschuldig ist und vorerst gar keinen begründeten Anspruch erheben kann, von der preußischen Krone und dem deutschen Richelieu den Parlamentarismus und den ganzen Komplex von Freiheiten in Gnaden verliehen zu erhalten. Solange wir mit Süddeutschland nicht fest vereinigt sind, wäre ein solches Regierungssystem auch sehr gefährlich; die widerstrebenden Elemente sind in Hannover, Holstein und Sachsen noch viel zu stark. Noch so liberale Konzessionen haben auf die Massen in diesen Ländern in den ersten Jahren keinen entscheidenden Einfluß. Hier wird die preußische Regierung erst absolviert werden, wenn sie auch Süddeutschland mit dem übrigen unter einen Hut gebracht hat. Was freilich unter allen Umständen erforderlich ist, ist, daß die Misere in einzelnen Personen und Mitteln des Berliner Systems aufhört. Wird unsre Partei im Parlament und im preußischen Abgeordnetenhause so stark, daß die Regierung ohne sie auf keine Majorität zählen kann, so müßte aber doch deren Leitung eine sehr ungeschickte sein, wenn sie für ihre Unterstützung der Regierung in der deutschen und auswärtigen Politik nicht so billige Konzessionen in der inneren Verwaltung und Gesetzgebung durchzusetzen verstände.

*

Die Wahlen für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes waren ein Ereignis in der deutschen Geschichte — selbst dann, wenn man den Einfluß der Gewählten auf die Gestaltung des von Preußen vorgelegten Verfassungsentwurfes nicht allzu hoch veranschlagte. Trat doch in diesem denkwürdigen Augenblick, wenigstens für den größeren Teil der Nation, das heißersehnte Verfassungsorgan ins Leben, um an ihrem Gesamtgeschicke dauernd mitzuwirken. Zu diesem Anteil waren auch die Tiefen aufgerufen, die bisher von aller politischen Betätigung ausgeschlossen gewesen waren, und niemand wußte, wie das Experiment des allgemeinen Wahlrechts, das Erbteil der Reichsverfassung von 1849, das Bismarck in der Stunde der Entscheidung sich angeeignet hatte,

ausfallen würde. Wenn somit die Wahl vom Februar 1867 fast den Charakter eines Plebiszites über die Umwälzungen des letzten Sommers annahm, so galt das im besonderen Sinne für die annektierten Provinzen, deren Bevölkerung Mann für Mann an die Urne gerufen wurde.

So berief denn Bennigsen, sobald der Wahltermin heranrückte, eine Versammlung seiner Parteifreunde zum 14. Dezember nach Hannover, um die Organisation der Wahlen zu besprechen und ein Wahlprogramm zu entwerfen. Das Zentralkomitee für die Wahlen, das aus dem ehemaligen Komitee für die Fortschrittspartei hervorgegangen war, hatte sich zwar für das ganze Gebiet des Norddeutschen Bundes konstituiert, beschränkte sich aber auf die alten Provinzen,[1] so daß die Hannoveraner auf sich selber angewiesen waren; schon hatte aus dem entlegenen Meppen der treue Planck den Freund gemahnt, daß man keine Zeit verliere.[2] Aus der Versammlung in Hannover ging ein aus Bennigsen, Albrecht und von der Horst zusammengesetztes Zentralwahlkomitee der nationalliberalen Partei — diese auch schon in Preußen einzeln angewandte Bezeichnung wurde hier zum erstenmal offiziell — hervor. Es erließ am 31. Dezember einen Aufruf, der sich, entsprechend der Erklärung vom 1. Oktober,[3] auf den Boden des Neuen stellte und folgendes Programm aufstellte, eines der ersten Dokumente dieses realpolitischen und gemäßigten neuen Liberalismus:

„[Dem König von Preußen] zur Seite muß das Parlament stehen, dem die Regierung verantwortlich ist, und das durch die ihm zustehenden Rechte — namentlich der Zustimmung bei der Gesetzgebung und Festsetzung des Budgets — imstande ist, die Interessen und Rechte des Volks nach allen Seiten zu schützen und zu fördern.

---

[1] L. Parisius an Bennigsen, 28. November 1866.

[2] Planck an Bennigsen, 6. Dezember 1866: „Ich bin der Ansicht, daß es dringend wünschenswert ist, daß zunächst eine Besprechung und Verständigung über die zweckmäßigste Verteilung der von uns überhaupt für das Parlament aufzustellenden Kandidaten auf die verschiedenen Wahlbezirke stattfinde. In manchen Wahlbezirken werden wir ziemlich sicher sein, mag diese oder jene Persönlichkeit als Kandidat aufgestellt werden, in andern hat vielleicht nur eine bestimmte Persönlichkeit Aussicht, gewählt zu werden; ferner ist es notwendig, einzelne, namentlich Dich, in solchen Wahlbezirken vorzuschlagen, daß Deine Wahl ganz sicher ist. Nun war es ja auch Dein Plan, sobald der Termin für den Zusammentritt des Parlaments feststehe, zunächst eine kleine Versammlung, zu der aus jeder Provinz eine oder zwei der Verhältnisse kundige Personen eingeladen werden sollten, zu veranstalten, und mit diesen teils die obige Frage, teils die Persönlichkeiten, an die man sich wegen der Wahlagitation zu wenden habe, teils die sonstigen dazu erforderlichen Schritte zu besprechen."

[3] Vgl. Kapitel 2.

„Die Kompetenz des Bundesstaats muß den Aufgaben desselben entsprechend bestimmt werden. Unentbehrlich für die Sicherheit und Machtstellung Deutschlands ist die einheitliche Organisation und Leitung des Heeres und der Marine, der auswärtigen und Handelspolitik. Daneben aber werden solche Bestimmungen zu treffen sein, daß es der Bundesstaatsgewalt möglich wird, allen gemeinsamen materiellen und geistigen Interessen der Nation eine kräftige und freiheitliche Entwicklung zu sichern. Auf solchen Grundlagen die Verfassung des Norddeutschen Bundesstaates herzustellen, muß die erste Aufgabe des Parlaments sein. Die Gefahren, welche aus der Lage der europäischen Verhältnisse entspringen, sind nicht gering. Mit Neid und tiefer Mißgunst sieht ein großer Teil des Auslandes auf die Entstehung des neuen mächtigen deutschen Staates.

„Die rasche und feste Begründung desselben ist das einzige Mittel, alle äußeren Gefahren zu beseitigen oder unschädlich zu machen. Sie wird auch die Lösung der zweiten Aufgabe — die Heranziehung Süddeutschlands — nicht erschweren, sondern erleichtern. Ein Staat, der die wahren Aufgaben eines solchen zu lösen: der die Sicherheit nach außen, wie das materielle Wohl und die Freiheit im Innern zu schützen und zu fördern imstande ist, ohne doch auf bestimmten Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung die berechtigte und wiederum für die Gesamtheit heilsame Selbständigkeit der einzelnen Teile zu beeinträchtigen — wird rasch und sicher eine mächtige Anziehungskraft auf die süddeutschen Länder ausüben, denen in ihrer Absonderung von dem übrigen Deutschland die wesentlichsten Voraussetzungen wirtschaftlicher wie politischer Selbständigkeit und Sicherheit fehlen. Aber freilich, vergessen wollen auch wir niemals: vollständig wird der Norddeutsche Bundesstaat, auch wenn seine Verfassung und seine Einrichtungen noch so vortrefflich sind, dem Bedürfnisse der Nation nicht genügen. ‚Das ganze Deutschland soll es sein!‘ Das fordert nicht bloß das deutsche Gefühl, sondern auch das deutsche Interesse; und wenn, solange der österreichische Kaiserstaat in seinem Zusammenhange erhalten bleibt, die Heranziehung der deutschen Teile von Oesterreich unmöglich ist, so muß um so dringender der mögliche Anschluß Süddeutschlands erstrebt werden."

Die alten politischen Gegensätze Hannovers brachen bei den Wahlen noch einmal verschärft wieder hervor.[1] Ein Flugblatt der partikularistischen Partei warnte die treuen Hannoveraner vor den ungetreuen, die nicht mehr Deutsche sein mögen und sich darum die Nationalen

---

[1] Ueber den Wahlkampf: M. Busch, Das Uebergangsjahr in Hannover, Leipzig 1867, S. 138—189.

nennen, welche die Schuld daran tragen, daß es so weit gekommen ist, da sie immer von Preußens deutschem Beruf gepredigt haben, und — wir wissen, wie unwahr das war — in der Stunde der Not „für unser Land und sein Recht kein Wort und keine Tat hatten". Auf der andern Seite bildeten die Organisationen der früheren hannoverschen Liberalen und des Nationalvereins den einzigen Stützpunkt für alle diejenigen, die in der Umwälzung des Sommers nicht nur ein beklagenswertes Ereignis, sondern auch die Eröffnung des Weges zum Nationalstaat erblickten. So suchten jetzt auch Männer, die ursprünglich sehr wenig gemein gehabt hatten mit den Nationalliberalen, wie sich die Anhänger Bennigsens jetzt zu nennen begannen, politische Fühlung mit ihnen. So der Göttinger Kirchenrechtslehrer Emil Herrmann, der hernach im Jahre 1872 Präsident des preußischen Oberkirchenrats wurde. So der von Haus aus konservativ gesinnte ehrgeizige Graf Georg Münster, der Sohn eines Mannes, der sich wohl als den diplomatischen Schöpfer des Königreichs Hannover bezeichnet hatte: er war fast das einzige Mitglied der hannoverschen Ritterschaft, neben Bennigsen, der unumwunden auf die Seite des Neuen trat. Bald schon sollte zwischen diesem konservativen Adligen und dem liberalen Adligen, die durch ihren Anteil an der Selbstverwaltung Hannovers dauernd in geschäftliche Berührung traten, eine politische und persönliche Freundschaft sich entwickeln, die in einem regelmäßigen und vertraulichen — leider nur auf der einen Seite erhaltenen — Briefwechsel von allgemein politischer Natur gepflegt wurde und bis zu dem Tode des Fürsten Münster-Derneburg andauerte.

Emil Herrmann an Bennigsen.

Göttingen, 2. Januar 1867.

Wir treiben hier der nahenden Parlamentswahl ohne Direktion entgegen. Als die Zeitungen von einem Wahlkomitee der nationalen Partei berichteten, welches sich für die hannoverschen Wahlen unter Ihrer Führung gebildet habe, erwarteten wir durch eine Kundgebung desselben die Richtung für unsre vorbereitende Tätigkeit zu erhalten. Dieser Tätigkeit bedarf es um so mehr, je gesammelter und in den Vorgängen der letzten Monate geübter der Apparat ist, mit welchem die partikularistische Partei für ihren Zweck arbeitet. Gewiß hat es seine guten Gründe und liegt nicht an Gleichgültigkeit oder Resignation, wenn jene Kundgebung bisher nicht erfolgt ist. Allein es scheint mir und meinen Freunden, die wir für die nationale Partei zu wirken uns angelegen sein lassen, keine weitere Zögerung zulässig: und es geschieht nicht bloß in meinem Namen, sondern auch im Auftrag gleichgesinnter

und tätiger Freunde von der Universität und Stadt, wenn ich mich an Sie mit der Bitte wende, uns baldigst durch Bezeichnung des von Ihnen für den Göttinger Wahlkreis in Aussicht genommenen Deputierten die erforderliche Direktion zu geben. Vielleicht ist es Ihnen genehm, auch eine weitere Mitteilung über die zur Durchbringung der aufzustellenden Kandidaten geeigneten Anknüpfungen hinzuzufügen. Legt man noch länger die Hände in den Schoß und überläßt namentlich die Landbevölkerung dem ausschließlichen Einfluß der auf die Restauration sinnenden Partei, so hat diese letztere viel Aussicht auf die Erfüllung ihres Wunsches, daß die gewählten Abgeordneten ihre Aufgabe lediglich in einem Protest gegen die im Gange befindliche Staatsveränderung sehen mögen. Daß diese Veränderung unerwartet in andrer Weise und mit andrer Methode ins Werk gesetzt ist, als unsre patriotischen Phantasien früher entwarfen, gestattet nicht, der gewaltigen Realität in rechthaberischer Weise den Rücken zu kehren und den Gegnern des wenn auch schmerzensreichen, aber deshalb nicht weniger großen nationalen Erwerbes der preußischen Siege das Feld zu überlassen.

Graf Münster an Bennigsen.

Derneburg, 6. Januar (1867).

Euer Hochwohlgeboren hoffte ich in diesen Tagen in Hannover zu treffen, um wegen der Wahlen zum Parlamente mit Ihnen zu sprechen. Ich werde in einem der Hildesheimer Wahlkreise als Kandidat auftreten, und wenn ich auch nicht erwarte, daß Ihre Partei mich wählen wird, so könnte man doch vielleicht sich verständigen. Ich lege Wert darauf, in ganz unabhängiger Stellung als gewähltes Mitglied des Reichstages nach Berlin zu kommen, da ich doch manche Verbindungen auch am Hofe habe und unserm engeren Vaterlande doch glaube einigen Nutzen schaffen zu können. Sehr gerne würde ich mich mit Ihnen über alles dies besprechen und würde mich sehr freuen, Sie hier zu sehen.

Derneburg, 13. Januar (1867).

Mein lieber Herr von Bennigsen!

Da ich glaube annehmen zu dürfen, nach dem, wie Sie sich neulich gegen mich ausgesprochen, daß Sie persönlich meine Wahl wünschen, erlaube ich mir, Ihnen noch einige Mitteilungen darüber zu machen. Wie ich soeben erfahre, ist Geheimer Rat von Alten-Linden in Wahlangelegenheiten als Chef eines mir unbekannten Komitees in Hannover, an dem, wie man sagt, auch Lichtenberg beteiligt ist (ich kann das kaum glauben), herumgereist, um gegen meine Wahl zu intrigieren, soll aber eben deshalb sehr günstig für mich gewirkt haben. In Hildes-

heim habe ich sehr viel Aussicht und würde den Distrikt im Harze aufgeben, wenn Graf Bennigsen sich bestimmt aussprechen und für meine Wahl erklären wollte; daß er das nicht tut, ist, glaube ich, auch der eben bezeichneten Quelle zuzuschreiben. Wissen Sie etwas von dem Altenschen Wahlkomitee und ist das dieselbe Quelle, aus der die acht Fragen in der „Volkszeitung" an Sie entspringen? Sollten Sie mich hier besuchen können, so würde ich sowie auch meine Frau sich sehr freuen, Sie hier zu sehen.

Derneburg, 2. März 1867.

Ich weiß, daß Sie freilich sehr beschäftigt sind, und wenn ich allerdings mir vorgenommen hatte, mich nicht mehr mit politischen Dingen, namentlich nicht in Beziehung auf unser engeres Vaterland, zu befassen, so kann ich mein Interesse an dem, was im großen Vaterlande vorgeht, nicht ganz unterdrücken, und möchte Sie bitten, mir in ein paar Zügen den Eindruck zu schildern, den Ihnen die ganze Lage in Berlin macht. Ich habe jetzt mit vielem Interesse die Berichte meines seligen Vaters durchgesehen, namentlich die aus Wien von 1814 und 1815, und bin dabei beschäftigt, eine kurze Schilderung der zwischen 1815 und 1867 liegenden Periode und der diplomatischen Beziehungen unter den europäischen Ländern zu schreiben und werde dabei Depeschen meines seligen Vaters veröffentlichen. Ein Vater liebt sein Kind, und so glaube ich, daß das Buch wohl einigen Eindruck machen wird, und wünsche einen guten sicheren Verleger zu finden. Da Sie mit der literarischen und politischen Welt bekannt sind, werden Sie sich danach erkundigen und mir einen solchen nennen können.

Daß ich jetzt nicht nach Berlin ging, freut mich insofern, als ich meine Frau, die leider sehr krank ist, nicht verlassen könnte. Die Art und Weise, wie ich einesteils von meinen Standesgenossen, aber auch von Ihrer Partei und der wirklich grundgemeinen „Hildesheimer Zeitung" behandelt bin, hat mich so von aller politischen Tätigkeit für dieses kleine und kleinliche Land disgustiert, daß ich am liebsten ganz fortginge. Außerdem werden hier die Verhältnisse durch die ungeschickten Maßregeln, falsche Wahl der Persönlichkeiten der Preußen immer unhaltbarer und unglücklicher. Dazu tut der Adel des Landes alles, um die Zustände zu verbittern. Ich habe vom Junker im allgemeinen und von Münchhausen in specie, der sehr irrtümlicherweise für einen Staatsmann gilt, niemals viel gehalten; ich habe ihn 1848 und nachher als Minister zu genau beobachtet. Daß er und die Junker Herrn Eichholtz mit Wut und Eifer als Reichstagsabgeordneten durchzubringen suchen, hat mich doch gewundert. Ich fürchte, daß durch törichte Opposition dieser Herren unsre Lage noch verschlimmert werde. Tun Sie

alles, was Sie vermögen, um zu veranlassen, daß man uns fragt und nicht mit geheimrätlicher Weisheit und Sicherheit mehr dumme Dinge mache. Ohne Veranlassung mag ich nicht nach Berlin gehen.

Derneburg, 16. März 1867.

Ich danke bestens für die gütigen Zeilen. An Brockhaus, der mir auch schon von andrer Seite empfohlen wurde, habe ich geschrieben. Ich schreibe täglich 6 bis 7 Stunden und will mein Buch schon im April erscheinen lassen, falls ich fertig werden kann. Ich hatte eigentlich halb und halb die Idee, nach Berlin zu kommen, jetzt ist aber der Moment schlecht gewählt. Mir würde es doch unangenehm sein, wenn ich jetzt in Berlin als Gesinnungsgenosse des Herrn von Münchhausen[1]) und Herrn Eichholtz angesehen würde. Glauben Sie, daß ich für das Land in Berlin nutzen kann, so komme ich doch, so ungern ich es auch tue, hinüber. Was Sie mir über die Stellung der politischen Parteien sagen, interessiert mich sehr. An einen Krieg mit Frankreich glaube ich noch nicht nach den Nachrichten, die mir von dort zukommen, obgleich es mit dem Kaisertum noch nicht so schlecht gestanden hat als jetzt, und man sich denken könnte, daß mit einem Kriege nach außen manches abgeleitet werden könnte. Der Krieg mit Deutschland um die Rheingrenze würde wohl in der Armee, sonst aber nicht populär sein. Wüßte die Regierung in Berlin, daß der Krieg in den nächsten zwei Jahren unvermeidlich wird, so würde ich unbedingt der Ansicht sein, je früher je besser; der Vorteil des Hinterladungsgewehres wird gerade den Franzosen gegenüber unendlich groß sein.

*

Bennigsen selbst wurde im achten Wahlkreise (Stadt Hannover) und im neunzehnten Wahlkreis (Otterndorf-Neuhaus) aufgestellt; die ihm von den Hildesheimern angetragene Kandidatur lehnte er ab.[2])

---

[1]) Der Abgeordnete Freiherr von Münchhausen, früher hannoverscher Minister, hatte am 11. März in heftiger Rede darüber geklagt, daß die preußische Regierung während des sog. Uebergangsjahres in Hannover gegen die welfischen Unruhstifter mit absoluter Gesetzlosigkeit regiere. Bennigsen hatte auf diesen Angriff am 12. März geantwortet.

[2]) Senator Römer in Hildesheim an Bennigsen, 11. Dezember 1866: „Bei der hier stattgehabten Besprechung der Wahlangelegenheit haben wir leider die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß unsre Partei hier von vornherein auf einen guten Ausgang der Wahl verzichten muß, wenn für den hiesigen Bezirk irgendein andrer als Sie aufgestellt werden sollte, und daß selbst für Ihre Wahl noch nicht einmal mit voller Sicherheit eingestanden werden kann. Mein und jeder meiner hiesigen Freunde Name würde zurzeit den Katholizismus und die Beamtenwelt zu leidenschaftlichsten Gegenanstrengungen aufstacheln."

Der ländliche Wahlbezirk, ein Teil der bremischen Marschen, in denen er schon im Jahre 1861 von der Bevölkerung beim Durchzuge wie ein König gefeiert worden war, war ihm von vornherein sicher; er hat diesen Bezirk (denselben übrigens, der im Jahre 1892 den Fürsten Bismarck in den Reichstag entsandte) und den benachbarten achtzehnten (Stade) hernach dauernd im Reichstage und Landtage vertreten. Dagegen war die Wahl Bennigsens in der Hauptstadt, in der im Frühjahr und Sommer ein wilder Volkshaß gegen ihn aufgewiegelt worden war, von vornherein zweifelhaft; hier hingen unendlich viele Gemütsbande und Interessen an dem Alten, und von dem Gegenkandidaten, dem ehemaligen Staatsminister von Münchhausen, demselben, der im September die Audienz bei König Wilhelm gehabt hatte, vermeinte die leichtgläubige Menge, daß seine Wahl am ehesten die Rückkehr König Georgs herbeiführen könne. Trotzdem hatte Bennigsen auf dem Versuche bestanden, da er der einzige seiner Partei war, der Aussichten hatte, gewählt zu werden.[1]) Er wurde in der Stadt Hannover von vierhundert der angesehensten Bürger als Kandidat aufgestellt, sein ehemaliger Freund aus dem Nationalverein, der alte Großindustrielle Georg Egestorff,[2]) empfahl ihn in persönlichen Aufrufen der Arbeiterbevölkerung, dem noch unerprobten politischen Faktor, auf den es gerade in der Hauptstadt ankam. In einer Versammlung der Arbeiter der Egestorffschen Werke sprach sich Bennigsen, der auf besondere Einladung erschienen war, auf Befragen über seine Stellung zu den speziellen Arbeiterinteressen aus. „Das allgemeine Stimmrecht," so heißt es in einem Zeitungsbericht über seine Rede, „beschlossen durch die unter dem freiesten Aufschwung vom gesamten deutschen Volke erwählte Nationalversammlung, festgestellt durch Reichswahlgesetz von 1849, und selbst einem Ministerium von Bismarck als der einzig mögliche Weg erschienen, bezeichnete er als hohen Gewinn für ein Volk wie das unsre, das an Bildung wie an sittlichem Ernste bis in die untersten Schichten allen Völkern Europas und, abgesehen von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, auch allen Völkern der Erde voranstehe; als einen Gewinn, zu dessen Erhaltung und Sicherung aber ein weiser Gebrauch desselben notwendig sein werde. Neben den andern, gerade den unteren Klassen besonders fühlbar werdenden Rechten der freien Bewegung, der freien Arbeit, ungehinderten Eheschließung war ihm das sog. Koalitionsrecht der Arbeiter eine Forderung der einfachsten Gerechtigkeit; und er konnte darauf hinweisen, wie schon seine nächsten Freunde in der letzten Zweiten Kammer, bei der Kommissionsberatung des Gewerbeordnungsentwurfes,

[1]) So in einem Briefe seiner Schwester Charlotte, 3. Januar 1867.

[2]) Aufruf vom 29. Dezember 1866. Ueber Egestorff: Bd. 1, S. 469.

dieses Recht verfochten und auch in der ständischen Kommission durchgesetzt hätten." Da aber die nationale Partei nach ihrer sozialen Zusammensetzung in Hannover einen ausgesprochen bürgerlichen Charakter trug, so wurde es den Partikularisten nicht schwer, die Arbeiter, unter denen sich bereits Lassallesche Organisationen befanden, zu sich herüberzuziehen, so daß dem liberalen und nationalen Kandidaten eine aus Partikularisten, Konservativen, Klerikalen und Sozialdemokraten zusammengesetzte Koalition entgegentrat: eine Parteienkonstellation, die für lange Zeit in der Provinz Hannover die Regel blieb.

Der Ausfall der Wahlen in der Provinz Hannover konnte nicht alle Wünsche der Nationalliberalen, noch weniger aber die sicheren Erwartungen der Anhänger des Welfenkönigtums befriedigen. Im ganzen wurden 144 188 Stimmen für die Anerkennung der neuen Ordnung und 129 885 Stimmen für Partikularisten verschiedener Färbung abgegeben. Wenn man von einem Plebiszit reden will, so hatten die Welfen die erste Schlacht verloren. Sie hatten in den neunzehn Wahlkreisen der Provinz (mit Einschluß der Nachwahlen) doch nur neun Kandidaten durchgebracht; in dem katholischen dritten Wahlkreise Meppen, dessen Name durch ihn berühmt werden sollte, war Windthorst gewählt worden; auch neben ihm waren besonders die gemäßigt liberalen Minister des Königreiches durchgebracht worden, von Hammerstein im sechsten, Erxleben im vierzehnten und sechzehnten Wahlkreis, von Münchhausen im achten (Stadt Hannover) mit 11 526 Stimmen gegen 5331 für Bennigsen abgegebene Stimmen; im siebten Wahlkreis hatte der Schatzrat von Bothmer über Planck, im neunten der Schatzrat von Rössing über Redeker, Bennigsens bäuerlichen Freund, gesiegt, im zwölften (Göttingen) Professor Zachariä über Miquel; in den Nachwahlen wurde im fünften Wahlkreise Assessor von Hammerstein und im vierzehnten Wahlkreise der von der welfischen Partei empfohlene Demokrat Eichholtz durchgebracht. Dagegen waren zehn Abgeordnetensitze von der Nationalpartei erobert worden; zunächst die beiden kaum ernsthaft umstrittenen ostfriesischen Mandate, sodann siegte Bennigsen in den bremischen Marschen mit 9455 gegen 2904 Stimmen, Miquel mit geringer Mehrheit in Osnabrück,[1]) Senator Römer in Hildesheim, Ellissen in Einbeck, König in Goslar, Grumbrecht

[1]) Miquel an Bennigsen, 6. Januar 1867: „Mit meiner Wahl sieht es noch sehr schlecht aus. Hier ist die Organisation bis jetzt zwar gut im Gange — beide protestantische Parteien haben sich unter meiner Direktion geeinigt, aber im Wahlbezirke stehen 51 000 Katholiken gegen 52 000 Protestanten, und so betrachte ich die Sache als ziemlich hoffnungslos. Viel liegt mir nicht daran, ins Parlament zu kommen, und ob man dort der Sache viel nutzen kann, ist nicht zu übersehen. Es wäre mir nur aus begreiflichen Gründen fatal, allenthalben durchzufallen, auch würde dies einen schlechten Eindruck machen."

in Harburg, Weber in Stade; in der Nachwahl gelangte auch Planck im vierzehnten Wahlkreise (Celle-Gifhorn) in den Reichstag. Wer das Ergebnis näher prüfte, erkannte, daß das allgemeine Wahlrecht, trotz seines scheinbar unhistorischen Charakters, auch hier, wie überall im Reiche, die alten historischen Landschaftsgrenzen von neuem bloßlegte: der Sitz der welfischen Partei war von vornherein im wesentlichen auf die althannoverschen Lande, die seit vielen Jahrhunderten zusammengehört hatten, beschränkt, während in den Erwerbungen des 18. und 19. Jahrhunderts, die längst der Sitz der liberalen Opposition gewesen waren, die Nationalliberalen einen sicheren Bestand eroberten. Freilich mußten auch sie erkennen, daß die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts auch ihren verschiedenen Gegnern einen stärkeren Anhang in den Massen verschafften, als man nach den Erfahrungen des hannoverschen Landtagswahlrechts hatte erwarten können. Immerhin waren die namhaftesten Führer der Liberalen gewählt worden; der Versuch des Grafen Münster, seine nationale und konservative Kandidatur durchzubringen, war an zwei Stellen vollständig gescheitert. Für die ganze nächste Generation fiel in dieser Provinz national und liberal zusammen.

Nun kam es darauf an, welcher Richtung der unter sich gespaltenen preußischen Liberalen die in sich geschlossene Gruppe der liberalen Hannoveraner nach ihrem Eintritt in das Parlament folgen würde. Es ist charakteristisch für die Unsicherheit der Parteibildung in dem konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes und die schwankende Beurteilung der Persönlichkeiten, daß sich in der gleichen Stunde Schulze-Delitzsch von der Fortschrittspartei, der alte Genosse aus dem Nationalverein, und der ihm bisher fernstehende Twesten von der neuen nationalliberalen Partei oder, wie sie sich bei ihrer Konstituierung am 17. November 1866 genannt hatte, der „Neuen Fraktion der nationalen Partei", zuversichtlich an Bennigsen als einen der Ihren wandten. Die Wahl, die Bennigsen traf und, wie wir sahen, treffen mußte, wurde für seine eigne politische Entwicklung ebenso entscheidend wie für die Parteigestaltung der nächsten Jahrzehnte überhaupt.

Schulze-Delitzsch an Bennigsen.

Potsdam, 18. Februar 1867.

Die Wahlen sind durch, und wir haben an unser erstes Auftreten im Parlament (eine der wunderbarsten Kombinationen in der Geschichte des Konstitutionalismus) zu denken. Soll nicht Konfusion im alleräußersten Grade unsre Anfänge geradezu chaotisch machen, so müssen wir sogleich mit festem Parteiprogramm eine feste Parteibildung herbeiführen. Machen wir uns also sofort an die Entwürfe, und vielleicht

wäre es recht gut, wenn Du mit einigen erprobten Freunden vielleicht schon Freitag abend oder Sonnabend auf der Durchreise hier in Potsdam bei mir einträffst, damit wir in Ruhe berieten. Sobald Du mir Deine Ankunft bestimmt meldest, lade ich noch einige Berliner bei mir ein. Noch ein Wort! Ihr habt, wie wir hören, einige Nachwahlen. Auch wir hatten darauf gerechnet, uns aber getäuscht, obschon sich noch nicht alles übersehen läßt. Nur fehlen uns, soweit bisher bekannt, Löwe, Virchow und Hoverbeck; Virchow freilich durch eigne Schuld, da er in Berlin an Laskers und Dunckers Stelle unbedingt durchging, wenn er nicht seine wunderlichen Erklärungen abgegeben hätte, welche eine Ablehnung in Aussicht stellten. Nehmt doch auf jene drei Rücksicht, deren Namen ja doch bei Euch auch einen guten Klang haben. Berlin hat durch Eintreten für Wiggers ja auch bekundet, daß es den Kirchturmsstandpunkt nicht innehält.

Twesten an Bennigsen.

Berlin, 18. Februar 1867.

Mein verehrter Freund,

beim Schluß unsrer Kammern verabredeten die Mitglieder der nationalliberalen Fraktion, bei Eröffnung des norddeutschen Parlaments wieder zusammenzutreten und die Abgeordneten, welche außer dem alten Preußen auf demselben Boden stehen, um ihren Anschluß zu bitten. Ich wurde speziell beauftragt, mich an Sie zu wenden, und wenn ich jetzt auch nicht legitimiert bin, mitzusprechen, da ich noch zur engeren Wahl stehe, will ich mich doch des Auftrags entledigen. Ich hoffe, Sie und die meisten der in Hannover gewählten Nichtpartikularisten werden sich mit unsern Nationalliberalen vereinigen, da nur in diesem Falle eine irgend zu berücksichtigende Einwirkung auf Parlament und Regierung denkbar scheint. Die Altliberalen, mindestens ein Teil von ihnen mit Vincke, Max Duncker u. s. w., werden so ziemlich mit der Regierung durch dick und dünn gehen; einige Mitglieder der äußersten Linken, Franz Duncker, Runge, ich fürchte fast, auch Schulze-Delitzsch, werden mit Großdeutschen, Ultramontanen und partikularistischen Preußenfeinden gegen alles stimmen; und zwischen diesen Elementen und dem jetzt zutage getretenen Verfassungsentwurf gegenüber werden diejenigen einen schweren Stand haben, welche eine Verbindungsform herstellen möchten, aber nicht Parlamentarismus und Verfassungsrecht preisgeben wollen. Hoffentlich werden sich in der Parlamentssitzung, mag sonst daraus werden, was da will, gute Verbindungen für die Zeit nach dem 1. Oktober knüpfen, und dafür zählen wir natürlich vorzugsweise auf Sie. Die Abgeordneten, welche sich den Nationalliberalen zurechnen,

werden auf Sonnabend den 23. abends von 6 Uhr ab nach dem Lokale von Zennig, Unter den Linden Nr. 13, zu einer Zusammenkunft eingeladen; hier werden Unruh, Hennig, Forckenbeck, wenn er bis dahin gewählt ist, die öffentliche Einladung unterzeichnen, und wir wünschen sehr, Ihren Namen mit daruntersetzen zu dürfen. Meine Bitte geht dahin, dies zu gestatten, und womöglich auf Ihre Freunde in und außer Hannover dahin zu wirken, daß sie sich mit den preußischen Abgeordneten zu einer Partei zusammenschließen mögen, die den Namen national und liberal verdient.

*

Die neue liberale Parteibildung schwankte, nachdem die Abgeordneten in Berlin eingetroffen waren, noch einige Tage hin und her, nicht bloß aus dem äußerlichen Grunde, daß viele Abgeordnete aus den annektierten Provinzen und den Bundesstaaten ohne rechte Fühlung untereinander und mit den Preußen waren, sondern vor allem aus dem innerlichen Grunde, daß man von vornherein zu dem von Bismarck vorgelegten Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes Stellung zu nehmen versuchte: ob man ihn von Grund aus umgestalten oder als eine verbesserungsfähige Grundlage ansehen wollte, ob man mit dem Maßstabe der liberalen Doktrin oder der realpolitischen Erwägung an das Werk der Sieger von 1866 herantreten wollte.

Zunächst fanden in den Tagen vom 23. bis 26. Februar mehrere Besprechungen statt, an denen sich alle Liberalen — „Nationale" und „Demokraten", wie die „Kreuzzeitung" sagte — beteiligten, um sich über ein fortlaufend gemeinsames Vorgehen zu einigen. Namentlich von den Hannoveranern hieß es, daß sie die Bildung einer gesamtliberalen Partei erhofften. Es stellte sich jedoch alsbald heraus, daß eine solche Einigung aller unmöglich war. Die prinzipielle Stellung zu dem Verfassungsentwurf übertrug vielmehr die seit dem Herbst 1866 unter den preußischen Liberalen vorhandene Spaltung auf den gesamten norddeutschen Liberalismus und trieb ihn endgültig auseinander. Eine unter Bennigsens Vorsitz am 27. Februar abgehaltene Versammlung,[1] an der etwa 60 Abgeordnete teilnahmen, ergab, daß die Mehrheit der Liberalen zu dem realpolitischen Wege der Vermittlung entschlossen war. So sprach Bennigsen sich in seiner Eröffnungsrede aus: „Dürfe man einerseits hoffen, daß Bismarck den Wünschen der nationalen liberalen Partei Gehör schenken und sie nach Möglichkeit zur Erfüllung bringen werde, so ständen anderseits den Nationalen im Parlamente die Vertreter konservativer politischer Anschauungen in nahezu gleicher Stärke, dem

[1]) Bericht der „Nationalzeitung" vom 3. März (nach der „Schlesischen Zeitung") und des „Wochenblatts des Nationalvereins".

Parlamente ständen sodann die verbündeten Fürsten gegenüber. So müßte ein Weg gangbar gemacht werden, der wohl jedem Beteiligten Opfer auferlegen, keinem aber Unerträgliches, den historischen und wirklichen Verhältnissen Widerstrebendes zumuten dürfte. Genaue Prüfung des Verfassungsentwurfes im einzelnen wäre gewiß geboten, aber jede Stunde wäre kostbar und dürfte nicht in nutzlosem Streit verloren gehen, da die Aufrichtung des Norddeutschen Bundes auf Grund der Verfassung bis zum 18. August 1867 endgültig erfolgt sein müßte, denn nur bis zu diesem Tage wären die beteiligten Staaten zur Erfüllung des Offensiv- und Defensivbündnisses, wie zur Herstellung einer Bundesverfassung verpflichtet."

Man beriet zunächst darüber, ob es schon jetzt an der Zeit sei, ein scharf formuliertes Programm aufzustellen, damit sich an diesem die verschiedenen Elemente entweder scheiden oder vereinigen könnten. Man begnügte sich aber schließlich, eine allgemeine Uebereinstimmung festzustellen, die Bennigsen dahin formulierte, daß man weder den Verfassungsentwurf en bloc annehmen wollte, wie die Konservativen, noch ihn — für den Fall, daß gewisse bereits formulierte freiheitliche Forderungen nicht zugestanden werden sollten — en bloc wie die Linke verwerfen wollte: vielmehr wollte man ihn zugrunde legen und das Zustandekommen des Verfassungswerkes mit allen irgend erreichbaren Garantien für die freiheitliche Entwicklung der Nation zu finden suchen. Insbesondere erklärte man, daß die Zuständigkeit des Reichstages im Budgetrecht, namentlich für Heer und Marine, nicht in der Weise beschränkt werden dürfe, wie es der Verfassungsentwurf wolle; man dürfe gerade in dieser Frage nicht unter die Linie der Rechte hinabgehen, welche die Verfassungen aller Bundesländer bis jetzt ihren Ständen bewilligt hätten; doch auch in dieser Frage blieben die Stimmen vereinzelt, welche die Erlangung des Budgetrechtes nach Maßgabe der preußischen Verfassung zur conditio sine qua non der Vereinbarung machen wollten. Man wollte sich nicht binden, „wenn man auch auf der andern Seite die Wahrheit dessen nicht verkannte, was namentlich Bennigsen betonte: die Partei müsse sich gegen rechts und links nicht allein durch Negation, sondern auch durch eine bestimmte Position unterscheiden". Am nächsten Tage erfolgte unter Bennigsens Vorsitz die Konstituierung. Ein festes und geschriebenes Programm wurde zunächst nicht aufgestellt, sondern der Zukunft vorbehalten; einstweilen beruhte es in einer mündlichen Auseinandersetzung Bennigsens, die das Ergebnis der Beratungen zog. Es waren an diesem Tage 53 Mitglieder, die bei der Begründung der nationalliberalen Partei sich unterzeichneten. In einer schon von 63 Mitgliedern besuchten Fraktionssitzung am 4. März wurden Ben-

nigsen, Braun-Wiesbaden und von Unruh zu Vorstandsmitgliedern gewählt. Bis zum 15. März stieg die Zahl der Mitglieder auf 72.

So schied man sich von der entschiedenen Linken, die unter Waldeck, Schulze-Delitzsch, Franz Duncker — schon hatte sich der jugendliche Eugen Richter zu ihnen gesellt — nicht viel mehr als 20 Mitglieder umfaßte. Nach rechts hin schlossen sich die Altliberalen an, die sich unter der Führung Vinckes und Max Dunckers als Zentrum konstituiert hatten, zwar eine Reihe späterer Minister, wie Falk und Friedenthal zählten, aber auch auf etwa 20 Mitglieder zusammengeschrumpft waren. Eine nähere Fühlung als mit den Altliberalen ließ sich jedoch mit den Freikonservativen anknüpfen, die unter der Wirkung der Bismarckschen Politik sich ebenfalls von ihrer alten Partei losgelöst hatten, opportunistische und „nationale" Konservative, die sich bald mit den opportunistischen und nationalen Liberalen gut verstanden. Aber auch die alten Konservativen waren durch die Wahlen angewachsen. Für sich standen die Partikularisten, zumal von Hannover, Sachsen, Schleswig-Holstein, und die wenig zahlreichen Klerikalen und Polen. Die Präsidentenwahl zeigte, daß die Konservativen und die Liberalen sich etwa die Wage hielten, ohne daß feste Majoritäten sicher erkennbar waren. Zum Präsidenten konnte der den Altliberalen nahestehende Simson erst im zweiten Wahlgange gegen den Kandidaten der Konservativen, den freikonservativen Herzog von Ujest, gewählt werden; der Herzog von Ujest siegte dann, auch durch die Altliberalen unterstützt, bei der Wahl zum ersten Vizepräsidenten über Bennigsen; dafür gewann Bennigsen bei der Wahl zum zweiten Vizepräsidenten den Sieg über einen von Konservativen und Partikularisten aufgestellten Sachsen. Jedesmal wechselte das Bild nach der wechselnden Stellung der kleinen Gruppen. Immerhin waren die Liberalen zufrieden, daß die repräsentativen Namen der ersten Nationalbewegung von 1848/49 und der zweiten von 1859/66 in dem Präsidium des konstituierenden Reichstages vertreten waren.

Von vornherein war die Zusammensetzung der neuen nationalliberalen Partei ungleichartiger, dafür aber auch umfassender als die irgendeiner andern Fraktion. Sie erstreckte sich über den ganzen Umfang des Norddeutschen Bundes; die ungefähr 30 Altpreußen stellten nur die kleinere Hälfte dar; zu ihnen gesellten sich etwa 16 Angehörige aus den annektierten Provinzen, die Hannoveraner, Kurhessen und Nassauer; fast ebenso zahlreich wie die Altpreußen waren die Abgeordneten aus den Bundesstaaten, zumal aus den kleineren, die hier den ihnen zusagendsten Anschluß fanden, während die Sachsen entweder nach rechts oder nach links gegangen waren. Auch die politische Färbung unterlag, je nach der Herkunft, verschiedenen Nuancen. Unter den

Preußen waren nicht nur Männer der alten Fortschrittspartei, wie Unruh, Forckenbeck, Lasker, Twesten, und des linken Zentrums, wie Heinrich von Sybel, sondern auch Altliberale, wie Graf Schwerin, der ehemalige Minister, Gustav Freytag, Röpell und Lette vertreten; in den Hannoveranern Bennigsen, Miquel, Planck, Weber, dem Kurhessen Oetker, den Thüringern Fries und Rückert, dem Mecklenburger Wiggers, lebten die Tendenzen des Nationalvereins fort; in andern, wie dem Nationalökonomen Otto Michaelis, in den Reedern H. H. Meier (Bremen) und Sloman (Hamburg), dem Industriellen Grafen Henckel von Donnersmarck waren die großen wirtschaftlichen Interessen vertreten. Es konnte nicht ausbleiben, daß wenigstens innerhalb der Fraktion Richtungen so verschiedenen Ursprungs auch nach verschiedenen Seiten strebten. „Unsere Fraktion," so schrieb Freytag an Herzog Ernst von Koburg am 15. März, „hat ihre Rechte und ihre Linke; die erstere besteht aus den neu annektierten Abgeordneten (Braun, Miquel), die Linke aus den Berlinern (Twesten, Lasker, Unruh); Bennigsen hält die Mitte." [1]) Das scharfe Auge Bismarcks hatte im ersten Augenblick diesen inneren Gegensatz erkannt. Schon am 7. März schrieb die offiziöse „Provinzial-Korrespondenz", die nationalliberale Fraktion wolle im allgemeinen die nationalen Zwecke der Regierung fördern, dabei aber gewisse Forderungen zur Sicherung größerer parlamentarischer Rechte durchsetzen; es sei fraglich, ob innerhalb dieser Fraktion die Liberalen aus den neuen Landesteilen, die größtenteils mit weit milderen Absichten in den Reichstag eingetreten seien, auf die Dauer mit den Mitgliedern aus den altpreußischen Provinzen zusammengehen würden, die bisher der Opposition in der preußischen Kammer angehört hätten. Schon bevor die politische Tätigkeit der neuen Fraktion begonnen hatte, sind alle jene Faktoren sichtbar, die nachher länger als ein Jahrzehnt ihre Haltung bestimmen: in ihrer geographischen Ausdehnung, ihrer Zusammensetzung, man möchte fast sagen in der vorläufigen Programmlosigkeit, aber auch in der Neigung Bismarcks, den linken preußischen Flügel (Lasker-Twesten) womöglich abzutreiben; schließlich auch in dem Schlußwort Freytags, das den Biographen besonders angeht: „Bennigsen hält die Mitte." Schon blickten auch die alten Freunde aus dem Süden voll Hoffnung auf diese Tätigkeit.

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, 5. März 1867.

Es ist mir Bedürfnis, verehrter Freund, meine Freude auszusprechen über die verdiente Anerkennung, welche Sie sich auch in den

---

[1]) Tempeltey, Gustav Freytag und Herzog Ernst im Briefwechsel, S. 221.

Kreisen des Reichstags erworben haben. Ich sehe in der Wahl des Präsidenten zugleich ein gutes Zeichen dafür, daß es gelingen wird, zu einem vernünftigen Abschluß zu kommen.

Daß es notwendig, in die Beratung des Entwurfs einzutreten, aber Ergänzungen und Aenderungen vorzunehmen, ist auch meine Ansicht. Ich wünsche keine Aenderungen oder Ausmerzungen von dem, was die Einheit stärkt; aber nach der andern Seite hin müssen doch auch die konstitutionellen Rechte gesichert werden, welche schließlich der Gesamtheit — nicht dem Partikularismus — wieder zustatten kommen. Ich wünsche dies besonders um des noch getrennten Südens willen, dem einiges Mißtrauen gegen den militärischen Einheitsstaat wohl zu verzeihen und der nur durch die bundesstaatliche Form und durch verfassungsmäßige Zusagen zu gewinnen ist. Sie sind nun freilich wohl ein Einheitsstaatler geworden; doch haben Sie als Annektierter wohl auch schon empfunden, daß mit Gewalt nicht alles in die rechten Falten zu legen ist und daß Gegenleistungen notwendig sind, um das Volk mit den erhöhten Anforderungen auszusöhnen. Solche Gegenleistungen finde ich in den Bestimmungen des Entwurfs über volkswirtschaftliche Gegenstände, welche ganz vortrefflich sind. Aber sie schließen nicht aus *politische* Konzessionen, wie sie fast in jeder Verfassung sich finden und nur anzuwenden sind auf die deutsche Volksvertretung.

Doch ich habe mich bereits in der neuen, vierten Auflage meiner Schrift über die Ursache des Krieges und seine Folgen ausgesprochen, welche ich heute unter Kreuzband abgehen lasse. Die erste Edition haben Sie wohl seinerzeit empfangen. Die gute Aufnahme, welche die Schrift bisher gefunden, ist wohl ein günstiges Zeichen, daß der Antagonismus nachgelassen hat. Natürlich wäre es mir um der Sache willen lieb, wenn sie in reichstäglichen Kreisen nicht unbekannt bliebe. Fällt die Bundes- oder Reichsverfassung gut aus, so wird Württemberg wie 1849 unter den ersten sein, die beitreten.

Es würde mich herzlich freuen, bald von Ihnen wieder einige Worte zu erhalten — nach so langem Schweigen.

Briefe Bennigsens an seine Frau aus dem konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes.

Berlin, 3. März 1867.

Du wirst gewiß schon nach Nachrichten von mir verlangt haben. Heute — Sonntag früh — sind es aber die ersten Stunden, welche ich ruhig zu Hause zubringe. Wenn es Dir recht ist, werde ich es auch künftig so halten, daß ich Dir immer am Sonntag vormittag schreibe,

wo ich regelmäßig die beste Zeit haben werde. Diese erste Woche ist in der Tat sehr unruhig für mich gewesen, da wir erst mit der Bildung der Parteien im reinen sein mußten, was bei der großen Zahl neuer Mitglieder und den Zerwürfnissen in dem alten preußischen Abgeordnetenhause erhebliche Schwierigkeiten bot. Seit vorgestern ist es gelungen, eine nationalliberale Mittelpartei zu gründen, in welcher sich bereits 60 Mitglieder befinden und die binnen kurzem gegen 80 Mitglieder stark sein und möglicherweise auf einen glücklichen Ausgang des ganzen Verfassungskampfes von entscheidendem Einfluß sein wird. Gestern nachmittag hat sich auch der Reichstag konstituiert. Die Präsidentenangelegenheit hatte die Tage vorher eine große Treiberei veranlaßt. Die Abstimmung dauerte auch nicht weniger als fünf Stunden. Eine Koalition der feudalen Partei mit den sächsischen Partikularisten ist aber unterlegen. Gewählt sind Simson — der Präsident des Frankfurter Parlaments — aus unsrer Partei als erster Präsident, der Herzog von Ujest — von der Partei der sog. freien Konservativen — und ich als Vizepräsidenten.

Ganz vorherrschend ist hier die Stimmung, daß etwas zustande kommen wird. Die Partei der Feudalen für Annahme des Verfassungsentwurfs en bloc zählt etwa nur 60 Mitglieder, die radikale Linke, welche einen ganz entgegengesetzten Entwurf ausarbeiten will, nur zirka 30 Mitglieder, Polen und partikularistische Pessimisten zirka 30 Mitglieder. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß auf Grundlage des Entwurfs eine Vereinigung erfolgt, wenn die preußische Regierung sich entschließt, dem Parlamente noch eine Reihe von Rechten einzuräumen, welche die einzelnen Abgeordnetenhäuser besitzen, die dem Parlamente aber, obgleich die ersteren sie künftig verlieren sollen, im Verfassungsentwurf nicht zugestanden sind. Ueber das Mehr oder Minder dieser Rechte wird es aber noch sehr bedeutende Kämpfe geben. Sehr befriedigend wird das Resultat für die verfassungsmäßigen Rechte nicht werden. Dazu sind die Wahlen in Preußen viel zu konservativ ausgefallen, und die 15 von 23 Sachsen alter Beustischer Garde sind jeden Augenblick für die preußische Regierung zu haben, wenn diese mit der sächsischen einig ist. Bismarck hat freilich ein sehr starkes Bedürfnis, mit der Verfassung des Norddeutschen Bundes bis zum Frühjahr fertig zu werden, sich auf eine imposante Majorität des Reichstags und nicht auf eine notdürftige, aus allerlei faulen und entgegengesetzten Elementen desselben zusammengetrommelte Mehrheit stützen zu können, damit er weder beim Auslande noch beim preußischen Abgeordnetenhause demnächst unangenehme Schwierigkeiten findet. Wir wollen daher die Hoffnung nicht aufgeben, daß neben der starken Zentralgewalt, welche

Preußen in dem Entwurf von den übrigen Fürsten bereits eingeräumt ist, wenigstens in der Hauptsache ausreichende Befugnisse auch für den Reichstag noch durchgesetzt werden.

Eine ganz absonderliche Rolle werden hier unsre hannoverschen Partikularisten spielen, welche gewählt sind, um den König Georg in einigen Wochen wiederzubringen. Die hiesigen Konservativen machen große Anstrengungen, sie herüberzuziehen; und wenn man das Benehmen der Hannoveraner bei dem ersten Hoffeste nach der Eröffnung berücksichtigt, so werden diese Bemühungen bei den meisten unsrer Partikularisten einen sehr dankbaren Boden finden. Darüber wird sich in Hannover auch nur der große Haufe wundern, welcher so töricht war, auf die unsinnigsten Hoffnungen hin diese Herren zu wählen. Am festesten werden sich übrigens noch Münchhausen und Bothmer beweisen.

Berlin, 10. März 1867.

... Hier lebte ich die Woche in einem solchen trouble von Geselligkeit und politischen Vorarbeiten, daß ich noch nicht recht zu mir selbst gekommen bin.[1]) Außer einer Stunde nach dem Kaffee bin ich eben noch nicht zu Hause gewesen. Allmählich wird aber mehr Regelmäßigkeit in die Sache kommen. Gestern hat die allgemeine Beratung der Verfassung begonnen. Die wird noch zwei bis drei Tage dauern, dann, nach einer Pause von einigen Tagen, zur Vorberatung in den Parteien, die eigentliche Beratung und erste Beschlußfassung über den Entwurf folgen, welche mehrere Wochen dauern wird. Miquel hat gestern eine sehr brillante Rede gehalten, welche viel Aufsehen machte. Die Preußen — namentlich Twesten — sprechen aber entsetzlich lange. Ueber das Endergebnis des Reichstages ist noch kein irgend begründetes Urteil zu fällen. Es heißt, der König wolle gar nichts nachgeben. Bismarck wird also zunächst versuchen, den Entwurf so oder mit nichtssagenden Aenderungen zur Annahme im Reichstage zu bringen. Nur wenn die Schwierigkeit bei uns oder demnächst im Abgeordnetenhause und der damit verbundene Zeitverlust ihm zu groß erscheinen, wird er wesentliches nachgeben und eben aus der Annahme dieser Konzessionen beim König eine Kabinettsfrage wagen, was von ihm schon wiederholt in andern Dingen mit Erfolg geschehen ist. Dies ist meine vorläufige Ansicht.

Der Großherzog von Baden ist, wie ich vom Markgrafen Wilhelm

---

[1]) Bernhardi, VII, S. 340, erzählt von einem Hofball am 5. März 1867: „Auch R. Bennigsen redete mich an und zwar gleich mit der Bemerkung, daß ich im vergangenen Frühjahr die Leistungsfähigkeit hier (d. h. des Ministeriums Bismarck) allerdings ‚besser taxiert' hätte als er."

und Roggenbach, die beide hier sind, erfahre, bereit, jetzt gleich in den Norddeutschen Bund zu treten. Die preußische Regierung will Baden allein aber nicht aufnehmen, ist überhaupt der Ansicht, daß es über die Aufnahme der Südstaaten zum Kriege mit Frankreich kommt. Die preußischen Generale sind geteilter Meinung darüber, ob dieser Krieg vorteilhafter in diesem Jahre sei, wo Deutschland den Vorzug der Waffen und Manöverart über Frankreich habe, oder in zwei Jahren, wo Deutschland ganz gleichmäßig militärisch organisiert sei, die Franzosen dagegen mitten in ihrer Heeresumgestaltung seien, aber mit Hinterladungsgewehren bereits vollständig versehen. Bismarck, bei welchem ich gestern auf einem großen Diner saß — seine Frau war mit bei Tafel und hatte die beiden ersten Präsidenten neben sich —, erzählte mir übrigens neben mancherlei interessanten Erlebnissen, Preußen habe bereits im vorigen Jahre geheime Militärverträge mit den süddeutschen Staaten zum Zweck der Verteidigung abgeschlossen. Ferner: Als Frankreich während der Nikolsburger Verhandlungen angefangen mit Einmischung zu drohen, habe er, Bismarck, ganz allein gestanden. Der König, die Prinzen und Generale hätten ihn für einen Verräter und Schwächling erklärt, daß er den Krieg nicht fortsetzen wolle. Nur der Kronprinz, welcher freilich auch nicht seiner Ansicht gewesen, habe seinem Urteil sich gefügt und ihn insoweit unterstützt. Die preußische Armee hätte bereits durch Krankheit erstaunlich gelitten und würde bei einem Feldzuge in Ungarn im Sommer die größte Gefahr der Vernichtung gelaufen sein. Er habe seine Entlassung angeboten und sich bereit erklärt, dem König als Offizier zu folgen, wohin es gehe, seinetwegen bis nach Konstantinopel. Das hätte geholfen.

Gestern nachmittag hatten die drei Präsidenten auch eine Audienz beim Kronprinzen, welcher uns nebst der Kronprinzessin sehr lange bei sich hatte, im Gegensatz zum Könige, welcher die Angelegenheit mehr formell und zurückhaltend erledigte. Das kronprinzliche Paar macht einen sehr guten Eindruck. Simson behauptet — er kennt den Prinzen länger —, der Kronprinz sei liberaler als er und ich. Das lasse ich dahingestellt; es stimmt übrigens mit seinen Aeußerungen gegen mich auf der Hoffête und gestern ganz gut. Soviel ist aber sicher, daß die vornehmen Fürsten, Grafen u. s. w.: Ujest, Renard, Bethusy, Ratibor bei ihrem Ausscheiden aus der eigentlich konservativen Partei an den Regierungsantritt des Kronprinzen denken und daran, daß er kein reaktionäres Ministerium, sondern ein liberales nehmen wird, zu welchem Ende sie eine Annäherung an die Liberalen vorbereiten, um sich für ein Koalitionsministerium möglich zu machen. Hier ist, wie überall, die Politik zu neun Zehnteln persönliches Interesse, was man auch, wenn

man die Politik anders auffaßt und betreibt, sich stets klar und gegenwärtig halten muß, um nicht düpiert zu werden.

Berlin (21. März 1867).

Du wirst wohl schon etwas ungeduldig geworden sein. Es ist aber in der Tat hier wenig Zeit zum Schreiben. Täglich fünf, ja selbst sechs Stunden und darüber im Reichstage, daneben drei bis vier Stunden Parteiberatung und Redaktionskommission zur Vorbereitung der Parteiberatungen, endlich gesellige Anforderungen offizieller Art, politische Korrespondenz u. s. w. Ich bin hier mit einem Worte so gehetzt, daß ich dringend wünsche, es möchte bald eine etwas ruhigere Zeit eintreten. Vor Ende nächster Woche ist daran aber nicht zu denken, da wir erst dann in unsrer Partei mit der Durchberatung des ganzen Verfassungsentwurfs fertig sein werden. Um Dir übrigens den Beweis zu liefern, daß ich am vorigen Sonntag nicht schreiben konnte, wo ich sonst allerdings noch am ersten einige Stunden für mich habe, gebe ich Dir einen kurzen Abriß dieses Feiertags: 9 bis 10 Uhr Redaktionskommission; 10 bis 2 Uhr Parteiberatung; 2 bis 4½ Uhr Gegenvisiten fahren; 5 bis 8½ Uhr Diner; 9 bis 12 Uhr Soiree.

Allmählich tritt eine gewisse Abspannung ein und das Verlangen, die Sitzungstage in der Woche auf vier bis fünf einzuschränken. Die Regierung wird dem aber sehr widerstreben. Die Flut der Reden, namentlich der langatmigen, läßt auch in etwas nach. Der Präsident Simson, der übrigens sein Präsidium in musterhafter Weise führt, ist meiner und andrer Ansicht nach zu nachsichtig gegenüber den ungeheuerlichsten Abschweifungen von der Sache. Mir ist denn auch heute, wo ich etwas länger präsidierte, das Unangenehme passiert, daß ich zwei Redner von der Tribüne beseitigen mußte. Der eine, der Dichter Freytag, ist noch dazu mein Parteigenosse; der andre, ein ganz exzentrischer Ultramontaner, seit Jahren durch seine dreisten, unverbesserlichen Abschweifungen das Entsetzen der Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses, war so aufgebracht, als ihm der Reichstag endlich auf mein Befragen das Wort entzog, daß er seinen Austritt aus der Versammlung erklärte. Bei diesem leidigen Debüt als Präsident habe ich wenigstens den Trost, von den verschiedenen Seiten zu hören, daß ich mit meinem Verfahren im Rechte gewesen sei.

Gestern brachte der hiesige „Staatsanzeiger" den Vertrag Preußens mit Bayern und Baden vom August v. J. Dieses Schutz- und Trutzbündnis ohne Endtermin und Kündigungsklausel mit preußischem Oberbefehl im Krieg ist abermals ein Beweis der ausgezeichneten Weise, in welcher Bismarck die auswärtige und auch die deutsche Politik leitet.

Dieses enge Bündnis mit Süddeutschland, in einem Augenblick abgeschlossen, wo niemand Preußen gehindert haben würde, statt dessen Bayerns Nordprovinzen bis zum Main zu annektieren, ist in seiner klugen Mäßigung ein sichereres Mittel der Abwehr gegen Frankreich, als eine Vergrößerung Preußens auf Kosten eines bitter verfeindeten Bayerns jemals gewesen sein würde. Graf Bismarck, welcher in dem Sitzungslokale beiläufig Herrn von Unruh[1]) und mich auf diese Veröffentlichung aufmerksam machte, sagte mir auf die Frage, ob man im Auslande werde folgern können, daß ein ähnliches Bündnis mit Württemberg nicht bestehe, mit Lachen: „Das Bündnis mit Württemberg lautet geradeso, die Württemberger waren aber noch immer gegen die Veröffentlichung; nachdem wir die Erlaubnis dazu von Bayern und Baden erlangt hatten und diese Verträge vorweg öffentlich bekanntmachten, wird Württemberg in einigen Tagen genötigt sein, ein Gleiches zu gestatten." Klug ist er wie die Schlangen, aber schwerlich ohne Falsch wie die Tauben! Seine Reden über Polen und Nordschleswig waren Meisterstücke nach Form und Inhalt; dagegen seine Aeußerungen über Luxemburg oberfaul. Ich fürchte sehr, daß Luxemburg für Deutschland verloren geht.

Mit der Beratung geht es so langsam, daß wir kaum bis Ostern mit der ersten Lesung fertig werden. Gestern ist auch Planck eingetreten ... Die „Illustrierte Zeitung" wird nächstens Porträts der drei Präsidenten bringen. Ich bin von dem beauftragten Zeichner eine Woche lang tribuliert, so daß ich mich endlich, um ihn los zu werden, habe photographieren lassen.

(Berlin, 1. April 1867.)

Ich schreibe Dir in großer Eile, da ich Dich doch auf Deine heute erhaltenen Briefe nicht lange ohne Antwort lassen will. Habt vor allem herzlichen Dank, Du und die guten Kinder, für Eure lieben Briefe. Je weniger ich selbst zum Schreiben komme, je mehr freue ich [mich] über jedes Lebenszeichen aus Bennigsen und namentlich über die doch im ganzen so gut lautenden Nachrichten über aller Befinden.

Hier ist alles in der größten Aufregung wegen Luxemburg. Die Differenzen im Reichstag treten dagegen sehr zurück, obgleich die Leidenschaftlichkeit von Bismarck in und außerhalb der Sitzung Spektakel genug gemacht hat. Ist der Vertrag zwischen Frankreich und den Niederlanden über die Abtretung von Luxemburg wirklich schon abgeschlossen und ratifiziert, so haben wir wahrscheinlich den Krieg mit Frankreich schon in den nächsten Wochen. Was auch Bismarck

[1]) Vgl. dessen Erzählung in seinen Erinnerungen S. 282 f.

möglicherweise im vorigen Jahre, um sich die französische Einmischung zunächst vom Halse zu halten, mündlich den Franzosen an Köder in Aussicht gestellt hat, er kann Luxemburg nicht in französische Hände fallen lassen. Er will das auch gar nicht. Am wenigsten aber der König, die Prinzen und Generale. Gerüstet wird hier seit Wochen in aller Stille, aber mit äußerster Anstrengung. Noch eben sprach ich Dr. Stromeyer, welcher einer Kommission von Aerzten und Professoren wegen besserer Einrichtung des Lazarett- und Medizinalwesens im Kriege präsidiert, und andre Mitglieder dieser Kommission. Dieselbe wird täglich zur möglichsten Schnelligkeit angefeuert, weil die Armeen binnen kurzem am Rhein stehen können. Für militärische Ausrüstung, um 650000 Mann ins Feld zu stellen, ist alles so gut wie fertig. Die Einrichtungen sind getroffen, daß vom äußersten Ende Memel die Truppen bereits fünfundzwanzig Tage nach Anordnung der Mobilmachung am Rhein stehen können.

Prinz Friedrich Karl suchte am Sonnabend während der Sitzung mich im Vorzimmer auf, um die Interpellation wegen Luxemburg, welche ich meiner Partei übrigens bereits vorschlagen wollte, dringend zu empfehlen. Gestern abend, wo ich im Auftrag der nationalliberalen Partei bei der reaktionären Partei erschien, erklärte sich der Minister Roon, Mitglied derselben, mit den andern Mitgliedern energisch bereit, alle Schritte und Anträge, welche von uns wegen Luxemburg erfolgten, lebhaft zu unterstützen und gemeinschaftlich festzustellen. Die übrigen treiben, und Bismarck, welcher diplomatische Rücksicht zu beobachten hat, läßt sich gern drängen, worüber ich nach einer längeren Unterredung mit ihm während der Sonnabendsitzung gar keine Zweifel haben kann. Der Kronprinz, welcher mich nach der Beantwortung der Interpellation, während welcher er in der königlichen Loge anwesend war, rufen ließ, war sehr ernst und bewegt. Er habe zweimal gesehen, wie schrecklich der Krieg sei.

Die Lage des Kaisers Napoleon im Innern ist so schlecht, daß er eine Diversion nach außen versuchen muß, um seine Autorität aufzufrischen. Darin stimmen alle hiesigen Nachrichten überein. Er würde gewiß gern warten bis nach der Ausstellung, also bis zum Herbst. Hier wächst aber in allen Kreisen täglich die Ansicht: Kann der Krieg doch nicht vermieden werden, dann lieber heute als morgen.

Wegen der Verfassung sind noch wesentliche Schwierigkeiten da. Spricht man mit Bismarck allein, so ist er ruhig und verständig. Die Nachwirkungen der Krankheit und die furchtbare Verantwortlichkeit, die auf ihm lastet, machen aber sein leidenschaftliches und herrschsüchtiges Naturell so reizbar, daß in voriger Woche mehrere Tage alles am Ende

schien und er ganz ernsthaft gegen Vertraute von Auflösung des Reichstages, Appellation an die Zustimmung der Urwähler u. s. w. geredet hat, seiner ganz in Verzweiflung über seine Aufregung geratenen konservativen Garde am Sonnabend auch mal wieder erklärt hat, er gehe gar nicht wieder in den Reichstag, wenn der seinen Worten nicht Folge leiste. Diese Manöver wirken aber auf uns gar nicht. Er wird, nachdem er Widerstand gefunden, sich zweifelsohne auch zu einer andern Methode bequemen. Charakteristisch für die jetzige Lage ist es auch, daß der Thronfolger, wie er uns selbst sagte, sich am Freitag zu einer Verständigung zwischen Bismarck und uns erboten, zu dem Ende eine Konferenz am Freitag abend mit mir und drei andern Führern der nationalliberalen Partei in seinem Palais gehalten und alle weiteren guten Dienste angeboten hat. Wird die auswärtige Lage sehr gefährlich, so sind wir Ende nächster Woche mit der Verfassung auf Grund derartiger privater Verständigung fix und fertig. Andernfalls wird es bis Ostern dauern, höchstens bis vierzehn Tage nach Ostern. Im nächsten Briefe erhältst Du darüber bestimmtere Nachricht. Ostern werde ich, wenn Friede bleibt, aber vielleicht doch in den Festtagen nicht kommen können, weil in diesem Fall über Hannover Verhandlungen mit den Reichstagsmitgliedern als Vertrauensmännern zugelegt werden. Mein Papier geht zu Ende und meine Zeit. Ich muß mich schnell ankleiden zu einem Diner bei Prinz Friedrich Karl. Heute ist es der sechste Dinertag in einer Tour. Von Abendgesellschaften nicht zu reden. Bislang geht es mir übrigens gut.

*

An demselben Tage, an dem Bennigsen den vorstehenden Brief schrieb, brachte er im Einverständnis mit Bismarck eine von siebzig Abgeordneten unterstützte Interpellation ein: „1. Hat die Königlich Preußische Regierung Kenntnis davon erhalten, ob die in täglich verstärktem Maße auftretenden Gerüchte über Verhandlungen zwischen den Regierungen von Frankreich und den Niederlanden wegen Abtretung des Großherzogtums Luxemburg begründet sind? 2. Ist die Königlich Preußische Regierung in der Lage, dem Reichstage — in welchem alle Parteien einig zusammenstehen werden in der kräftigsten Unterstützung zur Abwehr eines jeden Versuchs, ein altes deutsches Land von dem Gesamtvaterlande loszureißen — Mitteilung darüber zu machen, daß sie im Verein mit ihren Bundesgenossen entschlossen ist, die Verbindung des Großherzogtums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg, auf jede Gefahr dauernd sicherzustellen?“

Er begründete seine Interpellation mit folgender Rede:

„Seit einigen Tagen mehren sich von allen Seiten die Gerüchte über Verhandlungen zwischen der französischen und niederländischen Regierung wegen der Abtretung von Luxemburg. Es tritt mit immer größerer Stärke die Behauptung auf, daß ein solcher Abtretungsvertrag bereits abgeschlossen sei. Danach würde also ein Fürst aus deutschem Geschlechte, uneingedenk der stolzen Erinnerungen seines Hauses, aus welchem dereinst selbst ein Mitglied die deutsche Kaiserkrone getragen hat, einen Handel eingegangen sein über ein Land, welches keine Provinz von Holland bildet, sondern zu allen Zeiten ein deutsches Land gewesen, welches nur bei Gelegenheit der Gründung des Deutschen Bundes dem regierenden Hause der Niederlande zuteil geworden ist als Austausch für Rechte an andern Ländern, welche dieses Haus in Deutschland besessen hat. Luxemburg, ein deutsches Land, welches stets als Teil des Burgundischen Kreises zum Deutschen Reiche gehört hat, — Luxemburg, ein deutsches Land, aus dessen Fürstengeschlechtern Kaiser für Deutschland hervorgegangen sind und Markgrafen derjenigen Provinz, in welcher jetzt der Reichstag versammelt ist, soll durch einen solchen Handel Deutschland verloren gehen. Meine Herren, es ist eine dringende Aufforderung für den Reichstag, in dieser Lage sich klar darüber zu werden, was die verbündeten deutschen Regierungen und die Vertreter deutscher Nation einer solchen Gefahr gegenüber zu tun gewillt sind. Wir haben in dem Grenzlande Luxemburg nicht bloß einen Teil deutschen Bodens zu verteidigen; wir haben da auch eine wichtige militärische Position zu schützen, welche, wenn sie aufgegeben werden sollte, wenn das Land an Frankreich kommen sollte, nicht allein Belgien, sondern auch die deutsche Rheinprovinz stets unmittelbar bedrohen würde. Wir sollen ein Land aufgeben, in welchem eine Festung ausgebaut ist mit den Entschädigungsgeldern, welche Frankreich in dem Frieden von 1814 und 1815 auferlegt sind, eine Festung, welche zum Schutze Deutschlands gegen Frankreich als Bundesfestung angelegt ist, in welcher die preußische Regierung nicht bloß auf Grund der Wiener Kongreßakte, sondern auch auf Grund besonderer Abkommen zwischen der preußischen und niederländischen Regierung aus den Jahren 1816 und 1817 wertvolle Rechte der Besatzung und der Ernennung des Gouverneurs und des Kommandanten hat. Es ist Gefahr vorhanden, daß ein deutsches Grenzland verloren geht, in welchem die Bevölkerung im wesentlichen deutsch ist, in welchem die Bevölkerung nicht daran denkt, französisch werden zu wollen, wo allerdings vielleicht eine Abneigung vorhanden ist, sich den schweren militärischen Anforderungen jetzt schon zu fügen, welche an alle Mit-

glieder des Norddeutschen Bundes gestellt werden, in welchem man aber deutsch ist und deutsch bleiben will. Wenn die Versammlung es mir gestattet, so will ich einen Notschrei aus Luxemburg, welcher, gerichtet an ein Mitglied des Reichstages, mir eben unmittelbar vor der Sitzung eingehändigt ist, hier verlesen oder wenigstens einige Teile desselben, aus denen hervorgeht, wie deutsch gestimmt man in Luxemburg ist und wie wenig Neigung man hat, von Deutschland getrennt zu werden. Es heißt in diesem Schreiben:

‚Wüßten die Herren im Reichsrat, wie die 200000 Luxemburger in Sprache und Sitte doch immer noch ein ganz deutscher Volksstamm sind, wüßten sie, wie im gegenwärtigen Augenblick überall in Stadt und Land alles so gebeugt und mutlos ist, jetzt, wo starke Gerüchte von Annexion an Frankreich kursieren; wüßte man, wie sehnsüchtig allgemein die Blicke sich wenden nach jenen Männern, die doch eben nur des zu einigenden und zu festigenden deutschen Vaterlandes wegen in Berlin tagen; es müßten doch alle sich erheben und im Namen so vieler deutscher und deutsch bleiben wollender Stammesbrüder die Stimmen dermaßen erheben, daß jede Konzession von oben her quasi unmöglich und jedenfalls als schreiender Mißton im Einigungswerk, ja als moralischer Totschlag angesehen werden müßte. Ja, sagte man sich nicht allzu laut, wir seien im geheimen Einverständnis schon längst von Preußen aufgegeben, Sie dürften sicher sein, daß es an eklatanter Offenbarung der Gesinnung nicht fehlen würde. Käme es zu einem suffrage universel, so genügte eine nur etwas bestimmte Aussicht auf einen irgend annehmbaren Vertrag mit Preußen, um das Votum überall im deutschen Sinne zu sichern. Unser Wunsch geht dahin, es möchte doch in irgendeiner Weise den Herren des Reichsrates bekannt werden, wie wir Luxemburger nicht schon ein halb- oder auch nur viertelfranzösisches Volk mit fränkischer oder wallonischer Sprache, sondern immer noch ein ganz deutsches Volk mit ganz deutscher Sprache sind und immer bleiben wollen. Unter den 200000 sind doch höchstens nur 100, die nicht deutsch verstehen und sprechen können.‘

„Meine Herren! Die Interpellation, die wir an den Vorsitzenden der Bundeskommissarien gerichtet haben, die ist ausgegangen von der liberalen Seite des Reichstages; sie ist absichtlich von uns gerade ausgegangen, weil wir vor allen ein Bedürfnis gefühlt haben, kundzugeben, daß in solchen Fällen der auswärtigen Politik, wo es gilt, deutschen Boden zu verteidigen gegen ungerechte Gelüste des Auslandes, keine Parteien im Hause existieren dürfen, daß die Schwierigkeiten,

welche sich in den letzten Wochen bei einzelnen Fragen des Ausbaus der inneren Verfassung gezeigt haben, die Differenzen, die bis heute noch nicht vollständig gelöst sind zwischen den liberalen Parteien des Reichstages und der Vertretung der Regierung, — daß sie nicht den geringsten Einfluß äußern werden auf die Haltung des ganzen Reichstages, wo es gilt, mutig und entschlossen dem Auslande gegenüberzustehen, und die kräftige Politik, welche die preußische Regierung und der Ministerpräsident bisher geführt haben, auf das entschiedenste zu unterstützen! Sie haben aus dem Schreiben, welches ich eben Ihnen mitteilte, und aus andern Notizen, die uns hier brieflich zugegangen und die in der Presse enthalten sind, vernommen, mit welcher Sorge man gerade in Luxemburg dem Ausgange dieses Handels entgegensieht. Ich finde es auch begreiflich, daß in Luxemburg das Gefühl der Besorgnis sich nicht in offenen Kundgebungen zeigen kann, denn so lange man in Luxemburg sich verlassen fühlt und die Besorgnis haben kann, daß in dem Momente der Neubildung von Deutschland vielleicht die Eingriffe des Auslandes nicht mit der notwendigen Energie zurückgewiesen werden, da ist es erklärlich — wenn man es auch nicht vollständig rechtfertigen kann —, daß ein so kleines Land nicht wagt, mit der Entschiedenheit derartigen französischen Gelüsten gegenüberzutreten, wie wir es allerdings wohl unter andern Umständen von allen deutschen Volksstämmen erwarten können. Um so mehr ist die Pflicht an uns herangetreten, an den Reichstag — die Vertretung der Nation — und an die Bundeskommissarien, in Deutschland und im Auslande und namentlich auch in Luxemburg keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Sie diese Position, diesen Teil Deutschlands verteidigen wollen.

„Es ist eine nicht geringe Versuchung für das Ausland vorhanden, die Auflösung des Deutschen Bundes zu benutzen, die Zeit zu benutzen, wo eine deutsche Staatenbildung noch nicht fertig geworden ist, wo Kämpfe der inneren Politik ausgebrochen sind in Deutschland, die eigne Machtstellung gegenüber Deutschland zu verstärken. Wenn wir nicht dem ersten Versuche der Art entgegentreten, dann werden die Versuche sich stets wiederholen, und die jetzige Neubildung wird in Deutschland nicht zur Begründung eines starken Bundesstaats, sondern nur zur Fortdauer der alten Zerrissenheit und Schwäche führen. Wenn wir Vertrauen haben zu der kräftigen Leitung der auswärtigen Politik, wie sie sich gezeigt hat im vorigen Jahre und in den Jahren vorher bei der preußischen Regierung, so wird dies Vertrauen allerdings eine neue Bewährung verlangen in der schwierigen Lage, wo wir den Frieden erhalten können, wenn wir stark und entschlossen gegenüberstehen dem Auslande, wo wir aber auch zeigen müssen, daß wir den Krieg nicht

scheuen, wo es sich um eine gerechte Verteidigung gegen ungerechte Angriffe handelt. Wir wissen ja alle, daß in Frankreich an die alte schwache Stellung Deutschlands, an die Uebermacht Frankreichs gegen Deutschland, auch jetzt wieder die Reste alter Parteien und deren altgewordene Führer die Leidenschaften in der Armee und die Leidenschaften im Volke aufzureizen suchen — aufzureizen vielleicht nicht bloß in dem Motive, Eroberungen zu machen für Frankreich, vielleicht auch in dem Motive, der jetzigen französischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Geben wir rasch und entschlossen die richtige Antwort auf alle solche Tendenzen, und wir werden sie im Keime ersticken können.

„Welch einen Eindruck müßte es in Deutschland machen, wenn in einem Augenblicke, wo der Reichstag versammelt ist, um eine Verfassung in Deutschland zu gründen, wenn in dem Augenblicke, wo die Vertreter der Regierungen und die Vertreter des Volkes der preußischen Krone und der preußischen Regierung die Leitung der auswärtigen Politik des Norddeutschen Bundes übertragen wollen, wenn in demselben Augenblicke, wie leider schon früher in schweren Zeiten Deutschlands manchmal, Grenzprovinzen von Deutschland losgerissen werden. Würde es nicht ein Fleck sein, sehr schwer abzuwaschen von der deutschen Ehre, würde es nicht den Stempel undeutscher Schwäche der Leitung der auswärtigen Politik aufdrücken, wenn in dem ersten Augenblicke, wo wir eine deutsche, nicht eine preußische Politik haben wollen, nicht das Aeußerste aufgeboten würde, um eine solche Schwächung, die Abreißung einer deutschen Provinz, zu verhindern? Meine Herren, Sie erinnern sich des patriotischen Ausspruches, den vor mehreren Jahren Seine Majestät der König von Preußen getan hat: Kein Dorf solle von deutschem Boden mit seiner Zustimmung abgerissen werden. Diese Worte haben einen lebhaften Widerhall gefunden in Deutschland, sie sind in dankbarer Erinnerung von der deutschen Nation aufbewahrt worden. Jetzt, wo die Vertreter des Norddeutschen Bundes um Seine Majestät den König Wilhelm hier in Berlin versammelt sind, da mag er das deutsche Volk aufrufen, er wird in demselben keine Parteien finden, wo es gilt, sich gegen das Ausland zu verteidigen; er wird noch eine einige und entschlossene Nation finden.

„Wenn wir Schwierigkeiten gehabt haben, in wenigen Wochen das Verfassungswerk zustande zu bringen, so wird gerade die Gefahr der Einmischung des Auslandes in unsre Angelegenheiten, die Gefahr, daß wir jetzt an unsern Grenzen Stücke von Deutschland verlieren sollen, wenn wir uns nicht schnell verständigen, das Bedürfnis der Verständigung bei den Regierungen und bei den Vertretern der Nation nur steigern. Wir können in diesem Falle sehr rasch zu der An-

näherung kommen, die wir ja ohnehin in einigen Wochen erreicht haben würden, wir können zu dieser Annäherung von beiden Seiten sehr rasch kommen, und das Werk, das nach unsrer Voraussicht vielleicht erst zu Ostern beendigt sein würde, könnte in ebensowenigen Tagen, wie es sonst Wochen erfordert haben würde, rasch abgeschlossen werden. Wir wissen sehr wohl, was auf dem Spiele steht, wenn es nicht gelingt, noch im Anfange der französischen Nation die Ueberzeugung beizubringen, daß sie es jetzt nicht mehr mit einem schwachen, zerrissenen, uneinigen Deutschland zu tun hat, sondern daß sie ein Volk vor sich hat, in einem kräftigen Aufschwunge begriffen, um sich eine Verfassung und eine angesehene Stellung in Europa zu erringen. Dann werden wir allerdings sehr schweren Ereignissen entgegengehen. Wir suchen den Krieg nicht. Bricht der Krieg aus, so wird Frankreich die Verantwortung treffen. Wir wissen, welche schweren Folgen dieser Krieg haben wird, wer auch als Sieger aus demselben hervorgehen wird. Die französische und die deutsche Nation, so reich ausgestattet von der Natur, wohnen auf Gebieten, groß genug, um der Entfaltung ihrer Kräfte vollen Spielraum einzuräumen. Diese Völker, sie können in Frieden und Freundschaft nebeneinander leben, in gegenseitiger Achtung, in Förderung der gemeinsamen Interessen, in Förderung der Gesittung und Kultur in Europa. Jeder Krieg, der zwischen diesen beiden großen Nationen geführt werden wird, wird dem Fortschritte des Wohlstandes und der Kultur in Europa schwere Wunden schlagen. Davon ist niemand mehr durchdrungen als wir, die Vertreter der deutschen Nation, die wir zunächst zu friedlichen Aufgaben, zu der Aufgabe, eine Verfassung, die eine Grundlage des Rechts und des Friedens bilden soll, für Deutschland zu gründen, zusammengetreten sind. Aber wenn das Ausland uns stören will in unserm Werk, wenn es die noch nicht abgeschlossene Vollendung des Werkes benutzen will zu eignem ungerechtem Beginnen, dann wird es hier auf eine Nation stoßen und, wie wir nicht bezweifeln, auch auf Regierungen, die allen derartigen Versuchen mit der äußersten Entschlossenheit entgegentreten. Meine Herren! Lassen Sie uns also deshalb darüber keinen Zweifel, daß, wie unter uns alle Parteien, auch das deutsche Volk einig sein wird, jede kräftige Politik der Regierung auf jede Gefahr hin zu unterstützen, diesem und allen etwaigen späteren Versuchen des Auslandes gegenüber."

Ein nicht endenwollender begeisterter Jubel des ganzen Hauses begleitete die Schlußworte Bennigsens. Er erschien in diesem Augenblicke wie der Sprecher Deutschlands. „Ein großer Mann," so schildert ihn in dieser Zeit ein Augenzeuge, „dessen rötliches Gesicht mit hoch

hinauf kahler Stirn, über welche eine breite Narbe lief, und mit dunklem Vollbart ihm das Aussehen eines einfachen Landjunkers gab, wenn nicht die scharfen, beweglich umherspähenden Augen von einer lebhaften und erregten geistigen Tätigkeit Zeugnis abgegeben hätten." Die ruhige Art seines Sprechens war von einem höheren Schwunge belebt, die männlich feste Haltung wirkte hinreißend. Er war ganz er selber. Und wie leuchtet aus seiner Rede der Zusammenhang seiner Argumente mit der Agitation des Nationalvereins seit 1859 hervor: wiederum entfachte man, mit der Front gegen Frankreich, das nationale Gefühl und verkündete die Unantastbarkeit deutschen Landes, wie man früher den Rhein oder gar Savoyen gegen napoleonische Gelüste hatte verteidigen wollen; wie damals, ja seit der Mainlinie in noch höherem Grade, galt es jetzt, den Süddeutschen zu beweisen, daß die nationale Ehre in keine besseren Hände als die Preußens hätte gelegt werden können, es galt sogar, womöglich unter diesem Zeichen den Süden mit dem Norden Napoleon zum Trotz zu verbinden. Begreiflich genug, daß Bennigsen und seine Freunde das Ganze ihrer Bestrebungen an diesem Tage wiederaufgelebt sahen. Aber ein Unterschied gegen früher war bei diesem ersten Zusammenwirken der Liberalen und Bismarcks zu erkennen. Einst hatten jene mit der unwiderstehlichen Kraft der öffentlichen Meinung der Nation Preußen vorantreiben wollen, daß es seines deutschen Berufes bewußt werde: jetzt aber hatte der Lenker der preußischen Geschicke auch die nationale Aufgabe in seine feste Hand genommen, er fing den Sturmwind der Begeisterung auf und ließ doch das Steuer sich nicht entwinden. Wie oft hat man erzählt, wie klug Bismarcks Antwort Diplomatie und nationale Energie verband; der von Bennigsen angeschlagene Ton übertrug sich unwillkürlich auf die vorsichtigeren Worte des Ministers und auf die Auffassung der Hörer. Bismarck stellte der schwungvollen Rhetorik den diplomatischen Hergang entgegen, er enthielt sich jeder Forderung oder gar Drohung, aber auch aus seinen Worten klang das stolze Selbstgefühl, jetzt vor Europa zum erstenmal im Bunde mit der deutschen Nation seine Politik zu vertreten: die verbündeten Regierungen hofften um so eher, „zweifellose Rechte deutscher Staaten" schützen und wahren zu können, „je mehr das eintrifft, was Interpellant vorher zu meiner Freude andeutete, daß wir durch unsre Beratungen das unerschütterliche Vertrauen und den unzerreißbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit und unter seinen Regierungen betätigen werden".

Obgleich die Rechtsfrage, wie Bismarck selbst angedeutet hatte, keineswegs so einfach lag, wie die Liberalen glaubten, und zumal vom nationalen Standpunkt sehr zweifelhaft erschien, so machte die un=

bestimmte Spannung, in der das Ganze der nationalen Zukunft lag, die Deutschen in diesem Momente auf das höchste empfindlich. Mochte die „Kreuzzeitung" absprechend mahnen, man solle die Sache nicht mit hochtönenden Phrasen überschütten: es ging eine tiefe Erregung durch das Volk, das auf seinen Wegen dem eroberungslustigen Nachbar so oft begegnet war. „Kein Fußbreit deutsches Land," rief ein Lied Ernst Scherenbergs dem französischen Kaiser zu: „Wagst du's, dann schmilzt zusammen urplötzlich Nord und Süd." Selbst jenseits der tiefen Kluft, die das Jahr 1866 gerissen, von Wien her jubelte die Burschenschaft Deutsch-Oesterreichs Bennigsen zu, die „Jugend Deutsch-Veneziens" wolle gern ihr Herzblut für ein einiges und mächtiges Deutschland geben und stehe trauernd fern bei diesem großen letzten Kampfe um die deutsche Einheit.[1]) So tauchte denn der Gedanke auf, der diplomatischen Aktion Bismarcks durch eine Volksbewegung in Luxemburg eine Art Rückendeckung zu geben. War das nicht die eigentlichste Aufgabe gerade des Nationalvereins, hier mit seinen agitatorischen Mitteln einzugreifen und zugleich sich selbst aufs neue dadurch zu beleben? Noch im März hatte Nagel bei Bennigsen angefragt: „Könnte in der luxemburgischen Sache nicht doch auch der Nationalverein noch etwas tun und sich so noch beim Abgang einen Applaus verdienen? Ich meine natürlich nicht Resolutionen, wohl aber könnte man zum Beispiel ein paar Leute, etwa einen Politiker und einen Volkswirt, schleunigst hinschicken, um Verbindungen anzuknüpfen, die Leute zu Kundgebungen aufzumuntern u. s. w. Ich setze dabei voraus, daß die Geschichte sich noch einige Zeit hinzieht, und man französischerseits zunächst bemüht sein wird, den Schein von Anschlußtendenzen dort in Szene zu setzen. Freilich müßte auch die preußische Regierung unter der Hand das ihrige tun und im Einverständnis mit ihr gehandelt werden. Auf einige Hunderttausende (Presse vor allem zu berücksichtigen) dürfte es ihr nicht ankommen. Aber ihr selbst müßte es erwünscht sein, Freiwillige vorschieben zu können." Nach der Interpellation Bennigsens nahm Rochau den Gedanken mit gewohntem Feuereifer auf. Er schlug am 2. April Bennigsen vor, Metz als „den rechten Mann" nach Luxemburg zu entsenden, und schrieb ihm am 4. April: „Wir sind im Begriffe, die Luxemburger Sache zum Gegenstand einer Volksbewegung in Süddeutschland zu machen, die möglicherweise von tiefgreifender Wirkung sein kann; aber auch im Norden ist es hohe Zeit, die Massen in Anspruch zu nehmen;" und an demselben Tage an Nagel: „Die Agitation für Luxemburg muß in die Massen getragen werden. Sie ist der Haken, mit welchem

[1]) Ein Teil der Wiener Studentenschaft (unterzeichnet Joseph Pommer, stud. phil., derzeit Sprecher der Silesen) an Bennigsen, 8. April 1867.

sich möglicherweise die ganze deutsche Sache aufs Trockene bringen läßt. Sehen Sie, was sich in Frankfurt machen läßt, und schreiben Sie Briefe in alle Welt hinaus. Ich tue desgleichen. Insbesondere nach Bayern und Schwaben. Hier halten wir Sonntag Versammlung." [1]) Noch bevor Bennigsen geantwortet hatte, beschlossen Rochau, Nagel und Metz in einer Zusammenkunft in Weinheim, die Sendung von Metz auf eigne Faust zu veranlassen. Bennigsen stimmte um so lieber zu, als er von der Wahrscheinlichkeit des Krieges überzeugt blieb; noch am 8. April schrieb er an Lammers: „Bei der hiesigen Regierung ist die Nachricht, daß Frankreich Luxemburg nicht fahren lassen will. Wir werden also wahrscheinlich vor Pfingsten den Krieg haben."

Bald darauf, mit der Einwilligung Preußens in die internationale Konferenz am 26. April, war Kriegsgefahr und Interesse wieder geschwunden. Zugleich erkannte der patriotische Eifer, daß in Luxemburg jede Voraussetzung für die erträumte nationale Bewegung fehle; Bismarck hatte schon im Herbst 1866 mit gutem Grunde der offiziösen Presse untersagt, „teutonisierende Artikel" über Luxemburg zu bringen.[2]) Ueber die Sendung von Metz liegt mir nicht sein eigner Bericht vor, aber die von Nagel versandte vertrauliche Mitteilung konstatierte nur „eine entschiedene Strömung unter fast der gesamten Einwohnerschaft, den jetzigen Zustand zu erhalten, also Luxemburger und zugleich im Zollverein zu bleiben", und mahnte die deutsche Presse, die Luxemburger Bevölkerung möglichst wohlwollend zu behandeln.[3]) Auch zwei Elberfelder Gymnasiallehrer, die der tätige Lammers anfangs Mai zu einer Informationsreise nach Luxemburg veranlaßte,[4]), äußerten sich in ihren vertraulichen Berichten wenig ermutigend.[5]) Man hatte nicht

---

[1]) Rochau an Bennigsen, 2./4. April, an Nagel 4. April.

[2]) Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 325.

[3]) Zirkular Nagels vom 21. April 1867.

[4]) Lammers an Bennigsen, 8. Mai 1867.

[5]) Leibing an Lammers, 2. Mai 1867: „Eine preußische Partei existiert gar nicht, wohl eine preußisch gesinnte; eine deutsche Partei in Ansätzen, und so behält denn die freche französische Partei, die aus einer Handvoll Aristokraten besteht, in geschickter Benutzung der eingedrungenen französischen Bildung stets die Oberhand in aller Agitation. Was man öffentlich nicht gestehen soll, muß doch unter uns gesagt werden: es ist kein Zweifel, daß bei einer jetzt in Szene gesetzten Abstimmung zwischen Preußen und Frankreich letzteres neun Zehntel der abgegebenen Stimmen bekäme. Merkwürdigerweise ist indessen hier der Klerus für uns, was in einem katholischen Lande nicht zu unterschätzen ist. Die wichtigste politische Persönlichkeit des Landes und zugleich die Stütze der deutschen Patrioten ist ohne Zweifel der Eisenwarenfabrikant Metz in Eich bei Luxemburg. Er ist durch seinen Darmstädter Namensvetter etwas in die politische Schule genommen worden. Ich habe die Ueberzeugung, daß wir zu-

nur viel politische Indifferenz angetroffen, sondern obendrein die verblüffende Entdeckung gemacht, daß unter den Parteien Luxemburgs — abgesehen von einigen Zollvereinsinteressenten — nicht etwa die eignen Parteigenossen, die Liberalen, deutschfreundlich waren, sondern allein die Ultramontanen, die man daheim als Gegner der nationalen Einigung zu sehen gewöhnt war, einiges Entgegenkommen zeigten.[1]) Nachdem dann die Londoner Konferenz im Mai einen neutralen Pufferstaat geschaffen hatte, hatte eine nationale Agitation natürlich keinen Sinn mehr. Doch beobachtet man noch im Spätsommer 1867 Anläufe der Nationalpartei, in dem neutralen Luxemburg wenigstens die deutsche Nationalität zu stützen und vor allem, durch Erlangung einer deutschen Majorität in der Ständeversammlung, Schule und Verwaltung zu germanisieren: ein letztes Lebenszeichen des verlöschenden Nationalvereins.[2])

---

nächst nur für die politische Selbständigkeit der Luxemburger zu plädieren haben. Mehr will vorläufig durchaus das Land selbst nicht ... Von Luxemburg habe ich eine Kunstreise durch eine Reihe von französischen Städten und Festungen gemacht, wie Thionville, Metz, Nancy, Longwy, Straßburg u. s. w. Ich traf dabei mit einem Herrn aus Berlin zusammen, der eine ähnliche offizielle Mission hatte, und wir haben einige Kapitalstücke von Verwegenheit gemeinsam ausgeführt. So waren wir auch im Arsenale von Metz" u. s. w.

[1]) Dörings Bericht, 28. Juli, an Metz: „Vielmehr finden sich in beiden Parteien, und namentlich unter den Klerikalen sehr zahlreich, Männer, denen die Germanisierung der Schule und Verwaltung als nächstes praktisches Ziel unbedingt vor Augen steht, so daß eine Partei mit diesem Programm sich sofort aus beiden alten Parteien stark rekrutieren resp. deren Auflösung herbeiführen würde. Es ist dies nicht meine Idee, sondern die der einsichtsvollen Deutschgesinnten in Luxemburg selbst. Der Advokat P. Eyschen, klerikales Ständemitglied, ist persönlich befreundet mit dem liberalen Führer der Deutschgesinnten, dem Advokaten und Ständemitgliede Andreae. Eyschen erklärte mir offen, daß er die Gelegenheit habe benutzen wollen, seinen Freund Andreae mit den genannten Herren zusammenzuführen, und alle drei sprachen sich so begeistert deutsch aus, gaben so beredte Schilderungen von den Mißständen der Doppelsprachigkeit, und die Möglichkeit, hier leicht etwas auszurichten, gewann an Boden. Andern Tags referierte ich das Vorgefallene Herrn Andreae, der sich bereit erklärte, für das deutsche Interesse mit den Klerikalen zusammenzugehen."

[2]) Der ständige Ausschuß des Nationalvereins (Metz, Rochau, Lammers, Nagel) beauftragte am 26. August Döring mit einer erneuten Sendung. Dörings Bericht konstatierte jedoch, daß die Annäherung der verschiedenen Richtungen der antiannexionistisch, d. h. antifranzösisch und deutsch Gesinnten, d. i. hauptsächlich eines wesentlichen und tüchtigen Teils des Klerus einerseits und der Deutschliberalen und Zollvereinsinteressenten anderseits, noch keine Fortschritte gemacht habe. Auch diesmal verfehlte er die führenden Liberalen wie Norbert Metz und fand um so mehr Gegenliebe bei dem jüngeren Klerus, zumal am Priesterseminar in Luxemburg, der „von Deutschland hauptsächlich für die Zukunft des

Die nationale Bewegung hatte ihr Ziel nicht erreicht, das alte deutsche Bundesland zu behaupten, aber wenigstens Bismarck kräftig geholfen, den Franzosen die Beute abzujagen.

Der Luxemburger Konflikt hatte zwar dicht an einen norddeutsch-französischen Krieg herangetrieben, aber er war doch nur eine Episode geblieben, deren Ergebnis man als eine naturgemäße Lösung zu betrachten sich gewöhnt hat. Ihre Bedeutung aber, weit über das eigentliche Objekt hinausreichend, war nicht bloß die erste außerpolitische Kraftprobe eines neugefügten Staatswesens, das sich ebenbürtig in den Kreis der alten Großmächte stellte, sondern lag ebensosehr auf innerpolitischem Gebiet. Vor allem hätte die Behauptung deutschen Bundesgebiets durch Preußens Schwert den Anstoß geben können, die ganzen Süddeutschen mit einem Schlage an den Nordbund heranzuholen, die Mainlinie zu überspringen und das Werk des Sommers 1866 im Feuer eines Nationalkrieges fertigzuschmieden; nicht zuletzt unter diesem Motive betrieb Bismarck eine Weile die Aktion, wie wir heute in Hohenlohes „Denkwürdigkeiten" nachlesen können. Auch die Nationalen glaubten hier den kräftigsten Hebel ergriffen zu haben; wie enttäuscht war man in diesen Kreisen, als ein Kompromiß den ganzen Handel schloß, und wie sollte der nationale Eifer, der noch im April 1867 in Süddeutschland aufflammte, in den nächsten Jahren wieder ermatten! Unter diesem Gesichtspunkt erblickten die ungeduldigsten Männer der Nationalpartei in der Lösung fast eine Niederlage.

Die bleibende innerpolitische Bedeutung des Luxemburger Konfliktes ruht jedoch darin, daß während der sich steigernden Spannung dieser Wochen die norddeutsche Bundesverfassung beraten wurde, daß eigentlich unter diesem Zeichen der Kompromiß der Liberalen mit Bismarck zustande kam. Auf diesem Felde war Bismarck der eigentliche Akteur, er übte gleich in den ersten Wochen des Parlaments seine Kunst, innere Politik mit der Dampfkraft der auswärtigen zu machen. Unter

---

Katholizismus hoffe". Der ehemalige luxemburgische Bundestagsgesandte und Minister von Scherff dagegen, ein geborener Deutscher und deutschgesinnt, „hielt bei den deutschen Bestrebungen die äußerste Vorsicht für geboten, glaubte bei einem irgendwie offenen Hervortreten mit deutschnationalen Tendenzen seine ganze Popularität aufs Spiel zu setzen. Er meinte, Deutschland müsse Luxemburg eine Weile vergessen, d. h. sich selbst und der natürlichen Wirksamkeit der vorhandenen Faktoren überlassen, und hoffte vermittelst einer bevorstehenden Verfassungsrevision, also auf einem Umwege, das jetzige französierende Ministerium durch ein deutschgesinntes ersetzen zu können und zwar in allernächster Zeit (Lammers an Döring, 24. Juli; Döring an Metz, 28. Juli; Metz an Nagel, 23. August; vertraulicher Bericht Dörings vom 27. September, vgl. seine Artikel in der „Elberfelder Zeitung").

den Liberalen aber war keiner nach Anlage und Vergangenheit mehr als Bennigsen geneigt, die innerpolitischen Entschließungen in dem Zusammenhang der großen nationalen Notwendigkeiten vorzunehmen.

Diese Verfassungsarbeit, in welche die Luxemburger Frage wie eine Bombe hineinfiel, mag nunmehr, soweit Bennigsens politischer Anteil an ihr reicht, umschrieben werden. Sehen wir zu, mit welchen Gesinnungen Bennigsen den Entwurf aufnahm, an welcher Stelle er mit entscheidender Kritik einsetzte, wieviel er von dieser Kritik behauptete und wieviel er um die Mitte des April davon fallen ließ.

Zum erstenmal griff Bennigsen am 12. März in die Generaldebatte ein, als der frühere hannoversche Minister von Münchhausen einen scharfen Angriff gegen die hannoverschen Zustände unter preußischer Verwaltung unternommen hatte. Nachdem er diese Kritik zurückgewiesen, fuhr er fort:

„Es ist doch wohl unser aller Ueberzeugung aus dem Eindruck der Verhandlungen dieser drei Tage, daß wir uns von allen Seiten schon bedeutend genähert haben. Die Besorgnis, welche ich ernsthaft nie gehabt habe, daß überhaupt dieser erneuerte Versuch der Gründung eines deutschen, zunächst norddeutschen Staates scheitern würde, muß durch den Verlauf dieser Diskussion schon bedeutend geschwächt sein. Wir sind uns doch alle der Pflicht bewußt, daß wir wenigstens nicht die Schuld auf uns laden dürfen, wenn jetzt wieder der Vorsatz scheitert, Deutschland zu einigen, nachdem schon so oft durch Regierungen oder Parteien ein solcher Versuch vergeblich unternommen worden ist. Ich glaube, daß wir uns alle auf den Boden stellen müssen, den die Ereignisse des vorigen Jahres für Deutschland gegeben haben. Nicht eine große Volksbewegung, sondern ein Bürgerkrieg hat die alten Zustände beseitigt. Diejenige Macht, die aus diesem Kriege als die stärkste hervorgegangen, ist die preußische Staatsregierung, sie hat als solche die Verpflichtung, ja die natürliche Aufgabe, jetzt die Initiative in die Hand zu nehmen für die Schöpfung eines neuen deutschen Staates, sie hat dieselbe übernommen und hat sich mit den andern Regierungen Norddeutschlands in Verbindung gesetzt. Das Ergebnis ihrer Verhandlungen ist der Verfassungsentwurf, der uns zur Beratung vorliegt. Keine Partei in unsrer Mitte kann glauben, daß man an dieser Lage etwas Wesentliches ändern kann. Wollte man auf eine andre Vorlage warten oder auf eine Volksbewegung, die die Initiative über diese Stadien hinaus in andre Instanzen verlegte, wir würden jedenfalls Jahre vor uns haben und die Zeit versäumen, wo etwas Entwicklungsfähiges geschaffen werden kann. — —

„Wenn ich und die Partei, der ich mich angeschlossen habe, an dem

Entwurf wesentlich etwas auszusetzen hatten, waren es die Lücken in dem Entwurf, insoweit derartige Bestandteile des öffentlichen Rechts, die eine allgemeine Gültigkeit in Norddeutschland haben, in dieser Verfassungsvorlage sich nicht finden. Ich habe mir ursprünglich bei der Prüfung des Entwurfs die Frage vorgelegt, wie es kommt, daß solche konstitutionellen, im wesentlichen in jeder norddeutschen Verfassung befindlichen, niemals ernstlich angefochtenen Rechte dem Reichstage nicht beigefügt sind, und ich habe geglaubt, eine Erklärung in dem Umstande finden zu können, daß zunächst die Regierungen untereinander über dasjenige sich verständigen wollten, was hinsichtlich der Befugnisse der einzelnen Regierungen und der Präsidialmacht in diesem Entwurf dem Reichstage vorgelegt werden sollte, daß sie auf der andern Seite zunächst noch weniger den Beruf gefühlt haben, die Rechte des Reichstages schon jetzt in der Vorlage vollständig zu präzisieren. Es ist das ein großer Mangel der Vorlage und hat den Eindruck derselben wesentlich alteriert, aber jedenfalls ist noch nichts versäumt, insoweit der Reichstag in der Lage ist, diese Lücke auszufüllen und zwar in Verständigung mit den Vertretern der norddeutschen Regierungen dieselbe ausfüllen wird. Ich glaube auch, daß der Blick nicht bloß auf Süddeutschland, sondern auch auf die benachbarten europäischen Großmächte uns antreiben muß, zu einer solchen Verständigung zu kommen und rasch dazu zu kommen. Es ist uns von hoher Stelle versichert worden, daß dieser Versuch der Gründung eines Norddeutschen Bundes wohlwollende Aufnahme bei den europäischen Mächten finde. Wird dieses Wohlwollen nicht hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die Mächte, bis jetzt wenigstens, die Gefahr, die in dem Entstehen und in der Befestigung des deutschen Einheitsstaates für die andern europäischen Regierungen in Zukunft liegen kann, weit geringer anschlagen als die unmittelbare Gefahr für sie, wenn sie sich der Begründung eines solchen Norddeutschen Bundes feindselig entgegenstellen? Wird es unter allen Umständen so bleiben? Wird es so bleiben können, wenn es der Regierung und dem Reichstage nicht rasch gelingt, sich über dieses neue Verfassungswerk zu einigen? Der Eindruck des wunderbaren Krieges mit seinen raschen Erfolgen ist so überwältigend gewesen, daß das Ausland bis jetzt eine feste Stellung zu dieser neuen Entwicklung noch nicht gewonnen hat. Wir dürfen aber nicht zu lange warten, bis wir mit der Verfassung fertig werden, sonst wird man von diesem Erstaunen und Erstarren sich wieder erholt haben. Es hat auf der andern Seite dem Auslande auch in hohem Grade imponiert, wie die preußische Regierung dem eignen Lande gegenüber verfahren ist, als sie aus diesem Weltkriege als Sieger hervorgegangen war.

Viele Staatsmänner im Auslande, viele Männer, ja ganze Parteien in Deutschland haben ein so maßvolles und patriotisches Verhalten der preußischen Regierung nicht für möglich gehalten. Man hatte geglaubt und gefürchtet, daß die militärischen Erfolge zu einer Bewirkung ähnlicher Erfolge der Regierungsgewalt auf dem Gebiet des inneren Staatslebens benutzt werden könnten. Ich persönlich habe diese Auffassung nicht gehabt, aber ich habe mich doch gefreut, damals, als nach dem Kriege die preußische Regierung das Verfassungsrecht des preußischen Volkes ausdrücklich anerkannte, die Indemnität nachsuchte und erhielt — zum erstenmal die Ueberzeugung in Deutschland und Europa vollständig durchschlagen zu sehen, daß die leitenden Männer des preußischen Staats die Regierung nicht vorzugsweise als Parteimänner, sondern als wahrhafte Staatsmänner zu führen suchten. Wenn damals die preußische Regierung, als sie sich nach diesen Erfolgen so stark fühlen konnte, das Bedürfnis empfunden und öffentlich zur Geltung gebracht hat, mit ihrem eignen Lande sich zu versöhnen und zu verständigen — wie sollte sie jetzt bei der viel schwierigeren Aufgabe, Deutschland eine neue Verfassung zu geben, dieses Bedürfnis der Verständigung nicht noch in weit höherem Maße empfinden . . .

„Die hauptsächlichste Schwierigkeit, welche von allen Seiten als solche empfunden wird, ist die Frage der verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichstags hinsichtlich des Budgetrechts. In dieser Hinsicht weiche ich nun allerdings ab, nicht in der Art, wie die Frage entschieden werden soll, sondern in der Art, wie hier die Bedenken charakterisiert werden von seiten des Herrn Vorsitzenden der Bundeskommissarien. Er hat geglaubt, daß die Angriffe, wie überhaupt gegen den Entwurf, so auch auf diesem Gebiete, zum Teil von unitarischer, zum Teil von partikularistischer Seite gemacht würden. Er hat die Frage so gestellt, daß die Parteien sich hier scharten nach dem Rufe: Hier Reichstag, hier Landesvertretung! So glaube ich, darf man die Frage nicht stellen. Die Forderungen, welche für das konstitutionelle Budgetrecht, für das konstitutionelle Recht der Mitwirkung bei der Gesetzgebung erhoben werden, sind keine Forderungen des Partikularismus . . . Ich meine, daß wir der Entscheidung und der Lösung dieser Schwierigkeiten dann am nächsten kommen, wenn wir sagen, das Ergebnis der verfassungsmäßigen Entwicklung in Deutschland hat eine Grenzlinie festgestellt, eine gewisse Durchschnittslinie, innerhalb welcher alle deutschen Verfassungen miteinander übereinstimmen, und die deshalb gewissermaßen als gemeines Staatsrecht für ganz Deutschland angesehen werden muß, die Grenzlinie nämlich zwischen den Befugnissen der Regierungsgewalt und der Landesvertretung . . . Wenn wir von seiten der Re-

gierung gehört haben, daß nichts Wesentliches im Wege steht, um auch hinsichtlich des Militärbudgets eine wirkliche Vorlage und Feststellung mit dem Reichstage zuzulassen, wenn dabei nur befürwortet ist, daß etwaige Aenderungen an dem vorgelegten Budget überhaupt nur in Uebereinstimmung des Reichstages und der Präsidialmacht gemacht werden sollten, so würde dies meiner Meinung nach ein ganz richtiger Ausgangspunkt sein, sowohl für die Regierung als für den Reichstag ... Wenn behauptet und zugestanden werden soll, daß die Gründung des Norddeutschen Bundes selbst und die Notwendigkeit, daß er sich eine sichere Stellung in Europa verschaffen muß auf der einen Seite und auf der andern Seite die besonderen Verhältnisse, welche einen Bund und zunächst einen solchen von ziemlich loser Form gegenüber einem Einheitsstaat charakterisieren, für einen gewissen Zeitraum eine Ausnahmebestimmung hinsichtlich der in der Verfassung anzuerkennenden grundsätzlichen Budgetrechte eines Reichstages notwendig machen, so ist damit meiner Meinung nach schon in glücklicher Weise der Gegenstand des Streites unter uns auf ein ziemlich engbegrenztes praktisches Gebiet zurückgeführt ...

„Wenn wir mit Süddeutschland auf Grund gemeinschaftlicher Organisationen ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen haben, so wird es uns gewiß nicht schwer werden, uns auch über die materiellen Interessen zu verständigen, den Zollverein fortbestehen zu lassen und ihn noch fester zu begründen durch Aufhebung der Kündbarkeitsklausel. Das wird im Süden ebenso stark empfunden wie im Norden, und ich glaube, daß die weitere Entwicklung auf Grund solcher Verträge als eine ganz glückliche zu bezeichnen ist, daß an die gemeinschaftlichen Organe der Gesetzgebung auf dem Zollgebiete zwischen dem Süden und Norden die gemeinschaftliche Gesetzgebung auf dem wirtschaftlichen und dem Rechtsgebiete überhaupt sich anschließen wird. Hat dieser Zustand etwa ein bis zwei Jahre gedauert, dann sollte es mich wundern, wenn wir die Vertreter des Südens nicht in unserm Reichstage und die Vertreter der süddeutschen Regierungen nicht im Bundesrate finden. Wir könnten der nächsten Zukunft zwar nicht mit vollkommener Sicherheit, aber doch mit großer Hoffnung entgegengehen, wenn es uns gelingt, hier mit großer Mehrheit einen Verfassungsentwurf für den Norddeutschen Bund zu beschließen. Es haben die nordamerikanischen Staaten, nachdem der Unabhängigkeitskrieg beendet war, noch sechs Jahre bedurft, um ihre, die Unionsverfassung, vollständig festzustellen. Wenn es uns gelingt, hier in den nächsten Wochen und Monaten ein lebensfähiges und entwicklungsfähiges Werk zunächst für den Norddeutschen Bund zu schaffen, so müßte man an der Zukunft von ganz

Deutschland verzweifeln, wenn wir nicht in der Lage wären, schon in weniger als der Hälfte der Zeit, welche die nordamerikanischen Staaten gebraucht haben, eine ganz Deutschland umfassende, vollkommene Reichsverfassung hergestellt zu sehen."

Wie unterschieden sich Gesichtskreis und Stimmung, Argumente und Ziele dieser nationalen liberalen Politik, wie sie Bennigsens Persönlichkeit verkörperte, von der Warnung, die sein alter Genosse Schulze-Delitzsch an demselben Tage gegen die Politik der Kompromisse richtete!

Die wichtigsten Versuche, die Bennigsen persönlich in den nächsten Wochen zur Abänderung des Entwurfs unternahm, bezogen sich auf die Einführung verantwortlicher Bundesministerien an Stelle des im Entwurfe vorgesehenen einzigen und vom preußischen Ministerium ressortierenden Bundesbeamten. Zum erstenmal suchte er am 26. März eine Amendierung des Art. 12 in diesem Sinne herbeizuführen:

„Wir sind davon ausgegangen, daß das Präsidium, also die Krone Preußen, auf dem Gebiete der Exekutive nach diesem Entwurfe sehr bedeutende Befugnisse hat. Auf mehrere Gebiete, hinsichtlich der auswärtigen Politik, in Kriegsangelegenheiten und in Marineangelegenheiten hat sie ausschließliche Befugnisse, auf andern Gebieten wenigstens hervorragende Befugnisse, die sie allerdings im großen Sinne zu teilen hat mit den Vertretern der übrigen Regierungen im Bundesrate. Ich bin nun der Ansicht gewesen, daß, wenn die Schwierigkeit vorhanden war, auf Grund der Verträge der Krone Preußen allein die vollständige vollziehende Gewalt einzuräumen, ihr allein das Recht einzuräumen, Minister als verantwortliche Organe zu ernennen, jedenfalls kein erhebliches Bedenken entgegensteht, daß man, insoweit man den Rahmen dieses Entwurfes in der Hauptsache nicht verließe, die Ausübung dieser Gewalt nur gestattet durch *bestimmte* Organe, welche zugleich *verantwortliche* sind. Dieser Antrag ist nun zum Teil an dieser Stelle, zum Teil bei Art. 18 gestellt worden. Hier an dieser Stelle ist nur beantragt, daß außer dem Bundeskanzler, welcher bestimmte Befugnisse schon nach dem Entwurfe hat, noch andre hohe Beamte, Vorstände für die einzelnen Verwaltungszweige, von dem Präsidium ernannt werden sollen, und es ist durch einen besonderen Artikel . . . gefordert, daß, sei es der Bundeskanzler, sei es einer der Chefs der Verwaltungszweige, die Verfügungen und Anordnungen, die von der Krone Preußen als Präsidialmacht ausgehen, zu kontrasignieren hat und durch die Kontrasignatur die Verantwortlichkeit übernimmt, die gegenüber dem Bundesrate, gegenüber dem Reichstage stattfindet, die auch, wenn das Verfahren vollständig geordnet wird, innerhalb gewisser Formen geltend gemacht

werden soll. Daß diese Formen schon jetzt festgestellt werden, wird seine Schwierigkeiten haben. Aehnlich wie es in der preußischen Verfassung der Fall ist, wird man die vollständige Regulierung dieser Verhältnisse, die einzelnen Fälle der Verantwortlichkeit, die Art und Weise, wie sie geltend gemacht werden soll, das gerichtliche Verfahren, der späteren Gesetzgebung überlassen, und man wird dies um so mehr können, weil jedenfalls noch einige Jahre dazu gehören werden, um vollkommen klar herauszustellen, wie im Norddeutschen Bunde die Verhältnisse der Exekutivgewalt und der Legislative weiter sich gestalten werden. Man wird aber in diesem Augenblicke schon so weit gehen können, die verantwortlichen Organe der Präsidialmacht so weit festzustellen, als die Befugnisse der Präsidialmacht schon jetzt klar vorliegen. Man könnte zwar allerlei Bedenken dagegen erheben, ich glaube aber, daß ein großer Teil derselben sich schon durch die frühere Darstellung erledigt hat ... Herr von Vincke meint, es würde genügen, wenn der Bundeskanzler allein als Organ der Präsidialmacht hingestellt werde; es würden zwar sehr viel Geschäfte auf ihn fallen, aber doch nicht zu viel; ähnliche wichtige Geschäfte in großer Zahl hätten auch schon die preußischen Minister. Wenn man eine Analogie hinstellen will, so wird es doch keinem einzigen großen Staate einfallen, einen einzigen Minister mit der gesamten Verwaltung zu beauftragen; es wird auch niemand imstande sein, zu sagen, hätte ein solcher Minister auch die größte Arbeitskraft, daß er auf so vielen Gebieten die Arbeiten allein übernehmen kann ... daß er mit seinem Namen irgendeine Verantwortlichkeit, eine innere oder äußere, übernehmen kann. Nun ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß ja die Ausschüsse bei der Exekutive eine gewisse Stellung hätten und daß es deshalb gar nicht möglich wäre, daß, wenn das Präsidium für die einzelnen Verwaltungszweige, die die Ausführung der Verwaltung haben sollen, einzelne Männer ernennt, diese wieder als verantwortlich hingestellt würden, da *sie* ja gar nicht, sondern vielmehr die Ausschüsse die Beschlüsse faßten ... Meiner Meinung nach haben die Ausschüsse überhaupt gar keine Exekutive, sondern diese hat nur der Bundesrat. Die Ausschüsse im Bundesrat haben allerdings die Maßregeln für die Exekutive durch ihre Beschlüsse vorzubereiten, die Entscheidung liegt aber nicht in den Ausschüssen, sondern im Bundesrate selbst. Ein Hindernis ist also in den Ausschüssen durchaus nicht vorhanden, daß die preußische Regierung für die einzelnen Abteilungen der Verwaltung noch besondere Männer ernennt. Weiter könnte es sich allerdings fragen, was das für Personen sein sollen. Ich bin der Ansicht, für mehrere dieser Zweige wird sich die Sache von selbst machen, indem man die betreffenden preußischen

Staatsminister nimmt, also zum Beispiel für die auswärtigen Angelegenheiten und für das Kriegswesen; aber für andre Gebiete ist es wohl möglich, daß man nicht die betreffenden preußischen Ressortminister anstellt, sondern daß irgendwelcher andre hohe Beamte als Bundesbeamter für diese Zwecke des Bundes angestellt wird, der die Verwaltung zu führen und, soweit Erlasse zu geben, diese zu kontrasignieren hat und dadurch gegenüber dem Reichstag und dem Bundesrat die Verantwortlichkeit übernimmt. Es ist ja nicht zu verkennen, daß dieser Antrag nicht allen Anforderungen entspricht; man wird immer sagen: neben denjenigen Befugnissen der Präsidialmacht, die sie durch solche von ihr für einzelne Verwaltungszweige ernannte und verantwortliche Organe übt, wird aber noch ein Teil von der Exekutive übrigbleiben, für den gar keine bestimmten, keine greifbaren Organe, am wenigsten verantwortliche Organe da sind, nämlich der Teil der Exekutive, wo der Bundesrat selbst in die Bundesverwaltung eingreift. Das ist allerdings ein Verhältnis, das ich für meinen Teil beklage, und ich glaube, daß, wenn die Zustände in Deutschland sich weiterentwickelt haben werden, ein mehr reguläres, ein mehr den allgemeinen Verfassungsforderungen entsprechendes Verfahren eintreten wird. Zunächst aber, wenn wir eine solche vorläufige Teilung der Verwaltung zwischen der Präsidialmacht und dem Bundesrat haben, und wir wollen gegenüber den angestellten Organen oder der Präsidialmacht die Verantwortlichkeit geltend machen, werden wir darauf verzichten müssen, daß in denjenigen Fällen, wo es sich nicht um die Tätigkeit eines bestimmten Beamten handelt, sondern wo nach den Bestimmungen der Verfassung lediglich eine Entscheidung des Bundesrats vorliegt, wir den Mann, den wir sonst in allen ähnlichen Fällen verantwortlich machen können, hier nicht in Anspruch nehmen können, weil er gar nicht gehandelt oder nur insofern gehandelt hat, als er mit andern zusammen aus Kollegialität für etwas gestimmt hat. Das sind Verhältnisse, die sich später in günstigerer Weise herausstellen können. Das kann uns aber nicht hindern, daß wir jetzt in dem Entwurf, soweit möglich, bestimmte Verwaltungsorgane schaffen für die Präsidialmacht, die doch im großen ganzen das Gebiet der Verwaltung in ihrer Kompetenz umfaßt, und daß wir diese Organe verantwortlich machen."

Nachdem sich bei der Abstimmung über das Amendement Bennigsen zunächst 125 Stimmen für und 125 gegen erhoben hatten, wurde es in namentlicher Abstimmung mit 127 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Am nächsten Tage, dem 27. März, wiederholte er, wie er schon angekündigt hatte bei Art. 18 des Entwurfs, den Versuch.

„Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt, daß es uns

ernsthaft darum zu tun ist, daß das Werk zustande komme und daß es bald zustande komme. Das ist noch heute unsre Meinung, und dieser Antrag steht damit nicht in Widerspruch. Es ist wohl auch nicht von dem Herrn Vorredner ausgedrückt worden, daß wir die Absicht hätten, mit diesem Amendement und andern Amendements dem Werk selbst Schwierigkeiten zu bereiten; er hat uns wohl vielmehr nur darauf hingewiesen, daß die Stellung solcher Amendements und ihre lange Erörterung Schwierigkeiten zur Folge haben würde. Was nun die Stellung vieler Amendements und die Länge der Diskussion anbelangt, so ist das Geschmacksache, und es mag immerhin sein, daß man sich darin einschränken kann. Wenn aber der Herr Vorredner so weit geht, daß er uns anempfiehlt, daß er uns gewissermaßen beschwört, wir sollten diesen Verfassungsentwurf en bloc annehmen, so begreife ich nicht, wie eine solche Zumutung dem Reichstage gemacht werden kann; ich begreife es um so weniger, als es bei der Generaldiskussion zu so erfreulichen, zu so entgegenkommenden Erklärungen des Herrn Vorsitzenden der Bundeskommissarien gekommen ist, welcher sich damals damit einverstanden erklärte, daß sowohl hinsichtlich des Budgetrechts als der Befugnisse des Reichstages Veränderungen, und zwar umfassende Veränderungen vorgenommen werden könnten, und daß solche Beschlüsse auf absolute Hindernisse bei der preußischen Regierung und bei den verbündeten Regierungen nicht stoßen würden.

„Was nun die vorliegende Frage anbelangt, so bin ich der Ansicht, daß mein Amendement, welches ich dem wesentlichen Inhalte nach heute wieder als Amendement zu dem Antrag des Abgeordneten Grafen Bethusy-Huc gestellt habe, keineswegs darauf hinausgeht, den Bundesrat gewissermaßen zu mediatisieren, den Einfluß der verbündeten Fürsten und ihrer Vertreter im Bundesrat in irgendwelcher Weise einzuschränken. Im Gegenteil, wie ich schon gestern zu Anfang der Diskussion gegenüber den weitergehenden und nach meinem Geschmack zu weitgehenden Anträgen der Linken ausgesprochen habe, ich stelle mich durchaus auf den Grund der Vorlage, indem ich wünsche, daß das Präsidium, nachdem einmal solche Verträge zwischen den norddeutschen Regierungen abgeschlossen sind, bei der jetzigen Lage der deutschen Entwicklung nicht mehr Befugnisse in der Exekutive haben soll, als in der Vorlage selbst enthalten sind. Ich hielt es deshalb für bedenklich, wenn die ganze Exekutive, wie dies durch die Anträge beabsichtigt war, die wir gestern abgelehnt haben, der Präsidialmacht beigelegt werden sollte. Ich habe aber geglaubt, daß den übrigen Regierungen und den Vertretern des Bundesrats gegenüber die Verwaltung auf die vorgeschlagene Weise sich leichter ordnen ließe. Das Präsidium hat bestimmte Exekutivbefugnisse nach

der Vorlage. Diese wollen wir nicht erweitern; die Exekutivbefugnisse des Bundesrats, der verbündeten Regierungen sollen nicht vermindert werden. Nur in Beziehung auf die Art und Weise, wie diese Verwaltung, diese Regierungsbefugnisse, welche der Entwurf dem Präsidium beilegt, ausgeübt werden, wollen wir etwas mehr Klarheit in den Entwurf hineinbringen, als jetzt in demselben zu finden ist. Ich bin davon ausgegangen, daß, wenn diese Befugnisse wirklich wahrgenommen werden sollen, wenn sie wahrgenommen werden sollen durch besondere Beamte, die das Gefühl der moralischen Verantwortlichkeit nach außen hin tragen gegenüber dem Bundesrat, gegenüber dem Reichstage und gegenüber der Bevölkerung des Norddeutschen Bundes, indem sie Verfügungen, die in ihr Ressort gehören, gegenzeichnen, es auf diese Weise leichter möglich ist, daß eine wirkliche Regierung auf dem Gebiete der Befugnisse der Präsidialmacht, wo sie nach meiner Meinung überhaupt nur füglich eingerichtet werden kann, schon jetzt geordnet wird.

„Es ist ja, wenn ich den Herrn Vorsitzenden der Bundeskommissarien recht verstanden habe, auch die Auffassung der preußischen Regierung, daß der Bundeskanzler alle diese verschiedenen Verwaltungsdepartements weder leiten kann noch eine wirksame Verantwortlichkeit durch Gegenzeichnung der Verfügungen übernehmen kann, die aus diesen Departements herauskommen. Es ist also durch meinen Antrag nicht mehr gesagt, als in der Natur der Sache schon liegt, als von selbst schon in der nächsten Entwicklung als notwendig sich herausstellen wird, daß man nämlich die einzelnen Abteilungen an bestimmte Beamte weist, welche entweder dem Bundeskanzler nebengeordnet oder, wenn man den Bundeskanzler für die norddeutschen Angelegenheiten analog der Stellung eines Ministerpräsidenten nehmen will, ihm insoweit untergeordnet sind. Keineswegs aber sollen es Beamte sein, die der Bundeskanzler ernennt, gewissermaßen Bureaubeamte, sondern es sollen die in der Sache begründeten Verwaltungschefs der einzelnen Zweige sein, die die Verwaltung leiten und bei allen Verfügungen, Anordnungen und Erlassen, die mit dieser Verwaltung im Zusammenhange liegend vom Präsidium ausgehen, durch ihre Unterschrift und Gegenzeichnung die Verantwortlichkeit dafür übernehmen.

„Der Herr Präsident der Bundeskommissarien hat nun gemeint, das griffe zu tief in die Befugnisse der Präsidialmacht selbst ein, das hindere sie in der Instruktion der Bundesratsmitglieder, das hindere sie in der Leitung der Geschäfte selbst. Wenn mein Antrag solche Konsequenzen wirklich hätte, würde ich ihn nicht stellen, und wenn ich mich davon überzeugte, würde ich ihn zurückziehen, denn ein solches Hindernis, das einer vernünftigen Leitung der verschiedenartigen Ge-

schäfte entgegensteht, in den Entwurf hineinzubringen, würde allerdings höchst unangemessen sein. Aber wie kann denn die Vorschrift, daß man Chefs für die einzelnen Verwaltungszweige ernennt, ein wirkliches Hindernis sein für diejenigen Bestimmungen, die die preußische Regierung in ihrem Innern treffen will, auf welche Weise sie geeignete Instruktionen an die Mitglieder gelangen lassen will, die für die preußische Regierung im Bundesrat sitzen? Dieser Antrag von mir enthält keine Vorschrift, wer diese Verwaltungschefs sein sollen, er läßt darin der preußischen Regierung vollkommen freie Hand; es können dazu ernannt werden preußische Minister, es können dazu ernannt werden höhere Beamte, es können diese preußischen Minister oder höheren Beamten Mitglieder des Bundesrats sein, es können dieselben außerhalb des Bundesrats gestellt werden. Es ist die vollständigste Latitüde auf diesem Gebiete hinsichtlich der Ernennung der Personen, hinsichtlich der Instruktionen für dieselben, hinsichtlich der Beratungen der Personen untereinander, hinsichtlich der Stellung, welche die einzelnen zueinander, zu dem Bundeskanzler, zu der preußischen Regierung haben ... Ich möchte, daß die Mitglieder aus den einzelnen deutschen Ländern, welche Bedenken gehabt haben, daß mein Antrag die Rechte der Regierung dieser Länder und der Vertretung derselben im Bundesrat, den Anteil, den diese Regierungen an der Exekutive haben, in irgendwelcher Weise beschränken wolle oder könne, nach diesen meinen Aeußerungen sich überzeugt halten, daß so etwas weder in meiner Absicht liegen kann nach meinen früheren Erklärungen, noch viel weniger in dem Antrag selbst steht."

Auch dieses Mal gelang es Bennigsen nicht, seine Absicht durchzusetzen. Sein Amendement wurde mit 140 gegen 124 Stimmen abgelehnt.

Indem Bennigsens Versuche der Einführung eines kollegialen verantwortlichen Bundesministeriums scheiterten, blieb nur die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers bestehen. Er stellte nämlich zu Artikel 18 der Verfassung das Amendement: „Die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidiums werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zur Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Durch ein besonderes Gesetz werden die Verantwortlichkeit und das zur Geltendmachung derselben einzuhaltende Verfahren geregelt." Bei der Abstimmung wurde der erste Satz mit großer Mehrheit angenommen. Durch die Ablehnung des zweiten Satzes geriet die bekannte Unklarheit in die Verfassung, indem nicht gesagt ist, wem der Reichskanzler verantwortlich ist, vor allem aber jede Anweisung darüber fehlt, wie diese Verantwortlichkeit geltend zu machen ist: eine Lücke, die man neuerdings einen Anlauf nahm auszufüllen. Durch diese Lücke wird die verfassungsgeschichtliche Bedeutung des ersten

Satzes jedoch nicht beeinträchtigt. Da der Verfassungsentwurf nur einen Bundeskanzler vorgesehen hatte, der in dienstlicher Unterordnung unter dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Anordnungen des Bundespräsidiums mitunterzeichnen sollte, so war das Amt des Bundeskanzlers durch die Einführung der Verantwortlichkeit auf eine völlig veränderte Grundlage gestellt. Wenn Bismarck am 26. März erklärte: „Die Instruktion des Bundeskanzlers kann nur vom preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ausgehen, oder der letztere muß selbst der Bundeskanzler sein," so war nunmehr die Zukunft zugunsten der letzteren Alternative entschieden. So hat ein hervorragender Staatsrechtslehrer ausgesprochen: „Dieser von Bennigsen formulierte Satz war von der gewaltigsten geschichtlichen Bedeutung. Nunmehr konnte Bismarck die Geschäfte des Bundeskanzlers, später des Reichskanzlers, nicht mehr einer im dienstlichen Abhängigkeitsverhältnis zu ihm stehenden Persönlichkeit überlassen, sondern mußte sie selbst übernehmen. So hat denn der Gedanke der Verantwortlichkeit den Reichskanzler überhaupt erst geschaffen."[1]) Die konstitutionelle Doktrin konnte diese schöpferische Bedeutung für die Reichsverfassung nur darum haben, weil sie mit dem Machtbedürfnis und dem politischen Sinn Bismarcks[2]) zusammentraf: weiter als diese es für nötig hielten, reichte die Wirkung der Doktrin nicht. Man darf nicht vergessen, daß die Liberalen nicht einen einzigen verantwortlichen Kanzler schaffen wollten, sondern eine Mehrheit von verantwortlichen Reichsministern unter dem Präsidium des Kanzlers. Bismarck aber brach aus ihrem Verfassungsgedanken das Kernstück, den durch die politische Verantwortlichkeit erhöhten Kanzler, heraus und schuf so die Personalunion der preußischen und reichsdeutschen Aemter, von der aus er die Staatslenkung übernahm. Also trug die konstitutionelle Doktrin der Liberalen, in dem Antrag Bennigsen verkörpert, halb wollend, halb wider Willen, allerdings dazu bei, in dieser fast monarchisch gearteten Aemterkombination die Macht zu schaffen, mit der zu ringen ihr historisches Schicksal ward.

---

[1]) G. Jellinek, „Frankfurter Zeitung" vom 30. November 1908.

[2]) Vgl. dazu die Mitteilungen Keudells (Fürst und Fürstin Bismarck, S. 361) über Bismarcks Einwendungen gegen Savigny. Bismarck war sich der Bedeutung dieser Bestimmung wohlbewußt. Nach einem Briefe von Hölder (Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier I, S. 126) vom 12. März 1877 plauderte er, als der Ausbau des Reichskanzleramtes wieder praktisch wurde: „Savigny wollte Reichskanzler werden. Er war auch dafür anfänglich in Aussicht genommen; als aber nach den Beschlüssen des konstituierenden Reichstages dessen Stellung bedeutender wurde, war mir klar, daß der preußische Ministerpräsident und der Reichskanzler eine Person sein müsse. Ich schrieb ihm, entweder müsse er den ersteren auch übernehmen oder mir den letzteren lassen."

Nachdem am 10. April die zweite Lesung der Verfassung beendet war, wurden Bennigsen, Forckenbeck und Unruh von den Nationalliberalen beauftragt, mit Bismarck über die streitigen Punkte zu verhandeln. Die erste Konferenz fand am Nachmittag des 10. April von 1½ bis 4¾ Uhr, die zweite am 12. April abends von 8½ bis 11½ Uhr statt; zwischendurch fand am Abend des 11. April von 7½ bis 9½ Uhr eine Besprechung der drei Liberalen und Twestens mit dem Kronprinzen statt.[1]) Mit der größten Bestimmtheit lehnte Bismarck ab, in die Einrichtung verantwortlicher Bundesminister zu willigen, vor allem mit Hinweis auf die preußische Organisation, die ihm als Ministerpräsidenten keinen genügenden Einfluß gewähre — so gaben die Liberalen vorläufig eine Forderung auf, die Bennigsen wiederholt, in den Jahren 1869, 1877, 1889 und 1892, von neuem aufnahm: es handelte sich nicht um eine staatsrechtliche Formalie, sondern um eins der zentralen Probleme der Reichsverfassung, dessen Entscheidung man der Zukunft überlassen mußte. Ebenso scheiterten die Liberalen mit dem Versuche, Diäten für die Reichstagsabgeordneten durchzusetzen. Als Bennigsen die Frage zur Sprache brachte, lehnte Bismarck sofort ab, darauf einzugehen. Unruh erzählt: „Bennigsen deutete an, daß Bismarck vielleicht durch einen höheren Willen gebunden sei, worauf dieser erwiderte, daß, wenn der König ihm beföhle, die Diäten zuzugestehen, er keine Stunde länger Minister bleiben würde. Später kam Bennigsen noch einmal auf dieselbe Frage zurück, und Bismarck, der sonst sehr höflich und freundlich sich benahm, sagte nun etwas gereizt, er verstände nicht, wie nach seinen positiven Erklärungen Bennigsen noch einmal davon spreche." So ließ Bennigsen auch diese Forderung fallen, der die Regierung damals und noch lange eine größere prinzipielle Bedeutung zuschrieb, als sie in Wirklichkeit hatte.

In andern Punkten dagegen erklärte Bismarck sich mit den in der zweiten Lesung durchgegangenen Veränderungen einverstanden. Er ließ sich selbst die geheime Abstimmung gefallen, mit der die Nationalliberalen — ihr Antrag trug den Namen des ehemaligen Nationalvereinlers Fries — die Ausübung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts sicherstellten. Vor allem gab er — das war das eigentliche Ergebnis dieser Kompromißverhandlungen — den immerwährenden Militäretat auf und nahm den Vorschlag an, über den eine am 5. April unter Führung von Bennigsen, Unruh und Freiherr von Vaerst zusammengetretene freie Kommission sich geeinigt hatte. Es war der unter dem Namen Bennigsens und des

[1]) Ueber diese Verhandlungen (außer den unten folgenden Briefen Bennigsens) vgl. M. Philippson, „Deutsche Revue" XXIII, Oktoberheft, S. 13 ff.: von Unruh, Denkwürdigkeiten (herausgegeben von Poschinger), S. 277 ff.

Herzogs von Ujest eingebrachte Kompromißantrag, nach dem ein Pauschquantum von 225 Talern für jeden Kopf der Friedensstärke des Heeres (dieselbe sollte 1 % der Bevölkerung betragen) für die Zeit bis zum 31. Dezember 1871 bewilligt wurde; die Regelung der Präsenz auf diese 4½ Jahre wurde als „interimistisch" in der Verfassung bezeichnet; später sollte die Feststellung durch Bundesgesetz erfolgen. So war die prinzipielle Frage zunächst hinausgeschoben. Die Liberalen fügten sich, weil sie diese Beschränkung des Budgetrechts als eine Ausnahmeordnung und ein Provisorium ansahen, allein mit Rücksicht auf die auswärtigen Gefahren und den noch unerprobten Zusammenhalt des neuen Bundes.[1])

Bennigsen fügte sich leichteren Herzens in den Kompromiß als die Altpreußen, zumal als Forckenbeck, der nur wider Willen mitging. Auch als die nationalliberale Partei über den gesamten Kompromiß beriet, ergab sich, daß die große Mehrzahl, namentlich die nichtpreußischen Abgeordneten und die aus den neuen preußischen Provinzen, jedes Opfer zu bringen bereit und entschlossen war, die Hand zur Verständigung zu bieten und den Bund ins Leben zu rufen. Durchgesetzt wurde der Beschluß, unter allen Umständen gegen den eisernen Militäretat zu stimmen und den Anspruch auf periodische Bewilligung aufrechtzuerhalten. Bennigsen selbst motivierte seine Annahme und seinen Verzicht auf die Diäten am 15. April mit den Worten:

„Wenn ich, abweichend von meiner früheren Abstimmung, und — wie ich annehme, auch berechtigt bin zu erklären — eine größere Zahl der mir am nächsten stehenden politischen Freunde heute für die Vorlage der Regierung stimmen werden, so sind es nicht *innere* Gründe, sondern lediglich *äußerliche*, der Frage des Zustandekommens oder Scheiterns des ganzen Verfassungswerkes. Ich halte es für ein ganz bedenkliches Experiment, daß in einem deutschen Parlament die Diäten beseitigt werden sollen . . . ich halte die Folgen für durchaus unberechenbar, und ich habe es dabei sehr beklagt, daß von seiten der Regierung ein solches Gewicht auf diese Frage gelegt wird; ich habe aber . . . aus allem, was ich Gelegenheit gehabt habe, in den letzten Wochen in Erfahrung zu bringen, mir das feste Urteil bilden müssen, daß bei dieser Frage die Regierung nicht nachgeben will, daß es sich also hier um einen Punkt handelt, wo es darauf ankommt, ob die Verfassung zustande kommen oder scheitern soll. Und wenn die Sache so liegt, so muß ich mir die Frage stellen, ob wir in der Lage sind, wegen eines einzelnen, wenn auch noch so erheblichen Punktes abermals in Deutschland den

---

[1]) Ueber die weitere Entwicklung dieser Frage vgl. Kapitel 4.

Versuch, eine Verfassung zu begründen, zugrunde gehen zu lassen. Ich für meine Person will die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen. . . . Ich hoffe von den nächsten Jahren, daß es möglich sein wird, im Reichstage über die Bewilligung der Diäten im Wege der Gesetzgebung eine andre Vereinbarung zu treffen. Wenn aber jetzt die Frage zur Entscheidung kommt: entweder die Diäten werden gestrichen, oder das Verfassungswerk bleibt abermals liegen, so werde ich mich für die Streichung der Diäten erklären. Ich denke von dem Verfassungswerk anders als viele meiner Kollegen auf der linken Seite dieses Hauses. Es mögen große Mängel in demselben sein; es ist ein nicht logisches, aber doch zusammenhängendes, zwar verbesserungsbedürftiges, aber auch verbesserungsfähiges Werk. Ich habe die Ueberzeugung, die ganze Lage Deutschlands ist so günstig, daß aus diesem Verfassungswerke nicht bloß für die Machtentwicklung der deutschen Staaten, sondern auch für die innere nationale Entwicklung der deutschen Nation viele und große Vorteile hervorgehen werden. Ich hoffe, daß es zu Entwicklungen des deutschen Verfassungslebens in großem Zuge führen wird, und da lassen Sie uns doch ans Werk gehen und lassen Sie an einzelnen Punkten, die ja jetzt nicht ein für allemal für die Zukunft abgeschlossen werden sollen, sondern auf die man in jeder Session wieder zurückkommen kann, nicht das ganze Verfassungswerk scheitern."

Am folgenden Tage wurde der Verfassungsentwurf mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen. Neben den Partikularisten und den Klerikalen unter Windthorst und Mallinckrodt stimmte auch die Fortschrittspartei geschlossen gegen die Verfassung, die hinter den Anforderungen der konstitutionellen Doktrin allerdings weit zurückblieb. Die Nationalliberalen dagegen stimmten mit wenigen Ausnahmen — schließlich waren es nur einige Thüringer, die sich nicht zu der Annahme entschließen konnten — dafür. Die Partei hatte zum erstenmal den realpolitischen Gedanken, dem sie ihre Entstehung verdankte, in die Praxis umgesetzt. Ein in der Geschichte des deutschen Liberalismus denkwürdiger Vorgang, an dem Bennigsen einen hervorragenden Anteil hatte. Mochten manche ehemalige Genossen aus dem Nationalverein ihn auch darum schmähen: mit stolzer Freude, wie aus den folgenden Briefen hervorgeht, trug er die Verantwortung.

Bennigsen an seine Schwester Baronin Luise von Leonhardi.

Berlin, Wilhelmstraße 84, 7. April 1867.

Unsre Arbeiten drängen jetzt ihrem Ende zu. Am Mittwoch abend findet bereits die Zusammenkunft der Bundeskommissarien statt. Wenn deren Beschlüsse nicht zu ungünstig ausfallen, kann die zweite Lesung

sehr wohl vor Ostern beendigt und die ganze Verfassung dann mit großer Majorität angenommen sein. Anna schreibt mir auch den drängenden Wunsch der Bennigser, daß wir hier nicht zu lange nach Ostern bleiben möchten. Es ist freilich nicht unwahrscheinlich, daß nach Beendigung der Verfassungsberatungen ein großer Teil der hannoverschen Reichstagsmitglieder hierbleiben wird, wenigstens noch auf mehrere Tage, um wegen Ordnung hannoverscher Verhältnisse mit einem Gutachten gehört zu werden. Leider hat Herr von Münchhausen durch die Art seines Auftretens die hannoverschen Angelegenheiten in eine sehr schlimme Lage gebracht. Als Demonstration betrachtet, war seine Rede ein Musterstück. Damit ist aber Hannover nicht geholfen. Am wenigsten ist das die Aufgabe eines Mannes in der Stellung Münchhausens. Die Erbitterung, welche er am Hofe und bei Bismarck hervorgerufen hat, hat für Wochen alle unsre Bemühungen zugunsten Hannovers hintertrieben und ihm alle Türen für immer verschlossen. Vorgebracht mußten die Uebelstände in Hannover werden, auch öffentlich, aber doch in einer Weise, die den Zweck, die Besserung dieser Uebelstände, nicht vereitelte. Du hast vielleicht schon gehört, daß sich wegen der ganzen Stellung von Darmstadt in allernächster Zeit eine sehr glückliche Wendung vorbereitet, welche dem entspricht, was Ihr bereits im vorigen Sommer für das allein Richtige hieltet. Sapienti sat, würde der Lateiner sagen. Die Kriegsgefahr ist keineswegs vorüber. Es werden merkwürdige Anstrengungen von hier gemacht, Frankreich gänzlich zu isolieren. Ein schönes Zeugnis für die entente cordiale zwischen England und Frankreich bleibt es bei dem jetzigen Intrigenspiel, daß England in Paris zum Kriege hetzt in der angenehmen Hoffnung, die Franzosen würden gründlich geschlagen werden und die unbehagliche Entente damit ihr Ende erreicht haben.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 8. April 1867.

... Unsre Beratungen werden vor Ostern fertig. So verkündet eben der Präsident seinen Plan wegen der Sitzungen. Morgen zwei Sitzungen, Mittwoch eine, dann drei Tage Pause wegen der Beratungen der Bundeskommissionen über die verkündete erste Beratung des Entwurfs. Am Montag, Dienstag, Mittwoch nächster Woche die zweite Lesung, nötigenfalls mit Abendsitzungen. Behält dann die Regierung uns nicht wegen der Beratung hannoverscher Angelegenheiten hier, so kann ich am Donnerstag oder Freitag nach Hause reisen. Nach aller Wahrscheinlichkeit haben wir im Mai Krieg mit Frankreich, welches Luxemburg nicht aufgeben will.

Berlin, 10. April 1867.

Der heutige Tag soll doch nicht vorübergehen, ohne daß ich Dir, mein liebes, hübsches Frauchen, mit einem herzlichen Glückwunsch zu Deinem Geburtstag einige Zeilen von hier sende. Viel Zeit ist mir allerdings nicht eingeräumt. Nachdem wir heute gegen halb zwei Uhr die Vorberatung des Verfassungsentwurfs beendigt hatten, habe ich mit den Herren von Forckenbeck und von Unruh zusammen eine dreistündige Konferenz mit dem Grafen Bismarck gehabt; um vor der Beratung der Regierungsbevollmächtigten, die heute abend beginnt, eine Verständigung über die endlichen Beschlüsse zur Verfassung zu versuchen. Am Abend soll ich heute noch zu einer Gesellschaft bei Herrn von Vincke-Olbendorf. Es ist mir nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen mit Unruh und Forckenbeck nur noch eine kurze Zeit [geblieben], die ich zu diesen Worten benutze. In der Hauptsache ist eine Verständigung über die Grundsätze mit Bismarck zustande gekommen, welche aber nicht in allen Punkten Deinen Beifall haben wird. Am Freitag abend soll noch eine zweite Unterredung mit denselben Personen stattfinden. Wir werden dann am Montag die zweite Beratung beginnen, am Dienstag oder Mittwoch schließen, und wenn ich noch auf einen Tag nach Frankfurt a. O. fahre, so kann ich jedenfalls Ende der Woche zu Hause sein. Danach sehne ich mich allerdings. Wir sind hier von der Ueberanstrengung, geistiger und körperlicher, alle mehr oder weniger kaput und bedürfen einiger Erholung. In der letzten halben Stunde hat uns Bismarck noch eine Auseinandersetzung über seine auswärtige Politik gegeben, die höchst merkwürdig war, aber zu weitläufig zu schreiben. Uebrigens sagte er ausdrücklich: „Nach menschlicher Voraussetzung haben wir noch in diesem Jahre einen Krieg mit Frankreich.“ Er hat die Franzosen in einer ganz fabelhaften Weise hinters Licht geführt. Napoleon, früher in den Augen der Welt sein eigentlicher Lehrmeister, ist wie der dümmste Junge von ihm genarrt. Die Diplomatie ist eins der verlogensten Geschäfte, aber wenn sie im deutschen Interesse in einer so großartigen Weise der Täuschung und Energie getrieben ist wie durch Bismarck, kann man ihr eine gewisse Bewunderung nicht versagen.[1])

[1]) Dieser Eindruck ergab sich den Liberalen, die zum erstenmal tiefer in die auswärtige Politik hineinsahen, immer wieder. So erzählt Bluntschli (Denkwürdigkeiten III, S. 218) am 20. Mai 1868: „Ich ging mit Bennigsen allein nach Hause. Wir sprachen über Bismarck und sein Verhältnis zur Partei. Es ist in dem antediluvianischen Mann eine seltsame Verbindung von lauterster Offenheit und tiefster Verschlagenheit, von rückhaltloser Wahrhaftigkeit und bewußter Täuschung. Er muß die Diplomaten fürchterlich angelogen haben. In den Fällen, in denen er mit Forckenbeck und Bennigsen unterhandelt hatte, war er wahr und fest, und nur die Oberfläche mit trügerischem Schaume bedeckt.“

Berlin, 12. April 1867.

... Ob wir mit Bismarck, welcher beim Könige in den Militärsachen dazu noch große Schwierigkeiten hat, heute abend ins reine kommen, ist leider noch sehr ungewiß. Der Kronprinz, welcher mich — und die Herren Unruh, Forckenbeck und Twesten — gestern abend (beiläufig nach einem sehr opulenten Diner beim Grafen Henckel Donnersmarck) stundenlang in seinem Palais hatte, hat nicht Einfluß genug, weder auf den König noch auf Bismarck. Mit dem Kronprinzen würden wir uns seit Wochen ohne Mühe verständigt haben. — Gerüstet wird hier außerordentlich!

Berlin, am Karfreitag (19. April), 1867.

Ich bitte Dich, mir den kleinen Wagen am Sonntag nachmittag nach dem Bahnhof in Hannover zu schicken. Ich fahre am Sonntag früh von hier ab; die Reise nach Frankfurt habe ich dieses Mal aufgeben müssen. Ich wäre sonst Ostern noch nicht zu Hause gewesen und habe doch große Sehnsucht, in Ruhe einige Zeit in der Familie zuzubringen nach aller Unruhe und Aufregung und der großen Verantwortlichkeit, welche durch ein eigentümliches Zusammentreffen von Umständen in den letzten Tagen des Reichstages auf mir lastete. Ich hätte schon gestern abreisen oder nach Frankfurt fahren können, wie ich beabsichtigte, wäre nicht die Zurückkunft des Geheimrats von Wolff verzögert, welcher Hannover wegen der neuen Organisation der Verwaltung einige Wochen bereist hat. Der Minister, Graf Eulenburg, hatte mich nämlich ersucht, dem ersten Vortrage dieses Herrn beizuwohnen (welcher morgen früh endlich stattfindet),[1] und das ist doch möglicherweise für die Provinz Hannover und deren Einrichtungen von Nutzen. Wegen einer Anstellung meiner Person im preußischen Staatsdienst, von der auch in hiesiger Stadt gesprochen ist, kannst Du Dich übrigens ganz beruhigen, und Deine Besorgnisse sind darüber unbegründet. Ich selbst weiß davon gar nichts. Ich habe eine herzliche Freude, endlich zu Dir und den Kindern zurückzukehren. Zwei Monate sind wir in unsrer zwölfjährigen Ehe ja noch gar nicht getrennt gewesen. Aber noch größer ist meine Freude, an dem hiesigen Werk einen erheblichen Anteil gehabt zu haben. Erst spätere Zeiten werden unbefangener darüber urteilen. Es ist der größte Fortschritt hier definitiv begründet, den Deutschland seit der Reformationszeit gemacht hat, und jeder, welcher dazu mitgewirkt hat, wird noch einmal stolz darauf sein können.

[1] Graf Eulenburg an Bennigsen, Freitag, 19. April: „Der Geheime Regierungsrat von Wolff ist gestern abend aus Hannover zurückgekehrt. Ich habe ihn auf morgen vormittag um elf Uhr zum Vortrage zu mir bestellt. Euer Hochwohlgeboren stelle ich ergebenst anheim, diesem Vortrage beizuwohnen."

Bennigsen an Reyscher.

Bennigsen, 27. April 1867.

Für Ihre freundliche Zuschrift[1]) bin ich Ihnen sehr dankbar gewesen, habe aber leider in Berlin im Drang der Geschäfte nicht zur Beantwortung kommen können. Ihre interessante Broschüre habe ich, da ich dieselbe bereits besaß, auch Simson sie kannte, an Schulze mit einem Gruß von Ihnen übergeben. Schulze, welcher leider wie Franz Duncker durch unsre Differenzen im Reichstag und die angebliche Stimmung seiner Berliner Wähler sich hat verleiten lassen, aus dem Ausschuß des Nationalvereins auszutreten, läßt sich Ihnen bestens empfehlen.

Mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Reichstages wird man auch wohl in Süddeutschland einigermaßen zufrieden sein können. Hier im Norden sehen in dem Zustandekommen dieser Verfassung alle Weiterblickenden einen außerordentlichen Fortschritt, meiner Meinung nach den größten, welchen Deutschland seit der Reformationszeit wirklich gemacht, nicht bloß versucht hat. Der Süden hat es vollkommen in der Hand, jeden Tag beizutreten. Wir haben offenkundig in der Abänderung des Schlußartikels[2]) unsre Absicht erklärt, den Zutritt an so wenig Formalitäten als möglich zu knüpfen. Bei der preußischen Regierung werden Sie keine ernsthaften Schwierigkeiten finden. Dieselben liegen allein bei der bayrischen und württembergischen Regierung und dem Einfluß, den die ultramontane Partei nebst der französischen Regierung auf beide ausüben. Ich verstehe nicht ganz, weshalb in Bayern und Württemberg, wie überhaupt in Süddeutschland, nicht mehr geschieht, um die renitenten Regierungen zu drängen. *Eine Agitation im großen Stile müßte mit der Sache in wenigen Wochen fertig werden können!* Grund ist doch wahrlich genug vorhanden. Militärisch ist, wie mir in Berlin versichert wurde, seit vorigem Sommer in Bayern und Württemberg so gut wie nichts getan. Kommt es zum Kriege mit Frankreich, und Preußen steht nicht sofort mit einer starken Armee im Süden, oder doch zwischen Mainz und Rastatt, so werden wir erleben, daß wie im vorigen Jahre 40000 bis 50000 Mann vom Oberrhein bis Franken dringen, ohne ernsthaften Widerstand zu finden. Die Franzosen würden aber anders hausen als die Preußen. Ich glaube kaum, daß uns der Friede noch lange er-

---

[1]) Siehe oben S. 27 f.

[2]) Zu Art. 71 des Entwurfs hatten Lasker und Miquel den Zusatz durchgesetzt: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung.“

halten bleibt. Politisch würde es für Deutschland, wenigstens für Norddeutschland, allerdings besser sein, ein bis zwei Jahre in Ruhe zur Organisation der neuen Zustände benutzen zu können. Die Militärs, und auffallenderweise auch die Geschäftsleute, halten aber den sofortigen Krieg mit Frankreich für das Günstigere, wenn nicht ein langdauernder Friede sichergestellt werden kann, wozu im Grunde doch gar keine Aussicht ist. Sich in der Unsicherheit und Aufregung und dem Stocken aller Geschäfte einfach bis zum Herbst hinhalten zu lassen und den Franzosen ein halbes Jahr zur besseren Bewaffnung und Einübung der neuen Waffen zu gestatten, würde das verkehrteste von allem sein. Die Vereinigung mit dem Süden würde ein glücklich beendigter Krieg ungemein fördern. Für ein historisches Urteil kann ja leider auch kein ernsthafter Zweifel darüber sein, daß Frankreich nach seiner ganzen traditionellen Politik die Bildung einer stärkeren Kontinentalmacht, als es selbst ist, nicht ruhig dulden kann, ohne vorher einen sehr ernsten kriegerischen Versuch zu machen, diese deutsche Präponderanz im Entstehen zu hindern. Gestatten Sie mir, mein alter Freund, in Erinnerung an eine jahrelange gemeinsame politische Arbeit und manche froh zusammen zugebrachte Stunde Ihnen eine der von mir in Berlin angefertigten Photographien zu senden, welche meine Freunde ähnlich finden.

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, den 9. Juli 1867.

Empfangen Sie, hochverehrter Freund, herzlichen Dank für Ihren Brief vom 27. April, der mir über die Politik des Reichstages sehr erwünschte Mitteilungen machte, ebenso für die beigefügte gelungene Photographie. Obgleich mir Ihr Original in treuer Erinnerung vorschwebte, habe ich mich doch über das Konterfei ungemein gefreut. Da ich Sie meist mit Schulze zusammen sah, der hoffentlich nur vorübergehend sich von der nationalliberalen Partei getrennt hat, so gab ich Ihnen die Stelle neben dem erprobten Freunde, der sich durch seine sozialpolitischen Bestrebungen doch einen bleibenden guten Namen geschaffen hat.

Auch bei mir haften die ernst-frohen Stunden in Frankfurt, Eisenach, Koburg in angenehmer Erinnerung, und ich kann nicht finden, daß unsre gemeinsame politische Wirksamkeit 1859 bis 1862 eine verkehrte oder eine fruchtlose gewesen, wenngleich W. Menzel in seinem Buche „Der Deutsche Krieg" den Nationalverein sehr heruntermacht und nur mir, wegen der Opposition gegen den Antrag in betreff der Herausgabe Venedigs, einiges Lob spendet. Bekanntlich ist der Antrag des

Ausschusses von diesem selbst zurückgezogen, der Danckersche Antrag aber nach meinem Vorschlage durch motivierten Uebergang zur Tagesordnung beseitigt worden . . .[1])

Wer Bismarck huldigt, darf konsequenterweise nicht über die vorangegangene nationale Bewegung den Stab brechen; denn ohne diese hätte Bismarck seine Revolution nicht gemacht. Sie werden es billigen, daß ich in der vierten Auflage meiner Schrift über die Ursachen und Folgen des Deutschen Krieges von dem Nationalverein und Reformverein gesprochen habe und wie ich es getan. Eine nähere Geschichte der deutschen Bewegung müßte freilich der Zukunft vorbehalten bleiben und würde am besten von Ihnen geschrieben werden, da Sie an der Spitze derselben standen.

Mit dem Eintritt in den Nordbund geht es freilich langsamer, als wir wünschen. Doch ist die materielle Einheit durch das Kriegsbündnis und die Zoll- und Handelseinheit gesichert. Unsre Kammer sollte schon zu Anfang gegenwärtigen Jahres einberufen werden: denn die Steuer läuft ab oder ist abgelaufen mit dem 30. Juli, nur daß die Regierung verfassungsmäßig befugt ist, im Notfalle sie vier Monate fortzuerheben, wenn die Verabschiedung nicht zur rechten Zeit ermöglicht werden kann. Aber die Regierung tut gut daran, fait accompli zu machen, d. h. erst vor die Kammern zu treten, wenn sich die Einigung mit Preußen nicht mehr ändern läßt, denn sonst würde das Reden kein Ende nehmen. Auch aus dem Kreise der Abgeordneten, die bekanntlich im vorigen Jahre durch dick und dünn mit demselben Ministerium gegangen sind, erhebt sich jetzt kein Widerspruch gegen den Verzug: denn auch sie haben ein Interesse dabei, über dem Grabe ihrer politischen Vergangenheit Gras wachsen zu lassen. Ich zweifle nicht, daß Varnbüler die Verträge durchsetzen wird; doch wird er immerhin manches Unangenehme zu hören bekommen, und solange wir nicht staatlich mit dem Norden vereinigt und die süddeutschen Festungen teilweise wenigstens von Preußen besetzt sind, ist der Süden gegen einen Handstreich von Frankreich aus nicht gesichert. Einstweilen werden das preußische Exerzierreglement und die preußischen Hinterlader von unsern Truppen eingeübt, und der preußische General von Obernitz, der seit dem 1. Dezember hier in Cannstatt seine Wohnung genommen hat, begleitet zuweilen den Kriegsminister bei den Uebungen, was manchen Leuten ein Dorn im Auge ist. Etwas Unangenehmes wird ihm gewiß nicht begegnen, solange er sich taktvoll benimmt; er lebt hier wie ein Privatmann und wird seiner schönen Pferde wegen von den Offizieren beneidet; aber

[1]) Vgl. Bd. I, S. 440.

das sehen auch unsre besseren Offiziere ein, daß mit dem alten System kein Ruhm zu erwerben ist.[1]) Der „Staatsanzeiger" ist seit einiger Zeit geschmeidiger geworden. Aber der „Beobachter" macht in seiner Raserei fort, und der Prozeß Hohenzollern gegen Mayer hat noch keinen Schritt vorwärts gemacht. Die Stimmung im Volke ist resignierter, doch geben die neuen Steuern, womit der Bund sich einführt, und manche Taktlosigkeiten des preußischen Ministeriums noch immer Stoff zu Angriffen.

Inzwischen hatte die Auflösung der alten Parteiorganisationen der Liberalen weitere Fortschritte gemacht. Es verstand sich von selbst, daß der Abgeordnetentag und der Sechsunddreißigerausschuß seit dem Bestehen eines Norddeutschen Reichstags keinen Sinn mehr hatten.[2]) Aber

[1]) Vgl. A. Pfister, Deutsche Zwietracht. Erinnerungen aus meiner Leutnantszeit 1859—1869. (1902.)

[2]) Bluntschli an Bennigsen, 20. Januar 1867: „Der Sechsunddreißigerausschuß hat meines Erachtens keine andre Vollmacht mehr als die, das Geld zu liquidieren, worüber er noch verfügen kann. Um Politik zu treiben, bedürfte er einer neuen Bestellung und Ermächtigung, welche er schwerlich erhielte. Die alte Versammlung kann nicht mehr und eine neue wird nicht zustande kommen. Die Zeit ist überhaupt vorbei, in welcher in dieser Form eine politische Einwirkung möglich ist. Die Hauptfrage ist entschieden und die Nebenfrage von der auswärtigen Politik abhängig, die nur von der preußischen Regierung geleitet, von Frankfurt aus höchstens gestört und erschwert werden kann. Auch der Ausschuß des Abgeordnetentages und der ganze Abgeordnetentag hat durch die Ereignisse den Boden seiner Wirksamkeit verloren. Die ganze Einrichtung hatte zum Zweck, eine politische Einigung vorzubereiten und einstweilen als Surrogat zu dienen für das fehlende Parlament. Die Einigung ist nun in Norddeutschland vollzogen und eine gemeinsame Repräsentation gewonnen, neben welcher kein Abgeordnetentag mehr Raum hat. Wollte man ihn erhalten, so würde er eine ohnmächtige und unfruchtbare Karikatur werden einer nationalen Gesamtvertretung. Der Fehler, den man von Anfang an machte, auf das Parlament von 1848 zurückzugreifen und Personen zuzulassen, deren Rolle ausgespielt ist, würde nun verzehnfacht werden. Es gibt nur eine Rücksicht, welche noch für einige Zeit die Auflösung verzögern kann, die auf Süddeutschland, das noch nicht in dem neuen Reichstag vertreten ist. Aber ich halte eine Verbindung des Südens mit dem Norden für so unabweisbar, daß ich keinen Zweifel in ihr Zustandekommen mehr habe, und glaube überdem, daß der Ausschuß des Abgeordnetentags für diesen großen Zweck verhältnismäßig wenig leisten kann. Wenn Aussicht ist, daß er dafür noch etwas zu leisten vermag, dann soll er noch eine Weile fortwirken, wenn nicht, so bleibt ihm nichts übrig, als sich sofort aufzulösen. — Die Süßigkeiten der Verkennung und Anschwärzung haben Sie nun auch kennen gelernt. Ich bin schon seit alter Zeit damit vertraut und ziemlich abgehärtet. Indessen angenehm sind derlei Erfahrungen doch nicht, wenngleich ich zugleich erprobt habe, daß ein wirklicher Charakter mit diesen gemeinen Mitteln nicht ruiniert werden kann."

auch der Nationalverein ließ sich nicht aufrechterhalten. Die im Jahre 1859 geschlossene Verbindung von nationalgesinnten Demokraten und Konstitutionellen mußte sich wieder lösen, als nach erreichtem Ziele die gegensätzlichen Voraussetzungen beider Lager wieder sichtbar wurden. So hatte schon die Ausschußsitzung des Nationalvereins am 17. November 1866 beschlossen, von einer Berufung der Generalversammlung im laufenden Jahre abzusehen; allein Oetker hatte von ihr eine Neubelebung des Vereins auf dem Boden eines neuen Programms erhofft und Rochau sie für ein einmütiges Eintreten in die Parlamentsagitation benutzen wollen; aber die altpreußischen Mitglieder betonten die Notwendigkeit der Auflösung wegen des gesunkenen Interesses, und der Antrag von Schulze-Delitzsch, in den Wahlaufruf schon einen Hinweis auf die Auflösung aufzunehmen, wurde nur mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Bennigsen freilich fügte sich nur widerstrebend, in der Empfindung, „daß diese allgemeine Entmutigung und Verdrossenheit, welche nach dem Zeugnis der meisten Redner in unsern Reihen herrsche und uns nötige, an die demnächstige Auflösung unsrer Organisation zu denken, einen beklagenswerten Mangel an Selbstgefühl und nachhaltiger politischer Kraft im deutschen Bürgertum verrate". Auch die Verbindung der Organisation des Nationalvereins mit einer einzigen parlamentarischen Fraktion der Liberalen erwies sich als unmöglich, als die in Preußen angebahnte Spaltung sich im Februar und März 1867 auch auf die Gruppierung im Norddeutschen Reichstage übertrug und in der verschiedenen Stellung der alten Fortschrittspartei und der neuen nationalliberalen zum Entwurf der Reichsverfassung ihren schärfsten Ausdruck fand.[1]) Obwohl man sich nicht auf Grund verschiedener Prinzipien, sondern auf Grund verschiedener Taktik trennte, vollzog sich der Bruch mit wachsender persönlicher und sachlicher Schärfe: den im Erlöschen begriffenen Nationalverein aber sprengte er völlig

[1]) Nagel an Bennigsen, 20. März 1867: „Ich kann mir denken, daß sich auch jetzt noch nicht sagen läßt, wie sich zum Beispiel das Verhältnis zu unsern alten Freunden Schulze und Duncker gestalten wird; liest man die fast täglichen Lästerungen der fortschrittlichen Korrespondenzfabrik, so muß man freilich stark bezweifeln, ob ein Wiedereinrenken möglich ... Ich wiederhole meine angelegentliche Bitte, Sie möchten, wenn Sie nicht selbst Zeit haben, mir durch einen unsrer Freunde einige Andeutungen zufließen lassen, vor allem darüber, ob die Unsrigen dort eine neue Organisation auf neuer Basis für wahrscheinlich halten, resp. ob sie eine solche wollen (daß es mit dem alten Nationalverein zu Ende, betrachte ich als selbstverständlich) oder nicht. Sollte gegen die erwähnte Korrespondenzfabrik, deren Chef Eugen Richter sein soll, nicht mit einer Konkurrentin aufzukommen sein? Hoffentlich wird sich nicht an uns die Erfahrung der Altliberalen wiederholen, daß die größere politische Einsicht auf Kosten der Agilität erkauft wird."

auseinander. Unmittelbar mit dem Schluß des Reichstages traten Schulze-Delitzsch und Franz Duncker aus, und die Ausschußsitzung vom 17. April zog die Auflösung des Nationalvereins, den man vergeblich mit der Luxemburger Erregung zu galvanisieren versucht hatte, in bestimmte Aussicht. So trennten sich die alten Freunde und Kampfgenossen, beide Lager mit einem Gefühl der Erleichterung. Auch Bennigsen schrieb bald darauf: „Um unsre alten Freunde und Parteigenossen der preußischen Linken tut es mir wahrhaft leid, daß sie sich durch persönliche Verbissenheit und den engherzigsten Partikularismus so vor der Welt kompromittieren. Mit der alten Parteigliederung ist es vollständig vorbei. Vielleicht zum Glück!" [1])

Nur in Süddeutschland hofften die ehemaligen Führer des Nationalvereins eine Zeitlang, die alte Organisation retten oder in eine neue überführen zu können, da auf süddeutschem Boden die Parteispaltung des Nordens zunächst keinen Eingang fand, dafür aber die im Norden schon gelöste Aufgabe der Einigung vor weitere Schwierigkeiten und Probleme gestellt war. Auch hier spielt das Erlöschen alter und das Aufkommen neuer Parteibildung durcheinander. In diese Bewegung, zu welcher der bis zu seinem Ende unermüdliche Patriot Karl Brater den Anstoß gab, gewähren die folgenden Briefstellen einen Einblick.

Brater an Nagel.

Erlangen, 23. August 1866.

Der Nationalverein als solcher wird wohl niemals im Süden wieder Fuß fassen. Seine abgefallenen alten Freunde, die jetzt wieder bei seinem Programm angelangt sind, scheuen sich vor ihm, weil sie sich ihm gegenüber kompromittiert haben, und auch die Neubekehrten wollen sich nicht gern unter der verrufenen Firma etablieren. In Württemberg, wie Sie wissen, hat man eigens eine „Deutsche Partei" erfunden, Crämer und Konsorten bei uns werden sich niemals so tief demütigen, zum Nationalverein zurückzukehren, obwohl die in der „Wochenschrift" S. 256 abgedruckte Nürnberger Erklärung von ihnen ausgeht. Ebensowenig werden Völk, Barth u. s. w. dem Verein jetzt beitreten, den sie in seinen schlimmeren Tagen (denn so stellt sich die Sache doch äußerlich dar) gemieden haben. Sie würden fürchten, daß dies als ein Bekenntnis früherer Feigheit gedeutet werde.

Was ich über die vorherrschende Stimmung geschrieben habe, ist so zu verstehen: Hätte Preußen die militärisch-diplomatische Führung im Süden gefordert, so wäre sie ihm nicht versagt worden. Mög-

---

[1]) Bennigsen an Rochau, 17. Mai 1867.

licherweise hätte der Ultramontanismus in Altbayern einen Putsch versucht, der dann die Gelegenheit zu einer gründlichen Auseinandersetzung zwischen Franken, Schwaben, Pfalz und den alten Provinzen geboten hätte. Da aber Bismarck selbst resigniert, so schwillt uns natürlich sogleich wieder der Kamm, und unter diesen Umständen ist allerdings nicht daran zu denken, daß sich zum Beispiel in der bayrischen Kammer eine Mehrheit für das Programm der Fortschrittspartei findet. Es ist ja zweierlei: sich in eine politische Veränderung fügen oder sich für sie bemühen.

Reyscher an Nagel.

Cannstatt, 3. September 1866.

Der Name „Deutsche Partei" wurde von Hölder gewählt zur Bezeichnung des strikten Gegensatzes zur föderalistischen, ultramontanen und Hofpartei, welche hier seit diesem Jahre und länger zusammengehen. Dagegen hatte ich verhindert, daß das von Hölder vorgeschlagene Statut eines Vereins angenommen wurde, einmal weil viele an dieser Form Anstoß nehmen, dann aber auch, weil der Nationalverein mir genügt. Gestern vor vierzehn Tagen hatten wir eine von Vertrauensmännern aus etwa dreißig Oberämtern besuchte Versammlung in Plochingen (etwa 150 Mann stark), worin unter meinem Vorsitz die Partei sich konstituierte auf Grund eines Programms, das für den Anschluß an den deutschen Bundesstaat unter diplomatischer Führung Preußens sich ausspricht. Zugleich wurde die Aenderung des Ministeriums als notwendig ausgesprochen. Beides war schon vorher in einer Stuttgarter Versammlung angenommen. Nachdem ich mehrere Jahre mich von politischen Versammlungen meist ferngehalten und der ständischen Tätigkeit entsagt habe — nur in dem meiningenschen Domänenstreit und bei der kurhessischen Ministeranklage habe ich den Ständen gedient —, bin ich jetzt auf einmal wieder in das laute Leben hineingerissen worden.

Nagel an Bennigsen.

Frankfurt, 22. September 1866.

Das Ergebnis meines Ausflugs nach Bayern [1]) ist leider die Ueberzeugung, daß dort für den Nationalverein nichts mehr zu machen ist. „Die Firma ist einmal diskreditiert" — das war der stereotype Einwand. Aber auch sonst sind die alten Führer und Parteien für nichts zu Hause, was ein selbsttätiges Auftreten fordert; sie haben meist ein sehr lebhaftes Gefühl, sich mehr oder weniger stark blamiert zu haben, sind daher beschämt, verlegen, verstimmt und wünschen, fürs erste noch

[1]) Nagel war in der Vorstandssitzung des Nationalvereins vom 26. August in Eisenach mit einer „Rekognoszierungsreise" nach Bayern beauftragt worden.

in Ruhe gelassen zu werden. Am meisten Anklang noch fand ein mir unterwegs gekommener Gedanke, die Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland in der Weise herzustellen, daß man die Volkspolitik im ungefähren Anschluß an die heutigen staatlichen Zustände organisiert, d. h. etwa, den zentralisierten Nationalverein, als Vertreter des Nordens, mit den Fortschritts- oder deutschen Parteien in den Südstaaten in ein Bundesverhältnis setzt, das etwa in einem gemeinsamen Ausschuß (einem Ausschuß der Ausschüsse) zu verkörpern wäre. Aber auch dafür wollen sie, z. B. Crämer, noch vorherige Uebergänge, und zunächst nur etwa in volkswirtschaftlichen Angelegenheiten mit Norddeutschen zusammenkommen. Die allgemeine Volksstimmung dagegen ist viel besser, als ich erwartet habe; in allen protestantischen Landesteilen durchweg preußenfreundlich, stellenweise annexionistisch, aber auch in Altbayern keine Spur von dem leidenschaftlichen Preußenhaß hierzulande. Im ganzen schienen mir die bayrischen Dinge der völligen Auflösung entgegenzureifen, Schlaffheit auf der einen und Zuchtlosigkeit auf der andern Seite einzureißen. Die Stimmung in München gegen den jungen König, der das Aeußerste in Taktlosigkeit leistet, ist in einem Grade gereizt, daß eine Wiederholung der Vorgänge vom Februar 1848 durch den kleinsten Anlaß herbeigeführt werden kann. Kurz, sehr bald kann es dahin kommen, daß die Preußen einmarschieren müssen, um Ordnung zu stiften.

Brater geht seiner Gesundheit wegen für diesen Winter nach Südfrankreich, damit hätten wir dann das letzte süddeutsche Ausschußmitglied einstweilen eingebüßt.

Brater an Nagel.

Stuttgart, 16. Oktober 1866.

Bei der hiesigen Zusammenkunft sind die zwei bayrischen Konvertiten, Crämer und Umbscheiden, nicht erschienen. Das wesentliche Ergebnis war, daß man sich theoretisch geeinigt hat, es sei bezüglich des Anschlusses an den Norden nicht dies oder jenes abzuwarten, sondern von selber mit allen verfügbaren Mitteln sofort anzustreben. Also primo loco: Teilnahme am „konstituierenden" Parlament. In diesem Sinn wird sich zunächst die badische Kammer erklären, dann sollen in der bayrischen entsprechende Anträge gestellt werden. Daß aber, um wirklich in Berlin eine entscheidende Wirkung hervorzubringen, weit stärkere Demonstrationen nötig wären, daß man die Massen, soweit sie auf diese Richtung eingehen, unmittelbar sprechen lassen müßte, wollte man nicht recht begreifen oder zweifelte an der Möglichkeit, etwas Erkleckliches durchzusetzen. Für die Agitation geschah daher soviel wie nichts. Namentlich schienen auch die anwesenden Hessen sich mit Rücksicht auf

die bevorstehenden Wahlen geniert zu fühlen. Daß der Nationalverein in Süddeutschland nicht mehr zu verwerten sei, wurde von bayrischen, badischen und württembergischen Teilnehmern konstatiert, aber ebensowenig war man für jetzt einer neuen Organisation geneigt.

Cannes, 28. November 1866.

..... Gestern erhielt ich das „Wochenblatt" des Nationalvereins mit seinem trübseligen Bericht über die preußischen dummen Streiche in den annektierten Ländern und mit dem Aufruf des Ausschusses, aus dem ich ersehe, daß die Auflösung des Vereins ernstlich diskutiert worden ist. So gewiß Sie in Ihrem Artikel über die Reorganisation der Parteien recht haben, so wenig darf man sich darüber täuschen, daß wir uns dicht am Rande des Abgrundes hinbewegen. Haben Sie in Berlin Zuverlässiges über den Gesundheitszustand Bismarcks und über seine jetzige Stellung zum König gehört? Wenn er nicht lange genug aushält, um sein Werk zu konsolidieren, so mache ich mich auf das Schlimmste gefaßt.

Völk an Bennigsen.

München, 7. Januar 1867.

Wir bayrischen Landboten sind nun in München wieder eingezogen und sehen uns einem neuen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dem Fürsten von Hohenlohe, gegenüber. Dessen Antezedenzien sind liberale und weisen uns entschieden auf Preußen hin, und er wird in dieser Richtung die Unterstützung der Fortschrittspartei haben. Nun stehen wir aber einem neuen Heeresorganisationsgesetz gegenüber, das unser Militärbudget von 11 auf 18 Millionen bringen soll, eine Last, die unser Staat wohl kaum zu tragen vermag. Dabei ist aber noch das Bedenken, daß wir nicht einmal Garantien dafür haben, ob das in solcher Weise mit erdrückenden Opfern umzubildende Heer nicht gar im antinationalen Sinne seine Verwendung erhalte. Ich wünschte nun um so mehr Ihre Ansichten über diesen Gegenstand [zu] kennen, als wir ein mitternächtiges Gespräch auf unserm Zimmer in Leipzig abgebrochen haben, ohne daß es den von mir gewünschten Abschluß am andern Tage hätte noch finden können, da Sie fest schliefen, als ich abreiste. Ein zeitweiliges uns entsprechendes Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten scheint mir eine Garantie für nationale Verwendung unsrer Wehrkraft nicht zu bieten; ob ein Defensivbündnis mit dem Norden, ob ein Offensivbündnis mit demselben? Können wir mit einiger Aussicht auf — nicht Erfolg, sondern günstige Wirkung — jetzt in unsrer Kammer von der Regierung verlangen, daß sie dem Norddeutschen Bund beitrete? Existiert in der Tat ein Bündnis zwischen

Preußen und den Südstaaten für einen Kriegsfall schon heute (wie vielfach behauptet wird)? Welche Stellung hätte nach Ihrer Auffassung unsre Partei dieser und den übrigen Lebensfragen gegenüber einzunehmen und festzuhalten, um [die] von Ihnen in Leipzig angedeutete Auflösung derselben zu vermeiden und der Herrschaft der Feudalpartei entgegenzutreten? Ich weiß freilich, verehrter Freund, daß ich damit sehr viel frage, allein, daß ich frage, mag Ihnen zeigen, welchen Wert ich auf Ihre Ansichten lege, und daß ich der Ueberzeugung bin, es könne nur durch fortwährendes lebendiges Aufeinanderwirken der Männer aus Nord und Süd die große Frage der Schaffung des „Deutschen Staates" der Lösung näher gebracht werden. Nur etwas freien Zug aus dem Norden, das bringt auch unser süddeutsches Fahrzeug vorwärts.

Brater an Nagel.

München, 19. Mai 1867.

Es ist also wirklich Friede geblieben. Wäre anzunehmen, daß Napoleon auf jede Einsprache bezüglich der süddeutschen Staaten verzichtet und damit den Rückzug aus Luxemburg erkauft habe, so ließe sich dieser wohl verschmerzen, obgleich auch dann wieder in Betracht kommt, daß der unrühmliche Verlauf der Sache die Elemente des Widerstands im Süden verstärkt und die Lösung innerlich erschwert, während sie vielleicht nach außen erleichtert wäre. Was mir hier in den ersten 24 Stunden zu Ohren gekommen ist, klingt unerbaulich genug. Für unsre Tätigkeit ist das Schlimmste, daß wir über die Anschauungen und Absichten, die in Berlin bestehen, niemals zuverlässig unterrichtet sind, also immer Gefahr laufen, falsche Schritte zu tun. In dieser Hinsicht werde ich vielleicht noch Ihre Vermittlung in Anspruch nehmen. Denn die Beziehungen, die nun doch zwischen Bismarck und manchen unsrer Freunde entstanden sind, sollten und könnten sich hier nützlich erweisen. Im Augenblick gibt es für uns, abgesehen von der Presse, nichts zu tun; wenn aber der Landtag wieder zusammentritt, werden wir alles aufbieten müssen, um sichere Informationen einzuziehen und danach unsre Stellung zu der Hohenloheschen Politik zu bemessen.

München, 29. Mai 1867.

Vor einigen Tagen habe ich einläßlich an Rochau geschrieben, um ihm meine Ansicht auseinanderzusetzen, daß die Gründung eines süddeutschen Vereins, der Auflösung des Nationalvereins vorhergehend und diese motivierend, versucht werden müsse. Ich schlug ein Verfahren vor, wobei im Fall des Mißlingens das öffentliche Fiasko ver-

mieden oder doch sehr ermäßigt würde, und bat Rochau, sich mit Ihnen und Metz zu benehmen. Indes habe ich hier noch mit keinem darüber gesprochen, und durch Ihren Brief wird mir die Hauptschwierigkeit der Sache wieder lebhaft vergegenwärtigt. Muß man darauf gefaßt sein, daß Bismarck den Anschluß jetzt und vielleicht auf zehn Jahre hinaus für unmöglich erklärt, daß er in diesem Sinn handelt und spricht, daß er seinen Preßbestien eine Polemik gegen den neuen Verein gestattet, wie sie gegen den Nationalverein geführt wurde, so stehen wir von Anfang an zwischen zwei Feuern in einer unhaltbaren Position, und es wird nichts erreicht als eine unfruchtbare Abnützung der Kräfte. Eine zuverlässige Orientierung in Berlin müßte daher nach meiner Meinung durchaus vorhergehen, wobei die Möglichkeit, daß Bismarck uns geflissentlich irreführt, immer noch vorbehalten bleibt. Ob es aber überhaupt tunlich ist, daß Bennigsen, Miquel oder wer sonst über diese Angelegenheit geradezu mit ihm verhandelt, kann ich nicht beurteilen.

31. Mai.

Ich komme noch einmal auf das obige Thema. Hat man die Gewißheit, daß Bismarck zurzeit die Mainlinie beibehalten will (was sein Amanuensis in der „Allg. Ztg." soeben wieder aufs ehrbarste beteuert), so bleibt nichts andres übrig, als auf ein Uebergangsstadium, das den schlotterigen Zustand wenigstens einigermaßen befestigt, einzugehen (also außer den Allianzverträgen: gemeinsame Beratung in Zollsachen, womöglich diplomatische Vertretung). Solche halbe Maßregeln aber, die man in der Presse und den Kammern vielleicht zu befürworten genötigt ist, eignen sich gewiß sehr wenig für eine Vereinsagitation. Ich stelle diese rationes dubitandi nur auf, um ihre Besprechung zu veranlassen, nachdem ich sie in dem Brief an Rochau zu wenig beachtet habe, bin aber sehr bereit, mich eines andern belehren zu lassen und dann bei meinem Vorschlag stehenzubleiben.

Rochau an Nagel.

Heidelberg, 28. Mai 1867.

Brater hat mir einen Plan der Gründung eines Vereins zur Beförderung des Eintritts der Südstaaten in den Bund mitgeteilt, den ich vortrefflich finde und über den wir womöglich mündlich mit Metz verhandeln sollten, sobald hier in Baden der von mir zunächst gesuchte Rückhalt gefunden ist. Meine deshalb nach Offenburg, wo Eckhard und Kiefer wohnen — die einzigen, welche die Sache in Gang bringen können —, gerichtete Aufforderung ist bis jetzt unbeantwortet geblieben, wird aber hoffentlich demnächst ihre Wirkung tun.

Heidelberg, 1. Juni 1867.

Die von Brater vorgeschlagene Anfrage in Berlin würde, wenn sie etwa durch Miquel, den ich für den geeignetsten Mann dazu halte, bewerkstelligt werden könnte — natürlich persönlich —, gewiß sehr ratsam sein. Darüber haben wir indessen Zeit, weiter mit uns zu Rate zu gehen, da ja Bismarck im Begriff ist, nach Paris zu reisen. Daß man aber, wenn die Antwort ungünstig ausfiele, von dem Plane abzustehen hätte, ist durchaus nicht meine Meinung. Inzwischen wäre es ganz gut, wenn wir in den nächsten Tagen mal zu einer Besprechung mit Metz zusammenkämen.

Brater an Nagel.

München, 20. Juni 1867.

Wenn der Nationalverein im Laufe dieses Jahres aufgelöst werden muß, so wird es — ohne die Dazwischenkunft außerordentlicher Ereignisse — nicht möglich sein, diese Auflösung an die Gründung eines nationalen süddeutschen Vereins anzuknüpfen. In meinem Brief an Rochau, der zu dem Stuttgarter Putsch Anlaß gegeben hat, glaubte ich noch, es müsse mindestens der Versuch gemacht werden; jetzt finde ich, daß die Stimmung dieses Briefes schon zu sanguinisch war und daß überdies die heutige Sachlage dem Brief noch ungünstiger ist.

Ich will nur von Bayern reden, das ohnehin in einem süddeutschen Verein wenigstens den materiellen Schwerpunkt bilden müßte, und will die einzelnen politischen Gruppen durchgehen, die bei einem solchen Versuche in Betracht kämen. Wie es in Baden und Darmstadt steht, ist Ihnen ohnehin bekannt. In Württemberg wäre ohne Zweifel der günstigste Boden, weil die dortigen Nationalen das stärkste Bedürfnis haben, für den Kampf mit der radikalen Gegenpartei alle Hilfsmittel aufzubieten. Was nun Bayern betrifft, so haben wir hier

1. die alte Fortschrittspartei, mit Inbegriff der fränkischen radikalen Elemente, die 1865 in das Lager des schwäbischen Radikalismus übergegangen, 1866 aber zurückgekehrt sind, und mit Inbegriff der pfälzischen Liberalen, die bis 1866 auf die „preußische Führung" sehr schlecht zu sprechen waren, dann aber zu uns kamen. Man wird die herrschende Stimmung der Masse und der leitenden Personen unterscheiden müssen. Die Masse der Fortschrittspartei ist für den Eintritt in den Bund, also für das Losungswort des projektierten Vereins, aber nicht mit Begeisterung, sondern mit schwerem Herzen, weil der reaktionäre Zug der Berliner Politik sie erbittert. An dieser allgemeinen Grundstimmung nehmen auch die Führer Anteil. Außerdem sagen die letzteren: „Preußen will für jetzt keine Erweiterung des Bundes; agitieren wir

für den Eintritt, so ist zu gewärtigen, daß man uns von Berlin aus entgegentritt, während wir daheim mit der Dynastie und dem Partikularismus zu kämpfen haben. Dieser Lage ist die mißmutige Grundstimmung der Partei nicht gewachsen, und man müßte auf den kläglichsten Verlauf einer geräuschvoll begonnenen Agitation gefaßt sein." Bei den Hauptpersonen der radikalen und pfälzischen Gruppe, die noch vor kurzem gegen Preußen im Felde gestanden sind, kommt noch die begreifliche Abneigung hinzu, sich an der Spitze einer Agitation zu zeigen, die in der umgekehrten Richtung tätig ist. Es herrscht also in der Masse sowohl als in den Führern die entschiedenste Neigung, den Dingen vorerst ihren Lauf zu lassen, solange derselbe vom Ziele nicht abführt. Zunächst will man abwarten, wie sich das Experiment der Zolleinigung entwickelt.

2. Die andre in Betracht kommende Hauptpartei sind die Konvertiten der ehemaligen großdeutschen Vereine, die jetzt in der bayrischen Abgeordnetenkammer das den Ausschlag gebende Zentrum bilden. Sie lassen sich, wie die bisherige Erfahrung zeigt, von einem Zugeständnis zum andern drängen und werden das Zollparlament ebensogut wie die Allianz genehmigen, sind aber begreiflich noch weniger als die zuvor Erwähnten geneigt, sich selbst einer drängenden Agitation anzuschließen.

Bei einer Vereinsbildung könnte unter diesen Umständen an die zweite Klasse gar nicht, an einen Teil der ersten Klasse ebensowenig, sondern höchstens an den eigentlichen Kern der Fortschrittspartei gedacht werden. Auch bei diesem fehlt aber die Stimmung für ein agitatorisches Auftreten und er ist überdies numerisch zu schwach, um auf ihn allein eine wirksame Vereinsagitation zu gründen. Der Verein würde in Bayern von Anfang an als die Sache einer kleinen Minorität erscheinen, und sein Wachstum wäre ganz von unberechenbaren Ereignissen abhängig. Ich sage selbstverständlich nicht, daß eine in der Minderheit befindliche Partei sich niemals als Verein organisieren dürfe; wenn aber diese Organisation zur Folge hat, daß die Partei nach außen kleiner und schwächer erscheint, als sie wirklich ist, so wird die Zweckmäßigkeit der Maßregel sehr zweifelhaft werden. Noch zweifelhafter, wenn zugleich der Stoff für eine eindringliche Tätigkeit des Vereins fehlt, und ich glaube, daß in dieser Hinsicht der neue Verein weit ungünstiger gestellt wäre als seinerzeit der Nationalverein. Das alles gilt übrigens nur für die gegenwärtige Sachlage. Wäre der Krieg zum Ausbruch gekommen oder hätte die bayrische Regierung ihren Beitritt zu der Zollvereinsübereinkunft hartnäckig verweigert, so würde eine Vereinsbildung — im zweiten Fall, um den Beitritt durchzusetzen, im ersten, um die französische Partei in Schach zu halten — unentbehrlich

gewesen und sicher gelungen sein. Ja, im ersten Fall hätte man sich sogleich darauf einrichten müssen, über die „friedlichen und gesetzlichen“ Mittel des Nationalvereins weit hinauszugehen. Nun aber, wo diese Gefahr vorüber ist und die bayrische Regierung sich in der Zollfrage gefügt hat, würde jeder Versuch an einer völligen Apathie abgleiten.

Das ist meine Ansicht, und ich bemerke dazu, daß ich ohne Zweifel derjenige Mensch in Bayern bin, der den lebhaftesten Wunsch hegt, daß es möglich sein möchte, den Nationalverein, wenn er aufhören muß, durch eine andre Organisation abzulösen.

Brater an Oetker.[1])

München, 25. Juli 1867.

Es ist Ihnen bekannt, daß wir mit Rücksicht auf die in den süddeutschen Kammern bevorstehenden Verhandlungen über den Zollvertrag und auf die später folgenden Parlamentswahlen eine vertrauliche Besprechung in Stuttgart (3. August) veranstaltet haben, an der etwa fünfzig Parteigenossen aus den vier Ländern teilnehmen werden. Hauptaufgabe wäre die Aufstellung eines Programms, in welchem die Partei sich über ihre nächsten, im ersten Zollparlament zu verfolgenden Ziele ausspricht. Als letztes Ziel ist selbstverständlich die völlige Vereinigung mit dem Norden festzuhalten. Ob man aber diese als Losungswort für die bevorstehenden Wahlen jetzt schon anzunehmen habe, das ist die taktische Frage, um die es sich in Stuttgart vorzüglich handeln wird.[2])

Durch den Ausgang der luxemburgischen Sache und die bureaukratisch-fiskalische Wirtschaft in den neuen Provinzen ist begreiflich im Süden der Respekt vor Preußen erschüttert und zugleich die Abneigung gesteigert worden, auch in denjenigen Kreisen der Bevölkerung, auf welche wir uns zu stützen haben. Dauert dieser Zustand zur Zeit der Wahlen fort, ist bis dahin vollends etwa auch in der schleswigschen Sache ein kompromittierender Schritt geschehen, so wird in Bayern mit

---

[1]) Vermerk von Oetker: „Besprochen mit Bennigsen, 31. Juli.“

[2]) Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ Nr. 219 (1867): „Stuttgart, 4. August. Heute wurde die auf Anregung unsrer bayrischen Mitglieder der Fortschrittspartei berufene Versammlung von Abgeordneten und Vertrauensmännern aus den süddeutschen Staaten unter dem Vorsitz des Abgeordneten Barth abgehalten, nachdem am Abend vorher eine Vorbesprechung stattgefunden hatte. Unter den Erschienenen bemerkte man aus Baden die Herren Eckhard aus Offenburg, die Bürgermeister von Freiburg und Konstanz. (Ferner Bluntschli, Kiefer, Eisenlohr, Völk, Stauffenberg, Föckerer, Marquardsen, Hölder, Römer, Goppelt, Wächter, Kielmeyer, Metz, Bamberger. Im ganzen waren gegenwärtig 20 Württemberger, 18 Bayern, 7 Badener, 5 Hessen und einige Ehrengäste aus dem deutschen Norden und der Fremde.“

einem Wahlprogramm, auf dessen Fahne der Eintritt in den Nordbund geschrieben steht, nicht ein einziger Kandidat durchzubringen sein.

Daraus könnte man zunächst die Folgerung ziehen, daß es noch nicht an der Zeit sei, mit einem bindenden Programm öffentlich aufzutreten. Ich bin auch entschieden dieser Meinung; demungeachtet muß die Zusammenkunft in Stuttgart stattfinden; auch können die Ergebnisse der Besprechung nicht totgeschwiegen werden, sie muß etwas von sich hören lassen, und es fragt sich, ob nicht in der Tat eine positiv zweckmäßige Kundgebung von ihr ausgehen könnte.

Man könnte in aller Einfalt den wirklichen Sachverhalt konstatieren und demgemäß erklären: 1. die Ausdehnung des Bundes auf Süddeutschland ist nach unsrer Ueberzeugung ebenso notwendig als dringend, jeder Aufschub kann unheilvolle Folgen haben. Sie ist aber 2. unter den gegenwärtigen Umständen, soweit sie von der Mitwirkung einer süddeutschen Volksvertretung abhängt, positiv unmöglich. Solange nicht ein Umschwung in der preußischen Politik stattgefunden hat, ist es jedenfalls in Bayern und Württemberg unmöglich, die Wahl von Männern durchzusetzen, die sich verpflichten, im Zollparlament für die volle Einigung zu wirken. 3. Daraus folgt, daß man zurzeit ein Wahlprogramm überhaupt noch nicht fixieren kann, vielmehr den weiteren Verlauf der Dinge in Preußen abwarten muß. 4. Unter allen Umständen jedoch Kampf auf Leben und Tod gegen den nach Frankreich schielenden Partikularismus.

Es wäre die Frage, welchen Eindruck eine solche Erklärung in Süddeutschland, ferner bei den Liberal-Nationalen in Norddeutschland, endlich in Berlin hervorbringen würde. Von Ihrer Ansicht über die zweite und dritte Frage wird wesentlich Ihr Urteil über den ganzen Gedanken abhängen, um dessen Mitteilung ich Sie dringend bitte. Sie sind besonders auch hinsichtlich des dritten Punktes besser als ich orientiert, obwohl mir Nagel vor kurzem mündlich referiert hat, was aus den ihm zugänglichen Quellen zu schöpfen war. Ich halte es gerade nach diesen Erzählungen nicht für ganz undenkbar, daß ein ohnehin im Gang befindlicher Umschwung der inneren preußischen Politik durch die fragliche Kundgebung zum Durchbruch gebracht werden könnte. Anderseits hat die Sache auch ihre bedenklichen Seiten, besonders wenn man den Zusammenstoß mit Frankreich für nahe bevorstehend hält. Jedenfalls wäre in dieser Richtung die vorsichtigste Fassung nötig.

Sehr gern hätte ich auch Bennigsens Meinung eingeholt, aber ich weiß seinen gegenwärtigen Aufenthalt nicht. Möglicherweise sprechen Sie ihn oder haben doch Gelegenheit, ihm diesen Brief sicher zukommen zu lassen.

*

Während es im Süden zu der geplanten Fortbildung des Nationalvereins doch nicht kam, schlug ihm auch im Norden die letzte Stunde. Schließlich hielt allein noch Oetker an dem Gedanken fest, den Nationalverein „im nationalliberalen Sinne auf Grund eines entsprechenden Programms neu zu beleben" oder einen ähnlichen Verein zu gründen.[1]) Aber auch die Organisationsform des politischen Vereines hatte sich überlebt. Eine Ausschußsitzung am 29. September beschloß fast einstimmig, einer zum 19. Oktober nach Kassel zu berufenden Generalversammlung die Auflösung des Vereins vorzuschlagen. Nur ein kleiner Rest der alten Getreuen fand sich hier zusammen, neben Bennigsen Fries, Götte, Lammers, Lüning, Metz, Nagel, Nebelthau, Oetker, von Rochau, Rückert, Tempeltey, die beiden Wiggers und einige andre; statt Miquel, der ursprünglich dem Nationalverein den letzten Liebesdienst hatte erweisen sollen, übernahm Fries die Berichterstattung über die Auflösung. Die wichtigsten Beschlüsse betrafen die Verwendung der (seit dem März 1862 nicht abgelieferten) Flottengelder; auf Antrag von Metz wurde die Summe von 106 580 Gulden 9 Kreuzer der ursprünglichen Bestimmung gemäß der Marineverwaltung des Norddeutschen Bundes zur Verwendung überwiesen mit dem Wunsch, daß mit dieser Summe (wenn möglich unter Zuziehung der früher abgelieferten 140 000 Gulden) eine nationale Stiftung gegründet werden möge zur Unterstützung verdienter Invaliden der Marine und der Familien der im Marinedienst Gefallenen. Von den aufgelaufenen Zinsen überwies man der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger 2000 Taler für Errichtung einer Rettungsstation, der Deutschen Seemannsschule in Hamburg 1000 Taler und dem Deutschen Rechtsschutzverein in London 500 Taler.

Nachdem dann der Vorstand als engere Liquidationskommission eingesetzt war, sprach Bennigsen das Schlußwort:

„Im Jahre 1859 fanden sich Vertreter der verschiedenen liberalen Richtungen zusammen und begruben ihre alten Gegensätze. Das Band ist jetzt zerrissen, die damals vereinigten Parteien stehen vielfach heftig und entschieden gegeneinander. Es wird sich fragen, ob es auf diese Weise möglich ist, neue Freiheitsziele zu erreichen. Manche hoffen auf eine Wiederverschmelzung. Diesen Wunsch, diese Meinung teile ich nicht. Verschiedene Lagen und Aufgaben erheischen auch verschiedene Mittel. Im Jahre 1859 war jene Fusion der liberalen und der demokratischen Partei die Vorbedingung jedes noch so geringen Fortschritts; heute wird ihre Erneuerung ein Hindernis des Vorwärtskommens.

---

[1]) Oetker an Nagel, 8. Juli 1867.

Die Ereignisse von 1866 haben das Band zersprengt; wir können es nicht und ich sage, wir wollen es auch nicht wieder anknüpfen. Ein andres und gesunderes Verhältnis muß zwischen dem rechten und linken Flügel des Liberalismus fortan sich herstellen. Noch haben beide mächtige Gegner zu bekämpfen, zumal im östlichen Preußen, wo, wie alle letzten Wahlen zeigen, die konservative Partei stärker ist, als den wirklich vorhandenen konservativen Interessen irgend entspricht. Zu diesem Kampfe aber können wir, nachdem die inneren Unterschiede einmal wiederum so grell hervorgetreten sind, nicht mehr in einer einzigen Partei und einem einzigen Verein ausrücken. Dagegen ist es wohl möglich, daß ein billiges und gerechtes Verhältnis hergestellt werde mit Anerkennung der vorhandenen Grenzen, aber auch mit dem Entschluß, die verderblichen reaktionären Tendenzen nach wie vor gemeinsam zu bekämpfen. Keine Verschmelzung, aber auch keine Schärfung der Gegensätze! Die eigentlichen und unversöhnlichen Gegner, deren Haß den Nationalverein von der Geburt bis zum Tode begleitet hat, sind die Ultramontanen und die starren Partikularisten. Gegen sie muß der Kampf ohne Rast und Gnade fortgesetzt werden, bis sie begreifen, daß sie den jahrhundertelang geübten unheilvollen Einfluß auf Deutschlands Geschicke für immer verloren haben.[1] Indem wir daher jetzt auseinander gehen, lassen Sie es geschehen in dem festen Entschluß, unermüdlich weiterzuwirken für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes und dies Gelöbnis bekräftigen mit dem Rufe: Hoch lebe das freie und einige Deutschland!"

So trennte man sich.[2] Zwischen vielen dieser Männer hatte die lange Gemeinschaft auch ein persönliches Verhältnis geschaffen, das nicht verloren ging. Auf Anregung des schon todkranken Brater, der nicht mehr nach Kassel hatte kommen können und im nächsten Jahre, noch vor der letzten Erfüllung der deutschen Geschicke starb, tauschten die alten Genossen ihre Bilder mit Unterschrift untereinander aus. Wenigstens der Kern der Nationalpartei — wenn auch Schulze-Delitzsch beiseitestand — trennte sich in dem Bewußtsein, daß auch die sachliche Gemeinschaft nach der Auflösung der alten Form erhalten blieb und in der nationalliberalen Partei fortlebte. Die Persönlichkeit Bennigsens,

---

[1]) Ueber den historischen Zusammenhang, in dem diese Worte gesprochen wurden, siehe Kapitel 4. Martin Spahn, Das deutsche Zentrum, S. 26 (München 1906), läßt Bennigsen diese Worte „wider Bismarcks Rat" (?) sprechen und charakterisiert sie, ohne ausreichende Würdigung der politischen Situation von 1866 bis 1870, als einen ersten Auftakt zu dem von den Nationalliberalen entfachten Kulturkampf, eine Kundgebung „der dumpfen Instinkte der liberalen Bewegung".

[2]) Die Schlußsitzung der Liquidationskommission fand am 17. Mai 1868 statt.

die mit der nationalen Erziehungsarbeit von 1859 bis 1867 so eng verknüpft war, sollte auch für die Richtung dieser ersten Phase nationaler und liberaler Parlamentsarbeit seit 1867 entscheidend sein. Wenige Monate vor dem Erlöschen des Nationalvereins hatte die junge nationalliberale Partei ihren Schlachtplan veröffentlicht.

Das Gründungsprogramm der nationalliberalen Partei vom 12. Juni 1867 [1]) versuchte die neue Taktik, zu der man sich praktisch im konstituierenden Reichstag zusammengefunden hatte, theoretisch und grundlegend zu formulieren: kein Parteiprogramm üblichen Stils, sondern eher eine Denkschrift, in der die allgemeinen Stimmungen, die zur Gründung der Partei geführt hatten, vernehmlich widerklangen und die Tendenzen, von denen man sich in der Zukunft leiten lassen wollte, in großen Umrissen ihren Ausdruck fanden. Ein historisches Dokument, bedeutsam vor allem für das nächste Jahrzehnt der inneren Geschichte in Deutschland und Preußen, bedeutsam auch im Zusammenhange dieser Biographie. Obgleich Bennigsens eigne Mitarbeit nicht ausdrücklich bezeugt ist — in den doktrinären Abschnitten des Programms ist die Hand der Preußen unverkennbar —, so ist es doch auch für seine politische Richtung der Ausgangspunkt. In den Eingangssätzen wandte man noch einmal den Blick zu jenem doppelten Ideale der Kämpfe der vorigen Periode zurück, an dem einzelne Mitkämpfer schon irre geworden waren: [2]) „Uns beseelt und vereinigt der Gedanke, daß die nationale Einheit nicht ohne die volle Befriedigung der liberalen An-

[1]) Gedr. W. Cahn, Aus Eduard Laskers Nachlaß, S. 158—163, F. Salomon, Die deutschen Parteiprogramme, S. 77—83. Nach Oetker, Lebenserinnerungen III, S. 494, ist es entworfen worden von Aßmann, von Forckenbeck, von Hennig, Lasker, Oppenheim, Twesten, von Unruh und Oetker. Cahn S. 46 nennt nur Lasker als Urheber. Daß keiner der Hannoveraner mitgewirkt habe, ist jedoch ganz unwahrscheinlich.

[2]) Nagel an Bennigsen, 15. Juni 1867, über das Programm: „Ein etwas langer Küchenzettel, nicht ganz nach meinem Geschmacke, aber auf den der liberalen Wählerschaften wahrscheinlich wohlberechnet. Das in der „Nationalzeitung" durch gesperrte Schrift als Hauptsatz ausgezeichnete Axiom, daß der deutsche Staat und die deutsche Freiheit gleichzeitig und mit denselben Mitteln errungen werden müßten, scheint mir von sehr problematischer Richtigkeit. Am besten hat mir der Passus über das Verhältnis von Reichstag und preußischem Landtag gefallen, bei den Linken wird derselbe wohl den meisten Anstoß geben. Wird es dann nun aber nicht auch notwendig werden, die Partei baldigst in Vereinsform zu organisieren, besonders nachdem die Fortschrittspartei damit bereits vorangegangen ist? Das gleichzeitige Fortvegetieren des Nationalvereins — man könnte ihn zwar einfach in den Verein der Nationalliberalen umwandeln, aber der Gedanke scheint keinen Anklang zu finden — würde aber für diesen neuen Verein nur hinderlich sein; auch aus diesem Grunde dürfte es sich empfehlen, mit der Auflösung nicht allzulange mehr zu warten."

sprüche des Volkes erreicht und dauernd erhalten, und daß ohne die tatkräftige und treibende Macht der nationalen Einheit der Freiheitsinn des Volkes nicht befriedigt werden kann. Deshalb ist unser Wahlspruch: Der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig mit denselben Mitteln errungen werden."

Dann formulierte man die Aufgaben der Zukunft:

„Einen monarchischen Bundesstaat mit den Bedingungen des konstitutionellen Rechtes in Einklang zu bringen, ist eine schwere, in der Geschichte bisher noch nicht vollzogene Aufgabe; die Verfassung des Norddeutschen Bundes hat sie weder vollständig im Umfange noch in endgültig befriedigender Weise gelöst. Aber wir betrachten das neue Werk als den ersten unentbehrlichen Schritt auf der Bahn zu dem in Freiheit und Macht gefestigten deutschen Staate. Der Beitritt Süddeutschlands, welchen die Verfassung offenhält, muß mit allen Kräften und dringlich befördert werden, aber unter keinen Umständen darf er die einheitliche Zentralgewalt in Frage stellen oder schwächen . . .

„Im Parlament erblickten wir die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist unter unsrer Mitwirkung zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht. Wir verhehlen uns nicht die Gefahren, welche es mit sich bringt, solange Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht polizeilich verkümmert sind, die Volksschule unter lähmenden Regulativen steht, die Wahlen bureaukratischen Einrichtungen unterworfen sind, zumal da die Versagung der Diäten die Wählbarkeit beschränkt. Aber da die Garantien nicht zu erreichen waren, haben die Gefahren uns nicht abgeschreckt . . .

„Wir sind entschlossen, die Bundeskompetenz zu befestigen und über alle gemeinsamen Angelegenheiten auszudehnen. Als Ziel schwebt uns vor, daß die parlamentarischen Funktionen des Staates möglichst vollständig in den Reichstag verlegt werden. Auch der preußische Landtag soll sich nach und nach mit einer Stellung begnügen, welche in keiner Weise geeignet sei, dem Ansehen und der Wirksamkeit des Reichstages Eintrag zu tun. Dieses Ziel wollen wir auf dem verfassungsmäßigen Wege erstreben; bis es in dieser Weise erreicht ist, müssen die beiden parlamentarischen Körperschaften ihre Befugnisse wechselseitig achten und einen friedlichen Wetteifer in der Erfüllung des eignen Berufes bekunden." Auf beiden Gebieten, so hieß es dann weiter, seien gleichzeitig und gleichmäßig die wesentlichen Reformen zu erstreben, „welche die allein sichere Grundlage des öffentlichen Rechtes gewähren"; namentlich sei das Budgetrecht zu vervollständigen, „damit der Volksvertretung der volle Einfluß auf die Staatsgeschäfte zufalle".

Reichhaltiger noch lautete der für Preußen besonders aufgestellte Wunschzettel. „Der Anschluß der neuerworbenen Landesteile macht eine energisch reformierende Gesetzgebung, welche unter der Herrschaft der konservativen Partei verzögert worden ist und während des Verfassungskonfliktes gänzlich geruht hat, dringend und unaufschiebbar. Der schleunigen Abhilfe warten in allen Teilen des Landes zahlreiche Mißstände, wie die Lähmung des Realkredits, die Beschränkung der Freizügigkeit, der Druck des Gewerbes und der Arbeit in den Fesseln der Gewerbeordnung. Die notwendige Verschmelzung der alten und neuen Landesteile verlangt umfassende Reformen in den organischen und andern wichtigen Gesetzen. Auch schulden wir den neuen Provinzen, welche in Justiz und Verwaltung mancher Vorzüge sich erfreuen, den Schutz dieser Institutionen, die unmöglich durch mangelhafte altpreußische Einrichtungen ersetzt werden dürfen. Die Gleichmäßigkeit ist vielmehr zu bewirken, indem wir ihnen folgen, wo sie uns voran sind. Dem ganzen Deutschland schuldet Preußen das gute Beispiel in Gesetz und Verwaltung, soweit beide den Einzelstaaten vorbehalten sind, denn die Zukunft des gesamten Vaterlandes hängt von diesem Beispiel ab. Wir meinen deshalb, daß der Ausbau und die Revision der preußischen Verfassung nur um so eifriger zu erstreben ist. Nach wie vor verlangen wir die Ausführung der in der Verfassung verheißenen Gesetze und die Reform des Herrenhauses als Vorbedingung aller Reformen. Von diesen stehen weit voran: Die Entfernung des ständischen Prinzips aus den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungen und die Reform derselben nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Selbstverwaltung; die Aufhebung der gutsherrlichen Ortsobrigkeit und gutsherrlichen Polizei. Der Aufschwung des Vaterlandes bedarf dieser sicheren und breiten Grundlagen, die wachsende Größe des Staatsgebietes vermehrt die Gefahren der bureaukratischen Einwirkungen, und die in den Verfassungen anerkannten Grundsätze des modernen Rechtes sind unverträglich mit der Herrschaft des auf Bevorzugung und Privilegien beruhenden Systems in der Gemeindeverwaltung."

In den Schlußsätzen war der Versuch gemacht, das auszudrücken, wodurch man sich von den bisherigen deutschen Programmparteien taktisch unterschied: die realpolitische Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten, das Erstreben des praktisch Erreichbaren, die Anpassung an die Personen und Formen des Staates, mit denen man allein hoffen konnte, dem letzten Ziele näher zu kommen, kurzum die Eigenart dieses opportunistischen und praktisch geschulten nationalen Liberalismus.

„Eine eindringliche Erfahrung hat uns gelehrt, daß nicht in allen Zeiten für dieselben Aufgaben mit denselben Waffen gekämpft werden

darf. Wo so bedeutungsvolle und inhaltschwere Ziele gleichzeitig zu erstreben sind wie gegenwärtig in Deutschland und Preußen, da genügt es nicht, lediglich an hergebrachten Sätzen festzuhalten und zugunsten einer einfachen und bequemen Tradition die neuen und mannigfaltigen Bedürfnisse unbeachtet zu lassen. Es bedarf der schweren und umsichtigen Arbeit, den verschiedenartigen Ansprüchen gerecht zu werden, den Gang der Ereignisse zu überwachen und der Gelegenheit den Vorteil abzugewinnen. Die Endziele des Liberalismus sind beständige, aber seine Forderungen und Wege sind nicht abgeschlossen vom Leben und erschöpfen sich nicht in festen Formen. Sein innerstes Wesen besteht darin, die Zeichen der Zeit zu beachten und ihre Ansprüche zu befriedigen. Die Gegenwart spricht deutlich, daß in unserm Vaterlande jeder Schritt zur verfassungsmäßigen Einheit zugleich ein Fortschritt auf dem Gebiete der Freiheit ist, oder den Antrieb hierzu in sich trägt."

Es war ein Programm, das die Zukunft hatte — auch wenn es noch verschiedene Möglichkeiten in sich schloß. Seine Stärke lag auf zwei Gebieten. Von keiner Partei war so rückhaltlos die Aufgabe des deutschen Nationalstaates ergriffen worden; abgesehen von den mannigfaltigen Gruppen der gänzlich Widerstrebenden, trugen sowohl die Konservativen wie die Fortschrittler einen preußisch-partikularistischen Charakter gegenüber den Nationalliberalen, die mit dem großen Zuge der Zeit zum neuen Reiche gingen. Von keiner Partei war bei allem Glauben an die konstitutionellen Staatsideale und die freiheitliche Gestaltung der Gesellschaft so prinzipiell — im Eingang unsrer Parlamentsgeschichte! — die tiefe und den Deutschen notwendige Erkenntnis ausgesprochen worden, daß es im politischen Leben nicht heißen darf: alles oder nichts, sondern daß politische Arbeit, zumal auf dem zerklüfteten Boden dieses werdenden Deutschen Reiches, an den Ausgleich mit verwandten Kräften gebunden bleibt.[1]) Wer näher zusah, erkannte freilich, daß auch

[1]) Nur einzelne Mitglieder der Fraktion vermochten sich mit diesem opportunistischen Grundzuge nicht abzufinden, so die Thüringer, die gegen die Verfassung gestimmt hatten. So schrieb L. Rückert an Nagel 28. September 1867: „Daß die beiden Elemente, aus denen der Nationalverein von Anfang an zusammengesetzt war, nachdem der gemeinsame Zweck erreicht ist, sich wieder scheiden, ist natürlich und kein Anlaß, um entrüstet zu sein. Ich kann mit den Nationalliberalen nicht länger gehen, weil der Machtgedanke bei ihnen zu sehr alle andern politischen Zwecke absorbiert. Freilich sind solche andre Zwecke am Ende auch nicht da. Denn was kann ein liberaler Bourgeois an den jetzigen Zuständen ernstlich auszusetzen haben? Wenn die parlamentarischen Formalitäten noch etwas strenger beobachtet, die Zinswuchergesetze abgeschafft und noch einige manchesterne Reformen gemacht werden, dann ist ja das Eldorado voll-

das Programm so wenig homogen in sich selber war wie die Zusammensetzung der Fraktion aus preußischen und nichtpreußischen Mitgliedern. Jene Ausdehnung der Bundeskompetenz auf Kosten des preußischen Landtages, die als Endziel verkündet und von Bennigsen aus voller Ueberzeugung begrüßt wurde, paßte nicht recht zu dem „Ausbau" der preußischen Verfassung, zu den an die moralischen Eroberungen von einstmals erinnernden vorbildlichen preußischen Einrichtungen, die die nächste Aufgabe der Reformen bilden sollten. Man glaubt in dem Programm die verschiedenen Hände seiner Urheber zu erkennen, der Altpreußen fortschrittlicher Vergangenheit, der Nationalen unitarischer Richtung, schließlich der Angehörigen der annektierten Provinzen, alles in eigenartiger, nicht ganz lückenloser Verschmelzung. Selbst der politische Ton, auf den das Ganze abgestimmt war, klang nicht völlig einheitlich; man vernahm noch den Nachklang der liberalen Doktrin, die nur in der milderen Tonart, nicht in der Sache, sich von der Sprache der Fortschrittspartei unterschied, daneben aber fühlte man den belebenden realpolitischen Luftzug, der seit dem vorigen Jahre durch die Reihen der Liberalen ging. Kräfte, mit denen Bismarck einst auf Tod und Leben gerungen hatte, und Kräfte, mit denen zusammen er das nationale Werk vollenden konnte, suchten gleichzeitig zu Worte zu kommen: die beiden Seelen des Nationalliberalismus. Auch in dem politischen Charakter Bennigsens, so sehr die realpolitische Seele von vornherein die stärkere ist, werden wir sie wohnen sehen.

---

kommen. Der Fortschrittspartei könnte ich mich auch nicht anschließen, weil sie in der Frage, die uns Thüringer am meisten interessiert — über das Schicksal der kleinen Staaten —, zu unklar und widerspruchsvoll ist. Wir Kleinen leben jetzt wie im Fegfeuer. Der Bundesstaat ist dekretiert und doch finanziell keine Möglichkeit, weiterzuexistieren; die Inkorporation wird von den Tonangebern gewünscht und gleichwohl keine Handhabe, sie durchzusetzen, gegeben."

Zweites Kapitel

Bennigsen und die Organisation der Provinz Hannover 1867/68

Nachdem die Einverleibung des Königreichs Hannover in den preußischen Staat Gesetz geworden war, berief Bennigsen eine Versammlung der ehemaligen Ständemitglieder seiner Partei nach Hannover, um sich nunmehr rückhaltlos auf den Boden des Neuen zu stellen und zugleich die Wünsche für den Uebergang und die zukünftige provinzielle Verfassung Hannovers zu formulieren. Die Ansprache, mit der er am 30. September 1866 die von ihm vorgeschlagene Erklärung begründete, soll nach Aussage noch Lebender geradezu glänzend gewesen sein. Tags darauf hatten, von Stadtdirektor Rasch, Stadtsyndikus Albrecht, Bürgerworthalter von der Horst in Hannover und Bürgermeister Grumbrecht in Harburg geladen, die Mitglieder der Magistrate und Bürgervorsteherkollegien der selbständigen Städte des Landes eine Zusammenkunft; es geschah bei dieser Gelegenheit, daß Magistrat und Bürgervorsteher der von Bennigsen zuletzt in der Ständeversammlung vertretenen Stadt Göttingen ihm eine Adresse überreichten, in der sie ihm ihre volle Uebereinstimmung mit seiner bisherigen parlamentarischen Wirksamkeit ausdrückten.[1]) Aus der gemeinschaftlichen Sitzung, an der unter dem Vorsitz von Rasch und Bennigsen 37 Abgeordnete und gegen 80 Magistratsmitglieder und Bürgervorsteher teilnahmen, ging die folgende Erklärung vom 1. Oktober hervor:

„1. Der unaufhaltsame Gang der Geschichte hat die Selbständigkeit des Königreichs Hannover beseitigt und zu einer Vereinigung desselben mit dem Königreich Preußen geführt. Vergeblich waren in der letzten hannoverschen Ständeversammlung unsre auf eine andre Entwicklung der deutschen Einheit gerichteten Bemühungen. Unsre Appellation an die Pflichten gegen Deutschland, unsre Mahnungen an das Interesse des Landes, unsre Warnungen wurden nicht gehört. Jede Bereitwilligkeit, von nutzlosen Souveränitätsrechten zugunsten des großen Vaterlandes auch nur das geringste zu opfern, jede Erkenntnis der Notwendigkeit, sich zu den neuen Aufgaben in das rechte Verhältnis zu setzen, fehlte. So wurde der von uns angestrebte Bundesstaat für unser Land unmöglich und nach dem Siege der preußischen Waffen über die

---

[1]) Ellissen an Bennigsen, 27. September 1866.

österreichischen Heere die Einverleibung des Landes in Preußen eine unabwendbare Tatsache.

II. Ein Teil des Landes betrachtet die Vereinigung mit dem großen deutschen Staat Preußen als ein für Deutschland und Hannover gleich glückliches Ereignis, ein andrer Teil sieht die Tatsache als eine unabänderliche an und stellt sich auf den gegebenen neuen Boden, weil jede andre Grundlage politischer Tätigkeit fehlt; ein großer Teil steht zwar den neuen Zuständen noch feindselig entgegen, wir hoffen jedoch, daß alle politisch denkenden Männer, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß eine Wiederherstellung des Königreichs Hannover nur mit Hilfe des Auslandes auf Kosten und zum Ruin Deutschlands möglich wäre, es als ihre patriotische Pflicht erkennen werden, tätig an der baldigen Wiederherstellung geordneter und definitiver Zustände mitzuwirken.

III. Wir beklagen deshalb nutzlose Agitationen, welche durch Erregung trügerischer Hoffnungen eine Verstimmung und Verbitterung hervorzurufen geeignet sind, die dem Lande und den Beteiligten nur nachteilig sein können.

IV. Anderseits hoffen und erwarten wir aber auch, daß die Königlich Preußische Regierung sorgsam die besonderen Verhältnisse und Eigentümlichkeiten des Landes beachten und schonend den Uebergang vermitteln wird. Der preußische Staat hat schon bisher bewiesen, daß er die Einheit mit der Mannigfaltigkeit zu vereinigen weiß. So notwendig die vollständige Einheit im Verkehr von Menschen und Sachen, im Zoll-, Gewerbe- und Handelswesen, in der Vertretung nach außen, in der Wehrpflicht und der Heeresverfassung, in der Gesetzgebung für Aufrechthaltung der Rechtsordnung ist, so heilsam wird doch in dem erweiterten preußischen Staate zur Erfüllung seines deutschen Berufes die Schonung der durch Geschichte, Sitten und Gesetzgebung erwachsenen Besonderheiten der neuen Provinzen und namentlich auch unsers Landes sein.

V. Wir erkennen in der auch von der Reichsverfassung des Jahres 1849 vorgeschriebenen allgemeinen Wehrpflicht die einzige den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende gerechte Verteilung der Lasten der Landesverteidigung und die beste Sicherung der Unabhängigkeit der Nation, und dürfen auf Grund der Erklärungen der preußischen Thronrede die Hoffnung hegen, daß infolge der Erweiterung Preußens und der Bildung des Norddeutschen Bundes Erleichterungen demnächst werden eintreten können. Unsre brave Armee, die so oft ruhmvoll an der Seite des preußischen Heeres für Deutschlands Sache gekämpft hat, wird nach schonender Einfügung in den preußischen Heereskörper eine wertvolle Verstärkung der deutschen Wehrkraft bilden.

VI. Die Hannoveraner haben ihre Gesetzgebung in betreff der Landeskultur durch eine längere Erfahrung liebgewonnen und wünschen, daß dieselbe, sowie das Ablösungswesen, die Städteordnung, die Landgemeindeverfassung, die bäuerlichen Rechtsverhältnisse vorerst eine provinzielle Fortbildung erhalten.

VII. Zu diesem Behufe halten wir es für notwendig, daß die Provinz Hannover, deren Zerstücklung ebenso nachteilig sein würde als die des Staates Hannover, im wesentlichen als solche bestehen bleibe und daß eine auf gleichmäßiger Beteiligung der gesamten Bevölkerung beruhende Provinzialvertretung für die Beratung provinzieller Gesetze und zur Mitwirkung bei der Verwaltung der Provinz begründet werde.

VIII. Wir zweifeln nicht an einer billigen Berücksichtigung der besonderen Lage der hannoverschen Beamten und ihrer aus den bisherigen Dienstverhältnissen erwachsenen Ansprüche.

IX. Der Grundsatz einer gleichen Konkurrenz zu den Staatslasten steht den Wünschen der Bevölkerung nach Erhaltung eines Teils des Staatsvermögens nicht entgegen. Zwar werden infolge des Wegfalls der Ausgaben für den Hofstaat und die besondere Staatsverwaltung große Summen erspart werden, dies wird aber der Provinz Hannover nur teilweise zugute kommen, da bisher ein großer Teil der Staatslasten aus den Erträgnissen des sehr erheblichen Domaniums bestritten wurde. Eine große Anzahl von Anstalten, welche sich vorzugsweise für eine provinzielle Behandlung eignen, sind hierauf oder doch auf zugesicherte Staatszuschüsse begründet. Das Land würde schwer benachteiligt werden, wenn das bisherige Staatsvermögen ohne alle Berücksichtigung dieser Verhältnisse behandelt werden sollte. Wir würden eine gerechte Ausgleichung darin erblicken, wenn auch, abgesehen von dem stiftungsmäßig zu besonderen Zwecken zu verwendenden sog. Klostervermögen, ein Teil des Staatsvermögens zur Deckung provinzieller Verpflichtungen und Bedürfnisse unter Mitwirkung einer provinziellen Vertretung ausgeschieden würde. Die deutschen Aufgaben des preußischen Staats erheischen gebieterisch die entschlossene Beförderung kommunaler und provinzieller Selbstverwaltung, welche ohne die entsprechenden Mittel unmöglich ist.

X. Es liegt im wohlverstandenen Interesse des preußischen Staates und seiner neuen Provinzen, daß bei den behufs Einfügung der letzteren zu treffenden Anordnungen neben den mitwirkenden Regierungsorganen der Rat einer größeren Anzahl von Vertrauensmännern des Volkes gehört und beachtet werde.

XI. Wir sehen der Entwicklung der Wohlfahrt unsers Landes: der Wiedergeburt Deutschlands, freudig entgegen. Eine staatliche Tren-

nung Norddeutschlands und Süddeutschlands ist nur für eine Uebergangszeit zulässig. Die Nation ist eins und bedarf einer einheitlichen Organisation. Wir betrachten den Norddeutschen Bundesstaat als einen provisorischen und fordern, daß seine Organisation keine dauernde Trennung von Süddeutschland in sich schließe. Allen deutschen Staaten muß das Recht zustehen, in denselben einzutreten. Die Staaten jenseits des Mains haben die nationale Pflicht, sich, wie die Staaten des Nordens, der allein möglichen Leitung des Bundes durch Preußen zu unterwerfen."

Der Uebergang vollzog sich naturgemäß unter heftiger Erregung. Bald nach der Oktobererklärung schrieb Bennigsen zwar: „Hier tritt eine langsame Besserung und Beruhigung der Stimmung ein. Neues Oel ins Feuer gießt freilich die Ausschreibung einer dreifachen Steuer für November, eine ausgesucht unvernünftige Maßregel, welche nicht einmal die Notwendigkeit aus Geldmangel für sich hatte. Nach Verhandlungen mit Herrn von Hardenberg und dem Generalsekretär unsrer Finanzen habe ich die Hoffnung, daß der Beschluß wieder aufgehoben wird." [1]) Aber unvermeidliche Härten und grobe Ungeschicklichkeiten der preußischen Regierung ließen die Gemüter nicht zur Ruhe kommen. Vor allem ließ die Mitwirkung der Hannoveraner bei der Neuordnung ihrer Verhältnisse im preußischen Staate viel länger auf sich warten, als man gedacht hatte; immer von neuem suchte Bennigsen im Frühjahr 1867 die Einberufung der hannoverschen Vertrauensmänner zu betreiben. Statt dessen stellte sich heraus, daß der preußische Staat seine Steuerverfassung und seine Justizverfassung über die neue Provinz erstreckte, bevor er die Vertrauensmänner gehört hatte. Eine Königliche Verordnung vom 28. April 1867 verfügte die Aufhebung der bisherigen Gattungen direkter Steuern und ihre Ersetzung durch die preußische Gebäude-, Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer und die altländische Gewerbesteuer vom 1. Juli ab, nahm zugleich die Umbildung der Grundsteuer nach preußischem Vorbild in Aussicht. Eine Verordnung vom 25. Juni 1867, die auch das Versammlungs- und Vereinsrecht und das Preßgesetz Preußens einführte, setzte das Strafgesetzbuch für die älteren Teile der preußischen Monarchie vom 1. September ab für Hannover in Kraft und führte eine neue Strafprozeßordnung ein. Planck schrieb an Bennigsen, sie habe ihre großen Mängel, aber diese seien schwerlich erheblich größer als die der bisherigen hannoverschen Strafprozeßordnung, manches sei freilich schlechter,

---

[1]) Bennigsen an Nagel, 28. Oktober 1866.

am bedenklichsten die Bestimmungen über die Berufung, bei manchem die praktische Durchführbarkeit zweifelhaft, aber andre Bestimmungen enthielten unzweifelhafte Fortschritte; Hermann sei sogar der Ansicht, daß die Vorzüge der neuen gegenüber der alten Strafprozeßordnung sehr überwögen.[1]) Eine weitere Verordnung vom 27. Juni schuf für die neu einverleibten Länder einen gemeinschaftlichen Obersten Gerichtshof, ein „Oberappellationsgericht" mit dem Sitze in Berlin; das Oberappellationsgericht in Celle, auf das jeder hannoversche Jurist stolz war, mußte gleich darauf sein Dasein beenden und wurde in ein Appellationsgericht verwandelt. Wie es nun auch um die sachliche Berechtigung dieser Einrichtungen stand, gerade die nationalen und liberalen Hannoveraner empfanden es schmerzlich, daß immer noch der Wille des Eroberers allein gebot und jede Mitwirkung der Eroberten ausschloß. Besonders Bennigsen geriet dadurch in eine immer schwierigere Lage. Auf der einen Seite verfolgte ihn der Haß der welfisch gesinnten Hannoveraner auf eine unerhörte Weise mit Angriffen und Verdächtigungen und scheute sogar vor persönlicher Bedrohung nicht zurück.[2]) Auf der andern Seite schien die preußische Regierung die versprochene Mitwirkung der Hannoveraner an der Neuordnung hinauszuschieben und durch die Mißgriffe ihrer untergeordneten Organe die Unzufriedenheit immer höher zu steigern.

So atmete Bennigsen auf, als sich die preußische Regierung endlich entschloß, Anfang Juli 1867 vierundzwanzig hannoversche Vertrauensmänner zum Zwecke einer gutachtlichen Mitwirkung bei der künftigen Regelung der Verwaltungsorganisation der Provinz nach Berlin zu berufen. Bennigsen selbst wirkte bei ihrer Auswahl mit.[3]) Die Ver-

---

[1]) Planck an Bennigsen, 10. August 1867.

[2]) Der preußische Zivilkommissar von Hardenberg an Bennigsen, 25. Juni 1867: „Ich habe zur allenfallsigen Sicherung unsrer Freunde in Ihrer Gegend Vorkehrung getroffen, daß am 27. und 28. d. M. Militärabteilungen, angeblich auf Uebungsmärschen, sich in Elze, Springe und Pattensen befinden. Sollte etwas gegen Sie beabsichtigt werden, so wollen Sie sich Hilfe in diesen Orten requirieren."

[3]) Der preußische Zivilkommissar von Hardenberg an Bennigsen, 6. Juli 1867 (Staatsarchiv Hannover, Des. 116, Nr. 288, Fach XXXII, Bl. 92): „Der Herr Minister des Innern hat mich aufgefordert, ihm die Liste der bei der Beratung der Organisationsfrage zu hörenden Vertrauensmänner aus hiesiger Provinz ungesäumt einzureichen. Deshalb ersuche ich Ew. pp., sich gefälligst in den nächsten Tagen zu mir zu bemühen, um die vorerwähnte Angelegenheit noch mündlich zu besprechen. Ich würde mir erlauben, dieserhalb bei Ew. pp. selbst mit vorzukommen, bedaure aber, hierzu außerstande zu sein, weil während meiner mehrtägigen Abwesenheit von hier verschiedene umfangreiche Sachen eingegangen sind, deren ungesäumte Erledigung durch mich erfolgen muß."

trauensmänner hatten sämtlich den beiden letzten hannoverschen Ständeversammlungen angehört. Zu den Berufenen gehörten Graf Alexander von Bennigsen (der einzige, der ablehnte zu erscheinen), Graf Borries, der ehemalige Reaktionsminister, der sich bald mit dem Umschwung aussöhnte, auch entschiedene Welfen, wie der Minister von Hammerstein, von Lenthe und von Schlepegrell, der ostfriesische Graf Edzard von Inn- und Knyphausen, damals noch unversöhnlich, später Präsident des preußischen Herrenhauses, und Windthorst, der klug sich der Leitung dieser Gruppe zu bemächtigen suchte. Mit Entschiedenheit trat von den Mitgliedern der ehemaligen Ersten Kammer nur Graf Münster auf den Boden der neuen Ordnung und suchte Fühlung mit den sieben städtischen und fünf ländlichen Abgeordneten der ehemaligen Zweiten Kammer, die, alle durchweg nationalliberal, unter Führung von Bennigsen und Miquel erschienen und im Sinne der Erklärung vom 1. Oktober an die Arbeit gingen. In erster Linie dem Vermittlertalente Bennigsens gelang es, trotz der Quertreibereien Windthorsts, die in ihren politischen Ansichten auseinandergehende Versammlung einmütig zusammenzuhalten und dadurch ein weitgehendes Entgegenkommen der Regierung herbeizuführen.[1]) Diese Tätigkeit sollte ihn durch Vermittlung des befreundeten Gustav Freytag auch mit dem preußischen Kronprinzen in engere Fühlung bringen, der wieder wie im Frühjahr 1867 die Vermittlung zwischen Bismarck und den Liberalen in die Hand nahm.

Graf Münster an Bennigsen.

Gastein, 23. Juli (1867).

Soeben erhalte ich ein Telegramm von Hardenberg, der mir sagt, wir sollen am 29. Juli in Berlin zusammentreten. Ich komme am Sonntag den 28. abends in Berlin an und wohne wieder Hotel Royal. Ich bliebe viel lieber hier in den Bergen, halte es aber für Pflicht, mich nicht zurückzuziehen. Leider höre ich, soll Graf Bennigsen und sollen mehrere andre, deren Namen ich noch nicht weiß, die Teilnahme verweigert haben. Es ist schnödes Unrecht, welches diese Leute am Lande begehen, und wenn sie politisch der Teufel holt, so tut er recht, es ist nur schade, daß andre, daran unschuldig, mit in die dunkle Unterwelt fahren. Wir werden hoffentlich viribus unitis dastehen. Herrscht Einstimmigkeit, volles Einverständnis unter den Vertrauensmännern, so bedeuten sie etwas, sonst aber nichts. Daß Sie davon überzeugt sind und den Parteimann ganz beiseitesetzen werden, glaube ich annehmen zu dürfen; meine dringende Bitte geht dahin, in

[1]) Moritz Busch, Das Uebergangsjahr in Hannover, S. 257—269.

diesem Sinne bei Ihren Parteigenossen wirken zu wollen, und wenn auch der Junker ein schwierig zu behandelndes Subjekt ist, so verspreche ich, auch meinerseits, so viel an mir ist, zu dieser Einigkeit beizutragen.

Gustav Freytag an Bennigsen.

Siebleben bei Gotha, 20. Juli 1867.

Zwei Bitten komme ich Ihnen an das Herz zu legen, deren Gewährung wohl ersprießlich für uns alle, zunächst für Hannover, wäre.[1])

Erstens handelt es sich um einen vertraulichen Bericht über die gegenwärtigen Zustände und Stimmungen in Hannover, den Einfluß der Regierungsmaßregeln, die Wünsche des Landes; und Angabe der Wege, Reformen in Personen und Sachen und Maßregeln, welche wünschenswert sind. Dieser Bericht soll klar und rücksichtslos die Wahrheit sagen und fordern, der Schreiber die Offenheit zeigen, welche einer vertraulichen Mitteilung an einen Bekannten leichter wird als einem förmlichen Elaborat. Wohl nur diese Rücksicht war es, welche mir von dem Auftraggeber den Wunsch zugehen ließ, daß sein Name dabei aus dem Spiele bleibe und daß ich die Mitteilungen als vertrauliche erbitten und empfangen möge. Ich füge nur hinzu, daß der Auftraggeber zwar ein Preuße, aber kein Beamter irgendeiner Kategorie ist und daß ich die Ansicht teile, daß eine Information desselben in Ihrem Sinn von so entscheidendem Einfluß auf die Geschicke Hannovers sein kann, als bei jemand möglich ist, der nicht Graf Bismarck heißt. Es früge sich nun, ob Sie diese dankenswerte Arbeit in kürzester Zeit absolvieren könnten. Dürfte ich mir dabei einen Vorschlag erlauben, so wäre es der, daß Sie dieser Mitteilung die Form eines Privatbriefes geben und dieselbe nur so lang machen, als zum scharfen Hervorheben des Wichtigen nötig ist. Das Weitere würde sich finden.

Ferner aber habe ich mich eines Auftrages des Kronprinzen zu entledigen. Derselbe möchte gern laufend in Kenntnis gehalten sein von der Tätigkeit der Vertrauensmänner, welche demnächst in Berlin zusammentreten sollen, um über die für Hannover beabsichtigten Maßregeln zu beraten. Er wünscht eine Art von täglichem vertraulichem Sitzungsprotokoll, welches die Forderungen, Einwendungen und Stimmungen der geladenen Herren resp. ihrer Partei ihm kommuniziert. Dieser Bericht wäre direkt dem Kronprinzen, womöglich täglich, zu über-

---

[1]) Im Auftrage des Kronprinzen hatte General von Stosch in einem Briefe vom 17. Juli 1867 Freytag ersucht („Denkwürdigkeiten des Generals von Stosch", S. 131/132), die Beschaffung eines Berichts über Hannover und fortlaufender Berichterstattung über die Verhandlungen der Vertrauensmänner durch Bennigsen und Miquel zu vermitteln.

senden. Da der Herr Ihnen diesen Wunsch nicht in den Formen seiner Kanzlei auszudrücken in der Lage ist und sich gegenwärtig und wohl auch im August nicht in Berlin befinden wird, so würde ich, im Fall Sie gütigst geneigt wären, seinen Wunsch zu erfüllen, Ihnen eine sichere Adresse in Berlin oder Angabe der Adresse erbitten, unter welcher derselbe Ihre Briefe für seinen Aufenthalt begehrt.

Gestatten Sie mir, die Bitte um baldige geneigte Antwort anzufügen. Ich habe mich mit dem ersteren Gesuch auch an Miquel gewandt, weil, wie ich annehme, auch von dem Standpunkt seines Amtes und aus seiner Gegend ein Referat wünschenswert ist. Es wäre aber sehr willkommen, wenn dieser Ihr Situationsbericht vor dem 1. August in der Hand dessen sein könnte, der ihn begehrt. So ist freilich die Zeit kurz. Daß Sie die Sache besorgen, wünsche ich aus vielen Gründen, nicht zuletzt, weil ich mit herzlicher Hochachtung bin u. s. w.

Bennigsen an Gustav Freytag.

Bennigsen, 22. Juli 1867.

Den Wunsch des Kronprinzen, ihn fortlaufend von dem wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der hannoverschen Vertrauensmänner in Kenntnis zu setzen, bin ich zu erfüllen gern bereit und bitte mir also die in Aussicht gestellte Adresse hierher, eventuell nach Berlin (Hotel Royal) zu bezeichnen.

Ihren weiteren Wunsch, Ihnen einen vertraulichen, rücksichtslosen Bericht über die Stimmungen, Desiderien, notwendigen Reformen in Personen und Sachen u. s. w. Hannovers zu senden für einen Zweck, welchen Sie nicht geradezu bezeichnet haben, möchte ich für heute weder bestimmt zu erfüllen zusagen noch ablehnen. Auf alle Fälle muß ich wünschen, mein eignes Urteil über die hannoverschen Zustände, da ich äußerst erbittert mich fühle über die unverständige Art, wie die Diktatur in einem neuerworbenen Königreich gehandhabt wird, noch zu kontrollieren durch die vielseitigen und zuverlässigen Mitteilungen, welche ich am nächsten Sonnabend in Hannover erhalten werde, wohin ich — zunächst der Reichstagswahlen wegen — eine vertrauliche Versammlung einer größeren Zahl von Parteigenossen der Provinz berufen habe.[1])

General von Stosch an Bennigsen.

Berlin, 29. Juli 1867.

Euer Hochwohlgeboren habe ich die Ehre zu benachrichtigen, daß Sie die durch Herrn Hofrat Freytag von Ihnen Seiner Königlichen

---

[1]) Diese Parteiversammlung der hannoverschen Nationalliberalen fand unter Leitung Bennigsens am 27. Juli in Hannover statt.

Hoheit dem Kronprinzen versprochenen Berichte pp. an die Adresse des Kammerherrn von Normann der Bestimmung zuführen möchten. Wenn Sie die Briefe im Kronprinzlichen Palais bis abends sieben Uhr abgeben lassen, so werden dieselben noch den Abend ihrer Bestimmung zugeführt. Ziehen Sie die Expedition durch die Post vor, so bemerke ich, daß Herr von Normann in Misdroy bei Swinemünde im Gefolge der Frau Kronprinzessin sich befindet.

*

In diesem Zusammenhange werden die folgenden Briefe des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an Bismarck verständlich: als Wirkungen der ihm von Bennigsen gegebenen Informationen über die hannoverschen Verhältnisse:

Misdroy, 1. August 1867.[1]

So oft ich die Lage unsers Staates für ernst gehalten habe, bin ich zu Ihnen gekommen, um Ihnen meine Ansichten auseinanderzusetzen und die Ihrigen zu hören. Die gegenwärtigen Verhältnisse halte ich für recht gespannt und richte deshalb diese Zeilen an Sie mit der Bitte, mir eine Erwiderung zukommen zu lassen. Nach allem, was ich lese und höre, wird es mir immer klarer, daß wir das Vertrauen der nationalen Partei verlieren, daß dies namentlich in den einverleibten Ländern der Fall ist und daß Süddeutschland weniger wie je Sympathien für uns hegen kann. Wir verlieren unser Ansehen, zu dem uns die Siege von 1866 verholfen hatten, und leisten den Intrigen, die uns umgeben und ebenso in Frankreich wie in Oesterreich und auch in Dänemark gesponnen werden, willkommenen Vorschub ... In Hannover kommt zu der ohnehin erbitterten Stimmung neue Gereiztheit über Justizmaßregeln, wie auch darüber, daß die Königin vor ihrer Abreise persönlich gekränkt sein soll ...[2]) Wieviel an diesen Vorwürfen Wahres, wieviel Uebertreibung sein mag, bin ich nicht imstande, gründlich zu erörtern. Leugnen läßt sich aber nicht, daß in den Kreisen, die uns zugetan waren und bei denen wir Stützen gefunden hatten, ein entfremdender Umschwung eingetreten ist.

Misdroy, 2. August 1867.

Mein Brief von gestern war kaum abgegangen, als ich einen Aufsatz von dritter Hand zugeschickt erhielt, der von einem eingeborenen

---

[1]) Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen Bismarcks" II, S. 411/3.

[2]) Königin Marie von Hannover, die bis dahin auf der Marienburg bei Nordstemmen einen Stützpunkt der welfischen Agitation gebildet hatte, mußte auf das Drängen der preußischen Regierung am 23. Juli das Land verlassen.

Hannoveraner verfaßt ist.[1]) Die klare Darlegung der augenblicklichen Verhältnisse wie auch der Mittel, durch welchen den Mißständen abgeholfen werden könnte, trägt den Stempel der Wahrheit an sich und gibt auch Zeugnis von den preußischen Gesinnungen eines neuen Untertanen. Aus den angeführten Gründen will ich nicht säumen, Ihnen Abschrift gedachten Aufsatzes zukommen zu lassen, den Sie nach Belieben Seiner Majestät mitteilen könnten. P. S. Der Verfasser ahnt nicht, daß ich den Aufsatz besitze.

Kammerherr von Normann an Bennigsen.

Misdroy bei Wollin, 2. August 1867.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich den richtigen Eingang Ihrer Sendung[2]) ganz ergebenst mitzuteilen. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz beauftragt mich, Ihnen Höchstseinen verbindlichen Dank zu sagen und gleichzeitig die Bitte auszusprechen, sich demnächst einmal offen und rückhaltlos über die Eindrücke äußern zu wollen, welche Sie von dem Auftreten des Herrn Ministers und seiner Räte gewonnen haben. Es käme Seiner Königlichen Hoheit vorzugsweise darauf an, zu wissen, ob Sie die Hoffnung hegen, daß man seitens der Staatsregierung fortan mehr als bisher geneigt sein werde, den berechtigten Wünschen Hannovers Rechnung zu tragen. Endlich spricht der Kronprinz die Bitte aus, ihn, wenn möglich, darüber aufklären zu wollen, ob Ihre Majestät die Königin Marie vor ihrer Abreise von der Marienburg in der Tat, wie mehrfach behauptet wurde, über einen Mangel an Rücksicht seitens der preußischen Behörden *gegen ihre Person* zu klagen gehabt hat. Euer Hochwohlgeboren Mitteilungen würden *ganz sicher* durch den Ueberbringer dieses, Sekretär Pilch in der Kanzlei des Kronprinzen, befördert werden können.

*

Leider bin ich nicht in der Lage, aus diesen Berichten Bennigsens selbst etwas mitzuteilen, da sich ihre Konzepte nicht unter seinen Papieren vorgefunden haben. In welchem Sinne sie gehalten waren, geht jedoch aus einem weiteren Briefe des Kronprinzen an Bismarck vom 7. August[3]) hervor: „Seit Absendung meiner letzten zwei Briefe

---

[1]) Es läßt sich nicht mit absoluter Sicherheit sagen, ob dieser Aufsatz der Bericht Bennigsens oder Miquels gewesen ist. Das letztere ist wahrscheinlicher.

[2]) Hierbei kann es sich natürlich nicht um den an eine Deckadresse gesandten Stimmungsbericht über Hannover handeln, sondern nur um den ersten Bericht über die am 29. Juli eröffneten Verhandlungen der hannoverschen Vertrauensmänner in Berlin.

[3]) Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" II, S. 414 7.

habe ich abermals mehrere Mitteilungen erhalten, die ich Ihnen nicht vorenthalten kann. Zunächst muß ich Ihnen meine Freude aussprechen über den günstigen Verlauf, den, wie es mir scheinen will, die Verhandlungen mit den hannoverschen Vertrauensmännern genommen haben. Man hatte wenig Erfolg beim Eintreffen in Berlin erwartet und ist dagegen voll Vertrauen auf die Einsicht und den guten Willen der Regierung von dort geschieden. Der gute Verlauf, den die Verhandlungen nun genommen haben, sollte von selbst dazu führen, in ähnlicher Weise mit den Bewohnern der übrigen Landesteile eine Verständigung anzubahnen." Der Kronprinz sprach Bennigsen selbst seinen Dank einige Wochen später in einem eigenhändigen Schreiben aus:

Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen an Bennigsen.[1]

Potsdam, 24. August 1867.

Sie haben mir durch Ihre gefälligen eingehenden Mitteilungen über die Verhandlungen mit den hannoverschen Vertrauensmännern eine große Freude bereitet. Meinen Dank für Ihre Briefe wollte ich Ihnen gern selbst aussprechen und bitte ich Sie deshalb, das etwas verspätete Eintreffen desselben zu entschuldigen.

Es war mir eine ordentliche Wohltat, täglich mehr die Ueberzeugung zu gewinnen, daß jene Beratungen, wenn auch gegen Ende der „einjährigen Diktatur" angesetzt, sicherlich zum Wohle der hannoverschen Landesteile gereichen mußten; nicht minder aber freute ich mich, daß auf beiden Seiten Anerkennung des guten Willens wie auch des Entgegenkommens gefunden ward.

Mögen nun die aus den Verhandlungen zu entstehenden Maßregeln der Regierung zur Befriedigung Ihrer heimatlichen Lande dienen und hierdurch ein rechter Segen für diese Provinz unserer Monarchie geschaffen werden, für deren ferneres Gedeihen ich mit ganzer Hingebung und Teilnahme zu wirken gerne bestrebt sein werde.

In der Hoffnung, Sie bald wieder in gewohnter Weise zum Wohl unsers engeren wie auch des gemeinsamen Vaterlands wirksam zu sehen, wiederhole ich meinen Dank für Ihre Mitteilungen als

Ihr wohlgeneigter

Friedrich Wilhelm, Krp.

---

[1]) Uebersandt durch den Kammerherrn von Normann mit einem Begleitschreiben, datiert Neues Palais bei Potsdam, 24. August 1867: „Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich in der Anlage ein Schreiben Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen zu übersenden und gleichzeitig die Bitte auszusprechen, mich von dem richtigen Eingang desselben gefälligst mit einigen Worten benachrichtigen zu wollen" u. s. w.

Die Fortdauer des zu dem fürstlichen Vermittler begründeten Vertrauensverhältnisses ergibt sich aus folgendem Briefe:

Gustav Freytag an Bennigsen.

Siebleben bei Gotha, 1. September 1867.

Aus der Umgebung des Kronprinzen wird mir der Wunsch ausgesprochen, Ihre Ansicht über eine Reise des Königs nach Hannover zu erbitten.[1])

Man ist dort der Meinung, daß die Besuche in Kassel und Nassau, von denen der erstere überraschend günstigen Erfolg gehabt, gewissermaßen den Boden geebnet haben, man meint, die hannoverschen Vertrauensmänner haben einen guten Eindruck nach Hause gebracht, und möchte gern der Entrevue in Salzburg,[2]) welche in Berlin sehr bedrückt, ein Paroli bieten. Man hofft, daß die neuen Wahlen preußische, wenigstens deutsche Gefühle erregen, und hält dafür, daß es sehr wünschenswert sei, die Versöhnung Hannovers öffentlich zu dokumentieren.

Nur bin ich der Meinung, daß Sie dadurch in keiner Weise kompromittiert werden dürfen. Der Weg, die Sache, falls Ihnen die Situation günstig scheint, zu szenieren, wäre, daß Sie an den Kronprinzen deshalb schreiben und ihm Ihre Ansicht und Hoffnungen mitteilen; dasselbe müßten Sie oder einer der wohlgeneigten Konservativen mit Bismarck tun. Aber auch für den Fall, daß Sie Bedenken hätten, würde es sich wohl empfehlen, dem Kronprinzen darüber Bericht zu gönnen, falls Ihnen das wünschenswert scheint, unter Bezugnahme auf meine Anfrage, von welcher derselbe beim Eintreffen Ihres Briefes in Kenntnis gesetzt sein würde, falls er es nicht bereits weiß. Am 3. geht der König dem Vernehmen nach nach Köln; auf der Rückreise würde sich bei eiliger Betreibung die Sache machen lassen.

Ihre, der Vertrauensmänner Anwesenheit in Berlin hat dort sehr gute Wirkung gemacht. Graf Eulenburg war beflissen, den Unterschied zwischen den hannoverschen und kurhessischen Vertrauensmännern hervorzuheben, die ersteren Männer, die andern sämtlich Advokaten, das sei der Unterschied in der politischen Erziehung. Aber was mir lieber ist, Ihre Berichte an den Kronprinzen haben sehr gefallen, und man ist Ihnen dort von Herzen dankbar. Man war stolz darauf, Bismarcken gegenüber so gut unterrichtet zu sein.[3])

---

[1]) Vgl. über diese Reise die erste Anfrage des Königs bei Bismarck am 27. August 1867, Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" I, S. 165 f.

[2]) Die Zusammenkunft zwischen den Kaisern Franz Joseph und Napoleon in Salzburg vom 18. bis 21. August 1867.

[3]) Vgl. Stosch an Freytag, 18. August 1867: „Ihren Bericht von Miquel

Der Abgang Lippes und Eulenburgs wird dadurch aufgehalten, daß es Bismarck immer schwerer wird, selbständige Menschen neben sich zu dulden. Jede entgegengesetzte Auffassung macht ihn unausstehlich nervös. Aber wieder drängt die Not. Die Situation ist nicht erfreulich. Daß man im vorigen Jahre halbe Arbeit getan, empfindet man bitter. Der Kaiser Napoleon hat sich beflissen erklärt, daß er die Resultate des Prager Friedens anerkenne, er kann nicht lassen, in seiner Methode, doppelt zu spielen und Hintertüren zu suchen, sein altes Projekt eines Südbundes wieder zu empfehlen. Und er hat dafür nach Kräften geschürt. Die süddeutschen Regierungen fühlen sich in jedem Widerstande durch die Hoffnung auf ein Bündnis der Salzburger ermutigt. Unter dem Schein der preußenfreundlichen Vermittlung wird die Abtretung Nordschleswigs urgiert, um das Prestige Preußens zu schwächen. Bis die Stunde sicherer Arbeit kommt — wenn Napoleon sie dann benutzen will. So spielt er mit einem Gedanken, dessen letzte Schrecken er sich in nüchternen Stunden wohl deutlich macht. Es ist immer noch etwas von dem alten Flibustier der Feder in ihm. Für uns wäre das vielleicht kein Nachteil, denn es bändigt die hochfahrende Gesetzesgleichgültigkeit der preußischen Regierung. Aber leider ist dort alle Arbeit eine ruckweise wie gelegentliche.

Wollen Sie nicht direkt dem Kronprinzen schreiben, so, bitte ich, gönnen Sie mir Ihre Ansicht, ich werde sie an seine Adresse besorgen. Ich halte aber das erstere aus mehreren Gründen für besser, denn ich wünsche Sie zu dem Herrn in einem festen Verhältnis.[1])

*

Die Verhandlungen der Vertrauensmänner[2]) bezogen sich hauptsächlich auf die Neuordnung der Verwaltung: die wichtigsten Fragen waren die Beibehaltung der hannoverschen Aemterverfassung oder die Einführung des Instituts der Landräte, die Bildung von Kreisen und kreisständischen Vertretungen, die Umgestaltung und Aufhebung der Landdrosteien und die Einrichtung einer provinzialständischen Vertretung. In den meisten Fragen gab die Regierung den Wünschen der Hannoveraner nach. Sie verzichtete auf die Einführung der Landräte und willigte darein, daß auf den Kreistagen den Ritterschaften nicht die Hälfte der Stimmen, wie sie vorgeschlagen hatten, sondern nur ein Drittel, wie die Mehrzahl der Vertrauensmänner wünschte, zugebilligt

---

hat der Herr abschreiben lassen und Bismarck eingehändigt. Bennigsen hat täglich geschrieben, und man war stolz, Bismarck gegenüber vollständig gewappnet zu sein." Denkwürdigkeiten des Generals von Stosch, S. 132.

[1]) Eine Lieblingsidee Freytags, vgl. Bd. I, S. 605.

[2]) M. Busch, Das Uebergangsjahr in Hannover, S. 257—269.

wurde. Vor allem verzichtete sie auf den gekünstelten Plan, durch Zusammenlegung der bisherigen Provinziallandschaften drei Kommunallandtage (Hannover-Hildesheim, Lüneburg-Bremen, Osnabrück-Ostfriesland) zu bilden, und stimmte dem einmütigen Wunsche der Vertrauensmänner auf Schaffung eines einheitlichen Provinziallandtages — zusammengesetzt aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Ritterschaften, Städte und Landgemeinden — zu, um dem Bedürfnis der Zusammengehörigkeit der ganzen Provinz einen unzweideutigen Ausdruck zu geben. Auch in den meisten Nebenfragen kam es zu einer Verständigung; so sollte der Klosterfonds auch ferner ausschließlich für Hannover stiftungsgemäß verwendet werden; das Verfahren der Generalkommission in Teilungs- und Verkoppelungssachen sollte sich an die bisher gültigen Vorschriften anschließen; die hannoversche Landeskirche sollte nicht dem Oberkirchenrat in Berlin unterstellt werden. Schließlich wurde noch, um der neuen Provinz einen größeren Kreis selbständiger Betätigung in Zukunft gesetzlich zu sichern, die Aussonderung von Staatsvermögen für bestimmte provinzielle Zwecke und Institute in Aussicht gestellt.

So schieden die Vertrauensmänner in der Ueberzeugung, daß die preußische Regierung keineswegs eine bloße Uniformierung der neuen Landesteile mit den alten beabsichtige, sondern nur das zur Herstellung der Staatseinheit und der gleichmäßigen Verteilung der Staatslasten Erforderliche einführen wolle. Unter diesem Eindrucke fielen die Wahlen zum ersten Norddeutschen Reichstage am 31. August noch günstiger aus als die Februarwahlen, wenn auch unter viel geringerer Beteiligung. Die Nationalliberalen erlangten dreizehn Mandate, während die Welfen nur vier Wahlkreise behaupteten; Bennigsen selbst, der an dem bisherigen günstigen Verlauf einen wesentlichen Anteil hatte, wurde wiederum im neunzehnten Wahlkreise mit 5541 Stimmen gegen wenige Hunderte gegnerische Stimmen gewählt.

Bennigsen an Pastor Pfaff.

Hannover, 5. September 1867.

Vielen Dank für Ihre Mitteilungen, namentlich aber auch für die vielfachen Mühen, welche Sie wieder für mich gehabt haben. Im ganzen sind ja gottlob die Wahlen sehr günstig für unsre Partei im Hannoverschen ausgefallen. Von unsern eigentlichen Freunden ist allein Albrecht unterlegen. Ich hoffe aber, daß wir ihn nachträglich in dem ziemlich sicheren Bezirk Osterode-Einbeck noch hineinbringen, da Miquel in Osnabrück annehmen muß. Das nicht ganz geringe Gewicht, welches die nationalliberalen Hannoveraner im Reichstage haben werden, soll,

denke ich, auch unsern hannoverschen Verhältnissen zugute kommen, deren zweckmäßige Erledigung übrigens ein mehr als provinzielles Interesse hat.

Graf Münster an Bennigsen.

Derneburg, 12. August 1867.

Gern hätte ich gehört, wie die Eisenbahnsache liegt und wie Sie überhaupt die Lage der Dinge auffassen. Ich höre, daß hier sehr geflissentlich verbreitet wird, es sei alles, was uns versprochen wurde, nur Blendwerk gewesen und es werde nicht gehalten werden. Außerdem erzählen unsre Standesgenossen, ich habe nur nach einer Provinzialvertretung gestrebt, um als Erblandmarschall, wenn auch in beschränktem Maße, fortzuexistieren u. s. w. Es zeigt das alles den unverbesserlichen Geist der Leute. Meine Wahl am Harze wird von maßgebender Seite für ziemlich gesichert gehalten . . .

Die Reise nach Salzburg hat weniger politische Bedeutung, als man ihr zuschreibt. L. N. wird älter, die Nieren kränker, das Gemüt weicher, die Kaiserin gewinnt immer mehr Einfluß über ihn, und sie fühlt sich im Gewissen geniert durch den Tod Maximilians. Möglich ist es, daß in gewisser Weise auch auf Bayern gewirkt werden soll, auch möglich, daß einige ultramontane Schreier sich mit ihm einlassen. Das alles hat aber keine Wichtigkeit. Krieg wird heutzutage ohne wirklich innere Notwendigkeit nicht gemacht, eine solche existiert nicht, und deshalb behalten wir Frieden. Krieg würde allerdings uns dem Ideale, dem wir beide nachstreben, einem großen germanischen Staate, näher führen, ihn sicher rascher ins Leben setzen; die Opfer lassen sich aber vielleicht vermeiden, es geht möglicherweise auf friedlichem Wege. Das Blut von 1866 hat uns einen mächtigen Schritt weiter geführt, den zweiten Schritt müssen wir machen, ohne das Ausland hineinzuziehen, wir können ihn in Frieden machen. In Berlin habe ich manches gesehen, was ich mir anders dachte. Das Uhrwerk ist nicht stark genug, die Räder greifen nicht ineinander, um die Glocke so anzuschlagen, daß ganz Deutschland sie hört und ihrem Rufe folgt. Teilen Sie mir Ihre Pläne für nächste Zeit mit, da ich womöglich Sie bald sehen möchte.

Derneburg, 27. August 1867.

Die Verordnung ist heraus,[1] und ich sehe, daß ich, freilich auch als mediatisierter Erblandmarschall, bin bestehen geblieben, und weiß sehr gut, daß ich Ihnen das ganz allein verdanke, wie überhaupt die Be-

---

[1]) Publikation der provinzialständischen Verfassung für Hannover am 26. August 1867.

ziehungen, die wir seit der Katastrophe zueinander gehabt, nichts andres als ein wirklich freundschaftliches Verhältnis begründen können. Ob Ihre Wahl in der Calenberger Ritterschaft zu erreichen ist, weiß ich noch nicht. Denken Sie sich, daß ein gewisser Freund in B. W. schon jetzt durch seinen Freund R. alles dagegen in Bewegung setzt. Die Ritter würden sich unter den Bauer stellen, wenn sie wirklich unsinnig genug wären, Sie nicht zu wählen. Schlepegrell tut, was er versprach. Mit Maybach habe ich nicht über die andern Bahnen gesprochen. Der Mann hat mir aber ganz außerordentlich gefallen, und wenn ich mich nicht täusche, wird der eine gute Acquisition sein.

*

Am 21. September 1867 trat der hannoversche Provinziallandtag zum ersten Male zusammen. Graf Münster war von der Regierung zum Landtagsmarschall, Bennigsen, der nicht von der calenbergischen Ritterschaft, der er angehörte, sondern von der ländlichen Kurie Calenbergs gewählt worden war, zum Vizelandtagsmarschall ernannt. Gleich nach der Eröffnung beantragte Bennigsen, die Regierung zu ersuchen, den hannoverschen Domanialablösungsfonds in der Höhe von etwa 16 Millionen Talern der Provinz zur Verwaltung für provinzielle Zwecke zu überweisen. Der Provinziallandtag nahm den Antrag einstimmig an. Der neuernannte Oberpräsident Graf Stolberg wurde von Bismarck im Einverständnis mit dem Könige ermächtigt, die Erfüllung dieses Wunsches amtlich zuzusagen. Die Regierung wollte jedoch eine so wichtige Maßregel nicht während der Diktatur des Uebergangsjahres treffen und legte dem preußischen Landtage ein Gesetz vor, das der Provinz eine jährliche feste Rente von 500 000 Talern für provinzielle Zwecke überwies.

Während Bennigsen also mit Erfolg die schonende Ueberführung Hannovers in die neuen Verhältnisse anbahnte, war er zugleich, gleichfalls in Gemeinschaft mit dem Grafen Münster, bemüht, auch für die materiellen Interessen der Provinz, deren Pflege als Ausgleich für das Verlorene schon der erste nationalliberale Wahlaufruf in Aussicht genommen hatte, durch Entwicklung des Eisenbahnbaus einzutreten. Es handelt sich um Dinge, die von Münster und Bennigsen in erster Linie aus politischen Motiven unternommen wurden; sie würden jedoch nur ein lokales Interesse beanspruchen können, wenn sich hernach nicht feindselige Verdächtigungen zu politischen Zwecken ihrer bemächtigt hätten. So mag ihre Darlegung auf Grund des später veröffentlichten amtlichen Materiales schon an dieser Stelle erfolgen.

Unter dem 12. Juni 1867 richtete ein Gründungskomitee, bestehend aus Graf Münster, von Bennigsen, Neubourg (Stade), Bürgermeister

Hugenberg (Uelzen), Kommerzienrat Buresch (Linden) für die Firma Egestorff, Gutsbesitzer Adickes (Heuhausen), Bankier Blumenthal (Hannover) und Vizekonsul Lentz ein Gesuch an den Handelsminister um Beförderung einer Bahn von Hannover nach Hameln, mit einer Abzweigung nach dem Deister und eventuell einer Fortsetzung bis zur westfälischen Bahn nach Altenbeken, und einer Bahn von Harburg nach Stade und Geestemünde. „Neben den Interessen des Verkehrs waren es vorzüglich politische Motive, welche die Bittsteller zu ihrem Antrage veranlaßten, da die hannoversche Regierung beide Linien bereits in Aussicht genommen hatte und von der baldigen Ausführung eine Einwirkung auf die politische Stimmung der eben erst mit der preußischen Monarchie vereinigten Provinz gehofft wurde.“ [1]) Der Handelsminister erkannte die Bestrebungen des Komitees als nützlich an, lehnte die Bahn Harburg—Geestemünde ab, versprach staatliche Unterstützung der übrigen Strecken nach Beendigung der staatlichen Vorarbeiten und Erfüllung der nach der preußischen Praxis für Eisenbahnkonzessionen geltenden Bestimmungen über die Kapitalisierung (Kaution, volle Einzahlung des Stammkapitals in bar und Ausschluß der Generalentreprise); in einer weiteren Mitteilung an Bennigsen vom 12. Juni 1868, in der die Kosten der Bahn Hannover—Altenbeken auf rund $8^1/_2$ Millionen Taler berechnet wurden, lehnte er die Zinsgarantie als unnötig ab, da die auch für eine Staatsbahn geeignete Strecke rentabel sei. Darauf erklärte Bennigsen im Namen seiner Genossen, man werde auch ohne Zinsgarantie die Mittel beschaffen, und zeigte am 4. September 1868 dem Minister an, daß die Bildung einer Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von $9^1/_2$ Millionen gelungen sei; auf Grund dieser Erklärung wurde das Statut der Gesellschaft von Bennigsen und Adickes, zugleich mit Vollmacht von Graf Münster, Neubourg, Hugenberg, Buresch, Lentz und dem Bankier Jacques, notariell vollzogen und am 25. November 1868 seitens der Regierung genehmigt. Graf Münster und Bennigsen traten in den Verwaltungsrat der Bahn ein.

Die Finanzierung des Unternehmens war nur durch die Beteiligung des bekannten Eisenbahnbauunternehmers Strousberg möglich geworden. Die Durchführung des Baues hatte jedoch von vornherein den bedenklichen Fehler aller Strousbergschen Unternehmungen, daß Strousberg (unter Zuhilfenahme von Strohmännern) den weitaus überwiegenden Teil des Aktienkapitals formell zeichnete, also tatsächlich fast der einzige Aktionär war und die Gesellschaft fast allein bildete, zugleich aber den Bau der

[1]) Bericht der Spezialuntersuchungskommission. Drucksache 11 des Abgeordnetenhauses, Session 1873/74, Bd. I, S. 103—108. Vgl. auch „Dr. Strousberg und sein Wirken“, von ihm selbst geschildert (Berlin 1876), S. 305—310.

Eisenbahn — was die Regierung ausdrücklich untersagt hatte — in Generalentreprise übernahm, so daß der notwendige Interessengegensatz zwischen Gesellschaft und Bauunternehmer fehlte. Der Bahnbau verzögerte sich während des Krieges infolge von Arbeitermangel und Aenderungen des Planes so sehr, daß die Kaution Strousbergs verfiel. Dann mußte die Gesellschaft, die auch die schwach fundierte Bahn Löhne—Vienenburg übernommen hatte, eine Prioritätsanleihe von 3½ Millionen Talern aufnehmen und wurde schließlich in den Zusammenbruch aller Strousbergschen Unternehmungen verwickelt. Die Beteiligung Bennigsens aber wurde von seinen politischen Gegnern dazu ausgenutzt, um auch ihn in den Verleumdungsfeldzug hineinzuziehen, von dem Fürst Bismarck um die Mitte der siebziger Jahre betroffen wurde. Ein ernsthafter Vorwurf konnte jedoch gegen Bennigsen nach keiner Richtung hin erhoben werden. Das Motiv war für ihn von vornherein nicht finanzieller, sondern politischer Natur gewesen. Er besaß nicht einmal, ebensowenig wie Graf Münster, dem Wortlaut des Aktiengesetzes zuwider, als Aufsichtsratsmitglied eine einzige Aktie und konnte nach dem Zusammenbruch des Unternehmens im August 1874 die öffentliche Erklärung abgeben, daß er in keinerlei Weise irgendeine Art von Geschäftsgewinn bezogen habe.[1]) Und so bewies denn auch der Bericht

---

[1]) Am 11. August 1874 veröffentlichte Bennigsen folgende Erklärung gegen die „Deutsche Landeszeitung" und „Leipziger Zeitung":

„In Ihren Artikeln ist wiederholt die Vermutung, ja die Behauptung aufgestellt, ich habe mir für meine Mitwirkung bei der Begründung und Konzessionierung der Bahnen Hannover—Altenbeken und Löhne—Vienenburg Vermögensvorteile, einen sog. Gründergewinn, verschafft. Es ist sogar als gewissermaßen unmöglich hingestellt, daß jemand, welcher, wie ich, bei Gründung und Konzessionierung einer Eisenbahn so tätig gewesen sei und den Bauvertrag mit einem der Unternehmer selbst mit abgeschlossen habe, harmlos genug hätte sein sollen, sich keinen derartigen Gewinn zu verschaffen. Hierüber gestatten Sie mir eine deutliche und bestimmte Erklärung. Solange in Deutschland auf den Privateisenbahnbau nicht vollständig verzichtet ist, wird es allerdings schwer möglich sein, daß Bankiers und Kaufleute, überhaupt Geschäftsmänner, welche mit ihrer Zeit und Kraft Geld verdienen wollen, für Begründung und Ausführung einer Eisenbahn den hierzu regelmäßig erforderlichen sehr bedeutenden Aufwand an Zeit und Arbeit, häufig verbunden mit erheblichen Auslagen und Geschäftsrisikos, über sich nehmen, ohne auf einen entsprechenden geschäftlichen Gewinn zu rechnen und sich denselben zu verschaffen. Man wird dabei allerdings verlangen, daß ein solcher Gewinn kein unangemessener ist und daß er in gesetzlicher Form ohne Hintergehung Beteiligter erstrebt und erlangt wird. Ich bin aber kein Geschäftsmann. Deshalb und mit Rücksicht auf meine öffentliche Stellung würde ich es für unpassend und für wenig ehrenvoll halten, wenn ich die Mitwirkung bei der Begründung einer Eisenbahn dazu hätte benutzen wollen, irgendeinen derartigen Geschäftsgewinn zu erstreben oder anzunehmen. Ich verwahre mich da-

der Untersuchungskommission, daß nur die Verleumdung Bennigsen in die Reihe der „Gründer" stellen darf.

Im Herbst 1867 war das Vertrauen der Hannoveraner zu der Tätigkeit Bennigsens für seine Provinz so gestiegen, daß selbst ehemalige politische Gegner es rückhaltlos anerkannten. Auch unter den Welfen erkannten die Ehrlichen, daß die Durchfechtung der hannoverschen Neuordnung im preußischen Abgeordnetenhause[1]) wesentlich von seinem Geschick und Einfluß abhängen würde. Es gibt dafür keinen besseren Beweis als einen — auch für die hannoversche Verwaltungsgeschichte interessanten — Brief des Mannes, mit dem der Präsident des Nationalvereins früher die erbittertsten Kämpfe geführt hatte, von dem man zuletzt hätte erwarten sollen, daß er sich jemals wieder Bennigsen nähern würde.

Graf Borries an Bennigsen.

Celle, 4. Dezember 1867.

Bei Perlustration des Hefts III zum Budget pro 1868 finde ich, daß die hannoverschen Behörden im ganzen noch gut gefahren sind. An den Positionen für die Justizbehörden ist, soweit ich es beurteilen kann, nichts geändert, selbst die Maximalsätze sind geblieben; die Verwaltung ist wenigstens mit einem blauen Auge davongekommen. Ich hoffe, daß das Abgeordnetenhaus nichts abmindert. Inzwischen finde ich bei den Aemtern drei bedenkliche Projekte.

1. Man scheint die Absicht zu haben, die Amtsvogtstellen allmählich eingehen lassen zu wollen, wo dann den Gemeindebeamten die Geschäfte zufallen würden. Die Zahl der Amtsvögte war bereits 1859 auf das äußerste Maß des Bedürfnisses beschränkt. Irgend erheblich weiter zu gehen, halte ich untunlich. Schon jetzt ziehen sich die größeren Grundbesitzer möglichst vom Gemeindeamte zurück, weil ihnen die Funktionen teils zu lästig, teils zu untergeordnet sind. Gebessert hat sich dieser Zustand durch die eingetretenen Veränderungen nicht, vollends nicht durch Vorschriften aus der Zeit des Interregnums, wodurch zum Beispiel die Gemeindebeamten für das Austreten der Militärpflichtigen verantwortlich gemacht und mit doppelter militärischer Exekution bedroht

---

her energisch gegen jede dahin gehende Unterstellung oder Behauptung, erkläre hierdurch auf das bestimmteste, daß ich bei Gelegenheit der Begründung und Konzessionierung der Hannover-Altenbekener oder Löhne-Vienenburger Eisenbahn keinerlei Geschäftsgewinn oder Gründerlohn mir verschafft habe, und halte mich zu der Ueberzeugung berechtigt, daß alle, welche mich persönlich kennen oder auch nur mit einiger Aufmerksamkeit meine langjährige öffentliche Tätigkeit verfolgt haben, dieser meiner Versicherung Glauben schenken werden."

[1]) Am 7. November hatten, zum ersten Male für die neuen Provinzen, die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus stattgefunden.

wurden. In den Bremenschen Küstengegenden war dieses Austreten auch in früheren Jahren nichts Seltenes; mag im vorigen Sommer aus Furcht vor der strengeren Militärpflicht vielleicht häufiger vorgekommen sein. Die Aemter können untere Organe nicht völlig entbehren; zieht man die Amtsvogtstellen ein, so wird die Folge davon sein, daß das Gemeindeamt vollends in Mißkredit kommt, zu einem besoldeten herabsinkt und die Ausgabe vom Staatsbudget auf die Gemeindekasse gewälzt wird.

2. Es soll bei jedem Amte ein Amtssekretär angestellt werden. Ueber dessen Stellung und Funktionen scheint man sich aber nicht klar geworden zu sein. Im Hefte III Seite 45 heißt es in der Erläuterung, daß 70 Amtsvögte und 44 Amtsassessoren zu diesen Amtssekretären verwendet werden sollen. Amtsassessoren und Amtsvögte nehmen eine ganz verschiedene soziale Stellung ein, haben einen ganz verschiedenen Grad wissenschaftlicher Ausbildung. Es ist für den Amtsassessor unwürdig, ihm den Wirkungskreis nach dem Bildungsgrade eines Amtsvogts anzuweisen und würde sehr schmerzlich empfunden werden; der Amtsvogt dagegen kommt von vornherein in eine schiefe Stellung, wenn er einen Wirkungskreis nach dem sozialen und Bildungsstandpunkte eines Amtsassessors einnehmen soll. Das letztere ist mißbräuchlich wohl vorgekommen bei faulen Beamten oder solchen, welche sich wissenschaftlichen Studien und Arbeiten hingeben und die Amtsverwaltung dem Amtsvogte überlassen. Bedürfnis war und ist bei den Aemtern die Anstellung eines sog. Amtsschreibers, nicht Sekretärs, dem die Besorgung der gesamten Schreiberei, die Führung des Produktenbuchs, die Inordnunghaltung der Registratur, die Aufstellung und Führung von Tabellen und Registern und die Entwerfung unbedeutender Schreiben und Berichte übertragen wird. Das ist kein Wirkungskreis für einen Amtsassessor, in dessen Händen diese Arbeiten schlecht beschafft werden würden und der geistig dabei verkümmern müßte; ja ich bin sogar zweifelhaft, ob jeder Amtsvogt dazu paßt. Will man aus diesen Amtssekretären gar Vertreter des Amtshauptmanns machen, so schafft man damit eine Klasse mit einer Zwitterstellung und allen den nachteiligen Folgen daraus, zu vornehm für die eigentlichen Schreibergeschäfte, nicht genügend ausgebildet für die eigentlichen Amtsgeschäfte, und von vornherein unzufrieden. Daher schaffe man nur besoldete Amtsschreiber und keine Sekretäre, und drücke die hannoverschen Amtsassessoren nicht zu einer so untergeordneten, für sie völlig unpassenden Stellung herab.

3. Die Hilfsbeamten sollen allmählich wegfallen. Nicht der Hilfe wegen halte ich das Institut der Hilfsbeamten wichtig, sondern a) als

Schule der Ausbildung für die Amtsverwaltung und b) in der Rolle eines Hechtes, zur Anregung, daß die älteren Herren, alleinstehend, nicht ganz sich verliegen und rein mechanisch die Geschäfte abmachen. Sie müssen sich vor dem jüngeren Kollegen zusammennehmen und dürfen sich nicht so gehen lassen, als wenn sie völlig alleinstehen. Einige Erfahrung besitze ich auch auf diesem Gebiete, da ich dreizehn Jahre Beamter und auch dreizehn Jahre Rat in der Landdrostei gewesen bin. Wo soll mit dem Wegfall der Hilfsbeamten die Vorschule der Amtshauptleute sein? Etwa in den Regierungen? Hoffentlich nicht! Es ist sehr heilsam, wenn der jüngere Verwaltungsbeamte einige Jahre bei einer höheren Verwaltungsbehörde arbeitet. Aber zur wirklichen Schule der unteren Verwaltungsbeamten, welche unmittelbar mit den Untertanen verhandeln und mehr an Ort und Stelle wirken sollen als hinterm Schreibtische, dafür paßt sich die Ausbildung in den Regierungskollegien nicht. Ich erlaube mir, diese Punkte, besonders aber Nr. 2, Euer Hochwohlgeboren geneigter Prüfung recht dringend zu empfehlen...

Die Aktien unsers Provinzialfonds stehen ja wohl gut. Ich hoffe, die Hannoveraner werden unter Euer Hochwohlgeboren Führung als so geschlossene Phalanx dafür auftreten, daß dagegen alle etwaigen Bedenken schwinden und verstummen. Ein Gleiches hoffe ich aber auch in betreff der Vermögensregelung mit Seiner Majestät dem König Georg V.

Die Organisation der Provinz Hannover, der Bennigsens politische Arbeit im folgenden Jahre hauptsächlich gewidmet war, hatte nicht eine ausschließlich verwaltungstechnische Bedeutung, sondern hing innerlich mit dem großen preußisch-deutschen Verfassungsprobleme zusammen. Es war eine Angelegenheit, nur scheinbar provinziellen Charakters, vielmehr in diesem Augenblick politisch im höchsten Sinne, und darum sollte auch ihre parlamentarische Erledigung zu Kämpfen von allgemein politischer Bedeutung führen. Bevor wir Bennigsens Anteil an diesen Dingen besprechen und seine eignen Briefe vorlegen, ist daher ein Rückblick notwendig.

Das Problem der deutschen Einheit unter Preußens Führung hatte von vornherein, wie man gerade heute wieder erkannt hat,[1]) ein spezifisch preußisches Problem in sich geschlossen. Schon Paul Pfizer, der ahnungsvolle Prophet des neuen Deutschlands, hatte vorhergesehen, daß hinter dem allen geläufigen Satze von der Unmöglichkeit eines Bundesstaates

[1]) Fr. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat (München 1907), dazu meine Besprechung in den Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte XXII, 1. S. 306 ff.

mit zwei Großmächten noch ein andres Problem schlummere: ob denn ein Bundesstaat mit einer Großmacht möglich sei. Oder mußte nicht diese eine Großmacht, wenn sie die Führung des außerösterreichischen Deutschlands in die Hand nehmen wollte, sich auch einer Umbildung in sich selber unterwerfen, um den neuen Bau harmonischer zu gestalten: das allzu straffe Gefüge ihres die bundesstaatlichen Formen fast sprengenden großmächtlichen Körpers in etwas lockern und erweichen? Ein Teil der Erbkaiserlichen, Gagern und die ihm zunächststehende Gruppe, hatte sich mit der Notwendigkeit einer solchen „Auflösung" Preußens zunächst theoretisch durchdrungen, einzeln sogar mit der Hoffnung, auch praktisch etwas zu erreichen. Mochte die Forderung bei einigen doktrinäres Bedürfnis, bei andern der Beruhigung mittelstaatlicher Besorgnisse berechnend angepaßt sein, auf alle Fälle lag ihr ein richtiger politischer Gedanke zugrunde. In der Welt der Wirklichkeit mußten die Erbkaiserlichen diesen Gedanken schon lange bevor ihr Kaisertraum selbst verflog, wieder begraben. Die Oktroyierung der preußischen Verfassung im Dezember 1848, die Konstituierung Preußens als eines geschlossenen verfassungsmäßigen Körpers machte ihren Hoffnungen ein Ende. Man fügte sich. Statt etwa die Bedingung zu stellen, daß Preußen vor der Annahme der Kaiserkrone sich zu einer Auflösung in seine Provinzen verpflichten müsse, begnügte man sich im Frühjahr 1849 mit der harmlosen Erwartung, daß der natürliche Gang der Dinge später von selbst diese Auflösung herbeiführen werde. Man dachte kaum noch an eine Zerschlagung Preußens in seine Provinzen und eine Beseitigung des preußischen Landtags, wohl aber an eine weitgehende provinzielle Dezentralisation Preußens und an eine starke Einschränkung der Kompetenz seines Landtages zugunsten eines deutschen Parlaments.

Mit dem Scheitern der Frankfurter Kaiserpläne schwanden auch solche Möglichkeiten. Die Erneuerung der erbkaiserlichen Politik in der Nationalvereinsperiode von 1859 bis 1866 hat, soviel wir sehen, diese Ergänzungsforderung einer Umbildung Preußens zunächst nicht in den Vordergrund gestellt: vermutlich geschah dieser Verzicht nicht bloß aus Abneigung gegen den „gothaischen" Doktrinarismus, sondern in dem richtigen Instinkt, daß es widersinnig sei, vor der notwendigen Abrechnung Preußens mit Oesterreich von einer Auflösung des preußischen Staatskörpers zu sprechen. Man hatte ein richtigeres Gefühl von seiner Lebensfähigkeit bekommen und wußte nur zu gut, daß man diese gesammelte Kraft noch würde brauchen müssen. Unmittelbar nach der Lösung von 1866 jedoch lebte die alte Forderung wieder auf. Solange der Norddeutsche Bund bestand, war das Verhältnis der vier Fünftel des ganzen Bundesstaats umfassenden Großmacht Preußen zu den übrigen

Bundesgliedern ja noch viel unerträglicher, als es in dem fertigen Kleindeutschland gewesen wäre. Die Gagernschen Ideen gewannen also, wenigstens solange dieses Provisorium dauerte, noch einmal eine vorübergehend sogar verstärkte Berechtigung. Es war natürlich, daß besonders die ehemaligen Erbkaiserlichen den Gedanken wieder hervorholten.

So schrieb der bayrische Liberale M. Barth,[1]) der einst der Erbkaiserpartei und der Kaiserdeputation angehört hatte, dem Historiker Baumgarten auf dessen Frage, ob Parlament und preußischer Landtag nebeneinander würden existieren können: „Ich muß diese Frage absolut verneinen. Die Unmöglichkeit eines solchen Nebeneinanderseins tritt übrigens zwar jetzt nach den neuesten Annexionen noch greller hervor, sie war aber doch auch schon früher vorhanden, und ich habe mir, als man noch an die Durchführung der Reichsverfassung von 1849 dachte, niemals ein Hehl daraus gemacht, daß entweder der preußische Landtag den ganzen Bau alsbald wieder sprengen, oder wenn die Reichsverfassung Bestand gewänne, diese zur Auflösung gedachten Landtages führen und Provinziallandtage an seine Stelle setzen würde. Meines Erachtens hat Preußen bei der ihm obliegenden Organisation nur zwei Wege: es muß entweder den Landtag dem Parlamente opfern, oder es muß den Parlamentsgedanken aufgeben und für die gemeinsamen Angelegenheiten einen bloßen Appendix zu dem preußischen Landtag schaffen. Ein Organisator wie Stein würde entschieden zu dem ersteren greifen. Es würde dadurch eine Organisation geschaffen, in welcher jede Monstrosität wegfiele, in der vielmehr die übriggebliebenen Einzelstaaten, sowohl jene, welche jetzt schon in den Norddeutschen Bund gezogen sind, als die künftig noch in denselben aufzunehmenden, neben den einzelnen unmittelbaren Provinzen durch ihre Vertreter zur entsprechenden Geltung gelangen könnten. Es wäre ferner damit die Autonomie dieser Provinzen gleich der der Einzelstaaten für ihre besonderen Angelegenheiten fest begründet und so der Gefahr der Zentralisation, deren Nachteile mit der Größe des Staates wachsen, von vornherein vorgebeugt."

Einen wirklichen Glauben an eine so extreme Lösung hatte freilich auch der Bayer nicht mehr. Seit der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom April 1867 konnte vollends nicht die Rede davon sein.

Aber auch nach der Annahme dieser Verfassung war es sehr wohl möglich, den gesunden Kern der Gagernschen Idee wenigstens abgeschwächt zur Entwicklung zu bringen. Es waren nicht bloß die verfassungstheoretisch veranlagten Politiker, die wiederum an dem Nebeneinander des Norddeutschen Reichstages und des preußischen Landtages Anstoß nahmen

---

[1]) Marquard Barth an Baumgarten, 10. September 1866, a. a. O.

und nach einer harmonischen und zweckmäßigen Abgrenzung der beiderseitigen Kompetenzen suchten, sondern vor allem — und damit tritt ein neuartiges Motiv auf — waren es die Vertreter der annektierten Provinzen, Hannover, Kurhessen, Nassau, Schleswig-Holstein, die einerseits ihrem ehemaligen Heimatsstaat die Erhaltung seiner Sonderart und möglichst freie Bewegung sichern wollten, anderseits aber in der möglichst ausgedehnten Kompetenz des Reichstages ein weiteres Gegenmittel gegen die „Verpreußung" suchten. Einer der näheren Freunde Bennigsens aus dem Nationalverein, Friedrich Oetker, der ehemalige Führer der kurhessischen Opposition, formulierte diese Forderung einer Dezentralisation Preußens in folgenden — den preußischen Liberalen zuliebe schon etwas abgeschwächten — Sätzen: „Der Staat Preußen habe seine Einheit und Selbständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung zu bewahren, soweit und solange er nicht im deutschen Staate aufgehe. Preußen habe sich aber aller unnötigen Zentralisation, der Aufsaugung alles selbständigen Lebens in den Provinzen zu enthalten und von der bureaukratischen Gleichmacherei und Vielregiererei loszusagen, die Staatstätigkeit auf das Notwendige zu beschränken, alles übrige der freien Verwaltung lebenskräftiger Provinzial-, Kreis- und Gemeindeverbände zu überlassen. Entschieden entgegenzutreten sei der Tendenz, die in den östlichen Provinzen unter ganz verschiedenen Verhältnissen erwachsenen Einrichtungen auf die neuen Landesteile zu übertragen . . . Dagegen in den neuen Landesteilen seien die durch Geschichte, Sitte und Liebe der Beteiligten getragenen Einrichtungen zu erhalten und der freien organischen Weiterbildung zu überlassen. Im Grunde liefen seine Gedanken sogar noch weiter und erinnern unmittelbar an die Erwartungen, die die Gruppe Gagern im März 1849 an den natürlichen Gang der Entwicklung knüpfte: „Die ganze preußische Landesgesetzgebung müsse allmählich zugunsten der Bundes- und der Provinzialgesetzgebung aufhören, also der Landtag allmählich trockengelegt werden." Noch bei der Frage der staatsrechtlichen Stellung Elsaß-Lothringens wiederholte er später seine Forderung, „durch allmähliche Trockenlegung der bisherigen deutschen Landesverfassungen zugunsten der Reichsverfassung einer- und einer Reihe einander gleichstehender Provinzialverfassungen anderseits die Zukunft des Deutschen Reiches sicherzustellen und sie auf eine festere, harmonisch gegliederte Basis zu stellen." [1])

Auch in dieser Frage war die nationalliberale Partei die Erbin der Erbkaiserlichen. Unter dem Einflusse ihrer zahlreichen Mitglieder

[1]) A. Pfaff, Zur Erinnerung an Fr. Oetker (Gotha 1883), S. 175 f., 169.

aus den neuen Provinzen, nahm sie diese Tendenzen in ihr Programm auf und verkündete als auf verfassungsmäßigem Wege zu erstrebendes Endziel: „Wir sind entschlossen, die Bundeskompetenz zu befestigen und über alle gemeinsamen Angelegenheiten auszudehnen. Als Ziel schwebt uns vor, daß die parlamentarischen Funktionen des Staates möglichst vollständig in den Reichstag verlegt werden. Auch der preußische Landtag soll sich nach und nach mit einer Stellung begnügen, welche in keiner Weise geeignet sei, dem Ansehen und der Wirksamkeit des Reichstages Eintrag zu tun." Das waren Sätze, die selbst manchem altpreußischen Nationalliberalen nur durch einen beruhigenden Schlußsatz über den friedlichen Wetteifer beider Parlamente erträglich gemacht wurden, die aber für die rein altpreußisch zusammengesetzte Fortschrittspartei ganz unannehmbar waren. So war die Sonderung des opportunistischen und des doktrinären Flügels der Liberalen in zweiter Linie auch durch eine verschiedene Anschauung des Problems Deutschland-Preußen bestimmt.

In diesem Zusammenhange ist die politische Haltung Bennigsens im preußischen Abgeordnetenhause zu begreifen. Als Deutscher und als Hannoveraner stand er durchaus auf dem Boden von Oetkers Anschauungen. Auf der einen Seite suchte er die preußische Kompetenz zugunsten des Norddeutschen Bundes einzuengen: so wenn er am 9. Dezember 1867 im Abgeordnetenhause einen Antrag einbrachte, wonach das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten auf den Etat des Norddeutschen Bundes übernommen werden und außerdem die innerhalb des Norddeutschen Bundes bestehenden preußischen Gesandtschaften und Konsulatsposten aufgehoben werden sollten; der erste Teil des Antrags wurde mit großer Mehrheit angenommen, der zweite infolge von Bismarcks Einspruch abgelehnt. Auf der andern Seite nahm Bennigsen die Forderung der preußischen Dezentralisation auf, zunächst natürlich im Interesse seiner Heimatprovinz, zugleich aber als allgemeines Prinzip der preußischen Verwaltung. So erklärte er anläßlich der Debatte über die Verwaltungsorganisation Hannovers am 16. Dezember 1867: „Wenn es dem preußischen Staate gelungen ist, in einem großen Staatsgebiete Königreiche, Kurfürstentümer, Herzogtümer mit sich zu vereinigen, dann ist doch eine dringende Veranlassung gegeben, hinsichtlich der politischen Seite der Organisation neuer Provinzen die Frage zu erwägen, ob es noch möglich ist, die alte Stellung der Organe der Provinzen, sei es der Regierungskörper, sei es der Vertretungskörper, zu dem Zentralorgane hier in Berlin beizubehalten;[1]) dann ist es geboten,

[1]) Anscheinend auf diese Worte bezieht sich die (übrigens nicht ohne Widerspruch gebliebene) Bemerkung Virchows am 10. Februar 1868: „Der Herr

sorgfältig zu prüfen, ob es überhaupt möglich ist, in vollem Umfange einfach das System des Beamtentums und der Vertretung aus den Provinzen Altpreußens zu übertragen auf die Organisation in den neuerworbenen Landesteilen. Man wird sich durch eine eingehende Untersuchung überzeugen — ich hoffe, es wird diese Ueberzeugung schon jetzt in dieser Versammlung durchgedrungen sein, und beim Staatsministerium war sie in gewissem Grade schon lange vorhanden —: will man die neuen Provinzen nicht bloß notdürftig mechanisch regieren, sondern organisch und rasch verschmelzen mit dem preußischen Staatskörper, so muß man auf allen Gebieten, wo die Forderungen der politischen und staatlichen Einheit es nicht gebieterisch erheischen, eine von den bisherigen abweichende Organisation und Vertretung diesen neuen Provinzen gewähren. Das ist die Auffassung, bei der ich glaube, auf die Zustimmung aller Parteien in diesem Saale rechnen zu können, das ist eine Frage, wo keine Differenz bestehen sollte zwischen Konservativen und Liberalen, und wo auch keine Interessengegensätze vorhanden sind zwischen dem großen und kleinen Grundbesitz."

Diese vorsichtigen Darlegungen bewiesen, daß Bennigsen das Prinzip der Dezentralisation nicht so doktrinär im alten erbkaiserlichen Sinne zu überspannen gedachte, wie es etwa Marquard Barth, ja am letzten Ende auch Oetker wollte. Als Oetker im Februar 1868 zusammen mit dem Hannoveraner Miquel und dem Nassauer Braun in einem „sehr scharfen" Programm seine Forderung zu formulieren suchte, und selbst Lasker und Forckenbeck sich „im wesentlichen einverstanden" zeigten, hielt Bennigsen, in der Sache völlig einverstanden, es für richtiger, eine solche programmatische Festlegung zu vermeiden.[1] Er besorgte, daß dadurch eine Parteispaltung hervorgerufen werden möchte, ein ähnlicher Gegensatz zwischen deutsch-unitarischen und preußisch-unitarischen Elementen (z. B. Twesten), wie er einst in der Erbkaiserpartei zutage getreten war. Zugleich erkannte er, daß die völlige Durchführung solcher Pläne Bismarck und dem altpreußischen Selbstgefühl gegenüber nach dem Jahre 1866 in noch höherem Grade Utopie war, als einst gegenüber Friedrich Wilhelm IV. während der Stürme des Revolutionsjahres. Wie immer, war es der praktische Politiker, der dem Verfassungstheoretiker die Grenze bestimmte und der eben darum zu seinem Ziele kam.

Abgeordnete von Bennigsen hat uns allerdings in seiner ersten Rede im Hause hier die etwas niederdrückende Erklärung gemacht, es bliebe nichts andres übrig, als nunmehr dieses Haus zu zerstören und dafür Provinzialhäuser einzurichten." In der ersten Rede Bennigsens kann ich einen derartigen Passus nicht finden.

[1] A. Pfaff a. a. O. S. 177.

Daß dieses preußische Staatsgefühl noch eine Macht war, sollte er selbst erfahren, als vom 14. bis 16. Dezember 1867 die hannoversche Verwaltungsorganisation im Abgeordnetenhause debattiert wurde, vor allem die Frage der Beibehaltung der hannoverschen Aemterverfassung oder ihrer Ersetzung durch die altpreußische Landratsverfassung. Es war sein eigner Fraktionsgenosse Twesten, der — in allerdings übertriebener Weise — den Nachweis zu führen versuchte, daß diese Instanz der Verwaltung in Altpreußen mit 20 Millionen Einwohnern 650000 Taler koste, in Hannover mit 2 Millionen Einwohnern dagegen nicht weniger als 321000 Taler, daß also Hannover das gelobte Land der Bureaukratie sei. Eine noch schärfere Klinge schlug der Altliberale Georg von Vincke, der seine doppelten Erfahrungen in Preußen und Hannover mit Sachkunde, schlagfertiger Schärfe und politischer Berechnung gegen die kostspieligen und bequemen hannoverschen Einrichtungen ins Feld führte. Mit Recht sagt Ernst von Meier: „Die hannoverschen Abgeordneten waren in einer sehr schwierigen Lage; ihre Wähler, im höchsten Grade novarum rerum non cupidi, hatten an Aenderungen gerade genug. Deshalb hatten sich auch die sog. hannoverschen Vertrauensmänner aus allen Parteien einstimmig für die Beibehaltung der Aemter ausgesprochen.“ [1]) So rühmte denn Bennigsen die vorzüglichen Leistungen der bisherigen Verwaltung, empfahl die Beibehaltung der 101 Aemter, erkannte nur die Möglichkeit an, die 46 Hilfsbeamten künftig wegfallen zu lassen und Landratsämter und Kreiseinrichtungen nur modifiziert einzuführen; er sprach auch für die vorläufige Erhaltung der sechs Landdrosteien, aus denen eventuell „eine Provinzialverwaltungsbehörde für die Geschäfte der in Preußen bestehenden Abteilungen des Innern bei den Regierungen“ zu bilden sei. [2]) Bennigsens Haltung hatte sich allerdings verändert. Solange er der Führer der hannoverschen Opposition war, hatte er als Anhänger eines nationalen und konstitutionellen Bundesstaates die Politik und die Einrichtungen der Mittelstaaten bekämpft. Als aber Hannover nicht zugunsten der ersehnten deutschen Einheit in seiner Souveränität beschränkt wurde, sondern in Preußen aufgehen mußte, da kam es ihm darauf an, von diesen Einrichtungen Althannovers möglichst viel innerhalb des preußischen Staates zu bewahren; realpolitische Erwägung und persönliche

---

[1]) Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte II, S. 416.

[2]) Am 17. Dezember wurde ein Antrag Bennigsens angenommen, die Staatsregierung möge in der nächsten Session einen Entwurf über die Verwaltungsorganisation von Hannover und Schleswig-Holstein vorlegen. Vgl. auch seine Reden zur hannoverschen Verwaltung vom 18. Januar und 14. Februar 1868.

Empfindung wirkten darin zusammen und trugen allmählich sogar dazu bei, ihm das Bild der Vergangenheit in etwas zu verschieben.

Diese verwaltungsgeschichtlich höchst bedeutenden und lebhaften Debatten waren jedoch nur das Vorspiel des eigentlichen Kampfes, der sich unmittelbar darauf über den hannoverschen Provinzialfonds entspinnen sollte. Die Regierung hatte nämlich, gemäß ihrer Zusage an den hannoverschen Provinziallandtag, einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem der Provinz für eine Reihe näher bezeichneter Zwecke eine jährliche Rente von 500000 Talern ausgeworfen werden sollte. Um den Schein einer Bevorzugung Hannovers zu vermeiden, bezeichneten die Motive diesen Schritt nicht als einen vereinzelten, sondern als einen prinzipiellen. In § 1 des Gesetzentwurfs hieß es: „Zur Förderung der Selbstverwaltung ist für die provinzial- bezw. kommunalständischen Verbände der Monarchie aus Staatsmitteln eine Jahresrente auszuwerfen und nach gleichartigen Grundsätzen unter die einzelnen Verbände als ein ihnen gehöriges und von ihnen zu verwaltendes Einkommen zur Deckung ihrer kommunalen Bedürfnisse zu verteilen. Zu diesem Behufe ist dem Landtage bei dem nächsten ordentlichen Zusammentritt der Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, in dem zugleich die Zwecke näher zu bezeichnen sind, für welche die Verwendung jener Jahresrente stattzufinden hat." In § 2 wurde dann „unbeschadet der anderweitigen gesetzlichen Regelung" die Einrichtung des hannoverschen Provinzialfonds vorgeschlagen. Es war ein denkwürdiger Vorgang, daß die preußische Regierung in dem Jahre nach der Annexion sich zu dem Prinzip einer gewissen Dezentralisation bekannte.[1]) Bismarck selbst war jenem scheinbar so doktrinären Bestandteil der Gagernschen Ideen ein Stück entgegengekommen. Ganz offen bekannte er sich im Namen der Regierung zu den beiden Motiven, der Versöhnung der Hannoveraner und der Dezentralisation, indem er am 4. Februar 1868 erklärte: „Was das zweite Motiv der

---

[1]) Selbst ein so entschiedener Gegner Preußens wie der Württemberger Albert Schäffle (Die erste Session des Deutschen Zollparlaments, Deutsche Vierteljahrsschrift 1868, II, S. 253—347), der für eine Ausdehnung bundesstaatlicher Einheit die Bedingung stellte, daß Preußen seinen militärstaatlichen Charakter ablege und sich in freiheitlicher Weise dezentralisiere, gewann im Sommer 1868 während des Zollparlaments den überraschenden Eindruck: „Graf Bismarck hat immerhin schon verraten, daß er sich mit Gedanken von viel gewaltigerer moralischer Eroberungskraft trägt, als der Altliberalismus der neuen Aera sie konzipieren konnte . . . Zu den merkwürdigsten Andeutungen, welche uns in Berlin geworden sind, gehört die Mitteilung, daß in Preußen selbst bedeutende Einflüsse auf eine Rückbildung des Staates zu freiem Provinzialleben hinarbeiten, nachdem der Landtag neben dem Reichstag fast in die Brüche gefallen."

Regierung betrifft, die Dezentralisation, so war es für mich eine Erscheinung, die ich mit Freuden begrüßte, als das Staatsministerium sich nach einigen Kämpfen und Schwierigkeiten von seiten der verschiedenen Bureaus, die das Gewohnte vertraten, darüber einigte, hier zuerst eine Bresche in das System der Zentralisation zu legen." Gerade diese Rücksicht sei für ihn in hohem Maße leitend gewesen, „eine größere Dezentralisation, als sie bisher im preußischen Budget zu finden ist, anzubahnen und den Provinzen diejenigen Angelegenheiten, die besser vom provinziellen als vom zentralisierten Standpunkt gestaltet werden können, zur Selbstverwaltung zu übergeben und an den hannoverschen Vorgang in den nächsten Jahren weitere Vorlagen zu knüpfen". Auf dieser Linie begegnete er sich mit dem Führer der hannoverschen Nationalliberalen.

Diese Pläne, in letzter Linie eine Rückwirkung der deutschen Politik Bismarcks auf die innerpreußischen Verhältnisse, konnten nur auf Kosten der Geschlossenheit des altpreußischen Staatsgefüges und Staatsgefühles durchgeführt werden. Da geschah es, daß die schärfsten Vertreter dieses Preußentumes, die Konservativen, sich entschlossen, solcher Umwälzung, koste was es wolle, sich entgegenzuwerfen. So gewann die scheinbar rein verwaltungstechnische und lokale Angelegenheit des hannoverschen Provinzialfonds eine eminent politische Bedeutung und leitete, als erstes Vorspiel, eine neue Aera parteipolitischer Konstellation in Preußen und Deutschland ein.

Schon in der ersten Hälfte des Dezember erfuhr Bennigsen, daß der Provinzialfonds bei den Konservativen auf Widerstand stoßen würde.

Oberpräsident Graf Otto zu Stolberg an Bennigsen.

Hannover, 15. Dezember 1867.

Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die Mitteilung in betreff der Provinzialfondsangelegenheit, von deren Lage Miquel mich bereits durch meinen heute hier eingetroffenen Vetter Theodor mündlich hatte avertieren lassen. Die ganze hiergegen gerichtete Opposition ist ein Produkt der richtigen politischen Kurzsichtigkeit, deren Konsequenzen nur Schnitte ins eigne Fleisch sein können. Da ich zur konservativen Fraktion in gar keiner Beziehung stehe, so ist es mir nach dieser Seite hin nicht möglich, zu influieren; dagegen habe ich an einem andern nicht unwichtigen Punkt Nachdruck auszuüben gleich versucht, da auch mir diese Angelegenheit von der höchsten Wichtigkeit nicht bloß für hier, sondern auch für die weitere Gestaltung des allgemeinen politischen Lebens erscheint, welches demnächst seine praktische Gestaltung immer mehr in der provinziellen Tätigkeit zu suchen haben wird.

*

Die politische Verstimmung der Konservativen, die den Provinzialfonds als Kampfobjekt erkor, reichte schon weiter zurück.[1]) Wie hatte es sie erbittert, daß der Verfassungskonflikt, in dem sie zur Krone gehalten hatten, statt die Parlamentsansprüche zu beschneiden, damit endete, daß die Regierung Indemnität nachsuchte; vor Bismarck war noch während des Krieges sein alter Jugendfreund Hans von Kleist erschienen, um ihn von verderblicher Nachgiebigkeit zurückzuhalten.[2]) Gleich darauf war die demokratische Einrichtung des allgemeinen Wahlrechts geschaffen; wenn auch dessen Wirkungen zunächst erträglich schienen, so sahen manche mit Grauen auf die schiefe Ebene, auf der die Autorität vor dem Zufallsspiel der Majoritäten dahinglitt. Beide Schritte Bismarcks waren Konzessionen um der Deutschen willen: sollte es so fortgehen, daß die Preußen sie hinnehmen mußten? Sollte der Sieg des altpreußischen Staates nur politische Verzichte und Verleugnung des eignen Selbst nach sich ziehen? Mit persönlicher Empfindlichkeit und sachlichem Mißtrauen hatte man schon während des Norddeutschen Reichstages die vertraulichen Beredungen und die Kompromisse Bismarcks mit den Nationalliberalen beobachtet. Soeben hatte die parlamentarische Machtstellung der Liberalen den Sturz des Justizministers, des starr konservativen Grafen Lippe, erzwungen; Gerüchte von dem Eintritt nationalliberaler Führer in das Ministerium liefen um. Man fühlte sich ausgeschaltet, aus der Alleinherrschaft gedrängt und obendrein durch den Gang der neuen Gesetzgebung geschädigt. „Jede einzelne Maßregel," schrieb der Landrat von Waldow trotzig an Bismarck, „war gegen den großen Grundbesitz und gegen die konservativen Interessen gerichtet, und wie schmerzlich es auch ist, der Gedanke verbreitet sich mehr und mehr, daß Exzellenz die konservativen Interessen aufgegeben haben."[3]) Auch der hannoversche Provinzialfonds erweckte an sich nur Antipathien. Man murrte über die Bevorzugung einer eroberten Provinz. Wenn er aber der erste Schritt zu einer politischen Dezentralisation Preußens sein sollte, mußte man ihm auf der Schwelle entgegentreten.

Man empfand es überhaupt unwillig, daß Bismarck die Neuordnung Hannovers, da die konservativen welfischen Elemente sich in starrer

---

[1]) Vgl. u. a.: R. v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 382 f.

[2]) Noch im Juli 1878 erklärte Bismarck über das Zustandekommen des Indemnitätsgesetzes: „Nur mit großer Mühe sei es ihm damals gelungen, die Versöhnung mit den Liberalen anzubahnen. Die Mehrzahl seiner damaligen Kollegen sei für Aufhebung der preußischen und Einführung einer weit konservativeren Verfassung gewesen." (Chr. von Tiedemann, Erinnerungen, S. 311 ff.)

[3]) Landrat von Waldow-Steinhöfel an Bismarck, 18. Januar 1868. Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, S. 58.

Opposition zurückhielten, zusammen mit den Liberalen vornahm, welche die Provinz im Abgeordnetenhause fast allein vertraten, und sympathisierte innerlich mit den grollenden Standesgenossen. Nur mit Mühe war Bennigsen, der in ihren Augen nie etwas andres gewesen als eine hannoversche Spielart des preußischen Fortschritts, zum zweiten Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses gegen die Konservativen gewählt worden. Ja, der konservative Abgeordnete von Brauchitsch scheute sich nicht, als guter Royalist diese Bennigsen und Miquel bei seinem Könige zu denunzieren und im Namen seiner Partei zu erklären, „daß sie es nicht für anständig halte, sofort in die Situation mit beiden Füßen hineinzuspringen" — eine Tendenz behutsamer Verdächtigung, die in den nächsten Jahren immer wieder, wenn es not tat, bei der höchsten Stelle angewandt wurde und auf die Dauer nicht ohne Nachwirkung blieb.

Aus allen diesen Gründen beschlossen die Konservativen, den Provinzialfonds abzulehnen. Selbst die ihn nicht unbedingt verwarfen, wollten ihn nur bewilligen, wie Herr von Waldow an Bismarck schrieb, „wenn wir auf einem andern Gebiete eine Entschädigung erhalten. Die Kreisordnung! — — Können wir in dieser Frage auf Eure Exzellenz zählen, so können wir in der andern mit Ihnen gehen." Mit andern Worten, sie verlangten von dem Junker, der aus ihren Reihen stammte und als Minister ihnen untreu geworden zu sein schien, die Einstellung der liberalen Reformen, sie verlangten seinen Eintritt in die konservative Fraktion, wie Bismarck es nannte, seine politische Unterwerfung. Man wollte ihn unter den eignen Willen beugen oder ihn stürzen.[1]) Persönliche Rankünen einzelner spielten ohne Frage mit — wohl nicht in dem Grade, wie Bismarck annahm; die politischen Motive reichen durchaus aus, um das Vorgehen zu erklären. Es war der erste Versuch einer preußisch-partikularistischen Kraftprobe gegen die neue deutsche und darum liberale Politik Bismarcks, der erste Versuch auch einer parlamentarischen Kraftprobe seitens der Konservativen. Mochte Bismarck noch so eindringlich den Provinzialfonds als Glied im Zusammenhange seiner nationalen Politik bezeichnen, mochte auch der König sich — vorbehältlich der Genehmigung des Landtages, worauf man sich berief — durch eine Zusage gegenüber seinen neuen Untertanen verpflichtet haben, man fühlte sich stark genug im Landtage,[2]) auf jede Gefahr hin es zu wagen.

---

[1]) Vgl. Forckenbecks Brief vom 16. Januar 1868 (a. a. O. S. 146). „Ich weiß jetzt ganz bestimmt, daß Weihnachten und Neujahr die entschiedensten Anstrengungen von den Konservativen gemacht worden sind, Bismarck zu stürzen."

[2]) Man zählte im Landtage 127 Konservative, 61 Freikonservative, 22 Altliberale, 29 linkes Zentrum, 101 Nationalliberale, 48 Fortschritt, 16 Klerikale und 18 Partikularisten.

Die Liberalen waren demgegenüber nicht von vornherein einig. Die Fortschrittspartei — altpreußisch zusammengesetzt, wie sie war — versagte sich in ähnlichem Partikularismus wie die Konservativen. Auch unter den Nationalliberalen gab es anfänglich Bedenken,[1]) bevor man sich entschloß, einstimmig für die Vorlage einzutreten. Bald aber erkannte man, daß hier noch mehr auf dem Spiele stand als die sachliche Berechtigung dieser Maßregel: daß die Möglichkeit vorlag, in geschickter Taktik in die von den Konservativen verscherzte Position einzurücken. Es war vor allem Bennigsens Verdienst, die ganze Partei zu dieser Politik zusammenzufassen und in seiner ersten Session des preußischen Landtags zum Siege zu führen.

Zum erstenmal sah sich Bismarck in seiner Gesamtpolitik bei dem Abfall des Kerns der Konservativen auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen. Er fügte sich keineswegs gern in die neue Situation, die ihn seinen alten Freunden entfremdete. Noch war die Luft des Abgeordnetenhauses erfüllt von den Nachklängen alten Streits. Unablässig waren die Liberalen bemüht, die unerhörte Praxis der rechtswidrigen bureaukratischen Uebergriffe der Konfliktszeit zu bekämpfen. Bennigsen stand in diesem Kampfe Schulter an Schulter mit seinen preußischen Fraktionsgenossen. Seine erste Rede im Abgeordnetenhause am 27. November 1867 galt der Unterstützung des Antrages Laskers, der — aus Anlaß der strafrechtlichen Verfolgung und Verurteilung Twestens — forderte, daß in Gemäßheit des Artikels 84 der Verfassung kein Mitglied des Landtages wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt werden dürfe. Bennigsen hatte auch diese konstitutionelle Forderung in dem Zusammenhange der neuen deutschen Politik Preußens beurteilt.

„Die Aufgaben, die der preußische Staat sich gestellt hat, sind erst zum geringen Teil erfüllt; die Aufgaben für eine neue deutsche Verfassung, die Aufgaben für eine innere Entwicklung auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung, sie sollen jetzt unter günstigen Umständen mit frischen Kräften in die Hand genommen werden. Dazu ist aber eine Uebereinstimmung der Regierung und der Häuser des Landtages notwendig, dazu ist notwendig, auch schon die Keime zu neuen Konflikten zu vermeiden, welche die Maschine wieder ins Stocken bringen können. Der preußische Staat hat sich nach den Ereignissen des Jahres 1866 erheblich in seinem Umfange vergrößert. Wir, die

[1]) Noch am 21. Januar 1868 druckte die „Kreuzzeitung" mit Befriedigung einen Artikel der „Nationalzeitung" ab, der sich wenig erfreut über den Provinzialfonds als eine ungerechte Bevorzugung Hannovers aussprach.

Vertreter der neuen Provinzen, sehr widerwillig ausgeschlossen ein Jahr lang von der Mitwirkung an der preußischen Gesetzgebung, wir sind jetzt unlängst zum erstenmal zusammengetreten mit den Abgeordneten der alten Provinzen, und die erste Begrüßung, die uns hier wurde, war die Verurteilung eines der hervorragendsten und verdientesten Mitglieder dieses Hauses zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe für eine Rede, die er vor zwei und einem halben Jahre in diesem Hause gehalten hat. Sollen derartige Vorgänge das freudige Gefühl und den Stolz, den die Abgeordneten aus den neuen Provinzen empfinden darüber, daß sie jetzt an der Gesetzgebung eines großen Staates mitwirken, nicht auf ein äußerstes Maß herunterdrücken? Welche Wirkung soll es haben, wenn Streitigkeiten, die man längst überwunden glaubte, fortdauern in der allergehässigsten Gestalt der Verfolgung gegen einzelne hervorragende Abgeordnete? Welchen Eindruck soll ein solches Verfahren der Regierung, welchen Eindruck sollen solche Erkenntnisse der Gerichte, welchen Eindruck sollen solche Meinungsdifferenzen zwischen Regierung, Ständen und Gerichten machen auf das Ausland? Wir wissen alle, daß die Stellung, welche sich Preußen erworben hat, noch keineswegs gesichert ist, wir wissen, daß wir in die Lage kommen können, noch einmal mit allen den Kräften, die uns zu Gebote stehen, die neu errungene Stellung zu verteidigen. Dazu ist aber vor allen Dingen notwendig, daß die Regierung sich in voller Uebereinstimmung befinde mit dem Lande und seiner Vertretung, daß sie auch in Gefahren des Staates auf bereitwillige Unterstützung seitens der Landesvertretung rechnen kann."

Bismarck hatte schon bei der Bildung der nationalliberalen Partei die Verbindung der neupreußischen und kleinstaatlichen gemäßigten Liberalen mit einem Teile der alten Fortschrittspartei nicht gern gesehen und suchte immer wieder einen Keil hineinzutreiben. Auch als er in den Debatten über den hannoverschen Provinzialfonds den Bruch mit den Konservativen kommen sah, versagte er es sich nicht, eine Warnung an die neuen politischen Verbündeten, an deren Seite er sich gedrängt sah, einzuflechten. So erklärte er am 4. Februar 1868: „Wir hatten uns der Hoffnung hingegeben, daß die hannoverschen Abgeordneten, frei von den Eindrücken, die ein früherer, glücklich überwundener Parteikampf bei uns in den Gemütern hinterlassen hatte, eine mehr vermittelnde Stellung zwischen der Regierung und der Opposition, eine ausgleichende, eine unbefangene, einnehmen würden. Ich habe mit Bedauern gesehen, daß sie sich rascher und tiefer in dem hiesigen Parteitreiben gefärbt haben, als ich geglaubt hatte, daß sie es tun würden, und daß sie auf die Fühlung mit der Regierung nicht den Wert gelegt haben, den ich

hoffte, daß sie ihn legen würden." Nur mit gemischten Gefühlen, so erkennt man wiederum, und mit unverhohlenen Erziehungsabsichten ließ er sich die neue Bundesgenossenschaft gefallen. Den Konservativen aber, die über ihre Opfer klagten, rief er mit stolzer Drohung zu: „Und hätte die konservative Partei dem Ministerium ein Opfer gebracht — dafür zeigen wir Ihnen die neuen Provinzen auf, dafür zeigen wir Ihnen das konsolidierte Königtum auf, wir zeigen Ihnen das vereinigte Deutschland auf; wenn Sie dennoch mit uns abrechnen wollen, so werden Sie uns stark in Kredit finden." Er mußte erleben, daß alle Kunst der Ueberredung und der Drohung, die er innerhalb und außerhalb des Parlamentes übte, gegenüber dieser Gegnerschaft versagte.

Auf die in hohem politischem Stil gehaltenen Debatten, in denen der Altliberale Georg von Vincke die Führung der Konservativen hatte, Bennigsen zwar auf der Rednerliste stand, jedoch nicht zu Worte kam, soll hier nicht eingegangen werden. Bei der ersten Abstimmung siegte die Regierung nur mit wenigen Stimmen, Nationalliberale und Freikonservative gegen Konservative und Fortschrittler. In der letzten Abstimmung am 7. Februar 1868 wurde das Gesetz mit 200 gegen 168 Stimmen angenommen. Doch war der Sieg nicht vollständig. Die Motive des § 1 wurden in der schließlichen Fassung des Gesetzes gestrichen. Die prinzipielle Festlegung auf ein System provinzieller Dezentralisation war nicht durchgesetzt worden. Bennigsen hatte vorläufig nur das nächste Ziel für seine Heimatprovinz erreicht: die finanzielle Sicherung für einen ausgedehnten Kreis provinzieller Selbstverwaltung, in der er fortan ein gutes Stück seiner Lebensarbeit der hannoverschen Heimat widmen konnte. Der Bruch Bismarcks mit den Konservativen war noch nicht endgültig, aber die Entfremdung ging, wie er in seinen Memoiren erzählt, latent weiter. Denn die Nationalliberalen übernahmen jetzt in der wirtschaftlichen Gesetzgebung die Führung, um die Schranken des Polizeistaats und überlebter Wirtschaftsformen niederzulegen.

Briefe Bennigsens an seine Frau aus dem ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867.

Berlin, Wilhelmstraße 84, 14. September 1867.

Wir werden uns wohl früher wiedersehen, als wir glaubten. Ich muß am nächsten Donnerstag, spätestens Freitag, bereits in Hannover zur Provinziallandschaft kommen und werde voraussichtlich etwa eine Woche in Hannover bleiben. Ich werde Dir in einigen Tagen noch

bestimmtere Nachricht geben, ob und wann ich nach Bennigsen fahren kann, oder ob ich Dich bitten muß, einen Tag nach Hannover zu kommen, wo wir die Verhandlungen der Provinziallandschaft auf das äußerste beschleunigen müssen. Die Konstituierung des Reichstags, Wahl des Präsidenten u. s. w. erfolgt erst am Dienstag.

Der König in Hietzing will sich auf nichts einlassen. Es ist daher die Absicht der preußischen Regierung, nun vor dem 1. Oktober, bis wohin König Wilhelm die Vermögensdispositionen ohne den preußischen Landtag treffen kann, mit dieser unseligen Sache ein Ende zu machen, der Familie ein bestimmtes Vermögen an Kapital, Schlössern u. s. w. auszusetzen und einige Personen zu deren Verwaltung zu ernennen. Man hofft hier, daß der Herzog von Cambridge — wenigstens durch Ernennung eines dieser Administratoren — ein solches Arrangement im Interesse des Welfenhauses befördern wird. Durch den Eigensinn des Königs Georg entgeht dem Kronprinzen Ernst August nun auch noch das Herzogtum Braunschweig, welches ihm die preußische Regierung unter Zustimmung des Herzogs vertragsmäßig zuwenden wollte. Ohne einen solchen Vertrag werden die Preußen sich demnächst wohl unter Zustimmung der Braunschweiger in den Besitz des Herzogtums setzen, wenn der Herzog gestorben ist oder abdankt.

Der neue Oberpräsident[1]) tritt morgen sein Amt in Hannover an. Ich habe hier verschiedentlich mit ihm verkehrt. Persönlich macht er einen sehr guten Eindruck. Ob er aber bei so großer Jugend mit seinen Geschäften ins reine kommen wird, mag Gott wissen. Minister Eulenburg hatte gestern Münster, Miquel und mich mit Graf Stolberg, Bismarck und einigen Herren zu einem kleinen Diner, wo beiläufig allerlei Hannoverana verhandelt sind. Auch hatte er am Tage vorher mit uns drei Hannoveranern über die Berufung der Provinziallandschaft und die derselben vorzulegenden Gegenstände konferiert. Es wird hier alles mögliche Gute für Hannover in Aussicht gestellt; die Verordnung wegen Aufrechterhaltung der Aemter wird in den nächsten Tagen publiziert werden. Möglich ist, daß auch sämtliche sechs Landdrosteien als kleine Regierungen bestehen bleiben und die Domänen und Forsten durch eine provinziale Behörde in Hannover durch den Forstdirektor Burkhardt verwaltet werden.

Berlin, 11. Oktober 1867.

Unsre Reichstagsverhandlungen werden so eilig betrieben, daß wir wohl am 25. oder 26. fertig sein werden. Ganz lange kann ich dann

[1]) Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode war durch Königliche Kabinettsordre vom 14. September zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt worden.

allerdings nicht zu Hause sein, weil Mitte November etwa der preußische Landtag zusammentreten wird. Für diesen werde ich in Otterndorf-Neuhaus gewählt werden, einem Teil des größeren Bezirks, welcher mich zum Reichstag gesendet hat. Im ganzen sind die Verhandlungen ziemlich langweilig, nur gestern kam viel Interessantes vor. Diese Sitzung könntest Du wohl nachlesen, mit den übrigen stenographischen Berichten solltest Du Dich nicht plagen. Herr von Schweitzer, der Vertreter der Arbeiterpartei, hat sich in dieser Sitzung rein tot gemacht durch blödsinniges und ordinäres Reden. Das merkwürdigste war aber eine Erklärung Bismarcks von beispielloser Grobheit gegen seinen Kollegen Lippe vornehmlich, daneben aber gegen die gesamte preußische Regierungsmaschine. Bismarck tritt immer offener mit seinen Tendenzen auf, mit Hilfe der Reichsverfassung die preußische Bureaukratie lahmzulegen.[1])

Die hannoverschen Verwaltungseinrichtungen werden erst nach Neujahr fertig werden. Für die vielen Beamten und deren Familien ist die Unsicherheit, wohin sie versetzt werden, allerdings unbehaglich. Für eine zweckmäßige Einrichtung unsrer Behörden ist die Verzögerung aber nützlich. Den großen Provinzialfonds — zirka 19 Millionen — soll Hannover erhalten. Der Finanzminister hat das sowohl dem Grafen Münster wie mir ganz bestimmt zugesichert; und wenn es der Regierung damit Ernst ist, kann auch die Annahme eines solchen Vorschlags im Landtag nicht zweifelhaft sein. Zur Versöhnung der Provinz würde das außerordentlich viel beitragen. Unsre Partikularisten machen sich die Sache hier sehr bequem. Münchhausen und Hammerstein sind schon lange fort, Amtmann Jordan geht heute weg, so daß nur Graf Grote hierbleibt, der übrigens ziemlich verständig zu sein scheint . . . Leider fehlt uns hier Miquel, welcher ernstlich erkrankt in Osnabrück liegt, wohin er mit seiner Frau von Hannover aus auf zwei Tage hatte reisen wollen. Die Hetzerei in Hannover war übrigens auch für seine Konstitution zu arg gewesen. Mir war hier am ersten Tage nach meiner Ankunft auch ganz cholerisch und fieberig zu Sinn. Einige Opiumtropfen und sechzehn Stunden im Bett, was mir beides ein medizinischer Freund aus dem Nationalvereinsausschuß verordnet hatte, haben mich aber so vollständig wiederhergestellt, daß ich mich die Zeit seither vortrefflich befunden habe . . .

---

[1]) In der Sitzung vom 10. Oktober 1867 wurde der Antrag Lasker betreffend die vertragsmäßigen Zinsen verhandelt. Die dem Antrag zustimmende Erklärung Bismarcks schloß mit den Worten: . . . „eine hervorragende Ungerechtigkeit, deren sich die Bundesgesetzgebung gar nicht in dem Maße wird schuldig machen wollen, wie diese Schuld die Landesgesetzgebungen bisher traf.“

Briefe Bennigsens an seine Frau aus dem preußischen Landtag 1867/68.

Berlin, 2. Dezember 1867.

... Unsre offiziellen Geschäfte kommen langsam in Gang, da die Vorlagen wegen des Staatshaushaltes, der hauptsächlichste Gegenstand der diesmaligen Verhandlungen, auch heute noch nicht vollständig in unsern Händen sind. Daß wir noch im Dezember fertig werden, ist daher ganz unmöglich. Wir werden Weihnachten etwa zehn Tage Pause machen und dann noch den größten Teil des Januar hier sein müssen. Den Februar kann ich zu Hause zubringen, vor Ostern wird das Zollparlament tagen und nach Ostern sechs bis acht Wochen der Reichstag sich versammeln ... Zu tun haben wir mit Beratungen aller Art hier reichlich. So viel Zeit ist mir freilich geblieben, daß ich zweimal in der Oper war und die Lucca u. s. w. in „Figaros Hochzeit" und im „Don Juan" hörte, auch diverse Diners mitmachte, die so halb und halb mit zu dem politischen Geschäft gehören. Allerlei extraordinäre Tätigkeit kommt auch noch hinzu, wie in den letzten Tagen, wo durch eine heillose Geschichte zwischen Twesten und Bismarck in der Budgetkommission[1]) zwischen Regierung und Abgeordnetenhause wieder alles auf dem Spiele stand. Forckenbeck und mir ist es gelungen, diese Sache in Ordnung zu bringen. Wenn das Abgeordnetenhaus aber nicht bald die Genugtuung erhält, daß der Justizminister Lippe entlassen wird, so kann jeden Tag der Skandal von neuem losgehen. Zum erstenmal ist jetzt ernstliche Aussicht, daß Graf Lippe entlassen wird. Schon vor gut acht Tagen schickte Bismarck einen Verwandten zu mir und ließ mich bitten, zu ihm zu kommen, fragte mich dann um meine ganz aufrichtige Meinung über den früheren hannoverschen Justizminister Leonhardt, jetzigen Appellationsgerichtspräsidenten in Berlin. Er wollte einen aus den neuen Provinzen nehmen, wo=

---

[1]) Der Abgeordnete Twesten hatte in der Budgetkommission behauptet, das Verfahren der Regierung bezw. Bismarcks in der Verwendung eines Teils der Kriegskostenbewilligung zur Abfindung der depossedierten Fürsten von Hannover und Hessen enthalte einen Vertrauensbruch. Bismarck verlangte dagegen Schutz, widrigenfalls er nicht weiter verhandeln könne. Er erklärte Forckenbeck: wenn der Ausdruck nicht zurückgenommen oder formell von der Kommission oder dem Hause gemißbilligt werde, so werde er den König bitten, Bennigsen und Forckenbeck zu sich zu bitten, um die neue Regierung zu bilden ... N u r d i e n a t i o n a l l i b e r a l e P a r t e i, e i n i g m i t d e n K o n s e r v a t i v e n, k ö n n e r e g i e r e n. Bennigsen setzte mit seinem gewohnten Geschick einen Beschluß der Budgetkommission durch, daß sie sich durch die Wahl Twestens den Ausdruck „Vertrauensbruch" nicht angeeignet habe. Vgl. die ausführliche Erzählung in dem Briefe Forckenbecks vom 1. Dezember 1868, „Deutsche Revue" XXIII, S. 143 ff.

möglich einen Hannoveraner. Ich habe ihm Vorteilhaftes und Nachteiliges über Herrn Leonhardt mitgeteilt, ganz offen. Nach allem sagte er mir, der Mann — den er beiläufig noch gar nicht gesehen — passe ihm danach ganz gut, und er wolle Ernst damit machen, daß er Nachfolger von Lippe werde. Im Laufe der Unterredung hatte ich ihm gesagt, warum er dem König nicht Simson oder noch besser Forckenbeck vorschlagen wolle. Simson gegenüber hat Bismarck, obwohl er jetzt sagt, daß er ihn sehr liebe, aber nicht vergessen, daß dieser ihn in der Konfliktszeit sehr angegriffen, u. a. im Abgeordnetenhause einmal einen Seiltänzer genannt hat. Forckenbeck, sagte er, würde er, Bismarck, gern zum Kollegen nehmen, aber der König werde ihn nicht akzeptieren. Forckenbeck und ich seien die Minister des Kronprinzen. Er, Bismarck, könne mit dem Kronprinzen nicht fertig werden. Da möchten wir sehen, wie wir auskämen. Mich würde übrigens, wenn Eulenburg abginge, der König zum Minister des Innern nehmen; und dieser Sachen mehr, von denen man stets nur einen Teil zu glauben hat. Gegen Forckenbeck, der mit ihm die letzten Tage eine Verhandlung allein und zwei mit mir stundenlang in der Twestenschen Angelegenheit hatte, hat er auch erklärt, wenn Twestens Beleidigungen gegen ihn nicht in angemessener Weise ausgeglichen würden, so bliebe er keinen Tag länger Minister; er könne es ohnehin mit seiner Gesundheit nicht mehr durchführen und sei Twesten sehr dankbar, daß er ihn mit solchen Injurien nötige, aus dem Amte zu scheiden. Würde die ganze Geschichte nicht schleunigst in Ordnung gebracht, so würde er seine Stelle positiv niederlegen und dem König den Ratschlag erteilen, mir und Forckenbeck die Bildung des Ministeriums zu übertragen. Wir seien die herrschende Partei im Landtage und Reichstage, und gegen entschiedene Opposition und beleidigende Angriffe unsrerseits könne er die Regierung nicht weiterführen. Forckenbeck erst allein und nachher wir beide haben ihm übrigens geradezu erklärt, daß er im Auswärtigen Amt zurzeit nicht zu ersetzen sei. Weil dies auch unsre ernsthafte Meinung ist und wir gar nicht daran denken, uns in eine unhaltbare Position hineinzubegeben, haben wir uns auch die äußerste Mühe gegeben, diesen neuen Konflikt totzumachen. Zur Kompensation haben wir nun aber entschieden verlangt, daß mit dem widerwärtigen Grafen Lippe ein Ende gemacht werde. Gestern mittag, als die Differenz zwischen Bismarck und Twesten definitiv beigelegt war — und Bismarck beiläufig über die ganze Sache so affiziert gewesen, daß er uns sogar eingestand, er sei mit seinen Nerven ganz kaput, immer nahe am Weinkrampf —, hat er uns versprochen, noch gestern nachmittag dem Könige den Vorschlag zu machen, Leonhardt für Lippe zu ernennen,

mit der bestimmten Aussicht, daß in acht bis vierzehn Tagen der Wechsel durchgesetzt sein solle, vielleicht noch weit rascher. Seine Urteile über seine Kollegen überhaupt und über die unerträgliche Lage, in der er sich befinde, waren dabei wieder von der unglaublichsten Art. Er ist überhaupt so aufgeregt und leidenschaftlich, daß er es so nicht mehr lange treiben kann. Roon ist körperlich ruiniert, die andern Minister verachtet Bismarck. Der König und er haben eher Haß wie Freundschaft gegeneinander, mit dem Nachfolger hat Bismarck ein ganz kaltes Verhältnis. So geht es ohne Schaden kein halbes Jahr mehr.

Neulich mittag aß ich bei Patows, welche sich den Eltern bestens empfehlen lassen. Patow will alle Mittwochabende offenes Haus haben für Abgeordnete verschiedener Parteien. Er selbst möchte anscheinend gern wieder ins Ministerium eintreten. Eine sehr interessante Bekanntschaft machte ich auf dem Diner beim Abgeordneten von Bunsen (Sohn des bekannten Diplomaten, Theologen und Freundes des vorigen Königs) an dem amerikanischen Historiker und Gesandten Bancroft, die ich weiter zu kultivieren gedenke,[1]) soweit die Zeit hier gestattet. Eine ungewöhnlich liebenswürdige und interessante Nachbarin hatte ich ohnlängst auf einem offiziellen Diner bei Bismarck in der Gräfin Eberhard Stolberg, geborene Prinzeß Reuß. Sie hat vor kurzem ihre fünfundzwanzigjährige Hochzeit gefeiert, aber keine Kinder gehabt, und sich so ausgezeichnet konserviert, daß sowohl Graf Bismarck als ich nicht allein der sehr angenehmen Unterhaltung der Dame, unsrer Tischnachbarin, als auch ihren vorzüglich konservierten Schultern und Büste unsre volle Aufmerksamkeit zuwendeten. Graf Stolberg, Präsident des Herrenhauses, wohnt Trautenau gegenüber in Schlesien an der österreichischen Grenze. Steinmetz hat vierzehn Tage bei ihm im Quartier gelegen, als der Krieg ausbrechen wollte. Sie erzählte von seiner wunderlichen Strenge und Energie hübsche Züge, so zum Beispiel, daß er dem Kronprinzen, als er zu einer bei ihrem Gute abgehaltenen Revue eine Stunde zu spät gekommen und sich bei dem kommandierenden General Steinmetz entschuldigt habe, kurz geantwortet: „Eine Stunde Verspätung ist ausreichend, um eine Schlacht zu verlieren."

Dieser Brief, liebes Herz, ist so lang, daß er offenbar für zwei gelten kann. Noch am Schluß die Nachricht, daß Miquel bislang nicht eintraf, weil er recht leidend ist. Der Tod der Gräfin Münster am Herzschlag ist für den armen Grafen, der schon so viel Schlimmes erlebt, sehr hart.

---

[1]) Von Bancrofts Hand findet sich in Bennigsens Papieren nur ein vereinzeltes Einladungsschreiben vom 24. März 1868 (zusammen mit Bluntschli).

Berlin, Mitte Dezember 1867.

Wegen meiner Rückkehr nach Bennigsen kann ich Dir jetzt bestimmte Antwort geben. Am 23. nachmittags wird nach dem verfassungsmäßigen Ablauf von einundzwanzig Tagen die zweite Abstimmung über den Laskerschen Antrag wegen der Redefreiheit stattfinden, nachdem wir Forckenbeck mit Mühe persuadiert haben, diese Frist von Stunde zu Stunde zu rechnen. Ich kann dann mit dem Eilzuge um acht Uhr abends abreisen und frühmorgens in Hannover sein. Finde ich da keinen Wagen, so werde ich am 24. um elf Uhr mit der Post nach dem Steinkruge fahren, also zeitig für die Weihnachtsfeier zu Hause sein. Hier ist eine Arbeitshetze, daß man es bald nicht mehr aushalten kann. Ins Theater bin ich schon seit drei Wochen nicht [gekommen], da vor zehn Uhr abends sehr selten die Beratungen der Kommissionen oder Fraktionen beendigt sind. An Diners ist auch kein Mangel, so daß ich froh sein werde, mich einmal in der schönen Weihnachtszeit vierzehn Tage bei Euch ausruhen zu können.

Leonhardts Ernennung hat hier außerordentliche Sensation gemacht und namentlich unter den verknöcherten altpreußischen höheren richterlichen Beamten sehr verstimmt. Wenn er sich hält, wird er allerdings in den preußischen Einrichtungen und Gesetzen sehr aufräumen. Dazu hat er vollständig das Zeug oder, wie Bismarck sagt: „Er hat den Vorzug, daß er kein Brett des Landrechts und Rheinischen Rechts vor dem Kopf hat.“ Merkwürdige Gefühle muß diese Ernennung beim König Georg hervorrufen, den Leonhardt, welcher von Politik gar keine Ahnung hat, durch Ausführungen über die Bedeutung und Kraft des Bundesrechts in seinem tollen Haß gegen Preußen noch bestärkt hat. Die Ernennung des hannoverschen Ministers von 1866 zum preußischen Minister nach kaum anderthalb Jahren und der Abfindungsvertrag zwischen König Wilhelm und König Georg, welcher Anfang nächster Woche mit sehr großer Mehrheit im Hause angenommen werden wird,[1] wozu ich, beiläufig gesagt, glaube sehr beigetragen zu haben — werden in der Annexionsgeschichte Hannovers einen sehr wichtigen Fortschritt bezeichnen.

Berlin, 17. Januar 1868.

Ich schreibe Dir, mein liebstes Frauchen, aus einer Abendsitzung, welche wir heute — übrigens zum erstenmal — nach einer beständigen Vormittagssitzung abhalten. Mit unsern Geschäften geht es leider sehr langsam. Die Redewut und Kleinigkeitskrämerei ist zu groß. Auch die Hannoveraner sprechen zuviel, namentlich Grumbrecht und Windthorst,

[1] Zur Verhandlung im Plenum kam es erst am 1. Februar 1868.

und haben bereits sehr bedenkliche Antipathien gegen sich in der Versammlung und in weiteren Kreisen durch den Anschein, als ob die hannoverschen Deputierten alles und jedes in der Provinz Hannover verteidigen und erhalten wissen wollten, hervorgerufen. Die Ernennung Leonhardts hat nicht bloß die Konservativen, sondern auch viele altpreußische Juristen gereizt und eifersüchtig gemacht. Einen wahren Schrecken hat aber in den konservativen Kreisen das hier weitverbreitete Gerücht hervorgerufen, daß ich in nächster Zeit Nachfolger von Graf Eulenburg werden solle.[1]) An dieser Sache ist nichts Wahres. Graf Bismarck hat wenigstens mit mir darüber gar nicht verhandelt und habe ich ihn seit Weihnachten nicht einmal gesehen. Möglich ist es, daß er vor einigen Wochen gegen dritte Personen einen solchen Gedanken einmal hat fallen lassen. Das ist von den Führern der streng konservativen Partei, wie es scheint, aufgegriffen, um ihren Anhang gegen Bismarck und dessen gefährliche Tendenzen und Verbindung mit liberalen Politikern aufzureizen. Heute erzählte mir übrigens der „biedere" Windthorst, dem dasselbe Gerücht bereits von Minister Hammerstein aus Montreux geschrieben war — wie ich Dir zu Deinem Trost mitteilen will —, daß Graf Bismarck vorerst das Projekt aufgegeben habe, weil ich „zu selbständig" sei; das sei eine zuverlässige Nachricht.

Mir geht es übrigens gut, obgleich wir hier, außer den täglichen Sitzungen, noch nicht einmal einen Abend frei gehabt haben, um in die Oper oder in ein Konzert zu gehen, welche hier so sehr vorzüglich sind. Von Ende nächster Woche an wird es aber etwas besser gehen. Daß wir bis in die zweite Hälfte Februars hierbleiben müssen, ist jetzt gar nicht mehr zu bezweifeln. Von Krieg und Frieden weiß ich nichts Bestimmtes. Die Bayern scheinen jetzt etwas mehr an Rüstungen tun zu wollen. Ich saß vor einigen Tagen auf einem Diner beim König neben dem eben angekommenen bayrischen Militärbevollmächtigten, Major von Freiberg (Generalstabsoffizier des Generals von der Tann im 1866er Feldzuge), einem höchst verständigen Offizier und Politiker. Unter andern mir sehr interessanten Sachen erzählte derselbe auch, daß in dem bayrischen Offizierskorps gar keine Erbitterung gegen Preußen herrsche, man vielmehr froh darüber sei, sich an ein größeres Militärwesen und dessen vortreffliche Einrichtungen anschließen zu können. Nach dem Essen erzählte die Königin — was Euch vielleicht interessiert —, von

[1]) Auch Forckenbeck (a. a. O. S. 146) schreibt am 16. Januar über das Gerücht, Bennigsen solle Minister des Innern werden: „Bennigsen behauptet zwar, daß mit ihm gar nicht über die Sache gesprochen sei. Er fragt mich aber unter vier Augen: ob ich bereit sei, wenn sich das im Laufe des Jahres macht, mit ihm in das Ministerium zu treten. Ich habe keine Lust dazu."

Frankfurt a. M. seien für den hiesigen Unterstützungsverein für die Not in Ostpreußen (welcher unter ihrer Protektion steht), mehrere tausend Taler geschickt, worüber sie sich eigentlich geschämt habe, indem sie daran denke, wie schlecht die arme Stadt von Preußen behandelt sei.[1])

An demselben Tische mir gegenüber schreibt Miquel, welcher seit vier Tagen wieder hier ist und sich ganz gut befindet, auch gerade an seine — allerdings etwas jüngere Frau. Er läßt sich Dir bestens empfehlen. Ich frage ihn eben, ob dies der erste Brief an seine Frau seit seiner Herkunft sei. Er erwidert: „Bewahre, ich schreibe meiner Frau täglich und erhalte täglich von ihr einen Brief!!" Da habe ich mich allerdings zu schämen und hoffe mich noch bessern zu können.

Berlin, 2. Februar 1868.

... Du fragst, wann ich zurückkehre; das ist noch sehr ungewiß, vermutlich in der letzten Woche dieses Monats, aber leider nur auf zwei bis drei Wochen, da die Absicht, das Zollparlament im März zu berufen, noch besteht. Zu tun ist hier noch immer genug. Neuerdings hat Herr von Patow mir auch noch den Vorsitz in der Finanzkommission abtreten müssen, da seine Zeit durch die Leitung des Zentralkomitees für die Not in Ostpreußen ganz in Anspruch genommen ist. Gestern ist die Abfindung für die depossedierten Fürsten von Hannover und Nassau mit großer Mehrheit angenommen. Einen guten Gebrauch wird König Georg von den großen Summen schwerlich machen. Das Kapital wird er aber niemals in die Hände bekommen, und, wie Graf Bismarck öffentlich nicht aussprechen konnte beim von Sybelschen Antrage, mir aber in der Sitzung privatim sagte, auch demnächst die Zinsen nicht ausbezahlt erhalten, wenn er Unternehmungen gegen Preußen hervorruft oder begünstigt.[2])

Der hannoversche Provinzialfonds kommt übermorgen zur Verhandlung. Das Kapital wird abgelehnt werden. Dagegen ist jetzt insoweit die Stimmung günstiger, daß wahrscheinlich eine gesetzlich festgestellte jährliche Rente von 500000 Reichstalern, über welche also nicht

---

[1]) Bennigsens Freund E. Passavant, der von der Stadt Frankfurt zum Vertrauensmann zur finanziellen Auseinandersetzung mit dem preußischen Ministerium gewählt war, bat ihn am 19. Oktober 1867, ihm bei dieser Mission behilflich zu sein und die falschen Gerüchte über seine Person und politische Haltung zu zerstreuen: „Ich war im vorigen Jahre gegen Preußen, weil mich meine Rechtsanschauung auf die andre Seite führte, ich bin jetzt ganz entschieden dafür, weil ich vor der Geschichte nicht die Augen schließe."

[2]) Vgl. Der Welfenfonds. Aktenmäßige Darstellung der Entwicklung der Vermögensfrage, des Abschlusses des Vermögensvertrages und der Beschlagnahme des Vermögensobjektes. Hannover 1891. (Von welfischem Standpunkte.)

jedes Jahr erst von neuem zu beschließen ist, mit einer geringen Mehrheit angenommen werden wird. Die konservative Partei ist noch immer sehr gegen die Sache, überhaupt gegen die Provinz Hannover, deren Abgeordnete fast sämtlich liberal sind. Graf Bismarck, den ich vor acht Tagen noch einmal wegen der sehr gefährdeten Angelegenheit aufsuchte, hat mir aber die bestimmteste Unterstützung in der öffentlichen Sitzung und auch vorher zugesichert. Bislang hat er Wort gehalten, die widerspenstigen Reaktionäre mündlich und brieflich verarbeitet, in den letzten Tagen sogar direkt damit bedroht, daß er ganz nach links rücken werde, wenn die konservative Partei die Regierung in dieser Sache im Stiche lasse.[1]) Ich will wünschen, daß es hilft. Die Erbitterung, welche nach allen unsern Nachrichten in der Provinz Hannover ohnehin schon wieder sehr groß ist, würde durch Ablehnung dieser Vorlage außerordentlich gesteigert, weshalb die hannoverschen Partikularisten sich auch bereits entschiedene Hoffnungen auf eine Ablehnung machen.

Berlin, [Mitte] Februar 1868.

... Da Du es wünschtest, kann ich Dir schreiben, daß es mir hier trotz aller Aufregung und Anstrengungen sehr gut geht. Gegen Ende des Monats hoffe ich sicher zurück zu sein. Mitte März, spätestens gegen den 20., wird aber das Zollparlament sich schon versammeln, wie Graf Bismarck noch auf dem neulichen Hofballe bestätigte. Dieser Hofball, unmittelbar nach der Abstimmung über den Provinzialfonds, war so erregt wie gewiß noch niemals ein solches Hoffest. Der König war geradezu wütend vor Heftigkeit und hat die Herren von Diest, von Bodelschwingh, G. von Vincke namentlich sehr hart angefahren mit Worten und Gesten. Graf Bismarck ist noch nicht abgereist und wird jedenfalls nicht lange wegbleiben. Was aus dieser Krisis hervorgehen wird, ist nicht mit Sicherheit vorherzusehen. Graf Bismarck wird sich aber schwerlich mit der jetzigen konservativen Partei wieder vollständig aussöhnen. Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen ihm und mehreren der Herren war von einer zu leidenschaftlichen Gereiztheit. Der König hat aber auf Bismarcks bloße Drohung, sich ganz von den Geschäften zurückzuziehen, dessen Unentbehrlichkeit schon sehr lebhaft empfunden: „Mein Minister will mich verlassen, dann bleibe ich auch

---

[1]) Ueber den aus Anlaß des hannoverschen Provinzialfonds entstehenden Bruch zwischen Bismarck und den Konservativen vgl. Roon, Denkwürdigkeiten III, S. 61—74, und von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, S. 58—63. Daselbst auch die Briefe Bismarcks an die Abgeordneten Landrat von Waldow-Steinhöfel und von der Marwitz und Nachrichten über seine mündlichen Besprechungen mit G. von Vincke und von Diest-Daber.

nicht." Im Herrenhause ist gegen den Provinzialfonds eine sehr starke Abneigung und sein Schicksal auch heute noch nicht vollständig gesichert. Es sind aber im Herrenhause doch sehr viele Leute, die einen Bruch mit dem Hofe scheuen, so daß ich, nachdem der König sich so stark für die Sache ausgesprochen hat, hoffe, die Sache geht gut. Für unsre Provinz wäre das Durchfallen des Plans, politisch wie finanziell, auch von höchstem Nachteil.

Gestern gratulierten die drei Präsidenten dem Kronprinzen wegen seines dritten Prinzen. Er erzählte uns, der Junge sei sehr stark und die Geburt vierzehn Tage verspätet, daher sehr schwer gewesen. Die Kronprinzessin habe eine so glückliche Konstitution, daß sie schon wieder starken Appetit habe und Scherze mache. Herr von Forckenbeck hat seit einigen Tagen seine Frau bei sich, eine sehr lebhafte und angenehme Dame. Vorgestern aßen wir mit einigen andern Freunden zusammen. Dabei zeigte sich, daß diese gescheite Dame mehr nach links neigt als Forckenbeck und ich. Bei uns beiden ist das nun umgekehrt, wie ich meiner munteren Nachbarin auch mitteilte. — Nach unsern sechsstündigen, fast täglichen Sitzungen esse ich schon seit Neujahr fast regelmäßig mit Forckenbeck, Lasker und ein, zwei andern zusammen, bald in diesem, bald in jenem Restaurant, wo wir uns sehr gut unterhalten. Ohne Forckenbecks und Laskers Einfluß hätten niemals fünfundsiebzig Nationalliberale für die hannoverschen Fonds gestimmt.[1])

Berlin, 21. Februar 1868.

... Hier geht es jetzt rasch dem Schluß der Session zu. Mit Arbeiten, Diners und Gesellschaften ist aber auch alle Welt mürbe gemacht, so daß man sich dringend nach Ruhe sehnt. Jedenfalls war dies eine der unerfreulichsten Landtagssessionen, welche ich jemals mitgemacht habe, voll der widerwärtigsten persönlichen Differenzen. Für

[1]) Bennigsen hat diese Mithilfe, die altpreußische und neupreußische Nationalliberale miteinander verschmolz, nicht vergessen. Im November 1868 beantwortete er auf einem Fraktionsdiner einen Toast des Abgeordneten von Hennig. Er gestand den verschiedensten Ansichten über das im Provinziallandtage für Hannover Erreichte volle Berechtigung zu und leitete sie aus der Verschiedenheit der historischen Entwicklung der Zustände hüben und drüben her; er gab auch zu, daß die neuen Schöpfungen keineswegs mustergültig seien, daß man vielmehr fortwährend nach deren Besserung streben müsse. Doch müsse auch andrerseits zugegeben werden, daß das Beschlossene das zunächst allein Mögliche und zugleich nicht nur gegen früher ein Fortschritt, sondern auch zur besseren und rascheren Einfügung der Provinz in den neuen Staat diensam gewesen sei. Dann aber sprach er in seinem und seiner Freunde Namen die Zusicherung aus, daß sie es in dem bevorstehenden Kampfe niemals an sich fehlen lassen und immer die Einigkeit mit den altpreußischen Freunden hochhalten würden.

unsre hannoverschen Interessen ist freilich am Ende noch alles nach Wunsch ausgefallen, die Treiberei, bis daß es dahin glücklich gekommen, war lange, verlange ich aber nicht zum zweitenmal zu haben. Miquel war durch Aufregung und Aerger so heruntergekommen, daß er unmittelbar nach der Abstimmung im Abgeordnetenhause über den Provinzialfonds abgereist ist und jetzt in Osnabrück so elend, daß er seine Geschäfte als Bürgermeister noch nicht wieder hat übernehmen können. Der Schluß der Session wird wahrscheinlich heute über acht Tage erfolgen, so daß ich noch im Laufe der nächsten Woche zu Hause sein kann.

Die Wirtschaft in Hietzing macht hier bedenkliches Aufsehen. Die Regierung ist, wie ich höre, bereits entschlossen, dem König Georg keinen Groschen auszuzahlen, bis daß er seine Agitation aufgibt. Er hat aber die nach London mitgenommenen Kassenvorräte im Betrage von 2½ Millionen zurückbehalten und kann daher seine Agitationen, durch die er noch eine Menge Menschen unglücklich machen wird, immerhin noch eine gute Weile fortsetzen.

Gestern hatten wir ein großes gemeinsames Parteiessen, nachdem die drohende Spaltung innerhalb der nationalliberalen Partei durch Grumbrechts freiwilligen Austritt glücklich beseitigt war.

Berlin, 11. Juni 1868.

Es läßt sich jetzt mit Bestimmtheit annehmen, daß wir Ende nächster Woche durch den König geschlossen werden. Wahrscheinlich wird dann der König Sonntag den 21. auf zwei Tage nach Hannover gehen zur Truppeninspektion (!) und dann über Göttingen nach dem Süden. Ganz fest steht der Plan aber noch nicht. Die Dinge gehen hier sehr schlecht. Bismarck ist so *krank*, daß es zweifelhaft ist, ob er in diesem Jahre überhaupt ernsthaft die Geschäfte wieder übernehmen kann. Wer ihn vertreten soll, namentlich wenn seine Krankheit länger dauert oder er ganz zurücktritt, ist eine Frage, auf die niemand eine Antwort weiß. Für die inneren preußischen Reformen ist absolut gar nichts geschehen, die Trägheit und Unfähigkeit im Ministerium des Innern ist so groß, daß sie wegen Mangel an genügender Vorbereitung den hannoverschen Provinziallandtag vermutlich nicht mehr in diesem Monat, sondern erst im Herbst abhalten werden, womit für die Ausführung des Gesetzes über den Provinzialfonds ein ganzes Jahr verloren ist. Alle Welt ist hier verstimmt und widerwillig und segnet den Tag, wo man nach Hause reisen kann.

(Mitte Juni 1868.)

... Die Absicht, am Sonnabend zu schließen, besteht fort, da es kaum möglich ist, für die nächste Woche eine beschlußfähige Anzahl

Mitglieder (149) bei der Hitze und Ermüdung noch hier zu halten. Wir werden daher mehrere Abendsitzungen in dieser Woche extra haben. Es konkurriert das einigermaßen mit den Beratungen, welche morgen abend und an den folgenden Tagen im Ministerium des Innern mit den hier im Reichstage anwesenden fünf Mitgliedern der hannoverschen Provinziallandschaft über die Verwaltung des Provinzialfonds stattfinden werden. Bismarck reist heute oder morgen auf mehrere Monate nach Pommern auf seine Güter. Er ist so krank, daß er die Reise nicht in einem Tage machen darf.

Berlin, 10. November 1868.

Die Audienz um ein Uhr verlief sehr gut, insofern als der König sich sehr friedlich längere Zeit mit uns unterhielt. Es war, beiläufig bemerkt, überhaupt das erstemal, daß der König die Präsidenten des Abgeordnetenhauses empfangen hat. Zu heute mittag bin ich zum Diner im Königlichen Palais eingeladen, wobei ich die Entdeckung machte, daß Du, ohngeachtet sehr sorgsamen Einpackens meiner Sachen, den famösen Claquehut vergessen hast. Heute muß ich mir also einen solchen Hut mieten, was ziemlich teuer ist. Ich bitte Dich daher, mir schleunigst den Hut zu schicken.

In Hannover haben der Verwaltungsausschuß und das Landesdirektorium noch keine förmliche Sitzung halten können, da meine Bestätigung noch nicht erfolgt ist, auch die Königliche Verordnung über die Provinzialverwaltung noch nicht in der Gesetzsammlung erschienen ist. Beides wird übrigens für die nächsten Tage erwartet. Mit Graf Münster und Dr. König habe ich noch am Sonntag verabredet, daß wir am Anfang, 1. Dezember, in Hannover zusammentreten wollen, das Landesdirektorium dann beeidigt wird und in öffentliche Tätigkeit als Behörde tritt, der Ausschuß sich gleichzeitig versammelt, Anstellungen der Bureaubeamten vornimmt und die erforderlichen Beschlüsse wegen der Geschäftsordnung u. s. w. faßt. Dr. König richtet sich so ein, daß er von Anfang Dezember bis Weihnachten meistens in Hannover sein kann. Ich selbst werde Anfang Dezember etwa vier Tage in Hannover sein, im Lauf des Dezember auf zwei Tage noch einmal von Berlin herüberkommen und Weihnachten mein Amt als Vizepräsident niederlegen, um nach Weihnachten und im Januar in Hannover regelmäßig bleiben zu können.

Der zweite hannoversche Provinziallandtag, der im Oktober 1868 zusammentrat, beschloß über die Einrichtung der provinzialständischen Verwaltung, die infolge der Ueberweisung der Dotation ermöglicht worden

war. Man stellte an die Spitze der Provinzialverwaltung nicht einen einzelnen Beamten, wie die Regierung geplant hatte, sondern eine kollegiale Behörde, das Landesdirektorium, bestehend aus dem Landesdirektor und zwei Landesräten (später Schatzräten).

Am 5. November 1868 wurde Bennigsen von dem hannoverschen Provinziallandtage mit 53 gegen 12 welfische Stimmen, welche auf Geheimrat von Schlepegrell fielen, zum Landesdirektor gewählt. Auf die Frage, ob er die Wahl annehme, antwortete er: „Erfüllt von dem Gefühle der Dankbarkeit über die Auszeichnung und das Vertrauen, welche mir der Provinziallandtag soeben erwiesen hat, nehme ich die auf mich gefallene Wahl an. Ob es mir gelingen wird, den Pflichten des wichtigen Amtes eines Landesdirektors in vollem Umfange zu genügen, wie diejenigen es verlangen können, die mich gewählt, das vermag nur die Zukunft zu erweisen. Aber die feierliche Versicherung kann ich erteilen, daß ich mit Hingebung aller meiner Kräfte mich bemühen werde, der Aufgabe gerecht zu werden, im vollen Gefühle der Verantwortlichkeit, die jeden Mann treffen muß, der berufen ist, in hervorragender Weise mitzuwirken bei dem Versuche, eine freie kommunale Selbstverwaltung einzuführen und die Tätigkeit und die Aufgaben des Staates und der Provinz auf einer sicherern Grundlage festzustellen, als das bisher möglich gewesen ist."

So trat Bennigsen sein neues Amt an, das von ihm selber mitgeschaffen worden war und ihn für ganze zwanzig Jahre mit dem Wohl und Wehe seiner engeren Heimat fest verbinden sollte: indem er auch in diesen provinziellen Angelegenheiten aus der Oppositionsstellung des Jahrzehnts von 1857 bis 1866 heraustrat zu schöpferischer positiver Arbeit, mußte er ebenso wie in den deutschen Angelegenheiten das befriedigende Gefühl eines festeren Bodens unter sich empfinden. Die politische Jugend des Begehrens wurde abgelöst durch das politische Mannesalter des Handelns. Auch sein äußeres Leben veränderte sich durch seinen Eintritt in die Selbstverwaltung der Provinz Hannover. Er verpachtete sein Gut Bennigsen, behielt sich nur einen Teil des „alten Hauses" vor und siedelte am 31. März 1869 mit seiner Familie nach Hannover über; hier nahm er zunächst, bis das in Bau genommene Landesdirektorialgebäude fertig war, seine Wohnung in dem ehemaligen hannoverschen Ständehause, in dem er so manchen Strauß mit der Regierung durchgefochten hatte. In demselben Augenblicke löste, als wenn die alte Generation nunmehr der neuen gänzlich Platz zu machen hätte, das Schicksal noch weiter die Bande, die ihn an das Haus seiner Väter banden. Wenige Tage nach seiner Uebersiedlung, am 7. April 1869, starb in dem „neuen Hause" auf Bennigsen sein Vater im Alter von

79½ Jahren; häufig in den letzten Jahren kränkelnd und seit dem Umschwung von 1866 vereinsamt, war er doch geistig frisch geblieben und hatte bis zuletzt an der Familiengeschichte gearbeitet. Die Mutter, die ihn bis 1886 überlebte, blieb mit einer Tochter auf dem Gute Bennigsen zurück.

Bennigsen an seine Frau.

Bennigsen, 7. April 1869.

Die Krankheit unsers lieben Vaters hat ein sehr rasches Ende gefunden. Schon diese Nacht war er sehr elend gewesen, so daß Mutter sehr besorgt war und kaum noch Hoffnung hatte. Da Vater aber volle Besinnung während des Tages besaß und wiederholt noch Speisen zu sich nahm, so hielten Minna und ich die Krankheit noch nicht für so schlimm. Am Nachmittag, etwa 4½ Uhr, mußte ich mit Herrn Barckhausen und andern Herren ins Feld gehen; als ich von da um 6½ Uhr zurückkehrte, lag Vater schon seit einer Viertelstunde regungslos. Mutter und Minna hatten zwar anfangs geglaubt, noch Atemzüge zu vernehmen, alle Versuche mit Aether und andern Mitteln blieben aber ohne Erfolg, und als nach einer halben Stunde der Dr. Juch wiederkehrte, welcher eine Stunde vorher dagewesen war und nur noch geringe Hoffnung gegeben hatte, erklärte er, Vater sei an einer Lähmung der Lungen gestorben, wie er auch seit dem Beginn der Krankheit gefürchtet habe. Schon seit der Nacht war der Körper nicht mehr kräftig genug gewesen, die Ansammlungen von Schleim auf der Lunge gehörig zu beseitigen; eigentliche Schmerzen hatte Vater weniger gehabt, aber doch starken Druck und Beängstigungen durch die nicht loszuwerdenden Schleimmassen empfunden, welche gegen das Ende so zugenommen haben, daß sein Tod ihm doch noch sehr erschwert ist. Mit Mutter habe ich verabredet, daß die Beerdigung am Sonntag stattfindet.

Schrecklich ist es für mich, daß Vaters Tod gerade mitten in die Geschäfte der Gutsübergabe fällt, von denen ich mich morgen und übermorgen — wo sie beendet werden — nicht ganz zurückhalten kann, weil zu viele Einzelheiten einer mündlichen Besprechung und Verständigung unter meiner Anwesenheit bedürfen. Ein wunderbares Geschick ruft unsern lieben Vater gerade in dem Augenblick ab, wo wir Bennigsen verlassen, wo er auf seine alten Tage noch so glückliche Jahre mit seinen Kindern und Enkeln verlebt hat, gegen die er sein langes Leben hindurch so viel Liebe und Treue bewiesen hat. Es hat gewiß selten Menschen gegeben, die auf ein achtzigjähriges Leben zurückblicken



Frau Anna von Bennigsen, geb. von Reden,
mit ihrem jüngsten Sohne Hugo
1870



konnten, so reich an Pflichttreue, Uneigennützigkeit und echter Seelengüte, wie unser Vater.

Bennigsen an seine Schwester Luise.

Hannover, 15. April 1869.

Einige Tage konnte ich mir noch von Berlin Urlaub verschaffen und in Bennigsen zubringen, wo es Mutter und Minna doch tröstlich zu sein schien, daß ich nicht gleich nach der Beerdigung abzureisen brauchte. Mutter war allerdings noch recht niedergedrückt und angegriffen, aber doch schon gefaßter als die ersten Tage nach dem Tode Vaters, welcher uns allen so plötzlich gekommen war, nachdem Vater den Winter leidlich überstanden hatte und in der Zeit vor seiner letzten Krankheit, namentlich während Onkel Rudolfs Anwesenheit, so sehr wohl und heiter gewesen war. Bei dem hohen Alter Vaters und seinen vielen Leiden mußten wir wohl schon seit Jahren auf seinen Verlust gefaßt sein, aber so oft hatte er schweres Kranksein glücklich überwunden und so sehr hatte er seine geistige Kraft sich bis zum letzten Augenblick bewahrt, daß wenigstens Minna und ich auch dieses Mal noch nicht das Ende nahe geglaubt hatten. Einen gütigeren und liebevolleren Vater haben gewiß nicht viele Kinder zu beweinen. Aber am vereinsamtsten muß sich Mutter fühlen, die so manches Jahr den größten Teil ihrer Gedanken und Tätigkeit der Pflege und Sorge um Vater widmete. Zunächst bleibt sie gewiß in Bennigsen, vielleicht auch dauernd, da schon in einem Jahre Bennigsen in etwa 25 Minuten mit der Eisenbahn von hier ab zu erreichen sein wird. Recht frohe Stunden hat doch auch Vater in den letzten fünf Jahren in Bennigsen mit seinen Kindern und vielen Enkeln gehabt, und im letzten Jahre noch die große Freude über Lottchens so glückliche Verheiratung. Ist es nicht ein wunderbares Geschick, daß gerade in denselben Tagen, wo wir in unsre neue Heimat in Hannover einziehen, Vater plötzlich abgerufen wird?

Am Montag habe ich das gemeinsame Testament der Eltern eröffnen lassen.

Wie Bennigsen selbst in seinen Briefen erzählt, hatte er als Mitglied der Budgetkommission einen besonderen Anteil daran, daß dem König Georg von Hannover auf Grund des am 1. Februar 1868 vom Landtage angenommenen Vertrages eine Abfindungssumme von 16 Millionen Talern gezahlt werden sollte. Er sah allerdings voraus, daß die unsinnige Agitation der nächsten Umgebung des Königs, vor allem die Bildung der Welfenlegion, für Bismarck den Anlaß geben würde, nicht bloß die Zinszahlung einzustellen, sondern auch den Fonds selber ein-

zuziehen und seine Zinsen zur Bekämpfung der landesfeindlichen welfischen Umtriebe zu verwenden: schon am 2. März 1868 wurde die Ausführung des Vertrages infolge der Restaurationspläne des Königs suspendiert. Die welfischen Agitationen erscheinen heute nur wie ein Possenspiel, das dem tragischen Untergang des Königreiches folgte und nur den einzelnen, der sich daran beteiligte, ins Verderben zog; damals aber — in der gewaltigen europäischen Spannung — hätten sie sich zu einem Verbrechen an der deutschen Nation auswachsen können. In den Briefen Bennigsens an seine Frau begegnen wir in der nächsten Zeit nur vereinzelten Bemerkungen über diese Angelegenheit.

Berlin, 1. November 1869.

Graf Bremers beabsichtigte geheimnisvolle Mitteilung wird wohl damit zusammenhängen, daß die Konservativen in Hannover immer bedenklicher werden über den Wahnsinn, mit dem König Georg das welfische Familienvermögen verschleudert. Die Agnaten seines Hauses, der Herzog von Cambridge und von Braunschweig, sind so unvorsichtig gewesen, zu gestatten — oder doch nicht zu verhindern —, daß im August dieses Jahres 4 Millionen Taler, welche früher in der Englischen Bank zu London aufbewahrt wurden, ihm nach Hietzing übersendet sind. Mit diesem Gelde hat die Bande, welche ihn umgibt, Börsenspekulationen gewagt, mit und ohne Erlaubnis des Königs, an denen er über eine Million Taler verloren hat. Was aber die welfischen Herren noch empfindlicher berührt haben mag, ist, daß auch ein Teil unsrer Junker, verleitet durch die brillanten Aussichten der mit den Geldern König Georgs und andrer begründeten sog. Fürstenbank in Wien, sich stark mit Aktien bei dieser Bank beteiligt und ebenfalls, da dieselbe beinahe bankrott ist, erhebliche Summen verloren hat.

Berlin, 6. April 1870.

... In Hietzing scheinen die Geldmittel gänzlich auszugehen. Der alte Jeinsen möchte auch gern in die Heimat zurückkehren, wenn er nicht Gefahr liefe, wegen Anwerbung für die Legion in Untersuchung zu geraten. Sein Schwager, Herr von Meibom, Mitglied des Reichstages, hatte mir von der Sache erzählt. Gestern nach einem Diner beim Minister Camphausen, wo Bismarck in sehr guter Laune war, habe ich ihm den Fall vorgetragen. Bismarck hat mir versprochen, ein Gnadengesuch, welches Herr von Jeinsen von hier oder Hannover (nicht von Hietzing ab) an den König richte, persönlich zu befürworten, und mich ermächtigt, durch Herrn von Meibom hiervon dem alten Jeinsen Mitteilung machen zu lassen, sowie ferner davon, daß er ohne Gefahr,

von den Behörden eingezogen zu werden, ruhig sofort nach Berlin oder Hannover zurückkehren könne. Herr von Meibom, welcher hierüber natürlich sehr erfreut war, wird noch heute dem alten Jeinsen schreiben und ihn zu sich nach Berlin einladen, wo die Sache dann beschleunigt geordnet werden kann.

Nachdem durch den Krieg von 1870/71 alle Hoffnungen des Königs Georg, Thron und Land durch Gewalt zurückzugewinnen, gescheitert und jene Besorgnisse, welche die preußische Regierung zur Sequestration des Welfenfonds geführt hatten, hinfällig geworden waren, beteiligte auch Bennigsen sich zusammen mit gemäßigten Welfen an den Versuchen, der Sequestration im Interesse der königlichen Familie ein Ende zu machen.

Graf Edzard zu Inn- und Knyphausen an Bennigsen.

Hannover, 14. März 1872.

Vertraulich.

Hochwohlgeborener Herr!
Hochgeehrtester Herr Landesdirektor!

Euer Hochwohlgeboren ist es bekannt, daß im Laufe des vorigen Sommers, unmittelbar nach dem Kriege, von elf hannoverschen Großgrundbesitzern bei Seiner Majestät dem Kaiser der Versuch gemacht worden ist, denselben zu bewegen, das Sequester über das Vermögen Seiner Majestät des Königs Georg V. aufzuheben. Das vom Fürsten Bismarck und von Herrn Camphausen unterzeichnete Erwiderungsschreiben an mich, d. d. 5. April 1871, lautete:

„Euer Hochwohlgeboren sowie die Herren Mitunterzeichner der Immediatvorstellung vom Februar d. J. beehren wir uns im Allerhöchsten Auftrage ergebenst zu benachrichtigen, daß über den darin enthaltenen Antrag auf Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens Königs Georg V. ohne Zustimmung des Allgemeinen Landtages von Preußen nicht entschieden und die Frage wegen Vorbereitung eines Gesetzentwurfs zu diesem Zweck erst dann in Erwägung gezogen werden kann, wenn eine Anregung zur Wiederanknüpfung von Verhandlungen darüber seitens Königs Georg V. gegeben sein wird.

von Bismarck. Camphausen."

Es wird Euer Hochwohlgeboren einleuchten, daß damit die Ablehnung unsers Antrages ausgesprochen war, denn es ist unmöglich, den König Georg V. zu einem Schritte zu veranlassen, der so sehr dem Ehrgefühl und der Würde selbst eines Privatmannes widersprechen muß.

Im Laufe dieses Frühjahrs schien mir und zweien meiner intimen Freunde der Moment zu einem ähnlichen Versuche günstig, denn nicht nur das begangene Unrecht bedarf der Sühne, sondern es liegt auch im Interesse unsers hannoverschen Vaterlandes, daß nichts unversucht gelassen werde, was die Aufhebung des Sequesters ermöglichen kann. Die Schwierigkeit zu Verhandlungen besteht bei dem Könige Georg V. in der Ungeneigtheit, irgend etwas zu tun, was einem sein Ehrgefühl verletzenden Schritte gleich wäre, auf der andern Seite allein in dem Widerstreben des Fürsten Bismarck, die Aufhebung eines Sequesters zu veranlassen, das ihm in vieler Beziehung erwünscht ist. Es ist von uns wiederum der Versuch gemacht, die Ansichten des Fürsten Bismarck dahin zu ergründen, ob im Fall der Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Penzing und Berlin die Aufhebung des Sequesters erreichbar wäre! Die Antwort lautete, der Fürst Bismarck hege die Ansicht, daß beide Häuser des Landtages nur dann in eine Aufhebung des Sequesters willigen würden, wenn vorweg König Georg V. und der Kronprinz Ernst August den Verzicht auf die Krone Hannover aussprächen, und für die Wiederaufnahme der Verhandlungen sei es notwendig, sich darüber zu vergewissern, ob man in Penzing darauf eingehen würde. Wäre die erste Voraussetzung des Fürsten Bismarck richtig, so käme das einer Verewigung des Sequesters gleich! Denn einmal wird von Penzing aus niemals jene Verzichtserklärung erfolgen, dann aber ist sie auch überhaupt unmöglich, denn es wäre widersinnig, etwas zu verlangen, was mit dem zwischen Kaiser Wilhelm und König Georg geschlossenen Vertrage nichts gemein hat, gänzlich außerhalb desselben und der Sequesterangelegenheit steht und einem Zwange entspräche, dem sich kein Fideikommißbesitzer zum Schaden seiner Agnaten unterwerfen kann.

Es wird nicht leicht sein, nach so vielen Verletzungen König Georg V. zu veranlassen, direkt oder indirekt einen Schritt zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu tun, wie Fürst Bismarck das wünscht, ich hege aber die Ueberzeugung, daß es auf letzterem Wege erreichbar sein wird, und ich glaube das versprechen zu können. Euer Hochwohlgeboren brauche ich nicht zu sagen, welche unermeßlichen Folgen für unser Land die Aufhebung des Sequesters haben würde! Ganz abgesehen davon, daß Ihre Partei auf die Dauer eine Benutzung solch bedeutender geheimer Fonds nicht zugeben kann, muß die Aufhebung des Sequesters die soziale Lage in Hannover günstiger machen (es ist eine Konzession an die Mittelpartei), und eine Anzahl Beamte wird erst dann Beruhigung erhalten über die eignen finanziellen Verhältnisse! Leider haben sie jetzt keine Garantie für die rechtliche Dauer derselben,

wenn, wie bei Graf Hardenberg, Dr. Behr u. s. w. das geschehen, willkürlich Gehalt zurückbehalten und Pension nicht gewährt wird. Aus diesen Gründen wird auch hoffentlich Euer Hochwohlgeboren daran gelegen sein, das Sequester aufgehoben zu sehen, und Nachrichten, die ich aus Berlin erhalten, lassen es zweifellos erscheinen, daß der Moment nicht nur im Herren-, sondern auch im Abgeordnetenhause ein günstiger ist. Dazu würde es natürlich einer regierungsseitig einzureichenden Vorlage bedürfen! Um diese rasch, und zwar noch in dieser Diät zu erlangen, bedarf es dessen, daß auch eine mächtige, dem Fürsten Bismarck homogene Partei wie die Ihrige demselben die Ueberzeugung beibringe, daß von dieser nicht das Verlangen gestellt werden würde, eine Verzichtleistung auf die Krone Hannover von Seiner Majestät dem Könige Georg V. oder von seinem Sohne zu beanspruchen, wenn jene Vorlage eingebracht würde. Wollen Sie in dieser Richtung die Situation sondieren und den Fürsten Bismarck darüber vergewissern, daß solche Verlangen in Ihren Kreisen nicht gestellt oder wenigstens mit Aussicht auf Erfolg nicht gestellt werden, so ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß, hoffentlich noch in dieser Diät, eine desfallsige Vorlage an beide Häuser gelangt. Meine Sorge wird es sein, das Schriftstück seitens des Königs Georg V. zu beschaffen, welches sein Einverständnis mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen, weil Fürst Bismarck solches für notwendig erachtet, ausdrückt. Die kaiserlich-königlichen Kreise sind dem Vorgehen in dieser Sache günstig, das Herrenhaus gleichfalls, der Widerstand des Fürsten Bismarck ist mit der Ueberzeugung von der Annahme der desfallsigen Vorlage ohne Verzichtsamendements gebrochen, und endlich würden wir den Alp los sein, unter dem so viele Verhältnisse zum Schaden unsers hannoverschen Vaterlandes ernstlich leiden. Ich wende mich an Euer Hochwohlgeboren, weil ich von Ihnen die Ueberzeugung hege, in der ich nicht getäuscht sein möchte, daß Sie nach Kräften dazu mitwirken werden, diese günstigeren Verhältnisse herbeizuführen, und weil es des Zusammenwirkens aller Parteien bedarf, um hannoversche Fragen mit Erfolg durchzusetzen. Der Wunsch liegt mir dabei warm am Herzen, meinem früheren, jetzt unglücklichen Königshause und damit auch meinem engeren Vaterlande dienstbar zu sein.

Ich bitte Euer Hochwohlgeboren schließlich, mir zu sagen, welchen Ansichten Sie im Abgeordnetenhause begegnet sind, falls diese günstig lauten, den Fürsten Bismarck mündlich oder brieflich, nur umgehend, über die Stimmung aufzuklären, mich aber dieses alles um deswillen wissen zu lassen, damit ich die vom Fürsten Bismarck gewünschte Einwilligung des Königs Georg V. zur Wiederaufnahme der Verhandlungen

beschaffe! Der Oberpräsident Graf Stolberg weiß, daß ich Euer Hochwohlgeboren schreibe, ist über den Zweck mit uns einverstanden, hat mir seine Mitwirkung zugesagt, und meine beiden Freunde und ich sind d'accord. Euer Hochwohlgeboren darf ich aus gewichtigen Gründen ersuchen, diese Angelegenheit vertraulich zu behandeln und niemand darüber zu informieren, daß von uns einleitende Schritte geschehen sind. Namentlich bitte ich darum, Herrn Minister Windthorst und Graf Münster außer Spiel zu lassen, ersteren wegen seiner Unbeliebtheit in Berliner Kreisen, letzteren aus ähnlichen Motiven Penzing gegenüber!

Bennigsen an Graf Knyphausen.

Berlin, 16. März 1872.

Hochzuverehrender Herr Graf!

Zu der Aufhebung des Sequesters über das Vermögen des Königs Georg V. mitzuwirken bin ich gern bereit. Es muß mich dazu nicht allein die natürliche Empfindung für das tragische Geschick unsers alten Fürstenhauses bewegen; ich halte auch die Aufhebung für eine Maßregel der Gerechtigkeit und der politischen Klugheit. Durch Euer Hochgeboren Schreiben vom 14. d. M. veranlaßt, habe ich mit den beiden einflußreichsten Mitgliedern meiner Partei Rücksprache genommen. Beide — ich habe kein Bedenken, sie Ihnen vertraulich zu nennen —, die Herren von Forckenbeck und Lasker, sind mit mir ganz einverstanden, haben sich bereit erklärt, für die Annahme einer die Aufhebung des Sequesters bezweckenden Regierungsvorlage in der nationalliberalen Partei sich zu bemühen, mich auch ermächtigt, von ihren Namen dem Fürsten Bismarck gegenüber Gebrauch zu machen.

Wie Sie inzwischen gelesen haben werden, ist der Reichskanzler seit einigen Tagen zur Erholung nach Lauenburg gereist, von wo er am 21. zum Geburtstage des Kaisers wieder zurückkehrt. Wie lange er dann in Berlin bleiben wird, weiß ich nicht. Ich würde es für die Sache geratener halten, dem Fürsten Bismarck mündliche Mitteilung zu machen. Nach Lauenburg reisen kann ich nicht, weil — von andern dringenden Landtagsgeschäften abgesehen — ich täglich, auch morgen, an den Sitzungen der Zentralkommission für die Grundsteuer teilnehmen muß. Ohnehin werden Ende nächster Woche die Sitzungen des Abgeordnetenhauses ein tatsächliches Ende nehmen. Vor Ostern ist eine Erledigung der Angelegenheit im Landtage daher nicht mehr möglich, kaum eine Vorlage an den Landtag denkbar, da hierzu eine Sitzung des Staatsministeriums in Anwesenheit Bismarcks erforderlich sein wird. Es ist unter diesen Umständen meine Absicht, den Reichskanzler nach seiner Rückkehr von Lauenburg zu sprechen. Findet das Schwierigkeiten, namentlich

wenn er etwa unmittelbar nach der Geburtstagsfeier wieder abreist, so werde ich ihm vor meiner Abreise nach Hannover, die voraussichtlich am 24. früh erfolgt, schreiben.

Sollte Euer Hochgeboren aus irgendeinem Grunde eine sofortige briefliche Mitteilung meinerseits an den Reichskanzler zweckmäßiger erscheinen, so erbitte ich mir umgehende telegraphische Nachricht (etwa „ersuche die bezeichneten Aktenstücke absenden zu lassen" oder ähnlich). Ihr Telegramm kann ich morgen nachmittag in Händen haben und den Brief nach Lauenburg alsdann noch morgen auf die Post geben. Raten kann ich freilich zu diesem Schritte nicht.

Indem ich endlich noch bemerke, daß Fürst Bismarck nach seiner Kenntnis der hiesigen Parteiverhältnisse nicht würde bezweifeln können, daß eine wesentlich politische Maßregel, welche von den erwähnten Herren und mir übereinstimmend in meiner Partei unterstützt wird, in derselben auf die überwiegende Mehrheit rechnen kann, bleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung u. s. w.

Graf Knyphausen an Bennigsen.

Hannover, 18. März 1872.

Für Euer Hochwohlgeboren gefällige Zeilen mich bestens bedankend, habe ich Ihnen umgehend mein volles Einverständnis mit dem Inhalt Ihres Briefes ausdrücken wollen. Ich bin um so mehr einverstanden, daß Sie nicht an Fürst Bismarck schrieben, weil Ihnen zu einer Konversation, hoffentlich am 21., Gelegenheit wird, und eine solche wirksamer zu sein pflegt als selbst der ausführlichste Brief. Graf Stolberg, dem ich von dem Inhalt Ihrer Zeilen Mitteilung gemacht, hat mir versprochen, gleichzeitig mit Euer Hochwohlgeboren beim Fürsten Bismarck zu drängen, und da er zu dieser Aktion kraft eigner Initiative kaum disponiert sein dürfte, so ist es mir ganz recht, wenn er meinen Namen und den des Freiherrn von dem Bussche-Streithorst, welche dem Fürsten Bismarck als solche bekannt sind, welche in vorliegender Frage am meisten agitiert haben, benutzt, um dieses Thema lebhaft zu vertreten. Es sind Schritte geschehen, um ein Einverständnis mit unserm Vorgehen in Penzing schriftlich zu erlangen und sich nach einem Bevollmächtigten (nicht Windthorst) umzusehen. Euer Hochwohlgeboren und dem Grafen Stolberg werde ich Abschrift von jenem Schriftstück zustellen, sobald es von Penzing eintrifft, eventuell erhalten Sie es durch von dem Bussche, jedenfalls werden wir dahin wirken, auch hier tunlichst eine Gleichzeitigkeit mit Ihren Bestrebungen zu erzielen; ob aber bis zum 24. eine Rückantwort aus Penzing möglich sein wird, möchte ich bezweifeln. Daß wir sie überhaupt erhalten, scheint mir mehr als

wahrscheinlich zu sein! Betonen Sie Fürst Bismarck gegenüber nur mit Nachdruck, daß Ihre Partei nicht an Amendements auf Verzichtleistung seitens Königs Georg denkt, mit solchen würde alles verdorben! Es werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, außer Ihnen und Graf Stolberg, Freiherrn von dem Bussche und von Kalm weiß aber niemand von der gegenwärtigen Bewegung, und diese Diskretion scheint mir auch durchaus nötig. Gebe Gott, daß wir zum Ziele gelangen: daß eine Vorlage gleich nach Ostern erfolge! Ich kann nicht aussprechen, wie ich mich danach sehne, welche Segnungen für unser Land ich davon erwarte, wie notwendig dieser Schritt ist, soll überhaupt ein Versöhnungsversuch unter den hiesigen sich feindlichen Elementen mit Erfolg gemacht werden!

*

Die Besprechung zwischen Bismarck und Bennigsen über die Aufhebung der Beschlagnahme des Welfenfonds fand am Abend des 23. März 1872 statt. Sie blieb ohne den gewünschten Erfolg. Näheres über ihren Verlauf ist nicht bekannt.

Freiherr von dem Bussche-Streithorst an Bennigsen.

Thale am Harz, 14. April 1872.

Graf Knyphausen-Lütetsburg hat mir mitgeteilt: Euer Hochwohlgeboren wären bereit, unsre auf die Aufhebung des über das Königlich hannoversche Vermögen verhängte Sequester gerichteten Bemühungen zu unterstützen. Diese Mitteilung hat große Freude bei mir erregt, und ich wollte mir vor einigen Tagen, auf der Durchreise durch Hannover, erlauben, Ihnen mündlich meinen Dank zu sagen, hatte aber leider nicht das Glück, Euer Hochwohlgeboren zu Hause zu treffen. Gestatten Sie mir, dies nunmehr schriftlich tun zu dürfen.

Mich leitet bei dieser Angelegenheit lediglich das Gefühl der Anhänglichkeit an die unglückliche hohe Familie, ein Gefühl, welches ich nicht unterdrücken kann, und die Hoffnung oder vielmehr die Ueberzeugung, daß allein die Aufhebung des Sequesters imstande sein wird, in Hannover eine mildere Stimmung, eine Versöhnung der Gemüter hervorzurufen! Graf Knyphausen hat Euer Hochwohlgeboren mitgeteilt, daß der König auf meine bezüglichen Schreiben wiederholt sehr entschieden erklärt hat, sich mit der preußischen Regierung in Verhandlungen überall nicht einlassen zu wollen. Diese Erklärungen beklage ich zwar lebhaft, aber sie konnten mich nur in meiner Ueberzeugung bestärken, daß Verhandlungen mit dem unglücklichen Herrn nur äußerst schwer zu führen sind. Ich zweifle trotzdem keinen Augenblick, daß ein günstiges Resultat doch leicht zu erzielen wäre, wenn man bestimmt

wüßte, daß die Aufhebung des Sequesters seitens der preußischen Regierung ernstlich beabsichtigt wird. Ich gründe meine Ansicht auf eine ziemlich genaue Kenntnis der Penzinger Verhältnisse. Es gehört dazu vor allen Dingen große Ruhe und die Geschicklichkeit, den dortigen Personen die wirklichen Sachlagen und entstehenden Folgen klarzumachen. Wie die Verhältnisse jetzt beschaffen sind, glaube ich, daß, bevor man nicht bestimmte Ansicht und Absicht des Fürsten Bismarck kennt, am besten gar nichts geschieht. Willigt der Fürst in die Aufhebung, so sollte ich denken, würde es zunächst am zweckmäßigsten sein, wenn der preußische Landtag die ihm vorbehaltene Genehmigung zur Wiederaufhebung des Sequesters aufgäbe, also die faktische Aufhebung lediglich in die Hand der Regierung legte. Denn wenn der König jetzt auch erklärt, sich in keine Verhandlungen einlassen zu wollen, so geht es ohne solche doch nicht. Die Regierung kann und wird den Sequester nicht ohne Vorbehalt aufheben, Vorbehalte, die teilweise diskreter Natur sein werden, z. B. wird sie verlangen, daß gewisse Belastungen, welche während der Dauer des Sequesters auf das Vermögen gelegt sind, auch ferner darauf belassen werden.

Thale am Harz, 10. Januar 1873.

Euer Hochwohlgeboren wollen mir einige auf die eventuelle Aufhebung des Sequesters über das Vermögen des Königs Georg V. bezügliche Mitteilungen gestatten. Seit unsrer mündlichen Besprechung habe ich mich bemüht, unter der Hand und, wie ich ausdrücklich bemerke, ohne daß ich erwähnte, mit Euer Hochwohlgeboren über diesen Gegenstand gesprochen zu haben, die Ansicht gewisser Personen, die ich als Führer der „Welfenpartei" bezeichnen möchte, kennen zu lernen. Zu meiner Verwunderung habe ich erfahren müssen, daß gerade die, welche den meisten Einfluß besitzen sollen, die Aufhebung des Sequesters ganz entschieden ablehnen, weil sie in demselben ein Hauptmittel zur Fortsetzung ihrer Agitationen erblicken! Mir scheint, daß man in Penzing diese Ansicht teilt, und doch bin ich, auf Grund guter Informationen, überzeugt, daß die Aufhebung, falls sie angeboten wird, nicht zurückgewiesen würde. Wollte man sich nur in Berlin davon überzeugen, daß König Georg V. und der Kronprinz nie etwas tun werden und können, was auch nur entfernt als eine Bitte um Aufhebung des Sequesters ausgelegt werden könnte. Verschweigen will ich indes nicht, daß in der obenerwähnten Partei auch andre Ansichten bestehen. Es gibt namentlich eine Anzahl Menschen, die die jetzige Lage des Sequesters benutzen wollen, um Skandal zu machen. Sie bedenken nicht, wie sie dadurch nur das Interesse des hannoverschen Königshauses schädigen werden. Daß übrigens diese Leute im Besitz eines reichen

Materials sind, glaube ich behaupten zu können. Darf ich schließlich noch meine und meiner nächsten Freunde Ansicht hinzufügen, so sehen wir ein, daß denen, welche die Wohlfahrt unsers alten Fürstenhauses ernstlich vor Augen haben, nur übrigbleibt, auf die Gnade Seiner Majestät des Kaisers zu hoffen. Daß zu derselben die Befürwortung des Ministeriums, in specie des Fürsten Bismarck, erforderlich ist, nehmen wir als selbstverständlich an und erlaube ich mir, Euer Hochwohlgeboren wiederum recht dringend zu bitten, Ihren Einfluß an entscheidender Stelle geltend zu machen, damit endlich die Aufhebung (um Hochdero eigne Worte zu gebrauchen „eine Maßregel der Gerechtigkeit und politischen Klugheit") zur Ausführung gelange. Glauben Euer Hochwohlgeboren, daß ich in dieser Angelegenheit irgendwie nutzen kann, so bitte ich, über mich zu verfügen: namentlich verspreche ich, über alle Verhältnisse, die mir bekannt sind, ehrliche Auskunft zu geben, wenn ich dadurch dem Interesse der hannoverschen Königsfamilie, deren treuer Anhänger ich stets bleiben werde, dienen kann; doch möchte ich mich in keiner Weise vordrängen.

*

Am 27. September 1876 stellten Bennigsen, Graf Knyphausen und Fromme im hannoverschen Provinziallandtage den Antrag, die Regierung um Aufhebung des Sequesters zu ersuchen.[1]) Der Antrag wurde einstimmig angenommen, blieb aber ohne alle Folgen, ebenso wie alle andern Anläufe, solange Bismarck im Amte blieb.

In demselben Sinne sprach sich Bennigsen in einer Denkschrift aus, die er im Sommer 1878 für den Kronprinzen Friedrich Wilhelm in dessen Auftrage verfaßte. Der Kronprinz hatte soeben die Stellvertretung für seinen schwerverwundeten Vater übernommen. Gleich in den ersten Tagen seiner Stellvertretung starb König Georg V. (12. Juni 1878); die ersten Schritte seines Sohnes, des Herzogs von Cumberland, konnten die Reichsregierung vor folgenreiche Entschließungen stellen. Trotzdem gerade in jenen Wochen der Ansturm der Bismarckschen Wahlpolitik sich gegen die Nationalliberalen richtete, hielt der Kronprinz es doch für geboten, für alle Fälle die Meinung des Führers dieser Partei einzuholen, der auch in den hannoverschen Fragen stets die Objektivität und Gerechtigkeit seines Wesens, allen Anfeindungen zum Trotz, behauptet hatte.

---

[1]) Am 16. Januar 1877 schrieb Bennigsen an seine Frau: „Der unglückliche König Georg ist in der Tat schlimm daran. Erst schreibt der verrückte N. N. in der ‚Deutschen Volkszeitung' sich die Finger lahm gegen den Antrag wegen Aufhebung des Sequesters, und jetzt machen die politischen und persönlichen Gegner Bismarcks im Herrenhause aus unserm Beschluß des Provinziallandtages ein elendes Manöver gegen Bismarck."

Kammerherr von Normann an Bennigsen.

Berlin, Kronprinzliches Palais, 14. Juni 1878.

Euer Hochwohlgeboren habe ich die Ehre, im höchsten Auftrage die nachstehende vertrauliche Mitteilung zu machen.

Der Tod des Königs Georg legt Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen die Erwägung nahe, in welcher Weise dies wenn auch seit längerer Zeit vorhergesehene, so doch in diesem Augenblicke ziemlich unerwartet eingetretene Ereignis auf die Stellung einwirken könnte, welche sowohl von der früher regierenden Familie als von einem Teile der Einwohnerschaft Hannovers der gegenwärtigen Ordnung der Dinge gegenüber eingenommen wird. Seine Kaiserliche Hoheit würde Euer Hochwohlgeboren zu Danke verpflichtet sein, wenn Sie die Güte haben wollten, sich über diese Frage in derselben vertraulichen Weise zu äußern, in welcher ich sie mir zu stellen erlaube. Ich darf dazu noch folgendes bemerken:

Es ist der entschiedene Wunsch Seiner Kaiserlichen Hoheit — und Fürst Bismarck scheint denselben zu teilen —, soweit das Staatsinteresse es gestattet, volles und großherziges Entgegenkommen zu zeigen und dabei den Ansprüchen und Wünschen der königlichen Familie wie den Gefühlen der Provinz in tunlichst weitem Umfange Berücksichtigung zu schenken. Demzufolge ist denn auch auf die erste hierher gelangte Anfrage die Genehmigung zur Ueberführung der Leiche des verstorbenen Königs nach Herrenhausen bereitwilligst erteilt worden.[1])

Im allgemeinen dürfte es sich allerdings empfehlen, etwaigen — vielleicht durch Mittelspersonen zu machenden — Eröffnungen der Königlich hannoverschen Familie entgegenzusehen. Indessen würde Euer Hochwohlgeboren Ansicht über die ganze Angelegenheit wie über die voraussichtlich zur Sprache kommenden Einzelheiten derselben dem Kronprinzen schon jetzt von besonderem Werte sein. Unter den letzteren möchte ich zweier Punkte noch ausdrückliche Erwähnung tun.

Schon früher ist wiederholt und von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß die Erbfolge im Herzogtum Braunschweig dem bisherigen Kronprinzen gestattet werden dürfte, wenn er seinen Ansprüchen auf Hannover förmlich und feierlich entsagte. Ganz abgesehen von den Rechten der braunschweigischen Bevölkerung und ihrer Vertreter würde es sich um die Frage handeln, welche Konsequenzen ein solches Abkommen für Hannover selbst in Aussicht stellt.

Der zweite Punkt betrifft die vielleicht an die Staatsregierung herantretende Frage, ob der Königlich hannoverschen Familie fortan

[1]) Die Leiche des Königs wurde nicht nach Herrenhausen überführt, sondern am 24. Juni in Windsor beigesetzt.

der Aufenthalt in den Grenzen des früheren Königreichs gestattet werden darf. Auch in dieser Beziehung würde eine Aeußerung Euer Hochwohlgeboren sehr willkommen sein.

Bennigsen an Kammerherrn von Normann.[1])

Hannover, 19. Juni 1878.

Vertraulich.

Euer Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 14. d. M., welches wegen einer mehrtägigen Abwesenheit von hier verspätet in meine Hände gelangt ist, beehre ich mich nachstehend zu beantworten.

Ich darf davon ausgehen, daß Seine Kaiserliche Hoheit eine ganz unumwundene Darlegung meiner Ansicht erwarten.

In der Provinz Hannover sind noch heute nicht allein Gefühle der Anhänglichkeit und Dankbarkeit an das Haus Hannover in großem Umfange vorhanden, sondern werden auch noch in erheblicher Ausdehnung Wünsche und Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der früheren Zustände gehegt, letzteres allerdings in geringerem Grade seit dem französischen Kriege als vor demselben, und zum großen Teile durch eine sehr geschickte und energische Agitation künstlich genährt und aufrechterhalten. Seitens der preußischen Regierung und ihrer Organe sind diese Erscheinungen nicht immer hinreichend gewürdigt. Am stärksten sind Abwendung und Widerstand gegen die jetzigen Einrichtungen in der ehemaligen Residenz und den alten welfischen Stammlanden Calenberg, Lüneburg, Göttingen, Grubenhagen, namentlich unter dem Bauernstande. Den eigentlichen Kitt für die Agitation in der gesamten Provinz bildete allerdings die in den erwähnten Landesteilen selbst weniger erhebliche ultramontane Partei, getragen wurde der Widerstand durch einen großen Teil der evangelischen Geistlichkeit und des landsässigen Adels, deren Einfluß auf dem platten Lande, besonders wo er sich vereinigt, sehr stark ist. Furcht vor der Union und verletzte Interessen im früheren Staate Hannover mächtiger Klassen verbinden sich dabei mit achtungswerten natürlichen Empfindungen der Anhänglichkeit an ein altes Herrscherhaus. Angesichts der Katastrophe von 1866 sind selbst die Kämpfe infolge des zweimaligen Verfassungsumsturzes, welche ohnehin die eigentliche Masse der Bevölkerung weniger bewegt hatten als die mittleren und höheren Schichten, in den Hintergrund getreten. Dankbarkeit gegen ein Regentenhaus, welches im ganzen milde, wohlwollend regiert hat, die frühere wohlgeordnete Verwaltung mit mäßiger

[1]) Nach dem — zum Teil schwer leserlichen — Konzept. Es wird an einigen Stellen deutlich, daß es sich um den ersten Entwurf und nicht um die letzte Form handelt.

Besteuerung, eine verständige, zum Teil vorzügliche Gesetzgebung, eine erfolgreiche Förderung der Interessen ganzer Klassen, namentlich des Bauernstandes, erhalten das Andenken an die hannoversche Zeit wach.[1]) Zwölf Jahre eines neuen Regiments sind trotz aller Vorteile der Zugehörigkeit zu einem großen Staate, trotz der unleugbar günstigen Wirkungen des erfolgreichen Krieges gegen Frankreich und der ersehnten Wiederherstellung eines Deutschen Reiches eine viel zu kurze Zeit, um eine vollständige Umwandlung in dem Denken und Empfinden einer ganzen Bevölkerung hervorzurufen. Noch vor anderthalb Jahren haben daher auch die Reichstagswahlen in wesentlicher Uebereinstimmung mit allen früheren das Vorhandensein einer starken partikularistisch-welfisch gesinnten Partei dargetan, indem unter 19 Reichstagsabgeordneten neben einem Ultramontanen 6 welfische Abgeordnete gewählt wurden, darunter 5 in den alten welfischen Stammlanden gegen 3 Nationalgesinnte.

Welche Aenderungen in dem bisherigen Zustande durch den Tod des Königs Georg herbeigeführt werden, bleibt abzuwarten. Eine Minderung des Gegensatzes erscheint wahrscheinlich, da Anhänglichkeit und menschliches Interesse für den Sohn, welcher nicht selbst regiert hat, dem Vater an Kraft des Geistes und des Willens weit nachsteht und dem Lande im ganzen — schon seiner damaligen Jugend wegen, anscheinend auch infolge eines gewissen Systems des Königs Georg — persönlich ziemlich fremd geblieben war, erheblich geringer sein werden.

Von wesentlichem Einflusse wird eine angemessene Regelung der Verhältnisse des früheren Regentenhauses [sein]; je rascher und vollständiger, alle Beziehungen umfassender dieselbe erfolgen wird, um so besser. Von ganz entscheidender Bedeutung wird es sein, ob es gelingt, den Prinzen Ernst zu einem *förmlichen Verzicht* auf seine Regierungsansprüche in Hannover zu bewegen. Solange [der Anspruch][2]) *ausdrücklich* oder *tatsächlich* aufrechterhalten wird oder auch nur eine *Zweideutigkeit* in dieser Hinsicht übrigbleibt, wird die Agitation gegen die jetzigen Einrichtungen nicht aufhören und das bestehende Regiment in großen Kreisen der Provinz nur als ein aufgedrängtes und geduldetes erscheinen.

---

[1]) Diese Schilderung der hannoverschen Zustände vor 1866 möchte auf den ersten Blick überraschen, weil sie aus dem Munde desjenigen kommt, der als Führer der Opposition in der Zweiten Kammer vor allen in den Jahren 1857 bis 1862 ihr schärfster und unbarmherzigster Kritiker gewesen ist: ja, von feindlicher Seite könnten diese (und auch sonst wiederkehrende) Widersprüche benutzt werden, um das spätere Urteil als das gerechtere gegen das parteiisch befangene des Politikers Bennigsen in der hannoverschen Zeit auszuspielen. Das würde jedoch völlig unrichtig sein (s. o. S. 111 f).

[2]) Im Konzept ein andrer nicht leserlicher Ausdruck.

Was zunächst die Aufhebung des Sequesters anlangt, so nehme ich an, daß darüber eine gesetzliche Regelung in nächster Landtagssession unvermeidlich sein wird. Man wird aber schwerlich in der Lage sein, gewissermaßen als Gegenleistung hierfür einen förmlichen Verzicht des Prinzen Ernst August zu beanspruchen. Bis zu einem gewissen Grade hat ja eine tatsächliche Unterwerfung unter gegebene Verhältnisse schon seitens des Königs Georg in dem Abschluß des Vermögensvertrages gelegen, ein Regierungsverzicht ist aber damals nicht gefordert worden und erschiene eine so weitgehende Forderung auch wohl heute nicht berechtigt zur Wiederaufhebung des Sequesters. Daß derselbe bis heute fortgedauert hat und es nicht möglich befunden ist, nach dem Französischen Kriege, wo doch die Voraussetzungen desselben nicht mehr, jedenfalls nicht mehr in vollem Maße vorhanden waren, denselben aufzuheben, habe ich immer mit vielen hannoverschen politischen Freunden als etwas für die Besserung der Verhältnisse in der Provinz Nachteiliges angesehen.

Etwas andres ist es, wenn man der Familie oder doch dem Prinzen Ernst August den Aufenthalt in Hannover gestatten, namentlich aber, wenn man des letzteren Ansprüche auf die Sukzession in Braunschweig preußischerseits zugestehen und anerkennen will. Bei einer richtigen Behandlung des Prinzen, unter der gewiß in Aussicht zu nehmenden Mitwirkung von Mitgliedern des englischen Königshauses, scheint ein Verzicht wohl erreichbar. Die Sukzession in Braunschweig ohne einen förmlichen Verzicht in Hannover würde politisch äußerst gefährlich in der Provinz wirken, der Agitation für die Wiederherstellung der welfischen Regierung einen festen Mittelpunkt und eine außerordentliche Ausdehnung geben und für unabsehbare Zeit die Provinz nicht zur Ruhe kommen lassen. Aehnliches gilt, wenn auch in geringerem Grade, für den Fall des Aufenthalts der Familie, wenigstens des Prinzen Ernst August, in der Provinz, was ohne vorhergegangenen Verzicht zu . . . Intrigen und selbst Ausschreitungen (?) Veranlassung geben kann.

Auf der andern Seite ist wohl zu berücksichtigen, in welche Schwierigkeiten die preußische Regierung gerät, wenn sie der Sukzession des Prinzen Ernst August in Braunschweig entgegentreten wollte.

Etwaige demnächstige Streitigkeiten über die Thronfolge in Braunschweig charakterisieren sich als Verfassungsstreitigkeiten. Eine besondere Behörde über Entscheidung von Verfassungsstreitigkeiten besteht in Braunschweig nicht. In Gemäßheit des Art. 76 der Verfassung des Deutschen Reiches ist daher auf Anrufung eines Teils zunächst eine gütliche Ausgleichung des Streits durch den Bundesrat zu versuchen und im Falle des Mißlingens eines solchen Versuches die Frage im

Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen. Eine solche gesetzliche Regelung kann aber nicht nach ganz willkürlichen Voraussetzungen oder nicht etwa lediglich nach Gründen politischer Zweckmäßigkeit erfolgen. Nun ist in der braunschweigischen Verfassung vom 12. Oktober 1832, § 14, zur Thronfolge berufen zunächst der Mannesstamm des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg (Eid!), nach dem Tode des Herzogs Wilhelm ohne männliche Deszendenz also der Prinz Ernst August, eventuell, falls er dann noch am Leben, der Herzog von Cambridge. Den letzteren eventuell auszuschließen erscheint mir nicht möglich. Beim Prinzen Ernst August könnte ein Versuch mit der Rechtsfiktion gemacht werden, daß er sich noch im Kriegszustand mit Preußen oder im Widerspruch mit dem ganzen im Deutschen Reich geltenden Rechtszustande befindet.[1]) Eine solche Fiktion bleibt aber auf alle Fälle eine sehr künstliche. Sollte der Herzog von Cambridge nicht mehr am Leben sein und mittels der erwähnten Rechtsdeduktion eine Ausschließung des Prinzen Ernst August gelingen, so tritt nach § 2 der braunschweigischen Verfassung die kognatische Erbfolge ein, d. h. es wird zur Erbfolge berufen die dem Herzog Wilhelm nächstverwandte lebende braunschweigische Prinzeß, da eine solche nicht vorhanden ist, die männliche Deszendenz derselben.[2]) Hiernach würde zur Nachfolge berufen sein — was merkwürdigerweise wenig bekannt zu sein scheint — der jetzt regierende König von Württemberg, Enkel der braunschweigischen Prinzeß Friederike, Tante des Herzogs Wilhelm (gestorben im Anfang des Jahrhunderts, ich glaube 1801, Gemahlin des ersten Königs von Württemberg).

Die Bestimmungen der braunschweigischen Verfassung über die Thronfolge entsprechend der gleichen Vorschrift in der früheren hannoverschen Verfassung sind durch einen, soviel ich weiß, übrigens niemals publizierten Vertrag zwischen dem König Georg und dem Herzog Wilhelm aus dem Jahre 1860 oder 1861 noch einmal bestätigt, worüber ich eine Abschrift beifüge, welche mir durch ein verstorbenes Mitglied des braunschweigischen Verfassungsausschusses seinerzeit mitgeteilt wurde.[3])

[1]) Dieser Weg ist nach dem Tode des Herzogs Wilhelm in der auf Antrag Preußens erfolgten Erklärung des Bundesrats vom 2. Juli 1885 beschritten worden.

[2]) Das Herzogtum Braunschweig gehört zu den Staaten mit subsidiärer Kognatenthronfolge, vgl. H. Rehm, Modernes Fürstenrecht, S. 252. In einer Reihe von deutschen Staaten mit subsidiärer Kognatenthronfolge ist übrigens durch Verfassung oder Hausgesetz ausdrücklich vorgeschrieben, daß die kognatische Thronfolge nicht statthat, wenn der betreffende Kognat selber — wie in dem oben angenommenen Falle — der Regierungsinhaber in einem fremden Staate ist.

[3]) Der Vertrag (zuerst gedruckt: Aktenstücke zur Frage der Erbfolge in Braunschweig, Hannover 1885) wurde am 3. März 1863 geschlossen.

Die eventuelle Thronfolge in dem Gesamthause Braunschweig-Lüneburg hat nach der braunschweigischen Verfassung § 26, daneben auch in dem Erbhuldigungseid aller braunschweigischen männlichen Landesangehörigen unzweideutigen Ausdruck gefunden. Ein vor Jahren auf Veranlassung des Professors Droysen durch einen jüngeren Gelehrten (Dr. Bohlmann, soviel ich mich entsinne, das Buch ist mir augenblicklich nicht zur Hand) gemachter Versuch, einen Anspruch Preußens auf Braunschweig aus alten Lehnsverhältnissen, Eventualbelehnungen, Erbverbrüderungen u. s. w. zur Zeit des römischen Reiches herzuleiten, ist meines Wissens niemals als eine ernsthafte wissenschaftliche, juristische Leistung betrachtet worden. Auf alle Fälle würde es für den Deutschen Kaiser große Bedenken haben, als König von Preußen höchst zweifelhafte Ansprüche zu erheben und etwa mit Hilfe der Reichsgesetzgebung durchzusetzen, entgegen dem geltenden Verfassungsrecht eines deutschen Bundeslandes, welches Verfassungsrecht mit einbegriffen erscheint in die garantierende Vorschrift des Eingangs der Reichsverfassung: „ewiger Bund zum Schutz des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechtes". Auf die gefährlichen Konsequenzen einer Verletzung der Thronfolgeordnung in einem wenn auch kleinen Bundeslande aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit durch die Reichsgesetzgebung braucht kaum hingewiesen zu werden.

Das Interesse Preußens und seines Herrscherhauses, die Erwägungen der besonderen Zustände einer eroberten und keineswegs beruhigten Provinz treffen daher zusammen mit dem berechtigten Wunsche, das Schicksal des früheren hannoverschen Regentenhauses so weit zu erleichtern und günstig zu gestalten, als die politische Rücksichtnahme auf die Erhaltung der Ordnung in hiesiger Provinz es gestattet. Die Regierung des Prinzen Ernst August als Herzog in Braunschweig nach erfolgtem förmlichem Verzicht ist eine weit geringere Gefahr für die Ruhe der Provinz als eine Fortdauer der jetzigen Agitation auf Grundlage seines Prätendententums. Nach einem Verzicht dieser Agitation mit Erfolg, soweit nötig, unter Anwendung größter Strenge entgegenzutreten, kann keine übergroßen Schwierigkeiten [machen], weil die Fortsetzung dieser Agitation alsdann jedes Ansehens und jeder Wirkung entbehren würde, für eine loyale Mitwirkung zur Niederhaltung derselben, soweit nötig, auch Prinz Ernst August unschwer wird in Anspruch genommen werden können.

Kammerherr von Normann an Bennigsen.

Berlin, 17. Juli 1878.

Euer Hochwohlgeboren darf ich um so weniger unterlassen, den Eingang Ihrer gefälligen Zuschrift zu bestätigen, als ich beauftragt

worden bin, Ihnen den verbindlichen Dank Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen für Ihre ausführliche Darlegung auszusprechen. Seine Kaiserliche Hoheit haben dieselben nicht nur mit größtem Interesse gelesen, sondern sich auch durchweg zustimmend dazu geäußert. Die Gesichtspunkte, von welchen Euer Hochwohlgeboren bei Ihren Erörterungen ausgehen, werden von Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen vollständig geteilt, wie denn Ihre Auffassung des ganzen Sachverhältnisses Höchstdenselben mit aufrichtiger Befriedigung erfüllt hat. Bisher sind übrigens irgendwelche Schritte zur Regelung der Sache nicht getan; auch die von Lord Beaconsfield gemachten Versuche dürften nur den Zweck einer vorläufigen Orientierung über die hier herrschenden Auffassungen verfolgt haben. Wenigstens sind dieselben bis zu greifbaren Vorschlägen nicht gediehen.

Graf Münster an Bennigsen.

London, 27. November 1878.

Sie können sich denken, daß ich mit großem Interesse die Angelegenheit Cumberland verfolge und mit Ihnen beklage. Von irgendwelcher Einmischung englischerseits ist *keine Rede*. Lord Salisbury sprach noch gestern mit mir darüber und sagte, *offiziell* werde er in dieser Sache kein Wort sprechen oder schreiben. Lord Beaconsfield, der in Berlin sich mit Bismarck über die Sache verständigt hatte und einen Verzicht für unbedingt notwendig und für eine berechtigte Forderung Preußens hält, ist empört und entrüstet über den Starr- und Eigensinn des Herzogs von Cumberland, der selbst bei der Familie Cambridge keine Unterstützung mehr, sondern nur Tadel findet. Prinz und Prinzessin von Wales nehmen allein etwas seine Partei, wegen der Schwester. Ich erwarte übrigens über diese Angelegenheit einen mir angekündigten Erlaß von Bismarck. Gut ist es aber für die Sache, daß man nun hier, seitens der Königin und der Minister, ganz offen und mit vollem persönlichem Vertrauen mit mir über die Sache spricht. Der eine Prinz Solms ist hier und besucht mich oft, er ist sehr verständig, und ich habe ihm dringend ans Herz gelegt, nochmals in Gmunden den Ernst der Lage vorzustellen und zu betonen, daß hier keine Unterstützung zu finden sei und daß auch der Starrsinn des Herzogs sein und seiner Schwestern Vermögen ganz unnütz auf das Spiel setze. Ich habe gleich gefürchtet, daß in der preußischen Vertretung Konfiskationsgelüste auftreten und schwer zu zügeln sein würden. Am Ende ist das Einstellen der Zinsen in das Budget noch der mildeste Ausweg und vielleicht der alleinige, um die Möglichkeit des Auszahlens des Vermögens zu retten.

*

Auch als am 29. März 1882 die Fortschrittspartei die Angelegenheit im Abgeordnetenhause zur Sprache brachte und — ohne Rücksichtnahme auf die hannoversche Königsfamilie oder die Provinz Hannover — nur die mißbräuchliche Verwendung der Revenuen des Welfenfonds von seiten der Regierung gesetzlich unmöglich zu machen versuchte, ging die von Bennigsen eingebrachte motivierte Tagesordnung von der Erwägung aus, „daß in nicht zu ferner Zeit die politischen Verhältnisse eine Aufhebung der Königlichen Verordnung vom 2. März 1868 gestatten würden". Wiederum tadelte er die Verwendung des Fonds auf das schärfste: „Alles, was der Herzog von Cumberland unternehmen könnte mit den Mitteln des Fonds, das kann Preußen noch nicht so viel schaden, wie die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme dem Ansehen seiner Regierung schadet in den Augen der Hannoveraner. Ich habe mich leider im Laufe dieser Jahre überzeugen müssen, daß bei Konservativen und Liberalen eine lebhafte Neigung besteht, dieses große Vermögen, das keineswegs ein Staatsvermögen, sondern ein durch Vertrag festgestelltes Privatvermögen der früheren hannoverschen Königsfamilie ist, für irgendwelche Staatszwecke, ja überhaupt für den Staat Preußen in Anspruch zu nehmen, ein Vorgehen, das sicherlich weder dem Vertrage noch der Gerechtigkeit entsprechen würde."

In ein andres Stadium trat die Angelegenheit erst, als im November 1891 der Landesdirektor von Hammerstein-Loxten den Kaiser Wilhelm II. für die zu erwartenden günstigen Folgen der Aufhebung der Beschlagnahme interessierte; in einem an den Reichskanzler Caprivi gerichteten Berichte von Anfang Dezember 1891 trat Bennigsen, damals Oberpräsident der Provinz Hannover, von neuem für die Aufhebung ein. Nachdem dann am 10. März 1892 sich Herzog Ernst August dazu verstanden hatte, in einem Schreiben an den Kaiser jede Absicht von sich zu weisen, den bestehenden Zustand im Deutschen Reiche anzufechten, wurde unter dem 1. April 1892 das Sequester aufgehoben. Bennigsen hatte in seiner Stellung als Oberpräsident bei der Regelung dieser Dinge mitzuwirken, und er tat es in einer Weise, daß der Herzog von Cumberland selbst dem von den extremen Welfen mit so ungerechtem Hasse verfolgten Manne durch den Vertrauensmann Baron von Reden-Franzburg[1] seinen persönlichen Dank aussprechen ließ.

[1] O. von Reden an Bennigsen, datiert Gmunden, Juli 1902: „Es wird mir zur Freude gereichen, Ihnen mündlich einige Aeußerungen Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs mitteilen zu können, darunter auch eine, welche Euer Exzellenz persönlich betrifft und welche Ihnen einen angenehmen Eindruck machen wird."

Drittes Kapitel

Die Liberalen und die Vollendung der deutschen Einheit

Länger, als der Schwung der ersten Monate nach dem Deutschen Kriege geträumt hatte, ließ die Vollendung der deutschen Einheit auf sich warten. Bennigsen hatte am 30. Januar 1867 seinem Schwager Leonhardi geschrieben: „Durch die Haltung des neuen bayrischen Ministeriums habe ich die größte Hoffnung gewonnen, daß es gelingen wird, den Einfluß des Auslandes auf die deutsche Umgestaltung ganz zu beseitigen und in wenigen Jahren schon die vollständige Vereinigung mit Süddeutschland zu einem deutschen Bundesstaat vollendet zu sehen. Sollte ich in das Parlament gewählt werden, so werde ich mich natürlich nach Kräften bemühen, daß schon in diesem Jahre die einleitenden Schritte zu einer solchen Entwicklung erfolgen." Aber im Frühjahr 1867 war die Luxemburger Angelegenheit ohne die erhoffte Wirkung auf den Abschluß der Einheit geblieben, und ebenso hatten die Versuche der süddeutschen Nationalvereinsmitglieder, eine neue Agitation einzuleiten, keinen Erfolg gehabt. Bald von der einen, bald von der andern Seite her suchten die Freunde der Einheit einen Hebel in Bewegung zu setzen, um endlich den Ausbau des halbvollendeten Werkes zu erreichen.

Zunächst entschloß sich die badische Regierung, aus allgemein nationalen Gründen und aus internen badischen Gründen im Herbst 1867 die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund zu beantragen.

Nach den Papieren des Staatsministers Jolly wird uns von dessen Biographen erzählt:[1] „Anfang Oktober unternahm der badische Gesandte in Berlin eine Sondierung des Grafen Bismarck über die Frage, erhielt aber die Antwort: wenn jetzt die vier süddeutschen Staaten zum Eintritt bereit wären, würde er sofort darauf eingehen, unbekümmert um das Geschrei von Paris und Wien; auch drei würde er zulassen, auch zwei; aber wenn die Frage sei, einen aufzunehmen, so glaube er, es sei richtiger, zu warten, ihn die andern beiholen zu lassen und einstweilen auf der durch den Zollverein gebildeten Station zu wirken. Nun schrieb Baumgarten im Auftrag Jollys an den Abgeordneten von Bennig-

---

[1]) H. Baumgarten und L. Jolly, Staatsminister Jolly, S. 90 ff. (Tübingen 1897).

sen, legte ihm die schwierige Lage der badischen Regierung dar, gedachte der augenblicklichen Inanspruchnahme Frankreichs durch italienische Verwicklungen und bat ihn, die nach seiner Meinung geeigneten Anregungen für die Erfüllung des badischen Wunsches zu geben. Die Antwort existiert nicht mehr, aber sie scheint mindestens nicht entmutigend ausgefallen zu sein, denn bald darauf tat der Staatsminister Mathy den entscheidenden Schritt. Er beantragte bestimmt, wenn auch in der Form eines Privatbriefes, dem eine Denkschrift beigefügt war, bei dem Bundeskanzler die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund."[2]) Der Versuch scheiterte, da Bismarck erklärte, er könne keine promissorische Politik machen.

Unter den Papieren Bennigsens findet sich nur das offiziöse Schreiben Baumgartens. Von seinen eignen Schritten ist leider nichts Näheres zu ermitteln.

Hermann Baumgarten an Bennigsen.

Karlsruhe, 13. Oktober 1867.

Ich mache von der Verabredung, welche wir am 16. v. M. trafen, heute zum ersten Male Gebrauch.

Mir scheint der gegenwärtige Moment von der Art zu sein, daß man in Erwägung zu ziehen hat, ob nicht der Entwicklung der süddeutschen Verhältnisse durch einen Schritt, den man entweder tut oder doch unzweideutig ankündigt, zu Hilfe gekommen werden kann.

Sie erinnern sich vielleicht, daß ich vor vier Wochen in Berlin gegen Sie die Ansicht äußerte, man solle den Anschluß des Südens nicht übereilen, die Dinge reifen lassen, da man die Sicherheit besitze, der natürliche Entwicklungsgang werde zum erwünschten Ziele führen. Als ich vor drei Wochen hierher zurückkehrte, fand ich die Sachlage nicht unerheblich verändert. Der Eindruck, den die Thronrede des Großherzogs nicht nur in Deutschland, sondern in Europa gemacht, und der unumwundene Ausdruck, den das Verlangen nach Anschluß an den Norddeutschen Bund in den Adreßdebatten bei den Kammern gefunden, hatte der Situation einen wesentlich andern Charakter aufgeprägt. So einmütige und nachdrückliche Kundgebungen, denen sich der Empfang des Königs von Preußen am 21. v. M. durch die badischen Truppen in derselben Richtung anschloß, geben den Geistern einen starken Impuls, einen um so stärkeren, wenn die besondere Lage derartigen Kundgebungen eine sehr ernste Tragweite verleiht.

---

[2]) Ein Konzept der Denkschrift Mathys vom 18. November 1867 ist gedruckt bei G. Freytag, Karl Mathy, S. 423 ff. Ueber den Hergang vgl. auch Bismarcks Rede im Norddeutschen Reichstag vom 24. Februar 1870.

Baden ist in einer solchen Lage. Es weiß, was die Franzosen, was auch die süddeutschen Regierungen von diesem raschen Vorgehen halten, und was die Folge sein würde, wenn diese freundlichen Nachbarn in die Lage kämen, Baden für sein unbequemes Verhalten büßen zu lassen. Vielleicht gehört der Leichtsinn dieser rheinischen Bevölkerung dazu, um unter solchen Umständen jede Reserve abzuwerfen. Aber wir müssen die Menschen nehmen, wie sie sind, zumal die Frage sich aufdrängt, wie die Dinge stünden, wenn Baden die Linie von Württemberg und Bayern einhielte. Wir können es doch kaum beklagen, daß diese Menschen sich guten Muts in eine so sehr exponierte Position begeben. Aber wir müssen zugleich bedenken, daß es fraglich ist, ob sie diese Position mit großer Zähigkeit behaupten werden. Geduld, Ausdauer, kaltes Blut sind Eigenschaften, welche ich bisher bei meinen badischen Landsleuten am seltensten gefunden habe.

Die Stellung, welche Baden eingenommen, ist unbedingt mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Wir sind von jedem Wechsel der europäischen Lage bedroht und wir sollen zu allen Chancen einer dunklen Zukunft alle Lasten der Glieder des Norddeutschen Bundes tragen, ohne ihre Vorteile zu genießen. Wir richten unser Militär genau so ein, als wären wir bereits im Bunde und haben überdies Rastatt auf dem Halse. Wir halten uns für jeden Kriegsfall geradeso verpflichtet. Wir nehmen im Zollverein nicht nur die gemeinsame Last auf uns, sondern wir haben das Malheur, von einigen Sätzen besonders empfindlich berührt zu werden. Bayern will durch die Aufhebung des Salzmonopols 600 000 Gulden für die Staatskasse verlieren, gibt aber zu, daß die Privaten mehr durch die Minderung des Salzpreises gewinnen. Die badische Staatskasse verliert, wenn ich nicht irre, an 300 000 Gulden, und die Privaten zahlen bei der Besteuerung mit zwei Talern das Salz teurer als bisher. Die Staatskasse wird durch die neue Postkonvention weitere 80 000 bis 100 000 Gulden durch den Wegfall des Transitportos verlieren. Tabaksteuer und Herabsetzung der Weinzölle würden wiederum Baden besonders hart treffen.

Das gibt einen Gesamtzustand, der längere Zeit kaum behauptet werden kann. Es ist unsern Leuten etwas ganz Neues, daß der Staat nicht für jedes wirkliche Bedürfnis Geld hat. Sie haben seit zehn Jahren nur Steuerverminderungen kennen gelernt. Nun sollen sie eine beträchtliche Steuererhöhung tragen und gleichzeitig die Hände des Staats in unerfreulicher Weise verschlossen finden. Sie sollen dazu die ungewohnte Militärlast tragen, und zwar in einem beträchtlich höheren Maße als Württemberger und Bayern. Sie sollen endlich das Gefühl tragen, jeder französischen Feindseligkeit mehr als ein andrer deutscher

Staat exponiert zu sein und von ihren deutschen Nachbarn als törichte Störenfriede angesehen zu werden. Wir werden erleben, wie schwer es halten wird, die Militärorganisation strikt in der Zweiten Kammer durchzubringen. Nur das Argument: das ist für den Eintritt in den Norddeutschen Bund die conditio sine qua non, wird den Widerspruch beseitigen können. Wenn aber die Bevölkerung dauernd die Erfahrung machen sollte, daß sie militärisch mehr trüge als Württemberger und Bayern, ohne dadurch dem ersehnten Ziele näher zu kommen, so würde mit Notwendigkeit ein Umschlag erfolgen, dem die Regierung schwerlich imstande wäre, auf die Länge standzuhalten. Und zwar deshalb nicht, weil diese Reaktion von allen Seiten, von Frankreich, der Schweiz, von Württemberg und Bayern und wohl auch von Darmstadt geschürt werden, weil endlich der ganze Ultramontanismus sich auf die zu Preußen haltende Regierung stürzen würde.

Nun müßte ohne Zweifel diese Eventualität getragen werden, wenn die Lage der europäischen und deutschen Dinge eine Abhilfe unmöglich machte. Es scheint aber im Gegenteil, daß diese allgemeine Lage mit den speziellen badischen Interessen in der erwünschtesten Uebereinstimmung steht. Es scheint, daß wir kaum einen günstigeren Moment zu erwarten haben, um den Fuß fest über den Main zu setzen. Man scheint in Frankreich so ziemlich auf das gefaßt zu sein, was wir wünschen, und solange die Dinge in Italien stehen, wie sie stehen, wird Frankreich kaum in der Lage sein, gegen den Eintritt Darmstadts und Badens ein Veto einzulegen. Hat es doch das Zirkular vom 7. September hinnehmen müssen, ehe die römische Verwicklung akut wurde.

Nun aber hat die ebenso wunderliche wie unnötige Rede des Fürsten Hohenlohe vom 8. d. M.[1]) die süddeutsche Frage auf einen Punkt gebracht, wo es vielleicht indiziert wäre, die Stellung Preußens zu der Frage, ob ein einzelner süddeutscher Staat in den Norddeutschen Bund eintreten kann, noch präziser zu bezeichnen, als schon geschehen ist. Denn ich fürchte, diese kategorische Behauptung des bayrischen Ministers könnte im Süden und, was schlimmer, in Europa einen unangenehmen Rückschlag hervorrufen, wenn nicht eine sehr bestimmte Antwort darauf erteilt würde. Hier wird das vermutlich morgen geschehen; aber die Stimme Preußens, scheint mir, müßte hinzukommen, wenn die Badens durchdringen soll. Sie haben im Reichstag bei jeder Debatte Anlaß, diese Frage zu erörtern, und Sie können Graf Bismarck ganz nach gegenseitigem Belieben Gelegenheit geben, sich zu erklären. Die schwankende Lage in Württemberg und Bayern könnte durch eine solche

---

[1]) Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe I, S. 268 ff.

Aeußerung vielleicht erheblich zu unsern Gunsten beeinflußt werden. Eine solche Aeußerung könnte jedenfalls dem Ministerium Hohenlohe ein Ende machen, was mir in jedem Betracht von Nutzen zu sein schiene. Nicht als ob ich glaubte, daß er einen besseren Nachfolger finden würde, sondern weil ich denke, daß erstens ein solcher Wechsel die verzweifelte Lage des bayrischen Staats vortrefflich illustrieren, zweitens sie noch beträchtlich vermehren und drittens die Quelle einer bedauerlichen Konfusion beseitigen würde. Fürst Hohenlohe hat offenbar viele verständige Menschen wieder irregemacht.

Auf jeden Fall wird als feststehend angenommen werden können, daß nicht derjenige süddeutsche Staat, welcher sich den Interessen des Norddeutschen Bundes voll und aktiv anschließt, in eine üblere Situation geraten darf als diejenigen, welche sich nach Kräften gegen Preußen stemmen. Geschähe das, so würde es das wirksamste Mittel sein, um den Süden den Feinden Preußens in die Arme zu treiben, die doch einmal in die Lage kommen könnten, die süddeutschen Kräfte empfindlich gegen Preußen zu verwerten.

Aus alledem folgere ich: die Ereignisse der letzten acht Wochen haben die Politik des Norddeutschen Bundes gegenüber dem Süden auf eine wesentlich andre Basis gestellt. Graf Bismarck selbst hat an diesen Ereignissen durch sein Zirkular vom 7. September wesentlichen Anteil genommen und zugleich die veränderte Basis akzeptiert. Wir sind in ein rascheres Tempo versetzt, als früher beabsichtigt wurde; wir müssen allseitig in diesem Tempo bleiben, wenn wir nicht aus dem Takt kommen sollen.

*

Das Zollparlament, zu dem Bismarck, die Pläne Hohenlohes geschickt durchkreuzend, auch die Bayern trotz ihres Widerstrebens heranholte, war von ihm als ein weiterer Schritt zur deutschen Einheit gedacht. Für dieses eine Gebiet des wirtschaftlichen Lebens trat zum ersten Male ein gemeinschaftliches Organ der Volksvertretung zusammen. Das Zollparlament, das wiederholt seit 1848 als das kleinere Mittel von vorsichtigen Politikern bezeichnet worden war, sollte tatsächlich, wenn auch nur als Notbehelf, den ersten gemeinsamen Reichstag des deutschen Volkes darstellen; das Ausland, zumal Frankreich, sollte erkennen, daß trotz dem Festhalten an den Verträgen von 1866 der Fortschritt unaufhaltsam sei. In vielen Gemütern, bei den Nationalliberalen so gut wie bei der neugebildeten süddeutschen Nationalpartei,[1]) lebte der heimliche Glaube, wenn man das Zollparlament erst

[1]) Ihr Programm vom August 1867 (s. o. S. 76), das die Wiedervereinigung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland forderte, jede fremde Ein=

habe, es mit einer unwiderstehlichen parlamentarischen Initiative zu einem wirklichen Vollparlament ausbilden zu können.

Ein glänzender Sieg dieser Partei bei den süddeutschen Wahlen würde die Bewegung unwiderstehlich gemacht haben. Das Zollparlament hätte dann den Versuch machen können, seine Kompetenz zu erweitern, womöglich gar sich unmittelbar in einen Deutschen Reichstag zu verwandeln: wer weiß, ob Bismarck mit der starken Rückendeckung eines einheitlichen Volkswillens sich nicht auch zu einem rascheren Vorgehen entschlossen haben würde. Solche Hoffnungen des einen und Befürchtungen des andern Lagers sollten sich nicht erfüllen. Der Ausfall der Wahlen im Süden war eine Niederlage der Nationalpartei und des Einheitsgedankens. In Württemberg waren infolge des Zusammenwirkens der Regierung mit der demokratischen Volkspartei ausschließlich partikularistische Abgeordnete gewählt worden. Im ganzen kamen aus Süddeutschland 49 Gegner und 36 Anhänger der nationalen Richtung, und während die ersteren sich in einer süddeutschen Fraktion zusammenfanden und die partikularistischen Elemente des Norddeutschen Reichstages verstärkten, waren die letzteren nur zum Teil entschlossen, sich an die Seite der nationalliberalen Dränger zu stellen.[1] Die Nationalpartei hatte die Widerstände bei weitem unterschätzt, die unter der Führung der Ultramontanen gegen die Vollendung des Werkes von 1866 sich erhoben. Die Zuversicht der Partikularisten aber, nach dem Kriege

---

mischung zurückwies und die Schutz- und Trutzbündnisse als einen ersten Schritt bezeichnete, erklärte: „Das sog. Zollparlament ist ein Mittel, dem deutschen Volke endlich die gebührende Mitwirkung bei der Ordnung seiner wirtschaftlichen Angelegenheiten zu sichern ... Bei diesen Anfängen nationaler Gestaltung darf aber die Entwicklung nicht stehenbleiben. Wenn die Bevölkerung sich den gemeinsamen Lasten erhöhter Militär- und Steuerpflicht unterzieht, muß sie auch dringend verlangen, an den Rechten, welche die norddeutsche Bundesverfassung gewährt, vollen Anteil zu erhalten. Insbesondere ist das Verlangen von Süddeutschland, gemeinsam mit dem deutschen Norden, das deutsche Bürger-, Niederlassungs- und Gewerberecht zu ordnen und die im Art. 4 der Bundesverfassung näher bezeichnete nationale Gesetzgebung auszuüben, vollberechtigt und unabweisbar. In diesem Geist sind die bevorstehenden Wahlen zum Zollparlament zu vollziehen. Um jedoch das Ziel einer völligen Einigung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland zu erreichen, ist der Eintritt in den Norddeutschen Bund trotz der Lücken und Mängel seiner Verfassung und trotz beklagenswerter Mißgriffe der preußischen Verwaltung der einzig mögliche Weg."

[1]) Forckenbeck schrieb am 17. Mai an seine Frau: „Ich hatte noch die Hoffnung, daß eine vernünftige Organisation der besonnenen nationalen und liberalen Elemente in ganz Deutschland sich an das Zollparlament wieder anknüpfen werde. In drei langen Konferenzen mit Marquard Barth, Völk, Metz, Bluntschli, Bamberger schien die Sache zu gelingen. Da steckt sich auf einmal die deutsche Fortschrittspartei hier hinter einzelne unklare Bayern, und die ganze Sache stockte."

schwer erschüttert, erholte sich wieder und fühlte sich stark genug, jede Kompetenzüberschreitung des Zollparlaments im Keime zu ersticken.

Unter diesen Umständen hatten die anfänglichen Pläne der Nationalpartei wenig Aussicht.[1] Als bei der Wahl des Präsidiums der Heidelberger Bluntschli am 27. April Bennigsen als zweiten Vizepräsidenten vorschlug, erwies sich sofort, daß dieser Name, der mehr als jeder andre ein Programm war, bei den andern Fraktionen nicht durchzusetzen war.[2] Trotzdem beschloß die Nationalpartei, nicht auf einen Versuch zu verzichten, das einmal vorhandene Instrument des Einheitsgedankens in ihrem Sinne fortzubilden. Sie schlug eine Adresse an König Wilhelm vor — Bennigsens süddeutscher Freund aus dem Nationalverein, der Darmstädter Metz, stand an der Spitze der Unterzeichner —, aus deren sehr vorsichtig abgefaßten Sätzen doch immer wieder das sehnsüchtig erstrebte Endziel hervorleuchtete:

„Das von Euer Majestät berufene Deutsche Zollparlament fühlt sich als Vertretung des deutschen Volkes gedrungen, Zeugnis abzulegen von dem Streben der Nation. Euer Majestät bestätigen, wie das Bedürfnis des deutschen Volkes nach der Freiheit inneren Verkehrs und die Macht des nationalen Gedankens den Deutschen Zollverein allmählich über den größten Teil Deutschlands ausgedehnt hat. Wir leben der Ueberzeugung, daß jenes Bedürfnis unsrer Nation die Freiheit auf allen Gebieten fördern und die Macht dieses nationalen Gedankens auch die vollständige Einigung des ganzen deutschen Vaterlandes in friedlicher und gedeihlicher Weise herbeiführen wird. Eine naturgemäße Entwicklung hat zur Vertretung der gesamten deutschen Nation bezüglich ihrer wirtschaftlichen Interessen geführt. Die seit Jahrzehnten vom deutschen Volke erstrebte und seinerzeit von sämtlichen deutschen Regierungen als unabweisbares Bedürfnis anerkannte nationale Vertretung für alle Zweige des öffentlichen Lebens kann unserm Volke auf die Dauer nicht vorenthalten werden. Die Liebe zum deutschen Vaterlande wird die inneren Hindernisse zu beseitigen wissen. Die nationale Ehre wird das ganze Volk ohne Unterschied der Parteien zusammenführen, falls von außen versucht werden sollte, dem Drange des deutschen Volkes nach größerer politischer Einigung entgegenzutreten. Unsre Nation achtet fremdes Recht und wünscht friedlichen Verkehr mit allen ihren Nachbarn. Sie darf daher gleiches von andern erwarten, falls ihr das eigne Wohl eine Aenderung in ihren inneren Einrichtungen nötig erscheinen läßt."

---

[1] Die Zahl der Nationalliberalen, die im Reichstage 82 betrug, vermehrte sich nach Schäffle „durch offenen und verschämten Zutritt Süddeutscher auf etwa 95".

[2] Bluntschlis Lebenserinnerungen III, S. 188.

Bennigsen aber fiel nach seiner ganzen Vergangenheit die Aufgabe zu, diese Adresse zu begründen. Er tat es in einer Weise, die den Gegner entwaffnen und auch den Bedenklichen den Anschluß erleichtern sollte:

„Wenn die Gesamtlage so ist, so möchte ich doch glauben, daß wir, ehe wir an die einzelnen Gesetzesvorlagen gehen, die sich mit bestimmten materiellen Interessen beschäftigen, uns sehr wohl bewogen fühlen können, in einem Gesamtausdrucke der Thronrede gegenüber unsre Stellung zu nehmen, zu der Bedeutung des Zollparlaments überhaupt in dieser allmählichen schrittweisen Entwicklung der deutschen Verfassung. Es ist zwar, wie ich höre, von einzelnen Seiten hervorgehoben, daß es besser sei, diese Frage zu vertagen, sie weder zu diskutieren noch zum Austrag zu bringen, sich lediglich mit materiellen Dingen zu beschäftigen und von der gemeinsamen Arbeit auf diesem Gebiete zu erwarten, daß wir uns näher gerückt und dann auch besser gerüstet sein werden zur Lösung der großen politischen Aufgaben, die uns demnächst doch zweifelsohne gestellt werden. Ich für mein Teil bezweifle, daß das der beste, der richtigste, jedenfalls, daß es der allein richtige Weg ist. Diejenigen Dinge, die das Zollparlament auf dem engbegrenzten Gebiete seiner Tätigkeit beschäftigen, sind materielle Interessen, indem die Gegensätze von Produktion und Konsumtion, von Schutzzoll und Freihandel, von Küstenland und Binnenland, von Norden und Süden in der schärfsten Weise zur Sprache kommen werden; und es ist sehr fraglich, ob man diese Fragen auf dem Gebiete allein für sich beschränkt lösen wird, wenn nicht eben dieser materielle, leicht in Ausartung geratende Gegensatz geläutert und gehoben wird dadurch, daß die Regierungen und die Vertretung, welche sich mit diesen Aufgaben, mit solchen schweren Gegensätzen zu beschäftigen haben, zugleich die gesamten Aufgaben des Staatslebens und der Kultur einer großen Nation zu führen haben. Von dem engeren Gebiete der materiellen Interessen abgehoben, mit dem ganzen Leben einer Nation in Verbindung gebracht, da werden derartige Gegensätze viel leichter die Schroffheit verlieren, als wenn man, gezwungen, sich lediglich in solche materielle Dinge zu vertiefen, gedrückt durch das Gefühl, daß für die gesamten Aufgaben der Nation noch keine vollständige Vertretung vorhanden ist, nun alle diese andern Aufgaben entweder ganz einer späteren Zeit oder sie Faktoren überlassen muß, bei denen man mitzuwirken gar nicht imstande ist.

„Ich möchte dann noch auf ein andres Verhältnis aufmerksam machen, das auch in der Adresse berührt ist, ein Verhältnis, das hier zur Sprache zu bringen — mag es auch einige Bedenken haben —,

doch in einer so großen Versammlung, in der Vertretung eines ganzen Volkes, die am wenigsten diplomatische Rücksichten sich aufzuerlegen hat, unumgänglich erscheint. Dasjenige, was im Jahre 1866 für Deutschland erreicht ist, vom Jahre 1866 bis zum heutigen Augenblick fortgebildet ist, ist geschehen allerdings unter Zulassung von Oesterreich, ist geschehen unter Zulassung der andern auswärtigen Mächte. Daß eine besondere Neigung vorhanden sein konnte, in Deutschland eine große europäische Macht auf dem Kontinente von neuem entstehen zu sehen, wird man von den fremden Mächten gewiß nicht annehmen können. Wenn wir überhaupt auf diesem Wege bislang nicht gehindert worden sind, so ist das geschehen, weil diese Entwicklung niemals abgebrochen worden ist. Es ist das geschehen, weil, trotz aller Gegensätze unter den Parteien, trotz der verschiedenen Stellungen zu dieser Frage in Nord und Süd, doch im ganzen der Instinkt der Masse des deutschen Volkes für die Notwendigkeit der Entwicklung und dessen Kundgebungen den Eindruck beim Auslande hervorrief, daß die deutsche Nation endlich einmal Ernst machen will mit der Verwirklichung ihrer staatlichen Einigung, daß sie entschlossen ist, wenn auch die Vollendung derselben selbst noch längere Jahre erfordert, allzeit jede unberufene Einmischung des Auslandes zurückzuweisen.

„Wenn aber dieser Eindruck verschwinden sollte, wenn er nur im wesentlichen nachlassen sollte, dann wird die alte Neigung, sich in deutsche Zustände einzumischen, die alte Neigung, Deutschland schwach und geteilt zu erhalten, sofort wieder erstehen, und wenn derartige Krisen lange dauern, so wissen wir nicht, ob nicht ein für das Ausland günstiger Moment einmal eintreten wird, in unsre Verhältnisse in einer unsre ganze künftige Entwicklung störenden Weise einzugreifen. Wir haben also, meiner Meinung nach, ein großes Interesse dabei, daß die Entwicklung zur deutschen Einheit nicht ins Stocken kommt, daß der Zustand der Aufregung, der in diesem Augenblick noch vorhanden ist, der Entschluß zu einer staatenbildenden schöpferischen Tätigkeit auf dem politischen Gebiet nicht verschwindet und den gewöhnlichen Alltagsstimmungen ruhiger friedlicher Zeiten Platz macht. Wir wissen sehr wohl, daß eine gewisse Gefahr auch in solcher Aufregung und in ihren Gegensätzen liegt. Noch sind die Wunden, die der Krieg von 1866 geschlagen hat, nicht vernarbt, noch ist es leicht möglich, daß in den weiteren Kreisen unsrer inneren deutschen Entwicklung die Wunden wieder aufreißen. Aber ich möchte doch zunächst behaupten, daß niemals ein gewaltiger blutiger Krieg innerhalb eines der großen Völker mit solcher Schonung und Humanität, mit solcher Achtung des Gegners, auch des besiegten Gegners geführt worden ist. Ich halte das für den größten

Triumph dieses Jahrhunderts, daß eine solche Aufopferung in der Pflege der Verwundeten und Kranken, eine solche Achtung, wie sie in der offiziellen Geschichtschreibung unmittelbar nach dem Kriege in den militärischen Werken hervortritt, während und in unmittelbarer Folge eines der größten Kriege der Geschichte hervortreten konnten.

„Wenn dies der Fall ist, so wollen wir der Erregung der Gemüter, die noch fortdauert, uns freuen insoweit, als nur in den Zeiten solcher Aufregung und nicht gewöhnlicher Stimmungen überhaupt der Entschluß in einem Volke entstehen kann, große Veränderungen in seiner Verfassung in die Hand zu nehmen und durchzuführen. Die Aufgabe, die jetzt an die deutsche Nation gestellt ist, ist eine der größten und schwierigsten, welche je einer großen Völkergemeinschaft geworden ist. Wir wissen aus der Geschichte, daß selbst große Kulturvölker, ich erinnere an das griechische, es niemals vollständig erreicht haben, eine politische Einheit selbst in ihren besten Zeiten unter sich herzustellen, wir wissen es aus der Geschichte andrer Völker und leider auch aus der Geschichte der Deutschen, daß in Zeiten, in denen wir eine größere politische Macht schon waren, in denen eine größere staatliche Einheit unter uns vorhanden war, es doch immer nur der gewaltigen genialen und heroischen Kraft einzelner Fürstengeschlechter, einzelner vorherrschender Stämme gelungen ist, *für kurze Zeit* eine solche Einheit herzustellen; *auf die Dauer* ist es selbst in den großen Perioden des Mittelalters Deutschland niemals möglich gewesen, sie zu erhalten. *Wir*, wenn jemals, haben die Aufgabe zu lösen, in diesem Menschenalter den Deutschen eine Verfassung, eine politische Einheit für das ganze Gebiet seines staatlichen und Kulturlebens herzustellen; wir, wenn es jemals gelingen soll, müssen hinter der Größe dieser Aufgabe nicht zurückbleiben.

„Wenn diese Aufgabe überhaupt gelingen soll, so haben wir meiner Meinung nach zwei Feinde — seien es feindliche Parteien, seien es einzelne widerstrebende mächtige Faktoren — zurückzuhalten. Einmal müssen wir im Norden den Gedanken aus unsrer Brust austilgen, wir müssen verhindern, daß er in der Brust der Regierenden aufkommt, daß man dem Süden, dem im Kriege besiegten, dem an Zahl schwächeren, Gewalt antue, daß man ihn wider seinen Willen zwinge, in politische und Rechtsgemeinschaft mit uns einzutreten. Auf der andern Seite — und diese Gefahr ist ebenso groß, diese Gegner der deutschen Einigung halte ich für ebenso gefährlich — müssen wir hier unter uns und im deutschen Volke klarstellen, daß es den ganzen deutschen Staat, alles, was jetzt erreicht ist, ins Verderben stürzen kann, wenn man den Abschluß, der aus dem Kampfe im Jahre 1866 hervorgegangen ist,

wieder in Frage stellen will, wenn man in Frage stellen will, daß für künftige Zeit die im Jahre 1866 gewonnene Grundlage das unerschütterliche Fundament für den Ausbau der deutschen Verfassung ist und bleiben soll. Ich weiß nicht, ob hier unter den süddeutschen Vertretern viele sind — einzelne mögen es sein —, ich weiß nicht, ob eine große Partei in Süddeutschland besteht — ich bezweifle es aber —, die eben auf die Rückkehr zu den alten Zuständen vor dem Jahre 1866 hinarbeiten wollen; ich halte diejenigen, die dem nachstreben, für ebenso große Feinde Deutschlands als diejenigen, die den Bürgerkrieg hervorrufen und Deutschland Gewalt antun wollen.

„Lassen Sie uns die Hoffnung hegen, daß das Jahr 1866 zum letzten Male Tausende von Sühneopfern im Kampfe Deutscher gegen Deutsche gefordert hat. Lassen Sie uns die Hoffnung hegen, daß dieses Menschenalter in friedlicher Entwicklung Deutschlands Macht, Freiheit und Einheit wiederherstelle! Diesem Gefühl, diesem Ziel Ausdruck zu geben, das ist dasjenige, was die Adresse verlangt: einen bestimmten Weg, einen unmittelbaren Schritt dafür nimmt sie nicht in Anspruch, sie hielt es aber der Gesamtvertretung einer großen Nation für würdig, nachdem die Vertreter des Norddeutschen Bundes für sich allein eine klare Stellung zu dieser Frage genommen haben, auch hier in dieser Vertretung des ganzen deutschen Volkes eine bestimmte und feste Position für die politischen Aufgaben Deutschlands zu nehmen; sie glaubt, daß diese große Versammlung es nicht bloß dem deutschen Volke, sondern daß sie es auch dem Auslande schuldig sei: von vornherein klarzustellen, daß wir unsre deutschen Aufgaben für uns lösen wollen, daß wir Herren im Hause bleiben wollen und jede fremde Einmischung in die Angelegenheiten unsers Landes zurückweisen.

„Ob nach Zusammensetzung dieses Zollparlaments eine Mehrheit für einen solchen Ausdruck, sei es in Form einer Adresse, sei es in irgendeiner andern Form, zu finden ist, weiß ich nicht, aber mit der Zuversicht lassen Sie mich schließen, indem ich Ihnen die Annahme dieser Adresse empfehle: Mögen die Diskussionen des heutigen Tages und mögen die Diskussionen in den nächsten Wochen, in denen die Vertreter des ganzen deutschen Volkes im Zollparlament vereinigt sind, stets von dem Gedanken durchweht sein, daß es im Interesse des Vaterlandes unsre Pflicht ist, alles Verletzende, alles Trennende, alles Feindselige zurücktreten zu lassen, und alles Gemeinsame, alles Einigende hervorzuheben!"

Der versöhnliche und maßvolle Ton der Rede[1]) mußte dem Haß der partikularistischen Gegenseite ungewohnt genug vorkommen. Trotz-

[1]) Vgl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe I, S. 308. — Hans Blum schilderte den Eindruck der Rede: „Wir kennen keinen Redner

dem erlangte die Adresse nicht die Mehrheit der Versammlung. Bismarck hielt sich zurück und hatte auch, bei dem ungewissen Ausgang, den Konservativen nahegelegt, dagegen zu stimmen. Auch manche süddeutsche Freunde der Einheit, wie Roggenbach und Hohenlohe, hielten, obgleich in der Sache übereinstimmend, es für politischer, über die Adresse zur Tagesordnung überzugehen. Zwar boten später die sachlichen Verhandlungen des Zollparlaments, an denen Bennigsen sich nicht beteiligte, mehrfach Gelegenheit, die nationalen Töne anzuschlagen. Bismarck hob mit dem Wort: „Ein Appell an die Furcht findet in deutschen Herzen niemals ein Echo!" einen drohenden Finger gegen Frankreich auf, und in der Rede des Süddeutschen Völk schallte es unter begeistertem Zuruf zurück: „Es ist Frühling geworden in Deutschland." Aber am Ende war doch die süddeutsche Opposition sehr befriedigt, daß sie Schlimmeres verhindert habe; Schäffle [1]) rühmte sich, die Annexionslokomotive am Main zu noch längerem Stehen gebracht zu haben, und meinte sogar, seit 1866 sei die Berechtigung der großdeutschen Grundidee nicht nur nicht widerlegt, sondern glänzend hervorgetreten.

Für die Nationalpartei hieß es wiederum abwarten. Wieder war eine Gelegenheit verpaßt worden. Man blieb auf den Weg der diplomatischen Verhandlung, wozu bald die unermüdlichen Badenser wieder die Hand boten, oder der Hoffnung auf auswärtige Ereignisse mit ihrer entbindenden Kraft angewiesen. Gerade die treuesten Freunde der Einheit begannen trübe zu sehen. Was sollte werden, wenn das Ergebnis von 1866 nicht ein rasch überwundenes Provisorium blieb, wenn es sich vielmehr mit der Zeit befestigte und eine dauernde Dreiteilung des alten deutschen Landes einleitete! Auch in den Briefen Bennigsens, der in den Verhandlungen des Reichstages, Zollparlaments und Abgeordnetenhauses in den Jahren 1868 bis 1870 verhältnismäßig selten, öfter während einer ganzen Session kein einziges Mal, das Wort ergriff, wird vor allem im Herbst und Winter 1869/70 eine wachsende Verstimmung

---

des Hauses, dessen ganzes Wesen, dessen Antlitz, dessen Rede, ja dessen Stimme eine so beruhigende Sicherheit über seine grundehrliche deutsche Gesinnung bei allen Hörern hinterläßt, als Bennigsen. Gerade um deswillen war er der geeignetste Redner in diesem Augenblicke. Wer die edle, große Gestalt des Mannes jetzt die Tribüne besteigen sah und nun aus der vollen staatsmännischen Ruhe seiner Stimme und seiner Gedanken bei jedem Worte doch die Klangfarbe echt patriotischer Denkweise heraushörte, der wurde mit Freuden an die besseren Tage unsrer Presse erinnert, als noch nicht zum täglichen Brot demokratischer Blätter die Verleumdung und Verhöhnung Bennigsens und der Männer gehörte, die zuerst das deutsche Volk wieder wachriefen aus dem totenähnlichen Schlummer im Schatten des Bundestags!"

[1]) A. a. O. S. 277.

bemerkbar. Während die deutsche Einheit keinen Schritt vorwärts- machte und Bismarck noch im Februar 1870 den Antrag Laskers auf möglichst ungesäumten Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund mit nervöser Schärfe bekämpfte, führten die innerpolitischen preußischen Gegensätze und die ungeklärte Gestaltung der Kompetenzen zwischen Preußen und dem Bunde während des Provisoriums zu immer unerquicklicheren Reibungen.

Bald zeigte sich, daß jene neue Parteikonstellation, die sich im Februar 1868 infolge der Entfremdung zwischen Bismarck und den Konservativen gebildet hatte, noch keinen Bestand hatte. Als am 22. April 1868 im Norddeutschen Reichstage der Gesetzentwurf über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes zur Beratung stand, wurde er trotz scharfer Einsprache des Kanzlers auf Antrag Miquels mit 131 gegen 114 Stimmen in einer Fassung angenommen, in der die aus etwaigen Mängeln in der Verwaltung des Bundesschuldenwesens hergeleiteten Ansprüche sowohl vom Reichstage als vom Bundesrate selbständig gegen die verantwortlichen Beamten verfolgt werden sollten. Darauf zog Bismarck den Entwurf wieder zurück, und sein konservativer Freund Blanckenburg schrieb triumphierend an Roon: „Parlamentarisches Regiment oder königliches — da haben wir gestern wieder diese Flagge wehen lassen unter Bismarcks entschiedenster Führung." Bennigsen aber schrieb am 23. April an seine Frau: „Gestern ist dem Grafen Bismarck eine empfindliche Niederlage bereitet, welche er durch seinen Eigensinn gründlich verdient hat, und ihm ganz klar gemacht, daß er nichts ausrichten kann, wenn er fortfahren will, sich auf die Konservativen allein zu stützen. In Frankreich wird sehr stark gerüstet. Ob es zum Kriege kommt, gilt aber doch für sehr zweifelhaft."

Da zugleich die persönlichen Aeußerungen Bennigsens in diesen Jahren nur dürftig erhalten sind, so soll auf den schleppenden Fortgang der preußisch-deutschen Verfassungsentwicklung an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Er trägt den Charakter des Provisorischen. Es hatte nur akademische Bedeutung, wenn im Norddeutschen Reichstage ein von den Abgeordneten Twesten und Graf Münster eingebrachter Antrag auf Einführung verantwortlicher Bundesministerien den Antrag Bennigsens aus dem konstituierenden Reichstage wiederaufnahm und am 16. April 1869 mit 111 gegen 100 Stimmen trotz Bismarcks energischen Widerstandes angenommen wurde. Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Norddeutschen Bund und Preußen wurde auf dem Finanzgebiete immer notwendiger. Schon am 20. November 1868 unterstützte Bennigsen einen Antrag Laskers, dem Reiche selbständige Einnahmequellen zu schaffen. Die Frage wurde praktisch,

als der Finanzminister von der Heydt dem Norddeutschen Reichstage mehrere Steuerpläne vorlegte und die Liberalen die Gelegenheit benutzen wollten, eine organische Grundlegung der Finanzen durchzusetzen. Bennigsen erklärte am 22. Mai 1869, es sei nicht in der Ordnung, daß die neuen indirekten Steuern getrennt vom Budget und vereinzelt, ohne erkennbaren größeren Finanzplan, vorgelegt würden. Wenn die neue Steuer durch ein Defizit von 10 Millionen Taler im preußischen Haushalt nötig werde, das von 1870 an dauernd zu werden drohe, so habe der preußische Landtag, nicht der Reichstag, darüber zu entscheiden, ob dies tatsächlich der Fall sei. Wenn der Reichstag aber diese Entscheidung dem Landtage vorwegnehme, so müsse das einen Konflikt zwischen beiden Parlamenten hervorrufen, den die junge Verfassung nicht vertragen könne. In der Regierung sei Preußens Uebergewicht gesichert; solle aber in der Volksvertretung ein einheitlicher Schwerpunkt auf den Reichstag gelegt werden — was sein und seiner Freunde aufrichtiger Wunsch sei —, so dürfe jede Kompetenzübertragung nur ordnungsmäßig und auf gesundem Wege friedlicher Entwicklung, d. h. mit freier Zustimmung des Landtages geschehen. Der Reichstag könne auch deshalb nicht entscheiden, ob das Defizit Tatsache sei, weil das vorgelegte Material nicht genüge. Er sei — mit einem großen Teil seiner Freunde — auch der Meinung, daß eine indirekte Steuer wesentlich richtiger sei als eine neue Auflage auf die direkte; daß ferner ein Staatswesen wie der Norddeutsche Bund immer mehr finanziell selbständig werden müsse und daß die Matrikularbeiträge mit der Zeit fortfallen sollten. Aber das alles müsse im System und im Zusammenhang mit den genau festgestellten Bedürfnissen der Bundesstaaten geschehen, nicht so willkürlich und „tropfenweise" wie in den Vorlagen der Regierung. Man lasse lieber die Vorlage unerledigt, berufe zuerst den preußischen Landtag früher als sonst (schon recht bald!), lasse ihn über die Frage des Defizits entscheiden, und dann kann im Notfalle noch in diesem Jahre der Reichstag in eventueller außerordentlicher Session entscheiden über einen bis dahin hoffentlich verbesserten Finanzplan.

Im übrigen wehrte Bennigsen die Angriffe von Regierungs- und andern Blättern auf die nationalliberale Partei ab, daß sie im bloßen Machtstreben die Reichspolitik schädigen wolle durch Verweigerung indirekter Steuern und der Unterstützung Preußens durch den Bund. Die Nationalliberalen seien für Stärkung des Reichtags gegenüber den Landtagen und für großzügige Reichsfinanzpläne, aber nur mit freier Zustimmung des Abgeordnetenhauses und in planvollem Zusammenhange, zu haben. Zum erstenmal war in diesen Verhandlungen die Frage berührt, die für das Verhältnis von Regierung und Parlament, von Reich

und Einzelstaat die eigentlich entscheidende werden sollte. Auch am 1. April 1870 warf Bennigsen in der Etatsberatung des Reichstages anläßlich eines Einnahmepostens von preußischen Beiträgen zur Besorgung preußischer Angelegenheiten durch den Bund die Kompetenzfrage Reichstag oder Landtag auf und empfahl die Streichung des Postens, um einen Konflikt mit dem Landtage, der ihn doch erst bewilligen müsse, zu vermeiden.

Aus den Briefen Bennigsens an seine Frau.

Berlin, 5. Mai 1869.

... Hier ist jetzt eine sehr ernsthafte Ministerkrisis, von der aber nur wenig Menschen außerhalb der Regierung wissen. Die preußischen Finanzen sind lange nicht mehr so in Ordnung, wie es sein sollte, und vermutlich wird der Finanzminister, auf den ein großer Teil der Schuld fällt, Herr von der Heydt, von Bismarck, welcher ihn ohnedies nicht ausstehen kann, beseitigt werden.

Berlin, 17. Oktober 1869.

... Hier fangen die Geschäfte langsam und langweilig an. Sitzungen im Abgeordnetenhause sind in der ganzen Woche nur zwei gewesen. Dafür haben wir uns aber in der Partei neulich mit Beratungen der neuen Kreisordnung beschäftigt, von der freilich niemand sagen kann, ob dieselbe nicht nach monatelanger Verhandlung im Abgeordnetenhause ins Wasser fällt. Gesetzentwürfe erhalten und erwarten wir so viele, daß niemand recht daran glaubt, wir würden bis Weihnachten fertig. Möglich ist freilich, daß irgendein europäisches Ereignis dazwischenkommt. In Frankreich ist eine ganz revolutionäre Stimmung und der Kaiser ganz kaput, die spanischen Zustände sind in voller Auflösung begriffen, und dazu kommt, daß der Kaiser Alexander, welcher Preußen günstig gesinnt ist, während der Thronfolger stockrussisch ist, unheilbar krank ist, wie versichert wird, an Gesichtskrebs, sich kaum mehr zeigen kann und schwermütig wird. Ueber Bismarcks Zustand zuverlässige Nachrichten zu erhalten, ist kaum möglich. Den letzten Mitteilungen zufolge ist er aber in einem so erbärmlichen Zustande und so aufgeregt, daß an eine dauernde Uebernahme der Geschäfte bei ihm kaum gedacht werden kann. Der Finanzminister Heydt wird vermutlich in einigen Wochen seinen Abschied nehmen, da er mit allen seinen Maßregeln durchfällt und die konservative Partei überdies noch entschiedener gegen sich hat als uns. Das große Schulgesetz des Herrn von Mühler wird erst in einem Monat dem Landtage vorgelegt werden können. Es noch zu beraten hieße also leeres Stroh dreschen. Alles zusammengenommen begreifst Du also wohl, daß hier nicht die angenehmste Temperatur unter den Abgeordneten herrscht und ich diese ganze Session

schon wiederholt zum Teufel gewünscht habe. Nimmt die Sache diesen Winter für den Landtag nicht eine bessere politische Wendung, so mögen sich die Bremenschen Marschen im nächsten Sommer einen andern Abgeordneten für den Landtag wählen, und ich bleibe „bei Muttern".

Berlin, 14. Dezember 1869.

... Mir geht es gut bei allem Aerger, den man täglich über die gesamten erbärmlichen Zustände in Preußen und unsre Parteiverhältnisse im besonderen hat. In der letzten Zeit sind noch die Differenzen hinzugekommen, welche sämtliche übrigen namhaften Personen unsrer Partei mit Lasker wegen des Konsolidationsgesetzes haben, welches er mit einem Sechstel der Parteigenossen umwerfen will.

Berlin, 10. Januar 1870.

... Heute sind Forckenbeck und ich zu einem Ball bei dem englischen Gesandten Lord Loftes geladen, wo wir auch die chinesischen Gesandten treffen werden. Da ich gestern Muße hatte, habe ich der Uebung im Französischen wegen zwei Lustspiele von Molière gelesen und drei andre im französischen Theater angesehen. Am Ende muß ich noch mit Fräulein Brendecke mich im Französischsprechen üben und Konversationsstunde im Sommer in Hannover nehmen. Es ist hier unter Umständen ganz unvermeidlich, ohne Beschwerde Französisch sprechen zu können, und ich bin seit so viel Jahren ganz aus der Uebung gekommen.

Berlin, 16. Januar 1870.

Nächsten Montag nachmittag zwei Uhr denke ich auf zwei Tage nach Hannover zu kommen. Ich kann leider am Sonnabend noch nicht abreisen, weil Bismarck an diesem Tage uns drei Präsidenten und den Minister Delbrück zum zweitenmal allein bei sich zu Mittag haben will, um wegen der ganzen Geschäftslage, Berufung des Reichstages, Kreisordnung, späteren Landtagssession nach dem Reichstag und allen diesen schönen Dingen vertrauliche Rücksprache zu nehmen. Die ganzen Geschäfte hole hier der Teufel! Das ist die Stimmung, in der sich neun Zehntel aller Abgeordneten befinden. Ich möchte sicher annehmen, daß mehr als ein Drittteil der Mitglieder des Abgeordnetenhauses sich das nächstemal nicht wieder wählen lassen, und wenn ich es nur irgend verantworten könnte, möchte ich liebend gern deren Zahl verstärken. Nachdem der arme Twesten schon seit einem halben Jahre todkrank daniederliegt, hat jetzt Herr von Hennig rasch hintereinander zwei allerdings anscheinend nicht sehr starke Schlaganfälle gehabt. Die Aerzte hoffen, daß er sich wieder erholen wird. Aber an der Landtagssession und dem Reichstage in diesem Frühjahre wird er sicherlich nicht ernst-

haften Anteil nehmen können. Es ist das wieder ein schwerer Verlust für unsre Partei, da er einer der schlagfertigsten Debatter der Nationalliberalen ist und in vielen Dingen, welche gerade in den nächsten Jahren geordnet werden sollen, weit praktischer und erfahrener als Lasker, welcher immer geneigt ist, nach Berliner Art alles systematisch bis zum Titelchen auf dem I zu behandeln, auch die Verhältnisse auf dem Lande, welche jetzt gesetzliche Regelung erhalten sollen, gar nicht aus eigner Anschauung kennt.

*

Ueber den Verlauf der Besprechung über die Kreisordnung erzählt Forckenbeck in einem Familienbriefe u. a.:

„Wegen der Kreisordnung kam es sogar bei dem Diner am Sonnabend bei Bismarck zu einem sehr ernsten Wortwechsel zwischen ihm und hauptsächlich Bennigsen, welchem letzteren ich beistand. Es waren bei Tisch Bismarck, Bennigsen, von Köller, Delbrück und ich, später nach Tisch erschien auch Eulenburg. Nach Tisch wurde eine förmliche Session gehalten, in der Minister Delbrück das Wort erteilte. Graf Bismarck (es war ziemlich viel getrunken) hielt eine lange Rede vom Standpunkte des auswärtigen Ministers, schilderte die Gefahren für Preußen und die deutsche Einigung, wenn wieder Zwiespalt entstünde. und griff dann namentlich Miquel und Lasker hart an. Bennigsen und ich meldeten uns fast gleichzeitig zum Worte. Bennigsen erhielt es zuerst von Delbrück und erwiderte sehr entschieden und grob, sagte u. a., er habe sich nicht einladen lassen, um seine Freunde angreifen zu lassen. Dann kam von Köller, dann ich, der erklärte, überall Bennigsen beitreten zu müssen; der Minister müsse nicht glauben, es mit Lasker und Miquel allein zu tun zu haben, die gesamte liberale Partei stehe hinter denselben, wolle keine vom König ernannten Amtshauptleute. Allmählich beruhigten sich die Gemüter, gegen elf Uhr gingen wir auseinander. Bismarck lud uns noch nach Varzin ein, und eine Vertagung des Landtags, nicht Schluß wurde in Aussicht genommen."

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 8. Februar 1870.

... Reichstag und Zollparlament werden wenigstens bis Anfang Mai dauern. Ob dann noch eine außerordentliche Session des Landtages berufen wird, ist nicht ganz sicher. Gestern abend sagte mir allerdings Graf Bismarck auf einem Ball beim Prinzen Albrecht, daß er jedenfalls darauf bestehen werde, sei es auch nur eine Session von vier Wochen, weil sehr wichtige Justiz- und Finanzgesetze in diesem Frühjahr jedenfalls fertig werden sollten.

Berlin, 10. Februar 1870.

Morgen abend wird der Landtag vielleicht geschlossen. Gottlob scheint es, daß er doch dazu beigetragen hat, Minister Mühler zu beseitigen.[1]) Es heißt gerüchtweise, daß Herr Mommsen, Vizepräsident des Appellationsgerichts in Kiel, dessen Du Dich vielleicht von Göttingen her erinnerst, sein Nachfolger wird.

Berlin, 17. Februar 1870.

Die Konstituierung des Reichstages hat sich wegen Beschlußunfähigkeit der Versammlung bis morgen verzögert. Unmittelbar nach derselben kann ich, da ich anscheinend wieder zum Vizepräsidenten gewählt werde, nicht gut fort. Ich komme also erst Ende nächster Woche, worüber ich Dir noch speziellere Nachricht gebe.

Es ist recht traurig, daß ich wieder so lange von Dir und den Kindern getrennt bin. Nach dieser ermüdenden, größtenteils inhaltslosen Landtagssitzung von vier bis fünf Monaten gehe ich übrigens wieder ernstlich, ebenso wie viele andre, mit dem Gedanken um, eine Wiederwahl zum Landtag abzulehnen. Es ist doch in der Tat gar keine menschliche Existenz zu nennen, sich jedes Jahr acht Monate und länger in Berlin als Abgeordneter umherzutreiben und sich vor der Zeit stumpf und mißvergnügt aufzuarbeiten.

Berlin, 5. März 1870.

Ich weiß gar nicht, wie Du dazu gekommen bist, wegen meiner Gesundheit besorgt zu sein. Ich bin doch in Hannover gesund genug gewesen! Auf Deinen Wunsch habe ich Dir gestern aber doch in äußerster Eile — Deinen Brief fand ich erst beim Zuhausekommen, wo mir nur wenige Minuten blieben, mich zur königlichen Tafel umzukleiden — Nachricht über mein Befinden gegeben. Laß Dir nur von Stromeyer nichts weismachen. Eine Badekur — Karlsbad u. s. w. — werde ich nicht gebrauchen. Das ist auch viel zu langweilig und gar keine Erholung für mich, denn an langer Weile haben wir hier in Berlin schon Ueberfluß. Eine Tour in die Berge der östlichen Schweiz und nach Norditalien wird mir viel erfrischender sein für Herz und Nerven. Ich muß einmal ganz heraus auf einen Monat aus den Eindrücken Norddeutschlands.

Auf dem Diner beim König traf ich nach langer Zeit auch wieder einmal den Herzog von Koburg. Er bat mich, ihn heute morgen zu

[1]) Am 27. November 1869 machte Bennigsen den Kultusminister dafür verantwortlich, daß in den hannoverschen Konsistorien ein kirchlicher Separatismus im orthodox-lutherischen Sinne mit Antipathie gegen das unionistische Preußen herrsche und daß die alten Gegner sich durch Verbindung der kirchlichen und politischen Gegensätze derart gestärkt hätten, daß in Hannover wirklich eine Gefahr heranzuwachsen drohe.

besuchen, da er nur auf zwei Tage hier ist zum Besuch beim Kronprinzen. Uebrigens behauptete er, daß nicht bloß er, sondern die meisten deutschen Fürsten, mit Ausnahme der Könige, ihrer jämmerlichen Scheinsouveränität total überdrüssig seien und den Tag segnen würden, wo sie eine Stellung ähnlich der der englischen Herzöge und Pairs im Hause der Lords in einem deutschen Oberhause nach Wiederherstellung des Kaisertums einnehmen könnten.[1])

Berlin, 6. April 1870.

Es ist noch zweifelhaft, ob wir Donnerstag oder am Sonntag nach Ostern zum Zollparlament wieder hier sein müssen. Hoffentlich erst am Sonntag. Wenigstens habe ich mich gestern sehr bemüht, Bismarck und Delbrück dies plausibel zu machen, weil wir doch im andern Fall erst am Montag zur Präsidentenwahl in beschlußfähiger Anzahl hier sein würden.

Berlin, 18. Mai 1870.

Wir schleppen uns hier mit großer allgemeiner Abspannung und Ermüdung von einem Tag zum andern hin. Das Ende ist aber jetzt abzusehen. Länger als bis zum Schluß nächster Woche dauert die Sitzung jedenfalls nicht, vielleicht nur bis zum Mittwoch. Ich werde natürlich unmittelbar am Abend nach dem Schluß der Sitzung nach Hannover zurückkehren. Simson ist seit einiger Zeit leidend und seit gestern sogar bettlägerig, so daß der Herzog von Ujest und ich jetzt immer am Platze sein müssen. Der Präsident, welcher ein Fußleiden hatte, war so töricht, trotz unsers wiederholten Zuredens den ganzen Weg bei der Beerdigung Waldecks auf dem zum Teil sehr schlechten Berliner Pflaster inmitten der Fahrbahn zu Fuße mitzumachen, zwei Stunden lang. Bismarck ist so elend, daß er vielleicht gar nicht mehr während des Reichstages herkommt. Dieser Zustand ist allmählich gar nicht mehr möglich. Bismarck wird am besten tun, auf ein Jahr oder länger sich förmlich von allen Geschäften zurückzuziehen, wenn er überhaupt noch wieder zu Geschäften dauernd tüchtig werden will. Als sein Nachfolger wird eventuell General Moltke genannt.[2]) Heute mittag bin ich auf einem Diner bei Miquels. Miquel scheint sich hier sehr rasch in der Hautefinance einzubürgern und Ansehen zu verschaffen. Es wird aber allerdings von Börsenleuten schon darüber geklagt, daß er zu anmaßend sei und alles allein zu verstehen glaube.

---

[1]) Eine alte Lieblingsidee Herzog Ernsts. Er sagte zu Saucken schon im Jahre 1858: „Er selbst habe keinen andern Ehrgeiz, als dereinst Pair in einem deutschen Parlamente zu sein; das sei die schönste Stellung, die er wünsche." (Th. von Bernhardi III, S. 28.)

[2]) Vgl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe II, S. 9.

Der Ausbruch des Krieges im Sommer 1870 gab endlich die Gelegenheit, den lähmenden Druck zu beseitigen, den gerade die Nationalpartei seit 1859 immer wieder als Hindernis der deutschen Einheit empfunden und zu beseitigen versucht hatte. Nach Königgrätz noch hatte Bennigsen in dem gemeinsamen Krieg des Nordens und Südens gegen Frankreich die erwünschteste Ablenkung aus dem Bürgerkriege gesehen und im Frühjahr 1867 aus innerster Ueberzeugung das Spiel Bismarcks in der Luxemburger Frage unterstützt, um die durch Napoleons Gebot geschaffene Mainlinie zu beseitigen. Jetzt war Wirklichkeit geworden, was man erhofft hatte. „Der Krieg mit Frankreich ist die Einheit des Reiches," rief Lasker sofort aus, und die von Miquel verfaßte Adresse des Reichstages, die am 20. Juli dem Könige durch das Präsidium Simson, Herzog von Ujest und Bennigsen überreicht wurde, sprach es aus: „Das deutsche Volk wird endlich auf der behaupteten Walstatt den von allen Völkern geachteten Boden friedlicher und freier Einigung finden. Eure Majestät und die verbündeten deutschen Regierungen sehen uns, wie unsre Brüder im Süden bereit."

Und obgleich das Schwert des deutschen Volkes und die diplomatische Arbeit seiner Staatslenker naturgemäß jetzt in der ersten Linie standen, um diese Einheit herbeizuführen, so wollten doch die Führer der Nationalliberalen nicht beiseitestehen, als ihr Ideal ins Leben trat. Sie konzentrierten ihre Bestrebungen auf die Vollendung des Einheitswerkes, auf Bekämpfung der dagegen in Bayern und Württemberg von den Regierungen und einem Teil des Volkes erhobenen Widerstände, auf die möglichste Ausbildung und Ausdehnung der Verfassung im einheitlichen Sinne; denn darüber war man von vornherein klar, daß die Stunde nicht geeignet war, eine Erweiterung der freiheitlichen Rechte des Volkes herbeizuführen, wie einige Führer der Fortschrittspartei eine Zeitlang wähnten. Um so eifriger wandten diese Männer alle Kräfte auf, um alles Sträuben des politischen Sondertums, das sie seit einem Jahrzehnt so heiß befehdet hatten, vollends zu überwinden. Die Süddeutschen, die sich an die Führer der norddeutschen Nationalliberalen wandten, „an welche sich," wie Hölder schrieb, „die nationale Partei in Württemberg, Baden und Hessen anzuschließen hat," gedachten mit Nachdruck auch des Erwerbs des Elsaß und eines Teiles von Lothringen, um die dauernde militärische Sicherung gegen die Macht zu erlangen, die seit Jahrhunderten den Süden unter ihren Kanonen gehalten hatte. Es ist ja keine Frage, daß das ganze Unternehmen nur eine Hilfsaktion sein konnte, deren Wirkung doch nur von den Gewalten, welche die Entscheidung gebracht hatten, abhängig war; aber die von den Liberalen aufgerufenen Kräfte konnten immerhin von

unten her einen Druck auf den Eintritt der widerstrebenden Süddeutschen in den Bund ausüben und damit das Werk Bismarcks zu ihrem Teile erleichtern. Während die Fortschrittspartei an dem Doktrinarismus von 1867 festhielt und einen konstituierenden Reichstag für nötig erachtete, während die Konservativen sich spröde und mißtrauisch gegen jede außeramtliche Mitwirkung verhielten, während die meisten Klerikalen vollends in ihrer leidenschaftlichen Abwehr der Einheit sich verhärteten, waren allein die Nationalliberalen zu politischer Mitarbeit bereit. In allen Bemühungen dieser Männer lebt das patriotische Gefühl, nun bei den letzten Hammerschlägen für die Einheit mit anpacken zu können. Es war auch in Bennigsens persönlicher Entwicklung ein ihn tief befriedigender und erhebender Abschluß der Bestrebungen, die mit der Gründung des Nationalvereins von 1859 eingesetzt hatten.

Die Gesamtheit dieser Bestrebungen ist aus einer umfangreichen Veröffentlichung der von Lasker sorgfältig gesammelten Korrespondenzen aus seinem Nachlasse bekannt. [1]) Denn Lasker stand, von einem idealen Anhauch beseelt und von rührigster Betriebsamkeit belebt, in der Mitte dieser Bestrebungen, überallhin Verbindungen anknüpfend, mahnend und ratend, mit seinem immer etwas doktrinären Zuge an der Verfassung bauend, aber doch auf der Höhe der ihm eignen Fähigkeiten und Verdienste; er scheint es gewesen zu sein, der selbst den ruhigeren Bennigsen damals mitgerissen hat. Die folgenden Papiere aus dem Nachlasse Bennigsens, um des Zusammenhangs willen ergänzt durch einige Briefe aus der Laskerschen Veröffentlichung, und einige bisher unbekannte süddeutsche Briefe, mögen seinen persönlichen Anteil widerspiegeln.

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 23. Juli 1870.

Bei dem ernsten Interesse, welches Sie für die anscheinende Verschiedenheit von Meinungen im Vorstande gezeigt, scheint es mir recht, Ihnen über den Verlauf der gestrigen Rücksprache zu berichten. Es stellte sich bald heraus, daß wohl verschiedene Ansichten vorhanden waren, aber keine scheidende Differenz. Miquel war merkwürdigerweise am ängstlichsten, zunächst nicht auf die Einheit als Ziel des Kampfes hinzuweisen, aber der eben zurückgekehrte Zabel erwiderte, daß dieses Ziel nicht allein im Bewußtsein, sondern auch im Munde aller lebt. Die Telegramme aus den fremden Ländern beweisen übrigens dasselbe. Zuletzt ergab sich Einverständnis, auch dafür, was gar nicht streitig war, daß über die Form der Einheit für jetzt nicht zu sprechen sei; das wäre ja kindische Torheit.

[1]) „Deutsche Revue", Bd. XVII, 2. 3. 4.

Sie scheinen den Eindruck zu haben, als ob ich um eigner Ansichten willen mich leicht von Freunden trenne; ich glaube von mir das Gegenteil. Aber es gibt Grenzen, wo für mich Zweifel, Bedenken und Rücksichten aufhören; eine solche Grenze wäre gewesen, zu verheimlichen, daß der Krieg um die Einheit geführt wird, der Friede nicht bloß den Bund unversehrt, sondern die staatliche Einheit der Nation bringen muß. Beschlossen ist, bei den Süddeutschen wegen einer Zusammenkunft anzufragen, auf welche ich persönlich übrigens nicht viel gebe. Wir kommen hier täglich zusammen, so viele von uns jeweilig freie Zeit haben; wir müssen in der Tat aufmerksam beobachten und dürfen namentlich kollektiv nicht ohne größte Besonnenheit vorgehen. Ich sage es den Beteiligten nicht, aber die geschehenen Schritte raten zu doppelter Vorsicht. Als wunderlich erwähne ich, daß Ewest, der Restaurateur, kurz nach unserm Mittagbrot wegen Begünstigung französischer Interessen durch Verbreitung unwahrer Gerüchte verwarnt worden ist und sein Lokal am nächsten Tage geschlossen, wie aber scheint, bald wieder eröffnet hat.

Leben Sie wohl, lieber Freund, und seien Sie überzeugt, daß ich stets glücklich sein werde zu wissen, daß unsrer beider Wege ganz zusammengehen, auch in der Einzelheit; denn daß unsre großen Ziele genau dieselben sind, weiß ich über jeden Zweifel.

M. Barth an Baumgarten.

14. Juli 1870.

Hier machen die Kammerverhandlungen eben jetzt den peinlichsten Eindruck. Während wir jede Stunde dem Ausbruch der Feindseligkeiten entgegensehen können, muß man stundenlange Reden über große Ersparungen anhören, die in dem Friedensbudget der Armee gemacht werden sollen! Unsre Pseudopatrioten sehen auch diesmal die Sehnsucht der Hohenzollern nach dem spanischen Thron als die einzige Ursache des Krieges an; darüber, was Bayern zu tun hat, sprechen sie sich wenigstens in der Kammer noch nicht aus; nach dem Gebaren ihrer Presse zu schließen, aber werden sie sicher nicht für ein Zusammengehen mit Preußen sein. Von einem casus foederis ist nach ihrer Ansicht keine Rede, denn es handelt sich ja nur um dynastischen Ehrgeiz, den wir nicht zu unterstützen brauchen! Also vorläufig Neutralität und später nach Umständen Wiederherstellung des Völkerrechts, wie sie das nennen, mit unsrer Hilfe. Von unsrer Regierung erwarte ich indes, daß sie die Allianzverträge achten und aus Weiß nicht Schwarz machen wird. Uebrigens hat unser Premier bei der heutigen Debatte, in welcher die Tagesfrage nicht unberührt blieb, den Angriffen Ehren-Jörgs auf

Preußen gegenüber nicht ein Wort der Erwiderung gehabt. Wir, d. h. die Nationalen, haben durch Völk unsern Gegnern den Standpunkt klargemacht, auf welchem wir uns befinden. Was unsre Kriegsbereitschaft betrifft, so hat mich heute der Kriegsminister versichert, daß er in vierzehn Tagen zwei Armeekorps, d. i. 75 000 Mann, marschieren lassen könne, und zwar ohne daß er einen einzigen Offizier mehr braucht, als er schon hat. Unsre neuen Gewehre sind zwar noch nicht fertig, aber unsre zu Hinterladern umgewandelten Podewilsgewehre sollen wenigstens so gut sein als die preußischen Zündnadelgewehre. Daß wir gut gerüstet sind, geht daraus hervor, daß der außerordentliche Kredit, den die Regierung für den Kriegsfall verlangen wird, nach Aeußerungen, die sowohl der Kriegs- als der Finanzminister mir gegenüber gemacht haben, nicht mehr als 5 bis 6 Millionen betragen wird. Mit der Anschauung, daß wir jetzt über der Verteidigung des deutschen Bodens alles übrige für den Augenblick vergessen müssen, bin ich vollständig einverstanden und hoffe auch, daß die besseren Elemente unter den Gegnern, wenn erst die Franzosen an irgendeinem Punkte die deutsche Grenze überschritten haben, doch auch ihr deutsches Gefühl wiederfinden werden.

München, 19. August 1870.

Es ist mir nicht möglich, Ihnen über das, was man hier in den entscheidenden Kreisen augenblicklich denkt und wünscht, aus eigner Beobachtung derselben zu referieren, denn die Majestät sitzt in Berg, wo sie niemand empfängt, die Minister leben von der Hand in den Mund und sind zufrieden, wenn sie ihr Portefeuille von heute auf morgen in Sicherheit wissen, und wir Nationalgesinnte sind bei Hof nichts weniger als personae gratae. Stauffenberg, welcher kürzlich von Berlin zurückkam und einen Auftrag von der Königin Augusta an unsern Serenissimus hatte,[1]) ist trotzdem nicht empfangen worden, und Hohenlohe selbst,

[1]) Stauffenberg hatte, wie ich einer liebenswürdigen Mitteilung seines Sohnes entnehme, als bayrischer Delegierter des Roten Kreuzes die Leitung eines größeren Lazarettzugtransportes übernommen. Bei den letzten Verhandlungen in Berlin über diesen Transport zog ihn die Königin Augusta ins Gespräch und schloß mit den Worten: „Sie könnten mir einen großen Gefallen tun, lieber Herr von Stauffenberg, wenn Sie meinem Neffen in München sagen wollten, wie sehr ich mich über seine gut deutsche Haltung gefreut habe." Stauffenberg wäre geneigt gewesen, die Worte als bloße Konversation aufzufassen, aber auf das Drängen der preußischen Mitglieder des Zentralbureaus gab er seinen ursprünglichen Auftrag zurück, um in politischer Mission nach München zurückzukehren. Hier ging es ihm, wie er fast vorausgesehen hatte, er meldete sich beim König, dieser ließ ihn fragen, was er wolle, und empfing ihn nie — so daß er statt der praktischen Liebesarbeit im Felde nun vergeblich in München auf eine Audienz warten mußte.

bei dem ich vorgestern war,[1]) weiß nicht mehr als ich, vermeidet übrigens auch, sich zuzudrängen. Indes ich kenne die hiesigen Verhältnisse so lange und aus meinem Kammerleben so genau, daß ich mit aller Sicherheit aus dieser Kenntnis einer- und der momentanen Lage der Dinge anderseits konjekturieren kann, wie man sich zu den letzteren verhält.

Als man seitens unsrer Regierung bereitwillig die Allianzverträge in Vollzug brachte und demzufolge mit in den Krieg ging, hat man deshalb nicht aufgehört, die bayrische Selbständigkeit zu betonen. Lesen Sie, was der Kriegsminister von Pranckh in der Kammersitzung vom 19. Juli sagte: „Meine Ueberzeugung in bezug auf die neutrale Haltung ist diese: daß wir dann nur das sehr gelegene Objekt sind, über das sich die beiden großen streitenden Mächte in der allerkürzesten Zeit vereinbaren. Und dann ist es geschehen um uns. Beweist Bayern, daß es als selbständiger Staat nicht vergißt, daß es auch deutscher Staat ist ... Darin liegt seine Berechtigung, ein selbständiger Staat in Deutschland zu sein." Ferner: „Am meisten hat unser Gefühl geschmerzt, daß unsre Armee unter preußischem Kommando stehen soll. Wenn wir aber wünschen müssen, daß die deutschen Waffen siegen, dann ist die erste Bedingnis die Einheit des Kommandos. Aber fürchten Sie nicht, daß das, was für den Krieg ist, eine Nachwirkung haben werde. Wenn es aber kommen sollte, daß der Ausgang des Krieges, namentlich wenn er siegreich wäre, unsrer Selbständigkeit zu nahe treten würde, dann, wenn ich nicht auf diesem Posten bin, so rufen Sie mich, dann mache ich dahin feste Front, von wo man diese Selbständigkeit antasten will." Wegen dieser Rede erhielt der Kriegsminister andern Tags ein eigenhändiges Beglückwünschungsschreiben Seiner Majestät.

Die Selbständigkeit versteht man aber hier so, wie man sie immer verstanden hat, man sieht schon in dem Zollparlament einen Eingriff in dieselbe, und man möchte lieber zurück als vorwärts. Mich sollte es gar nicht wundern, wenn man die Ersetzung desselben durch eine andre Einrichtung, die nicht die Wirkung hätte, daß bayrische Abgeordnete nach Berlin kämen, als Preis der bewiesenen Bundesfreundschaft in Anspruch nähme.[2])

---

[1]) Vgl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe II, S. 18 f.

[2]) Vgl. dazu die Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe II, S. 20 (20. August 1870): „Werthern ... erzählte mir, daß Bray schon vor der Kriegserklärung ihn gebeten habe, in Berlin Bedingungen zu stellen, unter welchen Bayern an der Aktion teilnehmen werde, und zwar das Veto im Zollverein und die Revision der Allianzverträge u. s. w."

Rechnen Sie also nicht so weit auf die nationale Gesinnung der bayrischen Regierung, daß diese einen Teil ihrer bisherigen sog. Selbständigkeit freiwillig auf dem Altare des Vaterlandes niederlegte, sondern seien Sie überzeugt, daß ihr jede Konzession abgerungen werden muß. Einem Impuls von Berlin, zumal wenn er durch die nationale Erhebung unterstützt ist, wird man aber nicht Widerstand leisten können, vorausgesetzt, daß das, was verlangt wird, nicht übermäßig ist und daß man Bayern bei dem Vollzug der Bundesgesetze eine gewisse Selbständigkeit läßt. Uebrigens ist nicht zu befürchten, daß Preußen seine Forderungen zu weit treibt, denn Graf Bismarck weiß sehr wohl, daß ein Staat mit fünf Millionen Einwohnern nach wie vor dem Kriege nicht nach dem nämlichen Leisten behandelt werden kann wie die Reuß-Greiz und Reuß-Schleiz. Will man einen solchen Staat nicht, so muß man ihn auflösen, wenn man kann, aber solange er besteht, muß man ihn seinen Verhältnissen entsprechend behandeln.

An eine Kammerauflösung denkt weder die Regierung zurzeit, noch könnte ich zu derselben raten. Sie irren nämlich sehr, wenn Sie glauben, daß jetzt die Majorität des bayrischen Volkes eine andre politische Gesinnung habe als vor den letzten Wahlen. Das ist wenigstens jetzt noch nicht der Fall, wenn auch die eigentliche Gesinnung der sog. Patrioten zurzeit nicht so grell hervortritt, latet anguis in herba, und bei manchen ist der Ingrimm nur um so größer, weil sie ihn dermal nicht auslassen können. Es kann sich dies bessern, wenn unsre Soldaten zurückkehren und ihre Erlebnisse vis-a-vis den Preußen mitteilen, aber das geht langsam, bis es in Fleisch und Blut der Leute dringt. Ueberschätzen Sie ja den Beschluß unsrer Kammer vom 19. Juli nicht; wir haben unsern damaligen Sieg nicht der geänderten Ueberzeugung der Patrioten, sondern lediglich ihrer schlechten Taktik und Disziplin sowie der Piepmeierei einzelner davon zu danken.

Was Elsaß und Lothringen betrifft, so glaube ich, daß man sich hier nur dann für den Erwerb derselben interessieren wird, wenn man selbst etwas davon bekommt. Man wird dann gern einwilligen, den Rest an Baden abzulassen, sofern nur gleichzeitig die bayrische Rheinpfalz vergrößert wird. Dagegen würde man eine Vergrößerung Preußens im Süden sehr ungern sehen. Ich für mein Teil habe dagegen meine großen Zweifel, ob eine weitere Vergrößerung der Südstaaten im deutschen Interesse liegt. Ich glaube übrigens, daß eine Gebietsvergrößerung Bayerns der Köder wäre, wodurch man dieses leichter für die Erledigung der deutschen Verfassungsfrage in einer den nationalen Wünschen entsprechenden Weise bestimmen könnte.

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 18. August 1870.

Um nicht unnütz zu wiederholen, lege ich Abschriften des Briefes von Hölder an mich und des wesentlichen Teiles aus meinem Briefe an Forckenbeck bei; Sie ersehen daraus, was wir von Ihnen zu wissen wünschen. Mir wäre sehr lieb, wenn Sie mit einem andern die Mission nach dem Süden übernehmen wollten, doch wage ich kaum auf Ihre Bereitwilligkeit zu rechnen. Ich vermute Sie mannigfach in Anspruch genommen; freilich sind unsre Aufgaben beschränkt und leicht zu erfüllen, solange die Waffen noch mit der Lösung der schwebenden Fragen beschäftigt sind. Bezeugen kann ich, daß namentlich unter den Gebildeten, aber auch in den breiten Schichten des Volkes die Vereinigung mit dem Süden als die wesentlichste Forderung bezeichnet und Sorge geäußert wird, ob nicht Rücksicht gegen die beiden Könige von Württemberg und Bayern uns um diesen Preis des Kampfes bringen werde. Hier sind die Freunde alle wohl. Der heute gemeldete Sieg scheint schwer erkämpft, aber von entscheidender Bedeutung. Ich grüße Sie herzlich.

Bennigsen an Lasker.[1]

Hannover, 22. August 1870.

Nach den ungeheuern Anstrengungen und Opfern wird Deutschland sich die Wiedergewinnung des Elsasses und Lothringens (wenigstens bis zur Mosel einschließlich von Metz) nicht entgehen lassen. Darüber scheint nur eine Stimme zu herrschen. Zu Demonstrationen in dieser Richtung ist auch nach meiner Ansicht zurzeit kein Grund, weil namentlich nach den neuesten Aeußerungen der Regierungspresse, selbst des „Staatsanzeigers", augenblicklich keine Besorgnisse für uns vorhanden sind. Einigermaßen der Diplomatie, unsrer wie der fremden, auf die Finger zu passen, scheint jedoch für alle Fälle geraten. Ich bitte, in dieser Hinsicht einliegenden Brief[2]) (vertraulich) zu beachten. Hat Bamberger in der Tat richtig gesehen, was ich zunächst kaum glaube, so werden die großen Verluste unsrer Truppen, welche mit den größten Geldentschädigungen niemals aufzuwiegen sind, Bismarck inzwischen schon eines andern belehrt haben. Eine zweite Frage ist, wem dann Elsaß und Lothringen zufallen sollen. Die einfache Antwort: „Selbstverständlich an Preußen," wird nicht ebenso einfach eine praktische Lösung sein, da Preußen den Krieg nicht allein geführt hat und, wenn

---

[1]) Gedruckt: „Deutsche Revue" XVII, 2. S. 589.

[2]) Ein Brief Fingers aus Alzey vom 19. August hatte Bennigsen ein Schreiben Bambergers mitgeteilt, welches „Druck von unten" verlangte, „daß die Siege auf dem Felde dem deutschen Volke zugute kommen".

nicht das Ausland, doch wenigstens die süddeutschen Bundesgenossen Rücksichten erfordern. Von Rochau erhalte ich einen Brief,[1] wonach derselbe ganz außer sich schreibt über angebliche Projekte, das Elsaß an Baden und Bayern zu bringen, und damit die Elsässer furchtbar zu erbittern und deren Verschmelzung mit Deutschland auf lange Zeit unmöglich zu machen. Auf die Erbitterung der Elsässer würde ich nun bei dieser großen Katastrophe sehr wenig geben, am wenigsten, wenn eine Beteiligung der süddeutschen Staaten an den französischen Abtretungen einen sofortigen Eintritt derselben in den Norddeutschen Bund u. s. w. befördern oder gar bedingen sollte. In diesem letzteren Verhältnis liegt die eigentliche Schwierigkeit. Zwang können wir Süddeutschland nach dem Kriege, in welchem es sich vollständig bewährt hat, noch weniger als vorher antun. Der Zusammenschluß mit dem Norden muß in der den Frieden noch einige Zeit überdauernden gehobenen Stimmung rasch den widerstrebenden Elementen über den Kopf weggenommen werden, ohne daß sie vollständig zur Besinnung gekommen sind. Dazu ist aber eine Mitwirkung aller nicht absolut feindlichen Elemente im Süden erforderlich, zu denen ich in der Hauptsache nur die Ultramontanen rechne, da die Handvoll republikanischer Fanatiker für nichts zählen. Ich bitte daher dringend, bei allen Schritten, soweit es durchführbar ist, den Charakter einer einseitigen nationalliberalen Parteiagitation zu vermeiden. Unsre süddeutschen Freunde müssen hierbei weit mehr öffentlich tätig sein als wir im Norden. Unsre Mitwirkung ist ihnen jederzeit gewiß, soweit sie nicht störend wirkt, weil von den Gegnern auszunutzen. Zu einer Zusammenkunft mit Süddeutschen werden Sie mich jederzeit bereitfinden, am liebsten, wenn auch in [den] mittleren Parteien im Süden der Boden bereits etwas vorbereitet ist und ein Zusammengehen auch mit solchen Elementen praktisch versucht werden könnte. Zu einer Rundreise im Süden habe ich aber jetzt durchaus die Zeit nicht, da ich erst seit gestern von einer zehntägigen Abwesenheit aus Saarbrücken zurück bin, wo ein Schwager von mir, der eine Kompagnie beim 12. Regiment hatte, durch eine Zersplitterung des Oberschenkels schwer daniederliegt.[2])

---

[1]) Nicht erhalten.

[2]) Bennigsens Schwager Hugo von Müller, damals Hauptmann im 12. Infanterieregiment (jetzt Oberst a. D. in Blankenburg a. Harz), war bei dem Sturm auf Spicheren am 6. August schwer verwundet worden. Bennigsen war in den nächsten Tagen nach Saarbrücken geeilt, um womöglich den Schwerverwundeten nach Hannover schaffen zu lassen; er war erst am 21. August nach zehntägiger Abwesenheit nach Bennigsen zurückgekehrt und trug daher zunächst Bedenken, so bald die Rundreise nach dem Süden anzutreten. Noch am 28. August schrieb er an Lasker: „Es ist mir leider ganz unmöglich, auf vierzehn Tage

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 24. August 1870.

Soeben empfange ich Ihren Brief, da ich gestern, bei unserm schwerkranken Twesten in Besuch, ihn nicht in Empfang nehmen konnte. Auch Sie hat das schwere Schicksal des Krieges bereits getroffen; die vielen Opfer sind es gerade, welche die lebhafte Freude an den Siegen dämpfen. Aus Ihrem Briefe habe ich mit großer Genugtuung entnommen, daß wir in allen Punkten, bis auf einen, völlig einverstanden sind, in dem einen Punkte aber nicht weit auseinander gehen. Ich bin nämlich der Meinung, daß wegen der Einheit auch von hier aus ein starker Druck ausgeübt werden muß, und nicht allein vom Süden. Bismarck muß wissen, welche Aufgaben wir an ihn stellen, und auch die andern maßgebenden Faktoren des Staates müssen davon erfüllt sein, denn der Geist der Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten wird von diesem Bewußtsein bestimmt. Zum Beispiel darf die in militärischen und höchsten Kreisen gewiß nicht gewollte Abtretung an süddeutsche Staaten kein zu teurer Preis für die Bundeseinheit sein. Rochaus Bedenken teile ich im vollsten Maße nur dann, wenn Bayern dem Bunde nicht beitritt, aber für den fest organisierten Bund ist kein Preis zu hoch. Hierin sowohl wie in zwei andern Punkten stimme ich mit Ihnen völlig überein. Wir müssen in Süddeutschland auch mit Gegnern unterhandeln, wie ich es mit hiesigen Gegnern bereits getan, und wir dürfen uns während dieses Krieges nirgend in einseitigen Parteibewegungen verlieren; mir widerstrebt dieses Gefühl stets, ganz besonders aber jetzt, wo ich gern zufrieden bin, einer aus dem Volke zu sein. Ich habe neue Briefe von Hölder, Marquard Barth, Kiefer, auch Brief von Forckenbeck. Die süddeutschen Freunde stellen eine Bewegung für die deutsche Einheit in den Vordergrund, besonders lebhaft Marquard Barth. Heute abend werden wir Versammlung haben. Forckenbeck ist halb und halb zur Reise bereit, ich habe ihn wiederholt und dringend darum gebeten, auch Sie würde ich sehr darum bitten, weil ich mir großen Nutzen davon verspreche, und größeren, wenn Sie und Forckenbeck dabei sind, als von andern Freunden allein. Entscheiden Sie, ob es irgend angeht. Mir liegt viel daran, Sie und Forckenbeck von allem unterrichtet zu halten und Ihrer beider Rat einzuholen; ich werde Ihnen dieser Tage ausführlich berichten, Abschriften von Briefen zustellen und meine Ansichten und Absichten entwickeln. Gestern habe ich mich mit Twesten beratschlagt;

---

unter den jetzigen Verhältnissen von hier fortzugehen ... Dagegen bin ich jederzeit bereit, zu einer Zusammenkunft mit Forckenbeck und andern nach Berlin oder Eisenach zu kommen." („Deutsche Revue" XVII, 2. S. 175.)

es geht diesem vortrefflichen Freunde leider nicht gut, aber er nahm doch an der Unterhaltung lebhaften Anteil. Ich wünsche Ihnen Trost in Ihrem Familienkummer und grüße Sie recht herzlich. Miquel ist leider auf mehrere Tage in Geschäften verreist.

Berlin, 27. August 1870.

Ich schicke Ihnen die versprochenen Abschriften aus dem Süden. Ueber das materielle Programm herrscht keine Verschiedenheit der Absichten. Die Freunde stimmen mir sämtlich bei, daß Sie und Forckenbeck für die Rundreise im Süden kaum zu entbehren seien; wir wünschen alle, daß Sie zustimmen. Die Reise müßte im Laufe der nächsten Woche erfolgen und auf höchstens vierzehn Tage zu berechnen sein. Stauffenberg, der heute zurückgekehrt, hält die Mission nach Bayern für sehr wichtig und denkt über die Personen wie wir. Wenn nötig, würde ich bereit sein, mich anzuschließen. Man könnte sich die Aufgabe teilen, denn es ist nötig, mit vielen zu sprechen. — Die Einmischung der Neutralen scheint drohend zu werden, Bismarck selbst wünscht einen Gegendruck. Wir hatten vorher schon an eine kurze Adresse aus dem Volke gedacht, welche den König bitten soll, den Frieden allein mit Rücksicht auf die Einheit und Sicherheit Deutschlands zu schließen und durch keine Rücksicht sich beirren zu lassen. Die erste Idee ging von dem Oberbürgermeister Seidel aus, der sich an mich wendete; sie gefiel unter den Freunden allgemein, nur behielten wir uns vor, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten. Morgen wohl werden wir beraten, ob der Zeitpunkt jetzt eingetreten sei. Mir schien besser, auf einen Sieg oder sonstigen Wendepunkt zu warten. Die Adresse darf von keiner Partei ausgehen, sondern man muß eine große Masse Unterschriften aus allen Kreisen sammeln; auch die Konservativen werden wohl unterzeichnen. Am besten wäre, wenn Sie und Forckenbeck ehestens uns besuchten. Schreiben Sie mir doch bald, oder wenn es angeht, telegraphieren Sie mir, ob Sie durchaus nicht nach dem Süden können und ob Sie nicht mindestens herkommen wollen. Die Zusammenkunft von Freunden aus Nord und Süd soll betrieben werden; doch die Reise einzelner nach dem Süden ist unabhängig hiervon . . . Bamberger haben Sie, wie ich glaube, mißverstanden; seine Besorgnisse beziehen sich offenbar auf die deutsche Verfassungsfrage und nicht auf den Gebietserwerb.

Berlin, 28. August 1870.

Heute haben wir beschlossen, daß spätestens nächsten Sonnabend die Reise nach dem Süden erfolgen soll; die Zeit drängt. Wir bitten Sie dringend, Ihre Teilnahme zuzusagen, und das recht bald. Gegen

die Einmischung der Neutralen soll eine Adresse an den König beschlossen werden, wenn es gelingt, sie aus der Mitte des Volkes hervorgehen zu lassen. Die Stimmung ist hier sehr dafür, und B[ismarck] wünscht einen Gegendruck. Stauffenberg hält sie auch für den Süden für angemessen. Wir beraten abends acht Uhr über den Text; ich schreibe Ihnen morgen Näheres.

*

Die Reise nach Süddeutschland kam nicht in der ursprünglich beabsichtigten Beteiligung zustande. Von den Liberalen war Unruh im letzten Augenblick verhindert, sich zu beteiligen, und auch Forckenbeck konnte Geschäfte halber erst einige Tage später von Elbing abreisen (und dann gleich nach Stuttgart), so daß Bennigsen und Lasker sich allein am 9. September auf den Weg nach München machten. Eine Beteiligung andrer Parteien an der Reise war nicht zustande gekommen. Bennigsen hatte bereits am 22. August Lasker dringend ersucht, „bei allen Schritten, soweit es durchführbar sei, den Charakter einer einseitig nationalliberalen Parteiagitation zu vermeiden"; und in diesem Sinne hatte man auch Angehörige andrer Parteien zur Mitwirkung zu veranlassen gesucht, um der ganzen Aktion ein größeres Gewicht zu geben. Die Konservativen, mit deren Berliner Führern Lasker damals in fortlaufendem Gedankenaustausch über die deutsche Frage stand, waren jedoch nicht darauf eingegangen;[1]) auch als man lebhafter empfand, daß man nicht ganz tatlos beiseitestehen dürfe, geschah es mehr aus Parteirücksichten als im allgemeinen Interesse; wenigstens schreibt Moritz von Blanckenburg an Roon am 24. September — nach der Rückkehr der liberalen Führer —, er sei hauptsächlich nach Berlin gekommen, um einen Versuch zu machen, die Grundlagen zu einer neuen deutschen konservativen Partei zu legen, und er fügt hinzu: „Ich wäre beinahe nach München gefahren, um Anknüpfungspunkte zu suchen — indes sagten wir uns, daß es untunlich sei, hinter Bismarcks Rücken und ohne dessen Aufträge an Delbrück zu kennen, in Bayern anzubinden."[2]) Interessanter noch ist der Versuch einer Anknüpfung nach katholischer Seite hin. Peter Reichensperger hat nämlich im Jahre 1873 dem

---

[1]) Die „Kreuzzeitung" schrieb am 22. September überheblich: „Unsre Nationalliberalen scheinen in Süddeutschland wieder Politik auf eigne Faust treiben zu wollen, in einem Augenblick, wo dies sehr bedenklich werden könnte. Namentlich scheinen sie ihre Freunde in Baden zu sog. Taten animieren zu wollen, welche den Erfolg, den sie selbst im Auge haben, eher hindern als beschleunigen könnten. Haben denn die Herren Lasker und Genossen ihre moralische Niederlage in betreff eines einseitigen und voreiligen Operierens mit Baden so rasch vergessen?"

[2]) Roons Denkwürdigkeiten III, S. 228.

Präsidenten Ludwig von Gerlach erzählt, bevor Lasker und Bennigsen nach München gereist seien,[1]) hätten sie ihn aufgefordert, mitzureisen; er habe, wiewohl völlig mit ihnen einverstanden, zwar die Mitreise abgelehnt, aber in demselben Sinne an die Opponenten geschrieben, zu Händen von Görres, „ein protestantischer Kaiser sei für die Kirche viel erwünschter als ein katholischer, der als solcher viel mehr Eingriffe sich erlauben würde", unter Hinweis auf das verschiedene Verhalten von Kaiser Joseph II. und von König Friedrich II. zur Kirche und zu den Jesuiten. Man muß es bedauern, daß Männer wie Peter Reichensperger in diesem Augenblicke sich nicht entschließen konnten, ihrer Ueberzeugung auch einen öffentlichen Ausdruck zu geben. Die tatkräftige Mitwirkung, wenn auch nur eines Teiles der katholischen Partei bei diesen Schritten zur Neukonstituierung des Reichs hätte vielleicht die Bildung des Zentrums im Dezember 1870 von vornherein in einem andern Lichte erscheinen lassen.

Es gelang Bennigsen und Lasker leicht, während ihres Aufenthaltes in München vom 10. bis 15. September mit ihren süddeutschen Gesinnungsgenossen eine Einigung auf der Grundlage der Verfassung des Norddeutschen Bundes herbeizuführen. Marquard Barth hatte zuerst eine auch den bayrischen Ministern auf ihren Wunsch mitgeteilte Liste derjenigen Konzessionen entworfen, die Bayern bei seinem Eintritt in den Nordbund gemacht werden müßten.[2]) Bennigsen und Lasker wiesen jedoch den zu weit gehenden Umfang bayrischer Sonderrechte zurück und entwarfen, im Anschluß an Barths Aktenstück, eine andre Zusammenstellung in zehn Paragraphen, welche die äußerste Grenze möglicher Einräumungen bezeichnete.[3]) Das Aktenstück liefert den Beweis,

---

[1]) Der Bericht Gerlachs (Ernst Ludwig von Gerlachs Denkwürdigkeiten II, S. 364) bringt — wohl infolge eines Mißverständnisses — in die Erzählung Reichenspergers eine Motivierung hinein, die chronologisch und darum sachlich falsch ist: „Als 1870 Bayern vor dem Kriege geschwankt habe zwischen Preußen und Frankreich und bei der Macht der partikularistischen Ultramontanen in Bayern es zweifelhaft gewesen sei, ob die Kammern das Geld zum Kriege gegen Frankreich bewilligen, seien, um sie dazu zu bestimmen, Lasker und Bennigsen nach München gereist" u. s. w. Die oben berichtete Tatsache selbst verliert dadurch, daß sie in einen verkehrten Zusammenhang gerückt wird, nicht an Glaubwürdigkeit.

[2]) Der „Präliminarvertrag", den Fürst Chlodwig Hohenlohe II, S. 23 erwähnt.

[3]) Abschrift unter Bennigsens Papieren. Ein geringfügig abweichender Druck des (von Barth formulierten) Aktenstückes: „Deutsche Revue" XVII, 3, S. 189; danach Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier II, S. 136. Für die Vorgänge am wichtigsten: Lasker an Delbrück, 24. September, und Lasker an Bamberger, 25. November, a. a. O. XVII, 2, S. 291 ff. Vgl. Chlodwig Hohenlohe II, S. 25.

daß diese norddeutschen Nationalliberalen keineswegs die verschrienen Unitarier waren, sondern realpolitisch zu denken gelernt hatten. „Irgendwelche Zugeständnisse,“ so schrieb Lasker später, „mußten gemacht werden, um Bayern zu ernsten Verhandlungen zu bringen; davon waren wir durch die uns entgegentretenden Verhältnisse und die gepflogenen Unterhandlungen überzeugt. Wir wehrten aber ab, daß die Zugeständnisse nicht den Kern der staatlichen Einheit beschädigten.“ Anderseits gingen die Konzessionen nicht weiter, als sie hernach Bismarck tatsächlich gemacht hat. Unmittelbar hernach bezeichnete Lasker dem Minister Delbrück als die Grenze ihres Entgegenkommens: „Die bundesstaatliche Idee darf nicht getrübt, keine Grundlage des Bundesstaats erschüttert, die Macht der Zentralgewalt nicht gelockert werden.“ In diesem Sinne stellte man ein Einverständnis mit den bayrischen Liberalen her, die ihrerseits den Fürsten Hohenlohe auf dem laufenden erhielten; auch mit weiteren nationalgesinnten Kreisen trat man in Fühlung; der ursprüngliche Plan Laskers, eine große Volksversammlung in München abzuhalten, wurde wieder verschoben, aber eine Notabelnversammlung in einer bayrischen Stadt in Aussicht genommen.

Schwieriger war es, mit den Vertretern der bayrischen Regierung, dem Minister Grafen Bray und dem Kabinettschef Ministerialrat Eisenhart, mit denen Bennigsen noch am 15. September eine Unterredung hatte, eine gemeinsame Basis zu finden. Man gab sich zwar gegenüber den Liberalen von der günstigsten Seite. „Die bedeutendsten Mitglieder der Regierung,“ schrieb Lasker, „haben wir überzeugt gefunden, daß der jetzige Augenblick dem Interesse Bayerns sehr diene, wenn es den Bund abschließt; keine spätere Zeit werde in gleicher Weise den föderativen Charakter des Bundes zu wahren tauglich sein. Versäume Bayern die Gelegenheit, so sei der Einheitsstaat im Laufe der Zeiten nahezu unabwendbar. Tief und allgemein war die Ueberzeugung, daß die Gemeinsamkeit der Wehrlast, der Verzicht auf die Prüfung des Kriegsfalls, die Beitragslast zur Flotte, die einheitliche Repräsentation nach außen unter allen Umständen unabwendbar seien . . . Verschiedenheit der Ansichten ergab sich bei den technischen Einzelheiten; jeder Minister schien mir die Selbständigkeit seines Ressorts retten zu wollen u. s. w.“ Eine bestimmte Formulierung ihrer Wünsche gab die bayrische Regierung nicht von der Hand. Auch ein von bayrischen Staatsmännern Bennigsen mitgeteiltes Aktenstück, das in 24 Paragraphen die vertragsmäßig festzustellenden bayrischen Sonderrechte aufzählte, hat jedenfalls keine offizielle Bedeutung, [1]) sondern anscheinend nur

[1]) Es findet sich unter Bennigsens Papieren in einer Abschrift von seiner Hand mit der Ueberschrift: „Gf. T. v. B. v. B.“ (Namen der Unterhändler?

akademischen Wert; einzelne der Bestimmungen[1]) waren praktisch ebenso undurchführbar wie politisch unerträglich und ließen erkennen, wie weit man noch voneinander entfernt war. Bennigsen und Lasker teilten dagegen auch den bayrischen Staatsmännern jene von ihnen als äußerste Grenze bezeichnete Formulierung bayrischer Reservate mit; sie scheinen auch versichert zu haben, daß innerhalb dieser Grenze der Reichstag den bayrischen Sonderwünschen alle Rücksicht werde zuteil werden lassen.

Dieses vielleicht nicht ganz vorsichtige Verfahren, in dem man mehr die Geschäftigkeit Laskers als die diplomatische Zurückhaltung Bennigsens zu spüren glaubt, hat in einem späteren Stadium der Verhandlungen die Kritik Bismarcks herausgefordert. Nicht als ob er materiell die von den Liberalen gezogene Linie der Konzessionen ernstlich fehlerhaft gefunden hätte, sondern weil deren schriftliche Formulierung ihm später taktisch unbequem werden sollte. Als er nämlich in der Novemberverhandlung die Unannehmbarkeit gewisser Konzessionen immer wieder mit der Rücksicht auf den Reichstag begründete, fiel ihm der bayrische Minister von Lutz mit dem Aktenstück „Lasker" in die Parade. Bismarck wußte ohne Zweifel von der Existenz des Aktenstückes, das damals sowohl dem Minister Delbrück als auch dem preußischen Gesandten in München mitgeteilt worden war, aber er zog es vor, erstaunt zu sein, und war jedenfalls verstimmt, daß der bayrische Unterhändler seine Argumentation entwaffnete. Dafür hatte er nun eine Möglichkeit, gegen die Kritik allzu unitarisch gesinnter Liberalen eine neue Karte auszuspielen. Schon nach einigen Tagen sagte er zum Großherzog von Oldenburg: Sehr erschwert seien ihm auch die Verhandlungen dadurch, daß Bennigsen und Lasker in München erklärt hätten, der Reichstag werde alle billigen Wünsche Bayerns berücksichtigen; dadurch sei es ihm unmöglich geworden, den bayrischen Wünschen zu widerstehen, der Rückhalt am Reichstag habe ihm gefehlt.[2]) Und noch

---

Graf Tauffkirchen?) und ist bald nach seiner Mitteilung an die nationalliberalen Unterhändler in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" vom 17. September (Nr. 260 S. 4126) mit einem offiziös klingenden Leitartikel bekanntgegeben worden. Auch Lasker erwähnt Delbrück gegenüber (1. November, „Deutsche Revue" XVII, 3, S. 81) ein „Memorandum, welches uns in München abschriftlich, später in der ‚Augsburger Allgemeinen Zeitung' mitgeteilt worden ist". Ottokar Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches, S. 337, scheint es für ein Erzeugnis der nationalgesinnten bayrischen Kreise zu halten.

[1]) Zum Beispiel § 7: „Es werden unter den zu ernennenden Bundestagsgesandtschaften durch das Bundespräsidium drei Posten bezeichnet werden, für welche die Vertreter auf Vorschlag Seiner Majestät des Königs von Bayern ernannt werden sollen."

[2]) O. Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches, S. 610 f.

heftiger schalt er, unter scharfer Zerpflückung der liberalen Konzessionen, bald darauf Bamberger gegenüber.[1]) Später gefiel er sich sogar darin, den Nationalliberalen die Schuld zuzuschieben, daß nicht mehr erlangt worden sei. So sagte er am 30. November zu dem Grafen Fred Frankenberg: „Ich habe zwar mehr erlangt, als Bennigsen-Lasker gefordert haben, als sie in München waren, um sich mit den dortigen Führern der Liberalen zu verständigen. Eigentlich haben sie mir durch zu billige Bedingungen das Geschäft verdorben. Das wird sie aber jetzt gar nicht hindern, zu behaupten, ich hätte zu wenig durchgesetzt."[2])

In Wahrheit kann nicht die Rede davon sein, daß die nationalliberale Aktion auf die endgültige Gestaltung der bayrischen Bedingungen einen ungünstigen Einfluß gehabt hätte. Der Novembervertrag ging über die liberalen Konzessionen noch hinaus. Die Vorwürfe Bismarcks werden kaum ernsthaft gemeint sein, sie waren aber ein taktisches Mittel, um gegenüber der Kritik der Unitarier, etwa der Gruppe der nationalgesinnten Kleinfürsten, sich selbst zu rechtfertigen und etwaigen Widerspruch auch von liberaler Seite von vornherein zu ersticken: die Ueberlegenheit seiner Politik über diesen letzten Ausläufer der nationalvereinlichen Agitation nachdrücklich festzustellen. Und so könnte man gegen die Liberalen allerdings einwenden, sie hätten gar nicht oder nur im engsten Zusammenhange mit der Politik Bismarcks vorgehen sollen.

Sie waren sich über die Notwendigkeit einer solchen Fühlung von vornherein klar gewesen und hatten in jedem Stadium sie aufrechtzuerhalten versucht. Bevor man überhaupt den ersten Schritt tat, hatte Lasker am 15. August bei Bismarck schriftlich angefragt, „inwieweit Sie die Bestrebungen gutheißen, welche die bundesstaatliche Einheit Deutschlands als unmittelbaren Erfolg des Krieges hervorkehren, und ob Sie ferner eine gewisse Verständigung über den äußeren Betrieb dieser Bestrebungen für wünschenswert erachten."[3]) Bismarck hatte den Brief ohne Zweifel erhalten, aber nicht beantwortet;[4]) er wollte und konnte durch eine Antwort keine Verantwortlichkeit übernehmen, aber genehmigte wahrscheinlich, daß Delbrück in ständige Fühlung mit den Liberalen eintrat. Für ihn waren diese Privatpolitiker ein Stein auf dem Schachbrette, aber nicht mehr, ein dienendes Glied, das er nutzen wollte,

---

[1]) Bamberger an Lasker, 22. November, „Deutsche Revue" XVII, 3, S. 281 ff.

[2]) Graf Frankenberg, Kriegstagebücher, S. 266.

[3]) „Deutsche Revue" XVII, 2, S. 51 ff.

[4]) Am 24. März 1892 stellten die „Hamburger Nachrichten" in Abrede, daß Bismarck den Brief erhalten habe. Vgl. W. Busch, Die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum 1870/71, S. 27.

und doch nicht offiziell autorisierte. Sie wären ihm am liebsten gewesen, wenn sie nichts als die Treiber gewesen wären, um das Wild, das ins Netz sollte, mit den schärfsten unitarischen Forderungen zu schrecken; sie konnten ihm sogar das Konzept in etwas verderben, wenn auch sie praktische Politik trieben und — weit entfernt von den reinen Unitariern vom Schlage des Kronprinzen — auch ihrerseits die Grenzlinie realpolitischer Konzessionen an die Bayern zu bestimmen suchten.

In Württemberg und Baden verliefen die Verhandlungen Bennigsens und Laskers rascher und einfacher. Als sie am Abend des 15. September nach Stuttgart gefahren waren, fanden sie Forckenbeck vor, der inzwischen von dem entlegenen Elbing nachgekommen war. Am 16. September hatten sie zunächst eine Besprechung mit Hölder, dem Führer der „Deutschen Partei", und seinen Freunden. Sie erfuhren, so erzählt Reyscher, der alte Kampfgenosse aus dem Nationalverein, „in dem engeren Kreise der politischen Gesinnungsgenossen, der sich um sie versammelte, noch günstigere Antwort als in München. Die jetzt wesentlich verstärkte nationale Partei war nicht bloß für einen verklausulierten Beitritt zum neuen Reich mit Vorbehalt von Reservatrechten wie in Bayern, sondern für einen unbedingten Anschluß". Aber auch die Minister waren ungleich geneigter als in Bayern. Als die Freunde am 17. September bei Reyscher in Cannstatt weilten, kehrte Lasker von einem Besuche bei dem Minister von Mittnacht zurück, welcher ihn mit den besten Hoffnungen auf die Bereitwilligkeit der württembergischen Regierung erfüllte, in der nationalen Sache vorwärtszugehen.[1]) Unter diesem Zeichen war die Nationalpartei in Württemberg voll Zuversicht, die bei den Zollparlamentswahlen von 1868 erlittene Scharte wieder auszuwetzen.

In Karlsruhe vollends, wo Bennigsen, Lasker und Forckenbeck am 18. September eintrafen und mit ihren Parteigenossen Ludwig Bamberger und H. A. Oppenheim sich begegneten, war der Boden so günstig wie möglich. Hier hatte die Regierung selbst seit 1866 mit den Nationalliberalen Schulter an Schulter für den Eintritt in den Norddeutschen Bund gekämpft. So erschienen die Liberalen in Baden, „nicht sowohl um auch hier die Gesinnungen zu erkunden, als um das Ergebnis ihrer bisherigen Besprechungen mitzuteilen". Man besprach sich mit dem Staatsminister Jolly; auf ihre sehr günstigen Berichte über die in Bayern und Württemberg sowohl bei dem Volke wie bei den Regierungen angetroffenen Stimmungen meinte Jolly doch bedenklicher, Stimmungen hätten wenig Wert, und Verhandlungen bloßer Privat-

---

[1]) A. L. Reyscher, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit, S. 282 f.

personen würden nichts zustande bringen.[1]) In der Gesinnung aber war kein Zwiespalt. Von Mannheim fanden sich Staatsrat Dr. Lamey, Eckhard und Kiefer ein und versammelten sich mit den Norddeutschen und den in Karlsruhe anwesenden Mitgliedern der Zweiten Kammer im Englischen Hofe zu einer vertraulichen Besprechung, an der auch der Minister Jolly teilnahm. Die Stimmung war so zuversichtlich, daß die ursprünglich geplante Zusammenkunft aller deutschen Parteigenossen als nicht mehr nötig aufgegeben wurde.[2]) Wenige Tage darauf war Bennigsen voll froher Erwartung wieder in seiner Heimat. Was man an Vorarbeit hatte leisten können, war getan.

M. Barth an Baumgarten.

München, 27. September 1870.

Delbrück ist nun seit mehreren Tagen hier, ohne daß jedoch jemand von uns Gelegenheit gehabt hätte, ihn zu sprechen. Mit ihm sind die Verhandlungen im Ministerium im Gang, zu welchen Mittnacht und Mohl, wie ich höre, mitunter zugezogen werden. Anfangs ging, soweit unsre Notizen schließen ließen, alles gut, jetzt hat sich aber die Fazies wieder zum Nachteil geändert, man steht an dem Kapitel von der Armee, und da macht unser Kriegsminister Schwierigkeiten, weil ihm die Beaufsichtigung durch den Bund in dem Umfange, wie sie von D[elbrück] gefordert wird, zu weit geht. Das Ende ist noch nicht abzusehen, doch glauben wir, daß man D[elbrück] von hier nicht weggehen lassen kann, ohne etwas zustande gebracht zu haben. Man hat sich schon zu weit eingelassen, um rückwärts gehen zu können. Freilich kommt viel darauf an, wie D[elbrück] die Sache behandelt. Würde eine anständige Vertagungsform gefunden, so hätte das Ministerium später wieder freie Hand, und das alte Leporellolied fände keine Anwendung mehr auf unsern Fall. Die Maus hätte dann das Loch gefunden, zu dem sie wieder hinaus könnte. Hoffentlich tut D[elbrück] da zuvor und läßt sich auf keine Dilatorien ein. Der König weilt in Berg, ihm wird die Sache erst vorgelegt, wenn die Beratungen zu Ende sind, D[elbrück]s Audienz bei ihm in Berg war eine Formalität. Er soll auch wieder bedenklicher geworden sein. Mohl habe ich, seit D[elbrück] hier ist, nicht wieder gesehen. Was Württemberg betrifft, so dürfen Sie nicht zu rosig sehen. Kommt hier nichts zustande, so macht man wohl auch in Stuttgart wieder eine Schwenkung trotz Suckow. Mittnacht versteht sich auf solche Manöver. Bayern vorläufig aus dem Bunde zu lassen, halte ich weder im Interesse Bayerns

[1]) Baumgarten-Jolly, S. 177.

[2]) „Nationalzeitung“ vom 20. September.

noch Deutschlands [für ratsam]. Man muß der Nation gerecht werden, die in diesem großen Moment endlich den Abschluß und gewiß mit allem Fug verlangt. Man muß sich eben auf beiderseits akzeptable Bedingungen einigen. Daß dies möglich ist, haben wir hier gesehen, als Lasker und Bennigsen hier waren.

13. Oktober 1870.

Ihre freundliche Zuschrift vom 4. d. M. hat mich insofern nicht überrascht, als ich unserm Ministerium von vornherein nicht zugetraut habe, daß es sich so leicht des ihm eingeborenen Partikularismus werde entkleiden können, und als die Ernennung des Herrn von Schrenck zum bayrischen Gesandten am österreichischen Hofe doch in gar zu seltsamem Kontraste mit der gleichzeitigen Einleitung von Unterhandlungen über den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund sich befindet. Ihre Mitteilung steht aber im Widerspruch mit allem, was wir sonst hier über den Gang der Dinge in dieser hochwichtigen Angelegenheit bisher erfahren konnten. Von unsern Ministern wissen wir gar nichts, sie beobachten das Amtsgeheimnis in einer sonst nicht gewohnten Weise. Dagegen wissen wir aus der besten Quelle, daß Delbrück mit dem Gang der Verhandlungen hier sich zufrieden erklärt hat. Er sagte beim Weggehen zu dem hiesigen preußischen Gesandten, es sei die höchste Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß sie zum erwünschten Ziele führten. Im gleichen Sinne schrieb Lasker von Berlin. Ich habe von Ihrer Zuschrift Veranlassung genommen, durch einen Dritten nochmals im Kabinettssekretariat in Berg sondieren zu lassen, wie die Dinge stehen, wobei der Dritte durchblicken ließ, daß, wenn Bayern, wie es scheine, übertriebene Anforderungen gemacht habe, dies leicht später zu einer Kalamität für die Dynastie werden könnte; Eisenhart versicherte aber, man könne ruhig sein, es stehe alles aufs beste. Damit stimmt denn nun auch neuerlich wieder der Artikel in dem württembergischen „Staatsanzeiger". Was soll ich von der Sache denken! Wenn Sie mir etwas Bestimmteres schreiben können, tun Sie es doch ja, ich werde nur den allerdiskretesten Gebrauch davon machen; da ich voraussetzen muß, daß Ihre Mitteilung auf guter Quelle beruht, kann ich mir das Auseinandergehen derselben mit den übrigen Berichten nur so erklären, daß die letzteren sämtlich nicht auf Bismarck, sondern nur auf Delbrück zurückgehen und daß dieser die Münchner Propositionen selbst mit milderen Augen angesehen hat als sein Herr und Meister. Wenn es wirklich an dem ist, daß Bismarck die hiesigen Vorschläge prinzipiell verwirft und denselben andre gegenüberstellt, bei welchen unsre Regierung nur die Wahl zwischen Annehmen oder Draußenbleiben hat, so wird es sich fragen, ob das letztere jetzt dem

bayrischen Volke gegenüber noch möglich ist, und das wird wieder wesentlich davon abhängen, ob Herr von Bismarck nun nicht seinerseits übertreibt. Letzteres wäre ein Unglück, denn dann könnte der gegenwärtige Zustand noch wohl bis zum Jahre 1877 fortdauern, und was kann inzwischen nicht alles sich begeben!

Den Oberrhein habe ich in meinem Leben nur einmal bereist; damals habe ich mir vorgenommen, nicht wieder hinzugehen, weil es mir ganz unerträglich war, überall in französisches Land hineinschauen zu müssen. Jetzt gehört es natürlich zu meinen liebsten Gedanken, das deutsche Elsaß und Lothringen zu besuchen.

Bennigsen an Lasker.[1])

Hannover, 11. Oktober 1870.

Von einer viertägigen Abwesenheit[2]) bin ich erst gestern abend spät zurückgekehrt, so daß ich Ihren Brief[3]) vom 6. erst heute beantworten kann.

Durch Ihre beiden interessanten Mitteilungen sind ja unsre günstigen Auffassungen der Anschlußfrage im wesentlichen bestätigt. Alles wird darauf ankommen, ob wirklich Bismarck, wie nach Delbrücks und der Konservativen Aeußerungen allerdings anzunehmen ist, fest entschlossen ist, schlimmstenfalls zunächst mit Württemberg, Baden und Hessen allein auf der Grundlage der Bundesverfassung abzuschließen. Für Bayern würde eine solche Situation so gefährlich sein, daß es vermutlich bei der Ueberzeugung von der Festigkeit eines derartigen Bismarckschen Entschlusses eine Isolierung überhaupt nicht riskieren würde. Lange würde Bayern in dieser Lage freilich in keinem Fall ausharren. Es würde aber das Draußenbleiben Bayerns auch nur wenige Jahre doch einen solchen Mißton in unsre glücklichen Erfolge bringen und allen antinationalen Elementen so sehr neuen Mut zu Agitationen geben, die, wenn nicht gefährlich, doch lästig und störend sind, daß ich noch immer die Hoffnung festhalte, wir kommen bei einigem Glück und Geschick zu einer sofortigen Aufnahme Bayerns innerhalb der politisch zulässigen Grenzen der ihm zu machenden Konzessionen. Wegen der Berufung des alten oder eines neuen preußischen Landtages laufen hier die widersprechendsten Versionen um. Wenn Sie mich fragen, was ich vorziehen würde, so bin ich um eine Antwort

---

[1]) Gedruckt „Deutsche Revue" XVII, 2, S. 313.

[2]) Bennigsen hatte am 5. Oktober seinen Schwager Hugo von Müller, dessen Wunden glücklich geheilt waren, in Hannover in Empfang genommen und vom 6. bis 10. Oktober in Bennigsen geweilt.

[3]) A. a. O. S. 309—312.

verlegen, da ich nicht, wie Sie in Berlin besser in der Lage sind, über die Stimmung und die Wahlaussichten in den alten, namentlich in den östlichen Provinzen von hier ab zu urteilen vermag. Sollten Neuwahlen ausgeschrieben werden, was ich geneigt bin, während des Krieges im allgemeinen für Unfug zu halten, da weder die politischen Parteiverhältnisse noch die Beteiligung in solcher Zeit normale sein können, so ist aber jedenfalls eine vorherige Aufhebung des Belagerungszustandes erforderlich, was die Presse u. s. w. füglich werde durchsetzen können. Verfassungsbedenken wegen Bewilligung eines Budgets pro 1871, selbst summarisch durch den alten Landtag, habe ich allerdings nicht, auch nie bezweifelt, daß Sie, wie mir erzählt ward, den Stimmen der Fortschrittspartei nicht in diesem Punkte zugezählt werden dürfen. Ihr Brief hatte also kaum nötig, mich in dieser Hinsicht noch zu beruhigen. Haben die Mitglieder der Fortschrittspartei solche Bedenken, wie reimen sie denn damit das Verhalten der eignen Partei im Reichstage 1870 bei der Bewilligung des Budgets pro 1871? Für die Wahl tut uns leider, nicht sich allein, die Fortschrittspartei unberechenbaren Schaden durch einen fortgesetzten Doktrinarismus, welcher der konservativen Partei, die ohnehin durch die Kriegserfolge sehr erstarkt sein wird, bei jeder großen politischen Wendung Sympathien zuführt.

Bennigsen an Pastor Pfaff.

Hannover, 19. Oktober 1870.

Ihre Mitteilung vom 17. beeile ich mich zu beantworten. Von verschiedenen meiner politischen Freunde bin ich, in der letzten Zeit namentlich, dringend aufgefordert, ein Mandat zum Abgeordnetenhause wieder anzunehmen. Unter den alten Verhältnissen würde ich mich dazu nicht entschlossen haben. Jetzt aber, wo die Ergebnisse des Krieges eine wesentliche Umgestaltung in den deutschen Verfassungszuständen herbeiführen werden, deren Rückwirkung auf die innere Lage Preußens schwer zu übersehen ist, kann ich den lebhaften Wunsch des Gesamtvorstandes unsrer Partei, daß möglichst viele Parteigenossen ihr Mandat beibehalten, nur für gerechtfertigt ansehen. Es würde mir daher unter so veränderten Verhältnissen sehr erwünscht sein, wenn mein alter Wahlkreis mir noch einmal sein Vertrauen durch ein Mandat zum Abgeordnetenhause bewährte.

*

Sobald Bismarck die diplomatischen Vorbereitungen so weit geführt hatte, um persönlich in Versailles die Verhandlungen mit den Ministern der süddeutschen Staaten zu eröffnen, entschloß er sich, gleichzeitig und an Ort und Stelle in persönliche Fühlung mit den Vertretern der

großen Parteien zu treten, auf deren Mitwirkung bei den Verträgen er rechnen durfte. Am 18. Oktober lud er Bennigsen ein, nach Versailles zu kommen.[1] Am 22. Oktober traf dieser im Hauptquartier ein, an demselben Tage, an dem auch die ersten süddeutschen Minister ankamen. Leider fehlen Aufzeichnungen Bennigsens über den Anteil, den er an diesen Verhandlungen und Informationen nahm, da der ausführliche Bericht, den er an Lasker richtete, später in den Händen Forckenbecks verloren gegangen zu sein scheint; vor allem möchte man über den Gedanken Bismarcks, den Reichstag zur Beratung der Verträge nach Versailles zu berufen, aus diesem Berichte gern etwas Näheres erfahren. Wir sind aber auf Wiedergabe einiger Mitteilungen an die Familie über die äußerlichen Erlebnisse der Reise angewiesen.

Bennigsen an seine Frau.

Bahnhof Chalons, 21. Oktober 1870.

Gestern abend spät elf Uhr kam ich bis Zabern im Elsaß. Heute früh sechs Uhr traf ich sehr glücklich den Minister Delbrück auf dem Bahnhof in Zabern, fuhr mit ihm in einem sehr bequemen Salonwagen durch die schönsten Partien, Vogesen, Lothringen, Champagne und komme heute abend bis zum Endpunkt der Eisenbahn, eine Stunde von Meaux, östlich von Paris. Da Herr Delbrück Relais bestellt hat, hoffen wir schon morgen vormittag im Hauptquartier zu Versailles zu sein.

Versailles, 22. Oktober 1870.

Gestern abend zehn Uhr fuhr ich mit Extrapost und mehrmals untergelegten Relais in Gesellschaft des Ministers Delbrück von Nanteuil, der letzten Eisenbahnstation zwischen Château-Thierry und Meaux, hierher, wo wir, für jetzige Verhältnisse unerhört schnell, heute morgen neun Uhr ankamen. Nachdem Delbrück in seiner Wohnung abgestiegen war, fuhr ich auf dessen Rat, da in Hotels Quartier hier kaum zu haben ist, nach dem Kommandanten General von Voigts-Rhetz, Bruder des Generals des X. Armeekorps, welcher mich sehr freundlich aufnahm, mir sogleich eine Anweisung auf die Mairie ausfertigte, auf Grund deren ich mich mit meinen Sachen in einem recht freundlichen Quartier — Stube, Kammer und Wasch- und Badekabinett — beim Baron [Thi]ébauld, Avenue St. Cloud 89, unterbrachte. Das Billett lautete selbstverständlich „sans nourriture“, denn diese kann man hier in Hotels und Cafés gut und ohne Schwierigkeit haben. Was übrigens nicht abhielt, daß mich die Tochter des alten kränklichen Barons, welchen ich

[1] Vgl. Tagebuch des Kaisers Friedrich, „Deutsche Rundschau“, Oktober 1888.

selbst noch nicht gesehen habe, die Frau eines englischen Marinekapitäns Mr. Inglefield, nachdem ich mich umgekleidet, mit einem substanziellen englischen Kaffeefrühstück in ihrer, ihrer beiden kleinen Kinder und einer deutschen Gouvernante Gesellschaft etwas restaurierte. Nach der Nachtfahrt recht angenehm. Beim Frühstück übte ich mich mit der liebenswürdigen Hausfrau im Französischsprechen und erholte mich dazwischen von dieser etwas ungewohnten Arbeit durch deutsche Konversation mit der konsequent Deutsch redenden Gouvernante, einer dicken Dame, Fräulein Schück aus Breslau. Dieser war es glücklich gelungen, sich vor der allgemeinen Deutschenhetze als Engländerin zu retten, da sie schon lange in der Familie Inglefield ist, in welcher sie meistens Englisch zu sprechen gepflegt hat.

Graf Bismarck, mit dem ich heute eine stundenlange, sehr interessante Unterredung hatte, voll der unglaublichsten Details (von denen sich aber füglich nichts schreiben läßt), hat außer mir zu einer Besprechung wegen der Abänderung der norddeutschen Verfassung noch den Altkonservativen von Blanckenburg und den Freikonservativen Dr. Friedenthal aus dem Reichstage hierherzitiert. Der erstere ist unterwegs, der letztere als Johanniter schon hier eingetroffen. Heute traf ich auf der Straße schon eine ganze Anzahl Bekannte aus Berlin, Reichstagsmitglieder, Abgeordnete u. s. w. Sehr freundlich redete mich der Kronprinz zu Pferde an, als er mit seiner Suite von einer Besichtigung zurückkehrte, und teilte mir sehr günstige Aussichten wegen der Festung Metz für eine nahe Zukunft mit.[1])

Wäre ich einen Tag früher gekommen, so hätte ich einen interessanten Kampf aus der Ferne mitansehen können, da die Franzosen einen Ausfall aus dem Mont Valérien und der Stadt Paris machten, der mit blutigem Rückgang der Franzosen und Erbeutung von zwei Kanonen geendigt hat. In Versailles war die ganze Garnison alarmiert und bis auf zwei Bataillone und etwas Artillerie auch ausgerückt. Die Versailler, nach richtiger Franzosenart, haben nichts andres erwartet, als daß die Pariser Truppen am Abend in Versailles einrücken würden. Daher große Aufregung unter ihnen, Rufe: „Le roi se sauve!“ und dergleichen, was der Kommandant von Voigts-Rhetz einigermaßen damit zu beschwichtigen gewußt hat, daß er vorn in den großen Avenuen (Alleen), welche vom Versailler Schloß durch die Stadt führen, Kanonen auffahren und zur Ernüchterung der Versailler vor deren Augen hat laden lassen.

Adieu für heute, liebste Anna. Ich bin im Begriff, zur Table

[1]) In einem Briefe der Mutter Bennigsens heißt es: „Zweimal war Rudolf zu Tische beim Kronprinzen gewesen, einmal beim Könige.“

d'hote nach dem Hotel des Réservoirs zu gehen, wo jeden Tag um sieben Uhr abends zu Mittag (!) gespeist wird. Meine Feldpostkarte, von Epernay abgesendet, wirst Du hoffentlich erhalten haben. In einigen Tagen schreibe ich Dir, wann ich etwa zurückkehren werde, [1] ich denke, nächsten Sonnabend, spätestens Sonntag. Adieu, liebste Frau.

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 24. Oktober 1870. [2]

Gestern gelangte hierher die Nachricht, daß Sie in das Hauptquartier berufen worden sind, heute wird dieselbe ergänzt, daß auch Blanckenburg und Friedenthal dahin berufen sind. Wahrscheinlich also sollen die Vertreter verschiedener Parteien zur deutschen Frage gehört werden. Ein gewisser Zusammenhang wird uns hier, vermutlich auch Ihnen, willkommen sein . . .

Ihre eigne Auffassung der etwa in Frage kommenden Abänderungen kenne ich durch den Gedankenaustausch, welcher zwischen uns beiden und mit den Freunden stattgefunden hat. Soweit ich mich erinnere, sind am Ende der Durchsprechungen unsre Ansichten nicht auseinander gegangen, und wesentliche Punkte sind ja schriftlich fixiert. Nur auf einen Umstand, der mir von hervorragender Wichtigkeit ist, komme ich wieder. Sie schienen ursprünglich geneigt, gegen Kompetenzerweiterung Bayern ein absolutes Veto zu geben; zuletzt sind Sie von dieser Meinung abgegangen, doch möchte ich, da die Verhandlungen leicht nach diesem Punkte hin gravitieren könnten, nochmals meine Ueberzeugung ausdrücken, daß ein solches Veto eines Einzelstaats außer Preußen den Bund tief von seiner jetzigen Bedeutung herabdrücken würde, für mich zählt eine solche Bestimmung zu den unannehmbaren. Umgekehrt halte ich unsre ausdrücklichen Zusicherungen für geboten, wenn die Erweiterung der Kompetenz erheblich erschwert wird.

Berlin, 27. Oktober 1870.

Seitdem ich Sie im Hauptquartier weiß, war mir peinlich, irgendeine Aeußerung zu dem Inhalt der Verhandlungen zu tun, aber ich

---

[1] M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 333, erzählt: „Als ich am 30. Oktober früh einen Gang über die Avenue de Saint-Cloud machte, begegnete ich Bennigsen, der an diesem Tage mit Blanckenburg die Heimreise antreten wollte. Er äußerte auf meine Frage, wie weit man daheim mit der deutschen Einigung gekommen sei, es stünde gut damit, in Bayern werde eigentlich nur noch an der besonderen Stellung des Militärs festgehalten, die Stimmung der Mehrzahl des Volkes sei, wie sie zu wünschen gewesen wäre." Am 31. Oktober war Bennigsen bereits auf der Heimreise Nancy—Weißenburg.

[2] Gedruckt „Deutsche Revue" XVII, 3 (1892), S. 70 f.

mußte das früher gegebene Wort einhalten, und so habe ich denn einige Notizen an den Herrn Minister Delbrück eingeschickt. Der Vorsicht halber stelle ich Ihnen Abschrift zu, obschon ich sehr zweifle, ob dieser Brief Sie noch im Hauptquartier trifft. Ich habe mich sehr kurz gehalten und, soweit ich übersehe, keinen Punkt berührt, in betreff dessen ich mit Ihnen in Widerspruch hätte geraten können. Die Wahlen in Hannover würden Ihre Anwesenheit sehr ratsam machen, doch ist selbstverständlich Ihre Mitwirkung an der deutschen Verfassungsfrage noch dringender.

Berlin, 7. November 1870.[1])

Haben Sie Dank für die eingehenden Mitteilungen, welche vieles ergänzen, was in den andern Nachrichten aus Versailles nur angedeutet oder allgemein zusammengefaßt ist. Der jüngste Brief von dort war vor Ihrer Abreise geschrieben; derselbe äußert wenig Zutrauen auf ein jetziges Gelingen der Verhandlungen mit Bayern. Aehnlich äußert sich ein Brief Keudells vom 3. November, den ich gestern eingesehen habe. Ich aber bin zufrieden, seit ich den Anschluß Württembergs gesichert und für den schlimmeren Fall Bayern völlig isoliert weiß. Sehr beruhigt hat mich, daß Delbrück das gesonderte Militärbudget Bayerns für unannehmbar hält, hoffentlich siegt diese Meinung, obschon Bismarck zum Nachgeben geneigt scheint. Anderseits freut mich, daß Sie die Kompetenz der Justizgesetzgebung nachdrücklich aufrechterhalten haben. In der mündlichen Unterhaltung hatte Delbrück mir zugestimmt, später über diesen Punkt geschwiegen; nun bin ich beruhigt. Merkwürdigerweise meldet man mir, daß in Berg (dem Hofhalt des bayrischen Königs) die Aussichten des Gelingens für gut gehalten werden. Ob man dort die Geneigtheit Bismarcks zu weitgehenden Konzessionen vermutet? Fast glaube ich es, da Lutz noch so hoch gespannte Forderungen stellt. Ich habe Delbrück angedeutet, daß die bayrische Regierung erst in der Verhandlung mit Bismarck die äußerste Linie des Entgegenkommens ziehen werde; ich vermute dies aus den Unterredungen in München. Den informierenden Inhalt Ihres Briefes will ich nochmals sorgfältig durchgehen, und ich werde deshalb den Brief erst morgen oder übermorgen an Forckenbeck senden. Ich komme dann auf einzelnes zurück.

Die Einberufung nach Versailles findet hier nirgends Anklang und überall Widerspruch. Gestern bereits hatten wir einen Artikel dagegen in unsrer „N. A. Z.“ eingereicht; unmittelbar nach Empfang des Briefes war Sitzung des Vorstandes, welcher u. a. auch Unruh, Miquel und

[1]) Gedruckt: „Deutsche Revue“ XVII, 3 (1892), S. 159 f.

Hennig beiwohnten. Ich frug an, ob auf Grund Ihrer Mitteilung der Artikel noch in der letzten Stunde zurückzuziehen sei; einstimmig wurde dies verneint. Ich habe nur dafür gesorgt, daß eine Hinweisung auf mögliche Verfassungsbedenken weggelassen würde, um nicht aus Mißverständnis den Anschein eines Prinzipienstreites hervorzurufen. Sachlich aber sprechen die weit überwiegenden Gründe gegen die Einberufung nach Versailles. Das Ausland, Feindesland, die unmittelbare Nähe des Gefechtsfeldes, die strengste Herrschaft des Kriegsgesetzes sind keine passende Situation für die Zusammenkunft des Parlaments, für parlamentarische öffentliche Verhandlungen und die Beratung der Verfassung. Das Ansehen der Verfassung, ja selbst das Ansehen der Nation könnte darunter leiden. Und wer bürgt Ihnen, daß nicht Gegner und Halbfreunde ihr Erscheinen versagen? Das Volk wird ihnen nicht unrecht geben. Besser ist, einen solchen Gedanken im Keime zu unterdrücken, ehe er sich in eine feste Absicht verwandelt hat. Sie haben sich doch nicht für Zustimmung engagiert? Lassen Sie mich wissen, wenn dies der Fall ist, da wenigstens die Methode des Verhaltens dadurch beeinflußt wird. Uebrigens bin ich außer Sorge, daß die Muße zur Herkunft sich finden wird, wenn die volle Einigung und die Proklamation des Kaisers zustande kommt. Gelingt der Anschluß Bayerns aber für jetzt noch nicht, dann kann die Verhandlung im Reichstage leicht im geschäftlichen Stile und unter Stellvertretung geführt werden.

Eine Einladung der Herren Duncker und Genossen an die Abgeordneten der Fortschrittspartei in Bayern, zu einer Beratung auf Grundlage des hiesigen Programms der Fortschrittspartei zusammenzutreten, hat der größte Teil der bayrischen Freunde energisch abgelehnt, doch bittet M. Barth, den Plan bloßzustellen, da er Zersplitterung fürchte, die nationale Partei dort aber keine Stimme entbehren kann. Ich habe die Schritte getan, um die schädliche Irrung zu verhindern. Da die Konstituante auch unter der hiesigen Fortschrittspartei zahlreiche Mißbilligung findet, so wird wohl die Agitation im Süden aufgegeben werden.

Berlin, 9. November 1870.

Es wird Sie interessieren zu erfahren, daß der Gedanke, den Reichstag nach Versailles zu berufen, als ein zu wunderlicher aufgegeben ist. Wie ich höre, denkt man jetzt an Straßburg; an diesem Orte ist weniger auszusetzen als an Versailles, aber immerhin bleibt noch das Feindesland, solange das Land nicht für Deutschland und als deutsches Gebiet okkupiert ist, der Kriegszustand und das mögliche Wegbleiben vieler Abgeordneter. Ich will auch gegen Straßburg vertrau-

lich Einspruch erheben; sehr leicht ließen sich Offenburg oder Freiburg wählen oder auch Karlsruhe, der Unterschied des Weges ist nicht bedeutend. Was denken Sie darüber? Als vermutlichen Tag des Zusammentritts höre ich den 25. November bezeichnet, doch scheint mir dieser Termin für den jetzigen Stand der deutschen Verhandlungen zu früh. Das Bedürfnis einer neuen Anleihe drängt freilich.

M. Barth an Bennigsen.

München, 12. November 1870.

Infolge einer Besprechung, die ich soeben mit Herrn Kanonikus Trost, der sich Ihnen bestens empfiehlt, gehabt habe, ersuche ich Sie in unsrer beider Namen dringend, mir womöglich umgehend eine möglichst genaue Mitteilung über den Hergang der Verhandlungen mit den bayrischen Ministern in Versailles und über die zwischen diesen und Graf Bismarck bestehenden Differenzpunkte, soweit beides Ihnen bekannt geworden und Ihnen Stillschweigen nicht geboten ist, zugehen zu lassen. Sollen wir in dem gegenwärtigen Moment noch einen Versuch machen, der Sache eine bessere Wendung noch zu verschaffen, so bedürfen wir vor allem eine bessere Orientierung über die erwähnten Details, als wir sie zurzeit besitzen. Trost hat, wie Sie wissen, enge Beziehungen zu den Herren im Kabinett des Königs und ist vom besten Willen beseelt, sie zu benutzen, um der Sache zu dienen, bei der Bayern mehr noch interessiert ist als Deutschland. Uebrigens sind wir hier auf das Schlimmste gefaßt. Das Schlimmste ist noch lange nicht, wenn Bayern zurzeit außerhalb des Bundes bleibt, sondern wenn der Statusquo nach der partikularistischen Richtung hin verändert wird, in specie, wenn Bismarck gegen ein Militärkartell die Perpetuierung des Zollvereins auf der gegenwärtigen Basis bewilligt. Dann sind wir in eine Sackgasse gebracht, aus der wir so schnell nicht wieder herauskommen. Wir trauen hier Bismarck in dieser Sache gar nicht und fürchten, daß er selbst indirekt dahin wirkt, daß der Eintritt Bayerns jetzt nicht zustande kommt, weil er den Einfluß Bayerns im Bundesrate und der bayrischen Abgeordneten, die er sich als lauter Rote denkt, im Reichstag fürchtet. Was noch geschehen soll, muß schnell geschehen. Ich wiederhole also meine Bitte aufs dringlichste.

*

Während Bismarck etwa gegen den 6. November Bayern in die von vornherein beabsichtigte Isolierung hineinmanövriert hatte und mit den übrigen Südstaaten abzuschließen bereit war, kam es unmittelbar vor der ursprünglich auf den 11. November angesetzten Unterzeichnung der Verträge zu einem unerwarteten Hindernis. Am Mittag des 12. November

teilten die württembergischen Minister in größter Verlegenheit mit, daß ihr König ihnen den Abschluß ohne Bayern untersagt habe; sie verließen andern Tags Versailles.[1]) Bismarck war kurz vor dem Abschluß gescheitert, die bisher verhütete gemeinschaftliche Gegenwirkung der Württemberger und Bayern war von neuem zu befürchten. Jetzt schien es ihm wieder nötig, alle Hunde bellen zu lassen, den Druck der öffentlichen Meinung mit Hilfe der Liberalen etwas lebhafter auf die schwankenden Entschließungen der süddeutschen Regierungen wirken zu lassen. Zur Erläuterung der Stimmung Bismarcks am 12. November abends, als sein Telegramm an Stolberg abging, mag eine sonst nicht ohne weiteres verständliche Stelle in seinem Briefe an seinen Sohn Herbert[2]) dienen: „Meine Tintenkleckser aber manövrieren Tag und Nacht und intrigieren nach Frankfurter Art. Wenn nicht ein deutsches Unwetter dazwischenfährt, so wird mit diesen Diplomaten und Bureaukraten der alten Schule nichts zustande kommen, wenigstens in diesem Jahre nicht." Das „deutsche Unwetter" sollten ihm — Stolberg ist nur der Mittelsmann — Bennigsen und die Liberalen mit der öffentlichen Meinung besorgen.

Oberpräsident Graf Otto Stolberg an Bennigsen.

Hannover, 13. November 1870.

Euer Hochwohlgeboren wird eine Nachricht von Interesse sein, welche ich gestern abend aus ganz zuverlässiger Quelle erhalten habe und die ich Ihnen in Verfolg Ihrer Erzählungen aus Versailles gleich mitteilen möchte. Diese Nachricht bestätigt einmal das schon bekannte Resultat, daß die Verhandlungen mit Württemberg, Baden und Hessen einen günstigen Verlauf gehabt und, wie mir geschrieben wird, „die Uebereinstimmung der Ansichten in einer zum Abschluß reifen Form hergestellt" haben; sie teilt aber ferner, was bisher doch nicht so klar feststand, mit, daß ein Ergebnis der Verhandlungen mit Bayern noch nicht abzusehen sei und daß diese Verzögerung auch zurückhaltend auf die definitiven Entschließungen in Stuttgart wirke (d. h. wahrscheinlich beim Könige bezw. seinen unsicheren Umgebungen, da nach der obigen Mitteilung die Ministerbesprechungen in Versailles ja zu einem ganz befriedigenden Ergebnis führten).

Diese Nachricht ist kein Geheimnis, ich möchte es im Gegenteil für sehr wünschenswert halten, wenn die Presse, und namentlich die unabhängige, sich dieser Frage emparierte und sie im Hinblick auf Bayern

---

[1]) Vgl. W. Busch, Die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum (Tübingen 1906), S. 63 ff.

[2]) Bismarcks Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71, S. 59.

und Württemberg möglichst ausnutzte. Euer Hochwohlgeboren stelle ich daher die eventuelle Verwendung und Verbreitung ergebenst anheim und würde nur bitten, die Quelle nicht als eine offiziöse zu bezeichnen.

Ich hatte die Absicht, Sie persönlich aufzusuchen; da ich aber wegen eines kranken Ohrs heute das Haus nicht verlassen möchte, so habe ich den schriftlichen Weg gewählt.

*

Bennigsen sandte die Nachricht, deren Ursprung ersichtlich auf Versailles und den Bundeskanzler zurückging, an demselben Tage an Lasker: „Ich bitte Sie, lieber Freund, obige Nachricht, welche ich soeben auch dem Redakteur unsrer hiesigen Zeitung und nach Stuttgart an Dr. Elben mitgeteilt habe, nach Kräften zu benutzen. Die Quelle ist jedoch nur für Sie persönlich. Graf Stolberg ist mir als ein sehr anständiger und zuverlässiger Mann bekannt, welcher daneben für einen Altkonservativen sehr national gesinnt ist. Den Brief erbitte ich mir demnächst bei persönlichem Zusammentreffen oder bei einer brieflichen Mitteilung zurück. An M. Barth habe ich soeben auch noch geschrieben."

Lasker glaubte nach seinen Informationen die Sache anfangs weniger bedenklich ansehen zu dürfen und versuchte voreilig, die nach allen Seiten hin unternommenen Schritte Bennigsens telegraphisch zu inhibieren, doch erkannte er seinen Irrtum noch an demselben Tage.

Graf Otto Stolberg an Bennigsen.

Hannover, 14. November 1870.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich unter Rücksendung des Telegramms des Herrn Lasker ganz ergebenst zu erwidern, daß ich die genaue Zeit des Abgangs meines Telegramms nicht mehr weiß, da ich es gleich nach der Dechiffrierung verbrannt habe. Ich erhielt es mitten in der Nacht vom 12. zum 13., nehme also an, daß es am 12. abends in Versailles abgegangen ist. Die etwaige Einwirkung auf die Presse dürfte wohl nicht weiter durch diesen Laskerschen Zwischenfall aufzuhalten sein.

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 14. November 1870.

Vielleicht bekommen Sie diesen Brief gleichzeitig mit dem früheren vom heutigen Tage. Kurz nachdem ich Ihnen und Elben zum ersten Male telegraphiert und geschrieben hatte, erfuhr ich, daß beim Abschluß Verzögerungen Württembergs eingetreten sind. Diese datieren offenbar von dem Tage, seit welchem Bayern zur Wiederaufnahme der Verhandlungen sich wieder eingefunden hat. Nun soll doch gewartet

werden, bis Bayern sich endgültig erklärt hat. Ich zweifle immer noch, ob die plötzliche Störung mehr als einen Aufschub bedeutet. Der nach den Vereinbarungen völlig umgestaltete Verfassungsentwurf war bereits fertig, und die Störung scheint formell an die besonders gehaltene Militärkonvention angeknüpft worden zu sein. Jetzt muß die unabhängige Presse, müssen die Freunde in Württemberg drängen, doch nicht die Aussichten ganz verloren zu geben. In diesem Sinne will ich hier zu wirken suchen. Das Telegramm, welches die plötzlich eingetretene Störung meldet, ist aus bester Quelle und mit berechnender Absicht in die Welt geschickt. Noch am 11. d. M. herrschte keine Befürchtung, wie ich nach einer letzten Nachricht annehmen darf.

Berlin, 19. November 1870.

Wegen der deutschen Angelegenheiten werden wohl gründliche Erwägungen not tun, wenn, wie zu erwarten, die Verträge diesem Reichstag vorgelegt werden. Da die Verhandlungen überdies möglichst kurz sein müssen, haben wir die Partei auf Mittwoch abend eingeladen. Gut wäre nun, daß wir vorher uns vertraulich besprechen. Ich habe Forckenbeck gebeten und bitte Sie gleichfalls, wenn irgend möglich, spätestens Mittwoch morgens, besser am Dienstag, hier einzutreffen. Auch an Oetker will ich schreiben. Die Nachrichten laufen bis jetzt verworren durcheinander; morgen werde ich wohl Gewißheit erhalten.

Berlin, 20. November 1870.

Gestern spät in der Nacht habe ich ein Telegramm von Elben erhalten, welches lautet: „Wir sind heute hier sehr erfreut und vollkommen befriedigt." Das Telegramm ist gestern abend 9½ Uhr aufgegeben. Heute hier eingegangene Briefe von Elben und Hölder, welche vom 18. November sind, lauten nicht ganz so bestimmt, aber doch immer sicher genug. Heute habe ich mit Delbrück gesprochen; auch er erwartet ganz sicher den Beitritt Württembergs in den nächsten Tagen; die Herren von Suckow und Mittnacht treffen morgen hier ein. Sehr dunkel war mir die Auskunft über Bayern. Es wird verhandelt. Als Donnerstag D[elbrück] abreiste, war man wegen der Militärfrage noch nicht zu einem Einverständnis gekommen; mit dem zivilen Teile glaubt D[elbrück] ganz fertig zu sein. Die bayrische Sache wird uns noch zu schaffen machen, doch hoffe ich, daß von uns der Anschluß der andern Staaten früher bewirkt sein wird. Ich wiederhole nochmals die Bitte, daß Sie, wenn irgend möglich, am Dienstag hier eintreffen. Der Entwurf der Verfassung ist in meinen Händen; er enthält, dem letzten Stadium entsprechend, nur den Beitritt Hessens und Badens; Württemberg wird

vielleicht noch vor dem Beginn der Reichstagsverhandlungen eingefügt werden oder während der Verhandlungen selbst. Nach München und Stuttgart will ich schreiben, daß sie uns Freunde als Vertrauensmänner herschicken. Wegen der Wahlen sind die Freunde in Württemberg mit der Regierung im besten Einvernehmen und sie erwarten die Zweidrittelmehrheit.

Gesandter Graf Werthern an Bennigsen.

München, 23. November 1870.

Euer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichsten Dank für das Vertrauen, welches Sie mir bewiesen durch Autorisation Vecchionis,[1]) mir Ihren Brief an denselben mitzuteilen. Wie die Sachen hier stehen, werden Ihnen Schauß und Barth in allen Details auseinandersetzen. Mir erübrigt daher nur eine Bemerkung.

Vecchioni und Genossen sind durch das Mißtrauen in das in Versailles tagende bayrische Triumvirat und sein allerdings unverantwortliches Stillschweigen über den Gang der Verhandlungen im höchsten Grade verbissen und beurteilen die Situation schlimmer, als sie meiner Meinung nach ist. Sie schaden deshalb viel.

Von dem Augenblick an, wo Baden und Hessen unbedingt und Württemberg nur mit mäßigem Vorbehalt beitraten, konnte Bayern nicht zurückbleiben, wenn das Land nicht voneinander springen soll. Nach Brays letztem Telegramm ist in der Tat eine Vereinbarung erzielt, und welche, ist mir gleichgültig, vorausgesetzt, daß sie der Fortbildung überhaupt fähig ist. Ich glaube, wir müssen sogar mit einem Minimum zufrieden sein. Meine ursprüngliche Ansicht, der König würde nach der patriotischen Fata Morgana vom 19. Juli die immense Rolle begreifen, die ihm das Schicksal bot, und dementsprechend Deutschland die Früchte des Friedens geben, hat sich nicht erfüllt. Sein Beweggrund bei Unterzeichnung der Mobilmachungsordre war nur das „Tel est notre bon plaisir." Ich erwarte nichts Großes mehr von ihm, und um so mehr fürchte ich mich nun vor seinen kleinen Eigenschaften und den unkontrollierbaren Einflüssen von außerhalb. „Volksbote" und „Vaterland" deuten schon an, woher der Wind oben wieder weht. Verstärken sich dieselben und verweigerten die Kammern (die man zu diesem Behufe nicht aufgelöst hat) unsre Abmachungen, so kann niemand vorhersehen, was der König tun wird. Schlägt er um, so haben wir zwar eine Revolution im Lande, dafür aber auch noch einen dritten Akt in der deutschen Entwicklung, anstatt daß wir jetzt mit

---

[1]) Chefredakteur der „Münchner Neuesten Nachrichten".

diesem zweiten abkommen. Auch Oesterreich und Frankreich gegenüber ist es absolut notwendig, daß wir bald zu einem Abschlusse gelangen. Beust mißtraue ich prinzipiell, und man kann a priori annehmen, daß zwischen den Ultramontanen und Frankreich Verbindungen bestehen. Alle diese Machinationen entkräftet die Herstellung unsrer engeren Verbindung. Erreichen wir dieselbe, und zwar so, daß sich der König Ludwig von seinem individuellen Standpunkt aus nicht als verletzt betrachtet, so halte ich die Möglichkeit keineswegs für ausgeschlossen, daß wir ihn noch zur Reise nach Versailles und zur Kaiserproklamierung bewegen. Der schlimmste Widerstand gegen seine Reise kam vom König von Württemberg und Gasser.[1]) Derselbe ist, wie Figura zeigt, überwunden, zum Teil mit durch mein Zutun. Wie? gelegentlich mündlich. Ebenso kenne ich noch ein Mittel, den Rest der Bedenken zu überwinden, und ist dasselbe bereits in Gang gesetzt. Doch bitte ich, dies als im engsten Vertrauen und nur für Ihre persönliche Information bestimmt zu betrachten.

In Summa: die Lage ist nicht so gut, wie sie Euer Hochwohlgeboren und Lasker nach Ihrem Besuche geschienen hat, aber auch nicht so schlimm, als Vecchioni sie schildern mag, und so wenig ich sonst ein Freund von halben Maßregeln bin, so möchte ich doch dringend empfehlen, in diesem Falle alles zu tun, was irgend möglich ist, um eine Vereinbarung zustande zu bringen. Berliner Maßstab, angelegt auf Bayern, führt allemal zu falschem Resultat. Die Gegensätze im Lande selbst sind zu groß, als daß man ihnen nicht volle Rechnung tragen müßte, und kommen wir zu nichts, so entsteht hier das Chaos. Schauß und Barth werden dieses Räsonnement bestätigen.

Bamberger an Bennigsen.

Telegramm. Versailles (Ende November 1870).

Vertraulich. Zeuge der unendlichen Mühen und Kombinationen, welche das Zustandekommen der Bundesverträge gekostet, schiene mir Verwerfung trotz ihrer Mängel so ungeheuer bedenklich, daß ich zu Meinungsaustausch mit Freunden dorthin eile. Vor definitivem Stellungnehmen wohl zu bedenken, daß jede wesentliche Amendierung gleichbedeutend mit Verwerfung, d. h. neuem Chaos. Möchten Sie ähnliches Babel empfehlen. Meine Ankunft geheimhalten ohne Ausnahme.[2])

---

[1]) Bayrischer Gesandter in Stuttgart.

[2]) Bamberger kehrte Anfang Dezember 1870 von Versailles nach Berlin zurück, um im Auftrage Bismarcks die Liberalen zur Annahme des Vertrages zu beeinflussen. Poschinger a. a. O. II, S. 136.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 30. November 1870.

Wir haben hier zwar wenig Sitzungen bis jetzt gehabt, aber doch viel zu tun durch Beratungen unter uns, mit andern Parteien und namentlich mit einigen uns befreundeten bayrischen Abgeordneten. Der Inhalt des bayrischen Vertrages hat bei diesen selbst und mehr noch hier in allen Parteien das äußerste Erstaunen erregt. Selbst der zahme Bundesrat ist so erbittert, daß Delbrück ihm zur Beruhigung drei Tage Zeit gelassen hat. Morgen wird diese gehorsame Körperschaft den bayrischen Vertrag aber einstimmig mit allen Einzelheiten unverändert hinunterwürgen. Ob sich dafür im Reichstag eine Mehrheit finden wird, ist sehr zweifelhaft. Die Beratungen beginnen am Sonnabend. — Im besten Falle werden wir vor Ende nächster Woche nicht nach Hause reisen können. Es ist ein wahres Unglück, daß der Reichstag nicht nach Versailles berufen ist. Hier wird man auf eine Aenderung des Vertrages ohne Bismarcks und des bayrischen Ministers Anwesenheit sich nur geringe Hoffnung machen können und in der dritten Beratung desselben sich vor der Frage einfacher Annahme oder Ablehnung befinden. Wird der Vertrag verworfen, so bleibt der Anschluß von Südhessen, Baden und Württemberg aber doch gesichert, da gegen die Annahme der mit diesen Staaten abgeschlossenen Verträge prinzipielle Bedenken nicht vorhanden sind.

Mir geht es hier sehr gut, mit Essen und Trinken wird man allerdings einigermaßen belästigt. Einen Mittag war ich zum Diner bei der Königin, wo ich das Vergnügen der Nachbarschaft einer sehr hübschen, liebenswürdigen und gescheiten Hofdame der Königin, Komtesse Schimmelmann aus Holstein, hatte. Vorgestern machte ich ein großes Diner bei Miquels mit, wiederum mit sehr großem Luxus ausgestattet, so recht nach Art der heutigen Hautefinance. Mein Nachbar, der bekannte Bankier Bleichröder, Leibbankier von Bismarck seit zwanzig Jahren und mit diesem sehr vertraut, wußte mir eine Menge recht interessanter, zum Teil höchst vertraulicher Dinge über Bismarck und Politik zu erzählen. Eine mir gegenübersitzende gescheite Dame, Fräulein N. N. — ich habe den Namen vergessen — aus Schlesien, wurde bei Tisch ohnmächtig, erschien aber nach einer halben Stunde wieder. Diese Dame ist dadurch merkwürdig, daß ihr die Eigenschaft des zweiten Gesichts verliehen ist, eine sehr unglückliche Gabe Gottes. Hoffentlich hat sie mir über Tisch meinen baldigen Tod nicht angesehen. Wenigstens hat sie mir davon nach Tisch nichts erzählt, als sie mir zwei Geschichten von einem Totengesicht und einer andern Ahnung mitteilte, welche ihr selbst passiert waren. Das Vertrauen der Dame habe

ich anscheinend dadurch gewonnen, daß Miquel ihr und einigen andern Damen vorher spottend erzählt hatte, ich glaube an das Vorhandensein der Gabe des zweiten Gesichts.

Ich benutzte eine halbe Stunde, welche mir nach der Sitzung bis zum Diner beim Minister Delbrück blieb; eigentlich ist es eine politische Konferenz unter der Form eines Mittagessens, welche ganz interessant werden kann, da an ihr im engen Kreise nur zwei Altkonservative, zwei Freikonservative sowie Forckenbeck, Lasker und ich teilnehmen.

Berlin, 7. Dezember 1870.

Leider kann ich Dir wegen meiner Rückkehr nur schlechten Trost geben. Der Reichstag wird bis zum Dienstag etwa dauern. Unmittelbar an den Reichstag, und zwar wahrscheinlich sogar schon am Montag, wird sich der Landtag anschließen, dessen Geschäfte freilich auf das äußerste beschleunigt werden sollen, so daß wir bis Weihnachten für diesen Winter mit den Landtagsgeschäften ganz fertig werden. Der bayrische Vertrag wird schließlich im Hause mit sehr großer Mehrheit gegen etwa dreißig bis vierzig Stimmen angenommen werden. Die Notwendigkeit, bei den Friedensverhandlungen gegenüber den eifersüchtigen neutralen Mächten als eine verfassungsmäßig geeinigte deutsche Macht dazustehen, wird über alle Bedenken weghelfen; was etwa noch übrigbleiben sollte, tritt zurück gegen die Proklamierung des hohenzollernschen evangelischen deutschen Kaisertums, wofür gerade der König von Bayern die Initiative ergriffen hat, in der Voraussetzung des Zustandekommens des bayrischen Anschlusses an den Nordbund.

In den nächsten Tagen werden wir wahrscheinlich eine offizielle Mitteilung darüber erhalten, daß die sämtlichen deutschen Fürsten dem König Wilhelm die wohlverdiente Kaiserkrone angetragen haben und daß der Reichstag dem zustimmen möge. Präsident Simson kann dann noch einmal eine Kaiserdeputation des deutschen Parlaments anführen, diesmal nach Versailles hin mit besserem Erfolg als 1849 von Frankfurt ab nach Berlin zu Friedrich Wilhelm IV. Sehr gern würde ich natürlich dieser Deputation mit angehören, worüber aber, abgesehen von Simson, lediglich das Los unter allen Reichstagsmitgliedern entscheidet.

Aus den Verhandlungen der am 24. November eröffneten und am 10. Dezember geschlossenen außerordentlichen Reichstagssession zur Beratung der süddeutschen Verträge sei hier nur die Schlußrede, in der Bennigsen die Zustimmung seiner Parteigenossen am 9. Dezember begründete, in ihren Hauptsätzen mitgeteilt.

„In meinem eignen und im Namen meiner politischen Freunde, fast ohne Ausnahme, gebe ich hiermit die Erklärung ab, daß wir trotz unsrer schweren Bedenken, nachdem bei der zweiten Lesung unsre Amendements infolge der Erklärungen vom Tische des Bundesrats teils abgelehnt, teils zurückgezogen sind, unsre Zustimmung zu dem bayrischen Vertrage dennoch nicht versagen können. Wir wissen wohl, wir laufen schwere Gefahren für die Entwicklung des Norddeutschen Bundes, wenn wir noch vielfach widerstrebende Elemente in ihn aufnehmen; auch verkennen wir nicht die Gefahren, welche in den der Krone Bayern bewilligten Sonderrechten liegen, aber wir laufen diese Gefahren im vollen Vertrauen auf den nationalen und patriotischen Sinn unsrer Brüder im Süden, im Vertrauen auch auf den nationalen und patriotischen Sinn der bayrischen Regierung. Sehr wohl können unsre Konzessionen benutzt werden, um der Entwicklung des neuen Bundes schwerste Hindernisse in den Weg zu legen; aber wir wollen den Versuch erwarten, wir wollen nicht vergessen, daß wir deutsche Genossen in unsre Mitte aufnehmen, die in unerhört glorreichem Kampfe treu an unsrer Seite gestanden haben. Hindernisse und Schwierigkeiten ärgster Art können uns bereitet werden; ein ernsthafter dauernder Widerstand gegen den einmütigen Willen des deutschen Volkes ist unmöglich; er würde zerschellen an den kraftvollen Elementen, die in der deutschen Verfassung liegen. Der Name Kaiser ist mehr als ein bloßes Wort: nie war Deutschland in einer so kräftigen Monarchie geeinigt, wie das neue Kaiserreich sein wird. Mochte das Reich Karls V. größer sein, es war ein Weltreich, das deutschem Wesen fremde Zwecke verfolgte und den Keim des inneren Zerfalls in sich trug; die kaiserliche Monarchie der Hohenzollern, erwachsen lediglich aus deutschem Grund und Boden, wird in ihrem innersten Kern deutsch sein. Man hat uns gesagt: Die Stellung des Reichstags, der auf Ja- und Neinsagen beschränkt sei, sei eine unwürdige. Aber haben wir diese Situation gemacht? Wäre nicht die deutsche Einigung auf jedem andern Wege viel eher und leichter dem Scheitern ausgesetzt? Glauben Sie denn, die süddeutschen Regierungen und Völker würden die Bestimmung ihrer Geschicke dem ungewissen Ergebnisse der Abstimmung in einem konstituierenden Parlament, in dem sie jedenfalls sich in der Minderheit befunden hätten, lieber anvertraut haben? Schwierig war der Weg, welchen wir gegangen sind; schwieriger wäre der gewesen, welchen Sie (zur Linken) uns vorschlagen. Wir wollen nicht den Vorwurf auf uns laden, daß das deutsche Volk, welches eben den gewaltigsten Kampf siegreich durchgefochten, unfähig sei, sich in einem freien, entwicklungsfähigen Staate zu einigen; wir wollen nicht die Verantwortung auf uns nehmen, daß wir diesen günstigen Moment

ungenutzt haben vorübergehen lassen. Es ist ja doch schon ein großes Ereignis, daß die Zeit der Bruderkämpfe für immer hinter uns liegt! In diesem Sinne werden wir für die Verträge stimmen."

Nachdem die Verträge, der bayrische mit 195 gegen 32 Stimmen (darunter die der Fortschrittspartei), angenommen waren, wurden Bennigsen, Sybel, von Forckenbeck, Lasker, Miquel, von Denzin, von Blanckenburg, Wagner-Neustettin, Herzog von Ujest, Graf Münster und Bürgers mit dem Entwurf einer Adresse an den König betraut, die am 10. Dezember angenommen und von einer Deputation von dreißig durch das Los bestimmten Reichstagsabgeordneten nach Versailles überbracht wurde.

Während der Reichstagsverhandlungen waren auf Wunsch der Nationalliberalen drei Führer der bayrischen Liberalen nach Berlin geeilt:[1]) Marquard Barth, Stenglein und von Schauß, um für die Annahme der Verträge mitzuwirken. Alle drei versprachen Bennigsen, ihn über das Geschick des Vertrages im bayrischen Landtage, die letzte nur unter großen Schwierigkeiten überwundene Etappe der neuen Reichsgründung, auf dem laufenden zu halten.

M. Barth an Bennigsen.

München, 5. Dezember 1870.

Wir sind wohlbehalten zurückgekommen, nachdem wir in Nürnberg noch angehalten hatten, um mit den dort und in Erlangen wohnhaften bayrischen Abgeordneten zu konferieren. Sowohl bei ihnen als auch unter unsern hiesigen Kollegen haben wir entschiedene Neigung gefunden, dem Vertrage in Ermanglung eines besseren zuzustimmen, und es ist hiernach kein Zweifel mehr, daß die liberale Partei auf dem Landtage, welcher auf den 10. d. M. einberufen ist, sich einfach darauf beschränken wird, alle Kräfte anzuspannen, um die Bundesverfassung so, wie sie ist oder in Berlin fertig wird, gegen die Ultramontanen durchzudrücken. Uebrigens glaubt man in Bayern allgemein, daß es sich auch für den Norddeutschen Reichstag nur um Annehmen oder Ablehnen handle, und würde es aufs höchste beklagen, wenn letzteres geschähe. Hoffentlich wird es dazu nicht kommen, wiewohl wir einsehen, wie schwer Euch das Jasagen werden muß. Trösten Sie sich damit, daß, wenn unsre Regierung den Vertrag weniger partikularistisch gehalten hätte, er

[1]) Von den Württembergern schrieb Otto Elben am 2. Dezember an Bennigsen: „Herrn Laskers Wunsch, daß einige Vertrauensmänner nach Berlin kommen sollen, stehen unsre Wahlen im Weg. Fast alle, welche etwa jenem Wunsche entsprechen könnten, sind eben in diesen Tagen so in Anspruch genommen, daß an eine Reise nach Berlin nicht zu denken ist."

wahrscheinlich in der Kammer gefallen wäre. Lassen Sie nicht die Einigung in einem Augenblick ins Wasser fallen, wo, wenn mich nicht alles täuscht, das Schreiben des Wittelsbachers, das den Hohenzollern auffordert, Kaiser und Reich zurückzurufen, schon in König Wilhelms Händen ist. Es mag das eine Schwäche von mir sein, aber ich kann nicht leugnen, es kitzelt mich doch gewaltig, unsrer bis dato Geschichte diesen Abschluß gegeben zu sehen. Die Auflösung des Reiches war die capitis deminutio unsrer Nation, und seine Wiederherstellung muß sie empfinden wie eine restitutio honoris. Daß das neue Reich besser werde, als das alte zuletzt lange genug war, dafür wollen wir sorgen.

München, 10. Dezember 1870.

Daß der Vertrag mit Bayern die dritte Lesung im Reichstag glücklich passiert und daß Ihre Partei dabei zustimmend sich verhalten hat, haben wir diesen Morgen hier mit großer Freude vernommen. Unser Landtag tritt nun mit dem heutigen Tage zusammen, und einer der nächsten Beratungsgegenstände wird auch der Einigungsvertrag sein. Wie es uns gehen wird und ob und wie wir mit den Ultramontanen zu Streich kommen, müssen erst die nächsten Tage lehren. Sehr wünschenswert wäre es mir aber, die betreffenden Verhandlungen des Reichstags vor der Beratung in unsrer Abgeordnetenkammer zu erhalten, und ersuche Sie daher dringend, mir dieselben stückweise, wie sie aus der Presse kommen, mit der Briefpost unter Kreuzband zukommen zu lassen. Hoffentlich hat Delbrück sein mir gegebenes Versprechen gelöst und zu dem Artikel über das bayrische Militärbudget die nötigen Erläuterungen gegeben. In den Zeitungen habe ich bis jetzt nichts davon gefunden, hoffe aber, daß diese den Punkt nur als für ihre Leser vermutlich minder interessant übergangen haben. Unser Entschluß, auch seitens der liberalen Partei der bayrischen Kammer dem Vertrage zuzustimmen, steht übrigens fest, auch wenn der betreffende Passus in Berlin unerörtert geblieben ist.

Kanonikus Trost läßt sich Ihnen empfehlen. Von ihm erfuhr ich sogleich nach unsrer Rückkehr, daß die Depesche wegen des Kaisertitels bereits nach Versailles abgegangen war. Er verbot mir, es als positiv weiterzusagen, aber des andern Tags wußte man es auch schon in Berlin.

Das Präsidium steht also nun nicht mehr der Krone Preußen, sondern dem Könige von Preußen als Deutschem Kaiser zu. Wird nun Graf Bismarck noch, wie bei Beratung der norddeutschen Bundesverfassung, behaupten, der Bundeskanzler habe seine Instruktionen von dem preußischen Minister des Auswärtigen zu erhalten, wenn er dieser

nicht selbst ist, und wird nicht überhaupt die Hereinführung des Kaisers in die Verfassung von selbst zu der Konsequenz eines von dem preußischen Ministerium unabhängigen Reichsministeriums führen müssen? Freilich muß aber dann die ganze Verfassung umgebildet werden, denn es läßt sich nicht leugnen, daß diese durchweg auf dem Primat des Staates Preußen und nicht seines Königs aufgebaut ist.

Stenglein an Bennigsen.

München, 7. Dezember 1870.

Euer Hochwohlgeboren kann ich leider die versprochenen Aufschlüsse über die hiesigen Intentionen nur in geringem Maße erteilen. Wie Sie natürlich längst wissen, hat sich unsre Heimreise mit der Reise des Herrn Ministers von Lutz gekreuzt, und ich war daher außerstande, mit diesem, der eigentlichen Seele der Unterhandlungen in Versailles, Rücksprache zu nehmen. Graf Bray und Herr von Pranckh begaben sich gleichzeitig zum König nach Hohenschwangau und kehrten erst heute zurück, so daß ich bis jetzt nur mit dem Minister des Innern, Herrn von Braun, verkehren konnte. Unsre Unterhaltung drehte sich hauptsächlich um das Heimatsrecht bezw. den Unterstützungswohnsitz. Er beharrte darauf, daß die im norddeutschen Gesetze angenommenen Grundsätze den in unsrer neuen Sozialgesetzgebung adoptierten so diametral entgegenlaufen, daß eine Vermittlung zwischen beiden nicht möglich sei. Er lehnte es zwar nicht ab, seinerzeit auf eine gemeinsame deutsche Gesetzgebung einzugehen, will hierfür aber reife Erfahrungen über die in beiden Gesetzgebungsgebieten neu eingeführten Einrichtungen abwarten, und es ergibt sich hieraus immerhin eine Frist von mehreren Jahren, während deren auch das Bedürfnis seinen Druck noch ausüben wird. Dies ist die ganze Aehrenlese, welche ich bis jetzt sammeln konnte. Dennoch wollte ich nicht länger zögern, Mitteilung zu machen, da ja die Entscheidung in Berlin in den nächsten Tagen fallen muß und die inzwischen erledigte Kaiserfrage dies wohl nur beschleunigen wird.

Was die Stellung der Parteien hier im Lande betrifft, so steht bereits fest, daß die liberale Partei kompakt für die Verträge eintreten und kaum auch nur den Versuch der Amendierung machen wird. Die ultramontanen Blätter poltern mehr oder minder gegen dieselben. Dennoch lauten alle meine Notizen aus dem Kreise der ultramontanen Abgeordneten, daß die größere gemäßigtere Hälfte derselben zustimmen werde. Damit ist die Zweidrittelmehrheit gesichert. Ebenso traf ich aber auf Uebereinstimmung mit meiner von Anfang an geäußerten Ansicht, daß eine Verwerfung der Verträge in Berlin oder eine wesentliche Amendierung derselben die in der ultramontanen Partei begonnene

Spaltung heilen und derselben die Herrschaft auf Jahre hinaus sichern werde. Ich kann deshalb meine Bitte nur wiederholen, mit Aenderungen vorsichtig zu sein, wenigstens insolange nicht im voraus die Zustimmung aller Regierungen gesichert ist. Daß die liberale Partei in Bayern in Kürze wieder die Mehrheit hat, wenn die Einigung jetzt erfolgt, ist meine feste Ueberzeugung; hiermit dürfte aber für eine Verbesserung des Verfassungszustandes mehr genutzt sein als durch den immerhin problematischen Versuch, im Augenblick die Verträge zu ändern.

Von Schauß an Bennigsen.[1])

München, 15. Dezember 1870.

Den versprochenen Bericht habe ich Ihnen bis heute nicht erstattet, weil ich wünschte, Ihnen bestimmte Anhaltspunkte für die Chancen des Vertrages zu geben, welche ich bis heute nicht hatte. Wohl schwirrte die Sage durch die Luft, daß unsre ländlichen Abgeordneten gegen die Annahme des Vertrages geistlicherseits trefflich präokkupiert seien — allein praktische Beweise hatten wir hierfür nicht. Die eben im Werk befindliche Wahl eines Ausschusses zur Prüfung des Vertrages ist der erste bestimmte Wegweiser der nächsten Zukunft und leider ein sehr betrübender. Der Klub der Patrioten hat eine Liste durchgesetzt, auf welcher sich alle Ultras ihrer Richtung und nur drei Mitglieder der nationalen Parteien — nämlich M. Barth, Crämer und Louis — befinden. Daß der Klub die Namen Jörg, Greil, Ruland (!), G. F. Kolb, A. Schmidt, Eugen Weiß, Xaver von Hafenbrädl, Kurz, Huttler, Krätzer, Schüttinger und Hauk wählte — also mit Ausnahme des noch unsicheren Huttler („Augsburger Postzeitung") ganz bestimmte Ablehner wählte, ist eine so entschiedene Demonstration, daß ich die Zweidrittelmajorität für den Vertrag, also den Gewinn von 33 Stimmen aus dem schwarzen Jenseits, für höchst unwahrscheinlich halte. Schon die Komödie Kolb, welcher seit gestern lächelnden Angesichts auf seinem Platze sitzt, den er leider unter uns gewählt hat, ließ auf ein festeres Zusammenhalten der Schwarzen schließen, als erwartet war. Herr von Lutz ist zwar noch immer seiner Sache und seiner Zweidrittelmajorität sicher, allein worauf sich seine Hoffnungen gründen, ist mir — und fast scheint es so — auch ihm unbekannt.

Um vollständig zu berichten, nenne ich Ihnen auch die unserseits für den Ausschuß bestimmten Namen, von denen, wie schon bemerkt,

---

[1]) Friedrich von Schauß († 1893), Direktor der Süddeutschen Bodenkreditbank in München, seit 1871 Mitglied der nationalliberalen Partei des Reichstages, aus der er und Völk an der Spitze einer kleinen Gruppe im Juli 1879 während der Zolltarifverhandlungen ausschieden.

nur Barth,[1]) Crämer und Louis durchgebracht werden. Außer diesen stehen auf unsrer Liste Jordan, Völk, Fischer, Stauffenberg, Karl Schmidt, Hocheder, Marquardsen, Schauß, Stenglein, Edel, von Hörmann, Professor Gernstner, Frankenburger. Was nun? Zunächst eine höchst unerquickliche Kammerdebatte, in welcher Jörg seinen ganzen Vorrat Dupanloup-Eötvösscher Informationen loslassen wird, zur Bewunderung seiner Anbeter und zur Freude seiner Leiter — in Regensburg. Wir werden uns wohl in der Defensive halten und auf die Abwehr der Angriffe der Gegner beschränken müssen. Das Angreifen können wir nach meiner allgemein geteilten Meinung nicht übernehmen, wenn auch in der Diskussion einige Unzufriedenheit hervortreten kann. Auf Amendierungen im nationalen Sinne können wir uns nicht verwerfen, ohne uns dem Vorwurfe auszusetzen, höchst unpraktische Politik zu treiben. In dieser Frage sind nicht viele unter uns mit Lasker einverstanden. Möglich ist allerdings, daß der eben zu gebärende Ausschuß auf das Gebiet der Modifikationen — allerdings im andern Sinne, als in Berlin geschehen — geraten wird, und dann, wenn das Modifizieren einmal begonnen, kann vielleicht auch die nationale Partei einen Versuch wagen. Ich verspreche mir davon gar nichts und bin heute noch der Meinung, daß wir unsre Kraft in der Opposition gegen die Patrioten konzentriert halten sollten.

Wenn der Vertrag abgelehnt sein wird, erfolgt ohne allen Zweifel die Auflösung der Kammer. Was aber, wenn auch eine neue Kammer die Zweidrittelstimmen nicht zusammenbringt? Man soll sich zwar in der Politik nicht mit Eventualitäten beschäftigen, deren Eintritt unsicher ist. Allein in diesem Falle ist eine Ausnahme gestattet, weil unsre Haltung als deutsche Partei eine viel entschiedenere sein kann, wenn

[1]) M. Barth schrieb über die Ausschußverhandlungen am 23. Dezember an H. Baumgarten: „Was jetzt geworden, ist zwar auch nicht sehr befriedigend, aber doch ein immenser Fortschritt, und es war in der bayrischen liberalen Partei, auch die Nürnberger, die zuvor mit der preußischen Fortschrittspartei eine Art Konstituante verlangt hatten, nicht ausgenommen, alsbald Einstimmigkeit darüber vorhanden, daß wir die Verträge ohne Vorbehalt akzeptieren mußten. Wie es uns nun mit den Ultramontanen geht, vermag ich, obwohl ich in dem betreffenden Ausschuß sitze, heute noch nicht zu sagen, denn die Herren beobachten ein merkwürdiges Schweigen, doch erwarte ich bis morgen das Gutachten des Referenten Jörg und werde Sie dann auf dem laufenden halten. Ich verzweifle noch nicht daran, daß wir die nötige Zweidrittelmajorität erhalten, ohne die Kammer auflösen zu müssen, was vom Uebel wäre, weil wir bei einer Neuwahl wohl eine Aussicht auf eine einfache, aber nicht auf eine Zweidrittelmajorität haben. Unsre gegenwärtigen Herren Gegner in der Kammer haben bereits im Juli bewiesen, daß sie zwar viel bösen Willen, aber im kritischen Moment wenig Courage haben, und darauf setze ich meine Hoffnung."

wir wissen, daß auch nach dem Fall des Vertrages in der Kammer König und Ministerium sich doch entschließen, das Wohl des Landes und die Lösung der deutschen Frage nicht von der Laune einiger Fanatiker wie Kolb und ausgesprochener Jesuiten abhängig zu machen. Wir stehen dann vor dem Verfassungskonflikt und einer inkonstitutionellen Regierung! Wer wollte diesen Zustand wünschen — von der liberalen Seite gewiß keiner —, allein ich für meine Person gestehe, daß ich mich in eine Opposition gegen solchen Antikonstitutionalismus nicht drängen lassen könnte. Sie sehen, die Auspizien sind schlecht, wenn man seine Hoffnungen auf die Suspendierung der Verfassung setzen muß. Hierbei beunruhigt die Tatsache um so mehr, daß unser Landesherr nichts weniger als freudigen Herzens dem Vertrage zustimmte. Es könnte also gar wohl der Fall eintreten, daß man sich hinter seiner konstitutionellen Gesinnung versteckt und dadurch eine ganz behagliche Stellung schafft. Die Männer, die sich zu solcher Politik herbeiließen, fehlen nicht — wie sich überhaupt zu jeder Politik Minister finden. — Laskers Worte haben, soweit sie der durch die „süddeutschen Freunde" bezogenen Information über den Ministeregoismus galten, hier nicht angenehm berührt — es gibt auch in diesen Dingen eine gewisse Diskretion!

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 9. Januar 1871.

Mit unsern Beratungen geht es leider nach den Weihnachtsferien recht langsam vorwärts. Daß wir in dieser Woche fertig werden, ist gar nicht mehr möglich. Es wird voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte nächster Woche geschlossen werden. Die Konservativen wollen durchaus eine Adresse des Abgeordnetenhauses an den Kaiser-König Wilhelm und haben die andern Fraktionen größtenteils dahin vermocht, dem Plane nicht entgegenzutreten.[1]) Voraussichtlich wird jedoch die Adresse mit der Post nach Versailles geschickt werden und nicht, wie die Freikonservativen vorschlagen wollen, durch die drei Präsidenten überbracht. Ich meinesteils werde mich jedenfalls dahin bemühen, daß mir diese lästige Reise erspart bleibt. An Einladungen fehlt es mir für die nächsten Tage nicht; heute bin ich bei Herrn von Bunsen, welcher einen englischen Politiker, der aber, wie er uns versichert hat, gut Deutsch spricht, zu einem ganz kleinen Diner geladen. Ich bin doch neugierig, einmal selbst etwas über die neidische und mißgünstige Stimmung der englischen Politiker gegen die neue deutsche Weltmacht zu erfahren.

[1]) Am 19. Januar 1871 empfahl Bennigsen als Referent die Adresse des Abgeordnetenhauses zur Annahme.

Berlin, 29. Januar 1871.

Ueber Forckenbeck und Köller ist sonderbarerweise noch gar keine Nachricht hier, obwohl sie seit vorgestern in Versailles angekommen sein müssen. Jedenfalls haben sie den interessantesten Moment getroffen, und beneide ich sie nachträglich doch um die Erinnerungen dieser Reise. Vor Donnerstag früh werden sie nicht zurück sein können, so daß ich drei Tage allein auf dem Präsidentenstuhl werde sitzen müssen, mich also darauf einrichten muß, nicht unwohl zu werden. Dafür wirst Du mir vermutlich magere Kost als sicherstes Mittel empfehlen, welches ich aber schwerlich anwendbar finde. Unsre Sitzungen werden jedenfalls in vierzehn Tagen geschlossen. Länger können wir auch nicht hier sein, sonst würde die Regierungs- und die katholische Partei bei den Reichstagswahlen gegen uns zu sehr im Vorteil sein. Gottlob, daß der Friede nahe ist. Die Opfer, welche wir brachten, wurden allmählich sehr groß, und allem Anschein nach ist doch die französische Nation in ihrer Widerstandskraft so weit gebrochen, daß sie Elsaß und Lothringen mit Metz abtreten muß und ohne einen Bundesgenossen, den sie so leicht nicht finden wird, in vielen Jahren nicht an eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten denken kann.

Berlin, 6. Februar 1871.

Forckenbeck hat sehr interessante Dinge aus Versailles erzählt. Ob die Pariser Regierung, welche den Frieden ernstlich will, die widerhaarigen radikalen Elemente mit Gambetta sofort bemeistern kann, ist zweifelhaft gewesen. Favre hat nie mehr gesagt, als daß er hoffe, das Land werde durch seine Vertretung den Frieden vor Ablauf des Waffenstillstandes genehmigen. Läuft die Frist ab, so ist Paris in unsern Händen, die Zernierungsarmee kann größtenteils als Verstärkung der Feldarmee verwendet werden; ein Widerstand gegen die vereinigten deutschen Armeen ist für Südfrankreich ganz hoffnungslos. Wird er doch wider Erwarten ernsthaft versucht, so kann er nur von ganz kurzer Dauer sein. Außerdem sind die Verhandlungen mit der Regentin Eugenie niemals abgebrochen. Bismarck hat in der Tat an dem Tage, wo Jules Favre unterzeichnete, alles, was er verlangte, seitens der Bevollmächtigten Eugenies zugestanden erhalten. Die Besorgnis vor einer bonapartistischen Restauration wird also bei den Entschlüssen der Franzosen eine wesentliche Rolle mitspielen. In mißtrauischen Kreisen hatte man sich mit Recht darüber gewundert, daß Jules Favre nicht den Waffenstillstand auch auf die Ostarmee ausgedehnt verlangt habe. Hier sieht man nun recht, daß sich die französischen Machthaber mit ihrem Lügensystem zuletzt selbst betrogen haben. Die Regierungen in Bordeaux und Paris haben offenbar so fest an die Ueberlegenheit

Bourbakis gegen Werder und Manteuffel geglaubt, daß bei den Verhandlungen Jules Favre von Bismarck die Fortsetzung der Feindseligkeiten im Osten sich als eine Konzession an Frankreich ausgebeten und erwirkt hat!! Hierbei wie bei den Verhandlungen überhaupt hat Bismarck dieselbe dämonische Genialität und Virtuosität bewährt nach der Auffassung Forckenbecks, wie ich den Eindruck Anfang November erhielt. Er hat Forckenbeck alle einzelnen Punkte mit Motiven und Konsequenzen mitgeteilt, und dieser sagte mir, er habe ihm in allen Stücken recht geben müssen. Dabei hat Bismarck ihm als ganz bestimmt erklärt, ihn auch zu weiterer Mitteilung darüber ausdrücklich ermächtigt, daß die deutsche Armee nach Ablauf des Waffenstillstandes Paris selbst betreten werde. Im Moment in diesen heißen Ofen unsre Truppen hineinzuschicken, sei, vom lediglich militärischen Standpunkt betrachtet, Unsinn gewesen. Die Franzosen hätten erst selbst für Ordnung in der Stadt sorgen sollen, und die Zustände in Paris seien derart verzweifelte gewesen, daß Favre außer der bewaffneten Nationalgarde noch gern mehr als die ihm bewilligten 12000 Mann Linientruppen sich hätte ausbedingen wollen ... Der Kaiser und Bismarck bleiben bis zum Frieden in Versailles. Die Anwesenheit des Kaisers ist leider auch aus rein persönlichen Gründen notwendig, da das Verhältnis Bismarcks mit Moltke schlechter als je ist, überhaupt ohne die große Autorität des Kaisers die Einigkeit im Hauptquartier nicht würde aufrechterhalten werden können.

Die deutsche Einheit war vollendet. Auch Bennigsen stand an dem Ziele, das er sich in seiner Erklärung vom Juli 1859 gesetzt hatte. Er gehörte zu den Glücklichen, die, was sie als letztes Ende einer großen Bewegung erstrebten, wirklich erleben, und wer die Briefe dieser Männer aus den Kriegsmonaten wieder in die Hand nimmt, empfindet das beseligende Gefühl mit, von dessen Tiefe ein späteres Geschlecht sich kaum mehr einen richtigen Begriff macht.

Freilich, es blieb dabei, daß die Liberalen auch in diesem Stadium, als ihr Traum sich erfüllte, nur eine sekundäre Rolle spielten. Wo sie konnten, setzten auch sie den Hebel an, um die letzten Hindernisse überwinden zu helfen, und es wäre unrichtig, die Imponderabilien, die in diesem Handeln liegen, unbeachtet zu lassen; der Druck von unten, den die ehemaligen Führer der nationalen Bestrebungen vertraten, trug unzweifelhaft dazu bei, die Entschließungen der süddeutschen Regierungen zu beschleunigen. Diese unsichtbare Kraft eines nationalen Willens war auch für Bismarcks überlegene Diplomatie das stärkste Geschoß. Freilich mehr noch als im Jahre 1866 mußten die Männer der Nationalpartei

1870 erfahren, daß ihre Rolle nur die des Chors in der erhabensten dramatischen Entwicklung eines Völkergeschicks war.

Die Ohnmacht Deutschlands war nicht nur von innen heraus entstanden, sondern vor allem das Ergebnis der großen auswärtigen Mächte gewesen: so kam auch die Heilung und Ueberwindung nicht allein von innen, aus dem unwiderstehlichen Drange eines selbständigen Volkes, sondern in letzter Linie aus den Entscheidungen der auswärtigen Politik. Krieg und Diplomatie, die den Körper des alten Reiches zerstört hatten, entbanden auch das jugendliche Gebilde des neuen Reiches. Die dazu erforderlichen Kräfte stammten aus einer Quelle, die weit ablag von der nationalen Volksbewegung des letzten Menschenalters, jetzt aber strömten sie mit dieser vereint in einem einzigen breiten Bette dahin, um sich nicht wieder zu trennen.

Viertes Kapitel

Die nationalliberale Aera in den Parlamenten 1871 bis 1877

In dem neuen Reiche war das, was einst die Männer des Nationalvereins gewollt hatten: preußische Zentralgewalt und deutsches Parlament, zur Wirklichkeit geworden. Jetzt kam es darauf an, die gewonnene äußere Form mit dem lebendigsten Inhalt zu durchdringen, den jungen Nationalstaat tiefer zu fundamentieren und mit dem organischen Ausbau seiner Institutionen zu beginnen; es kam darauf an, auch im Innern der Nation alle diejenigen Elemente, die nur widerstrebend in das Reich eingetreten waren, zu überwinden, zu versöhnen, mit dem Geiste der nationalen Einheit und Freiheit zu durchdringen. Schon nach ihrer historischen Herkunft mußten die Nationalliberalen, die Erben des Nationalvereins, bei diesem Werke die vornehmsten Helfer Bismarcks werden, denn es führte nur die Tendenzen fort, von denen sie ausgegangen waren.

Da geschah es, daß die abgeschlossenen Kämpfe des letzten Menschenalters deutscher Geschichte in einer tiefgreifenden Nachwirkung auch in das neue Reich hinüberwogten: die nationalen Tendenzen stießen auf einen alten Gegner, den Erben der im Jahre 1866 geschlagenen großdeutschen und katholischen Partei, das Zentrum, das die lebenskräftigste jener widerstrebenden Mächte darstellte. Und nur in einer ausgesprochenen Kampfstellung gegen diese Partei sollte sich die erste Epoche der Reichspolitik Bismarcks unter Mitwirkung der Nationalliberalen vollziehen. Bevor wir uns der nationalliberalen Aera selbst und Bennigsens Stellung in ihr zuwenden, haben wir die Gründe dieser Erscheinung zu vergegenwärtigen. Sie führen uns noch einmal über den Gang der Entwicklung gesamtdeutscher Geschichte zurück, die wir mit dieser Biographie durchmessen haben. Nur in diesem weiten Zusammenhange wird es möglich sein, auch an diese Kämpfe, frei von der Parteischablone der einen wie der andern Seite, sine ira et studio, mit dem Erkenntnisbedürfnis des Historikers heranzutreten.[1])

[1]) Eine solche Auffassung ist natürlich nicht zu erwarten von den parteidogmatischen Zentrumsbiographien, wie O. Pfülf, S. J., über Mallinckrodt und den Bischof von Ketteler, Hüsgen über Windthorst, Pastor über Reichensperger. Sie findet sich auch nicht in den unter etwas verändertem Gesichtswinkel geschriebenen Arbeiten von Martin Spahn über Ernst Lieber und das Zentrum. Mit vortrefflicher Einsicht ist dagegen der Artikel von Felix Rachfahl über Windthorst (Preußische Jahrbücher 1909) geschrieben.

Es ist eine der schwerwiegendsten Tatsachen deutscher Geschichte, daß, sobald die Nation sich anschickte, ihre politische Zerrissenheit zu überwinden, fast mit Naturnotwendigkeit ihre geistig-religiöse Zerrissenheit in ungeahnter Weise wiederbelebt wurde: vor allem aus dieser Wechselwirkung ist es zu erklären, daß der konfessionelle Gegensatz, der gleich einem abgrundtiefen Spalt die ganze Kultur unsers Volkes im 16. und 17. Jahrhundert durchzog, wider alles Erwarten im 19. Jahrhundert zu gewaltig gesteigerter Bedeutung erwacht ist. War er doch im Laufe des 18. Jahrhunderts mehr und mehr verblaßt, als der Geist der Aufklärung, an sich protestantischen Ursprungs, auch in die katholischen Gebiete erobernd eindrang und mit seinen überkonfessionellen Idealen die Schärfe der Gegensätze im letzten Menschenalter des zerfallenden alten Reiches verwischte; nahm doch auch der katholische Teil der Bevölkerung die Säkularisation der geistlichen Fürstentümer — eine der unentbehrlichen Voraussetzungen auf dem Wege zum Nationalstaat — gelassen hin, und in den Stürmen der napoleonischen Zeit schienen die alten Schlachtrufe: Katholik oder Protestant, fast verstummt zu sein unter den Patrioten wie in dem Lager des Rheinbundes. Erst die politische Erhebung und Wiedererweckung der Nation erweckt auch die innersten Kräfte ihres geistig-religiösen Lebens, mit denen durch tausend Fäden ihr äußeres Dasein verknüpft ist, zu frischer Wirksamkeit. Romantik und Restauration fördern eine Neubelebung katholischen Geistes, die vielfach erst von der neukatholischen Bewegung der romanischen Völker ausgelöst wird; das konfessionelle Bewußtsein der deutschen Katholiken, das seine stärksten Kräfte aus den universalen Zusammenhängen ihrer Kultur zieht, wird in den Zusammenstößen zwischen Staat und Kirche in Preußen wieder geschärft.

Die entscheidende Wendung aber setzte mit dem Jahre 1848 ein, sobald das Problem des deutschen Nationalstaates in den Vordergrund trat: bald erkannte der Tieferblickende, daß seine Lösung nur in einer steten und schmerzlichen Auseinandersetzung mit dem zweiten Problem unsrer Nationalkultur sich vollziehen konnte. Denn die Rivalität zwischen Oesterreich und Preußen, in welche die deutsche Geschichte ausgemündet war, schloß — obgleich Preußen längst ein paritätischer Staat war und in dem eignen Innern mit der konfessionellen Spaltung rang — die Rivalität zwischen Katholizismus und Protestantismus in sich. So hatte der Versuch der Erbkaiserpartei, einen Nationalstaat unter Preußens Leitung und Ausscheidung Oesterreichs zu begründen, sofort zur Gegenwirkung die Bildung einer großdeutschen Partei, die zwar kein lebensfähiges deutsches Programm aufwies, aber in dem Katholizismus ein unübertreffliches Bindemittel für das bunte Gemisch ihrer

Anhänger, der Oesterreicher und der Partikularisten, der Konservativen und der Demokraten, besaß. Aus demselben Grunde stellte sich der deutsche Ultramontanismus nach dem Scheitern der Einheitsbewegung entschlossen an die Seite der reaktionären Regierungen, die den revolutionären Nationalitätenschwindel wieder zu ersticken versuchten.

Dieselben Gegensätze wachten wieder auf, als seit 1859 die zweite Etappe der nationalen Bewegung einsetzte. Wiederum führte die Sammlung der auf Preußen blickenden Liberalen und Demokraten im Nationalverein zu einer entsprechenden Gegengründung, zum Zusammenschluß der Großdeutschen und Ultramontanen im Reformverein, der für die Erhaltung des Bestehenden, für das österreichische Präsidium und den staatenbundlichen Partikularismus eintrat und auf das leidenschaftlichste das Programm des Nationalvereins bekämpfte. Wiederum war nur der Katholizismus imstande, die auseinander strebenden und programmlosen Elemente der Großdeutschen zusammenzuhalten. Der Kampf um die Zukunft des Vaterlandes ergriff auch die Vorstellungen, die der Historiker sich von der deutschen Vergangenheit bildete; der denkwürdige Streit zwischen Heinrich von Sybel und Julius Ficker über die Bedeutung des mittelalterlichen Kaisertums für die deutsche Geschichte diente unmittelbar der Gegenwart; der kleindeutsch-nationalen Geschichtskonstruktion des Protestanten trat die universaler gerichtete Romantik des großdeutschen Katholiken entgegen. In den meisten Einzelstaaten verbanden sich die Ultramontanen mit dem Partikularismus gegen den Nationalverein; auch Bennigsen fand in Hannover in dem großdeutschen Katholiken Windthorst, der politisch keineswegs zu den Ultras gehörte, einen ebenbürtigen Gegner. So hat Bennigsen in diesen Jahren den deutschen Ultramontanismus wesentlich von seiner politischen Seite kennen gelernt. Noch in seiner letzten Periode faßte der Nationalverein den unversöhnlichsten Gegner seiner nationalstaatlichen Ideale schärfer ins Auge. Von einer unter Bennigsens Vorsitz abgehaltenen Vorstandssitzung vom 20. August 1865 heißt es im Protokoll: „Es wurde ein Projekt in Beratung genommen, welches darauf abzielt, die zunehmenden Fortschritte und Uebergriffe des Ultramontanismus zum Gegenstand regelmäßiger Beobachtung und demnächstiger Besprechung in der Presse zu machen. Mit der ausdrücklichen Einschränkung, daß hierbei stets nur die politische Seite des Gegenstands ins Auge gefaßt, dagegen jede Berührnng konfessioneller Streitfragen ferngehalten werden solle, wurde der Geschäftsführer ermächtigt, die zur Einleitung dieser Tätigkeit erforderlichen Verbindungen anzuknüpfen."

Die Entscheidung von 1866 zerbrach die Ideale der Großdeutschen und die Ideale der Ultramontanen. Nicht allein der Kardinal-

staatssekretär Antonelli rief nach Königgrätz das denkwürdige Wort aus: „Die Welt bricht zusammen." Selbst einer der besten Preußen unter den deutschen Katholiken hatte schon beim Beginn des Krieges sorgenvoll geschrieben: „Wird Oesterreich besiegt, so stürzt das noch aufrechtstehende Stück der historischen Welt zusammen," und nach der Entscheidungsschlacht: „Es kostet sehr viele Mühe, sich in solche Ratschlüsse Gottes zu fügen. Alles stürzt ein, was zu meinen Idealen gehört." Windthorst aber urteilte später einmal kurzab, das Zentrum datiere seit dem Tage von Königgrätz.

So ist das Zentrum in seinem letzten Ursprunge die großdeutsch-katholische Reaktion gegen das Werk Bismarcks, gegen die kleindeutsch-preußische Lösung der deutschen Frage. Nicht wenige Katholiken vermochten es nicht zu verschmerzen, daß das ehrwürdige Kaiserhaus der Habsburger, das zwar nicht mehr die alleinherrschende, aber immer noch die vornehmste Macht in Deutschland gewesen war, nun für immer durch die Hohenzollern verdrängt wurde; einem historischen Betrachter, der in die Anfänge unsrer konfessionellen Spaltung zurückgriff, mußte es erscheinen, als ob die Schmalkaldner nun doch noch über das katholische Erzhaus Kaiser Karls V. gesiegt hätten. Schwerer noch wog der Verlust, den der deutsche Katholizismus in sich selber erlitten hatte. Jener unvermeidliche schmerzliche Schnitt, der seit der Hinausdrängung Oesterreichs und Bildung des neuen Reiches durch den gesamtdeutschen Körper ging, trennte ja ausschließlich katholische Glieder ab; er lockerte nicht bloß den alten politischen, sondern auch den kulturellen Zusammenhang innerhalb der deutschen katholischen Welt. Innerhalb der Neubildung des außerösterreichischen Deutschlands aber waren die Katholiken fortan die Schwächeren; während in der Bevölkerung des Deutschen Bundes der Anteil der Konfessionen sich etwa das Gleichgewicht gehalten hatte, waren sie jetzt in die Rolle einer Minorität hineingedrängt, die wenig mehr als ein Drittel (37%), im Norddeutschen Bund sogar zunächst noch weniger (27%) umfaßte. Wie hätten die eifrigen Katholiken diesen Umschwung anders als mit gemischten Gefühlen hinnehmen sollen!

Kam doch für sie noch ein zweites bitteres Erlebnis hinzu, um ihnen die Freude am werdenden deutschen Nationalstaat zu vergällen: die gleichzeitige und fast gleichartige Bildung eines italienischen Nationalstaates — auch sie konnte nur auf Kosten ihrer zentralen, ihrer teuersten Institution geschehen. Parallele über Parallele mochte damals Treitschke mit herrlicher Ergriffenheit in der Schicksalsverwandtschaft der beiden edlen mitteleuropäischen Völker nacherleben: die norddeutschen Hohenzollern in der Rolle des norditalienischen Hauses Savoyen, Bismarck ein deutscher Cavour, nationale Einheit nach jahrhundertelanger Zer-

rissenheit: die Katholiken aber sahen auf die Niederlage des habsburgischen Kaiserhauses nur die Beraubung und den Zusammenbruch der weltlichen Gewalt des Papsttums folgen, und mit Ingrimm vollends im Jahre 1866 das Bündnis ihrer Gegner. Auch die populäre nationale Bewegung hatte hüben und drüben in verwandten Formen sich bewegt. Nach dem Muster der „Società nazionale" hatte sich der Deutsche Nationalverein gebildet. Nach 1866 fühlten beide Nationalparteien in einer verwandten Situation; wie die eine auf Rom und den Rest des Kirchenstaates blickte, so die andre auf die Vereinigung mit Süddeutschland; von neuem traten sie miteinander in Fühlung. Der Verein „Unità Italiana" übersandte dem Nationalverein im August 1866 eine Adresse, die durch die Feder Rochaus eine Beantwortung erfuhr. Später erklärte die „Unione Liberale" in Bologna in einer von dem Principe Simonetti und ihrem Zentralausschuß unterzeichneten Adresse an den Nationalverein, daß ihre am 2. Dezember 1866 zusammengetretene Generalversammlung „mit einhelligem Beifall die edlen Worte, den Gedankenreichtum und die trefflichen Vorschläge begrüße, welche uns im Namen des Nationalvereins durch den ausgezeichneten Vorsitzenden desselben, Herrn von Bennigsen, mittels Schreiben vom November kundgetan wurden, und mit Freude gewahre, daß ihre eignen Prinzipien auch vom Deutschen Nationalverein geteilt werden." Man versprach „sich zur Ueberwindung der letzten ihnen noch entgegenstehenden Hindernisse zu verbinden" und erklärte, daß „Italien jedes Bündnis zurückweisen müsse, welches die neuen Prinzipien verletzte, und das Bündnis mit Deutschland kräftigen müsse, das allein geeignet sei, ihnen den Sieg zu verschaffen." Eine zweite aus Anlaß der Reichstagswahlen durch den Marchese de Castrona in der Vorstandssitzung vom 14. April 1867 übergebene Glückwunschadresse wurde am 16. April durch eine von Lammers verfaßte und von Bennigsen unterzeichnete Adresse beantwortet.[1]) Auch diese Demonstrationen zeigen, wie unversöhnlich die Gesinnungen nach außen hin auseinander gingen: während ein großer Teil der deutschen Katholiken den subapenninischen Räuberstaat verfluchte, wandten die deutschen Nationalen und Liberalen — vor allem Bennigsen blieb von dieser Ueberzeugung auf das lebendigste erfüllt — ihre Hoffnungen und ihre Liebe dem jungen italienischen Nationalstaat zu.

Noch aber schwebte in diesen Uebergangsjahren die letzte Entscheidung, in Deutschland wie in Italien. Vielmehr glaubten die Ultramontanen in Deutschland, nachdem der betäubende erste Schlag verwunden war, allen Ernstes daran, die unheilvolle Entwicklung noch

---

[1]) Vgl. „Wochenblatt des Nationalvereins" vom 25. April und 4. Juli 1867.

wieder zum Stehen bringen zu können. Manche vermeinten das Rad der Geschichte wieder rückwärtswälzen zu können; zum mindesten wollten sie die von Napoleon erzwungene Mainlinie verewigen und die Verbindung des Südens mit dem Norddeutschen Bunde verhindern. Es war unzweifelhaft ein schwerer politischer Fehler der Ultramontanen, daß sie einer Verbindung sich widersetzten, die ihren Einfluß (bei der zu fast drei Fünfteln katholischen Bevölkerung des Südens) jedenfalls günstiger gestaltete, als es im Norddeutschen Bunde der Fall war; aber wie sie in den Habsburgern das katholische Kaiserhaus gesehen hatten, so befürchteten sie in den Hohenzollern das evangelische Kaiserhaus — ein Schlagwort, das auf der andern Seite bald emporkam. Diesen Ausgang aber glaubten sie verhindern zu können, so gut wie der verblendete König Georg an die Wiederherstellung Hannovers glaubte, und wie der Papst daran glaubte, seine bedrohte weltliche Machtstellung durch die höchstmögliche Steigerung seiner geistlichen Autorität, die Unfehlbarkeitserklärung, zu retten, durch jenen letzten Abschluß eines langen Entwicklungsprozesses kirchlicher Lehren, der in diesem Augenblicke durch ein politisches Nebenmotiv ausgelöst wurde.

So wurden die Ultramontanen seit 1866 die Führer der partikularistischen Opposition in Süddeutschland und predigten mit wilder Gehässigkeit dem Volke, preußisch werden sei gleich lutherisch werden. Sie hegten seit dem Verlauf des Zollparlaments, in dem Windthorsts geschickte Hand bereits die Fäden zwischen den einzelnen Gruppen spann, von neuem Hoffnungen und glaubten, mit dem Sturz des nationalgesinnten bayrischen Ministerpräsidenten Fürsten Chlodwig Hohenlohe ihren letzten Zielen schon nahegekommen zu sein, als Bismarck ihnen das Spiel verdarb. Es frommt nicht, vergangenen Hader tendenzfroh wieder auszugraben: wer aber die antiklerikale Stimmung der Nationalpartei in diesen Uebergangsjahren verstehen will, mag einen Blick in die wüste preußenfeindliche Publizistik der Ultramontanen tun, die über den Interessen ihrer Kirche jedes Verständnis für ihre Nation und für den Gang der Geschichte verloren hatten. In diesem Zusammenhange ist Bennigsens Schlußwort beim Begräbnis des Nationalvereins zu begreifen: nicht als erstes Signal zu einem Kulturkampf, sondern als Kampfruf gegen die politischen Feinde der Vollendung des Nationalstaats. Als während des ersten Zollparlaments Königin Augusta in einem Gespräch Bennigsen zur Versöhnlichkeit mahnte, damit aller konfessioneller Hader vermieden werde, erwiderte er mit Ueberzeugung, wie Bluntschli[1]) erzählt: „Die Ultramontanen wollen nicht Versöhnung, sondern Herrschaft.“

---

[1]) 17. Mai 1868 („Deutsche Revue“, April 1904).

Noch mitten in den großen Ereignissen, die das neue Reich begründeten, hatte man das erlebt. Wie hatten sich die bayrischen Patrioten im Juli 1870 der Teilnahme am Kriege widersetzt, und dann wieder im Dezember 1870 den Verträgen, die Bayerns Eintritt in das Reich vollzogen. Beide Male war nur mit geringer Stimmenzahl der verblendete und gehässige Widerstand überwunden worden. Mit solchem inneren Widerwillen hat kein andrer Teil des deutschen Volkes sich gegen den Abschluß unsers Einigungswerkes gesträubt, das in dem Gedächtnis der überragenden Mehrheit mit unvergänglichem Lorbeer geschmückt ist. Selbst ein Mann, der von Haus aus so wenig Fanatiker war wie August Reichensperger, meinte nach Sedan: „Dem einen (Napoleon) gegenüber hat die Nemesis sich wunderbar zu Ehren gebracht" — der andre, dessen Ereilung durch die Rachegöttin noch ausstand, war der Schöpfer des Deutschen Reiches!

Denn wiederum hatten die deutschen Ereignisse, in eigentümlicher Verflechtung, auf die italienischen eingewirkt. Napoleons Niederlage hatte die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Kirchenstaat nötig gemacht. Es schien, als ob derselbe Sieg, der das französische Kaisertum zerbrach und das deutsche Kaisertum schuf, Rom aus den Händen des Papsttums in die der Italiener gebracht hätte. In diesem Konflikt ihrer nationaldeutschen und universal-kirchlichen Ueberzeugungen hätten die Ultramontanen sich vielleicht mit diesem neuen Reiche ausgesöhnt, wenn es sich bereit gezeigt hätte, den Papst nach Rom zurückzuführen: während des Krieges noch häuften sich ihre Vorstellungen an König Wilhelm und an Bismarck, man möge für das territoriale Interesse des Papsttums eintreten. Unter diesem Zeichen trat ein großer Teil des katholischen Deutschlands im Dezember 1870 in die Wahlbewegung für den ersten deutschen Reichstag ein. Die Wiederherstellung des Papsttums erschien als das geeignetste Schlagwort, für die — ehrlichen und vorgegebenen — konfessionellen Besorgnisse einer Minorität. Je mehr der deutsche Katholizismus selbst seit dem Vatikanischen Konzil in einer inneren Krisis begriffen war, um so mehr fühlten die ultramontanen Wortführer das Bedürfnis nach einer politischen Organisation, nach einem festen Zusammenschlusse; nur so glaubte man über die tiefgehende Spaltung im Innern wie über die Gefahren der neuen Minoritätsstellung hinwegkommen zu können und, wenn die neue kirchliche Aera zu einer neuen Periode von Kämpfen zwischen Staat und Kirche führen sollte, auf alle Fälle gewappnet zu sein.

So entstand das Zentrum, „nicht mit dem Zwecke," gesteht einer seiner Publizisten zu, „dem Reiche eine seiner Verfassung durchaus entsprechende Partei zu bilden und seine Entwicklung begeistert zu pflegen;

so war die politische Lage nicht." Die Bedingung aber, unter der eine Aenderung der politischen Lage eine veränderte Stellung der Partei zum Reiche bewirken würde, lernte der Reichstag kennen, als er sich im März 1871 anschickte, eine Adresse an den Deutschen Kaiser zu richten, die, im Anschluß an eine entsprechende Wendung der Thronrede, die folgenden Sätze enthielt:

„Die schweren Drangsale, welche über die Not des Krieges hinaus Frankreich heute erduldet, bekräftigen die oft, doch niemals straflos verkannte Wahrheit, daß in dem Verband der zivilisierten Völker selbst die mächtigste Nation nur in der weisen Beschränkung auf die volle Entfaltung ihres inneren Wesens vor schweren Verwirrungen gesichert bleibt. Auch Deutschland hat einst, indem die Herrscher den Ueberlieferungen eines fremdländischen Ursprungs folgten, durch Einmischung in das Leben andrer Nationen die Keime des Verfalles empfangen. Das neue Reich ist dem selbsteignen Geiste des Volkes entsprungen, welches, nur zur Abwehr gerüstet, unwandelbar den Werken des Friedens ergeben ist. Im Verkehr mit fremden Völkern fordert Deutschland für seine Bürger nicht mehr als die Achtung, welche Recht und Sitte gewährleisten, und gönnt, unbeirrt durch Abneigung oder Zuneigung, jeder Nation die Wege zur Einheit, jedem Staate die beste Form seiner Gestaltung nach eigner Weise zu finden. Die Tage der Einmischung in das innere Leben andrer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem andern Vorwande wiederkehren."

Das Zentrum widersprach diesen Sätzen und brachte einen besonderen Adreßentwurf ein. Am 30. März kam es im Reichstage darüber zu Debatten von hohem historisch-politischem Reiz. Bennigsen eröffnete sie als Berichterstatter für die Adresse mit folgender Rede:

„Der Adreßentwurf, welcher unter den Unterzeichnern an erster Stelle meinen Namen trägt, ist entstanden aus einer freien Besprechung von Vertrauenspersonen sämtlicher damals konstituierter Parteien des Hauses. Alle übrigen Parteien, mit Ausnahme der des Zentrums, haben durch ihre Unterschrift dokumentiert, daß sie mit diesem Adreßentwurf einverstanden sind. Auch die Mitglieder, welche aus der Fraktion des Zentrums an den Verhandlungen teilgenommen hatten, waren bis auf einen Punkt im wesentlichen einverstanden mit den Absichten und mit dem Inhalte des Adreßentwurfs. Die Einigung scheiterte an diesem einen, wie sich bald zeigen wird, aber entscheidenden Punkte. In einer der letzten Sitzungen der freien Konferenz verließen die Vertrauensmänner des Zentrums diese freie Vorberatung, und die Abweichung ihrer Ansichten ist dann niedergelegt in dem Adreßentwurf, der Ihnen unter dem Namen Reichensperger und Genossen unterbreitet ist.

„Dieser Adreßentwurf weicht, mit Ausnahme des Satzes 4 aus unserm Entwurfe, im übrigen wesentlich von dem Inhalte unsrer Adresse nicht ab. In manchen Absätzen enthält er eine wörtliche Uebereinstimmung, die Abweichungen der übrigen Sätze sind zum Teil nur redaktioneller, jedenfalls nicht entscheidender Natur. Dagegen der vierte Satz unsers Adreßentwurfs war nach der Auffassung der Mitglieder dieses Teils des Hauses ihren Ansichten und Intentionen so widerstrebend, daß sie, als die Mehrheit der freien Besprechung diesem Satz ihre Zustimmung gegeben hatte, sich an den Beratungen nicht weiter beteiligten und einen abweichenden Adreßentwurf in das Haus gebracht haben. Zur Erläuterung des Sinnes dieses abweichenden Satzes aus unsrer Adresse weise ich darauf hin, daß derselbe sich eng anschließt an die Thronrede in ihrem vierten Absatz, an die Thronrede, zu welcher wir, die Unterzeichner der beiden verschiedenen Adressen, im übrigen unsre volle und freudige Zustimmung gegeben haben. In diesem vierten Satze der Thronrede war ein Ausdruck dahin enthalten, ‚daß Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft bewahrt werde, daß Deutschland die Achtung, welche es für seine eigne Selbständigkeit in Anspruch nehme, auch bereitwillig zolle der Unabhängigkeit aller andern Staaten und Völker, der schwachen wie der starken, endlich, daß das neue Deutschland ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein werde, weil es stark und selbstbewußt genug sei, um sich die Ordnung seiner eignen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.‘ Der wesentliche Kern dieses Teils der Thronrede besteht darin, daß die Politik des neuen Deutschen Reichs von vornherein, sich beschränkend auf die Entfaltung seines inneren Lebens, auf die Eingriffe in das Leben und die Gestaltung fremder Völker verzichte. Diesem Satz gegenüber enthält der Entwurf der Herren Reichensperger und Genossen eine ganz auffallende Lücke. Während der Entwurf im übrigen sich an die Thronrede anschließt, sie umschreibt, mit ihr seine Uebereinstimmung ausdrückt, fehlt dieser Gedankengang in dem Entwurf der Abgeordneten Reichensperger und Genossen vollständig, wogegen wir in unserm Entwurfe gerade sehr großen Wert darauf gelegt haben, dieser in der Thronrede ausgesprochenen Ansicht der Nichteinmischung in das Leben andrer Völker eine kräftige und deutliche Zustimmung zu geben. Wir haben das getan in dem vierten Satze unsers Adreßentwurfs, wo es am Anfange heißt:

‚Auch Deutschland hat einst, indem die Herrscher den Ueberlieferungen eines fremdländischen Ursprungs folgten, durch Ein-

mischung in das Leben andrer Nationen die Keime des Verfalles empfangen' —

und wo am Schluß desselben Satzes gesagt wird:

'Die Tage der Einmischung in das innere Leben andrer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.'

„Der große Wert, den wir auf diese Sätze legten, hat leider zu unserm Bedauern dahin geführt, daß eine volle Uebereinstimmung sämtlicher Parteien des Reichstags für den Adreßentwurf, so erwünscht sie auch war, nicht hat erreicht werden können. Ich bin überzeugt, daß gewiß die große Mehrheit des Hauses in Uebereinstimmung mit den Vertrauensmännern ihrer Fraktionen dieser unsrer Ansicht bei der schließlichen Abstimmung entsprechen wird. Wenn die Thronrede schon einen großen Wert darauf legen mußte, in dem Moment, wo Deutschland seine neue Politik inaugurierte, derartigen Gesinnungen friedlichen Verhaltens gegenüber der Entwicklung andrer Länder und Völker Ausdruck zu geben, so waren wir, die Vertreter des jetzt geeinigten deutschen Volkes, dazu noch viel mehr berufen.

„Dieser Grundsatz der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten fremder Völker, wie er ausgesprochen ist, in Uebereinstimmung mit der Thronrede vom ersten Deutschen Reichstage, ist sehr geeignet, Besorgnisse fremder Nationen zu zerstreuen, auf der andern Seite aber auch sehr geeignet, trügerische Hoffnungen, Verlockungen und Bestrebungen, welche die deutsche Politik auf Irrwege leiten könnten, von vornherein abzuschneiden.

„Wir können es ja begreiflich finden, daß die Wiederauferstehung eines so mächtigen Deutschlands mit dem Namen von Kaiser und Reich alte Erinnerungen wachruft bei andern Völkern und in unserm eignen Volke. Unvergessen ist es bei den übrigen europäischen Völkern, daß dereinst unter dem Namen des deutschen Kaisertums und des Deutschen Reichs die Idee einer Universalmonarchie, eines Schutz- und Schirmrechts über alle Völker christlicher Religion bei den mächtigen Herrschern und in dem kriegerischen Volke der deutschen Länder lebendig war durch Jahrhunderte. Die andern Völker Europas haben in der Zeit, wo Deutschland stark war, den Druck dieses Bestrebens erfahren, ja, wir wollen es nicht verschweigen, es hat Zeiten gegeben, wo die Deutschen in dem Uebergriff in das Leben andrer Völker, in der Neigung, sich Macht und Einfluß nicht bloß, sondern auch Länder zu verschaffen, die andern Nationen und Völkern angehörten, wo die Deutschen in der Zeit der Kraft des mittelalterlichen deutschen Kaisertums der Schrecken Europas gewesen sind. Dieser Schrecken, so lange Jahrhunderte der

Schwäche und des Verfalls Deutschlands auch dazwischenliegen, könnte sehr wohl wieder lebendig werden zu einer Zeit, wo unverhofft und unerwartet für Deutschland und für das Ausland eine unerhörte Kraftentwicklung des deutschen Wesens in wenigen Jahren zutage getreten war. Ueberraschend wie die Wirkungen dieser Kraft waren, in der sich vereinigten die Staatskunst der Fürsten wie die in militärischer und bürgerlicher Tüchtigkeit sich dokumentierende ungebrochene Naturkraft eines großen Volkes, überraschend wie dieser Eindruck sein konnte auf andre Völker, war allerdings zu besorgen, daß diesem neu entstandenen mächtigen Deutschen Reiche nicht das Vertrauen, sondern das Mißtrauen, die Besorgnis andrer Völker entgegengetragen werde. Manche Erscheinungen unerwünschter Art, die wir in den letzten Wochen und Monaten in unsern Nachbarländern erlebt haben, haben bestätigt, daß derartige Besorgnisse und Vorurteile vorhanden sind. Ja, ich gehe weiter, ich sage, wenn Deutschland lange Zeit schwach gewesen ist und wenn die Neigung vorhanden war, nicht bloß bei dem zu einer mächtigen militärischen und politischen Einheit gestalteten Frankreich, diese Schwäche auszunutzen zu wiederholten Eroberungskriegen, wenn auch bei schwächeren und kleineren Nachbarn die Neigung vorhanden war, ihre Interessen gegen Deutschland geltend zu machen, welches zur Zeit des alten Reichs und des alten Bundestags kraftlos, uneinig, jeder nationalen Politik unfähig war, so kann auch das Gefühl des gegen Deutschland begangenen Unrechts, welches in dem Bewußtsein dieser Nachbarvölker aus früheren Zeiten her noch fortlebt, gerade die Besorgnisse verstärken, daß der jetzt zu dieser Höhe herangewachsene deutsche Staat auch seinerseits geneigt sein möchte, von der ihm gewordenen neuen Kraft sich zu Uebergriffen fortreißen zu lassen, ähnlich, wie er sie früher von starken und schwachen Nachbarn hat erdulden müssen. Dem von vornherein entgegenzutreten haben wir um so mehr Veranlassung, weil wir jetzt, wo wir dem Deutschen Reich entrissene alte Reichslande wieder zurücknehmen, auch noch von Nachbarn umgeben sind, deren Länder ganz oder teilweise aus Provinzen zusammengesetzt sind, welche früher jahrhundertelang zum Deutschen Reich gehört oder doch längere Zeit mit demselben in losem Verbande gestanden haben. Gerade wenn wir die deutschen Grenzlande gegen Frankreich jetzt als einen Preis — neben der politischen Einigung — aus dem Kriege heimtragen, könnte die Befürchtung entstehen, da wir ja Hand gelegt haben auf Länder, die einst zu Deutschland gehört haben, in denen deutsche Sitte und deutsche Sprache noch nicht untergegangen sind, es werde in dem deutschen Staat die Neigung erwachen, auch noch weiter nach Ländern sich umzusehen, welche dereinst in engerem Ver-

bande mit dem Deutschen Reich gestanden haben. Wir wissen, daß es anders ist, wir wissen, daß derartige Gelüste nicht vorhanden sind, weder bei den Regierungen des neuen Reichs noch bei seinen Vertretern. Aber je bestimmter wir diese Ueberzeugung haben, um so weniger werden wir derartige Besorgnisse und Befürchtungen aufkommen lassen, und wir haben die Verpflichtung, wenn die Kaiserliche Regierung in einer so offenen und loyalen Weise sich den fremden Nationen und unsern Nachbarn gegenüber zeigt, wenn sie ihre friedliche Politik der Nichteinmischung proklamiert, dem unsre freudige und kräftige Zustimmung nicht zu versagen.

„Ich gehe aber noch weiter. Wenn wir auf diese Art den dauernden Frieden in Europa befördern, indem wir durch die deutsche Politik das Gefühl der Sicherheit nicht bloß in unserm Vaterlande, sondern auch bei unsern Nachbarn hervorzurufen uns bemühen, so, glaube ich, haben wir auch die Verpflichtung gegenüber dem deutschen Vaterlande, von vornherein zu warnen vor den Abwegen und Irrwegen deutscher Politik, die dereinst mehr als irgend etwas andres den Verfall des Deutschen Reichs herbeigeführt haben.

„An den Namen von Kaiser und Reich knüpfen sich nicht bloß Erinnerungen so mancher Kriege Deutschlands mit seinen Nachbarn, der Uebergriffe, die die deutsche Politik im Mittelalter mit Erfolg auf diesem Gebiet versucht hat, es knüpfen sich vor allem an den Namen von Kaiser und Reich die großen und verhängnisvollen Kämpfe, welche die deutschen Kaiser, nicht als Könige von Deutschland, sondern als Kaiser mit den Rechten und Ansprüchen, die den Nachfolgern der römischen Imperatoren beizuwohnen schienen, mit der römischen Kirche, mit dem Lande Italien geführt haben. Unsre Aufgabe wird es sein, von vornherein darüber bei unserm eignen Volke keinen Zweifel zu lassen, daß die ganz überwiegende Mehrzahl, eine überwältigende Mehrheit seiner Vertreter in voller Uebereinstimmung mit der Kaiserlichen Regierung weit entfernt ist, in diese alten, falschen Bahnen deutsch-italienischer und kirchlicher Politik wieder einzulenken.

„Wenn vielen von uns, namentlich im Norden, die Erinnerung an das Mittelalter als etwas Trübes, Fremdartiges erscheint, nicht bloß wegen der langen Zwischenzeit einer jammervollen deutschen Geschichte, die jahrhundertelang einer politischen Wüste gleich sich hinzog, gegenüber dem kräftigen politischen Leben andrer Völker, so sind es diese traurigen Erinnerungen an eine Politik, welche gerade die glänzendsten Herrschergestalten unsrer kaiserlichen Vergangenheit erfüllte. Mit dem Namen von Kaiser und Reich tauchen die alten Kämpfe und furchtbaren Gegensätze wieder auf zwischen Kaiser und Papst, die fortdauernden

verwüstenden Einfälle, die eine ungemessene Folge blühender Geschlechter deutscher Jugend gezwungen hat, ihr Leben zu lassen in den italienischen Gefilden, mit allem Verderben, welches dadurch für das äußere und innere Leben des italienischen wie des deutschen Volkes entstanden ist.

„Was im Mittelalter auf diesem Gebiete der Universalmonarchie versucht worden ist, auf diesem Gebiete der gegenseitigen Beherrschung zwischen Staat und Kirche, zwischen Deutschland und Italien, das ist von derartiger verhängnisvoller Bedeutung für Deutschland gewesen, daß die beste Kraft großer Kaiser und eines tüchtigen Volkes erfolglos sich erschöpfte. Selbst die glänzendsten Erscheinungen unsrer Kaiser, darunter Figuren, die der Zauber des Genies und der Romantik umkleidet, wie der zweite Friedrich aus dem Hause der Hohenstaufen, waren zuletzt durch diese Kämpfe, die sie mehr und mehr von den Aufgaben abzogen, die Deutschland gestellt waren, dem deutschen Vaterlande so entfremdet, daß sie fern in Palermo Hof hielten, umgeben von aller Kultur, die Süditalien im Mittelalter bieten konnte, um Deutschland sich nicht kümmerten, in langen Regierungsjahren Deutschland kaum betreten haben und ihren Nachfolgern Deutschland durch Bürgerkrieg und ewige Fehden verwüstet und zerrissen hinterließen.

„Diese Erinnerungen werden wieder lebendig, wenn wir jetzt auf Bestrebungen stoßen, unsre deutsche Politik in ähnliche Bahnen einlenken zu lassen, und das ist es gerade, was uns auffordert, von vornherein in dem ersten Augenblick, wo der Deutsche Kaiser den Reichstag um sich versammelt hat, wo die Grundlage gelegt werden soll zur auswärtigen Politik des ganzen Deutschlands, einen Markstein aufzurichten deutlich und sichtbar für alle Welt, im Inlande und Auslande, daß die deutsche Politik künftig begrenzt sein solle auf die inneren Aufgaben Deutschlands, daß es nicht mehr ihre Aufgabe sein solle, in das Leben fremder Nationen einzugreifen.

„Wenn wir das jetzt aussprechen, so werden wir damit gar nicht darauf verzichten, daß wir alle Angriffe, die gegen unser Recht, gegen unsre Interessen versucht werden sollten, mit den kräftigen Mitteln abwehren, die uns zu Gebote stehen; wir hoffen aber auf diesem Wege herbeizuführen, daß solche Verirrungen in Deutschland, Verlockungen auf Irrwege, von denen ich annehme, daß sie jetzt noch schwankend, unbestimmt und zögernd nur versucht werden, im Keim erstickt werden, solange sie noch nicht gefährlich sind, unter Uebereinstimmung der großen Mehrheit des Reichstags in voller Harmonie mit der Kaiserlichen Regierung. Wir werden uns den Frieden sichern, wir werden dem Auslande die Genugtuung geben einer friedlichen Politik, die ihnen das gleiche

läßt, was wir für uns in Anspruch nehmen. Wir werden zur Abwehr jederzeit gerüstet sein, denn die Heereseinrichtung, welche alle Klassen des Volkes gleichmäßig zum Wehrdienst beruft, wird hindern, daß jemals die kriegerischen Tugenden unsers Volkes nachlassen. In gelassener Ruhe können wir erwarten, ob wir von neuem vom Auslande zum Kriege herausgefordert werden. Stark genug sind wir in der vollen Einheit der Nation mit solchen Heereseinrichtungen jedem Angriffe eines einzelnen, auch des größten Landes gegenüber, stark genug, können wir sagen, sind wir selbst gegenüber Koalitionen mehrerer Staaten, und die Staatskunst, welche die letzten Jahre die deutsche Politik geleitet hat, gleichmäßig kühn und umsichtig mit fester Hand, wird dafür sorgen, daß wirkliche Gefahren größerer Koalitionen unserm Vaterlande erspart werden, und sie wird eine Erleichterung darin erblicken, wenn sie nur für eine loyale Politik andern Völkern gegenüber von dem Reichstage jetzt und künftig eine Unterstützung wird in Anspruch nehmen dürfen.

„In Uebereinstimmung mit der Thronrede werden wir uns denjenigen Aufgaben widmen, welche uns gegeben sind durch den Krieg: wir sind gern bereit, die Leiden zu mildern, soweit es möglich ist, derjenigen, die ihre Gesundheit verloren haben, der Familien derjenigen, die für unsre deutschen Erfolge in Frankreich gefallen sind; wir werden mit Freuden die Vorlagen entgegennehmen, die uns die Möglichkeit geben, die wiedererworbenen alten deutschen Reichslande sobald wie möglich in den deutschen Reichsverband aufzunehmen; wir werden für die Aufgaben des Friedens, die uns unterbreitet werden, der Staatsregierung volle Uebereinstimmung und Mitwirkung entgegentragen. Stark in unsrer wiedergewonnenen Einheit, werden wir von andern Völkern nicht angegriffen werden; wir werden die Zeit haben und den Beruf in uns fühlen, die Kulturaufgaben in vollem Maße zu entwickeln, zu denen, wenn irgendein Volk, das deutsche Volk berufen ist durch die reichen und köstlichen Gaben, mit denen die Natur es gerade für die friedlichen Taten ausgestattet hat. Wenn wir in diesem Sinne unsre Aufgabe jetzt auffassen und auf diesem Gebiete die Tätigkeit des deutschen Volkes sich konzentriert, dann werden wir hoffen können, den glänzenden Blättern der Geschichte, welche in Wahrheit doch in friedlichen Taten bestehen, wie sie nur von irgendeinem Volke der alten und neuen Zeit verzeichnet sind, in den nächsten Generationen unsrer deutschen Geschichte, für welche gerade jetzt mit diesem Jahre eine neue Epoche angebrochen ist, würdig an die Seite zu treten."

Der Adreßredner der Zentrumspartei, eines ihrer maßvollsten Mitglieder, August Reichensperger, erkannte an, daß Bennigsen die

Genesis der beiden Adreßentwürfe in „durchaus sachgemäßer und getreuer Weise" gegeben habe, und bedauerte, seine Adresse nicht „in so glänzender, bestechender und, ich füge hinzu, würdiger Weise" vertreten zu können. Er verzichtete begreiflicherweise auf den historischen Rückblick, auf eine Darlegung der großdeutschen Auffassung im Zusammenhange und wandte sich um so mehr gegen den Grundsatz der Nichtintervention. Nach einigen allgemeinen Wendungen über die Christenpflicht, das brennende Haus des Nachbars zu löschen, griff er Bennigsens Warnung vor Heereszügen über die Alpen auf: „Ich will, das sage ich ebenso offen, einen absoluten Riegel nicht vorgeschoben haben. Es können allerdings Verhältnisse sich ergeben — vielleicht haben sie sich schon ergeben —, wo in solch unerhörter Weise die Traktate mit Füßen getreten werden, welche das sogenannte europäische Gleichgewicht herstellten, daß eine Frage, welche augenblicklich sich nur als eine innere darstellt, doch für die Zukunft die größten Gefahren für das gesamte Europa in sich schließen kann. Solchen Gefahren aber wird man doch hoffentlich vorbeugen dürfen in irgendeiner Form." Seine Einwürfe zweiter Ordnung gipfelten, unter Berufung auf Savigny, in einer Warnung vor allzu fruchtbarer Gesetzmacherei, die bloß um der Abstraktion Einheit willen, damit alles einheitlich sei, alles beseitigte, was dieser Einheit irgendwie störend oder hindernd entgegenstehe; er verlangte statt dessen „harmonische Einheit, Harmonie, d. i. Einheit in der Verschiedenheit". Nach ihm streifte Schulze-Delitzsch die Frage der Nichtintervention schon etwas schärfer: „Die Sache ist nicht so unschuldig, wie sie nach den letzten Worten des Vorredners aussieht. Denn wir kennen ja eine Menge von Tatsachen, die es uns sehr wohl klarmachen, weshalb man seitens der Herren auf die Dinge nicht eingegangen ist." Miquel nannte endlich die Dinge beim richtigen Namen: „Der einzelne Fall liegt vor, es hat eine Anzahl Vertreter einer großen Partei die Intervention zugunsten des Papstes gefordert." Er wies auf die Rolle hin, die bei den Reichstagswahlen die Interventionspolitik in Italien gespielt habe, und fragte: „Wie kann man von uns, von einem Lande, wo drei Fünftel Protestanten sind und ein großer Teil der Katholiken solche Politik von sich weist, diese Intervention verlangen?" Dann erhob sich der Bischof Ketteler von Mainz, einer der Väter des neuen Ultramontanismus in Deutschland, und warf in schärfster Form die Frage dagegen auf, ob die Verpflichtung des Reiches, die Rechte der Deutschen in der Welt zu schützen, sich nur auf materielle Rechte beziehe und nicht auch auf andre vertragsmäßige Rechte. Nachdem der bayrische Katholik Völk noch betont hatte, die Vertreter der Majorität seien geneigt gewesen, den historischen Rückblick aus der Debatte wegzulassen,

wenn damit eine Einigung hätte zustande kommen können, und nachdem der Konservative von Oheimb und der Freikonservative Graf Bethusy-Huc für die Adresse gesprochen hatten, zog Windthorsts Dialektik das gewollte Ergebnis. „Sie erklären, daß in dem neuen Deutschen Reiche die vitalen Interessen der katholischen Mitbürger unberücksichtigt bleiben sollen . . . Es ist ein Lebensinteresse der katholischen Bevölkerung Deutschlands, daß das Oberhaupt ihrer Kirche unabhängig und frei in seinen Entschließungen sei. Ich bin der Meinung, daß dieses Oberhaupt diese Unabhängigkeit niemals haben wird als Untertan oder als geduldeter Miteinwohner der Residenzstadt eines fremden Fürsten . . . zu dieser Unabhängigkeit, zu dieser Selbständigkeit gehört eine fest fundierte Souveränität auf eignem Territorium."

Mit 243 gegen 63 Stimmen wurde die von Bennigsen begründete Adresse angenommen. Bismarck hatte der Debatte schweigend beigewohnt. Es unterlag keinem Zweifel, daß er die Wünsche der Ultramontanen weder erfüllen konnte noch erfüllen wollte. Die preußische Thronrede vom 15. November 1867, die einen Anspruch der katholischen Untertanen auf Fürsorge „für die Würde und Unabhängigkeit des Oberhauptes" anerkannte, hatte im selben Atemzuge die Pflichten betont, „welche für Preußen aus den politischen Interessen und internationalen Beziehungen Deutschlands erwachsen". Ueber diese politischen Interessen konnte, nachdem der König von Italien sich in den Besitz von Rom gesetzt hatte, kein Zweifel mehr sein. Die von den Ultramontanen verlangte Intervention wäre nicht nur eine Erfüllung von innerpolitischen Wünschen katholischer Untertanen gewesen, sondern eine außerpolitische Staatsaktion ersten Ranges, Italien gegenüber eine höchst feindselige Festlegung der Reichspolitik, deren Folge die mutwillige Verstärkung der französischen Hypothek, die fortan auf unserm Reichsgebäude lastete, um eine italienische Hypothek gewesen wäre — und das alles nicht um eines Gesamtinteresses der deutschen Nation willen, sondern, wie Miquel mit Recht rief, um der Wünsche eines Teiles nur der konfessionellen Minderheit willen. Niemals ist ein prinzipiellerer Versuch gemacht worden, die auswärtige Politik eines neugeschaffenen Staates von ihrem ersten Schritte an in einer seinen Interessen fremden Richtung zu beeinflussen.

Es waren nicht überflüssige historische Reminiszenzen gewesen, als die gelehrten Argumente des Streites zwischen Sybel und Ficker über das Kaisertum in den Debatten dieser ersten Reichstagssitzung wieder auftauchten. Es lag ebensowenig ein theoretischer Gegensatz über die Berechtigung der Intervention zugrunde; es handelte sich um praktische Politik. Einige Tage darauf brachte das Zentrum einen Antrag auf

Uebernahme einiger preußischer Verfassungsartikel, namentlich der Art. 12 und 15 (über die Rechte der Kirche), in die Reichsverfassung ein. Er wurde gleichfalls abgelehnt. Wie die Ultramontanen mit der ersten Demonstration die auswärtige, so wollten sie mit der zweiten die innere Politik im konfessionellen Interesse festlegen, und wenn die Versuche auch fehlschlugen, wie man vorausgesehen, so konnte man um so leichter der Gesamtheit der deutschen Katholiken die Ueberzeugung beibringen, daß es einer konfessionellen Fraktion zum Schutze ihrer Rechte bedürfe.

Vor allem Volke hatte sich die neue Parteigruppierung vollzogen. Deutschland war auf dem Wege zum geschlossenen Einheitsstaat auf nationaler Basis: in dem Zentrum begegnete Bismarck einer Partei, die einzig auf der Verewigung der konfessionellen Spaltung beruhte, einer Partei, deren Bindemittel die Idee des universalen Katholizismus mit ihren unerschöpflichen Kräften war, die über den ganzen Apparat der Hierarchie verfügte und in ihrer parlamentarischen Haltung eine taktische Elastizität ohnegleichen besaß, weil sie alle Schritte ihrer politisch disparaten Elemente einem allerhöchsten Prinzip unterordnen konnte. Der Entschluß Bismarcks, in einem politischen Machtkampf diese Organisation zu brechen, stand nicht von vornherein fest, sondern wurde erst durch einige Nebenmotive in ihm ausgelöst. Schon im Norddeutschen Reichstage hatte er Mallinckrodt warnend zugerufen, der Zerfall des alten Reiches seit dem Interregnum datiere „vom Abfall der Welfen und vom Siege der Ultramontanen". Der Umstand, daß Windthorst die Verbindung dieser konfessionellen Fraktion mit den grundsätzlich oppositionellen Gruppen der Welfen, Polen und Partikularisten vermittelte, gab für ihn den Ausschlag.

Die Entwicklung der Nation zur inneren Einheit schien auf das unheilvollste durch diese Neubildung aufgehalten. Das war der tiefste Grund des Kulturkampfes, bevor ein Schuß gefallen war. Diese Erwägung führte Bennigsen und die Nationalliberalen an die Seite der Regierung. Für sie ergab sich die Frage: Sollte man diejenigen Elemente, die ihre universalen Ideale höher stellten als die nationalen, nicht nationalisieren können; sollte man alle diejenigen Institutionen, die so fremdartig und ablehnend dem neuen Reiche gegenüberstanden, nicht innerlich mit einem neuen Geiste erfüllen können, der den Bedürfnissen der Nation gemäßer war? Für Bismarck ergab sich zugleich die Möglichkeit, die stärkste Partei des Reichstags, die ihn in allen nationalen Fragen unbedingt unterstützte, aber zugleich die Einrichtungen des Reiches in freiheitlichem und liberalem Sinne auszugestalten wünschte, zunächst für den Machtkampf gegen das Zentrum fest an sich zu fesseln. Damit war die parlamentarische Situation von 1871 bis 1877 gegeben.

In diesem nationalen Gegensatz gegen die Bildung der Zentrumspartei lag auch für Bennigsen das Hauptmotiv, an dem Kulturkampf sich zu beteiligen. Er gilt in der Geschichtschreibung des Zentrums sogar, nach Bismarck, als einer der hauptsächlichen Urheber: er habe von vornherein ein besonderes kirchenpolitisches Programm verfolgt,[1] er habe als Mitglied des Protestantenvereins längst im kirchenfeindlichen Lager gestanden und schon 1868 das Signal zur Verfolgung gegeben. Solche Behauptungen konstruieren ein durchaus unrichtiges Bild. Man kann nicht ganz in Abrede stellen, daß er gewisse norddeutsch-protestantische Vorurteile gegen die katholische Kirche teilte, die ein Gegenstück zu den allerdings unvergleichlich stärkeren Vorurteilen der andern Seite darstellen; auch einige Wendungen in den Briefen an seine Frau scheinen eher einer konfessionellen Stimmung der Adressatin angepaßt zu sein, als der eignen zu entsprechen; persönlich aber war er viel zu frei von Gehässigkeit, um an der Art des Kampfes Gefallen zu finden. Die politische Seite des Kampfes allein führte ihn mit voller Ueberzeugung an die Seite Bismarcks. So erschien der Führer der nationalen Partei als einer der vornehmsten parlamentarischen Gegner seines Landsmanns Windthorst.

Er war es, der, nachdem die Kurie den Kardinal Hohenlohe als Gesandten des Reichs abgelehnt hatte, am 14. Mai 1872, nach vorheriger Besprechung mit Bismarck, als Berichterstatter des Etats den Gedanken anregte, den Posten für diese Gesandtschaft zu streichen. „Unleugbar ist es freilich, daß die Zurückweisung, welche das versöhnliche Entgegenkommen in der Ernennung eines Mitgliedes des Kardinalkollegiums selbst für den Gesandtenposten bei dem Päpstlichen Stuhle dort gefunden hat, die Neigung, diesen Posten seitens des Reichstags beizubehalten und zu dotieren, sehr wenig verstärkt haben wird. Die Art, wie diese Ernennung, ein solches Entgegenkommen, zurückgewiesen ist, hat etwas Verletzendes, nicht allein für die Bundesregierung, nicht allein für den Leiter unsrer auswärtigen Politik — nein, über ihn hinaus wendet sich diese Zurückweisung, diese Verletzung, selbst gegen das Oberhaupt des Deutschen Reiches." Viel stärker aber als den einzelnen Anlaß betonte er die Bedenken prinzipieller Natur, in Erinnerung an die Erfahrungen, die die Regierungen mit der Politik der Konkordate gemacht hätten.

„Pflicht und Würde gebieten es den Regierungen der einzelnen deutschen Länder und, soweit die Aufgabe, für die Wohlfahrt des deutschen Volkes, für die Sicherung des auf deutschem Boden geltenden Rechtes

---

[1] P. Majunke, Geschichte des Kulturkampfes (1886), S. 64 ff.

zu sorgen, auch dem Deutschen Reiche geworden ist, vielleicht in nicht zu ferner Zeit dem Deutschen Reiche, die Frage der Regulierung des Grenzgebietes zwischen Staat und Kirche, die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Konfessionen, den Schutz, der den einzelnen Staatsbürgern gewährt werden soll gegen Mißbräuche und Gewalt, von welcher Seite sie auch kommen, selbständig in die Hand zu nehmen und nach sorgfältiger Prüfung aller Bedürfnisse auf staatlichem und kirchlichem Boden selbständig zu entscheiden. Das wird sich um so weniger künftig jede Regierung und namentlich die Reichsregierung, wenn sie ihrer Aufgabe und ihrer Stellung bewußt ist, nehmen lassen können, als neuerdings in den letzten Jahren aus den entlegensten Winkeln des kanonischen Rechtes, aus den Forderungen der Päpste, die vor Jahrhunderten unter ganz andern Verhältnissen gestellt wurden, man die ungemessensten Ansprüche geltend gemacht hat seitens des Päpstlichen Stuhles, seitens des Episkopates gegenüber den Regierungen, der Verwaltung, Verfassung und Gesetzgebung der einzelnen Staaten." Die Regelung dieser Dinge falle zwar zunächst in die Kompetenz der einzelnen Länder, aber die Entwicklung könne sehr wohl dahin führen, daß die deutschen Einzelstaaten in ihrer Isolierung dieser Aufgabe, einen gleichmäßigen Zustand auf dem Boden des Deutschen Reiches herzustellen, nicht gewachsen wären, daß also das Reich für sie eintreten müßte, aber nicht auf dem Wege der Konkordate, sondern — der junge Nationalstaat der Deutschen nahm dasselbe Recht in Anspruch wie einst die französische Nation, als sie sich souverän konstituierte —: „Wir nehmen Recht und Pflicht in Anspruch, einfach auf dem Wege der Verfassung und Gesetzgebung diese Frage zu lösen, und wenn diese Aufgabe, wie die letzten Jahre gezeigt haben, an den Leiter unsrer Politik zu den schwierigen Aufgaben, die ihm gestellt waren, hinzugetreten ist, so wird er auch da gewiß auf das Vertrauen und die bereitwilligste Unterstützung des Reichstages rechnen können." Es war die Rede, auf die Bismarck mit der Erklärung antwortete: „Seien Sie unbesorgt, nach Kanossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig."

Bennigsen war dann der Vorsitzende der Kommission, die über die ersten vier dem Abgeordnetenhause am 9. Januar 1873 vorgelegten kirchenpolitischen Vorlagen beriet. Zu dem Gesetze über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen ergriff er am 16. Januar selbst das Wort. Im Jahre 1848, bei der Herstellung der preußischen Verfassung, habe der Staat Rechte aufgegeben, auf die keine wohlgeordnete Staatsregierung verzichten könne, wenn sie nicht ihre notwendige Autorität und die Freiheit ihrer Staatsbürger den oberen Religionsbehörden ausliefern wolle. Man verlange nicht ungeheure Rechte, sondern nur, was

in Bayern, Württemberg und Baden geltendes Recht sei und auch im preußischen Landrecht statuiert werde. Es sei die höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen, den Standpunkt des Staates wieder hervorzukehren und sich nicht von der Kirche kommandieren zu lassen, die ihre Befehle von außen her empfange. Wenn man klage, daß durch den Kanzelparagraphen in die Autorität des Geistlichen eingegriffen würde, so liege die Sache umgekehrt: „Was das Ansehen des Geistlichen schädigt, das ist, daß er sich nicht scheut, die Kanzel zu leidenschaftlichen, fanatischen Agitationen zu benutzen und in die großen Volksmassen herunterzusteigen, um mit den besten Demagogen um die Palme zu wetteifern." Wohl hätte das alte Verhältnis fortbestehen können, aber die Ultramontanen hätten sich dem national geeinigten Reich feindlich entgegengeworfen und führen fort, alle Schritte der Nation hemmend zu begleiten. Daher müsse die Nation an die ungeheuer schwierige und langwierige Aufgabe einer einheitlichen Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche herantreten und sie in großem Zusammenhange lösen; auch das neue Gesetz werde erst langsam wirken und erst in Generationen ein neues Geschlecht erziehen helfen. Die Voraussetzung für das Gelingen sei, daß die nationalgesinnten Parteien fest mit der Regierung zusammengingen und ihr eine zuverlässige Mehrheit lieferten: Zuerst freilich wird die Lösung nicht gelingen. Aber die deutsche Nation muß diese geschichtliche Aufgabe schließlich doch erfüllen können. Denn nur die deutsche Nation birgt in sich diese großen Gegensätze religiösen Lebens, und nur sie vermag sie auch zu ertragen vermöge ihrer ungeheuren Lebenskraft, und in der Ueberwindung zu einer Vertiefung des geistigen Lebens zu gelangen. Wie der Staat der Kirche, so steht bei uns ein hochentwickeltes geistiges Leben, geboren aus der freien und lebendigen Intelligenz, einer schlichten, starken Frömmigkeit gegenüber, die ein wertvoller Besitz unsers Volkes ist. Diese Kulturmächte zu vereinigen, ist die hohe Aufgabe unsrer Nation.

Aus den Briefen Bennigsens an seine Frau 1871 bis 1873.

Berlin, 23. März 1871.

... Ich komme soeben aus dem Schloß, wo Bundesrat und Reichstag bei dem Kaiser zum Diner waren. Der Kaiser sah merkwürdig wohl aus und war sehr guter Stimmung. Bismarck, jetzt Fürst Bismarck, war aber doch recht angegriffen, weniger Moltke, welcher den Feldzug gut überstanden zu haben scheint. Leider ist das Verhältnis zwischen Bismarck und Moltke nebst der Militärpartei noch weit schlechter geworden, als es bereits anfangs November in Versailles war.

Berlin, 26. März 1871.

... Hier ist auch einige Unruhe über die schrecklichen Zustände in Paris. Niemand weiß zu sagen, was in den nächsten Monaten aus Frankreich wird und ob nicht eine allgemeine Anarchie einreißt, die uns zwingt, viel länger, als die Absicht war, einen sehr großen Teil von Frankreich besetzt zu halten. Bismarck selbst habe ich erst flüchtig gesprochen. Sein politischer Adjutant Herr von Keudell sagte mir aber gestern, daß Bismarck, solange es unsre eignen Interessen irgend zulassen, sich in die französischen Parteikämpfe und den Bürgerkrieg nicht mischen wolle. Auf unsre fünf Milliarden werden wir aber wohl etwas länger warten müssen, als ursprünglich geglaubt wurde. Selbst wenn die Regierung Thiers sich hält, wird sie nur geringen finanziellen Kredit haben und in diesem Jahre 1871 schwerlich mehr als höchstens eine Milliarde bezahlen können.

Berlin, 2. April 1871.

... Ueber die Verhältnisse in Frankreich ist Bismarck, mit dem ich vor einigen Tagen eine längere Unterredung hatte, anscheinend sehr ruhig. Er äußerte sich auch gestern öffentlich im Reichstage sehr fest. Mir sagte er, schon seit einiger Zeit sei der Regierung Thiers gestattet, ihre Truppen bei Paris auf 80000 Mann zu verstärken, wogegen sich Thiers verpflichtet hat, binnen drei Tagen Paris anzugreifen, wenn er die Truppenzahl beieinander hat. Die Thiers hierfür überhaupt gestellte Frist läuft schon vor Ostern ab. Die Rücksendungen der Gefangenen sind bis auf eine Anzahl ehemaliger Mobilgarden und Franktireurs sistiert. Kann Thiers mit dem Aufstande nicht fertig werden und die festgestellten Termine der Zahlung der Kriegsentschädigung dann natürlich nicht einhalten, weil ihm niemand Geld leihen würde, so wird unsre Armee freilich wieder von neuem einschreiten müssen, was aber sehr rasch zum Ende führen wird. Der Kaiser Napoleon hat kürzlich Bismarck — nach dessen Aeußerungen gegen mich — anbieten lassen, er wolle die Friedenspräliminarien übernehmen auszuführen, wenn man sie ihm zu dem Ende etwas günstiger stelle. Bismarck hat jedoch dem Agenten Napoleons erklärt, von einer Ermäßigung der Friedenspräliminarien könne keine Rede sein, und Verhandlungen mit dem Kaiser Napoleon seien daher unnütz.

Berlin, 20. April 1871.

... Mir geht es bislang gut, das Parlament hatte aber diese Tage recht langweilige Sitzungen. Gestern freilich erfolgte eine improvisierte — infolge einer Aeußerung von Windthorst —, aber sehr geistvolle und äußerst entschiedene Rede Bismarcks gegen ein Oberhaus

neben dem Reichstage. Münster, Roggenbach, eine Menge kleiner Prinzen und Fürsten, welche ein solches Haus der Lords mit dem Kronprinzen gemeinschaftlich lebhaft erstreben, werden sehr niedergeschlagen sein. Uns Liberalen ist es sehr recht, daß Bismarck sich so entschieden öffentlich gegen diese unpraktische Idee ausgesprochen hat, daß er selbst als Bundeskanzler kaum jemals auf dieses Projekt eingehen kann. Der Kronprinz hatte gestern eine große Zahl von uns zum Diner bei sich, wo ihm nach Tisch Münster sein Leid über Bismarck geklagt hat. Das Verhältnis zwischen Bismarck und dem Kronprinzen wird durch diesen Vorfall nicht gebessert werden.

Das Ende der Session wird nicht vor Mitte Mai sein, frühestens etwa am 10. bis 12. Mai. Die Taufe[1]) kann daher Anfang Mai nicht sein; es hat damit auch gar nicht solche Eile. Dies ist eine von den überlieferten Weibersonderbarkeiten. Ob das kleine Wesen nach sechs Wochen oder nach zwölf Wochen getauft wird, ist doch in der Tat ganz gleichgültig.

Berlin, 2. Mai 1871.

... Gestern saß ich auf einem Diner neben dem Prinzen Hohenlohe, welcher lange Zeit in Reims Zivilgouverneur über fünf Departements war. Hört man von den zurückkehrenden Beamten manche interessante Details über den Krieg, so ist man doppelt froh, daß das Kriegführen unsrer Truppen aufhört und die diktatorische Verwaltung zu Ende geht. Von Erschießenlassen und Niederbrennen der Dörfer erzählen die Herren mit größter Gemütlichkeit. Daß diese Maßregeln notwendig waren, wenigstens in den meisten Fällen, bezweifle ich bei dem wahnsinnigen Verhalten der französischen Bevölkerung nicht. Zuletzt stumpft sich das menschliche Gefühl unsrer Truppen und Beamten aber doch in einer entsetzlichen Weise ab. Auch über die Zahl bedenklicher Krankheitsfälle in den Lazaretten bei verheirateten Landwehrleuten machte Prinz Hohenlohe sehr fatale Mitteilungen. Manches Hundert Landwehrleute wird ihren Frauen kein schönes Andenken von den liederlichen Französinnen mitbringen. Hier nimmt man an, daß es mit dem Aufstand von Paris binnen kurzem zu Ende geht. Die Bezahlung der fünf Milliarden und die vollständige Rückkehr unsrer Truppen wird aber doch schwerlich in diesem und dem folgenden Jahre stattfinden. Zwischen Bismarck und dem Kaiser ist eine sehr erhebliche Differenz, welche auch schon wieder ein Entlassungsgesuch Bismarcks herbeigeführt haben soll, über die Zurückziehung der Landwehr. Bismarck, unterstützt von angeblich sämtlichen Generalen, hält die An-

[1]) Der am 14. März 1871 geborenen jüngsten Tochter Bennigsens.

wesenheit der Landwehr in Frankreich für ganz überflüssig und eine noch weitere Reduktion der Truppen im Felde bis auf den für alles ausreichenden Bestand von 400000 Mann für dringend geboten. Der alte Kaiser will aber davon nichts hören.

Berlin, 7. Juni 1871.

... Wie Du Dich vielleicht erinnerst, bin ich zum Mitglied der Zentralkommission für die Grundsteuerveranlagung in den neuen Provinzen vom Abgeordnetenhause erwählt. Der Ministerialdirektor Schumann, welcher die ganze Sache leitet, hat mir nun vor einigen Tagen die Mitteilung gemacht, welche nicht gerade übermäßig erfreulich für mich ist, daß ich mich für den ganzen Monat August disponibel halten möge zu einer gemeinschaftlichen Bereisung der drei neuen Provinzen durch die Zentralkommission. Vier bis fünf Wochen kann die Reise dauern, was ich gern glauben will, wenn wir einen ungefähren Ueberblick über die verschiedenen land- und forstwirtschaftlichen Verhältnisse von der jütländischen Grenze bis nach Frankfurt a. M. erhalten sollen.

Berlin, 21. November 1871.

Ich will den heutigen Tag, der freilich schon seinem Ende naht, nicht vorübergehen lassen, ohne Dir, meine teure Anna, noch einige Worte zu schreiben. Je öfter dieser Tag wiederkehrt, um so mehr habe ich ja Grund, mich glücklich zu preisen, mein liebes Weib, daß mir eine solche Lebensgefährtin beschieden ward. —

Gegen Ende dieser Sitzung werden wir einen Hauptspektakel mit den Ultramontanen haben. Die bayrische Regierung ist fest entschlossen, mit allen ihren Mitteln — die leider nicht übergroß sind — gegen die schwarze Gesellschaft vorzugehen.[1] Zum Glück ist Bismarck gegen alle Versuchungen und Einflüsterungen des Bischofs Ketteler u. a. unerschüttert geblieben und wird den Kampf gegen Rom und die deutschen Römlinge mit der ihm innewohnenden Energie aufnehmen. Diese Herren Jesuiten und ihr gebildeter und ungebildeter Anhang werden freilich in Deutschland noch viele Jahre uns sehr große Schwierigkeiten bereiten, und ganz mit ihnen fertig zu werden, so daß sie auf staatlichem Boden

[1]) Zu dieser Initiative der bayrischen Regierung (gegen den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Agitationen) vgl. neuerdings den sehr instruktiven Brief des Fürsten Chlodwig Hohenlohe an den Ministerpräsidenten Grafen Hegnenberg vom 30. Oktober 1871 (Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe II, S. 71 ff.). Ebenda S. 73 die Beratung der Fraktionen über die bayrische Anregung: „Bennigsen hielt es für nötig, einen Schritt zu tun, um die Ultramontanen aus ihrer defensiven Stellung herauszubringen. Eine andre Gelegenheit lasse sich jetzt nicht mehr finden. Die Rücksicht auf den Süden sei maßgebend."

wenigstens ungefährlich werden, wird lange Zeit, viel Kraft, Ausdauer und Umsicht erfordern.

Adieu, mein Herzensweibchen, auch nach siebzehn Jahren noch in junger Liebe Dein Rudolf.

Berlin, 14. Dezember 1871.

... Hier leben wir einen Tag wie den andern wie in der Tretmühle. Plenum, Kommission, Fraktion u. s. w. in infinitum. Man hat kaum Zeit, ein gutes Buch anzusehen oder in das Theater zu gehen. Den „Fidelio“ habe ich mir allerdings in dieser Woche einmal zur Auffrischung des heruntergekommenen Geistes- und Gemütszustandes erlauben dürfen. Schatzrat Hugenberg[1]) ist ausnahmsweise seit vorgestern im Landtage und kann es schon nach zwei Tagen so wenig mehr aushalten, daß er am Dienstag wieder fort will und überhaupt ernsthaft davon spricht, sein Mandat ganz niederzulegen. Im Grunde ist man ein Narr, daß man es nicht auch so macht. Jahrelang halte ich es übrigens nicht mehr aus. So weit kannst Du, alter Schatz, Dich schon einiger tröstlicher Hoffnung überlassen.

Berlin, 13. Januar 1872.

Die beste Zeit, Dir zu schreiben, ist immer noch während der Sitzung, welche heute einmal wieder besonders langweilig ist. Auch wird das Interesse von der Verhandlung der trockenen Gegenstände des Handelsministeriums ganz abgezogen durch die mit der größten Bestimmtheit auftretende Nachricht, daß der Minister Mühler heute morgen entlassen sei. Dieses Mal kann das Gerücht recht haben. Wenigstens hat Bismarck sich vorgestern mit uns drei Präsidenten, Lasker und Hennig längere Zeit auf das unbefangenste darüber unterhalten, wie im Abgeordnetenhause, um Mühler den Rest zu geben, eine Vereinigung verschiedener Parteien zu einer Mißtrauenserklärung gegen Mühler zustande zu bringen sei. Diese heute ziemlich weit vorgeschrittene Arbeit wird nun hoffentlich unnötig sein, weiter fortzusetzen.[2]) Merkwürdig war uns übrigens die seltene Popularität, welcher sich Bismarck hier in Berlin erfreut, zu beachten, als Bismarck, von den drei Präsidenten begleitet, auf etwa der Hälfte des Weges, zu Fuß nach Hause ging. Alle Welt grüßte, machte zum Teil förmlich Front, am Ende, als wir ihn verließen, hatte er ein ordentliches Gefolge. Die

---

[1]) Der frühere Bürgermeister Hugenberg in Uelzen war seit 1868 als zweiter Schatzrat und seit 1869 als erster Schatzrat bis zu seinem 1882 erfolgten Tode der tätigste Mitarbeiter Bennigsens in den Geschäften des hannoverschen Landesdirektoriums.

[2]) Am 22. Januar 1872 wurde Falk zum Nachfolger Mühlers ernannt.

Schuljugend, welche gegen vier Uhr gerade aus der Schule nach Hause ging, kam haufenweise angelaufen, um ehrerbietig und zugleich mit den vergnügtesten Gesichtern von der Welt die Mützen im Vorbeilaufen neben ihm oder vor ihm abzuziehen. Und das geschieht in demselben Berlin, welches ihn noch 1865/66 mit Beleidigungen begrüßt hat! Unangenehm waren ihm übrigens diese Volkshuldigungen nicht. Das konnten wir deutlich bemerken.

Da ich mit dem Vorsitz in der Budgetkommission anscheinend noch nicht genug zu tun hatte, so bin ich heute noch mit dem Vorsitz in der Kreisordnungskommission betraut. Diese Kommission wird allerdings eine heillose Arbeit bekommen. Kann ich als Vorsitzender freilich dazu beitragen, daß die Kreisordnung und damit die Grundlage und Voraussetzung aller Verwaltungsorganisation in Preußen in diesem Jahre zustande kommt, so wäre das sehr erfreulich. Die Aussichten sind aber zweifelhaft, schon weil beim besten Willen kaum die Zeit zur Durchberatung in der Kommission und in den beiden Häusern des Landtages vorhanden sein wird. Ich werde jedoch so verfahren, als ob das Gesetz fertig werden müßte, und danach die Herren Kommissionsmitglieder gehörig in Tritt und Arbeit setzen, was ich auch verschiedenen der Herren schon deutlich erklärt habe. Soeben ist die Sitzung um vier Uhr geschlossen. Ich muß mich schnell ankleiden zu einem parlamentarischen Diner bei Bismarck, wo wir ja wohl über den endlichen Sturz von Mühler Sicheres durch Bismarck selbst erfahren werden.

Berlin, 27. Januar 1872.

Gestern hatten wir zunächst nach der Kreisordnungskommission ein sehr amüsantes kleines Diner bei Eulenburg von etwa neun Personen. Große steife Festessen gibt dieser kluge Weltmann gar nicht. Nachher band ich mir rasch ein weißes Halstuch um und fuhr mit Forckenbeck und Köller nach dem Alten Schloß, wo Cour und ein sehr hübsches Konzert mit der Lucca, Betz, Niemann u. s. w. Da ich wenigstens in der zweiten Abteilung des Konzerts einen guten Sitzplatz hatte, so habe ich mich ganz gut unterhalten. Um 11½ Uhr war alles glücklich zu Ende, und da man bei dieser Art Feten nur Punsch und Kuchen präsentiert erhält, von welchem ungesunden Zeug ich grundsätzlich nichts nehme, so fuhren wir drei Präsidenten noch auf zwei weitere Stunden zu dem sog. schweren Wagner, das ist nämlich das Restaurant, welches das beste bayrische Bier in Berlin hat. Heute habe ich um sechs Uhr ein kleines Diner bei Münster, und heute abend, wo keine Kommission oder Fraktion ist, noch eine kleine Gesellschaft bei Bankier Jacques. Du siehst, an Abwechslung und Erholung von

der allerdings jetzt ziemlich strapaziösen Arbeit in den Kommissionen u. s. w. fehlt es nicht. Auch bekommt mir dieses Regime, wie ich Dir zur Beruhigung hinzufüge, ausgezeichnet gut.

Unsre Befugnisse und Tätigkeiten im Landesdirektorium werden im Laufe dieses Jahres schon noch eine sehr erfreuliche Ausdehnung erhalten. Der Handelsminister hat sich nämlich damit einverstanden erklärt, daß wir den Bau der Landstraßen selbst übernehmen und dann die erforderlichen etwa fünfzehn bis siebzehn technischen Baubeamten seitens der Provinz selbst anstellen. In der Bewilligung unsers Vorschlages, der auch beim Minister des Innern keine Schwierigkeiten finden wird, liegt übrigens eine Anerkennung unsrer Verwaltungstätigkeit, die uns ganz erwünscht sein kann. [1])

Berlin, Sonntag (Anfang März 1872).

... Von mir kann ich Dir nur schreiben, daß ich mich sehr wohl befinde, obwohl ich allerdings viel zu tun habe. Heute am Sonntag bin ich aber ziemlich frei, nachdem die Fraktionssitzung mit nur etwa zwei Stunden erledigt ist. Ich sitze hier am Schreibtisch im sog. Berliner Millioneserklub, in welchem sich eine Anzahl meiner näheren Landtagsfreunde für die Parlamentszeit haben aufnehmen lassen, nachdem ich mit Forckenbeck, dem früheren Berliner Polizeipräsidenten von Winter, einem Intimus des Kronprinzen, und zwei andern Herren zusammen diniert hatte. Herr von Winter hatte sehr gute Aussichten, zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt zu werden. Der alte Kaiser hat ihm aber das Spiel verdorben, indem er persönlich (!) den einflußreichen Magistratsmitgliedern gegenüber sich mit Entschiedenheit gegen ihn erklärt hat. Das heißt Fürstengunst! Winter war ein ausgezeichneter Polizeipräsident von Berlin — eine sehr schwierige und delikate Stellung —, beim Kaiser äußerst beliebt, kam im Beginn der preußischen Verfassungskonfliktszeit anfangs 60 mit Bismarck in Differenzen. Der Kaiser mußte ihn ungern auf Bismarcks Drängen fallen lassen. Später ist er aber, weil er den Kronprinzen nach der Meinung des Kaisers gegen den Vater in der Konfliktszeit aufgehetzt und zu öffentlicher Kundgebung für die Verfassung verleitet hat, beim Kaiser in die äußerste Ungnade gefallen. Der Kaiser vergißt so etwas nicht leicht und bewirkt auf diese Art, ohne es zu wollen, vielleicht, daß Forckenbeck Oberbürgermeister von Berlin wird, jedenfalls zum Segen von Berlin mit seiner ganzen verkommenen Verwaltung und auch für ihn selbst angenehm.

---

[1]) Bennigsen sprach am 13. Januar 1872 im Abgeordnetenhause für die selbständige Provinzialverwaltung der Wegebauten in Hannover.

... Im Herrenhause entwickelt Graf Münster eine ungewöhnliche Tätigkeit für das Zustandekommen des Schulaufsichtsgesetzes. Er hat mir und Forckenbeck gestern eine, wie er sagt, absolut zuverlässige Liste aller Mitglieder, wie sie stimmen werden, übergeben. Danach wird das Gesetz mit einer Mehrheit von 10 bis 20 Stimmen, je nach der Anwesenheit der stimmberechtigten Herrenhäusler, durchgehen. [1]) Münster hätte mit seiner Partei damit dem Lande einen sehr großen Dienst erwiesen. Denn wenn wir nicht jetzt, wo es noch möglich ist, den Jesuiten Widerstand mit nachhaltigem Erfolg leisten, sind unsre Enkel sämtlich katholische Knechte des Unfehlbaren.

Berlin, 12. März 1872.

Jetzt wird hier zur Abwechslung im Abgeordnetenhause bestimmt erzählt, ich würde Oberpräsident von Schleswig-Holstein. Ich weiß von dieser Sache so wenig ein Wort als von dem früheren Gerücht wegen Hannovers.

Berlin, 23. März 1872.

Heute kann ich leider noch nicht fort, da ich den Versuch gemacht habe, noch heute abend oder morgen früh eine Unterredung mit Fürst Bismarck zu bekommen in einer sehr merkwürdigen Veranlassung, was ich Dir mündlich mitteilen werde. Da Bismarck aber auf dem Sprung steht, nach Varzin abzureisen, so werde ich ihn wohl vor dem 8. April, wo ich zum Reichstage wieder hierherkomme, schwerlich mehr zu sprechen bekommen ... In dem Moment, wo ich den Brief geschlossen hatte, erhalte ich eine Mitteilung des Reichskanzlers, daß er mich heute abend neun Uhr noch sprechen kann. [2])

Berlin, 27. April 1872.

... Um ein Haar wäre mir und einigen andern Reichstagsmitgliedern eine Reise als Deputation nach Straßburg zur Eröffnung der dortigen Universität auferlegt, die Parteien konnten sich jedoch über

---

[1]) Das Schulaufsichtsgesetz wurde vom Herrenhause in der Sitzung vom 8. März mit 126 gegen 76 Stimmen in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

[2]) Die von Bennigsen nachgesuchte Besprechung mit Bismarck hatte zum Gegenstand die von einigen gemäßigten Welfen bei Bennigsen angeregte Frage der Aufhebung des Sequesters über das Vermögen des Königs Georg V. von Hannover. Vgl. Seite 140. Eine andre Aufforderung Bismarcks zu einer Besprechung, die von einer handschriftlichen Notiz Bennigsens in das Frühjahr 1872 verlegt wird, ohne daß sich der genaue Termin und die Veranlassung feststellen ließen, lautet: „Berlin, Montag. Können Sie mir die Ehre erzeigen, mich im Laufe des heutigen Tages, wo ich bis Mitternacht zur Verfügung stehe, oder, falls Ihnen das nicht genehm ist, morgen zu einer von Ihnen zu bestimmenden Stunde zwischen zwei und zehn zu besuchen? von Bismarck."

diese Form einer Beteiligung des Reichstages an der Straßburger Feier nicht einigen, und so geht denn lediglich ein kurzes Glückwunschschreiben des Präsidiums mit unsern drei Unterschriften im Auftrage des Reichstages an die neue Universität. Da Simson keine Lust hatte, dieses Schriftstück abzufassen, hat er mir die sehr unangenehme Aufgabe überlassen. Gelungen ist die Arbeit auch nicht zu nennen, da sie nach der Absicht der Parteien möglichst kurz und inhaltslos sein sollte, einigermaßen entschuldbar.

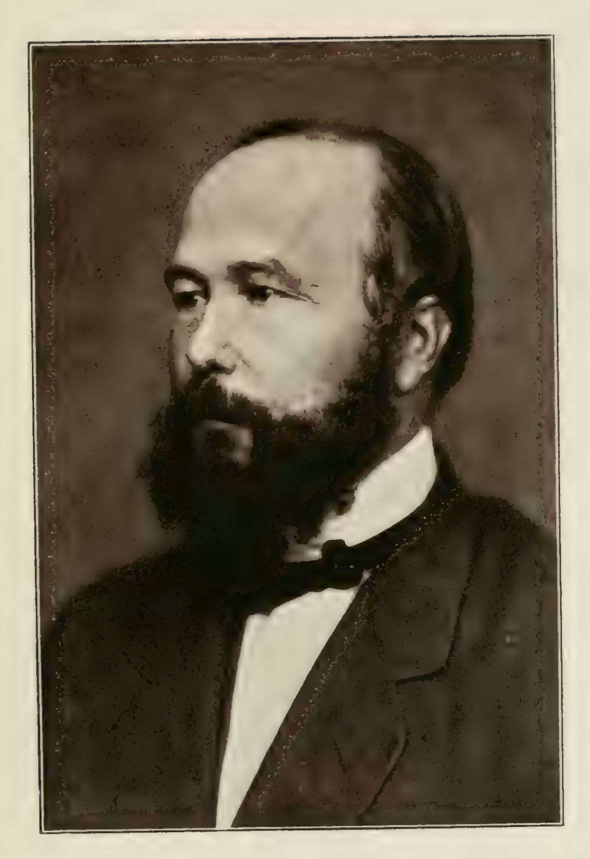
Berlin, 8. Dezember 1872.

Weil Forckenbeck verreist war und ich gestern und vorgestern auch in der Budgetkommission anwesend sein mußte, konnte ich dieses Mal nicht kommen. Hier ist große Freude in unserm politischen Lager über Sicherung der Durchführung der Kreisordnung. Damit sind für nächsten Winter auch die Provinzialordnung und die veränderte Behördenorganisation der Provinzen in bestimmte Aussicht zu nehmen. Die provinzialständische Verwaltung wird dann aber eine weit größere Bedeutung erhalten und weit mehr Interesse gewähren als jetzt, wo sie im Grunde noch nicht viel mehr als eine ziemlich ausgedehnte Vermögensverwaltung war. Graf Stolberg soll in den letzten Tagen um seinen Abschied eingekommen sein; sein Verlust ist für die Provinz sehr zu bedauern; wer sein Nachfolger werden soll, ist ganz ungewiß. Als Landdrosten erhalten wir, nachdem der Landdrost Küster in Stade wegen seiner welfischen Verwandten und Freunde, und Graf Arnim-Boitzenburg zur Vermeidung des Scheines einer Belohnung für seine Unterstützung der Kreisordnung abgelehnt haben, wahrscheinlich den Geheimen Regierungsrat von Bötticher aus dem Ministerium des Innern. Mit dieser Ernennung können wir ganz zufrieden sein. Herr von Bötticher ist ein noch ziemlich junger, tüchtiger Beamter und angenehmer Mensch.

Heute abend kommt Forckenbeck zurück. Ob er noch über Weihnachten Präsident bleiben will, weiß ich noch nicht, die Wahl des Nachfolgers wird bei der jetzigen Stellung der Parteien im Hause ein ziemliches Würfelspiel sein. In dem Reisesack, welchen ich vor vierzehn Tagen mitnehmen wollte, steckt ein Buch aus der Ständebibliothek von Professor Friedberg über das Verhältnis von Staat und Kirche. Ich bitte Dich, mir dasselbe gleich morgen per Post hierherzusenden.

Berlin, 2. November 1873.

Gestern mittag war ich beim Kronprinzen, wo ich erfuhr, daß die zum erstenmal gestern nachmittag wieder versuchte Spazierfahrt dem Kaiser gut bekommen sei. Im ganzen ist man aber wegen des Befindens des Kaisers am Hof noch immer nicht ohne Sorge. Dem



Rudolf von Bennigsen

1872



Kaiser liegt seit zwei Tagen, mit den Unterschriften sämtlicher Minister, auch Bismarcks, versehen, der zweite dringliche Bericht mit dem Entwurf des Gesetzes über die obligatorische Zivilehe vor. Auf den ersten Bericht vor einigen Wochen hatte der Kaiser noch wieder ernste Bedenken gehabt und war auf den Gedanken der fakultativen Zivilehe zurückgekommen. Das Ministerium hat mit großer Entschiedenheit, unter sorgfältiger Widerlegung aller vom Kaiser geäußerten Zweifel und Bedenken, sich für schleunige Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die obligatorische Zivilehe an den Landtag erklärt. Wenn der Kaiser sich nicht bald dafür entscheidet, droht eine Ministerkrisis und nicht minder eine sehr gereizte Stimmung im Abgeordnetenhause. Beides können wir gar nicht gebrauchen. Camphausen war übrigens gestern mittag sehr hoffnungsvoll.

Nach dem Diner fand gestern abend noch eine dreistündige Konferenz von etwa einem Dutzend Abgeordneten aus den Parteien der Majorität beim Kultusminister statt über die Behandlung der Reform der evangelischen Kirche im Landtag, dessen Zustimmung für wichtige Teile der Synodal- und Gemeindereform, namentlich wegen der vermögensrechtlichen Verhältnisse, erforderlich ist. Der Entwurf rührt von Herrmann her, dessen Du Dich vielleicht noch von Göttingen erinnerst. Er ist jetzt Präsident des Oberkirchenrats und entwickelt in seiner sehr schwierigen Stellung eine sehr energische und verdienstliche Tätigkeit. Ich hatte schon früher viel mit ihm zu tun gehabt bei Gelegenheit der hannoverschen Vorsynode [1]) und freute mich, aus einer längeren Unterredung, welche ich auf seinen Wunsch vor einigen Tagen mit ihm hatte, zu sehen, daß er die größten Schwierigkeiten, welche der Kirchenreform entgegenstanden, für überwunden hält. Er war hier vor einem Jahre bös in die Nesseln geraten und hatte wohl manchmal den Wunsch lebhaft gehegt, wieder auf seine angenehme Heidelberger Professur zurückzukehren. Ich beneide ihn um seinen lebendigen Glauben an ein neues Erwachen des evangelischen Geistes und der evangelischen Kirche. Für seine Sisyphusarbeit wird er desselben allerdings sehr bedürfen. Uebrigens ist die Teilnahme an den Vorbereitungen für die Gemeinde- und Synodalwahlen eine ganz unerwartet starke, selbst in Berlin, was wir zum guten Teil der unsinnigen Wut der Ultramontanen verdanken, welche ihre Angriffe ja nicht allein gegen die Rechte des Staates, sondern auch gegen die Unabhängigkeit der evangelischen Kirche richten.

---

[1]) Die hannoversche Vorsynode, an der Bennigsen sich sehr lebhaft beteiligte, hatte im Oktober 1863 getagt. Emil Herrmann (vgl. oben S. 16) war von 1847 bis 1868 Professor in Göttingen.

Berlin, 16. November 1873.

... Es ist für mich hier jetzt eine Art Uebergangszeit, in der ich nicht viel Muße habe.[1]) Aber nur für einige Tage, dann werde ich zwar in Berlin sehr gefesselt sein, während des Landtages mehr wie früher, aber im übrigen bedeutend freier in meiner Zeit sein als die früheren Jahre, wo ich mir als Parteiführer und Vorsitzender von Kommissionen zum Teil reichlich viel aufgeladen hatte. — Drei Tage habe ich im Hotel du Nord gewohnt, sehr eng, allerdings nach den Linden hinaus, aber nur ein Zimmer. Seit gestern abend bin ich im Hotel de France, wo auch im letzten Jahre der Präsident von Forckenbeck wohnte. Vorläufig für meine jetzige hohe Würde — ich weiß nicht, ob es Dir unpolitischer Person schon genügend klar ist, daß ein Präsident des Abgeordnetenhauses in seiner Stellung im Lande Preußen gleich hinter dem Ministerpräsidenten rangiert, nach richtiger konstitutioneller Theorie, welche aber in Deutschland in diesem Jahrhundert nicht mehr vollständig realisiert werden wird, mindestens neben ihm — sehr bescheiden mit drei Piecen, Wohnstube, Schlafstube und einem Empfangszimmer. Von übermorgen ab werde ich noch zur Konservierung der Amtswürde einige Zimmer mehr erhalten. Die Wohnung im Abgeordnetenhause oder richtiger neben demselben wird erst in zehn bis zwölf Tagen ganz fertig, d. h. was Malerei und Dekoration anlangt. Wegen der Gesundheit der Wohnung kannst Du ganz ruhig sein. In meinen beiden Wohnräumen sind gar keine neuen Mauern gezogen und in der Schlafstube schon im vorigen Winter. Gut wird es aber jedenfalls sein, daß Du Dir die Einrichtung bald einmal ansiehst, das Ameublement wirst Du wohl eleganter finden als in meiner Dienstwohnung in Hannover; die Einrichtung im ganzen ist aber nicht so komfortabel, jedenfalls hat sich der große Wert, welchen der preußische Staat bislang auf die Kinderproduktion legte, in der Einrichtung dieser Wohnung nicht bewährt, die nur auf unproduktive Eheleute oder höchstens auf ein bis zwei Kinder nach französischem System berechnet ist.

Bennigsen an Pfaff.

Hannover, 30. Dezember 1873.

Bis heute habe ich gezögert, Ihnen zu antworten, da ich noch immer die Absicht nicht ganz aufgegeben hatte, vor der Wahl[2]) meinen alten Wahlkreis zu bereisen. Ich habe mich aber leider inzwischen überzeugen müssen, daß es für mich nicht ausführbar ist, in dieser Zeit

---

[1]) Zu Beginn der am 12. November 1873 eröffneten Session des preußischen Abgeordnetenhauses wurde Bennigsen zum Präsidenten gewählt.

[2]) Reichstagswahl vom 10. Januar 1874.

auf fünf bis sechs Tage, welche doch eine solche Reise sicher erfordern würde, mich freizumachen. Am 22. Dezember bin ich erst von Berlin zurückgekehrt. In den Wochen vorher war eine Reise in den Wahlkreis eine Unmöglichkeit, seitdem ich zum ersten Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt war — was doch gewiß auch meinen Wählern in Hadeln und Neuhaus eine Freude bereitet hat —, und deshalb kaum einigemal zu den dringendsten ständischen Geschäften auf einen bis zwei Tage nach Hannover hinüberfahren konnte. Im Weihnachtsfeste kann man doch, namentlich als Vater von einer ziemlich großen Schar Kinder, nicht reisen. Seitdem und ebenso nach Neujahr bin ich aber als Landesdirektor behindert, auf längere Zeit fortzugehen, da der Landtagsmarschall die gemeinschaftliche Sitzung des provinzialständischen Verwaltungsausschusses und des Landesdirektoriums auf den 5. Januar und die folgenden Tage berufen hat, was immer vorher dringende und erhebliche Arbeiten im Landesdirektorium erforderlich macht. Ich möchte Sie, lieber Freund, unter diesen Umständen bitten, bei meinen dortigen Wählern mich zu entschuldigen, wenn ich den bestimmten Plan, vor der Wahl meinen alten Wahlkreis zu bereisen und namentlich auch das Land Hadeln zu besuchen, nicht habe ausführen können, und mir die Freude, meinen Wahlkreis zum Abgeordnetenhause, von dem ich herzlich wünsche, daß er auch wiederum mein Wahlkreis zum Reichstag sein möge, zu besuchen, bis zum nächsten Sommer, am besten vielleicht in der Zeit kurz vor der Ernte, verspare.

Leben Sie wohl, mein alter Freund, an der Scheide des Jahres, welches uns von neuem auf dem Boden des wiedergeeinten Vaterlandes ein gutes Stück weiter gefördert hat in dem Kampfe für menschliche Freiheit und Gesittung, den wir mit wackeren Freunden schon manches Jahr in treuer Gemeinschaft gekämpft haben.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 20. Januar 1874.[1])

Mein Präsidentenamt gefällt mir sehr gut. So wenig habe ich in sechs Jahren in Berlin noch nie zu tun gehabt. Bislang bin ich auch in meinen Geschäften in den Sitzungen noch ziemlich ungeschlagen davongekommen. Bei dem eigentlich technischen Teile der Tätigkeit kommt mir meine ursprünglich juristische Bildung und Beschäftigung sehr zustatten. In diesen Dingen fühle ich mich schon ganz sicher. Schwieriger ist es allerdings mit der ebenso wichtigen Aufgabe: dem Takt, der Umsicht und der gleichwiegenden Gerechtigkeit bei den vielen

[1]) Am 16. Januar 1874 erschien Bismarck in einer Matinee bei Bennigsen.

fast täglich vorkommenden Zwischenfällen unvorherzusehender Art. Hier können volle Sicherheit und Autorität freilich nicht in wenig Monaten erreicht werden. Ich bin glücklich genug, bislang mich ohne eigentliches Malheur durchgeschlagen zu haben und auf allen Seiten des Abgeordnetenhauses großem Entgegenkommen und Wohlwollen begegnet zu sein.

Ich habe heute die Wahl in Otterndorf, meinem alten Bezirk, zum Reichstage angenommen und in Stade-Bremervörde abgelehnt. Der Reichstag tritt am 5. Februar zusammen, der Landtag wird am 11. Februar förmlich vertagt[1]) (damit wir Landtagsmitglieder nicht unnützer-, skandalöserweise 300 Taler Diäten beziehen, ohne in Berlin zu sein) und am 9. April wieder zusammentreten bis Pfingsten. Mit meiner Römerfahrt[2]) ist es also in diesem Frühjahr wieder nichts. Ich muß mich vorläufig abermals trösten wie mancher sog. deutsche Kaiser, der niemals römischer Kaiser, sondern nur deutscher König gewesen ist, weil er in seiner ganzen Regierungszeit zur Krönungsreise nach Rom kein Geld oder keine Zeit hatte.

Von einer nationalliberalen Aera der siebziger Jahre im allgemeinen kann man nicht sprechen. Weder haben die Führer der Fraktion selbst an der Leitung der Geschäfte teilgenommen, noch hat die Politik im Reiche und in Preußen sich in den Linien des nationalliberalen Programms bewegt. Jedoch waren in die Regierung neben Bismarck und dem „Rest vom alten Stamm", wie er zu Roon klagte, eine Reihe von Männern eingetreten, ehemalige Altliberale und Freikonservative, wie Delbrück und Camphausen, Falk und Friedenthal, deren politische Richtung nicht weit von dem rechten Flügel der Nationalliberalen entfernt lag; und so lenkte auch die Regierungspolitik unter Führung Bismarcks immer mehr in Bahnen, auf denen die Nationalliberalen mitzugehen bereit waren. Die Regierungspolitik paßte sich eben derjenigen Konstellation an, die sie in den ersten sieben Jahren nach der Reichsgründung im Reichstage und im preußischen Landtage vorfand: der nationalliberalen Aera in den Parlamenten.

Leider reichen die Papiere des Bennigsenschen Nachlasses nicht

---

1) Minister Camphausen schreibt am 11. Februar 1874 an Bennigsen: „Ich habe für heute eine Sitzung des Staatsministeriums anberaumt, in welcher über die Frage der Vertagung befunden werden wird. Ihren Wünschen wird dabei wohl entsprochen werden, ich möchte nur bitten, die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß sich das Abgeordnetenhaus in den nächsten Tagen nötigenfalls noch einmal versammeln könne."

2) Zu der Reise nach Italien kam es erst im Frühjahr 1877.

dazu aus, an dieser Stelle eine Geschichte dieser nationalliberalen Aera in den Parlamenten zu schreiben. Es ist überhaupt mit dem Quellenmaterial zur Fraktionsgeschichte nicht gut bestellt: von Miquel, Forckenbeck, Stauffenberg scheint kaum Erhebliches erhalten, eher möchte aus den Papieren des sorgfältiger sammelnden Lasker, deren Veröffentlichung seit einem ersten Anlauf aussteht, etwas zu erwarten sein; unter den Männern zweiter Ordnung haben der Sachse Stephani und der Württemberger Hölder, beide dem rechten Flügel der Partei angehörig, wichtige Tagebuchaufzeichnungen hinterlassen. Im allgemeinen haben diese Männer, die sich während der Sessionen monatelang täglich sahen und sprachen, zu einem politischen Briefwechsel, wie man ihn in der Periode des Nationalvereins führte, weder Neigung noch Veranlassung gehabt. Bennigsens Familienbriefe aber haben nicht mehr den Umfang wie in den hoffnungsfrohen Tagen von 1867, als die Eindrücke und Erlebnisse noch frisch waren; sie werden mit der Zeit immer kürzer, und wenn sie auch manchmal Stimmungsbilder bieten, gewöhnlich dem Interessenkreise der Gattin angenähert, so sucht man in seinen Briefen das Eigentliche doch vergebens. So hat Bennigsen auch über seine vielen Unterredungen mit Bismarck keine einzige Aufzeichnung hinterlassen und sich seiner diskreten Natur gemäß in der Regel mit wenigen Andeutungen begnügt: von dem eigentlichen Inhalt und Wesen seiner politischen Tätigkeit bekommt man aus seinen Briefen kein zureichendes Bild. Die Protokolle der Fraktion sind erst seit 1885 erhalten; die Rechenschaftsberichte sind naturgemäß für die Oeffentlichkeit bestimmt, führen nur die Ergebnisse an und machen nicht — worauf es gerade bei Bennigsens Mitwirkung ankommt — die Wege deutlich, auf denen man zu diesen Ergebnissen gelangte. Es wird sich im folgenden nur darum handeln können, die Umrisse der nationalliberalen Aera zu zeichnen und vor allem Bennigsens bedeutsame Stellung in ihr zu bestimmen.[1])

Die Nationalliberalen waren in der Zeit von 1871 bis 1878, zumal seit der Mitte dieser Periode, nicht bloß die stärkste, sondern

---

[1]) Rechenschaftsberichte: 1. (von Lasker) über die Legislaturperioden des Norddeutschen Reichstags, des Zollparlaments und des preußischen Abgeordnetenhauses, Ende Juni 1870. (Berlin 1870.) 2. (von Wehrenpfennig) Die Gesetzgebung der letzten sechs Jahre im Reich und in Preußen, Berlin 1876. 3. (von Rickert) über den preußischen Landtag von 1877/79, Januar 1879. Ueber Forckenbeck die inhaltsreichen Veröffentlichungen in der „Deutschen Revue", Bd. XXIII, und das Buch von M. Philippson (Leipzig 1898), das seit 1871 über wenig Material verfügt; über Lasker: M. Cahn, Aus Eduard Laskers Nachlaß, Erster Teil (Berlin 1902); über Stephani: Friedrich Böttcher, Eduard Stephani (Leipzig 1887); über Hölder: H. v. Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. II.

auch die ausschlaggebende Fraktion, und zwar, was ihre Stellung noch verstärkte, zugleich im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause. Da die Wahlen zu den beiden Parlamenten jedesmal in kurzem Zeitraum aufeinander folgten, ergab sich ein gleichartiges Parteienverhältnis — trotz des verschiedenen Wahlrechtes! — und somit auch für die Politik Bismarcks in Deutschland und in Preußen eine größere Gleichartigkeit der Gesamtrichtung als in späterer Zeit, wo die verschiedenartige Zusammensetzung der Reichstags- und Landtagsmajoritäten zu schweren organischen Hemmungen vor allem in der Reichspolitik führte. Das an sich gesundere Verhältnis, das damals herrschte, fand nach außen hin darin seinen Ausdruck, daß dieselben Personen die Leitung der parlamentarischen Geschäfte im Reich und in Preußen übernahmen. In der Zeit von 1867 bis 1873, als Simson noch das Präsidium des Reichstages führte, war Bennigsen mehrfach Vizepräsident; in derselben Zeit war Forckenbeck Präsident des Abgeordnetenhauses. Als Forckenbeck bei den Neuwahlen von 1873 auf sein preußisches Mandat verzichtete, um in das Herrenhaus einzutreten, wurde Bennigsen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt, Forckenbeck dagegen wurde nach Simsons Resignation im Februar 1874 Präsident des Reichstages.

In den Reichstagswahlen vom 3. März 1871 waren 119 Nationalliberale gewählt worden. Die vor allem aus Süddeutschen zusammengesetzten 33 Mitglieder der liberalen Reichspartei standen ihnen nahe; nach links hin schlossen sich 46 Fortschrittler, nach rechts hin 39 Freikonservative und 55 Konservative an; den Kern der Opposition bildeten die 70 Ultramontanen, die sich durch die Polen auf 85 verstärken konnten. In den Reichstagswahlen vom 29. November 1873 wurde die parlamentarische Machtstellung der Nationalliberalen noch weiter gesteigert, da die kurzlebige liberale Reichspartei wieder verschwand und von den 155 gemäßigten Liberalen nicht weniger als 152 der nationalliberalen Fraktion beitraten; die Fortschrittler hatten sich auf 49 vermehrt; eine entscheidende Veränderung war auf der Rechten vor sich gegangen, indem die Konservativen (infolge ihrer Gegnerschaft gegen die Regierung wegen der Kirchengesetze) auf 25 Mitglieder und die Freikonservativen (infolge des Verlustes ihrer katholischen Wahlkreise) auf 33 sanken; dafür wuchs die Opposition, da fortan die 91 Ultramontanen sich durch 4 Welfen, 14 Polen und im Notfalle 15 elsaß-lothringische Protestler und 9 Sozialdemokraten auf 133 verstärken konnten. Wir werden sehen, wie mit dieser Verstärkung der Nationalliberalen die Möglichkeit der Majoritätenbildung sich etwas nach links verschob. Erst die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1877 sollten dieses Bild wieder in der Richtung auf die Zusammensetzung von 1871 verschieben.

Im preußischen Abgeordnetenhause ist das Ansteigen des Nationalliberalismus und die gleichzeitige Verschiebung noch schärfer zu beobachten. Die Landtagswahlen vom 16. November 1870 ergaben 131 Nationalliberale, 50 Fortschrittler, 55 Freikonservative, 116 Konservative, als Kern der Opposition 59 Ultramontane. In den Wahlen vom 4. November 1873 stiegen die Nationalliberalen auf 178, die Fortschrittler auf 72, während die Freikonservativen auf 38, die Konservativen sogar auf 28 Neukonservative und 4 Altkonservative herabsanken und die Ultramontanen auf 86 stiegen. Die Wahlen vom 27. Oktober 1876 veränderten das Bild kaum, da die Konservativen nur 4 Sitze und die Nationalliberalen noch weitere 8 Sitze gewannen.

Bei dieser Sachlage war das eigentliche Problem: Wie war diese ausschlaggebende Fraktion in sich zusammengesetzt, der Leitung welcher Männer unterstand sie und welche Politik gedachte sie Bismarck gegenüber zu befolgen?

Von einer strengen Einheitlichkeit der Fraktion kann man in der Periode seit 1871 noch weniger reden als in der Periode von 1867 bis 1870. Zunächst war die geographische Zusammensetzung durch den Zutritt der Gesinnungsgenossen aus Bayern, Württemberg, Baden noch bunter geworden; die Fraktion wahrte ihren Ruhm, alle Gebiete, altpreußische und neupreußische, kleinstaatliche und mittelstaatliche, norddeutsche und süddeutsche fast gleichmäßig zu vertreten. Zumal seitdem die liberale Reichspartei in der nationalliberalen sich aufgelöst hatte, waren Süddeutsche auch von andrer Färbung eingetreten; unter den Bayern und Württembergern waren manche mit der unitarischen Richtung eines Treitschke oder Gneist sehr wenig einverstanden und ganz in andern wirtschaftspolitischen Ueberzeugungen groß geworden, als sie unter der norddeutsch-freihändlerischen Führung der Partei herrschten. Ueberhaupt führte die Anziehungskraft, welche die zahlreichste Fraktion ausübte, ihr mehr und mehr Elemente zu, die mit der historischen Vergangenheit der Partei wenig gemein hatten, die Reste der Altliberalen in Preußen, bald auch, als die Nationalliberalen die zuverlässige Stütze der Regierungspolitik wurden, einzelne fast gouvernemental gesinnte Männer, die ebensogut ihren Platz unter den Freikonservativen hätten nehmen können. Gerade die Biegsamkeit der nationalliberalen Taktik zog der Zugehörigkeit zur Fraktion die weitesten Grenzen, so daß sie mit ihren beiden Flügeln in den Fortschritt einerseits und die Freikonservativen anderseits hineinreichte. Die Einheitlichkeit war gegeben in dem nationalen Geiste, den Ausbau des Reiches im Sinne liberaler Institutionen, aber in steter Fühlung mit der Regierung vorzunehmen.

In dieser Situation kam es bei den Nationalliberalen mehr als bei irgendeiner andern parlamentarischen Fraktion darauf an, in wessen Händen die Führung dieses mannigfach zusammengesetzten und mehr durch eine allgemeine Stimmung als durch bestimmte gemeinschaftliche Ueberzeugungen zusammengehaltenen Körpers ruhte. Dem Wesen der Partei entsprach, daß nicht ein einziger der Führer war, sondern daß sich aus dem Kreise des Vorstandes[1]) allmählich eine Gruppe herausbildete, die man als die Führer bezeichnen kann: die Altpreußen Forckenbeck und Lasker, die Hannoveraner Bennigsen und Miquel, der Bayer Stauffenberg. Da aber auch unter ihnen Stauffenberg und Miquel an Einfluß erst in zweiter Reihe standen, da ferner Forckenbeck durch die Uebernahme des Reichstagspräsidiums der aktiven Reichspolitik etwas entrückt wurde und sich mehr und mehr mit Lasker identifizierte, so bleiben als die namhaftesten Führer Bennigsen und Lasker übrig. Wohl suchte Bismarck das Trennende zwischen den beiden Männern stark hervorzuheben, die in gewisser Weise die beiden Seelen des Nationalliberalismus verkörperten, aber man darf darüber nicht vergessen, daß gerade ihr Zusammenwirken die Tätigkeit und die Erfolge der nationalliberalen Partei in dieser Aera bestimmte, und daß man wohl Lasker als den Führer eines linken Flügels bezeichnen darf, nicht aber Bennigsen als den Führer eines rechten Flügels: er stand sachlich, nach seiner politischen Ueberzeugung, dem rechten Flügel näher, pflegte aber persönlich die Beziehungen zum linken Flügel, so daß auch von dieser Zeit das einst von Gustav Freytag geprägte Wort gilt: „Bennigsen hält die Mitte."

Immerhin darf man sagen, daß das Problem der nationalliberalen Partei in dem Verhältnis zwischen Bennigsen und Lasker seinen persönlichsten Ausdruck findet und auch von Bismarck, der alle prinzipiellen Verhältnisse sich gern persönlich deutlich machte, so aufgefaßt wurde. Auf den ersten Blick konnte es keinen größeren Gegensatz geben als zwischen dem hochgewachsenen niedersächsischen Edelmann mit der gemessenen und schweigsamen Art seines Stammes und dem kleinen, beweglichen Juden aus der Provinz Posen mit der scharfen dialektischen Redefertigkeit: die ruhig ausgleichende Art des einen hatte wenig gemein mit der kritisch-berlinischen des andern. Auch verband sie keinerlei Waffenbrüderschaft aus der Periode des Nationalvereins. Bennigsen hatte unter den Preußen anfangs die Persönlichkeit Twestens derjenigen Laskers vorgezogen, in der er das Fremdartige und Doktrinäre wohl

[1]) Im Mai 1870 gehörten ihm an: Bamberger, Bennigsen, Biedermann, Braun-Wiesbaden, Bunsen, Forckenbeck, Fries, Hardt, Hennig, Lasker, Lent, Miquel, Oetker, Oppenheim, Soltmann, Unruh, Zabel. An die Stelle des Vorstandes trat 1874 das Zentralwahlkomitee der nationalliberalen Partei.

empfand; erst seit seiner Mitwirkung bei der hannoverschen Provinzialverfassung und dann vor allem seit ihrer gemeinschaftlichen Aktion in Süddeutschland im Herbst 1870 war er diesem fähigen Kopfe, der seit Twestens Tode als das eigentliche Talent des linken Flügels emporkam, menschlich nähergerückt. Um die Mitte der siebziger Jahre trat zu der politischen Verbindung auch ein intimerer Verkehr, der sie nicht nur während der Parlamentssessionen, sondern auch während der Sommererholung, die beide als unermüdliche Wanderer in den Schweizer Bergen liebten, innerlich zusammenführte.[1]) In der persönlichen Freundschaft der beiden

---

[1]) Um ein Bild von diesem Zusammensein in den Bergen zu geben, wähle ich aus den Reisebriefen Bennigsens an seine Frau den folgenden aus Pontresina vom 28. August 1876 aus: „Vorgestern früh war es aber doch so hell gewesen, daß der Wirt Enderlin uns um vier Uhr zu der für diesen Fall noch verabredeten Diavolezzagletschertour wecken ließ. Mit drei Führern, dem nötigen — sogar sehr vollständigen — Proviant an Essen und Trinken fuhren wir zunächst um fünf Uhr nach den Berninahäusern an der Berninastraße und stiegen von da drei Stunden lang zum Teil recht steil und beschwerlich über Felstrümmer, frische Schneefelder und Gletscherfelder mit altem und neuem Schnee bis zur Höhe, wo wir den Frühstückshalt verabredet hatten, um dann auf der andern Seite über den Mortaratschgletscher nach Pontresina zu wieder herunterzusteigen. Lasker, welcher diese Tour in den verschiedenen Jahren schon zirka zwölfmal gemacht haben wollte', ging mit einem Professor Binding schon früh zu weit nach links, einen besonderen, etwas beschwerlicheren Weg nach aufwärts suchend. Wir andern drei (Dr. Hänel, Reichstagsabgeordneter Koch aus Braunschweig und ich) nebst den Führern riefen ihm vergeblich zu, er möge bei uns bleiben. Er war eigensinnig und setzte seinen Weg allein fort, da Herrn Binding die Sache doch zu unsicher wurde. Auf halber Höhe war er noch nicht wieder bei uns; alles Rufen und Jodeln vergeblich. Ein Führer wurde ihm also nach links nachgeschickt, wir andern stiegen weiter. Oben angelangt, kam der Führer bald nach, ohne irgend etwas von ihm gesehen oder gehört zu haben. Jetzt wurden wir und sichtlich auch die Führer sehr besorgt, daß ihm bei dem frischgefallenen Schnee in den Felstrümmern oder einem verdeckten Gletscherspalt ein Unglück zugestoßen sei. Der alte berühmte Berninaführer Christel Graß, welcher mit Lasker schon viele Gletschertouren gemacht hatte, wurde über die Schneefelder nach dem nächsten Felsenkopfe dirigiert, um auszuschauen, ob er in irgendeinem der anliegenden Täler heraufkäme. Graß kehrte nach einer halben Stunde zurück, hatte nichts von Lasker gesehen, obgleich er von dem Punkte aus alle überhaupt möglichen Aufstiege nach der Diavolezzahöhe hatte übersehen können, und erklärte positiv, was die andern beiden Führer bestätigten, Lasker müsse schwerverletzt irgendwo liegen geblieben sein, im besten Falle mit einer leichten Verletzung nach den Berninahäusern umgekehrt sein. Inzwischen kam eine Partie Engländer mit einem Führer uns nach, welche absolut nichts von Lasker berichten konnten. Unter diesen Umständen beschlossen wir umzukehren und Lasker von dem Punkte ab, wo er sich von Professor Binding getrennt hatte, auf seiner Spur in dem frischen Schnee nachzugehen. Um elf machten wir uns auf den Rückweg. Einen Führer behielten wir bei uns, die andern beiden Führer gingen rasch voraus, um Lasker nachzuspüren, fanden nach stundenlangem Suchen nichts,

Männer verschiedener Herkunft und verschiedener Art, die heute schon sich vielleicht nicht so leicht gefunden haben würden, spiegelt sich noch einmal die unwiderstehlich die verschiedensten Individualitäten ergreifende

---

auch keine Spur, da den frischgefallenen Schnee die Sonne auf dem Felsgeröll inzwischen aufgezehrt hatte. Zwei Führer werden beordert, weiterzusuchen, mit dem dritten steigen wir hinunter nach den Berninahäusern, um dort etwaige Nachricht zu finden, ob er umgekehrt sei, auch von dort nach Pontresina zu telegraphieren, ob er eingetroffen sei. Es wurde verabredet, daß im verneinenden Falle der eine Führer und was wir an Leuten in den Berninahäusern finden könnten, den beiden zurückgelassenen Führern zur Unterstützung bei ihrem Nachspüren geschickt werden solle. Im Berninahaus telegraphiere ich an Enderlin, Lasker habe sich getrennt, sei oben nicht angekommen, ob er auf der Berninastraße nach Pontresina zurück sei. Die Wirtsleute im Hause erboten sich, drei Männer zum Suchen zu stellen, ein Bote wurde nach dem Mortaratschwirtshause im Trabe herabgejagt, ob er etwa dort, zirka dreiviertel Stunden niedriger, gesehen sei. Endlich nach einer Stunde unruhigen Wartens kommt dieser Bote mit einer Notiz der Frau Koch aus dem Mortaratschwirtshause zurück, Lasker sei zwischen neun und zehn Uhr dort gewesen und sei von dort über den Mortaratschgletscher uns *entgegen*gegangen nach der Diavolezzahöhe hinauf!! Allgemeine Freude, daß L. gesund, Zurückdirigieren der Führer auf den Felshöhen durch verabredete Signale vom Dach des Hauses, andres Telegramm an Enderlin, aber furchtbares, übereinstimmendes Geschelte über Laskers eigensinniges und nachher vollständig kopfloses Benehmen, welches uns die ganze Tour gründlich verdorben hatte. Das kommt aber davon, wenn man ohne Führer einen besonderen Weg auf die Höhe sich zu weit nach links suchen will! Am Abend um sechs Uhr ist er wieder in Pontresina eingetroffen, ganz vergnügt hat er mit uns gesessen, hat die ihm zuteil gewordenen Vorwürfe, auch formellen Rüffel des Reichstags- und Abgeordnetenhauspräsidiums geduldig hingenommen und ist gestern das Gelächter von ganz Pontresina gewesen über seine unsinnigen Streiche. Daß er an den Berninahäusern hat vorbeigehen können, ohne Nachricht zu geben oder einen Menschen uns eilig von dort nachzuschicken, begreift er jetzt selbst nicht mehr. Daß er hat glauben können, wir würden, oben angekommen, weitergehen, ohne uns um ihn zu kümmern, ist ihm auch jetzt selbst auffallend. Wie er sich vollständig hat verlaufen können, oben nach dem Hospiz zu anstatt nach der Diavolezza, erklärt er durch inzwischen eingetretenen Nebel, weshalb er nicht um neun Uhr an der Berninastraße von neuem auf dem ihm genau bekannten Wege nach der Diavolezza uns nachgegangen sei, wo er uns sicher oben noch getroffen hätte, da man einen Aufsteigenden eine Stunde vorher hätte sehen können, und statt dessen auf dem fast dreimal so langen umgekehrten Wege uns entgegen*gelaufen* ist, dafür kann er keinem Menschen einen plausiblen Grund angeben. Er hatte vollständig den Kopf verloren. Die physische Leistung von ihm an diesem Tage ist aber eine geradezu unglaubliche gewesen. Alles in allem genommen, hat er die Tour, welche man auf etwa sieben Stunden rechnet, rückwärts vom Mortaratsch beschwerlicher, vollständig und mit dem Verlaufen und dem Wege vom Hospiz bis Pontresina dazu mindestens doppelt gemacht in einem unerhört raschen Tempo. Jedenfalls siehst Du hieraus, wie sehr die hiesige Luft eine angegriffene Gesundheit in etwa vier Wochen, die Lasker hier ist, kräftigen kann. Auch mir sind die verschiedenen

und verbindende Kraft des nationalen Gedankens. Was sie zusammenführte, war ein verwandter, idealistischer Zug des Wesens. Mit Recht hat ein politisch von Lasker so entfernt stehender Mann wie Gustav Schmoller[1]) ihn als den Typus eines edlen Juden mit deutscher Gesittung in bescheidener Lebenslage bezeichnet und davor gewarnt, etwa, wie es häufig geschah, seine syllogistische Verstandesverfassung aus talmudistischen Bildungselementen abzuleiten: „Wie er stets ein Deutscher sein wollte, so ist seine ganze Bildung eine spezifisch deutsch-philosophische. Mit überwiegend weicher, gemütvoller, ernster Seelenstimmung wurde er von Schiller, von der deutschen Literatur und Philosophie aufs tiefste erfaßt. Er erzählt selbst, daß er schon als Knabe in der deutschen Herrschaft der Hohenzollern in Posen das Glück des Landes gesehen habe." Der Idealist des Rechtsstaates, der Lasker war, und der Idealist des Nationalstaates, der Bennigsen in allem Wandel durch ein halbes Jahrhundert blieb, gehörten enger zusammen, als es beim ersten Anblick schien. Sie repräsentierten noch einmal die beiden Seiten des alten Doppelideales: Einheit und Freiheit der Nation. Wenn es der Grundgedanke des Nationalliberalismus war, seine theoretisch gewonnenen Ueberzeugungen von Staat, Gesellschaft und Individuum nicht in ihrer abstrakten Reinheit durchzusetzen, sondern nur in ständiger Anpassung an den praktischen, historisch erwachsenen, preußisch-deutschen Staat, so konnte es kaum ausbleiben, daß in jedem einzelnen die Mischung der Triebkräfte verschieden war und auch einer verschiedenartigen Fortentwicklung unterlag. Bennigsens Ideal wäre eine harmonische Verbindung beider Reihen gewesen, erst mit der Zeit trat er mehr auf die Seite des historischen Staates und der historischen Gesellschaft hinüber, während Lasker in seinen letzten Lebensjahren sich eher wieder zurückentwickelte.

Eine sachliche Notwendigkeit trat hinzu, die beiden Männer in der Fraktionsleitung aufeinander anzuweisen. Bennigsen war zur Gesamtleitung befähigt, er besaß, wie Bismarck einmal in scherzhafter Wortbildung zugestand, das „Ministrin". Würde und Ruhe nach außen, Gerechtigkeit und Objektivität nach innen machten ihn zum geborenen Leiter von Versammlungen und verschafften ihm das Vertrauen des Abgeordnetenhauses, dessen Präsident er seit dem November 1873 war.

---

schönen Touren und Spaziergänge, welche ich mit Lasker, Hänel und einigen Straßburger Professoren täglich machte, sehr gut bekommen. Zum Lesen hat man hier fast gar keine Zeit, man lebt fast den ganzen Tag in freier Luft und entwickelt dabei einen enormen Appetit und Durst."

[1]) Hermann Schulze-Delitzsch und Eduard Lasker in G. Schmoller, Zur Sozial- und Gewerbepolitik der Gegenwart, S. 304—341.

Selbst in einer Zeit, da die Wogen des Kulturkampfes am höchsten gingen, verlor er das Vertrauen der Parteien nicht, sondern bewahrte die Hochachtung des politischen Gegners.[1]) Lange Jahre hindurch war er Vorsitzender der Budgetkommission des Reichstages, und zwar, wie sein intimer Gegner, Eugen Richter, ihm nachrühmt, der beste, den der Reichstag je gehabt hat; die Zahl der Kommissionen, deren Verhandlungen er geleitet hat, ist kaum übersehbar. So war er gerade für die eigne Fraktion, die nach ihrer Zusammensetzung einem kleinen Parlament glich, der geeignetste Leiter. Zugleich war er ihr feierlicher Repräsentant bei großen politischen Gelegenheiten, für die er seine auf das Allgemeine gerichtete Beredsamkeit wirkungsvoll aufsparte. Er hat im preußischen Abgeordnetenhause in den Jahren 1871 bis 1873 eigentlich zu einer bedeutenderen Rede nur am 16. Januar 1873 für das Gesetz über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen das Wort ergriffen, und seitdem er zum Präsidenten gewählt war, schied er von selbst aus der Beteiligung an den Debatten aus; so richtete er in dem ersten Jahrzehnt nach dem Kriege sein persönliches Auftreten im Abgeordnetenhause ganz nach dem Programm seines Briefes vom 18. Oktober 1870 ein. Aber auch im Reichstage, in dem er das Schwergewicht seiner Tätigkeit sah, trat er in den Debatten wenig hervor. Schon im Jahre 1872 spricht Bischof Ketteler[2]) von dem Abgeordneten von Bennigsen, „welcher etwas Geheimnisvolles an sich hat und nur dann das Wort zu ergreifen pflegt, wenn die nationalliberale Partei ihre großen Offenbarungen kundgeben und gewichtige Schläge führen will". Er wußte gut genug, daß die eigentlichen politischen Entscheidungen nicht in den Debatten des Plenums fallen, sondern vor allem in der persönlichen Verhandlung mit den Ministern. Und hier entwickelte er seine Haupttätigkeit. Er vor allen war der Diplomat der Fraktion hinter den Kulissen. Er war der Vertrauensmann Bismarcks in seiner Partei. Forckenbeck trat aus dieser Stellung, die er anfangs mit Bennigsen zusammen innegehabt hatte, schon vor der Mitte der siebziger Jahre heraus; und mit Miquel, sagte Bismarck 1876 zu Benda, so hoch er ihn schätze, könne er nicht so frei von der Leber weg sprechen wie mit Bennigsen. Ganz anders waren die Funktionen Laskers. Er war der fleißigste und unermüdlichste Arbeiter und zugleich der schlagfertigste Debatter der Fraktion, nach Bambergers Worten, ihr Generalstabschef zugleich und ihr Feldwebel. Wurde er ihr somit in einem Maße unentbehrlich, das über seine eigentlich

[1]) Vgl. seinen Nachruf auf H. von Mallinckrodt am 18. Januar 1875.

[2]) In seinem Buche „Die Zentrumsfraktion auf dem Ersten Deutschen Reichstage" (Mainz 1872), S. 23.

politischen Fähigkeiten hinausreichte, so war er in besonderem Maße für einen Fraktionsleiter von der Veranlagung Bennigsens notwendig. Der Neupreuße Bennigsen, dem die altpreußische Gesetzgebung und Verwaltung von Haus aus ferner lag, bedurfte mit den preußischen Mitgliedern einer Fühlung, wie sie ihm auch der alte Freund Miquel nicht geben konnte. Man beobachtet, daß er in wichtigen Fragen sich zunächst der Zustimmung von Lasker und Forckenbeck versicherte.[1]) Wenngleich er Laskers geringe Vertrautheit mit den ländlichen Verhältnissen bald durchschaute, so fand sein mehr auf das Allgemeine gerichteter Sinn in dem arbeitsamen und scharfsinnigen Freunde, zumal in Fragen der altpreußischen Gesetzgebung, einen Berater von einer ihn überragenden juristischen Schärfe.[2])

Wenn Bismarck im Herbst 1867 den Liberalismus zum ersten Male in eine opportunistische, realpolitische, gemäßigte Fraktion und

---

[1]) Siehe oben S. 128, 138.

[2]) Charakteristisch für diese Beratung ist ein Brief Laskers an Bennigsen vom 27. Dezember 1870 über das (im Januar 1871 zuerst im Herrenhause beratene und am 8. März 1871 publizierte) preußische Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz: „Das Gesetz habe ich durchgelesen, der Entwurf scheint mir von einem guten Willen geleitet, aber die Grundsätze sind vielfach noch recht unklar und schwankend, besonders über die Verteilung der Zustimmungs-, Bestätigungs- und Aufsichtsrechte an die verschiedenen Behörden. Sie werden das Schwankende und Unsichere selbst wahrnehmen, ebenso die den Bezirksregierungen, an zwei Stellen dem Oberpräsidenten zugewiesenen Befugnisse zu weit, oder diese Behörden ungeeignet finden. Dies ist ein allgemeiner Einwand. Der zweite bezieht sich auf die Art, in welcher der Rechtsweg ersetzt oder ausgeschlossen wird. In dieser Beziehung behalte ich mir die Wahrnehmung des Standpunktes vor. Sicher werden Sie gleichfalls die neu zu errichtende Regierungsdeputation ohne jede Garantie eines Gerichtshofes finden. Das Verfahren ist das preußische, welches eben aufgehoben werden soll. Unter den besonderen Bemerkungen hebe ich nur die dringendsten hervor: 1. § 6 scheint eine allgemeine, in den Rahmen dieses Gesetzes nicht passende Bestimmung zu enthalten. — 2. § 9 ist bedenklich, weil der Zwang der Zusammenlegung im Falle der nicht ausreichenden Kräftigkeit. Zu vergleichen wegen der Folgen ist der § 46, dadurch wird § 9 sowohl im Abs. 1 wie im Abs. 2 bedenklich. — 3. § 10 wird sich praktisch schwer ordnen lassen, besonders die Mitbeteiligung an der Verwaltung. — 4. §§ 12 und 37. Diese beiden Paragraphen sind höchst bedenklich, sie scheinen einen bestimmten Steuermodus vorzuschreiben, lassen aber in Wahrheit die Wahl frei. Grundsätzlich geschieht dies in § 37 sogar in betreff der Unterveranlagung der Kreise. — 5. § 43 entlastet den Staat in einem Umfange, welchen ich nicht übersehe, ohne eine Steuerüberweisung, welche die Bürger dem Staate gegenüber entlastet. — 6. § 47 kann bei sehr langer Abwesenheit des Unterstützungsbedürftigen zu großen Härten führen. — 7. Die §§ 22 und 32 sind mir in den Folgen noch nicht ganz klar. — Zum Schluß bemerke ich noch, daß das Gesetz viel Tüchtiges enthält, welches bei besserer Ordnung der übrigen Punkte uns leicht zusagen könnte."

in eine doktrinäre, entschiedenere Fraktion gespalten hatte, so repräsentiert Lasker innerhalb der opportunistischen einen mehr doktrinär gesinnten Flügel: wie Bismarck sagte, die Fortschrittspartei innerhalb des Nationalliberalismus. Er wollte daher auf keinen Fall die Verbindung mit der Fortschrittspartei abreißen lassen, während Bennigsen zugleich die Beziehungen zu den Freikonservativen pflegte. Es ist begreiflich, daß eine Fraktion, die nicht wie das Zentrum durch das feste Band kirchlicher Rücksichten, sondern nur durch eine doppelpolige Taktik zusammengehalten wurde, neben einem Führer wie Bennigsen auch einen andern Führer brauchte, der gegen das Aufgehen in taktischen Manövern und Kompromissen ein Gegengewicht darbot.

Bismarcks Taktik ging dahin, den rechten Flügel stärker und für eine Regierungspartei geeigneter zu machen, ihn mit allen Mitteln [1]) gouverne-

[1]) Gelang es ihm doch, den ausgedienten Offiziosus Moritz Busch bei dem „Hannoverschen Courier", der als Organ Bennigsens galt, eine Zeitlang in eine leitende Stellung zu bringen. Am 16. Oktober 1873 schrieb S. Koebner, Chefredakteur der „Schlesischen Presse", früher des „Hannoverschen Couriers", an Lasker: „Gestatten Sie mir, Sie vertraulich auf einen im Parteiinteresse sehr bedenklichen Umstand, der uns einen großen Teil des Einflusses in der uns so wichtigen Provinz Hannover kosten kann, aufmerksam zu machen. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß bei meinem Rücktritt vom ‚Hannoverschen Courier' der Dr. Moritz Busch, bis dahin Offiziöser im Auswärtigen Amt, engagiert wurde. Ich habe mich, solange ich noch in Hannover war, vergeblich bemüht, das zu verhindern. Man hat nicht gewagt, Busch das Blatt unterzeichnen zu lassen, aber er ist der politische Leiter. Die Haltung desselben nun beweist meiner Ansicht nach evident, daß die nationalliberale Partei in Hannover in Gefahr ist, daß ihr einziges größeres dortiges Blatt offiziös wird — wenn nicht schon ist, ohne daß die Besitzer es wollen. Ich übersende Ihnen die beiden neuesten Leitartikel des ‚Couriers' gegen die baldige Einführung der Zivilehe als Probe. Aehnliches ist vorhergegangen, z. B. die von der ‚Nationalzeitung' gerügte, unter einem Originalzeichen erfolgte Verbreitung der jüngsten Nachricht der ‚Deutschen Reichskorrespondenz' über die bevorstehende Trennung der nationalliberalen Partei, ferner ein Leitartikel, welcher das Verlangen der ganzen liberalen Presse, daß in der nächsten Session die Provinzialordnung u. a. vorgelegt werde, im richtigen Tone des anmaßenden Offiziösen für ‚unverständig' erklärte und dafür plädierte, daß nur das Budget die Aufgabe der Session ausmache u. s. w. Die Artikel der ‚Provinzialkorrespondenz' werden als Leitartikel an der Spitze des Blattes gebracht. Soweit ich aus siebenjähriger Tätigkeit die Stimmung in Hannover kenne, wird diese Haltung des einzigen einflußreichen Blattes einerseits der Bildung einer konservativ-ministeriellen Partei, anderseits einer radikalen vorarbeiten und die nationalliberale so von zwei Seiten schädigen, und zwar um so sicherer, je bedeutungsloser allmählich das Welfentum wird. Ich bin auch überzeugt, daß Busch im Einverständnis mit dem Berliner Preßbureau — dessen Pensionär er infolge seiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt ist — handelt; er ist ein durchaus zweifelhafter Charakter. Ich stelle, falls Sie meine Besorgnisse für

mental zu beeinflussen, den linken zu schwächen oder womöglich abzutreiben: die Spaltung von 1867 nach seiner Auffassung reinlicher und schärfer herauszuarbeiten. Schon am 25. Mai 1871 erklärte er sich scharf gegen Lasker: „Es ist ja nicht das erstemal, daß der Herr Vorredner und seine Parteigenossen mir erklärt haben, daß sie unbedingtes Vertrauen zu mir hätten, daß sie es aber in ihren Voten und Anträgen nicht zu betätigen für gut befunden haben;" und verweigerte auf die Vermittlungsversuche Bennigsens jegliche Erklärung zur Beruhigung liberaler Verfassungsbedenken: „Sie umgeben mich mit einem Kordon, wie wenn ich die Rinderpest hätte!" Ein erster Versuch seines geliebtesten politischen Mittels, des Terrors. Er hat das Verhältnis später einmal in die Worte gekleidet: „Die schlimmsten Krisen hat Lasker gerade herbeigeführt, und wenn der Wagen in dem Dreck stak, dann wurde Bennigsen vorgespannt, der mußte zur Krise den versöhnenden Epilog sprechen, und die Sache war wieder gut. So ist es gegangen seit dem konstituierenden Norddeutschen Reichstag, als an der Diätenfrage die Neugestaltung Deutschlands zu scheitern drohte. Ich gestehe, ich habe noch nie einen Demissionsgedanken gehabt, zu dem nicht Lasker den ersten Anlaß gegeben hatte." Bismarck erkannte, daß nur die Anwendung stärksten Druckes dazu ausreiche, den unverhältnismäßigen Einfluß, den Lasker mit dem nicht durch die Zahl, sondern durch die Talente ausgezeichneten linken Flügel auf die Gesamtfraktion ausübte, zu paralysieren.

---

begründet halten, anheim, auf Bennigsen behufs einer Aenderung einzuwirken." — Lasker übersandte Bennigsen den Brief am 4. November 1873: „Auch ich habe Klagen im Sinne des Briefes gehört, und Miquel stimmt ganz überein. Ich bin ein schlechter Zeitungsleser und kann mir kein selbständiges Urteil bilden, aber Sie werden wohl die Angelegenheit nach ihrem vollen Gewicht würdigen. Lassen Sie mich, wenn es angeht, in einigen Zeilen wissen, was ich Koebner antworten kann. Forckenbeck habe ich vergangene Woche hier gesehen; er sieht recht gut aus, und wir haben allerlei zur wechselseitigen Zufriedenheit durchsprochen. Die Wahlvorbereitungen haben dem Komitee dieses Mal viel zu schaffen gemacht; mit welchem Erfolg, ist noch nicht zu übersehen. Eine Anzahl Stellen gewinnen wir gewiß, aber es ist zweifelhaft, ob wir bis zur Mehrheit gelangen." — Bennigsen an Lasker am 11. November 1873: „Da der Kaiser die Eröffnung nicht selbst vornehmen wird und meine hiesigen Geschäfte meine Anwesenheit noch sehr erwünscht machen, komme ich erst morgen — Mittwoch — abends acht Uhr. Ich werde gleich nach der Ankunft nach dem Abgeordnetenhause gehen und dort von H. Kleinschmidt vielleicht erfahren, wo Sie morgen abend noch zu treffen sind. Wegen der hiesigen Zeitung habe ich mit zwei Herren des Aufsichtsrats des ‚Couriers' (Dr. Brandé und Obergerichtsanwalt Laporte, letzterer für Stadt Hannover im Abgeordnetenhause) gesprochen und haben mir beide zugesagt, daß dem Herrn Busch besser auf den Dienst gepaßt werden soll."

Diese parlamentarische Situation hatte sich seit den Reichstagswahlen von 1874 verschärft. Auf den ersten Anblick lag sie für die Nationalliberalen, die über 150 Sitze zählten, äußerst günstig, da sie sowohl mit den 25 Konservativen und 33 Freikonservativen, als auch, was bisher nicht möglich gewesen war, mit den 49 Fortschrittsleuten die Mehrheit bilden konnten. Je nachdem man die eine oder die andre Möglichkeit ins Auge faßt, erscheint das Resultat in verschiedenem Lichte.[1]) Wäre die nationalliberale Partei völlig geschlossen in sich selber gewesen, so hätte sich keine stärkere Stellung denken lassen. Da sie es aber nicht war, da der eine Flügel zu der Mehrheitsbildung nach der einen und der andre nach der andern Seite drängte, so konnten sich verwickeltere Situationen herausbilden. Die gleichzeitige Verstärkung des Zentrums und Schwächung der Konservativen gab der unübertrefflichen Taktik Windthorsts Gelegenheit über Gelegenheit, als scheinbarer Anwalt freiheitlicher Volksrechte in Verfassungsfragen die gesamte Opposition durch die Fortschrittspartei zu verstärken und womöglich gar den linken Flügel der Nationalliberalen zu sich herüberzuziehen, um Bismarck eine Niederlage zu bereiten. Die radikalen Elemente des Fortschritts waren einer solchen Taktik so wenig abgeneigt, daß Eugen Richter[2]) noch als rückblickender Geschichtsschreiber — allerdings sehr einseitig — für den Fall eines Zusammenhaltens von Zentrum und Fortschritt die Machtverteilung folgendermaßen schildert: „Zur Erlangung einer Mehrheit bedurfte es in diesem Falle fortan nur noch des Hinzutritts von etwa 15 Nationalliberalen. In der abgelaufenen Wahlperiode hätten wir in solchem Falle die Unterstützung von 50 bis 60 Nationalliberalen benötigt. Die Entscheidung war also für solche Situationen von denen um Bennigsen auf diejenigen um Lasker übergegangen. Lasker beherrschte wie kein Abgeordneter zuvor in der nächsten Session den Reichstag wie das Abgeordnetenhaus." Das entsprach freilich mehr den Wünschen Windthorsts und Richters als der Wirklichkeit, aber immerhin lag fortan die Möglichkeit vor, daß Lasker und Forckenbeck die Gelegenheit benutzten, um einen möglichst großen Teil der Nationalliberalen hinter sich herzuziehen und eng verbunden mit dem Fortschritt in Fragen der Parlamentsrechte der Regierung ihren Willen

---

[1]) So urteilt Fr. Böttcher, Stephani, S. 136 f., ausschließlich von der einen Seite: „Noch verfügten die Nationalliberalen zusammen mit den Konservativen über eine schwache Mehrheit, aber nur dann, wenn alle Teile festgeschlossen vorgingen. So lag denn der Gang der parlamentarischen Dinge nunmehr fast ausschließlich in den Händen der nationalliberalen Partei. Größer als je war ihre Verantwortung."

[2]) Im alten Reichstag I, S. 75.

aufzuzwingen. Wenn Bismarck an der Spaltung der Nationalliberalen arbeitete, so lag dasselbe Ziel auch in dem Interesse des Oppositionsführers Windthorst: es war ein Kampf um die beiden Seelen des Nationalliberalismus. Für die Nationalliberalen aber wurde das Hauptziel, sich selbst auf einem Mittelwege zu behaupten, und so war das Ergebnis doch, daß Lasker zwar einige Kraftproben unternahm, aber im entscheidenden Augenblicke jedesmal durch die realpolitische Taktik Bennigsens überwunden wurde. Wenn Bennigsen in jenem Reisebriefe über die verunglückte Gletscherwanderung im August 1876 über Lasker schreibt: „Das kommt davon, wenn man ohne Führer einen besonderen Weg auf die Höhe zu weit nach links sucht", so zeigt die ihm sonst fremde ironisierende Wendung mit ihrem politischen Nebensinne, daß er sich wohl bewußt war, daß er sich diesem Einfluß nicht bedingungslos hingeben dürfe. So erschien in Wirklichkeit auch in der Session von 1874 bis 1876 Bennigsen und nicht Lasker als der Führer der Mehrheit. Es verstand sich, daß dieses Ergebnis jedesmal erst nach harten Zusammenstößen mit Bismarck und mit der Opposition und nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der eignen Partei, in der sich die Strömungen kreuzten, zustande kam.

Die eigentliche Machtprobe erfolgte gleich nach Beginn der Reichstagssession von 1874 bei der Beratung des neuen Reichsmilitärgesetzes. Bei der Feststellung der Norddeutschen Bundesverfassung im Jahre 1867 hatten sich die Liberalen entschlossen, mit Rücksicht auf die auswärtige Lage und die Unfertigkeit des deutschen Staates, provisorisch auf das parlamentarische Budgetrecht in Militärsachen zu verzichten und bis zum 31. Dezember 1871 ein Pauschquantum zu bewilligen, für die spätere Zeit aber die Feststellung der Friedenspräsenz durch die Reichsgesetzgebung vorzubehalten. Nach Ablauf dieser Periode hatte man sich im November 1871 bereitgefunden, noch unter dem frischen Eindruck des Krieges, das Provisorium noch einmal auf drei Jahre zu verlängern; schon damals war es innerhalb der nationalliberalen Partei zu starken Differenzen gekommen, so daß bei der Schlußabstimmung die eine Hälfte der Nationalliberalen, Lasker, Stauffenberg, Unruh, Bamberger gegen, die andre Hälfte aber, darunter Bennigsen, Miquel und diesmal auch noch Forckenbeck, für den Kompromiß stimmten.

Jetzt stand also die prinzipielle Entscheidung der zweimal vertagten Auseinandersetzung zwischen Militärstaat und Parlament bevor. Nach dem Artikel I der Vorlage wurde das Budgetrecht der Volksvertretung hinsichtlich der Militärverwaltung auf das äußerste eingeschränkt, so daß zwar die ganzen Militärausgaben nunmehr auf den Etat gebracht wurden, die Friedenspräsenzstärke des Heeres aber für immer gesetzlich

auf 401659 Mann festgestellt wurde. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß die Friedenspräsenzstärke zu den organischen Institutionen des Reichsheeres gehöre und daher ihre Festsetzung naturgemäß einer veränderlichen, jährlich möglicherweise schwankenden Bestimmung beim Etatsgesetz entzogen werden müsse. Der Fortschritt und selbstverständlich die Opposition des Zentrums erhoben jedoch die Forderung, diese Feststellung jährlich vorzunehmen und dadurch das Budgetrecht tatsächlich über den ganzen Bereich der Militärverwaltung auszudehnen; ein Teil der Nationalliberalen, die 1867 wie 1871 das Budgetrecht nur provisorisch aus der Hand gegeben hatten, trat auf ihre Seite. So verliefen die Verhandlungen der am 18. Februar 1874 unter dem Vorsitz Bennigsens zusammengetretenen Kommission ohne jedes Ergebnis, da die Anträge der Regierung hinsichtlich des § 1 abgelehnt wurden; eine Verständigung wurde dadurch erschwert, daß Bismarck am 8. März ernstlich erkrankte und mehrere Wochen das Bett hütete.

So stand um Ostern ein Konflikt in der Militärfrage vor der Tür: der unheilvolle Kampf, der in Preußen jahrelang Regierung und Volksvertretung gegeneinander getrieben hatte, schien sich auf das Reich zu übertragen. Bismarck drohte von dem Krankenlager aus durch den Mund seiner freikonservativen Vertrauten mit Rücktritt und Auflösung und ließ in der Presse das stärkste Geschütz gegen die Nationalliberalen los. Denn auf deren Entscheidung kam es an. Nur wenige von ihnen, wie Treitschke, waren entschlossen, das Aeternat zu bewilligen; die meisten von ihnen wünschten eine Feststellung auf einen mehrjährigen Zeitraum; nur ein Teil unter Führung Laskers suchte an der Seite der Fortschrittspartei die jährliche Feststellung durchzusetzen. Da nun die Opposition gegen § 1 der Regierungsvorlage sicher aus 180 Abgeordneten (92 Zentrum, 49 Fortschritt, dazu Polen, Elsässer und Sozialdemokraten) bestand, so bedurfte es nur einer kleinen Gruppe Nationalliberaler, um das Gesetz zu Fall zu bringen.[1])

Es war ein Versuch, die Ansprüche des parlamentarischen Verfassungsrechts so tief in den Bau des neuen Reiches einzuführen, daß auch die von Haus aus widerstrebendsten Teile, das Gefüge des preußi-

[1]) Eine von Bennigsen durchkorrigierte Aufstellung berechnete die absolute Majorität, bei verschiedenen Verhinderungen, auf 196, so daß zur Majorität gegen § 1 nur 16 Nationalliberale notwendig waren, und zählte als sichere Gegner des § 1 neunzehn auf: Lasker, Wulfshein, Jacobs, Oppenheim, Stauffenberg, Stenglein, von Schauß, Marquardsen, Pflüger, Baehr, Blum, Schröder (Friedberg), Jacobi, Sommer, Tritscheller, von Frisch, Friderich, Schulz-Boosen, Kapp; als zweifelhaft zehn: von Forckenbeck, Rickert, Wölffel, Jüngken, Dernburg, Becker, Stephany, Meyer-Thorn, Schmidt-Zweibrücken, Späth.

schen Militärstaates, ihm völlig ein- und untergeordnet wurden: eine Auseinandersetzung zwischen den Formen, in denen das Staatsrecht des Reiches sich nach Analogie der parlamentarisch regierten Staaten fortzubilden bemühte, und der Macht, die, völlig andern Wesens und Ursprungs, mit ihren autoritären Mitteln das Reich selber geschaffen hatte. An diesem Versuche aber, die Rechte der Volksvertretung gegen die Regierung auszudehnen, beteiligte sich nicht nur die unbedingte Opposition unter Führung Windthorsts und der entschiedene Liberalismus, der seine Aufgabe in der strengen Durchführung der parlamentarischen Verfassung sah, sondern auch ein Teil derjenigen Liberalen, die bisher der Mehrheit angehört und an der innerlichen Ausgleichung der beiden Welten mit Erfolg gearbeitet hatten. Als jedoch Bismarck den Kampf aufnahm, stellte es sich heraus, daß auch die Kräfte, die das alte Preußen und sein Heer geschaffen hatten, eines starken Rückhalts im Volke nicht entbehrten. Der Feldzug der Regierung in der öffentlichen Meinung hatte, auch unter den Wählern der Nationalliberalen und darüber hinaus, eine begeisterte Aufwallung zur Folge; die Erinnerung an den erst vor drei Jahren beendeten siegreichen Krieg bedeutete diesen Schichten mehr als die Prinzipien des parlamentarischen Budgetrechts. Mochten auch Zentrum und Fortschritt in gleichem Tone über das ruere in servitium höhnen, die nationalen Antriebe, aus denen auch die nationalliberale Partei erwachsen war, drängten sie an die Seite der Regierung. Wohl waren in England und Amerika die entscheidendsten Kämpfe um die Geltendmachung des Budgetrechts ausgefochten worden, aber doch nur dann, wenn die allgemeine Situation dazu zwang, die Handlungen einer mit Mißtrauen beobachteten Regierung einer schärferen Kontrolle zu unterziehen. In Deutschland lagen aber die Dinge jetzt anders als in dem Preußen der sechziger Jahre, dem die Liberalen wegen seiner Untätigkeit in der nationalen Frage die Militärreorganisation verweigert hatten. Das deutsche Volk konnte sich nicht überzeugen, daß die Regierung Kaiser Wilhelms und Bismarcks in diesem Augenblicke zu dieser Selbstentäußerung gezwungen werden könne. Das Vertrauen in die historische Leistung der Schöpfer des Reichs war stärker geworden als der Glaube an die alleinseligmachende konstitutionelle Doktrin.

Für die Führer der Nationalliberalen kam die Erkenntnis hinzu, daß ihr Bruch mit Bismarck auch ein taktischer Fehler sein würde, da er nur zu der Wiederversöhnung mit den Konservativen führen, vor allem aber ein Sieg des lauernd zur Seite stehenden Zentrums sein mußte. Aus allen diesen Erwägungen entschloß sich Bennigsen, gemeinschaftlich mit Miquel, in persönlicher Verhandlung mit Bismarck

einen Mittelweg aufzusuchen und Lasker die Führung der Fraktion aus der Hand zu nehmen. In einer noch vor der Wiedereröffnung des Reichstags abgehaltenen Besprechung der Führer am 8. April[1]) drang seine Meinung durch, mit Bismarck über die Festlegung der Präsenz auf sieben Jahre zu verhandeln. Schon am andern Tage gab Lasker seinen fortschrittlichen Freunden „in tiefer Betrübnis Nachricht, die Linke ihrer Partei sei zu einem kleinen Fähnlein zusammengeschmolzen".[2]) Bennigsen begab sich zum erstenmal am Nachmittag des 9. April zu Bismarck.[3]) Nach seinen Mitteilungen beschloß eine Fraktionssitzung am Abend des 9. April einstimmig, die von ihm mit Bismarck verabredete Form des Septennats anzunehmen. In mehrfachen Besprechungen brachte Bennigsen den Kompromiß zum Abschluß, bis ihm am Nachmittag des 10. April Lothar Bucher im Auftrage Bismarcks die Nachricht bringen konnte, daß der Kaiser den Kompromiß genehmigt habe. Stephani schrieb in sein Tagebuch: „Beispielloser Jubel deshalb, Hinundherrennen. Ich lief zu Miquel, wir freuten uns sehr. Abends war parlamentarische Vereinigung. Alle Gemüter waren voll davon, daß der vom Zentrum und den Konservativen gehoffte, von uns gefürchtete Konflikt vermieden ist. Die Konservativen sind wütend;" und ein paar Tage später: „Die Wut der Konservativen, daß wir eine Verständigung herbeigeführt und daß der von ihnen sicher gehoffte Konflikt vermieden ist, übersteigt alle Grenzen." Nicht minder war die Fortschrittspartei erbittert. Sie mußte es jedoch erleben, daß sie, statt einen Teil der Nationalliberalen zu sich herüberzuziehen, selber einer Spaltung unterlag, da in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhange mit dem Militärgesetz vierzehn Mitglieder (die Gruppe Löwe) aus ihr ausschieden und für das Septennat stimmten. Bennigsen blickte auf den Erfolg mit Befriedigung zurück. Er schrieb an seine Frau:

Berlin, 12. April 1874.

Hier habe ich bis gestern nachmittag, wo die Sache entschieden war, viel zu tun gehabt wegen der Ausgleichung des Konfliktes in der Militärfrage. Ich hatte, abgesehen von den verschiedenen Besprechungen mit dem Kriegsminister und andern Ministern, vier höchst interessante

---

[1]) Bennigsen an Lasker, Hannover, 4. April 1874: „Gestern morgen habe ich Nachricht von Forckenbeck erhalten und werde mich jedenfalls, obwohl es mit meinen hiesigen Geschäften sehr schlecht stimmt, so einrichten, daß ich am Mittwoch abend [8. April] 6¾ Uhr in Berlin ankomme, um an der verabredeten Konferenz teilzunehmen."

[2]) Böttcher, Eduard Stephani, S. 141 f.

[3]) H. von Poschinger a. a. O. II, S. 196.

Konferenzen mit Bismarck,[1]) welcher noch fortwährend fest zu Bett liegt, da er Füße und Knie nicht gebrauchen kann. Geistig ist er aber so frisch, energisch und genial wie nur je und hat in dieser Sache ein Meisterstück geleistet von seinem Krankenlager ab. Näheres gelegentlich mündlich.

*

An demselben Tage trat Bennigsen im Parlament für sein Werk ein. Nach einem ausgezeichneten Kommissionsbericht Miquels erhob er sich, um sein Amendement zu begründen, das die Dauer der gesetzlichen Geltung der Friedenspräsenzziffer statt auf unbestimmte Zeit auf sieben Jahre begrenzte.

„Bei der Auffassung dieser Frage, bei den Entschließungen über dieselbe haben sich zwei Strömungen geltend gemacht, die auch neuerdings in der Nation lebhaft hervorgetreten sind. Die eine Strömung geht davon aus, daß vor allen Dingen erforderlich ist, die Integrität und Sicherheit unsers Staatswesens nach außen zu verbürgen und daraufhin die Grundlage unsrer Armeeverfassung unerschütterlich und dauernd festzustellen. Die andre Richtung geht von denjenigen Rechten aus, welche einer Volksvertretung in jedem konstitutionellen Staatswesen unveräußerlich beiwohnen müssen. Wären die Gegensätze in diesem Falle unvereinbar, so würde ich sagen: die Rechte der Volksvertretung bei der Bewilligung im Budget, selbst bei den größten Summen für die Armee, müssen zurücktreten gegen die Frage der Sicherheit und der Integrität unsers Staates nach außen. So liegt aber die Frage keineswegs. Es ist nicht notwendig, einen solchen unvereinbaren Gegensatz anzunehmen, nicht notwendig, ihn jetzt und auf die Dauer anzunehmen."

Er gab dann eine historische Darlegung der Situationen, in denen der Reichstag 1867 und 1871 auf sein Budgetrecht zugunsten einer ausnahmsweise diktatorischen Befugnis der Reichsregierung verzichtet habe, und fuhr fort:

„Das Volk, welches in der Geschichte wohl das politisch kräftigste und schöpfungsreichste gewesen ist, das Volk, dessen politisches Empfinden und Denken, dessen Grundsätze in Verwaltung und Staatsverfassung noch nach zwei Jahrtausenden in Europa mittelbar in großem Maßstabe fortwirken, dessen Gesetze, ein Beispiel wunderbarer Art, nach fast zwei Jahrtausenden in einem großen Teile von Deutschland sogar noch unmittelbare Geltung haben, das römische Volk, so mannhaft und

[1]) Ueber diese Konferenzen Bismarcks mit den Parteiführern vgl. H. von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, S. 193—197. Ferner Fr. Böttcher, Eduard Stephani, S. 142 f.

freiheitsliebend wie irgendeines der Geschichte, hat es durchaus nicht verschmäht, gewissermaßen als Einrichtung seines Staatswesens unter der Voraussetzung besonderer Gefahren für den römischen Staat vorübergehend eine Diktatur wiederkehrend zu übertragen, die bekanntlich viel weiter reichte auf allen Gebieten des Staatslebens, allerdings auch nur für eine kürzere Zeit. Eine so weitgehende Diktatur wird niemand von Ihnen in dieser Zeit empfehlen wollen. Völker, die nicht imstande sind, gegenüber ganz außerordentlichen Verhältnissen und Gefahren vorübergehend auf ihre Rechte zu verzichten, solche Völker müssen in sich kranken und ungesund sein; ihre politischen Männer und ihre politischen Parteien müssen der Selbstverleugnung und des Patriotismus entbehren, ihre Regenten und leitenden Staatsmänner müssen der Autorität und der Größe des Charakters entbehren, wenn man nicht, eben unter ganz außerordentlichen Verhältnissen, mit Aussicht auf Erfolg derartige Ausnahmebefugnisse übertragen, und wenn man nicht die Zuversicht hegen kann, daß, sobald diese Zeiten vorüber sind, sie nicht weiter festgehalten werden sollen unter Verhältnissen, in denen ein Bedürfnis für die Fortdauer nicht mehr vorhanden ist. Ausnahmsweise Zustände waren diejenigen der letzten Jahre, und meine politischen Freunde und ich wollen die Verantwortung auch für die Zukunft übernehmen, daß in solchen Zeiten ausnahmsweise Gewalten der Regierung übertragen werden können, wie es geschehen ist bis zum Ablaufe des Jahres 1874. Ein solches Bedürfnis ist aber jetzt nicht mehr vorhanden, und ein Staat, welcher dauernd auf einem so großen Gebiete ausnahmsweise Befugnisse dulden müßte, würde allerdings den Namen eines konstitutionellen Staates nicht verdienen.

„Die Kriegsverfassung, die Heereseinrichtung bilden einen so wesentlichen Bestandteil der Verfassung eines Volkes, eines Staates, sie bilden bis zu einem so hohen Maße das Knochengerüst der Verfassung eines jeden Staates, daß, wenn es nicht gelingt, abgesehen von solchen außerordentlichen Zeitverhältnissen, wie wir sie in diesen Perioden mit zwei großen Kriegen gehabt haben, die Heerverfassung und Wehrverfassung einzufügen in die konstitutionelle Verfassung, überhaupt die Konstitution in einem solchen Lande noch keine Wahrheit geworden ist, und jedermann sagen muß: in diesem Lande sind konstitutionelle Verfassungen überhaupt nicht möglich wegen unvereinbarer innerer Gegensätze und Bedürfnisse, oder aber sie sind wenigstens zurzeit noch nicht möglich. Nun behaupte ich, daß die Zeit allerdings gekommen ist, und das ist auch der Standpunkt der Regierung bei ihrem Entwurf, von denjenigen Institutionen jetzt zurückzugehen, die vom Jahre 1867 bis zum Ablauf dieses Jahres bestanden haben. Die Staatsregierung legt jetzt einen

Gesetzentwurf vor, der auch hinsichtlich der Friedenspräsenzstärke keineswegs eine solche Grundlage mehr gewinnen will wie früher, daß neben der Friedenspräsenzstärke auch das Geld für die Mannschaften bewilligt und damit das Budgetrecht vollständig ausgeschlossen wird; sondern die Bewilligung auf dieser Grundlage soll alljährlich beim Budget erfolgen, nachdem die Friedenspräsenzstärke selbst festgestellt ist — nach der Vorlage der Regierung dauernd, durch das Gesetz. Es ist nicht zu verkennen, daß eine solche Unterlage für die Beratung des Budgets das Budgetrecht in hohem Grade einschränkt; aber die Behauptung, daß das Budgetrecht dabei gar nicht mehr existiert, ist eine große Uebertreibung ... Der Vorschlag, den wir gegenüber der Aufstellung der Regierung machen, geht dahin, daß die Friedenspräsenzstärke, statt bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung — d. h. auf unbestimmte Dauer, bis dahin nämlich, daß die Regierung freiwillig davon zurücktritt — bewilligt wird auf sieben Jahre. Es ist ja ganz unverkennbar, daß der Unterschied, formell genommen, nicht gering ist. Eine Bestimmung, wie sie die Regierung verlangt, gibt auf alle Zukunft hinsichtlich dieser Zahl, solange die Regierung nicht selbst will, eine unantastbare Grundlage für die Bewilligung der Geldmittel; die Zahl von Jahren, die wir gewähren wollen, sichert der Regierung auf eine nicht unerhebliche Spanne Zeit diese Grundlage, läßt aber auch hinsichtlich derselben nach dem Ablaufe dieser Zeit das Budgetrecht wieder eintreten, soweit die Verfassung und Gesetze es dann uneingeschränkt zulassen."

Nachdem er dann die staatsrechtlichen und technischen Einzelheiten erörtert hatte, besprach er die taktischen Motive für sein Amendement.

„Sie berufen sich auf der konservativen Seite vielleicht auf die starke Volksbewegung, welche in den letzten Wochen und Tagen durch die deutsche Nation gegangen ist. Ich bin allerdings persönlich der Meinung, wenn ich versuche, unbefangen diese Erscheinung zu beurteilen, daß auf dem rein politischen Gebiete eine so primitive und starke Bewegung seit dem Jahre 1848 nicht dagewesen ist — auf dem *rein politischen* Gebiete. Gemacht ist diese Bewegung nicht — und wenn Herr Richter sagt, sie sei allerdings gemacht, so werden ihm doch das wenige von denjenigen glauben, die sich bei der Bewegung in so starkem Maße und, abgesehen von ein paar großen Städten, über das ganze Gebiet in Deutschland beteiligt haben. Diese Bewegung ist nicht aus bestimmten Abstraktionen über ganz genau erkannte Sätze, über bestimmte einzelne Forderungen hervorgegangen. Ich will gar nicht leugnen, daß die Bedeutung und Wirkung der geforderten Präsenzziffer, einer andern Zahl, einer Minimalzahl oder einer Durchschnittszahl für den Friedensstand und die Kriegsstärke der Armee keineswegs

überall bei denjenigen, welche sich bei der nationalen Bewegung beteiligten, vollständig erkannt ist. — Nein, diese Bewegung ist hervorgegangen aus dem ganz unmittelbaren Drang, daß jetzt die Zeit nicht da ist, wo der neue deutsche Staat einen Konflikt zwischen seiner Regierung und dem Reichstag auf dem Gebiet der Heeresverfassung vertragen kann. Die Bewegung verlangt auch keineswegs, daß die Forderung der Regierung unbedingt und buchstäblich angenommen werden soll, sie verlangt vielmehr expressis verbis an vielen Orten und gerade da, wo sie sonst am entschiedensten auftrat, daß man im Reichstag angesichts der Gefahren in diesem jungen Staatswesen, das von Nachbarn umgeben ist, die immer noch versuchen werden, dasselbe wieder in Frage zu stellen, sich notgedrungen fühlen muß, mit der Regierung eine Verständigung zu suchen, eine Aufforderung, die insoweit an den Reichstag nicht allein, sondern auch an die Regierung gerichtet ist; und das feste Vertrauen schlägt in dieser Bewegung nicht minder durch, daß auch der Regierung es nicht unmöglich sein würde, zu einer Verständigung die Hand zu bieten, welche die Rechte der Volksvertretung nicht mehr und nicht länger einschränkt, als wie die Natur der Heeresverfassung und unsre politische Lage es unbedingt erfordern, welche daneben eine genügende Sicherheit für die Armee und ihre Einrichtungen gewährt. Auch der Regierung gilt die Aufforderung, daß sie, wenn im Reichstage mit denjenigen Parteien, die bislang ihre Politik unterstützt haben, eine Verständigung zu erreichen ist, dann bereitwillig darauf eingehen möge; von dem Reichstag wird allerdings verlangt, daß er sich diesem Bedürfnis und einer solchen Verständigung nicht entziehen möge.

„Von dem Abgeordneten von Moltke ist auf die äußere Konstellation hingewiesen, in welcher sich das Deutsche Reich befinde gegenüber den Angriffen, die es etwa noch einmal erfahren mag, und der Sicherung desjenigen, was es im letzten großen Kriege gewonnen hat. Es sind aber noch andre Umstände, welche es notwendig machen, die Reichsregierung zu unterstützen durch eine festgeschlossene nationale Majorität, und zwar eine nationale Majorität, die nicht lediglich aus dem konservativen Lager oder lediglich aus dem liberalen Lager herkommt, sondern durch alle diejenigen, die überhaupt entschlossen sind, mit einer energischen und nationalen Regierung, einerlei ob sie konservativ oder liberal sind, zusammenzugehen, wie das geschehen ist seit dem Jahre 1867 bis zu dem jetzigen Reichstag. Die Aufgaben, die dem jetzigen Reichstag gestellt sind, sind so ungewöhnlicher, man darf sagen, so klassischer Art, daß vor allen Dingen eine ruhige und stetige Entwicklung in einer bestimmten Richtung durchaus erforderlich ist, wenn nicht alles von neuem

in Frage gestellt werden soll. Wo jemals in der Geschichte hat man erlebt, daß in wenig Jahren es eine Regierung und eine Vertretung wagen, gewissermaßen alle Verhältnisse des öffentlichen Lebens fundamental umzugestalten? Soll das gelingen, darf kein Schwanken und keine Krisis kommen, die Grundlagen, auf denen man den Versuch begonnen, müssen festgehalten werden, die Kräfte, auf die man sich dabei stützt und deren man bedarf bis zum Ende, müssen zusammengehalten werden. Die Parteien, die dabei mitwirken, müssen in dieser großen Umgestaltung vor allen Dingen nachhaltig das Vaterland, in zweiter Linie erst ihre politischen Grundsätze, konservative und liberale, vor Augen haben. Denn eine solche Umgestaltung aller öffentlichen Verhältnisse kann nicht dadurch geschehen, daß einzelne Parteien ganz niedergehalten werden, die überhaupt diesen Weg für zulässig erklärt und ihn beschritten haben; und deshalb ist es vielleicht eine sonderbare, aber sehr segensreiche Fügung der deutschen Entwicklung gewesen, daß hier von einer konservativen Regierung, von konservativen Staatsmännern für die Umgestaltung der Verhältnisse Deutschlands die Konstitution und die politischen Grundsätze aufgenommen sind, die im wesentlichen aus dem liberalen Lager seit dreißig Jahren hervorgegangen waren. Auf diesem Wege der Verständigung und des Zusammenarbeitens, da allein ist das Resultat zu sichern und durchzuführen. Wenn also ein solches Zusammengehen erforderlich ist, schon um dieses Zweckes willen, dann ist es noch viel mehr erforderlich in einer Situation, wo wir ja alle wissen und leider auch hier im Reichstage es vor uns sehen, daß ein sehr großer Teil des deutschen Volkes und eine sehr große Zahl auch der Vertreter hier im Reichstage die Fundamente des jetzigen öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland nicht anerkennen will, vielmehr, wenn es von ihnen abhinge, gerade diese Fundamente in Frage stellen und erschüttern würde. Wenn das der Fall ist, wenn noch große Parteien und Klassen der Bevölkerung bestehen, welche sagen, daß die ganze deutsche Geschichte seit 1866 eine Verirrung sei, daß alles, was geschehen ist in den Jahren 1870/71, selbst mit den großen politischen Erfolgen und der Wiedereroberung alter deutscher Grenzländer, daß das eine Torheit und ein Unglück sei, wenn derartige Parteien noch das große Wort führen können in Deutschland und im Reichstage, dann ist allerdings der Gegensatz und die Gefahr nicht bloß dem Auslande gegenüber, sondern auch im Innern noch so groß, daß alle nationalen Kräfte im Lande sehr wohl das dringende Bedürfnis haben — mögen sie sich in der Regierung befinden oder in den verschiedenen Parteien und den Vertretern des Reichstages —, fest zusammenzustehen, um durchzukämpfen auch diesen Gegnern gegenüber, was sie begonnen haben.

„Ich bin überzeugt, wenn jetzt eine starke Bewegung durch die deutsche Nation geht, welche die Regierung und den Reichstag auffordert, zusammenzustehen, so sind es nicht bloß die Gefahren, daß gegen Frankreich das Errungene zu verteidigen ist, nein, es ist auch das Gefühl zum Ausdruck gedrungen: hier im Innern haben wir Kämpfe begonnen, die gar nicht zulassen, daß daneben noch eine Krisis komme auf dem Gebiete der Heeresverfassung. Wenn die Regierung, gewiß nach sehr schwerem Entschlusse, wie ich sage — Sie (zum Zentrum gewendet) werden es bestreiten —, einen Kampf aufgenommen hat und ihn durchführt bis dahin mit Energie, welcher ihr aufgedrungen ist von der römischen Kurie und den deutschen Bischöfen (lauter, anhaltender Widerspruch im Zentrum), so sage ich, der Hinblick auf diesen Kampf, auf die Gegensätze, die da niederzuhalten sind, nötigt alles, was an nationalen Kräften in Deutschland ist, zusammenzustehen und nicht noch andre Krisen und Kämpfe untereinander heraufzubeschwören, solange dieser Kampf nicht ausgefochten ist.

„Ich habe geglaubt, Ihnen das darlegen zu sollen, was uns bewogen hat, einen derartigen Versuch der Verständigung zu machen. Ich wiederhole nochmals, ich bin der Meinung, jetzt und künftig bedarf das Budgetrecht bei unsrer organischen Einrichtung und auch bei der Heereseinrichtung einer gewissen Beschränkung; sie liegt in jeder gesetzlichen organischen Einrichtung; für Bestimmung und Bewilligung im Budget ist das eine naturgemäße Schranke; eine solche Schranke kann auch bei den einzelnen Institutionen, speziell bei dem Heere, für alle Zeiten weiter greifen vielleicht, als sie greifen muß in Zivil- und Verwaltungszweigen. Wir können uns aber nicht überzeugen, daß wir auf unbestimmte Zeit so weit zu verzichten haben auf das Budgetrecht, wie es der § 1 der Regierungsvorlage mit der dauernden Feststellung der Friedenspräsenz erfordert. Wir sind auch der Meinung, daß die Regierung die Ueberzeugung gewinnen wird, wenn wir bei den jetzigen ungewöhnlichen Verhältnissen mit Frankreich einen solchen Zustand auf sieben Jahre fixieren, daß sie demnächst, wenn diese Zeit abgelaufen ist, nicht bloß genügende Anhaltspunkte in der Verfassung und in der Gesetzgebung hat, auf die weitere Sicherung der Friedenspräsenzstärke hinzuwirken, sondern sie kann auch die Ueberzeugung haben, wenn es ihr gelingt, in diesen sieben Jahren die Zustände in einer gedeihlichen Weise weiterzuentwickeln, daß sie dann immer wieder in der Lage sein wird, mit dem Reichstage die nach der dann vorhandenen Lage erforderliche Feststellung des Präsenzstandes zu treffen. Wenn wir sieben Jahre unter diesen Verhältnissen in Deutschland an der Gesetzgebung und Verwaltung mit der Regierung weiter gemeinsam tätig gewesen

sind, wenn wir sieben Jahre das Militärwesen im Budget titelweise in den 60 Titeln und seinen zahlreichen Positionen beraten haben, an der Hand der festgestellten Organisationsgesetze, dann werden manche Verhältnisse, konstitutionelle wie organische, längst ähnlich gestaltet sein, wie es in andern Ländern der Fall ist, die sich längere Zeit als wir in Deutschland konstitutioneller Einrichtungen im großen erfreuen. Diese Dinge haben in einem Lande wie in England die Bedeutung nicht mehr, daß darüber alle Jahre ein Streit erfolgt; sie haben nicht mehr die Bedeutung, daß dauernde Zahlen unter allen Umständen geschaffen werden müssen. Wenn man sich gewöhnt hat, so lange Jahre hindurch in allen Einrichtungen die Regierung zu unterstützen, welche schöpferisch die Verhältnisse umgestaltet, dann möchte ich doch die Reichsvertretung sehen, die es wagen würde, solche Grundlagen zu erschüttern, die dann notwendig sind! Ich möchte die Reichsvertretung sehen, die es wagt, einer Regierung diejenigen gesetzlichen und finanziellen Forderungen abzulehnen, die in der dann vorhandenen politischen Lage notwendig sind! Wenn die Regierung in solcher Situation, gegenüber einem solchen Votum, den Reichstag auflöst, so glaube ich, daß die Stimmen der Nation am wenigsten Zweifel gelassen haben, daß man am wenigsten auf diesem Gebiete es versuchen kann, einen Konflikt mit der Regierung aufzunehmen, wo die Nation an der allgemeinen Wehrpflicht, an der Heeresverfassung selbst eine Herzensfreude hat und haben muß, und wo die Nation sehr wohl fühlt, daß diese Heeresverfassung, indem sie die Souveräne der einzelnen Staaten und die ganze Nation einschließt, und dies große Rüstzeug in der Hand des Kaisers und Feldherrn eines der wichtigsten Mittel ist, das Band der nationalen Einheit von Deutschland festzuhalten. Ich hoffe also, daß der Regierung es gelingen wird, mit der Mäßigung und der Erwägung der Verhältnisse, welche schon wiederholt in schwierigen Lagen die Reichsregierung ausgezeichnet haben, auch jetzt eine Verständigung zu treffen mit derjenigen Mehrheit aus dem liberalen und konservativen Lager, die bislang zu der Regierung gestanden hat, damit eine genügende Sicherung für die Verhältnisse der Armee gewonnen wird, damit dasjenige verteidigt werden kann, was wir gewonnen haben im schweren Kriege, und dasjenige durchgeführt werden kann und, wenn es sein muß, durchgekämpft werde, was Deutschland zu seiner vollen Entwicklung und Ausgestaltung noch bedarf."

Der Kriegsminister erklärte darauf amtlich das Einverständnis der Regierung mit dem Kompromiß. Windthorst aber sah sein auf Spaltung der bisherigen Reichstagsmajorität angelegtes Spiel verloren. Er suchte wenigstens die politische Methode an den Pranger

zu stellen, hinter den Kulissen mit der Regierung ein abgekartetes Spiel zu verabreden und in öffentlicher Sitzung zum Abschluß zu bringen. Reichensperger vollends trieb Bennigsens taktische Motive auf die Spitze; nur um den Kulturkampf in aller Schärfe fortführen zu können, hätten die Liberalen sich zu dem Kompromiß bereitfinden lassen. Bennigsen antwortete am 15. April mit größerer Lebendigkeit, als es im allgemeinen seine Art war:

„Ich will nur noch zwei Punkte berühren, welche der Herr Abgeordnete Windthorst mit, ich will nicht sagen, großem Pathos, aber mit sehr großer Lebhaftigkeit, zum Teil Indignation hervorgehoben hat.

„Das eine ist der Umstand, über den er sich auch früher schon beklagt hat, daß hinter den Kulissen, hinter dem Rücken des Reichstages ein Abkommen getroffen sei mit der Regierung. Ich begreife sehr wohl den Schmerz, den der Herr Abgeordnete Windthorst darüber empfindet, daß Verständigungen getroffen werden im Gegensatz zu derjenigen Auffassung und Stellung, die er und seine Freunde in dieser Sache haben. Ich begreife aber in der Tat doch von einem so alten, so gewiegten und praktischen Politiker diese einfache Auffassung eines politischen Verhältnisses nicht, die man einem Neuling wohl verzeihen könnte, die man aber von einem so erfahrenen Politiker kaum ernsthaft vorgetragen erwarten sollte.

„Wo geniert sich denn der Herr Abgeordnete Windthorst mit seinen politischen Freunden, die Dinge, die beraten werden, hier im Reichstage oder in den übrigen Parlamenten, in welchen er und seine Freunde sich befinden, in ihren eignen Kreisen zunächst im ganzen und im einzelnen fest zu sichern für die Haltung, die sie dann öffentlich in den Parlamenten einnehmen wollen? Wo hat er und seine Freunde denn ein Bedenken gefunden, den Standpunkt, den sie vorher unter sich festgestellt haben, auch mit den andern Parteien zu vereinbaren, soweit sie dafür irgendeinen Boden gefunden haben, und wo endlich — und darauf möchte ich den Herrn Abgeordneten Windthorst direkt anreden — wo hat er und seine Freunde irgendwie Bedenken getragen, sich über diesen ihren Standpunkt auch vorher mit den Regierungen zu verständigen, wenn ihre Stellung im allgemeinen so war, daß von einer derartigen Besprechung überhaupt ein Resultat erwartet werden konnte?

„In dieser Hinsicht erinnere ich mich immer noch mit Freuden an den Beginn meiner politischen Tätigkeit im Königreich Hannover, ich erinnere mich mit Freuden daran, wie gerade die praktische und positive Behandlung, die der Abgeordnete Windthorst dieser Seite politischer Fragen gegeben hat — sei es in der Opposition, sei es in der Regierung —, mir sehr imponiert hat, und daß ich mich, wenn auch nur

in schwacher Weise, bemüht habe, auf diesem Felde der Leistungsfähigkeit auch einiges in der Art mit der Zeit bewirken zu können, was damals der Herr Abgeordnete Windthorst als unerreichtes Muster in meinen Augen, der ich damals als politischer Neuling in die hannoversche Kammer eintrat, schon jahrelang hinter sich hatte. Er hat es verstanden, von dem ersten Augenblicke an, wo er, getragen von der Partei, der er noch selbst jetzt angehört und die er konsequent festgehalten hat, das muß ich meinem — Freunde darf ich wohl kaum recht sagen — (Abgeordneter Windthorst: O ja!) meinem Landsmann aus Hannover ausdrücklich bezeugen — von dem ersten Augenblicke an, wo er bald nach den Bewegungen des Jahres 1848 an der Spitze einer unter den Verhältnissen des Königreichs Hannover nicht sehr großen Schar sich befand, da hat er es verstanden, in dieser Stellung durch die Verhandlungen mit der Regierung schon damals einen so bedeutenden Einfluß zu gewinnen, daß dasjenige, was damals als deutsche Politik ergriffen ist von der hannoverschen Regierung und Dynastie, grundlegend und maßgebend geblieben ist von der Haltung gegenüber dem Frankfurter Parlament bis zur Bewegung des Jahres 1866. Ob es heilsam gewesen ist für das Land und die Dynastie, das frage ich jetzt den Herrn Abgeordneten Windthorst selbst. Er hat das fortgesetzt, was er begonnen hat als Führer einer kleinen Partei, als Führer der Mehrheit, als leitender politischer Geschäftsmann, um es einmal so auszudrücken, im Ministerium, gerade als Minister. Die Verbindungen, die er damals unterhalten hat mit den Parteien der hannoverschen Kammer, die Art und Weise, wie er es verstanden hat, richtige und unrichtige Dinge auch in dieser Stellung festzustellen mit den Parteien, auf die er überhaupt geglaubt hat einen Einfluß zu üben, ist mir und den Hannoveranern überhaupt noch in Erinnerung als ein Beispiel ganz ungewöhnlicher, praktischer, positiver Geschäftstüchtigkeit . . .

„Ich komme nun zu dem andern Vorwurf, welchen der Herr Abgeordnete Windthorst mir gemacht hat, daß in dieser Frage, wo es sich um eine Organisation handle, um ein Institut, welches der ganzen Nation angehöre, es verwerflich sei, hier gegenüber einer der ganzen Nation aller Religions- und politischen Parteien angehörenden Institutionen die Frage des Kirchenstreits hineinzubringen. Ich habe das nicht gerne getan, das wird mir der Herr Abgeordnete Windthorst glauben. Aber wenn wir in unsrer eignen Partei uns entschlossen haben zu einer Verständigung, wenn wir sie von der Regierung erwartet haben und es unsre Freude gewesen ist, daß auch die Regierung die Hand zur Verständigung geboten hat, so waren eben die Motive zu nehmen nicht lediglich aus dieser militärischen Frage, nicht lediglich technisch aus denjenigen Gründen,

die hier für und wider einander gegenübergestellt werden. Nein, gerade auf diesem Gebiete allein droht eine neue Krisis, und wenn die Krisis vermieden ist, wenn es gelungen ist, daß die Regierung und die sie bis dahin unterstützende Majorität aus verschiedenen Lagern des Hauses aus der Gesamtsituation den dringenden Impuls zur Verständigung hergenommen haben, da müßte der ein Tor sein, welcher nicht anerkennen wollte, daß das bei der Beurteilung der Gesamtsituation das Entscheidende sein mußte in diesem Augenblick, wo ein ernster und großer Kampf uns schon bewegt, daß das Heraufbeschwören einer neuen Krisis ohne dringenden Notstand für die Regierung so verderblich gewesen und so unklug wäre als für die bis dahin zusammenhaltende nationale Majorität im Reichstage: und dieses stärkste Motiv auszusprechen, wenn man über die Sache offen verhandeln will, was dem Herrn Abgeordneten Windthorst ja so dringend notwendig erscheint, ist die Pflicht eines jeden, der bei dem Zustandekommen dieses Kompromisses beteiligt war."

Am 14. April wurde der erste Paragraph des Militärgesetzes in der Fassung des Amendements Bennigsen mit 224 gegen 146 Stimmen angenommen, am 20. April das ganze Gesetz in dritter Lesung mit 214 gegen 123 Stimmen. Am nächsten Tage wurde — die Taktik Windthorsts in der Militärfrage wird in diesem zeitlichen Nebeneinander deutlich — die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern, vorgenommen.

Bennigsen an Fürst Bismarck.

Berlin, 20. April 1874.

Euer Durchlaucht

beehre ich mich mitzuteilen, daß voraussichtlich morgen Dienstag — auch gegen den Widerspruch des Zentrums — die Beratung des Gesetzes gegen die Geistlichen beginnen und in diesem Falle schon heute abend möglicherweise eine präjudizierende Beschlußfassung in verschiedenen Fraktionen stattfinden wird.

Sollte das Befinden Euer Durchlaucht es zulassen, so würde ich den dringenden Wunsch haben, noch heute eine kurze Besprechung vor den Fraktionssitzungen mit Ihnen halten zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung und Verehrung

Euer Durchlaucht ergebenster

R. von Bennigsen.

Fürst Bismarck an Bennigsen.

Berlin, Montag ([?] 20. April 1874).

Ich würde Sie, verehrter Freund, gern heute noch einen Augenblick sehn, bin aber zu lahm um auszugehen. Würden Sie um 5 noch mit uns en famille essen können? geht das nicht, so fragt sich ob Sie mir am Abend, zu jeder Ihnen genehmen Stunde, die Ehre erzeigen wollen mich zu besuchen.

Der Ihrige

v. Bismarck.[1])

Barkhausen[2]) an Bennigsen.

Berlin, 20. August 1874.

Euer Hochwohlgeboren bin ich von Seiner Exzellenz dem Herrn Minister Dr. Falk die ergebenste vertrauliche Mitteilung zu machen veranlaßt, daß derselbe bei Seiner Majestät dem König die Zusammenberufung einer außerordentlichen Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover in Antrag zu bringen sich veranlaßt gefunden hat, um derselben einen Entwurf zu einem Kirchengesetze über die kirchliche Trauung in der dortigen Provinz, welches durch den Erlaß des Zivilehegesetzes erforderlich geworden, vorzulegen. Bei der Zusammensetzung der gedachten Synode muß es Seiner Exzellenz begreiflicherweise von sehr erheblichem Interesse sein, den schwerlich vermeidlichen Deklamationen hierarchisch überspannter Köpfe gegenüber eine besonnene ruhige Auffassung energisch zum Ausdruck gebracht zu sehen und auf diese Weise den besonnenen Elementen in der Synode den nötigen Stütz- und Anhaltspunkt zu gewähren. Dies erscheint um so dringlicher erforderlich, als auch das Landeskonsistorium ursprünglich mit reichlich extremen Vorschlägen hervorgetreten war und erst durch die diesseitigen bestimmten Zurückweisungen veranlaßt ist, von denselben Abstand zu nehmen. Indem der Minister nun der Hoffnung sich hingibt, daß Euer Hochwohlgeboren sich vielleicht möchten bewogen finden lassen, an Stelle eines durch Allerhöchste Bestimmung in die Synode berufenen, gegenwärtig aber zurücktretenden Mitgliedes[3]) in dieselbe einzutreten, für diesen Fall aber Euer Hochwohlgeboren Ernennung Allerhöchsten Orts zu beantragen in Aussicht genommen hat, gestatte ich

---

[1]) Eine andre Aufforderung aus dieser Zeit lautet: „Berlin, 12. Mai 1874. Würde es Ihnen möglich sein, mich heut noch oder morgen auf einen Augenblick zu besuchen? v. Bismarck."

[2]) Vortragender Rat im Kultusministerium, 1891 Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats.

[3]) Der ehemalige Märzminister Braun, nach dessen Resignation sein Sohn, Obergerichtsrat Braun, vom König berufen wurde.

mir, im Auftrage des Ministers um eine sehr gefällige Rückäußerung über Ihre eventuelle Bereitwilligkeit gehorsamst zu ersuchen.

*

Bennigsen hat der vom 29. September bis 17. Oktober 1874 tagenden hannoverschen Landessynode nicht angehört. Vermutlich hat er es Falk gegenüber abgelehnt, in die stockorthodoxe Synode einzutreten, da er sich als Landesdirektor nicht gut zum Wortführer einer absoluten Minderheit hergeben durfte, die in jeder Frage niedergestimmt wurde.[1])

Bennigsen an Oetker.

Berlin, 6. November 1874.

Hoffentlich sind Sie mit dem Verlauf der Dinge in Kassel[2]) nicht unzufrieden. Die Regierung befindet sich jetzt in der Notwendigkeit, auf die Bedürfnisse Hessens und auf die Wünsche mit den Verhältnissen Vertrauter, Ansehen und Vertrauen genießender Eingesessenen angemessene Rücksicht zu nehmen. Hätte man damit angefangen, womit man jetzt aufhört, Vertrauenspersonen zu fragen, so wäre die Sache nicht so weit in den Dreck gefahren. Ihre Abneigung gegen die Aemter für Hessen (und Hannover) teile ich vollkommen, habe diese meine Ansicht auch nicht bloß öffentlich in Kassel, sondern auch vorher bei den Besprechungen in Berlin ausgedrückt. Als allgemeine Einrichtung können wir die Aemter für unsre Provinzen gar nicht gebrauchen. Da, wo im einzelnen Gemeinden wirklich für das von ihnen Verlangte nicht leistungsfähig sind, mag man sie einrichten, so wie ich in Kassel zur Sprache gebracht habe, nach Zustimmung eines provinzialständischen Organes. Ihre hessische Selbstverwaltung hat sich leider nicht sehr günstig entwickelt. Daran wird demnächst sich wohl manches zum Bessern wenden lassen. Ueber das schlechte Verhältnis zwischen dem Landesdirektor und dem provinzialständischen Verwaltungsausschuß sowie über den kleinlichen, engherzigen Geist der Mehrheit des letzteren, sowie des Kommunallandtages selbst habe ich nicht bloß jetzt in Kassel, sondern schon seit Jahr und Tag von Beteiligten und von Staatsbeamten sehr Unerfreuliches gehört. Bei uns in Hannover ist es offenbar besser gelungen, ungesunde Kombinationen zwischen Junkern und Bauern, überhaupt ein Hineinspielen politischer Strömungen in die praktische Behandlung der Selbstverwaltung zu vermeiden.

---

[1]) Nach freundlicher Mitteilung von Fr. Thimme.

[2]) Ueber die in Kassel (ohne Beteiligung des erkrankten Oetker) im Oktober 1874 erfolgte Anhörung von Vertrauensmännern über den Entwurf einer neuen Städte- und Landgemeindeordnung siehe Pfaff, Zur Erinnerung an Friedrich Oetker, S. 195 ff.

Bennigsen an H. von Sybel.

Berlin, 13. Januar 1875.

Ihre Tätigkeit an der Universität wird es Ihnen gewiß wünschenswert machen, nicht vorzeitig ohne dringende Veranlassung zum Abgeordnetenhause herüberzukommen. Ich halte mich daher verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß die Geschäftslage im Reichstage den Beginn wirklicher Arbeiten im Abgeordnetenhause, namentlich auch erste Beratungen über die Gesetzentwürfe wegen der Verwaltungsorganisationen oder des Kirchenvermögens, vor Anfang Februar unausführbar machen wird. In nächster Woche werden voraussichtlich außer der Konstituierung des Hauses nur noch einige mehr formelle Sitzungen zum Einbringen von Vorlagen u. s. w. stattfinden und dann auf acht bis zehn Tage die Sitzungen ausfallen. Von den Organisationsvorlagen sind die diversen Kreis- und Gemeindeordnungen einschließlich derjenigen für das Rheinland, überhaupt im Staatsministerium noch nicht abgeschlossen.[1]) Wann dieselben ins Abgeordnetenhaus eingebracht werden, ist noch ungewiß und deren Erledigung in dieser Session durchaus zweifelhaft. Letzteres wird Ihren Intentionen vermutlich sehr entsprechen. Ich habe mich leider mit Ihrer Auffassung nicht einverstanden erklären können, die Rheinprovinz von dieser Seite der Gesetzgebung ausgenommen zu sehen, und bin in dieser meiner Ansicht durch vielfache Unterredungen mit zuverlässigen und erfahrenen Mitgliedern aus Rheinland und Westfalen nur bestärkt worden. Dagegen kann es mir durchaus recht sein, wenn unsre gesamte Geschäftslage im Reich und in Preußen es von selbst mit sich führt, daß wir in dieser Session über die schon genug umfangreichen und schwierigen Gesetze wegen der Provinzialordnungen, der Dotationen, der Verwaltungsgerichte und der Grundsätze, die Staatsbehörden betreffend, nicht hinauskommen. Daneben wird man demnächst in dem Gesetz für das Rheinland wegen der Bestellung der Amtsvorsteher jede Sicherheit gegen ultramontane Einflüsse suchen müssen, welche voraussichtlich nach Auffassung der Deputierten vom Rheinland und in Uebereinstimmung mit der Staatsregierung nicht in irgendeiner Wahl, sondern nur in der Ernennung wird gefunden werden.

---

[1]) Sybel wollte die Einführung der Kreisordnung in der Rheinprovinz hinausgeschoben wissen, weil er von ihr eine klerikale Herrschaft in den Kreisen und im rheinischen Provinziallandtage befürchtete. Vgl. seine Rede in Köln vom 3. Oktober 1875. Ferner: L. F. Seyffardt, Erinnerungen (Leipzig 1900, als Manuskript gedruckt), S. 162—171, und Chr. von Tiedemann, Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei, S. 2—12.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 17. Dezember 1874.

... Gestern und heute ist hier große Aufregung. Bismarck hatte heute nachmittag in krankhaftem Aerger und Unwillen seine Entlassung als Reichskanzler eingereicht. Der Kaiser hat die Entlassung nicht angenommen. Morgen ist preußischer Ministerrat. Möglicherweise fällt Leonhardt, welcher sich gestern sehr dumm und unpolitisch benommen hat. Ich hatte gestern und heute sehr lange Unterredungen mit Bismarck; heute war er etwas ruhiger, gestern aber in einer so furchtbaren Aufregung, wie ich ihn noch niemals gesehen habe. Er sprach wiederholt davon, daß er seine Entlassung nehmen müsse, er könne den Aerger am Hofe und mit einer unsicheren Reichstagsmehrheit nicht mehr aushalten. Zweimal sei bereits auf ihn geschossen. Täglich erhalte er jetzt Warnungen der Polizei, nicht mehr auszugehen oder im offenen Wagen auszufahren. Jetzt möge einmal ein andrer Kanzler von fanatisierten katholischen Gesellen auf sich schießen lassen. Leider regen seine Frau und Tochter, wie schon in Kissingen, ihn hier mit ihrer Angst und Sorge nur noch immer mehr auf. Die Fürstin Bismarck, mit welcher ich mich heute nach dem Diner längere Zeit unterhielt, glaubt ernstlich an eine große ultramontane Mordverschwörung, wo täglich neue Attentate auf Ordre erfolgen können. Der armselige Tiroler Priester Hanthaler war wie Kullmann im Komplott, darauf will sie einen Glaubenseid leisten u. s. w. Das Diner — zirka dreißig Reichstagsabgeordnete aller Fraktionen der Mehrheit — war übrigens ganz nützlich zur Beruhigung des zürnenden Achilleus. Auch der Kronprinz, neben dem ich die Ehre hatte zu sitzen, hat das Seinige getan zur Beschwichtigung der Krisis.[1]) Und so mag die Sache wohl noch einmal ohne Schaden verlaufen, obwohl Bismarck mir auch noch nach dem Diner sagte, am 1. April 1875, wo er sechzig Jahre alt werde, wolle er sich auf alle Fälle in das otium cum dignitate des Landedelmannes zurückziehen. Gestern war ich auf einem Diner beim Kaiser, wo dieser sich noch dafür bedankte, daß wir die Offiziers- und Löhnungsverhältnisse der Garderegimenter intakt gelassen hätten, überhaupt den Militäretat im wesentlichen unverändert angenommen hätten. Er könne sich doch jetzt vor seinen Garden wieder sehen lassen! Solche Dinge nimmt doch auch ein ungewöhnlicher Fürst wie der alte Kaiser seltsam persönlich.

*

---

[1]) Ueber dieses Diner und die Attentatsbefürchtungen vgl. Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier I, S. 84 f.

Den Anstoß zu der in dem vorstehenden Briefe erwähnten Krisis gab einer der verwegensten taktischen Vorstöße Windthorsts, die Verbindung zwischen Bismarck und den Liberalen zu sprengen. Am 11. Dezember 1874 wurde der Reichstagsabgeordnete Kaplan Majunke, der Redakteur der „Germania", während der Reichstagssession verhaftet, um eine Strafhaft, zu der er wegen Majestätsbeleidigung und Ministerbeleidigung verurteilt worden war, abzubüßen. Gegen diesen von Lasker zur Sprache gebrachten Eingriff nahm der Reichstag — da die Rechtsfrage nach der Verfassung nicht außer allem Zweifel stand — einen Antrag des Freiherrn von Hoverbeck, des Führers der Fortschrittspartei, an, der zur Aufrechterhaltung der Würde des Reichstags durch eine Deklaration oder Abänderung der Verfassung die Möglichkeit ausgeschlossen wissen wollte, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstages verhaftet werden könnte; der Antrag wurde mit Hilfe des linken Flügels der Nationalliberalen angenommen. Der Taktik Windthorsts war ein Sieg zugefallen. So geringfügig der Anlaß war, so empfindlich nahm Bismarck die Niederlage. Er fuhr sein stärkstes Geschütz auf, reichte bei dem Kaiser ein Entlassungsgesuch ein und schalt nach einem parlamentarischen Diner am 17. Dezember auf das heftigste über die Unzuverlässigkeit der nationalliberalen Mehrheit: die Partei entbehre einer festen Führung und habe keinen anerkannten Leiter, als der ihm Bennigsen ungleich lieber sein würde als Lasker, den er für einen guten Soldaten, aber für einen schlechten Feldherrn hielte. Er wollte die Wiederkehr solcher Situationen auf alle Fälle verhindern und zugleich einen Keil in die Nationalliberalen hineintreiben. Da ließ sich Windthorst von der Hoffnung, diese Spaltung zu vertiefen, zu einem zweiten Vorstoß hinreißen. Er griff bei der Beratung des Auswärtigen Etats den Reichskanzler auf das heftigste an — es waren die erregten Tage des Arnimprozesses, in denen auch die auswärtige Politik Bismarcks befehdet wurde — und versagte dem geheimen Dispositionsfonds seine Zustimmung, in der Erwartung, daß die Fortschrittspartei um des Prinzips wegen sich auf die gleiche Seite stellen und womöglich gar Lasker und seine Freunde mit sich ziehen würde, um mit einer zweiten parlamentarischen Krisis die durch Bismarcks Rücktrittsgesuch geschaffene Verwirrung auf das höchste zu steigern. Da ergriff Bennigsen blitzschnell die Gelegenheit, um — nachdem er sich der Zustimmung des Fortschritts zu dem Dispositionsfonds versichert hatte — aus der Bewilligung dieses Titels ein parlamentarisches Vertrauensvotum für den grollenden Reichskanzler zu machen und das allzu durchsichtige Spiel Windthorsts zu zerstören. Er erhob sich unmittelbar nach Windthorst:

„Meiner Auffassung nach hätte der Herr Vorredner auch aus andern Gründen diese Angriffe gegen den Dispositionsfonds des Auswärtigen Ministeriums unterlassen sollen. Er wird ja vielfach und namentlich von seinen politischen Freunden als Muster eines politischen Taktikers hingestellt; ich kann aber nicht finden, daß für eine solche Anerkennung die soeben gehörte Rede einen neuen Beleg biete. Ich will zunächst gar nicht davon sprechen, daß der Herr Vorredner selbst zweimal dem Ministerium eines Königreichs angehört hat, und daß er deshalb und weil er bis heute auf den Namen eines konservativen Politikers noch nicht verzichtet hat, wissen sollte, daß ein solcher Dispositionsfonds für ein Auswärtiges Amt von keiner Regierung entbehrt werden kann, und daß deshalb Männer, welche auf den Namen konservativer Politiker und ich möchte fast sagen überhaupt von Politikern nicht verzichten wollen, auch wenn sie sich in der Opposition befinden, derartige Fonds und Ausgaben, die für jede Verwaltung, welcher politischen Richtung sie auch huldigen möge, notwendig sind, nicht anfechten sollten. Der Herr Vorredner hat dann andre Gegenstände in diese Diskussion gezogen, die meiner Meinung nach zu diesem Fonds des Auswärtigen Amtes wenig oder gar nicht gehören: den Preßfonds, die Preßtätigkeit des Ministeriums des Innern, das Sequester über die Verwaltung des Königs von Hannover, den Reptilienfonds und andre Dinge. Auf diese Sachen einzugehen habe ich gar kein Bedürfnis, und es hat mir mehr den Eindruck einer Verlegenheit gemacht, wenn der Herr Vorredner, anstatt diesen Fonds und die politische Tätigkeit, zu deren Unterstützung er dienen soll und muß, direkt anzugreifen, sich auf derartige entlegene Felder begeben hat. Wenn nun der Herr Vorredner den Antrag gestellt hat, diesen Fonds abzusetzen in der dritten Lesung, so bietet er damit, und das ist eben kein Beweis großer politischer Klugheit, der Mehrheit dieses Hauses eine sehr erwünschte Gelegenheit, dadurch, daß sie trotz aller solcher Angriffe diesen Fonds bewilligt, der jetzigen deutschen Politik und ihrem Leiter ein ausdrückliches Vertrauensvotum zu geben. Der Herr Vorredner hat sich gemüßigt gesehen, Vorwürfe gegen den Leiter der jetzigen Politik auch daher zu nehmen, daß wegen der Angriffe, die vorzugsweise von seiner Partei ausgehen, wiederholt Preß- und Strafprozesse von dem Kanzler angestrengt oder in seinem Auftrage bei den Gerichten geführt worden sind. Der Herr Vorredner scheint darin wieder eine ganz besondere persönliche Gereiztheit des Leiters unsrer Politik zu finden. Ich bitte aber den Herrn, zu berücksichtigen, daß, wenn der Leiter unsrer Politik, in einer solchen Weise täglich und erbittert angegriffen, vorzugsweise von Freunden des Vorredners und in Preßorganen seiner Partei, sich dagegen verteidigen läßt,

und wenn er dagegen auch die Gerichte anruft, diese Verteidigung nicht allein seiner angegriffenen Person gilt, daß er gerade in der Stelle dasteht, wo er als Leiter der deutschen Politik die Gründung des Deutschen Reiches, die Aufrechterhaltung der jetzigen deutschen Politik und die Befestigung dieser deutschen Zustände zu vertreten hat, daß die Angriffe also weniger gegen seine Person als gegen die Institution des Deutschen Reiches und die deutsche nationale Politik gerichtet sind, und daß, wenn er sie zurückweist und, soweit sie strafbar sind, den Gerichten überweist, dies auch mit zur Aufrechterhaltung der deutschen Institutionen geschieht, gegen welche die Herren noch so erbittert, aber immer erfolglos kämpfen werden."

„Ich habe mich dann weiter gewundert, daß man es gerade in diesen Tagen, nachdem Publikationen, amtliche Aktenstücke incidenter vorgelegt sind in einem bekannten Prozesse, unternommen hat, von neuem die Politik des Reichskanzlers zu bekämpfen und dieser Bekämpfung einen solchen drastischen Ausdruck zu geben in dem Antrage auf Absetzung dieses Fonds. Wir kennen ja alle die erbitterten und ich möchte fast sagen nach und nach immer verzweifelter werdenden Anstrengungen der Partei des Herrn Vorredners gegen die deutsche Politik, wir wissen vor allen Dingen, wie es versucht worden ist und noch täglich versucht wird in den Blättern, die zurückzuweisen von ihrer Partei der Herr Vorredner und seine Freunde vergeblich versuchen werden, es so darzustellen, als ob es gerade der Reichskanzler gewesen ist, der durch seine revolutionäre und kriegerische Politik Deutschland nie werde zur Ruhe, Europa nie werde zum Frieden kommen lassen. Und was hat jeder, der diese Dinge verfolgt hat, in der letzten Woche sehen können, nachdem zum ersten Male Geheimnisse der Politik der mitlebenden Welt aufgedeckt sind, und nicht, wie es sonst zu geschehen pflegt, erst den kommenden Generationen in Geschichtswerken? Wir haben aus diesen Schriftstücken erfahren, daß diejenige Politik, welche der Kanzler für Deutschland leitet, weit entfernt davon ist, sich in die innere Gestaltung der politischen Geschicke Frankreichs einzumischen, weit entfernt davon, Keime zu neuen Zerwürfnissen und Kriegen zu geben, daß sie vielmehr im eminenten Sinne des Worts eine Politik der Nichteinmischung, des Friedens ist; ein Eindruck, der in einem hohen Grade imponierend gewirkt hat in Deutschland und außerhalb Deutschlands, auch auf Männer, die bislang mit einer gewissen Besorgnis der Politik des Kanzlers gefolgt sind. Wenn derselbe Eindruck eben bei dem Herrn Vorredner und seinen Freunden nicht vorhanden ist, so ist der Grund hiervon, daß sie in diesen Dingen auf einem ganz andern Boden stehen als die Mehrheit unsrer Nation und

die entscheidende Mehrheit dieses Reichstages. Sie haben die Politik des Kanzlers mißbilligt vom ersten Augenblicke an, sie haben alles getan, was in ihren Kräften lag, das Zustandekommen des Norddeutschen Bundes, des Deutschen Reiches zu hindern; sie werden auch nicht aufhören, soweit sie glauben, daß ihre Kräfte dazu reichen, diese Politik auch später zu hindern. Aber gerade diese erbitterten und leidenschaftlichen Angriffe gegen die Person des Reichskanzlers als den Träger unsrer deutschen Politik werden von Tag zu Tag mehr dazu beitragen, diese Politik zu festigen, das Vertrauen der Nation und der Mehrheit dieses Reichstages zu dem Träger dieser Politik zu stärken und gerade dazu dienen, dasjenige nicht zu erreichen, vielmehr zu zerstören, was der Herr Vorredner und seine Freunde wollten. Wenn ich mich so ausspreche, so glaube ich der Zustimmung der großen Mehrheit dieser Versammlung entschieden sicher zu sein. Dasjenige, was jetzt auch für Nichtkundige aus den Dokumenten der letzten Tage über die Politik des deutschen Reichskanzlers zur öffentlichen Kenntnis gekommen ist, hat das Ansehen, die Stellung dieses Staatsmannes in hohem Grade erhöhen müssen. Diese Politik ist zugleich weitsehend und fest, würdig und national, und sie wird der Zustimmung der Mehrheit dieses Reichstages und der deutschen Nation für alle Zukunft sicher sein."

Das Vertrauensvotum, zu dem die Frage des Dispositionsfonds umgestaltet war, wurde darauf mit 199 gegen die 71 Stimmen des Zentrums und seiner nächsten Freunde angenommen. Das Ergebnis wurde sofort in das Kaiserliche Palais telegraphiert, in dem ein Ministerrat über Bismarcks Rücktrittsgesuch beriet, dessen Erledigung nun mit einem Schlage erreicht war. Bismarck erschien bald darauf im Reichstage, um das Dramatische des Hergangs zu vollenden und zu krönen, und reichte dem Präsidenten in demonstrativer Art die Hand. Die Taktik Windthorsts hatte dem klugen Zentrumsführer dank der Geschicklichkeit Bennigsens eine schwere Niederlage zugezogen. [1])

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 16. Januar 1875.

Der Kronenorden hat mir auch noch das Malheur gebracht, daß ich morgen nicht in Hannover sein kann, weil ich zum sogenannten Ordensfeste auf morgen eingeladen bin. Es ist mir gesagt worden, das erstemal nach der Dekorierung könne man eine solche Einladung ohne dringenden Grund nicht ablehnen.

---

1) Ausführliche Darstellung des Hergangs bei Robert von Mohl, Lebenserinnerungen II, S. 186 ff.

Am Montag wird die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhause sein. Anscheinend werde ich mit ansehnlicher Mehrheit wiedergewählt. Sogar Windthorst, welcher eine nicht gerade gerechtfertigte Freundlichkeit gegen mich diese Tage hindurch entwickelt hat, versichert mich, daß auch das Zentrum mich wählen würde, was mich doch bei einem großen Teil dieser Partei sehr wundernehmen würde.

Ich habe neulich ein merkwürdiges Diner bei Bismarck mitgemacht, wo nur drei Kaufleute aus Hannover — darunter auch der Kommerzienrat Röhrs —, Frau, Tochter und ein Verwandter zugegen waren. Ich hatte Bismarck am Morgen geschrieben, drei angesehene Industrielle aus Hannover, welche nicht Mitglieder der Verwaltung der Hannoverschen Bank seien, wünschten dringend ihm Vorstellungen zu machen über die großen kommerziellen und politischen Bedenken der unbilligen Behandlung der Hannoverschen Bank und damit der industriellen und kaufmännischen Interessen der Provinz Hannover. Ich selbst hatte an dieser Audienz gar nicht teilnehmen wollen. Darauf schickte er mir seinen Adjutanten, den jungen Grafen Eulenburg, zu, läßt mir sagen, er sei am Vormittage verhindert, den drei Herren würde es aber vielleicht recht sein, mit mir zusammen im einfachen schwarzen Anzuge um fünf Uhr bei ihm zu essen. Große Sensation der biederen Hannoveraner, aber noch größere Begeisterung derselben nachher über die Behandlung, welche sie dann vom Fürsten, seiner Frau und Tochter erfuhren. Die Begeisterung erstreckte sich sogar auf den einen von den Herren, welcher gar nicht zur nationalliberalen Partei gehört, sondern mehr partikularistischer Demokrat, übrigens ein durchaus geachteter Industrieller ist, den Direktor Basse. Soeben höre ich auch noch durch ein Mitglied der Bankkommission, daß der Antrag der hannoverschen Versammlung, soweit er die Hannoversche Bank betrifft, erfüllt ist in den Veränderungsvorschlägen der Kommission. Für die Erreichung dieses allerdings sachlich vollkommen berechtigten Wunsches würden die Hannoveraner nicht unrecht tun, sich bei mir zu bedanken. Mühe genug hat es mir übrigens gekostet.

Berlin, 26. Februar 1875.

Wegen des Reichskanzlers[1]) kannst Du Dich vollständig beruhigen. Vermutlich erhält Bismarck zur Erholung auf ein Jahr Urlaub und

---

[1]) Eine Berliner Korrespondenz der Wiener „Neuen Freien Presse" hatte als zukünftigen Nachfolger Bismarcks Bennigsen bezeichnet, den Fürst Bismarck selbst als den geeignetsten für den Reichskanzlerposten bezeichnet habe. „. . . Wo nur immer es sich darum handelte, zugunsten Bismarcks ausgleichend aufzutreten, da war es der Führer des rechten Flügels der Nationalliberalen, der nicht eher ruhte, als bis er seinen Willen durchgesetzt hatte; die letzte Kundgebung des

wird sich in der Zwischenzeit durch den Fürsten Hohenlohe, Botschafter in Paris, vertreten lassen.

Berlin, 10. April 1875, neun Uhr abends.

Eben komme ich von Bismarck, welcher mich während der Sitzung zum Diner hatte einladen lassen.[1]) Nach der Sitzung hatte ich leider bis zum Diner keine Zeit mehr zum Schreiben. Der heutige Tag darf aber doch nicht vorübergehen, ohne daß ich Dir, meine teuerste Anna, wenn auch nur schriftlich, meine herzlichsten Glückwünsche zu Deinem Geburtstage ausspreche. Bin ich auch schon täglich dankbar dafür, daß der Himmel mich eine so gute und liebe Frau hat finden lassen, so habe ich doch an Deinem Geburtstage immer ein besonders lebhaftes Gefühl dafür, daß mir vor andern Männern in meiner Ehe ein so glückliches Schicksal beschieden ward. Wenn Du es mit mir nur lange genug aushalten kannst, an meinen Empfindungen soll es nicht fehlen, uns, wenn Gott will, bis zur Goldenen Hochzeit glücklich und in Frieden durchzuschlagen durch dies Erdenleben, das eigentlich nur zu ertragen ist in Gemeinschaft mit Menschen, welche man wirklich lieb hat.

Bismarck hatte mich heute sprechen wollen, weil jetzt endlich mit den Ultramontanen wirklich Ernst gemacht werden soll und er über die nächsten Schritte und deren Aufnahme im Abgeordnetenhause eine Unterredung gewünscht hatte, welche zum Teil bei Tisch nicht möglich war, da er seine andre Nachbarschaft, die hübsche Botschafterin von Oesterreich, Gräfin Karolyi, doch auch unterhalten mußte. Das heute abend mir bereits zugesendete Gesetz über die Anordnung der Verfassung hinsichtlich der Privilegien der katholischen Kirche wird wie eine Bombe unter die Klerikalen fahren. Dieses Gesetz hat der Kaiser gestern glücklich unterzeichnet gehabt, gereizt mit Recht durch die unsinnige und unverschämte Erklärung sämtlicher preußischen Bischöfe aus Fulda, welche heute im „Staatsanzeiger" veröffentlicht wird. Den Entwurf

---

deutschen Parlaments für den in eine Kanzlerkrisis hineingeratenen Fürsten improvisierte Bennigsen mit so erstaunlicher Schnelligkeit und Energie, daß es Bismarck möglich gemacht wurde, direkt von dem Ministerkonseil beim Kaiser ins Parlament zurückzukehren, dem der Kanzler grollen zu müssen geglaubt hatte. Der Wechsel in der Leitung der Reichspolitik kann noch einige Zeit auf sich warten lassen, aber vollzieht er sich, und vielleicht etwas früher, als es den Anschein hat, so vollzieht er sich in der angegebenen Weise und nicht ohne den Beifall des Parlaments wie der Nation, deren Wunsch es augenscheinlich ist, die deutsche Politik möge nach Bismarckscher Art fortgeführt werden, und Bennigsen würde hierzu voll befähigt sein."

[1]) Unter Bennigsens Papieren: „Der Fürst-Reichskanzler ersucht Herrn von Bennigsen, heute um fünf Uhr bei ihm zu essen. Berlin, 10. April 1875. Schwarze Krawatte."

wegen Aufhebung sämtlicher Klöster und Orden, männlicher wie weiblicher, mit alleiniger Ausnahmebefugnis für die Regierung, die Barmherzigen Schwestern und ähnliche Krankenorden auf Widerruf fortbestehen zu lassen, zu unterzeichnen, macht der Kaiser aber doch noch Schwierigkeiten, hinter denen die Kaiserin wieder steckt. Ich habe heute Bismarck bei Tisch und nach Tisch übrigens wiederholt auf das dringendste aufgefordert, endlich Eulenburg zu zwingen, alle die unfähigen oder geradezu klerikal gesinnten höheren Beamten, Präsidenten, Regierungsräte und Landräte am Rhein und in Westfalen zu beseitigen oder doch in protestantische Gegenden zu versetzen, welche fortwährend alle unsre gesetzlichen Maßregeln illusorisch und die Bevölkerung immer noch an dem Ernst der Aktion zweifeln machen. Bismarck hat das auch auf das bestimmteste in Aussicht gestellt.

Mit den Kriegsgerüchten ist es zurzeit noch nichts; die Franzosen rüsten aber derartig, daß es doch in den nächsten Jahren sehr wohl wieder zum Kriege kommen kann.

Berlin, 30. April 1875.

Eben sagt mir der Kultusminister Falk, der Kaiser habe telegraphisch seine Genehmigung zum Klostergesetz erteilt — Aufhebung aller männlichen und weiblichen Klöster und Orden mit einer Frist für Schulorden und einer Zulassung auf jederzeitigen Widerruf für die Barmherzigen Schwestern. Das ist die stärkste und wirksamste Maßregel gegen die Ultramontanen. Sie verlieren auf einen Coup die Resultate der Arbeit von dreißig Jahren. Du hast doch nicht den amüsanten Artikel in dem gestrigen „Courier“ übersehen wegen der Annexion Preußens durch die Hannoveraner?

Berlin, 3. Juni 1875.

Gestern aß ich bei Bismarck, wo ich sehr viel Interessantes über die europäische Lage hörte, was ich mündlich erzählen werde. Einstweilen ist alles ganz friedlich. Der König von Schweden, welchem ich durch den Kaiser vorgestellt wurde, hat sich mir gegenüber in sehr entschiedener Weise — als guter Nachfolger Gustav Adolfs — für unsern Kampf gegen Rom ausgesprochen. Die schwedische Regierung ist überhaupt sehr gut deutsch gesinnt, was demnächst wegen Dänemark einmal wichtig werden kann.

Berlin, 15. Juni 1875.

Soeben ist der Landtag geschlossen. Da ich noch diverse Besuche zu machen habe, auch in Geschäftsangelegenheiten wegen hannoverscher Provinzialverwaltung u. s. w., so werde ich vor morgen, Mittwoch abend, wohl nicht fortkommen. Spätestens treffe ich Donnerstag mittag ein. Am Schluß der heutigen Sitzung hat Windthorst es sich nicht

nehmen lassen wollen, mir einen kleinen Lobgesang anzustimmen. Heute mittag esse ich beim Minister Eulenburg mit verschiedenen Freunden. Eulenburg kann sich allerdings wesentlich bei mir und meinen näheren politischen Freunden bedanken, daß die Provinzialordnung u. s. w. zustande gekommen ist. Für unsre Provinzialverwaltung bekommen wir dadurch vom 1. Januar 1876 an eine sehr wesentliche Vermehrung unsers Einflusses und unsrer Tätigkeit in der Provinz Hannover, auch sehr ausreichende Geldmittel für die neuen Verwaltungszweige. Mit Forckenbeck und dessen nicht sehr großer Zahl von Anhängern der nationalliberalen Partei bei der Provinzialordnung ist gestern auf einem sehr zahlreich besuchten Parteiessen noch ein großer Versöhnungsakt gefeiert. Schließlich haben sich sogar Forckenbeck und Miquel, die in der Provinzialordnungsfrage sehr eklig aneinander geraten und sehr erbittert aufeinander waren, einige Versöhnungsküsse appliziert.

*

Forckenbeck hatte von der neuen Provinzialordnung, mit der die im Jahre 1868 begonnene Dezentralisation der Verwaltung Preußens auf den ganzen Staat ausgedehnt wurde, eine Stärkung der ländlichen und junkerlichen Elemente auf Kosten der städtischen befürchtet und besonders die vorgeschlagene Einrichtung des Provinzialrates bekämpft. Im Herrenhause sprach er gegen das vom Abgeordnetenhause angenommene Gesetz, und als es mit konservativen Veränderungen an das Abgeordnetenhaus zurückging, bot er alles auf, es hier zum Scheitern zu bringen. Miquel brachte jedoch ein Kompromiß zustande, das am 6. Juni angenommen wurde. Forckenbeck war in so großer Aufregung wie nie in seinem politischen Leben; nur mit großer Mühe wurde er davon abgebracht, gegen das Kompromiß im Herrenhause aufzutreten und es zu Fall zu bringen.[1]) Der Vorgang läßt, wie die folgenden Briefe zeigen, die Zunahme einer zunächst wieder beglichenen Spannung in der nationalliberalen Partei erkennen.

Koebner[2]) an Bennigsen.

Breslau, 14. Juli 1875.

Gestatten Sie mir, von dem Vorzuge, Ihnen von Hannover her bekannt zu sein, Gebrauch zu machen zu dem Zwecke einiger Mitteilungen über Parteiverhältnisse, von denen mir nützlich scheint, daß sie zu

---

[1]) M. Philippson, M. v. Forckenbeck.

[2]) Chefredakteur der „Schlesischen Presse" in Breslau, vorher des „Hannoverschen Couriers", in späterer Zeit der „Nationalzeitung". In einem Briefe Bennigsens an Oetker wird er als „ein sehr fähiger, persönlich und politisch durchaus zuverlässiger Publizist" bezeichnet.

Ihrer Kenntnis kommen. Es wird hier insgeheim, aber ernstlich an der Sprengung der nationalliberalen Partei behufs Bildung einer Partei Lasker-Löwe gewühlt. Wie die Stellung Forckenbecks zur Provinzialordnung hier der gesamten, für die ganze Provinz Schlesien maßgebenden liberalen Presse, mit alleiniger Ausnahme des von mir geleiteten Blattes, Mut zu einer aus andern Gründen schon lange glimmenden, sehr animosen Opposition gegen die Partei gemacht, ist während der Landtagssession vielleicht zu Ihrer Kenntnis gekommen. Diese Haltung des größten Teils der hiesigen Presse trifft zusammen mit einer hier ohnehin von alters her bestehenden Neigung nach links in der Bürgerschaft und mit einer hiesigen Liebhaberei, in den politischen Dingen die Initiative zu ergreifen. Der Hauptpunkt aber ist die Haltung Forckenbecks. Ich selbst habe mit ihm nur gelegentliche gesellschaftliche Berührungen; aber von nach links gravitierenden hiesigen Führern der Partei höre ich zuverlässig, daß er nach wie vor grollt, und ich müßte die in diesen Kreisen bestehende Stimmung sehr mißverstehen, wenn man in denselben nicht von einem Besuche, den F. nächsten Monat bei Lasker machen will, im Sinne der angedeuteten Wünsche allerlei erwartete. Ich selbst glaube nun zwar, daß Lasker — den ich allerdings Ostern vorigen Jahres zum letztenmal gesprochen habe — nicht gesonnen sein wird, auf solche Absichten einzugehen, und in diesem Falle würden sie auch sofort verlassen werden; mit Lasker dagegen würde so ziemlich die ganze hiesige nationalliberale Partei, einige frühere Altliberale wie Röpell und mich ausgenommen, in das neue Lager übergehen — lediglich aus der angeborenen Neigung zum Oppositionmachen, nicht wegen der Provinzialordnung, die selbst den meisten lokalen „Führern" eine wesentlich unbekannte Größe ist. Und ich glaube, daß es hier im Osten des Staates vielfach so bestellt ist wie in der Stadt Breslau. Alles kommt in dieser Hinsicht auf Lasker an und, wie mir scheint, sehr viel auf den beabsichtigten Besuch Forckenbecks bei ihm.

M. von Forckenbeck an Bennigsen.

Breslau, 19. September 1875.

Den ersten Sonntag nach Empfang Ihrer freundlichen Mitteilungen vom 14. d. M. benutze ich, um dieselben zu beantworten.

Die betreffende Nachricht der „Volkszeitung" habe ich hier zuerst in der „Schlesischen Zeitung" und zwar mit großem Gleichmute gelesen. Ueber den Ursprung der Nachricht weiß ich nur zweierlei sicher, nämlich a) daß ich demselben vollständig fremd bin und durch keinerlei Aeußerung nach der letzten Präsidentenwahl oder gar in neuerer Zeit zu der Nachricht Veranlassung gegeben habe, und b) niemals habe ich daran gedacht,

irgendeinen der nationalen, liberalen Freunde, oder gar Miquel selbst, mit dem Ursprung dieser Nachricht auch nur in die leiseste Verbindung zu bringen. Den Zweck, Zwietracht zu säen oder auch nur eine leise Verstimmung zu erregen, hat daher das Manöver sicher und ganz vollständig verfehlt. Wenn es noch nötig sein sollte, so bitte ich, dieses Miquel mit den herzlichsten Grüßen von mir noch besonders zu melden. Auffällig war mir nur, daß die Nachricht gerade zur Zeit der Kaiserreise hierher in die Zeitungen gebracht wurde, und auffällig würde es bleiben, wenn die „Volkszeitung" nicht dementiert hat, was ich übrigens nicht kontrolliert habe. Sie wissen, daß ich jetzt im zehnten Jahre der Präsidentschaft die Last derselben ziemlich schwer empfinde und daß ich dieselbe mit meinen hiesigen, immer schwieriger werdenden Aufgaben kaum für vereinbar halte. Dennoch habe ich mir die Frage, ob ich eine Wiederwahl, wenn sie mich träfe, annehmen könnte, bis jetzt noch gar nicht ernstlich vorgelegt. Dazu war ich zu sehr von des Tages Last in Anspruch genommen und verschiebe gern alter Gewohnheit gemäß bis auf den letzten Augenblick. Was kann alles in fünf Wochen in heutiger Zeit nicht passieren? Der Kaiser kam hier unwohl an und sah auf dem Bahnhof bei der Ankunft wirklich angegriffen aus. Er hat sich aber hier schon merkwürdig schnell erholt. Im übrigen war er, wie immer, außerordentlich freundlich und heiter.

Daß Sie die Reise nach dem Süden aufgegeben haben, ist sehr unrecht von Ihnen. Ich glaube, daß ein Präsident solche Reisen zur Erhaltung seiner Gesundheit unbedingt notwendig hat, und bedaure meinerseits lebhaft, daß ich dieselben in den ersten acht Jahren des Präsidiums unterlassen habe. In diesem Jahre nahm ich vier Wochen Urlaub. Die ersten vierzehn Tage blieb ich in Heringsdorf an der Ostsee bei der Familie, hauptsächlich meiner alten Liebhaberei, auf der See zu segeln, frönend. Dann fuhr ich nach Mecklenburg, über Schwerin, Lübeck, Hamburg, Bremen, Münster nach Wassenberg bei Aachen zu einem Vetter, einem dortigen Gutsbesitzer, dann über Aachen, Köln rheinaufwärts bis Bingen und von Bingen durch das Elsaß über Kolmar, Breisach nach Freiburg. Der Aufenthalt in Westfalen und am Rhein, wenn auch nur kurz, aber mich mit vielen Verwandten, teils entschiedenen Staatskatholiken, teils ebenso eifrigen Ultramontanen, in offene Berührung bringend, hat mich doch überzeugt, daß die ultramontranen Schlachthaufen noch wenig erschüttert sind. Eine alte Dame der Verwandtschaft sagte nach dem Schlusse eines sehr lebhaften Gespräches zu mir: „Max, mit den Gesetzen bekommt ihr uns doch nicht klein!" Ich entgegnete ihr: „Wenn auch nicht gleich, doch vielleicht nach Jahren!"

Bei Lasker war ich zirka vier Tage. Ich fand ihn in der Genesung mächtig fortgeschritten, aber er hatte noch lange nicht seine alten Kräfte wieder. Das fühlte Lasker selbst. Er selbst fürchtet nichts mehr, als ein gebrochener Mensch mit halben Kräften zu bleiben. Seinerseits bietet er alles zur Erlangung seiner alten Kraft auf. Daher seine strenge Enthaltung von der Politik. Auch wir haben nicht eingehend über dieselbe verhandelt. Ich glaube daher auch nicht, daß er an den Verhandlungen der Justizkommission teilnehmen wird. Ich glaube sogar, daß er sich jeder eingehenden Teilnahme an den Verhandlungen dieses Reichstages enthalten muß und enthalten wird. Wenigstens würde ich als sein Arzt dazu raten. Von Freiburg ging ich noch wenige Tage in die Schweiz. Hoverbeck konnte ich in Gersau nicht mehr sehen. Als ich dort war, hatte seine Umgebung, mit Ausnahme der Frau, die alles fürchtete und mit der ich noch über Berufung eines zweiten Arztes verhandelte, noch gute Hoffnungen. Die mich tief ergreifende Nachricht des Todes erhielt ich mitten in der Nacht auf dem Bodensee zwischen Romanshorn und Lindau.

Am 6. Oktober muß ich in Berlin über unsern Fürstbischof urteilen!

Graf Münster an Bennigsen.[1])

London, 23. Juni 1875.

Ich kann Sie über meine hiesige Stellung vollkommen beruhigen; nach meiner aufrichtigen Ueberzeugung ist sie niemals so gut gewesen als jetzt. Daß die Zeitungen, die eigentlich niemals recht wissen, wo die Glocken hängen, mich hier wegen meiner Rede, die auch nach hiesigen Gewohnheiten nicht hätte veröffentlicht werden dürfen, angriffen, hat mir in diesem, doch im Grunde durch und durch protestantischen Lande genutzt, ich bekomme noch von vielen Seiten Briefe und Zustimmungsadressen. Meine Beziehungen zu Aristokratie und Ministern sind niemals besser gewesen. Was die Mißverständnisse über Lord Derbys Rede und das Wolffsche, wahrscheinlich von den ultramontanen Stenographen dieses Bureaus absichtlich gefälschte Telegramm betrifft, so ist niemand darüber mehr verwundert gewesen als Lord Derby selbst. Hätte in seiner Rede Lord Derby überhaupt sich auf mich berufen oder mich nennen wollen, so würde er mich nach hiesigem Gebrauche vorher gefragt haben; er konnte es auch, geradeso wie es das Telegramm brachte, deshalb niemals getan haben, weil ich ihm, wie er mir selbst sagte, gerade das Gegenteil gesagt hatte und ihm entschieden

[1]) Aus dem politischen Briefwechsel Münsters mit Bennigsen wird nur dieser einzige Brief herausgegriffen, der an die Krisis der europäischen Politik im April 1875 anknüpft.

die Versicherung gab, daß keine Forderung der Entwaffnung an Frankreich gestellt werde. Mit Fürst Bismarck bin ich fortwährend in lebhaftem brieflichem Verkehr und bestem Einvernehmen geblieben, berichte daher auch noch nach Varzin, trotzdem er alle andre geschäftliche Mitteilung sich streng verbeten hat. Die Mißstimmung zwischen beiden Regierungen ist wieder hier ausgeglichen, und bei uns hat sich Bismarck auch beruhigt. Das ganze Vorgehen des englischen Kabinetts hatte Gründe, die ich so nicht näher reproduzieren kann; es war ein Parteimanöver, welches aber nicht geschickt und auch nicht glücklich ausgeführt wurde. Es wird hier von Ultramontanen, von der Cambridgepartei im Verein mit Beust, heftig gegen uns, d. h. das Deutsche Reich, folglich auch gegen mich intrigiert, und ich habe stets alle feindlichen Zeitungsartikel hier und namentlich in der „Kreuzzeitung" auf hiesige Quellen zurückführen können, und wenn man erst intrigierende Feinde kennt, sind sie nicht mehr gefährlich. Die Season ist jetzt auf ihrer Höhe, und ich werde mich sehr freuen, wenn ich Ende Juli werde abreisen können. Ich werde mich sehr freuen, Sie dann bald in Derneburg zu sehen. Ich kann Ihnen manche interessante Mitteilungen machen, die sich nicht gut schreiben lassen . . . Ich freue mich sehr darüber, daß das Dotationsgesetz für die Provinzen durchging, es ist doch für unsre Verwaltung wichtig und erfreulich und es kann dieselbe jetzt zu wirklich großer Bedeutung gelangen.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 24. November 1875.

Gestern habe ich während der Sitzung den Fürsten Bismarck längere Zeit gesprochen. Er ist im ganzen sehr wohl, will auch mit uns keinen Konflikt anfangen, wie konservative und ultramontane Blätter im eignen Interesse in Aussicht stellten.[1]) Ebensowenig einen faulen Frieden mit den Ultramontanen schließen. Letztere sind recht gedrückt, haben sogar durch einen Dritten schon in Varzin mit Bismarck

[1]) Bismarck bemühte sich in den nächsten Monaten wiederholt, einen etwa aufsteigenden Verdacht der Liberalen, daß er eine Schwenkung beabsichtige, zu beruhigen. So ließ er — nach Eugen Richter, Im alten Reichstag I, S. 146 — am 25. April 1876 abends Bennigsen kommen, um ihm besonders zu versichern, daß das Entlassungsgesuch Delbrücks nur auf dessen erschütterte Gesundheit zurückzuführen sei, ja, daß in der Wahl seines Nachfolgers Hofmann eine Rücksicht auf die Nationalliberalen enthalten sei. Zu seinen Vertrauten hatte er am Tage zuvor geklagt: die nationalliberale Partei verliere immer mehr die Fähigkeit, einen politischen Gedanken klar auszudenken. Sie schrecke vor der Nacktheit eines Gedankens verschämt zurück. Sie wolle immer den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. (Erinnerungen von Chr. v. Tiedemann, S. 43.)

wegen eines Ausgleichs anzuknüpfen gesucht. Durch den Tod des unermeßlich reichen Herzogs von Modena verlieren sie übrigens ihre beste Geldressource für alle ihre europäischen, kirchlichen und legitimistischen Umtriebe und Aufstände.

Berlin, 16. Dezember 1875.

Am Dienstag war ich bei Bismarck ganz im Familienkreise zu Mittag, weil er mit mir über große Reichsverwaltungsprojekte sprechen wollte, mit denen er sich jetzt eifrig beschäftigt.

Berlin, 21. Februar 1876.

Die Mitglieder des Reichstags treffen langsam ein. Bismarck, der durch seinen Eigensinn mit dem 14. Februar und die ganz verspätete Einberufung dies wesentlich mitverschuldet hat, ist natürlich trotzdem wütend und meinte vor einigen Tagen, wenn er Reichstagsabgeordneter sei und drei Tage auf dem bestellten Platze vergeblich habe warten müssen, so würde er einen der Nachzügler fordern, sich dabei aber den dicksten und kurzsichtigsten aussuchen.

Berlin, 27. März 1876.

Heute kommt wahrscheinlich Bismarck in das Abgeordnetenhaus, weil wir die Einverleibung des Herzogtums Lauenburg in den preußischen Staat verhandeln, auch einen Antrag, das Fürstentum Waldeck für Preußen sozusagen käuflich zu erwerben. Auf letzteren Antrag wird sich Bismarck aber nicht einlassen. Solche Kleinigkeiten lohnen nicht mehr, seitdem der preußische Adler Königreiche verzehrt hat, und regen nur das Mißtrauen auf.

*

Gleichzeitig stieg der Streit zwischen Bismarck und den Altkonservativen auf den höchsten Grad der Erbitterung. Die Enthüllungen Laskers über die Unregelmäßigkeiten im Eisenbahnkonzessionswesen hatten bei aller sittlichen Entrüstung, die den Redner antrieb, auch ein politisches Nebenmotiv gehabt, zumal sein Angriff gegen Geheimrat Wagener am 14. Januar 1873, den Roon als Ministerpräsident in seinem bekannten Schreiben an das Abgeordnetenhaus vergeblich zu retten versuchte. [1]) Die darauf durch königliche Botschaft eingesetzte Untersuchungskommission unter Vorsitz Laskers hatte, nach Abhaltung von 56 Sitzungen, im November 1873 beiden Häusern des Landtags

[1]) Forckenbeck (Präsident des Abgeordnetenhauses) an Bennigsen, 1. Februar 1873: „Gestern abend finde ich das Schreiben Graf Roons vor. Ehe ich irgendeinen Schritt in der Sache tue, möchte ich mit Ihnen allein konferieren, und da Ihr Weg zum Abgeordnetenhaus Sie bei Hotel de France vorbeiführt, so darf ich wohl die ergebene Bitte aussprechen, einen Augenblick bei mir heraufzukommen."

einen umfangreichen Bericht vorgelegt.[1]) Da die Verhandlung im Plenum des Abgeordnetenhauses sich aus mehreren Gründen, zum Teil infolge der Krankheit Laskers 1874/75 verzögerte, so begannen die Konservativen den Spieß umzudrehen und von einem absichtlichen Totschweigen des Berichts, der auch Liberale kompromittiere, zu sprechen. Die konservativen Ultras glaubten sogar die Spitze des Angriffs gegen Bismarck selbst richten zu können; im Sommer 1875 brachte die „Kreuzzeitung" die Artikel Perrots über die Aera Bismarck-Delbrück-Bleichröder, auf die Bismarck am 9. Februar 1876 mit dem schärfsten Angriffe auf die Zeitung antwortete, die sich nicht entblöde, „die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen — jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an der Lüge und Verleumdung". Es war der Höhepunkt seiner Entfremdung mit den Konservativen, deren äußerster Flügel, die Deklaranten, sich in der bekannten Erklärung auf die Seite der „Kreuzzeitung" stellte — zugleich allerdings das Vorspiel einer Versöhnung. Im Zusammenhange mit diesen Vorgängen beantragte der konservative Abgeordnete von Denzin am 15. Februar, den Bericht der Enquetekommission über die Eisenbahnkonzessionen zum Gegenstande einer Plenarverhandlung zu machen,[2]) und die „Kreuzzeitung" höhnte bereits, daß diese konservative Initiative den Liberalen peinlich sein müsse, da auch die Eisenbahngesellschaft Bennigsens, wenn er auch persönlich keinen Gründergewinn gemacht habe, sich an dem System der Provisionen beteiligt habe. So wurde auch Bennigsen, trotzdem er in seiner Erklärung vom 11. August 1874[3]) auf das bestimmteste jegliche Art von Eigennutz in

---

[1]) Bericht der Enquetekommission. Nr. 11 der Drucksachen des Abgeordnetenhauses aus der Session 1873/74; dem Hause am 12. November 1873 übersandt. Der Druck verzögerte sich bis zum Frühjahr 1874.

[2]) Der Vorwurf, daß Bennigsen als Präsident des Abgeordnetenhauses die Sache verschleppt habe, ist ganz unbegründet. Vgl. das Schreiben von Bennigsen an Lasker, Hannover, 16. Februar 1876: „Denzin fragte am Schlusse der Sitzung, wann der Bericht der Enquetekommission auf die Tagesordnung gesetzt werden würde. Ich habe darauf erwidert, der Bericht als solcher sei als in vorletzter Session erstattet nicht mehr als Vorlage in jetziger Session zu betrachten. Jedem Mitgliede sei aber unbenommen, einen Antrag einzubringen, daß der Bericht zum Gegenstande unsrer Besprechungen gemacht werde. Werde ein solcher Antrag eingebracht, so würde ich denselben auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen bringen. Noch liegt der Antrag Denzins nicht vor. Heute haben die Altkonservativen Fraktionssitzungen. Meine Absicht war, den Antrag Denzins, über dessen Wortlaut mir nichts angedeutet worden, etwa nächsten Mittwoch zur Beratung zu stellen." Der Antrag Denzin wurde am 19. Februar gestellt und zuerst am 23. verhandelt.

[3]) Siehe oben S. 102.

Abrede gestellt hatte, in diesen gegen einen Höheren gerichteten Verleumdungsfeldzug hineingezogen. Als am 29. März der Kommissionsbericht zur Debatte kam, suchten einzelne Konservative zwar die Unvollständigkeit des Berichts in Sachen der hannoverschen Bahnen zu bemängeln. Lasker aber — unter Zustimmung des Korreferenten von Köller — legte dar, daß er alles zur Ermittlung des Tatbestandes getan habe, und gab eine Darstellung von Bennigsens Anteil an jenen Bahngründungen.[1]) Für jeden rechtlich Denkenden, auch unter den politischen Gegnern, stand seitdem das Urteil fest. Hatte schon früher der Welfe Graf Bremer in einer Wahlrede, in der er Bennigsens Wahl bekämpfte, die Privatehre seines alten Jugendfreundes auf das denkbar schärfste in Schutz genommen,[2]) so sagte sich in den Tagen der heftigsten Erbitterung der Parteien ein konservativer Abgeordneter, der zu den Mitunterzeichnern des Antrages Denzin gehörte, in ehrlicher Entrüstung von dem Verleumdungstreiben los.

Von Below-Saleske an Bennigsen.

Berlin, 3. März 1876, abends.

Euer Hochwohlgeboren erlaubte ich mir vorgestern gelegentlich einer mir gewährten offiziellen Rücksprache mitzuteilen, daß ich seit Jahren

---

[1]) Lasker stellte fest, daß alle diejenigen Mängel, die sich bei den andern Bahnen in bezug auf die Finanzierung, auf die Generalentreprise und die Angaben der Regierung gegenüber vorgefunden hätten, auch bei der Bahn Hannover—Altenbeken und Löhne—Vienenburg im Berichte dargestellt seien. Er fuhr fort: „Es haben sich Personen beteiligt, die geradezu schwindelhafte Absichten verfolgten, aber auch anderseits solche, die nur im Interesse des Landes zu handeln glaubten, wie der Graf Münster und Herr von Bennigsen, Namen, über die das Land unzweifelhaft sein Votum abgegeben hat, für die jeder redliche Mann gewissenhafterweise eintreten wird, daß sie nur ihrem Lande zu dienen gemeint haben; und sie haben sogar den Anhalt dafür in der Untersuchungskommission. Zunächst ist kein Schatten von Zweifel, daß keiner von diesen beiden an dem Gewinn, er heiße Gründergewinn, Agiotage oder wie sonst, auch nur mit einer Spur beteiligt war. Umgekehrt ist aber eine andre Unregelmäßigkeit vorgekommen, die ich der Form nach nicht für richtig halte und die ich erfahren habe, nämlich die, daß, weil sie in gar keiner Weise bei den Aktien beteiligt waren, ihnen dieselben übertragen werden mußten, damit sie überhaupt Mitglieder des Verwaltungsrates werden konnten. Aber was haben diese Herren gemein mit den vielen andern, die bei der Gelegenheit sich Agiotagenanteil ausbedungen und ihren Gründergewinn zu sehr hohen Summen genommen haben? Das trennt geradeso wie zwischen Redlichen und Unredlichen."

[2]) Bennigsen an Pfaff, 12. November 1873: „Graf Bremer scheint sich übrigens, einer Notiz im ‚Courier' zufolge, wie ich das freilich von meinem alten Freunde auch nicht anders erwartet habe, bei seiner Agitation gegen meine Wahl durchaus sachlich und anständig gehalten zu haben."

als Aktionär der „Deutschen Landes-Zeitung" bemüht gewesen bin, die Art der Polemik qu. Blattes zu bekämpfen. Nachdem mir wiederholentlich maßgebenden Ortes das Versprechen gegeben worden ist, den gerügten Ton gewiß zu ändern — nachdem namentlich die letzte Generalversammlung sich ebenfalls in großer Majorität meinen Bemühungen anschloß und ich nunmehr sicher glauben konnte, mein Ziel erreicht zu haben —, finde ich heute abend in der Nr. 54 qu. Zeitung einen Artikel, der, abstrahiert von der niedrigen Gesinnung, die er mir gegenüber geltend macht, neuerdings wieder mit der von mir scharf gerügten Verdächtigungspolemik gegen ein geachtetes, im Hause der Abgeordneten hochstehendes Mitglied in perfidester Weise vorgeht.

Im Anschlusse an das obenerwähnte Gespräch bin ich es sowohl Euer Hochwohlgeboren wie im selben Maße mir selbst schuldig, hiermit mitzuteilen, daß ich übermorgen von meiner Besitzung aus dem Aufsichtsrat der „Deutschen Landes-Zeitung" bekanntgebe, daß ich mich bitte aus der Zahl der Aktionäre zu streichen, indem ich mich jeder weiteren Beteiligung an qu. Blatte nunmehr definitiv entziehe und mich des Rechtes wie Besitzes meiner Aktien begebe. Ein gleiches Schreiben werde ich richten an den Vorsitzenden des Vereins der Wirtschafts- und Steuerreformer und mein Fernbleiben von genanntem Verein so lange in Aussicht stellen, als Herr Niendorff noch Redakteur qu. Blattes ist. — Ich zweifle nicht, daß viele meiner Freunde ebenso handeln werden. Ich habe nicht säumen wollen, Euer Hochwohlgeboren sofort von meinem freien Entschluß Mitteilung zu machen.[1])

*

Noch einmal sollte es in dieser Session zu einer Differenz zwischen Bismarck und den Liberalen kommen, aus Anlaß der Justizgesetzgebung.[2]) Der Bundesrat hatte gegen die Beschlüsse der Reichstagsmehrheit eine sehr große Zahl von Bedenken erhoben, von denen manche schon vor der Einwirkung des Reichskanzlers beseitigt wurden. Schließlich aber blieben achtzehn Differenzpunkte bestehen, über welche die nationalliberalen Führer diesmal einträchtig eine Verständigung herbeiführten.

---

[1]) Die Anwürfe, z. B. Otto Glagau, Der Bankrott des Nationalliberalismus, dauerten fort. Von Diest-Daber teilte Bennigsen am 9. September 1876 mit, daß „ich gelegentlich einer Auseinandersetzung mit dem Herrn Lasker, welche in nächster Zeit im Buchhandel erscheinen wird, auch Ihren Namen wiederholt anzuführen genötigt war. Es bedarf wohl nicht der Bemerkung, daß ich damit nur einer patriotischen Pflicht ohne jede persönliche Gegnerschaft genügen zu müssen glaubte". Erst im Jahre 1881 wagten sich die Verdächtigungen in der plumpsten Form hervor, um nun eine einmütige Zurückweisung zu erfahren.

[2]) Vgl. H. von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, S. 210 f., I, S. 120 f.

Ueber den Verlauf dieser am 15. und 16. Dezember zwischen Bismarck und dem Bundesrat einerseits und Bennigsen, Miquel und Lasker anderseits gepflogenen Verhandlungen liegen wie gewöhnlich keine eingehenderen Mitteilungen vor, so daß man auf die Zeitungsnachrichten [1]) angewiesen bleibt. Nur der definitive Abschluß des Kompromisses wird in den nachfolgenden kurzen Schriftstücken besiegelt.

Bennigsen an Bismarck.

Berlin, 16. Dezember 1876.

Euer Durchlaucht beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß in einer von 120 Mitgliedern besuchten Fraktionssitzung vier Mitglieder mit Nein gestimmt haben und zwei sich enthalten haben. Einige zwanzig Mitglieder haben gefehlt, unter denen eine irgend erhebliche Zahl von mit Nein stimmenden nicht angenommen werden kann. Was unsre Fraktion anlangt, ist damit die Mehrheit für die verabredete Gesamtausgleichung gesichert.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Euer Durchlaucht aufrichtig ergebener

R. von Bennigsen.

Bismarck an Bennigsen.

Berlin, 17. Dezember 1876.

Von Sr. Majestät habe ich die Ermächtigung erhalten, dem jüngsten Ergebniß unsrer Verständigung demnächst im Bundesrathe zuzustimmen, u[nd] nach meiner heutigen vertraulichen Besprechung mit den Herrn vom Justiz-Au[s]schuße darf ich annehmen, daß die Mehrheit der Stimmen des Bundesrathes in demselben Sinne gesichert ist.

Der Ihrige

v. Bismarck.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 16. Dezember 1876.

Ich kann morgen nicht kommen. Die Familienkonferenz ist auf einen späteren Tag vertagt. Hier war eine heillose Krisis! Jetzt scheint

---

[1]) Nach der „Kölnischen Zeitung" kam der Kompromiß auf folgende Weise zustande: Herr von Bennigsen ging zu dem Fürsten Bismarck, um ihn zu fragen, ob ihm überhaupt am Zustandekommen der Justizgesetze gelegen sei, weil sonst alle Verhandlungen vergeblich sein würden. Der Reichskanzler bejahte die Frage. Wenn die achtzehn Punkte als unannehmbar bezeichnet wären, so solle das nicht heißen, daß die Regierungen auf dem Ganzen ihrer Forderungen beharren würden, einzelne Bestimmungen könnten sie allerdings nicht opfern, die Abgeordneten möchten zum Justizminister Leonhardt gehen und sich mit ihm verständigen. Dies geschah; der Justizminister bewilligte selbst einige Zugeständnisse wegen der Presse, die Fürst Bismarck aber wieder zurücknahm.

alles in Ordnung. Lasker, Miquel und ich werden sehr angegriffen werden für unsre Tätigkeit, eine Verständigung über die gesamte Justizgesetzgebung herbeizuführen. Dem Lande haben wir aber gute Dienste geleistet.

*

Die parteipolitische Bedeutung dieses letzten großen Kompromisses der nationalliberalen Partei liegt darin, daß die Fortschrittspartei, in der nach dem Tode Hoverbecks nunmehr Eugen Richter die unbestrittene Führung hatte, die verletzendsten Angriffe gegen die charakterlosen Prinzipienverräter richtete und angesichts der bevorstehenden Neuwahlen die Brücken zu den Nationalliberalen endgültig abbrach. Gegenüber dieser Absage des doktrinären und unbelehrbaren Liberalismus an den realpolitischen Liberalismus hatte Bennigsen in einer Rede am 21. Dezember 1876 die Tätigkeit seiner Partei zu verteidigen.

„Ich hoffe, daß die Auseinandersetzungen, wie sie heute hier vorgekommen sind mit Personen, die sich doch bis dahin so nahe standen, wie der Abgeordnete Hänel und Lasker, zwischen Parteien, die doch eine gute Strecke Weges in vielen Jahren miteinander gegangen sind, nicht so nachteilig für Deutschland ausfallen werden, wie man fast besorgen möchte. Wenn sie aber von erheblichem Nachteil sein würden, so trägt daran die Schuld die Partei, welche diesen Ton in die Debatte eingeführt hat, die Partei, welcher der Abgeordnete Hänel angehört. Von unsrer Seite sind nicht die Provokationen zu jenem Ton ausgegangen, wir haben uns die ganzen Tage gegen schwere Anschuldigungen zu verteidigen gehabt, von denen der größte Teil absolut unsubstantiiert gewesen ist. Sie sprechen davon, daß die Antwort auf das Verhalten der Parteien und auf die Beschlüsse im Reichstage im Volke und von den Wählern gegeben werden würde; mit Ruhe wollen wir dieser Antwort entgegensehen, obwohl wir uns nicht verhehlt haben, wie schwer auch in ähnlichen großen Krisen in den letzten Jahren die Entschließung im Reichstage von seiner Mehrheit und von derjenigen Partei zu fassen war, die die bedeutendste der Zahl nach und also auch die einflußreichste ist. Wenn wir uns auf das Zeugnis der Erfahrung und der Geschichte berufen können, so sage ich: die Antwort auf unser Verhalten, Kompromisse mit der Regierung zu schließen, ist von der Bevölkerung in Preußen und Deutschland bereits gegeben worden, ebenso wie über Ihre unfruchtbare Politik im Jahre 1867 und in den folgenden Jahren, als es sich um die deutsche Reichsverfassung, als es sich um die Norddeutsche Bundesverfassung, als es sich um die Regulierung unsrer Militärangelegenheiten und um die Wehrhaftigkeit gegen das Ausland auf eine Reihe von Jahren handelte,

und das Volk hat keinen Zweifel gelassen, daß es der Mehrheit des Reichstages beigetreten ist. Ich begreife nicht, wie Sie mit solchen leidenschaftlichen Angriffen in diesem Augenblick kommen; Sie schneiden damit in Ihr eignes Fleisch. Nicht wir allein haben diesem Kompromiß zugestimmt, sondern einflußreiche Mitglieder, die Ihnen sehr nahe stehen, und die zwar nicht mehr der Fortschrittspartei dieses Hauses, aber wohl dieser Fraktion im Abgeordnetenhause angehören. Wohin soll das führen, wenn Sie mit Ihren Verdächtigungen nicht mehr bloß uns, sondern sich selbst treffen? Das ist nicht der Weg, um die liberalen Grundsätze und den Einfluß der liberalen Parteien zu stärken; wir haben den Moment, als die Regierungen uns eröffneten, daß achtzehn Punkte für sie unannehmbar seien, als einen überaus wichtigen erkannt und uns gefragt, ob es gegenüber dieser Zurückweisung der achtzehn Punkte auch möglich sei, in so kurzer Zeit einen Versuch zu machen, diese Gesetze dem Vaterland zu sichern. Eine einfache Unterwerfung unter die Forderungen und Wünsche der verbündeten Regierungen würde der Würde des Reichstages nicht entsprochen haben. Von der andern Seite war es doch aber auch eine unmögliche Forderung an die Regierung, daß sie die achtzehn Punkte, die ihr unannehmbar erschienen, ohne weiteres fallen lassen sollte. Um also das Zustandekommen der Gesetze noch in dieser Session zu ermöglichen, haben wir mit den Regierungen auf der Grundlage zu verhandeln gesucht, daß wir sagten: die endgültige Regulierung der einen oder der andern Frage möge in dem Sinne für jetzt ausscheiden, daß der Zustand der Rechtsordnung und Freiheit in jedem einzelnen Lande unangetastet bleibe. Wir wollen, da die Regierung nicht glaubt, sich jetzt schon schlüssig machen zu können, das einzelne der weiteren Rechtsentwicklung in Deutschland überlassen. In einigen Punkten hat die Regierung pure nachgegeben, andre wieder haben wir mit Berücksichtigung der praktischen Bedenken der Regierung mit ihr zusammen zu regeln versucht. Dabei wurden die Grundlagen, die von der Mehrheit des Reichstages anerkannt waren, nicht aufgegeben oder verletzt. Ich könnte Veranlassung nehmen, mich persönlich gegen die Angriffe zu verteidigen, welche in der Generaldiskussion gegen mich und einen mir näherstehenden Freund gerichtet worden sind, in Bezug auf einzelnes, das mit einem angeblichen Gegensatz in der Behandlung von Geschäften, in der politischen Auffassung in den neuerworbenen Provinzen und in Altpreußen zusammenhängt; ich verschmähe es aber, das an dieser Stelle zu tun, und werde auch kaum geneigt sein, es an andrer Stelle zu tun. Denn nichts ist gefährlicher, als den Heilungsprozeß, der notwendig ist, wenn große Gebiete in Deutschland infolge eines

Krieges dem preußischen Staate hinzugewachsen sind, dadurch zu stören, daß man unnötigerweise angebliche Gegensätze in der politischen Auffassung und Behandlung in diese schweren Fragen auch noch hineinwirft.

„Was unsre Lage hinsichtlich der Justizgesetze betrifft, so mag es ja vielleicht möglich sein, daß Sie in späteren Jahren auf diesem Gebiete einen für die liberale Auffassung günstigeren Abschluß erwirken; den Glauben werden Sie aber niemand beibringen, daß die Verhandlungen in der nächsten Session mit der größten Freudigkeit und Unbefangenheit wieder aufgenommen werden könnten, wenn wir jetzt in Verbitterung und Verstimmung auseinander gehen. Jahr und Tag würden vergehen, ehe wir die Sammlung und Unbefangenheit wiedergewinnen würden, die für ein so bedeutendes Werk erforderlich ist. In dieser Hinsicht möchte ich appellieren an die größere Unbefangenheit, die bessere Einsicht derjenigen aus der Mitte der Oppositionsparteien, welche in der Kommission an diesen Gesetzen mitgearbeitet haben; sie legen wirklich einen höheren Wert auf das Zustandekommen dieser Gesetze als ihre Parteigenossen, als beispielsweise der Abgeordnete Windthorst. Er hat die schwersten Bedenken gegen diese Gesetze; er hat es offen ausgesprochen, daß für ihn neben andern großen Bedenken schon allein die Frage der Berufung entscheidend sei für die Ablehnung. Er würde die Gesetze auch dann scheitern lassen, wenn in diesen achtzehn Punkten die Regierung völlig nachgegeben hätte. Wir stehen hier vor einer schweren Entschließung. Ich weiß sehr wohl, wie schwer es manchem unsrer Freunde geworden ist, in einzelnen wichtigen Punkten, namentlich in bezug auf die Presse, nachzugeben. Wir haben es getan, nachdem wir uns überzeugt haben, daß auch die verbündeten Regierungen eine große Strecke Weges uns entgegengekommen sind. Wir mußten uns dieser Nachgiebigkeit anschließen; denn nimmer können wir verlangen, daß durch die Mehrheit dieses Hauses allein die Gesetze in Deutschland gemacht werden. Das ist ja der falsche Standpunkt, das ist die innere Unwahrheit, daß Sie mit dieser Forderung die öffentliche Meinung in Deutschland fortwährend nähren und das freudige Gefühl nicht aufkommen lassen an der Wirksamkeit unsers neuen Deutschen Reiches. Diese Art und Weise muß notwendig dahin führen, daß die Freudigkeit des Schaffens, welche für ein so großes Parlament erforderlich ist, im Innersten geknickt erscheint, daß die Männer, welche jahrelang unverdrossen und treu sich den Aufgaben der Parlamente widmen, ermüdet und verbittert werden müssen. Wie sollen denn so große Werke zustande kommen wie die Organisation, die wir im Deutschen Reich geschaffen haben, und von denen dieses

Werk das schwierigste ist, wenn sich nicht die besten Kräfte der Nation zusammentun in einem glücklichen Moment, wo das ganze Volk gewissermaßen mit einer schöpferischen Kraft an die Arbeit geht, die Gunst der Umstände und die jahrelangen Vorarbeiten der Wissenschaft und Praxis benutzt? Glauben Sie, daß es etwas so Leichtes ist, ein so großes Werk wie die Justizgesetze zustande zu bringen, oder daß es gleichgültig ist, einen Moment vorübergehen zu lassen, der geeignet ist, wenn auch nicht alles in Sicherheit zu bringen, doch das Wesentliche zu erlangen? Wann ist es den Nationen gelungen, ein solches Werk zustande zu bringen, und wie vielen ist es überhaupt gelungen? Die schwierigste Aufgabe, die der Gesetzgebung der Welt gestellt wird, ist die vollkommene Sicherung der Rechtseinheit, daß die Gerichtsverfassung und das Recht selbst einheitlich ist für die ganze Nation. Uns Deutschen ist diese Wohltat bislang nicht zuteil geworden. Viele dankenswerte Versuche sind in den einzelnen Ländern, in den einzelnen Gebieten gemacht worden: Sachsen hat Vorzügliches geleistet in bezug auf den Strafprozeß, Hannover im Zivilprozeß, andre Länder haben andre wichtige Arbeiten geleistet. Wissenschaft und Praxis beschäftigen sich seit sechzig Jahren mit der Frage der Einheit des Zivilrechts, mit der Frage der Gerichtsverfassung und der Prozesse, die wir jetzt zum Abschluß bringen: alle diese Vorarbeiten haben wir benutzt und verwertet. Ihre Kommission hat der deutschen Wissenschaft und Praxis ein unvergängliches Denkmal gesetzt, daß sie solche Fragen zum Abschluß gebracht hat, Fragen von viel größerer Bedeutung, als diejenigen sind, welche jetzt noch zur Verständigung übrigbleiben. Dieses große Werk stellen Sie jetzt in Frage, weil Sie auf Ihrem Schein bestehen, auf der politischen Parteiauffassung, welche Sie von den einzelnen Fragen haben, mit denen wir uns hier legislatorisch beschäftigen. Die Dinge, mit denen wir uns hier beschäftigen, gehen weit hinaus über jeden Fraktionsstandpunkt, und wenn Sie einen Unterschied zwischen Ihnen und uns zulassen wollen, so besteht derselbe darin, daß wir die Politik und die Gesetzgebung nicht als eine Lehre oder Doktrin ansehen, sondern als eine Praxis und eine Kunst."

Mit diesem inneren Zerwürfnis im Gesamtliberalismus überschritt die nationalliberale Aera in den Parlamenten ihren Höhepunkt, noch bevor sie an die höchsten Organisationsfragen im Reiche herantreten konnte. Das Gesamturteil über ihre Leistungen im neuen Reiche hat Gustav Schmoller mit abwägender Gerechtigkeit gefällt: „Gewiß glich dieses Zusammenwirken stets nur einer Vernunftehe, aber einer solchen, welche großen Segen stiftete, weil man sich gegenseitig gerade in den Punkten Kon-

zessionen machte, in welchen der andre der Stärkere und Vernünftigere war. Die Liberalen ließen sich eine Reichsverfassung ohne verantwortliche Minister, eine einheitliche, von oben ausgehende Staatslenkung, ein Heerwesen, ein Budgetrecht gefallen, wie sie sie seither bekämpft, wie sie aber die Voraussetzung für Preußens und Deutschlands Größe waren. Bismarck ließ sich gewisse Ideen über Selbstverwaltung, Rechtsstaat und individuelle Freiheit gefallen, wie sie die notwendige Voraussetzung für den inneren Fortschritt waren. Das verbindende Element war der begeisterte Patriotismus, wie er am lebendigsten damals im Heer und Beamtentum einerseits, im liberalen Bürgertum anderseits lebte. Es bleibt unumstößlich wahr, daß die Liberalen ohne dieses Eingehen auf Bismarcks Intentionen nur für ewige Zeit die politische Unfähigkeit des deutschen Liberalismus zur Gesetzgebung und Regierung besiegelt hätten, daß Bismarck ohne den politischen Idealismus, die Kenntnisse und die Arbeitskraft der Liberalen im Beamtentum und Parlament das Deutsche Reich schwerlich so fest begründet hätte, wie es heute dasteht."

Den Anteil Bennigsens an diesem Zusammenwirken hat Bismarck selbst, als ihre Wege sich schon wieder getrennt hatten, in einer Reichstagsrede vom 5. Mai 1881 anerkannt, indem er ihn unter seinen Fraktionsgenossen als den Mitkämpfer bezeichnete, „dem ich wirklichen Beistand verdanke und dem das Deutsche Reich für seine Herstellung und für seine Konsolidierung soviel schuldig ist für seine Politik von langen Jahren her".

Fünftes Kapitel
Die Krisis.
Bismarck, Bennigsen und die Liberalen
1877/78

Nach dem Abschluß der Justizgesetzgebung konnten Bismarck und die Nationalliberalen mit Befriedigung auf einen weiteren in gemeinschaftlicher Arbeit geschehenen Schritt zum einheitlichen Ausbau des Reiches zurückblicken. Unmittelbar darauf trat an den Leiter der Reichspolitik und an die führende parlamentarische Partei eine neue Aufgabe heran, die an sachlicher Bedeutung und an politischen Konsequenzen alles bisher gemeinschaftlich Geschaffene überragte: die zu der großen Probe auf ihre Zusammenarbeit werden mußte. Gelang auch die Lösung dieser Aufgabe, so mußte die Verbindung Bismarcks mit der Partei, die den stärksten Beweis ihrer Regierungsfähigkeit erbracht hatte, noch enger werden als zuvor; mißlang sie dagegen, so konnten sich für die Zukunft des Reiches auch ganz andre Perspektiven eröffnen. Die nationalliberale Aera der Kompromisse trat in ihre entscheidende Krisis ein.

Es handelte sich darum, dem Reiche eine selbständige finanzielle Grundlage zu geben und den unhaltbaren Zustand der einzelstaatlichen Matrikularbeiträge zu überwinden. Die Frage der Reichsfinanzen aber griff in alle andern politischen Gebiete auf das tiefste ein. Insofern das Bedürfnis nach neuen Einnahmequellen für das Reich die Wahl zwischen Finanzzöllen und indirekten Steuern ließ, war die Finanzfrage auf das engste mit der Wirtschafts- und Handelspolitik des Reiches verknüpft, die soeben noch, seit der Aufhebung der Eisenzölle, ein Bekenntnis zum entschiedensten Freihandel abgelegt hatte, aber schon einer wachsenden schutzzöllnerischen Kritik und Propaganda ausgesetzt war. Die Auseinandersetzung zwischen Reichsfinanzen und einzelstaatlichen Finanzen barg in sich das noch ungelöste Problem der Abgrenzung der beiderseitigen Kompetenzen; da es sich in erster Linie um die Beziehungen zwischen dem Reiche und Preußen handelte, so waren die bisher immer wieder zurückgestellten höchsten Organisationsfragen des Reiches, eine Weiterbildung der 1867 geschaffenen Verfassungsorgane, sei es mehr in unitarischem, sei es in föderativem Sinne, auf die Tagesordnung gesetzt. Die Entscheidung über die künftige Richtung der Gesamtpolitik und das Verhältnis zu den Parteien stand vor der Tür.

Bismarck hatte von Anfang an erkannt, daß nicht eine Ressortangelegenheit des Finanzministeriums, sondern die zentrale Frage der allgemeinen Politik auf dem Spiele stand, und in diesem Sinne beschloß er zu handeln.[1]) Es war zweifelhaft, ob er der Mitarbeit der bisherigen Minister sicher sein durfte oder ob Camphausen mit derselben Festigkeit wie Delbrück an seinen Ueberzeugungen festhalten würde, oder aber ob die Neuregelung der leitenden deutsch-preußischen Ressorts und ihrer Beziehungen zueinander nicht auch die Heranziehung neuer Männer erforderte. Es war ebenso zweifelhaft, ob die Mitarbeit des Parlaments sich in den bisherigen Formen vollziehen werde.

Allerdings war die parlamentarische Situation für die Durchführung seiner Politik günstiger geworden als in den verflossenen drei Jahren, in denen die nationalliberale Aera auf dem Höhepunkte stand. Die Reichstagswahlen vom Januar 1877 hatten sich unter heftiger Gegnerschaft der beiden Gruppen des Gesamtliberalismus untereinander vollzogen und demgemäß zu einer Schwächung beider geführt, dafür aber zu einer Stärkung der unter Bismarcks Druck und Förderung rekonstruierten Konservativen, die nunmehr den Prozeß ihrer Umschmelzung beendet hatten. Es wurden 137 gemäßigte Liberale gewählt, von denen 127 den Nationalliberalen beitraten, und 39 Fortschrittlich-Liberale, von denen 35 der Fraktion beitraten; die Konservativen waren wieder auf 40, die Freikonservativen auf 38 Abgeordnete angewachsen, während die Opposition ihre bisherige Stärke bewahrte. Die führende Stellung der Nationalliberalen blieb bestehen, aber sie war doch etwas eingeengt; sie konnten wohl mit der Gesamtheit der in sich homogener gewordenen Konservativen die Mehrheit bilden, nicht aber mehr allein mit den Fortschrittlern: diese verlockende Möglichkeit bestand für Lasker und seine Freunde nicht mehr. Eugen Richter, der alle parlamentarischen Konstellationen unter dem einzigen Gesichtspunkt einer Opposition gegen Bismarck zu betrachten pflegte, erkannte mit Betrübnis, daß eine solche durch Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie gebildete Opposition zur Erlangung einer Mehrheit nunmehr einer erheblich größeren Verstärkung, als der Laskersche Flügel sie bieten konnte, aus den Reihen der Nationalliberalen bedurfte: „Lasker hatte somit seinen in der vorigen Legislaturperiode geradezu beherrschenden Einfluß eingebüßt, das war das eigentliche Fazit der Neuwahlen."[2]) Mit andern Worten, das Schwergewicht lag innerhalb der Partei und damit innerhalb des Reichstages wiederum bei Bennigsen

---

[1]) Vgl. H. von Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt (Berlin 1889), über die Stosch-Krise vom März 1877: Bd. I, S. 123.

[2]) Im alten Reichstag II, S. 3.

und seinen Anhängern. Und ihn beschloß Bismarck, der immer kühl mit den Realitäten rechnete, als Helfer bei der geplanten Finanzorganisation zu gewinnen.

Er war sich von vornherein darüber klar, daß ein derartiges umfängliches Programm finanz- und wirtschaftspolitischen Inhals nicht wie bisher im letzten Augenblick durch einen Kompromiß durchgedrückt werden könnte, sondern zwischen der Regierung und der führenden Partei im Parlament von langer Hand im voraus vereinbart werden mußte. Zu diesem Zwecke gedachte er nicht nur die parlamentarische, sondern auch unter gewissen Voraussetzungen die ministerielle Mitarbeit Bennigsens zu gewinnen; in die Regierung, in die er bisher wesentlich nur Politiker freikonservativer Färbung aufgenommen hatte, zum erstenmal einen Nationalliberalen zu berufen. Nicht in der Absicht, damit das Ministerium zu parlamentarisieren, wie vielleicht die Liberalen hoffen mochten, aber doch bereit, es der Parlamentsmehrheit dauernd und entsprechend anzupassen. Ein liberaler Publizist formulierte die beabsichtigte Verschiebung zutreffend: „Die notwendige Ausgleichung zwischen der konservativen Rücksichtnahme auf das Bestehende und liberalen Reformforderungen soll künftig innerhalb der Regierung erfolgen, es sollen so diejenigen öffentlichen Kämpfe um die Einzelheiten jeder großen Maßregel vermieden werden, welche bisher fast regelmäßig zwischen der Regierung und der parlamentarischen Mehrheit geführt wurden und der schließlichen Zustimmung der letzteren einen Teil des moralischen Gewichts nahmen, welches sie ohne Krisis und Kompromiß gehabt hätten." [1])

Die Schwierigkeiten, die Bismarck bei diesem Plane zu überwinden hatte, waren zwiefacher Natur. Sie lagen einerseits bei dem Kaiser, anderseits in der nationalliberalen Partei.

Der Kaiser war einer stärkeren Heranziehung liberaler Politiker zu den Geschäften in den letzten Jahren abgeneigter als je geworden. Schon der Streit um das Septennat war lebendig in ihm haften geblieben; wenige Monate darauf, am 31. August 1874, sagte er zu dem Fürsten Chlodwig Hohenlohe: „Man müsse jetzt konservativ werden, Bismarck sehe dies selbst ein." [2]) Der Eindruck der schutzzöllnerischen Agitationen und die lang andauernde Wirtschaftskrise machten ihn irre an den Segnungen der liberalen Wirtschaftspolitik. Wie er schon in dem Kampf zwischen Staat und Kirche immer widerstrebender mitgegangen war, so begannen ihn die innerkirchlichen Fragen der preußi-

[1]) S. Köbner, Die Kanzlerkrisis, „Deutsche Rundschau" XIV (1878), S. 304—318.

[2]) Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe II, S. 133.

schen evangelischen Landeskirche immer mehr zu ängstigen; bald schüttete er nicht nur dem alten Freunde Roon sein Herz aus, sondern sandte auch an den Reichskanzler äußerst erregte Mahnungen, und im Laufe des Jahres 1877 raffte er sich zu einer so scharfen Parteinahme in diesen kirchlichen Gegensätzen auf, daß er die politischen Kreise Bismarcks empfindlich zu stören begann.[1]) Die historische und vor allem die publizistische Behandlung dieser Dinge neigt viel zu einseitig dazu, den auch in diesen Jahren noch sehr maßgebenden Willensfaktor des Kaisers zu vernachlässigen und alles auf die Entschließungen Bismarcks zu schieben, als wenn sie ungehemmt sich hätten verwirklichen können. Der achtzigjährige Herrscher war eher gewillt, zu den kirchlich-politischen Idealen früherer Zeiten zurückzukehren, als eine weitere Orientierung der Gesamtpolitik nach der liberalen Seite hin gutzuheißen. Namentlich flößte ihm die Mitarbeit Bennigsens von vornherein Bedenken ein. Seine Beurteilung des fähigsten parlamentarischen Mitarbeiters Bismarcks war durch frühere Eindrücke aus der Nationalvereinsperiode und Konfliktszeit und durch legitimistische Bedenklichkeiten über Bennigsens hannoversche Politik beherrscht, die von konservativer Seite geschickt wach gehalten wurden. Später, als die ganze Konstellation sich wieder abgewandelt hatte, sagte Bismarck einmal, in den Augen des Kaisers sei Forckenbeck dunkelrot, Bennigsen und Stauffenberg blaßrot, alle drei rot.[2]) Bennigsen selbst hat anscheinend geglaubt, daß die Persönlichkeit Forckenbecks dem Kaiser sympathischer als die eigne sei.[3]) So scheint auch schon die erste Sondierung Bismarcks, mit der er seine Aktion vorbereitete, auf einen Widerstand gestoßen zu sein, der möglicherweise mit der Krise vom März 1877 zusammenhängt. Wenigstens schreibt der Chef der

---

[1]) Roon, Denkwürdigkeiten III, S. 436, Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I, S. 270. Ueber den Streit zwischen Hermann und Hegel: Tiedemann, Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei, S. 145 ff., und Hegel, Erinnerungen aus meinem Leben, S. 42 f.

[2]) Freiherr von Mittnacht, Meine Erinnerungen, Neue Folge, S. 13.

[3]) Unter den Papieren Bennigsens befanden sich von der Hand des Kaisers nur Schriftstücke formal-geschäftlichen Inhalts, wie zum Beispiel der Bescheid auf eine beim Tode der Prinzessin Karl vom Abgeordnetenhause überreichte Kondolenzadresse des Präsidenten (Bennigsen) und der Vizepräsidenten (Klotz und Graf Bethusy-Huc), die am 19. Januar 1877 mit dem eigenhändigen Vermerk des Kaisers zurückging: „br. m. Dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Da ich gestern u. heute nicht in der Lage war Ihnen u. den 2 Vice Präsidenten die gewünschte Audienz zu ertheilen, so ersuche Sie mit den Genannten, morgen früh ½10 Uhr, also vor der Sitzung des Hauses, zu mir zu kommen um gleichzeitig die verschobene Audienz nachzuhohlen u. um meinen aufrichtigen mündlichen Dank für die nebenstehende Theilnahme bei dem meinem Königl. Hause getroffenen schmerzlichen Schlag entgegen zu nehmen. Berlin 19. 1. 77. Wilhelm."

Reichskanzlei schon am 6. April 1877 in sein Tagebuch: „Als der Fürst dem Kaiser vor kurzem den Vorschlag gemacht habe, Bennigsen zum Minister des Innern zu machen, habe der Kaiser ihn angesehen, als ob er mit einem Uebergeschnappten spräche.“ [1]) Bismarck wußte also, daß er hier ernste Hindernisse zu überwinden hatte.

Die andre Schwierigkeit lag bei Bennigsen und den Nationalliberalen. Man sage nicht, daß eine Kooperation auf der Grundlage der Schutzzölle von vornherein unmöglich gewesen wäre. Noch waren Freihandel und Schutzzoll nicht eigentlich Fragen der Parteipolitik. Noch waren namhafte Konservative, der Zentrumsführer Windthorst, der auf dem äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen stehende Heinrich von Treitschke entschiedene Freihändler; und wenn auch der linke Flügel sich aus den konsequentesten und radikalsten Freihändlern zusammensetzte, so standen auch die Schutzzöllner unter Führung von nationalliberalen und freikonservativen Industriellen aus Süd- und Westdeutschland; der im Jahre 1874 aus der Fortschrittspartei ausgeschiedene Dr. Löwe-Calbe wurde im nächsten Jahre zum Vorsitzenden der schutzzöllnerischen Wirtschafts- und Steuerreformer gewählt. Ein großer Teil der Abgeordneten sah in diesen Dingen überhaupt keine Prinzipienfrage. Vor allem Bennigsen war, seit seiner Teilnahme an den volkswirtschaftlichen Kongressen, allerdings von freihändlerischen Ueberzeugungen ausgegangen, die die wirtschaftliche Freiheit als Ergänzung der politischen Freiheit ansahen, [2]) doch war er von dem reinen Doktrinarismus wieder zurückgekommen. [3]) Es war freilich möglich, daß, wenn er sich zu einem mäßigen Schutzzoll bereit erklärte, der linke Flügel ihm die Gefolgschaft versagte: dann aber hatte Bismarck das Ziel der Abspaltung

---

[1]) Tiedemann a. a. O. S. 129.

[2]) Sehr charakteristisch seine dilettantischen Bemerkungen über Handwerk und Gewerbefreiheit, Kapital und Großindustrie in seiner Rede vom 26. April 1865 in der Zweiten hannoverschen Kammer.

[3]) So schreibt Mevissen im November 1876: „Unter den Führern der Partei sind manche, wie Lasker und Braun, so sehr durch ihre Vergangenheit gebunden und so einseitig in rein theoretischem Standpunkt befangen, daß sie kaum fähig sein dürften, die vor Augen liegenden Tatsachen und die praktischen Erfolge der Theorie unbefangen zu prüfen. Vielleicht hat Bennigsen, wenn auch von Hause aus entschiedener Anhänger des Freihandels, einen schärferen Blick für die tatsächlichen Verhältnisse und vermag bei einer Prüfung seiner bisherigen Ueberzeugung die naheliegenden Wirkungen des Freihandels — Schwächung des Wohlstands, Stagnation der schaffenden Kräfte, Vermehrung des Proletariats und Stärkung der Sozialdemokratie — mit in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen. Gelingt es, ihn und Stauffenberg von der Notwendigkeit einer Modifikation der Zollpolitik zu überzeugen, so wird selbst im jetzigen Reichstag“ u. s. w. (J. Hansen, Mevissen I, S. 809.)

derer um Lasker erreicht, das er seit Jahren verfolgte. Aber es war auch möglich, daß Bennigsen, vor allem um die Fühlung mit der Gesamtheit seiner Partei aufrechtzuerhalten, seine ministerielle Mitarbeit an Bedingungen knüpfte, daß die liberale Forderung verantwortlicher Reichsministerien wieder auftauchte oder gar einer Parlamentarisierung des Ministeriums, mit andern Worten: daß Bismarck nicht auf die Persönlichkeit des Realpolitikers Bennigsen allein stieß, sondern zugleich auf die konstitutionelle Doktrin der Liberalen: daß Bennigsen den Ministersessel nicht mit einer Spaltung der eignen Partei erkaufen wollte, um die Gouvernementalisierung ihres größten Teiles durchzuführen. Bismarck hätte nicht er selber sein müssen, wenn er in seinem rastlosen Geiste nicht auch für andre Möglichkeiten sich gewappnet hätte.

So etwa darf man sich Anfang 1877 den Gedankengang Bismarcks vorstellen. Die volle Aufklärung über den Verlauf kann erst erfolgen, wenn die Papiere Bismarcks der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Insoweit das in unsern Händen befindliche lückenhafte Material ausreicht, war allein der Anteil Bennigsens mit möglichster Sorgfalt herauszuarbeiten. Denn die Entschließungen, die im nächsten Jahre in seine Hand gelegt wurden, sind von schwerwiegender Bedeutung geworden. Die biographische Darstellung hat auf ihrem Höhepunkte sich mit der größten inneren Umwälzung neudeutscher Reichsgeschichte zu befassen.

Die innere Krise vom März 1877, deren äußerer Anlaß der von Bismarck gesuchte Konflikt mit Stosch war, hängt jedenfalls, so wenig wir auch bisher über seine eigentliche Intentionen wissen, mit der Vorbereitung seiner großen politischen Aktion zusammen. In die Tage seines Entlassungsgesuches vom 27. März scheint auch jene erste Sondierung über eine Ministerkandidatur Bennigsens gefallen zu sein, die der Kaiser so erstaunt abwies. Am 7. April beantwortete der Kaiser das Entlassungsgesuch — mit dem der Reichskanzler im Augenblick des heraufziehenden Russisch-Türkischen Krieges die Festigkeit seiner Machtstellung einer Belastungsprobe unterwarf[1]) — mit seinem berühmt gewordenen „Niemals!" und erteilte ihm gleich darauf einen Urlaub auf unbestimmte Zeit. Die Krisis war zunächst vertagt.

Nur ein Stimmungsbild aus den Kreisen der nationalliberalen Politiker, ohne eigentliche Aufklärung über die zugrunde liegenden Probleme, findet sich unter den Papieren Bennigsens.

---

[1]) Vgl. H. von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier I, S. 129 f., II, S. 242 f.

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 7. April 1877.

Ich habe Sie mit Nachrichten über die hiesigen Vorgänge verschont, da ich von Anfang an sicher war, daß nur das Ihnen entwickelte Programm sich entrollte, der Rest aber Schauspiel war. So ist es auch gekommen, und die Zwischenfälle haben einen nur untergeordneten Wert. Manches interessant für den mündlichen Bericht, aber nicht wert, schriftlich mitgeteilt zu werden oder die Ferienmuße zu unterbrechen. Bismarck hat nun den Urlaub, nachdem er einige Tage in schwerer Sorge gewesen, daß der Kaiser, welcher schwieg, aus der Entlassung Ernst machen möchte. Der Kaiser hat natürlich den Entlassungsantrag entschieden abgelehnt mit der Randbemerkung: „Niemals!" Wegen der Stellvertretung ist noch nichts bestimmt. Bismarck will, daß Camphausen vertrete, sich ruiniere oder das Feld reinige (?). Der Kaiser scheint an Hofmann zu denken, doch wird es wohl Camphausen bleiben. Die auswärtige Politik behält Bismarck unter der Firma Bülow. Der Urlaub ist materiell der gewöhnliche. Nun sind Sie genügend instruiert. Für uns aber gibt es wichtige Fragen, die bald in Bewegung kommen müssen. Es wäre mir sehr lieb und ich halte es für dringend wünschenswert, daß Sie Montag hier eintreffen, damit wir beide uns vorher besprechen, die Fraktion vor der Sitzung einberufen, vorher aber beraten haben, was etwa mitzuteilen oder einzuleiten.

*

Soweit Bismarck es für dienlich hielt, weihte er den Führer der Nationalliberalen in seine Organisationspläne und in die vorläufige Lösung der Krisis ein. In einer Besprechung mit Bennigsen am 10. oder 11. April ermächtigte er ihn, wie es hieß, zu der vertraulichen Mitteilung an seine Fraktionsgenossen, daß in Bälde das Reichsfinanzamt mit dem preußischen Finanzministerium vereinigt werden und der preußische Finanzminister der geborene Reichskanzleramtspräsident sein sollte.[1])

An demselben 11. April teilte der Reichskanzler dem Reichstage mit, daß er während seines Urlaubs in den laufenden Geschäften durch den Präsidenten des Reichskanzleramts und den Staatssekretär von Bülow vertreten werden würde. Dem rein provisorischen Charakter dieser Regelung gemäß beschlossen die Nationalliberalen zunächst abzuwarten, doch erhoben sich schon bei diesem Anlaß bedenkliche Meinungsverschiedenheiten. In diesem Sinne sprach Bennigsen, als am 13. April das Schreiben

[1]) H. von Poschinger a. a. O. II, S. 254. P. Kloeppel, Dreißig Jahre deutscher Verfassungsgeschichte I, S. 486 ff.

des Reichskanzlers auf Antrag Hänels im Reichstage zur Besprechung gelangte. Er pries in den wärmsten Worten die Wirksamkeit des Reichskanzlers und erwähnte mit besonderem Nachdruck — man glaubt den Inhalt seiner Beredung mit Bismarck noch herauszuhören — die Schwierigkeiten der internationalen Situation:

„Die Vertreter der Nation können dem Kanzler dafür dankbar sein, daß er bei diesem seinem Gesundheitszustande, bei diesen Hemmnissen, die eine Tätigkeit an so hervorragender Stelle notwendig mit sich führen muß, durch die ganze Lage Deutschlands angesichts der drohenden Verwicklungen im Orient, durch die großen Schwierigkeiten, denen wir noch in der inneren deutschen Politik zu begegnen haben — daß er angesichts aller dieser Aufgaben, zu deren Lösung kein andrer Mann in der Weise berufen ist wie er, sich hat bewegen lassen, das Abschiedsgesuch nicht aufrechtzuerhalten. Ich möchte gerade glauben, daß der Reichstag, mindestens alle Parteien, die der Politik des Kanzlers nahestehen und sie unterstützen wollen, Veranlassung hätten, ihrer Befriedigung über diesen Ausgang der Krisis einen unumwundenen Ausdruck zu geben. In diesem Augenblick sind die Augen der ganzen Welt auf die Dinge im Orient gerichtet, die mehr oder minder die Interessen aller europäischen Staaten und deren Beziehungen zueinander berühren werden. Ist das nicht eine wunderbare Entwicklung in den Zuständen Deutschlands, daß, nachdem noch nicht ein Dutzend Jahre hinter uns liegen, seitdem wir in furchtbarer Anspannung aller Kräfte auf kriegerischem Wege gegen Oesterreich und Frankreich uns eine Stellung verschafft haben, daß es gelungen ist, nach solchen Ereignissen und Erfolgen, die bei den andern Kabinetten mehr Staunen und Furcht als irgendein andres Gefühl hervorriefen, in kurzer Zeit die Ueberzeugung zu wecken, daß man es in dem neuen Deutschland nicht mit einer vorzugsweise militärischen oder kriegerischen Macht zu tun habe, sondern mit einer Nation, die sich die Aufgabe gestellt hat, innerhalb der wiedergewonnenen alten Grenzen friedlich und unbekümmert um den Besitz und die Entwicklung andrer Mächte das weiter zu gestalten, was die Natur und die Vorsehung ihr bestimmt hat? Wer hat im Jahre 1866, wer hat noch mehr im Jahre 1871 erwarten können, daß nach wenigen Jahren die Stellung Deutschlands, sein Einfluß in Europa gerade in dieser Linie liegen würde, und daß das geschehen ist, das ist das Verdienst des Deutschen Kaisers und seines Kanzlers, und dafür, meiner Meinung nach, ist das Gefühl in Deutschland vor allem und auch in dem übrigen Europa so lebhaft, daß die Lücke, welche durch das Ausscheiden des Reichskanzlers gerissen worden wäre, als eine verhängnisvolle empfunden würde."

Nachdem er in so rückhaltloser Weise sich zu der Staatsleitung Bismarcks bekannt hatte, lehnte er im Namen seiner Partei es ab, die Stellvertretungsfrage prinzipiell bei dieser Gelegenheit zu erörtern, nachdem die anfangs beabsichtigte wirkliche Stellvertretung formell später aufgegeben und ein Urlaub mit der Vertretung der laufenden Geschäfte, ohne Aenderung in der Verantwortlichkeit für die Leitung der Geschäfte, an die Stelle gesetzt worden sei. Eine Erörterung der eventuellen Neuorganisation der Reichsbehörden sei unangebracht, „in diesem Augenblick nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus Gründen der natürlichen Rücksicht auf den einzigen verantwortlichen und hervorragenden Reichsbeamten, mit dem solche Verhältnisse allein geordnet werden können, während es unmöglich erscheint, solange der Kanzler im Amte ist, diese Dinge ohne ihn ordnen zu wollen, am wenigsten in dem Augenblicke, wo er sich auf Urlaub begibt". An der Notwendigkeit eines Ausbaues der unvollkommenen Reichsverfassung hielt er jedoch fest. „Ich bin der Ansicht, daß sich Einrichtungen werden schaffen lassen, welche dem Kanzler in seiner wesentlichen Aufgabe, der Leitung der großen Politik Deutschlands, mehr Muße und Freiheit schaffen werden. Nach seiner Rückkehr werden meine politischen Freunde gern auf diese Fragen eingehen, in seiner Abwesenheit jedoch nicht. Es ist allerdings vieles in dem verfassungsmäßigen Verhältnis der Regierungen zu dem Kaiser und dem Kanzler und dem Reichstage nicht so rasch entwickelt, als wir es wohl wünschen möchten. Aber so kühl wie der Abgeordnete Hänel darf die deutsche Nation über die Fortschritte seit 1867 nicht denken, welche auf Grund auch dieser unvollkommenen Verfassung gemacht sind. Außer dem großen Fortschritt der Justizgesetze, an den der Abgeordnete Hänel selbst erinnert hat und über welchen jetzt wohl keine große Meinungsverschiedenheit mehr besteht, sind fast alle Dinge auf dem Gebiete der Gesetzgebung geordnet. Der Rest ist im Verhältnis zu dem Erreichten nicht sehr groß. Wenn man die Resultate unter dieser unvollkommenen Verfassung mit der früheren Zerfahrenheit der Verfassungszustände und der wichtigsten Rechtsgebiete, wo das Zusammenarbeiten der Bevölkerung eine Einheit erheischt, vergleicht, so ist das in einem Dezennium Errungene so groß, daß man nichts Gleiches bei irgendeinem Volke, geschweige denn beim deutschen finden kann. Diese Dinge haben den Reichstag und Norddeutschen Bundestag wiederholt beschäftigt. Bei der Konstituierung des letzteren und im Jahre 1869 sind Beschlüsse auf Einführung verantwortlicher Reichsministerien gefaßt worden; seitdem ist die Frage nur gelegentlich besprochen worden, jedoch sind Anträge nicht gestellt und Beschlüsse nicht gefaßt worden. Daß die Mängel und Lücken der Verfassung noch

vorhanden sind, ist dem Kanzler und der Reichsregierung nicht unbekannt, und ebensowenig, daß sich auch in diesem Hause eine Majorität finden würde, mit der Regierung an die Lösung dieser Frage zu gehen. Die Lösung dieser Frage bei uns ist nicht so leicht wie in einem Einheitsstaat. Nicht allein die Frage, wie die Reichsregierung in sich geordnet werden soll, wie die Verantwortlichkeit der einzelnen Träger von Ministerien gegenüber dem Reichstag beschaffen sein soll, wie das Verhältnis des Kanzlers zu diesen Ministern sein soll, sondern auch die Frage des Verhältnisses des Reichsministeriums zu den Einzelstaaten, zum Bundesrat und dessen Ausschüssen muß gelöst werden. Selbst wenn man darauf verzichten würde, alle diese Dinge systematisch zu regeln, müßte man die Rückwirkung der Errichtung von Reichsministerien auf diese Verhältnisse berücksichtigen."

Insbesondere wies er hin auf das wichtigste Problem, „das Verhältnis der deutschen Reichsfinanzen zu den Finanzen der deutschen Länder, das weder für das Reich noch die einzelnen Staaten und die Steuerzahler auf die Dauer zu ertragen ist. Das Verhältnis ist in diesem Augenblick derartig, daß ein formelles oder materielles Defizit in den Reichsfinanzen nicht vorkommen kann, weil jeder fehlende Posten, mag er 10 oder 100 Millionen betragen, durch die Finanzkräfte der einzelnen Staaten ergänzt werden muß. Es fehlt hier also jeder Regulator in der Person eines verantwortlichen Reichsfinanzbeamten, welcher diese unmittelbare Wirkung der Finanzwirtschaft des Reichs auf die einzelnen Staaten in seiner Person verantwortlich mitzutragen hätte . . . man wird schon im nächsten Winter an Abhilfe denken müssen, eine Regelung, die nach meiner Meinung auf keiner andern Grundlage möglich ist, als daß eine enge Verbindung einer verantwortlichen Reichsfinanzverwaltung mit der Finanzverwaltung des größten deutschen Staates hergestellt wird." Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß auf dieser Basis der Reichskanzler nach seinem Urlaube „an der Entwicklung des Deutschen Reiches und seiner Zustände auf der einmal gewonnenen verfassungsmäßigen Grundlage" mit seinen Freunden weiter zusammen arbeiten würde.

Bennigsen hatte sich im Namen der Nationalliberalen Bismarck zur Verfügung gestellt und bis zu dem Augenblick, wo es nötig sein würde, Gewehr bei Fuß abwarten zu wollen erklärt. Er hatte zugleich seine Ansichten über die Grundzüge der notwendigen Neuorganisation zu umschreiben versucht. Soweit es sich um die Herstellung einer organischen Verbindung zwischen den Reichsbehörden und den preußischen Ministerien handelte, entsprach seine Ansicht den von Bismarck damals vorbereiteten Plänen. Allerdings waren bei aller

Rücksichtnahme auf den Reichskanzler auch Wünsche angedeutet worden, die Bismarck in diesem Umfange zu erfüllen nicht geneigt war. Ein verantwortlicher Reichsfinanzminister, der Anfang eines verantwortlichen Reichsministeriums, war für ihn aus mehrfachen Gründen eine Unmöglichkeit: der Reichskanzler hätte die einheitliche Leitung der inneren und äußeren Reichspolitik mit einem andern teilen müssen und durch die beginnende unitarische Umschmelzung des föderativen Charakters der Reichsverfassung die Bundesfürsten vor den Kopf gestoßen. Aber es gab zwischen dem von der Theorie aus konstruierten Verfassungsideal der Liberalen und den von den Bedürfnissen der praktischen Politik geleiteten Plänen Bismarcks Verbindungswege genug, und Bennigsen hatte zu verstehen gegeben und er war gewillt, sich auf einem dieser Wege mit dem Kanzler zu treffen.

So blieben die Dinge zunächst in der Schwebe. Die nun folgende lange Zurückgezogenheit Bismarcks war zugleich wohl von dem Bedürfnis diktiert, die Entwicklung des Orientalischen Krieges — am 24. April erfolgte das Kriegsmanifest des Kaisers von Rußland — und der gesamteuropäischen Situation in ruhiger Beobachtung abzuwarten und von ihrem Verlauf auch den Beginn seiner innerpolitischen Aktion abhängig zu machen.

Auch Bennigsen entschloß sich, nach dem Schluß des Reichstags (3. Mai), wider seine Gewohnheit im Frühjahr eine größere Reise anzutreten und seinen schon seit Jahren gehegten Plan einer Reise nach Italien zu verwirklichen. Es ist möglich, aber nicht erweisbar, daß schon bei diesem Entschlusse gewisse politische Erwägungen mitspielten, die hernach seiner Italienfahrt einen besonderen Anstrich gaben. Waren doch in den Tagen seiner Abreise die Liberalen schon in Sorge geraten, ob nicht von München aus neue Fäden mit der Kurie angeknüpft werden möchten.[1]) Als Bennigsen nach Rom kam, feierten dort die einen das Verfassungsjubiläum des italienischen Staates, die andern das fünfzigjährige Bischofsjubiläum des Papstes, und der Vorkämpfer des deutschen Nationalstaates mußte dem einen Lager als Bundesgenosse erscheinen, dem andern Lager aber als ein feindliches Parteihaupt.

Briefe Bennigsens an seine Frau von seiner italienischen Reise im Mai und Juni 1877.

Rom, Albergo di Roma, 19. Mai 1877.

Deine lieben Worte vom 13. erhielt ich gestern nachmittag, wo ich nach achtstündiger heißer Fahrt durch die herrlichsten italischen Land-

---

[1]) Tiedemann a. a. O. S. 136 f.

schaften von Florenz hier eintraf. Vor dem Mittagessen, welches in Italien höchst zweckmäßig um sieben Uhr stattfindet, so daß man den ganzen Tag zur freien Verfügung hat, fand ich gerade noch Zeit, mich umzukleiden und ein Stück auf dem Monte Pincio nahe der Porta del Popolo zu gehen. Der Berg, mit den schönsten Anlagen voller Palmen, Zypressen, Pinien und andrer südlicher Gewächse, ist das tägliche Rendezvous für die schöne Welt von Rom und die Fremden, die sich hier nach italienischer Weise versammeln in vielen Dutzenden der elegantesten Equipagen zu Hunderten von Personen. Mein Wirtshaus liegt an der Via di Corso, durch welche die Fahrt auf den Pincio führt, etwa zehn Minuten von oben. Es wird dies wohl mein regelmäßiger Gang vor dem Essen sein. Die Aussicht von oben auf ganz Rom von dem Castello di Angelo und dem Vatikan — der alten Residenz des Papstes — bis zur entgegengesetzten Seite, wo die weltliche junge Macht des italienischen Königs im Quirinal sich niedergelassen hat, und über dieses Rom des Mittelalters und der modernen Zeit hinweg zu den Trümmern der antiken Welt ist gewiß eine der großartigsten . . . Dazu die zauberische Beleuchtung des Spätnachmittags.

Du wirst Dich wundern, daß ich erst seit gestern hier bin. Ich habe aber auf Anraten von Freunden einen Aufenthalt von anderthalb Tagen in Bologna gemacht, was ich sicher nicht zu bereuen habe. Auch bin ich in Florenz dreieinhalb Tage geblieben, kaum genug, um nur den oberflächlichsten Ueberblick über diese Stadt mit ihrer herrlichen Lage und südlichen Vegetation und die unerhört reichen Schätze ihrer Sammlungen und Kirchen zu erhalten. Florenz liegt zum Glück so nahe nach der Schweiz zu, daß man es wohl noch einmal wieder zu einem Aufenthalt von mindestens acht Tagen erreichen kann.

Italien wimmelt jetzt auf seinen Eisenbahnen und in den Hotels von den vielen Pilgern, namentlich Priestern verschiedener Nationen, Franzosen, Belgier, Deutsche, Irländer. Auch pilgernde Reichstagsabgeordnete traf ich bereits mehrere, so noch hier im Hotel den Abbé Prinz Radziwill (mit unserm preußischen Königshause verwandt, schlimmste ultramontane Sorte; die Familie bildet den Mittelpunkt der klerikalen Opposition gegen Bismarck am Hofe, natürlich auf das engste mit der Kaiserin liiert). Er begrüßte mich sofort auf das entgegenkommendste und bot mir freundlichst seine Dienste an behufs Einführung in verschiedenen Privatsammlungen und Villen, zu deren Besichtigung man sogenannter Permessi der Eigentümer bedarf. Die großen römischen Adelsfamilien, Colonna, Doria, Borghese u. s. w., sind alle ultramontan gesinnt. Ich konnte seine Höflichkeit aber um so mehr ablehnen, als ich beabsichtige, morgen den deutschen Botschafter von Keudell aufzu-

suchen — seine Frau ist leider zur Kur in Wien —, wo ich alles Nötige erhalten kann. Auch habe ich von dem geistreichen, in Florenz lebenden Schriftsteller Karl Hillebrand, dessen Aufsätze über England, Frankreich und Italien Du einmal noch lesen mußt, einen Brief an den Marquis Guerrieri, mit einer Deutschen verheiratet, bekannter Liberaler, welchen ich wahrscheinlich auch besuchen werde.

In einigen Tagen schreibe ich ausführlicher. Mein Befinden ist sehr gut. Man lebt hier körperlich und geistig ordentlich auf. Nachdem ich den Brief in das nahe Postbureau gebracht, werde ich eine mehrstündige Orientierungsfahrt durch die Stadt machen. Nachher denke ich noch St. Peter und die Sammlungen im Vatikan zum erstenmal zu besuchen.

Rom, 25. Mai 1877.

Mit Sehnsucht erwarte ich Nachricht von Dir und kann gar nicht begreifen, wie ich seit Freitag, dem 18. Mai, dem Tage meiner Ankunft, keinen Brief mehr bekam. Herr von Keudell, bei dem ich jetzt wohne, sagt freilich, daß Briefe zwischen Italien und Deutschland ab und zu verloren gehen. Ich schickte Dir eine Postkarte von Rosenhain (an der Tiroler Grenze) und einen längeren Brief von hier am Tage nach meiner Ankunft (Sonnabend, 19., früh) . . .

In Rom habe ich mich drei Tage lang ganz allein umgesehen zu Wagen und zu Fuß, in Stadt und Umgegend, in Sammlungen und Kirchen, um zunächst ganz für mich einen wenn auch noch so dürftigen allgemeinen Eindruck zu bekommen. Außer einigen klerikalen Pilgern aus dem Reichstage habe ich in diesen Tagen keine bekannte Seele getroffen. Am vierten Tage, am Dienstag mittag, machte ich unserm Botschafter von Keudell, dessen Frau in Wien zur Kur ist, einen Besuch. Er war so freundlich und dringend, mich einzuladen, bei ihm zu wohnen, daß ich es nicht abschlagen mochte. Wir haben uns so eingerichtet, daß wir uns gar nicht genieren. Ich frühstücke für mich auf meinem Zimmer; des Mittags um zwölf Uhr zum Dejeuner und um sieben Uhr zum Diner finde ich ein Kuvert an seinem Tische, wenn ich es benutzen will. In der Zwischenzeit geht er seinen zeitraubenden Geschäften und ich der auch einigermaßen mühevollen Besichtigung Roms nach. Ich war gleich am Dienstag nachmittag eingezogen, bewohne in dem alten Palazzo der ausgestorbenen Principe di Cafarelli ein Zimmer und eine Schlafkammer, jedes Gemach ungefähr doppelt so groß als unsre doch nicht kleine Wohn- und Schlafstube in Hannover. Vom Zimmer führt eine Tür auf einen fast fünfzig Schritte langen breiten Balkon. Die Aussicht von diesem, schon von dem Platze ab, auf dem ich schreibe, ist notorisch eine der schönsten in Rom. Der

Palast Cafarelli liegt mitten in Rom, gerade an der Scheide des alten und neuen Roms auf dem alten Mons Capitolinus, unmittelbar neben dem Kapitol selbst und den Ruinen des Forum Romanum. Eine Aussicht voll landschaftlichen und historischen Zaubers. In dem Augenblicke, wo ich vom Papier aufsehe, erblicke ich mir gegenüber die herrlichen Villen und Gärten auf dem alten Mons Palatinus mit ihren Zypressen und Pinien, mit den kolossalen Resten der Thermen des Caracalla rechts und des Kolosseums (des Amphitheaters des Titus) links, darüber die Kette der Albanerberge. In letztere will Herr von Keudell mich vielleicht auf einen Tag begleiten. Ich sehe mich nach Möglichkeit unter den Kunstschätzen und historischen Denkmälern Roms um. In vierzehn Tagen bis drei Wochen kann man aber nur das Wichtigste oberflächlich kennen lernen, so unerschöpflich sind die hier aufgehäuften Schätze. In einer Viertelstunde gehe ich mit dem Professor Helbig vom Deutschen Archäologischen Institut, bei dem und dessen Frau, einer höchst originellen und gescheiten russischen Fürstin, halbmal so dick als Fräulein Schütte, ich heute das Dejeuner eingenommen habe, und dem feingebildeten Marquis Guerrieri-Gonzaga, um die Ruinen der Kaiserpaläste auf dem Mons Palatinus zu besehen; heute abend ist noch eine kleine musikalische Unterhaltung bei Herrn von Keudell mit einer deutschen tüchtigen Sängerin, Fräulein Serger aus Würzburg, wie schon einmal am Dienstag. Herr von Keudell ist selbst ein kompletter Klaviervirtuose.

Neapel, 2. Juni 1877.

Ich bin heute nachmittag hier angekommen, etwas ermüdet, weil die sieben Stunden auf der Eisenbahn recht heiß waren und ich auch heute morgen sechs bis neun Uhr einen tüchtigen Spaziergang von Albano nach Pallazuolo und zurück auf halber Höhe am Albanersee gemacht hatte, mit entzückender Aussicht allerdings auf die Landschaft der Albanerberge, die römische Campagna, das Mittelländische Meer und auf das noch am Horizont erscheinende Rom. Bei Pallazuolo werden noch die Mauern und Gewölbereste des alten Alba Longa aus der heroischen Sage der Römer gezeigt, worüber Dir die Herren Primaner das Nötige aufklären werden.

Von Rom bin ich gestern nachmittag fünf abgereist, begleitet vom Legationsrat von Derenthall, welcher mit mir gegen Abend von Albano ab im Wagen noch die herrliche Tour nach Aricia, Genzano und dem Neuen See machte, dann aber mit dem letzten Eisenbahnzuge nach Rom zurückkehrte, während ich in Albano zur Nacht blieb, um mich heute früh zehn Uhr dem Kurierzuge nach Neapel anzuschließen. Mein Telegramm aus Rom von gestern mittag wegen meiner Abreise nach

Neapel wirst Du erhalten haben. Einen Brief Dir noch gestern von Rom zu schreiben wurde ich gehindert, weil es mir am letzten Tage absolut an Zeit dazu fehlte. Meine Zeit habe ich nämlich in Rom stark benutzt, auch gestern noch, wo ich allerlei Besorgungen, Visiten u. s. w. zum Schluß abmachen mußte, habe ich, um einen letzten bedeutenden Eindruck mitzunehmen, zweieinhalb Stunden im Museum des Vatikans, d. h. der berühmten Antikensammlung, zugebracht, freilich unter Führung eines ausgezeichneten deutschen Sachkenners, was den Genuß der umfangreichen antiken Kunstschätze ungemein fördert und erleichtert.

Meine Absicht, Rom nach Geschichte, Kunst und Natur einigermaßen kennen zu lernen, soweit das in vierzehn Tagen überhaupt möglich ist, ist mir allerdings durch die Politik bis zu gewissem Grade gestört. Das Nähere über diese Dinge kann ich nur mündlich mitteilen. Ich habe aber doch die Vormittage und Nachmittage für Galerien und Ausflüge auf das äußerste verwendet, zum Teil allein, zum Teil mit vorzüglicher sachverständiger Begleitung.

In politischer Hinsicht habe ich daneben so viel Interessantes kennen lernen und erlebt, daß diese vierzehn Tage in Rom wohl die reichsten sind an starken und mannigfaltigen Eindrücken verschiedenster Art, welche ich durchmachte. Die liebenswürdige Aufnahme durch Herrn von Keudell im Palazzo Cafarelli auf dem Kapitol spottet jeder Beschreibung, ebenso die ungewöhnlichen Aufmerksamkeiten, welche mir hier von den politischen Männern und der Regierung zuteil geworden sind. Die einflußreichsten Staatsmänner, so den früheren Ministerpräsidenten Minghetti und den Zukunftspremier, früheren Finanzminister Sella, sowie den Präsidenten der Deputiertenkammer Crispi lernte ich zunächst auf kleinen Dejeuners bei Keudell kennen. Außerdem gab Keudell mir zu Ehren ein großes parlamentarisches Diner mit nachfolgender allgemeiner politischer Soiree für sämtliche Deputierte, welche sich bei der großen Demonstration, von Crispi veranlaßt, mir ihre Karten zuzustellen, beteiligt hatten.[1]) Der

[1]) Ueber diese Ehrungen berichtete die „Italienische Korrespondenz": „Die schmeichelhafteste aller dieser Kundgebungen war aber wohl die, daß ihm neulich in Gelegenheit eines Dejeuners, zu welchem der deutsche Botschafter den Präsidenten der Deputiertenkammer, Herrn Crispi, gebeten hatte, von diesem über zweihundert Visitenkarten überreicht wurden, welche von den Mitgliedern des italienischen Abgeordnetenhauses am Präsidententische für denselben abgegeben worden waren. Herr von Keudell, dessen Gast Herr von Bennigsen ist, erwiderte diese Aufmerksamkeit damit, daß er Mittwoch das Präsidialbureau der Kammer mit den Herren Präsident Crispi, Vizepräsident Mauvogonato und Sekretär Quartieri an der Spitze zu Tische bat und für den Abend allen jenen Mitgliedern der italienischen Deputiertenkammer, die Herrn von Bennigsen ihre Karten zugeschickt hatten, Einladungen zu einem freundschaftlichen und zwanglosen Rendezvous im Palazzo Cafarelli zugehen ließ. An achtzig Abgeordnete

Minister des Auswärtigen Melagari gab mir zu Ehren am Donnerstage ein Ministerdiner.[1]) An demselben Tage wurde ich vom Könige Viktor Emanuel, dem Kronprinzen und der Kronprinzessin in Audienz empfangen. Ueber das sehr merkwürdige Politische mündlich. Die Kronprinzessin ist eine ganz deutsch gebildete Frau. Ihre Mutter ist eine sächsische Prinzessin. Sehr merkwürdige Antezedenzien haben die hiesigen Minister und einflußreichen Politiker fast alle, infolge der Vorbereitung der italienischen Einheit durch Konspiration und ihrer Vollendung durch Bürgerkrieg und Revolution. Der Präsident Crispi ist einer der tausend Helden von Marsala, welche unter Garibaldi bei Marsala auf Sizilien landeten und das Königreich beider Sizilien mit der Hauptstadt Neapel den Bourbonen entrissen. Er hat uns auf dem Frühstück höchst interessante Dinge über diesen homerischen Kriegszug erzählt, auf dem er, ein Advokat, der Generalstabschef Garibaldis und nachher, bei dessen Diktatur in Sizilien, sein Minister war.

Gestern abend in den Albanerbergen, als ich zu Abend gegessen hatte und die italienische Zeitung studierte, wurde ich noch durch einen expressen Boten Keudells überrascht, durch welchen mir ein sehr schmeichelhaftes Schreiben des Kabinettschefs des Königs von Italien übersandt wurde nebst einer großen Samtschachtel mit dem Großkreuz und dem Großkordon des Ordens der italienischen Krone auf motu proprio Anordnung des Königs. Es ist das eine große persönliche Auszeichnung, welche aber als ganz absichtliche Demonstration für Deutschland gegen Frankreich und die ultramontane Verschwörung augenblicklich besonderen Wert erhält. — Ich bleibe in Neapel drei Tage, ebensoviel in Capri und Sorrent, kehre über Neapel zurück und fahre möglichst direkt über Rom, Genua, Mailand, Gotthard nach dem Berner Oberland, bleibe dort drei bis vier Tage und gehe dann nach Freiburg.

---

aller Parteien nahmen an, und die Zahl wäre noch größer gewesen, wenn nicht viele nach den Abstimmungen vom 26. und 27. Mai die Hauptstadt verlassen hätten, um erst anfangs nächster Woche wieder hierher zurückzukehren. Beinahe bis Mitternacht blieben die erschienenen Abgeordneten in heiterer, ungezwungener Unterhaltung beisammen, und sowohl die sichtlich befriedigten italienischen Gäste als Herr von Bennigsen dürften diesem italienisch-deutschen parlamentarischen Abende und dem ebenso freundlichen als glücklichen Veranstalter desselben, Herrn von Keudell, ein längeres freundliches Andenken bewahren."

[1]) Die „Kölnische Zeitung" vom 2. Juni meldet aus Rom vom 1. Juni: „Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Melagari, gab gestern zu Ehren des Präsidenten von Bennigsen ein Diner, an welchem der deutsche Botschafter von Keudell, die Präsidenten der Deputiertenkammer und verschiedene Minister teilnahmen. Herr von Bennigsen ist während seines hiesigen Aufenthalts auch von dem Kronprinzen Humbert empfangen worden und heute nach Neapel weitergereist."

Capri, 9. Juni 1877.

Bis dahin, daß das Dampfschiff nach Neapel abgeht, habe ich gerade noch eine halbe Stunde, Dir zu schreiben. Seit zwei Tagen bin ich hier, einen Tag war ich vorher in Sorrent, rein paradiesische Gegenden. Heute nachmittag fahre ich nach Neapel zurück. Geht von dort noch heute abend ein Dampfer nach Livorno oder Genua, so werde ich ihn zur Rückreise benutzen, andernfalls fahre ich die Nacht mit der Eisenbahn nach Rom und dann morgen von Civitavecchia, dicht bei Rom, per Schiff nach Genua. In Genua möchte ich gern noch einen Tag bleiben, wegen der herrlichen Natur und der großen Kunstschätze in den alten Adelspalais. Van Dyck und Rubens haben hier jahrelang gemalt, namentlich porträtiert. In Neapel bin ich vier volle Tage geblieben. Ich schrieb Dir — ebenso auch Lottchen — gleich nach meiner Ankunft und Empfang Deines Briefes, der mir nachgeschickt ward. In Neapel bin ich wieder mit so viel offiziellen Aufmerksamkeiten behandelt, daß es fast lästig ward für einen so kurzen Aufenthalt. Erst seit meiner Abreise von Neapel bin ich wieder ganz zu mir selbst gekommen. Eine Lächerlichkeit hat der sehr verständige und liebenswürdige deutsche Generalkonsul noch abgewendet. Der Polizeipräfekt von Neapel hatte nämlich den ingeniösen Einfall gehabt, mir eine Ehrenwache zu stellen. Der Generalkonsul hat aber den bon sens besessen, den Präfekten darauf aufmerksam zu machen, daß mir das vielleicht gar nicht einmal angenehm sein würde, er möge doch wenigstens so lange warten, bis ich angekommen sei, und er, der Generalkonsul, mit mir über diese Sache gesprochen habe. Ich habe in Neapel unter der freundlichsten und wirklich angenehmsten Führung des Generalkonsuls Beer oder des Dr. Dohrn, Direktors des hiesigen Deutschen Zoologischen Instituts, ziemlich viel in kurzer Zeit gesehen. Das Kloster Camaldoli, einige Stunden von Neapel, mit der angeblich schönsten Aussicht in Italien, Pompeji, das Observatorium auf dem Vesuv.[1] Das Museum mit seinen ganz unerhörten Kunstschätzen ließ sich der Direktor desselben auf Anweisung des Ministers nicht nehmen, mir selbst zu zeigen. Die paar Stunden in so sachverständiger Begleitung waren höchst instruktiv und interessant. Ein zweitesmal habe ich aber doch vorgezogen, den Direktor nicht wieder zu belästigen und

---

[1]) Die „Kölnische Zeitung" ließ sich über den Aufenthalt melden: „Von Bennigsen besucht am 5. d. M. Pompeji, wo ihm zu Ehren besondere Ausgrabungen vorgenommen werden sollen. Wie man hieraus ersieht, wird der Präsident unsers Abgeordnetenhauses, nachdem er in Rom sein Reiseinkognito aufgeben mußte, von den Aufmerksamkeiten der italienischen Regierung auf seiner weiteren Reise begleitet."

mir drei Stunden lang diese herrlich erhaltenen Antiken — darunter die großen, ganz unversehrten bronzenen Statuen aus Herkulanum — in aller Stille allein zu betrachten. Auf Camaldoli und dem Vesuv hatten wir die schönste italienische Beleuchtung. Der Vesuv war sogar so aufmerksam, als wir zurückfuhren, fortwährend zu illuminieren. Auf den Vesuv bin ich gefahren nach meiner Rückkunft von Pompeji und mehrstündiger Erholung in der sehr angenehmen Familie des Dr. Dohrn. Die Frau ist eine gebildete Russin. Er selbst Direktor eines großen Aquariums u. s. w. — mit unmittelbarer Benutzung des Meerwassers des Golfes —, welches nicht etwa zur Belustigung für kleine und große Kinder dient, sondern eine wissenschaftliche zoologische und biologische Station bildet, wo anderthalb bis zwei Dutzend Gelehrte aller Nationen, unterstützt zum Teil von ihren Regierungen, fortwährend beobachten und arbeiten. Den Wagen zum Observatorium auf dem Vesuv hatte die Provinz Neapel auf Veranlassung meines Kollegen an der Spitze der Provinz, des Herzogs von San Donato, gestellt. Die Nacht blieb ich in Portici bei Dr. Dohrn, weil wir erst gegen zehn Uhr zurückkamen. Eine sehr schöne Spazierfahrt von zwei Stunden mache ich noch von Neapel über den Posilipp nach Pozzuoli. Ich hatte dazu den Marquis Guerrieri-Gonzaga abgeholt, Bruder des Herrn in Rom, von welchem ich Dir schrieb. Es ist dies ein sehr feingebildeter Italiener, was Du schon daraus ersehen wirst, daß er Goethes „Faust" I. Teil, Elegien, „Hermann und Dorothea" ins Italienische übersetzt und herausgegeben hat. Als ich ihn nach der Rückkehr in seinem Hotel wieder absetzte, bedankte er sich bei mir, daß ich als Fremder ihm diesen schönen Teil von der Gegend Neapels gezeigt habe. Die Italiener haben nämlich auffallend wenig Sinn für schöne Natur. Dieser gebildete Italiener hatte bereits Wochen und Monate in Neapel gelebt und kannte weder Camaldoli noch Pozzuoli. Auf Capri habe ich beide Tage entzückende Partien gemacht, aber des Morgens bald nach fünf Uhr, zum Teil in Gesellschaft eines angenehmen, mit mir gleichzeitig angekommenen Malers Rheinemann aus Berlin, früher, 1866 bis 1870, Generalstabsoffizier bei Moltke. Heute vor dem Frühstück bin ich noch allein in einer Gondel mit zwei Ruderern in dreieinhalb Stunden um die ganze Insel gefahren, eine Tour von fabelhafter Schönheit. Unterwegs Seebad in den Ruinen der alten Seebäder des Kaisers Tiberius.

Bennigsen an den Botschafter von Keudell.

Konzept. Albano, 1. Juni 1877.

Die Art und Weise, wie ich in Rom von allen Seiten behandelt worden bin, ist mir in der Tat auf das äußerste unerwartet gekommen.

Die zum Schluß mir noch zuteil gewordene so ungewöhnliche Auszeichnung seitens des Königs kann ich mir aber nur aus der bestimmten Absicht erklären, einem deutschen Manne, von dem es bekannt ist, daß er die Politik des Fürsten Bismarck namentlich auch in dem Verhältnisse zum Auslande in unserm Parlamente entschieden unterstützt, gerade in den jetzigen kritischen Verhältnissen eine signifikante Auszeichnung zu erteilen. Eine Tatsache, welche unsern deutschen Interessen jedenfalls nicht nachteilig sein kann.

Die vierzehn Tage, welche jetzt hinter mir liegen, haben für mich freilich manches Anstrengende gehabt durch die Menge der verschiedenartigsten starken Eindrücke. Sie werden aber eine interessante Erinnerung für mich bilden, namentlich auch um deswillen, weil es mir in dieser Zeit möglich geworden ist, einem Manne, hoffentlich nicht bloß vorübergehend, näher zu treten, für dessen Charakter und Gesinnung ich stets, auch ohne mit ihm genauer bekannt zu sein, eine aufrichtige Hochachtung empfunden habe.

Keudell an Bennigsen.

Rom, 7. Juni 1877.

. . . Ihr öffentliches Wirken seit 1859 ist mir immer ganz nach meinem Herzen gewesen, wenn ich auch selbst einen andern Weg zu gehen für nötig hielt. Es hat mich sehr glücklich gemacht, Ihnen in diesen Tagen persönlich näher zu kommen und nicht wahrzunehmen, daß Sie über eine der berührten Fragen anders denken als ich. In unsern Tagen ein großes Glück. Ich zweifle daher nicht, daß uns noch manches persönliche und vielleicht auch geschäftliche Zusammenleben beschieden sein möchte.

*

Bennigsens italienische Reise sollte im Herbste desselben Jahres ein Nachspiel finden. Als Crispi, von vielen schon als der kommende Staatsmann Italiens betrachtet, im September nach Deutschland reiste und Bismarck in Gastein aufsuchte, um in eine nähere Fühlung mit den Leitern der deutschen Politik zu treten, fand Bennigsen eine Gelegenheit, die ihm zuteil gewordene italienische Gastfreundschaft zu erwidern und zugleich auf deutschem Boden eine Sympathiekundgebung für Italien zu veranstalten. Während Crispis Anwesenheit in Berlin fand am 23. September ein Festbankett zu seinen Ehren statt; unter Bennigsens Führung nahmen hauptsächlich Parlamentarier, überwiegend Nationalliberale und Fortschrittsleute, nur vereinzelte Konservative, daneben Künstler und Gelehrte teil; die offiziellen Kreise waren durch einen Unterstaatssekretär und einen Ministerialdirektor vertreten. Bennigsen,

der als Präsident des Abgeordnetenhauses zwischen den Ehrengästen, Crispi und dem Botschafter Launay, saß, sprach nach einem deutschen Toast auf den Deutschen Kaiser und den König von Italien in französischer Sprache schwungvoll auf die Vereinigung des italienischen Volkes und Staates. Er feierte die Anziehungskraft, die Italien von jeher auf die Deutschen ausgeübt habe; jetzt gebe es zwischen ihnen keine Kämpfe mehr, sondern nur noch Verbrüderung, denn beide Nationen hätten dieselben nationalen Kämpfe und Wirren durchgemacht, und beide hätten heute dieselben freiheitlichen inneren Interessen und dieselben Gegner; er schloß unter stürmischem Beifall mit einem Hoch auf Crispi. Crispis Antwort betonte gleichfalls die gemeinschaftlichen Interessen beider Nationen, die der Monarchie und der konstitutionellen Verfassung ihre Größe verdankten. Der Botschafter Launay sprach auf Bismarck, dann Crispi auf Bennigsen, der unter Hinweis auf seine Aufnahme in Italien dankte. Darauf sprach Schulze-Delitzsch auf die Entwicklung des deutschen und italienischen Genossenschaftswesens und der Berliner Bürgermeister Duncker auf die Freiheit und Unabhängigkeit Roms.

Ohne Frage hatte Bennigsen im Einverständnis mit Bismarck,[1]) der am folgenden Tage den Gegenbesuch Crispis empfing, die Kundgebung veranstaltet. Die offiziösen Artikel der „Kölnischen Zeitung" betonten in diesen Tagen die Gemeinsamkeit der Interessen Deutschlands und Italiens gegenüber Frankreich und gegenüber der Kurie, zumal angesichts der orientalischen Krisis, deren Druck vermutlich zu diesen Anfängen einer deutsch-italienischen Annäherung beigetragen hatte. Aber indem Bennigsen als Gehilfe der auswärtigen Politik Bismarcks fungierte, blieb er zugleich sich selber und seiner politischen Vergangenheit getreu: er sprach als der namhafteste Vertreter der nationalen Einheitstendenzen, die von jeher, wie wir sahen, eine innige Fühlung mit der italienischen Einheitsbewegung angestrebt hatten.[2]) Sein Trinkspruch auf Italien erinnerte an die Gedankenreihen der Adreßdebatte in der ersten Sitzung des Reichstages: die von der auswärtigen Politik veranlaßte Annäherung an Italien erschien vom Standpunkt der inneren Politik als eine antiultramontane Kundgebung, und Windthorst, gegen

[1]) Später hat Bennigsen noch einmal, auf telegraphische Anweisung Bismarcks, am 3. Oktober 1887, Crispi bei seiner Reise nach Friedrichsruh auf dem Bahnhofe in Hannover begrüßt. Crispi stellte ihn damals seinem Begleiter (der in dem Buche „Crispi bei Bismarck", deutsch von W. Lauser, S. 148 darüber berichtet) mit den Worten vor: „Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wer Herr von Bennigsen ist: einer der hervorragendsten Urheber der Einigung Deutschlands, einer der aufrichtigsten deutschen Liberalen, einer der besten Freunde und Mitarbeiter Bismarcks und der erste Redner des Reichstags."

[2]) Vgl. Bd. I, S. 339 f., 438 f.; Bd. II, S. 217.

den Bennigsen vor nicht langer Zeit den Botschafterposten am Quirinal im Reichstage verteidigt hatte,[1]) behielt sich im Parlament bald darauf vor, auf die politische Mission des Präsidenten des Abgeordnetenhauses und seinen Verkehr mit Crispi zurückzukommen.

Inzwischen waren die Verhandlungen über die Reichsreform langsam vorwärtsgeschritten. Unmittelbar nach seiner Heimkehr aus Italien — am 17. Juni 1877 war er mit Lasker in Freiburg i. Br. zusammengetroffen — empfing Bennigsen Anfang Juli eine Aufforderung Bismarcks zu einem Besuche in Varzin. Die im Frühjahr fallen gelassenen Fäden wurden wieder aufgenommen.

Geheimrat Tiedemann an Bennigsen.

Berlin, 1. Juli 1877 (W. Kurfürstenstr. 33).

Euer Hochwohlgeboren wollen mir eine ganz vertrauliche Mitteilung gestatten. Der Fürst-Reichskanzler, welcher heute nacht von Kissingen hier eingetroffen ist,[2]) hegt den Wunsch, mit Ihnen einmal wieder die allgemeine politische Situation zu besprechen. Läge es in seiner Absicht — was nicht der Fall ist —, hier mehrere Tage zu verweilen, so würde er Sie gebeten haben, nach Berlin zu kommen. Zweifelhaft ist es ihm nun, wie Euer Hochwohlgeboren eine Einladung nach Varzin aufnehmen würden. Daß Ihr Besuch dort nicht unbemerkt bleiben würde, liegt auf der Hand. Wenn es dem Fürsten nun auch ganz unbedenklich erscheint, daß der Führer einer großen politischen Partei den leitenden Minister besucht, so ist er doch nicht ganz sicher, wie Euer Hochwohlgeboren mit Rücksicht auf gewisse Mißdeutungen, die ein solcher Vorgang in der Presse erfahren könnte, hierüber denken. Jedenfalls möchte er Ihnen eine Verlegenheit ersparen, falls Ihnen eine Einladung nicht ganz genehm sein sollte. Euer Hochwohlgeboren würden mich durch eine *ganz vertrauliche* Aeußerung über die angedeutete Frage zu lebhaftem Danke verpflichten.

Bennigsen an Tiedemann.

Hannover, 3. Juli 1877, abends.

Euer Hochwohlgeboren gefällige Mitteilung vom 1. d. M. erhalte ich erst in diesem Augenblicke, da ich seit gestern mittag auf einer Dienstreise in der Provinz von hier abwesend war.

---

[1]) Reichstagsverhandlung vom 25. Januar 1876 über den Nachtragsetat zum Auswärtigen Amt.

[2]) Fürst Bismarck hielt sich am 2./3. Juli in Schönhausen, am 4./5. Juli in Friedrichsruh auf und begab sich am 7. Juli nach Varzin.

Falls der Fürst-Reichskanzler wünscht, mit mir in Varzin über die allgemeine politische Situation sich zu besprechen, so werde ich einer Einladung nach Varzin natürlich mit Vergnügen Folge leisten. Sollte in der Tat der politische Unverstand in Deutschland so weit gehen, mir einen solchen Besuch auf dem Landsitze des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten in meiner Stellung als Präsident des Abgeordnetenhauses oder als Parteiführer mißzudeuten, so bin ich durchaus geneigt, auf so törichte Auffassungen keinen Wert zu legen.

Fürst Bismarck an Bennigsen.

(Eigenhändig.) Varzin, 9. July 1877.

Verehrter Herr von Bennigsen

mit einer Bitte um Besuch auf dem Lande ist man etwas schüchtern, wenn man in einer so entlegenen Landschaft wie Hinterpommern wohnt. Aber in Ihrer und meiner Stellung zum Staate und zum Lande haben wir beiderseits so viel Anlaß Gegenwart und Zukunft zu besprechen, daß ich für meine Bitte nicht bloß die Freude an Ihrem Besuche, sondern auch die Interessen des vaterländischen Gemeinwesens geltend machen kann. Daraus schöpfe ich den Muth zu der Anfrage, ob Sie mir die Ehre erzeigen wollen, mich hier auf einige Tage zu besuchen und würde mich herzlich freuen, wenn Sie mir bejahend antworten. Für mich würde jeder Tag gleich angenehm sein, wenn Sie nur die Güte hätten, mich Morgens bei der Ausfahrt aus Berlin telegraphisch zu benachrichtigen, damit ich nicht etwa bei Ihrer Ankunft in fernen Wäldern gesucht werden muß. Wir leben hier ohne gesellschaftliche Ansprüche und ohne Frack, wohl aber ist ein fester Stiefel und ein winddichter Ueberzieher locales Bedürfniß. Der schnellste Zug hierher geht früh halb 9 aus Berlin, ist um 4 Uhr in Schlawe, wo Sie Pferde von mir finden, die Sie in zwei Stunden hierher bringen. Also für heutige Zustände eine lange Fahrt, über 9 Stunden, aber versagen Sie mir deshalb nicht eine freundliche und gewährende Antwort.

Der Ihrige

v Bismarck.

*

Bennigsen verließ Hannover am 14. Juli [1]) und wird am Abend des 15. Juli in Varzin eingetroffen sein. Ueber die Dauer seines dortigen Aufenthaltes und den Inhalt seiner Besprechungen mit dem Reichskanzler liegen keinerlei authentische Nachrichten vor. [2]) Zu den

[1]) Bennigsen an Fr. Oetker, Hannover, 14. Juli 1877.

[2]) Auch die Presse nahm erst spät Notiz von dem Vorgange. „Kreuzzeitung". 27. Juli 1877: „Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Bennigsen

Motiven, welche gerade damals Bismarck zu der Zusammenkunft mit Bennigsen veranlaßten, mag auch der Wunsch gehört haben, Bennigsens persönliche Eindrücke aus seinem persönlichen Verkehr mit den italienischen Politikern kennen zu lernen. In der Hauptsache aber kamen auch jetzt, wie hernach im Dezember, die großen Organisations- und Finanzpläne, die allmählich in Bismarck festere Gestalt gewannen, die persönliche und sachliche Seite einer Erneuerung des Ministeriums, zur Sprache, mehr im Sinne einer Sondierung als einer endgültigen Verhandlung. Jedenfalls wurde eine Einigung noch nicht erzielt. Bismarck war weit entfernt, das Gesamtprogramm der Liberalen anzunehmen. Noch in dem Augenblicke, in dem er sich zu der Einladung Bennigsens entschloß, hatte er in sehr bezeichnender Weise die Mißdeutungen zu zerstreuen gesucht, die sich etwa an seine Besprechung mit einem Politiker von so unitarisch-liberaler Färbung knüpfen konnten. Er sandte nämlich kurz vor seiner Abreise von Kissingen eine ausführliche Darlegung der politischen Lage an König Ludwig von Bayern, in der er sich, unter Hinblick auf die Reichstagsverhandlungen im April, entschieden gegen verantwortliche Reichsministerien aussprach: „nicht um der alleinige Minister zu bleiben, sondern um die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrats und seiner hohen Vollmachtgeber zu wahren. Nur auf Kosten der letzteren könnten die erstrebten Reichsministerien geschäftlich dotiert werden, und damit würde ein Weg in der Richtung der Zentralisierung eingeschlagen, in der wir das Heil der deutschen Zukunft, wie ich glaube, vergebens suchen würden." [1]) Er erbat sich dagegen die Unterstützung der bayrischen Bundesratsmitglieder. Damit war für den Fall, daß die geplante persönliche Annäherung an die Liberalen zu einer sachlichen Einigung über die schwebenden Organisationsfragen führen sollte, doch die Grenze seines Entgegenkommens in bestimmter und bindender Weise abgesteckt.

Dagegen bot er unzweifelhaft damals Bennigsen das Ministerium des Innern an, das durch den in Aussicht genommenen Abgang Eulenburgs frei wurde. Schon damals aber hat Bennigsen die gleichzeitige Berufung eines oder zwei andrer Liberaler angeregt, schon damals auch erfahren müssen, daß zunächst bei dem Kaiser ein Widerstand gegen solche Pläne zu erwarten sei.

Wahrscheinlich hat in den Tagen, als Bismarck und Bennigsen während der Anwesenheit Crispis in Berlin weilten, im September 1877

---

hat, wie wir hören, nach seiner Rückkehr aus Italien dem Fürsten Bismarck in Varzin einen längeren Besuch abgestattet."

[1]) Bismarck an König Ludwig von Bayern, 29. Juni 1877, „Gedanken und Erinnerungen" I, S. 361 f.

noch eine weitere Besprechung stattgefunden, von deren Verlauf jedoch noch weniger bekannt ist.[1]) Möglicherweise bezieht sich auf diese Besprechung, vielleicht aber auch auf den Varziner Besuch im Juli, das, was Bismarck am 5. Oktober seinem Vertrauten über die Verhandlungen mit Bennigsen erzählte: „Dieser sei bereit, ins Ministerium zu treten, aber nicht als Minister des Innern, sondern als Finanzminister!"[2])

Aber wie dem auch sei, die Dinge blieben noch weiter beim alten. Als die Herbstsession des Landtags eröffnet wurde, war man über die wirklichen Absichten Bismarcks noch völlig im unklaren. Der folgende Brief Bennigsens an seine hochbetagte Mutter schildert diese Stimmungen.

Bennigsen an seine Mutter.

Berlin, 22. Oktober 1877.

Zu Deinem Geburtstage sage ich Dir meine herzlichsten Glückwünsche. Möge der Himmel Dich Deinen Kindern und Enkeln noch lange erhalten in der bisherigen körperlichen Frische und Rüstigkeit!

Die Geschäfte beginnen hier wie gewöhnlich langsam. Gestern hatten wir nach der Eröffnung im Weißen Saale eine Sitzung von fünf Minuten und heute von einer Viertelstunde. In der heutigen Sitzung wurde das alte Präsidium auf Antrag Windthorsts per Akklamation wiedergewählt.

Graf Eulenburg, welcher der Geschäfte schon lange müde war und sehr elend von seiner Badereise zurückkam, hat infolge erneuerter unerfreulicher Differenzen mit Bismarck seine Entlassung bestimmt gefordert und besteht auch auf derselben. Da eine Verständigung über und mit dem Nachfolger so rasch nicht möglich sein wird, so tritt formell voraussichtlich auf längere Zeit eine Beurlaubung ein, in welcher dem landwirtschaftlichen Minister Friedenthal, der schon lange sein Ressort mit dem weit einflußreicheren des Innern oder der Finanzen zu vertauschen wünscht, die Vertretung übertragen werden wird. Bismarck hat dreien meiner politischen Freunde und auch seiner Umgebung

---

[1]) Bismarck reiste am 24. September nach Friedrichsruh ab. Nachher weilte er, vor seiner endgültigen Uebersiedlung nach Varzin, nur noch vom 5. bis 7. Oktober zu den Ministerkonferenzen über die Landtagsvorlagen in Berlin, doch ist nicht erweisbar, daß Bennigsen auch in diesen Tagen nach Berlin gekommen ist. Eugen Richter, Im alten Reichstag II, S. 27, sagt: „Eine weitere Konferenz zwischen dem Kanzler und dem Abgeordneten von Bennigsen fand im Oktober 1877 statt." Jedenfalls sprachen in der ersten Hälfte des Oktober die Zeitungen wieder über die nahen Beziehungen Bennigsens und Bismarcks und über Bennigsens Ministeraussichten.

[2]) Tiedemann, S. 204.

gesagt, ich würde der Nachfolger Eulenburgs werden. Ohne den gleichzeitigen Eintritt noch eines Liberalen, am besten Forckenbecks, ist aber die Position für mich allein, namentlich als Neupreußen, nicht haltbar und eine feste Unterstützung für mich und das Ministerium seitens der gesamten nationalliberalen Partei nicht zu erwarten. Auch eine Verständigung über die notwendigen Reformen in Preußen und im Reich würde einem einzelnen nicht gelingen. Da der Kaiser für Forckenbeck viel Sympathie hat, so bin ich auch überzeugt, daß es Bismarck leichter möglich sein wird, den Kaiser zu bewegen, Forckenbeck und mich gemeinsam, als mich allein, zu Ministern zu nehmen. Voraussichtlich wird unter diesen Umständen die Krisis noch eine Weile fortdauern bis zur Rückkehr Bismarcks, über welche noch nichts bestimmt ist. Inzwischen werden freilich die politischen Zustände hier immer unerträglicher und die Situation für die Nachfolger der austretenden Minister immer schwieriger. Neugierig bin ich, was der Kaiser — und ob er irgend etwas — sagen wird über die Lage, wenn er uns als Präsidenten empfängt. Vielleicht empfängt er uns gar nicht offiziell und ladet uns nur zum Diner ein.

*

Erst einige Wochen später nahm Bismarck die Verhandlungen noch einmal und nun in ernsthaftester Weise wieder auf. Der schleppende Verlauf, das wiederholte Anknüpfen und Fallenlassen der Fäden, schließlich das Scheitern der ganzen Unternehmung hat nachträglich die Vermutung aufkommen lassen, als ob die Ministerkandidatur Bennigsens im April und Juli, im Oktober und Dezember 1877 von vornherein nur eine Kulisse gewesen sei, hinter der sich Bismarcks Rechtsabmarsch vollzogen habe, ein Spiel, darauf berechnet, die Liberalen möglichst lange in Sicherheit und Vertrauen zu wiegen und hernach ihnen die Schuld des Scheiterns zuschieben zu können. Besonders Eugen Richter hat sich aus dem schließlichen Ausgang der Dinge seit Januar 1878 und aus seiner Gesamtanschauung Bismarckscher Staatskunst dieses Bild zurechtgemacht, in dem Bennigsen und die Nationalliberalen so gut wie einst ein Benedetti als die Düpierten erscheinen. Man darf zugeben, daß Bismarck nach seiner Art auch diesmal ein zweites Eisen im Feuer gehabt hat, und gerade sein Briefwechsel über die Finanzreform in dieser Zeit belegt seine Praxis, schmutziges Wasser nicht fortzugießen, bevor er reines habe. Aber die Annahme eines von langer Hand geübten Täuschungsspieles ist nicht nur aus inneren Gründen unwahrscheinlich, weil es durchaus zwecklos war — wozu sollte er die Nationalliberalen in dieser Form vor den Kopf stoßen! —, sondern auch nach der Gesamtheit aller neueren Quellen, zumal nach den Veröffentlichungen Tiedemanns, völlig unmöglich.

Es waren die Bismarck am nächsten stehenden Freikonservativen, die gerade damals bei ihm den Eintritt Bennigsens auf das stärkste betrieben und zugleich die Vermittlung Bennigsen gegenüber übernahmen: Friedenthal[1]) unter den Ministern und Lucius[2]) in der Fraktion, beide mit Bennigsen seit langem persönlich und politisch befreundet.

Friedenthal hatte schon Anfang Oktober es im Interesse Bismarcks für geboten erachtet, Bennigsen zum Minister zu ernennen, wenn Eulenburg zurücktrete,[3]) damit Bismarck einen sicheren Rückhalt in der nationalliberalen Partei gewinne, da die inneren Reorganisationsarbeiten leichter mit Bennigsen als ohne ihn durchzuführen seien und vor allem Camphausens Prestige dadurch zerfalle; unbedingte Voraussetzung für Bennigsens Eintritt müsse sein — damit rührte er bereits an den Kernpunkt —, daß dieser sich unzweideutig verpflichte, den Kanzler in allen inneren Fragen zu unterstützen. Nachdem Friedenthal dann um Mitte November längere Zeit in Varzin geweilt hatte, hatte er, ohne Frage im Auftrage Bismarcks, am 30. November eingehende Besprechungen mit Bennigsen,[4]) von deren Einzelheiten nichts bekannt ist. Tiedemann schreibt an diesem Tage: „Ich glaube, wir stehen vor einer Krisis in den inneren Angelegenheiten, wie sie seit zehn Jahren nicht dagewesen ist, und es ist zu befürchten, daß diese Krisis mit dem definitiven Rücktritt des Fürsten enden wird."

Unmittelbar darauf entschloß sich Fürst Bismarck, in direkter Verhandlung mit Bennigsen an die Lösung der Krisis heranzutreten. Seitdem der Verlauf des Orientalischen Krieges durch die Kapitulation von Plewna (11. Dezember) der Entscheidung nahegekommen war, hatte er freiere Hand. Der Mann, der in diesen Tagen in den Aktionsplan Bismarcks jedenfalls eingeweiht war, schrieb am 10. Dezember in einem vertraulichen, nur für seine Frau bestimmten Briefe:[5]) „Ich schrieb Dir schon, daß wir vor einer Krisis ständen, und wir sind jetzt mitten darin. Der Fürst macht seinen Wiedereintritt in die Geschäfte von Bedingungen abhängig, die sich zum Teil auf einen Personenwechsel in den höchsten

---

[1]) Als Friedenthal zum Minister ernannt worden war, schrieb er an Bennigsen am 20. September 1874: „Gestatten Sie mir, nachdem meine Ernennung zum Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten mein Ausscheiden aus dem Präsidium des Abgeordnetenhauses zur Folge hat, Ihnen meinen aufrichtigsten Dank für die mir stets bewiesene kollegialische Gesinnung auszusprechen. Ich darf vielleicht hoffen, daß jener freundschaftliche Geist den erneuten Beziehungen zwischen uns unverändert erhalten bleibt."

[2]) Lucius und Bennigsen waren Korpsbrüder bei den Heidelberger Vandalen.

[3]) Tiedemann a. a. O. S. 203.

[4]) Eugen Richter, Im alten Reichstage II, S. 27.

[5]) Tiedemann a. a. O. S. 216.

Beamtenstellen, zum Teil auf eine Neuorganisation der Reichsbehörden beziehen. Werden seine Forderungen nicht bewilligt, so ist er entschlossen, abzudanken. Er ist es müde, sich jeden Schritt von rechts oder links durchkreuzen zu lassen. Auf Abschlagszahlungen will er sich dieses Mal nicht einlassen. Sind der Reichstag oder eine andre noch wichtigere Stelle nicht geneigt, seine Vorschläge anzunehmen, so mögen sie ohne ihn fertig werden. Ich freue mich lebhaft, daß die Sache diese Wendung genommen hat . . . Nach langen, stellenweise recht unerquicklichen Korrespondenzen ist die Sache vor einigen Tagen zur Entscheidung gelangt. Jetzt ist das Rad im Rollen. Der Fürst wird nicht eher nach Berlin zurückkehren, bis er sicher ist, daß wenigstens der Kaiser seinen Vorschlägen zustimmt, also wahrscheinlich nicht vor dem Zusammentritte des Reichstags."

Es ist gar keine Frage, daß Bismarck in dem Moment, als er die Verhandlung mit Bennigsen einleitete, auch mit der Wahrscheinlichkeit eines Widerstandes des Kaisers — den er bereits kennen gelernt hatte — rechnete[1]) und ihn äußerstenfalls mit seinem stärksten Mittel zu überwinden beabsichtigte: mit dem Rücktrittsgesuch. Aber auch auf einen Widerstand von links her hatte er sich eingerichtet und war entschlossen, ihm zu begegnen.

*

Um die neue Einladung, die Bismarck am 17. Dezember an Bennigsen richtete, nach ihren letzten Gründen würdigen zu können, ist ein Blick in seinen Briefwechsel mit dem Staatssekretär Bülow während dieser Tage von Wichtigkeit.[2]) Er schrieb ihm am 15. Dezember: „Neben der Steuerreform und der Fertigstellung der im militärischen Interesse erforderlichen Eisenbahnen gehört die Verwirklichung der Reichsverfassung bezüglich des Eisenbahnwesens zu denjenigen Fragen, von deren Lösung ich meinen dauernden Wiedereintritt in die Geschäfte abhängig machen muß. Wenn die Ausführung des auf diesen Gebieten für notwendig Erkannten nicht durch ausreichende und spontane Mitwirkung aller in Preußen dazu kompetenten Organe sichergestellt werden kann, so werde ich zwar, wenn meine Gesundheit es irgend gestattet, zum nächsten Reichstage erscheinen, aber nur um die Gründe meines definitiven Rücktritts öffentlich darlegen zu können. Ich werde nicht verschweigen können, daß ich keine Aussicht zu haben glaube, für die

[1]) Am 22. Oktober 1877 sagte der Kaiser zum Fürsten Chlodwig Hohenlohe (Denkwürdigkeiten II, S. 222): „Es sei jetzt Zeit, mit dem Liberalismus einzuhalten. Er habe viel Konzessionen gemacht. Aber es sei jetzt genug. Der Reichskanzler sei in dieser Beziehung mit ihm einverstanden."

[2]) Horst Kohl, Bismarck-Regesten II, S. 147, 148 f.

Behandlung der obenerwähnten Fragen in Preußen das Maß freiwilliger Mitwirkung zu finden, ohne welches ihre Lösung nicht möglich ist." Man darf den Ernst der Rücktrittsdrohung, von der Bülow auch „mit Seiner Majestät gelegentlich sprechen zu wollen" ersucht wurde, dahingestellt sein lassen; worauf es Bismarck bei der ganzen Aktion ankam, war das geringe Interesse der preußischen Organe für die große Reichsfinanzfrage. „Die Hauptsache für mich ist, daß ich im Staatsministerium Kollegen finde, welche die Maßregeln, die für die Sicherheit und die Interessen Preußens und des Reiches notwendig sind, energisch und freiwillig fördern." Das konnte sich auf die Kollegen beziehen, die im Amte waren und nur angespornt werden sollten, aber auch auf künftige Kollegen, die einen leistungsfähigeren Ersatz nach Bismarcks Wünschen vorstellen sollten; die Worte konnten also ebensogut auf die Notwendigkeit des Ersatzes — und das betraf immer in erster Linie den preußischen Finanzminister Camphausen — vorbereiten. Es kam ihm nicht sofort auf Biegen und Brechen an; der Brief schloß mit den vieldeutigen Sätzen: „Unter Vorsicht meine ich, daß es mir lieb sein würde, die Sache zu keiner Krisis, etwa mit Camphausens Abschiedsgesuch, zu treiben, ich würde es überhaupt lieber sehen, wenn die Verwirklichung der gewünschten Reformen von den jetzigen Kollegen in Angriff genommen werden würde; mir liegt nicht am Personenwechsel, sondern an der Sache — wenn diese aber nicht ausführbar ist, so will ich gehen." Der Sinn der letzten Wendung war durchsichtig genug, „so muß er gehen": wenn Camphausen die Reform nicht will, so muß er einem andern Platz machen.

Noch deutlicher wird dieser Gedankengang Bismarcks in seinem zweiten Schreiben, in dem er am 21. Dezember auf zwei (nicht vorliegende) Schreiben Bülows antwortete. Die von Bülow mitgeteilten Klagen Camphausens „über die Last des Vize ohne das Benefizium des Einflusses" wurden von ihm mit einer kühlen Handbewegung beiseitegeschoben. Die entscheidenden Worte lauteten: „Der kritische Punkt der Gegenwart ist die Frage des Finanzprogramms. Da ist es eine vollständige Umkehr der Begriffe, wenn der Finanzminister von dem Präsidenten ein Programm für das Finanzressort erwartet, nach dessen Prüfung er sich die Kritik vorbehalten will; umgekehrt liegt die positive Leistung, die Herstellung eines diskutierbaren Programms, dem Ressortminister ob." Dann kehrten die Vorwürfe des ersten Briefes wieder: „Die preußischen Minister fühlen sich zu gut, um selbst im Bundesrate mitzuarbeiten; sie lassen lieber die Reichseinrichtungen in Verfall geraten und ziehen die schöne und unabhängige Stellung eines preußischen Ressortministers so ausschließlich in Betracht, daß die nationale deutsche

Sache daneben nicht zur Erwägung kommt. Warum geht es mit der Doppelstellung des preußischen Kriegsministers so gut und so glatt?" Der Brief schloß mit einem erneuten, für Camphausen berechneten Drängen, seinen Finanzreformplan vorzulegen: „Sobald ich seine Reformpläne kenne, wird mein Votum über dieselben von dem Entgegenkommen geleitet sein, welches seine Sachkunde und mein kollegialisches Gefühl bedingen. Wenn aber ein solches Programm gar nicht oder nicht rechtzeitig zur Vorlage kommen sollte, so werde ich entweder den Ablauf meines Urlaubs ohne Beteiligung am Reichstage abwarten oder mich vor dem Reichstage unter Darlegung meiner vorstehenden Auffassungen auf die Rolle beschränken, die Artikel 70 dem Reichskanzler zuweist." Die Drohung, seine Auffassung über die mangelhafte finanzpolitische Initiative und den preußischen Ressortpartikularismus Camphausens vor dem Reichstage bloßzulegen, redete eine noch deutlichere Sprache: das hieß den Finanzminister vor dem versammelten Kriegsvolke als Sündenbock schlachten. Die geschäftliche Behandlung der Angelegenheit sah nicht danach aus, als wenn Bismarck sich auf ein längeres Zusammenarbeiten mit Camphausen eingerichtet hätte.

Bismarck leitete die Verhandlungen mit Bennigsen durch Vermittlung der ihnen beiden befreundeten Freikonservativen ein, wie sich aus den folgenden, von Herrn Minister von Lucius mir zur Verfügung gestellten Briefstellen ergibt. Erst nachdem er den Boden noch einmal sondiert hatte, tat er den letzten Schritt.

Graf Herbert Bismarck an Lucius.

Varzin, 15. Dezember 1877.

Mein Vater hat Ihr an ihn gerichtetes Schreiben mit Interesse gelesen und dankt Ihnen bestens dafür. Er läßt Ihnen sagen, daß er im Wesentlichen mit Ihren darin entwickelten Ansichten einverstanden wäre und Anfang Januar mit Bennigsen in diesem Sinne hier eingehend sprechen wolle. Quod Deus bene vertat.

Mein Vater beauftragte mich aber ferner noch Ihnen in Anknüpfung an seinen Dank für Ihre interessante und freundschaftliche Darlegung vom 13. cr. zu sagen, daß es ihm sehr lieb sein würde, wenn Herr von Bennigsen ihn noch vor Neujahr, also etwa am 28. oder 29. Dezember hier besuchen könnte. Es kommt meinem Vater nun deshalb so viel darauf an, weil er es in seiner schriftlichen Neujahrsgratulation an den Kaiser gar nicht umgehen kann, Sr. Majestät seine Wünsche und Ideen über die verschiedenen Reformen, Umgestaltungen und was sich daran notwendig knüpft, (in dem betr. Neujahrsschreiben) darzulegen, und da wäre es begreiflicherweise von größter

Wichtigkeit für ihn, wenn er vorher mit Bennigsen sprechen könnte. Es ist viel schwerer für ihn, dem Kaiser über diese Sachen zu schreiben, wenn er Bennigsen noch nicht gesehen hat. Ist Letzterem aber die Reise zu jener Zeit zu unbequem, so muß er sich dareinzufinden suchen. Mein Vater bittet Sie, Bennigsen unter Hinweis auf diesen Grund fragen zu wollen, ob es ihm möglich wäre, noch vor Neujahr nach Varzin zu kommen, und würde Ihnen für eine Antwort sehr dankbar sein. Ich erlaube mir noch hinzuzufügen, daß das Einladungsschreiben an Bennigsen abgehen wird, sobald mein Vater im Besitz einer Antwort von Ihnen ist.

Graf Herbert Bismarck an Lucius.

Varzin, 17. Dezember 1877.

Ihr Telegramm und Ihre freundlichen Zeilen von gestern habe ich mit herzlichem Danke erhalten. Die betreffende schriftliche Einladung an Bennigsen zum zweiten Feiertag will mein Vater selbst schreiben und darin sagen, daß es ihm wichtig wäre, mit Bennigsen über die erforderlichen durchgreifenden Anordnungen in der Reichsorganisation zu sprechen, bevor er seinen Ideen darüber den Abschluß gibt. Ihren Brief habe ich mir erlaubt, meinem Vater vorzulegen, und er hat ihn mit Interesse gelesen, wie alles, was von Ihnen kommt.

Fürst Bismarck an Bennigsen.

(Eigenhändig.)

Varzin 17. Dec. 1877.[1])

Verehrter Herr Präsident

in der Hoffnung daß es mir möglich sein werde, mich an den Verhandlungen des bevorstehenden Reichstages eingehend zu betheiligen, beschäftige ich mich mit Plänen zu Vorlagen und Erörterungen, für welche ich die allerhöchste Ermächtigung erbitten möchte. Bevor ich dieses erste Stadium einer kanzlerischen Initiative amtlich beschreite, würde ich es dankbar erkennen, wenn Sie mir Gelegenheit geben wollten, meine Pläne nach Inhalt und Form mit Ihnen mündlich zu besprechen. Es handelt sich dabei um die formale Möglichkeit der Vertretung des Reichskanzlers, die vielleicht nicht ohne Verfassungsänderung geschaffen werden kann, und um einige Modificationen in der Eintheilung der Reichsämter und ihrer Beziehung zu Preußischen Ministerien. Die jetzige, durch die mächtige Persönlichkeit von Delbrück ins Leben gerufene Praxis, führte zu Delbrücks Zeit unüberwindliche Frictionen beider Elemente, später

---

[1]) Nicht 19. Dezember, wie in Kohls Bismarck-Regesten.

u[nd] jetzt, die Gefahr der Trockenlegung von Reich und Bundesrath durch den Partikularstaat Preußen herbei. Ich suche das Heilmittel in Ausdehnung des Systems der Personal-Union, wie sie bisher im Monarchen, im Kanzler, im Kriegsminister und im Auswärtigen besteht. Wie Kanzler und Minister-Präsident, so sollte auch die Vertretung beider identisch sein. Neben diesem Thema habe ich das Bedürfniß, vor Schluß der nächsten Reichstagssitzung Klarheit über die Zukunft einer Zoll- u[nd] Steuer-Reform zu erlangen, und aus der falschen Stellung erlöst zu werden, in der ich mich bezüglich der Eisenbahnfrage zwischen Verfassung u[nd] Wirklichkeit befinde.

Ueber alle diese Fragen und ihre Consequenzen möchte ich mich mit Ihnen besprechen, bevor ich Sr. Majestät gegenüber bestimmte u[nd] schriftliche Aeußerungen thue; nicht in der Meinung u[nd] mit der Zumuthung, mir durch Ihren hervorragenden Einfluß im Reichstage sichre Bürgschaften für die Stimmung der Mehrheit zu schaffen, sondern um Ihren persönlichen Rath über Umfang, Form u[nd] Behandlung des Unternehmens zu erbitten. Die Gleichheit der Ziele die wir erstreben u[nd] der Hingebung mit der wir beide seit Jahren an ihrer Erreichung arbeiten, ermuthigt mich zu der Hoffnung, daß Sie eine Winterreise nach schwerer Landtagsarbeit auf sich nehmen, u[nd] mir in diesen Tagen die Ehre Ihres Besuchs zu gewähren geneigt sein wollen. In freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige

v Bismarck.

*

Bennigsen, der das Schreiben Bismarcks noch in Berlin erhalten hatte, fand noch vor seiner Rückkehr nach Hannover Gelegenheit, sich mit seinen politischen Freunden zu beraten. Auf der einen Seite suchten in diesen Tagen noch einmal die befreundeten Freikonservativen in mäßigendem Sinne auf ihn einzuwirken.[1]) Entscheidender waren jedoch seine Verabredungen mit den übrigen nationalliberalen Führern, deren Einverständnis er brauchte, wenn er sich Bismarck mit der ganzen Partei für die Gesamtheit der Reformen zur Verfügung stellen sollte. Was er versprechen konnte und was er fordern wollte, hing davon ab, wie weit er den linken Flügel hinter sich herzog oder wie weit er sich seinerseits von ihm beeinflussen ließ.

---

[1]) Vgl. Lucius an Bennigsen, 2. Juli 1878 (s. u.). Minister Friedenthal an Bennigsen, 20. Dezember 1877: „Sollten Sie nicht unmittelbar nach der heutigen Sitzung abreisen, so würde ich noch sehr gern einiges mit Ihnen besprechen. Ich bin heute bis drei Uhr, morgen von 9 bis $2\frac{1}{2}$ im Ministerium des Innern zu Ihrer Disposition."

In diesen Besprechungen[1]) mit Lasker und Forckenbeck blieb man bei der schon früher getroffenen Verabredung, daß Bennigsen für den Fall, daß Bismarck ihm den Eintritt in das Ministerium anbieten würde, nicht allein, sondern nur zusammen mit Forckenbeck und Stauffenberg eintreten solle. Stauffenberg ließ nur auf starkes Drängen seiner Parteifreunde sich bereitfinden, seine Mitwirkung bei der geplanten Kombination durch Uebernahme eines Reichsamtes zuzusagen. Aktiver trat Forckenbeck, der eigentliche Ministerkandidat des linken Flügels, in diese Aussichten ein. Er war seit längerem von Rivalitätsstimmungen erfüllt, die ihn im Jahre 1875 fast bis zum Bruch mit seiner Fraktion führten, und hatte bisher schon die Verhandlungen Bennigsens mit Bismarck mit Kundgebungen begleitet, die eher auf Störung als auf Förderung bedacht waren. Am 5. Juli — als der erste Besuch Bennigsens in Varzin schon eingeleitet war — hatte er öffentlich vor allzu stürmischem Herandrängen der Liberalen an Bismarck und vor persönlichem Ehrgeiz gewarnt: „zu feines Gespinst reißt, und lädt uns diejenigen zur Tafel, die unsre alten Gegner sind und waren und es bleiben werden in alle Zukunft. Sie setzen sich mit uns zu Tische, um desto eher das Tischtuch zwischen uns zerschneiden zu können." Und als im November Bismarcks Aktion von neuem einsetzte, veranstaltete er mit Bamberger am 22. November 1877 eine Kundgebung in Breslau für „die Gemeinschaft der liberalen Parteien, die er im Interesse der freiheitlichen Fortentwicklung gerade jetzt für geboten halte".[2])

Wenn Bismarcks Politik eingestandenermaßen darauf hinauslief, Bennigsen aus der Partei herauszuholen in der Hoffnung, ihren weitaus größten Teil mitzuziehen, so waren Lasker und Forckenbeck um so mehr entschlossen, die Gesamtheit des Liberalismus zusammenzuhalten und lieber Bennigsen mit einer so gebundenen Marschroute gehen zu lassen, daß jener Plan daran scheitere; bei dem späteren Auseinander-

[1]) Ueber den Inhalt der Besprechungen sind von der bismarckoffiziösen Presse zum Teil irrtümliche Gerüchte verbreitet worden. So antwortete Bennigsen auf eine Anfrage des Chefredakteurs Otto Tippel in Schweidnitz am 3. Januar 1898: Es ist nicht „zutreffend, daß in den Weihnachten 1877 stattgehabten Sitzungen des nationalliberalen Parteivorstandes Maßnahmen erörtert worden sind, welche den Zweck hatten, durch die parlamentarische Haltung der nationalliberalen Partei den Rücktritt des Fürsten Bismarck herbeizuführen".

[2]) M. Philippson, M. von Forckenbeck, S. 283, 285 f. Für die Stimmung des Forckenbeckschen Kreises ist charakteristisch das Forckenbeck gewidmete Buch „Randglossen zu den politischen Wandlungen der letzten Jahre. Aus den Papieren eines deutschen Abgeordneten" (Bromberg 1878). Es ist eine Sammlung von Parlamentsberichten von Braun-Wiesbaden für die „Bromberger Zeitung". S. 57: „Jedenfalls ist ein aufrichtig und entschieden liberales Ministerium in Preußen ohne Herrn von Forckenbeck unmöglich."

gehen im Jahre 1880 hat Forckenbeck es sogar Bennigsen ins Gesicht zugestanden, daß er damals die Bedingung mit dem Hintergedanken gestellt habe, es möchte die Verhandlung daran scheitern.[1]) Bennigsen dagegen war, wie wir sahen, schon längst von der Notwendigkeit des gleichzeitigen Eintritts von Forckenbeck überzeugt; auch er wußte, daß die Einigkeit der Fraktion gefährdet war, wenn er allein das Band mit der Regierung darstellen sollte, und daß das „Vorwiegen des Hannoveranertums" den Altpreußen schon längst ein Stein des Anstoßes war; begreiflicherweise wollte er sich nicht dem Verdacht aussetzen, einem persönlichen Ministerehrgeiz zuliebe die Einheit seiner in den Neuwahlen und durch innere Friktionen erschütterten Fraktion auf das Spiel zu setzen.

Die tiefsten Gründe für die Haltung von Lasker und Forckenbeck sind in diesen persönlichen und fraktionellen Erwägungen nicht beschlossen, aber auch nicht sicher zu erkennen: war es mehr die Berechnung der Freihändler, die wirtschaftlichen Pläne Bismarcks zum Scheitern zu bringen, oder die Berechnung des linken Flügels, den taktischen Spaltungsplan Bismarcks im Entstehen zu vereiteln, oder war es nicht vielmehr die Zuversicht, dieses Mal die Gelegenheit zur Durchsetzung weitergehender parlamentarischer Ansprüche ausnutzen zu können, war es der Glaube an die eigne Unentbehrlichkeit: genug, der linke Flügel, mit einem Worte Lasker, getraute sich, das Spiel mit Bismarck aufzunehmen.[2]) Bennigsen aber fühlte sich an die Zusage, die er seinen Freunden gab, gebunden; er ging nach Varzin nicht als ein unab-

[1]) In der Fraktionssitzung vom 1. März 1880 überraschte Forckenbeck die Versammlung mit einer Erklärung, aus der man schließen konnte, er habe jene Bedingungen geradezu in der Absicht gestellt, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Mit lautlosem Staunen vernahm die Fraktion diese Enthüllung; Bennigsen selbst aber, der sonst so unerschütterlich ruhige Mann, verhehlte nicht seine Entrüstung (Böttcher, Ed. Stephani S. 161). Es scheint mir aber, daß man dieses Motiv überspannt, wenn man, wie es vor einiger Zeit in der „Täglichen Rundschau" geschah, es folgendermaßen formuliert: „Man hatte den vornehmsten aller Parteiführer als Opfer einer Intrige nach Varzin entboten! Nicht Forckenbeck noch Stauffenberg dachten daran, jetzt schon Minister werden zu wollen. Es sollte lediglich verhütet werden, daß Bennigsen jetzt Minister würde und sich mit Bismarck über eine Finanzreform, vielleicht auch über recht wesentliche sonstige Reformen, vor allem über eine Arbeitsgemeinschaft verständigte."

[2]) Bismarck schob deshalb die Schuld des Scheiterns der Verhandlung auf Lasker. Vgl. seine Reichstagsrede am 13. März 1884 und die Erzählung Bleichröders zum Fürsten Hohenlohe: Bennigsen habe sich vor der Abreise nach Varzin Lasker gegenüber gebunden und habe darum nicht eintreten können, ohne jenen Verpflichtungen zuwiderzuhandeln.

hängiger Einzelpolitiker, sondern als Führer einer Partei mit nicht mehr ganz freiem Willen. Aber er hoffte, darüber besteht kein Zweifel, mit seiner oft erprobten Geschicklichkeit auch diesmal die Brücke, und nun für lange Zeit, schlagen zu können, in Loyalität gegen seine Freunde, und zur Zusammenarbeit mit Bismarck bereit.[1])

In dieser Gesinnung reiste er am Abend des 25. Dezember von Hannover ab und traf am 26. Dezember in Varzin ein.

Niemals im Leben Bennigsens vermißt man Aufzeichnungen von

---

[1]) Vielleicht darf man für seine Stimmung bei der Abreise einen unterrichteten Artikel des „Hannoverschen Couriers" vom 27. Dezember heranziehen: „Wenn man nicht Details, die selbst zwischen den Nächstbeteiligten noch nicht festgestellt sein dürften, erraten will, liegt die Bedeutung dieser Reise auf der Hand. Die kurz vor den Festtagen sowohl von offiziöser Seite als von der ‚Nationalliberalen Korrespondenz' abgegebene Erklärung, daß in jüngster Zeit Verhandlungen mit nationalliberalen Parteiführern über ihren Eintritt in die Reichs- und preußische Regierung nicht stattgefunden hätten, war begründet; wenn diese Verhandlungen nun, nachdem sie im Sommer begonnen und beim Beginn der Landtagssession fortgesetzt waren, soeben wieder erneuert worden, so liegt die Erklärung nahe, daß inzwischen ein Hindernis eingetreten war, dessen Beseitigung gegenwärtig möglich ist. — Nach wie vor sind zwei Bedingungen für eine Verstärkung der Regierung und die Sicherung stetigen Zusammengehens der parlamentarischen Mehrheit mit ihr zu erfüllen: die Vereinbarung eines umfassenden, auf mehrere Jahre berechneten Regierungsprogramms zwischen dem Fürsten Bismarck und den von ihm zum Eintritt in die Regierung ausersehenen parlamentarischen Politikern, eines Programms, welches das einträchtige und zugleich selbständige Zusammenwirken der letzteren mit dem Kanzler sichert — und die Zustimmung des Kaisers zu diesem Programm. Daß es sich gestern und heute in Varzin um den ersten Punkt gehandelt hat, ist keine ‚Enthüllung', die wir zu machen unternehmen, sondern lediglich eine Folgerung — freilich eine, wie wir glauben, sichere — aus den vorliegenden Tatsachen. Ob diese Vereinigung gelingt, steht ebenso noch dahin wie die Genehmigung Seiner Majestät. Werden diese beiden Vorbedingungen nicht erreicht, dann halten wir nach wie vor den zeitweiligen Rücktritt des Fürsten Bismarck und die Bildung eines konservativen ‚Geschäftsministeriums' für höchst wahrscheinlich. Aber wir denken, das ‚Niemals', welches der Kaiser vor acht Monaten auf das Entlassungsgesuch des Kanzlers schrieb, und die Lage Europas lassen die schließliche Zustimmung des Monarchen erhoffen, und was die erforderliche Vereinbarung eines Regierungsprogramms zwischen dem Fürsten Bismarck und den Liberalen betrifft, so ist nicht wahrscheinlich, daß der erstere überhaupt daran gedacht hätte, sich Männer wie Bennigsen und Forckenbeck zu Kollegen zu gewinnen, wenn er nicht ihnen gegenüber zu den erforderlichen Zugeständnissen hinsichtlich der Ziele und der Formen, in denen diese zu erstreben, von vornherein bereit gewesen wäre. Ohne also schon irgend etwas für entschieden zu halten, kann man doch annehmen, daß wir einem erwünschten Ausgang aus den unersprießlichen Wirren der letzten Zeit näher sind als in irgendeinem früheren Augenblicke der langen Krisis. Womit nicht gesagt sein soll, daß, was etwa um die Jahreswende beschlossen wird, sofort seinen offiziellen Ausdruck findet."

seiner eignen Hand so sehr wie jetzt, da es sich um Entschlüsse handelt, die für ihn selbst ebenso schwerwiegend waren wie für die innere Entwicklung Deutschlands. Aber wir haben von ihm über seine Besprechungen mit Bismarck vom 26. bis 28. Dezember 1877 nur gelegentliche Aeußerungen.[1]) Bei der ihm zur Natur gewordenen Diskretion hat er auch innerhalb der Fraktion nur über das berichtet, was unbedingt notwendig war.[2]) So sind wir in sehr wesentlichen Punkten auf die Darstellung angewiesen, die der andre Zeuge, Bismarck, in Gesprächen und zuletzt in der bekannten lebendigen Schilderung in den „Gedanken und Erinnerungen" gegeben hat: diese aber ist durch die Tendenz, die Verantwortung für das Scheitern ausschließlich der Politik der Liberalen zuzuschreiben, stark beeinflußt. Es ist eine der politischen Deduktionen, in denen Bismarck seine ganze Kunst aufwendet, um die Vorgänge so zu schildern, wie er sie hernach gesehen wissen wollte und damals, als er sie niederschrieb, längst selber sah. So konzentriert er alle Leuchtkraft der Darstellung auf eine einzige Frage und läßt alles andre im Dunkel liegen. Er macht Geschichte, auch wenn er Geschichte schreibt.

Aus dem Schreiben Bismarcks ergeben sich drei Gegenstände der Besprechung: eine verfassungsmäßige Ordnung einer Stellvertretung des Reichskanzlers, eine Modifikation der Reichsämter und ihrer Beziehungen zu preußischen Ministerien und schließlich die Finanzfrage, Zoll- und Steuerreform. Die beiden ersten Gegenstände schlossen allerdings tiefergreifende Aenderungen in der Organisation der obersten Reichsbehörden in sich und nahmen die Frage auf, die im April nur eine äußerliche und provisorische Lösung erfahren hatte. Und wenn Bismarck auch nicht auf verantwortliche Reichsministerien im Sinne der Liberalen hinauswollte, so war er doch ernsthaft bereit — auch in den für Camphausen bestimmten Briefen an Bülow schimmert dieser Plan durch —, eine engere organische Verknüpfung von Reichs- und preußischen Instanzen herbeizuführen, in Konsequenz der föderativen

---

[1]) In einer Rede in Kreiensen am 18. August 1878 erklärte Bennigsen, die Zeit sei noch nicht gekommen, nähere Mitteilungen über die Varziner Verhandlungen zu machen. Wichtig sein Brief an Lasker vom 30. Juni 1878.

[2]) In der Fraktionssitzung der Nationalliberalen, die am 18. Februar aus Anlaß der Beratung der Steuergesetze abgehalten wurde, machten Bennigsen und Bamberger Mitteilungen über die Varziner Verhandlungen unter Auferlegung strengster Diskretion. Das Wesentliche ist in Hölders Aufzeichnungen (H. von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, S. 268 f.) knapp verzeichnet. Wie mir von befreundeter Seite mitgeteilt wird, finden sich im Archiv der nationalliberalen Reichstagsfraktion keine Akten, die über das Jahr 1885 zurückreichen.

Traggedanken der von ihm geschaffenen Reichsverfassung; obgleich Bennigsen nicht ausdrücklich genannt ist, konnte er, als Bismarck ihm ein Ministerium anbot, sich selbst als den in Aussicht genommenen Träger der geplanten Aemterkombination — etwa Vizekanzler und Inhaber eines preußischen Ministeriums — ansehen. In seinen Memoiren dagegen leitet Bismarck die Erzählung mit der Amtsmüdigkeit des Grafen Friedrich Eulenburg und der Notwendigkeit ein, für das Ministerium des Innern einen Ersatz zu suchen. Diese Ressortfrage allein erscheint nachträglich als das Motiv seiner Einladung an Bennigsen. Er fährt dann fort: „Es fand sich dabei, daß er dem Boden unsrer Verhandlung eine weitere Ausdehnung zu geben suchte, als mit den Ansichten Sr. Majestät und mit meinen eignen Auffassungen vereinbar war." Auch in seiner weiteren Darstellung stehen die Nationalliberalen als die Begehrlichen da, die einen Systemwechsel verlangen, wo es sich nur um die zweckmäßige Besetzung eines einzigen preußischen Ministerpostens handelt. Also eine sehr wesentliche Verschiebung der Tatsachen, mit Hilfe derer Bismarck die Dinge in die von ihm gewollte Beleuchtung rücken kann. Die Vorschläge Bennigsens — Einbeziehung Forckenbecks und Stauffenbergs — würden nicht einen so anspruchsvollen Eindruck machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Bismarck selbst mehr als die Ersetzung eines preußischen Postens ursprünglich im Auge gehabt hat. Als er die Memoiren schrieb, hatte er den wirklichen Inhalt seines Briefes vom 17. Dezember längst vergessen oder wollte ihn vergessen haben.

Sucht man die einzelnen Gegenstände der Verhandlung wiederherzustellen, so fehlt es allerdings an sicheren Nachrichten über die von Bismarck geplanten organischen Veränderungen der Reichsinstitutionen. Ob sie denjenigen entsprachen, die im Laufe des Jahres 1878 verwirklicht wurden, oder ob sie damals noch weitergehen sollten, mag dahingestellt bleiben. Ein wesentlicher Gegenstand der Gespräche war sodann die Erörterung der Steuerfragen. Von einer Einführung des Tabaksmonopols war nicht die Rede; Bennigsen gewann aus dem Schweigen des Reichskanzlers über diesen Punkt den Eindruck, daß der Monopolgedanke von ihm aufgegeben worden sei.[1] Bennigsen selbst hat es in Abrede gestellt, daß er jemals für das Tabaksmonopol

[1] Bennigsen an Lasker, 30. Juni 1878, und Laskers Denkschrift bei W. Cahn, Aus Ed. Laskers Nachlaß, S. 121, 164. Bismarck aber hatte das Tabaksmonopol nicht fallen lassen: am 27. Dezember (während Bennigsen in Varzin war!) wies er Camphausen telegraphisch an, seine Finanzgesetzentwürfe, darunter auch den über Einführung des Tabaksmonopols, schleunigst behufs baldiger Vorlage an den Bundesrat fertigzustellen.

zu haben gewesen wäre; vielmehr war er später der Meinung, daß wesentlich an dieser Frage die geplante Kombination gescheitert sei, da er hierfür die Verantwortlichkeit zu übernehmen sich geweigert habe. Ueberhaupt hielt Bismarck mit seinen eignen Ansichten zurück und suchte vielmehr von Bennigsen zu erfahren, wieviel neue Steuern und in welcher Form die Liberalen unter günstigstem Entgegenkommen der Regierung zu bewilligen geneigt seien. Bennigsen gab darüber rückhaltlos Auskunft, erklärte eine erheblich höhere Besteuerung des Tabaks — die Liberalen meinten, daß sie ohne Beschwerde ein Plus von 50 Millionen einbringen könne — für durchführbar. Ueber diesen Punkt kam es zu einer Verständigung.[1])

Mit der technischen Seite der Steuerfrage war die politische Frage der sog. konstitutionellen Garantien eng verknüpft. Bennigsen vertrat die Bereitwilligkeit der Nationalliberalen, den bisher ermittelten Höchstbetrag der Matrikularbeiträge durch Reichssteuern zu ersetzen, unter der Bedingung, daß bei der Bewilligung dieser Steuern dem Reichstage sein parlamentarisches Geldbewilligungsrecht, das in der jährlichen budgetmäßigen Zumessung der Matrikularbeiträge lag, auch bei deren Ersatz durch Steuern gewahrt bleibe: es sollte ein Teil der Steuereinnahmen von der jährlichen Bewilligung des Reichstages in derselben Weise abhängig gemacht werden, wie dies das Verfassungsrecht in allen deutschen Verfassungsstaaten außer Preußen für die direkten Steuern zugunsten der Volksvertretung vorschrieb.[2]) Die Frage der Einnahmebewilligung blieb in Varzin offen,[3]) denn Bismarck bezeichnete diese Schwierigkeiten zwar als sehr groß, aber nicht, wie nachher in Berlin, als unüberwindlich.

Immerhin wurde auch in dieser Frage der Meinungsaustausch in einer Art geführt, daß wenigstens bei Bennigsen der Eindruck zurückblieb, als ob eine Verständigung möglich sei. Für den Fall, daß diese Verständigung zustande käme, stellte Bismarck an Bennigsen die Anfrage, ob er geneigt sei, persönlich in das Ministerium einzutreten, und zwar bot er ihm das Ministerium des Innern an, wahrscheinlich in Verbindung mit der verfassungsmäßigen Stellvertretung des Reichskanzlers („Vizekanzler"). Bennigsen erklärte, daß er für seine Person das Ministerium der Finanzen dem des Innern vorziehe; und Bismarck, der ja mit dem Abgange Camphausens in diesen Tagen lebhaft rechnete,

---

[1]) Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" I, S. 277. Dafür spricht auch die S. 338 wiedergegebene Mitteilung, die Bismarck an den Kaiser gelangen ließ.

[2]) Laskers Denkschrift bei W. Cahn a. a. O. S. 108.

[3]) Brief Bennigsens an Lasker a. a. O. S. 164.

stellte sich diesem Wunsche nicht entgegen.[1]) Schwieriger wurde die Sache, als Bennigsen die Uebernahme eines Ministeriums durch ihn abhängig machte von dem Eintritt Forckenbecks, den er an seiner Stelle für das Innere vorschlug, und von der Mitwirkung Stauffenbergs, den er für einen geeigneten Reichsschatzsekretär erklärte. Hierüber kam es zu den bekannten Debatten. Bismarck setzte die Schwierigkeit auseinander, dem Kaiser die Berufung mehrerer Nationalliberaler zuzumuten und dabei das Gefühl eines beabsichtigten Systemwechsels zu erwecken. Wenn er dabei nachdrücklich auf die Grenzen seines Einflusses aufmerksam machte, so war das — er sollte es alsbald bei diesem ersten Schritte erfahren — durchaus der Wahrheit gemäß. Der Kernpunkt seiner Gegengründe war, Bennigsen dürfe überhaupt nicht darauf rechnen, seine Fraktion gewissermaßen mit in das Ministerium zu nehmen und als ihr Führer den ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß im Schoße der Regierung auszuüben, gewissermaßen ein konstitutionelles Majoritätsministerium zu schaffen; wolle er doch diese Richtung innehalten, so würde er bald zwischen dem König und seiner Fraktion zu wählen haben. Bismarck erinnerte ihn an das Beispiel Roons, der als einziger Konservativer in ein liberales Ministerium getreten und der Kristallisationspunkt geworden sei, um den es sich in ein konservatives verwandelt habe. Er hätte den aufrichtigen Wunsch, ihn zu überreden, daß er zu ihm in das Schiff springe und ihm beim Steuern helfe; er läge am Landungsplatze und warte auf sein Einsteigen. Trotz dieses ernstgemeinten Drängens blieb Bennigsen dabei, nicht ohne Forckenbeck und Stauffenberg eintreten zu wollen. Bismarck erkannte, daß seine Absicht, den Führer der Nationalliberalen aus der Fraktion herauszuholen, fürs erste gescheitert sei. Er lehnte die Beteiligung der beiden andern Liberalen an den Geschäften keineswegs als eine unmögliche Sache ab,[2]) ließ vielmehr auch diese Frage offen und Bennigsen unter dem Eindruck, daß die Schwierigkeiten überwindbar seien. So schied man unter Wendungen, die eine Fortsetzung der Verhandlungen in Berlin verhießen.

Der Entschluß Bennigsens, die Aufforderung Bismarcks zum Eintritt in das Ministerium nicht ohne weiteres anzunehmen, sondern von

[1]) So auch in den „Gedanken und Erinnerungen" II, S. 182: „ob für die Finanzen oder das Innere, sei mir gleichgültig."

[2]) In Wahrheit würde auch er Forckenbeck niemals genommen haben. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, Neue Folge, S. 12 13: „Forckenbeck würde Bismarck nie akzeptieren, weil er sehr weit nach links gehe und etwas von einem Rabulisten habe."

Bedingungen abhängig zu machen, ist nicht nur für seine eigne Laufbahn entscheidend gewesen, sondern auch für die deutsche Parteientwicklung, für die allgemeinen deutschen Verhältnisse. Er ist von manchen Seiten darob getadelt worden: von Bismarck selbst, der seine Kombination zerstört sah, wie von Parteigenossen, die nicht begreifen konnten, warum er nicht zugriff. [1])

Daß Bennigsen nicht als Minister des Innern in die Regierung einzutreten Neigung hatte, läßt sich durchaus begreifen; gerade in diesem Amte hätte er von vornherein einem durchweg konservativ gesinnten Verwaltungsbeamtenkörper gegenüber nur eine schwache Stellung gehabt, etwa wie Graf Schwerin in der Neuen Aera, der immerhin inmitten eines ihm politisch homogenen Ministeriums stand, während Bennigsen auch dieser Rückhalt gemangelt haben würde; er würde nur eine einflußlose nationalliberale Dekoration eines Ministeriums gewesen sein, in dem ein andrer Wille gebot. Anders lag die Sache bei dem politischen Amte des Finanzministers, das zu übernehmen er bereit war; von ihm aus hätte er die führende Rolle bei der Reichsfinanzreform übernehmen können. Auch in dieser Stellung hing sein Einfluß und alle Möglichkeit, seine politischen Anschauungen mit Erfolg vertreten zu können, einerseits davon ab, ob er innerhalb des Ministeriums Unterstützung finden und sich neben Bismarck behaupten würde, und anderseits davon, in welchem Umfange er in seiner Partei auf einen festen Rückhalt rechnen durfte. Aus beiden Gründen glaubte er ihre Geschlossenheit wahren zu müssen, und nicht allein, sondern nur mit Forckenbeck und Stauffenberg, oder wenigstens mit einem von ihnen, zusammen den Schritt wagen zu können. Er durchkreuzte damit Bismarcks Lieblingsgedanken, einen linken Flügel von zwanzig Mann abzusprengen und zu den Fortschrittlern zu treiben, den Hauptbestand der Partei aber durch seinen Eintritt in das Ministerium für eine der Regierung bequemere Koalition gefügig zu machen. Bismarck schalt hernach auf den Korpsgeist der Nationalliberalen, an dem seine Absicht scheiterte; Bennigsen aber — und dieses Motiv muß man auf alle Fälle würdigen — handelte loyal gegen seine Partei, wenn er sie nicht um des

[1]) Bismarck sagte im Februar 1879 zu Moritz Busch: „Ich soll die Nationalliberalen verleugnet haben, während sie sich von mir abwandten, weil ich nicht so liberal sein konnte als sie. Wenn ihre Führer wirkliche Politiker waren, so konnten sie damals von mir viel erreichen und mit der Zeit mehr. Aber der Bestand der Partei, das Korps, war ihnen wichtiger als die Aussicht auf tatsächlichen Erfolg. Als Bennigsen aus Varzin wiederkam, da hieß es unter ihnen: Mit diesem Minister kann er nicht dienen, aber nach ihm.“ Tagebuchblätter II, S. 549. Das Thema, das dann in den „Gedanken und Erinnerungen“ ausgesponnen wird!

eignen Ehrgeizes willen sprengte. Er glaubte auch politisch richtig zu handeln, wenn er sich nicht in eine Position bringen lassen wollte, in der er sich — neben Bismarck, ohne Rückhalt nach oben und unten! — rasch wieder verbraucht haben würde und unbedenklich verbraucht worden wäre. Selbst ein Mann wie Treitschke, der — wenngleich Mitglied der nationalliberalen Fraktion — doch keineswegs nach der konstitutionellen Schablone dachte, urteilte damals in einem Briefe an Gustav Freytag:[1] „Bismarck kann selbständige Naturen nicht neben sich ertragen, und ich rate keinem Freunde, seinen Kopf in die Schlinge zu stecken."

Halten nun diese persönlichen Motive Bennigsens vor der historischen Würdigung aus einem größeren Zusammenhange Stich? Das letzte Wort wird man mit Sicherheit nicht sprechen können, da es immer durch das politische Ideal des Urteilenden bestimmt bleibt und obendrein von Möglichkeiten abhängig ist, die damals niemand voraussehen konnte. Man mag immerhin, wie Bismarck es später getan hat, gegen Bennigsen einwenden, daß seine vorsichtige Rechnung des politischen Wagemutes entbehrte; besonders wenn man erwägt, daß die Einheit der nationalliberalen Partei nach wenigen Jahren doch in die Brüche ging, mag man seine damalige Rücksicht auf die späteren Sezessionisten Forckenbeck und Stauffenberg für einen politischen Fehler halten und urteilen, daß er auch der gemäßigt-liberalen Sache besser würde gedient haben, wenn er nach Bismarcks Wort in das Boot gesprungen wäre und ihm beim Steuern geholfen hätte.

Doch selbst wenn man den Verlauf der Dinge in den nächsten Jahren erwägt, scheint ein scharfes Durchrechnen der Situation der Ablehnung Bennigsens recht zu geben. Bismarck mochte ihn mit dem Beispiel Roons locken, der einst einen konservativen Keil in einem liberalen Ministerium gebildet hatte. Aber das Beispiel hinkte. Bennigsen würde nicht wie Roon einen Monarchen gefunden haben, der ihm einen Rückhalt gewährt hätte, er würde ihm ja vielmehr, wenn er Minister geworden wäre, aufgezwungen worden sein. Und die Anzeichen häuften sich seit längerem, daß der Wind demnächst gerade in umgekehrter Richtung blasen würde — die steigende Abneigung des Kaisers gegen eine liberale Aera, die Neubildung der konservativen Partei, das Hervortreten der wirtschaftlichen Gegensätze hätten die Stellung Bennigsens im Ministerium eher schwächen als stärken müssen: soweit man über Möglichkeiten urteilen kann, die nicht eingetreten sind, spricht die Wahrscheinlichkeit eher dafür, daß er entweder mit seinen Ueberzeugungen würde haben kapitulieren oder schon bald wieder haben

[1]) 29. November 1877, A. Dove, Gustav Freytag und Heinrich von Treitschke im Briefwechsel, S. 180.

ausscheiden müssen. Ein solcher Verlauf würde durch zwei Ereignisse, die sich damals noch nicht voraussehen ließen, beschleunigt worden sein: den Tod des Papstes im Februar 1878, der Bismarck sofort die Möglichkeit des Friedens mit dem Zentrum und neuer Parteikonstellationen gab, und sodann die Attentate vom Mai und Juni 1878, die er skrupellos zu einem scharfen Ruck nach rechts ausnutzte.

Freilich hätten die Dinge auch anders kommen können. Die Möglichkeit war nicht ausgeschlossen, daß Bennigsen doch zusammen mit Bismarck die Reichsfinanzreform durchgeführt hätte, und kaum würde Bismarck dann den Bruch mit der liberalen Aera so rückhaltlos vollzogen haben: eine Umbildung der Parteien und eine Umbildung der Wirtschafts- und Finanzpolitik hätte in harmonischerer Weise ohne schwere Erschütterungen durchgeführt werden können und Bennigsen hätte, wie Konstantin Rößler es einmal ausdrückte, der Melanchthon der politischen Reformation werden können. Er wäre vor allem in die Lage gekommen, in produktiver Tätigkeit sein staatsmännisches Können, vor allem auf seinem eigensten Gebiete, dem der Finanzen, zu erweisen. Vielleicht würde jetzt schon die Umbildung der Nationalliberalen, die 1884 einsetzte, begonnen haben. Ein weit vorausblickender Liberalismus hätte auch die Gefährdung der eignen Machtstellung von links — infolge der Eroberung der industriellen Arbeitermassen durch die Sozialdemokratie — und von rechts — infolge der Organisation der wirtschaftlichen, vornehmlich der agrarischen Interessen — erkennen und an eine realpolitische Ausnutzung der Situation im eignen Interesse denken müssen, statt, um auch das letzte verborgenste Motiv einzelner Liberaler noch zu streifen, auf den nach menschlichem Ermessen allerdings nicht fernen Thronwechsel zu spekulieren: statt weiter mit Bismarck zu gehen, auf Kaiser Friedrich zu setzen.

Wie dem auch sein mag, ein Politiker von dem unbedingten Aktionsbedürfnis eines Bismarck würde, wenn man ihn in diese Wahl sich hineindenkt, einen andern Entschluß gefaßt haben. Bennigsen entbehrte dieses großen politischen Zuges, mit dem er erst in die Lage hätte kommen können, seine eigentlichen Fähigkeiten zu erproben. Es war doch in ihm, wie Fr. Thimme sagt, ein großes Stück niedersächsischer Bedächtigkeit; und zugleich sah er seine Entschließung zu sehr aus der parlamentarischen Sphäre, in der er als Vertreter der liberalen Auffassung des Staates emporgekommen war. Soweit auch gerade er, der Realpolitiker seiner Partei, Bismarck entgegenzukommen imstande war, so haftete er doch noch zu tief in jener Welt politischen Denkens, von der er herkam, um der Mitarbeiter des Reichsgründers werden zu können.

Unmittelbar nachdem Bismarck hatte erkennen müssen, daß die Schwierigkeiten von links für eine Gewinnung Bennigsens größer seien,

als er erwartet hatte, sollte er erfahren, daß die Schwierigkeiten von rechts sie völlig unmöglich machten. Er war ohne Zweifel schon bedenklich geworden und gedachte im Augenblicke seinen Eintritt nicht zu beantragen. In diesem Sinne beauftragte er den Generaladjutanten Grafen Lehndorff, der im Auftrag des Kaisers bei ihm eintraf und am 29. Dezember wieder abreiste, über die Verhandlungen zu berichten. Am 30. Dezember teilte er dem Kaiser in seiner Danksagung für ein Weihnachtsgeschenk mit, er sei heute wegen einer Grippe, die ihn nur für kurze Zeit habe aufstehen lassen, zu einem politischen Berichte nicht imstande: „Graf Lehndorff, der mich gestern verließ, habe ich gebeten, Eurer Majestät, auf Befragen, über meine Sondierungen durch Bennigsen einige Meldungen zu machen. Nach denselben erwarte ich im Reichstage eine günstige Aufnahme für Erhöhung der indirekten Steuern, wenn eine umfassende reformartige Vorlage gemacht wird. Große Summen (von Tabak, Bier u. dgl.) werden leichter bewilligt werden als kleine und bescheidene expédients und Lückenbüßer. Ich hoffe dieses scheinbare Rätsel bald bei besserer Gesundheit lösen zu können." Also kein Wort mehr von der Berufung Bennigsens in das Ministerium: so entnahm denn der Kaiser schon aus dem mündlichen Bericht Lehndorffs die ihn beruhigende Tatsache, daß „Bennigsen kein Kandidat ist".[1])

Inzwischen nämlich hatte Kaiser Wilhelm an demselben 30. Dezember — also bevor er den mündlichen Bericht Lehndorffs und den Brief Bismarcks empfing — ein äußerst aufgeregtes Schreiben an den Reichskanzler gesandt, das am Silvesterabend in Varzin eintraf.[2]) Der letzte bekannte ungnädige Brief, gereizt im Tone und scharf in der Anweisung, den der Kaiser seinem großen Kanzler gesandt hat. Wilhelm war schon längst durch die Zeitungsgerüchte über eine völlige Modifikation des Staatsministeriums beunruhigt, nunmehr durch die nach seiner Meinung offiziöse Behandlung dieser Gerüchte in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 306 vom 29. Dezember) in Zorn versetzt worden. Graf Eulenburg, dessen Ministerposten in Varzin zur

---

[1]) Bismarck an den Kaiser, 30. Dezember 1877. Bismarck-Jahrbuch IV, S. 43 f., und Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" I, S. 276 f. Kaiser Wilhelm an Bismarck, 2. Januar 1878, ebenda I, S. 279 f.

[2]) Kaiser Wilhelm an Bismarck, 30. Dezember 1877. Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" I, S. 277 f. Bismarck erzählte später Mittnacht (Erinnerungen an Bismarck, Neue Folge, S. 20): Auch von seinem eignen Herrn habe er schon recht ungnädige Zuschriften erhalten. So namentlich am Silvesterabend 1877, zu welcher Zeit er von der Unfruchtbarkeit der Verhandlungen mit Bennigsen bereits überzeugt gewesen, ein Schreiben der Art, daß er die ganze Nacht gallenkrank gewesen sei.

Beratung stand, hatte dieser Verstimmung geschickt nachgeholfen, wenn er nicht gar, wie Bismarck mit gutem Grunde vermutete, durch Vorlegung des Zeitungsblattes sie hervorrief. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" enthielt jedoch — und Eulenburg mußte das mühelos erkennen, wenn er nicht einen falschen Eindruck bei dem Kaiser hervorrufen wollte — keinen eignen Artikel, sondern gab zur „Orientierung ihrer Leser" einen Artikel der „Nationalzeitung" unverkürzt wieder, der eine Reihe verschiedener Preßstimmen — darunter einen offiziös klingenden Artikel der „Post" — zusammenstellte, dagegen eine andre Zeitungsnachricht über die angeblich bereits erfolgte Zustimmung des Kaisers zu den von Bismarck geplanten Veränderungen der Verwaltungsinstitutionen des Reiches und Preußens ausdrücklich als unzutreffend und den Entscheidungen vorgreifend bezeichnete. Gerade diese Zeitungsnachricht, die von seiner Mitwirkung sprach, hatte den Kaiser erbittert: „Dies gehet denn doch zu weit und kann nicht ohne Démentirung gelassen werden, die ich von Ihrer Seite offiziös wünsche, da Niemand besser weiß, als Sie selbst, daß Sie mir keine Sylbe über diesen Gegenstand mitgetheilt haben." In Wirklichkeit aber hatte der Kaiser ungenau oder nicht zu Ende gelesen, und Bismarck war mit seinen zornigen Randbemerkungen [1]) durchaus im Rechte. Der Kaiser erörterte dann die Berufung Bennigsens nach Varzin, der angeblich die große Umwälzung dort mitbearbeiten und Minister des Innern werden solle: „Dies hat mich denn doch in einem Maße frappiert, daß ich anfangen muß zu glauben, es sei wirklich etwas derart im Werke, von dem ich gar nichts weiß!" In der bestimmtesten Art schloß der Brief: „Ich muß Sie also ersuchen, mir Mittheilung zu machen, was denn eigentlich vorgehet? Was Bennigsen betrifft, so würde ich seinen Eintritt in das Ministerium nicht mit Vertrauen begrüßen können, denn so fähig er ist, so würde er den ruhigen und konservativen Gang meiner Regierung, den Sie selbst zu gehen sich ganz entschieden gegen mich aussprachen, nicht gehen können." [2])

Bismarck fühlte sich persönlich durch die ungerechten Vorwürfe des anfahrenden Briefes um so mehr gekränkt, als er selbst schon

[1]) „Der Schluß desavouiert das alles", „es ist ja ein démenti".

[2]) Das Bekanntwerden dieses Briefes im Jahre 1901 brachte selbst den nächsten Freunden Bennigsens eine Ueberraschung. Am 2. Oktober 1901 schrieb Hammacher: „Der Brief des Kaisers Wilhelm an Bismarck, den die ‚Nationalzeitung' brachte, macht in überraschender Weise klar, auf welch große Schwierigkeiten Bismarck gestoßen wäre, wenn er den Plan, Sie in das Ministerium zu bringen, mit Ernst weiterverfolgt hätte. Ich nehme an, daß Sie über die damaligen Vorgänge genaue Aufzeichnungen machen, schon damit Ihr Bild von der Geschichte nicht verunstaltet wird."

halb und halb von der Kandidatur Bennigsens zurückgekommen war; war er schon bisher leidend gewesen, so warf dieser Aerger nach seiner Art ihn völlig aufs Krankenbett. Mit den sachlichen Einwendungen des Kaisers war er keineswegs einverstanden: zu dem Zweifel, daß Bennigsen den ruhigen und konservativen Gang seiner Regierung nicht mitgehen könne, setzte er in erregtem Dialog mit dem kaiserlichen Schreiben ein trotziges „Doch!" an den Rand, das zugleich verrät, daß es ihm wirklicher Ernst gewesen war. Aber wenn er an der formalen und materiellen Richtigkeit seines Verfahrens für sich festhielt, so war die Durchführbarkeit seiner Pläne durch die Sprache des Kaisers ganz unmöglich geworden. Somit hat er am letzten Tage des alten Jahres, an dem er jenen Brief erhielt, die Kandidatur Bennigsens definitiv fallen lassen. Er ließ dem Kaiser antworten,[1]) er könne ihm einen Nachfolger Eulenburgs doch nicht vorschlagen, ohne sich vorher vergewissert zu haben, daß der Betreffende die Ernennung annehmen werde; er hätte Bennigsen für geeignet gehalten und seine Stimmungen sondiert, bei ihm aber nicht die Auffassung gefunden, die er erwartet hätte, und die Ueberzeugung gewonnen, daß er ihn nicht zum Minister vorschlagen könne; das ungnädige kaiserliche Schreiben nötige ihn, sein Abschiedsgesuch zu erneuern. Der Kaiser aber hatte schon vor Empfang dieses Schreibens, am 2. Januar, nach der Information durch Lehndorff in nachgiebigster Form sich für zufriedengestellt und seinen Brief für erledigt erklärt; gleich darauf bekannte er, über das Sachverhältnis getäuscht worden zu sein und wünschte seinen vorhergehenden Brief als nicht geschrieben zu betrachten.[2])

Jedenfalls besteht der Satz Bismarcks in seinen „Gedanken und Erinnerungen" zu Recht: „Jede weitere Verhandlung mit Bennigsen verbot sich durch diesen Vorgang von selbst." Ich betone das besonders, weil mir bekannt ist, daß Bennigsen gerade an diesem Teile der Bismarckschen Darstellung später Anstoß nahm und sich dadurch tief verletzt fühlte.[3]) Es war nicht anders: der achtzigjährige Kaiser hat sich selbst einer Verstärkung des liberalen Elements in der Regierung mit Entschiedenheit in den Weg gestellt. Er war seit längerer Zeit der Meinung, daß mit den „liberalen Experimenten" ein Ende gemacht werden müsse. Außerdem verband Wilhelm, von seiner reaktionären Umgebung

---

[1]) In einem nicht vorliegenden Schreiben an den Staatssekretär von Bülow, Inhaltsangabe in den „Gedanken und Erinnerungen" II, S. 183.

[2]) Kaiser Wilhelm an Bismarck, 2. Januar 1878. Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" I, S. 279 f., über das zweite (nicht vorliegende) Schreiben: „Gedanken und Erinnerungen" II, S. 184.

[3]) Vgl. unten das Gespräch zwischen Bennigsen und Bismarck am 17. Dezember 1881.

darin bestärkt, mit der Persönlichkeit Bennigsens Vorstellungen, die vielleicht von dem Präsidenten des Deutschen Nationalvereins her datierten und sich seit dem Jahre 1866 noch verschärft hatten. So sonderbar erscheinen in monarchischer Denkungsweise oft die Gegensätze vereinigt: er selbst hatte mit der Annexion Hannovers einen Thron umgestoßen, der von dem Standpunkt der „Legitimität" so gutes Recht hatte wie sein eigner und seinen Untergang nur vom Standpunkt des höheren Rechts der deutschen Einigung verdient hatte; gegen den Mann aber, der nicht etwa die preußische Annexion, sondern nur die preußische Führung in einem deutschen Bundesstaat vertreten hatte, hegte er ein Mißtrauen, als wenn er die seinem angestammten König schuldige Treue nicht gehalten hätte! Er war sich nicht klar darüber, wie bitter unrecht er einem deutschen Patrioten tat, und welche Waffen dieser beklagenswerte Widerspruch in seinem politischen Denken gerade den welfischen Gegnern lieferte, die auf „dieses sehr wohl verständliche" monarchische Mißtrauen höhnend hinwiesen.

Schon in der Auseinandersetzung zwischen Bismarck und Bennigsen war die liberal-konstitutionelle Staatsauffassung — bei aller ihrer Abschwächung — auf jenen preußischen Staatsgedanken gestoßen, den Bismarck selbst in den sechziger Jahren für das Königtum zum Siege geführt hatte und nun auch in dem neuen Reiche behauptete: jetzt wandte sich auch der Träger der Krone, der im hohen Alter sich immer mehr auf seine ursprünglichen Gesinnungen besann, gegen jeden Versuch, der parlamentarischen Staatspraxis einen etwas größeren Raum in der Regierung Deutschlands und Preußens zu gewähren.

Wenn durch das kaiserliche Eingreifen die ins Stocken geratene Verhandlung definitiv abgeschnitten wurde, so hütete sich Bismarck trotzdem, Bennigsen von dieser Intervention, mit der alles zunächst zu Ende war, irgendwelche Nachricht zu geben. Er hielt es im politischen Interesse nicht für zweckmäßig, „ihn von der Beurteilung in Kenntnis zu setzen, die seine Person und Kandidatur bei dem Kaiser gefunden hatten".[1]) Statt dessen lenkte er, wie das folgende Schreiben beweist, das Mißtrauen der Liberalen auf den Grafen Eulenburg, dem er den Streich zu verdanken hatte, mit Geschicklichkeit ab, und ließ die für ihn abgeschlossene Verhandlung äußerlich in suspenso.[2])

---

[1]) Auch in späteren Gesprächen verschwieg er diesen Grund. So wenn er am 20. Juni 1884 sagte: er habe nur ein Ministerium offen gehabt und das habe er Bennigsen angeboten. Forckenbecks Ernennung zum Minister, welche die Liberalen immer vorgeschoben hätten, sei ihm absolut unmöglich gewesen, der Kaiser sei nicht geneigt gewesen, mehr als einen Minister zu wechseln (Poschinger, I, S. 268).

[2]) „Gedanken und Erinnerungen" II, S. 184.

Graf Herbert Bismarck an Bennigsen.

Varzin, 2. Januar 1878.

Geehrter Herr Präsident,

Mein Vater ist leider kränker geworden, als er bei Ihrer Abreise war, und außerdem in Folge der Nothwendigkeit, Schlaf durch Opiat zu gewinnen, sehr angegriffen. Außer Stande es selbst zu thun, beauftragte er mich, Ihnen Nachstehendes mitzutheilen.

Geschäftliche Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden des Landtages und einem Minister wären in allen Ländern, wo es Landtage gibt, gewiß etwas sehr natürliches: Das Sensationsbedürfniß unserer Parteipresse fände aber darin, daß gerade Sie und mein Vater über Fragen, welche demnächst parlamentarisch zu verhandeln wären, einen vorbereitenden Gedankenaustausch gehabt hätten, die Unterlage zu den übertriebensten Sensationsartikeln. Das wäre an sich nach unseren Preßverhältnissen noch nicht auffällig und ohne praktische Bedeutung; letztere gewinnen solche Artikel aber dadurch, daß persönliche und politische Gegner sich ein Geschäft daraus machen, sie zusammenzustellen und auf Grund des Gesammtbildes Seiner Majestät ihre Ueberzeugung auszusprechen, daß doch etwas Wahres an jenen Gerüchten sein müße, als hätten Sie mit meinem Vater hier die Ministerposten neu vertheilt — sie möchten vacant sein oder nicht — und als hätte mein Vater sich vorläufig mit Ihnen persönlich wegen Uebernahme des Ministeriums des Innern geeinigt, ohne dem Kaiser auch nur eine Andeutung darüber zugehen zu laßen. Diese tendenziösen Unwahrheiten haben inzwischen objectiv schon in mehreren Blättern Widerspruch gefunden, aber scheinbar ohne daß die berichtigenden Organe sich über die Tendenz jener Erfindungen klar waren. Grade in der tendenziösen Berechnung auf die Empfindlichkeit, mit welcher jede Mißachtung der Rechte der Krone Seine Majestät den Kaiser bekanntlich berührt, sind diese Lügen erfunden, zusammengestellt und benutzt: man hofft damit theils meinen Vater dem Kaiser als rücksichtslos darzustellen, theils bei Seiner Majestät Mißtrauen gegen die nationalliberale Partei und deren Führer zu erwecken. Nachdem meinem Vater über dieses Treiben authentische Mittheilungen zugegangen sind, hält er es für nothwendig, Sie, geehrter Herr Präsident, davon zu benachrichtigen, und namentlich hinzuzufügen, daß nach den vorliegenden zweifellosen Thatsachen insbesondere der Minister Graf Eulenburg in geschickt berechneter Weise persönlich dazu mitgewirkt hat, bei Seiner Majestät die Sorge und Verstimmung zu wecken, welcher der Kaiser meinem Vater gegenüber Ausdruck gegeben hat. Die Thatsache, daß Graf Eulenburg auf der anderen Seite bei manchen Liberalen und Radicalen Zugang und günstige Beurtheilung

durch die ihm zugeschriebene Stellung zur Frage der inneren Reform gewonnen hat, läßt meinem Vater die obige Mittheilung als nützlich erscheinen, damit auch in diesen Kreisen zur Vorsicht und Kritik etwaigen Annäherungsversuchen gegenüber in discreter Weise ermahnt werden könne. In der Presse wird man Vorstehendes einstweilen garnicht oder doch nur so weit berühren können, als die Person des Kaisers außer Spiel bleibt, denn mein Vater hat für den ganzen Hergang zwar einen durchaus classischen, aber doch nur den einen Zeugen, nämlich Seine Majestät den Kaiser Selbst und deßen Schreiben, und es kommt ihm für jetzt nur darauf an, diejenigen zu warnen, welchen Zumuthungen oder Mittheilungen gemacht werden sollten, die etwa direct aus Eulenburgscher Quelle stammten.

Indem ich meines Vaters und meine Glückwünsche zum neuen Jahre freundlich aufzunehmen bitte bin ich mit der vorzüglichsten Hochachtung

Euerer Hochwohlgeboren

gehorsamer Diener

Graf Herbert Bismarck.

*

In diesem Schreiben fällt zwar auf, daß nicht mehr von Ministerkombinationen die Rede ist, sondern nur von unverfänglichen „geschäftlichen Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden des Landtags und einem Minister", deren sich eine sensationslustige Presse bemächtigt habe. Dafür war die Aufklärung über die Eulenburgschen Intrigen so offenherzig, daß Bennigsen den Eindruck haben mußte, als ob die Verhandlung demnächst wieder aufgenommen werden sollte. Das war die Täuschung, der er unterlag. Er hat bis Ende Februar, wo er seinerseits den entscheidenden Schritt zum Abbruch zu tun glaubte, in dem begreiflichen Irrtum gelebt, daß die entstandenen Schwierigkeiten lediglich durch eine Hofintrige verschuldet würden. Bismarck aber ließ ihn absichtlich in diesem Irrtum. So entstand eine Differenz der Auffassung, indem jeder der beiden Männer hernach die Initiative zum Abbruch der Verhandlungen für sich in Anspruch nahm. Vielleicht hätte ein sehr mißtrauischer Kopf aus dem, was in Herbert Bismarcks Schreiben stand und nicht stand, etwas von den wirklichen Schwierigkeiten herausgefühlt. Bennigsens Art war es nicht. Er war gerade, vertrauend, wie er selbst Vertrauen vergalt, offen und ehrlich. Die Fassung des Schreibens von Herbert Bismarck verpflichtete ihn übrigens zu strengster Diskretion, die er in loyaler Weise auch dann noch wahrte, als nach seiner Auffassung eine falsche Darstellung des Herganges in die Oeffentlichkeit kam.

Am 29. Dezember traf Bennigsen wieder in Berlin ein; er hatte noch am Abend eine Besprechung mit Forckenbeck, Stauffenberg und Lasker, eine weitere am andern Morgen, und kehrte am Vormittag des 30. Dezember nach Hannover zurück. Da er selbst die Varziner Vorgänge mit der äußersten Diskretion behandelte [1]) — erst am 9. Januar machte in seiner Abwesenheit Lasker in der nationalliberalen Fraktion einige knappe und streng vertrauliche Mitteilungen —, so waren die Stimmungen der Presse, auch innerhalb der Partei, einander sehr widersprechend. Die „Kreuzzeitung" betonte die Unsicherheit und meinte, der Erfolg werde davon abhängen, wie weit sich die Liberalen den Ansichten des Kanzlers nähern könnten, und da könne Bennigsen nichts versprechen. Die führenden liberalen Zeitungen — wenn man einzelne Berliner Sensationsorgane mit voreiligen Ministerlisten und wilden Zukunftsplänen ausnimmt — äußerten sich in zuversichtlicher und ruhiger Weise; besonders spröde verhielt sich die „Nationalzeitung" (Lasker?): „Es wäre unnütz, in einen sachlich unhaltbar gewordenen Zustand noch neue Kräfte, um sie in den bekannten Schwierigkeiten schnell vernutzt zu sehen, einzuwerfen." Diese Zurückhaltung wurde dadurch verstärkt, daß, wie bald bekannt wurde, der Kaiser beim Neujahrsempfang der Minister energisch den Gerüchten über eine Ministerveränderung entgegentrat; man erörterte — trotz der offiziösen Ableugnung — die Abneigung des Hofes gegen nationalliberale Führer und erfuhr von den Ministern, namentlich von Camphausen, daß auch sie von keiner Veränderung wüßten. Auch die tieferen Gründe wurden sichtbar; während einzelne nationalliberale Blätter gegen das freihändlerische Manchestertum zu Felde zogen, erklärte der „Berliner Börsencourier", Bismarck wolle nicht ein parlamentarisches Ministerium, sondern ein ministerielles Parlament; bis jetzt sei ihm das nicht gelungen, Bennigsen sei zum Nachgeben geneigt, habe aber dem Kanzler keine Mehrheit für seine Handelspolitik versprechen können. Die unbedingten Freihändler waren ohne jede Illusionen; so schrieb Braun-Wiesbaden schon am 28. Dezember: „Mir scheint, Fürst Bismarck ist mit der nationalliberalen Partei und mit seinem jetzigen Verhältnis zu derselben gar nicht mehr zufrieden. Er will sie entweder näher an sich ziehen oder sie gänzlich verstoßen, avilir et après démolir, sprengen, auflösen oder

---

[1]) Braun-Wiesbaden (a. a. O. S. 59) schrieb in diesen Tagen: „Herr von Bennigsen ist wieder zurück. Er ist überhaupt in der Regel nicht sehr mitteilsam, aber diesmal beobachtet er über die Verhandlungen in Varzin das Schweigen eines Trappisten, und selbst seine Parteigenossen — etwa mit Ausnahme derer, welche bei der Ministerkombination in Frage kommen, in erster Linie Forckenbeck und Stauffenberg — erfahren nicht mehr als die andern."

wie man es sonst ausdrücken will. Kommt, wie mir wahrscheinlich, diesmal die Verständigung mit Herrn von Bennigsen nicht zuwege, dann wird alsbald die gänzliche Trennung erfolgen." Je mehr man erkannte, daß somit die Entscheidung in der Mitte der nationalliberalen Partei selbst liege, suchten ihre führenden Organe, wie die „Kölnische Zeitung", vor einer Spaltung zu warnen. Selbst unter den Fortschrittlern, die gern über die nationalliberalen Stellenjäger spotteten, äußerte Hänel in der „Kieler Zeitung", die liberale Gesamtpartei dürfe ja nicht versäumen, die günstige Gelegenheit zu einer Verständigung mit Bismarck zu benutzen. Der „Hannoversche Courier" setzte am 8. Januar den Standpunkt Bennigsens in der inneren Politik auseinander: starke Tabakbesteuerung, Unterstützung des Kanzlers, finanzielle Selbständigkeit des Reiches, konstitutionelle Garantien durch bewegliche Steuern, Bildung einer nationalliberalen Regierungspartei unter Abschiebung der fortschrittlichen Linken. Von allen Seiten redete man, treibend oder zurückhaltend, auf Bennigsen ein, und die Historiker erinnerten sich, daß er schon einmal, im Mai 1866, in der rechten Stunde gezögert habe, die Hand Bismarcks zu ergreifen.[1])

Bennigsen aber blieb nach dem Ausfall der Besprechungen in dem Glauben, daß die Schwierigkeiten zu überwinden seien. Hielt doch Bismarck seine nächste Umgebung — Tiedemann notierte noch am 11. Januar: „Die Verhandlungen mit Bennigsen sind durchaus nicht als gescheitert zu betrachten" — und sogar seine freikonservativen Getreuen in dem Glauben, daß die Verhandlung bisher befriedigend verlaufen sei.

Graf Herbert Bismarck an Lucius.

Varzin, 9. Januar 1878.

Ich hätte Ihnen schon früher geschrieben, wenn ich in dieser ganzen Zeit nicht so von Sorge um meinen Vater und von der durch seine Erkrankung für mich vermehrten Geschäftslast in Anspruch genommen gewesen wäre. Leider kann ich auch heute Ihnen noch keine guten Nachrichten geben. Mein Vater hat nun schon seit mehr als zehn Tagen sein Zimmer nicht verlassen, kann ohne Opium kaum schlafen, hat dabei schmerzhafte und ermattende Hustenanfälle und ist natürlich von alledem sehr angegriffen, so daß ihm jede Arbeit unmöglich ist. Die Unterredungen mit Bennigsen verliefen vollkommen be-

[1]) Bei dieser Gelegenheit setzte sich Treitschke unter Vermittlung Wehrenpfennigs mit Bennigsen über den Vorwurf auseinander, den er im Jahre 1866 in seiner Schrift über die norddeutschen Mittelstaaten gegen Bennigsen erhoben hatte; vgl. Wehrenpfennig an Bennigsen, 1. Januar 1878, vgl. Bd. I, S. 734.

friedigend, wie Sie wohl schon gehört haben werden. Es ist sehr zu bedauern, daß durch das verletzende, unorientierte Eingreifen von Berlin aus mein Vater krank gemacht ist und in den angeregten Fragen vorläufig nun nicht weiterarbeiten kann. Wann er unter diesen Umständen nach Berlin übersiedeln kann, ist jetzt noch nicht abzusehen. In diesem Monat aber wird wohl sicher nichts daraus werden.

*

Ja, Bismarck fuhr auch formell fort, „auch unabhängig von der Ministerfrage die Fühlung mit Bennigsen und der nationalliberalen Partei zu suchen," [1]) indem er Tiedemann beauftragte, in einer Unterredung mit Bennigsen und Lucius den Stand der Dinge zu ermitteln. Der Abgesandte bemerkte über diese Besprechung am 18. Januar: „Bennigsen scheint seinen Eintritt ins Ministerium für zweifellos zu halten. Er äußerte sich sehr befriedigt über die Varziner Verhandlungen, betonte, daß sachlich keine Differenzen mehr vorhanden seien, daß aber die Personenfrage noch keine eingehende Erörterung gefunden. Er könne und wolle nicht allein ins Ministerium treten, sondern müsse einen oder zwei Kollegen aus der nationalliberalen Partei mit hinübernehmen, am liebsten Forckenbeck, von dem er glaube, daß er dem Kaiser sympathischer sei als er selbst." Die Wiederaufnahme der Besprechungen [2]) erweckte allgemein den Glauben an die Fortdauer der Verhandlungen und gab den Anlaß zu Gerüchten von einem weiteren Entgegenkommen Bismarcks, ja sogar von einem nochmaligen Besuche Bennigsens in Varzin.

In Wirklichkeit scheint Bismarck gerade durch das wiederholte Festhalten Bennigsens an seinen Bedingungen veranlaßt worden zu sein, zunächst dem Kaiser gegenüber am 21. Januar den letzten Faden der Verhandlung fallen zu lassen. Er berief Tiedemann unmittelbar hernach zur Berichterstattung nach Varzin und diktierte ihm, wie dieser erzählt, „den ganzen Nachmittag über ein Schreiben an den Kaiser — 32 Folioseiten in einem Zuge, nicht gebrochen, sondern querdurch geschrieben —, das nicht nur eine genaue Wiedergabe der Verhandlungen mit Bennigsen wegen seines Eintritts ins Ministerium enthielt, sondern zugleich eine hochpolitische historische Darstellung der Entwicklung unsrer ganzen Parteiverhältnisse seit Einführung der Verfassung". Diese Denkschrift, die für unsre Darstellung eine Quelle ersten Ranges sein würde, ist nicht zu ermitteln gewesen; sie ist, wie bei einer im Sommer 1909

---

[1]) Offiziöser „Grenzboten"-Artikel: „Unruh über Bismarck", S. 484.

[2]) Der „Hannoversche Courier" gab die Tatsache der Besprechung zu und bemerkte: „Man darf aber nur annehmen, daß die Verhandlungen fortdauern."

stattgefundenen Nachforschung festgestellt werden konnte, weder in den Akten der Reichskanzlei noch des Auswärtigen Amtes aufzufinden. Man darf die Vermutung aussprechen, daß sie den Abschluß der gesamten Verhandlung bedeutet. Es war vielleicht kein Zufall, wenn zu derselben Stunde ein Leitartikel der „Kreuzzeitung" am 19./20. Januar schon Morgenluft zu wittern schien: Bismarck, innerlich konservativ, sei nur durch die Macht der Verhältnisse gezwungen gewesen, mit den Nationalliberalen Politik zu treiben, die das Vertrauen des Volkes verlören, in sich gespalten, keine brauchbare Regierungspartei seien und mit ihrem Versuche, sich der Regierung zu bemeistern, gescheitert seien; dagegen empföhlen sich die Deutsch-Konservativen durchaus als Regierungspartei und seien zur Vereinbarung gern bereit und imstande — allerdings unter einer Bedingung, dem Abbruch des Kulturkampfes.

Denn dieser Abbruch, der so lange für unmöglich gegolten hatte, rückte jetzt in das Gebiet des Möglichen. Eine außerhalb des Reiches sich vorbereitende Veränderung begann auf die Entschließungen Bismarcks einzuwirken. Schon im Laufe des Januar wurde der Tod des Papstes Pius IX. erwartet, und als er am 9. Februar eintrat, war auch für die deutsche Reichspolitik wenigstens die theoretische Möglichkeit gegeben, mit einem neuen Papste Friedensverhandlungen zu eröffnen und gegebenenfalls gar unter allmählicher Einstellung des Kulturkampfes eine andre innerpolitische Parteigruppierung vorzubereiten. Da freilich ebensogut der Fall eintreten konnte, daß auch der Amtsnachfolger Pius' IX. intransigent war und der Gegensatz zwischen Staat und Kirche noch weitere Verschärfung erfuhr, woraus sich dann von neuem eine Notwendigkeit für die Regierung ergeben hätte, eine engere Fühlung mit den Liberalen zu suchen, so hieß es für den Meister des diplomatischen Spieles noch immer: Abwarten.

Um so mehr waren die Nationalliberalen, die nach Bennigsens Mitteilungen an die Fortdauer der Bismarckschen Pläne glauben mußten, geneigt, allmählich Klarheit in die verworrene Situation zu bringen. Nicht als ob sie auf die Einnahme der Ministersessel begierig gewesen wären, denn sie waren sich ganz im klaren, mit welchen Schwierigkeiten das verbunden war. So sagte Anfang Februar Unruh zu Stauffenberg, er hielte es bei der Persönlichkeit Bismarcks für ganz unmöglich, daß er, Bennigsen und Forckenbeck unter Bismarck längere Zeit Minister sein könnten; bei aller Anerkennung der großen Eigenschaften des Fürsten und seiner außerordentlichen Erfolge ließe es sich doch nicht übersehen, daß er von den Ministern vor allen Dingen unbedingte Unterordnung verlange, daher mit Männern von selbständigem Charakter sehr bald in Konflikt geraten müsse; sie würden sich schnell abnutzen, und dann sei die Lage

der Partei schlimmer als jetzt.[1]) Das war die Stimmung vieler. So schrieb Graf Münster, der Botschafter, der keineswegs den nationalliberalen Parteistandpunkt teilte, zum Jahresbeginn an Bennigsen: „Möge das nächste Jahr Ihnen alles bringen, was Sie wünschen. Ob ich Ihnen einen Ministerposten jetzt schon wünschen soll, weiß ich nicht. Kommen wird es, aber auf den Zeitpunkt und die Kollegen kommt es doch dabei sehr an, und man muß sich davor hüten, sich durch unbrauchbare Kollegen mit verbrauchen zu lassen. Ich habe geteilte Gefühle. Einesteils möchte ich, daß Sie Minister würden, andernteils würde ich so ungern Sie für die Provinz verlieren."[2]) Diese Stimmungen hatte Bismarck im Auge, wenn er sie einmal in die Formel kleidete: „Als Bennigsen aus Varzin wiederkam, da hieß es unter ihnen: Mit diesem Minister kann er nicht dienen, aber nach ihm." Ja, er witterte, darin wieder zu weit gehend, einen Versuch, ihm selber an die Macht zu greifen, und, wenn ihm Laune oder Galle danach stand, malte er sich eine leibhaftige nationalliberale „Verschwörung" mit einem ganzen Anhang, der sich in die Macht zu teilen gewillt war, in vertrautem Kreise aus.

Ueber die letzten Absichten der nationalliberalen Führer, wenigstens so weit sie in den Fraktionssitzungen zur Sprache kamen, sind die Tagebücher des Württembergers Hölder fast die einzige Quelle.[3]) Aus dem Vortrage Bennigsens am 16. Februar in der Fraktion teilt er mit: „Es sei notwendig, das Reich mittels indirekter Reichssteuern auf eigne Füße zu stellen und dadurch die Einzelstaaten zu entlasten, die dann ihre, insbesondere die direkten Steuern erleichtern könnten. Geeignet zur Reichsbesteuerung sei insbesondere der Tabak. Dieses Objekt könne das Vier- und Fünffache des vorgeschlagenen Ertrags abwerfen. Die vorgeschlagene Steuer sei ein Stückwerk und ihre Annahme nicht zu empfehlen. Im Notfall würde er bis zum Tabaksmonopol gehen,[4]) allein das amerikanische Tabakssteuersystem dürfte ohne Monopol dasselbe leisten. Dies sei wert, geprüft zu werden. Heute sei es wohl am besten, mit etwaigen Abstrichen im Budget sich noch mit Matrikularbeiträgen zu behelfen, um dem großen Reformplan nicht zu präjudizieren, zu dem es dann um so gewisser kommen müsse." Entsprachen diese Aeußerungen sachlich den Wünschen Bismarcks, so klang aus den

---

[1]) „Erinnerungen aus dem Leben" von H. V. von Unruh, S. 359.

[2]) Graf Münster an Bennigsen, Knowsley, Prescot, 1. Januar 1878.

[3]) H. von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, S. 267 ff.

[4]) Diese Mitteilung Hölders steht mit den Aussagen Bennigsens im Widerspruch. Ob es sich nur um eine vage und unverbindliche Aeußerung über äußerste Möglichkeiten handelt?

Mitteilungen Bambergers und Bennigsens am 18. Februar schon ein stärkerer Zwang heraus: Die Verhältnisse seien unleidlich geworden. „Das Budget steige naturgemäß an, dabei fehle es an einem durchgreifenden Steuerreformplan. Daher notwendig wirklich verantwortliche Regierung, die aber auch mit der Reichstagsmehrheit engste Fühlung haben müsse. Bismarck sehe dies ein, habe in dieser Richtung mit Bennigsen gesprochen. Reichsministerien könne man wegen der Schwierigkeiten nicht erlangen; darum sei die Stellvertretungsvorlage entstanden. Irgend etwas werde in dieser Richtung zu erreichen sein. Die Bewilligung neuer Steuern müsse man als Pressionsmittel in der Hand behalten, sowohl dem Bundesrat gegenüber als auch dem Kaiser und Bismarck gegenüber, um (kurzgesagt) eine parlamentarische Reichsverwaltung zu erzwingen. Insbesondere müßten die Finanzen des Reichs und Preußens in eine Hand (Bennigsens) kommen. Letzterer Name wurde nicht mit dieser Deutlichkeit genannt." Ebenso scharf wie diese letzten wohl von Bamberger herrührenden Sätze sprach dann am 20. Februar Lasker: „Keine Steuer ohne Steuerbewilligungsrecht im Reich und in Preußen und ohne Organisation entsprechender Organe der Reichsverwaltung. Reichsämter verbunden mit preußischen Ministerien, zur Sicherung der einheitlichen Politik des Reichs und Preußens. Beteiligung Bennigsens u. s. w. an der Regierung, zur Sicherung einer mit der Mehrheit übereinstimmenden Regierungspolitik." Soviel sieht man: Der linke Flügel wenigstens war bewußt an den Versuch herangetreten, die Reichsverfassung im parlamentarischen Sinne fortzubilden.

Die Nationalliberalen suchten zunächst nach einer Gelegenheit, den immer noch in Varzin weilenden Reichskanzler zur endlichen Aufdeckung seiner Karten zu nötigen. Am Tage der Eröffnung des Reichstags (6. Februar 1878) fand unter Teilnahme von Bennigsen, Bamberger, Lasker, Stauffenberg und Stephani eine vertrauliche Beratung bei Forckenbeck statt, in der man beschloß, durch Besprechung der äußeren wie der inneren Politik die Situation nach Möglichkeit zu klären. Bennigsen begab sich unmittelbar nachher zum Staatssekretär des Auswärtigen von Bülow, um durch ihn den Reichskanzler von der Absicht einer Interpellation über die orientalische Angelegenheit zu verständigen.[1]) Die Interpellation wurde am übernächsten Tage von den Nationalliberalen, der Fortschrittspartei und den beiden konservativen Fraktionen im Reichstage eingebracht. Bismarck hatte zwar diese Interpellation schon in Varzin mit Bennigsen verabredet;[2]) aber in diesem Augenblicke sah er sie sehr ungern.[3]) Er

[1]) Fr. Böttcher, Eduard Stephani, S. 192.

[2]) Tiedemann a. a. O. S. 474.

[3]) Er fand die Form sehr ungeschickt und erklärte Tiedemann (a. a. O.

wäre am liebsten einer Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten noch überhoben gewesen und hätte sie, wie er hernach in der Debatte erklärte, lieber um einige Wochen verschoben gesehen; vor allem aber hätte er es vorgezogen, die innere Krise noch länger in der Schwebe zu halten. Er suchte anscheinend im Sinne einer Vertagung oder Zurückziehung der Interpellation einzuwirken und kehrte schließlich sehr ungern am 14. Februar nach Berlin zurück.

Staatssekretär von Bülow an Bennigsen.

Berlin, 11. Februar 1878.

Der Reichskanzler hat mir eine längere Auseinandersetzung seiner Ansichten über die Interpellation geschickt, die es mich sehr freuen würde, Ihnen morgen exponieren zu können. Wenn Ihre Zeit erlaubt, mich aufzusuchen, so bin ich bis um elf in meinem Hause, von zwölf bis vier auf dem Auswärtigen Amt zu Ihrer Verfügung. Paßt es Ihnen nicht, so sehen wir uns beim Kronprinzen und könnten dann eine Abendstunde verabreden. Mit bestem Danke für Ihre neuliche gütige Mitteilung in aufrichtiger Hochschätzung u. s. w.

*

Bennigsen übernahm es, am 19. Februar die Interpellation im Reichstage zu begründen. Er war von jeher geneigt, die auswärtige Politik sorgfältig zu beobachten und mehr als die meisten Parlamentarier auch die Rückwirkungen der auswärtigen auf die innere Politik in Betracht zu ziehen. In der orientalischen Frage wurde er auf dem laufenden gehalten durch einen regelmäßigen vertraulichen — vom Reichskanzler mit einem gewissen Mißtrauen verfolgten — Briefwechsel mit dem Botschafter in London, Grafen Georg Münster, dessen unbedingt englische und russenfeindliche Auffassung er jedoch nicht teilte. [1]) Die ersten Wendungen seiner Rede hatten augenscheinlich den Zweck, den Unwillen des Reichskanzlers über die Interpellation — „welche, beiläufig bemerkt, zunächst weniger von meinen eignen politischen Freunden als von andern Parteien angeregt worden ist" — zu besänftigen; er entnahm aus seiner Bereitschaft, sie zu beantworten, die Zuversicht, daß

S. 227), Bennigsen und Lucius hätten vorher angefragt, ob sie eine Interpellation einbringen sollten, und seien verneinend beschieden worden.

[1]) Die Briefe des Grafen Münster an Bennigsen vom 6. Juli 1876, 13. März, 18. März, 22. April, 12. September 1877, 1. Januar, 3. März 1878, die ich in der „Deutschen Revue" XXXII, 3. S. 304 ff.; 4. S. 9 ff. mitgeteilt habe, sollen an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Bennigsen sprach im Reichstage am 28. Februar 1877 für die Gehaltserhöhung des Londoner Botschafterpostens.

die Lage nicht mehr so gespannt sei wie noch vor kurzem, und erklärte den Wunsch des Reichstages nach Mitteilungen der Regierung über die Haltung der deutschen Politik in der Orientkrisis für ein natürliches und berechtigtes Verlangen für die Vertretung einer großen Nation, die ja Mitteilungen nur insofern beanspruche, als sie ohne Gefährdung des Friedens und ohne Verletzung deutscher Interessen möglich seien. In der Sache selbst sprach er wohl den Wunsch aus, das Dreikaiserbündnis möchte nicht alteriert aus den orientalischen Wirren hervorgehen; aber er fügte hinzu: „Vor allen Dingen haben wir in Deutschland daran ein Interesse, und das würde uns am stärksten treffen, daß nicht etwa der Verlauf der Wirren im Orient die Interessen Oesterreichs wesentlich schädige, oder gar zu einer erheblichen Schwächung von Oesterreich führe." Er würdigte die Gefahren, die sich nach den ersten russischen Niederlagen durch eine starke russische Schwächung auch für Deutschland hätten ergeben können; seit den russischen Siegen aber liege die Sorge eher auf entgegengesetztem Gebiet, daß nämlich Rußland im Bewußtsein seiner außerordentlichen Anstrengungen und Erfolge, „gegenüber den mancherlei inneren Schwierigkeiten Oesterreich-Ungarns und bei der isolierten Stellung Englands Forderungen erheben möchte, weit hinausgehend über das durch seine eignen Interessen berechtigte Verlangen, tief eingreifend und verletzend für legitime Interessen andrer Staaten". Rußland möge daher seine berechtigten Ansprüche nicht überspannen. Bei aller diplomatischen Zurückhaltung klang doch leise der Wunsch durch, die deutsche Politik möge in irgendeiner Form, wenn es nötig sein solle, Oesterreich-Ungarn eine Rückendeckung gewähren — auch die kleindeutschen Liberalen von ehedem, die Oesterreich aus dem Bunde hatten hinaustreiben helfen, waren mit ihrem Herzen dabei, als es möglich schien, über die Kluft von 1866 hinweg ein festes völkerrechtliches Band zu knüpfen. Dann betonte er die Friedensliebe der deutschen Politik und wies alle Gerüchte von einer deutschen kriegerischen Initiative ab. Deutschland müsse in seiner geographischen Lage, umgeben von andern starken Militärstaaten, eine schwere Last tragen, noch für lange Zeit, aber als eine Notwendigkeit, um seine berechtigte Stellung in Europa zu verteidigen; diese militärische Macht erscheine geeignet, „den Frieden im übrigen Europa zu erhalten, auch da, wo unser Interesse nicht unmittelbar bedroht ist, und uns somit zu bewahren vor gefährlichen Kombinationen, die aus den Kriegen andrer europäischer Mächte hervorgehen können für eine spätere Zukunft". Er schloß seine Rede, die er mehrfach mit Kundgebungen des Vertrauens für den Reichskanzler durchflocht, mit den Worten: „Die Rolle, welche Deutschland gegeben ist, dem militärisch mächtigsten Staate auf dem Kontinent, ist gewiß eine verantwortliche und gefähr-

liche. Wir sehen aber zum Glück seit Jahren die Leitung unsrer auswärtigen Politik in einer Hand, der wir mit vollem Vertrauen folgen, auch da, wo es nicht möglich ist, uns in alle einzelnen Gänge der Politik einzuweihen." Bismarck antwortete in einer Rede, die das berühmte Wort vom ehrlichen Makler als Richtschnur der deutschen Politik enthielt, „deren Programm Herr von Bennigsen klar und ausführlich, fast ausführlicher, als es mir in diesem Moment meine Kräfte noch erlauben würden, wiedergegeben hat". Die Führung der Debatte zeigte die Stellung der Parteien noch unverändert: Konservative, Nationalliberale, Fortschrittler zustimmend, Windthorst mit Polen und Sozialdemokraten in der Opposition. Auf die innere Politik fiel noch kein erhellender Lichtstreif.

Vierundzwanzig Stunden später konnte Bismarck schon klarer sehen und offener handeln. Am andern Tage (20. Februar) wurde Kardinal Pecci zum Papste gewählt: ein neuer Papst, dem ein versöhnlicher Ruf voraufging. Es ist das Verdienst von Max Lenz, in seiner „Geschichte Bismarcks" zum ersten Male auf den Zusammenhang aufmerksam gemacht zu haben, daß der Brief, in dem Papst Leo noch am 20. Februar dem Kaiser seinen Regierungsantritt anzeigte und in mildem Tone den Frieden anbot, schon in Bismarcks Händen gewesen sein kann, als er am 22. Februar in der ersten Beratung des Finanzgesetzentwurfs auch über die zukünftige Richtung seiner inneren Politik sich zu erklären veranlaßt wurde. Jetzt sah er einen neuen Weg vor sich, und das Diplomatisieren und Hinhalten war nicht mehr nötig. Er konnte endlich offen werden: „Ich leugne nicht und halte es nach den Zweifeln, die ausgesprochen sind, ob Monopolisten in unsrer Mitte sich befinden, nicht für überflüssig, offen zu bekennen, daß ich dem [Tabaks-]Monopol zustrebe und daß ich in diesem Sinne die [Tabaksteuer-]Vorlage als Durchgangspunkt annehme."

Damit trat er aus dem Rahmen der Besprechungen, die er mit Bennigsen, einem entschiedenen Gegner des Monopols, in Varzin über die Steuerfragen gepflogen hatte, vollständig heraus: er sagte sich indirekt von seiner Mitarbeiterschaft los.

In diesem Sinne faßte Bennigsen die Erklärung Bismarcks auf. Er sah jetzt den Augenblick gekommen, die nach seiner Meinung bisher noch schwebende Verhandlung über seinen Eintritt in das Ministerium seinerseits durch eine formelle Erklärung abzubrechen, und erklärte dies dem Reichskanzler noch am Schlusse der Reichstagssitzung.[1] Am andern

[1]) Forckenbeck erzählte darüber in einer Wahlrede: „Ich präsidierte in dieser Sitzung, und als diese Vorgänge und Reden vorüber waren, kam Herr von Bennigsen zu mir zum Präsidentenstuhl mit folgenden Worten: ‚Forckenbeck, für

Tage kündigte er seiner Fraktion den Abbruch an.[1]) Er hat — und wir sahen, wie dieser Irrtum aufkommen mußte — aus voller Ueberzeugung an der Auffassung festgehalten, daß die ganze Verhandlung, die zum Wendepunkt in der inneren Politik werden sollte, erst in diesem Moment und wesentlich an der Frage des Tabaksmonopols gescheitert sei.[2]) Er war sich wenigstens der formellen Initiative zu diesem Schritte bewußt.

---

das Tabaksmonopol können wir doch nicht mitgehen und wirken. Wenn Sie einverstanden sind, dann gehe ich jetzt unmittelbar zum Herrn Reichskanzler hin und sage, daß er auf uns nicht mehr zu rechnen habe.' Ich sagte ihm, ich wäre damit vollständig einverstanden; er ging hin, und nach einer Stunde erzählte er mir, daß die Verhandlungen abgebrochen seien. Ich habe immer an dem Gelingen dieser Verhandlungen gezweifelt." — Auch Stephani berichtet, wie Bennigsen nachher die Mitteilung machte: „Wir alle sagten: ‚Gott sei Dank.'" Am 26. Februar sprach Bismarck über seine Verhandlungen mit Bennigsen, der sich plötzlich als „konstitutioneller Prinzipienreiter entpuppt" habe und seinen Eintritt in das Ministerium von der Beseitigung des Art. 109 der preußischen Verfassung abhängig mache. Der Fürst hat ihm gesagt, ihm liege, nachdem die Armee vom Reich übernommen, an dem Art. 109 nicht das geringste. „Steigen Sie doch zu uns ins Schiff und versuchen Sie dann, dieses nach Ihren Wünschen zu steuern, aber verlangen Sie nicht, daß ich Ihnen eine Verfassungsbestimmung auf dem Präsentierteller entgegentragen soll, über deren Fortbestand ganz andre Faktoren wie Sie und ich zu entscheiden haben." (Tiedemann a. a. O. S. 228 f.)

[1]) Vgl. Hölders Aufzeichnungen (H. von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, S. 272). — Die Zeitungen enthalten viel Törichtes und Unkontrollierbares. So erzählte ein Reichstagsabgeordneter im „Hamburger Correspondent" die Vorgänge folgendermaßen: „Bismarck hatte am Freitag (22. Februar) nach der Reichstagssitzung eine mehr als einstündige Konferenz mit Bennigsen, als deren Ergebnis man allgemein annahm, es sei volles Einverständnis erzielt, Herr von Bennigsen werde als Minister eintreten. Jedenfalls standen die Chancen für Herrn von Bennigsen gut, wenn auch an einen eigentlichen Abschluß noch gar nicht zu denken war. Die Szene änderte sich indessen schon Freitag abend auf dem Hofball. Hier hat der Kaiser, wie es heißt, Herrn von Bennigsen zwar angeredet, ihm aber mit kühler Freundlichkeit, so daß andre es hören konnten, gesagt, er, der Kaiser, werde mit jedem Jahre nicht nur älter, sondern auch konservativer, er könne sich von seinen Dienern nicht trennen und er habe gar keine Neigung, auch nicht mehr die Kräfte, um sich mit neuen Ministern einzugewöhnen. Dies soll Herrn von Bennigsen denn doch begreiflicherweise stutzig gemacht haben" u. s. w. Der erste Teil der Erzählung ist bestimmt unrichtig, der zweite für mich nicht nachzuprüfen.

[2]) So sagte er in einer Rede in Magdeburg am 9. Oktober 1881: „Es sind kaum drei Jahre, da hat an dieser Frage des Tabaksmonopols die Kombination scheitern müssen, welche damals der Reichskanzler selbst ernstlich wünschte. Der Eintritt meiner Persönlichkeit und andrer liberaler Mitglieder in das Ministerium und in die Reichsämter scheiterte wesentlich an dem Tabaksmonopol, wenn auch nicht an ihm allein. Es handelte sich noch um andre nicht unerhebliche Differenzen; aber doch vorzugsweise mit daran ist die damalige politische

Ohne Verzug zog Bismarck die Konsequenzen, als er durch das Bekenntnis zum Tabaksmonopol die längst zu Boden gefallene Verhandlung mit den Liberalen nun auch offensichtlich nach außen hin zum Bruch gebracht hatte. An demselben 22. Februar, an dem er die ihn kaum überraschende Absage Bennigsens erhielt, ließ er seinen Sohn Herbert an den Grafen Holnstein, den in Versailles im Winter 1870 erprobten Vertrauten König Ludwigs von Bayern, einen privaten Brief schreiben, der wohl für den König selbst bestimmt war. Dieser Brief, der nur in diesem hochpolitischen Zusammenhang richtig zu deuten ist, knüpfte an die soeben im Bundesrat erfolgte einstimmige Annahme der Stellvertretungsvorlage [1]) an, um dem Träger der bayrischen Krone seinen Dank für das kundgegebene Vertrauen auszusprechen, und ergriff diesen Anlaß, um auf die Vorgeschichte der Stellvertretungsangelegenheit einzugehen. Bismarck begann mit der Beteuerung, daß er „nur in dem föderativen Bande des Reichsvertrages die sichere Grundlage der Einheit" erblicke und durchaus noch auf dem Standpunkt seines Briefes an den König vom 29. Juni 1877 stehe: „Es ist in den Zeitungen sehr viel gefabelt worden über Pläne, die niemand hat und die nach der Reichsverfassung nicht möglich sind. Mein Vater verlangt weiter nichts als die Möglichkeit, vertreten zu werden und Urlaub zu haben resp. Erleichterung im laufenden Geschäft. Verfassungsänderung und Schmälerung der Rechte des Bundesrates sind nicht möglich, und wenn sie möglich wären, würde mein Vater sich der Ausführung dieser unreifen Idee, welche die ganze Verwaltungsmaschine des Reiches und der Einzelstaaten in feindlichen Gegensatz oder zum Stillstand bringen müßte, immer auf das entschiedenste widersetzen. In allen Aktenstücken ist immer nur das ausgesprochen, daß die Möglichkeit der Stellvertretung für den Reichskanzler eine Notwendigkeit wäre. Ich bin in der Lage gewesen, von Varzin aus im Auftrage meines Vaters Briefe an den Staatsminister Bülow zu schreiben, in welchen genau definiert war, daß es sich allein um die Vertretbarkeit handelt, und weshalb es sich jetzt um weiter nichts handeln kann. Mein Vater hat mich auch ermächtigt, Dir das Vorliegende mitzuteilen, weil er Gewicht darauf legt, daß Du darüber orientiert bist. Ich kann Dir danach nur wiederholen, daß mein Vater nach wie vor mit Reichsministerien nichts zu tun hat und daß die Unterstützung, die er dabei für seinen Standpunkt findet, ihm jederzeit willkommen ist. Es ist auch gar kein Gedanke daran, daß die gegenwärtige Vorlage etwa später eine Brücke zu Reichsmini-

---

Kombination gescheitert, daß ich es ablehnte, die Verantwortlichkeit für die Durchführung des Tabaksmonopols zu übernehmen."

[1]) Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" II, S. 510—513.

sterien werden könnte. Solange die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates nicht gekränkt oder verringert werden, sind solche in der Phantasie der Journalisten vegetierenden Ministerien einfach unmöglich."

Damit war der Brief Bismarcks an Bennigsen vom 17. Dezember 1877 in den Papierkorb geworfen: er enthielt nur noch Pläne, „die niemand hat".

So kam in einer gänzlich veränderten politischen Situation das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers am 5. März im Reichstage zur Verhandlung. Es ließ zwei Arten von verantwortlicher Stellvertretung zu, einen Generalstellvertreter (Vizekanzler) für den gesamten Umfang und die Obliegenheiten des Reichskanzlers, und Ressortstellvertreter für diejenigen einzelnen Amtszweige, welche sich in der eignen und unmittelbaren Verwaltung des Reiches befinden.[1]) Von den Rednern in der Debatte warf allein der Fortschrittler Hänel noch einen Blick auf die Varziner Verhandlungen zwischen Bismarck und Bennigsen und sprach von dem parlamentarischen Staatsideal, in dem die Vertrauensmänner des Volkes auch die der Krone seien. Sonst aber enthielt man sich jedes Rückblicks: es war allerdings das Charakteristische der Situation, daß das Materielle des Gesetzentwurfes sich kaum wesentlich gegen Bismarcks ursprüngliche Pläne verändert hatte, wohl aber der politische Inhalt, den er in diese Form gießen wollte.

Der bayrische Bundesratsbevollmächtigte von Pfretzschner und nach ihm noch schärfer der Württemberger von Mittnacht wiesen in ihrer Befürwortung der Vorlage die Einführung von verantwortlichen Reichsministerien als eine verfassungswidrige Beeinträchtigung des Bundesrates ab. So war auch Bennigsen weit entfernt, in seiner sachlich eindringenden Erörterung den Unitarier herauszukehren und im Augenblick einen Versuch zur Durchsetzung der Reichsministerien zu machen. Er erklärte vielmehr, nachdem er die verfassungsrechtlichen Ausführungen des bayrischen Bevollmächtigten erheblich eingeschränkt hatte: „Ich sehe wohl ein, daß der Widerstand einzelner deutscher Partikularstaaten gegen verantwortliche Reichsministerien unüberwindlich ist, und zwar voraussichtlich für längere Zeit. Es wäre deshalb höchst unpraktisch, wollte der Reichstag auf diesem Gebiet Beschlüsse fassen oder in dieser Richtung die Vorlage systematisch ändern. Ich muß aber darauf hinweisen, daß Parteien und Personen, deren föderative Richtung und Gesinnung in der Politik über allem Zweifel erhaben ist, sowohl bei den Beratungen im ersten konstituierenden Reichstage als auch in späteren Jahren die Einsetzung verantwortlicher Reichs-

[1]) Vgl. Laband, Deutsches Reichsstaatsrecht, S. 85.

ministerien für notwendig erklärt und beantragt haben. Die Schwierigkeiten einer solchen Ministerialverwaltung im Reiche liegen teils in dem Widerstande verschiedener Regierungen gegen eine solche Verfassungsänderung, teils in den besonderen Verhältnissen der Reichsverfassung und der Reichsinstitutionen selbst. Wir haben in Deutschland weder eine Einheitsverfassung noch eine Bundesstaatsverfassung. Abweichend von andern Ländern haben wir die Einrichtung, daß durch die Vertreter der einzelnen Regierungen im Bundesrat eine Körperschaft hergestellt ist, welche legislative und Verwaltungsbefugnisse vereinigt; neben diesem Körper haben wir den Reichstag, der wesentlich legislative Aufgaben hat, und dazwischen respektive darüber steht nun der Kanzler, die Reichsorgane, der Kaiser mit seiner Gewalt. Wollte man in diesen komplizierten Mechanismus ein verantwortliches Reichsministerium einzufügen versuchen, dann müßte man, wie das auch diesbezügliche Anträge wollten, notwendigerweise die Befugnisse des Bundesrats anders normieren, als bislang der Fall war. Man würde dann vor der Frage stehen, ob man für den Bundesrat ein Staatenhaus mit legislativen Befugnissen schaffen wolle und in welcher Weise die verlorenen Verwaltungsbefugnisse der Einzelregierungen etwa durch Mitwirkung bei den Ministerernennungen gedeckt werden sollen. Ueberblickt man diese Schwierigkeiten, so wird man sich von der Aussichtslosigkeit einer derartigen systematischen Regelung überzeugen. Hätte man aber alle diese Schwierigkeiten beseitigt und das Einverständnis der Einzelregierungen erzielt, so bliebe noch das Verhältnis der einzelnen Reichsressortminister zu den übrigen in dem Gesamtkollegium, zu dem Vorsitzenden, dem Kanzler so zu regeln, daß sowohl die Bedürfnisse der einzelnen Ressortverwaltungen als auch die allgemeinen Bedürfnisse einer einheitlichen Verwaltung und Politik befriedigt werden." Nachdem er sich dann über einzelne Punkte weitere Aufklärung erbeten hatte, erklärte er, daß der Fortschritt, den man mit diesem Gesetz mache, so wertvoll sei, daß man es auch in dieser unvollkommenen Gestalt annehmen könnte. „Die Verhandlungen der letzten Woche haben doch unzweifelhaft dargetan, daß eine Aenderung in der Organisation der Reichsverwaltung, namentlich in der Reichsfinanzverwaltung, unumgänglich notwendig ist. Ich müßte für dieses Gesetz stimmen, auch wenn es dem Reiche nichts weiter als eine verantwortliche Finanzverwaltung brächte. Wir haben das Bedürfnis einer organischen Gliederung der Reichsverwaltung schon im Jahre 1871 erkannt und leider ohne Erfolg beantragt. Nach und nach haben auch die Regierungen dieses Bedürfnis empfunden, und so sind die einzelnen Reichsämter entstanden. Wenn auch der Reichskanzler allein die Ver-

antwortlichkeit für dieselben trug, so folgt daraus noch nicht, daß sich die Ressortchefs deshalb nicht genügend entwickeln konnten. Das hängt lediglich von den betreffenden Persönlichkeiten ab. Derjenige Ressortchef, welcher einen gesteigerten Ressortpatriotismus besitzt und sich seiner wichtigen Stellung bewußt ist, dessen Ressort ist trotz der untergeordneten Stellung seines Leiters gut geführt und tritt äußerlich auch als selbständiger Verwaltungszweig hervor, während andre das Gefühl eines Geheimen Rats nicht überwinden und keinen selbständigen Gedanken erfassen können; ein solches Ressort verkümmert. Bringt uns diese Vorlage nun ein Reichsfinanzamt, dann kann für die Reichsfinanzen und für die einzelnen Verwaltungszweige eine erhebliche Verbesserung geschaffen werden." Zum Schluß ging er auf die notwendige Verbindung der Reichsfinanzverwaltung mit derjenigen der Einzelstaaten und namentlich Preußens ein und gab einige Andeutungen darüber, wie er sich die finanzielle Auseinandersetzung denke.

Da Bennigsen nicht den Doktrinär, sondern den Realpolitiker hervorkehrte, so war sein großer Gegenspieler Windthorst um so weniger befriedigt und spottete über die Liberalen, die eingesehen hätten, daß Reichsministerien vorläufig nicht zu haben seien und sich deshalb die halbe Maßregel gefallen ließen, in der Hoffnung, das Weitere werde sich schon finden. Und allerdings sei die Vorlage nicht eine dauernde und feste Barriere gegen Reichsministerien, sie sei vielmehr nur das weitgeöffnete Tor für Reichsministerien. „Genau, was diese Vorlage will, wollten die Herren von Bennigsen und Lasker im konstituierenden Reichstage, genau dies, und damals hat ihnen der Reichskanzler klar und treffend nachgewiesen, daß eine derartige Einrichtung eine capitis deminutio des Souveränitätsrechts der Einzelstaaten sein würde. Die Spezialstellvertreter sind eine große Gefahr für die Einzelstaaten; hier ist der Bundesrat zu weit gegangen. Als Graf Münster und Twesten ihre Anträge auf Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien einbrachten, hielt ihnen der Reichskanzler mit der ihm eignen schlagenden Klarheit vor, daß alles in bester Ordnung sei und nichts Neues geschaffen zu werden brauche. Genau so ist es auch heute, und wenn nicht alles geht, wie es gehen soll, so tragen die Schuld daran nicht die Institutionen, sondern die Personen. Genügen die Personen nicht, so nehme man andre." Es war, als ob Windthorst noch am ehesten die Sachlage durchschaute: tatsächlich setzte Bismarck den weiteren Ausbau der Reichsinstitutionen — der in der Richtung der Nationalliberalen lag — mit Hilfe der Absage an ebendiese angeblich ganz unitarisch gesinnte Partei und im Bunde mit den föderalistischen Tendenzen der Bundesstaaten durch, die sich von Schlimmerem befreit wähnten.

So wandte sich der Reichskanzler mit wohlüberlegter Schärfe gegen das Erschüttern der Fundamente, die behufs der Machtverteilung zwischen Reich, Bundesrat und Reichstag gelegt worden seien, und warnte, unter Erinnerung an die vergeblichen Versuche des Frankfurter Parlaments, vor unitarischen Tendenzen. Wenn er auch alle Polemik, deren Ziel ihm gerade durch Bennigsens Rede genommen war, in seiner Antwort vermied, so gönnte er sich doch einen Seitenhieb „gegen die tatendurstigen Herzen, die gerade keine weiteren sie anregenden und beschäftigenden Aufgaben haben, als im Winter im Parlamente das Volk zu vertreten, und notwendigerweise im Sommer auf eine gewisse Unruhe kommen, daß etwas geschehen müsse". Es war eine deutliche Quittung für diejenigen Politiker, die vor kurzem wenigstens einen Anlauf zur Parlamentarisierung des Reiches hatten nehmen wollen. Darin aber lag das Bedeutsame der ganzen Wendung, die in der Debatte kaum sichtbar wurde. Bismarck besetzte das neugeschaffene Amt seines Stellvertreters nicht mit einem Politiker, sondern mit einem Beamten, nicht mit dem Führer einer parlamentarischen Partei, den er ursprünglich in Aussicht genommen hatte — geschweige denn, daß er mehrere Nationalliberale in das Ministerium genommen hätte —, sondern mit einem zuverlässigen preußischen Konservativen ohne alle parlamentarische und unitarische Traditionen. Nicht der materielle Inhalt des Stellvertretungsgesetzes selbst, sondern die Ernennung des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode, des früheren Oberpräsidenten von Hannover, zum Stellvertreter und des Grafen Botho Eulenburg zum preußischen Minister des Innern, an Stelle der Bennigsen und Forckenbeck, zeigte den fundamentalen Umschwung an. Befriedigt urteilte der Kaiser zu Roon: „Der Fürst und Eulenburg bereuen ihren Anflug von Liberalität und sehen, wie schwer es ist, den kleinen Finger wieder zurückzuziehen." [1]

Es konnte nicht ausbleiben, daß im weiteren Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen die Beziehungen zwischen Bismarck und den Nationalliberalen sich weiter abkühlten. Es war kein offener Streit, aber die Enttäuschung auf beiden Seiten wirkte je länger, je tiefer nach. So äußerte Bismarck am 16. März dem Minister von Mittnacht gegenüber: „Bennigsen, den er für einen Staatsmann halte und der das „Ministrin" habe, stehe zu sehr unter dem Einfluß Laskers und der Fraktion, was seine Meinung von ihm, obwohl er ihn noch nicht aufgebe, etwas vermindert habe. Sein Absehen sei darauf gerichtet gewesen, ihn allein aus der Fraktion herauszuholen. Was tue man in einem Ministerium, gebunden durch Fraktionsbeschlüsse?" [2] Auf der

[1] Denkwürdigkeiten Roons III, S. 444.

[2] Freiherr von Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck I, S. 63 f.

andern Seite mußte Bennigsen wegen des nach seiner Meinung plötzlichen Abbruchs der Verhandlungen das Gefühl haben, von Bismarck hinter das Licht geführt und vor seiner eignen Partei bloßgestellt zu sein. So wenig auch bei seiner an sich haltenden Natur nach außen hin ein verletztes Selbstgefühl hervortrat, so spiegelt sich doch diese Stimmung leise in seinen Privatbriefen.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 18. März 1878.

Wir werden morgen Sonnabend Sitzung im Reichstage haben, und am Abend möchte ich auch zu der Soiree bei Bismarcks gehen ... Ueber die hiesigen ganz verzwickten politischen Verhältnisse und was damit zusammenhängt Näheres mündlich.

Berlin, 22. März 1878.

Zu der Soiree am Sonnabend bei Bismarck ist auch das Abgeordnetenhaus eingeladen, so daß ich nicht wegbleiben kann, um so weniger, als schon das vorigemal mein Fehlen als eine Demonstration angesehen ist. Ich komme aber sicher am Sonntag um ein Uhr mittags. Wir kommen gerade vom Kaiser, wo die Geburtstagsgratulationen stattfanden. Der alte Herr war sehr wohl. Es ist aber der Geburtstag doch ein saures Stück Arbeit für einen einundachtzigjährigen Mann. Um sieben Uhr morgens beginnen schon die Gratulationen der Dienerschaft, und so geht es fort bis eine Stunde nach Mitternacht, wo die Hoffête im Schloß erst ihr Ende erreichen wird.

Morgen werden wir großen Skandal im Abgeordnetenhause haben wegen der neuesten Erfindung Bismarcks über die Geschäftsverteilung im preußischen Ministerium und das projektierte Eisenbahnministerium, unter Mitwirkung Bismarcks, welcher sein Projekt selbst energisch vertreten will, aber schwerlich damit durchdringt.[1]) Graf Eulenburg hat nach einigem Zögern das Ministerium des Innern gestern angenommen. Sein alter Vater, ein sehr kluger Herr, soll sehr abgeraten haben, sich in dieser Kombination vor der Zeit aufbrauchen zu lassen. Einen Finanzminister kann Bismarck noch nicht finden. Augenblicklich wird mit dem Regierungspräsidenten Hoffmann aus Danzig unterhandelt, welcher am Ende wohl annehmen wird.[2]) Graf Stolberg hat gar keine Neigung,

---

[1]) Im preußischen Nachtragsetat für 1878/79 waren Beträge für einen neu zu ernennenden Vizepräsidenten des Staatsministeriums, für die Errichtung eines Eisenbahnministeriums und für die Ueberweisung der bisher vom Finanzministerium ressortierenden Verwaltung der Domänen und Forsten an das Ministerium des Innern eingestellt.

[2]) Am 23. März wurde der Oberbürgermeister Hobrecht zum Finanzminister

die ihm zugedachte Stellung eines Vizepräsidenten ohne Portefeuille zu übernehmen. Ob er aber nicht schließlich den dringenden Bitten des Kaisers nachgeben wird, ist zweifelhaft. Ich kann mir und meinen Freunden gratulieren, aus der ganzen Geschichte heil heraus zu sein. So nervös wie Bismarck jetzt ist und bei der ganz unsinnigen Art, wie er die Geschäfte neuerdings betreibt und die Parteien behandelt, wäre nicht ein halbes Jahr mit ihm auszukommen gewesen.

*

Die Verschärfung des Konfliktes erfolgte noch nicht, als Bennigsen am 10. Mai die Tabaksteuervorlage in einer längeren Rede ablehnte, die die gesamte innerpolitische Lage streifte, aber unmittelbar darauf, als der Zufall Bismarck am 11. Mai eine Gelegenheit zur Revanche schenkte: das Attentat Hödels auf den Kaiser.

Es ist gar keine Frage, daß Bismarck damals und später aus voller Ueberzeugung die Sozialdemokratie als eine verhängnisvolle Untergrabung des Reiches angesehen und sie niederzudrücken sich entschlossen hat, bevor sie einen gefährlichen Umfang annehmen möchte. Zugleich aber nahm er die Waffe eines Ausnahmegesetzes in die Hand, um mit ihr die Liberalen ins Unrecht zu setzen. Die Art und Weise, in der er den Gesetzentwurf überhastet und mangelhaft vorbereiten ließ, und die Gleichgültigkeit, mit der er die bestimmt vorausgesehene Ablehnung hinnahm, verraten, daß es ihm schon bei dem ersten Sozialistengesetz auf einen taktischen Nebenzweck ankam: das nationalliberale Sündenkonto zu erhöhen für den Fall, daß er mit ihnen brechen, sie unterwerfen oder sie spalten sollte. Schon am Morgen des 12. Mai hatte er schriftlich den Ministern die Grundzüge eines Sozialistengesetzes skizzieren lassen; am 13. Mai reiste Friedenthal nach Friedrichsruh, um ihm die Bedenken der Minorität gegen das Ausnahmegesetz und die Unmöglichkeit seiner Durchbringung im Reichstage vorzutragen. „Der Fürst indessen," so erzählt Tiedemann, „beharrte auf seiner Ansicht, daß man die Sozialdemokratie nur wirksam ins Herz treffen könne, wenn man berechtigt sei, über die Barrieren hinwegzusetzen, die die Verfassung in übergroßer doktrinärer Fürsorge zum

---

ernannt. Nach einer Mitteilung, die Bismarck im August 1878 dem württembergischen Minister Mittnacht machte, hatte er damals das Finanzministerium und dann auch das Handelsministerium auch seinem ehemaligen Mitarbeiter Delbrück angeboten. „Delbrück habe aber nach vierundzwanzigstündiger Bedenkzeit, während welcher er mit den Nationalliberalen verkehrt habe, abermals abgelehnt; er würde wohl eher Lust tragen, in ein nationalliberales Ministerium einzutreten: Camphausen, Delbrück, Bennigsen, Stauffenberg, Forckenbeck, Graf Münster, mit welchem die Nationalliberalen auch verkehren." (Erinnerungen an Bismarck, Neue Folge, von Dr. Freiherr von Mittnacht, S. 12 f.)

Schutze des einzelnen und der Parteien in den sog. Grundrechten errichtet habe." Das war die Kriegserklärung gegen den liberalen Geist, mit dem zusammen er die Verfassung des Reiches aufgebaut hatte. Zwei Tage darauf traf der neue Minister des Innern, Graf Botho Eulenburg, mit dem fertigen Entwurfe des Sozialistengesetzes ein; nach zwei weiteren Tagen hatte der Bundesrat ihn genehmigt. Am 20. Mai hielt der Reichstag, der in den nächsten Tagen den Schluß einer langen Session erwartete, einen Gesetzentwurf in Händen, der den Stempel der Flüchtigkeit auf das sichtbarste an sich trug. Selbst Bismarcks damaliger Vertrauter Tiedemann urteilt nachher: er wurde ebenso prompt beseitigt, wie er entstanden war.[1])

Schon am 21. Mai beschloß die nationalliberale Fraktion, das Ausnahmegesetz einstimmig abzulehnen — es war nicht so sehr, wie der äußerste rechte Flügel nachher sagte, ein Sieg Laskers, sondern eine einmütige Stimmung ging dahin, die Forderungen des Rechtsstaates, von denen man einst ausgegangen, auch gegenüber einer Gesetzgebung ab irato zu verteidigen. Bennigsen hatte die Aufgabe, diese Ablehnung im Namen der Fraktion zu begründen. Er hatte schon früher einmal im Norddeutschen Reichstage, als ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter verhaftet worden war, am 3. Mai 1869 auf Grund des Artikels 31 der Bundesverfassung einen Antrag auf Freilassung für die Dauer der Sitzungsperiode durchgesetzt und dabei hervorgehoben, daß die früher bevormundete Arbeiterklasse jetzt politisch selbständig geworden sei und eine eigne Vertretung im Parlament besitze; gegenüber dieser verschwindenden Minderheit sei es die Pflicht aller Parteien, auch den Schein einer Unterdrückung zu vermeiden, und selbst die wüste Drohung mit der Revolution sollte die andern Klassen nicht an der vollsten und strengsten Gerechtigkeit hindern. Vielmehr müsse der Reichstag für alle Klassen des Volkes das gleiche Interesse zeigen und vor allem der arbeitenden Klasse beweisen, daß er gleiche Gerechtigkeit und Billigkeit gegen die Vertreter aller politischen Richtungen übe. Nur so sei die soziale Gefahr zu überwinden.

In der Situation des Mai 1878 bedeutete die Ablehnung aber unendlich viel mehr als jener isolierte Vorgang. Bennigsens Rede vom 23. Mai gehört formell und materiell zu den am besten vorbereiteten von allen, die er je gehalten hat — obgleich wenige Wochen hernach der zweite Mordanfall auf den Kaiser ihn ins Unrecht setzte und obgleich er im Herbst zu manchem sich bereitfinden ließ und lassen mußte, was er im Mai von sich gewiesen hatte.

---

[1]) Tiedemann a. a. O. S. 254 ff.

Auch er fühlte wohl durch, daß die Einbringung dieses Sozialistengesetzes einen taktischen Nebensinn habe. Anknüpfend an das Wort eines Vorredners, die Regierung habe diese Vorlage eingebracht, obwohl sie gewußt habe, daß der Reichstag sie in seiner Mehrheit ablehnen werde, erklärte er: „Ich richte die ausdrückliche Aufforderung an die Vertreter der verbündeten Regierungen, ihrerseits dieser Behauptung entgegenzutreten. Ich will nicht sagen, wie ich ein solches Vorgehen der Regierung auf einem von ihr selbst als höchst gefährlich und wichtig bezeichneten Gebiete nennen müßte. Bei Maßregeln so bedeutungsvoller Art, angeregt durch die preußische Regierung im Bundesrat, muß sich jede Regierung der Gefahr aussetzen, daß die Vorlage nicht angenommen wird; auf diese Gefahr hin muß sie handeln, nach ihrer Ueberzeugung von dem, was dem Lande und dem Reiche not tut. Wenn die preußische Regierung aber in diesem Falle mit dem Bewußtsein gehandelt hätte, daß diese Vorlage Annahme im Reichstag nicht finden könne, dann wird nur zu sehr den umlaufenden Gerüchten Nahrung gegeben, daß es bei dieser Vorlage weniger abgesehen gewesen ist auf wirksame Maßregeln gemeinschaftlich mit dem Reichstag gegen die Sozialdemokratie als auf anderweitige politische Coups." Bevor er zur Kritik des Gesetzes überging, erklärte er:

„Ich will gleich im Eingang, um Mißdeutungen zu vermeiden, das eine mit größter Bestimmtheit sagen: In der Erkenntnis der Gefahr der anwachsenden sozialdemokratischen Bewegung, in der Notwendigkeit, den Uebergriffen und Ausschreitungen dieser Bewegung entgegenzutreten, sind wir vollkommen einverstanden mit der Regierung. Es wird sich darum handeln — und wir wünschen, daß es in möglichst kürzester Zeit geschehe —, daß in ruhiger Erwägung und Ueberlegung aller Verhältnisse, des Inhalts, der Form, der Wirksamkeit und der Folgen eines Gesetzes, Maßregeln getroffen werden mit Zustimmung des Reichstags, die dieser angewachsenen Wühlerei und Gefährdung der rechtlichen und sittlichen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland mit Erfolg entgegenzutreten geeignet sind. Der Herr Staatsminister Hofmann hat gesagt, das Attentat sei nicht der Grund, sondern nur die äußere Veranlassung dieser Vorlage, schon seit Jahren haben die verbündeten Regierungen die gefährliche Situation erkannt, sich mit dem Gedanken beschäftigen müssen, der Sozialdemokratie in ihren Ausschreitungen entgegenzutreten. Ich bedaure um so mehr, daß diese Vorlage, wie ich später zeigen werde, eine so ungeeignete und im wesentlichen wirkungslose, in Zusammenhang gebracht ist mit dem Attentat auf den Kaiser. Welche Empfindungen dieser Mordanfall eines nichtsnutzigen jugendlichen Subjekts in der ganzen Nation hervorgerufen hat,

dem hat in der erhebendsten Weise unser Kaiser in seinem öffentlichen Erlaß den würdigsten Ausdruck gegeben; da ist die Tat des einzelnen gegenübergestellt den vielseitigen Kundgebungen allgemeiner Liebe und Verbindung der Nation mit ihrem Kaiser. Die Bewegung, welche sich im Volke geltend machte, war eine so wohltuende, daß aus ihr heraus auch ein innerer Heilungsprozeß auf dem Gebiet der verirrten Leidenschaften der Masse wohl zu erwarten war, und was ich fürchte, ist, daß eine solche Gesetzgebung ab irato, in Zusammenhang gebracht mit dem Attentat, schon in ihrer Wirkung mit dem bleiernen Gewicht, welches ein jedes Ausnahmegesetz auf ganze Massen ausübt, gerade diesen Gesundungsprozeß unterbricht und in die wohltuende Erhebung und Aeußerung der ganzen Nation in einer sehr kalten Weise eingreift."

Dann wies Bennigsen nach, daß die Vorlage außerordentliche Befugnisse unter Beseitigung der Vorschriften des gemeinen Rechts an Organe übertrug, von denen er behaupten müsse: weniger geeignete zur Handhabung solcher außerordentlichen Gewalt konnten gar nicht gefunden werden. Der Bundesrat solle über das Verbot von Druckschriften und Vereinen, über die Bestätigung lokaler Polizeimaßregeln befinden: eine Körperschaft, die nur für einen Teil des Jahres versammelt sei, die gar nicht in der Lage sei, durch ihre Mitglieder den einzelnen Fall unbefangen und sachlich zu prüfen, da ihre Mitglieder nicht nach ihrem eignen Ermessen, sondern nach den politischen Instruktionen ihrer Regierungen stimmten. Ebenso unzweckmäßig sei die Uebertragung der Befugnisse einer Nachprüfung der vom Bundesrat erlassenen Verbote auf den Reichstag: sei das eine Aufgabe für eine solche politische Körperschaft? Und was solle werden, wenn in solchen Fällen die Autoritäten des Bundesrats und des Reichstags gegeneinander entschieden, unter dem Hohngelächter der sozialdemokratischen Agitation? „Das sind also die Formen und Organe, mit denen diese Ausnahmevorschriften gehandhabt werden sollen."

Dann kam er zu dem Inhalt der Vorlage selbst, zu dem, was die Grundlage der polizeilichen Maßnahmen bilden solle, zu den Zielen der Sozialdemokratie. „Was sind denn die Ziele der Sozialdemokratie? Alle Ziele der Sozialdemokratie werden doch nicht auf einmal verfolgt, weder in einer Druckschrift, noch in einem Verein, noch in einer Versammlung. In jedem Fall, den man sucht und trifft, handelt es sich immer nur um gewisse Ziele, sei es auch um einen großen Umfang von Zielen. Unter diesen Zielen sind nun viele, von denen, ich möchte sagen, jeder Menschenfreund, jede wohlmeinende Regierung einen Teil auch unter ihre Aufgaben aufnimmt: die Aufgaben der Privattätigkeit, die Aufgaben der öffentlichen Tätigkeit in Gemeinde, Staatsverwaltung,

in der Gesetzgebung. Wir haben auch gesehen, daß Ziele der Sozialdemokratie, wo es sich um Schonung der Gesundheit der Arbeiter, um Schutz der Frauen, der Kinder gegen Ausbeutung durch die Fabrikanten handelt — daß ebenso wie die Gesetzgebung andrer Länder auch die deutsche Gesetzgebung sich mit Aufgaben beschäftigt, die zugleich von den Sozialdemokraten unter ihre Ziele aufgenommen sind. Ich gehe weiter. Ich will mich ganz allgemein fassen. Wenn ich also sage: zu den Zielen der Sozialdemokratie gehört im allgemeinen die Verbesserung der arbeitenden Bevölkerung in ihrer wirtschaftlichen Stellung, dazu gehört die Verfolgung von Maßregeln, welche der Massenverarmung entgegentreten — welcher humane Gesetzgeber wird sich solche Ziele nicht auch stecken?

„Nun wollen wir einmal auf die tiefere wissenschaftliche Grundlage bei den Bewegungen der Sozialdemokratie eingehen. Wie waren alle großen wirtschaftlichen Bewegungen, die sich mit den Formen der Produktion beschäftigen, wo also Grundbesitz, bewegliches Kapital, Arbeit, wo das aus alter Zeit angewendete, das in dem letzten Menschenalter neu aus der Tätigkeit der Nation hervorgegangene Kapital in dem Zusammenwirken der produktiven Tätigkeit Resultate hervorbringt? Die Art und Weise, wie die Formen sich gestaltet haben, wie die Gewinne und Vorteile in irgendeiner Gestalt, sei es Unternehmergewinn, sei es Pacht, sei es Kapitalzins, sei es Arbeitslohn, Akkordlohn, sich verteilen — alle diese Formen wechseln. Die Zeitalter der europäischen Geschichte charakterisieren sich nach dem Ueberwiegen oder Zurücktreten des einen oder andern Faktors, nach dem verhältnismäßigen Ueberwiegen oder Zurücktreten des Vorteils, der für die einzelnen Faktoren bei der Produktion sich herausstellt. Mit einem Wort: die großen Formen der wirtschaftlichen Produktion sind im Lauf der Geschichte, auch der deutschen Geschichte, in Bewegung begriffen; diese Bewegung ist wirtschaftlich und wissenschaftlich, d. h. wissenschaftlich auch auf dem Gebiet der Volkswirtschaft zu begreifen, zu behandeln, in wissenschaftlichen Werken darzulegen und das, was für eine gewisse Zeit die zutreffendste, erwünschteste, heilsamste Form ist, was bei der Verteilung der Gewinne in dem Zusammentreffen der verschiedenen Faktoren der Produktion, bei der gesetzlichen Regelung, der Feststellung der Verhältnisse der verschiedenen Faktoren zueinander, was für die ganze Nation und ihre wirtschaftliche Fortentwicklung nötig ist — darüber können auch die wissenschaftlichen, nicht bloß die praktischen Meinungen der Gesellschaft und der Gesetzgebung sehr geteilt sein.

„Wenn Sie finden, wie wissenschaftliche Werke von Männern

ersten Ranges — ich will von lebenden nicht sprechen, das hat immer etwas Odiöses —, wie zum Beispiel der verstorbene Herr von Thünen, doch unzweifelhaft aus der vorigen Generation, und ich möchte sagen, überhaupt der tiefsinnigste und bedeutendste wissenschaftliche Nationalökonom, den Deutschland hervorgebracht hat, wie dieselben denken über manches von demjenigen, was auch jetzt die soziale Bewegung beschäftigt, auf welchem Wege eine bessere Verteilung von Unternehmergewinn, Kapitalzins und Arbeitslohn durch die Produktivgenossenschaften herbeigeführt werden kann, wenn sie sich wissenschaftlich mit der Frage beschäftigen, ob es nicht möglich ist, durch eine Verallgemeinerung der Produktivgenossenschaften den Arbeitern auch an dem Kapitalanwachs durch den Unternehmergewinn in irgendeiner Gestalt einen Anteil zu gewähren; wenn diese Sache in einem klassischen Werke wissenschaftlich untersucht wird, während in Reden und Büchern schon andre, viel gefährlichere Fragen des Kollektiveigentums und Privateigentums von den Lehrern an den Universitäten vorgetragen werden und heute schon in ihren Handbüchern niedergelegt sind — dann sollen solche wissenschaftliche Erörterungen, die doch zweifellos zusammentreffen mit einzelnen Zielen und Forderungen der Sozialdemokratie, auch strafbar sein und unter das Verbot nach dem § 1 fallen? Es müßte in Deutschland Gesetzgebung und Verwaltung, es müßte die ganze Vertretung und Verteidigung der Grundlagen von Religion, Sittlichkeit, bürgerlicher Rechtsordnung vollständig Bankrott gemacht haben, ehe man es wagt, zu Maßregeln zu schreiten, wie sie hier vorgeschlagen sind, die nach der vollkommenen Unbestimmtheit ihres Inhalts gewaltsame Auflehnung, Ausschreitungen der gefährlichsten Art, humane Bestrebungen und wissenschaftliche Untersuchungen mit gleichem Verbot treffen können."

Gegenüber den Ausschreitungen der Sozialdemokratie habe aber die Verwaltung und regelmäßige Gesetzgebung ihre Pflicht in keineswegs ausreichender Weise getan. Sei die Gefahr so groß, wie auch seine Freunde und er anerkennten, so hätten zunächst Jahr und Tag, solange nicht unmittelbar der Straßenkampf ausgebrochen sei, die Minister kraft ihrer Verantwortlichkeit und die lokalen Verwaltungs- und Polizeibehörden die vorhandenen Gesetze bis an die äußerste Grenze des Zulässigen anzuwenden; er behaupte, in dieser Beziehung sei sehr vieles nicht geschehen. Er schlug den verbündeten Regierungen vor, zu der noch ausstehenden Regelung des deutschen Versammlungs- und Vereinsrechts zu schreiten; er und seine Freunde würden der Regierung bei deren Ausarbeitung entgegenkommen, eventuell, wenn es bis zum Februar nächsten Jahres zu lang dauere, schon in einer Reichstagssession im Herbst, um mit ihr zusammen auf dem Boden

des gemeinen Rechts die Ausschreitungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Er erinnerte im historischen Rückblick an andre Vorgänge, an die man eine ähnliche Gesetzgebung übereilt angeknüpft habe, die Ermordung Kotzebues, in Frankreich zu zwei Malen die Septembergesetze unter der Julidynastie und die Sicherheitsgesetze unter dem Regiment Napoleons III. nach den Attentaten von Fieschi und Orsini: jedesmal sei die folgende Gesetzgebung verhängnisvoll für die Länder und ihre Regierungen gewesen. „Erinnern Sie sich doch einmal, um von den französischen Zuständen nicht zu sprechen, an die Gesetzgebung, die hervorgerufen worden ist durch die Tat Sands gegen Kotzebue. Die Karlsbader Beschlüsse und das politische Regiment, welches sich auf sie gestützt hat, haben wie nichts andres dazu beigetragen, den Gegensatz zwischen Regierung und Regierten in Deutschland hervorzurufen und das Verhältnis derselben zu vergiften. Wenn noch heute bei vielen oder bei manchen, will ich sagen, eine Verwirrung der Begriffe vorhanden ist, indem man glaubt, bürgerliche Freiheiten seien unvereinbar mit einer festen Autorität, mit einer entschlossenen Regierung, mit einer energischen Handhabung der Gesetze durch Gerichte, Verwaltung und Polizei, so datieren die Reste dieser falschen Auffassung, welche man bei einem freien Volke wie den Engländern, welche lange schon feste Handhabung der Gesetze und freie staatliche Ordnungen vereint besitzen, nicht findet — sie datieren aus dieser unseligen Zeit, wo die Polizei und die Verwaltung auf Grundlage solcher Ausnahmebestimmungen etwas den Deutschen Verhaßtes wurden, bis zuletzt dieses Regiment zusammengebrochen ist in den revolutionären Erhebungen von 1848, die Herrschaft Oesterreichs in Deutschland untergegangen ist in dem deutschen Bürgerkrieg im Jahre 1866. Wir haben jetzt eine Verfassung, konstitutionelle Freiheiten, Rechtsordnungen. Die Zeiten sind vorüber, wo man auch die Ziele der deutschen Gesinnungen, wo man selbst die nationalen Ideen verfolgte und unter Strafe stellte, während später der Herrscher Preußens mit seinen Armeen diese Gedanken zur Durchführung gebracht hat und das Deutsche Reich den Nationalstaat aufgerichtet hat.

„Wir wollen, meine Freunde und ich, den Versuch machen, auch auf diesem Gebiete die bürgerlichen Freiheiten mit fester Ordnung und energischer Verwaltung zu vereinigen auf dem Boden des für alle gleichen Rechts. Wir weisen den Gedanken zurück, daß man, solange nicht alles versucht ist und vergeblich versucht ist, zu Ausnahmemaßregeln greift, zu Maßregeln, welche Hunderttausende deutscher Mitbürger betreffen würden. Es kann der Staat in Lagen kommen, so gefährlicher

Art, daß eine Diktatur vorübergehend notwendig ist. Das mag ertragen werden, das müssen alle Bürger ertragen, vor allen müssen es diejenigen ertragen, die durch ihre Uebeltaten Zustände herbeigeführt haben, denen gegenüber man zu verzichten hat auf bürgerliche Freiheit und für eine gewisse Zeit eine Diktatur als notwendig einführt. Aber sind denn die Zustände in Deutschland auf einmal über Nacht so verhängnisvoll geworden, daß wir zu diesem äußersten und verzweifelten Mittel greifen müssen, daß wir der deutschen Nation, ihren Einrichtungen und ihrem Charakter ein solches Armutszeugnis ausstellen müssen, daß ohne die gefährlichsten Ausnahmemaßregeln die Ordnung nicht mehr aufrechterhalten werden kann?"

Dann sprach er von den gegenwärtigen Zuständen in der Regierung, die solche diktatorische Gewalt für sich verlange.

„Die Verhältnisse innerhalb der Regierung sind noch niemals seit dem Bestehen des Norddeutschen Bundes und seit dem Bestehen der preußischen Verfassung im Deutschen Reiche und im preußischen Staat so schwankend und unsicher gewesen wie in diesem Augenblick. Das Verhältnis der verbündeten Regierungen zum Reichstag, das Verhältnis der preußischen Regierung zum preußischen Abgeordnetenhaus ist jedenfalls seit vorigem Jahr nicht besser geworden. Der bedeutende Mann, welcher als Ministerpräsident in Preußen an der Spitze der verantwortlichen Regierung steht und als Kanzler allein verantwortlich die Geschäfte des Deutschen Reichs zu leiten hat, ist seit mehr als Jahr und Tag schwer leidend, so daß er trotz aller Anstrengung und aufopfernden Hingebung doch nur einen Teil der Geschäfte führen kann, welche ihm durch Verfassung und Gesetz anvertraut sind. Man hat nach Aushilfsmitteln gesucht auf Wunsch des Reichskanzlers selbst, der Reichstag ist in seiner Mehrheit dem Wunsche bereitwillig entgegengekommen, diese Mittel sind gegeben, die Gesetze sind beschlossen, die Geldmittel sind zur Verfügung gestellt. Noch heute ist der verantwortliche allgemeine Stellvertreter des Reichskanzlers, der einen großen Teil der Geschäfte vom Reichskanzler abnehmen und mit einer eignen Verantwortlichkeit führen soll, nicht ernannt, mindestens ist er nicht in Funktion getreten. Ebenso ist es hinsichtlich eines neugeschaffenen wichtigen Amtes, des gerade in jetziger Zeit für unsre finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse doppelt wichtigen, des Schatzsekretärs. Wenden wir unsern Blick nach Preußen, es tut mir leid, das aussprechen zu müssen, ich kann es aber nicht unterlassen: in Preußen ist die Ministerkrisis in Permanenz, nicht bloß dadurch, daß ein Wechsel von drei Personen im Gesamtministerium stattgefunden hat; gleichzeitig mit dieser Vorlage kommt das beunruhigende Gerücht

in das Land, daß auch der Kultusminister sein Amt niederlegen werde." Auf die Zwischenrufe der Rechten: „Zur Sache!" antwortete er: „Da muß ich doch darauf aufmerksam machen, wenn es sich darum handelt, diktatorische Gewalt in Anspruch zu nehmen, dann muß man vor allen Dingen wissen, wer übt sie aus, ist Vertrauen und Zuversicht vorhanden, daß sie in bestimmter fester Richtung nachhaltig ausgeübt wird, sonst kann man eine solche Gewalt nicht übertragen, ohne daß aus ihr die Gefahren noch viel größer werden."

Trotzdem Bennigsen für die nach seiner Meinung erschütterte Stellung Falks eintrat, erklärte er im Namen vieler seiner Freunde, er wünsche, daß der Kulturkampf ein Ende nehme; „wir glauben, daß allerdings dies Ende nur erfolgen kann, wenn die katholische Kirche mit ihren Oberen die Befolgung der preußischen und deutschen Gesetze nicht länger versagt; daß, wenn eine solche Lage eingetreten, die Möglichkeit vorhanden ist, zu prüfen, was in den Gesetzen, die Sie angreifen, überflüssig, was in einzelnen der Bestimmungen in einer so geänderten Lage etwa bedenklich erscheinen kann. Ich glaube, daß auch die Leiter der katholischen Kirche, auch die Führer der katholischen Parteien sich dem nicht verschließen, daß für die Kirche selbst, für die Gemüter der Angehörigen ihrer Religion dieser Kampf — mögen sie auch die Forderungen und den Standpunkt ihrer Kirche für noch so berechtigt halten — äußerst verderbliche Folgen herbeigeführt hat, und ich hoffe, daß die Zeit nicht gar zu fern sein wird, wo es möglich erscheint, einen solchen Kampf beizulegen. Ich will auch gar nicht untersuchen, welche politischen Folgen das für die einzelnen Parteien und deren Stellung haben kann, mögen sie der konservativen, mögen sie auch der liberalen Partei zugute kommen — wenn dieser Kampf einmal aufhört."

Er mahnte alle Parteien, die eigne nicht ausgenommen, zur Selbsteinkehr und zur Duldung: „Wollen wir uns die Freiheit erhalten und nicht den Gefahren der Diktatur verfallen, dann sollen wir uns vor allen Dingen mehr wie bislang daran gewöhnen, daß verschiedene Parteien in Vertretung berechtigter politischer oder materieller Interessen notwendig sind, ihre Legitimation haben, und wir sollten es mehr als bisher vermeiden, unsre politischen Gegner zu bekämpfen mit Angriffen, als versündigten sie sich gegen das Wohl des Ganzen." Wie oft lese man in den Organen der Regierung: alles, was die Sozialdemokratie verlange und tue, sei im Grunde nichts andres als die Fortsetzung der Grundsätze der fortschrittlichen und liberalen Bewegung . . . „Eine Regierung, welche wünscht, einen erfolgreichen Kampf zu führen gegen eine gewaltige, massenhafte Bewegung, die soll doch nicht die erhaltenden Kräfte in einer solchen Weise, wie es geschehen ist, von sich abstoßen,

sondern sie zu sammeln suchen, indem sie die Berechtigung der liberalen wie konservativen Anschauungen des bürgerlichen Rechts nicht bestreitet."

Von dem Ausnahmegesetz gegen den Jesuitenorden seien in Deutschland einige hundert Personen betroffen worden. Hier aber handle es sich um Hunderttausende von Wählern der sozialdemokratischen Partei. „Sie können jetzt durch ein solches Gesetz, wenn es ins Leben tritt, manchen Ausschreitungen mit Erfolg entgegentreten; aber, was Sie nicht können, das ist, daß Sie die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen hindern. Was öffentlich nicht agitiert werden kann, wird im geheimen um so wirksamer geschehen, alle öffentlichen Besprechungen und Wirkungen der Presse werden Sie ohnehin nicht verhindern können. Was in der Oeffentlichkeit doch auch bis zu einem gewissen Grade bekannt wird und zurückgewiesen werden kann, das wird im geheimen wuchern und sich weiterfressen. Die Erbitterung derjenigen Klassen, die Sie durch die Vorlage treffen, wird in außerordentlicher Weise eintreten. Wenn ein solches Gesetz ins Leben tritt, dann werden die sozialdemokratischen Demagogen sagen: hier handelt es sich um ein Ausnahmegesetz, welches die eine bürgerliche Klasse zurücksetzt gegen die andre. Dann wird man sagen: wenn die besitzenden Klassen zu solchen Mitteln greifen, die Hunderttausende von Mitbürgern außer dem Gesetz erklären, dann brauchen wir die Gesetze auch nicht zu respektieren. Ich bin überzeugt, daß das Maß von Agitationskraft, wie sie in einem solchen Gesetz liegt, das bei weitem überwiegt, was etwa der bisherigen Agitatiou im einzelnen durch die sozialdemokratischen Demagogen entzogen werden kann."

Zum Schluß sprach er noch einmal die Bereitwilligkeit seiner Freunde aus, auf dem Boden des gemeinen Rechts nach wirksamen Bestimmungen zu suchen: „Die Regierung möge im nächsten Jahre kommen — wenn sie es wünscht, wir sind ja bereit, mitzuwirken schon im Herbst — mit einer Vorlage, welche die bürgerliche Freiheit mit gesetzlicher Ordnung und fester Autorität auf dem Boden des gemeinsamen Rechts im öffentlichen Leben für alle Klassen vereinigt."

Der Gesetzentwurf wurde am andern Tage mit 241 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Allein die beiden konservativen Fraktionen hatten dafür gestimmt. Die Gesamtheit der Nationalliberalen aber (mit der Ausnahme von Gneist und Treitschke) war zu der Opposition des Zentrums und des Fortschritts hinübergetreten: das war es, was Bismarck vorher gewußt und — darf man wohl hinzufügen — gewollt hatte. Darum trug er, in diesen Tagen schon mit den Vorbereitungen zum Berliner Kongreß beschäftigt, zu dem am 21. Mai Graf Schuwalow die Einwilligung des Zaren überbracht hatte, die Ablehnung mit einem Gleichmut, der selbst seine Umgebung in Erstaunen setzte.

Er wollte warten: da fiel ihm schon nach einer Woche, infolge des zweiten Mordanfalles auf den greisen Kaiser, eine Gelegenheit in den Schoß, wie sie selbst seine dämonische Taktik nicht wirksamer hätte ersinnen können. Jetzt konnte er nicht nur die sozialdemokratische Partei als solche mit äußerster Schärfe für die Verbrechen verantwortlich machen, nicht nur an den Liberalen für die Abstimmung vom 24. Mai Rache nehmen. Jetzt lockte ihn ein höheres Ziel: zu der endgültigen Abrechnung mit der parlamentarischen Machtstellung der Liberalen schreiten, sie beugen und dann sprengen, und unter dem Hochdruck der Leidenschaften seine Umkehr in der inneren Politik einleiten. „Jetzt habe ich sie" — „jetzt lösen wir den Reichstag auf," so lauteten bekanntlich seine ersten Worte, als er das Telegramm von der Schreckenstat erhielt, und wenn die Nationalliberalen jetzt auch ohne Auflösung zu allem möglichen bereit gewesen wären, er ließ sich nicht halten, der Kronprinz selbst, die Hoffnung der Liberalen seit 1862, mußte als Stellvertreter seines todwunden Vaters dem Beschluß des Kronrates beitreten, der den Reichstag auflöste und seine eigne Partei auseinander sprengte — unaufhaltsam verfolgte Bismarck seinen Sieg weiter, um nach dem langen Zauderspiel seit dem Frühjahr 1877 offen gegen die Liberalen zu Felde zu ziehen.

Sechstes Kapitel

Die Katastrophe. Sprengung und Auflösung der nationalliberalen Partei 1878 bis 1880

Auf dem demokratischen Wahlrecht und auf der nationalen Strömung im Volke ruhte die parlamentarische Machtstellung der Liberalen, die noch vor einigen Monaten durch Bennigsen den Versuch gemacht hatten, ihre Führer in den Schoß der Regierung vorzuschieben. Jetzt aber begann dieses Wahlrecht, leidenschaftlich von oben und unten durchwühlt, ihnen selber gefährlich zu werden, denn ein nationaler Sturmwind schwellte Bismarck und den Seinen die wehenden Fahnen und trieb den Gegnern Sand und Staub in die Augen.

In welchem Grade das eigentliche Ziel Bismarcks bei der Reichstagsauflösung die Zerspaltung der Nationalliberalen war, lehrt unwiderleglich der Generalstabsplan, den er unmittelbar nach der Auflösung zur Orientierung der Behörden für die Wahlen entwerfen ließ; immer von neuem korrigierte er das Aktenstück durch, das von den Sozialdemokraten kaum, um so mehr aber von dem linken Flügel der Nationalliberalen sprach, bis es die endgültige Fassung erhielt.[1]) Es war eine Kriegserklärung seines Staatsgedankens und zugleich seines Machtbedürfnisses gegen die liberalen Ideen, mit denen er in Preußen schon einmal von 1862 bis 1866 gerungen hatte.

Es begann damit, daß die parlamentarische Machtstellung der Nationalliberalen nur so lange erträglich gewesen sei, als sie „treu ihrem Ursprunge und den bei ihrer Wahl maßgebend gewesenen Volksstimmungen ihr parlamentarisches Gewicht mit diskreter Rücksichtnahme auf die Stellung der Regierung benutzten, wie es lange Zeit hindurch der Fall gewesen ist". Statt dessen habe die Fraktion seit Beginn des Jahres ihr Verhalten geändert, immer höhere Ansprüche erhoben und wichtige Vorlagen, zuletzt das Sozialistengesetz, ohne jeden Versuch der Amendierung kurzerhand beseitigt: „Die so beanspruchte Vormundschaft einer Fraktion, welche die Mehrheit nicht besitzt, kann keine Regierung akzeptieren." Er erhob gegen sie die Anklage einer gewaltsamen Neigung zum Mitregieren. In einer verwandten Situation hat Freiherr

[1]) Alle Entwürfe im Bismarck-Jahrbuch I, S. 97—121.

von Hertling im Reichstage im Februar 1907 diese Sätze wieder hervorgeholt und gegen die Liberalen als Zeugnis verwerten wollen — als ob nicht auch das Zentrum bei der angeblichen Machtprobe am 24. Mai 1878 einstimmig an der Seite der Liberalen gegen den Entwurf des Sozialistengesetzes gestimmt hätte, und als ob jede politische Denkschrift, in der Bismarck die Reichsgefährlichkeit des Zentrums in den düstersten Farben malte, von diesem als eine objektive Geschichtsquelle genommen würde.

Im weiteren Verlaufe richtete Bismarck sein Geschoß auf eine immer bestimmtere Stelle. Mit der nationalliberalen Partei sollte eine zuverlässige Gemeinschaft nach den grundsätzlichen Gesichtspunkten, welche bei ihrem Heraustreten aus der alten Fortschrittspartei maßgebend gewesen seien, möglich sein — aber sie werde erschwert durch die Tatsache, daß die Partei in ihrer Gesamtheit sich zumeist der Leitung ihres linken Flügels (Lasker, Bamberger) unterordne, in dem der geistige Zusammenhang mit dem Wesen und grundsätzlichen Streben der Fortschrittspartei niemals unterbrochen sei; die positive staatliche Wirksamkeit, zu der die Nationalliberalen berufen schienen, habe deshalb nicht zur erfolgreichen Entwicklung gelangen können, weil jene tatsächlich der Fortschrittspartei angehörigen und für diese unter nationalliberaler Maske tätigen Elemente durch überlegene Redefertigkeit und durch Einschüchterung aller minder schlagfertigen Mitglieder die negierende Politik der Fortschrittspartei auch innerhalb der nationalliberalen Partei zur Geltung zu bringen wußten. Wenn es der Partei nicht gelinge, sich der Herrschaft dieser fortschrittlichen Elemente zu entziehen, so werde die Regierung auf die Gemeinschaft mit ihr verzichten. Mit der Ablehnung dieser fortschrittlichen Elemente sei jedoch für jetzt nicht die Bekämpfung der nationalliberalen Partei im ganzen ausgesprochen, es werde vielmehr auf einen Versuch ankommen, inwieweit die gemäßigten Mitglieder sich zur festen Unterstützung der Regierung, nicht bloß unter den Notwendigkeiten des Augenblicks, zur dauernden Sicherung der staatlichen Autorität bekennten und der bedenklichen bisherigen Fraktionsführung sich zu entziehen wüßten. Sodann entrollte er die Grundzüge der neuen Wirtschaftspolitik des Schutzes der nationalen Produktion: nur mit einer festen, gleichgesinnten und entschlossenen Mehrheit werde diese Wirtschaftspolitik durchzuführen sein. Damit wurde der wirtschaftliche Untergrund der politischen Probleme sichtbar, die Bismarck seit mehr als einem Jahre beschäftigten, und so warf er denn noch einen Blick auf jene Anläufe zurück, die er zu Bennigsens Mitwirkung genommen hatte. „Gerade zur Durchführung einer heilsamen Wirtschaftspolitik war der Versuch gemacht worden, unter Heranziehung der besonnenen, nicht

durch abstrakte Theorien gebundenen Elemente der liberalen Partei eine Mehrheit auf breiter Basis im vorigen Reichstage zu gewinnen — nachdem dieser Versuch bedauerlicherweise unter dem dominierenden Einfluß des Fraktionswesens gescheitert ist, ist die Hoffnung auf die Verwirklichung jener Absichten nunmehr auf die lebendige Betätigung des Volks selbst bei den Wahlen zu setzen."

Das Schlußwort sammelte dann alle Vorwürfe und gab ihnen eine persönliche Spitze gegen eine besonders schädliche Kategorie von Abgeordneten: „Das bisherige Vorherrschen der Juristen, Beamten und Gelehrten ohne produktive Beschäftigung in unserm Parlamente hat demselben eine unpraktische Richtung gegeben. Der Parteihaß, der Machtstreit der Fraktionen, der Ehrgeiz ihrer Führer, die Zeitverschwendung mit oratorischen Schaustellungen, die Gleichgültigkeit gegen wirtschaftliche Schäden, die philosophische, humanistische Neigung, den Verbrecher auf Kosten des ehrlichen Mannes zu schützen, die gesamte unpraktische Richtung unsrer Parlamentsverhandlungen hängen wesentlich mit dem Umstande zusammen, daß die Mehrzahl der Vertreter keinen produktiven Beruf hat, weder ein Gewerbe noch Handel, weder Industrie noch Landwirtschaft treiben oder auch nur einen klaren Begriff davon haben. Die Leiden unsrer Produktion sind den Herren nicht fühlbar. Die Männer sind selten bei uns, welche, produktiv tätig, dennoch Zeit haben, in den Parlamenten zu sitzen. Die Vertretung unsrer wirtschaftlichen Interessen ist daher in den Händen solcher, die von Gehalt, Honorar, von Diäten und vom Preßgewerbe oder von zinstragenden Papieren leben."

Es war nicht anders: Bismarck hatte erkannt, daß er mit der Waffe der wirtschaftlichen Interessen, und zwar der Interessen bestimmter großer Kategorien von besitzenden Klassen, am ehesten die Reihen einer politisch-parlamentarisch orientierten Partei auseinander treiben konnte.

Nach dieser Melodie beteiligten sich die Regierungsbehörden an dem Wahlkampfe gegen die Liberalen. Die Deutsch-Konservativen griffen alle Argumente auf, um mit ihnen die liberale Vorherrschaft zu bekämpfen, und schritten dazu fort, die ganze Gesetzgebung, die Bismarck mit den Nationalliberalen gemacht hatte, zu verdammen und die Gegner für alle wirtschaftlichen Nöte verantwortlich zu machen: mit Enthusiasmus und Begehrlichkeit drängten sie sich an die Regierung heran. Nicht minder ließen die eigentlichen Oppositionsparteien, wie das Zentrum, sich die Wendung gefallen; in der Provinz Hannover erhoben zum ersten Male die Welfen wieder mit Eifer ihr Haupt. Wie es in den Wald hineinrief, so schallte es zurück. Bald lieferte die erbitterte

Sprache der nationalliberalen Presse Bismarck neuen Stoff zu noch schärferem Angriff. Der Machtkampf brach immer unverhüllter hervor.

Es war eine Zeit höchster Erregung. Das Verbrechen gegen die ehrwürdige Gestalt des ersten Kaisers des neuen Reiches riß die breiten Massen in ehrlicher Erbitterung auf die Seite der Autorität und entfremdete sie ihren parlamentarischen Führern. Noch war in den ersten Wochen ungewiß, ob der hochbetagte Kaiser die schwere Verwundung überhaupt überstehen würde. Niemand konnte voraussehen, ob die Stellvertretung des Kronprinzen, dessen Geschick ihn gerade in diesen Wochen dem Namen nach an die Spitze brachte, eine Episode bleiben oder einen Thronwechsel einleiten würde. Auch Bismarck mußte in den ersten Wochen nach dem Attentat mit einer Möglichkeit rechnen, die freilich die beginnende Wendung seiner Politik wieder zum Stehen gebracht haben würde. Aber auch für diesen Fall, so mochte er rechnen, war seine Stellung befestigt, wenn die Nationalliberalen, eben die Partei, welcher der Nachfolger des Kaisers innerlich nahestand, nicht in ihrer früheren ausschlaggebenden Stärke zurückkehrten, sondern eine Verschiebung nach rechts die Aussichten einer liberalen Aera immerhin begrenzte. Auch insofern war es einer der großen Kämpfe um die Macht, die der Mächtige in der Zeit von 1862 bis 1890 geführt hat.

Wenn in den Angriffen der Regierungsorgane als der Hauptschuldige Lasker galt, so richteten sie sich doch auch gegen Bennigsen, der eben der Abhängigkeit von Lasker geziehen wurde; mit Unwillen erklärten sich die Nationalliberalen der Stadt Hannover, die ihn als ihren Kandidaten aufgestellt hatten, gegen die schnöden Angriffe, welche die der Regierung nahestehende Presse gegen ihn richtete.[1]) Um so dankbarer mochte Bennigsen es empfinden, daß der Kronprinz ihm gerade in diesen Tagen demonstrativ ein Zeichen seines Vertrauens gab, indem er ihn um eine Denkschrift in der hannoverschen und braunschweigischen Frage ersuchte.[2])

In den Korrespondenzen Bennigsens aus diesen Wochen erkennt man, wie an manchen Orten die Wähler den bisherigen liberalen Führern die Gefolgschaft versagten oder doch die Einstellung der oppositionellen Haltung verlangten;[3]) einer der nationalliberalen Kandidaten nach dem andern, zumal auf dem rechten Flügel, gab dieser Volksstimmung nach und mißbilligte die scharfe Tonart, in der die Flugblätter des Berliner Zentralwahlkomitees der Partei auf die Sprache der

---

[1]) Wahlaufruf vom 22. Juli.

[2]) Siehe oben S. 144 ff.

[3]) G. von Bunsen an Bennigsen, Juni 1878.

Offiziösen antworteten.[1]) Die Wirkungen der Sprengpolitik Bismarcks machten sich selbst in Bennigsens eignem Wahlkreise (dem neunzehnten hannoverschen) geltend, den er seit 1867 im Reichstage ohne ernste Gegenkandidatur vertrat, in diesen bremischen Marschen, in denen er zwanzig Jahre zuvor der gefeierte liberale Volksführer gegen die hannoversche Reaktion gewesen war.[2]) Jetzt erhob sich hier eine christlich-konservative Gegenpartei unter Führung von orthodoxen Pastoren und gemäßigten Welfen wie Graf Bremer; auch die Lockrufe der Bismarckschen Steuerpläne verfehlten ihren Eindruck auf die bäuerliche Bevölkerung nicht. Der getreue Pastor Pfaff in Osterbruch meldete, daß nach den Aussagen einflußreicher Männer „viele abfallen würden, weil sie mit dem Vorgehen der liberalen Partei in manchen Punkten nicht einverstanden seien", und hätte Bennigsens persönliches Erscheinen im Wahlkreise gern gesehen.[3]) Auch in dem braunschweigischen Wahlkreise Holzminden-Gandersheim, in dem Bennigsen gleichfalls als Kandidat aufgestellt war, verlangten die Wähler eine Erklärung darüber, wie er zu Ausnahmegesetzen stehe.

Bennigsens realpolitischer Verstand blieb für diese Eindrücke nicht unempfänglich. Er überzeugte sich nicht nur, daß in der Frage des Sozialistengesetzes nicht gegen den Strom zu schwimmen sein werde, wenn man nicht die Fühlung nach oben und nach unten zugleich verlieren wollte; vielleicht stieg auch die Vorstellung in ihm auf, daß er dem Einflusse von Lasker und Forckenbeck zu sehr nachgegeben habe. Er begann sich fortan von ihm zu emanzipieren und die Leitung der Partei selbständiger in die Hand zu nehmen. Trotzdem er allen Grund hatte,

---

[1]) Von Cuny an Bennigsen, 7. Juli 1878: „Auf einer vor kurzem gemachten Wahlreise durch meinen bisherigen Wahlkreis (den vierten anhaltischen) habe ich mich überzeugt, daß die große Masse der Wähler zurzeit den Kampf gegen die Sozialdemokratie als die Hauptaufgabe der Wähler und des Reichstags betrachtet. Ich persönlich stehe auf demselben Standpunkt." Dagegen erweckten die offiziellen Parteiflugblätter den irrigen Glauben, „unsre Fraktion betrachte, in krassem Widerspruche mit der Meinung des Landes und mit der ganzen Vergangenheit, den Kampf gegen den Reichskanzler als ihre Aufgabe, ja als ihre Hauptaufgabe". Er erklärte als Kandidat der nationalliberalen Partei seinen Einspruch gegen die Führung des Wahlkampfes durch die Parteizentrale.

[2]) So schrieb Mosle, der Abgeordnete für die Stadt Bremen, am 19. Juli an Bennigsen, es heiße unter den Bauern, der Abgeordnete, den sie 1858 gefeiert hätten, habe sich jetzt von Herrn Lasker ins Schlepptau nehmen lassen. Mosle bot für den Notfall Bennigsen an, ihm sein Mandat für Bremen abzutreten, „um so lieber, als Sie vielleicht dadurch veranlaßt werden könnten, Bremen lieber zu gewinnen, aber es wäre allen Ihren Kollegen in der Partei tief schmerzlich, wenn Sie nicht direkt in Ihrem alten Wahlkreise gewählt würden."

[3]) Pfaff an Bennigsen, 7. und 19. Juli 1878.

über Bismarcks Angriffe empört zu sein, trug er doch, auf die erste Mahnung seines Freundes Lucius — die vermutlich wieder aus Friedrichsruh stammte — dazu bei, die allzu leidenschaftlich sich vorwagenden nationalliberalen Blätter zurückzurufen. Er selbst wurde sowohl in dem hannoverschen als in dem braunschweigischen Wahlkreise mit großer Majorität gewählt. Da von den nationalliberalen Führern Stauffenberg in München nur in eine aussichtslose Stichwahl gelangte, so war er sofort bereit, ihm das zweite Mandat abzutreten und persönlich für den Parteigenossen, der mehr dem linken Flügel zuzurechnen war, auf das wärmste einzutreten: aber er tat es in seiner Rede in Kreiensen am 18. August in einer Weise, die seinen Entschluß zur Verständigung mit Bismarck trotz alledem bestimmt erkennen ließ.

Lucius an Bennigsen.

Ballhausen bei Erfurt, 2. Juli 1878.

Bei unserm letzten freundschaftlichen Zusammensein proponierten Sie, daß wir nach wie vor gute Freunde persönlich bleiben und jedenfalls als loyale Gegner handeln wollten, sollte die politische Entwicklung der Dinge uns in verschiedene Lager führen. Das letztere ist zwar, wie ich zuversichtlich hoffe, noch nicht der Fall, allein ich möchte an meinem geringen Anteil wenigstens nichts unterlassen, um irreparable Differenzen zu verhüten, und bin gewiß, daß Sie meine Worte nicht mißdeuten und als eine unbefugte Einmischung und Indiskretion betrachten werden.

Wie weit Ihr persönlicher Einfluß auf die Haltung der „Nationalzeitung“ [1]) und des „Hannoverschen Couriers“ reicht, ist mir nicht bekannt, allein das ist ganz sicher, daß Sie in einen schweren, nicht leicht wieder rückgängig zu machenden Konflikt, sowohl persönlich als mit Ihrer Fraktion, hineintreiben, wenn jene Blätter den persönlich provozierenden, allerlei Uebles insinuierenden Ton gegen Bismarck beibehalten, welchen sie seit einigen Monaten angeschlagen haben. Warum [be-]schwören Sie einen solchen Konflikt herauf, der geradezu verhängnisvoll für die ganze politische Entwicklung des Reichs werden kann? Zum Heil kann es unmöglich gereichen, wenn die Logik der Tatsachen dazu führen sollte, daß die Reichsregierung zuletzt ihre Stütze suchen muß bei den Parteien, welche innerlich nach wie vor die erbitterten Gegner der deutschen Einheit in jeder Form bleiben. Und dazu kommt es, wenn gerade Sie, der einzige wirkliche Staatsmann Ihrer großen Partei (Pardon!), der wahrhaft konservative Träger der nationalen

---

[1]) Vgl. dazu Tiedemann a. a. O. S. 272.

Ideen, in einen unlösbaren Gegensatz und persönliche Feindschaft zum Kanzler treten.

Mein aufrichtiger Wunsch ist seit lange dahin gerichtet gewesen, daß Sie in das Ministerium eintreten möchten. Das Gewicht Ihrer Persönlichkeit hätte sich in entscheidender Weise im Gesamtministerium geltend gemacht, gleichgültig, welches Ressort Sie übernommen hätten, obschon Sie meines Erachtens die Finanzreform als Vizekanzler hätten durchführen sollen. Ich habe, als die stattfindenden Verhandlungen jenes Ziel erreichbar erscheinen ließen, Sie offen gewarnt, Ihre Bedingungen zu hoch zu spannen, einmal weil andre Ressorts nicht frei waren und weil ich begründete Zweifel hatte, daß die von Ihnen bezeichneten Persönlichkeiten die technische Qualifikation hätten und auch aus andern allgemeinen Rücksichten (Militärfrage, radikaler Freihandel u. s. w.) akzeptabel sein könnten. Woran schließlich die Verhandlungen gescheitert sind, wissen Sie selbst am besten, und weil doch in keinem Fall die Möglichkeit neuer Annäherungen ausgeschlossen werden sollte, beklage ich aufs tiefste, daß jener Zeitungskrieg so verderbliche Dimensionen angenommen hat. Was liegt denn daran, ob es wahr oder nicht ist, daß der Kanzler aus der Auflösung eine Kabinettsfrage gemacht hat? Was liegt denn daran, welche Stellung die schlaffe badische Regierung dabei eingenommen hat? Gewiß wird von der andern Seite durch die offiziösen Federn auch stark gesündigt, aber trotzdem und alledem dürfen sich Männer und Parteien nicht verhetzen lassen, welche in der Vergangenheit in allen großen Fragen zusammengestanden haben und in Zukunft auch wieder aufeinander angewiesen sein werden.

Koebner an Bennigsen.

Berlin, Potsdamerstraße 16, 6. Juli 1878.

Nach Anhalt habe ich im Sinne Ihres Briefes geantwortet, wie das auch von Anfang an meine Absicht war.

Was das Verhalten der Regierung gegenüber betrifft, so habe ich schon vor acht Tagen, als ich von dem Wahlkompromiß in der Provinz Hannover hörte, etwas eingelenkt — ich glaube übrigens, daß auch vorher der „Courier" sich auf eine im Verhältnis zu den Angriffen sehr zahme Abwehr beschränkt hatte. In den vielen ähnlichen Krisen der letzten zehn Jahre habe ich immer gefunden, daß die offiziöse Presse nach einiger Zeit Ordre zum Rückzug erhielt, sobald sich gezeigt hatte, daß die Liberalen sich nicht einschüchtern ließen; und fast hat es den Anschein, als ob dieser Moment jetzt wieder eingetreten wäre. Jedenfalls werde ich nach Maßgabe Ihrer Mitteilungen, für die ich bestens

danke, nun den „Courier" noch etwas zurückhaltender reden lassen. Ich habe nur immer die Besorgnis, wir könnten durch allzu große Schonung Bismarcks die Bevölkerung immer mehr in dem Heroenkultus befestigen, den Bismarck bei günstiger Gelegenheit dann gegen uns ausbeutet. Ist diese Gefahr für diesmal wieder vorbei — um so besser. Ich würde Ihnen für jede weitere Mitteilung über die intimere Situation sehr dankbar sein: man ist hier vielleicht ein wenig zu sehr unter dem Einfluß der nach links gravitierenden Parteigenossen.

Eduard Stephani an Bennigsen.

Dresden, 14. Juli 1878.

Verzeihen Sie, wenn zu den vielen Wahlqualen, denen Sie ausgesetzt sein werden, ich auch noch mit einem Bedenken und einer Bitte komme. Das Bedenken ist mir entstanden durch die scharfe, aggressiv oppositionelle Tendenz, die jetzt in manchen Kundgebungen unsrer autoritativen Parteipresse in Berlin an den Tag tritt, ich meine namentlich die drei Flugblätter und mehrere Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz". In dem ersten Entwurf zu unserm Wahlaufruf, den mir Lasker in Berlin vorlegte, war eine ähnliche oppositionelle Tendenz, aber ungleich weniger scharf, enthalten. Ich bat Lasker dringend, dies zu unterlassen, Stauffenberg war derselben Ansicht, und andern Tags bei der Feststellung ist ja, wie ich höre, namentlich durch Miquels Redaktion, diese Tendenz auch völlig verschwunden, und der Aufruf hat eine mir ganz zusagende Gestalt gewonnen. An diesem Standpunkt müssen wir nach meiner Ansicht streng festhalten, aber die neueren Preßäußerungen aus Berlin sind leider mehr und mehr in eine ganz andre Bahn geraten, sie verhalten sich nicht nur abwehrend gegen die Angriffe auf uns, sondern sie haben eine aggressive Opposition eröffnet gegen die Regierung, gegen Bismarck persönlich. Das halte ich für einen verderblichen Weg, ganz geeignet, unsre Partei zu sprengen und starke Sezessionen zu veranlassen. Wenn unsre Partei, die ohnehin an Zahl geringer in den neuen Reichstag eintreten wird, außerdem auch noch an innerer Spaltung leiden, vielleicht gar sich auch äußerlich in zwei Teile zerlegen sollte, dann hat Bismarck sein frevelhaftes Spiel gewonnen. Wir sind nur stark, wenn wir alle bisherigen Elemente in derselben Geschlossenheit zusammenhalten. Sie sind der einzige, der diesen Zusammenhalt bewirken kann, der aber verloren geht, wenn von Berlin aus im Namen der Partei fortgesetzt so entschieden die Oppositionstrompete geblasen wird. Und deswegen meine dringende Bitte an Sie, daß Sie dem Einhalt tun wollen. Ich habe eben auch an Lasker in dem gleichen Sinn mit dringender Bitte geschrieben und habe

ihn erinnert an ein recht schönes Wort, das er in seiner Saalfelder Rede Seite 37 gesprochen, daß nur gemeine Naturen das Unglück benutzen, um Streit anzufangen u. s. w. u. s. w. Das ist ein recht schönes Motto für den jetzigen Wahlkampf, das soll man wahr machen. Ich habe in meinen Kreisen hier überall den Gedanken gepredigt, daß wir die Auflösung und den Wahlkampf nur auffassen sollen als eine gemeinsame Abwehr aller Ordnungsparteien gegen die revolutionäre Sozialdemokratie, nicht als einen Kampf der Ordnungsparteien untereinander, nicht als einen Kampf zwischen Regierung und Liberalismus. Inmitten der heillosen Verwilderung, die Bismarck durch seine frivole Auflösung hervorgerufen hat, würde die Nation in wüstem Parteikampf sich selbst zerfleischen, wenn wir sie nicht konzentrieren auf ein greifbares verständliches Ziel, gemeinsame Abwehr gegen die Sozialdemokraten. Dazu gehört Zusammenwirken von Regierung und Reichstag; wir bieten dazu die Hand, wir kommen der Regierung entgegen und wollen sie unterstützen genau so wie bisher, allerdings festhaltend an unsern bisherigen Grundsätzen und an unsrer bisherigen Stellung einer unabhängigen und selbständigen Unterstützung der Regierung. Einen Systemwechsel, eine Schwenkung vollziehen wir nicht, deshalb treten wir auch nicht in die offene Opposition, solange nicht die Regierung durch ihre späteren Vorlagen dazu zwingt. Jetzt dürfen wir uns nicht ins offene Oppositionslager der Fortschrittspartei treiben lassen, mit der wir ja jetzt natürlich äußere Fühlung suchen müssen, aber doch schlechterdings uns nicht identifizieren dürfen. Es ist wahr, sehr schwer wird es uns gemacht, diese besonnene Stellung zu behaupten, aber es kommt eben darauf an, daß wir diese harte Probe bestehen, daß wir besonnener sind als Bismarck. Die Provokationen von seiten Bismarcks und der Konservativen sind ja zum Teil unerträglich, wir müssen sie abwehren, aber nicht, wie jetzt teilweise die nationalliberale Presse tut, zu einer aggressiven Opposition übergehen. Je toller jetzt Bismarck ist, um so fester und besonnener müssen wir sein. Wenn wir, wie das jetzt hier und da erklingt, dem Wahlkampf die persönliche Färbung geben: Lasker kontra Bismarck, da haben wir die Nation nicht hinter uns, da machen wir schmählich Fiasko. Ich fühle das jetzt schon heraus aus dringenden mir zugekommenen Beschwerden, Mahnungen. In einer Versammlung in Leipzig ward ich vor ein paar Tagen bitter deshalb interpelliert. Die stark konservative Strömung in Leipzig, die sich wieder etwas beruhigt hatte, hat durch diese Haltung unsrer Presse wieder neue Nahrung gewonnen. Wird diese Haltung fortgesetzt, so verlieren wir damit nicht nur einige Wahlkreise, wir schwächen auch den inneren Zusammenhang unsrer Partei und

führen vielleicht sogar eine wirkliche Trennung herbei. Welcher Triumph für Bismarck, der ja jetzt ohnedies durch den Kongreßerfolg neue Kraft gewonnen hat, obwohl in meinen Augen (mit Ausnahme dessen, daß er für jetzt die Allianzen gegen Deutschland zerstört hat, weil Bismarck alle Mächte wie die Hunde über den Knochen aneinander gehetzt und des weiteren, daß er nun Oesterreich noch entschiedener die Frontrichtung gegen Osten und von Deutschland abgelenkt gegeben hat) der ganze Kongreßerfolg doch noch sehr zweifelhafter Natur ist und daher in die Kategorie der vorübergehenden Erfolge eines gewaltigen Intriganten gehören dürfte. Aber für den Augenblick hat sicher Bismarcks Autorität und Popularität hierdurch mächtig gewonnen, und wenn wir gerade in diesem Augenblick dem Wahlkampf einen so prononciert persönlichen Charakter gegen Bismarck geben wollen, so antwortet uns ein Hohngelächter aus der Nation, wir unterliegen schmählich und bewirken damit, daß auf unbestimmte Zeit hinaus die gemäßigten Mittelparteien die Führung in Deutschland verlieren und unbekannte Größen in ewigem Schwanken und Wechsel sich ablösen werden. Deshalb, bitte, erheben Sie Ihre Stimme und gebieten Sie Einhalt der falschen Kampfesweise, die man jetzt zum Teil in Berlin angenommen hat.

Bennigsen an Lasker.

Hannover, 5. August 1878.

Wegen Stauffenbergs sind die Einleitungen in Holzminden bereits getroffen. Für unmöglich halte ich seine Wahl dort im Falle des Unterliegens in München keineswegs. Ich werde jedenfalls alles aufwenden und bleibe deshalb acht Tage länger hier. Die Stichwahl ist nach eingezogener telegraphischer Nachricht am Donnerstag in München. Oeffentliche Schritte vor derselben haben Schauß und Vecchioni im Antworttelegramm verbeten. Ich habe soeben an Vecchioni geschrieben, daß ich auf alle Fälle sogleich über das Resultat telegraphisch benachrichtigt werde. An ein mir genau befreundetes Mitglied des Holzmindener Komitees ist das einstweilen Erforderliche bereits geschrieben. Dieses (Kreisrichter Haberland) [1]) sowohl wie H. H. Meier, im Bezirk

---

[1]) Dieser, ein alter Studienfreund und Korpsbruder Bennigsens, schrieb am 12. August: „Gewicht lege ich in politischer Beziehung darauf, daß Stauffenberg nicht Unitarier ist, was, wie bei der Wahl in München, auch hier widerlegt werden muß, denn man hält hier (im Herzogtume überhaupt) ein Aufgehen in Preußen nicht für wünschenswert, sondern möchte in Verwaltung und Finanzen möglichst selbständig bleiben, vielleicht, wenn nicht anders, als Reichs- oder Kaiserland.“ Aehnlich H. H. Meier an Bennigsen, 16. August 1878: „Ein Fortschrittler, der sich gegen ein Ausnahmegesetz erklärt, hat keine Chance, ebenso

ansässig und einflußreich (Harzburg), hatten übrigens bereits einen Tag nach Abgang meiner Erkundigungen in München, über Berlin, aus eigner Initiative die Sache angeregt und Mitwirkung versprochen. Wir verlieren an die Welfen in Hannover drei Bezirke einschließlich der Stichwahl (äußerstenfalls vier!), die Regierung den einzigen Sitz am Harz vermutlich gegen uns. Alles infolge des alten Satzes: „Duobus litigantibus tertius gaudet."

Freiherr von Stauffenberg an Bennigsen.

Rißtissen bei Ulm, 9. August 1878.

Die Dinge in München sind gegangen, wie ich von Anfang an gefürchtet, und man muß jetzt eben den Schaden besehen und finden, wie er zu bessern. Daß ich ein nichtbayrisches Mandat nicht annehmen kann, war mir von vornherein klar, und ich lasse mich von meiner Ueberzeugung auch durch die mehr wohlwollenden als richtigen Bemühungen meiner Münchner Freunde nicht mehr abbringen. Einstweilen muß ich in den bayrischen Landtag und sehen, ob im Laufe der Session sich etwa ein bayrisches Reichstagsmandat erledigt ... Mir hat nichts so viel geschadet als die sog. Kardorffschen Enthüllungen, nach denen es erschien, als ob ich absolut das Schatzamt haben wollte und deshalb, wegen meiner absoluten Unannehmbarkeit, die ganze Kombination gescheitert sei — dies genügt, um mich in den Augen vieler als einen Streber schlimmster Sorte erscheinen zu lassen; ich möchte wohl wissen, ob dieser Klatsch auf Kardorffs eignem Miste gewachsen oder ihm von Bismarck souffliert worden. Sie könnten wohl einmal bei passender Gelegenheit diesen Gerüchten aufs Maul schlagen.

Die Auflösung hat in ganz Süddeutschland der nationalen Sache einen Schlag gegeben, von dem sie sich schwer erholen wird — aller Eifer, alle Freude der wahren Reichsfreunde ist in erschreckender Weise erkaltet; der Pessimismus nimmt immer mehr überhand; hier in Württemberg ist der Sieg nur durch die unglaubliche, aber sehr geschickte Regierungstätigkeit erzielt worden, Baden hat stark nachgelassen, und bei uns droht alles aus dem Leim zu gehen; freilich sind speziell bei uns die alten Sünden der Fortschrittspartei an vielem schuld. Mir ist der Gedanke gekommen, ob es nicht ginge, wenn ich einmal dem Kronprinzen über diese Dinge schriebe?[1] Halten Sie es für möglich oder rätlich? Können Sie mich zu irgend etwas brauchen, so stehe ich zu

---

kein Unitarier. Von den Konservativen wird den Bauern gesagt, Bennigsen und Stauffenberg wollten Braunschweig Preußen kurzweg einverleiben."

[1] Vgl. über die Beziehungen Stauffenbergs zum Kronprinzen Hölders Tagebuch, Poschinger a. a. O. II, S. 300.

Diensten; nach Berlin komme ich zur Reichstagszeit, wenn Sie meiner bedürfen und ich abkommen kann . . . An Lasker habe ich geschrieben; können Sie nicht Kapp in Braunschweig placieren? In alter Freundschaft u. s. w.

Von Benda[1]) an Bennigsen.

Ohne Datum (Mitte August 1878).

Seit ich die Freude hatte, Sie in Hannover zu sehen, bin ich anderthalb Wochen in Kissingen gewesen und habe dort Hofmann und Bismarck gesehen, den ersteren sehr flüchtig, bei letzterem war ich zu Mittag geladen. Hofmann strahlte vor Befriedigung, weil man in Heidelberg vollständig einig geworden sei.[2]) Ich konnte nicht umhin, ihm zu bemerken, daß die Beschaffung der Majorität im Reichstage vielleicht schwieriger sein würde. Er gab dabei der Zuversicht auf die Unabwendbarkeit der Reform und die Popularität von Hobrecht Ausdruck. Vom Sparen scheint dabei in Heidelberg wenig die Rede gewesen zu sein; ich muß nach Hofmanns Achselzucken annehmen, daß die Militärverwaltung auf die vermehrten Einnahmen in umfassender Weise Anspruch macht.

Unser Fürst war, wie gewöhnlich im Familienkreise, persönlich überaus liebenswürdig und schien auch körperlich gekräftigt zu sein. Ueber die Wahlen sprach er sich, abgesehen von dem Aerger in Lauenburg und Calbe-Aschersleben, leidlich zufrieden aus. Die Auflösung, das erfuhr ich hierbei, ist erst durch die Artikel in der Kölner, der „Magdeburger Zeitung“ und dem „Hannoverschen Courier“ zur Reife gelangt — er gestand aber auf meine Interpellation zu, daß er hierbei Ihnen keine Schuld beimesse. Jetzt habe sich gezeigt, daß man im Lande doch wesentlich anders denke wie im alten Reichstage; er hoffe auf das festere Zusammenhalten der drei regierungsfreundlichen Parteien und wünsche nur, daß ein paar Dutzend Nationalliberale ausscheiden, die in den Fortschritt gehören (immer das alte Lied). Meinen Einwand, daß dann die Majorität zweifelhaft werden könne, wollte er nach seiner Rechnung nicht gelten lassen. Im übrigen, das sagte er wohl dreimal, sei ihm das Fraktionswesen, konservativ oder liberal, völlig gleichgültig, heute mehr als je; er gehe seinen Weg; wer mit ihm gehe, sei sein Freund, wer wider ihn gehe, sein Feind — bis zur

---

[1]) Benda gehörte zwar zu dem rechten Flügel der Nationalliberalen, während des Wahlkampfs hieß es jedoch, daß Bismarck auch ihn als „der Tyrannei Laskers verfallen“ geächtet habe. (Lammers an Bennigsen, 6. Juli 1878.)

[2]) Vom 5. bis 8. August berieten Vertreter sämtlicher Bundesregierungen mit dem Staatssekretär Hofmann über die Steuerreform in Heidelberg. Hofmann weilte vom 9. bis 11. August in Kissingen zur Berichterstattung.

Vernichtung. Komme man jetzt nicht zum Ziele, so könne man ja noch einmal und zum drittenmal auflösen; er wünsche das nicht, aber man könne dazu kommen. Auf das Zentrum sich zu stützen, sei weder seine Absicht, noch halte er es für möglich; die Elemente des Zentrums, vor allem die Kapläne, seien für ihn unbrauchbar, auch wenn man ihnen die Fahne nehme, unter welcher sie föchten. Seine Bemühungen um Verständigung mit Masella [1]) seien sehr ernstlich gemeint; aber letzterer könne ihm zurzeit wenig bieten, darin liege die Schwierigkeit, abgesehen davon, daß er eine bestimmte Grenze der Zugeständnisse nicht überschreiten werde; hierin brauche man ihn nicht scharf zu machen. Doch hoffe er, daß sich ein modus vivendi finden werde, der wenigstens eine bessere Zukunft vorbereite.

Auch auf Hannover kam man zu sprechen; er nannte den Erbprinzen einen „sehr bedauerlich beratenen jungen Mann", der sich in die Hände von Windthorst-Brüel begeben habe. Hinsichtlich der Geldbeschaffung berühmte sich der Fürst, der erste gewesen zu sein, der auf die Heranziehung der indirekten Steuern hingewiesen habe. Jetzt sei kaum mehr Streit darüber. Das Zustandekommen eines scharfen Sozialistengesetzes hielt er nach den Vorgängen für gesichert.

Sie sehen, verehrter Freund, daß und in welcher Weise im kurzen Raume weniger Stunden so ziemlich das ganze Gebiet unsrer vaterländischen Fragen berührt wurde, natürlich gemischt mit jenen zahllosen pikanten und boshaften Bemerkungen, welche über Persönliches von hoch und niedrig der Kanzler im ... [Rest des Briefes fehlt.]

*

Die Rede Bennigsens in Kreiensen am 18. August 1878 — soviel man sieht, ist es das erstemal seit den Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag von 1867, daß er persönlich an einem Wahlkampfe sich beteiligte — war die erste Kundgebung auf den Angriff Bismarcks. Er nahm nicht nur Stauffenberg gegen die Vorwürfe in

---

[1]) Die Besprechungen, die Fürst Bismarck in der Zeit vom 30. Juli bis 16. August mit dem päpstlichen Nunzius Aloisi Masella in Kissingen hielt, waren bestimmt, den Abbruch des Kulturkampfes einzuleiten. So wurden sie von vornherein als ein wichtiges Ereignis der inneren Politik von der Presse gedeutet, gewissermaßen als Ergänzung des scheinbar unheilbaren Bruchs mit den Nationalliberalen. Vor allem die „Kreuzzeitung" schrieb in diesen Tagen triumphierend, „daß nach Auflösung des Reichstags dem Kanzler um so mehr an der Herstellung des kirchlichen Friedens liegen mußte, da er in einer Weise mit der nationalliberalen Partei gebrochen, welche ein Zusammenwirken mit derselben in Zukunft auszuschließen scheint. Fürst Bismarck ist ein zu großer Realpolitiker, um in dieser Hinsicht Vorurteile zu haben und nicht Irrtümer einzugestehen".

Schutz, sondern erklärte auch persönlich, kein Unitarier zu sein. „Ich fordere jeden auf, mir oder Herrn von Stauffenberg eine Aeußerung nachzuweisen, in der wir uns jemals für den Einheitsstaat erklärt hätten. Wir beide haben, seit wir am politischen Leben teilnehmen, uns an das historisch Bestehende angeschlossen und es für gefährlich, ja für unmöglich gehalten, ohne Rücksicht auf dieses die zukünftige Verfassung Deutschlands zu gestalten. Das ist unsre Politik seit 1848, das die Politik des Deutschen Nationalvereins gewesen, dessen Präsident zu sein ich die Ehre hatte und der immer gegen den Einheitsstaat eingetreten ist. Opfer wurden freilich von den Einzelstaaten verlangt; dieselben sind ja nun auch gebracht und damit endlich die Reichsverfassung vollendet. Wehe dem, der an dieser jetzt ohne Not rütteln wollte! Die besonnenen Politiker und besonders die nationalliberale Partei halten am Bundesgedanken fest und weisen den Einheitsgedanken zurück, speziell auch Herr von Stauffenberg. Und wenn mir ein gleicher Vorwurf gemacht wird, so werden Sie dem keinen Glauben schenken.[1]) Einheitsstaatler sind wir Nationalliberalen nicht; und sollte, was noch lange ausbleiben möge, Braunschweig vor die Frage nach seiner staatlichen Zukunft gestellt werden, dann wird dessen Verfassung und Volksvertretung zunächst maßgebend sein; von uns haben Sie jedenfalls nicht zu fürchten, daß wir Ihnen Gewalt antun."

---

[1]) „In München hat man Herrn von Stauffenberg vorgeworfen, er sei ein arger Streber und übertrieben ehrgeizig, und man hat sich dabei auf die Mitteilungen berufen, welche der Freikonservative Herr von Kardorff in einer Wahlversammlung aus den zwischen dem Reichskanzler und mir um Neujahr in Varzin gepflogenen Verhandlungen gemacht hat. Herr von Kardorff hat behauptet, diese Verhandlungen wegen Eintritts liberaler Männer in die Regierung seien gescheitert, weil ich auf der Ernennung des Herrn von Stauffenberg zum Reichsfinanzminister bestanden hätte, und weil Fürst Bismarck, der schon mit einem Unitarier in der Regierung seine Last haben würde, von der Aufnahme zweier ins Ministerium zu große Schwierigkeiten bei den Bundesfürsten gefürchtet habe. Nähere Mitteilungen über die Varziner Verhandlungen zu machen, dazu ist die Zeit noch nicht gekommen; aber gegenüber der Kardorffschen Ente halte ich mich berufen, die gegen Herrn von Stauffenberg gerichteten Vorwürfe zurückzuweisen. Von alledem, was Herr von Kardorff gesagt hat, ist nichts richtig. Speziell ist noch zu bemerken, daß ich Herrn von Stauffenberg ohne dessen Zutun zum Eintritt in die Regierung vorgeschlagen habe, daß er sich nicht dazu gedrängt hat, sondern daß er vielmehr mit Mühe durch mich und seine sonstigen Freunde dahin gebracht werden konnte, seine Zustimmung zu dieser Kombination zu geben. So ist der gegen ihn gerichtete Vorwurf krankhaften Ehrgeizes und Strebertums gänzlich unbegründet." — Nachdem Herr von Kardorff in der „Post" (Nr. 234) es für einen Irrtum erklärt hatte, daß die ihm zugeschriebenen Bemerkungen über Stauffenberg sich auf die Varziner Verhandlungen bezogen hätten, gab Bennigsen in einem Schreiben an die „Post" vom 6. September die Erklärung ab, daß es ihm ferngelegen habe, Kardorff persönlich zu verletzen.

Er erklärte sodann, daß er sich bisher immer in Uebereinstimmung mit Herrn von Stauffenberg befunden habe und voraussichtlich auch künftig befinden werde; immer habe er an ihm ein maßvoll besonnenes Urteil gefunden, an dem er das eigne Urteil erprobt habe. „Derselbe, sowie ich selbst, wir sind keine doktrinären Freihändler; die Mehrzahl der nationalliberalen Partei hält die bisherige Zollvereinspolitik für eine Quelle großen Segens; wenn aber alle Nachbarstaaten eine neue Zollpolitik einschlagen und sich gegen uns abschließen, dann muß auch Deutschland seine Interessen wahren und an der Hand der Erfahrung, die durch die jetzt schwebenden Enqueten gewonnen werden soll, die Frage erwägen, ob ein größerer Zollschutz nötig ist. In diesem Sinne hat sich gerade Herr von Stauffenberg in München sehr bestimmt dahin ausgesprochen, daß wir nicht unsern Nachbarn unsre Tore offen lassen dürfen, wenn diese die ihrigen vor uns verschließen. Speziell hat er sich für eventuelle Erhöhung der Baumwollzölle erklärt; daraus geht hervor, daß er kein Doktrinär ist, sondern ein praktischer Politiker. ... Zunächst wird dem Reichstage der Gesetzentwurf wegen Bekämpfung der sozialistischen Umtriebe zugehen. Soviel haben Sie jedenfalls aus den Zeitungen ersehen, wie recht der letzte Reichstag hatte, den damaligen Entwurf eines Sozialistengesetzes abzulehnen, das in fünf Tagen über Hals und Kopf zusammengestellt war und eine Versammlung von Diplomaten und hohen Staatsbeamten, den Bundesrat, mit der polizeilichen Exekutive gegen die Sozialdemokraten beauftragen und den Reichstag zur Appellationsinstanz machen wollte. Jetzt ist es genau so gekommen, wie ich es im Frühjahr dem Minister Grafen Eulenburg sagte: der Reichstag wird im Herbst zusammenberufen, um ein sorgsam ausgearbeitetes Gesetz zu beraten. Als ich vor einiger Zeit in Berlin einen höheren Beamten fragte, warum man denn nicht den Reichstag sofort noch vor dem Kongreß einberufen habe zur Beratung des Sozialistengesetzes, erwiderte dieser, das sei ja ganz unmöglich, denn um das Gesetz auszuarbeiten, hätte man Wochen und Monate bedurft. Und zu dem vom Reichstag abgelehnten Entwurf hatte man nur fünf Tage verwandt! Jetzt also wird man ein sorgsamer vorbereitetes Gesetz vorlegen; über dasselbe sich schon jetzt auszusprechen, wäre verfrüht, weil es ja noch der Prüfung des Bundesrates unterliegt. Aber eine Verständigung zwischen Regierung und Reichstag muß gelingen, um den gefährlichen Agitationen der Sozialdemokraten gegen die festesten Grundlagen des Staats und der Gesellschaft wirksam entgegenzutreten. Dazu wird es eines großen Maßes von Selbstbeherrschung auf allen Seiten bedürfen. Ich hoffe, daß die Verständigung gelingt; jedenfalls werden Herr von Stauffenberg und ich uns redlich dafür bemühen, daß die

Ordnung gesichert und doch dabei die Freiheit nicht mehr als nötig beschränkt wird. Das war immer das Streben der nationalliberalen Partei, und dafür ist sie abwechselnd von rechts und links getadelt worden, daß sie Ordnung und Freiheit miteinander in Einklang halte. Mitunter müssen die Forderungen der Ordnung die der Freiheit überwiegen, mitunter umgekehrt, wenn auch den Aengstlichen die Ordnung dadurch anfangs gefährdet erscheint."

Bennigsen an Lasker.

Hasserode bei Wernigerode, Harz, 25. August 1878.

Sie werden sich wundern über den Ort, von welchem Ihnen diese Antwort zugeht. Ich konnte aber wegen der Stauffenbergschen Wahl erst vor fünf Tagen fort, und da war mir die Zeit sowohl für die Schweiz wie für ein Seebad zu kurz. Hier denke ich noch acht bis zehn Tage zu bleiben und muß dann wegen dringender Geschäfte — es handelt sich um den Kontraktsabschluß über ein neues Ständehaus — vor dem Reichstage noch einige Tage in Hannover sein.[1]) Nach dem Bodensee oder in eine ähnliche Gegend kann ich unter diesen Umständen nicht kommen.[2]) Forckenbeck und Stephani wird ein so weit abgelegener Ort auch schwerlich passend erscheinen, sie müßten denn auf einer Erholungsreise im Süden sich befinden. Ich bin eventuell auch noch durch Stauffenbergs Wahl hier im Norden zurückgehalten. Die Wahl soll am 3. September stattfinden. Die Aussichten sind zwar durchaus günstig; man kann aber nicht wissen, was noch passiert, da die kon-

---

[1]) Am 31. August und 1. September weilte Bennigsen zum Besuch bei dem Grafen Münster in Derneburg. Dieser hatte ihn am 25. August eingeladen: „Ich höre, Sie sind in Hasserode und haben keine weite Reise gemacht und halten sich dort als Luftschnapper auf. Hier ist die Luft ebensogut, Nahrung besser, Gesellschaft hoffentlich auch, Platz zu Bewegung reichlich vorhanden, und so würde ich es für zweckmäßiger und jedenfalls für mich angenehm halten, wenn Sie Ihren Aufenthalt eilends hierherverlegten ... von Donnerstag mittag an würde ich Sie mit offenen Armen hier begrüßen. Ich habe mich um Politik jetzt nicht bekümmert. Die Wahlen lassen manches zu wünschen übrig ... Daß die Welfen so die Oberhand bekommen, ist zu beklagen. Ob die Schuld die Regierung oder auch Ihre Partei mittrifft, wage ich nicht zu entscheiden, ich glaube wohl beide."

[2]) In einem Brief an seine Frau von demselben Tage erwähnt Bennigsen „einen Brief Laskers vom Thuner See, welcher mir den ingeniösen Vorschlag machte — vielleicht vermutete er mich im Süden —, am 2. September in Friedrichshafen am Bodensee eine vertrauliche Konferenz mit unsern namhaftesten nationalliberalen Freunden zu halten. Ich bin zwar ziemlich mobil, dies war mir aber doch zu stark, nachdem ich mich hier kaum fünf Tage zur Ruhe gesetzt hatte. Ich habe mich daher auf den Vorschlag nicht eingelassen." Der Ton dieser Worte bekundet sichtlich eine Emanzipation von dem Einflusse Laskers.

servativen Gegner dieses Mal klug genug gewesen sind, nicht wie bei mir einen konservativen Ultra, sondern einen gemäßigten sogenannten Freikonservativen — unter dem Namen läuft jetzt viel — aufzustellen, einen sehr geachteten und beliebten Mann, Herrn von Cramm. Ich hoffe jedoch, daß der Wahlkreis, nachdem er mir zirka fünf Sechstel aller Stimmen gegeben hat, an einer liberalen Wahl festhalten wird, trotzdem der Süddeutsche, Katholik und angebliche Unitarier stark ausgenutzt wird. Was die letzte Qualifikation Stauffenbergs anlangt, habe ich übrigens in einer großen Versammlung in Kreiensen vor acht Tagen die Gelegenheit benutzt, den Kardorffschen Humbug, welcher leider in München mit großem Erfolg gegen Stauffenberg ausgenutzt ist, sehr bestimmt zu dementieren.

Ich bin sehr damit einverstanden, daß wir vor dem Reichstag eine vertrauliche Konferenz halten; unsre Lage als Partei ist sehr schwierig; die vorgeschlagenen Personen Bamberger, Forckenbeck, Stauffenberg, Miquel und Stephani sind mir durchaus recht. Veranlassen Sie das Weitere. Eine Nachricht von Miquel habe ich nicht erhalten. Am zweckmäßigsten scheint mir zu sein, daß wir am 7. abends in Berlin zusammenkommen, vor dem 7. kann ich nicht mit Sicherheit zusagen,[1]) bin aber bereit, an diesem Tage abends auch in einem angemessen gelegenen Orte Mitteldeutschlands, Leipzig, Halle, Eisenach zum Beispiel, zu sein. Stauffenberg, welcher vielleicht nicht gern nach Berlin reist, bevor seine Wahl entschieden ist, kann am 6. zeitig schon vollständig ausreichende telegraphische Nachricht haben.

Benda hat bei Bismarck in Kissingen gegessen. Was man annahm, bestätigt sein Brief: persönliche Politik, kein Gedanke eines faulen Friedens mit Rom.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 11. September 1878.

Bismarck kommt nach einer Mitteilung Falks, den ich aber nicht selbst gesprochen habe, am Sonnabend zurück. Falk hat ihn in Gastein ungemein nervös und aufgeregt gefunden. Er bildet sich jetzt ein — wenigstens hat er es Falk gesagt, natürlich damit wir es wieder erfahren —, wir hätten uns gegen ihn verschworen, ihn zu stürzen und mich an seine Stelle zu bringen. Für diesen teuflischen, weitangelegten und seit lange verfolgten Plan hat er Falk eine ganze Reihe von angeblichen Daten und Beweismitteln aufgeführt! Es ist in der Tat zu toll! Uebrigens will er eine Verhandlung mit mir haben, wenn

[1]) Bennigsen schlug Lasker am 6. September vor, auch noch Rickert und von Benda bei der Besprechung hinzuzuziehen.

er wiederkommt, und Falk scheint deshalb vermitteln zu sollen. Sobald er kommt, werde ich ihm und der Fürstin meine Karte zusenden, ganz wie gewöhnlich, im übrigen aber alles an mich kommen lassen.

Berlin, 15. September 1878.

Bismarck wird heute zurückerwartet, die Verhandlungen über das Sozialistengesetz beginnen morgen, und ich möchte doch auf alle Fälle in diesen Tagen hierbleiben, da man, wenn Bismarck an der Debatte teilnehmen sollte, auf jede Art von Zwischenfällen gefaßt sein muß. Der Schwerpunkt der Verhandlungen wird diesmal in die Kommission fallen und in die zweite und dritte Beratung auf Grund des Kommissionsberichtes. Die erste Beratung hat mehr den Charakter eines allgemeinen Redeturniers. Die nationalliberale Fraktion wird sich bei derselben möglichst reserviert halten, da ihr die Entscheidung schließlich zufallen wird und wir noch gar nicht wissen, was Bismarck eigentlich will, d. h. ob es ihm darum zu tun ist, ein Sozialistengesetz zustande zu bringen oder „uns an die Wand zu drücken", wie sein beliebter Ausdruck sein soll. Bei der zweiten Beratung beabsichtige ich zu reden. Eine charakteristische Anekdote in dieser Richtung wird über ihn erzählt. Als er in Friedrichsruh die Nachricht von dem Nobilingschen Attentat erhielt, soll er in Gegenwart eines zum Besuch anwesenden höheren Beamten ausgerufen haben: „Jetzt habe ich die Kerle!" und zur Erläuterung für den etwas verwundert ausschauenden Beamten hinzugefügt haben: „Ich meine die Nationalliberalen."

Heute nachmittag wurden die hier anwesenden Mitglieder des Komitees für die Wilhelmsspende vom Kronprinzen empfangen; mit Moltke waren wir etwa zehn Personen. Moltke überreichte die Quittung der Seehandlung über die bei ihr eingezahlten 1734000 Mark mit einer kurzen Ansprache, auf welche der Kronprinz angemessen antwortete und darauf zu jedem der Anwesenden noch einige freundliche Worte sprach. Der Kronprinz sah ganz wohl aus und auch nicht so ernst, wie er neuerdings wohl geschildert ist. Moltke sagte mir, der Kaiser mache Reitübungen zur beabsichtigten Teilnahme an den Manövern, der linke Arm werde ihm beim Reiten wohl nicht hinderlich sein, aber es werde sich fragen, ob er die mit dem Reiten verbundenen allgemeinen Fatigen werde aushalten können. Hier wird vielfach angenommen, daß der Kaiser im Herbste die Regierung wieder übernimmt. Bei seiner jedenfalls großen körperlichen Schwäche und der bedenklichen Nachwirkung auf seine geistige Rüstigkeit würde das ein ganz selbständiges Regiment Bismarcks bedeuten.

*

Gegenüber dem Ansturm der Regierung hatten die Nationalliberalen sich nicht unrühmlich behauptet und ihre Sprengung oder gänzliche Schwächung vermieden, sie waren immer noch die stärkste Partei des Reichstages. Aber von der Stimmenzahl, die sie in den Wahlen von 1874 und 1877 auf ihre Kandidaten vereinigten, hatten sie, trotz der sehr viel stärkeren Wahlbeteiligung, etwa 100 000 Stimmen eingebüßt und 1 470 000 Stimmen behauptet. Die Partei, welche die Mehrheit des Volkes vertreten wollte, hatte den Gipfel ihrer Anziehungskraft überschritten. Dementsprechend war auch die Zahl ihrer Abgeordneten von 137 auf 106 zurückgegangen. Bei der veränderten Parteinahme der Regierung war in der Provinz Hannover, was Bennigsen am schmerzlichsten empfand, zum ersten Male die Zahl der welfischen Abgeordneten von 4 auf 10 unter den 19 Mandaten der Provinz gestiegen. Da im übrigen die Verluste mehr den linken als den rechten Flügel der Partei getroffen hatten, so entsprach auch die innere Parteiverschiebung dem Sinne Bismarcks; selbst der Anschluß der aus der Fortschrittspartei ausgeschiedenen Gruppe Löwe bedeutete keineswegs eine Verstärkung des linken Flügels.[1]) Der rechte Flügel aber war, von Bismarck ermutigt, nicht nur mit größerer Selbständigkeit, sondern in einigen Mitgliedern sogar mit Austrittsgelüsten zurückgekehrt. Der Verschiebung innerhalb der Fraktion entsprach die Verschiebung im Reichstage, in dem die Fortschrittler von 39 auf 28 zurückgegangen, die Konservativen und Freikonservativen von 40 bezw. 38 auf 56 bezw. 59 gestiegen waren. Also war das Schwergewicht ein gutes Stück nach rechts hinübergerückt. Zum ersten Male zerfiel das Parlament in drei fast gleichgroße Gruppen, Liberale, Konservative, Klerikale, es näherte sich schon einer Zusammensetzung, die Bismarcks Hand die Wahl zwischen den Majoritäten überließ.

Die Präsidentenwahl, der übliche Gradmesser für die Stärkever-

---

[1]) Marquardsen an Bennigsen, 31. August 1878: „Eine Korrespondenz zwischen Zinn und mir hat die Frage behandelt, ob es nicht im gemeinsamen Interesse läge, eine Verschmelzung der Gruppe Löwe mit uns entweder derart vorzunehmen, daß die sechs bis sieben Herren ganz in die Fraktion eintreten, oder, wenn dies aus dem einen oder andern Grunde untunlich ist, sich uns als Hospitanten anschließen. Zinn persönlich wäre für das erstere, allein er weiß nicht, ob die übrigen alle damit einverstanden wären; und so kommt auch der zweite für unsre Fraktion neue Weg in Betracht. Eigentlich ist er nur eine Weiterführung des bisherigen Verhältnisses, wonach wir die Gruppe Löwe im Seniorenkonvent mitvertreten haben. Von Ihnen möchte ich nun mit einigen Zeilen darüber Auskunft haben, ob Sie im Interesse eines festeren Zusammenschlusses aller nicht fortschrittlichen Elemente sich mit diesem Gedanken befreunden können."

hältnisse der Fraktionen, gab die Verschiebung keineswegs wieder. Da Bismarck die Nationalliberalen für das Sozialistengesetz noch brauchte, so hatte er die Konservativen angewiesen, für die Wiederwahl Forckenbecks als ersten Präsidenten zu stimmen, die dann mit der alten Majorität gegen das Zentrum erfolgte. Der rechte Flügel der Nationalliberalen wäre wohl geneigt gewesen, als Gegenleistung für einen konservativen und freikonservativen Vizepräsidenten zu stimmen. Forckenbeck aber setzte durch, daß man die sachlich berechtigte Forderung ablehnte, wie es hieß, um den Anschein eines politischen Verständnisses zu vermeiden. „Stimmung unter den Nationalliberalen," meldete Bismarcks Unterhändler Tiedemann seinem Chef, „sehr erregt, mit Bennigsen kaum zu verhandeln." So geschah es, daß bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten Stauffenberg, der Zentrumsabgeordnete Freiherr von Franckenstein und der Konservative von Seydewitz fast die gleiche Stimmenzahl erhielten, und erst im dritten Wahlgang, als der Konservative ausschied, Stauffenberg mit 177 gegen 142 Stimmen für Franckenstein gewählt wurde; die Freikonservativen hatten wohl durchgängig die Entscheidung für den liberalen Kandidaten gegeben, während die Konservativen zum Teil weiße Zettel abgaben, zum Teil, wie sie sagten, aus Opposition gegen die Vergewaltigung durch die liberale Partei für den Kandidaten des Zentrums stimmten. So hatte fürs erste noch der Zufall der Parteitaktik gesiegt und den Schein der früheren Vormacht mit Mühe gewahrt, während die Anzeichen einer neuen Parteikonstellation zum ersten Male drohend sichtbar waren.

Gleich nach der Ankunft Bismarcks hatte Bennigsen am 17. September die erste Besprechung mit dem Reichskanzler;[1]) es hieß, Bismarck habe sich sehr entgegenkommend verhalten. Bennigsen erhielt den Vorsitz in der Kommission für das Sozialistengesetz, die aus 7 Nationalliberalen — außer ihm Lasker, von Stauffenberg, von Schauß, von Puttkamer, Harnier und der von den Konservativen hineingewählte Gneist —, 6 Konservativen, 6 Zentrumsmännern und 2 Fortschrittlern bestand. Da die Konservativen dem Gesetze unbedingt zustimmten, Zentrum und Fortschritt es verwarfen bezw. auf eine gänzlich veränderte Basis stellen wollten, so lag die Entscheidung bei den Nationalliberalen, oder genauer in dem Ausgleich einer Spannung innerhalb der Partei, die immer noch von Treitschke und Gneist bis zu Lasker und Bamberger reichte, und in dem weiteren Ausgleich ihres erst herbeizuführenden Gesamtwillens mit der Regierung. Je schwieriger diese doppelte Aufgabe

---

[1]) Er hatte ihn schon am 13. September wissen lassen, daß seine Partei für ein wirksames Sozialistengesetz stimmen würde. Fürst Chlodwig Hohenlohe vermittelte die Besprechung. Tiedemann a. a. O. S. 298 f.

Bennigsens war, um so mehr vermied er, von vornherein sich festzulegen. „Bennigsen engagierte sich," mehr weiß der dem rechten Flügel der Partei angehörige Hölder in diesen Tagen noch nicht, „in der Fraktion nach keiner Seite; es scheint mir, daß er womöglich eine Verständigung will."

Wenn die Nationalliberalen zu einer Verständigung bereit waren, so fühlten sie sich um so mehr verpflichtet, in das Gesetz möglichst viele rechtliche Garantien gegen mißbräuchliche Anwendung hineinzubringen. Es handelte sich darum, das Ausnahmegesetz, das die Prinzipien des Rechtsstaates so schroff durchbrach, wenigstens mit ihrem Ideal in eine notdürftige Verbindung zu bringen: darin sah vor allem Lasker die Aufgabe der am 19. September beginnenden Kommissionssitzungen. Neben einer Reihe von minder wichtigen Punkten setzte diese Tendenz an drei Stellen ein: in der möglichst scharfen, keinen Zweifel zulassenden Definition der Art der zu bekämpfenden umstürzlerischen Bestrebungen (§ 1), in der Schaffung einer der Willkür der Verwaltungsbehörden entrückten Rekursinstanz (§§ 5, 19) und in der Beschränkung der Geltungsdauer des von der Regierung für immer verlangten Gesetzes auf eine beschränkte Zeit. Das ließ sich nur unter großen Schwierigkeiten ermöglichen. Als Lasker bei § 5 die letzte Entscheidung in die Hände der obersten Landesverwaltungsgerichte bezw. des Reichsgerichts anstatt des Bundesrats zu legen versuchte, wurden am 23. September nicht nur die Fassung der Regierungsvorlage, sondern auch alle Verbesserungsanträge abgelehnt, da die verschiedenen Gruppen sich gegenseitig neutralisierten und die Nationalliberalen untereinander gespalten waren. So stand man hier zunächst an einem toten Punkt. Schon griff ein heftiger Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" Lasker als den Vater alles Unheils an und drohte mit einer nochmaligen Auflösung des Reichstages: man habe gehofft, die nationalliberale Partei werde sich endlich von dieser seit langem das gute Verhältnis zur Regierung störenden Führung emanzipieren, aber man habe sich schmählich in dieser Hoffnung getäuscht. So blieb auch der gleichfalls von der Rekursinstanz handelnde § 19 zunächst unentschieden, und erst zuletzt fand ein Antrag Harnier Annahme, der ein Amt für Beschwerden teils aus Mitgliedern des Bundesrats, teils aus Mitgliedern der obersten Gerichtshöfe zusammensetzte. In der wichtigen Frage der Geltungsdauer des Gesetzes beantragte Lasker, die Geltung bis zum 31. März 1881 zu erstrecken: „Damit steht und fällt für uns das Gesetz." Es gelang ihm wohl, seinen Antrag durchzusetzen, aber mit einer Majorität, die sich außer den Nationalliberalen (ohne Gneist) nur aus den unbedingten Gegnern des Gesetzes zusammensetzte. So blieb nach der ersten Lesung

der Kommission alles im Ungewissen, da die Majoritäten, mit denen die Einzelbestimmungen angenommen waren, wechselten und für das Ganze sich noch keine Mehrheit ergeben haben würde.

Bennigsen hatte am Sonntag, dem 30. September, abends, nachdem er von Hannover zurückgekehrt war, eine Besprechung mit Bismarck, die jedoch ohne Ergebnis geblieben zu sein schien. Dann folgte vom 1. bis 3. Oktober die zweite Lesung in der Kommission, in der Lasker in § 1 die Definition „Umsturz" gegen „Untergrabung" durchsetzte und auch die Geltungsdauer, die ein freikonservativer Antrag auf fünf Jahre ausdehnen wollte, wiederum auf $2^1/_2$ Jahre normierte, obgleich der Minister jede Frist als unannehmbar bezeichnete; da er in der Frage der Beschwerdeinstanz unterlag, enthielt er sich bei der Gesamtabstimmung. Das Schicksal der Vorlage blieb um so unsicherer, als die Regierung erklärte, alle ihre abgelehnten Forderungen wieder aufnehmen zu wollen.

Es kam also jetzt auf die Fraktionen selbst an oder vielmehr, da die übrigen im wesentlichen einheitlich waren, auf die nationalliberale, in der ein rechter Flügel über die Kommissionsbeschlüsse hinaus mit der Regierung zu gehen bereit war, während der linke hinter ihnen zurückblieb und die Mehrheit für unveränderte Annahme stimmte. In diesem Moment begann Bennigsen, der als Vorsitzender der Kommission sich persönlich bisher zurückgehalten hatte, mit äußerster Energie die Verhandlung nach beiden Seiten in die Hand zu nehmen. Am 8. Oktober notiert Hölder in sein Tagebuch: „Um elf Uhr war Fraktionssitzung. Bennigsen verhandelt mit Bismarck, und es ist alle Hoffnung auf das Zustandekommen des Gesetzes. Dem Anscheine nach ist Bismarck viel willfähriger, als nach den Mitteilungen des Ministers Mittnacht zu erwarten war. Allein ersterer ist unberechenbar, und Bennigsen ist sehr zurückhaltend. Im gegebenen Augenblick wird er eben der Fraktion ankündigen, worin sie der in Aussicht genommenen Verständigung gemäß noch nachgiebig sein muß. Für mich werden keine Schwierigkeiten zu überwinden sein, da ich in den Aenderungen gar nicht so weit gehe als die Mehrheit der Fraktion. Die rechte Seite der letzteren ist 26 bis 30 Köpfe stark. Lasker würde schwerlich die 25 Stimmen Nationalliberaler zusammenbringen, die zu der Verwerfung der Vorlage im Reichstag nötig wären; also hängt die Entscheidung von Bennigsen ab, der den Rest von 50 Stimmen, die weder ausgesprochen rechts noch ausgesprochen links sind, nach der einen oder andern Seite hin führen kann." Und einige Tage darauf: „Bennigsen hatte seitdem weitere Unterredungen mit Bismarck, und wenn er auch sehr zurückhaltend sprach, gab er doch zu verstehen, gerade diese letzten

Punkte (§§ 1 und 22, Gültigkeitsdauer) würden das Gesetz dem Reichskanzler nicht unannehmbar machen. Dagegen betonte er nachdrücklich die Notwendigkeit, bei Zivilbelagerung, § 20, nachzugeben und im übrigen die Kommissionsanträge nicht noch mehr zu relaxieren." Schon wurde in der Fraktion bekannt, daß Bennigsen die Verständigung mit Bismarck ganz auf eigne Faust unternommen habe, ohne Stauffenberg oder Lasker irgendeine Mitteilung zu machen; Lasker sei, so hieß es bald, ohne jede Kenntnis davon in die Fraktion gekommen und infolgedessen mit seiner Ansicht gänzlich unterlegen, er sei darüber schwer aufgebracht und stehe ganz schlecht mit Bennigsen. Jedenfalls wehrte sich Lasker hartnäckig gegen die von Bennigsen empfohlene Nachgiebigkeit, da bei ihm die Ueberzeugung nicht so schnell schmelze wie bei andern; spitzige Worte flogen herüber und hinüber, aber er blieb schließlich mit drei Stimmen in einer verschwindenden Minderheit. Bennigsen konnte Bismarck die gewünschte Zusage machen.

Bennigsen an Fürst Bismarck.

Berlin, 9. Oktober 1878.

Euer Durchlaucht

beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß die nationalliberale Fraktion soeben definitiv, wie gestern provisorisch, in der verabredeten Weise ihre Beschlüsse gefaßt hat. Der Zusatz zum § 1 ist ohne Widerspruch erfolgt, die beiden Aenderungen beim § 20 sind allerdings erst nach längerer Diskussion, unter wiederholtem starkem Druck meinerseits und in der Voraussetzung, daß die übrigen Beschlüsse der Kommission erreicht werden, mit allen gegen drei Stimmen von der Fraktion genehmigt.

Hinsichtlich der (Schulze-Delitzschen) gegen die Sozialdemokratie gerichteten Genossenschaften wird noch eine Aenderung dringend gewünscht, um die in diesen kleinbürgerlichen Kreisen vielfach hervorgetretenen Besorgnisse zu beseitigen. Da nach dem betreffenden Antrage der § 1 der Vorlage ausdrücklich auch auf diese Genossenschaften (sog. eingetragene Genossenschaften) Anwendung finden soll, so scheint mir die Aufrechterhaltung im übrigen des für die eingetragenen Genossenschaften erlassenen Spezialgesetzes des Reichs vom Juli 1868 unbedenklich zu sein.

*

Bennigsen hatte nicht nur in der Fraktion Bismarck gegen Lasker ausgespielt, sondern zugleich in der Frage der Geltungsdauer die Opposition Laskers benutzt, um in diesem entscheidenden Punkte eine Nachgiebigkeit Bismarcks zu erzwingen. Während nämlich der rechte Flügel meinte, daß Bennigsen, wenn er für fünf Jahre Geltungsdauer eintrete,

auch diese gegen den linken Flügel im Reichstage würde durchdrücken können, hatte Lasker in der Fraktion Unterschriften solcher gesammelt, die bei längerer Dauer als 2 1/2 Jahre unbedingt gegen das Gesetz zu stimmen sich verpflichteten, und dafür zwischen 20 und 30 Stimmen zusammengebracht. Diese Erklärung verwertete Bennigsen, indem er sie Bismarck vorlegte. Darauf willigte der Kanzler in die kurze Geltungsdauer.

Die Verhandlungen des Plenums brachten die Verständigung zum allgemein sichtbaren Ausdruck. Der Reichskanzler zog aus der Haltung der Fraktionen nach seiner Art die Direktiven für seine zukünftige Politik: „Wir haben von der Fortschrittspartei und vom Zentrum unter keinen Umständen und für keine Vorlage eine Unterstützung zu erwarten, auch für die gegenwärtige nicht, darüber sind wir uns vollständig klar. Unsre Operationsbasis beschränkt sich auf die vier Siebentel des Reichstages, welche durch die Fraktion der Nationalliberalen und die beiden konservativen Fraktionen gebildet werden . . . Mein Bestreben geht über dieses Gesetz und diese Vorlage hinaus dahin, womöglich aus den drei Fraktionen, die überhaupt an den staatlichen Zwecken der Regierung in befreundeter Weise mitarbeiten, und aus der Regierung zusammen eine feste, sich gegenseitig in allen Teilen vertrauende Phalanx zu bilden."

Am 10. Oktober antwortete Bennigsen in einer großen, eindrucksvollen Rede, die ebenso wie die vom 23. Mai zu seinen besten gehört, und obgleich sie sachlich und politisch fast das entgegengesetzte Ziel verfolgt, doch mit ihr für die Beurteilung seiner politischen Gesamtpersönlichkeit zusammengestellt werden darf. Er verwahrte seine Partei zunächst gegen den Vorwurf der Sinnesänderung: „Niemand wird bestreiten, daß die rasch aufeinander folgenden Angriffe auf das Leben Seiner Majestät des Kaisers das deutsche Volksbewußtsein in seinen innersten Grundlagen aufgerührt und erschüttert haben. Diesem Eindrucke haben sich weder die Wähler noch die Gewählten entziehen können. Dieser mächtige Eindruck nötigte auch meine Freunde, noch einmal zu untersuchen, wie solche Ereignisse im Zusammenhange mit andern bösartigen und krankhaften Erscheinungen in unserm Volksorganismus stehen, wie und in welchen Formen der Gesetzgebung ihnen am besten zu begegnen ist."

Er setzte dann im einzelnen auseinander, wie sich die sorgfältig durchgearbeitete zweite Vorlage von der ersten unterscheide. Anschließend an die in § 1 ausgesprochene Definition erklärte er: „Nach dieser Tendenz des Gesetzes wird also die Sozialdemokratie als solche nicht unter Verfolgung gestellt, am allerwenigsten eine bestimmte Klasse der Bevölkerung als solche; anknüpfend an eine erkennbar gewordene große Gefahr, hervorgehend aus der sozialdemokratischen Agitation überhaupt,

hat man diese Agitation getroffen, wenn sie einen bestimmten Charakter hat und in der im § 1 bezeichneten Weise zutage tritt. Niemand wird daran denken wollen, alle die sozialpolitischen Lehren, wie sie sich auch als sozialdemokratische darstellen, zu verbieten und zu verfolgen. Zu einer solchen Unterdrückung der Wissenschaft und ihrer Lehre würde ein deutsches Parlament niemals seine Zustimmung geben. Auf diesem Gebiete ist ja, wie in dem menschlichen Dasein überhaupt, im Laufe der menschlichen Geschichte alles im Fluß. Die Formen wechseln mit dem Inhalt, indem der Inhalt, also das Rechtsbewußtsein und die wirtschaftlichen Bedürfnisse, nach und nach den Formen ihren Stempel aufdrücken. Vergleicht man die Jahrhunderte und Jahrtausende der Vergangenheit, so ist der Wechsel in der Art, wie die Sachen wissenschaftlich behandelt und in dem Rechtssystem niedergelegt worden sind, ein sehr großer. Gerade die wirtschaftlichen Produktionsformen sind die Grundlage des Privatrechts, speziell auch der bestimmten, für einzelne Generationen, Jahrhunderte, für die verschiedenen Völker geltenden Formen des Eigentums und des Inhalts, welchen dieses in einer bestimmten Form und einer bestimmten Zeit erhält. Niemand wird so vermessen sein, zu glauben, daß mit der heutigen kapitalistischen Produktionsweise die letzte Form wirtschaftlicher Produktion gefunden ist, und niemand wird behaupten, daß, wenn im Laufe der weiteren Entwicklung der Menschheit eine andre Grundlage für die Produktionsweise gewonnen wird als die heutige, daß dann dieselbe Form des Privatrechts und des Eigentums bleiben werde oder auch nur bleiben könne. Das, was momentan die größte Autorität hat, kann nicht auch für alle Zukunft diese Autorität in Anspruch nehmen. Aehnlich wird es liegen hinsichtlich aller derjenigen Versuche, die man macht, vielleicht weitgehender Versuche, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, oder um es wirtschaftlich bestimmter auszudrücken, den Anteil, welchen die arbeitende Klasse im ganzen an der Produktionsweise hat, zu steigern; darauf können wissenschaftliche Untersuchungen, darauf kann die Gesetzgebung bis zu einem gewissen Grade einwirken; auch kann die Tätigkeit der Privaten, einzeln oder zusammengeschlossen, auf diesem Gebiete eine große und, wenn sie sich einschränkt, heilsame Arbeit übernehmen. Worum es sich hier handelt, was uns so gefährlich erscheint, das sind eben nicht wissenschaftliche Untersuchungen, nicht humanitäre Bestrebungen, nein, es ist der revolutionäre Charakter, den die ganze Bewegung angenommen hat."

Er ging im Anschluß an eine blutrünstige Rede Hasselmanns auf diese revolutionäre Propaganda und die Tendenzen der Sozialdemokratie ein. Er sprach, wie er es liebte, mit der ihm eignen Beredsamkeit, die auf einem hohen Stande allgemeiner und allgemein verständlicher Bildung,

sich in der Mitte hält zwischen der Originalität und Tiefe wissenschaftlicher Darlegung und der auf den Moment eingestellten parlamentarischen Routine. Sie machte damals auf den Hörer einen unvergleichlich stärkeren Eindruck, als sie heute auf den Leser machen kann: frei im Moment entstanden und dem Moment dienend, hob sie die Beratung des einzelnen politischen Schrittes in die großen Zusammenhänge des geschichtlichen und wirtschaftlichen Lebens hinein und erging sich selbst in diesem Momente fast leidenschaftslos mit dem Horizont und der Gesinnung des betrachtenden Historikers.

Zum Schluß sprach er, wie auch Bismarck, und im Anschluß an dessen Worte, über die notwendige Gleichberechtigung der liberalen und konservativen Elemente im politischen Leben: „Ich habe zwar nicht bezweifelt, daß der Reichskanzler von diesem Grundsatz in seiner Tätigkeit ausgegangen ist, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß gerade im jetzigen Augenblick ein solcher offener Ausspruch wertvoll war. Manche Ereignisse des letzten Winters, manches, was der Auflösung des Reichstages vorhergegangen ist, hatte bei vielen die Besorgnis erweckt, daß der Reichskanzler mehr wie früher sich ausschließlich auf die konservativen Kreise stützen würde. In dieser Beziehung ist die Aeußerung von gestern allerdings wertvoll, denn hätte jene Besorgnis sich als begründet erwiesen, dann müßten wir die Hoffnung einer stetigen politischen Entwicklung und überhaupt die Hoffnung auf irgendeine feste parlamentarische Mehrheit hier oder in Preußen aufgeben. Mit dieser Hoffnung aber schwände auch die Aussicht, noch ferner Positives zu schaffen, und dessen bedürfen wir doch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Der Reichskanzler hat sodann einen patriotischen Appell an diejenigen konservativen und liberalen Parteien im Lande ergehen lassen, die gesonnen sind, der Regierung jetzt und künftig ihre Mitwirkung zu gewähren. Ich setze voraus, daß der Reichskanzler bei einem solchen Zusammenwirken auch die volle Selbständigkeit der Parteien wird bestehen lassen wollen. Es mögen unsrer Parteien und Parteischattierungen zu viele sein; es mag wünschenswert sein, daß im Laufe weiterer Entwicklung unsers parlamentarischen Lebens diese Parteien sich vereinfachen, vorläufig aber wäre es ein ganz vergebliches Beginnen, diese Parteien formell und künstlich vereinigen zu wollen. Was nötig ist, das ist, daß man trotz dieser Getrenntheit und Selbständigkeit der liberalen und der konservativen Partei da, wo es möglich ist, gemeinsam wirkt. Etwas andres wird, wie ich glaube, der Reichskanzler auch nicht verlangt haben. In diesem Sinne ist denn nach meiner Meinung jener Appell auch sehr wertvoll gewesen nach den Erscheinungen, wie wir sie leider auch bei den letzten Wahlen wieder gesehen haben. Ein

späterer Geschichtschreiber wird kaum begreifen, wie denn so lange noch nach dem Jahre 1870, nach diesen großen Ereignissen nicht bloß, nein, nach diesem großen Aufschwung des ganzen nationalen Geistes und politischen Sinnes, der allein solche Ereignisse möglich macht, noch immer dieselben Verhältnisse in so kleiner und gehässiger Weise fortwirken konnten, wie sie sich leider zwischen den Parteien bei jedem Wahlkampfe geltend machen, schlimmer übrigens niemals wie in dem letzten Wahlkampfe. Ich möchte auch glauben, daß die Presse der Regierung ab und zu mit einiger — ich will sagen — Unvorsichtigkeit zu Werke gegangen ist. Die nicht immer sehr taktvolle und liebedienerische Weise der Presse hat ja häufig während des Wahlkampfes den Eindruck hervorrufen können und hat ihn auch hervorgerufen, daß ein starker Bruch zwischen der Regierung und der liberalen Partei überhaupt erfolgt sei und daß die Regierung im Kampf zwischen Liberalen und Konservativen auf seiten der letzteren stehe. Ich fürchte, daß die Folgen dieses Wahlkampfes noch nicht ganz überwunden sind und daß das Zusammenwirken jedenfalls nicht erleichtert ist gegen die Verhältnisse im vorigen Reichstage, auch beim besten Willen aller Beteiligten, daß die Lage eine schwierigere ist für die Parteien im Verhältnis zueinander, eine schwierigere auch im Verhältnis der Mehrheit des Reichstages zur Regierung. Da kann ich mich allerdings den patriotischen Wünschen des Reichskanzlers insoweit nur anschließen, daß vor allen Dingen der gemeinsame Boden des Vaterlandes und eine gemeinsame Tätigkeit auf diesem Boden festgehalten werden muß unter allen Parteien, die sich überhaupt eine praktische politische Tätigkeit zur Aufgabe machen. Wir haben nicht den Vorteil, den andre Länder seit Jahrhunderten in ihrer Verfassung befolgen, wo das neutrale Gebiet, welches alle Parteien mit der Regierung gleichmäßig einnehmen, sich allmählich ausgedehnt hat. Wir haben aber wohl die große Aufgabe, daß wir nach und nach den Boden, den wir uns gegenseitig nicht mehr streitig machen wollen, erweitern wollen."

Trotzdem ging die Einzelberatung in der zweiten Lesung im Plenum nicht ohne Schwierigkeiten vor sich, die die Zerbrechlichkeit des Kompromisses erkennen ließen. Bei § 5 stimmte Lasker am 12. Oktober für ein fortschrittliches Amendement, hatte aber bei diesem Seitensprung nur 14 bis 16 Fraktionsgenossen auf seiner Seite, so daß der Antrag mit 200 gegen 164 Stimmen abgelehnt wurde. Die Stimmung der Parteimehrheit gegen den linken Flügel wurde erregter.[1]) „Zwischen Bennigsen einerseits," schreibt Hölder, „und Stauffenberg und Lasker anderseits

[1]) Stephani berichtet am 11. Oktober: „Die Lasker-Stauffenberg-Rickert-Forckenbecksche Minorität in der Fraktion erhebt eine häßliche Agitation gegen

soll große Verstimmung herrschen. Ersterer ließ nach der vorgestrigen Abstimmung erklären, wenn sich solche Zwischenfälle wiederholten, könne er für nichts stehen. Den Gedanken einer Beseitigung des linken Flügels habe er als noch nicht an der Zeit abgewiesen." In den nächsten Tagen, am 14. und 15. Oktober, machten die Konservativen den umgekehrten Schachzug, indem sie bei § 5 und § 16 die Regierungsvorlage gegen die Kommissionsfassung herzustellen suchten, und als ihnen das nicht gelang, beidemale mit den prinzipiellen Gegnern die Kommissionsfassung verwarfen, so daß zunächst eine Lücke entstand. Die Nationalliberalen wurden unruhig, ob Bismarck nicht dahintersteckе. Bennigsen aber erklärte, man dürfe ganz ruhig sein, er habe ja darauf hingewiesen, daß bei der zweiten Lesung Zwischenfälle vorkommen könnten, bei der dritten werde alles ins reine kommen. Selbst Hölder meinte schon besorgt, da die Konservativen im Plenum gegen die beschränkte Geltungsfrist stimmten: „Wenn die Zuversicht Bennigsens auf seine mit Bismarck getroffenen Abreden fehlschlägt, so steht es mißlich mit dem Gesetz."

Jetzt griff Bismarck noch einmal ein. Er hatte inzwischen einen Brief des Kaisers erhalten, der in den strittigen Punkten den Reichstagsbeschlüssen nicht nachgeben zu wollen erklärte und noch einmal die unbeschränkte Dauer des Gesetzes forderte. Noch am Abend des 15. ließ er ihn den Führern der Kompromißparteien mitteilen; der spät am Abend entsandte Bote Tiedemann traf Bennigsen erst nach Mitternacht. Am andern Vormittag berief Bennigsen die Delegierten der drei Fraktionen und der Gruppe Löwe und brachte die letzte Verständigung zustande, die dem Standpunkt der Konservativen und der Regierung noch einige geringfügige Konzessionen machte, die Geltungsdauer auf 2½ Jahre dagegen auch bei den Konservativen zur Annahme brachte. Am Abend des 16. waren Bennigsen, Lucius und von Helldorff, zusammen mit dem Minister Grafen Eulenburg, zu Bismarck geladen. „Bennigsen war unruhig, bis endlich am Abend des 17. Oktober die Nachricht der Zustimmung der Deutsch-Konservativen eintraf."

Auf dieser Grundlage wurde das Gesetz am 19. Oktober mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Auch die Männer vom rechten Flügel der Nationalliberalen waren befriedigt. Hölder meinte zwar, daß, wenn Bennigsen gewollt hätte, möglicherweise eine längere Geltungsdauer bei den Nationalliberalen hätte erzielt werden können; vielleicht wären nicht einmal die bewußten 25 Stimmen dagegen übriggeblieben. Bennigsen würde aber einen Bruch innerhalb der Partei riskiert, jedenfalls bei der übrigbleibenden Minorität (Lasker, Stauffenberg, Bam-

Bennigsens treffliche Rede von gestern, droht deshalb mit Austritt u. s. w. Sehr gereizte Stimmung." (Fr. Böttcher a. a. O. S. 226.)

berger) eine große Verstimmung zurückgelassen haben. „Er ist ein kluger, sicherer, wohlberechnender, einsichtsvoller Führer. Er hat vortrefflich operiert, die Sache allein gemacht, ohne Beiziehung andrer, insbesondere ohne Lasker und Stauffenberg, im Vertrauen, daß ihn die Fraktion nicht im Stiche lassen werde. Es ist dies zugleich eine Warnung für Lasker, daß Bennigsen im Notfall ohne ihn seinen Weg gehen werde. Ich konnte nicht umhin, Bennigsen meine Anerkennung für seine kluge und energische Handlungsweise auszudrücken. Er nahm es freundlich auf und reichte mir die Hand."

So hatte Bennigsens Taktik noch einmal die Auflösung seiner Partei auf der einen und den Bruch mit der Regierung auf der andern Seite verhindert und die Nachwirkungen von Bismarcks Sprengpolitik im Sommer einigermaßen überwunden. Es ist das letzte der Kompromißgesetze dieser Aera, bei dem er die Führung übernahm. Aber nach jeder Richtung hin hatte die Situation sich verändert. Die gewohnte Taktik hatte nur unter starkem Druck und Gegendruck durchgeführt werden können, nicht wie früher zwischen Bismarck und den Nationalliberalen allein, sondern nunmehr zwischen der Regierung einerseits und Nationalliberalen und Konservativen anderseits, und nur unter einer Entfremdung mit einigen ehemaligen Freunden. Vor allem aber bedeutete das Ausnahmegesetz — so begreiflich auch seine Entstehung in der damaligen Stimmung war, so heilsame Wirkungen man sich von ihm versprach und so sehr man die Willkür aus ihm zu entfernen versucht hatte und sich mit der beschränkten Geltungsdauer trösten mochte — vom liberalen Standpunkte eine weit größere Aufgabe ihrer Ideale, als der Partei bisher jemals zugemutet worden war.

Unter diesem Zeichen ging der neue Reichstag an seine eigentliche Aufgabe. Und jetzt erst zeigte sich, daß Bismarck bei den Neuwahlen noch einen wichtigeren Sieg erfochten hatte, als er in der Behandlung des Sozialistengesetzes zutage trat. Die Zusammensetzung des Reichstages war den wirtschaftlichen Plänen Bismarcks geneigt. Am 19. Oktober 1878, in derselben Stunde, in der das Sozialistengesetz zur Annahme gelangte, schloß sich in der Freien Wirtschaftlichen Vereinigung eine interfraktionelle schutzzöllnerische Gruppe zusammen, die mit ihren 204 Mitgliedern über die Mehrheit verfügte; den Kern bildete die Masse der beiden konservativen Fraktionen und des Zentrums, daneben 25 Nationalliberale; den Vorsitz führte der ehemalige Fortschrittler Löwe-Calbe. Die Umrisse einer neuen Mehrheit tauchten auf. Die Nationalliberalen aber waren der kommenden Gesetzgebung gegenüber in ihrer

Einheitlichkeit erschüttert und schienen einer Spaltung entgegenzugehen, die ihre Machtstellung vernichten mußte. Immerhin waren die politischen Gegensätze unter den Schutzzöllnern so groß, daß Bennigsen trotzdem die Hoffnung nicht aufgab, wenigstens den größeren Teil seiner Partei für einen gemäßigten Schutzzoll zusammenzubringen und die soeben gelungene Taktik noch einmal anzuwenden — um die Möglichkeit einer neuen Parteikonstellation und eines völligen inneren Umschwunges zu verhindern.

Er beschritt diesen Weg naturgemäß ohne Fühlung mit Lasker. Er mochte fühlen, daß die Stunde der Trennung bald schlagen werde, vielleicht auch hoffen, selbst wenn Lasker mit einer freihändlerischen Minorität überstimmt werden sollte, doch hernach wieder die Brücke zu ihm und seinen Freunden hinüberschlagen zu können, um die parlamentarische Stellung der Partei nicht bleibend zu verscherzen. Es mag ein Zufall sein, daß sich unter den Papieren Bennigsens aus der Zeit von 1870 bis Ende 1878 keine Briefe Miquels erhalten haben und daß sie erst von diesem Moment an zahlreicher wieder einsetzen. Immerhin darf man es aussprechen, daß allmählich Miquel mit seinem beweglicheren Geiste in die Stellung als Berater seines alten Freundes einrückte, die solange Laskers juristischer Verstand innegehabt hatte. Gleich nachdem Bismarck in seinem Schreiben vom 15. Dezember 1878 das Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit im Wege einer umfassenden Revision des Zolltarifs verkündet hatte, schrieb Miquel [1]) an Bennigsen: „Was sagst Du von dem neuesten Bismarck? Es ist ein Schachzug, der die Landwirte und die Industrie unter einen Hut bringen soll und wohl auch wird. Die Situation ist für uns eine äußerst schwierige, und ich bin sehr ungewiß, ob das in sich uneinige liberale Bürgertum ihr gewachsen ist. Wir werden möglicherweise noch einmal für eine Zeitlang in die Situation kontra Vorries geworfen. Hoffentlich haben wir noch die Kraft, eine gleiche Tätigkeit wie damals zu entwickeln."

Die Thronrede, mit der am 12. Februar 1879 der Reichstag eröffnet wurde, forderte die Erhaltung des deutschen Marktes für die nationale Produktion und unter Verleugnung der Handelspolitik der letzten vierzehn Jahre eine Rückkehr zu den bewährten Grundsätzen der Zollgesetzgebung in der Zeit des Zollvereins bis 1865. Die schroffe Art, in der die Nationalliberalen am nächsten Tage bei der Wiederwahl der Präsidenten eine nähere Gemeinschaft mit den Konservativen

---

[1]) Miquel an Bennigsen, 26. Dezember 1879. Miquel hatte soeben die durch Forckenbecks Wahl in Berlin frei gewordene Breslauer Oberbürgermeisterstelle abgelehnt und sich zum Verbleiben in Osnabrück entschlossen.

ablehnten,[1]) war jedoch kein gutes Vorzeichen für die Möglichkeit einer Kooperation im Sinne des Programms der Regierung. Immerhin schöpfte einer der Führer der Schutzzollpartei aus einer Unterredung mit Miquel am 16. Januar die Ueberzeugung, daß das Gros der Nationalliberalen unter Bennigsens Führung mit ihr gehen werde,[2]) und Miquel fuhr fort, in diesem Sinne auf Bennigsen einzuwirken.

Miquel an Bennigsen.

Osnabrück, 13. Februar 1879.

Ich finde, daß Bismarck mit seiner Schutzzollkoalition der Landwirte und der Industriellen einen sehr guten Erfolg hat. Hier wenigstens fallen ihm Industrie und Landwirtschaft zu, und wir werden einen schweren Stand haben. Sollte es nicht geraten sein, prinzipielle Gegenstellungen solange als möglich zu vermeiden und nur bei den einzelnen Zollpositionen einzusetzen? Könnte die Fraktion sich entschließen, nötigenfalls aus eigner Initiative die Eisenleute zu befriedigen, da hier Hilfe dringlich sei, und nicht auf den Abschluß der allgemeinen Zollpolitik warten könne, so würde dies die Gegner in Verlegenheit bringen, die Koalition sprengen, wenn der Plan gelingt, und einen guten Eindruck machen, wenn er auch nicht gelingt. Wir dürfen den Konflikt nicht suchen und ihn nur aufnehmen, wenn er uns aufgedrängt wird. Die Lage der liberalen Partei kann nur günstiger werden. In der Eisenindustrie sind wirkliche Notstände — die Arbeit ist am Ausgehen, und die Engländer werfen aus den Zwangsauktionen massenhaft ihr Eisen herüber. Aehnlich ist es mit der selbst von vielen Freihändlern nicht bestrittenen Lage der Leinenindustrie. Wenn unsre Freihändler scharf vorgehen, müßtest Du sie ebenso scharf abweisen. Die Aufhebung unsrer Eisenzölle hat bei den Nachbarn gar keine Gegenliebe gefunden, und selbst Delbrück erklärte dies doch für die Voraussetzung der Dauer

[1]) Lucius an Bennigsen, Berlin, 13. Februar 1879: „Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich im Auftrag der Deutschen Reichspartei mitzuteilen, daß dieselbe bereit ist, geschlossen für Herrn von Forckenbeck oder einen andern von der nationalliberalen Fraktion vorzuschlagenden Kandidaten bei der heutigen Präsidentenwahl zu stimmen, wenn dagegen die beiden Vizepräsidentenstellen den beiden Fraktionen der Rechten eingeräumt werden. Wird diese Konzession Ihrerseits nicht gemacht, so behält sich die Fraktion ihre definitive Entscheidung überall vor. An Stelle des Fürsten Hohenlohe-Langenburg, auf dessen regelmäßige Anwesenheit hier nicht zu rechnen ist, bin ich für eine Vizepräsidentenstelle designiert." — Bennigsen an Lucius, 13. Februar 1879: „Auf Ihre gefällige Mitteilung vom heutigen Tage beehre ich mich zu erwidern, daß die nationalliberale Fraktion gestern beschlossen hat, die drei früheren Präsidenten wiederzuwählen."

[2]) Tiedemann a. a. O. S. 327.

der Zollfreiheit. Dies wird man doch bei ihm oder gegen ihn verwerten können. Mit dem Antrage Lasker wegen der Eisenbahnen bist Du wohl auch einverstanden gewesen.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 1. März 1879.

Morgen kann ich wirklich nicht kommen, da wir morgen eine große Vorstands- und Parteiberatung über das Disziplinargesetz für die Reichstagsverhandlungen haben müssen. Die Einlage, welche ich aufzuheben bitte, wird Dich amüsieren. Gestern morgen hatte ich dem Herzog von Koburg — meinem alten Freunde aus der Zeit des Nationalvereins — im Kronprinzlichen Palais einen Besuch gemacht, nachdem ich am Tage vorher durch seinen Schwager, den Fürsten Hohenlohe-Langenburg, Reichstagsabgeordneten, von seinem Hiersein Kenntnis erhalten. Am Nachmittag finde ich darauf, als ich vom Reichstage zu Hause kam, mich zu einem parlamentarischen Diner bei Bismarck anzukleiden, seine freundliche Zusendung.[1])

Berlin, 2. Mai 1879.

Am Dienstag aß ich bei Bismarck, wo nur die Familie und ein konservativer Abgeordneter, Verwandter des Hauses, war. Bismarck ist sehr wohl und heiter, voller Unternehmungslust; leider sind seine Finanzprojekte aber zum Teil so weitgehende, um nicht zu sagen unsinnige, daß ich den armen Finanzminister Hobrecht oder seinen Nachfolger bedaure, wenn er damit die preußischen Finanzen in Ordnung halten soll. In der heutigen Sitzung hat der Kanzler schon einen großen Teil seiner Pläne zum besten gegeben und nicht geringe Verwunderung damit erregt. Die Rede war im übrigen ein demagogisches Meisterstück, namentlich in der Richtung, die Grundbesitzer politisch einzufangen.

*

Sobald der Kampf um die Tarif- und Finanzreform näher rückte, begann die nationalliberale Partei sich in ihrem schon durch Bismarcks Angriff im Sommer 1878 gelockerten Bestande noch weiter aufzulösen. Wenn sich auch die wirtschaftlichen und die politischen Gegensätze in ihrer Mitte nicht völlig deckten, so strebten sie an denjenigen Stellen, an denen sie sich verbanden, heftig auseinander. Diejenigen Abgeordneten, die sich der Freien Wirtschaftlichen Vereinigung angeschlossen hatten, hielten seit dem März Sonderbesprechungen ab, suchten in der

[1]) Herzog Ernst verlieh Bennigsen unter dem 3. April 1879 das Großkreuz des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens.

Fraktion eine selbständige Stellung zu erlangen und faßten sogar schon die Möglichkeit eines Austritts ins Auge. Um so lebhafter gedachten auch die Freihändler des linken Flügels, die im Oktober 1878 Bennigsen unterlegen waren, die Gelegenheit zu benutzen, die Fraktion auf ihrem Wege hinter sich herzuziehen, gleichfalls auf die Gefahr ihrer Sprengung.

Schon die erste Fraktionssitzung, die am 1. Mai zusammentrat, lehrte, welchen Umfang dieser Gegensatz angenommen hatte. Hölder, dessen Tagebücher für die nächsten Monate ebenso wie für die letzte Krisis eine vorzügliche Quelle sind, erzählt über ihren Verlauf: „Lasker äußerte, man solle sich lieber trennen, wenn man der Regierung gegenüber keine einheitliche Haltung mehr bewahren könne. Die Fraktion komme jetzt in die Minderheit, da müsse das ewige Nachgeben aufhören. Schließlich sagte er aber, wenn er in der wirtschaftlichen Frage auch in der Minderheit bleibe, so könnten wir doch zusammenwirken, wenn wir nur bezüglich der politischen Gesichtspunkte (Höhe der zu bewilligenden Steuern, konstitutionelle Garantien) uns einigen könnten. Er besprach die Möglichkeit, daß für ihn eine politische Ruhepause kommen könnte. Braun erklärte vollends, die Sache sei einfach; hie Freihändler, hie Schutzzöllner, die einen oder die andern müßten austreten." Bennigsen trat energisch Braun entgegen: die Frage des Schutzzolls sei für die Fraktion eine offene, über die politischen Fragen werde man sich verständigen können. Hölder wahrte den schutzzöllnerischen Dissidenten die volle Freiheit in wirtschaftlichen Fragen; daß die wirtschaftlichen Fragen zu politischen Gegensätzen führen könnten, sei richtig, dann würde allerdings ein Zusammengehen nicht mehr möglich sein. Aber er zeigte Lasker zugleich die Möglichkeit, daß man sich in den politischen Fragen würde einigen können, wenigstens sei der Versuch nicht aussichtslos; er stellte sich somit auf den Standpunkt Bennigsens, dessen Ruhe und Mäßigung er rühmte.

In dieser inneren Verfassung trat die Partei an die Aufgabe heran, die in den Händen Bismarcks seit 1877 ihr Verhängnis wurde. Die Entscheidung über die Wirtschaftsreform schloß die Entscheidung über ihren Bestand in sich. So schreibt Hölder in den nächsten Tagen: „Es ist ein wahres Schachspiel, die Frage ist, wer den andern hinausdrängt. Bennigsen wird sich bald entscheiden müssen. Ein falscher Zug kann großen Nachteil bringen, daher die beiderseitige Vorsicht; persönlich aber ein beinahe freundlicherer Verkehr als vorher." Unter diesen Umständen kam es natürlich darauf an, wie innerhalb der Partei das Stärkeverhältnis der einzelnen Gruppen beschaffen war. Gegen Ende März war Hölder mit seinen schutzzöllnerischen Freunden

zu dem Ergebnis gekommen: „Etwa 32 unsrer Richtung, etwa 42 entschiedene Freihändler und etwa 28, die in einer Mittelstellung eine Verständigung nicht ablehnen würden. Zu letzteren rechnen wir auch die stark Rechtsstehenden (Bähr, Treitschke, Wehrenpfennig), die, wenn auch ihrer Ueberzeugung nach Freihändler, einen Bruch mit der Regierung unbedingt vermeiden. Ferner Bennigsen mit seiner Leibgarde, der aus politischer Klugheit einen Bruch vermeiden, die Partei zusammenhalten, Bismarck seine einflußreiche Stellung fühlbar machen und dann sich mit demselben wird verständigen wollen." Sobald die Entscheidung näher rückte, schienen naturgemäß die Gruppen der Rechten und der Linken etwas zusammenzuschrumpfen und die lenkbare Mitte anzuwachsen. In der ersten Maiwoche erzählt Hölder: „Bennigsen rechnet und zählt die Häupter seiner Lieben. Er läßt sich von uns die Namenliste der Separatisten geben. Sie zählt 28 Namen. Allein die Zahl ist flüssig; für eine Verständigung mit der Regierung auch in der Tariffrage dürfen wir immerhin noch etwa 10 dazurechnen: den politisch rechten Flügel der Partei. Für eine etwaige Trennung glaubt Römer auf etwa 15 zählen zu können. 22 Namen zählt Bennigsen als Anhänger Bambergers und Genossen; es ist das wohl zu wenig. Den Rest (102 — 28 — 22 = 52) rechnet er gern als seine spezifischen Anhänger."

Auch in dieser Krisis war das Hauptziel Bennigsens, die Partei nach Möglichkeit zusammenzuhalten und wenigstens ihre Mehrheit einer Verständigung mit Bismarck zuzuführen. Je mehr für ihn die wirtschaftlichen Gesichtspunkte hinter politischen zurücktraten, um so eher wollte er es vermeiden, daß aus dem wirtschaftlichen Gegensatz eine Spaltung des Liberalismus eintrete, die ihn dauernd zur Ohnmacht verurteilen würde. Wie er schon in seiner Rede in Kreiensen erklärt hatte, war er für die Bewilligung von mäßigen Schutzzöllen; er konnte hoffen — abgesehen von den erklärten Schutzzöllnern des rechten Flügels —, auch die gesamte Mitte, die gemäßigten Schutzzöllner, die gleich ihm mehr politisch als wirtschaftlich Orientierten, und schließlich die rechtsstehenden und die realpolitisch veranlagten Freihändler für einen Mittelweg zu gewinnen, wenn nur die Finanzzölle unter Befriedigung der notwendigen konstitutionellen Garantien und unter Mitwirkung der Linken zustande kamen. So hoffte er den Selbstmord der Partei zu verhüten. Es kam allerdings darauf an, über wieviel Stimmen er bei diesem Experiment verfügte; da die Konservativen im ganzen über etwa 122 Stimmen, die Nationalliberalen mit ihrem Anhang über etwa 103 Stimmen verfügten, so war die Zahl von 20 bis 25 freihändlerischen Dissidenten das Höchste: blieb sie höher, so brach die

Rechnung in sich zusammen. Seine Politik ging daher in den nächsten Wochen dahin, möglichst viele Freihändler zum Einlenken zu gewinnen; immer wieder klagten Hölder und seine Freunde, wie verschlossen dieser Führer sei und daß er ihnen kaum ein Wort gönne, während er ständig mit den (freihändlerischen) Gegnern verhandle.

Bennigsen leitete seine Stellung mit einer Rede am 5. Mai ein, die in diesen ganzen Debatten durch Objektivität und Unbefangenheit sich auszeichnet. Er begann damit, daß er nur für eine größere Zahl seiner näheren Freunde spreche, da auch für ihn mit vielen seiner politischen Freunde starke Meinungsverschiedenheiten zutage getreten seien. Er bedaure das Eindringen wirtschaftlicher Gegensätze in die Parteien, das die für den Reichstag bedenkliche Folge haben werde, „daß durch die ganz neue Gruppierung und Verschiebung der Verhältnisse im Reichstag und in der Mehrheit des Reichstags die doch in vieler Hinsicht sehr wünschenswerte Resistenzkraft des Reichstags gegenüber dem Andringen eines sehr bestimmten und einheitlichen Willens außerordentlich abgeschwächt werde."

„Ich und viele meiner näheren Freunde zählen uns weder zu den Schutzzöllnern noch zu den Freihändlern im eigentlichen Sinne. Wir halten es gar nicht für die Aufgabe der Gesetzgebung, von solchen bestimmten, rein doktrinären Standpunkten aus unter allen Umständen gleichmäßige Normen mit denselben Grundlagen für eine Nation auf den wirtschaftlichen Gebieten ordnen zu lassen. Das sind die Aufgaben von Lehrern der Wissenschaft, das sind die Aufgaben von denjenigen, die für bestimmte Richtungen Propaganda machen wollen. Die Gesetzgebungen großer Reiche haben die Verpflichtung, an der Hand der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie im großen Zusammenhange und auf den einzelnen wirtschaftlichen Gebieten sich im Lande befinden, die Tatsachen und Bedürfnisse zu erkennen, zu fixieren und danach die gesetzlichen Normen zu treffen: diese Normen aufzustellen, nicht allein angesichts der Verhältnisse im eignen Lande, sondern zugleich mit Rücksicht auf Verhältnisse, wie sie sich in den Ländern befinden, mit denen Deutschland vorzugsweise im wirtschaftlichen Verkehr steht. Daraus folgt ganz notwendig, daß die Behandlung solcher Aufgaben vom legislatorischen Standpunkt aus eine wechselnde sein kann je nach dem Wechsel der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Bedürfnisse, wie sie in den einzelnen Perioden hervortreten."

Er gestand zu, daß in einer Zeit, in der die Zollpolitik der europäischen Völker sich auf sich selber zurückziehe, von Handelsverträgen keine Rede sein könne, und polemisierte gegen die Behauptung Bambergers, daß Deutschland den Anstoß zu der schutzzöllnerischen Bewegung

in der Welt gegeben habe. Im Gegenteil habe das Beispiel des deutschen Freihandelssystems nicht vermocht, Frankreich und Oesterreich — von Rußland und Nordamerika ganz zu schweigen — zu beeinflussen. Daß man trotz der schweren Krisis der Eisenindustrie die noch bestehenden Eisenfabrikatzölle aufgehoben habe, „das ist eine Tatsache, eine freihändlerische Tatsache von so radikaler, rücksichtsloser Bedeutung, der letzte Akt der deutschen Zollgesetzgebung, der wenige Jahre erst zurückliegt. An diesem Vorgehen sind wir, wenn ich so sagen soll, alle schuld, vor allen Dingen aber die verbündeten Regierungen. Ich habe selbst mit Freunden, die mehr der schutzzöllnerischen Richtung angehören, damals im Laufe des Jahres 1876 während der Reichstagsverhandlungen darüber gesprochen, daß, wenn die Regierungen angesichts des Notstandes der Eisenindustrie eine Vorlage uns machen würden, die darauf hinzielte, die bevorstehende Aufhebung der Eisenzölle auf eine Reihe von Jahren oder selbst auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben, so würde ich diese Anträge unterstützen. Hätten wir damals im Reichstage vorausgesehen, was die Aufhebung der Eisenzölle für eine Wirkung haben würde auf die ganze Konstellation der wirtschaftlichen Interessenbewegung, wahrlich, dann würde man gewiß einen solchen Schritt unterlassen haben. Es sind gewiß viele unter uns, selbst solche, die den freihändlerischen Standpunkt vertreten, welche Großes darum geben würden, wenn dieser Schritt von damals, von 1876 auf 77, ungeschehen gemacht werden könnte." Er schloß also: „Geholfen hat unser freihändlerisches Beispiel nichts, wir werden gezwungen, uns auf uns selbst zurückzuziehen."

In den einzelnen Fragen industrieller Schutzzölle erklärte er sich bereit, einen gewissen mäßigen Schutz für die Spinner einzuführen; aber er warnte davor, in dem Interessengegensatz zwischen der Industrie, die für den inneren Markt arbeite, und der Exportindustrie auf die letztere gar keine Rücksicht zu nehmen. „Deutschland wird unter allen Umständen kolossale Massen mit kolossalen Wertbeträgen an Rohprodukten einführen müssen, nicht allein Kolonialwaren, Baumwolle, nein, auch aus europäischen Ländern ganz bedeutende Massen und Werte von Erzen, Rohprodukten, Getreide u. s. w. Womit sollen wir diese Waren bezahlen, wie soll es möglich sein, wenn wir nicht eine blühende Exportindustrie besitzen und erhalten, wenn wir durch unsre Maßregeln leichtsinnigerweise es dahin bringen, daß diese Industrien gefährdet oder gar zerstört werden?"

Zu den landwirtschaftlichen Schutzzöllen erklärte er für sich und eine Anzahl seiner Freunde, daß sie — obgleich er von manchen seiner Freunde in diesem Punkte abweiche — sie in der vorgeschlagenen

Gestalt und mit den vorgeschlagenen Sätzen keineswegs für etwas so Ungeheuerliches und Verderbliches ansähen, wie es vielfach dargestellt werde — wenigstens dann, wenn eine Rückvergütung für den Transithandel der Ostseehäfen auch ohne Identitätsnachweis zugebilligt werde. Die Sätze selbst seien erheblich niedriger als die in Preußen und im Zollverein von 1825 bis 1856 geltenden; ein Vergleich aber mit den früheren englischen Kornzöllen sei eine ungeheure Uebertreibung, da in England der Zoll für den Weizen, das dortige Brotkorn, in den Jahren 1828 bis 1849 etwa 2 bis 5 Mark betragen habe, gegenüber dem für den Roggen verlangten Satz von 25 Pfennig. Er gab die bedrängte Lage der Landwirtschaft angesichts der von Grund aus veränderten Produktionsverhältnisse zu, wollte aber ihren eigentlichen Schutz nicht aus Zöllen herleiten, sondern empfahl statt dessen andre gesetzgeberische Maßnahmen: die Uebertragung eines Teils der Grund- und Gebäudesteuer auf die Kommunen und Kommunalverbände und andre rationelle Erleichterungen in der Besteuerung, die Reform der Kreditgesetzgebung, die Einführung des bevorzugten Erbrechts der Anerben nach dem Beispiel des bäuerlichen Erbrechts der Provinz Hannover, an dessen Einführung er einen bedeutenden Anteil genommen hatte. Er lehnte aber ab, der Landwirtschaft Aussichten auf einen ernsthaften und starken Schutz durch Zölle zu eröffnen, wie man nach dem Brief Bismarcks an Herrn von Thüngen befürchten müsse. „Glauben Sie, daß es möglich ist, in Deutschland Kornzölle auf die Dauer einzuführen, die eine ganz wesentliche Verteuerung der Lebensmittelpreise herbeiführen, glauben Sie, daß solche Kornzölle irgendeine politische Komplikation überstehen würden? Nein, ein wirklicher Schutzzoll auf Getreide, wenn Sie ihn einführen wollten, wäre von vornherein zum Tode verurteilt, und es würde nur auf die Umstände und Gelegenheit ankommen, einige Jahre früher oder später, wann das Todesurteil vollzogen würde. Der Schutz, der darin für die Landwirtschaft liegen soll, ist eine reine Illusion."

Er wiederholte seine schon früher ausgesprochene Bereitwilligkeit, auf dem Wege der stärkeren Heranziehung der indirekten Steuern durch die Reichsgesetzgebung eine Erleichterung herbeizuführen, indem die Matrikularbeiträge ganz oder teilweise beseitigt würden, um die einzelstaatlichen Finanzen auf eine gesundere Grundlage zu stellen. Unter ausführlicher Heranziehung der englischen und französischen Steuerverhältnisse warnte er jedoch vor den unvorsichtigen Plänen Bismarcks, die Grund- und Gebäudesteuern völlig an die Kommunen zu übertragen, die Klassensteuer aufzuheben und die Einkommensteuer allzusehr zu beschränken.

Dann kam er zu der Frage der konstitutionellen Garantien. Wenn

man so große Summen bewillige, möglicherweise mehr als die Matrikularsummen des jetzigen Etats mit 90 Millionen Mark, dann seien diejenigen Rechte genau zu untersuchen, die der Reichstag hinsichtlich der verfassungsmäßigen Bewilligung der Einnahmen jetzt habe; denn es sei ihm nicht zuzumuten, daß er sie bei dieser Gelegenheit verringern helfe. „Was das Einnahmebewilligungsrecht im Reich anlangt, so existiert ein solches Recht in dem Sinne, wie es in vielen Verfassungen enthalten ist, nicht. Denn die indirekten Zölle und Steuern beruhen auf Gesetz, sie werden in den Etat eingestellt auf Grund gesetzlicher Verpflichtung und entziehen sich insofern der jährlichen Bewilligung; es ist nur die betreffende Zahl einzurücken, die dem zu erwartenden Erträgnis entspricht. Wir haben aber das Recht, die Matrikularbeiträge zu bewilligen. Nachdem wir die Ausgaben bewilligt haben, ergeben sich nicht etwa die Matrikularbeiträge von selbst, so daß der Reichskanzler sie ausschreiben kann — nein, die Matrikularbeiträge können nur erhoben werden, soweit sie wirklich mit Zustimmung des Reichstags und Bundesrats in den Etat des einzelnen Jahres eingestellt sind." Durch diese Befugnis sei die Möglichkeit gegeben, eine segensreiche Einwirkung auf die Einrichtung eines sparsamen Haushalts, wie jedes Mitglied der Budgetkommission wisse, auszuüben. Wenn also jetzt die Matrikularbeiträge wegfielen, so müsse ein Weg gefunden werden, und „ich behaupte geradezu, daß eine Mehrheit hier im Reichstage nicht für die Geldbewilligung zu erlangen ist, wenn nicht ein solcher Weg gefunden ist, der unsre Rechte sichert. Ich kann mir auch nicht denken, daß eine solche Absicht auf ernste Schwierigkeiten stoßen sollte, so begründet ist der Anspruch. Man muß also etwas finden, was die Gerechtsame des Reichstags nicht schlechter und unwirksamer stellt, als sie jetzt sind. Man kann sogar weitergehen und bei der Gelegenheit — es ist dies kein unbilliges Verlangen — versuchen, ob es nicht in Uebereinstimmung mit der Regierung möglich ist, noch wirksamere Rechte des Reichstags herbeizuführen. Dafür gibt es verschiedene Wege: man kann eine Anzahl von Steuern und Zöllen aussondern und in dem Etat einer jährlichen Bewilligung unterwerfen, man kann eine Anzahl Steuern und Zölle aussondern und sie vorweg den einzelnen Ländern überweisen, während die Matrikularbeiträge bestehen bleiben, man kann diese beiden Wege in angemessener Form kombinieren. Ich habe dieses nur andeutungsweise erwähnt, ich habe aber diesen legitimen Anspruch des Reichstags mit der größten Bestimmtheit im Anfange der Diskussion hervorkehren wollen und bezweifle nicht, daß darüber eine Verständigung unter uns und mit den verbündeten Regierungen erreicht werden wird."

Er schloß: „Ich bin bereit, eine mäßige Erhöhung von verschiedenen Schutzzöllen eintreten zu lassen, wo immer das Bedürfnis dafür in der Kommission und im Hause nachgewiesen wird und wo nicht auf der andern Seite nachgewiesen werden kann, daß erhebliche Interessen damit geschädigt werden. Ich bin daneben bereit, Finanzzölle zu bewilligen in dem Umfange, wie es erforderlich ist, um Ordnung in den Finanzen der einzelnen Länder herbeizuführen."

Die Schutzzöllner in der Fraktion waren mit dieser Rede sehr zufrieden. Hölder meinte, man könne sie beinahe unterzeichnen, und hegte die Hoffnung, nunmehr über die Krisis hinwegkommen zu können: „Damit ist unser Sieg in der Fraktion gesichert. Die ganze Hammelherde des Fraktionszentrums wird ihm nachspringen. Sie sind zwar recht böse auf Bennigsen, wir trösten sie aber damit, daß sie in kurzer Zeit Bennigsen beitreten werden, der eine etwas früher, der andre etwas später. Sie machen sauersüße Gesichter dazu. Allein auch der entschieden freihändlerische linke Flügel wird einlenken. Sie wagen nicht, Bennigsen direkt anzugreifen. Kaum einer wird austreten, wenn auch eine Anzahl im Reichstage ihre Anschauungen festhalten wird. Bleiben sie, so ist die Frage nicht gelöst und der Konflikt nur vertagt. Allein manchen unsrer Separatisten ist durch Bennigsens Rede ein Stein vom Herzen genommen." Graf Münster schrieb an Bennigsen: „Ich gratuliere zu Ihrer Rede, die wirtschaftlich richtige, staatsmännische Gesichtspunkte hatte und — was in unsrer Zeit noch seltener ist — vernünftig und praktisch war. Es scheint ja ohne Auflösung alles zu gehen und das große Finanzexperiment durchgeführt zu werden. So wird ja der Tarif nicht immer bleiben, es ist eben dieses Experiment lange nicht so gefährlich, als es der theoretische Freihandel war. Ich nenne es absichtlich den theoretischen Freihandel, weil er erst praktisch geworden wäre, wenn die ganze Welt ihn trieb." [1]) Bei der ersten wichtigeren namentlichen Abstimmung am 16. Mai, bei der die Schutzzöllner eine Mehrheit von zwei Dritteln erlangten, stimmte Bennigsen mit etwa 34 Nationalliberalen für den Tarifsatz.[2])

Aber inzwischen zeigte sich, daß auf beiden Seiten die Kräfte, die zum Bruche trieben, stärker als diejenigen waren, die ihn vermeiden wollten. Bei den Kommissionswahlen sicherten sich die Freihändler der

---

1) Botschafter Graf Münster an Bennigsen, 18. Mai 1879.

2) Am 16. Mai fanden wiederholte Konferenzen Bismarcks mit Bennigsen statt. In Reichstagskreisen wollte man wissen, daß die Konferenz den Zweck hatte, Bennigsens Einfluß dafür aufzubieten, eine Mehrheit für den Antrag auf Erhöhung des Kornzolls auf 50 Pfennig zusammenbringen, nachdem fast alle Agrarier für die Bundesratsvorlage über den Eisenzoll gestimmt hatten.

nationalliberalen Partei eine viel stärkere Vertretung, als ihnen eigentlich zukam, indem zwei Schutzzöllner (Hammacher, von Schauß), vier Freihändler (Delbrück, Rickert, Bamberger, Oechelhäuser) und zwei von der Mittelgruppe (Bennigsen, von Benda) gewählt wurden. In der Kommission gaben die Konservativen bei der Wahl des Vorsitzes sofort zu verstehen, daß sie ein Zusammengehen mit dem Zentrum beabsichtigten. Dagegen wurde auf Antrag des Zentrums Bennigsen Vorsitzender der Kommission für die konstitutionellen Garantien. Innerhalb der nationalliberalen Fraktion war die Hinausdrängung des Bremers Mosle, der sich von Bismarcks Plänen hatte gefangennehmen lassen, das erste Vorspiel der Zerbröckelung.[1]) Dann erhob Forckenbeck in seiner Rede auf dem Städtetage am 17. Mai die Fahne, um das deutsche Bürgertum zu einer großen liberalen Partei zu sammeln und eine Art von Kornzolliga zu gründen: eine geräuschvolle Demonstration, die im Momente, da dieses deutsche Bürgertum sich ohne einheitliches wirtschaftliches Programm aufs neue zu spalten begann, ohne jedes praktische Ergebnis blieb, aber unzweifelhaft darauf berechnet war, die Vermittlungspolitik Bennigsens zu stören. Die einzige Folge war, daß Forckenbeck am 20. Mai das Präsidium des Reichstages niederlegte, von dessen Mehrheit er sich so offenkundig losgesagt hatte. Die Rechtsnationalliberalen und ein Teil der Freikonservativen hätten gern Bennigsen an seine Stelle gesetzt. Bennigsen aber lehnte unbedingt ab; seine Annahme würde eine Sprengung der Partei herbeigeführt haben, da der linke Flügel in dieser Lage keinem Mitgliede der Partei seine Stimme geben zu können glaubte. Nicht anders stand es auf der andern Seite; nicht nur die Konservativen waren fest entschlossen, sondern auch Bismarck hatte bereits jetzt seine Stellung genommen und schalt auf diejenigen Freikonservativen, die in diesem Augenblick wegen der Präsidentenwahl mit den Nationalliberalen unterhandeln wollten. Auch für ihn war die Präsidentenwahl, die am 21. Mai auf den Konservativen von Seydewitz fiel, der natürliche Ausdruck der veränderten Situation, mit der er sich innerlich abgefunden hatte. Aus den Aufzeichnungen Hohenlohes wissen wir, daß er schon am 22. Mai den Freikonservativen direkt erklären ließ, man müsse jetzt die Nationalliberalen fallen lassen und erst mit Hilfe des Zentrums die Tarifvorlage durchbringen.

Die eigentlichen taktischen Gefechte der Parteien um den Zolltarif, die hier nicht erzählt werden sollen, begannen nunmehr einzusetzen. Ueberblickt man heute die positiven Absichten der Rechten und der Linken, so scheint die von Bennigsen verfolgte Politik schon um den

---

[1]) Mosle an Bennigsen, 5. Mai 1879.

20. Mai jede Aussicht auf Erfolg verloren zu haben. Kurz zuvor hatte Hölder geklagt, Bennigsen habe zu spät seine Stellung genommen, er wolle nur die Partei zusammenhalten, solange es gehe, vielleicht zu lange. Bennigsen selbst empfand, daß es auch für seine Politik eine gewisse Grenze gebe, und äußerte bald darauf zu Völk, wenn der linke Flügel nicht bloß beim Schutzzoll, sondern auch nachher politisch Opposition machen wolle, so könne man ihn in der Partei nicht brauchen, er berechnete die Zahl der Ausscheidenden allerdings nur auf zwölf. Aber zauderte er nach der Kriegserklärung Forckenbecks, deren Bedeutung über den Tarif weit hinausreichte, nicht allzu lange mit einem Entschlusse, der die Schwankenden mitgerissen hätte? Ist nicht wieder ein Moment in diesem Leben, in dem er durch sein Zaudern nichts gewann, sondern nur in falsche Situationen mit hineingezogen wurde? Schon kamen von außen her immer dringendere Rufe, er möge sich von Lasker (der übrigens nicht zu den leidenschaftlichen Freihändlern gehörte) und Forckenbeck, von Bamberger und Rickert endlich trennen.[1])

Bennigsen dagegen hielt an seinem Glauben fest, auch nach Pfingsten noch, durch Sicherung der konstitutionellen Garantien — er hatte eine Quotisierung der Kaffee- und Salzsteuer in Vorschlag gebracht — einen so großen Teil der Freihändler für die Gesamtreform zu gewinnen, daß sie im letzten Augenblick mit knapper Mehrheit durchgedrückt werden

[1]) Zuschrift eines provisorischen Komitees zur Wahrung deutscher Interessen mit Unterschriften nationalliberaler Schutzzöllner von Augsburg, Ulm, Stuttgart, Konstanz, Karlsruhe, Darmstadt an Bennigsen (Juni 1879): „Wir halten es für unsre dringende Pflicht, an Sie das Ersuchen zu stellen, nicht mehr länger untätig sein zu wollen. Je länger derjenige Teil der nationalliberalen Partei, welcher den wirtschaftlichen Reformplänen zustimmt, mit dem andern in Gemeinschaft unter Leitung von Lasker und Forckenbeck verbleibt, desto mehr verliert die liberale Sache im Volke an Boden, während die Konservativen und Ultras lachend die Erbschaft einheimsen. Wozu denn in einem Haus, dessen Grundfesten geborsten sind, noch bleiben, wobei man der Gefahr ausgesetzt ist, unter den Trümmern begraben zu werden? Eine so vollständig abgewirtschaftete, mit den Sozialisten liebäugelnde Partei wie die fortschrittlichen Nationalliberalen hat bei uns in Süddeutschland keine Zukunft mehr. Wandeln Sie darum unentwegt auf dem eingeschlagenen Wege und verzögern Sie nicht länger die Scheidung der Fraktion. Bilden Sie im Verein mit den Gemäßigten wie Völk, Bauer u. s. w. eine freisinnige gemäßigtliberale Partei, die in ihrem Programm neben Treue zu Kaiser und Reich auch Raum hat für nationale Wirtschafts- und Kolonialpolitik ... Eine Partei, deren Gedeihen außer Frage stände und die in Verbindung mit den Freikonservativen eine bessere Stütze der Regierung vor einer Reaktion wäre als die bisherige nationalliberale und Fortschrittspartei. Ferner möchten wir Sie bitten, Ihre bisherige Lauigkeit in der Kolonienfrage aufzugeben und sich bewußt zu werden, daß die Erwerbung eigner Kolonien durch das Reich für Deutschland eine Lebensfrage geworden."

könnte. Noch um Mitte Juni verhandelte er darüber mit Bismarck einerseits und mit Bamberger und Rickert anderseits. Am 20. Juni urteilte Hölder: „Die politischen Fragen, die sich an die neuen Zoll- und Steuerbewilligungen knüpfen, werden wohl im Wege der Verständigung mit einer erforderlichen Mehrheit ihre Lösung finden, und hierbei wird Bennigsen eine Hauptrolle spielen, der bis jetzt noch zugeknöpft ist bis an den Hals hinauf."

Aber in eben diesen Tagen fiel die Entscheidung. Die Taktik Windthorsts fand einen für die Liberalen überhaupt ungangbaren Weg, der die Finanzfrage in einer Weise löste, die nicht auf das Budgetrecht des Reichstags und die finanzielle Selbständigkeit des Reiches, sondern in erster Linie auf die einzelstaatlichen Finanzen Rücksicht nahm. Als Bismarck zu wählen hatte, ging er mit kühler Realpolitik den sicheren Weg, auf den er schon lange hinstrebte. Bennigsen konnte, wie er später in der Fraktionssitzung am 1. Juli darlegte, dem Reichskanzler nicht so viel Stimmen garantieren, als zu einer Majorität ohne das Zentrum nötig gewesen wären; er mußte zugeben, daß voraussichtlich doch gegen 30 bis 40 Nationalliberale gegen das ganze Gesetz stimmen würden. So entschloß sich Bismarck endgültig am 22. Juni, das Gesetz mit dem Zentrum zu machen und die Franckensteinsche Klausel anzunehmen — für viele der Nichtbeteiligten eine Ueberraschung. „Als wir am 25. Juni morgens," so erzählt Eugen Richter,[1] „in die Zolltarifkommission kamen, verlautete, daß ein Pakt über die konstitutionellen Garantien mit dem Reichskanzler abgeschlossen sei. Als ich aber Herrn von Bennigsen danach fragte, schüttelte er den Kopf, und wir erfuhren sogleich, daß der Abschluß zwar erfolgt sei, aber mit dem Abgeordneten Windthorst . . . Die Verhandlung begann mit dem Vortrag des Abgeordneten von Bennigsen, der boshaft genug war, als bestellter Referent so zu tun, als ob ihm von den Abmachungen Windthorsts mit der Regierung hinter den Kulissen noch nichts bekannt sei." Die Regierung gab eine zustimmende Erklärung zu dem Antrag Franckenstein. Damit gab der Reichskanzler alles auf, was er bisher als Zweck der Steuerreform in den Vordergrund gestellt hatte. Statt das Reich, wie er immer verkündigt hatte, finanziell selbständig zu machen, setzte er es nunmehr auf eine feste Rente aus seinen eignen Zöllen und aus der Tabaksteuer. So unterlag Bennigsen mit seinen Anträgen auf Quotisierung der Salzsteuer und des Kaffeezolles und auf Ueberweisung der Ueberschüsse an die Einzelstaaten durch Gesetz. Das Zentrum siegte mit den Konservativen,

[1] Im alten Reichstag II, S. 129.

die der von Bismarck gegebenen Anweisung folgten, indem sie die Quotisierung fallen ließen und den ganzen Ertrag der neuen Steuern über 130 Millionen hinaus den Einzelstaaten überwiesen. „Großer Alarm auf der ganzen Linie," schreibt Hölder, „es heißt, der einheitliche Charakter des Reichs und die Rechte der Volksvertretung seien damit preisgegeben."

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 27. Juni 1879.

Wir haben hier morgen die Verhandlungen und Abstimmungen in der Tarifkommission über die sog. Finanzzölle und am Montag vormittag abermals Sitzungen in Kommission und Plenum. Ich ziehe es daher vor, dieses Mal zu meiner Erholung am Sonntag früh nach Dresden zu fahren mit verschiedenen Reichstagsabgeordneten. Wir werden in Dresden, was am Sonntag zuletzt möglich ist, das Gipsmodell der kolossalen Germania besehen nebst Modellen für die verschiedenen andern Figuren zum Nationaldenkmal auf dem Niederwald am Rhein. Am 1. Juli gehen die Modelle des Künstlers Professor Schilling nach München in die Erzgießerei. Verschiedene Mitglieder des Reichstages, welche diese Woche nach Dresden gereist sind, darunter der in solchen Sachen sehr kundige Abgeordnete Senator Römer, den Du kennst, behaupten, dieses Denkmal werde eins der schönsten und großartigsten werden, welche überhaupt irgendwo jemals geschaffen sind. Außerdem bin ich so lange nicht in Dresden gewesen, daß ich gerne wieder einmal hingehe und einen Blick in die dortige Kunstsammlung werfe.

Hier ist im Moment eine unglückliche Aufregung und Konfusion in allen Kreisen, Parlament, Minister und Bureaukratie, nachdem Bismarck vorigen Sonntag, 22. Juni, allen unerwartet, am meisten seinen Kollegen im preußischen Staatsministerium, beschlossen hat, die Zoll- und Finanzgesetze in einer Kombination von Konservativen und Ultramontanen zum Abschluß zu bringen. Ich kenne doch die hiesige Situation und Bismarck seit Jahren so gut wie irgend jemand, frage mich aber noch immer vergebens, weshalb er dies tut, unter unerhörten politischen Konzessionen an das Zentrum, durch welche er zugleich allem in das Gesicht schlägt, was er selbst noch vor sechs Wochen und seit Jahren häufig über diese Fragen öffentlich im Reichstag, gerade im vorigen Monat noch, in den denkbar stärksten Worten geäußert hat. Der Abgang der Minister Falk und Friedenthal wird hierdurch sehr beschleunigt werden; auch der Finanzminister Hobrecht, welcher mir am heutigen Abend in seinem Hause noch sein Herz und seine Schmerzen

privatim ausschütten will, kann unmöglich mehr lange bleiben. Ich persönlich bin hier diese Wochen und Monate von beiden Seiten angegriffen, bin aber an derartiges schon lange gewöhnt. Werden die Zustände zuletzt für mich in Berlin zu unerträglich, so ziehe ich mich auf den hannoverschen Landesdirektor und meine Familie zurück, und dabei kann man auch bestehen.

*

Die Entscheidung war gefallen — mochte Bennigsen auch seine Bemühungen um eine Verständigung noch einmal wieder aufnehmen, sie wurden von Bismarck nur als Pressionsmittel verwertet, um Windthorst einige noch ausstehende Konzessionen abzuringen.[1]) Die Entscheidung war auch innerhalb der nationalliberalen Fraktion gefallen. Lasker und Forckenbeck drängten, die Ablehnung der Franckensteinschen Klausel zur Fraktionssache zu machen, und griffen Bennigsen, als er das letzte Wort noch hinausgeschoben wissen wollte, heftig an, hielten ihm seine Rede vom 5. Mai vor und erhoben den Vorwurf, daß er wieder die Energie der Fraktion zu lähmen suche.

In der Sache selbst war auch Bennigsen sofort entschlossen, mit der Franckensteinschen Klausel das ganze Tarifgesetz abzulehnen. Es war ungemein bezeichnend für die von Haus aus verfassungsrechtlich orientierte und auf den Ausbau der Reichsinstitutionen angelegte Partei, daß sie ihren Bruch mit Bismarck, der aus dem Zwiespalt über die Wirtschaftsfragen hervorging, doch an einem Punkte vollzog, der mit dem Verfassungsrecht des Reiches, mit den stärksten Gedanken ihres Programms zusammenhing. Mag sein, daß die Freihändler des linken Flügels von vornherein auf eine solche Wendung des Konflikts spekuliert hatten, sie waren jedenfalls froh, daß sie an dieser Stelle Bennigsen mit seinen Anhängern von Bismarck losreißen konnten. Noch bewußter aber, darf man wohl vermuten, hatte Windthorst den Keil an dem Punkte eingetrieben, an dem auch Bennigsen mit dem Reichskanzler nicht mehr zusammengehen konnte.

---

[1]) Leider fehlen briefliche Aeußerungen Bennigsens aus der Zeit dieser aufreibenden Verhandlungen so gut wie völlig. Graf Münster antwortete ihm am 6. Juli 1879: „Ich danke sehr für Ihren Brief, der mich sehr interessiert hat und in dem ich die ruhige und objektive Beurteilung finde, die ich ja bei Ihnen schon so lange gewohnt bin. Die Gefahr liegt nicht im Schutzzoll, auch nicht im Frieden mit Rom, den ich sehnlichst herbeiwünsche. Die Gefahr liegt in der Heftigkeit und Krampfhaftigkeit, mit der von einem zum andern System übergesprungen wird, und in dem Verbrauch und dem Abnutzen guter Kräfte. Dadurch entsteht aber der größte Uebelstand, daß die nationale Entwicklung in Stillstand gerät und die Organisation eines lebensfähigen Deutschen Reiches aufgeschoben und in Frage gestellt wird."

Bennigsen selbst war berufen, am 9. Juli in der Bekämpfung der Franckensteinschen Klausel den Bruch der ganzen Partei mit der Regierung offensichtlich zu machen. Er fand, daß dieser § 7 eine grelle Beleuchtung gefunden habe durch die ganze Situation, aus der er hervorgegangen sei, durch die Verbindung der beiden konservativen Parteien und des Zentrums und den gleichzeitigen Austritt dreier preußischer Minister, namentlich des Kultusministers.

„Es fällt mir nicht ein, zu sagen, daß durch die Annahme des § 7 die Grundlage der Reichsverfassung erschüttert wird, aber sie verändert das Verhältnis der Reichsgewalt zu den einzelnen Staaten, verschiebt die Stellung des Reichstags zur Vertretung in den einzelnen Ländern und beschädigt die Reichsverfassung insofern, als die bei ihrer Begründung nur sehr vorsichtig und eben ausreichend ausgestattete Reichsgewalt auf diesem finanzpolitischen Gebiete eine Einschränkung und Verkümmerung ihrer Rechte erfährt.

„In demselben Augenblicke, in welchem wir im ganzen rund 100 bis 110 Millionen neue Reichssteuern bewilligen und die Matrikularbeiträge, die ohne die Zuzahlung der süddeutschen Staaten 72 Millionen betragen, durch diese Vermehrung der eignen Einnahmen des Reichs beseitigt werden könnten, konserviert der in den § 7 aufgenommene Franckensteinsche Antrag die Matrikularbeiträge, indem er etwas über 80 Millionen den Einzelstaaten überweist. Die hienach übrigbleibenden einigen 20 Millionen würden aber nicht ausreichen, um die Matrikularbeiträge überflüssig zu machen. Also durch diese Ueberweisung von vier Fünfteln der neubewilligten Einnahmen an die Einzelstaaten wird es nötig, die Matrikularbeiträge, die man gerade bei Vermehrung der Reichseinnahmen abschaffen wollte, beizubehalten. Das ist also das Gegenteil von dem, was Art. 70 der Reichsverfassung vorschreibt. Das Reich sollte also durch diese Einnahmen finanziell ausgestattet werden, und zwar vorläufig nur teilweise, jedoch derartig, daß bei einer weiteren Erhöhung dieser Einnahmen die Ausgaben vollständig gedeckt werden könnten.

„Nach dem § 7 aber können Bundesrat und Reichstag über die den Einzelstaaten überwiesenen vier Fünftel der Einnahmeerhöhungen nicht in dieser Weise verfügen, die Matrikularbeiträge bleiben notwendig, und als solche zahlen die Einzelstaaten das wieder heraus, was sie haben und zum Teil in diesen neu überwiesenen Quellen besitzen. Man darf dies nun nicht bloß als eine andre Art von Rechnungsverhältnis ansehen, das wäre mehr die Auffassung eines Kalkulators als eines Politikers. Daß dies eine sehr erhebliche politische Bedeutung hat, haben bis vor drei oder vier Wochen nicht bloß die Vertreter der kon-

servativen und liberalen Parteien, sondern auch der Reichskanzler anerkannt und zwar wiederholt. Seit Jahren ist das ein fester politischer Plan, daraus hervorgehend, daß es nicht gleichgültig ist in einem Bundesstaate, ob die Reichsgewalt selbst mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet ist aus Finanzquellen, die nur für sie fließen, oder ob sie auf den allerdings verfassungsmäßigen Anspruch angewiesen ist, das fehlende Geld von den Einzelstaaten zu erheben, ‚es‘ — nach einem Ausdruck des Reichskanzlers — ‚bei den Türen der einzelnen Staaten einzufordern, während doch die so reichlich fließende Quelle der indirekten Steuern das Reich unter Verschluß hält.‘ Die finanzielle Unselbständigkeit des Reichs gegenüber den Einzelstaaten war bisher nur etwas Tatsächliches und Vorübergehendes, solange die Einnahmequellen nicht das nötige Quantum zur Deckung sämtlicher Ausgaben lieferten. Das Verhältnis konnte sich im Laufe der Zeit unter wirtschaftlich günstigen Zuständen von selbst ändern, indem die indirekten Abgaben und Zölle von selbst stärkere Einnahmen ergaben und eine vollkommene Deckung der Ausgaben ermöglichten. Jedenfalls war es in dem Augenblick zu erreichen, wo man die indirekten Steuern und Zölle erheblich vermehrte. Statt nun die Matrikularbeiträge zu beseitigen, stellt der § 7 dieselben für alle Zukunft dauernd fest, sie werden also ein normaler, integrierender Bestandteil der Reichsverfassung, während sie bislang ein Provisorium waren. Ich glaube, daß das, was durch den § 7 beschlossen werden soll, für das Verhältnis der Reichsgewalt nur nachteilig sein kann; ich fürchte, die ganze Art der Stellung der Vertreter im Bundesrat zur Reichsgewalt und der Regierung zu den Einzelstaaten wird in einer Weise verschoben, daß daraus die schwierigsten Störungen hervorgehen können: es wird für die Regierung ein wahres Danaergeschenk sein. Jetzt im Hochgefühl der weltgeschichtlichen Errungenschaften, denen das Deutsche Reich seine Entstehung dankt, mögen die Schöpfer des Reichs die Reichsgewalt für stark genug halten, um dem Partikularismus dieses Opfer zu bringen. Aber wird die Reichsgewalt immer so stark sein wie heute? Die Geschichte lehrt, daß die Sicherheit von Bundesstaaten darauf beruht, daß die Bundesgewalt hinsichtlich der Heeresverwaltung und der Finanzen genügend ausgestattet ist."

Unmittelbar auf diese Erklärung erfolgte die Absage Bismarcks an die Nationalliberalen mit der ganzen Schroffheit seines ungebändigten Temperaments, mit der er die politischen Uebergänge zu vollziehen pflegte. Er rechnete nach seiner Weise in einem großen historischen Ueberblick mit den Liberalen ab, zurückgreifend bis auf die Konfliktszeit seit 1862 und auf das Indemnitätsgesetz von 1866: „Ich habe geglaubt, wir würden vom rechten Flügel ab gezählt in drei Bataillonen,

vielleicht getrennt marschieren und vereint fechten können. Diese meine Voraussetzung hat sich leider nicht bestätigt, und die Umstände, nicht mein Wille, haben es so gedreht, daß die Herren, die mich früher häufig und nach ihrer Weise unterstützten — was Kämpfe nicht ausschloß —, mir gegenüber in ihrer angesehensten akkreditiertesten Presse in einen Zorn und in eine Sprachweise verfallen sind, die mich ja vollständig degoutieren und abwendig machen mußten." Auf Forckenbecks Agitation zielend, erklärte er: „Diese Bestrebungen sind Untergrabungen des Reichsbestandes geradeso gut wie die sozialdemokratischen Untergrabungen, die wir durch das Gesetz vom Herbst bekämpfen wollen, sie sind mindestens die Vorbereitungen dazu, und ich habe die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß, wenn eben Leute, die früher mitunter, sogar häufig der Reichsregierung ihre Unterstützung geliehen haben, wenn dort latent die zerstörenden Kräfte schlummern, die bei einer geringen Anreizung so in zornige Leidenschaftlichkeit umschlagen, ja, dann schwindet das Vertrauen, welches ich früher auf die Möglichkeit gesetzt habe, mit Charakteren dieser Art in Zukunft zusammenstehen zu können in der Weise, daß die Regierung ihre Unterstützung annimmt und ihnen dafür den Einfluß gewährt, der mit dieser Unterstützung notwendig verbunden ist — ein andres Verhältnis kann keine Fraktion von den existierenden erstreben, denn keine von ihnen hat an sich die Majorität, jede muß kompromittieren mit der andern. Wenn es eine Fraktion bei uns gäbe, die an sich eine Majorität hätte und die von mir nicht verlangt, daß der Tropfen demokratischen Oels, den ein bekanntes Wort für die Salbung des Deutschen Kaisers verlangte, gerade ein Eimer werden soll, dann würde ich einer solchen Partei ganz andre Rechte in bezug auf die Beeinflussung der Regierung einräumen können als jetzt einer Partei, die, wenn sie hochkommt und wenn sie abgeschlossen einig ist, was doch zu den Seltenheiten gehört, immer nur ein Viertel von der ganzen Versammlung kaum erreicht. Den Herren kann ich nur, wenn sie überhaupt auf mein politisches Urteil als Sachkundiger — und ich habe viel Politik getrieben — Wert legen, eine größere Bescheidenheit für die Zukunft anraten."

Es war die Ergänzung der Wendung, daß nunmehr Windthorst hervortrat und — was Bismarck ebensogut wie die Liberalen traf — mit tiefer Befriedigung den Bankrott der seit 1871 herrschenden liberalen Aera verkündete, um sich und das Zentrum als Liquidatoren dieses Bankrottes und als die besten Freunde des Reiches und der Einzelstaaten zu empfehlen. Der gefährlichste parlamentarische Gegner, den Bismarck je gefunden hat, bot statt der reinen Opposition seine großmütige Hilfe an.

In der nationalliberalen Partei hatte der Gegensatz gegen die Franckensteinsche Klausel noch einmal alle vereinigt. Zwar versuchte Forckenbeck, die Ablehnung des ganzen Tarifsatzes zur Fraktionssache zu machen und dadurch die Schutzzöllner mit Gewalt hinauszutreiben, doch konnte er die dazu nötige Zweidrittelmehrheit nicht zusammenbringen; Bennigsen gab sich, wie Hölder am 11. Juli schreibt, die erdenklichste Mühe, das Auseinanderbrechen der Fraktion zu verhindern. Nicht die Tatsache, daß schließlich doch 16 Mitglieder das gesamte Gesetz annahmen, sondern einer der Zufälle, die in erregter Atmosphäre nicht ausbleiben, führte schließlich dazu, daß am 12. Juli eine Gruppe süddeutscher Schutzzöllner unter Führung von Völk, von Schauß und Hölder austrat, nachdem die Männer des äußersten rechten Flügels, wie Treitschke und Wehrenpfennig, schon vorher die Fahne der Partei verlassen hatten. Die Zerbröckelung der Partei begann also nicht, wie zeitweilig wahrscheinlicher gewesen war, von der linken Seite her, sondern auf der rechten Seite, mit deren Beistand Bennigsen noch vor kurzem seine Verständigungspolitik hatte durchführen wollen. Er war nicht nur gescheitert der Regierung gegenüber, sondern hatte auch innerhalb seiner Partei einen Teil derer verloren, denen er gesamtpolitisch näher stand, und blieb mit Politikern zusammen, mit denen ihn nur noch wenig verband.

So ist begreiflich, daß er den Ausgang der Dinge nicht als eine vorübergehende politische Niederlage, die am andern Tage durch einen Sieg wieder ausgeglichen werden konnte, sondern als eine persönliche und prinzipielle Niederlage auffaßte. Da die Basis, auf der die nationalliberale Partei gegründet war und auf der er selbst zwölf Jahre Politik getrieben hatte, zerbrochen war, beschloß er der Politik den Rücken zu wenden und zunächst für die bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtage kein Mandat anzunehmen.

Bennigsen an Pfaff.

Hannover, 7. August 1879.

Im Begriff, auf vier Wochen zur Erholung in die Schweiz und nach Norditalien zu reisen, will ich doch nicht unterlassen, zuvor Ihren freundschaftlichen Brief vom 28. v. M., wenn auch nur mit wenigen Zeilen, zu beantworten. Sie können überzeugt sein, daß mir der Entschluß nicht leicht gewesen ist, mich von der parlamentarischen Tätigkeit zurückzuziehen, an welcher ich nunmehr bereits dreiundzwanzig Jahre unter wechselnden Verhältnissen beteiligt war. Zwar ist es mir von Jahr zu Jahr immer unausführbarer erschienen, acht bis neun, das letztemal sogar zehn Monate hintereinander in Berlin zu verbringen, unter Vernachlässigung meiner Familie und der allmählich so umfangreich ge-

wordenen Verwaltung des Landesdirektoriums. Auch ist das regelmäßige Hin- und Herfahren zwischen Berlin und Hannover vom Sonnabend auf Montag, je älter ich werde, meiner Gesundheit nachteiliger geworden. Doch das sind keine ausreichenden Gründe gewesen, so erheblich sie an sich sein mögen, für den von mir gefaßten Entschluß. Was mich bestimmt hat, ist die aus ruhiger und ernsthafter Erwägung aller Verhältnisse, sowohl auf seiten der Regierung wie der eignen Partei, speziell einflußreicher Bestandteile der letzteren entstandene Ueberzeugung, daß ich, so wie ich die politische Tätigkeit verstehe, heutzutage eine nützliche und erfolgreiche Mitwirkung nicht ausüben kann. In derselben Art wie seit zehn bis zwölf Jahren die Regierung im Reich und in Preußen zu unterstützen, ist nicht mehr möglich, wie weit durch Schuld der Regierung, will ich nicht näher untersuchen. Eine systematische Opposition auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete der Regierung zu machen, so etwa wie hervorragende Mitglieder unsrer Partei es für geboten erachten, habe ich ebensowenig Neigung, um so weniger, als die deutsche Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit weder von einer radikalen Freihandelspolitik noch überhaupt von einer an die Fortschrittspartei sich anlehnenden mehr radikalen inneren Politik etwas wissen will. Ob die nationalliberale Partei in ihrer bisherigen Zusammensetzung und bei der hervorgetretenen starken Meinungsverschiedenheit über wesentliche wirtschaftliche und politische Fragen auch unter ihren Führern der neuen schwierigen Lage überhaupt gewachsen sein würde, bleibt zweifelhaft. Jedenfalls ist meine Bemühung in der letzten Reichstagssession, sie zusammenzuhalten, eine vergebliche gewesen, einerlei, wen die Schuld trifft oder wo die sachlichen Hindernisse lagen. Selbst zur weiteren Zersetzung der nationalliberalen Partei durch Versuche neuer Parteibildungen beizutragen, widersteht mir aufs äußerste, nachdem ich lange Jahre hindurch, wie ich wohl sagen kann, vorzugsweise mich bemüht habe, diese große, alle deutschen Landschaften umfassende gemäßigtliberale Partei zu bilden und zu erhalten. Einem Minister verübelt man es doch nicht, daß er sein Amt aufgibt, wenn die Zeitverhältnisse ihm eine seiner Natur und Richtung entsprechende nützliche Wirksamkeit nicht gestatten. Weshalb soll ein Parlamentarier Sklave von Verhältnissen bleiben, welche ihm eine seiner ganzen Art und Auffassung zusagende oder überhaupt eine förderliche Tätigkeit nicht möglich erscheinen lassen? Leben Sie wohl, mein alter Freund, und lassen Sie einmal wieder etwas von sich hören, wenn ich zurückkomme.

Während der Ferien in Pontresina war Bennigsen froh, daß er gar keine Politiker in den Bergen antraf, und fand seinen Trost daran, daß ein Berliner Witzblatt Bismarck als Leuchtpfahl abbildete, Friedenthal, Falk und ihn selbst als versengte Falter am Boden liegend, während Lucius, Bitter und Puttkamer die gefährliche Flamme noch umschwärmten. Zwischendurch besuchte er Friedenthal in St. Moritz und Keudell in Sils und erinnerte sich in Brunnen, daß er dieselben Orte gerade fünfundzwanzig Jahre zuvor zusammen mit seiner Braut durchwandert habe.[1]) Als er in der ersten Woche des September sehr heiter und erfrischt in Groß-Karben eintraf, schrieb seine Schwester Luise:[2]) „Rudolf ist ganz entschieden, für die nächste Zeit weder Reichstag noch Landtag mitzumachen, auch wenn seine Wähler, wie er wohl annimmt, ihm keine Ruhe lassen sollten. Anna ist sehr damit einverstanden, Mutter und Minna weniger; ich begreife seinen Entschluß vollkommen nach dem, was er mir darüber klargemacht hat. Du mußt durchaus nicht annehmen, als ob eine Verbitterung diesem Schritte zugrunde liegt. Es ist ein klares Erfassen der augenblicklichen Verhältnisse, und er glaubt, nachdem er fast fünfundzwanzig Jahre der Politik gewidmet hat, in seinem schönen Wirkungskreis als Landesdirektor und in seinen eignen Familienverhältnissen einmal recht und voll leben zu sollen. Wenn er in seiner (bei aller Selbstwürdigung) doch großen Bescheidenheit meint, er wäre für die Zukunft Deutschlands nicht unbedingt mehr nötig, so erlaube ich mir hierin andrer Ansicht zu sein, aber im Augenblicke würde er seine Kräfte nur unnütz abnutzen."

Auch nach seiner Rückkehr hielt Bennigsen an seinem Entschlusse fest. Miquel suchte ihn allerdings, je näher der Termin der Wahlen heranrückte, von der Resignation zurückzuführen. „Wenn Du, wie ich leider annehmen muß, auf Deinem Entschlusse, keine Wahl anzunehmen, beharrst, so möchte ich Dich bitten, doch Freund Hugenberg in Deinem Wahlkreis wählen zu lassen und ihn zur Annahme der Wahl zu bewegen. Er wäre uns bei den schwierigen allgemeinen und den noch schwierigeren Verhältnissen der Partei höchst wertvoll, und es würde für mich eine große Erleichterung sein, wenn er einträte." Und am andern Tage: „Benda und Rickert wünschen auch sehr Dein Verbleiben im Abgeordnetenhause. Wenn Lasker nicht eintreten sollte, wäre vielleicht eine Vereinigung mit den besseren Elementen der Freikonservativen möglich. Ich verkenne nicht die Schwierigkeit für Dich, Deinen Entschluß zu ändern, gerade wenn Lasker nicht wieder gewählt wird, die Sache ist aber doch so wichtig, daß ich Dich in allen Fällen bitten

[1]) Bennigsen an seine Frau, 15., 22., 28. August 1879.

[2]) Luise von Leonhardi an Charlotte von Müller, 8. September 1879.

möchte, den Beschluß erst zu fassen, wenn das Resultat der Wahlen vollständig übersehen werden kann." [1])

Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause am 7. Oktober übertrugen den im Reiche eingetretenen Umschwung, dank der Beschaffenheit des Wahlrechts, im verstärkten Maße auf Preußen und machten der nationalliberalen Aera im Landtage ein Ende. Die Partei sank von ihren 171 Mandaten fast bis auf die Hälfte, auf 90, herab, die Fortschrittspartei von 62 auf 35 Mandate, so daß beide Fraktionen zusammen mit den Wildliberalen nur noch über 142 Sitze verfügten; unter den Nationalliberalen war der linke Flügel stark zusammengeschmolzen, Lasker überhaupt nicht wieder gewählt worden. Die Konservativen beider Fraktionen waren um 100 Sitze verstärkt worden und hatten es von nun an auch in Preußen in der Hand, ob sie mit dem Zentrum oder mit den Nationalliberalen die Mehrheit bilden wollten — je nachdem Bismarck es wünschte.

Denn er war der Sieger. Um es aber zu bleiben, wollte er nach seiner Art, die Fraktionen zu erziehen, zu spalten, gegeneinander auszuspielen, auf keinen Fall die Nationalliberalen noch weiter von sich abstoßen, vielmehr, gerade weil der schwierige Ausgleich mit dem Zentrum bevorstand, sie wieder zu sich heranziehen. So setzte er alles in Bewegung, um Bennigsen zur Annahme der auf ihn gefallenen Wahl und — darauf kam es an — zur Uebernahme der Führung der Landtagsfraktion zu veranlassen, womöglich sogar, trotz der verlorenen Mehrheit, im Präsidium des Abgeordnetenhauses zu erhalten.

Lucius [2]) an Bennigsen.

Berlin, 9. Oktober 1879.

Der Ausgang der Wahlen ist derart, daß meines Erachtens die Situation wesentlich dieselbe wie im letzten Reichstag ist. Die vereinigte Rechte ist in der Lage, die ihr konvenierende Allianz zu wählen.

---

[1]) Miquel an Bennigsen, 2., 3. Oktober 1879.

[2]) Chr. von Tiedemann a. a. O. S. 329, 8. Oktober (nicht September) 1879: „Der Fürst erklärt sich für Bennigsen (als Präsidenten) und bittet Lucius, an diesen zu schreiben, daß er die Wahl annehmen möge, eventuell möge Lucius nach Hannover reisen, um seinen persönlichen Einfluß auf Bennigsen geltend zu machen." Ferner von Cuny an Miquel, 9. Oktober 1879: „Ich komme soeben aus einer Gesellschaft, in welcher ich den Geheimrat Tiedemann traf und mit ihm ein Gespräch über die jetzige politische Sachlage hatte. Ohne daß ich einen Anlaß dazu gegeben hätte, äußerte er, der rechte Flügel der nationalliberalen Partei habe es jetzt in der Hand, im Abgeordnetenhause eine entscheidende Stellung einzunehmen. Unter den Freikonservativen sowie einflußreichen Männern der neukonservativen Partei herrsche der Wunsch, zusammen mit dem rechten Flügel

Die nächste Session wird lediglich durch die Eisenbahnvorlage beherrscht, wie die des Reichstags durch die Tarifverhandlung. Alle andern Diskussionen sind lediglich dekorativ. Damals haben die Nationalliberalen die konservativen Fraktionen in die Allianz mit dem Zentrum gedrängt, und die Frage ist, ob sich das jetzt im Abgeordnetenhaus wiederholen soll. Diese Frage wird sofort bei der Konstituierung akut, nehmen Sie kein Mandat an, so ist die einzig mögliche nationalliberale Kandidatur für den ersten Präsidentenposten — die Ihrige — ausgeschlossen, weil Miquel in der Fraktion nicht zu entbehren ist. Ich habe nicht das Recht, Ihnen Ratschläge zu erteilen; ich kann nicht einmal fragen, ob Sie die Sicherheit haben, wieder Präsident zu werden — allein ich bin überzeugt, Sie haben die größte Chance, wenn Sie wieder eintreten. Tun Sie das nicht, so ist eine Verständigung zwischen den konservativen Fraktionen überhaupt mit den Nationalliberalen ausgeschlossen, und die weiteren Konsequenzen ergeben sich ganz von selbst. Entschuldigen Sie diesen Erguß mit meiner alten korpsbrüderlichen Gesinnung und unterziehen Sie wenigstens die angeregten Fragen ruhiger Erwägung.

*

Nach längerem Schwanken stieß Bennigsen seinen Entschluß zur Resignation wieder um. Auch Miquel riet ihm, unter Hinweis auf die Nichtwiederwahl Laskers: „Ich glaube, daß, wenn die jetzt weit geringeren Schwierigkeiten in der Partei zu überwinden sind, die in dem Briefe Cunys angedeutete Richtung die richtige ist. Quidquid agis, prudenter agas.“ [1])

---

der Nationalliberalen eine parlamentarische Mehrheit zu bilden, die ihren Ausdruck darin fände, daß Herr von Bennigsen erster Präsident, zwei Konservative Vizepräsidenten würden. Sie wünschten sowohl die extremen Konservativen als das Zentrum zur Seite zu drücken; eine ablehnende Haltung der Nationalliberalen würde sie allerdings in die Zwangslage bringen, mit diesen letztgenannten, ihnen an sich antipathischen Parteien sich einzulassen, um eine Mehrheit zustande zu bringen. Tiedemann fragte, ob ich kein Mittel wüßte, dahin zu wirken, daß Herr von Bennigsen das ihm angebotene Mandat annimmt, um die Verwirklichung eines solchen Planes zu ermöglichen. Ich erwiderte ihm, daß für mich der einzige Weg der sein würde, an Sie zu schreiben. Ich möchte Sie bitten, die Sache nicht von vornherein von der Hand zu weisen. Nach meiner Ansicht ist die gedachte Kombination: Bund der Mittelparteien unter dem Präsidium des Herrn von Bennigsen, das, was die Mehrheit der Nation jetzt wünscht. Diese Kombination wäre der stärkste Damm gegen eine Reaktion in Schule und Kirche, also gegen die Reaktion, welche wir wirklich fürchten.“

[1]) Miquel an Bennigsen, o. D.

Bennigsen an Pfaff.

Hannover, 17. Oktober 1879.

Durch mein Telegramm werden Sie bereits erfahren haben, daß ich noch in letzter Stunde mich entschlossen habe, die Wahl zum Abgeordnetenhause anzunehmen. Schwere Ueberwindung hat es mich allerdings gekostet, den Vorsatz aufzugeben, mich von der parlamentarischen Tätigkeit fernzuhalten, da ich aus der letzten Reichstagssession die bestimmte Auffassung gewonnen hatte, daß manche Verhältnisse sowohl in den Kreisen der Regierung als der eignen Partei mir fortan diejenige maßvolle, von Extremen sich fernhaltende Art politischer Wirksamkeit nicht mehr ermöglichen würden, welche ich nach meiner ganzen Anschauung unsrer so überaus schwierigen und vielfach verschlungenen deutschen Zustände für die allein heilsame halte.

Das große Vertrauen, welches Sie und die übrigen Mitglieder des Wahlkomitees in Ihrem Schreiben an mich vom 7. v. M. mir ausgesprochen haben, und die mit so erheblicher Mehrheit trotz vorhergegangener Ablehnung erfolgte Wiederwahl in einem Wahlbezirke, welchen ich bereits seit mehr als zwölf Jahren vertreten habe, nötigten mich aber von neuem, ernstlich und ohne Rücksicht auf persönliche Neigung oder Abneigung zu prüfen, was in der jetzigen politischen Lage für mich zu tun Pflicht sei. Zahlreiche schriftliche oder mündliche Wünsche und Aufforderungen haben sich von andrer Seite den Ihrigen und denen der dortigen Freunde angeschlossen und meinen Entschluß zu erschüttern gesucht. Ob Sie und andre recht haben, wenn Sie annehmen, daß ich unter den heutigen Verhältnissen durch meine Anwesenheit und Mitwirkung in unsern Parlamenten dem Vaterlande etwas Wesentliches nutzen kann, wer will das im voraus mit Sicherheit entscheiden? Jedenfalls bin ich nicht rechthaberisch oder eigenwillig genug, um in solcher Lage allein meinem Vorteile oder meiner Neigung zu folgen. So habe ich es schließlich für meine Pflicht ansehen müssen, einer Tätigkeit mich nicht zu entziehen, auf welche viele von mir wertgehaltene Freunde mit einem mich in meinem bisherigen öffentlichen Leben hoch ehrenden Vertrauen bestimmten Anspruch erhoben haben.

*

Die Erwartung Bismarcks, daß Bennigsen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt werden möchte, erfüllte sich nicht, da die Konservativen ihm die Gefolgschaft versagten und eine dem Reichstagspräsidium analoge Zusammensetzung des Landtagspräsidiums mit dem Zentrum verabredeten; von Köller erhielt bei der Wahl 218, Bennigsen nur 164 Stimmen. Die „Kreuzzeitung" feierte trotz Bismarck ihren Triumph: „Der Erfolg der Präsidentenwahl ist die erste Frucht der

Vereinigung der großen Rechten." Die Regierung aber mußte daran denken, den ultramontanen Flügel dieser neuen Mehrheit zu befriedigen.

Bennigsen sah seine Aufgabe darin, einen etwaigen Abbruch der Kulturkampfgesetzgebung nur unter Wahrung der Rechte des Staates zustande kommen zu lassen,[1]) und da Bismarck mit geschicktester Taktik, bevor er an den zunächst geleugneten Ausgleich mit dem Zentrum ging, im Reichstage die Erneuerung des im Jahre 1881 ablaufenden Septennates und die Erstreckung des Sozialistengesetzes einbrachte, so war allerdings die Möglichkeit gegeben, die vorläufige Unentbehrlichkeit der nationalliberalen Hilfe zu erweisen.

Man erkennt schon an dieser Stelle deutlich, worauf die Rechnung Bismarcks hinauslief: die Liberalen zunächst an sich zu ketten, da er sie beim Septennat und Sozialistengesetz brauchte, bis dahin das Zentrum mürbe zu machen und schließlich bei der kirchenpolitischen Frage nach Belieben Zentrum und Nationalliberale gegeneinander auszuspielen. Immer mehr geriet die selbständige Politik der Fraktionen in Abhängigkeit von der Taktik des Reichskanzlers, und keine Partei geriet dabei in schwierigere Situationen als die Nationalliberalen, die ihre eigne Vergangenheit nicht verleugnen konnten und in sich selber den immer noch nicht ausgeglichenen Zwiespalt trugen. Bennigsen hielt am 10. Dezember 1879 auf einem Fraktionsdiner, an dem die dem Abgeordnetenhause nicht angehörenden Lasker und Forckenbeck nicht teilnahmen, eine Rede, die den erschütterten Reihen wieder Mut einzuflößen versuchte: Nur unsre eignen Fehler können uns aus der entscheidenden Stelle drängen. Eine Reaktion finde keinen Boden, und wenn Bismarck sie ernstlich wolle, müsse er sein eignes Werk seit 1867

---

[1]) Graf Limburg-Stirum an Bennigsen, 22. November 1879: „Indem ich Ihnen meinen ganz ergebensten Dank ausspreche für die interessanten Notizen, betreffend den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten, unterlasse ich nicht, Ihnen mitzuteilen, daß ich am Tage nach unserm Gespräch bei Maybach Veranlassung genommen habe, mit dem Direktor Lucanus, selbstredend ohne Sie irgend zu nennen, die Angelegenheit zu erörtern. L. meinte, die Mitglieder des Gerichtshofs drängten selbst auf Ergänzung, da sie keinem Torso angehören wollten. Der Minister selbst sei korrekt. Im Ministerium sei man der Meinung gewesen, daß Herr Dahrenstädt als richterliches Mitglied angesehen werden könnte, indessen würde man es auf richterliche Entscheidung über diesen Punkt nicht ankommen lassen. Der Gerichtshof werde sicher rechtzeitig ergänzt werden, nur sei es nicht leicht, die richtige Wahl zu treffen, da man gern Katholiken nehmen möchte, die schwer zu bekommen seien. Der Minister sei sich der hohen politischen Bedeutung bewußt, welche der Gerichtshof habe, und gedenke nicht, dies Machtmittel sich irgendwie zu verkürzen. Ich nehme an, daß dies richtig ist, denn das weiß ich, daß der Reichskanzler in den kirchenpolitischen Fragen ganz stramm hält."

auflösen. Das Bündnis mit dem Zentrum sei nur vorübergehend gewesen, zu Zusagen sei es nicht gekommen; die Konservativen könnten die gelegten Grundlagen der Gesetzgebung nicht wieder zerstören, denn diese beruhten auf der gemeinsamen europäischen Kultur und Gedankenarbeit der Nation. Bei ihrer Entstehung hätten die Liberalen maßgebend mitgewirkt; das sei ihr bleibender Stolz; aber Fehler, die sie gemacht, müßten sie zu verbessern bereit sein. Den Blick auf reale Bedürfnisse richten, sich selber dabei treu bleiben, unabhängige und praktische Politik treiben sei die Pflicht der Partei.[1]) Anscheinend dieser Vorgang gab am folgenden Tage den Anlaß zu einer vertraulichen Besprechung Bennigsens mit dem Kronprinzen, der mit immer größerer Sorge die einst so große Partei seiner liberalen Gesinnungsgenossen unter dem Drucke Bismarcks in innere Auflösung verfallen sah.

Kammerherr von Normann an Bennigsen.

Berlin, 12. Dezember 1879.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz den Wunsch geäußert hat, Sie — wenn anders Ihre Zeit es gestattet — heute abend in seinem Palais zu sehen. Seine Kaiserliche Hoheit werden von sechs Uhr ab zu Hause sein, stellen Ihnen danach die Stunde Ihres Kommens ganz anheim und bitten in bequemem Anzuge (Ueberrock) zu erscheinen. Ich würde es dankbar erkennen, wenn Euer Hochwohlgeboren die Güte hätten, mich — vielleicht mündlich durch den Ueberbringer — wissen zu lassen, ob und wann Seine Kaiserliche Hoheit Sie erwarten darf.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 17. Januar 1880.

Morgen kann ich leider nicht in Hannover sein, da ich eine Einladung zum Ordensfest erhielt, welche ich üblicherweise nicht ablehnen darf ohne triftige Gründe, da ich im Lauf des letzten Jahres neu dekoriert ward.

Hier werde ich in den nächsten Wochen, voraussichtlich auch in den nächsten Jahren, überhaupt sehr viel neue Arbeit erhalten, da ich in der Kommission für die Organisationsgesetze der Staats- und Selbstverwaltung heute — beiläufig gesagt einstimmig auf Vorschlag der Altkonservativen — zum Vorsitzenden gewählt bin.[2]) Nachdem das

---

[1]) „Nationalzeitung" vom 11. Dezember 1879.

[2]) Rede Bennigsens im Abgeordnetenhause über die Verwaltungsgesetze am 13. Januar; ebenso in der zweiten Beratung am 21. und 24. Mai 1880. Er betonte vor allem den unpolitischen Charakter der Vorlage.

Zusammengehen der Konservativen und des Zentrums auf dem Gebiete der Hauptaufgaben der Landesgesetzgebung sich schon nach zwei Monaten als Humbug herausgestellt hat, muß die Regierung mit den Konservativen heilfroh sein, daß ich mit meinen Freunden die Mitarbeit nicht etwa aus politischer Erbitterung ablehne. Graf Eulenburg, welcher mir schon einige Tage vor der dreitägigen Generaldiskussion über die Organisationsgesetze ganz offen erklärte, diese Gesetze könnten nur mit unsrer Unterstützung zustande kommen, findet sich mit Grazie in die Lage und ist natürlich von rührender Liebenswürdigkeit!

Mit Bismarcks Gesundheit steht es recht schlecht. Schon seit Mitte Dezember hat er nicht mehr angestrengt arbeiten können, während er bis dahin, obwohl leidend, doch monatelang in der gefährlichen europäischen Krisis außerordentlich viel gearbeitet hat, wohl über seine Kräfte, aber, wie die Herren vom Auswärtigen Amt versichern, auf die genialste und bewunderungswürdigste Weise. Wir sind im Sommer und Herbst 1879, namentlich Anfang Sommer, unmittelbar vor der Gefahr eines großen europäischen Krieges gewesen. Rußland hat an Frankreich, um es zum Bundesgenossen gegen Deutschland zu werben, die verführerischsten Offerten gemacht. Zum Glück ist Frankreich im ganzen vorsichtig genug gewesen, sich nicht auf ein zu hohes Risiko einzulassen, und schließlich hat Bismarck durch seine Reise nach Wien und das Bündnis oder doch die politische Verständigung mit Oesterreich die russisch-französischen Angriffspläne vollständig durchkreuzt; wenigstens bis auf weiteres, denn daß der europäische Friede noch jahrelang dauern wird, glaube ich nicht.

Zu Bismarcks bekannten alten Leiden sind neuerdings noch sehr ernsthafte Leiden der Galle mit den heftigsten Koliken getreten, so daß die Aerzte schon an das Vorhandensein von Gallensteinen geglaubt haben. Unmittelbare Lebensgefahr soll übrigens nicht vorhanden sein.

Berlin, 27. Februar 1880.

Ich kann diese Tage *absolut* nicht fort, da sich in den nächsten paar Tagen wahrscheinlich die Frage über den Zusammenhang der nationalliberalen Partei entscheiden wird. Möglicherweise nimmt die Sache dieses Mal die Wendung, daß der am weitesten nach links stehende Teil ausscheidet. Lasker ist noch gar nicht einmal der Fraktion wieder beigetreten. Im übrigen sind die Verhältnisse hier so unerquicklich wie möglich. Am liebsten wäre ich ganz heraus, wenn sich das nur machen ließe, nachdem ich mich einmal habe bewegen lassen, von neuem herzukommen.

*

Die Verhandlungen des Reichstages über das Septennat brachten den Zustand latenter Auflösung, in dem sich die Nationalliberalen seit dem Sommer befanden, von neuem in Bewegung. Bennigsen erklärte sich am 1. März 1880 für die Annahme der Militärvorlage „im Namen der ganz überwiegenden Mehrzahl" seiner politischen Freunde, daß sie die Verantwortlichkeit ablehnten, „diese Verhältnisse besser beurteilen zu wollen als die Leitung unsrer auswärtigen Politik und die vorzügliche Armeeverwaltung, welche wir in Deutschland haben". Er erkannte an, daß die Reichsregierung sich mit ihrer neuen Forderung in loyaler Weise an die Vereinbarung von 1874 halte, indem sie nur für eine Reihe von Jahren und nicht dauernd die Friedenspräsenzstärke feststelle; er wiederholte seine Argumentation von 1874, daß in dem Konflikt von Rechten und Pflichten das Budgetrecht aus überwiegend politisch-militärischen Gründen eine Einschränkung erleiden müsse. Diese Einschränkung bestehe um so mehr zu Recht, als die konsolidierten Mehrheiten, wie sie im Reichstage früher bestanden hätten, jetzt nicht mehr vorhanden seien; „also die Gefahr, daß von Fall zu Fall in wichtigen Fragen sich Mehrheiten bilden, in dem einen Jahr diese und in dem nächsten Jahre andre, die Gefahr, daß politische Kompensationsforderungen geltend gemacht werden, welche auch die wichtigsten und bedeutendsten Interessen der Nation in ihre Kombination hineinziehen, ist jetzt größer als früher". Zugleich wies er darauf hin, daß die politische Lage Europas seit 1874 nicht günstiger geworden sei, daß in Frankreich die Heereseinrichtungen vermehrt und verbessert worden seien, das Revanchegeschrei nicht nachgelassen habe und die Konsolidierung der Republik sie schon weit allianzfähiger als vor sieben Jahren gemacht habe. Dann pries er ebenso wie Reichensperger den Reichskanzler, der durch den Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn in die Geschichte seiner politischen Tätigkeit ein unverwelkliches Lorbeerblatt geflochten habe: „Hier zum ersten Male hat der Kanzler, der bei der Erfüllung und Durchführung der schwierigen Aufgaben, welche er an Preußen und Deutschland gestellt, fast bei jedem Schritt auf starken Widerstand großer Kreise, großer Interessen, ganzer politischer und kirchenpolitischer Parteien in Deutschland gestoßen ist, hier zum ersten Male hat er eine politisch-diplomatische Aktion vorgenommen und ein wesentliches Resultat in derselben erreicht, wo alle Interessen, alle Parteien, ja, ich kann sagen, ganz Deutschland ihm freudig zustimmt." Er versagte sich nicht, dem über die neue Belastung klagenden Zentrum spöttisch vorzuhalten, daß es immerhin im Vorjahre durch Bewilligung von 120 Millionen Schutzzöllen und Finanzzöllen dem Lande einen gewissen Dienst erwiesen habe, „obwohl einer der Führer Ihrer Partei den ganz richtigen Verdacht

hatte und auch aussprach, daß es immerhin möglich sein würde, daß ein Teil dieser Steuern demnächst vom Kriegsministerium würde in Anspruch genommen werden".

Gerade dieser Hinweis, der auf die erneute Verschiebung der Majorität aufmerksam machte, reizte Windthorst zu einer an Ausfällen reichen Erwiderung, in der er die Unterordnung unter die Sachkunde Bismarcks und Moltkes beinahe als eine Anerkennung des Rochowschen Satzes von dem beschränkten Untertanenverstand bezeichnete. In seiner Antwort meinte Bennigsen schlagfertig, jetzt bestehe für ihn kein Zweifel mehr, daß „das sachverständige Urteil des Kanzlers, des Kriegsministers und des Grafen von Moltke auf dem diplomatischen und militärischen Gebiete einen höheren Wert beanspruchen könne als das sachverständige Urteil der Herren Abgeordneten Dr. Windthorst, Reichensperger und Richter, auch da, wo sie vollkommen übereinstimmen." Darum erklärte er, durch die Worte Windthorsts persönlich nicht verletzt zu sein: „Ich kenne ihn zu lange, ich weiß auch, da, wo er böse und anzüglich erscheint, meint er es nicht so schlimm. Auch bin ich in diesem Falle um so weniger persönlich verletzt durch die Angriffe, die an und für sich nichts Angenehmes haben konnten, weil ich dabei die große Verlegenheit mitempfunden habe, in der der Herr Abgeordnete Windthorst sich befand, die Beschlüsse des vorigen Jahres mit ihren Folgen, mit den vorausgesehenen und den nicht vorausgesehenen Wirkungen mit der ablehnenden Haltung seiner Partei bei dieser Vorlage in Uebereinstimmung zu bringen."

Bennigsen hatte mit richtigem politischem Augenmaß in seiner Partei darauf bestanden, daß man in der gegenwärtigen Situation es noch viel weniger auf einen Militärkonflikt ankommen lassen dürfe als im Jahre 1874 und auch aus diesem Grunde denselben Kompromiß wie damals schließen müsse. Trotzdem waren die Führer des linken Flügels unpolitisch genug, diese Gelegenheit zu einer weiteren Lossagung von Bismarck zu benutzen. In erregten Fraktionssitzungen beantragte Forckenbeck die Besprechung der herrschenden politischen Fragen, um klar zu sehen, ob die Fraktion noch die erforderliche Homogenität besitze; gegen Ende Februar hörte Hölder, daß er im oppositionellen Sinne vorgehe, und daß die Partei unter schweren Kämpfen auf eine Trennung lostreibe; es hieß, daß über die täglich stattfindenden Sitzungen Stillschweigen beobachtet werde. Am 16. März trat Lasker aus der Fraktion aus; außer ihm stimmten am 15. April gegen die Militärvorlage, die mit 186 gegen 128 Stimmen angenommen wurde, nur vier Nationalliberale, darunter allerdings Forckenbeck und Bamberger. Der linke Flügel begann seine eignen Wege zu gehen,

die Sezession bereitete sich vor, von Eugen Richter freudig willkommen geheißen, unter scharfen Ausfällen gegen Bennigsen, der die Politik nur als eine Kunst ansehe, in der es darauf ankomme, das Fazit aus den Volksströmungen zu ziehen, der nur mit taktischen Momenten rechne und der Kraft der Ueberzeugung zu geringen Einfluß einräume. In Wahrheit waren die von Bismarck befehdeten Führer der Linken jetzt ohne jeden Einfluß in der Fraktion. Allein Lasker wagte die Konsequenz daraus zu ziehen, während die übrigen in dem alten Verbande verharrten und nur auf eine günstige Gelegenheit zum Austritt ausspähten.

Dieselbe Situation ergab sich, als am 4. Mai die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf weitere zwei Jahre von den Konservativen und Nationalliberalen gegen Zentrum und Fortschritt beschlossen wurde. Sie spitzte sich dramatisch zu bei der zweiten Lesung der Elbschiffahrtsakte, als Lasker und Richter die beabsichtigte Einverleibung von Altona und St. Pauli in das Zollgebiet für nicht verfassungsmäßig zu erklären beantragten. Bismarck sah sich einer neuen Majoritätsbildung von Zentrum, Partikularisten, Fortschritt und Freihandel gegenüber und beschloß sofort in ihren Kern einen Schuß abzugeben; er fuhr den bayrischen Gesandten, den er im Bunde vermutete, so brüsk an, daß dieser sofort Berlin verließ, und er selbst erschien am 8. Mai im Reichstage, das einzige Mal in dieser Session, um mit dem Zentrum abzurechnen, das mit seinen Appendizes seit sechs Monaten in allen wichtigen Fragen des Reichstages und Landtages gegen die Regierung gestimmt habe. Er habe im Juli 1879 den Reichstag mit der Ueberzeugung verlassen, das Zentrum beabsichtige zu einem Kompromiß mit der Regierung zu gelangen, und habe in diesem Vertrauen die Verhandlungen mit der Kurie begonnen. Dieses Vertrauen sei getäuscht, er erblicke in dem Verhalten des Zentrums einen Barometer für das, was man von Rom zu erwarten habe. Er warnte besonders die Liberalen vor einer Anlehnung an das Zentrum und vor einer Unterstützung des Partikularismus. Er drohte mit Rücktritt, mit einem konservativ-klerikalen Nachfolger; er selber aber könne nur bleiben und Kanossa vermeiden, „wenn die ganzen liberalen Parteien sich dazu entschließen könnten, dem Zentrum die Heerfolge absolut und für immer zu versagen".

Schien mit dieser Szene die ganze Wendung von 1879 wieder in Frage gestellt? Ueberkamen Bismarck doch Bedenken, daß die Gewinnung des Zentrums zu teuer erkauft sei, und versuchte er wieder zurückzulenken? Besorgt betonte ein Leitartikel der „Kreuzzeitung" schon am 11. Mai, wieviel die Konservativen von den Liberalen trennte, und wieviel sie trotz alledem mit dem Zentrum verbände. Bismarck selbst meinte nachher befriedigt zu seinen Vertrauten, daß die Konsequenz

der Rede eigentlich der Eintritt Bennigsens in das Ministerium sei. Bennigsen, der inzwischen von seinem Urlaub zurückgeeilt war und von Tiedemann einen Wink erhalten hatte, ließ sich am Abend des 9. Mai beim Fürsten melden und blieb anderthalb Stunden bei ihm.[1]) Er veranlaßte sofort, unter Anwendung stärksten Druckes, die eigne Fraktion zum Einlenken, stellte am 10. Mai im Plenum des Reichstages den Antrag, die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen, und gab zu verstehen, daß er in der Kompetenzfrage auf der Seite Bismarcks stehe.[2]) Gegen Virchow trat er für Bismarck ein, der in Wahrheit das Reich geschaffen habe: „Wir liberalen Volksmänner waren nur seine Handlanger." Er begrüßte die Rede des Kanzlers als den ersten Versuch einer Wiederannäherung an den früheren konservativ-liberalen Block und den Anfang einer Abwendung vom Zentrum; der schwarze Block sei nur eine Episode gewesen. Die Zurückverweisung, in zweiter Lesung mit Stimmengleichheit abgelehnt — auch das Zentrum hatte sich plötzlich zu der gleichen Taktik bekehrt —, wurde in der dritten Lesung angenommen.

Bismarck hatte jedoch keine Wendung beabsichtigt. Er begann nur, wie oft in den nächsten Jahren, Nationalliberale und Zentrum gegeneinander auszuspielen. Denn wenige Tage darauf, am 20. Mai, ließ er im Abgeordnetenhause die erste kirchenpolitische Novelle einbringen, die den Frieden zwischen Staat und Kirche wiederherstellen sollte. Es kam nun für ihn darauf an, die ehemaligen Helfer beim Kulturkampf auch zu Helfern bei seinem Abbruch zu gewinnen.

Die Situation war für die Nationalliberalen schwierig. Parteien können nicht so leicht ihre Politik ändern wie Ministerien. Anderseits erkannte Bennigsen, daß man gegen die Regierung den Kulturkampf nicht aufrechterhalten könne und daß man besser bei dem Friedensschlusse mitwirke, als sich von vornherein versage. In seinen ersten Aeußerungen zu der Umgebung Bismarcks verhielt er sich der Vorlage gegenüber ganz ablehnend und meinte, nur die Kurie könne damit zufrieden sein. Bismarck aber brauchte niemanden mehr als die National-

---

[1]) Tiedemann a. a. O. S. 386.

[2]) Eugen Richter, Im alten Reichstag II, S. 162 f. erzählt: „Bennigsen berief sofort die nationalliberale Fraktion; um ein Votum des Reichstags gegen den Kanzler abzuwenden, beantragte er, die Vorlage an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuweisen. Ein Teil der Nationalliberalen war mit dieser Politik des Ausweichens nicht einverstanden, aber Bennigsen drohte für den Fall der Ablehnung für die einfache Genehmigung der Elbschiffahrtsakte den Ausschlag zu geben. Diese Drohung bewog die Fraktionsgenossen Bennigsens, ihm auch diesmal wieder in der dilatorischen, nachgiebigen Kompromißpolitik zu folgen."

liberalen: er brauchte ihre Opposition, um eine Deckung gegen übertriebene Ansprüche des Zentrums zu haben, und ihre Unterstützung, um die Vorlage gegebenenfalls auch gegen das Zentrum durchzubringen.

Zu diesem Zwecke hatte er am 25. Mai eine Besprechung[1]) mit Bennigsen und Miquel, die bei dem Widerstreben der Liberalen gegen eine unbedingte Rückführung der renitenten Bischöfe stürmischer als je verlief. Bennigsen erzählte hernach dem Fürsten Chlodwig Hohenlohe, der nach ihnen beim Reichskanzler weilte,[2]) sie seien hart aneinander geraten, und fragte, ob der Reichskanzler sich erbittert über sie ausgesprochen habe. Als Hohenlohe offenherzig antwortete, Bismarck sei ganz ruhig gewesen, meinte Bennigsen, der das Spiel mit dem Terror durchschaute, das sei ihm lieb, nun werde er sich doch in die Kommission über die kirchenpolitische Vorlage wählen lassen. „Ich sah," so erzählt Hohenlohe, „aus seiner ganzen Mitteilung, wie unangenehm ihm ein Bruch mit dem Fürsten wäre. Dann sprach Bennigsen von der Rückkehr der Bischöfe und behauptete, diese sei nicht möglich und werde als Niederlage der Regierung angesehen werden." Als Bismarck den Hergang erfuhr, war er sehr unangenehm berührt, daß Bennigsen nun nicht an den Ernst seiner gestrigen Aeußerungen glaube; es wäre ihm lieber gewesen, wenn Hohenlohe nichts gesagt hätte. Er versicherte, sie seien mit Drohungen auseinander gegangen, und er habe keine Hoffnung auf Verständigung. Wenn der Landtag die Vorlage nicht annehme, so werde er auflösen. Spreche sich das Land gegen ihn und seine Politik aus, so gehe er ab. Um so stärker schalt er auf Bennigsen und Miquel als unfähige Politiker — weil sie ihm nicht unbedingt zu Willen waren. Bennigsen wolle ihm mit seinem Einfluß in der Kommission nur den Bischofsparagraphen ändern, darauf aber gehe er nicht ein. Es scheint, daß Bismarck dann noch diplomatischere Mittel

---

[1]) Vielleicht dieselbe Besprechung, über die Miquel an Poschinger („Miquel über Bismarck", „Der Tag", 20. September 1901) erzählt: „Eines Tages während des Kulturkampfes überraschte der Kanzler mich und Bennigsen mit der Mitteilung, daß er den Erzbischof von Köln ohne weiteres wieder in sein Amt einsetzen wolle. Ich und Bennigsen stellten Bismarck die Inopportunität eines solchen Vorgehens dar, er blieb aber auf seinem Standpunkt. Die Unterhaltung wurde schließlich so scharf geführt, daß wir beide zur Tür hinausgingen, fast ohne uns von Bismarck verabschiedet zu haben. Im Vorzimmer trafen wir einen preußischen Minister, der eben zu Bismarck gehen wollte. „Den werden Sie heute in der schönsten Aufregung vorfinden," meinten wir. Aber es kam ganz anders. Bismarck erzählte dem eintretenden Minister in der gelassensten Weise seine Meinungsverschiedenheit mit uns mit dem Beifügen, er müsse jetzt zugeben, daß wir ganz recht gehabt hätten."

[2]) Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe II, S. 297.

versucht hat, um die Stimmung der Liberalen sich geneigter zu machen. Vielleicht ist der folgende Brief in diesem Sinne zu deuten.

Graf Udo Stolberg[1]) an Bennigsen.

Kreppelhof, 26. Mai 1880.

Da die Zustimmung der konservativen Fraktion zu dem Diskretionsgesetz wohl gesichert ist, wird also das Schicksal desselben von Ihren Freunden abhängen. Solange der Kulturkampf dauerte, bin ich nie besorgt um den Ausgang gewesen, aber ich bin mir darüber klar gewesen, daß der eigentlich kritische Moment eintreten würde beim Friedensschluß, und da dieser Moment gekommen zu sein scheint, werden Sie mit mir darüber einverstanden sein, daß dieser Vorlage gegenüber die übrigen konventionellen Parteiunterschiede zurücktreten müssen, und deshalb wende ich mich an Sie, um Sie auf einen Gesichtspunkt aufmerksam zu machen, der mir von Bedeutung zu sein scheint. — Wie ich aus den Zeitungen glaube entnehmen zu müssen, wollen Ihre Freunde die Vorlage nach Art des Sozialistengesetzes nur auf einige Jahre bewilligen. Die Geschichte aller Kulturkämpfe beweist, daß die Staaten, auch wenn sie den Kampf siegreich überstanden hatten, schließlich doch beim Friedensschluß der Konsequenz und der Diplomatie der Kurie unterlagen, und ich glaube, daß Bismarck der einzige zurzeit lebende Mensch ist, der diesen Frieden schließen kann ohne Nachteil für den Staat. Das Ganze ist ja eine politische Machtfrage, und die Beurteilung politischer Machtfragen ist seine Spezialität. Ich glaube daher, wir müssen dies Friedensgesetz so gestalten, daß es als die definitive Regelung betrachtet werden kann, und ich habe die Ueberzeugung, daß der Friede dadurch erreicht werden wird. Den ersten Erfolg hat Bismarck schon dadurch errungen, daß der Papst das Gesetz verwirft und sich durch die Rücknahme des „passuros esse“ flagrant ins Unrecht setzt. Wenn Bismarck den Frieden mit dem Papste gegen das Zentrum hätte machen müssen, so wäre eine Stärkung des Papsttums die Folge gewesen — wenn aber Papst und Zentrum beide dem Gesetze widerstreben, so geraten sie in gleiche Verdammnis, und der Friede wird gegen den Willen von beiden zustande kommen. Ich glaube aber, dazu ist unbedingt erforderlich, daß dies Gesetz als Definitivum bewilligt wird. Wenn Sie dasselbe nur auf Zeit bewilligen, so wird das Zentrum in seinem Zusammenhalt gestärkt durch die Aussicht auf die Agitationen bei der Neubewilligung. Ob bei dieser Neubewilligung Bismarck noch am Ruder ist, können wir nicht

---

[1]) Ueber seine Haltung vgl. Tiedemann a. a. O. S. 393.

wissen. Es ist aber leicht möglich, daß dann das Zentrum vermöge seiner Konsequenz und der Zerfahrenheit der andern Parteien das Gesetz (welches ich als ein Maximum der zu machenden Zugeständnisse betrachte) in einer für den Ultramontanismus günstigen Weise ausdehnt, und wenn dasselbe dann wieder als Provisorium bewilligt wird, so laufen wir Gefahr, von einem Provisorium ins andere und schließlich nach Kanossa zu geraten. Ich kann mir wohl denken, daß sich Bismarck zufriedengeben würde mit einer provisorischen Bewilligung, weil er im Gefühl seiner eignen Kraft an einer Neubewilligung in seinem Sinne nicht zweifelt, aber ich glaube, daß ein Mann wie er doch vielleicht seinen Nachfolgern zuviel zutraut, und ich glaube, wir haben unserseits allen Grund, bei seinen Lebzeiten so viele Fragen zu lösen, wie irgend möglich — es werden nachher doch noch genug übrigbleiben ... Ich möchte Sie bitten, die Frage unter diesem Gesichtspunkte ins Auge zu fassen und sie ernstlich zu erwägen, denn ich glaube, daß wir in der Tat jetzt vor der Entscheidung des ganzen Kulturkampfes stehen.

*

Da das Zentrum die Revision der Maigesetze für unbefriedigend hielt und gegen das Ganze zu stimmen gedachte, so war die Entscheidung der Nationalliberalen überaus verantwortungsvoll. Bennigsen blieb, wie er schon Bismarck am 25. Mai erklärt hatte, dabei, den Art. 4 für unannehmbar zu erklären, der den Bischöfen, die durch richterliches Erkenntnis ihrer Aemter entsetzt waren, nicht nur Begnadigung und Erlaß der erkannten Gefängnis- und Geldstrafen, sondern auch ihre Wiedereinsetzung in das Amt gewähren sollte. „Die letzte Möglichkeit halten wir so sehr für ausgeschlossen, daß ich behaupte, wenn jemals bei Erlaß der Maigesetze an diese Möglichkeit gedacht worden wäre, so wäre es besser gewesen, die Maigesetze nie zu machen. Es wäre besser gewesen, den Kampf nie zu beginnen, als durch ihn zu einem Moment zu gelangen, wo man unter solchen Umständen entsetzte Kirchenfürsten für geeignet hält, nach Wiederherstellung des Friedens zur Durchführung desselben in ihrem Amte zu dienen. Ungeeignetere Personen als diese Bischöfe, um nach Schaffung eines modus vivendi friedliche Zustände dauernd aufrechtzuerhalten, können gar nicht gedacht werden. Kann der Eindruck ein andrer sein als der einer schweren Niederlage in der Stellung des Staats gegenüber der Kirche und eines Sieges der ecclesia militans, der ultramontanen Partei?" Als in der zweiten Lesung die Konservativen und das Zentrum diesen Artikel zur Annahme brachten, erklärte Bennigsen, dann lieber das ganze Gesetz scheitern lassen zu wollen oder der Regierung zu überlassen, es

mit Zentrum und Konservativen zustande zu bringen. Es gelang ihm jedoch, einerseits die zum Teil selbst bedenklichen Konservativen gegen einige Konzessionen zum Verzicht auf den Bischofsparagraphen zu veranlassen, anderseits für diese Konzessionen und das ganze Gesetz so viel Nationalliberale zusammenzubringen, daß es schließlich mit einer Majorität von 4 Stimmen (gegen Zentrum, Fortschritt und einen Teil der Nationalliberalen) angenommen wurde.

Dieser Kompromiß Bennigsens[1]) war zwar für die kirchenpolitische Gesetzgebung nicht von bleibender Bedeutung, da er bald durch weitere Konzessionen der Regierung überholt wurde, aber für die nationalliberale Partei insofern von tieferer Nachwirkung, als er der äußerliche Anlaß zu der Vollziehung der lange geplanten Sezession des linken Flügels wurde. Daß der Kompromiß nur einen gern ergriffenen Vorwand abgab, ging daraus hervor, daß von den Urhebern dieser Sezession gerade Lasker und Bamberger bei der Maigesetzgebung sich gänzlich

---

[1]) Ueber seine Motive bei dem Kompromiß sprach sich Bennigsen ausführlich in seiner Rede gegen die Sezession am 19. September in Hannover aus: „Unsre Partei, gegenüber einer Mehrheit im Abgeordnetenhause der Altkonservativen und Ultramontanen von mehr als 40 Stimmen, hat es durch ihre entschlossene Haltung zuwege gebracht, daß alle diese bedenklichen Bestimmungen aus dem Gesetze entfernt sind. Wenn Sie das einen Kompromiß nennen wollen, so ist das doch eine eigne Art von Kompromiß, wo der Herr Minister, mit dem wir uns über den Entwurf niemals geeinigt haben, fortwährend erklärt hat, er wäre nicht in der Lage, diese Teile der Vorlage fallen zu lassen, diese Bestimmungen seien gerade das Wesentliche der Vorlage. Unsre Verhandlungen mußten geführt werden mit dem Teil der Konservativen, der keine Lust hatte, in der Nachgiebigkeit gegen die Ultramontanen zu weit zu gehen. Ich kann Sie versichern, ein leichtes Stück Arbeit ist es nicht gewesen, in den wochenlangen Kommissionsberatungen und Verhandlungen einer an Anstrengungen ohnehin reichen Session. Damals hat dieses unser Verfahren, wo wir Schritt für Schritt einen Teil der Konservativen gewannen und Schritt für Schritt die Regierung zurückdrängten, allgemeine Zustimmung gefunden. Dies war nur zu erreichen, wenn man nicht von vornherein sagte, das Gesetz, wie es ist, einerlei, was aus demselben wird, lehnen wir unter allen Umständen ab. Wenn unsre Partei eine solche Haltung einnahm, war die notwendige Folge, daß die Konservativen und Ultramontanen von der Mehrheit, die sie zusammen im Abgeordnetenhause hatten, Gebrauch machten, sich mit der Regierung verständigten auf Grund einer Vorlage, in welcher alsdann dasjenige, was den Ultramontanen unangenehm war, herausgestrichen und das daringelassen wurde — namentlich die Zurückführung der abgesetzten Bischöfe – , was nach unsrer Auffassung für das Land am gefährlichsten war. Auf dem Wege allein, daß wir uns nicht ganz negativ verhielten, daß wir für uns einen Teil der Altkonservativen gewannen, nicht durch einen Kompromiß mit der Regierung ist ein Gesetz zustande gekommen, welches in seinen Bestimmungen vollkommen harmlos ist und sogar einige gute und wohltätige Vorschriften enthält.“

zurückgehalten hatten, Forckenbeck bei der Beratung im Herrenhause sich schweigend verhielt und der Bayer Stauffenberg überhaupt den innerpreußischen Angelegenheiten fernstand; einzig Rickert, der in dieser Frage die nationalliberalen Kompromißgegner geführt hatte, konnte bei diesem Anlaß gewonnen werden. Immerhin, die Linke hatte einen Schulfall der Taktik Bennigsens, mit der diesmal auch weitere Kreise der Partei unzufrieden waren, zum Ausgangspunkt ihrer Trennung genommen. So vollzog sich, indirekt unter dem Einflusse der Politik Bismarcks, die zweite Spaltung des deutschen Liberalismus.

Miquel an Bennigsen.

Frankfurt, 10. Juli 1880.

Benda und später Hobrecht waren hier, und wir haben die Lage der Partei und ihre zukünftige Politik viel besprochen. Für mich war und ist auch jetzt das Fazit, daß wir eine andre Politik einschlagen müssen, soll die Partei nicht ganz gefährdet werden. Wir müssen mehr als parlamentarische Minderheitspartei auftreten, mehr unsre eignen Wege gehen, weniger mit Bismarck verhandeln, sondern selbst handeln, die Zukunft mehr ins Auge fassen, uns äußerlich auch selbständiger stellen. Du verstehst mich schon. Nur so sind die Reste der Partei vereinigt zu halten und eine radikale Strömung zu verhindern. Dies liegt im deutschen und liberalen Interesse. Unter und mit Bismarck können wir die Dinge allein nicht mehr machen. Er ist und kann nicht sein unser Führer, er will uns nicht wohl und wird die deutschen Dinge auch nicht viel mehr fördern. Mir wäre es sehr lieb, wenn wir uns einmal aussprechen könnten. Hobrecht wünscht eine Zusammenkunft etwa im September mit Dir, Rickert, Gneist u. s. w. Könntest Du die Sache nicht in die Hand nehmen? Jedenfalls wäre es gut, sich einmal im kleinen Kreise offen auszusprechen, damit man sieht, ob es noch so weitergeht.

Rickert an Bennigsen.

Zoppot bei Danzig, 17. August 1880.

Von Forckenbeck [1]) habe ich vor vier Tagen die Mitteilung erhalten, daß er, Stauffenberg, Bamberger und einige andre Freunde fest entschlossen seien, aus der Partei auszutreten. Er hat mich ersucht, mich eventuell diesem Schritt anzuschließen. Die mir vorgelegte, für die Oeffentlichkeit bestimmte, sehr ruhig gehaltene Erklärung [2]) konstatiert,

---

[1]) Der Brief Forckenbecks an Rickert vom 11. August 1880 ist von mir veröffentlicht in der „Deutschen Revue" März 1908.

[2]) Die Erklärung, unterzeichnet von 28 Reichstags- und Landtagsabgeordneten, wurde am 28. August in der Presse veröffentlicht.

daß der Austritt erfolgen müsse, weil die nationalliberale Partei unter den wesentlich veränderten Verhältnissen nicht mehr von der Einheit politischer Denkart getragen werde, auf der Macht und Einfluß einer politischen Partei beruhen. Die Erklärung hebt ferner die Notwendigkeit wirtschaftlicher Freiheit für Deutschland hervor und spricht sich insbesondere gegen diejenigen Abgaben und Zölle aus, welche die Steuerlast vorwiegend zum Nachteil der ärmeren Volksklassen verschieben. Die Erklärung vermeidet jede Polemik. In dem Brief betont Forckenbeck, daß ein Zusammengehen mit der Fraktion nur „zurzeit" nicht mehr möglich sei. Der Entwurf der Erklärung, über welchen noch verhandelt wird, ist so gehalten, daß ich ihr in allen wesentlichen Punkten zustimmen kann. Obwohl mir Diskretion auferlegt ist, halte ich es doch für meine Pflicht, Ihnen schon jetzt offen und unumwunden davon vertraulich Mitteilung zu machen und zugleich ebenso offen über meine Stellung dazu, wie ich sie nach eingehender ernster Ueberlegung genommen habe.

Sie wissen es, wie gern ich mit Ihnen und den Ihnen folgenden Freunden jahrelang zusammen gearbeitet habe — in welchem Maße mich persönliche Hochachtung und Zuneigung an Sie gekettet haben, wissen Sie vielleicht nicht. Auch in Zukunft werde ich mich niemals in meinem Urteil über Ihre großen Verdienste um das Vaterland und unsre liberale Sache irre machen lassen. Anderseits habe ich mir seit dem verhängnisvollen Schritt der Zweihundertundvier und seit den Zolldebatten im Reichstag nicht verhehlen können, daß die beiden scharf voneinander geschiedenen wirtschaftlichen Richtungen in unsrer Partei die Bedeutung derselben und ihre Aktionsfähigkeit ganz wesentlich beeinträchtigt haben — daß ferner die neuerdings wiederholt aufgetretenen Differenzen in der Behandlung wichtiger politischer Fragen und bezüglich der Stellung zum Reichskanzler die Wirksamkeit unsrer Partei stark herabgedrückt haben. In weiten Kreisen ist man mit dieser Lage unzufrieden, mehr als ich geahnt hatte, und ein Teil der der Partei angehörigen Wähler schwenkt bereits aus Ueberdruß über diese Dinge zur Fortschrittspartei ab. Sie selbst haben in den letzten Tagen unsers Zusammenseins geäußert, daß in solcher Verfassung die Partei ihr politisches Gewicht verlieren müsse.

Der ohne mein Zutun von Forckenbeck und den andern Freunden fest und unabänderlich gefaßte Entschluß legt auch mir die Pflicht auf, schon jetzt eine Entscheidung zu treffen. In der letzten Reichstagssession habe ich es mit vielen Anstrengungen verhindert, daß es zum Austritt der Freunde kam. Jetzt ist's nicht mehr möglich. Ich muß übrigens auch zugeben, daß es loyal von den Freunden ist, wenn sie

innerhalb der Fraktion weitere Kämpfe vermeiden und Ihnen Schwierigkeiten nicht mehr in den Weg legen wollen. Ebenso unzweifelhaft erscheint es mir aber auch, daß meine Stellung in der Partei eine unhaltbare wird, wenn die Freunde, mit denen ich in wirtschaftlichen Fragen und in bezug auf die ganze rückschrittliche Bewegung innerhalb der Regierung und der Konservativen übereinstimme, die Fraktion verlassen. Am liebsten hätte ich mein Mandat niedergelegt, aus Gründen, die in meinem Wahlkreise liegen, kann ich es zurzeit nicht.

Je länger die Zollgesetze von 1879 in Wirksamkeit sind, um so fester wird in mir die Ueberzeugung, daß sie — ich spreche hier weniger von den Industriezöllen — die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation geschwächt haben und weiter schwächen werden, daß die Eisenbahn- und insbesondere die unhaltbare Eisenbahntarifpolitik die bedenklichsten wirtschaftlichen und finanziellen Folgen haben muß. Bisher habe ich mich aus Rücksicht für den inneren Frieden in der Fraktion — Sie haben mir beim Städtetag öfters erklärt, daß wir geschiedene Leute wären, wenn wir am Zolltarif rüttelten, namentlich an den Getreidezöllen — in der Zollfrage und auch im Abgeordnetenhause in der Eisenbahnfrage zurückgehalten. Die nächsten Sessionen werden beide Fragen wieder auf die Tagesordnung bringen. Ich glaube nicht, daß es auch fernerhin zu verantworten wäre, wenn diejenigen, die über die Folgen der neuen Wirtschaftspolitik so denken wie wir, die bisherige Zurückhaltung üben wollten. Die Taten der Zweihundertundvier werden leider schneller von der Wirklichkeit als das illustriert, was wir bisher immer darin gesehen haben. In der Zoll-, Eisenbahn- und insbesondere auch in der Steuerfrage muß meiner Ueberzeugung nach eine festere Stellung von uns genommen werden. Es müssen, zumal da aus den Reihen des Beamtentums alles, was unabhängig denkt und handelt, nacheinander entfernt wird, an der einzigen Stelle, wo das freie Wort und unabhängiger Sinn noch einige Bedeutung haben, dieselben auch zur Geltung gebracht werden. Es ist das einzige Sicherheitsventil bei der Gärung in unsern öffentlichen Zuständen. Wenn nicht die gemäßigteren liberalen Elemente gegen die nervöse, sprunghafte, alles in Unruhe versetzende jetzige Politik Front machen, so muß ein radikaler Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung über kurz oder lang erfolgen. Das Resultat meiner reiflichen Ueberlegung ist, daß ich mich den Ausscheidenden anschließen werde. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß es nicht richtig gehandelt wäre, wenn ich im Innern der Fraktion das auszuführen versuchte, was ich in bezug auf unsre zukünftige Haltung für notwendig erachte.

Dabei habe ich allerdings den sehnlichen Wunsch, daß Sie mir

nicht zürnen und ebenso wie ich dazu beitragen möchten, daß unsre Beziehungen nicht getrübt werden; ich habe den aufrichtigen und redlichen Willen — das kann ich bestimmt versichern —, mit aller Kraft dahin zu arbeiten, daß die Austretenden die alten freundschaftlichen Beziehungen und in wichtigen Fragen auch gemeinschaftliche Besprechungen halten. Unser ganzes Fraktionswesen im Parlament hat sich nach meiner Meinung überlebt. Bismarck hat es vollends unhaltbar gemacht. Nach meiner Ueberzeugung müssen wir zu einer größeren Parteibildung im Volk kommen. Mit der nochmaligen herzlichen Bitte, meinen bevorstehenden Austritt aus der Fraktion als einen aus innerer Notwendigkeit und mehr aus Rücksicht gegen die andersdenkenden Kollegen als aus Feindseligkeit erfolgenden Schritt anzusehen, und in der Hoffnung, daß ich auch fernerhin auf großen und wichtigen Gebieten mit Ihnen gemeinsam werde arbeiten und Ihnen werde folgen können, vor allem aber, daß unsre freundschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten bleiben . . .

Miquel an Bennigsen.[1]

Frankfurt, Sonntag (29. August 1881).

Du bist mir sehr willkommen — ich werde Dich am 31. nachmittags 5 Uhr 40 von der Bahn abholen. Es wird sehr wichtig sein, wenn Du die Badener festhalten kannst und insbesondere mit Kiefer sprechen könntest. Die Dinge liegen nach meiner Meinung in der Volksströmung ungünstig. Die tausend von Bismarck fortwährend erzeugten Mißstimmungen sind ein Strom geworden, selbst viele nationale Kreise fortreißend. Brüning (Freihändler) und seine Presse hier sind mit Sack und Pack in das Bambergersche Lager übergegangen. Ein Teil der nationalliberalen Presse ist noch schwankend. Es ist in diesem Augenblick notwendig, daß Du bei irgendeiner Versammlung in Hannover Deinen durch die gegnerische Presse verdunkelten Standpunkt klarlegst und indirekt dadurch auch die fortwährend ausgestreuten Ministergerüchte widerlegst. In Süddeutschland wird bei den im Kampf stehenden nationalen Elementen immer die Gefährdung der Befestigung des Reichs über taktische, persönliche und volkswirtschaftliche Differenzen wirken. In solchen Kreisen, wo die Ansichten wie hier auseinander gehen, scheint es mir das richtige, daß die nationalliberalen Vereine erklären, von den Trennungen der parlamen-

[1] Bennigsen hatte die Nachricht von der Sezession in der Schweiz erhalten, wo er sich im August vier Wochen lang aufhielt. Er kehrte Ende August zurück, gab einen bei Oechelhäuser in Niederwalluf beabsichtigten Besuch auf und besprach sich zunächst mit den badischen Nationalliberalen und dann mit Miquel in Frankfurt.

tarischen Fraktionen unberührt zusammenbleiben zu wollen. Rickerts Abfall kann mich nicht wundern. Seit lange besteht eine förmliche Hetze gegen uns, namentlich Dich, und Rickert war derselben schon lange geneigt. Die wirtschaftlichen Fragen kommen hinzu. In den östlichen Provinzen werden sie gewinnen. Halte nur Hannover fest, wo es in vielen Wahlkreisen auch zu wackeln beginnt. Das Kirchengesetz ist uns sehr ungelegen gekommen. Die Abstimmung hat uns viele Kreise entfremdet, welche mit Falk durch dick und dünn gehen. Dies müßtest du besonders aufklären. Sitzen wir ganz still, so geht die Strömung unfehlbar über uns weg. Es kommt weniger darauf an, einige Abgeordnete mehr oder weniger zu halten, als in den Wählerkreisen festen Fuß zu behalten.

Stephani an Bennigsen.

Leipzig, 7. September 1880.

Gern hätte ich Ihnen in der unseligen Sezessionsangelegenheit schon geschrieben, wenn ich nicht glaubte, daß Sie schon ohnehin so stark mit Anfragen u. s. w. in dieser Sache behelligt sind, daß ich Ihnen diese Pein nicht vermehren wollte durch Ausdruck meiner tiefen Verstimmung über diese jeder sachlichen Begründung entbehrende und nur in Personenfragen wurzelnde Sezession, die den Einfluß der liberalen Mittelparteien auf Jahre hinaus schwer schädigen muß und nur den extremen Parteien zugute kommt. Ich bin ganz einverstanden mit Ihnen, daß wir, um die liberalen Parteien nicht vollends ganz zu diskreditieren, trotz allen berechtigten Grolls über die rücksichtslose Form, in der diese rein persönliche Sezession in Szene gesetzt ist, dem nicht öffentlichen Ausdruck geben dürfen, sondern versuchen müssen, soweit möglich eine Kooperation mit den Ausgeschiedenen zu erhalten. Ich habe deshalb auch hier die Parole ausgegeben, „unbeirrt und unverändert unsern bisherigen Weg fortgehen, die Herren nicht angreifen, solange sie uns nicht angreifen, und versuchen, mit ihnen zu kooperieren". Viel Hoffnung hege ich aber nicht, denn die Herren mögen sich jetzt sträuben wie sie wollen, die Flutwelle trägt sie doch weiter nach links, dem Fortschritt mit Eugen Richter in die Arme. Ob auch die Wahlkreise dieser Schwenkung nach links folgen, das hängt allerdings fast nur von Bismarck ab. Treibt er seine stürmisch-unruhige, launenhafte Agitation im Innern so weiter wie seit etwa anderthalb Jahren, so ist bis zu den nächsten Wahlen drei Viertel von Deutschland in entschiedener Opposition und die Mittelparteien sind beseitigt; hält er aber jetzt Ruhe, so könnte die neue Laskerpartei doch Fiasko machen. Sorgen müssen wir aber, daß uns nicht in der Stille noch mehr Seelen weggefangen

werden, die Schwankenden müssen gefestigt werden, die Bevölkerung muß etwas von uns hören, es muß für eine neue Geschäftsorganisation der Partei gesorgt werden, die ja durch Rickerts Weggang ganz in die Brüche gegangen ist. Wer besitzt denn unsre Akten? Etwa Rickert? Und das ist der Grund, weshalb ich Ihnen schreibe; ich glaube doch, Sie müssen in irgendeiner Form eine vertrauliche Besprechung der treugebliebenen Genossen veranlassen, um eine gemeinsame Haltung, vielleicht auch eine öffentliche Erklärung herbeizuführen. Und dabei müssen Sie entschieden führend in den Vordergrund treten. Das ist's, was man hier verlangt und erwartet; ich bin von verschiedenen Seiten dringend in diesem Sinne ersucht worden. Im allgemeinen ist bis jetzt die Stimmung in Sachsen gegen die Sezessionisten, mit Ausnahme von Chemnitz ... Aber die Leute hier wollen durchaus von der alten Partei, von Ihnen etwas hören. Deshalb möchte ich Sie angelegentlich bitten, wenn nicht ganz dringende Gründe entgegenstehen, bald eine solche Besprechung zu veranlassen. Die Verschiebung bis zum preußischen Landtage scheint mir gefährlich, bis dahin könnte uns noch viel verloren gehen, wenn wir ganz schweigen.

Miquel an Bennigsen.

Baden, Montags (13. September) 1881.

Du mußt aber unbedingt gleich zu Anfang der Landtagseröffnung in Berlin sein. Schon jetzt schreiben mir die Rheinländer, daß dies entscheidend sein könne. Ich werde auch, wenn irgend möglich, mich stellen. Mit Kiefer wird wegen einer Badener Provinzialversammlung verhandelt. Sitzen die Gegner vorläufig still, so haben wir es auch so eilig nicht. Hast du keine Nachrichten aus Holstein? Die vierzehn rheinischen Abgeordneten scheinen fest zu sein. Brüning ist hier und guter Dinge.

Ich fürchte nur, daß Bismarck uns zur Opposition zwingt. Aus guter Quelle erfahre ich, daß vorgelegt werden die Börsensteuer mit erhöhten Sätzen ohne Quittungssteuer, Bier ohne Branntwein, vielleicht Wehrsteuer. Der Tabak steht so brillant, daß die Steuer etwa 20 Millionen einbringen wird. Bismarck soll eventuell auflösen wollen.

Baden (September), 1881.

Wir müssen bald Aktion zeigen, sonst überfluten sie uns, da sie ohnehin mit der Strömung gehen. Ich treibe hier und am Rhein auch zu Provinzialversammlungen, da ich vor dem Landtage wenigstens eine allgemeine deutsche Zusammenkunft nicht für möglich halte. Könntest Du nicht allein ein lithographiertes Rundschreiben an alle Abgeordneten

des Landtags und des Reichstags von unsrer Seite erlassen, in welchem Du sagtest, daß von vielen Seiten eine allgemeine Zusammenkunft noch vor dem Landtage gewünscht würde, daß dies aber aus den und den Gründen jetzt schwierig sei, daß aber eine solche mit süddeutschen Abgeordneten demnächst in Berlin oder einem andern geeigneten Orte stattfinden werde, um die Zukunftspolitik und das Verhalten gegen die Abtrünnigen zu beraten? Die Leute hätten dann etwas in der Hand und beruhigten sich vorerst. Rickert wird alles aufbieten, sie im ersten Anlaufe abzufangen. Er kennt das Keilen.

Von Benda an Miquel.[1])

Rudow, 9. September 1880.

Ich richte diese Zeilen zunächst an Sie, indem ich voraussetze, daß Sie in Ihrer Stadt weilen und nicht, wie die meisten Freunde, ins Ausland entflohen sind. Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß ich gestern mit Rickert über unsre äußeren Angelegenheiten konferiert habe, nachdem ich hierüber bereits mit Gneist und Cuny gesprochen hatte.

Auch über unsre Parteiverhältnisse und die neuesten Vorgänge habe ich recht ausführlich mit ihm gesprochen, aber ich werde Ihnen kaum etwas sagen, was Ihnen nicht bekannt wäre. Rickert bestreitet jede Animosität gegen Bennigsen, den er trotz seiner wirtschaftlichen Irrtümer für den Minister der Zukunft ansieht, der seine und seiner Freunde volle Unterstützung finden werde. Ich konnte nicht umhin, ihm zu bemerken, daß die Haltung von Dernburg und Genossen seit Veröffentlichung der Erklärung eine schlechte Einleitung zu solcher Auffassung der Lage geliefert hätte; im übrigen würden Forckenbeck, Lasker, Bamberger wohl etwas zurückhaltender sein. Er konnte nicht genug die Friedfertigkeit seiner Freunde und ihre Bereitschaft, nach wie vor mit uns zu arbeiten, versichern. Als das trennende Element sieht er nicht allein die Kornzölle, sondern manche andre Kompromißarbeit an; aber das erstere klingt bei ihm doch immer als das Entscheidende durch, und er scheint ehrlich zu glauben, daß die Seestädte allein keine partikularen Interessen verfolgen, daß der reine Freihändler allein in der deutschen Wirtschaft berechtigt ist.

Im übrigen macht er den Eindruck eines glücklichen, erlösten Mannes, und ich will ihm glauben, daß seine Situation in den letzten Monaten keine angenehme war. Ganz leicht ist ihm die Entscheidung nicht geworden. Er trägt sich nun mit dem stolzen Bewußtsein, daß der Schritt „der Gruppe" die Bewegung nach links zum Stehen gebracht

---

[1]) Von Miquel am 13. September an Bennigsen übersandt.

habe. Darüber kann ich nur lächeln, denn ich glaube gewiß, daß, wo unsre alten Vertrauensmänner aus ihren Mandaten gedrängt werden, bei der angerichteten Unsicherheit und Verwirrung nirgends der sanftere linke Flügel, sondern der rüstige Fortschrittsmann an die Stelle tritt. Hamburg und vielleicht Bremen werden die nächsten Beweise liefern. Als ob man solche Bewegung in der Hand hielte! Rühmen sich doch Virchow und Hänel offen der neuen Fraktionsgenossen, und daß ihr milder Geist nicht übermächtig werde, dafür wird Eugen Richter schon sorgen!

Ich sage dies alles gewiß nicht in der Meinung, mit Vorurteilen oder böswillig an diese neue befreundete Gemeinschaft heranzutreten, und die Fußstöße, mit welchen das seine Geburt vollziehende Kind uns bedacht hat, will ich gerne vergessen. Aber darauf muß, wie ich glaube, unsre Sorge vor allem gerichtet sein, daß der Trennungsprozeß zunächst im Landtage keine zu große Ausdehnung gewinne. Bis jetzt sind nur sehr wenige der Erklärung beigetreten, weniger, als die Herren erwartet haben; aber ich zweifle nicht, daß mancher die kommenden Dinge und das Zusammentreten im Landtage abwartet, um dann erst seine Entschlüsse zu fassen. Der Umfang der Trennung, das ganze Gewicht, welches derselbe auf die Wahlkreise ausüben wird, und gewiß auch die Haltung der neuen „Gruppe" uns gegenüber wird davon abhängen, daß wir so operieren, so rechtzeitig und so wohlüberlegt unsre Erklärungen abgeben, daß wir damit die noch verbliebenen Mitglieder tunlichst vollzählig in dem alten Verbande zusammenhalten. Dem aufgestellten Programm gegenüber wird uns dies, wie ich hoffe, nicht zu schwer werden. Vielleicht gelingt es uns, manches, was wir völlig unterschreiben, bestimmter und klarer zu fassen, das wirklich Unterscheidende auf wirtschaftlichem Gebiete auf die berechtigte Grenze zurückzuführen, die Wahrung unsrer völligen Selbständigkeit ebenso zu betonen wie die Notwendigkeit gewisser Regeln für eine große Fraktion, deren Mangel, wie ich glaube, ihren Teil an den Zerwürfnissen hat, und ohne deren Beobachtung auch in der „neuen Gruppe" bald genug die persönlichen und sachlichen Divergenzen wieder den Frieden stören werden.

Wollen wir den gewiß vielfach schwankenden Gemütern gegenüber in dieser Krisis das Ansehen und den Umfang der Partei erhalten, soweit sie noch vorhanden sind, so werden wir uns alle zu erhöhter Tätigkeit entschließen, und wir werden zu unsern Vorberatungen besonders auch diejenigen Mitglieder heranziehen müssen, welche wir zu dem linken Flügel rechneten und welche doch der „Gruppe" nicht beigetreten sind. Bis zum Zusammentritt des Landtages sind voraus-

sichtlich noch sechs Wochen, eine genügende Zeit zu allen Vorbereitungen; aber sie streichen gleichwohl schnell vorüber! Ich wollte daher diese flüchtigen Zeilen, die ich Ihnen mitten im Einquartierungstrubel schreibe, nicht aufhalten, um Sie zu bitten, mir Ihre Meinung zu sagen, eventuell mit Bennigsen über Zeit und Methode der weiteren Vereinbarungen sich zu verständigen und mir Ihre Mitteilungen hierüber zukommen zu lassen.

Bennigsen an Rickert.

Hannover, 13. September 1880.

Meinen Brief aus Flims vom 30. v. M., welchen ich auf einer Eisenbahnstation nördlich von Chur am 31. vormittags auf die Post gab, werden Sie hoffentlich erhalten haben.[1] Ich bin seit acht Tagen wieder hier, bis dahin und bis Ende dieser Woche sehr in Anspruch genommen durch den provinzialständischen Verwaltungsausschuß, welcher diese ganze Woche Sitzung hat. Auf nächsten Sonntag ist eine Versammlung von Vertrauensmännern hiesiger Provinz angesetzt, die sich voraussichtlich, ebenso wie Schläger und Hornemann (von Römer wissen Sie es seit Ende August) gegen die Sezession und für die Aufrechterhaltung der nationalliberalen Partei aussprechen werden.

Daß Sie und Ihre Freunde die kurze Zeit der Ruhe zwischen den Sessionen durch Ihren Ueberfall gestört haben, war nicht schön! Ich schrieb Ihnen aber schon aus der Schweiz, daß es mir fernliegt, Ihnen namentlich oder auch den andern Vorwürfe zu machen. Gelingt es Ihnen durch die Sezession, wie das nach Aeußerungen gegenüber Benda beabsichtigt und Ihnen wahrscheinlich ist, im östlichen Preußen die Bewegung nach links zum Stehen zu bringen, so hätte die Sezession — auch wenn sie im übrigen Verwirrungen im liberalen Lager stiftet und, statt eine große allgemeine liberale Partei hervorzurufen, zu den vorhandenen Fraktionen nur eine neue nordöstliche und wesentlich freihändlerische Gruppe hinzufügt — doch auch ihr Gutes. Ich fürchte nur, Sie machen die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Falle Herrn Eugen Richter, welcher selbst den Herren Virchow und Hänel wohl über sein wird, wie Bräsig sagt.

Aus einem Briefe Bendas entnahm ich, daß Sie mit ihm in Berlin über die Geschäfts- und Preßangelegenheiten gesprochen haben. Was den von Kapp verwalteten Parteifonds anlangt, so bezweifle ich nicht, daß sich eine Verständigung finden wird, selbst wenn wir einen formellen Anspruch ausgetretener Mitglieder nicht anerkennen sollten. Das besprochene Arrangement über die „Deutsche Korrespondenz"

---

[1]) Dieser erste Brief Bennigsens liegt leider nicht vor.

scheint mir aber kaum ausführbar zu sein. Dies war und ist doch die einzige aus Mitteln der Partei erhaltene Korrespondenz. Ich werde voraussichtlich Mitte der folgenden Woche auf zwei Tage nach Berlin fahren, etwa 21. 22. d. M. Können Sie im Laufe derselben Woche auch nach Berlin kommen, so würde mir sehr erwünscht sein, mit Ihnen zusammenzutreffen, um dieses und jenes in bezug auf die Auseinandersetzung und alles, was uns an politischem Streben gemeinsam bleiben muß, zu besprechen. Da nach Ihren Briefen an mich und Ihren Aeußerungen gegenüber Benda Sie offenbar einen Kampf aufs Messer mit mir und den alten in der Partei verbleibenden Freunden nicht zu führen beabsichtigen, so wird hoffentlich auch ein dauernder persönlicher und ich füge hinzu freundschaftlicher Verkehr zwischen uns nicht ausgeschlossen sein.

Rickert an Bennigsen.

Zoppot bei Danzig, 16. September 1880.

Für Ihren Brief sage ich Ihnen aufrichtigen Dank. Ich freue mich um so mehr darüber, als ich daraus ersehe, daß Sie auch fernerhin mit uns, speziell mit mir, arbeiten wollen — trotz der Verschiedenheit unsrer Meinungen und Ueberzeugungen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Sezession, so wenig glücklich der Zeitpunkt auch gewählt sein mag, d. h. wenig glücklich für uns — unmittelbar nach der Landtagssession wäre er wirkungsvoller gewesen —, er hat das eine schon bewirkt, was ich sehr hoch anschlage, und ich sage es Ihnen ganz offen: daß Sie selbst mehr heraustreten und, wie ich hoffe, auch in Zukunft mehr aktiv nach außen werden. Ich verstehe es vollständig, daß diese agitatorische Arbeit Ihnen nicht angenehm sein kann. Mir ist sie auch so fatal wie möglich, und ich habe bisher auch weniger getan, als Sie glauben mögen — leider sehr wenig. Aber ohne diese agitatorische Tätigkeit können wir uns und unsre Sache nicht halten.

Die Sezession kann aber noch mehr Vorteile bringen, wenn auf beiden Seiten richtig, maßvoll und lediglich sachlich vorgegangen wird. Was mich anbetrifft, so habe ich mir alle Mühe gegeben, überallhin auf das dringendste zu empfehlen, alle gehässige Polemik gegen die alten Freunde zu unterlassen und gegen diejenigen zu kämpfen, die unsre gemeinsamen Gegner sind. Ich habe mich vor allem auch dagegen verwahrt, daß es unsre Absicht sei, gegen Sie persönlich vorzugehen. Ich weiß nicht, ob Sie meine Danziger Rede nach dem ausführlichen Bericht gelesen haben; Sie würden schon darin eine Bestätigung dafür finden. Es hat mich aufrichtig gefreut, auch in einem fortschrittlichen Organ, der „Kieler Zeitung," die wärmsten Worte der Anerkennung

für Sie zu finden und ebenso ferner den Ausdruck der Hoffnung, daß in nicht zu ferner Zeit Sie an der Spitze der liberalen Partei und von ihr unterstützt in die Regierung eintreten möchten.

Schon von Berlin her weiß ich, daß Sie meine Bestrebungen für das Zustandekommen einer liberalen Partei für Irrtümer halten. Gleichwohl kann ich davon nicht lassen. Nach meiner festen Ueberzeugung wäre es ein Unglück für die liberale Sache gewesen, wenn wir gemeinsam die bisherige Stellung zum Reichskanzler bewahrt hätten und wenn nicht aus den Reihen der Liberalen eine entschiedene Opposition gegen die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers, gegen seine Steuerpläne und gegen die Desorganisation aller behördlichen Organisationen und Autoritäten gemacht worden wäre. Die Städte wären über kurz oder lang fast sämtlich nach links abmarschiert. Die Fortschrittspartei und die noch weiter nach links gehenden Elemente hätten ihre Führung übernommen.

Nochmals kann ich nur die Bitte aussprechen, Sie möchten soviel wie möglich dahin wirken, daß die gehässigen Angriffe unterbleiben. Die „Kölnische Zeitung", der „Hannoversche Courier" und auch Benfey in seiner Rede haben bei uns sehr schlimm gewirkt. Man bekämpft die Gegner am schlechtesten, wenn man ihnen „persönliche" Motive unterschiebt, „Intrigen" ihnen andichtet u. s. w. (ich gegen Sie „persönliche Motive", das war allerdings nicht übel). Die Geschichte der Sezession ist einfacher, wie die meisten glauben. Auch in Zukunft werden wir aufeinander angewiesen sein. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn man sich „aufs Messer" bekämpfen wollte . . . Was mich betrifft, so werde ich hoffentlich nie provozieren und wünsche auch nicht provoziert zu werden. Wenn man mich nur nicht zwingen will, etwas zu vertreten, was ich nicht kann, bin ich zufrieden. Die Freunde mögen ebenfalls nach ihrer Ueberzeugung leben.

Bennigsen an Pfaff.

Hannover, 15. September 1880.

Sie haben mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß über die leider eingetretene Sezession einer Anzahl Parteigenossen unter den politischen Freunden hiesiger Provinz möglichst bald Klarheit geschaffen werde. Von gleicher Ansicht ausgehend, haben, wie Sie inzwischen gelesen haben werden, etwa 24 angesehene Parteigenossen hiesiger Stadt, welche in dem festen Entschluß einig waren, daß unser alter Parteiverband auch jetzt zu erhalten sei, die Einladung zu einer Versammlung von Vertrauensmännern der ganzen Provinz auf nächsten Sonntag zwölf Uhr in der Börse hier erlassen.

Sehr würde ich mich freuen, wenn auch von dort einige unsrer Freunde sich beteiligen; können Sie selbst abkommen, um so besser. Wir wollen den Kopf oben behalten und unsre alte, über ganz Deutschland sich erstreckende Partei, welche in günstigen und ungünstigen Zeiten durch mehr als zwölf Jahre ihre Tätigkeit im umgestalteten Deutschland und vorher ähnlich im Nationalverein erfolgreich bewährt hat, fest und fester zusammenschließen und in ihrer nach allen Seiten unabhängigen, liberalen, auf das Wohl des ganzen Reichs gerichteten Wirksamkeit aufrechterhalten.

Miquel an Bennigsen.

Baden, Dienstag (14. September 1880).

Ich bin sehr froh, daß die Dinge in Hannover vorwärtsgehen. Die Separation flößt mir jetzt allerdings weniger Bedenken ein als früher (da Rheinland, Baden, wohl auch Holstein, Hessen fest sind und bis jetzt der Rest nur vereinzelten Zuzug ihr gebracht hat). Nichtsdestoweniger müssen wir sehr auf unsrer Hut sein, diese entscheidende Krisis glücklich zu überwinden.

Leider bin ich krank und werde nach Frankfurt zurück müssen, werde aber, wenn irgend möglich, nach Hannover kommen. Jedenfalls werde ich Dir den Entwurf einer Erklärung der Landesversammlung einsenden, wenn überhaupt eine solche abgegeben werden soll. Ich würde das äußerste Entgegenkommen in der Form anraten, auch in den Reden, die Separation als eine Schwächung der nationalen und liberalen Elemente mehr beklagen als verurteilen, die fortdauernde nationale Aufgabe der Partei betonen, in der Kirchenfrage Festigkeit bei aller Friedensliebe zeigen, Bismarcks äußere Politik und die Bemühungen für die Stärkung des Reiches als zu unterstützen, jede einzelne Maßregel als freier Beurteilung unterworfen darstellen und dann wiederholt Stellung gegen das Monopol, die einseitige Biersteuer nehmen, Steuer ohne Garantie der Entlastung u. s. w. direkt ablehnen, sonst aber die Selbständigkeit der Finanzen des Reichs vertreten. Deine Rede, sorgfältig erwogen, muß vorsichtig gedruckt werden. Sie ist in diesem Augenblick von der höchsten Wichtigkeit. Vielleicht ist es gut, daß die Versammlung nur ihre Zustimmung zu Deiner Rede kundgibt und kein neues Programm formuliert.

Frankfurt, Freitag (17. September 1880).

Ich fürchte sehr, nicht kommen zu können. Die Strömung ist links gegen Bismarck sehr mißtrauisch, die Stimmung unruhig und unsicher, was da noch kommen wird. Auch fürchte ich wieder neue Wagneriana von dem neuen Handelsminister. Treten wir innerlich reserviert und nach außen fest auf. Ist mein Brief Dir zu zahm, so lasse ihn in den

Papierkorb wandern. Meines Erachtens mußt Du aber mindestens diese Sprache führen, ohne den Eindruck zu machen, als ob wir pro futuro eine andre Taktik einschlagen wollten, alles aus unserm bisherigen, nur in großen Zügen zu entwickelnden System als natürliche Konsequenz herleitend. Die Nachteile einer Spaltung in Hannover — nur zugunsten der Welfen und Ultramontanen — wären wohl besonders zu betonen. Entschuldige diese Promemorias. Man kann so leicht etwas vergessen.

Der Beschluß der Versammlung müßte meines Erachtens einfach dahin gehen, daß man unter Zurückweisung jeder Trennung einfach in der nationalliberalen Partei bleiben wolle. Freundlichkeit gegen die andern kann ich nicht genug empfehlen bei den vielen in der Mitte stehenden Elementen.

Frankfurt, 6. Oktober 1880.

Ich konnte bisher nicht dazu kommen, Dir auf Deine Mitteilungen über die hannoversche Versammlung zu antworten. Sie hat überall sehr gut gewirkt und dem Strom merklich Einhalt getan. Ich habe inzwischen viele Badener, beide Hessen, Nassauer u. s. w. gesprochen, die gegen die Trennung sind, alle aber wünschen doch eine feste Haltung gegen die „Bismarckschen Projekte". Du glaubst gar nicht, wie namentlich im Handelsstande des ganzen Südens die Surtaxe, das Vorgehen der Straßburger Tabakmanufaktur (sie kauft jetzt in einer Reihe süddeutscher Städte sogar Fabriken an — alles offenbar Vorbereitung für das Monopol) und andre in der Luft schwebende Projekte verbitternd geradezu gewirkt haben. Der Radikalismus wächst mit Macht und findet an den verstimmten gemäßigten Elementen keinen Widerstand mehr. Die Erhaltung einer starken, zahlreichen, gemäßigten Partei hängt lediglich von dem vielfach erschütterten Vertrauen in die Festigkeit des Widerstandes gegen alle diese Dinge ab. Der nationale Gedanke erleidet in Süddeutschland einen unglaublichen Abbruch, die Trennung wird hier als eine Schwächung in der gefährdeten Lage zurückgewiesen, aber man hat die größte Neigung, eine Politik nach Art der Sezessionisten zu führen. Am Rhein scheinen mir die Dinge nicht wesentlich anders zu stehen. Ich kann dies nicht genug wiederholen. Unsre trübe politische Lage kann nur durch gelegentliches ganz entschiedenes Auftreten wenigstens einigermaßen aufgehellt werden.

Landrat von Bennigsen-Förder[1]) an Bennigsen.

Ratzeburg, 23. September 1880.

Infolge meiner Stellung bin ich ziemlich häufig beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh; so bin ich denn auch am 20. d. M. bei

---

[1]) 1880 kommissarischer Landrat, 1881 Landrat des Kreises Ratzeburg, † 1886 als Direktor des Stadtvogteigefängnisses in Berlin.

demselben gewesen. Bei dieser Gelegenheit, und zwar nachdem andre beim Fürsten anwesend gewesene Herren sich entfernt hatten, entspann sich nachstehendes Gespräch zwischen dem Fürsten und mir, welches, vom Fürsten hervorgerufen, meines Erachtens den Zweck haben sollte, Ihnen, Herr Vetter, mitgeteilt zu werden. Ich lasse daher dieses Gespräch im Wortlaute, d. h. soweit derselbe mir noch gegenwärtig ist, folgen:

„Schreiben Sie sich mit Ihrem Vetter, dem Landesdirektor, öfters?" — „Ich hatte kurz vor der Abreise meines Vetters nach der Schweiz Brief von ihm." — „Hoffentlich wird Ihr Herr Vetter den Sezessionisten die Tür zumachen. Mit nur negierenden Parteien kann die Staatsregierung nicht gehen. Ich hoffe, daß eine Einigung zwischen der nationalliberalen Partei und den Konservativen, natürlich ausgeschlossen der Kreuzzeitungspartei, stattfinden wird. Diese Parteien haben miteinander zu verhandeln und sich entgegenzukommen soweit wie möglich; die Staatsregierung würde alsdann nur diejenigen Sachen zur Vorlage bringen, über welche eine Einigung zwischen diesen Parteien stattgefunden hat, und von andern Vorlagen Abstand nehmen. Findet eine derartige Einigung nicht statt, so treiben wir dem Absolutismus direkt entgegen. Ein Wechsel im System der Verwaltung ist von der Natur bedingt, hat längere Zeit Freihandel stattgefunden, so wird durch die unvermeidlichen Auswüchse desselben dem Schutzzolle in die Arme gearbeitet, wird der Schutzzoll längere Zeit eingeführt sein, so wird auch hier wieder ein Wechsel naturgemäß werden."

Ihrem Ermessen, sehr geehrter Herr Vetter, gebe ich anheim, ob resp. welche Antwort dem Fürsten Ihrerseits durch mich vielleicht zu geben sein wird. Ich nehme hierbei natürlich an, daß in derselben Form, wie sie der Fürst gewählt hat, eine eventuelle Antwort zu erteilen sein würde.

Mommsen an Bennigsen.

Charlottenburg, 11. Oktober 1880.

Sie wollen mir gestatten, Ihnen die beifolgenden Blätter zu senden. Sie sollen ein Zeichen sein der aufrichtigen und unveränderten Hochachtung, welche ich Ihnen bewahre und an der Sie, wie ich zu meinem Bedauern höre, durch Aeußerungen meinerseits irre geworden sind. Ich glaube darin nichts weiter gesagt zu haben, als daß eine politische Partei durch ein fortgesetztes System persönlicher Transaktion sich kompromittiert. Daß dies mit der persönlichen wie politischen Ehrenhaftigkeit des einzelnen Mannes nichts, aber auch gar nichts

gemein hat, ist doch wohl deutlich genug. Ich bin es nicht gewohnt, Mißverständnisse, denen jedes öffentlich gesprochene und geschriebene Wort ausgesetzt ist, durch private Erklärungen auszugleichen. Wenn ich hier eine Ausnahme mache, wollen Sie darin erkennen, wie ich meine Beziehungen zu Ihnen auffasse.

Ganz der Ihrige

Mommsen.

*

In einer Landesversammlung der nationalliberalen Partei in Hannover am 19. September gelang es Bennigsen in einer meisterhaften Rede, die Parteigenossen seiner Heimatprovinz geschlossen bei der alten Fahne festzuhalten. Er rechtfertigte die Haltung der Fraktion während der letzten Session und sprach die Hoffnung aus, mit den Ausgetretenen persönlich und politisch Fühlung zu behalten, soweit die Trennung es irgend zulasse. Sowenig wie er die Verbindung nach links völlig lösen wollte, sowenig gedachte er durch eine Verschmelzung mit den Konservativen eine völlige Neuorientierung der Partei nach rechts hin vorzunehmen. Vielmehr erklärte er, daß solche Zumutungen, die in Zuschriften neuerdings an ihn gelangt seien, in absehbarer Zeit unausführbar sein würden. Wohl gab er die Wandelbarkeit der Parteien zu. „Politische Formen, wie die Bildung von Parteien, haben immer nur eine gewisse kürzere oder längere Lebensdauer, auf eine ewige Dauer sind sie nicht berechnet. Solche Formen ändern sich, vor allen Dingen mit den festen Niederschlägen, welche in der Verfassung und Gesetzgebung durch eine längere Reihe von Jahren erfolgt sind, wo dasjenige, was die Verfassungen regeln und was in festen gesetzgeberischen Organisationen seinen Ausdruck gefunden hat, durch den vollständigen Sieg der einen Partei oder die Verständigung unter den Parteien das allgemein Anerkannte, das von niemand mehr Angefochtene ein immer umfangreicheres, sozusagen neutrales politisches Gebiet geworden ist ... Vollkommen richtig ist es, daß der Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen in manchen, auch wichtigen Punkten abgeschwächt ist und sich auf andern Gebieten bewegt als vor 1866, aber er ist trotzdem immer noch so weit begründet, auch unter den gemäßigten liberalen und konservativen Parteien, daß es ein verkehrtes Beginnen wäre, eine Verschmelzung herbeiführen zu wollen. Wenn später nach langer Gewöhnung in politischer und parlamentarischer Tätigkeit es in Deutschland dahin kommen sollte, daß die Parteien, welche in den Parlamenten die Mehrheit bilden, auch die Verantwortlichkeit für die Geschäfte der Regierung haben, mag sich allmählich auch eine andre Gestaltung der politischen Parteiverhältnisse ergeben. Einstweilen haben wir diesen

Zustand noch nicht.“ Um so mehr betonte er die Notwendigkeit einer Mittelpartei. „Wir sind gewohnt — speziell ich werde dafür in Anspruch genommen als angeblicher Vater aller Kompromisse —, angegriffen zu werden von der linken Seite, daß wir nichts getan, als in schwächlicher Nachgiebigkeit gegen Bismarck Kompromisse zu schließen; auf der andern Seite können Sie in den Zeitungen und Ausführungen andrer Parteien lesen, daß die ganze Gesetzgebung seit zwölf Jahren nichts als ein Werk der Nationalliberalen, mit allem, was schlecht und verderblich darin sein soll, gewesen sei. Bringen Sie diese beiden Behauptungen, die uns gleichzeitig als Vorwürfe entgegengeschleudert werden, in Uebereinstimmung! Wir haben praktische Politik getrieben; auf dieser Grundlage ist unsre Partei gewachsen, eine andre Grundlage ist für eine politische Partei, welche wirken will, gar nicht denkbar. Wohl haben Parteien Prinzipien, aus denen sie operieren, Grundlagen für ihre gesamten Anschauungen, aber wenn sich eine praktische Partei die Aufgabe stellen wollte, diese Prinzipien absolut und in vollstem Umfange zu verwirklichen und sich nicht zu begnügen, das Wesentlichste derselben zur Anerkennung und Durchführung zu bringen, so würde es ihr gehen, wie es den extremen Parteien von links und rechts zu allen Zeiten ergangen ist. Die einen suchen ihre Ideale in der Zukunft, die sie nie erreichen, die andern in der Vergangenheit, die sie nie zurückführen.“

Siebentes Kapitel

Mittelparteiliche Experimente und Resignation

1881 bis 1883

Bennigsen stand seit dem Herbst 1880 nur noch an der Spitze einer kleinen Mittelpartei, die inmitten der schärfsten Gegensätze von rechts und links ihre Unabhängigkeit zu behaupten suchte, aber einen bestimmenden Einfluß auf die Entscheidungen nicht mehr auszuüben vermochte. Vielmehr verengert die Geschichte der Partei, deren Dasein fast ein Jahrzehnt lang mit den großen Epochen der Reichsgeschichte innerlich verknüpft war, sich immer mehr zu einer Fraktionsgeschichte, in der die Entschließungen vorwiegend taktisch bestimmt sind. So fühlt auch der Biograph nicht die Verpflichtung, Bennigsens Anteil an jeder einzelnen Wendung in dem taktischen Ringen der Parlamentsparteien zu ermitteln, er darf sich begnügen, seine prinzipielle politische Stellung in den nächsten Jahren in ihren Umrissen zu erörtern.

Sie bleibt bestimmt durch den großen Kampf, in den Bismarck mit dem Liberalismus eingetreten war. Bismarck hatte sein Ziel, die Sprengung des Liberalismus, in drei Etappen erreicht: Schwächung in den Neuwahlen im Juli 1878 und Beugung unter das Sozialistengesetz, darauf Ausschaltung bei der Finanzreform von 1879 und weiteres Abspalten einer rechtsstehenden Gruppe, schließlich Losreißung der freihändlerischen Linken durch die Sezession. Er mochte jetzt glauben, an seinem Ziele zu sein und die vielberufenen drei Kompagnien, in denen die Parlamentsmehrheit marschieren sollte, in Bewegung zu setzen. Er mußte bald seine Täuschung erkennen. Das Zentrum ließ sich durch den beginnenden Abbruch der Maigesetzgebung nicht veranlassen, sich aufzulösen oder etwa — wie Schorlemer höhnte — in Nationalliberale zu verwandeln. Die Fortschrittspartei und die Sezession erfuhren bei der Schroffheit der Wendung Bismarcks zunächst eine bedeutende Stärkung. Die Mittelparteien aber wurden am empfindlichsten getroffen, und die Nationalliberalen wollten, auch nachdem sie von dem linken Flügel befreit waren, sich der Politik des Reichskanzlers nicht bedingungslos zu eigen geben.

Allerdings hatte innerhalb der Fraktion das Zerren nach beiden Seiten hin aufgehört, ihr Bestand in sich war wesentlich homogener geworden.[1] Bennigsen hatte in den nächsten Jahren die Fraktions-

[1] Zunächst seit der Aussprache vom 3. März 1881.

führung unbestritten in Händen, um so mehr, als Miquel durch sein neues Oberbürgermeisteramt in Frankfurt und persönliche Verhältnisse an dem Wiedereintritt in den Reichstag verhindert war und bald auch aus dem Abgeordnetenhause ausschied. Sein Ziel blieb auch jetzt, gewisse Grundüberzeugungen des Liberalismus und des Wesens der Partei zu behaupten, aber sie nach Möglichkeit in Einklang zu bringen mit den politischen Zielen und der Persönlichkeit Bismarcks. Er gesellte sich nicht zu den Unversöhnlichen, die, wie mancher seiner alten Fraktionsgenossen, Bismarck immer leidenschaftlicher bekämpften und heimlich auf eine neue Aera unter dem Kronprinzen hofften. Er versagte sich nicht minder einer freikonservativen Umbildung der Partei, wie sie nach Bismarcks Herzen gewesen wäre. Je mehr die Taktik für die Regierungspolitik im Reich und in Preußen bestimmend wurde, als desto unmöglicher erkannte er es, jeder dieser Wendungen Folge zu leisten, ohne sich selber aufzugeben. Also nach rechts und nach links suchte er das Programm einer Mittelpartei zu behaupten. Mittelparteien aber, so sahen wir in dem letzten Stadium der Nationalvereinsgeschichte, sind mehr als irgend andre Parteien darauf angewiesen, eine ansehnliche Stärke zu behaupten, in der sie dem Andringen der verschiedenen Lager, das sie im Grunde in sich versöhnen und ausgleichen wollen, ein gewisses Gegengewicht zu bieten imstande sind. Mittelparteien sind ferner darauf angewiesen, sich in einer positiven Mitarbeit zu betätigen, die ihre Daseinsberechtigung erweist und ihren Anhang zusammenhält: in einer dauernden Oppositionsstellung dagegen unterliegen sie leicht der Gefahr, von der schärferen Tonart überholt zu werden. Geschwächte Mittelparteien vollends werden zwar abwechselnd gelockt und abgestoßen, aber sie sind in einem steten Ringen um Selbstbehauptung begriffen, oft zu einem schwankenden Diplomatisieren verurteilt und immer in Gefahr, von den stärkeren Nachbarn gänzlich absorbiert zu werden.

Diese Erfahrungen sind Bennigsen und den Nationalliberalen von 1881 bis 1883 nicht erspart geblieben. Niemals wurde Bennigsen die Führerschaft eines Gesamtliberalismus, der nicht mehr existierte, so warm angetragen wie in diesen Jahren; niemals bemühte Bismarck sich so eifrig, ihn mit freundlicher Lockung für sich zu gewinnen; niemals schlug hier wie dort die Stimmung so bald wieder in ihr Gegenteil um, bei Bismarck in unedlen Hohn [1]) und bei der Linken in den beliebten Vorwurf der Schwächlichkeit.

[1]) Zu Mittnacht (Erinnerungen II, S. 29) im November 1881: „Bennigsen sei ein ausgezeichneter Redner, der aber politisch nicht auf gleicher Höhe stehe; die von ihm geführte Partei sei von 120 auf einige 40 heruntergekommen, und nun sitze der Führer da, schweige und warte, bis ihm etwas in den Schoß falle.“

Die inneren Gründe für Bennigsens scheinbar so schwankende und unbestimmte Haltung sind unschwer zu erkennen.

Er hatte sich innerlich längst losgelöst von jenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ideenkreisen des Liberalismus, die mit dem Worte Manchestertum bezeichnet werden. Er hatte nicht als Freihändler den Zolltarif verworfen und wollte ihn darum nicht aus freihändlerischen Motiven wieder abgeschafft wissen. In allen politischen Kundgebungen dieser Jahre verlangte er, daß man zunächst an dem eingeführten System der landwirtschaftlichen und industriellen Zölle nicht rüttle, sondern es vielmehr durch eine Reihe von Jahren erprobe. In einer Rede in Köln am 2. Juli 1882 nahm er keinen Anstand zu erklären: „Die Ansicht wird immer allgemeiner verbreitet, daß, wie auch der Tarif von 1879 beschaffen sei, vor allen Dingen es von Wert und Notwendigkeit ist, daß derselbe eine längere Reihe von Jahren hindurch intakt erhalten werde. Auch diejenigen von unsern Freunden, welche weiter nach links stehen, haben schon manches in ihren Meinungen, die 1879 so leidenschaftlich hervortraten, gemildert. Damals war es allerdings gar nicht selten, daß diejenigen nationalliberalen Mitglieder, die nicht ganz entschiedene und radikale Freihändler waren, von andern Liberalen, die sich schon damals leider von uns getrennt hatten, den Vorwurf hören mußten, sie gehörten im Grunde der liberalen Partei gar nicht mehr an, denn ein Liberaler müsse ein Freihändler sein. Ich habe solche Aeußerungen von Männern gehört, deren historische Kenntnisse und Bildung ich sonst durchaus anerkennen mußte, und es heißt doch wirklich einer Tatsache ins Gesicht schlagen, wenn man behauptet, Freihandel und Liberalismus müßten sich notwendigerweise decken. Wer waren denn in Frankreich die Freihändler? Thiers, der liberale Minister, war Schutzzöllner, und Napoleon, der absolutistische Kaiser, war Freihändler. In Nordamerika waren Freihändler die südamerikanischen Sklavenstaaten, während die nördlichen Staaten Schutzzöllner waren. Und wie ist es in Deutschland gewesen? Wer war denn in den dreißiger und vierziger Jahren Freihändler und wer Schutzzöllner? Schutzzöllner waren die liberalen Führer und Mehrheiten in den süddeutschen konstitutionellen Staaten, und zum Freihandel neigten die Hochkonservativen bis zum Jahre 1879: und doch will man behaupten und uns glauben machen, daß man ein liberaler Mann nicht sein könne, wenn man nicht entschiedener Freihändler sei."

In gleicher Weise hatte Bennigsen die individualistisch-liberalen Theorien in der Sozialpolitik aufgegeben. Von Anfang an war er ehrlich davon überzeugt, daß die Repression der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vermöge des Sozialistengesetzes nur durch das Ein-

gehen des Staates und der Gesellschaft auf die berechtigten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter eine gewisse Berechtigung finde: daß der erste Schritt gerade den zweiten notwendig gemacht habe. Er begrüßte daher die Absichten Bismarcks. „Bennigsen erklärt sich," so heißt es von einer seiner Besprechungen mit dem Reichskanzler am 20. Januar 1881, „mit großer Wärme für die sozialpolitischen Pläne des Fürsten." Er hatte allerdings Bedenken, der Staat möchte bei diesem Eingreifen zu weit gehen. Als die ersten Gedanken Bismarcks über die staatliche Alters- und Invaliditätsversicherung auftauchten, meinte er noch in seiner Magdeburger Rede im Oktober 1881, der Staat müsse sich auf Aufstellung gewisser allgemeiner Normen und gesetzlicher Vorschriften beschränken, könne das Werk aber nicht in die Hand nehmen, sondern müsse die Durchführung Privaten, großen Fabrikanten, Aktiengesellschaften, Gemeinden, größeren Kommunalverbänden und Korporationen überlassen. Er meinte bei dieser Gelegenheit sogar, was damals die Presse Bismarcks fast als eine feindselige Erklärung auffaßte: „Ich möchte überhaupt glauben, daß, wenn wir auf diesem Gebiete der Sozialpolitik weiter fortschreiten, wir von vornherein den Gedanken festhalten, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, hier alles zu tun und zu leisten, daß der Staat wohl die Wege weisen kann, daß aber das Entscheidende immer die Tätigkeit der Einzelnen, Korporationen und Kommunen bleiben muß. In Deutschland, nach der ganzen Natur des Deutschen, nach dem innersten Wesen des deutschen Charakters, da ist uns so etwas, was aussieht wie Sozialbureaukratie, ebenso fremdartig wie Sozialdemokratie. Wir können uns Gemeinwesen nicht vorstellen nach der ganzen Vergangenheit unsrer Geschichte, in denen das individuelle Leben, die Tätigkeit des einzelnen aufgesogen werden soll durch die Tätigkeit des Staates. Andre Völker, romanische Völker mögen sich solche Gedanken näherlegen können, aber uns Deutschen ist unter allen Umständen die Freiheit, die individuelle Tätigkeit das Entscheidende gewesen. Sollen wir in Deutschland jemals dahin kommen, daß der Staat außer der großen umfassenden Tätigkeit, die er sowieso schon hat durch die Polizei-, Justiz- und Militärverwaltung, daß er außer der großen Tätigkeit, die ihm zugewachsen ist durch die Beherrschung der Verkehrsmittel, daß er auch noch im weitesten Umfange die industrielle Tätigkeit zu der seinigen machen soll, daß er die Fürsorge für das Schicksal der einzelnen gewissermaßen zu tragen übernehmen soll, dann würden wir allerdings einer sehr bedenklichen Zukunft entgegengehen."

Man sieht, es gab auch für ihn Grenzen, jenseits derer er die Verwirklichung staatssozialistischer Ideen für eine Utopie und als gefährlich für die Fortentwicklung deutscher Volksart ansah. In manchen

seiner Wendungen scheinen die individualistischen und die sozialistischen Anschauungen noch miteinander zu ringen. Aber die ältere Gedankenwelt tritt mehr und mehr in den Hintergrund. So erklärte er in seiner großen Rede gegen das Tabaksmonopol im Reichstage am 15. Juni 1882 über die sozialdemokratische Bewegung: „Ich weiche in dieser Hinsicht, wie Sie vielleicht wissen, von dem Herrn Abgeordneten Bamberger sehr wesentlich ab. Ich glaube nicht, daß wir es hier mit einer Bewegung zu tun haben, die nur durch Agitatoren hervorgerufen und unterhalten wird; ich glaube, daß wir hier an einem Wendepunkt der ganzen Geschichte der zivilisierten Menschheit in Europa angelangt sind, wo es notwendig ist, zu prüfen, was in diesen Bewegungen, welche so ungeheure Massen schon an sich gerissen haben, der gesunde Kern ist und was nur an Auswüchsen durch revolutionäre und agitatorische Arbeit hinzugetan ist. Der Staat und die bürgerlichen Klassen haben hier Verpflichtungen, nicht bloß gegenüber einer großen Gefahr, die für ihre Sicherheit vorhanden ist, sondern Verpflichtungen auch aus Religiosität oder Humanität, oder aus beiden vereinigt — wie Sie es nennen wollen —, an diese gewaltigen Erscheinungen heranzutreten und dasjenige, was darin wirklich berechtigt ist, zu einer ernsthaften und nachhaltigen Aufgabe für die Gesetzgebung zu machen. Daß der Staat auf diesem Gebiete bereitwillig und entschlossen den Anfang macht, das ist etwas, dessen er nicht allein zu seiner eignen Sicherheit bedarf, sondern was er auch den in gedrückter Lage sich befindlichen Klassen der Bevölkerung schuldig ist. Und wenn der Herr Reichskanzler, wie er das getan hat, mit all dem impetus seines Willens und allem Feuereifer, den wir an ihm gewohnt sind, diese Fragen in die Hand genommen hat, an die sich nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes noch niemand recht gewagt hat, so sind wir ihm dafür Dank schuldig."

So gehörte Bennigsen auf diesen beiden Gebieten zu den Liberalen, die in den letzten Jahren gelernt hatten: mit der erbitterten Verständnislosigkeit, die ein Teil der Linken fortan der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik Bismarcks entgegenbrachte, hatte er nur noch wenig gemein. Nimmt man noch hinzu, daß er seit Beginn seiner Tätigkeit im neuen Reiche prinzipiell für den mittleren Weg eines Ausgleiches zwischen den Bedürfnissen des historischen Staates und den Idealen des Liberalismus gekämpft und insbesondere eine Einengung des parlamentarischen Kampffeldes immer von neuem befürwortet hatte, daß er vor allem zu der Persönlichkeit Bismarcks sich trotz aller Kämpfe ein inneres Verhältnis bewahrte, so begreift man, wieviel ihn nicht allein von den Unversöhnlichen unter Eugen Richter, sondern bald auch von den Sezessionisten trennen mußte.

Aber in andern Dingen wollte er ein Liberaler bleiben. Er verlangte die Behauptung der Rechte des Staates gegenüber der Kirche, vor allem die Behauptung der Schule als einer reinen Staatsanstalt, unter Abweisung der Herrschaftsansprüche der katholischen Kirche und der lutherischen Orthodoxie: auf dem ganzen Gebiete geistig-kulturellen Daseins pflegte er seine liberalen Ueberzeugungen. Ebenso wollte er die Freiheit der Selbstverwaltung nicht angetastet, sondern vielmehr weiter ausgebildet wissen; er wußte gut genug, daß gerade in einem Volke wie dem deutschen für die fortschreitende Bureaukratisierung von oben herab ein Gegengewicht in dem freien Dienst des einzelnen im Staat und in der Gemeinde gefunden werden müsse. Er wollte die wesentlichen Bestandteile der liberalen Gesetzgebung von 1867 bis 1877 erhalten wissen, auch wenn er bereit war, da, wo eine Abhilfe sich als notwendig herausgestellt hatte, die bessernde Hand anzulegen. Er wollte vor allem die konstitutionelle Stellung des Reichstages, die Grundlage der parlamentarischen Mitwirkung, nicht verringern helfen. Darum leistete er all den Versuchen Bismarcks Widerstand, die das wirtschaftlich schon zersetzte System des Parlamentarismus noch weiter zu schwächen bestimmt waren, der Einführung zweijähriger Etatsperioden und zweijähriger Berufung des Reichstages (in seinen Reichstagsreden vom 7. März und 5. Mai 1881 und vom 9. Dezember 1882) und dem mißglückten Experiment eines Volkswirtschaftsrates (in seiner Reichstagsrede vom 14. Juni 1881).

Ueberhaupt, wenn Bennigsen auch in den folgenden Jahren die Fühlung mit denjenigen Liberalen nicht aufgab, von denen ihn doch schon so vieles trennte, so lag das daran, daß die neue Politik Bismarcks sich unter den schwersten Kämpfen mit zwei Dritteln des alten Liberalismus vollzog, daß der Reichskanzler dabei zur Anwendung der gewaltsamsten Mittel und zu den Methoden der Vernichtung eines auswärtigen Gegners griff. Man sah sich einer Politik gegenüber, die häufig genug das Aussehen hatte, als ob sie in die reine Reaktion hineintreiben wollte — und vielleicht, wenn sie völlig gelungen wäre, hätte hineintreiben können. In diesem Ringen stand Bennigsen mit seinem Gemüte, mit seinen Ueberzeugungen und mit seiner Taktik an der schwersten Stelle, in der Mitte. Gerade die Schärfe der Angriffe Bismarcks auf die liberale Linke, mit dem Wiedererwachen aller reaktionären Instinkte im öffentlichen Leben, alles das trieb Bennigsen taktisch in diesen Jahren oft weiter nach links, an die Seite der alten Genossen heran, als es ihm, angesichts der Umwandlung mancher liberaler Ueberzeugungen, vielleicht Bedürfnis gewesen wäre. So geschah es, daß die Kritik Bismarcks und vollends seiner offiziösen Hetz-

hunde auch den ehemaligen Bundesgenossen, der mit den Radikalen nichts gemein hatte, trotzdem der reinen Negation verfallen sah. Nie aber brach er die Brücken, die ihn zu der Politik Bismarcks führten, darum ab; in der Objektivität seines eignen Wesens wollte er die Gegensätze vereinen, die unversöhnlich gegeneinander prallten.

Denn von der Notwendigkeit einer Mittelpartei blieb er überzeugt. In einer Rede in Hannover am 25. September 1881 sagte er: „Eine solche vermittelnde Partei zwischen den Extremen ist eine Notwendigkeit für jeden Staat, um so mehr für ein noch so junges Staatswesen wie das Deutsche Reich. Würde heute die nationalliberale Partei untergehen, man würde binnen kurzem eine ähnliche Partei für sie erfinden müssen."

Er liebte es, in seinen Reden den historischen Erweis der Berechtigung der von ihm geführten Partei seit 1867 zu bringen, so in Magdeburg im Oktober 1881: „Das ist das Verdienst und das nehmen wir für die politische Mittelpartei, die wir bilden, in Anspruch, daß wir damals, als es Zeit war, so viel von unsern Grundsätzen durchgebracht und ins Leben durchgeführt haben, sowohl in der Verfassung wie Gesetzgebung, daß wir dadurch die Möglichkeit besitzen, auch in jetziger Lage das Wesentliche zu erhalten. Hätten wir aber gezaudert, wo es Zeit war, hätten wir den Moment versäumt, dann wäre es sehr wohl möglich, daß sich konservativ-klerikale Verbindungen, wie sie jetzt hervortreten, dieselben Aufgaben stellten und sich den Staat, die Verfassung und die Gesetzgebung nach ihren Grundsätzen und auf ihren Grundlagen einrichteten." Und ähnlich im nächsten Jahre in Köln: „Das Entscheidende ist, daß unsre Partei ihre Aufgabe nicht darin sucht, die Grundsätze, die sie häufig gemeinsam hat mit andern liberalen Parteien, in ihrer vollen Reinheit, Nacktheit und Schroffheit und mit allen ihren Konsequenzen vollständig durchzuführen, ohne sich darum zu bekümmern, wann und durch wen diese Grundsätze ins Leben geführt werden. In einem Festhalten an diesen reinen und schroffen Grundsätzen sehen die Extremparteien ihre Aufgabe und prinzipale Bedeutung, und diese so ins Leben überzuführen ist eine Aufgabe, die sich entweder gar nicht oder nur in geringem Maße durchführen läßt; umgekehrt ist es die Aufgabe der gemäßigten Parteien, dafür zu sorgen, daß auf sicherer Grundlage die Gesetzgebung und ihre verwandten Institutionen in einem Staate eingerichtet und unterhalten werden; mit einem Worte, wir führen das, was wir als richtig erkannt haben, im wesentlichen ins praktische Leben. Was uns hauptsächlich von der extremen Partei unterscheidet, das ist, daß wir nicht davon ausgehen, daß jede Partei die berechtigten Gedanken einer Nation vollständig und

ausschließlich vertritt. Wir haben niemals verkennen können, daß auch noch andre berechtigte Kräfte und Elemente im Lande vorhanden seien. Nein, Verfassung und große organische Gesetzgebungen sind kunstvolle Schöpfungen, so kunstvoll, wie sie kaum auf einem andern Gebiete der menschlichen Tätigkeit gelingen, nicht einfache geometrische Linien, sondern zusammengesetzte Gebilde, die überhaupt nur da gelingen, wo eine ganze Nation zur Arbeit berufen wird. Da kann eine Partei, wenn sie gerecht und billig ist, wenn sie entscheidend schöpferisch wirken will, nicht exklusivisch und ausschließlich verlangen, daß bis auf die letzte Konsequenz das, was sie als richtig erkannt hat, durchgesetzt wird."

*

Allerdings war die taktische Situation einer solchen Mittelpartei bedingt durch die fortgesetzte Front gegen die Ultramontanen, und der beginnende Rückzug des Staates in seinem Kampfe mit der Kirche mußte den einstigen Haupthelfern der Politik der siebziger Jahre sehr schwer werden. Trotzdem ist es falsch, gerade Bennigsen, wie es wohl geschieht, in diesen Jahren als die eigentliche Stütze des Kulturkampfes zu bezeichnen.

In der Magdeburger Rede von 1881 sagte er: „Es ist eine ungemeine Verkennung des Verhältnisses, wenn die ultramontane Partei gerade den Liberalen, speziell den Nationalliberalen, vorgeworfen hat, daß wir eine Freude an diesem Kampfe haben, daß wir denselben schüren, daß wir ein politisches Interesse fänden, diesen Kampf nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Ungerechter kann im Grunde kaum ein Vorwurf sein. Wem verdankt man es denn, daß in Deutschland ein friedliches Nebeneinanderleben verschiedener Konfessionen überhaupt möglich ist? Es ist der liberale und rationelle Gedanke, der überhaupt die Toleranz der einzelnen Religionsgenossenschaften gegeneinander hat erstehen lassen. Ist dieser Gedanke etwa entstanden auf dem Gebiete der katholischen Kirche, der orthodox-evangelischen oder reformierten Richtung? Nein! In Frankreich, England und Deutschland war es die liberale Richtung in Kirche und Staat, die hat diesen Gedanken aufgestellt, die hat das Bedürfnis für ein freies Staatswesen proklamiert, daß in ihm die verschiedenen Religionsgenossenschaften und Religionslehren frei nebeneinander existieren und ihre Kraft für das menschliche Leben bewähren können. Wir Liberalen würden also gerade einen besonderen Beruf haben, hier den Frieden aufrechtzuerhalten. Was uns bewogen hat, den Staat zu unterstützen im Kampfe, den er aufgenommen — nicht unternommen — hat zwischen Staat und katholischer Kirche, das ist der Umstand, daß wir leider haben erkennen müssen, daß sowohl die Regierung wie die verschiedenen

politischen Parteien in den vierziger und fünfziger Jahren sorglos gewesen sind, dem Staate die Rechte und Einwirkungen aus den Händen gleiten zu lassen, die er nicht entbehren darf für die Ordnung des Grenzgebietes von Staat und Kirche. Jetzt haben wir nun nach einem langen, fast zehnjährigen Kampfe es erreicht, daß die alten Grundlagen des preußischen Landrechts für die Regelung dieses Verhältnisses im wesentlichen wiederhergestellt sind. Wenn die Angelegenheit demnächst an die Parlamente kommt und Aussicht auf ein dauerndes friedliches Verhältnis vorhanden ist, dann mag in Einzelheiten nachgegeben werden, und im friedlichen Sinne werden auch wir bereit sein, zuzugestehen, was ohne Schädigung der Autorität des Staates, den dringenden Wünschen und Interessen der Kirche entsprechend, angenommen werden kann. Das werden wir Liberale ebenso bereit und vielleicht leichter bereit sein, zu gewähren, wie die Konservativen."

In der Rede zu Köln im Juli 1882 führte er aus: „Ich war früher Präsident des Abgeordnetenhauses und habe deshalb an den leidenschaftlichen Kämpfen der Parteien im Abgeordnetenhause nicht teilgenommen, ich versuchte vielmehr mir eine möglichst große Unbefangenheit zu bewahren, um mit möglichster Objektivität dieser Bewegung nachzugehen; und da habe ich die sichere Erfahrung gemacht, daß in den Jahren 1879/80 die ganze ultramontane Bewegung ins Stocken geraten war, daß die Bevölkerung der Agitation des Zentrums müde zu werden begann und die Möglichkeit nahelag, zu einem befriedigenden Ausgang zu kommen. Wenn nun seitdem doch Jahre vergangen sind, ohne daß wir auf diesem Gebiete weiter gekommen sind, so ist das sehr wesentlich mit hervorgerufen durch die Veränderungen der politischen Partei infolge der wirtschaftlichen Fragen. Die ultramontane Partei hat versucht und immer wieder versucht, sich auf verschiedenen Gebieten der Gesetzgebung der Regierung als notwendigen Bundesgenossen aufzudrängen oder als einen gefährlichen Gegner zu kennzeichnen, demgegenüber man die größte Rücksicht beobachten müsse. Die Möglichkeit, eine solche Stellung einzunehmen, mußte natürlich den Führern und eigentlich bewegenden Kräften frischen Mut einflößen. Man mußte bei ruhigem Nachdenken sich sagen, diese diokletianische Verfolgung hört an dem Tage auf, wo die katholische Kirche das erfüllt, was in vielen deutschen Ländern und europäischen Staaten erfüllt ist: das ist die Anzeigepflicht bei Besetzung geistlicher Aemter. Das ist der eigentliche Kern und Ausgangspunkt dieses Kirchenstreites, und in dem Augenblicke, wo die katholische Kirche sich hinsichtlich dieses Punktes resigniert oder eine ähnliche Position einnimmt, wie sie es in Süddeutschland für zweckmäßig gehalten hat, ist diesem Kampfe alle

Schärfe genommen, und nichts steht im Wege, einen vollständigen Ausgleich herbeizuführen."

Im Einzelkampfe allerdings war es häufig Bennigsen, der der geschickten Taktik Windthorsts entgegenarbeitete. Am 26. Januar 1881 widersprach er dem Antrag Windthorsts auf Straffreiheit des Messelesens und Sakramentespendens als einem bloßen Agitationsmanöver: Wir dürfen den Kampf nicht eher aufgeben, als die Kurie Anzeichen ernstlichen Einlenkens gibt. Die Kurie aber gibt nicht nach „aus erbitterter Feindschaft gegen die Errichtung eines evangelischen Kaisertums". Die Worte erregten in dem Zentrum einen Sturm der Entrüstung, der sich in den Debatten des folgenden Tages fortsetzte. Windthorst verlangte Beweise für die Behauptung. Bennigsen antwortete: „Herr Windthorst weiß als Jurist sehr gut, daß auch vor Gericht nicht überall ein urkundlicher Beweis verlangt wird, daß es eine gerichtliche Notorietät gibt, die als Beweis gelten kann. Ebenso gibt es eine politische und historische Notorietät vom Zusammenhange und der Natur der Dinge hergenommen, von niemand bezweifelt. Und wie gestern Herr Windthorst umsonst versucht hat, die sehr eigentümliche Aeußerung eines früheren Papstes hinsichtlich des Kolosses und des Steines in einem ganz andern Sinne darzustellen, so sucht sie heute Herr Abgeordneter Reichensperger auf einen geringen Wert zurückzuführen, als aus einer Zeit stammend, wo der Streit schon heiß entbrannt war. Aber je heißer der Streit, desto mehr enthüllt er die wirkliche Meinung der Partei. Wird nun für die Stellung der Kurie zum evangelischen Kaisertum in Deutschland ein historischer Beweis verlangt, so wird er mir leicht gemacht durch die wiederholte Behauptung des Abgeordneten Windthorst, daß die Kurie an der Hand des kanonischen Rechts ihre Meinungen und Sitten nicht ändert, daß nur die Mittel, mit denen sie ihre Zwecke verfolgt, je nach den Zeiten wechseln. Kann denn Rom jemals den Anspruch aufgeben, die von ihm abgefallenen norddeutschen Gebiete im Laufe der Zeit wieder zu sich zurückzuführen? War nicht ein wesentliches Hindernis für diesen Plan einer Zurückführung, die niemals ausgesprochen werden wird, bis zu den neuesten Zeiten das Heranwachsen der Macht des preußischen Königtums — ein noch größeres Hindernis aber die Existenz des deutschen Kaisertums der Hohenzollern?" Er enthüllte aus den urkundlichen Quellen das Verhalten der Kurie gegenüber der Königswürde Friedrichs I. von Preußen im Jahre 1701, die sie als eine Beleidigung des Apostolischen Stuhles und als einen Widerspruch gegen das kanonische Recht, das von den Häretikern die Niederlegung der Herrschaft fordere, feierlich verdammt habe. „Hier liegt nicht etwa ein

einzelner politischer Akt vor, sondern mit Berufung auf das kanonische Recht ist von dem Papste eine Einmischung in die politischen Verhältnisse durch Schritte beim Kaiser und andern Fürsten versucht worden, allerdings wie sich herausstellte, in der ganz richtigen Erkenntnis, daß die Stellung des preußischen Königtums ein erhebliches Hindernis sein würde für alle Versuche, im Norden von Deutschland die evangelische Kirche auszurotten und den katholischen Glauben als den allein geltenden hinzustellen."

Schon bei der Beratung über die erste kirchenpolitische Novelle im Juni 1880 hatten Windthorst und von Schorlemer zur Deckung der Angriffe auf die eidbrüchigen Bischöfe auf Bennigsens politische Tätigkeit von 1859 bis 1866 und die Unvereinbarkeit seines hannoverschen Abgeordneteneides mit seiner Politik als Präsident des Nationalvereins hingewiesen und ihn mit den bekannten Argumenten für den Untergang Hannovers verantwortlich gemacht. Bennigsen hatte gegenüber diesen Angriffen, „in denen ein ganz bestimmtes System mit einer bestimmten Absicht unverkennbar ist," sein Verhalten klargelegt und schließlich spöttisch gefragt: „Und wenn es anders gewesen wäre, wenn ich und der Nationalverein die Gesetze des hannoverschen Landes verletzt hätten, wo bleibt denn Herr Windthorst, der 1863 bis 1866 während dieser meiner Tätigkeit Justizminister in Hannover war? Würde er seine Pflicht als Justizminister nicht schwer verletzt haben, wenn er mich in einer gesetzwidrigen Tätigkeit ungehindert hätte weiter fortfahren lassen?"[1])

Vermutlich unter den Nachwirkungen der leidenschaftlich erregten Debatten vom 26./27. Januar 1881 — vielleicht auch angesichts der Bemühungen Bismarcks, die bevorstehende Präsidentenwahl im Reichstage auf Bennigsen zu lenken[2]) — unternahm der klerikale Abgeordnete von Ludwig, der keiner Fraktion angehörte und sich in der Rolle eines parlamentarischen Skandalmachers gefiel, am 31. Januar einen wohlberechneten persönlichen Angriff auf Bennigsen, den er vermutlich zu vernichten dachte — in einer Form, mit der sich nur der spätere Anfall des geistesverwandten Ahlwardt auf den Finanzminister Miquel vergleichen läßt. Nach einigen ohne Namensnennung vorgebrachten Ausfällen gegen Abgeordnete, die sich zu Helfershelfern des mobilen Kapitals hergegeben hätten und eine moralische Lynchjustiz verdienten, wurde er deutlicher und sprach von einem Abgeordneten, der lange Jahre hindurch bestrebt gewesen sei, die Macht seines angestammten Herrscher-

---

[1]) Vgl. Bd. I, S. 402.

[2]) Vgl. Briefwechsel des Grafen Udo von Stolberg mit Tiedemann. Tiedemann a. a. O. S. 415 ff.

hauses zu unterminieren, und schließlich den König, dem er mehr als einmal Treue schwor, verlassen habe. Hier entzog der Präsident, der den Redner bereits mehrmals unterbrochen hatte, ihm unter Billigung der Majorität das Wort. Ludwig veröffentlichte jedoch den unterdrückten Teil seiner Rede in der „Deutschen Landeszeitung"; er enthielt die seit langem bekannten und unbegründeten Vorwürfe gegen Bennigsens Verhalten bei der Hannover-Altenbekener Bahngründung, ohne neues Material zu bringen; um es sich nachträglich zu beschaffen, lief Ludwig in den nächsten Tagen vergeblich zu Strousberg, ob der ihm nicht etwas Kompromittierendes mitteilen könne.[1]) In dem Wust seiner Beschimpfungen war das Motiv in den Sätzen zu entdecken: „Im vorigen Sommer durfte der Mann einer solchen Vergangenheit es wagen, die katholischen Bischöfe des Eidbruches zu zeihen, und vor wenigen Tagen predigte er in optima forma den Religionskrieg und trat die Fabel vom evangelischen Kaisertum breit .... Einen solchen Mann in einflußreiche Stellungen zu bringen, wird immer ein Mißgriff bleiben."

Bennigsen entschloß sich, den Abgeordneten von Ludwig, nachdem er seine Verantwortlichkeit für den Artikel hatte feststellen lassen, am 7. Februar auf Pistolen zu fordern. Ludwig gab jedoch den Kartellträgern Bennigsens die überraschende Erklärung ab, so lange keine Satisfaktion geben zu können, bis sein Gegner sich von den vorgebrachten Vorwürfen in einer ihm genügenden Form gereinigt habe. Dieser Versuch eines Beleidigers, den Beleidigten bis auf Gegenbeweis außerhalb des Wirkungskreises des Ehrenkodex zu stellen, war ebenso töricht wie bösartig und mußte auf den leichtfertigen Angreifer vernichtend zurückprallen. Bennigsen lehnte natürlich jeden Aufschluß ab, ließ dem Gegner den Abbruch jeder Verhandlung erklären und teilte dem Präsidenten des Hauses den Verlauf der Angelegenheit mit. Nach einer weiteren Stunde aber bereute von Ludwig selbst sein unerhörtes Verhalten und ließ nun durch den Abgeordneten Grafen Hoverden den Kartellträgern Bennigsens mitteilen, daß er jetzt auch ohne die gestellten Bedingungen zur Annahme der Pistolenforderung bereit sei. Bennigsen ermächtigte darauf seine Vertreter zu der offiziellen Erklärung, daß er trotz des so plötzlich eingetretenen Meinungswechsels des Herrn von Ludwig keine Veranlassung mehr habe, Satisfaktion von diesem Herrn zu fordern oder auch sich nur in irgendeine weitere Verhandlung mit ihm einzulassen.[2])

Allgemein im Parlamente wurde die Frivolität des Angriffes ebenso

---

[1]) Erklärung von Strousberg im „Kleinen Journal" vom 19. Februar 1881.

[2]) Protokoll, unterzeichnet von den Kartellträgern Bennigsens, den Abgeordneten Dr. Freiherrn von Gustedt und von Griesheim, vom 8. Februar.

verurteilt wie das haltlose Benehmen des Angreifers im Verlauf des Ehrenhandels. Bismarck ließ Bennigsen sagen, „daß er dessen Verhalten in der Ludwigschen Affäre für durchaus korrekt halte und nur zweifelhaft sei, ob nicht durch die Forderung Ludwigs diesem eine zu große Ehre erwiesen worden. Falls Bennigsen es wünsche, ständen ihm bezüglich der Vorgänge 1866 alle Akten des Auswärtigen Amts zur Disposition." [1]) Eine große Zahl von Abgeordneten aber beschloß, Bennigsen in einer außergewöhnlichen Form die Anerkennung seines Verhaltens auszusprechen und gegen den Beleidiger Partei zu ergreifen. Auf eine Anregung des freikonservativen Abgeordneten Stengel wurde ihm am 16. Februar ein Festessen gegeben, an dem sich das Präsidium unter Führung von Köllers und alle Parteien — mit alleiniger Ausnahme des Zentrums — beteiligten; [2]) das Herrenhausmitglied Beseler feierte — wider die Abrede, die keine Reden zuließ — Bennigsens politische Verdienste. In der öffentlichen Meinung wirkte noch lange die Erregung nach, daß ein Mann nach Jahrzehnten uneigennützigen und reinsten Dienstes am Vaterlande einer solchen Beschimpfung und auch nur der Möglichkeit eines Duells mit einem solchen Gegner preisgegeben sei. In Bennigsens Wahlkreis sprach eine mit mehreren tausend Unterschriften bedeckte Adresse die Treue und dankbare Gesinnung seiner Landsleute aus.

Bennigsen an seine Frau.[3])

Berlin, 10. Februar 1881.

Es ist mir sehr leid gewesen, daß Du durch die Gesellschaft beim Grafen Waldersee am Dienstagabend so unvorbereitet über die Dir von den Söhnen einen Tag lang verheimlichte Angelegenheit erfahren hast und nicht erst am Mittwoch durch die ausführlicheren Mitteilungen der Zeitungen über den ganzen, Dich beruhigenden Verlauf derselben. Alles noch Erforderliche wirst Du aus dem „Courier" gestern abend und heute früh ersehen haben, namentlich auch, daß hier so ziemlich alle auf meiner Seite stehen, wenn auch die Ultramontanen und die Strengkonservativen, besonders die ersteren, es nicht immer ausdrücklich anerkennen werden. Ich habe, wie Du ganz recht schreibst, häufig grobe

---

[1]) Tiedemann a. a. O. S. 421.

[2]) Bismarck bezeichnete das anfängliche Sträuben der Konservativen als einen schweren taktischen Fehler.

[3]) Frau von Bennigsen schrieb am 9. Februar an ihren Gatten: „Du schwiegest doch sonst zu so vielem Unnützen still, was man in der Zeitung über Dich schrieb; wie war nun jetzt diese Maßregel nötig? Ich möchte so manches wissen und fragen über diese unglückliche Angelegenheit, und hoffe sehr, daß ich morgen einige Worte von Dir erhalte, mein bester Rudolf."

Angriffe und selbst Beleidigungen durch die Presse der Gegner ignoriert, wie sie bei meiner exponierten politischen Stellung vorkommen und in Deutschland wie in andern Ländern unbeachtet bleiben können. Hier handelte es sich aber um die beleidigenden Aeußerungen eines zwar schon lange von vielen für überspannt gehaltenen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, welchen sein Wahlbezirk seit zwölf Jahren alle drei Jahre mit großer Mehrheit in den Reichstag und Landtag sendet und den für verrückt zu halten ich bis dahin keinen genügenden Grund fand. Dazu kam, daß einzelne extreme Konservative und noch in größerer Zahl Ultramontane, letztere durch mich dazu neuerdings politisch sehr angegriffen, gewissermaßen hinter Herrn von Ludwig standen, denselben jedenfalls gern benutzten und vorgehen ließen, wenn sie auch öffentlich die Verantwortlichkeit für sein exzentrisches Auftreten ablehnten. Das hatte sich auch gezeigt, als er in voriger Woche bei allerlei Abschweifungen und zuletzt bei dem Eingange zu einem — in der Diskussion nicht zur Sache gehörenden — Angriffe auf mich vom Präsidenten wiederholt unterbrochen war und ihm schließlich nur mit schwacher Mehrheit das Wort auf die Frage des Präsidenten nach der Geschäftsordnung entzogen ward, obwohl eine Verneinung der Frage sogar den Präsidenten zum Niederlegen seines Amtes genötigt haben würde. In dem nicht gehaltenen Teil dieser Rede, welche er am Freitagabend in der in Berlin erscheinenden „Deutschen Landeszeitung" veröffentlichen ließ, den dann auch die „Hannoversche Volkszeitung" (Rudloff) am Sonntag abdruckte, ward ich wegen meiner politischen Tätigkeit vor und nach 1866 ganz deutlich als Verräter und Ueberläufer bezeichnet, im übrigen auch in gröblich verletzender Weise behandelt; auch die alten verleumderischen Insinuationen, daß ich mir bei der Hannover-Altenbekener Eisenbahn Vermögensvorteile verschafft habe, wurden mit füglich nicht mißzuverstehender Deutlichkeit wieder aufgefrischt. Du darfst Dich nicht wundern, daß mir endlich solcher Niederträchtigkeit gegenüber die Geduld riß, nachdem ich hatte sehen müssen, daß dieser Mann nicht allein stand und ich im Hause, dessen Präsident ich doch durch die Wahl aller Parteien sechs Jahre lang gewesen war, keinen genügenden Schutz fand. So wie die Sache verlaufen ist, muß es mir — und kann es auch Dir — recht sein. Herr von Ludwig hat sich durch die mündlichen und schriftlichen Erklärungen, welche er meinen Zeugen gegeben hat, als ein so vollständig lächerlicher und unzurechnungsfähiger Mensch erwiesen, daß ich sozusagen alle Menschen jetzt auf meiner Seite habe, wenn ich nach einem solchen Benehmen auf jede Satisfaktion seinerseits Verzicht leiste.

Es ist ja allerdings ein Unglück und ein Verhängnis, wenn man

im politischen Leben mit einem solchen Manne zusammengeraten mußte und sich in seinem Gefühle genötigt sah, ihn zu fordern. Unser Schicksal haben wir Menschen aber nicht allein in der Hand, und das Ende unsers Lebens tritt in keinem Falle früher ein, als die Vorsehung es bestimmt hat.

*

Eine persönliche Auseinandersetzung Bennigsens und seiner Partei mit Bismarck erfolgte zuerst, nachdem er in einer Rede am 5. Mai 1881 gegen den Gesetzentwurf über Einführung zweijähriger Etatsperioden gesprochen und als Anwalt des Reichstages gegen den Reichskanzler aufgetreten war. Er suchte nach einem andern Grunde als Bismarck für die unbefriedigenden parlamentarischen Verhältnisse. „Wir sind im Reichstage so schwankend zusammengesetzt, daß weder irgendein parlamentarischer Politiker noch irgendein Mann in der Regierung nur auf Wochen oder Monate berechnen kann, in welcher Richtung eine Kombination für eine Mehrheit zu suchen ist, und dieses ewige Hinundherschieben der Verhältnisse, die Unsicherheit, die darin liegt, wo auch niemand augenblicklich absehen kann, wie das anders werden soll, wenigstens in der nächsten Zeit — das ist der Hauptgrund für die Ermüdung und Abspannung in den Parlamenten und im Volke." Diese sehr allgemein gehaltene Bemerkung richtete indirekt einen Teil ihrer Spitze gegen die springende Taktik des Reichskanzlers, der sich unmittelbar hernach erhob und gegen „die mannigfachen und mir im Munde des Herrn Vorredners nach ihrer Schärfe unerwarteten Ausstellungen" das Wort ergriff. Seine Rede lief in einen ganz persönlich gehaltenen Appell aus: er bat Bennigsen, sich persönlich und mit den Freunden, die ihm anhingen, nicht einer pessimistischen Auffassung hinzugeben.

„Ich möchte den Herrn Vorredner bitten, der mir unter seinen Fraktionsgenossen der Mitkämpfer gewesen ist, dem ich wirklichen Beistand verdanke und dem das Deutsche Reich für seine Herstellung, für seine Konsolidierung so viel schuldig ist für seine Politik von langen Jahren her — an ihn möchte ich persönlich doch die Bitte richten, sich durch Bestrebungen und Einflüsse, die ich für sachliche nicht halten kann, nicht der Reichspolitik, wie sie jetzt getrieben wird, und der Reichsregierung in dem Maße zu entfremden, wie ich es befürchten muß, wenn ich die Richtung und Tonart seiner Rede höre. Es wäre das meines Erachtens ein großer Verlust für unsre parlamentarische Entwicklung auf der Basis der Verständigung zwischen Parlament und Reichsregierung nach allen Seiten hin und mir persönlich sehr schmerzlich, nicht bloß wegen meiner persönlichen Gefühle für den Herrn Vorredner, sondern auch wegen der Pläne, die ich an die Möglichkeit ge-

knüpft hatte, daß zwischen den Herren, die der Führung des Herrn Vorredners folgen, und denen, die sich rechts an ihn anschließen, eine Verschmelzung eher möglich sein würde als zwischen denen, die sich links an ihn anschließen und deren äußerster linker Flügel überhaupt im Ende gar nicht abzusehen ist.

„Nachdem wir bei mehreren Wahlen gesehen haben, daß die Sozialdemokraten einstimmig für fortschrittliche Kandidaten stimmen, müssen wir befürchten, daß zwischen diesen Verbindungen eine Art Kartellverhältnis für die Wahlen doch eingetreten ist; nachdem wir gesehen haben, daß die Herren, die aus der nationalliberalen Fraktion nach links hin ausgeschieden sind, ihre Fühlung bei der Fortschrittspartei nehmen, so kann ich wohl sagen, daß auf diese Weise, wenn die jetzige nationalliberale Fraktion die Anlehnung nach links fester nimmt, die Kontinuität der gegenseitigen Beziehungen von dem rechten Flügel der Nationalliberalen bis in die Sozialdemokratie hinein, wenigstens in dem praktischen Zusammengehen, wie weit sie in der Theorie auch voneinander entfernt sein mögen, nicht ausgeschlossen ist, sondern zu meinen Befürchtungen für die Zukunft gehört. Und deshalb möchte ich dem Herrn Vorredner noch zurufen, was in dem bekannten Gedicht von Bürger ihm in Erinnerung sein wird, das auf hannoverschem Grund und Boden entstand, und worum ich ihn mit der vollen Herzlichkeit bitte: Laß nicht vom Linken dich umgarnen!"

Es war, wenn auch in der Form einer öffentlichen Anerkennung, wie sie Bismarck kaum je einem Parlamentarier hat zuteil werden lassen, ein Versuch Bismarcks, die neue Spaltung des Liberalismus, die ihm gelungen war, unwiderruflich und abgrundtief zu machen, die Nationalliberalen an die Seite der Freikonservativen herüberzureißen und nun die drei Kompagnien einer zuverlässigen Parlamentsmehrheit ihre Kanonen auf eine Opposition richten zu lassen, die von der Sozialdemokratie bis zu Forckenbeck und Lasker reichte: bei der örtlichen Zusammensetzung der Wählerschaften würden die Nationalliberalen in den bittersten Kampf gerade mit ihren alten Freunden geraten sein. Liberalismus und Bürgertum würden mit dieser Selbstzerfleischung sich dauernd zur Ohnmacht verurteilt haben. Bennigsen hätte die Ideale, für die er seit Jahrzehnten gekämpft hatte, vollends verlassen müssen. Er hatte das Gefühl, daß er nach seiner ganzen Vergangenheit nicht den Haupthelfer bei diesem Werke abgeben dürfe.

In diesem Sinne wirkte er auf die Erklärung ein, die von der nationalliberalen Partei am 29. Mai 1881 veröffentlicht wurde — das erste Dokument von bleibender Bedeutung, das seit dem Programm von 1867 aus ihr hervorging. Es kennzeichnet bis zu der Heidelberger

Erklärung von 1884 die Parteiepoche, die durch Bennigsens ausschließliche Leitung — sein Name steht an der Spitze von 185 Unterschriften von Abgeordneten des Reichstages und einzelstaatlicher Landtage — bestimmt ist. Er hat an der Abfassung den namhaftesten Anteil genommen und noch in die letzte Fassung einige — im folgenden Abdruck gesperrte — Sätze eingefügt.

„Die nationalliberale Partei steht in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich. Bei voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten wird sie nach wie vor der weiteren Entwicklung der Reichsinstitutionen in nationalem und freiheitlichem Sinne ihre Dienste widmen. Was für die Entwicklung unter entscheidender Mitwirkung der Partei geschehen ist, bezeugt die Geschichte und die Gesetzgebung des Reiches in den ersten zehn Jahren seines Bestehens. Die nationalliberale Partei hält es für ihre nächste und wichtigste Aufgabe, das auf diesem Wege Geschaffene in seinen wesentlichen Grundlagen ungeschmälert zu erhalten, *ohne der bessernden Abhilfe sich zu versagen, wo einzelne Mängel in der Erfahrung hervorgetreten sind.* Ihr Vertrauen zu der *das Ansehen Deutschlands und den Frieden Europas* sichernden Leitung unsrer auswärtigen Angelegenheiten besteht unerschüttert fort. Ueber die veränderte Richtung, welche die innere Politik der Reichsregierung zurzeit verfolgt, gibt sich die Partei ebensowenig einer Täuschung hin wie über die Veränderung, welche ihre eigne Stellung zur Reichsregierung dadurch erfahren hat; aber die Zurückhaltung, welche hierdurch der nationalliberalen Partei auferlegt ist, wird sie nicht abhalten, alle Vorlagen der Regierung auch auf dem Gebiete der inneren Gesetzgebung *unbefangen* und sachlich zu prüfen und dem als nützlich Erkannten ihre Unterstützung zu leihen. Dies gilt namentlich auch von den Vorschlägen, welche für die arbeitenden Klassen die Förderung der Wohlfahrt und den Schutz gegen die Folgen von Unglücksfällen im Auge haben. *Getreu der natürlichen und übernommenen Verpflichtung werden wir der sozialistischen Bewegung nicht lediglich durch die Niederhaltung drohender gewaltsamer Ausbrüche, sondern vor allem auch durch positive Maßregeln für das Wohl der arbeitenden Klassen entgegenzutreten bemüht sein.* Alle Bestrebungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen, welche auf die Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung und auf die Rückkehr zu abgestorbenen Formen unsers wirtschaftlichen Lebens gerichtet sind, wird die Partei mit Entschiedenheit bekämpfen. *Sie ist jederzeit bereit, dazu beizutragen, daß ein friedliches Verhältnis zwischen*

Staat und Kirche wiederhergestellt und aufrechterhalten wird. Sie weiß auch sehr wohl die große Bedeutung des kirchlichen Lebens für unser Volk zu würdigen; aber den notwendigen und unveräußerlichen Rechten des Staates gegenüber der Kirche wird sie keinen Abbruch geschehen lassen, namentlich auch nicht auf den Gebieten der Schule und der Ehegesetzgebung, wo Uebergriffe kirchlicher Reaktion gerade in Deutschland stets am peinlichsten empfunden sind und am unheilvollsten gewirkt haben. Entschlossen, die bestehende gewerbliche Gesetzgebung und die auf ihr beruhende wirtschaftliche Freiheit gegen reaktionäre Angriffe zu verteidigen, halten wir an der Ueberzeugung fest, daß entgegenstehende Meinungen über Schutzzoll und Freihandel nicht zur Grundlage politischer Parteibildung dienen dürfen.[1]) Die Verschiedenheit der landschaftlichen Interessen je nach dem Vorwiegen von Handel und Schiffahrt, von Ackerbau oder von Industrie erfordert dringend, daß innerhalb unsrer Partei abweichenden Anschauungen über Zollfragen Raum gelassen wird. Ein Aufgeben dieser Freiheit würde eine über ganz Deutschland sich erstreckende nationalliberale Partei unmöglich machen. Kaum vollständig zurückgedrängte politische Gegensätze von Norden und Süden, von Osten und Westen müßten in unserm noch so jungen Deutschen Reiche auf das gefährlichste immer von neuem hervorbrechen, wenn große wirtschaftliche Interessen zugleich als politische Parteien sich bekämpften. Die Steigerung der eignen Einnahmen des Reichs und die ausreichende Befriedigung seiner finanziellen Bedürfnisse gehört zu dem alten Programm der Partei. Sie ist einer entsprechenden Vermehrung der indirekten Reichssteuern zu diesem Zwecke nicht entgegengetreten. Gegen das Projekt des Tabaksmonopols hat sie aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen entschieden Widerspruch erhoben. Vor dem Eingehen auf weitere umfassende Pläne, welche die Steuerkraft des Landes in höherem Maße in Anspruch nehmen, muß zunächst das volle und nachhaltige Ergebnis der vom Reichstage im Jahre 1879 bewilligten Zölle und Verbrauchssteuern abgewartet werden. In Preußen wird die Partei bei einer Reform der direkten Steuern mitwirken, welche die Entlastung der weniger bemittelten Klassen von einem Teile der ihnen auferlegten direkten Steuern herbeizuführen bestimmt ist. Einer Zerstörung des direkten Steuersystems oder einer wesentlichen Schmälerung seiner Erträge zugunsten ungemessener Vermehrung indirekter Steuern werden wir uns widersetzen. Für die Ueberweisung eines Teils der Grund- und Ge-

[1]) Mit Recht bezeichnet Fr. Böttcher, Ed. Stephani, S. 276, diesen Satz als „das eigentliche Unterscheidungsmerkmal" von der Sezession.

bäudesteuer in Preußen an Kommunen und Kommunalverbände, eine alte Forderung der liberalen Partei, werden hoffentlich die im Jahre 1879 bewilligten Reichssteuern in ihren nachhaltigen Erträgen unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen einer umsichtigen Finanzverwaltung die Mittel bieten. Gegen eine übermäßige Zentralisation der Staatsgewalt werden wir die Selbständigkeit und die Selbstverwaltung der Gemeinden verteidigen und weiterentwickeln.

„Nach schmerzlichen Erfahrungen und Prüfungen der Vergangenheit ist die nationalliberale Partei aus der Ueberzeugung unsers Volkes hervorgegangen, daß eine über ganz Deutschland ausgebreitete unabhängige, reaktionären wie radikalen Tendenzen gleichmäßig sich fernhaltende, durch die Unterordnung individueller Ansichten unter die großen gemeinsamen Ziele starke liberale Partei eine Notwendigkeit ist. Ohne eine solche Partei würde ein fortdauernder, die Grundfesten des Staats erschütternder Kampf zwischen extremen Richtungen, an dem andre Völker kranken und nicht zur Ruhe kommen können, unserm Vaterlande nicht erspart bleiben. An dieser Ueberzeugung hält die nationalliberale Partei auch in der heutigen Zeit unerschütterlich fest, wo wirtschaftliche Sorge wie politische Enttäuschung und Verbitterung das ruhige Urteil zu verwirren und die Bevölkerung in großer Zahl dem politischen Leben zu entfremden oder extremen Richtungen nach rechts oder links zuzutreiben drohen. Für Deutschland ist nach wie vor eine Partei notwendig, welche die weitere Entwicklung unsers Vaterlandes auf den mühsam erkämpften Grundlagen in entschieden freiheitlichem, aber zugleich maßvollem und die realen Verhältnisse beachtendem Sinne erstrebt. Wir halten fest an der Zuversicht, daß diese Auffassung bei unserm Volke in Stadt und Land noch in weitestem Umfange volle Zustimmung findet. Unabhängig, in sich geeinigt, frei von Ermüdung wie von Erbitterung, zu ernster Arbeit entschlossen, wird die nationalliberale Partei auch unter gesteigerten Schwierigkeiten ferner ihre politische Pflicht erfüllen. Parteien, welche gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, werden uns zur Verständigung und zu gemeinsamem Wirken immer bereitfinden."

Es war das Programm einer Mittelpartei, die sich im Ton und in der Sache zugleich nach rechts und nach links hin abzuheben, sowohl die Traditionen ihres liberalen Ursprungs als die Traditionen ihrer nationalen Politik aufrechtzuerhalten versuchte — in einem Momente, wo Bismarck zu einem neuen Kampfe mit dem Liberalismus auszog und nur Freund oder Feind anerkennen wollte, wo auf der andern

Seite Eugen Richter, ein glänzender Agitator, Redner und Organisator, aber ein nur negativ begabter Politiker, als der Führer des eigentlichen Liberalismus aufstand. Denn jetzt fühlte jener doktrinäre Liberalismus, der seit 1867 zu einer Nebenrolle verurteilt war, seine Stunde gekommen. Für einen Nationalliberalismus der bisherigen Richtung schien zwischen diesen beiden harten Mühlsteinen kein Raum mehr vorhanden zu sein.

Aehnlich wie Bismarck Bennigsen zu locken versucht hatte, trachteten jetzt auch die Sezessionisten, Lasker voran, ja auch einzelne Mitglieder der Fortschrittspartei, ihn für sich zu gewinnen, wenn man auf den Grund sieht, mit ähnlicher Lockung. Sie hegten die Hoffnung, womöglich in die bevorstehenden Reichstagswahlen mit drei gleichen Schlachthaufen einer großen liberalen Partei einzutreten. Aber der alte Freund, der auf Bennigsens politische Entschließungen so häufig Einfluß geübt hatte, traf eine veränderte Stimmung an.

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 3. September 1881.

Mir scheint durch die jetzt offen hervorgetretene Regierungspolitik und die vermutliche, hierdurch bedingte Stellung des Zentrums für die Gesamtheit der Liberalen eine klare Lage geschaffen auch für die bevorstehenden Wahlen. Ich würde deshalb sehr gern mit Ihnen sprechen, ob irgendeine Verhaltungsweise oder Aeußerung im gemeinsamen Interesse sich erzielen lasse; mindestens möchte ich Ihre Ansichten und wenn möglich Ihre Absichten in bezug auf die Wahlen und die parlamentarische Zukunft erfahren, wie ich meinerseits zu rückhaltloser Mitteilung bereit bin. Sollten Sie eine solche Verständigung oder den Austausch von Meinungen und Berichten gleichfalls für nützlich halten, so bitte ich um eine Nachricht, auf welche Weise eine persönliche Besprechung sich bewirken ließe. Ich wäre bereit, nach Hannover zu kommen.

Bennigsen an Lasker.

Hannover, 5. September 1881.

Nächsten Dienstag den 13. beabsichtige ich nach Berlin zu kommen und am Mittwoch dort zu bleiben, um mit dem nationalliberalen Komitee Rücksprache zu nehmen. Es wird sich alsdann jedenfalls eine Gelegenheit finden, mit Ihnen zusammenzutreffen. Ihre Ansicht, daß für die Wahlen gemeinsame Erklärungen der verschiedenen liberalen Fraktionen zweckmäßig — oder auch nur möglich — seien, verstehe ich freilich nicht recht, nachdem die Fortschrittspartei seit mehr als einem halben Jahre ihre wesentliche Aufgabe darin findet, die Nationalliberalen

und hauptsächlich diese auf das heftigste zu bekämpfen, und die Sezession doch gerade mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen für notwendig erachtet worden ist.

Bennigsen an von Benda.

September 1881.

Lasker schrieb mir vor einigen Tagen wegen brieflicher oder mündlicher Verhandlung über gemeinsame Erklärungen der verschiedenen liberalen Gruppen zu den Wahlen u. s. w. Ich habe ihm kurz geantwortet, ich würde am Mittwoch in Berlin Gelegenheit nehmen, ihn zu sprechen; habe ihm aber im übrigen keine Hoffnungen eröffnet, ausdrücklich mit Rücksicht auf die konsequent feindselige Haltung der Fortschrittspartei gegen uns und auf den Umstand, daß ja die Sezession gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen erfolgt sei. Hier haben wir den entschiedensten Mangel an Kandidaten. Für einen Bezirk, Nienburg-Verden, welcher seit 1867 stets gut gewählt hat, wissen wir noch bis zur Stunde an Stelle des bisherigen Abgeordneten, welcher sich entschieden weigert, keinen Ersatz. Es ist eben alle Welt des Treibens müde geworden, bei der Demagogie von oben und der Unvernunft unten freilich kein Wunder.

Von Benda an Bennigsen.

Rudow, 5. September 1881.

Ich war heute früh eine Stunde lang bei Lasker, der mir von seinen Gesprächen mit Ihnen, von seiner Tätigkeit seitdem, von der freundschaftlichen Haltung der Sezessionisten, von der Bereitschaft der Fortschrittsleute zu maßvollem Einlenken den Nationalliberalen gegenüber, von der Notwendigkeit geschlossenen Zusammengehens, von der Unmöglichkeit, noch eine konservativ-liberale Kombination in Rechnung zu ziehen, von der absoluten Notwendigkeit, mit dieser Idee zu brechen, viel erzählte. Er gestand zu, daß der Fortschritt bis zur Stunde das Zusammengehen überaus schwer macht, daß ihm die vollzogene Wahlverbindung mit E. Richter u. s. w. ohne unsre Handreichung unheimlich sei, und berief sich darauf, daß Sezessionisten nur in zwei oder drei Wahlkreisen, und nur aus Initiative der Wahlkreise selbst, mit Nationalliberalen konkurrieren, während er und Rickert überall abgewiegelt, in andern Fällen unsre Kandidaten positiv und lebhaft unterstützt hätten. Was ihm aber besonders am Herzen zu liegen scheint, ist die gemeinsame Erklärung der drei liberalen Gruppen, sich bei den Vorbereitungen, wie insbesondere bei den Stichwahlen unterstützen zu wollen. Ich bemerkte ihm, daß gegen eine g e m e i n s a m e derartige Erklärung, wie

er sie ursprünglich empfahl, voraussichtlich Sie und unsre Freunde sich entschieden erklären würden. Er fragte dann, ob nicht möglicherweise eine identische Formel gefunden werden könne, welche im Falle der Stichwahlen das Uebergehen zu dem liberalen Kandidaten in objektivster Weise empfiehlt — eine Formel, die dann in den demnächstigen Wahlaufrufen der einzelnen Parteien im wesentlichen gleichlautend wiederkehre. Ich erwiderte ihm, daß diese Form jedenfalls leichter sei, ich wüßte aber nicht, wie Sie darüber denken, namentlich über den unbedingten, von der Persönlichkeit ganz absehenden Rat. Auf die Frage, wie sich die Sezessionisten verhalten würden, wo Fortschritt und Nationalliberale sich gegenüberstehen, lehnte er die unbedingte Antwort ab; dies werde eben von den Lokalverhältnissen und den Personen der Kandidaten abhängen. Schließlich gab ich ihm den Rat, sich mit dem Vorschlage direkt an Sie zu wenden, und ich teile Ihnen das Vorstehende mit, damit Sie informiert sind über das, was ich mit ihm gesprochen habe.

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 14. September 1881.

Auch Rickert kommt am Mittwoch oder schon am Dienstag, er schrieb mir ganz selbständig, daß er dringend Sie zu sprechen wünschte, Es wäre gut, wenn wir beide uns sehen könnten, ehe Sie mit den engeren Freunden definitive Anordnungen treffen. Ich stehe zu Gebote, teilen Sie mir mit, wann Sie frei sind. Unsre politischen Ansichten über die gegenwärtige Lage werden wir mündlich austauschen, wie ich hoffe, mit der Offenheit, deren wir uns stets gegeneinander befleißigt haben. Nur auf die letzte Bemerkung in Ihrem Briefe möchte ich jetzt schon die Antwort schriftlich fixieren. Soweit ich mit den Absichten der Sezession mich identifizieren konnte, war sie auf keine exklusive Stellung der beteiligten Personen oder einer Parteirichtung berechnet, und war sie namentlich keinerlei Absage an Sie. Bei der Verschiedenheit der Auffassungen der nächsten Zukunft gab es keinen Boden für ein auch nur taktisches Zusammenwirken. Die Trennung war durch die zeitigen Verhältnisse und die abweichende Beurteilung derselben geboten, sollte eine Ankündigung der veränderten Lage und eine Warnung gegen Täuschungen sein. Einigen Erfolg hat, wie ich glaube, jene Ankündigung und Warnung im Volke und bei den Freunden selbst gehabt und zum besseren Eintritt in die Wahlen vorbereitet. In unsrer letzten Besprechung vor meinem Austritt ließen wir beide die mögliche Einigung der Liberalen offen, und wir erkannten als wesentlichen Grund an: die verschiedenen Ansichten über die nächsten Schritte Bismarcks. Ich glaube nun, daß die Wege Bismarcks jetzt klar liegen und ebenso

weitab von den Ihrigen als von den meinigen. Ich würde es für ein wahres Glück für die liberale Sache halten, wenn Sie dieselbe Ansicht nunmehr gewonnen hätten und in dieser großen Krisis eine entschiedene Stellung nähmen. Ich habe, wie ich mit voller Offenheit sage, ebenso die liberale Sache wie Ihre zukünftige Stellung innerhalb derselben im Auge. Ob eine äußere Einigung in irgendeinem vorbereitenden Schritte oder welche andre Form die angemessenere erscheinen möchte, um Ihren Standpunkt in der gegenwärtigen Krisis klarzustellen, das halte ich für eine sekundäre, der Erwägung unterliegende Frage. Nur wünsche ich, im Gefühle der hohen Achtung, die ich während unsers engeren politischen Verkehrs immer mehr befestigt habe, und der Freundschaft, daß die jetzige Krisis Sie nicht noch weiter von denen entferne, die wie ich Ihre Person und Bedeutung nach ihrem vollen Inhalt für die liberale Sache verwertet sehen möchten, die wie ich in naher Zukunft schon für die liberale Partei eine gemeinsame Fahne und Leitung aufgerichtet sehen möchten. Man beruft sich viel auf Sie in falschen Quartieren, und diesen Mißbrauch Ihres Namens wünsche ich beendet, da sehr schädliche Irrungen sich hieran knüpfen.

*

Zu einer gemeinschaftlichen Erklärung der Liberalen kam es nicht. Die Nationalliberalen erließen am 15. September einen besonderen Wahlaufruf[1]) im Sinne der Erklärung vom 29. Mai. Eugen Richter fand ihn zwar recht vieldeutig und schwächlich, aber im übrigen war seine Aufnahme in der sezessionistisch-fortschrittlichen Presse viel freundlicher als in der rechtsstehenden.[2]) Denn er erklärte immerhin, „gegen-

[1]) Ueber die Aufnahme in der Presse: H. Wiermann (unter diesem Namen verbirgt sich der offiziöse Publizist und Vielschreiber Robolsky), Der Deutsche Reichstag, seine Parteien und Größen II, S. 1—100: Rudolf von Bennigsen. Wiermann, S. 56 ff., verwechselt übrigens das Programm vom 29. Mai mit dem Aufruf vom 15. September.

[2]) Miquel an Cuny, 11. September (Vermerk von Cuny: „Erst am 29. September aufgegeben"): „Außer einem kurzen, schlagenden Hinweis auf die große Bedeutung der Wahl, die wichtigen, zur Entscheidung stehenden Fragen, die Pflicht energischer Tätigkeit u. s. w. muß der Aufruf meines Erachtens zwei Gedanken ganz klar ausdrücken: 1. Der Sturz Bismarcks ist nicht unser Ziel, wäre den deutschen Interessen zuwider. 2. Die Partei steht völlig unabhängig der inneren Reichspolitik gegenüber, entscheidet frei nach dem einzelnen Falle, verwirft die reaktionären Tendenzen in Kirche und Schule, die Angriffe auf die Selbstverwaltung und die Unabhängigkeit der Gemeinden, die Uebertragung der Schul- und Armenverwaltung auf den Staat, bekämpft alle Angriffe auf die Gewerbefreiheit, ohne damit verträgliche Reformen auszuschließen, verwirft das Tabaksmonopol, die Brausteuer ohne den Branntwein, wesentliche Aenderungen am Schutzzolltarif ohne längere Erfahrung, die Tendenz der unbegrenzten Re-

über der drohenden Gefahr eines immer engeren Bündnisses der kirchlichen und politischen Reaktion mit andern liberalen Richtungen fest zusammenstehen zu wollen in der entschlossenen Abwehr klerikal-konservativer Angriffe auf unsre Verfassung und Gesetzgebung". Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wollte nichts als Opposition aus dem Aufruf heraushören, der seine Spitze mehr gegen den Reichskanzler als gegen die Fortschrittspartei richte und nur als Fortsetzung der bereits im letzten Reichstage befolgten Taktik erscheine: „Diese Taktik offenbarte sich in den Abstimmungen bei allen denjenigen Fragen, die prinzipiell irrelevant und an sich gleichgültig waren, denen aber ihre eigentliche Bedeutung erst dadurch beigelegt wurde, daß sie eine gegen den Reichskanzler gerichtete persönliche Spitze hatten."

Die einzelnen Kundgebungen Bennigsens während der Wahlbewegung hatten das Schicksal einer Mittelpartei, die sich inmitten einer stärkeren Strömung behaupten will. Seine Rede in Hannover am 25. September gefiel mehr in dem Lager der Rechten, wenn man auch das völlige Abbrechen aller Brücken zu der Linken vermißte. Die Rede erkannte offen das Vorhandensein einer stärkeren konservativen Strömung an. „Bis zu einem hohen Grade hängt das auch damit zusammen, daß die alten politischen Parteien nicht immer aufmerksam genug gewesen sind auf die stillen Unterströmungen, die schon seit Jahren in Deutschland vor sich gegangen sind. Darin liegt die phänomenale und historische Bedeutung Bismarcks, daß er ein großes Feingefühl und einen schnellen Blick für die wechselnden Bewegungen der Volksseele gehabt hat. Im deutschen Volke waren diese Strömungen schon länger vorhanden, der Reichskanzler hat sich ihrer bemächtigt, er hat sie weiter entwickelt, er sucht in ihnen seine Stütze; aber geschaffen hat er sie nicht, er gebraucht sie und sucht mit ihrer Hilfe gewissermaßen einen Keil zu treiben in die alten politischen Parteien."

Bald darauf entschloß sich Bennigsen, der bisher alle Aufforderungen zur Teilnahme an Wahlversammlungen seiner Partei außerhalb seiner Provinz abgelehnt hatte, auf das wiederholte Drängen seiner Freunde,[1]) in einer großen nationalliberalen Versammlung in Magdeburg als Führer der Partei aufzutreten und zugleich mit verschiedenen Miß-

duktion der direkten Steuern u. s. w. Ich bin der Ansicht, daß man klar und bestimmt sprechen muß im Gegensatz zu dem Zentrumsaufruf sowohl nach links als nach rechts, und den augenblicklichen Wahlvorteil weniger als die dauernde Stellung der Partei beachten muß."

[1]) Gärtner-Magdeburg an Miquel, 24. Juli 1881. Miquel an Bennigsen, Ende Juli 1881. Miquel an Cuny, 14. August 1881. Von Cuny (im Namen des geschäftsführenden Zentralausschusses der Partei), 22. August 1881.

verständnissen, die sich an seine Rede in Hannover knüpften, aufzuräumen. Die Magdeburger Rede hatte eine Färbung, die wiederum den Liberalen mehr gefiel und in der Presse Bismarcks eine gereizte Kritik erfuhr. Miquel schrieb befriedigt: „Die Magdeburger Versammlung ist so vortrefflich verlaufen und Deine Rede hat einen so allgemein guten, für die Freunde ermutigenden und die Gegner verblüffenden und zum Schweigen verurteilenden Eindruck gemacht, daß ich Dir dies doch von hier aus und aus Süddeutschland mitteilen möchte.“[1])

Das Resultat der Reichstagswahlen am 27. Oktober 1881 war eine Niederlage des Reichskanzlers und eine Niederlage der Mittelparteien. Die Opposition des Zentrums hatte sich noch etwas verstärkt, sie verfügte unmittelbar über 100 und mit ihren Verwandten über 143 Sitze. Der eigentliche Sieger war Eugen Richter, der für die Fortschrittspartei 58 Sitze errang, die in den Ersatzwahlen auf 63 anstiegen; auch die Volkspartei verfügte über 9 Mandate. Die alte nationalliberale Partei war in zwei Hälften auseinander gebrochen, denn die Sezessionisten hatten zwar die kleinere Hälfte der Wahlstimmen (450000), aber die größere der Mandate (47), gegen 45 Mandate und 633000 Stimmen der Nationalliberalen gewonnen. Der Liberalismus, wenn man in dieser Situation noch von einer Gemeinschaft reden will, war in drei nicht allzu verschieden starke Fraktionen gespalten, in denen das Schwergewicht auf der Linken lag. Da neben den Nationalliberalen auch die Freikonservativen auf die Hälfte ihres früheren Bestandes zurückgeworfen waren, so waren jene mittleren Gruppen, die miteinander so lange die Geschicke des Reiches entschieden hatten, zur völligen Ohnmacht verurteilt, aber ebenso war jene konservativliberale Mehrheit, über die Bismarck in der letzten Session noch hatte verfügen können, völlig zerstört. Selbst eine konservativ-klerikale Mehrheit war nur dann möglich, wenn die Affiliierten des Zentrums, Welfen, Polen und Elsässer, hinzutraten. Eine Zerstörung der Mehrheiten, die auf die Dauer den Parlamentarismus ungefährlich machen mochte, zunächst aber Bismarcks eignes Werk auf das schwerste bedrohte! So hatte seine auf Sprengung des einstigen Uebergewichts der Nationalliberalen angelegte Politik Windthorst und Richter zu Herren des Reichstages gemacht, der am 17. November mit der Kaiserlichen Botschaft über die sozialen Pflichten des Reiches eröffnet wurde.

In dieser Spannung war die politische Orientierung der kleinen Partei, über die Bennigsen jetzt verfügte, fast noch schwieriger geworden als vorher, und im verstärkten Maße erneuerte sich Drängen und Locken von beiden Seiten.

---

[1]) Miquel an Bennigsen, 16. Oktober 1881.

Bennigsen an Benda.

Hannover, 5. November 1881.

Der Ausgang der Wahlen könnte eine heilsame Lehre für den Fortschritt und die Sezessionisten sein. Herrn Richter halte ich freilich für unverbesserlich, und mit Freund Lasker scheint es nach Ihren Mitteilungen auch nicht anders zu sein. Das platte Land, der Westen und die neuen Provinzen Hannover und Hessen wollen einmal von radikaler Politik so wenig wissen wie von radikalem Freihandel. Der Traum einer liberalen absoluten Mehrheit — die dann in sich auch ganz uneinig gewesen sein würde — ist wohl bis auf weiteres verflogen, auch bei den Phantasten und Sanguinikern à la Lasker. Uns kann auf die Dauer nichts helfen, als daß die Radikalen auf der Linken und die eigentlichen Reaktionäre auf der rechten Seite auf ein Minimum reduziert werden und der Rest (ohne Zentrum) sieht, wie er sich miteinander einrichtet. Das braucht noch lange keine sog. Mittelpartei zu geben, die ja auch früher, d. h. von 1867 bis 1877, nicht bestanden hat.

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 8. November 1881.

Unter den veränderten Verhältnissen, welche die Wahlen schon jetzt geschaffen haben, wende ich mich nochmals an Sie, mit demselben Ziele vor Augen, daß die politische Manifestation einer großen liberalen Partei oder mindestens eines gemeinsamen, alle Fraktionen umfassenden Bandes vorbereitet und nicht durch Gegensätze verhindert werde, welche einer bereits geschichtlich gewordenen Vergangenheit angehören. Die Aufgabe ist jetzt etwas schwerer als in der nunmehr überholten Situation unsrer jüngsten Besprechung, aber zu erreichen ist es immer noch. Die Wahlen haben bekundet, daß man in den liberalen Kreisen weit überwiegend eine zugleich entschiedene und in sich maßvolle Politik will; Abwehr der Reaktion, Reinhaltung des liberalen Gedankens, keine ausschließende Tendenz. Wenn irgendein Wort, so war die Mahnung an die Einheit der liberalen Partei und zur entschiedenen Stellungnahme des Beifalls unter den liberalen Hörern sicher. Das Ergebnis der Wahlen zeigt sogar viel schärfer, als ich gehofft, daß bei einigem und zielbewußtem Wirken eine absolute Mehrheit der Liberalen für den Reichstag auch unter ungünstigen Verhältnissen sich gewinnen läßt. Nach meiner Berechnung werden alle Gruppen der Liberalen zwischen 150 und 160 sich bewegen, und die Annahme ist nicht übertrieben, daß bei tüchtiger Organisation, planmäßiger Agitation und friedlichem Zusammenwirken, selbst einzelne örtliche Streitfälle vorbehalten, schon jetzt 15 bis 20 liberale Stimmen mehr sich hätten gewinnen lassen; und

dies läßt schließen, daß, wenn bis zur nächsten Wahl die Einigung gelingt und nicht arge Fehler gemacht werden, alsdann die Mehrheit sich erreichen ließe. Ich möchte nun nicht die Hoffnung aufgeben, daß auch Sie die Hand bieten zu einer Verständigung, in welcher alle liberalen Schattierungen Platz finden können. Je größer der Rahmen, um so eingeschränkter muß der Inhalt der Einigung zunächst sein; aber die Politik Bismarcks wird schon nachhelfen, sobald er seine Berechnung, Sie von uns getrennt zu halten, aufgeben muß. Die Erinnerungen an die früheren Gegensätze zwischen uns und einem andern Teil der Liberalen und die Streiterfahrungen aus der Wahlzeit müssen wir vergessen; sammeln wir uns vorläufig unter einem Notdach, gewöhnen wir uns aneinander, damit wir auch dann zusammenwirken können, sobald die Liberalen zur leitenden Stellung berufen werden. Praktisch denke ich fürs erste nur an einen leitenden Ausschuß, von welchem solche Angelegenheiten, welche einer gemeinsamen Behandlung fähig sind, vertraulich vorberaten werden; wie beispielsweise Wahl des Bureaus (obschon ich persönlich auf die Endentscheidung kein großes Gewicht lege), die Behandlung der Wahlangelegenheiten, die Geschäftsbehandlung wichtiger Regierungsvorlagen und Anträge. Grundsätzlich würde ich die Kenntnisgabe beabsichtigter Anträge zur Pflicht machen. Eine materielle Uebereinstimmung in jedem einzelnen Falle wird nicht zu gewinnen und soll auch nicht Bedingung sein, noch weniger denke ich an eine sofortige Auflösung der Fraktionsverbände. Die Hauptsache für mich ist, daß die Regierung und die Gegenparteien die Ueberzeugung gewinnen, daß sie einem in vielen Hinsichten aktionsfähigen Ganzen und nicht bloß Bruchstücken einer liberalen Partei gegenüberstehen.

Der Anfang der Session kann leicht auf lange Zeit über die Beziehungen zwischen den liberalen Fraktionen entscheiden, und es pflegt in den ersten Tagen einer Session, und gar besonders einer neuen Legislaturperiode, sehr drangvoll und eilig herzugehen. Ich möchte die Gestaltungen innerhalb der liberalen Partei nicht dem Zufall anheimgeben, deshalb schreibe ich Ihnen mit der Bitte um eine Andeutung, ob ich mich nicht fruchtlos bemühe, wenn ich Sie in eine Kombination der vorgetragenen Art einschließe. Ich würde jede Ihrer Andeutungen so lange vertraulich behandeln, bis eine Mitteilung notwendig wird und Sie dieselbe gestatten. Ich schreibe nur für mich, doch glaube ich im Geiste der von mir vertretenen politischen Richtung zu handeln, und die jetzt nächsten (?) Genossen werden gewiß zustimmen; von Stauffenberg weiß ich es.

Bennigsen an Lasker.

Hannover, 11. November 1881.

Politische Engagements für mich oder gar für meine Parteigenossen andern Parteien gegenüber kann ich vor dem Zusammentreten des Reichstags doch unmöglich eingehen. Soviel kann ich aber wohl sagen, daß das Verhalten der Fortschrittspartei bei den Stichwahlen uns und der Zentrumsfraktion gegenüber nur wenig Vertrauen dazu einflößt, daß diese Partei oder wenigstens ihre jetzige Leitung eine über das allergewöhnlichste Fraktionsinteresse hinausreichende unbefangene Einsicht in die unerhörte Schwierigkeit einer Situation zu gewinnen vermag, in welcher 140 Mitglieder des Zentrums nebst welfischem, polnischem und französischem Anhang das eigentliche Schwergewicht bilden. Wegen des hiesigen Provinziallandtages bin ich außerstande, vor Donnerstag abends acht Uhr nach Berlin zu kommen.

Lasker an Bennigsen.

Berlin, 14. November 1881.

Uns allen, die wir die ungeheure Schwierigkeit der Situation überschauen, muß daran liegen, daß die Liberalen keinerlei Fehler machen. Auch in der Fortschrittspartei, glaube ich, ist Verständnis dafür vorhanden; bei Hänel und Virchow habe ich lebhaften Anklang gefunden. Mit Richter muß direkt unterhandelt werden. Energie und Erfolg haben ihm innerhalb seiner Fraktion eine nicht zu umgehende Stellung gegeben, doch hoffe ich, daß er den ersichtlichen Gefahren und Notwendigkeiten sich nicht verschließen wird, und ich erwarte nötigenfalls das Uebergewicht auf seiten derjenigen, welche wie wir der Verständigung zustreben. Auch wir haben uns über Vorgänge bei den Wahlen zu beschweren; mit der geschäftsmäßigen Behandlung der Stichwahlen waren wir durchaus nicht einverstanden, und wir in der Zentralleitung haben jede Abmachung abgelehnt, obschon mehrere Mandate dadurch gefährdet wurden und eines vermutlich dadurch verloren ging. Aber ich bin unbefangen genug, die unvermeidlichen Wahltaktfehler nicht in die materielle Politik einwirken zu lassen. Irgendein persönliches Engagement von Ihrer Seite habe ich nicht auf dem Wege der Korrespondenz erzielen wollen, aber ich wollte Sie rechtzeitig in Kenntnis setzen. Langjährige Freundschaft, die im Zusammenwirken gewonnenen Erfahrungen und die Liebe zur Sache lassen mich lebhaft wünschen, daß Sie nicht fehlen, wenn eine gesamtliberale Kombination auf vernünftiger Grundlage sich bewirken läßt. Dies hoffe ich. Die eignen Parteigenossen sind, wie ich inzwischen mich überzeugt habe, der Kombination sehr zugeneigt und betrachten sie als einen Teil

unsers Berufs. Sollte dieselbe dennoch scheitern, so haben wir wenigstens den Gewinn, daß wir die Natur der Hindernisse erfahren und das Urteil gewinnen, ob und wie dieselben sich überwinden lassen. Eine aktionsfähige Parteieinheit muß entstehen, diese allein wird den unerhörten Zweideutigkeiten ein Ende machen, welche jetzt für Regierungspolitik ausgegeben werden und häufig genug den Charakter unpassender Scherze annehmen. Schon treten einige Offiziöse wieder mit Lockungen an die „Gemäßigtliberalen" heran, welchem unerhörten Gaukelspiel ich gar keine Aufmerksamkeit zugewendet haben würde, wenn nicht vorgestern ein nicht unerheblicher Abgeordneter der freikonservativen Fraktion im Abgeordnetenhause Rickert, wie dieser berichtet, mit allem Anschein von Ernst anvertraut hätte, die Bildung einer Regierung aus Nationalliberalen und Freikonservativen wäre nie so nahe gewesen wie gerade jetzt.[1]) Das steht auf einer Linie mit den Zweideutigkeiten, welche die Offiziösen und Bismarck selbst täglich in die Welt setzen, die jetzt aber niemand mehr täuschen außer dem Kreis derjenigen, welche getäuscht sein wollen. Nicht allein die politische Moral fordert, daß diesen Zweideutigkeiten ein Ende gemacht werde.

Ihren Brief habe ich als ein Offenhalten der Entscheidung mir ausgelegt. Sollten Sie abzulehnen geneigt sein, so bitte ich mir dies unumwunden mitzuteilen. Wenn Sie aber in die Erwägung eintreten, so bitte ich mir, sobald nur nach Ihrer Ankunft möglich, eine Gelegenheit zur weiteren Besprechung zu geben. Es sind schleunige und erkennbare Schritte nötig, und besonders die Konstituierungen am Anfang und die Wahlgeschäfte bieten eine unwiederbringliche Gelegenheit zu gemeinsamen Schritten.

*

Am 6. Dezember 1881 beriet die nationalliberale Fraktion über die ihr wegen eines organischen Zusammenwirkens der drei liberalen Fraktionen gemachten Vorschläge. Sie kam zu dem Entschlusse, Verständigungen von Fall zu Fall nicht abzulehnen, im übrigen aber ihre volle Selbständigkeit zu wahren. Bezeichnend für diese Situation war ein Vorgang, der an demselben Abend auf der parlamentarischen Soiree bei Bismarck stattfand, von der das Zentrum ostentativ fernblieb.

---

[1]) Vgl. Bismarck zu Mittnacht im November 1881 (a. a. O.): „Uebrigens habe er den Kaiser, dem noch vor kurzem Bennigsen zu rot gewesen, vermocht, ihn zu ermächtigen, mit Franckenstein und Bennigsen darüber zu verhandeln, daß sie wenigstens einmal ein Programm vorlegten." Aehnlich am 16. November: „Er suche eine Stellvertretung und habe seinen Kandidaten schon gewählt, nämlich Herrn von Franckenstein, eventuell, wenn diese Kombination unausführbar wäre, die Herren von Bennigsen und Forckenbeck."

„Sehr bemerkt wurde ein längeres Gespräch des Reichskanzlers mit Bennigsen. Der Kanzler ging, als der nationalliberale Führer den Saal betrat, sofort auf ihn zu, begrüßte ihn herzlich und zog ihn in ein längeres Gespräch, das jedoch so leise geführt wurde, daß selbst die Nächststehenden nichts vernehmen konnten. Es handelte sich, wie später verlautete, um eine Besprechung der augenblicklichen politisch-parlamentarischen Situation, wobei besonders die Gründe für die Schwächung der Mittelparteien mit erörtert wurden. Herr von Bennigsen schien von den vertraulichen Mitteilungen des Kanzlers sehr befriedigt zu sein. Wenigstens sprach er sich in diesem Sinne einzelnen Abgeordneten gegenüber aus."[2])

Daß Bennigsen entschlossen war, die Selbständigkeit nach links hin zu behaupten, ging aus einer Rede auf einem Fraktionsdiner am nächsten Tage hervor. Er widersprach einer Vereinigung mit den Sezessionisten und der Fortschrittspartei zu einer großen liberalen Partei, da vielfach große Unterschiede zwischen ihnen beständen; nur in der Abwehr gegen die Reaktion solle man vereint stehen und bei positiven Arbeiten zusammenwirken. Gerade jetzt müsse die nationalliberale Partei sich selbständig halten nach rechts und links, um im gegebenen Momente zu neuer Wirksamkeit hervortreten zu können.

In welchem Grade er diese Selbständigkeit auch nach rechts behaupten wollte, zeigt der Angriff, den er am 15. Dezember gegen den Minister des Innern von Puttkamer, der kurz vor den Wahlen ernannt worden war, wegen der amtlichen Wahlbeeinflussung unternahm. Es sei ein großes Wagnis gewesen, das allgemeine Wahlrecht einzuführen; nachdem es einmal eingeführt sei, würde das Wagnis noch größer sein, es wieder abzuschaffen. Bei einem solchen Wahlsystem sei die Verantwortlichkeit der Parteien viel größer, sonst könne das alle paar Jahre stattfindende Aufwühlen der Leidenschaft in den Massen noch einmal sehr gefährlich werden. „Wenn eine solche Verantwortlichkeit die Parteien trifft und wenn wir uns davor hüten sollen, bei diesen Kämpfen unter politischen Gegensätzen und politischen Parteien und Personen zurückzufallen in die Art, wie in früheren Jahren wohl Religionskämpfe ausgefochten wurden, so trifft eine viel größere Verantwortlichkeit die Regierung als irgendeine der politischen Parteien. Und ich bedaure, es behaupten zu müssen, daß, wenn die Regierung

---

1) Fr. Böttcher, Eduard Stephani, S. 281. Ebenda über die Anläufe zu einer Kooperation. Miquel an Bennigsen (Ende 1881): „Ich freue mich, daß ein freundliches Verhältnis zu den andern liberalen Fraktionen angebahnt ist, ohne daß eine förmliche Verschmelzung eintrat."

2) H. von Poschinger a. a. O. I, S. 243.

durch diejenige Presse, für welche sie die Verantwortlichkeit übernimmt, auf welche sie einzuwirken imstande ist und welche ihr dient, nicht in bekannter Weise in den Kampf eingegriffen hätte, so hätten die Parteien vielleicht den Kampf auch nicht mit so starker Erbitterung geführt."

Mit noch größerer Schärfe aber wandte er sich gegen die von dem Minister des Innern über die politische Betätigung der Beamten ausgesprochenen Grundsätze: um ihretwillen habe er sich wider seine ursprüngliche Absicht zum Wort gemeldet. Er erkannte an, „daß die amtliche Stellung eines nachgesetzten Beamten in dem Ressort des Innern ihm eine große Schranke auflegt und auflegen muß in der Art und Weise, wie er sein Wahlrecht ausübt. Wenn von einem Staatsministerium, namentlich von einem Minister des Innern, eine politische Verantwortlichkeit geführt werden soll, so kann man allerdings ihm die Möglichkeit nicht verschränken, zu verhindern, daß die ihm nachgesetzten Beamten, für deren Tätigkeit er bis zu einem gewissen Grade auch verantwortlich ist, in einer tendenziösen Weise der Politik der Regierung entgegentreten. Dazu wird er namentlich berechtigt sein, wenn es sich um solche Beamten handelt, deren politischer Charakter vorzugsweise anerkannt ist durch diejenigen Bestimmungen, die ja bekanntlich eine ganze Reihe von Beamtenkategorien unter Disponibilität stellen. Aber der Herr Minister ist viel weiter gegangen, er hat sich für ein System ausgesprochen, ohne dasselbe näher zu entwickeln. Ich habe die Worte aber nicht anders verstehen können, als daß das System hinsichtlich der Stellung der Beamten zu dem Minister bei einer politischen Wahlbewegung ganz dasselbe ist, dessen böse Folgen wir nun gewöhnt sind, seit vielen Jahren in dem Nachbarlande Frankreich zu beobachten, wo das ganze Beamtentum zur Verfügung des Ministers steht, wo, wenn eine Wahlbewegung anfängt, der Minister auf einen Knopf drückt und die ganze Maschine zu arbeiten beginnt, und, wie der Minister sich ausgedrückt hat, ihm Hilfe und Unterstützung leiht. Dieses System in Deutschland einzuführen, das wird, glaube ich, nicht gelingen, denn so sind doch die alten, guten Traditionen unsers deutschen Beamtentums, daß der Beamte noch höhere Pflichten anerkennt, für das Wohl des Ganzen und der ihm anvertrauten Teile der Bevölkerung zu sorgen, und nicht seine wesentliche Aufgabe darin suchen soll, politische Hilfe irgendeinem augenblicklichen Regierungssystem in einer besonders lebhaften Wahlbewegung zu leisten. Sodann hat aber der Herr Minister noch weitere Worte gesprochen, von denen ich wirklich bedaure, daß sie so zum ersten Male hier im Reichstage von einem preußischen Minister in den Mund genommen worden sind. Der Herr Minister hat sich nicht darauf beschränkt, zu sagen, daß er von seinen

Beamten Hilfe und Unterstützung in dem Wahlkampf erwarten müsse, er hat sich nicht darauf beschränkt, zu erklären, daß für die Hilfe und Unterstützung, welche die Beamten ihm geliehen haben, sie seines Dankes und seiner Anerkennung sicher wären, nein, auch des Dankes und der Anerkennung Seiner Majestät. Nun, was die Beamten in diesen Wahlkämpfen in einzelnen Fällen getan haben, das wird ja vielfach noch durch die Erörterungen in der Wahlprüfungskommission klargelegt werden, aber jetzt geht doch schon unwidersprochen von dem Verfahren mancher Beamten an Tatsachen so viel durch die öffentliche Presse, daß es höchst gefährlich ist, wenn der Herr Minister nicht bloß sich, sondern die erhabene Person des Monarchen in einen Wahlkampf von höchster Leidenschaftlichkeit mit hineinzuziehen sucht. Wir haben in Deutschland bislang geglaubt, daß, wenn eine Staatsregierung und ihre Maßregeln heftig angegriffen werden, sie sich schützend vor den Monarchen stellen sollte, der vielleicht unter diesen Angriffen mit leiden könnte. Aber daß eine angegriffene und gefährdete Regierungspolitik den Schild der Person des Monarchen für sich in öffentlicher Reichstagsversammlung in Anspruch zu nehmen wagt, das haben wir noch nicht für möglich gehalten. Dagegen lege ich, wie ich behaupte, nicht bloß im Namen meiner Freunde und der ganzen liberalen Seite des Reichstags, nein, im Namen, wie ich das fest annehme, vieler Personen aus andern Parteien Verwahrung ein."

Es heißt, daß die Rede in der Fortschrittspartei durch ihren trotzigen Ton fast betäubend wirkte und die eigne Partei zum lautesten Enthusiasmus hinriß. Die Rechte dagegen meinte erbittert, daß sie von alten konstitutionellen Schlagworten wimmle. Bismarck befürchtete, daß dieser Angriff den wirklichen Uebergang Bennigsens zur Opposition einleite und suchte ihn zurückzuhalten. Er hatte am Abend des 17. Dezember ein längeres Gespräch mit ihm, über dessen Verlauf mir ausnahmsweise eine gleichzeitige Aufzeichnung vorliegt.[1])

„Bismarck begann das Gespräch mit der Bemerkung, Puttkamer sei außer sich über Bennigsens Rede vom 15., und knüpfte daran eine Ermahnung, Bennigsen möge nicht so weit nach links gehen. Er solle doch bedenken, wie er sich zu der Beteiligung der Beamten an der Wahlbewegung stellen würde, wenn er selbst die Verantwortung zu tragen hätte. Die Betätigung der Beamten im Sinne der Regierung sei ein Erfordernis des monarchischen Staates. Er werde dies System nur noch mehr ausbilden. Er habe dazu die weitgehendste Vollmacht des Kaisers. Bennigsen verteidigte seinen Standpunkt und erinnerte

[1]) Nach einer Aufzeichnung, die der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Fr. Böttcher nach den Angaben Bennigsens machte.

Bismarck an seine eigne Rede über das Eingreifen des meiningenschen Landrats Baumbach in die Sonneberger Reichstagswahl.[1])

„Bismarck befand sich in einer pessimistischen und fast weichen Stimmung. Er sprach von Berichten der Gesandten über die Aufmerksamkeit des Auslandes auf unsre inneren Vorgänge und klagte, alles gehe noch einmal auseinander. Bennigsen wies auf die Naturgemäßheit einer gewissen nationalen Erschlaffung, eines Rückschlags hin. Dergleichen hätten andre Völker auch durchzumachen gehabt, ohne die festen Bindemittel, die bei uns in Kaiser, Heer und Bismarcks eigner Stellung gegeben seien.

„Bismarck bedauerte, daß die alte nationale Majorität verloren gegangen sei. Mit dem Zentrum auf die Dauer zusammenzugehen sei nicht möglich. Der (am 15. Dezember eingebrachte) Antrag Windthorst wegen Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern sei nicht annehmbar. Was solle man nun mit einem solchen Reichstage anfangen? Bennigsen erwiderte, daß zunächst im gegenwärtigen Reichstage alles Wichtigere zur Annahme gelangen werde, außerdem könne ein großer Teil der Bismarckschen Reformpläne nach und nach verwirklicht werden. An den durch die Wahl geschaffenen Majoritätsverhältnissen sei einstweilen nichts zu ändern. Die Verhaltungslinie, welche die nationalliberale Partei sich dermalen vorgezeichnet habe, müsse von ihr innegehalten werden. Bismarck zeigte eine besondere Animosität über die Ablehnung kleiner Forderungen, die ihm persönlich am Herzen lägen, namentlich schien er nicht verwinden zu können, daß auch die Nationalliberalen ihm den Volkswirtschaftsrat, für den er noch einmal alle seine Gründe anführte, versagt hätten. Bennigsen hielt ihm jedoch entgegen, daß er es dem Reichstage nicht verdenken könne, wenn dieser gerade in solch unwichtigeren Dingen auf seiner eignen Meinung bestehe.

„Im weiteren Verlaufe des Gesprächs kam Bismarck auf die Streitfrage zurück, ob seine Ministerverhandlungen mit Bennigsen von 1877/78 am Tabaksmonopol gescheitert seien. Er habe Bennigsen damals nicht sagen können, daß durch Eulenburgs Intrigen beim Kaiser schon lange vorher sein Eintritt in die Regierung nicht mehr möglich gewesen sei. Bennigsen erwiderte nichts, er hielt diese Darstellung für nicht wahr.[2])

[1]) Bismarck erklärte am 3. März 1881: „Soviel an der Reichsregierung und namentlich an mir als Kanzler liegt, bin ich den Einwirkungen von Beamten stets entgegengetreten — nicht immer mit Erfolg. Ich teile die Meinung des Herrn Vorredners, daß es der Würde des Beamten nicht entspricht, sich in die Wahlkämpfe zu mischen, namentlich in öffentlichen Reden."

[2]) Vgl. über den Irrtum Bennigsens S. 340 ff.

„Bismarck beschwerte sich über das Spekulieren auf den Thronwechsel. Bennigsen meinte kühl lächelnd, daß er ihm dergleichen doch gewiß nicht vorwerfen könne. Das gab Bismarck zu. Im übrigen erklärte er, nach dem Thronwechsel nicht bleiben zu wollen."

Der Erlaß des Kaisers vom 4. Januar 1882 gab, wie Bismarck angekündigt hatte, dem Minister von Puttkamer recht.

Der Höhepunkt der Mittelstellung Bennigsens in diesen Jahren ist unzweifelhaft in der großen Rede zu erkennen, mit der er nach der Ablehnung des Tabaksmonopols vom Juni 1882 die Resolution unterstützte, die den Tabak vor weiterer Steuerbelastung geschützt wissen wollte. Die Rede ist an sich bedeutend, weil sie an der Hand der Geschichte der preußischen Verwendungsgesetze von 1880 bis 1882 das eigne Finanzprogramm Bennigsens im Zusammenhange entwickelt, die preußische Klassensteuer gegen die Angriffe Bismarcks verteidigt und den Wunsch ausspricht, der Reichskanzler möge durch seine Behörden in Preußen die Reform der Klassen- und Einkommensteuer wieder in die Hand nehmen lassen.[1] Eigenartiger noch als dieser sachliche Kern der Rede ist die Auseinandersetzung, die er bald im Namen des Liberalismus, bald im Namen des Reichstages mit der Persönlichkeit Bismarcks unternimmt. So wird seine Rede, die sachlich als Oppositionsrede gegen die Finanzpolitik angelegt ist, in diesem persönlichen Teile die objektivste und eigenartigste Würdigung, die Bismarck jemals im deutschen Reichstage gefunden hat: eine edle Revanche großen Stiles für jene lockende Anerkennung Bismarcks vom Mai 1881, die so bald wieder in scharfe Gegnerschaft umschlug. Er untersuchte zunächst die Vorwürfe, die Bismarck wegen der Schwierigkeiten in seiner Finanzpolitik nicht nur gegen einzelne Parteiführer, einzelne Parteien und Fraktionen, sondern gegen das ganze Verfassungswesen und die parlamentarischen Zustände in seiner letzten Rede erhoben habe.

„Es hat eine Zeit hier im Reiche gegeben, in der solche Vorwürfe aus dem Munde des Reichskanzlers nicht ertönten. Der Reichskanzler hat mit einer Mehrheit im Reichstage, auch mit einer Mehrheit in Preußen, zehn bis zwölf Jahre lang auf allen Gebieten der Gesetzgebung die größten Erfolge zu verzeichnen. Jetzt zum ersten Male, wo die Mehrheit zwei Jahre hintereinander dem Reichskanzler den

[1]) Ueber die Angriffe der „Provinzial-Korrespondenz" gegen das Finanzprogramm Bennigsens: Wiermann a. a. O. S. 73—79. Die offiziöse Presse bezeichnete die Forderung von progressiver Einkommensteuer, Selbsteinschätzung und scharfer Kontrolle als sozialistisch im verwerflichen Sinne.

Dienst versagt für Projekte steuerpolitischer Art, welche in ihrem Zusammenhange schwer übersehbar, in ihren Wirkungen noch keineswegs so abgeschlossen sind, daß ein ruhiges und sicheres Urteil über sie gefällt werden kann, ist es wohl gerechtfertigt, daß daran so schwere Anklagen geknüpft werden gegen die parlamentarische Vertretung, gegen den ganzen Geist des deutschen Volkes, wie wir sie hier aus dem Munde des Reichskanzlers gehört haben? Der Herr Reichskanzler hat gegen einzelne Parteien zwischendurch vorzugsweise diese Vorwürfe gerichtet und in seiner ersten großen Rede namentlich auch davon gesprochen, daß, wenn er sich selbst ein liberales Kanossa auferlegt hätte, vielleicht auf diesen Gebieten mehr für ihn zu erreichen gewesen wäre. Wo sind denn die liberalen Parteien, welche jemals bis in die neueste Zeit hinein verlangt haben, hier im Reich oder in Preußen eine Parteiregierung zu bilden? Ich kenne eine solche Partei nicht. Von meiner Partei lehne ich es entschieden ab. Ich gehe sogar weiter, ich sage: solange unsre Zustände sich so fortentwickeln werden, daß wir nicht, wie in normaler Zeit in England, zwei große Parteien haben, sondern drei, Konservative, Liberale und das Zentrum, da ist eine Parteiregierung in englischem Sinne, in überliefertem parlamentarischen Sinne fast eine Unmöglichkeit; jedenfalls ist eine dahingehende Forderung von den liberalen Parteien, eine liberale Parteiregierung zu bilden, nicht erhoben worden.

„Ich möchte ferner einmal die Frage aufwerfen, wo jemals in der Geschichte Deutschlands oder irgendeines andern europäischen Landes in einer großen Zeit mächtiger Umgestaltungen und bedeutender legislativer Erfolge — wo hat es jemals eine große liberale Partei gegeben, wo hat es, sage ich, jemals ein Land und eine Zeit gegeben, wo nie und in keinem Augenblick aus den Kreisen einer solchen oder irgendeiner ähnlich starken und einflußreichen Partei in der ganzen Zeit hindurch der Anspruch erhoben wurde, daß auch nur ein Mitglied dieser Partei in die Regierung eintreten sollte? Wo hat das jemals stattgefunden? Ja, meine Herren, wenn man die Entwicklung hier in Deutschland und in Preußen seither überblickt, kann man sich sogar fragen, ob es richtig gewesen ist, daß die nationalliberale Partei so gehandelt hat. Dafür sind verschiedene Gründe maßgebend gewesen. Der entscheidendste Grund war aber der, daß wir das Durchsetzen wichtiger legislativer Maßregeln, für die wir nach unsern Grundsätzen ein erhebliches Gewicht in die Wagschale legen konnten und sollten, nicht davon abhängig machen wollten, ob daneben auch Personenfragen in einem der Partei günstigen Sinne entschieden würden. Man begnügte sich damit, mit dem Reichskanzler und einer konservativen Regierung

zusammen zu wirken für dasjenige, was man im Interesse des Reiches und des Staates Preußen für wohltätig hielt, und niemals hat man verlangt, wenn man auch noch so großen und nicht zu entbehrenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausübte, an der Regierung selbst teilzunehmen. Wenn also die Zustände jetzt anders geworden sind, so liegt doch wohl ein nicht unerheblicher Teil der Schuld auch an der Art und Weise, wie die Verhältnisse seitens der Regierung und auch seitens des Herrn Reichskanzlers selbst behandelt worden sind."

Dann aber wandte er sich der Persönlichkeit Bismarcks zu:

„Das ist allerdings das Schicksal großer historischer Persönlichkeiten, denen es gestattet ist, umwälzend und aufbauend den Völkern Bahnen vorzuzeichnen, daß eben solche Tätigkeit nur möglich ist durch eine ungewöhnliche Kraft des Willens, durch eine ungewöhnliche Gewalt des Geistes, durch einen seltenen, das regelmäßige Maß weit übersteigenden Feuereifer in der Verfolgung der Ziele, welche man sich gesteckt hat. Nur Menschen von solcher historischen Bedeutung sind imstande, solche Ziele sich zu stecken, wie sie der Reichskanzler und ähnliche große Figuren der menschlichen Geschichte sich gesteckt haben, sie sind allein imstande, mit den von mir gekennzeichneten Eigenschaften solche Ziele auch wirklich zu erreichen. Aber es liegt einmal in dem ganzen menschlichen Dasein begründet, daß niemand vollständig glücklich sein kann weder in seinem äußeren Schicksal noch in der Beschaffenheit seines Wesens und seines Innern. An der tragischen Schuld des menschlichen Daseins nehmen alle, Große und Kleine, ihren Anteil und den größten Anteil gerade diejenigen, welche die Führer der Völker sind und welche die seltene Kraft ihres Geistes und das ungewöhnliche Maß ihres Willens befähigt, in die Geschicke der Völker historisch bestimmend einzugreifen. Das Feuer, welches erforderlich war, um so Großes zu schaffen, der nachhaltige Wille, die geistige Kraft, die dazu nötig waren, die Bestrebungen zu erfassen und energisch durchzuführen, zehren auch an dem Innern solcher Männer selbst. Und wenn es ihnen wiederholt gelingt, große Hindernisse zu besiegen, dann ist es fast natürlich, daß dieselben Männer auch das verzehrende innere Feuer stärker ergreift, wo sie nun einmal auf Hindernisse nach jahrelangen unausgesetzten Erfolgen stoßen, die sie nicht zu überwinden vermögen. Das ist ein tragisches Schicksal, mit dem man Mitgefühl haben soll und das man historisch begreifen kann, und wenn also der Herr Reichskanzler nach so gewaltigen Erfolgen angelangt ist an einer Stelle, wo er sich beklagt, daß man jahrelang ihn in seinen besten Absichten im Stiche gelassen habe, daß sich Hindernisse aufgetürmt hätten, seine wohltätigsten Pläne für unser Volk durchzuführen, so sage ich: ja, ein

Mann, der gewohnt ist, Hindernisse zu überwinden, schätzt vielleicht auch einmal unrichtig den inneren Gehalt seiner Projekte und die Natur der Hindernisse. Er ist geneigt, die Pläne, die er nun mit solchem gewaltigen Willen durchführen will, für gereifter und in sich abgeschlossener zu halten, als wirklich die mitlebende Menschheit anerkennt, und er erblickt in den sich entgegenstellenden Hindernissen persönliche Gegensätze und übeln Willen, wo doch die Schwierigkeiten in den Verhältnissen selbst liegen und in der Erkenntnis der übrigen Mitlebenden, die sich, wie in diesem Falle, von der Richtigkeit und Zuverlässigkeit des Erfolgs der geplanten großen finanzpolitischen Maßregeln nicht haben überzeugen können. Aus solchen Vorgängen darf der Kanzler, wenn er die großen Erfolge der Vergangenheit und diesen ersten erheblichen Mißerfolg auf einem einzelnen, dem finanzpolitischen Gebiete vergleicht, nicht irre werden an dem Geiste seiner Nation und an der Zuverlässigkeit und Sicherheit der Institutionen, die die Nation und ihre Vertretung mit ihm zusammen geschaffen haben. Der Herr Reichskanzler mag sich in einzelnen Stunden die politische Zukunft unsers Vaterlandes noch so unsicher und schwarz ausmalen — auf diesem Wege werden die Vertreter Deutschlands und das deutsche Volk ihm nicht folgen. Nein, das deutsche Volk gibt die Hoffnung auf seine Zukunft nicht auf, wenn augenblicklich sich auch ungewohnte Schwierigkeiten für seine weitere politische Entwicklung auftürmen, und das deutsche Volk verzweifelt nicht an der richtigen Grundlage der Institutionen, welche in den Jahren 1867 und 1871 im Reiche geschaffen sind, unter wesentlichem Eingreifen des Fürsten Reichskanzlers, aber auch unter freudiger Zustimmung und Mitwirkung der deutschen Nation.

„Nein, was damals geschaffen worden, so künstlich und kunstvoll es erscheint, so wenig es irgendeinem Beispiel andrer Völker oder einer politischen Schule vollkommen entspricht, es hat sich doch bereits im Laufe der Jahre im großen und ganzen für das Deutsche Reich als einzig zutreffend und heilsam bewährt. Ich meine, diese Verbindung des monarchischen Gedankens mit parlamentarischen Institutionen und diese Ausgleichung der einheitlichen Idee mit der föderativen, wie wir sie in der Grundlage unsrer Reichsverfassung haben, diese so verknüpften Elemente sind aber auch wesentlich für den Fortbestand nicht nur unsrer Verfassung, sondern auch für die Gewähr einer ruhigen und gedeihlichen politischen Entwicklung in Deutschland. Brechen Sie einen Teil dieser Elemente, die so kunstvoll und sorgsam zusammengefügt sind, heraus, dann eröffnen Sie die Bahn für Umwälzungen aller Art, wie wir sie in Deutschland und in andern Ländern zur Genüge kennen gelernt haben."

Gegenüber dem Worte des Reichskanzlers, daß er jetzt in den deutschen Dynastien die vornehmste Stütze für die Reichsverfassung gefunden habe, entwickelte er die stärkeren Notwendigkeiten der Zukunft.

„Wenn jemals die Zeit kommen sollte, in der auf diese Stütze allein die deutsche Verfassung und die politische Zukunft Deutschlands gestellt werden müßte, sie würde sich weder breit noch fest genug erweisen. Nein, solche monarchisch komplizierten Verfassungen mit konstitutionellen Einrichtungen verlangen vor allem ein lebendiges und einträchtiges Zusammenwirken von Dynastien und Volk und seinen Vertretern, und wenn zu irgendeiner Zeit einer dieser Teile versagen sollte — vielleicht geht die Nation selbst nicht daran zugrunde, aber der bisherige Zustand und die bisherige Entwicklung in einer historischen Verfassung würde ihr Ende erreicht haben, und Umwälzungen unabsehbarer Art würden eine lange Reihe von Jahren gebrauchen, um an die Stelle des Aufgelösten wieder etwas dauerndes Neues zu setzen. Nein, wenn die deutschen Dynastien jetzt die Reichsverfassung, wie sie ist, verteidigen wollen, gewiß wird ihnen dann das Volk zur Seite stehen; aber wenn jemals die Möglichkeit einträte, daß mit Hilfe der deutschen Dynastien an die Stelle der deutschen Verfassung und der jetzigen konstitutionellen Einrichtungen mit Beseitigung des Parlaments etwas andres gesetzt würde, dann ist die Bahn frei für jede Revolution, dann ist durch den Vorgang revolutionärer Arbeit von oben die Bahn legitimiert und frei für jedes mögliche umwälzende Experiment von unten.

„Das Große und Schöne unsrer deutschen Entwicklung hat darin bestanden, daß nach der Arbeit — der vergeblichen — einzelner Patrioten, ganzer Generationen in zwei Menschenaltern endlich Fürsten und Völker sich zusammengefunden haben — wenn auch nicht ohne den schweren Durchgang eines Bürgerkrieges. Es ist vollkommen richtig, was der Herr Reichskanzler gesagt hat, alle diese Vorbereitungen für die deutsche Einheit von einzelnen Patrioten und politischen Vereinen und die ganze achtundvierziger Bewegung waren nicht imstande, das Deutsche Reich zu schaffen — nein, dazu war ein kräftiger Wille, dazu war die Aufwendung der Machtmittel eines großen Staates erforderlich, um das siegreich durchgeführt zu haben. Das hat mit Recht der Herr Reichskanzler für sich als seine historische Aufgabe und Leistung in Anspruch genommen, daß er den richtigen Moment erfaßte, daß er es gewagt und unternommen hat, daß er seinen König dafür zu stimmen verstanden hat als leitender und verantwortlicher Staatsmann, und daß dann dieses große Werk, das durch Menschenalter vorbereitet war, endlich zum Durchbruch und Abschluß gekommen ist.

„Ich habe sonst wohl den Herrn Reichskanzler billiger urteilen hören, und er hat gewiß schon vielfach billiger gedacht über die Vorbereitungen zu der Umwälzung von 1867 und 1871. Gewiß ist es vollkommen richtig: die Burschenschaften, politischen Vereine und Verbrüderungen, die einzelnen aufopferungsvollen Patrioten, alle, die sich bemüht haben, den Gedanken der deutschen Einheit in diesem Jahrhundert zum Ausdruck zu bringen, in den Gemütern wach zu erhalten und für die Durchführung vorzubereiten, sind weit entfernt, für sich in ihrem Innern oder historisch das Verdienst in Anspruch zu nehmen, daß gerade sie es gewesen sind, welche die Umgestaltung Deutschlands herbeigeführt haben. Aber ich will das Bild einmal umdrehen: niemals wäre der Fürst-Reichskanzler, und ich sage auch, niemals wäre die Monarchie Preußen imstande gewesen, dieses Verfassungswerk von 1867 und 1871 im Kampfe gegen Oesterreich und Europa zum Abschluß zu bringen, wenn das, was wir jetzt an einheitlicher Verfassung in Deutschland haben, nicht der Abschluß und das historische Ergebnis einer langen Zeit gewesen wäre, in der die besten Kräfte in Deutschland jede in ihrer Art gearbeitet und Opfer gebracht haben.

„Nein, was hier jetzt in Deutschland fest geordnet dasteht, das ist aus dem Geiste des deutschen Volkes, durch patriotische Männer und große Persönlichkeiten lange vorbereitet, endlich zum Durchbruch gebracht. Aber durch einzelne Personen allein konnte es nicht geschaffen werden, wie auch das Volk allein nicht imstande war, in seiner Uneinigkeit von Nord und Süd und gestört durch die religiösen Gegensätze, mit einer Volksbewegung von unten nach Art der Versuche von 1848 einen solchen Abschluß herbeizuführen. Also ein Mann, wie der Fürstreichskanzler, verdankt seine große Popularität gerade dem, daß er nicht etwa allein mit Genialität und übermächtigem Willen und großem diplomatischem Geschick diese Dinge durchgeführt hat, nein, daß er aus dem Geiste des deutschen Volkes heraus, gewissermaßen als Erbe aller dieser Bestrebungen, Versuche und Anläufe, daß er in voller Uebereinstimmung mit dem Volke endlich die alten Hoffnungen, Wünsche der deutschen Nation nach einer einheitlichen und bundesstaatlichen Verfassung zum Abschluß gebracht hat."

Der stenographische Bericht verzeichnet: Stürmischer Beifall links. Vereinzeltes Zischen rechts. Anhaltende Bewegung links,[1] und ein Augenzeuge urteilt: „Selten, vielleicht nie, hat Bennigsen mit der hinreißenden Macht seiner Rede und der überzeugenden Kraft seiner Gedanken einen so durchschlagenden Erfolg erzielt wie an diesem 15. Juni.

[1] Fr. Böttcher, Ed. Stephani, S. 287 ff.

In einer Zeit, da der Verband seiner näheren politischen Freunde die niedrigste Zahl erreicht hatte, stand er da, nicht wie das Haupt einer Partei, sondern wie der Führer des Reichstages. Ein Augenblick allgemeiner patriotischer Aufwallung ging durch das Haus."

*

Der folgende Briefwechsel ist als erstes Vorspiel einer selbständigen Aktion der südwestdeutschen Nationalliberalen von 1884 von historischem Interesse: was Bennigsen im Jahre 1882 ablehnte, wurde zwei Jahre darauf von Miquel aufgenommen.

Marquardsen an Bennigsen.

Erlangen, 13. Juli 1882.

..... Mittlerweile hatte ich in Worms, wo ich am Sonntag gespeecht habe, schon einen neuen Wechsel auf Ihren Patriotismus gezogen. Auf die private Anregung dortiger Freunde habe ich es übernommen, einen nationalliberalen Parteitag für Großherzogtum Hessen, Rheinpfalz, Württemberg und Bayrisch-Franken und Baden, womöglich in Frankfurt, ins Werk zu setzen, wo ein alter, gut nationalliberaler Stock ist. Je mehr ich und andre Freunde in den letzten Tagen den Plan durchdachten, desto mehr sind wir von der Wichtigkeit und der Erfolgsicherheit des Schrittes überzeugt worden. Ich habe deshalb auch schon während eines kurzen Aufenthaltes in Frankfurt vertraute Rücksprache gehalten. Aber es versteht sich, daß ohne Sie die Sache nicht gemacht werden kann und jeder weitere Schritt unterbleibt, wenn Sie sich uns versagen, was ich nicht glauben kann.

Bennigsen an Marquardsen.

Hannover, 17. Juli 1882.

Was das Projekt eines süddeutschen Parteitages anlangt, so bedaure ich, Ihnen erwidern zu müssen, daß ich mich nicht dazu entschließen kann, an demselben teilzunehmen. Nach Köln bin ich gegangen mit unmittelbarer Rücksicht auf die im Herbst bevorstehenden preußischen Landtagswahlen und das große, möglicherweise entscheidende Gewicht, welches für diese Wahlen die westlichen Provinzen in die Wagschale werfen werden, damit unsre Partei im nächsten Landtage angemessen vertreten bleibt. Dagegen halte ich mich nicht dazu berufen und kann auch nicht einmal annehmen, daß es für unsre Partei im großen und ganzen nützlich ist, mich in ähnlicher Weise wie Eugen Richter oder Rickert als Agitationsredner in den verschiedensten Teilen von Deutschland aufzuspielen. Anregung dazu habe ich früher und auch in diesem Jahre schon mehrfach von verschiedenen Orten aus erhalten, aber nicht darauf reagiert.

Marquardsen an Bennigsen.

Erlangen, 27. Juli 1882.

Die Zumutung, daß Sie wie die Dioskuren Richter und Rickert als Agitationsprediger und Wühlhuber im Lande herumziehen sollten, war von niemand weniger zu erwarten als von mir, der auf die vornehme, gentlemanlike Behandlung unsrer politischen Aufgaben von jeher ebensoviel Gewicht gelegt hat als Sie selber. Aber in dem vorliegenden Fall handelt es sich um eine ganz exzeptionelle Situation, wobei ich hinzufüge, daß der Anlaß, sie zu erwägen und dabei auch Ihre Mitwirkung zu erbitten, mir von andern geboten worden ist, deren Gründe mich allerdings überzeugten. Es galt und gilt, den in getrennten Organisationen stehenden und durch die verschiedenartige Gegnerschaft zu verschiedenartiger Taktik veranlaßten Gesinnungsgenossen in Hessen, in der bayrischen Pfalz, in Baden, Württemberg und dem bayrischen Franken die Gelegenheit zu bieten, durch einen Zusammentritt von Notabeln die Gemeinschaft unsrer Ziele und Aufgaben zum Ausdruck zu bringen, und dafür wäre doch der natürlichste Anlaß und Mittelpunkt die Anwesenheit unsers Parteiführers. In all den genannten Ländern wird es als das größte Glück der nationalliberalen Partei empfunden, daß wir endlich in Ihnen den einen und alleinigen Führer erhalten haben und von dem unseligen Mischmasch der früheren Parteileitung befreit worden sind. Der Wunsch, mit Ihnen einmal persönlich zusammen zu sein, bildet das einfachste und natürlichste Bindemittel für eine solche Versammlung, welche, wenn sie gut ausfällt, den Parteifreunden in den einzelnen Ländern einen bedeutungsvollen Rückhalt geben und zum Beispiel im Großherzogtum Hessen, wo man durch maßlose Ungeschicklichkeit alles den Sezessionisten in die Hände gespielt hat, die Sache wieder ins rechte Geleis bringen würde. Ich meine, daß das doch etwas ganz andres ist, als wenn Eugen Richter oder Rickert von Wahlkreis zu Wahlkreis auf den Bürger- und Bauernfang ausziehen. Ob Ihnen unter andern Gesichtspunkten, auch der Zeit nach, unser Plan ungelegen kommt, ist eine andre Frage, und ich bemerke gleich, daß ich selbstverständlich nach Empfang Ihres Briefes keinerlei weitere Schritte in der Angelegenheit getan habe. In Stuttgart hatte ich allerdings vorher mit den dortigen Freunden vertrauliche Rücksprache genommen und bin zunächst autorisiert, Ihnen von Hölder und einem großen Kreis von Gesinnungsgenossen den herzlichsten Dank und die volle Uebereinstimmung derselben mit Ihrer Reichstags- und Kölner Rede auszusprechen. Man glaubt auf Grund derselben eine Wiederanknüpfung der alten Beziehungen auch formell bewerkstelligen zu können, und es würden sich bei einem etwa in Frankfurt abzuhaltenden Partei-

tage auch verschiedene Freunde einfinden. Dagegen war man mit mir darin einverstanden, daß eine offizielle Beteiligung der „Deutschen Partei" als solcher vor den im Winter stattfindenden allgemeinen Landtagswahlen in Württemberg aus taktischen Gründen sich nicht empfehlen würde. Unsre Heißsporne von ehemals, wie Elben, haben den Nationalliberalismus im Schwabenlande in den bösen Geruch des reinen Unitarismus gebracht, und Ultramontane und Volkspartei würden mit Wonne den Partikularismus gegen unsre Freunde aufpeitschen. Hölder meint, daß sonst mit der Volkspartei fertig zu werden ist und eine leidliche Kammermehrheit gewonnen werden kann. In Erwartung Ihrer Antwort habe ich in Baden noch gar keine Schritte bei Kiefer oder den andern Freunden getan, um zu fragen, ob der in Hessen und der Pfalz lebhaft gewünschte Schritt auch dort Anklang findet oder bei den bevorstehenden Wahlen ähnlich wie in Württemberg mit ins schlimme Gewicht fallen könnte. Letzteres ist nicht anzunehmen, aber da mir zum Gelingen der allgemeinen Sache Ihre und Miquels Mitwirkung ganz unerläßlich erscheint, will ich jetzt noch Ihre weitere Antwort abwarten. Ich bitte Sie, sich die Sache nochmals ernstlich zu überlegen, und bemerke dazu, daß der Gedanke, diesen Parteitag, der später jedenfalls Wirklichkeit werden muß, auf Ende September anzuberaumen, dem doppelten Gesichtspunkte entsprang, die unmittelbaren Erfolge Ihrer Reichstagsrede und des Kölner Tages zu verlängern und eventuell auch für die preußischen Landtagswahlen, im Westen namentlich, eine moralische Hilfe zu geben. Sind Sie der Meinung, daß die letztere Wirkung nicht zu erwarten steht, und ist Ihnen das Erscheinen oder auch nur die Entscheidung über das Erscheinen für die genannte Zeit erschwert, so könnte man die Ausführung des ganzen Gedankens bis zum Frühjahr vertagen, wo vielleicht die Vorgänge der Reichstagssession wichtige Unterscheidungspunkte geben, um die verständigen Wähler wieder an unsre, die nationalliberale Fahne zu fesseln. Allerdings aber müßte ich dann die Erwartung hegen und aussprechen können, daß einer solchen Sammlung seiner Getreuen im Südwesten der Führer nicht fehlen werde. Lassen Sie mich bei diesem Anlaß das Wort offen aussprechen, daß der nationalliberalen Partei manche Schwierigkeiten und Schicksalsschläge erspart worden wären, wenn wir in früheren Jahren Ihre unmittelbare Mitwirkung nicht so oft hätten entbehren müssen. Dadurch sind die Lasker, Braun, Rickert u. s. w. zu dem unheilvollen Einfluß in der Fraktion gelangt, den wir dann langsam wieder beseitigen mußten und der völlig herabgedrückt war, als die unselige Zoll- und Wirtschaftsfrage wie eine Brandfackel uns ins Haus geschleudert wurde. Weil ich in der Fraktion und außerhalb derselben den Eindruck

Ihres persönlichen Eingreifens zu oft wahrgenommen habe und für das speziell bei uns Geplante Ihr Erscheinen den Erfolg verbürgen würde, konnte ich Sie nicht so leichten Kaufs davonlassen, sondern erschien es mir Pflicht, Ihnen den Stand der Dinge noch einmal eindringlich vorzuführen. Ich wiederhole es, daß, wenn Frankfurt als Versammlungsort genommen würde, mit Miquel ein Einvernehmen gesucht werden müßte. Können Sie sich entschließen, für eine derartige, im Frühjahr abzuhaltende Versammlung Ihr Erscheinen in Aussicht zu stellen, so ließe sich diese Vertagung der Sache ganz gut mit dem Hinweis auf die Ferien und später die preußische Wahlbewegung und Wahlen rechtfertigen, und man könnte dann von langer Hand her die nötigen Vorbereitungen treffen.[1])

Bennigsen an Marquardsen.

Hannover, 3. August 1882.

Im Begriff, in die Schweiz zu reisen, will ich doch vorher Ihren Brief noch beantworten. Sie scheinen sich jetzt selbst davon zu überzeugen, daß mit Rücksicht auf die preußischen Landtagswahlen im Oktober dieser Monat in diesem Jahre nicht geeignet ist für die von Ihnen projektierte süddeutsche Landesversammlung unsrer Partei. Ob die Verhältnisse hierfür im nächsten Frühjahr besser sich passen, läßt sich zurzeit unmöglich übersehen. Auf keinen Fall werde ich irgendeine Ver-

---

[1]) In demselben Tone schrieb Stephani an Bennigsen am 4. September 1882, indem er ihn bat, auf einem Parteitag in Leipzig eine Rede zu halten: er sehe in ihm „den einzigen Notanker, um unsre politischen und Parteiverhältnisse in Sachsen vor gänzlichem Verfall zu bewahren. In den eigentlich gebildeten Kreisen herrscht allgemeine Verdrossenheit und eine beispiellose Apathie. Alles, was etwas lebhafteres Temperament hat und rühriger ist, ist konservativ-orthodox oder sezessionistisch geworden; hier in Leipzig speziell wird die Schwenkung nach rechts bedeutender sein als nach links. Die politischen Stimmungen in Sachsen bewegen sich fast immer in Extremen, springen von einem auf das andre. Was rührig ist, ist jetzt konservativ oder stark oppositionell, die uns unentbehrliche liberale Mittelpartei, der Zahl nach sicher ganz überwiegend, schläft einen wahren Todesschlaf und wird deshalb ganz eingehen und verschwinden, wenn sie nicht tüchtig aufgerüttelt wird. Auch dieser Parteitag für Sachsen würde leer und erfolglos bleiben, wenn nicht Ihr Name und Ihre Autorität ihm Leben und Erfolg verschaffte. Wenn Sie kommen und reden, so verspreche ich mir und wir alle uns davon einen sehr bedeutenden Erfolg, eine Aufrüttelung und Wiederbelebung der Trägen, Schlummernden, die sonst gedankenlos den konservativen Troß vermehren. Lehnen Sie ab, so habe ich von dem Versuch eines Parteitags hier abgeraten, weil er nichts nutzen würde und leicht zu einem Fiasko führen könnte. Ihre Autorität ist hier eine so ganz unbestreitbare, daß Sie allein imstande wären, der Versumpfung hier entgegenzutreten."

pflichtung, an einer solchen Versammlung im Frühjahre teilzunehmen, jetzt schon eingehen. Schreiben Sie doch Ihren Rheinhessen, daß Sie den Plan zurzeit aufgegeben hätten und sich lediglich vorbehielten, während des nächsten Reichstages die Sache mit Ihren Kollegen in Berlin weiter zu überlegen. Ich kann mir übrigens von der Versammlung, soweit sie mehr als eine lokale rheinhessisch-pfälzische sein soll, nichts Rechtes versprechen. Frankfurt, an sich für eine große süddeutsche Versammlung der natürliche Ort, ist doch wieder ganz ungeeignet wegen der partikularistisch-radikalen Stimmung seiner gebildeten Klassen. Unsre Freunde haben dort einen nur sehr geringen Einfluß. Ueberdies würde Miquel in Frankfurt mehr als an irgendeinem andern Orte sich in seiner Teilnahme ungemein geniert fühlen müssen durch seine amtliche Stellung. Was es dann für einen greifbaren Zweck haben soll, mit den Rheinhessen und Pfälzern nicht bloß etwa noch die Badener, sondern auch die Württemberger zusammenzubringen, ist mir durchaus unerfindlich. Die politischen Verhältnisse, namentlich auch diejenigen unsrer Partei, sind in diesen Ländern so voneinander verschieden, in Württemberg existiert unsre Partei fast gar nicht mehr oder nur noch in ihren Ausläufern äußerst rechts, daß eine große nationalliberale Versammlung, welche alle diese Gegenden vertreten sollte, ein arger Mischmasch werden und um einen gemeinsamen politischen Ausdruck in große Verlegenheit geraten könnte.

Bennigsen an Benda.

Hannover, 7. November 1882.

Wie es mit meinem Aufenthalte in Berlin die nächsten Monate werden soll, vermag ich noch gar nicht abzusehen.

Schatzrat Hugenberg ist gestern gestorben, sein Nachfolger wird in der zweiten Hälfte des Januar — voraussichtlich — gewählt werden. Einen so ausgezeichneten Beamten bekommen wir im besten Falle nicht wieder. Er war von so hervorragender geistiger Bedeutung, Arbeitskraft, Organisationstalent und Zuverlässigkeit des Charakters, daß er bei einer Aenderung unsrer politischen Verhältnisse dem Lande in den ersten Stellungen dermaleinst hätte das Bedeutendste leisten können. Ich persönlich verliere sehr viel durch seinen Tod. Er war einer der wenigen Menschen, mit welchen ich nach meinen jungen Jahren in ein nahes freundschaftliches Verhältnis getreten war. Der lange Aufenthalt in Berlin, an sich schon so widerwärtig unter den jetzigen verfahrenen Zuständen und bei dem elenden, immer gemeiner und dümmer werdenden Parteigezänk, wird mir so ganz verleidet und mit Rücksicht auf meine verantwortliche hiesige Stellung fast unausführbar gemacht.

*

Mit der Zeit wurde das Bemühen Bennigsens immer vergeblicher, den objektiven Ausgleich, den er in sich selber vollzog und mit dem moralischen Gewicht seiner ganzen Persönlichkeit vertrat, in dem harten Kampfe der Interessen und der Macht zu behaupten, er fühlte sich immer unbefriedigter, bis er schließlich den Entschluß faßte, den Versuch und alle politische Tätigkeit aufzugeben. Die Gründe für diesen Entschluß liegen in den sich steigernden Erfahrungen dieser Jahre: den letzten Anstoß gaben im Juni 1883 eine Differenz mit Bismarck und eine weitere mit seiner Fraktion.

Bennigsen hatte auch in dieser Zeit die Fühlung mit Bismarck nicht aufgegeben,[1]) aber er blieb fest entschlossen, und als Präsident der Budgetkommission des Reichstages fühlte er sich berufen, die immer wiederkehrenden Versuche des Reichskanzlers auf Einführung zweijähriger Etatsperioden zu bekämpfen.[2]) Er glaubte auch in der durch die kaiserliche Botschaft vom 14. April 1883 verkündeten Aufforderung, die Durchberatung des Etats für 1884/85 noch im Sommer vorzunehmen, damit die Wintersession für die Unfallversicherungsgesetze frei bleibe, einen erneuten Schritt zur Herbeiführung jenes Endzieles zu erkennen; er trug daher mit den Nationalliberalen dazu bei, einem Antrag Richters auf Ueberweisung des ganzen Etats an die Budgetkommission am 7. Mai zum Siege zu verhelfen. Diese Angelegenheit gab den äußeren Anlaß zu einer Unterredung mit dem Reichskanzler am 5. Juni 1883, die übrigens nicht von ihm selbst, sondern von Bismarck herbeigeführt wurde. Er bemühte sich vergebens, einen Verzicht auf die Durchberatung des Etats noch in der laufenden Session zu erlangen. Bismarck bestand, unter Berufung auf die kaiserliche Botschaft, entschieden auf seinem

---

[1]) Poschinger III, S. 90: „Wohl aber empfand Bismarck Mitte Februar 1883 das Bedürfnis, die Ansichten Bennigsens über die parlamentarische Situation, besonders über die Steuerpolitik, einzuholen.“ Vgl. Graf Herbert Bismarck an Bennigsen, 14. Februar 1883: „Mein Vater liegt zwar noch, aber er ist so weit hergestellt, daß er Besuche empfangen kann, und würde sich freuen, wenn Sie ihm an einem dieser Tage die Ehre erzeigen wollten, ihn zwischen zwei und vier Uhr nachmittags aufzusuchen.“ Eine ähnliche Aufforderung vom 11. April 1883: „Mein Vater wird sich sehr freuen, wenn Sie ihm heute um vier Uhr die Ehre Ihres Besuches geben wollen.“

[2]) Bennigsen an von Benda, 4. Januar 1883: „Wir müssen zeitig dafür sorgen, daß in einem der beiden Parlamente so bald als irgend möglich die Plenarsitzungen auf drei bis vier Wochen ausfallen, spätestens vom 18. 19. ab. Bringen wir das nicht fertig, so besorgen wir einfach Bismarcks Geschäfte im Sinne der zweijährigen Perioden! Bei den Generaldebatten im Abgeordnetenhause, nach deren baldigstem Schluß dieses am besten seine Plenarsitzungen ausfallen läßt, können sehr gut Abendsitzungen bis Mitternacht gehalten werden. Dabei braucht niemand zugegen zu sein, der nicht will.“

Pläne und beklagte sich heftig über die Haltung der Nationalliberalen. Man erzählte hernach, er habe einen großen Bogen Papier vorgebracht, auf dem die „Sünden" der Nationalliberalen haarklein und aktenmäßig in einer stattlichen Reihe von Nummern verzeichnet seien.[1]) Der Verlauf dieses mißlungenen Verständigungsversuches klang in den Verhandlungen des Reichstages in den nächsten Tagen vernehmlich nach und wurde von Windthorst sowohl wie von der „Kreuzzeitung" mit Befriedigung als eine persönliche Niederlage Bennigsens gebucht.

Wenige Tage später brachte die kirchenpolitische Vorlage — vielleicht hatte Bismarck nur um ihretwillen so starkes Geschütz aufgefahren — neue Schwierigkeiten. Bennigsen wäre geneigt gewesen, sie, trotzdem sie auch ihm weit über das Maß der Zugeständnisse hinauszugehen schien, nicht von vornherein zu verwerfen, sondern zu amendieren; er legte entscheidenden Wert darauf, daß man mit der Vorlage wieder auf das Gebiet der selbständigen Gesetzgebung des Staates zurückkehre. Er wollte also die Taktik vom Mai 1880 wiederholen, die damals gelungen war, aber den äußeren Anlaß zur Sezession gegeben hatte; denn er hielt eine von den Konservativen und Liberalen vorgenommene Amendierung des Gesetzes für erträglicher als eine Vereinbarung zwischen Konservativen und Zentrum auf erheblich ungünstigerer Basis. Er stieß bei diesen Bemühungen aber innerhalb seiner Fraktion auf Widerstand; nicht nur die alten Kulturkämpfer wie Gneist, sondern auch jüngere temperamentvolle Mitglieder lehnten jeden Versuch der Amendierung von vornherein ab, da die Vorlage gar keine Garantie gegen weitere diplomatische Handelsgeschäfte mit der Kurie und dem Zentrum gewähre, und es stellte sich heraus, daß Bennigsen nur einen kleinen Teil seiner Freunde auf seiner Seite hatte. Er hatte den Eindruck, auch in seiner Fraktion nicht mehr den nötigen Boden zu finden.[2])

Man braucht die Bedeutung dieser beiden Einzelvorgänge nicht zu hoch zu veranschlagen. Jedenfalls waren sie der letzte Tropfen, der den Eimer zum Ueberlaufen brachte, und einen seit lange in ihm keimenden Entschluß zur Ausführung gelangen ließ. Am Abend des 9. Juni teilte er ihn zunächst vertraulich seinem Freunde von Benda mit, in dessen gastlichem Hause auf Rudow er während seines Berliner Aufenthaltes häufig und gern verkehrt hatte,[3]) reiste dann nach Hannover zurück, und am

---

[1]) Vgl. H. von Poschinger a. a. O. III, S. 90 ff., und „Kölnische Zeitung" vom 12. Juni: „Er empfing aber nicht bloß kühle Zurückweisung, sondern wurde mit einer Lawine von Anklagen gegen die nationalliberale Partei überschüttet."

[2]) Eine eingehende, aus zuverlässiger Quelle stammende Darstellung in der „Kölnischen Zeitung" vom 15. Juni 1883.

[3]) Bennigsen an Frau Marie von Benda, 29. November 1883.

11. Juni erging im Reichstage wie im Abgeordnetenhause die offizielle Mitteilung, daß Rudolf von Bennigsen seine Mandate niedergelegt habe.

Von Benda an Bennigsen.

Ohne Ort und Datum (Berlin, 10. Juni 1883).

Ihre Mitteilung beim gestrigen Abschied hat mich natürlich sehr überrascht. Ich kann nur die Bitte wiederholen, daß Sie sich die Entschließung reiflich überlegen mögen. Ihr Ausscheiden, so plötzlich, so unerwartet, mitten in der Legislaturperiode würde unabsehbare Folgen haben für die Partei, für die Freunde, für die Geschicke unsers Landes. Noch steht die Partei im Landtage unter Ihrer Führung und durch Ihre Führung mit wesentlich entscheidendem Einfluß da. Keiner ist, der an Ihre Stelle treten könnte. Seit der Sezession hat unsre Genossenschaft Sie nicht allein als den ersten, sondern auch als den einzigen Führer betrachtet. Sie ist Ihnen in allen entscheidenden politischen Fragen gefolgt, sie war hierin geschlossener wie die meisten übrigen Parteien. Ich verstehe vollkommen Ihren Unmut über die Beratungen betreffs des Kirchengesetzes; aber noch liegt doch alles in der Vorbereitung, und sind nicht in allen Parteien gerade in dieser Frage die größten Divergenzen unter den leitenden Persönlichkeiten? Den allgemeinen Unmut über die Gestaltung der Dinge empfinden wir alle aufs bitterste; aber die Hoffnung auf Besserung ist doch nicht so ausgeschlossen und liegt doch nicht so fern, um jeder ferneren Mitwirkung für immer zu entsagen. Ich habe Ihre Worte noch nicht als endgültig aufgefaßt, und ich versichere Sie, daß keine Andeutung darüber über meine Lippen kommen wird. Ich entsage nicht der Hoffnung, Sie in nächster Woche in unsrer Mitte zu sehen. Ich habe aber eine sekundäre Bitte hinzuzufügen. Sie entsinnen sich, daß wir Delbrück zugesagt haben, am Sonnabend nach Heringsdorf zu kommen. Sollte es nun wirklich Ihr fester Entschluß sein, nicht nach Berlin zurückzukommen, so würden Sie vermutlich auch auf den Ausflug verzichten. Da Delbrück sich möglicherweise auf den Besuch einrichtet, haben Sie wohl die Güte, mir hierüber eine Zeile zu senden.

Miquel an Bennigsen.

Frankfurt, Dienstags (12. Juni 1883).

Die Nachricht von Deinem Austritt aus den Parlamenten hat mich nicht weniger als ganz Deutschland erschüttert. So berechtigt der Entschluß sein mag und so sehr ich objektive und subjektive Begründung desselben verstehe oder besser ahne, so schwer ist der Schlag für die Partei, und ich weiß nicht, was werden soll. Hast Du in dieser Be-

ziehung eine bestimmte Idee oder einige Vorsorge bereits getroffen? Wäre es nicht gut, wenn eine Konferenz hervorragender Personen stattfände? Willst Du dazu nicht die Initiative ergreifen, heute oder demnächst? Ich bin gern bereit, Deiner Einladung, wohin es sei, zu folgen.

Frankfurt, Sonntags (17. oder 24. Juni 1883).

Dein Brief hat mir bestätigt, was ich mir gedacht habe. Dein Rücktritt ist indessen und bleibt ein schwerer Schlag für die Partei, und wird alles aufgeboten werden müssen, um sie zusammenzuhalten und namentlich bei den nächsten Wahlen nicht ganz zertrümmern zu lassen. Die kirchenpolitische Vorlage war auch nach meiner Ansicht zu amendieren, aber wenn die Regierung weitere Vorlagen unbekannter Art in Aussicht stellt, das alte Lockspiel mit dem Zentrum fortsetzt, die Kirchenfrage nach Opportunität behandelt, statt sie definitiv und organisch zu lösen, so würde auch ich ablehnen. Die Schwierigkeit steckt überhaupt immer in dem System Bismarcks, welches allen Mittelparteien verderblich ist. Mir schien übrigens, als wenn die Partei gerade im Reichstage in der letzten Zeit eine ganz korrekte Haltung angenommen hätte — nur habe ich seit Jahren den Mangel empfunden, daß die Partei keine einheitliche Initiative hatte, sondern immer nur Stellung zu Regierungsvorlagen einnahm. Ich meine, man muß suchen, sowohl in der Kirchenfrage als in den sozialpolitischen Dingen selbständig vorzugehen, wenn damit auch augenblicklich kein praktisches Ergebnis zu erzielen ist; doch über alle diese Dinge mündlich mehr. Ich gehe am 16. Juli nach Thale und bleibe dort bis gegen September hin. Du mußt jedenfalls auf kurze Zeit hinüberkommen, und es wäre erwünscht, wenn Du den Tag früh bestimmen könntest, damit ich avisiere, wen Du wünschest. Selbstverständlich teile ich ganz Deine Ansicht, daß Du nicht jetzt hinter den Kulissen Politik treiben kannst — aber einen alten Freund auf dem Lande besuchen, ist gewiß unbedenklich.

6. Juli 1883.

Was meine Kandidatur für den Reichstag betrifft,[1]) so bin ich wirklich und aufrichtig nicht imstande, eine Wahl in dieser Session anzunehmen. Ich habe nicht einmal einige Tage ins Herrenhaus gehen können, stecke in den größten Organisationen und Unternehmungen, mehr und mehr rekurriert alles auf mich, fehle ich, so steht die Maschine, die ohnehin zu wenig Arbeitskräfte hat, fast still. Als Reichstagsmitglied könnte ich absolut meine Pflicht nicht erfüllen und der Sache und den

[1]) Bennigsen an Pfaff, 4. Juli 1883: „In Veranlassung Ihres Briefes vom 2. d. M. habe ich sofort an den Oberbürgermeister Miquel geschrieben."

Freunden nichts nutzen. Ein fortwährendes Gefühl des Pflichtenkonflikts und Unbefriedigtseins wäre die unbedingte Folge. Ich bitte also gegenwärtig von mir definitiv abzusehen. Bitte teile dies unserm alten getreuen Pfaff mit bestem Gruß mit. [1])

Lasker an Bennigsen.

London, Royal Hotel, 14. Juni 1883.

Am Tage meiner Einschiffung [2]) drängt es mich, Ihnen zu der Nachricht, welche ich aus den Zeitungen erfahren, daß Sie die Mandate zu den beiden Parlamenten niedergelegt haben, von Herzen Glück zu wünschen. Wenn es mich auch tief betrübt, aus diesem Ihrem Schritte zu erfahren, wie aussichtslos nach Ihrer Meinung die uns, allen Liberalen, teure Sache zu Hause steht, so bin ich doch sehr erfreut über die Festigkeit, mit welcher Sie den vorgezeichneten Weg einhalten; und daß Sie, wie ich annehme, vermeiden, Ihre Hilfe zu leihen, wo Sie keinen Nutzen für das Land erblicken, ist für mich eine erfreuliche und ermutigende Handlung; ich knüpfe daran die Hoffnung, daß Sie Ihre Kraft unvermindert dem Dienste des Landes erhalten, und ich sehe die Zeit vor mir, da die Liberalen, einiger als jetzt und mit positiven

---

[1]) Im Abgeordnetenhause übernahm Pastor Pfaff das Mandat Bennigsens. Bei der Ersatzwahl zum Reichstag wurde der nationalliberale Kandidat Hottendorff, für den Bennigsen in einem Empfehlungsschreiben eintrat, von einem Fortschrittler geschlagen. Bennigsen an Pfaff, 29. August 1883: „Die Fortschrittspartei könnte unter den jetzigen politischen Zuständen in der Tat Besseres tun als einem Wahlkreise, welcher seit 1867 stets mit großer Mehrheit nationalliberal gewählt hat, einen Fraktionsgenossen aufzudrängen, welcher nach menschlicher Voraussicht im äußersten Falle nur durch eine Stichwahl siegen könnte mit Hilfe von Parteien, deren gemeinsame Gegner alle liberalen Parteien sind."

[2]) Lasker starb auf der amerikanischen Reise am 5. Januar 1884 in Neuyork. Das Repräsentantenhaus beschloß am 9. Januar eine Resolution, die dem deutschen Volke sein Mitgefühl bei dem Tode dieses Politikers aussprechen sollte, und übersandte sie zur Weitergabe an den Reichstag dem Reichskanzler, der aber die Uebermittlung verweigerte und die Adresse nach Washington zurücksandte. In einer Reichstagsrede motivierte Bismarck am 13. März, weshalb er „in höflicher Weise die ihm zugedachte Briefträgerrolle" abgelehnt habe. Graf Münster an Bennigsen, 9. März 1884: „Die letzten Vorgänge im Reichstage und die ganze Laskerepisode bedaure ich sehr. Das Repräsentantenhaus in Washington und das dortige Auswärtige Amt begingen der Form nach eine Taktlosigkeit, aber ohne bösen Willen. Hatzfeldt hätte, ehe die Sache an Bismarck gelangte, das Schreiben dem amerikanischen Gesandten persönlich zurückgeben und ihn freundlichst auf die diplomatischen Gebräuche aufmerksam machen sollen, dann gelangte die Sache gar nicht in die Oeffentlichkeit. Ich glaube, daß der verstorbene Bülow so gehandelt haben würde. Die Sache schadet doch dem Fürsten und sieht im Auslande nicht gut aus."

Aufgaben erfüllt, unter der Führung eines bewährten Leiters die Geschicke des Reiches gestalten helfen werden, und alsdann werden Sie mit guter Kraft und freudigem Sinn an den schweren Arbeiten sich beteiligen, die alsdann den Liberalen obliegen werden. Mein Beifall wird Ihnen nicht fehlen, wie ich ununterbrochen das größte Vertrauen zu Ihren guten Absichten gehegt habe. Auf die Gründe Ihres Rücktritts gehe ich nicht ein, weil Sie dieselben öffentlich verschwiegen haben, obschon ich aus Ihren früheren Unterhaltungen die Ueberzeugung hege, daß Sie die unabwendbare Hinneigung Bismarcks zur konservativ-klerikalen Allianz vor die Wahl gestellt hat, offen Bismarck zu bekämpfen oder auszuscheiden. Persönlich und politisch wünsche ich Ihnen zunächst Erholung von den fruchtlosen öffentlichen Kämpfen im Schoße Ihrer Familie und in der Wahrnehmung Ihrer Privatangelegenheiten, demnächst aber den Aufschwung des Geistes, welchen ich in dem andern Weltteil suche, Sie aber in der Heimat finden mögen. Mit den herzlichsten Grüßen bin ich in getreuer, unwandelbarer Freundschaft u. s. w.

General von Stosch an Bennigsen.

Haus Stosch, Oestrich im Rheingau, 12. Juni 1883.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen heute einen Gegenbesuch durch diesen Brief mache für Ihr freundliches und mich ehrendes Kommen vor bald drei Monaten. — Sie kamen mir zuzureden, im Amt zu bleiben, es war bereits alles erledigt, und ich konnte Ihnen nur sagen: „Ich habe gar keinen einzelnen Grund, der mich treibt, aber ich kann beim allerbesten Willen nicht bleiben.“ — Ihnen kann ich heute nur im Namen des Vaterlandes mein lebendiges Bedauern darüber aussprechen, daß Sie Ihre so einflußreiche und so segensvolle Tätigkeit für das allgemeine Beste aufgegeben haben; aber ich verstehe Ihren Schritt. Der Mensch hat ein Recht zu fordern, daß er einen Erfolg seiner Tätigkeit absieht und daß er vor sich selber sich seines Wirkens freuen kann. Wenn man jeden Tag fühlt, daß man beim besten Willen nicht mehr von der Stelle kommt, dann hört die Pflicht gegen das Vaterland auf, und der Mensch ist losgesprochen von dem Beruf, für dasselbe zu leben und zu sterben. Mögen andre glücklicher sein und besseren Erfolg haben. Sie können stolz auf eine lange und selbstlose Tätigkeit für Ihr Vaterland zurücksehen; Sie haben bei allen großen Schritten, welche dasselbe in seiner inneren Entwicklung getan hat, hervorragend mitgewirkt, und das Vaterland wird Sie nicht vergessen; ja ich denke, es wird Sie wieder rufen, wenn Sie sich ausgeruht haben, und die Zeiten einen Mann fordern.

Der Austritt Bennigsens aus den Parlamenten wurde von allen Seiten als ein politisches Ereignis betrachtet. Sowohl im Reichstage wie im Landtage gab es ein Nachgefecht über die Motive dieses Entschlusses, die von jeder Partei in dem ihr gemäßen Sinne ausgelegt wurden. Windthorst behauptete, Bennigsen habe eingesehen, daß er in dem Kulturkampfe auf einer falschen Fährte gewesen sei; Richter dagegen, er habe endlich eingesehen, daß für ihn und seine Partei an ein Zusammenwirken mit dem Reichskanzler nicht mehr zu denken sei: jeder fühlte sich als Triumphator. Bismarck dagegen nahm die Nachricht mit sichtlicher Bestürzung auf und suchte sofort eine Audienz beim Kaiser nach, in der er über die Bedeutung dieses Ausscheidens berichtete:[1]) denn allzusehr hatte die Existenz der Mittelpartei an der Persönlichkeit Bennigsens gehangen, und er mußte befürchten, daß infolge der ungünstigen Zusammensetzung des Reichstages der Fortgang der Geschäfte unter der Kombination Windthorst-Richter fortan noch stärker als zuvor zu leiden haben werde.

Allgemein war man zweifelhaft, ob die nationalliberale Partei den Verlust überleben werde. Ein seltsames Geschick hatte es gewollt, daß innerhalb eines Jahres die beiden ehemaligen Führer der einst so mächtigen Partei, Lasker und Bennigsen, wenn auch aus verschiedenen Motiven, aus der politischen Tätigkeit ausschieden. Die beiden Möglichkeiten, die von Haus aus in der Politik des Nationalliberalismus gelegen hatten, schienen gegenüber dem Bismarck der achtziger Jahre keine Lebensfähigkeit mehr zu besitzen. Die Aera, die mit der Begründung der Partei im Frühjahr 1867 begonnen hatte, schien auch in ihrem verworrenen Ausgang für immer abgeschlossen.

Selbst die ihm einst so befreundete freikonservative „Post" schrieb bei dem Abgang Bennigsens: „Seine Person bildete die Fahne, um welche die Reste der einst so mächtigen Partei sich scharten; jetzt scheint sich die Partei dem Lose der Altliberalen schwerlich mehr entziehen zu können." Die „Kreuzzeitung" aber — von dem Jubel ultramontaner Organe zu schweigen — triumphierte aus vollem Herzen über die Resignation eines Politikers, der ihr von Anfang an gefährlicher erschienen war als die bürgerlichen Radikalen vom Schlage Hoverbecks und Richters, und stellte sich, als ob sie diese deutschen Dinge nur im Bilde der französischen Revolutionsgeschichte sich verdeutlichen könne: „Der Berg schickt sich wieder einmal an, die Gironde zu erdrücken, und das erste hervorragende Opfer aus ihren Reihen ist Herr von Bennigsen. Wie der Schnee unter dem Föhn, so werden auch seine Freunde in den

[1]) „Hannoverscher Courier" vom 13. Juni 1883.

nächsten Wahlen zusammenschmelzen, und die scharfen Gegensätze nach rechts und links werden im einzelnen ihre Erbschaft antreten. Der Rücktritt des Herrn von Bennigsen ist der offene Bankrott des Nationalliberalismus, und der Bankrott des Nationalliberalismus ist der Bankrott der Mittelparteien." Die Linksliberalen aber zogen umgekehrt die Lehre, daß die liberale Partei, wenn sie lebensfähig bleiben wolle, auf jedes Zusammenwirken mit den die innere Politik Preußens und des Reiches beherrschenden konservativen und klerikalen Parteien ein für allemal verzichten müsse. „Herr von Bennigsen konnte sich nach seiner ganzen Vergangenheit nicht entschließen, in seiner parlamentarischen Tätigkeit die Konsequenzen dieser Erkenntnis nach allen Seiten, nach oben wie nach unten, zu ziehen, und entzog sich dem Konflikt der Pflichten und Neigungen durch die Niederlegung seiner Mandate." Und eine ähnliche Auffassung, daß nunmehr die letzte Brücke zwischen der Regierung und den Liberalen abgebrochen sei, wurde auch in französischen und österreichischen Zeitungen wiederholt.

Auch die Freunde verhehlten sich nicht, daß im letzten Grunde die Unmöglichkeit des Zusammenwirkens zwischen Bismarck und Bennigsen den Anstoß gegeben habe. Der im Jahre zuvor ausgeschiedene Finanzminister Bitter, der eher zu den konservativen als zu den liberalen Mitarbeitern Bismarcks zu zählen ist, schrieb Bennigsen: „Wenn ich die Gründe hierfür auch nicht kenne, so glaube ich sie doch zu verstehen. In jedem Falle gebe ich der Hoffnung Raum, daß die Zeit nicht mehr allzufern sein werde, in der Sie Ihre, von dem Lande so dankbar anerkannte und der Entwicklung unsrer öffentlichen Verhältnisse so nützliche Tätigkeit wieder werden aufnehmen können." [1] Die Ueberzeugung, daß die Laufbahn des damals achtundfünfzigjährigen Mannes noch nicht abgeschlossen sei, war allgemein. Trotzdem war man innerhalb der Partei auf das äußerste bestürzt; zumal in der hannoverschen Partei, die im Jahre zuvor, am 10. Februar 1882, das fünfundzwanzigjährige parlamentarische Jubiläum Bennigsens durch Ueberreichung eines Ehrengeschenkes festlich begangen hatte. Aus vielen Briefen und Adressen, auch von ihm Fernerstehenden, erfuhr Bennigsen, daß die öffentliche Tätigkeit eines Menschenalters ihm manchen treuen und dankbaren Freund in Deutschland eingebracht hatte. Mehr als einer seiner parlamentarischen Genossen versicherte ihm, daß er nur seiner Führung allein gefolgt sei [2] und ohne ihn eine Weiterexistenz der

---

[1] Finanz- und Staatsminister Bitter an Bennigsen, 14. Juni 1883.

[2] Als Beispiel C. Büsing (Schwerin) an Bennigsen, 24. Juni 1883: „In meiner jetzt achtjährigen parlamentarischen Laufbahn sind Sie mir Vorbild und Führer gewesen. Ihnen bin ich freudig und gern gefolgt, und Sie allein

Partei kaum für denkbar halte. Selbst ein Bekannter unter den welfischen Abgeordneten, der den Weg des Einspänners ging, Freiherr Langwerth von Simmern, sprach ihm sein aufrichtiges Bedauern aus wegen des Verlustes, „den unser größeres Vaterland durch Deinen Rücktritt erleidet".[1]) Denn auch in andern Parteien und über die Parteien hinaus empfand man es als einen nationalen Verlust, daß einer der besten Männer der Nation für nötig hielt, sich aus dem Parlament, auf das man einst so viele Hoffnung gesetzt hatte, zurückzuziehen.

Allen diesen Urteilen von damals darf ich noch ein späteres anreihen, das ich aus einem vor einigen Jahren an mich gerichteten Privatbriefe des ehemaligen badischen Ministers Freiherrn von Roggenbach entnehme: „Daß die Gestaltung der deutschen Staatszustände vor 1870 und nicht mehr nach 1870 die Bildung und Tätigkeit politischer Charaktere nicht zuläßt, dazu trägt kein Einzelner eine Verantwortung. Nur Bismarck allein gewann durch die Staatsentwicklung in Preußen, seine Wesenheit und die begünstigenden Umstände der persönlichen Eigentümlichkeiten der Monarchen, denen er diente, eine Stellung, in der er er selber sein konnte und als Charakter wirken konnte. Neben ihm mußten darum alle, die nicht seine Gegner sein wollten, notwendig politische Nullen neben der einen Zahl werden. Als Bennigsen das spät einsah, ging er mit Recht nach Hannover. Ich habe ihn öfters gewarnt, von dem Versuche abzustehen, eine Partei führen zu wollen, die Bismarck beeinflussen, aber ihm weder folgen noch ihn bekämpfen wollte. Es scheint mir das Tragische in Bennigsens Leben, daß er der Versuchung dieses Versuches erlag."

Auf den ersten Anblick möchte dieses Urteil etwas Bestechendes haben. Aber es stammt allzu ersichtlich von einem Manne, der auch

haben mich in schwerer Zeit bei der Partei gehalten. Vielleicht erinnern Sie sich unsrer Zusammenkunft in Freiburg zur Zeit der Sezession im Sommer 1880. Ich reiste von Freiburg ab mit dem festen Entschlusse, meinen sezessionistischen Freunden nicht zu folgen und bei Ihnen auszuharren. Und niemals seitdem habe ich diesen Entschluß bereut. Ich erwähne dies nur, damit Sie ermessen können, wieviel ich persönlich durch Ihren Entschluß verloren habe. Was unsre Partei, was der gemäßigte Liberalismus, was ganz Deutschland verloren hat, das haben Ihnen die Kundgebungen engerer und weiterer Kreise besser gesagt, wie ich es Ihnen sagen könnte; ich kann Ihnen nur sagen, daß ich im politischen Leben mit Ihrem Rücktritt meinen Halt verloren habe. Zwar werde ich sicherlich nicht fahnenflüchtig werden; ich werde auch in der jetzigen schwersten Zeit, welche die Partei erlebt, derselben treu bleiben; aber was soll aus der Partei im Reichstage werden ohne Sie? Kein einzigster, der auch nur halbwegs imstande wäre, die Führerschaft zu übernehmen, kein einzigster, dem die weit auseinander gehenden Elemente in der Fraktion folgen würden."

[1]) Frhr. Langwerth von Simmern an Bennigsen, 13. Juni 1883.

einmal ein liberaler Staatsmann gewesen war und die Hoffnung der Liberalen noch lange blieb, der aber frühzeitig schon sich von der aktiven Mitarbeit auf das beschauliche Altenteil der Kritik zurückgezogen hatte. Er hatte nur insoweit recht, als er unter dem Gesichtspunkt persönlichen Ehrgeizes und des reinen Fraktionsinteresses urteilte, er hatte aber unrecht, wenn man sich auf den Standpunkt Bennigsens stellt, der seine Person und auch seine Partei immer hinter der Sache seines ganzen Vaterlandes, der er diente, hatte zurücktreten lassen. Im ersten Augenblick mochte auch er erleichtert aufatmen: „Mir ist jetzt eine Zeit größerer Muße und Ruhe gekommen," heißt es in einem Familienbriefe,[1] „welche mir schon lange erwünscht waren, für meine Familie, meine hiesige umfangreiche Amtstätigkeit, für nur zu sehr vernachlässigte wissenschaftliche Studien aller Art. Wäre mir nicht allmählich meine politische Wirksamkeit in Berlin durch ein Zusammentreffen von Umständen unerträglich geworden und im ganzen auch ohne rechten Nutzen erschienen, so hätte es freilich noch lange in diesen auch den gesundesten Menschen mürbe machenden Hetzereien ohne echte Befriedigung fortgehen können." Bald aber wich die Stimmung des Augenblicks doch wieder dem berechtigten Stolze, mit dem er auf die Gesamtleistung seines politischen Lebens zurückblicken konnte, so in dem Briefe, in dem er von seinem Wahlkreise Abschied nahm.

Bennigsen an Pastor Pfaff.

Hannover, 29. Juni 1883.

Aus der Antwort, welche ich den Parteivorständen in Berlin auf deren Adresse gegeben habe,[2] wissen Sie und meine Wähler zum Reichstage und Abgeordnetenhause bereits, welche Umstände es mir nicht länger haben möglich erscheinen lassen, meine politische Tätigkeit in den Parlamenten fortzusetzen. Seit sechzehn Jahren habe ich im Reichstage und Abgeordnetenhause dieselben Wahlbezirke vertreten, berufen durch das Vertrauen meiner Landsleute aus den gesegneten Marschdistrikten der Nordsee und der Mündungen der Elbe und Weser, in denen echte deutsche Kraft und freier, in der Verwaltung der eignen Angelegenheiten befestigter Sinn sich seit einer langen Reihe von Jahrhunderten ungebrochen erhalten haben. Mit Stolz kann ich auf das unter wechselnden politischen Strömungen unerschütterte Vertrauen einer

[1] Bennigsen an seinen Schwager Frhr. Louis von Leonhardi, 25. Juni 1883.

[2] Das für die Oeffentlichkeit bestimmte Schreiben Bennigsens an den Vorstand der nationalliberalen Partei, in dem er auf dessen Kundgebung vom 11. Juni antwortete, findet sich u. a. abgedruckt bei Poschinger a. a. O. III, S. 91 f.

so großen Zahl trefflicher Mitbürger zurückblicken. Auch in den Tagen politischer Muße, welche jetzt für mich gekommen sind, wird mein dankbares Gemüt es nie vergessen, daß meine dortigen Wähler, unbeirrt durch heftige Angriffe von rechts und links, mich immer von neuem zu ihrem Vertreter ausersehen und mir dadurch eine fortdauernde Mitwirkung gesichert haben an den parlamentarischen Arbeiten in der großen geschichtlichen Periode der Erhebung und Umgestaltung Deutschlands, in den Zeiten der Gründung und Befestigung des Deutschen Reiches und seiner Ordnungen, welche, noch so sehr angefeindet von außen und vielfach leider auch von innen, auf feste Fundamente gelegt auch unsern Nachkommen als ein kostbares und gesichertes Erbe werden überliefert werden. Wem ein gütiges Geschick vergönnt hat, an diesem Werke mitzuarbeiten, der darf wohl sagen, daß er sich selbst und seinem Vaterlande nicht umsonst gelebt hat.



Viertes Buch

Mit der neuen Generation

1884 bis 1902



Erstes Kapitel

Nationalliberale Rekonstruktion und Kartell

1884 bis 1890

Oberpräsident von Hannover

1888 bis 1897

Im Laufe der Periode, in der Bennigsen sich der parlamentarischen Tätigkeit enthielt, vom Juni 1883 bis zum Januar 1887, trat seine Partei in eine längst vorbereitete neue Phase ein, und er selbst, der in diesen Jahren die Schwelle der Sechziger überschritt, nahm, wenn auch etwas zögernd, an dieser politischen Umbildung teil.

Die neue Generation, mit der er zusammenging, wurzelte nicht mehr wie er selber in den liberalen Idealen der Zeit von 1848 bis 1866, sondern eher schon in dem frischen Boden des seitdem erwachsenen Reiches selbst; was einst als teures Gut mit Opfern erkämpft war, erschien schon als ein sicher überkommenes Vermächtnis, das man gleichgültiger ansah, weil man es besaß. Die Sezession und das Ansteigen der Fortschrittspartei hatten nicht nur die parlamentarische Bedeutung der Nationalliberalen geschwächt, sondern auch ihre geistige und persönliche Fühlung mit den liberalen Idealen der Vergangenheit gelockert; gar manches von dem, was auch sie einst erstrebt hatten, schien nur noch in den Programmen der Linksliberalen fortzuleben, Totes und Lebendiges nebeneinander. Denn viele dieser Ideale waren im Laufe der Jahre halb verblaßt, weil sie erreicht, oder halb verkümmert, weil sie überholt waren; manches individualistisch begründete und verfassungsrechtlich formulierte Postulat hatte der großen Flutwelle neuer wirtschaftlicher und sozialpolitischer Forderungen nicht standgehalten; wir sahen, wie auch Bennigsen in den Fragen der Schutzzölle, der Eisenbahnverstaatlichung, der staatlichen Arbeiterversicherung sich längst den Ideen Bismarcks angenähert hatte.

Eben diese Wirtschaftspolitik trug dazu bei, innerhalb des Bürgertums, das nun einmal das klassenmäßige Rückgrat der Liberalen bildete, den unausbleiblichen Prozeß einer sozialen Differenzierung zu beschleunigen. Es hatte in den fünfziger und sechziger Jahren um wirtschaftliche Befreiung gekämpft und dem Polizeistaat Luft und Licht abzuringen versucht; in der neuen Generation stiegen breite Schichten dieses Bürgertums unter dem Schutze einer staatlichen Wirtschaftspolitik sicher in den Kreis der Besitzenden hinauf. Wenn Bennigsen am Beginn seiner

Laufbahn in einer politischen Gemeinschaft mit Schulze-Delitzsch stand — er trat noch am Tage seiner Resignation an die Spitze eines Komitees für die Errichtung eines Denkmals für den alten Freund [1]) —, mit dem politischen Führer des aufstrebenden Kleinbürgertums von 1859, so finden wir seit dem Ausgang der achtziger Jahre seine näheren politischen Freunde unter einem kapitalistischen Großbürgertum, wie Hammacher, Oechelhäuser und Buhl: ein symbolischer Ausdruck der Umbildung dieses liberalen Bürgertums überhaupt, auch wenn Bennigsen sich selbst unabhängig behauptete und der blieb, der er gewesen war.

In diesem neuen Geschlechte begann der neue Staatsgedanke, den Bismarck unter unerhörten Kämpfen durchsetzte, die alten Vorstellungen der Liberalen von Staat und Gesellschaft abzulösen. Er hatte mit ihrem alten rechtsstaatlichen Ideal nur noch wenig gemein, aber da er den nationalstaatlichen Tendenzen wieder frisches Blut zuführte, so vermochte er doch die eine Seele des Nationalliberalismus mit sich fortzureißen. Auch Bennigsen nahm frühzeitig [2]) regen Anteil an den kolonialen Bestrebungen, aus denen die Deutschen, über die Meere hinauswachsend, zunächst keine wirtschaftlichen Schätze, aber mit der Zeit einen weiteren Blick und sofort wenigstens neue nationale Impulse gewannen. Sein Freund und Landsmann Graf Münster, der als Botschafter in London die Aufgabe hatte, die Anfänge dieser Kolonialpolitik diplomatisch zu vertreten (denen er aus Tradition und Liebe zu England stärker widerstrebte als irgendein deutscher Staatsmann), bemühte sich in jedem seiner zahlreichen Briefe, Bennigsen von diesen kolonialen Illusionen zu befreien. Dieser aber war auf das tätigste an allen diesen Dingen beteiligt und entfernte sich weit von jenen Liberalen, die, wie Bamberger, aus Opposition oder Doktrinarismus dieser Entwicklung nichts als Unverständnis entgegenbrachten.

So fanden sich die Nationalliberalen darein, daß Bismarck gegenüber ihrem Traume einer parlamentarischen Regierung einen neuen Typus des monarchisch-konstitutionellen Staates mit Gewalt und Verschlagenheit durchdrückte, und erhoben sich daran, daß auf diesem Wege der deutsche Nationalstaat doch auch wieder eine reiche und fruchtbare Vertiefung erfuhr. Es ist begreiflich, daß sich diese innerliche Umbildung und Auseinandersetzung im Liberalismus für den einzelnen nur unter schmerzlichen Kämpfen vollzog. Wie einst der Sybel-Ficker-Streit für den Anfang der sechziger Jahre die deutsche Atmosphäre erfüllt hatte, so war ein wissenschaftlicher Streit zwischen zwei aus dem-

[1]) Ludwig Löwe an Bennigsen, 13. Juni 1883.

[2]) Sein Name findet sich, neben Miquel, unter den Unterzeichnern der Begründung des Deutschen Kolonialvereins vom 6. Dezember 1882.

selben Lager der Nationalen und Liberalen stammenden Historikern, denen wir wiederholt in dieser Biographie begegnet sind, zwischen Treitschke und Baumgarten, im Jahre 1880 ein Symptom der Kämpfe, in denen die alte und die neue Generation miteinander rang. Und wir sahen, wie schwer es Bennigsen wurde, in den Jahren 1881 bis 1883 sich von der alten Generation und von ihren Formen politischen Denkens zu lösen.

So ging auch der Anstoß zu einer parteipolitischen Weiterbildung der Nationalliberalen nicht von ihm selbst aus, sondern von dem beweglicheren Miquel und demselben Kreise von südwestdeutschen Politikern, der sich im Jahre 1882 durch den Mund von Marquardsen vergeblich an Bennigsen gewandt hatte. Miquel hatte zwar im Sommer 1883 abgelehnt, das Mandat Bennigsens im Reichstage fortzuführen und an seiner Stelle die Führung der Nationalliberalen zu übernehmen, aber er enschloß sich, diesen südwestdeutschen Tendenzen Form und Ausdruck zu geben. Er schrieb am 27. Februar 1884 an Bennigsen: „Infolge Deines Briefes habe ich die Frage, ob ich in der Lage sei, wieder in den Reichstag einzutreten, nochmals eingehend nach allen Seiten erwogen, habe aber leider zu einem negativen Resultat kommen müssen. Vor einigen Tagen waren Buhl, Marquardsen und andre Pfälzer hier. Wir wollen eine Zusammenkunft in Heidelberg mit den Badenern, Hessen, Bayern, Württembergern halten, ein neues Programm für die Süddeutschen (dessen Entwurf ich übernommen habe) vereinbaren und damit die Wahlbewegung vorbereiten."

Parallel mit dieser Vorgeschichte der Heidelberger Tagung — vielleicht auch in einer verborgenen Wechselwirkung, in der die Priorität der einzelnen Schritte nicht sicher zu ermitteln ist[1]) — laufen jene Bestrebungen im Februar 1884, die eine Verschmelzung der Sezessionisten und Fortschrittler bezweckten; vor allem von Rickert auf der einen Seite und Hänel auf der andern Seite betrieben, zogen sie allmählich auch Eugen Richter und den sehr widerstrebenden Forckenbeck zu sich hinüber und führten am 5. März zu dem Fusionsprogramm der deutsch-freisinnigen Partei: mit dieser Tatsache hatte die Heidelberger Erklärung Miquels und seiner Freunde vom 23. März 1884 bereits zu rechnen.

Wenn man die Heidelberger Erklärung nicht nur parteipolitisch auslegt, sondern in einem größeren historischen Zusammenhange zu

---

[1]) In seiner Rede vom 15. September 1884 stellte Bennigsen ausdrücklich fest, die Heidelberger Erklärung sei nicht eine Folge der Verschmelzung von Fortschritt und Sezessionisten, sondern sei schon vor diesem Ereignis vorbereitet gewesen.

würdigen versucht, wird man sich des Wandels der Generationen erst recht bewußt. Wohl formuliert sie ihre Sätze ausdrücklich „im Anschluß an das nationalliberale Parteiprogramm vom 29. Mai 1881", sie behauptet also, dem Parteibedürfnis entsprechend, die Kontinuität, und Bennigsen und Miquel, deren Persönlichkeiten immer mehr zum Ausdruck dieser Kontinuität wurden, wären die letzten gewesen, sie zu leugnen. Auch in dem sachlichen Inhalt der Heidelberger Erklärung könnte man nicht einen einzelnen Punkt bezeichnen, in dem etwa ein durchgreifender Unterschied von dem alten Programm zutage träte. Sie tritt ein für die auswärtige Politik des Reichskanzlers, für eine starke deutsche Heeresmacht, für die Unterstützung der Sozialpolitik, für die Aufrechterhaltung der Zollgesetzgebung und für die Verlängerung des Sozialistengesetzes; selbst die Verwahrungen von 1881 leben fort in den Sätzen: „Ihren liberalen Traditionen treu werden sie alle etwaigen Reaktionsversuche bekämpfen und namentlich die Rechte des Reichstages, falls deren Minderung versucht werden sollte, entschieden verteidigen. Für die Aufrechterhaltung des geheimen Stimmrechts werden sie eintreten." Aber der Ton macht die Musik. Er klang voller, wenn es die Zustimmung zu der neuen Politik Bismarcks galt, und er war nur leise für den zu vernehmen, der nach den alten liberalen Forderungen suchte, wie sie noch 1881 erkennbar waren. Auch die geschickte Redaktion Miquels ließ keinen Zweifel darüber, daß sich das Schwergewicht von der einen auf die andre Seite verschoben hatte. Hatte man 1881 eine gewisse Neutralität gegenüber den widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen verlangt, so ließ man nunmehr einem dieser Interessenkreise eine Bevorzugung zuteil werden: „Im vollen Maße würdigen sie namentlich die gegenwärtige Lage der deutschen Landwirtschaft und werden unbefangen die aus der Notwendigkeit der Erhaltung dieser wichtigen Grundfeste unsers Volkes hervorgehenden Anforderungen prüfen." Wer nach alledem im unklaren war, wohin das Steuer gedreht wurde, mochte sich an den Schlußsätzen in den beiden Programmen orientieren. Wenn es im Jahre 1881 verschämt geheißen hatte: „Parteien, welche gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, werden uns zur Verständigung und zu gemeinsamem Wirken immer bereit finden," so wurde nunmehr kurzab gesagt: „Eine Verschmelzung mit andern Parteien ist nach ihrer Ansicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Beurteilung entscheidender Tagesfragen ausgeschlossen." Also brach man die Brücke nach links ab und schlug sie zu den gemäßigten Konservativen hinüber. Während die neue deutschfreisinnige Partei unter der nominellen Führung Stauffenbergs und der tatsächlichen Beherrschung durch Eugen Richter auf eine neue Aera unter dem Nachfolger des Kaisers und einem Nachfolger des Kanzlers

sich einrichtete, rückte die nationalliberale Partei an die Politik Bismarcks heran. Alles das stand nicht im Heidelberger Programm geschrieben, aber es war in diesem Sinne gemeint.

Das Ganze war ein Wechsel, den Miquel mit seinen süddeutschen Freunden auf Bennigsen und den norddeutschen Liberalismus zog. Bennigsen löste ihn auf dem allgemeinen Parteitag in Berlin am 18. Mai 1884 ein. Der Anschluß der Norddeutschen geschah nicht ohne Sträuben und wurde durch eine Erklärung vollzogen, die an der Grundlage des Programms vom 29. Mai 1881 festhielt und die Heidelberger Kundgebung mit Befriedigung begrüßte, aber sich vorsichtig auf einige allgemeine Sätze beschränkte.[1]) Der Verlauf der Parteiversammlung, die formell unter der Leitung von Hobrecht und von Benda stattfand, tatsächlich aber unter dem Einfluß der beiden nicht mehr den Parlamenten angehörigen Hannoveraner stand, lieferte den Beweis, daß die Wendung richtig berechnet war. Die Beredsamkeit Bennigsens, der als Führer in partibus mit nicht endenwollendem Jubel begrüßt wurde, verstand es, die Frontveränderung zu überbrücken. Nimmt man die Rede hinzu, in der er am 14. September 1884 in Hannover die nationalliberale Partei der Provinz zum einmütigen Anschluß an die neue Plattform brachte, so erkennt man, daß er die Wendung vom Frühjahre nunmehr noch deutlicher herausarbeitete. Denn jetzt sprach er, vor den preußischen Landtagswahlen, unumwunden aus: „Will man in Deutschland zu ruhigen und festen Zuständen zurückkommen, so ist ein Zusammenwirken aller gemäßigt konservativen und liberalen Elemente absolut nötig.“[2]) So war man dort angelangt, wohin Bismarck seit Jahren die Nationalliberalen hatte führen wollen. Die Situation war vorbereitet, die nach grellem Wetterleuchten in dem Kartell des Jahres 1887 zutage trat.

---

[1]) Der Abdruck bei F. Salomon, Die deutschen Parteiprogramme II, S. 38 f., ist unvollständig und macht die Erklärung noch dürftiger.

[2]) Auch diesmal scheint Miquel der Treiber gewesen zu sein, denn er schrieb am 7. September 1884 an Bennigsen: „Das Zentrum nimmt jetzt eine sehr schroffe Stellung gegen Bismarck und vor allem gegen uns, lehnt sich daher mehr und mehr an den in der Kirchenfrage ganz faulen Fortschritt an. Die größte Gefahr ist, daß beide zusammen eine Majorität erhalten. Die Gemäßigtkonservativen erkennen dies und sind sehr bereit, nicht bloß im Süden und Westen, auch in vielen Wahlkreisen im Osten mit uns zu gehen. Sollte es nicht richtig sein, daß Du einmal offen hierüber sprächest und betontest, daß in den entscheidenden Fragen der Gegenwart — Sozial- und Kolonialpolitik, Militär u. s. w. — wir den Konservativen näher stehen als den Oppositionsparteien? Ich glaube, daß dies uns bei den Wahlen sehr günstig sein würde und daß wir selbst bei Stichwahlen viel eher auf die Konservativen als auf die Freisinnigen rechnen können. Natürlich müssen wir die Extremen der Konservativen ausscheiden.“

Miquel an Bennigsen.

Fr[ankfurt], 24. April [1884].

Du hast wohl von unserm Vorstoß in Heidelberg und Neustadt Kenntnis genommen. Ich habe mich schwer dazu entschlossen, und die Sache hat auch, wie ich vorausgesehen habe, meiner hiesigen kommunalen Stellung sehr geschadet. Aber ich habe mich schließlich moralisch verpflichtet halten müssen, weil die Süddeutschen mich unbedingt brauchten und kein andrer da war. Auch halte ich die Lage nach allen Seiten für höchst kritisch, sowohl nach oben als im Volke. Wir stehen einer gefährlichen Koalition der Freisinnigen, des Zentrums und der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen gegenüber, werden aber anderseits wohl die Regierung und die verständigen Konservativen mehr auf unsrer Seite haben. Die Partei hat offenbar wieder neues Leben gewonnen und faßt im Volke mehr Boden. Sie muß sich aber fest nach links namentlich auf eigne Füße stellen und vor allem die Bauern nicht loslassen. Geht dies im Osten bei den dortigen schärferen Gegensätzen nicht, so mögen unsre Leute dort ihre eigne Sprache führen. Bürger und Bauern, wenigstens die, auf welche wir rechnen können, sind heute sehr konservativ, wollen von rein politischen Fragen nichts wissen, und ich hätte in Neustadt noch viel konservativer reden können. Wir hoffen alle sehr, daß Du nach Berlin zum Parteitag gehst. Es würde den vorhandenen Aufschwung sehr beleben, auch wenn Du kein Mandat wieder annehmen solltest. Ich kann wohl schwerlich kommen. Um so wichtiger ist es, wenn Du da bist und die Oestlichen etwas in Schranken hältst. Die dort aufzustellende Erklärung muß neben der Sozialpolitik unbedingt der Landwirtschaft und des Handwerkerstandes Erwähnung tun. Wenn Du darin einverstanden bist und absolut nicht kommen wolltest, so bitte ich, in diesem Sinne wenigstens an Benda zu schreiben. Was B[ismarck] eigentlich will, weiß ich nicht, aber ich ahne es und halte es für sehr verständig, die am Hofe kommenden Dinge mögen auch mitwirken.

Fr[ankfurt], 3. Mai 1884.

Der Parteitag in Berlin scheint für die nächste Zukunft der Partei von hoher Bedeutung zu werden. Man muß unbedingt die Einheit derselben erhalten und die ohne Zweifel vorhandenen verschiedenen Stimmungen zwischen dem Süden, dem Westen einerseits und den altpreußischen Mitgliedern anderseits nicht hervortreten lassen. Anderseits hat das Heidelberger Programm doch den bedeutenden Anklang nur gefunden, weil es die nationale und reichsfreundliche Seite unsrer Aufgabe stärker betont, unpraktische Fragen und Differenzpunkte zurückstellt, brennend gewordene Fragen — soziale anstatt rein politische —

in den Vordergrund stellt. Es hat sich ergeben, daß damit die Anschauungen weiter Kreise getroffen sind, und ich würde es bedauern, wenn ein kalter Strahl den erwachenden Eifer abkühlt. Es ist immer im ganzen die alte Situation, im Süden und Westen sind eben die Verhältnisse, die Stellung der andern, namentlich auch der konservativen Parteien, der Regierungen u. s. w. andre als in den alten Provinzen, und die Aufgabe ist, dies den Süddeutschen einerseits und den Altpreußen anderseits zum klaren Bewußtsein zu bringen, damit sie, in den Grundlagen einig, sich gegenseitig im übrigen Freiheit lassen.

Freunde aus B. werden zu Dir kommen und Dich dringend nach Berlin einladen. Ich möchte ein gutes, dringendes Wort an Dich, als meinen ältesten, liebsten Freund und Streitgenossen, fürbittend einlegen. Es wäre Dein Erscheinen jetzt ein großer Wurf und würde eine ganz bedeutende Wirkung haben. Auch scheint die Zeit dazu reif, wenn Du auch nicht wieder schon in den Reichstag eintreten willst. Mag ich kommen oder nicht — Dein Erscheinen ist in allen Fällen weit wichtiger und bedeutsamer.

Soeben sendet mir Hobrecht die in Berlin vereinbarte Erklärung. Sie entspricht nicht ganz meinen Wünschen und umgeht den Inhalt der Heidelberger Erklärung, aber es liegt doch darin eine Billigung des süddeutschen Vorgehens, und dabei müssen wohl die Süddeutschen sich schließlich beruhigen. Um so wichtiger ist es, daß in der Haltung und den Reden des Parteitags keine indirekte Desavouierung Süddeutschlands hervortritt. Es könnte zur Sprengung der Partei führen. Um so wichtiger ist Dein Erscheinen, von welchem ich einen Nachteil irgendeiner Art nicht absehen kann.

5. Mai 1884.

Die unfreiwillige Muße der Krankheit benutzend, möchte ich Dir gleich meine Freude ausdrücken, daß Du Dich entschlossen hast, auf dem Parteitag zu erscheinen. Nun wird, auch wenn ich nicht sollte kommen können, die Sache gewiß einen guten Verlauf nehmen. Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß die ja in einer großen gesamtdeutschen Partei unvermeidlichen verschiedenen Strömungen und Stimmungen nicht hervortreten. Wenn, wie ich hoffe, ich in Berlin sein werde, so soll es an mir nicht fehlen, dazu mitzuwirken, wie ich mir schon jetzt in dieser Richtung die Finger lahm schreibe. Die Gegner und die tolle „N. A. Z." tun so, als wenn wir in Süddeutschland einfach in das Regierungslager übergegangen seien, obwohl in Heidelberg und Neustadt auf das bestimmteste betont wird, daß wir auf dem Boden des Programms von 1881 ständen, dasselbe durch das Heidelberger Programm nur in einzelnen brennenden Punkten mehr präzisiert

sei, daß wir nach wie vor die einflußreiche Stellung des Parlaments, die liberale Gesetzgebung und Entwicklung verlangten, daß wir über alle Fragen in völliger Unabhängigkeit und Freiheit entschieden, daß wir aber — freie Prüfung im einzelnen vorbehalten — die Sozialpolitik des Reichskanzlers unterstützen wollen. Dieser Punkt scheint mir das Entscheidende, aber es ist nichts Neues, auch im Programm von 1881 enthalten und wesentlich damals durch uns beide vertreten. Auf diesen Punkt legt man in Süddeutschland das größte Gewicht, und gegen diesen Punkt sind seitens der mehr freihändlerischen Richtungen in Norddeutschland Bedenken, wie es mir scheint, vorhanden. Ich würde dies nicht preisgeben können, da sich meines Erachtens hieran die zukünftige Politik vorzugsweise heftet. Damit bin ich aber ganz einverstanden, daß man in Berlin bei der Stellung, welche doch alle Teile zu dem vorliegenden Gesetz, betreffend Unfallversicherung, einnehmen, die Sache nicht zu schroff ausdrücken und unter allen Umständen, die Heißsporne auf beiden Seiten besänftigend, zu einer einmütigen Erklärung kommen muß.

Dies muß übrigens meine letzte politische Arbeit sein, ich werde mich ausschließlich wieder meiner kommunalen Tätigkeit widmen, welche durch die Neustädter Versammlung sehr gegen meinen Willen und auf Drängen von Buhl, Marquardsen u. s. w. zu ihrem schweren Nachteil unterbrochen ist. Ich hoffe immer noch, daß ein offenbar vorhandener größerer Aufschwung Dich bald wieder an die Spitze einer großen Partei bringen wird, und glaube, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik Du Dich mit Bismarck verständigen würdest. Er scheint zurzeit nur darauf Gewicht zu legen.

Bennigsen an Miquel.

Hannover, 5. Mai 1884.

Gestern nachmittag waren Benda, Oechelhäuser, Buhl, Marquardsen, von Vahl hier, um mir ihren und der Parteigenossen dringenden Wunsch vorzutragen, daß ich mich an dem Parteitage beteiligen möge. Da sie sich überzeugen mußten, daß ich in dieser Woche wegen der Sitzungen des provinzialständischen Verwaltungsausschusses absolut verhindert bin, erklärten sie, dann solle der Parteitag auf Sonntag den 18. Mai verlegt werden. Da habe ich denn schließlich nachgegeben und werde am 18. in Berlin sein. Hoffentlich ist Dein Befinden bis dahin so, daß Du auch teilnehmen kannst. Unser beiderseitiger Einfluß würde sich in erfreulicher Weise ergänzen und das Gelingen erheblich mehr gesichert sein.

Die Erklärung, welche die Kommission beschlossen, ist auch nach

meiner Auffassung angemessen, genügend in Anerkennung des von Heidelberg angeregten erfreulichen Aufschwunges und geeignet, eine allgemeine Zustimmung im Norden und Süden herbeizuführen. Daß irgendwie zum Teil vorhandene Meinungsverschiedenheiten in der Partei zu Differenzen auf dem Parteitage führen oder gar in Gegensätze ausbrechen, werden wir hoffentlich zu verhindern wissen. Persönlich würde ich mich besonders freuen, Dich in Berlin zu treffen. Manche Dinge, öffentliche und private, welche besser mündlich als schriftlich besprochen werden, können wir dann wieder einmal näher erörtern.

Ich schrieb Dir aus der Sitzung des Ausschusses, dessen Beratungen in diesem Jahre besonders wichtig sind, da im nächsten Jahre der neue Landtag neue Menschen zweifellos auch in den Ausschuß bringen wird, möglicherweise ganz neue Auffassungen künftig in einer Versammlung, die voraussichtlich zu drei Vierteln aus Bauern und strebsamen Landräten bestehen wird, sich geltend machen werden. Wir wollen daher im Landtage in diesem Herbst noch verschiedenes in Sicherheit bringen.

15. Mai 1884.

Sind wir beide zugegen, wird alles unnütze Geschwätz der Gegner der vielen gegnerischen Parteien eventuell von vornherein abgeschnitten und die Zuversicht auf eine allseitige Einigung sehr erhöht werden.

*

Allerdings blieb Bennigsen dabei, auf den Wiedereintritt in das Parlament zu verzichten, obwohl der Zentralvorstand der Partei ihn schon vor den Reichstagswahlen im Oktober 1884 auf das dringlichste dazu aufforderte,[1] und besonders die mehr nach links und zum Freihandel neigenden Elemente wie Oechelhäuser — um sich eines schutzzöllnerisch-agrarischen Uebergewichtes zu erwehren — nach der Führung eines Mannes verlangten, der nach den Aussagen seiner Gegner nunmehr der Liberalste der ganzen Partei war.[2]

---

[1] Der Zentralausschuß der nationalliberalen Partei (Hobrecht, von Benda, Hammacher, Gneist, Dr. Weber, Dr. von Cuny) an Bennigsen, 28. Juni 1884.

[2] Oechelhäuser an Bennigsen, 31. Juli 1884: „Werden die dissentierenden Ansichten nicht in statu nascendi durch taktvolle und energische Leitung gebändigt, gewinnen sie unter schwacher Leitung Zeit und Spielraum, sich zu Koterien zusammenzuschließen, die innerhalb der Partei um die Mehrheit und das Uebergewicht ringen — dann adieu parti! Und wer sollte diese Aufgabe lösen können außer Ihnen? Ihnen wird sie leicht, da Sie nicht bloß all diese Führereigenschaften im eminentesten Sinne besitzen und das allgemeine Vertrauen aller Parteischattierungen Ihnen zur Seite steht, sondern auch in Ihren politischen und handelspolitischen Ansichten auf der Durchschnittslinie der künftigen Parteizusammensetzung stehen, also ohne Zwang und Selbst-

Miquel an Bennigsen.

(Juni 1884.)

Heute erfuhr ich, daß wir beide zu Staatsräten mit über hundert andern, aber anscheinend wir allein aus der nationalliberalen Partei, ernannt sind. Was wirst Du tun? So wenig die Sache angenehm ist, so wenig glaube ich doch, daß man eine königliche Ernennung ohne vorherige Anfrage, offenbar nur zur Abgabe ratsamer Gutachten ablehnen kann, ich würde aber natürlich mit Dir zusammengehen und bitte Dich daher, mit zwei Worten hierunter Deine Absicht mitzuteilen.

Bennigsen an Miquel.

Hannover, 7. Juni 1884.

Soweit ich sehe, handelt es sich bei dem Staatsrat um eine zu Recht bestehende Einrichtung, welche nur tatsächlich neu belebt werden soll, ohne andre Kompetenzen zu erhalten als bisher. Werden wir durch Vertrauen des Königs in eine solche Körperschaft berufen, in welcher der Kronprinz noch dazu den Vorsitz übernimmt, so sehe ich nicht ein, wie das abzulehnen ist. Daß der Staatsrat eine große Bedeutung gewinnen wird inmitten der andern Staatsformen, glaube ich allerdings nicht. Es wird wohl eine ephemere Existenz bleiben, aus momentanen Antrieben hervorgezogen, ähnlich wie der halb eingeschlafene Volkswirtschaftsrat, eine der mehreren vorgeschobenen und wieder beiseitegestellten Kulissen.[1])

---

aufopferung die Führeraufgabe übernehmen können. Und wen hätten wir sonst? ... Mit Ihnen halte ich Miquel für einen großen Gewinn, ohne Sie für ein Unglück für die Partei. Und dazu die schwierigen Aufgaben, die unsrer harren, insbesondere die nebelhaften Sozialprojekte, zu denen es jeder Partei schwierig werden wird, Stellung zu nehmen, unsrer Partei aber sicherlich am schwierigsten. Eine Autorität kann sowohl alle aufkeimenden Divergenzen bannen als uns auf dem schwierigen Gebiet der Sozialprojekte (die ebensogut unsre energische Unterstützung als unsre noch energischere Opposition herausfordern können) zum Führer dienen — aber auch nur eine Autorität. Und die besitzen nur Sie. Ihr Name an der Spitze der Wahlbewegung wird uns Dutzende von Sitzen erobern, Ihre ruhige, feste, autoritative Leitung wird der Partei nach innen Stärke und Zusammenhang, nach außen Glanz und Einfluß verleihen. Mit Ihnen wird die jetzige Bewegung sich kräftig entwickeln — ohne Sie wird der Parlamentskalender vielleicht ein halb Dutzend mehr Mitglieder mit nat.-lib. bezeichnen, aber damit ist es dann auch zu Ende. Kommen Sie wieder zu uns, Herr von Bennigsen! Nicht die Partei, das Vaterland ruft. Wir ehrten die Motive Ihres Rücktritts; aber nun verdienen Sie sich auch unsern heißen Dank durch das Wiedereingreifen in die wieder aufwärtsgehende Bewegung."

[1]) Am 31. Oktober 1884 schrieb Bennigsen an seine Frau nach einer fast fünfstündigen Sitzung des Staatsrats: „Am Montag beraten wir die

Daß Du so bestimmt Dich gegen die neue angebliche Börsensteuer erklärt hast, war sehr erfreulich und nützlich, nachdem in Euern süddeutschen Aufstellungen eine höhere Besteuerung des Börsenverkehrs, freilich etwas ganz andres, mit aufgenommen war. Es ist dies ein ganz unglaublich törichter Coup Bismarcks, das Stärkste, was wir seit dem Tabaksmonopol unglücklichen Andenkens erlebt haben. Zum Glück scheinen Herr Richter und Genossen sich zu bemühen, durch ihr Vorgehen gegen die Subventionierung der Dampferlinien die nachteiligen Folgen der Maßregel nach Kräften wieder auszugleichen. Die doktrinäre Verranntheit der Manchesterleute hindert sie in einer wunderbaren Weise, einen richtigen Blick zu haben für das, was auf diesem Gebiete in unserm Volke und in der Welt vorgeht.

Graf Münster an Bennigsen.

London, 15. Mai 1884.[1])

Ich wollte, Sie kämen einmal her und könnten hier einige Zeit bleiben und mit den hiesigen Staatsmännern und namentlich den Deutschen in der City, die den Handel im großen und die Welt kennen, verkehren. Es würden die Kolonialillusionen, in denen Sie auch befangen sind, und manche Vorurteile, die Sie haben, schwinden. Sie wissen, daß ich die Kolonisationsidee für uns für ganz unpraktisch, nicht auszuführen und nicht wünschenswert erachte. Die Grundidee, von der man dabei ausgeht, daß nämlich der deutsche Auswanderer in einer deutschen Kolonie dem Vaterland mehr zugute kommt, als der jetzt im Auslande oder in Kolonien lebende, ist an und für sich in der Praxis nicht so. Es hat sich immer gezeigt, daß, solange es den Kolonien

---

Dampfervorlage, am Mittwoch (und Donnerstag) die Ausdehnung der Unfallversicherung auf ländliche Arbeiter u. s. w. Beide Entwürfe zunächst in den kombinierten Abteilungen, und die Woche darauf dieselben nebst dem morgen in den Abteilungen beendeten Postsparkassengesetze im Plenum des Staatsrats. Bei dem Unfallversicherungsgesetz bin ich sogar zum Korreferenten ernannt, was mir insofern ziemlich viel Arbeit machen wird, weil ich, wie Du weißt, die Verhandlungen des letzten Reichstags über das Gesetz gar nicht mehr mitgemacht habe."

[1]) Aehnlich 26. Oktober 1884 an Bennigsen: „Ich hoffe, das Verhältnis zu England, über welches Sie meiner Meinung nach durchaus nicht richtig urteilen und voller Vorurteile sind, wird sich bessern. Glauben Sie mir, die Opfer, die wir in Westafrika des Klimas wegen an Menschen und Geld mit der Zeit bringen werden, sind bedeutender als man glaubt. Ein paar Leute wie Woermann und Lüderitz mögen möglicherweise Gewinn davon ziehen, aber selbst das ist noch nicht ganz sicher. Ich kenne hier viele deutsche Kaufleute, bedeutende Männer im afrikanischen Handel, und was die darüber sagen, ist nicht ermutigend. Dagegen hoffe ich sehr, daß die Dampfervorlage durchgeht."

schlecht geht, solange sie Schutz gebrauchen, so lange hängen sie mit dem Mutterlande zusammen, nachher trennen sie sich. Haben die Kolonien Holland, Spanien, Portugal vom Rückgang und halben Untergang gerettet? England selbst wird in weiter Zukunft an der Konkurrenz mit den eignen Kolonien zugrunde gehen! Früher war der Deutsche in der Fremde etwas ganz andres, als er jetzt ist, er suchte so rasch als möglich seine Nationalität loszuwerden, weil er zu keiner eigentlichen Nation gehörte, jetzt ist das ganz anders. Wir müssen aber auch unsre Gesetze ändern und nicht die haarsträubende Bestimmung aufrechterhalten, daß ein Deutscher, wenn er zehn Jahre im Auslande ist und seine Matrikel in irgendeinem Konsulate nicht erneuert, aufhört, Deutscher zu sein. Während man noch solche Bestimmungen hält, spricht man von Kolonien, von Schutz der Deutschen, das ist geradezu komisch, daß man durch solche Bestimmungen die Deutschen, die man schützen sollte, selbst von sich treibt. Für richtig halte ich die Idee, Dampferlinien zu subventionieren und somit den Deutschen eine regelmäßige Verbindung mit der Heimat zu sichern und, wie ich Ihnen schon immer sagte, erst vor der eignen Tür kehren, Ostsee und Nordsee verbinden, sich unabhängig von Dänemark und der Skandinavischen Republik machen, und Helgoland[2]) erwerben. Ich will Sie mit meinen Ideen nicht länger langweilen. Ich bedaure zu sehr, daß das Todesurteil unsers guten Provinziallandtages unterschrieben wurde.

---

[2]) Diese erste Erwähnung einer möglichen Erwerbung von Helgoland in Verbindung mit den deutschen Kolonialplänen im Mai 1884 ist sehr beachtenswert. Wenige Monate darauf machte Bismarck durch den Grafen Münster den ersten Versuch, in vorsichtiger Weise Helgoland als etwaiges Kompensationsobjekt in den kolonialen Schwierigkeiten der englischen Regierung namhaft zu machen. Am 16. August 1884 schrieb Lord Granville an Lord Northbrook: „Münster sounded, or rather told me he was about sounding, me as to Heligoland. He said that the Chancellor was bent opening a way into the Baltic, that for this purpose there ought to be a great harbour at Heligoland, that we could not be expected to spend the large capital required, that Germany was ready to do if ceded to her, and to admit England to all the advantages of it. He begged me not to mention it even to my colleagues. I only did so to Gladstone, and we agreed upon a dilatory course." (Life of Lord Granville II, 361.) Die englische Regierung behandelte den Gedanken zunächst dilatorisch; Lord Granville hielt die Abtretung zwar für unpopulär an sich, aber urteilte trotzdem: „It sometimes occurs to me whether it would not be a price worth paying, if it could secure a perfectly satisfactory end to the Egyptian financial mess." Der Antrag des unabhängigen Konservativen Sir John Gorst im Unterhause war vielleicht ein auf die englische öffentliche Meinung berechneter Fühler. Zu Anfang des Jahres 1885, als der englisch-russische Konflikt sich zuspitzte, kam Bismarck auf den Plan zurück. (Life of Lord Granville II, 425.)

Fürst Hohenlohe-Langenburg an Bennigsen.

Langenburg, 9. Juli 1884.

Zu meiner großen Freude entnehme ich den Zeitungen, daß auch in Hannover die Bestrebungen des Deutschen Kolonialvereins lebhaftes Interesse finden, in der Stadt Hannover ein Lokalverein sich gebildet hat und daß Euer Hochwohlgeboren die Leitung der ganzen Bewegung in die Hand genommen haben. In letzterem liegt für den Verein vornehmlich die Bürgschaft, daß die dortige Vereinstätigkeit eine praktische und fruchtbringende sein wird, was sich schon darin erwiesen hat, daß es Ihnen gelang, den Versuch des Grafen Behr, einen Kolonisationsverein neben dem unsrigen zu gründen, zu verhindern. Mit Recht hoben Sie hervor, daß zur gedeihlichen Durchführung kolonisatorischer Bestrebungen vor allem Einigkeit in der Nation gehört und eine Zersplitterung dieser Bestrebungen nur von nachteiligen Folgen sein muß. Ueber das Vorgehen des Grafen Behr bin ich nicht hinlänglich unterrichtet, um beurteilen zu können, ob er wird große Erfolge aufweisen können; unpraktisch und beinahe leichtsinnig erscheint es mir aber, wenn man das Publikum auffordert, 50 000 Mark zu zeichnen, um irgendwo an der afrikanischen Küste eine Niederlassung zu gründen, ohne demselben mitteilen zu können, welche Aussicht auf Erfolg damit verbunden ist. Zu gleicher Zeit will er eine Anzahl leichtgläubiger Familien engagieren, die diese noch nicht näher bezeichnete Niederlassung bevölkern sollen. Ein solches Vorgehen gleicht zu sehr dem Gebaren der Auswanderungsagenten, die schon so viele tausend Deutsche ins Elend gestürzt haben. Es wäre uns ein leichtes gewesen, bei Begründung des Kolonialvereins einige hunderttausend Mark zusammenzubringen, um irgendein Gründerunternehmen ins Leben zu rufen; ob der Verein dann aber heute noch bestehen würde, das scheint mir sehr fraglich, viel wahrscheinlicher ist es, daß wir uns den Fluch vieler Unglücklichen und Enttäuschten zugezogen hätten und die Kolonialidee diskreditiert worden wäre. Unser Verein kann und darf ein Unternehmen nur dann empfehlen, wenn er durch genaue Studien und Erkundigungen sich von der Solidität desselben überzeugt hat.

Ich bin weit entfernt, behaupten zu wollen, daß Graf Behr absichtlich und wissentlich die Leute zu einem unsoliden Unternehmen veranlassen will, allein die Erfahrungen, die wir in den zwei Jahren unsers Bestehens gemacht haben, beweisen mir, daß allein die Aufforderung zur Gründung einer Niederlassung wohl einige unerfahrene enthusiastische Leute verlocken, der solide Geschäftsmann aber wird sich fernhalten. Meine Absicht ist es gewiß nicht, die Bildung neuer Vereine nur aus Furcht vor Konkurrenz verhindern zu wollen, da mir

jeder Weg recht ist, der zur Verwirklichung unsrer Bestrebungen führt, allein ich bin überzeugt, daß mit dem Bestehen vieler selbständiger Vereine die Sache selbst geschädigt wird. Der Erfolg, den unser Verein in der kurzen Zeit seines Bestehens erreicht hat, beweist, daß wir den richtigen Weg eingeschlagen haben, denn weder der Berliner Zentralverein noch der Westdeutsche haben es in einer Reihe von Jahren zustande gebracht, den Einfluß auszuüben und die Mitgliederzahl zu vereinigen wie der unsrige. Gern bin ich jedoch bereit, wenn der Sache damit gedient ist, unsern Verein mit dem Zentralverein zu verschmelzen und einer geschickteren Leitung diese große Vereinigung zu übergeben, ich fürchte aber, die Mehrzahl unsrer Mitglieder wird wenig Lust haben, sich unter die Führung des zwar sehr begabten und geschickten, aber etwas zu gewalttätig auftretenden Dr. Jannasch zu stellen. Es würde mich sehr freuen, wenn ich einmal Gelegenheit hätte, mündlich unsre gemeinsame Angelegenheit mit Ihnen besprechen zu dürfen. Indem ich von ganzem Herzen im Namen des Vereins den wärmsten Dank für Ihre erfolgreiche Unterstützung ausspreche, bin ich . . .

Marquardsen an Bennigsen.

Berlin, 20. Dezember 1884.

Gestern morgen hatte ich eine lange Unterredung mit dem Reichskanzler, wozu er mich dringlichst eingeladen hatte. Er wollte meinen Rat wegen der etwaigen Reichstagsauflösung haben und war ersichtlich erfreut, daß ich mit einer Reihe von Gründen dagegen plädierte. Die Sache ist abgetan. Da ich gewissermaßen Ihr Nachfolger in diesen interessanten Tete-a-tetes geworden bin, würde ich Ihnen den Inhalt schon heute ausführlich mitteilen, wenn Zeit dazu wäre, aber ich gehe morgen nach Erlangen und kann jetzt nur ein paar Sie persönlich betreffende Aeußerungen wiederholen. Ich schicke voraus, daß Ihre neulich geäußerten Befürchtungen, Bismarck möge die Brücke zu Windthorst doch nicht ganz abgebrochen haben, nach meiner Ueberzeugung unbegründet ist. Sie anlangend, bedauerte Bismarck, daß Sie und Miquel eine Wiederwahl abgelehnt haben und namentlich Sie wohl Bedenken getragen, sich zu kompromittieren und lieber andern Zeiten entgegensehen. Ich antwortete ihm darauf, daß ich Ihr Vertrauen zu besitzen glaube und ihm offen einen Erwägungsgrund sagen wolle, von dem ich wisse, daß er für Sie bei der Erwägung einer Wiederwahl schwer ins Gewicht gefallen sei. Ein solcher Zwischenfall sei das plötzliche Herausplatzen mit der Geschäftssteuer gewesen. Solche Ueberraschungen machten einer Partei und speziell dem Parteiführer die schwere Arbeit unendlich schwieriger. Ich sagte ihm von mir aus,

daß unser glücklicher Griff in Heidelberg, die Börsensteuer zu betonen, durch jene mißgestaltete Vorlage ins Gegenteil umgeschlagen sei. Statt im allgemeinen in der Wahlbewegung von der Börsensteuer getragen zu werden, hätten unsre Kandidaten auf Tod und Leben jene Regierungsvorlage bekämpfen müssen. Er gab mir dann die ganze Genesis des unglücklichen Entwurfes, den er nur, wie er sagte, auf Kosten eines Finanzministerwechsels hätte beseitigen können. Er fragte mich dann: „Weshalb hat Bennigsen mir nicht über die Sache geschrieben?“ Ich antwortete ihm, wir kennen beide Bennigsen sehr gut, er hat etwas von der Natur des schweigsamen Oraniers. Ich gab ihm mit andern Worten zu verstehen, daß, wenn er Ihren Rat haben will, er Sie darum fragen muß. Ich habe dann noch ausführlich die Chancen einer späteren Auflösung im Zusammenhang mit unzulässigen Abstrichen im Militäretat, dessen Ablehnung durch den Bundesrat und Heranziehung des Militärseptennats gesprochen und ihm meine persönliche Ueberzeugung ausgedrückt, daß Sie und auch wohl Miquel in einer solchen Krisis, wo wir des Wahlerfolges sicher sein können, einer Wiederwahl Folge leisten würden. Natürlich betonte ich, daß einer solchen Wahlkampagne ein den Parteiverhältnissen entsprechendes Einverständnis zwischen Regierung, Gemäßigtkonservativen und uns vorausgehen müßte, und habe dabei auch auf die neulich zwischen uns besprochene Wahlkonstellation in Schlesien hingewiesen.

Bennigsen an Benda.

Hannover, 19. Juni 1885.

Zu einem Wiedereintreten in den Landtag kann ich mich nicht entschließen. Die politischen Gründe, welche mich zum Austritt aus den Parlamenten bewogen haben, dauern noch fort, ich möchte sagen, in gesteigertem Maße. Außerdem würde ein Mitwirken in beiden Körperschaften aus Gesundheitsrücksichten bei der erheblichen Entfernung kaum zu verantworten sein und noch weniger wegen meiner hiesigen Geschäfte. Von beiden Parlamenten würde ich eventuell — zu gelegener Zeit — dem Reichstag den Vorzug geben.

Bennigsen an Hammacher.

Hannover, 7. Dezember 1885.

Daß Herr Sattler unsern Parteigenossen sich als eine so erwünschte Akquisition zeigt, hat mich sehr gefreut, weil ich mich für ihn und seine Wahl interessiert habe. Bismarck lenkt jetzt nach sechs Jahren, wie es scheint, in das richtige Fahrwasser ein, wenigstens ist er selbst ebenso wie seine Organe sehr scharf und deutlich gegen Zentrum und Kreuzzeitungs=

reaktionäre und nicht mehr lediglich gegen den Fortschritt. Will er aber, wie unter solchen Umständen doch sein Plan sein sollte, von langer Hand her den Boden vorbereiten und den Stoff anhäufen, um im gegebenen Moment unter Appell an die gesunden nationalen Kräfte im Lande aufzulösen, so sollte er solche Schleudercoups wie die lediglich auf Windthorst zugespitzte kaiserliche Botschaft und das in Aussicht genommene Branntweinverkaufsmonopol unterlassen. Mit solchen Kunststücken kommt er nicht zum Ziel.

Bennigsen an Marquardsen.

Hannover, 15. Januar 1886.

An Hammacher schrieb ich bereits, daß ich in dieser Woche und der ersten Hälfte der nächsten Woche nicht würde nach Berlin kommen können, möglicherweise aber in der Zeit vom Freitag auf Sonntag, 22./24. d. M. Besondere Neigung zu dieser Reise habe ich keine. Mein Rat — und nun gar in einer offiziellen Versammlung der Parteivorstände beider Parlamente, wie Sie meinen — kann für die Parlamentsparteien und deren Mitglieder nur äußerst geringen Wert haben, solange ich nicht Parlamentsmitglied bin. Dieser unnatürlichen und halben politischen Stellung, in welcher ich mich zurzeit befinde, bin ich im hohen Grade überdrüssig. Eine einflußreiche Wirksamkeit — angeblich, mehr in den Augen der Gegner u. s. w. als der eignen Freunde vorhanden — eines außerhalb der Parlamente Stehenden in einem Lande mit konstitutioneller Verfassung ist im Grunde ein Unsinn. Ich bedaure, daß ich, allerdings dringenden Wünschen, namentlich hannoverscher Verhältnisse wegen, folgend, beim Austreten aus den Parlamenten bis dahin, daß ich mich überhaupt etwa später zum Eintreten wieder entschließe, nicht vollständig auf jede politische Wirksamkeit verzichtet habe. Dieser Zwitterzustand ist für mich unerfreulich, für niemand von rechtem Nutzen und bietet den Gegnern willkommenen Anhalt zum Angriff und Spott auf unsre Partei.

Ueber die schwebenden Fragen suche ich mir allerdings eine Meinung zu bilden, sie ist aber natürlich sehr theoretisch und abstrakt, da jede Probe auf das Exempel fehlt in dem Gefühl einer ernsten Verantwortlichkeit und in der Notwendigkeit, meine Ansicht in Verhandlungen und Abstimmungen täglich praktisch zu betätigen, namentlich aber in dem ganzen Zusammenhange der politischen Situation für die sich ergebenden Folgen die Verantwortlichkeit mitzutragen. Nehmen wir — beispielsweise — an, ich sei der Branntweinmonopolvorlage entgegen, so lassen sich dafür zweifellos sehr starke, möglicherweise durchschlagende Gründe anführen. Ganz etwas andres ist aber ein Ratschlag durch

einen Außenstehenden, welcher sich sofort in sein Arbeitszimmer zurückzieht, an eine im praktischen politischen Leben stehende Partei, welche die Dinge in ihrem Zusammenhange und ihrer Wechselwirkung überschauen und die verschiedenen möglichen und unmöglichen Auswege aus dem heutigen politischen Wirrsal in Betracht ziehen soll. Das kann mit Nutzen und Erfolg eben nur einer, welcher mithandelt und die Folgen selbst mit auf sich nimmt.

*

Der folgende Briefwechsel zwischen Bennigsen und Miquel bezieht sich auf die (am 15. Februar 1886 zunächst im Herrenhause eingebrachte) kirchenpolitische Vorlage, welche die letzten großen Trümmer der Kulturkampfgesetzgebung beseitigte, das Kulturexamen, die spezielle Aufsicht über geistliche Seminare und Konvikte, den kirchlichen Gerichtshof und die Beschränkung der Disziplinarbefugnis auf deutsche Obere gänzlich aufhob: mit diesen staatlichen Konzessionen, die die gewandte Taktik des Bischofs Kopp in den Kommissionsverhandlungen noch zu erweitern strebte, sollte die Anerkennung der Anzeigepflicht seitens der Kurie herbeigeführt und der endgültige Friede zwischen Staat und Kirche besiegelt werden. Bennigsen, der Ende März an den Verhandlungen des Staatsrates über die Polenfrage teilnahm[1]) und sich in dieser Zeit mit dem Gesandten von Schlözer und dem Bischof Kopp mehrfach besprach, blieb jedoch wegen der ganz ungenügenden Fassung der päpstlichen Note vom 26. März dabei, daß das Gesetz verworfen werden müsse, und bestimmte den im Grunde widerstrebenden Miquel, in seiner Herrenhausrede am 12. April gegen das Gesetz aufzutreten.

Bennigsen an Miquel.

Hannover, 11. April 1886.

Meiner Ansicht nach bleibt in der jetzigen Lage nichts übrig als alles abzulehnen, einschließlich der Regierungsvorlage, und bis zum nächsten Herbst seitens der Regierung und der Landesvertretung abzuwarten, ob die Kurie zu einer vernünftigen Einsicht kommt. Offenbar glaubt man zurzeit in Rom, der preußischen Staatsregierung und Gesetzgebung alles bieten zu können. Ich habe nach Deiner Abreise

[1]) Bennigsen schrieb am 1. April 1886 an seine Frau: „Am Montag findet noch eine Sitzung des Staatsrats statt, in welcher ich nicht gut fehlen kann, weil ich zum Korreferenten ernannt bin. Die erste der beiden Verhandlungen über Kolonisationsangelegenheit war recht interessant, da nicht allein der Reichskanzler sich wiederholt beteiligte, sondern auch der Kronprinz zum Schluß sehr entschieden für die Bekämpfung des um sich greifenden Polonismus eintrat, was für die Zukunft namentlich von Bedeutung ist."

längere Unterredungen mit dem Bischof Kopp[1]) und auch mit dem Gesandten von Schlözer gehabt. Namentlich der letztere hatte die größten Hoffnungen und wußte nicht genug zu rühmen von den guten Absichten des jetzigen Papstes, seiner zurzeit besonders günstigen Stimmung, dem dringenden Wunsche desselben, mit dem mächtigen Deutschen Kaiser und seinem großen Kanzler zu einem friedlichen Ausgleich zu kommen. Und was ist schließlich das Resultat gewesen? Auch nach den wohlgemeintesten und ernstesten Vorstellungen des Bischofs Kopp nichts als eine höfliche Entgegennahme der weitgehendsten Konzessionen und Engagements der preußischen Regierung und dafür keine, auch nicht die geringste unumwundene, Zweifel und Streit auch nur in einem einzigen Punkte wirklich ausschließende Gegenleistung. Die letzte Note[2]) ist der reine Hohn, denn so dumm können die Römer nicht sein, daß sie nicht begreifen sollten, dieselbe enthalte nichts andres als zweideutige, unverbindliche Erklärungen, auf welche die Kurie jeden Augenblick nach ihrem Belieben zurückkommen kann, gegenüber den weit-

---

[1]) In einem späteren Briefe vom 22. August 1891 erzählt Bennigsen seiner Frau von einer Reisebekanntschaft, dem Marquis und der Marquise Guiccioli, der Schwester der Fürstin Hatzfeldt, und fährt dann fort: „Bei ihrer Schwester habe ich vor einigen Jahren einmal in einem ganz kleinen Kreise diniert, wo der mir aus dem Reichstage gut bekannte Fürst Hatzfeldt mich und den Bischof Kopp, damals in Fulda, jetzt Fürstbischof in Breslau, Mitglied des Herrenhauses, eingeladen hatte, einen klugen Priester, aber, soweit es ein katholischer Kirchenfürst sein kann, gut deutsch gesinnter Mann. Ich erzählte noch den Italienern, wie es mir aufgefallen, daß Bischof Kopp, früherer Telegraphenbeamter, Sohn eines Lehrers oder Handwerkers, sich an dieser Tafel, wo außer mir und den Wirten nur noch ein halbes Dutzend fürstliche und prinzliche Herren und Damen sich befanden, sich mit einer ruhigen Würde und Sicherheit bewegte, als hätte er stets in den höchsten Lebenskreisen gelebt. Das ist doch ein Vorzug des katholischen Priesters und Kirchenobern."

[2]) Die Note des Kardinalstaatssekretärs Jacobini vom 4. April (am 8. April dem Herrenhause mitgeteilt) schlug der preußischen Regierung vor, die gegenwärtige Gesetzesvorlage durch eine Revision noch weiterer Bestimmungen zu ergänzen, damit man der vollständigen Herstellung des religiösen Friedens sicher sein könne. Wenn jedoch unter Umständen die volle und unmittelbare Revision der Gesetze nicht ausgeführt werden könne, so erklärte sie, „daß, sobald der Heilige Stuhl offiziell die Versicherung erhalten haben wird, daß man in nächster Zukunft eine solche Revision unternehmen wird, der Heilige Vater alsbald die ständige Anzeige gewährt in dem Sinne der Antwort, welche bereits in der Note vom 26. März 1886 erteilt wurde". In dieser Note hieß es, der Heilige Stuhl beabsichtige, „der Regierung freies Feld zu lassen, der Diözesanbehörde gegenüber ihre Beweggründe für Ausschließung des vorgeschlagenen Individuums geltend zu machen, sobald sie seine definitive Einsetzung in das betreffende Amt mit der öffentlichen Ordnung für unverträglich hält wegen einer der Regierung bekannten und bestätigten ernsten Tatsache".

greifendsten, im einzelnen überhaupt kaum zu rechtfertigenden Zugeständnissen des Staats. Ich habe den Herren Kopp und von Schlözer ohne Bedenken erklärt: zu sehr weitgehenden Konzessionen, an sich sogar bedenklichen, könne die preußische Gesetzgebung sich herbeilassen, aber nur in dem Falle, daß die jeden Augenblick von neuem den Streit herausfordernde Frage der Stellenbesetzung dauernd aus der Welt geschafft wird. Daß dafür die neueste Jacobinische Note eine ernsthafte Sicherheit bietet, wäre geradezu lächerlich zu behaupten. Mit einem solchen Abkommen würde man die Begehrlichkeit nur steigern und den Kampf nie zum Stillstand kommen sehen. Sollten Bismarck und Goßler in der Tat bereit sein, unter diesem kaudinischen Joch durchzukriechen, was ich vorläufig noch nicht glauben will, so bitte ich Dich dringend, mein alter Freund, um Deiner selbst und der liberalen Partei willen, bei der Reise in diesen Sumpf Dich nicht weiter zu engagieren. Offenbar soll es in diesem unseligen Streit nicht früher besser werden, bis die Kurie ganz deutlich eingesehen hat, daß auch eine große Friedensliebe deutscherseits eine Grenze hat, welche unter keinen Umständen überschritten wird.

Miquel an Bennigsen.

Freitags [16. oder 23. April 1886].

Auch ich bin nach langen Zweifeln, wie Du siehst, schließlich zu Deiner Ansicht gelangt. Die Folge wird aber sein: Alleinstehen der Nationalliberalen, dauernde Gegensätzlichkeit mit den Katholiken (so sehr ich dies auch durch mein Verhalten zu verhüten gesucht habe), Versuche der Konservativen, von uns loszukommen, nicht Verfeindung mit Bismarck, der uns braucht und dem eine mäßige Opposition in der Kirchenfrage wegen Rom lieb ist. Nützlicher für die Zukunft der liberalen Partei hätte ich es unbedingt gehalten, wenn auch wir hätten zustimmen können, zumal alle Welt den Frieden will, über die Bedenken fortgeht und in unsern Reihen viele unsichere Kantonisten sind. Unter diesen Umständen halte ich dafür, daß wohl zu erwägen, ob nicht unsre Leute im Abgeordnetenhause eine andre Stellung einnehmen sollten, wenn in der Zwischenzeit auf Drängen Kopps die Kurie ausdrücklich anerkennt, daß der Anzeige ein wirksames Widerspruchsrecht des Staates auch nach ihrer Auffassung entgegenstehe.[1]) Damit würde meines Er-

[1]) Nachdem die preußische Regierung unter dem 23. April das Versprechen abgegeben, zu einer neuen Revision zu schreiten und eine entsprechende Gesetzesvorlage an die Kammern zu bringen, teilte der Papst in einer Note vom 25. April mit, „daß es seine Absicht sei, daß die Anzeige für die gegenwärtig erledigten Pfarreien schon von jetzt ab beginne und ohne Verzögerung erfolge“.

achtens ein Hauptanstand beseitigt sein. Ich bitte hierüber nachzudenken und die ganze Situation zu erwägen. Alle liberalen Katholiken wünschen es, um mit uns gehen zu können, dringend. Nach der Seite würden wir uns sehr stärken. Aus dem Kulturkampf können wir keine Nahrung ziehen. Die allgemeine Lage verlangt auch die Herausziehung des Kulturkampfstachels aus dem deutschen Körper. Ich bin mir ganz klar darüber, daß, falls eine solche Erklärung der Kurie nicht kommt, unsre Leute im Abgeordnetenhause uns nicht im Stiche lassen dürfen, und bitte dahin zu wirken. Aber anders kann doch die Sache liegen für eine Eventualität wie die obige, und ich bitte sehr, mir Deine Ansicht zu sagen. Vielleicht könnten wir auch einmal in Kassel vor dem 4. Mai zusammenkommen.

Bennigsen an Miquel.

Hannover, 28. April 1886.

Da in nächster Woche der Provinzialausschuß zur Feststellung der Etatsvorlage pro 1887 versammelt sein wird, so ist und war hier in dieser Zeit zu viel zu tun, als daß ich zu einer Besprechung in Kassel gut hätte abkommen können. Ich habe mich zu meinem Bedauern daher auch für die Generalversammlung des Kolonialvereins entschuldigen müssen. Im übrigen kann ich mir auch nicht recht vorstellen, weshalb die Kurie bündigere Erklärungen hinsichtlich des Einspruchsrechts abgeben sollte, nachdem die Sache für sie im Herrenhause so günstig verlaufen ist und nach Bismarcks Erklärungen und Abstimmungen auch kein Zweifel bleibt, daß eine Mehrheit von Zentrum und der nötigen Zahl Konservativer die Herrenhausbeschlüsse im Abgeordnetenhause genehmigen wird. Bismarcks Verhalten ist unbegreiflich. Seine Aeußerungen über Erziehung der Geistlichen und den Schutz Geistlicher gegen Vergewaltigung ihrer Oberen (auswärtiger!) sind unerhört. Er will offenbar klüger sein als die Regierungen und Gesetzgebungen sozusagen sämtlicher europäischen Staaten seit Jahrhunderten. Dein Vertrauen auf die Konservativen (Lippe, Manteuffel!) ist schwer getäuscht worden. Udo Stolberg zuckte übrigens schon die Achseln, als ich ihn auf ähnliche Ansichten fragte, wo die Festigkeit des Herrenhauses bleiben würde, wenn Bismarck auch bei ganz unzureichenden Erklärungen der Kurie sämtliche Koppschen Anträge selbst akzeptierte und vom Hause angenommen zu sehen wünschte. Der Bischof Kopp, mit welchem ich in Berlin auf seinen Wunsch eine längere Unterredung hatte, ist zweifelsohne ein sehr kluger, anscheinend auch ein durchaus achtungswerter und wohlmeinender Herr. Aber Priester bleibt Priester. Er macht es, wie es scheint, nur feiner wie die andern. Vielleicht ist er der gesamten Herrenhaus-

kommission zu fein gewesen! Schließlich hat er doch nicht unterlassen, bei der Plenarberatung auch schon die Krallen in etwas hervorzustrecken. Nicht allein, daß er rasch zwei weitere Anträge zur Hand hatte, noch bevor seine übrigen in Sicherheit gebracht waren. Er hat auch gegen die allgemeine Staatsaufsicht über die Priesterseminare schon recht vielversprechende Bedenken kundgetan — das greift bereits in das Schulaufsichtsgesetz hinein! — endlich, und das war nach Deinen eifrigen Aussöhnungsbemühungen in der Kommission sehr stark, sich nicht gescheut, die Nationalliberalen als die übrigbleibenden Kulturkämpfer anzunageln. Freilich mit den bekannten rhetorischen Wendungen: „aus der Seele der katholischen Volksmassen", „ne dicam" heißt es bei Cicero.

Ich fürchte, es wird zurzeit alles nur so verkleistert und verschmiert, daß in wenig Jahren, von allem andern abgesehen, in betreff wenigstens der Schule der alte Streit in ungünstigerer Lage wieder ausbricht. Diesem Kampfe haben sich weder Bismarck noch das in Parteien zerrissene Deutschland gewachsen gezeigt. Der jetzige Papst scheint die Sache allerdings nicht auf die Spitze treiben zu wollen. Aber selbst seine soeben gelesenen Aeußerungen gegenüber den ultramontanen Pilgern enthalten bei aller Versöhnlichkeit in der Form doch nur Ansprüche der Kirche, bereits untermischt mit Anspielungen auf die bevorstehenden Kämpfe und das gerüstete Zentrum mit seinen trefflichen Führern. — Ich habe zu dem Abgeordneten Sattler meine bestimmte Hoffnung ausgesprochen, daß unsre Freunde im Abgeordnetenhause die ihnen aufgenötigte ablehnende Haltung, wenn auch bestimmt, doch so ruhig motivieren werden, daß alle Kulturpaukerei unterbleibt und nicht unnötig Oel ins Feuer gegossen wird.[1])

Der Augenblick, in dem die seit 1884 vorbereitete neue Parteikonstellation sich sichtbar betätigen sollte, kam im Winter 1886/87, als der Streit um die Erneuerung des Septennats und die Vermehrung des Heeres ausbrach. Es war eine Situation, die derjenigen von 1874 fast völlig glich. Damals hatte Lasker den Versuch gemacht, so viel Nationalliberale zu sich herüberzuziehen, daß er mit Hilfe des Zentrums und des Fortschritts der Regierung die jährliche Festsetzung der Friedenspräsenzstärke abzwingen konnte, war aber vor der Kompromißtaktik Bennigsens zurückgewichen: wiederum standen jetzt seine einstigen Freunde

[1]) Das Gesetz wurde am 10. Mai im Abgeordnetenhause mit 259 gegen 109 Stimmen (Nationalliberale, der größere Teil der Deutschfreisinnigen und einige Freikonservative) angenommen.

von der Sezession mit Windthorst und Richter zusammen, um wiederum die parlamentarische Machtprobe zu wagen, nur daß das Schwergewicht dieser Verbindung nicht bei Stauffenberg, dessen Name der Antrag trug, sondern bei den beiden andern langjährigen Oppositionsführern lag; und auch diese erstrebten nicht mehr die einjährige Feststellung, sondern wollten sich zunächst mit dem Durchgang einer dreijährigen Feststellung zufrieden geben.

Um so begieriger nahm Bismarck den Handschuh auf, den der Reichstag ihm hinwarf. Jetzt konnte er, um den groben taktischen Fehler Windthorsts auszunutzen, das Mittel wirklich anwenden, mit dem er 1874 nur gedroht hatte, um die Nationalliberalen auf einen Mittelweg zu führen, und jetzt fand er diejenigen, die damals nur zögernd sich dazu bekannt hatten, vom ersten Augenblicke an mit Begeisterung auf seiner Seite. Bennigsen hatte mit Recht die Empfindung, daß der Streit darum ging, ob ein von ihm einst geschaffener Kompromiß erneuert werden oder ob darüber hinweg der Parlamentarismus einen neuen Vorstoß in die Regierungsrechte vornehmen sollte: wenn er unter diesem Zeichen in den Reichstag wieder eintrat, so geschah es zur Verteidigung seines eignen Werkes, nicht nur in dieser einen Frage, sondern überhaupt seiner grundsätzlichen Ausgleichspolitik, in der er den preußischen Staat mit den Ansprüchen der konstitutionellen Doktrin versöhnt hatte. Denn jetzt war die Lage noch weiter verändert. Die Konzession der Regierung von 1874 war im Jahre 1881 erneuert worden und durch diese Präzedenzfälle zwar nicht zu geltendem Recht, aber zu einer politischen Praxis geworden, die sich bewährt hatte. Vor allem durfte man angesichts der Vorgänge in Frankreich fragen: war die Stunde geeignet, diese Praxis durch eine andre zu ersetzen? Bennigsen hatte den Verlauf der Kämpfe angespannt verfolgt. In einem Familienbriefe [1]) schrieb er am 13. Januar 1887: „Möglicherweise gehe ich in den nächsten Tagen hin [nach Berlin]. Wenigstens erhielt ich heute früh eventuelle Einladungen dazu von Hobrecht und von Benda, heute abend auch von Miquel für den Fall der voraussichtlich unmittelbar auftretenden Auflösung des Reichstages. Ich werde auch bereits gedrängt, wieder in den Reichstag mich wählen zu lassen. Ohne die Lage besser als hier zu verstehen, werde ich mich nicht entscheiden." Zwei Tage darauf nahm er in Berlin an den Verhandlungen teil, die den Abschluß eines Wahlkartells zwischen den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen herbeiführten, und erklärte sich zu der Annahme eines Mandates bei den Neuwahlen bereit. Das Ziel, das

[1]) Bennigsen an seinen Schwager Oberst von Müller, 13. Januar 1887.

Bismarck sich seit langem hinsichtlich der Gestaltung der Parlamentsmehrheiten vorgesetzt hatte, war erreicht: das Zusammenwirken der gemäßigten Liberalen mit den gemäßigten Konservativen. Freilich sprachen nunmehr die Deutschfreisinnigen Bennigsen und seinen Anhängern jeden Anspruch auf den Namen eines Liberalen ab und erklärten sie für die Büttel der Reaktion. Umgekehrt richtete sich die „Kreuzzeitung" (27. Januar), die sich das Kartell hatte gefallen lassen müssen, in einem Leitartikel über „den kommenden Mann" mißmutig auf eine mittelparteiliche Aera ein und meinte, die Lage könnte nicht schwerer und düsterer sein. Vor allem hatte sie gegen das Wiedererscheinen Bennigsens die größten Bedenken und suchte den neuen Bundesgenossen, an dessen Seite Bismarck sie gedrängt hatte, alsbald zu denunzieren: „Wenn es irgend etwas geben kann, was die Wiederaussöhnung des katholischen Volkes mit dem Deutschen Reich wie mit dem preußischen Staat zu erschweren geeignet ist, so muß es die Wiederberufung des Mannes zur Macht sein, den es mit Recht als den Hauptschuldigen an diesem Kampfe betrachtet." So begannen auch die extremen Konservativen nach dem Beispiel der Ultramontanen Bennigsen in erster Linie für den Kulturkampf verantwortlich zu machen und drückten im Moment der Bildung des Kartells dem gemeinschaftlichen Gegner heimlich die Hand.[1])

In einer glänzenden Rede in Hannover griff Bennigsen selbst am 23. Januar in den Wahlkampf ein. Er betonte die Gefahr ernster Verfassungskämpfe, wenn auch im neuen Reichstage das Gesetz über die Friedenspräsenzstärke nicht zustande komme, und griff eingehend — wozu niemand als er besser imstande war — in die Entstehungsgeschichte des Septennats von 1874 zurück, das damals mit 91 Stimmen Mehrheit durch die Gesamtheit der Nationalliberalen einschließlich der späteren Sezessionisten und sogar durch eine Gruppe der Fortschrittspartei zur Annahme gelangt sei: „Das, was damals beschlossen wurde, war nur eine Konzession der verbündeten Regierungen um des lieben Friedens willen, damit nicht dieses wichtige Gesetz dem Scheitern ausgesetzt würde. Unter den jetzigen Verhältnissen, wo vieles sich nicht zum Bessern, sondern zum Schlimmern verwandelt hat, soll

---

[1]) Die Nationalliberalen fühlten sich nicht an eine Bundesgenossenschaft mit der äußersten Rechten gebunden. Bennigsen an Miquel, 6. Februar 1887: „Ich halte das Verfahren der Siegener Nationalliberalen für äußerst verkehrt, durch das Wahlkartell gar nicht gefordert. Wegen Stöcker ist ja ausdrücklich bei den Verhandlungen mit den Konservativen als selbstverständlich ein Vorbehalt gemacht. Du kannst gewiß von dort selbst oder durch Dritte nach Siegen, dessen Verhältnisse und Personen mir unbekannt sind, einwirken. Wir müssen uns davon frei machen, daß eine Unterstützung des Stöckerschen antisemitischen Demagogentums uns durch die Gegner noch weiter aufgehängt wird."

man von der Regierung verlangen — und das macht diese Mehrheit, welche die Auflösung herbeigeführt hat, zur Bedingung —, daß unter solchen Umständen nicht mehr für sieben Jahre gewissermaßen ein Waffenstillstand geschlossen sein solle in dem Kampfe für diese Frage, sondern nur für drei Jahre die Bewilligung der Friedenspräsenzstärke ausgesprochen werden könne? Ich bin überzeugt, wenn diese Frage in ihrer Einfachheit und Bedeutung für Krieg und Frieden nach außen und innen, für die weitere verfassungsmäßige Entwicklung unsers Vaterlandes dem deutschen Volke klargestellt und von ihm begriffen würde, so wird dasselbe nicht verstehen, wie der Reichstag eine so gefährliche Situation in Europa, wo die ganze Welt in Waffen starrt und jeden Augenblick ein Angriff des westlichen Nachbars erwartet werden kann, den Zeitpunkt als geeignet anzusehen vermag, um der Regierung noch weitere Konzessionen abzudrängen!"

Dann erläuterte er in dieser Rede den ausschließlichen Zweck des Kartells: Wahl eines Reichstages, welcher bereit sei, in seiner Mehrheit jeden Streit über Fragen der militärischen Organisation zu vermeiden und im entscheidenden Augenblicke alles andre hinter dieser Existenzfrage Deutschlands zurückzustellen: nur für diesen bestimmten Zweck gehe man bei den Wahlen zusammen. „Ueber dieses Abkommen hat die nationalliberale Partei die schwersten Angriffe vom Zentrum und von links erfahren, namentlich hat man die Sache so darzustellen versucht, als ob mit einer Verständigung für diesen einen bestimmten Zweck zugleich die Vermischung und Verschmelzung der Nationalliberalen mit den konservativen Parteien eingetreten sei. Vergebens haben wir in dem Aufrufe gesagt: ‚Unsre Stellung zu den großen Fragen der Reichspolitik bleibt dieselbe wie bisher,' vergebens haben wir hervorgehoben, daß es sich hier nur dreht um ein bestimmtes Handeln für einen bestimmten Zweck, daß gar nicht davon die Rede ist, die Parteien zu verschmelzen, und daß im übrigen die Nationalliberalen nicht minder wie die Konservativen ihr besonderes Programm und ihre besondere Auffassung entfalten können. Ich weiß nicht, wie alle von Ihnen darüber denken, ich möchte aber glauben, daß überwiegend die Ansicht hier vertreten ist, welche ich und meine Freunde über diese Frage immer gehabt haben: Zusammengehen können wir sehr wohl mit den Konservativen in einzelnen Punkten, verschmelzen können und wollen wir uns mit ihnen nicht. Wir wollen eine liberale Partei bleiben und sie überwiegend eine konservative. Das ist meine Ueberzeugung, welche ich stets gehabt habe und welche ich auch heute noch habe. Ich halte eine solche Verschmelzung nicht für möglich, ich halte sie eher für eine Verflachung und nicht für eine Vertiefung

unsers politischen Lebens. Ich glaube sogar, daß der gesunde und weitreichende Einfluß, welchen die Liberalen und Gemäßigtkonservativen ausgeübt haben, auf einem solchen Wege nicht gestärkt, sondern geschwächt werden würde, denn es ist fast zweifellos, daß auf beiden Seiten, der konservativen wie der liberalen, manche Personen nach ihren Charaktereigenschaften, nach ihren Auffassungen von den Parteiforderungen, nach ihrem Temperament, ihrer Vergangenheit, ihren persönlichen Beziehungen in eine solche Verbindung der gemäßigtliberalen und konservativen Parteien nicht eintreten würden. Was würde die Folge sein? An die Extreme nach rechts und nach links würden wir und ebenso die Konservativen große Kreise verlieren, und die Konservativen und Gemäßigtliberalen würden das Gewicht, welches sie unter Umständen entscheidend für den Fortschritt auf allen Gebieten des inneren und öffentlichen Lebens haben einlegen können, nicht verstärken, sondern schwächen, noch mehr, als leider durch die Ereignisse der letzten sieben Jahre ohnehin geschehen ist. Ich erkläre also offen, daß ich nach wie vor eine solche politische Vereinigung für unausführbar halte.

„Wir sind aber nicht bloß wegen einer solchen vermuteten, hier dargestellten Vereinigung angegriffen, es ist auch gesagt worden: wie können wir liberalen Männer mit den konservativen Parteien in den Reichstag wählen, der nachher gebraucht und gemißbraucht wird für Tabak- und Branntweinmonopol und für alle möglichen Rückwärtsbewegungen in der Verfassung. Ich halte diese Ausführungen mehr für taktisch als für ernstgemeint, aber es kann doch nicht schaden, wenn ich hier konstatiere, daß *für das aufgeworfene Projekt von Tabak- und Branntweinmonopol und von Rückwärtsredigierung in der Verfassung unter den Nationalliberalen der Provinz Hannover keine Zustimmung zu finden ist.*

„Nun haben die nach links stehenden Parteien natürlich auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um uns wieder alle möglichen Vorwürfe zu machen: daß wir uns blind dem Willen der Reichsregierung unterwerfen, daß wir die Verfassung, die Gesetze und konstitutionellen Freiheiten wie schon so oft wieder zu verraten im Begriffe seien. Dieser Vorwurf wird ja bei jeder Gelegenheit wiederholt, er ist schon so abgenutzt, daß er einen ernsthaften Eindruck nicht mehr machen kann, und ich möchte sagen, daß dem Volke die Geschichte der letzten fünfzehn Jahre in ihren wichtigsten Zügen nicht unbekannt geblieben sein wird, so daß ihm ein solches Geschrei doch allmählich lächerlich erscheinen muß. Was sollen wir denn verraten? Wir sollen das verraten, was wir in der Verfassung, in den großen Gesetzen in dem Reiche und in Preußen *gegen die Stimmen der Links*-

stehenden ins Leben gerufen haben auf der Grundlage von Verständigungen mit den Konservativen und der Regierung. Die da rufen, daß wir dies verraten, sind diejenigen, welche damals alles aufgeboten haben, in jedem Augenblick die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die Verfassung des Deutschen Reiches, die Justizgesetze, die großen Selbstverwaltungsgesetze in Preußen mit Verwaltungsgerichtsbarkeit und der weitgreifenden Mitwirkung der Laien aus dem Grunde zu verhindern, weil nicht alle ihre Forderungen gewährt wurden und von der Regierung nach ihrer Auffassung nicht gewährt werden konnten. Die allein berufenen Wächter der Gesetze wollen jetzt diejenigen sein, gegen deren Widerspruch jene ins Leben gerufen sind, und wir sollen das verraten, was wir selbst geschaffen haben!"

Am andern Tage bekannte auch Bismarck in einer Rede im Abgeordnetenhause, die ersichtlich auf den Gedankengang Bennigsens Bezug nahm, sich zu derselben Auffassung. Auch er wies den Gedanken des Tabaksmonopols und der Abänderung des Wahlrechts weit von sich, und auch er erläuterte die Bedeutung der prinzipiellen Konzession von 1874, über die hinaus die Regierung sich nicht drängen zu lassen fest entschlossen sei: „Darin beruht der große Unterschied für unsre innere Politik zwischen Septennat und Triennat; es ist die Frage: Soll unsre Verfassung flüssig und zweifelhaft bleiben oder soll sie durch feste Tradition im Wege der Kompromisse sich einleben und im friedlichen gegenseitigen Einverständnis weitergebildet werden?"

Bennigsen an Miquel.

Hannover, den 5. Februar 1887.

Laß Dich nur nicht irritieren durch die Schimpfereien der „Frankfurter Zeitung". Wenn diese Leute in so unverschämter Weise gegen Dich loslegen und in so belustigender Weise mich auf Deine Kosten loben, so geschieht das doch offenbar nur, weil sie fürchten, daß Dein Auftreten in Süddeutschland sehr wirksam sein wird und der gemeinsamen Obstruktion schädlich.

Hast Du Dir in Süddeutschland einen genügend sicheren Wahlbezirk verschaffen lassen? Bleibt ein ernster Zweifel bis Mitte nächstfolgender Woche übrig, so wird Böttcher Dir Waldeck abtreten müssen. In dem kleinen Waldeck muß die Sache in vier bis fünf Tagen, wenn es dringlich wird, also etwa vom 16. auf 21. Februar, noch zu machen sein. An Böttchers eventueller Bereitwilligkeit ist doch sicher kein Zweifel. Ich bin sonst natürlich gern bereit, ihm noch zu schreiben. Ebenso bitte ich, mich zu benachrichtigen, mir auch die Adressen, zwei, eine liberale und eine konservative würden wohl angemessen sein, ein-

tretendenfalls zeitig anzugeben, an die ich dann schreiben oder telegraphieren soll nach Waldeck. In dieser Hinsicht teile ich Dir schon jetzt mit, daß ich heute über acht Tage, Sonnabend, den 12., in meinen Wahlkreis, den achtzehnten (Bremer Geest, Stade, Bremervörde, Osterholz) reise und in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, 15./16., zurückkomme. Einen sicheren hannoverschen Wahlbezirk kann ich Dir nicht mehr überweisen. Gut wären verschiedene gewesen, wenn Du Dich früher für Norddeutschland entschieden hättest. Für sicher halte ich nur den einen friesischen (Emden), der nächstbeste ist Hildesheim, der drittbeste der mir angewiesene. Struckmann in Hildesheim geben die Hildesheimer aber sehr ungern auf. Die Friesen kennst Du ja! Mir haben die am 25. hier Anwesenden den Bezirk nicht angeboten, obwohl sie dazu, wie ich erfahren, den Auftrag hatten. Im ganzen sind übrigens unsre Freunde in der Provinz Hannover tätiger als das letztemal. Ich halte den Gewinn von drei bis vier Sitzen für wohl möglich. Die katholische Geistlichkeit hatte schon vor der heutigen Publikation an verschiedenen Stellen erklärt, daß sie die welfischen Gegner des Septennats nicht mehr so wie früher unterstützen würde. Uebrigens, fürchte ich, wird der Preis, den Bismarck für die päpstliche Hilfe zahlt, sehr hoch sein.

*

Die Erregung des Wahlkampfes war durch die nahe und bedrohliche Möglichkeit eines Krieges auf das höchste angestachelt. Auch Bennigsen war von diesen Gefahren tief ergriffen. Er schrieb am Tage, an dem er von seiner Wahlreise zurückkehrte, an seinen Schwager, der darauf brannte, trotz der Folgen einer schweren Verwundung von 1870/71 ein Regiment vor dem Feinde zu führen: „Frau und Kinder eines Soldaten können und sollen hierüber im Grunde auch nicht anders denken, so groß auch die Sorge ist, wenn der Mann und Vater in den Krieg zieht. Dieser zweite Krieg mit Frankreich über Elsaß-Lothringen ist und bleibt eine geschichtliche Notwendigkeit. Nur nachdem derselbe siegreich durchgeführt ist, wird der deutsche Nationalstaat dauernd gesichert sein. Auch Annas und meine Gedanken sind ernst genug bei der Aussicht, vier unsrer Söhne aussenden zu müssen. Gottlob ist aber Anna weit ruhiger im ganzen, als ich wohl glaubte."[1])

Das Ergebnis der Wahlen — etwa 100 Nationalliberale, 80 Konservative, 41 Freikonservative — verschob das Schwergewicht des Reichstages mit einem Schlage weiter nach rechts hinüber, als es jemals gelegen hatte. Immerhin war Bennigsen der Führer der stärksten Partei des Reichstages.

[1]) Bennigsen an seinen Schwager, Oberst von Müller, 16. Februar 1887.

Unter den günstigsten Aussichten trat er in die zweite Periode seiner parlamentarischen Tätigkeit ein, in das Jahrzehnt von 1887 bis 1898, das zwar an historischer Bedeutung nicht an die erste Periode heranreicht, aber an politischen Verdiensten darum nicht ärmer ist. Die Fortentwicklung der mittelparteilichen Kartellpolitik sollte allerdings nicht so sehr durch die inneren Verhältnisse der Parteien selbst im Reichstage bestimmt werden, sondern durch große und tragische Ereignisse, die an der Spitze des Reiches in den Trägern der Macht eine Umwälzung nach der andern brachten.

Es mochte zu den geheimsten Hintergedanken Bismarcks gehört haben, durch die Zertrümmerung der ihm entgegenstehenden Opposition, namentlich der Deutschfreisinnigen, einen seiner Politik homogenen Reichstag auch für denjenigen Fall zu gewinnen, der bei den neunzig Jahren des greisen Kaisers immer näher heranrückte: für den Fall eines Thronwechsels sich in der Volksvertretung einen sicheren Rückhalt seiner Macht zu schaffen. Das war ihm gelungen. Da wollte es das Schicksal, daß die Erkrankung des Kronprinzen die Wahrscheinlichkeit eines zweiten Thronwechsels, womöglich gar des Todes des Thronerben vor seinem Vater, plötzlich in die nächste Nähe rückte.

Wenn man weiß, wie dieser Fürst seit einem Menschenalter die Hoffnung der Liberalen gewesen war, die mit ihm einer Generation und eines politischen Ursprungs waren, so begreift man, welcher Schicksalsschlag sein tragisches Ende für sie werden mußte: nicht nur für die kleinen und gemeinen Fraktionsinteressen, die sich von jeher geschäftig an den Erben herangedrängt hatten und noch das Lager des Sterbenden umwogten, sondern auch für die Gesamtheit der Staats- und Gesellschaftsideale, die in der liberalen Generation des Kronprinzen ihre Verkörperung gefunden hatten, in jenem höheren Sinne, in dem Gustav Freytag[1]) hernach schrieb, daß mit dem Tode Friedrich Wilhelms den Deutschen die Ergänzungsfarbe zu dem Wesen seines Vaters ausgefallen sei; eine Ergänzungsfarbe, die vielem, was diese Biographie auf ihrem wechselnden Gange begleitet hat, innerlichst verwandt war: „Denn von diesen Einwirkungen und von anderm, was von 1848 bis 1864 auf deutschem Grunde erblüht war, bewahrte die Seele des Kronprinzen wie die seiner meisten Altersgenossen Inhalt und Farbe, die ihm eigenartig waren, ungleich dem Wesen seines Vaters und ungleich den maßgebenden Neigungen im Gemüt seines Sohnes, der seit der Kaiserzeit unter dem Helm erwachsen war."

Bennigsen war einst in den sechziger und siebziger Jahren dem Kron-

---

[1]) Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone, S. 78 f.

prinzen näher getreten, doch hatte er nicht zu denen gehört, die sichtlich auf die Aera Friedrich Wilhelms rechneten, er war vielleicht — es fehlt an näheren Nachrichten — ihm ein wenig entfremdet worden, je mehr er von dem alten Liberalismus an die Politik Bismarcks heranrückte. Aber das Schicksal des Kronprinzen traf doch auch einen Liberalismus, wie er ihn verkörperte. Schon in den Tagen, als die vielberufene und dann aufgegebene Operation stattfinden sollte, schrieb er am 23. Mai 1887 vertraulich an seine Frau: „Mit dem Kronprinzen steht es ganz schlimm. Der deutsche Spezialarzt erklärt, es sei Kehlkopfkrebs, eine — freilich lebensgefährliche — Operation unmittelbar notwendig, andernfalls wäre ein Erstickungstod zu besorgen. Der Engländer zweifelt noch, ob Krebs anzunehmen, und war gestern noch gegen eine so gefährliche Operation. Kaiser und Kronprinzessin sind durch Bismarck unterrichtet. Der Kronprinz selbst soll die volle Größe der Gefahr noch nicht kennen. Bleibt der Kronprinz am Leben, so bezweifeln doch sämtliche Aerzte, ob er seine Stimme jemals so weit wieder gewinnt, daß sie für ein militärisches Kommando oder eine Staatsaktion: Verlesung von Thronreden, Empfang von Botschaftern u. s. w. ausreichen würde. Das Geschick dieses Prinzen ist ein wahrhaft tragisches."

Mehr und mehr trat vor der Rücksicht auf den kommenden Wechsel alle Parteipolitik in den Parlamenten zurück. „Ich hoffe," schrieb Miquel seinem Freunde am 11. November, „daß Du die Leitung in die Hand nimmst und daß der Etat und die Verlängerung der Legislaturperiode rasch erledigt wird. In der Kornzollfrage müssen wir durchaus Freiheit geben, wenn auch offenbar die große Mehrheit der Partei ablehnen wird. Man muß sich um so mehr hüten, in der Diskussion zu schroff aufzutreten und die Landwirte zu verletzen. Welchen traurigen Ereignissen und gewaltigen Veränderungen gehen wir durch die Krankheit des Kronprinzen entgegen! Da heißt es vor allem alle nationalen Kräfte zusammenzuhalten."

Auch die Weiterentwicklung des Kartells wurde schon bald durch den Schatten bestimmt, den die Gestalt des dritten Kaisers vorauswarf. Es begann bei Lebzeiten des alten Kaisers und seines schwerkranken Sohnes der Kampf um die Persönlichkeit des jungen Erben, der noch ein unbeschriebenes Blatt war, der Kampf um den Einfluß in der Zukunft. Bezeichnend dafür war die Versammlung im Hause des Generals Grafen Waldersee am 28. November 1887 für die Begründung eines „Evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins zur Bekämpfung der religiös-sittlichen Notstände in Berlin", in der der junge Prinz Wilhelm selbst mit seiner Gemahlin erschien und das Wort ergriff, worauf Stöcker die Darlegung der kirchlichen Bedürfnisse übernahm. Dieser Versuch, die Persönlich-

keit des Thronerben in den Bannkreis sehr ausgesprochener kirchlich-politischer Parteimänner einzufangen, wurde von denen, die die Gefährlichkeit dieses Beginnens erkannten, noch rechtzeitig vereitelt. Man beschloß, die Mitarbeit auf alle diejenigen Gruppen auszudehnen, die der politischen Koalition des Kartells angehörten; man machte Stöcker unschädlich, indem man dem Aufruf eine Fassung gab, die „jeden Verdacht einseitiger kirchlicher oder politischer Parteinahme ausschloß", an die Spitze Männer berief, die „in der evangelischen Gemeinde ein unbestrittenes, durch hervorragende Teilnahme an der Parteiagitation nicht getrübtes Vertrauen genießen", und die Wirksamkeit des Vereins nicht auf Berlin beschränkte, sondern auch über andre größere Städte der Monarchie ausdehnte.[1] Unter dem Zeichen dieser mittelparteilichen Umbiegung eines auf ausschließliche Eroberung des Thronerben gerichteten Planes traten auch Bennigsen und Miquel dem Aufrufe bei.[2]

Bennigsen an seinen Schwager Oberst von Müller.

Hannover, 10. Januar 1888.

Daß das Jahr 1888 friedlich verläuft, halte ich nicht für wahrscheinlich, trotz der äußersten Anstrengungen Bismarcks und der Friedensliebe sowie des Friedensbedürfnisses des alten Kaisers. Eine meiner Ansicht nach sehr große Gefahr liegt auch in den zerrütteten Finanzverhältnissen Rußlands, welches europäisches Geld nicht entbehren kann, aber unter den jetzigen Verhältnissen keines mehr erhält, namentlich nicht von Frankreich, trotz aller Bemühungen, wegen eignen Mangels und vorsichtiger Behandlung von Geldangelegenheiten. Da die russischen Anleihen meistens im Auslande, leider in größten Beträgen insbesondere in Deutschland untergebracht sind, würde eine Bankrotterklärung während oder nach dem Kriege für Rußland sogar vorteihaft erscheinen können. Für Deutschland liegt in unsrer militärischen Rüstung und in den bestehenden Bündnissen kein Grund, nicht loszuschlagen, wohl aber in den persönlichen Verhältnissen des Hohenzollernhauses. Es müßte doch sehr peinlich sein, wenn bei dem großen Kriege gegen

[1] Nach einer (unter den Papieren Bennigsens befindlichen) „Aufzeichnung über die Walderseeversammlung" von R. von Benda.

[2] Miquel an Bennigsen, o. D.: „Die fragliche Sache hat eine eigentümliche Wendung genommen. Herr von Mirbach (Kammerherr, durchaus objektiv) wird morgen zehn Uhr zu Dir kommen. Stöcker ist gar nicht im Komitee — bisher nur Beyschlag, Propst Brückner, beide Mittelpartei — und Mirbach bilden das Komitee. An dieses werden die Gelder abgeführt. Der Prinz legt den höchsten Wert auf unsern Beitritt. Bitte erwäge die Sache wohl. Stengel, Zedlitz u. s. w. unterschreiben auch. Wenn Du Dich entschließt, kannst Du mich auch unterzeichnen."

Frankreich und Rußland der König von Sachsen — wie es beabsichtigt ist, und zwar angeblich im Osten — das eine große Heer kommandiert, und kein hohenzollernscher Prinz vorhanden ist für das andre große Kommando. Zwar glaube ich gern, daß der Kronprinz beim Ausbruch des Krieges und einem Gesundheitszustande wie derzeit kaum zurückzuhalten sein wird; das würde aber doch das Ende voraussichtlich sehr beschleunigen. Vielleicht für ihn persönlich der glücklichste Ausgang, wenn er doch einmal rettungslos verloren ist, wie die Berliner Aerzte noch immer mit Bestimmtheit behaupten sollen. Freilich hat mir Graf Münster kürzlich in einem Briefe aus San Remo die verschiedentlich auftauchenden Gerüchte bestätigt, wonach die kronprinzliche Familie, Umgebung und Aerzte, auch Mr. Mackenzie, seit den letzten Wochen wirkliche Zweifel hegen, ob die Krankheit der Krebs sei und die Heilung ausgeschlossen.

In acht Tagen muß ich wieder in Berlin sein, wo, wenn wir nicht durch das Kriegsgetümmel frühzeitig auseinander getrieben werden, die zweite Hälfte der Session voraussichtlich nicht immer so erfreulich verlaufen wird als der Anfang. Mit der Kreuzzeitungspartei, welche nun einmal nichts als die wüsteste Reaktion in Staat und Kirche im Kopf hat, und daher à tout prix mit den Ultramontanen sich zu verbinden sucht, ist leider kein Friede zu halten.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 7. März 1888.

. . . Alles wird aber noch dadurch in Frage gestellt werden können, weil der Kaiser im Augenblick *sehr* krank ist. Heute vormittag war er von den Aerzten bereits aufgegeben. Er lag in tiefer Lethargie, die Aerzte waren der Meinung, daß der Tod unmittelbar bevorstehe. Nach vier Stunden ist er wieder erwacht, geistig klar gewesen, hat gesprochen, etwas Bouillon mit Ei gegessen, Oeffnung gehabt, ist aber sehr schwach. Die Möglichkeit einer nochmaligen Erholung der Kräfte soll im Momente, abends $8\frac{1}{2}$ Uhr — der Kriegsminister kam soeben aus dem Palais in die Budgetkommission — noch nicht vollständig ausgeschlossen sein. Die nahe Todesgefahr ist heute mittag so groß erschienen, daß die großherzoglichen Herrschaften aus Karlsruhe mit Extrazug hierher abgereist sind. Bismarck hat heute mittag den Grafen Radolinski, Hofmarschall des Kronprinzen, telegraphisch von der großen Gefahr, für den Kronprinzen, Mitteilung gemacht und sich zugleich die Befehle des Kronprinzen für den Fall des Todes erbeten wegen der Art der Führung der Regierung und der Regierungsgeschäfte. Der Kriegsminister, welcher anscheinend übrigens diese letztere Tatsache nicht kannte, konnte mir nicht angeben, ob ein Antworttelegramm aus San Remo eingetroffen sei.

Bennigsen an Fürst Bismarck.

Hannover, 30. März 1888.

Euer Durchlaucht

danke ich verbindlichst für die große Freundlichkeit, mit welcher Sie mir sofort von der mir gewordenen hohen Auszeichnung Mitteilung gemacht haben. Dadurch, daß Seine Majestät bei der gnädigen Verleihung des Ordens [1]) insbesondere meiner Tätigkeit für unsre nationale Entwicklung gedacht hat, mußte die ehrenvolle Auszeichnung für mich um so höheren Wert erhalten. Daß es mir vergönnt gewesen ist, nach meinen schwachen Kräften bei der Vorbereitung und Befestigung alles des Großen mitwirken zu können, was das Haus der Hohenzollern und Sie, hochverehrtester Fürst, für Deutschland geschaffen haben, wird mir stets eine große Freude und Genugtuung sein.

Seiner Majestät möchte ich gern meinen ehrfurchtsvollen und innigen Dank für die mir erzeigte Gnade ausdrücken. Da ich nicht weiß, ob ein direktes Schreiben an Seine Majestät passend sein würde, wage ich es, an Ihr mir so oft bewiesenes Wohlwollen zu appellieren, indem ich Sie ersuche, sich gelegentlich eines Vortrages bei Seiner Majestät freundlichst zum Dolmetscher meiner lebhaften und untertänigen Dankgefühle zu machen.

Gestatten Eure Durchlaucht noch, meine aufrichtigen Glückwünsche zu dem unmittelbar bevorstehenden Geburtstagsfeste ausdrücken zu dürfen. Je ernster die Zeiten sind, in welchen wir leben und denen Deutschland in der Zukunft entgegengehen wird, um so stärker drängt sich mir wie jedem deutschen Patrioten der Wunsch auf, daß dieser Tag Sie noch viele Jahre an der Spitze der politischen Geschäfte finden wird, welche Sie für Deutschlands Heil so lange Zeit durch alle Gefahren siegreich geführt haben.

In alter Verehrung verharre ich als Eurer Durchlaucht aufrichtigst ergebener

R. v. Bennigsen.

*

Unmittelbar hernach wurde Bismarck durch die Battenberg-Episode veranlaßt, auch Bennigsen zu den vielen Helfern heranzuholen, deren er bedurfte. Nachdem er am 4. April sein Entlassungsgesuch eingereicht hatte, erbat er sich gleich darauf unter einem Vorwande den Besuch des Führers der Nationalliberalen. [2])

---

[1]) Kaiser Friedrich hatte unmittelbar nach seinem Regierungsantritt Bennigsen den Roten Adlerorden 1. Klasse verliehen.

[2]) Die „Post“ meldet am 9. April: „Es wird uns mitgeteilt, daß Herr von Bennigsen heute gegen Mittag sich nach dem Reichskanzlerpalais begeben

Fürst Bismarck an Bennigsen.

Berlin, 6. April 1888.

Verehrter Freund,

Ich verfüge über Bestände, welche ich zu Gunsten der Ueberschwemmten in Hannover verwenden möchte. Da dieselben sofort flüssig gemacht werden können, so würden sie sich eignen, den Geschädigten die erste nothwendige Hülfe zu bringen, wie solche, soweit ich aus den Zeitungsberichten ersehen kann, am dringendsten in Bleckede und Neuhaus Noth thut. Ich erlaube mir Sie zu bitten, entweder mir die Ehre Ihres Besuches zu erzeigen, um wegen der Uebermittelung der Gelder Rücksprache mit mir zu nehmen, oder mir zu schreiben, ob Sie bereit sind, die Verwendung allein zu übernehmen, und ich Ihnen die Bestände übersenden darf.

der Ihrige

v Bismarck.

Miquel an Bennigsen.

Frankfurt, Sonntags [15. April].

Deine Mitteilungen waren für mich von höchstem Interesse. Man sah mit Sorge der Entwicklung der Dinge entgegen. Ich freute mich, daß Du zu Bismarck gingest. Es tut not, ihn in solchen Momenten zu beruhigen und zu stärken. Nach allem, was ich auch von seinem Sohn höre, würde er solcher Aufregungen nicht mehr viele ertragen können. Wir können uns glücklich schätzen, daß anscheinend wenigstens der Sturm definitiv vorüber ist. Wenn Bismarck über eine Schürzenaffäre stürzte, welche Ironie des Schicksals! Die Fortschrittler haben sich gründlich blamiert und höfisch in einer Weise kompromittiert, welche ich

---

und dasselbe gegen 2½ Uhr wieder verlassen hat." Ueber die Lösung der Krisis teilt ein Bericht von Koebner an Bennigsen vom 10. April mit: „Heute nachmittag hat im hiesigen Kaiserlichen Palais von vier bis sechs Uhr eine Unterredung zwischen der Kaiserin und dem Kanzler stattgefunden. Der Großherzog von Baden soll sie veranlaßt haben. Die Tatsache, daß die Unterredung stattfinden werde, wurde mir eine Stunde vorher mit der Motivierung mitgeteilt, es solle eine Verständigung auf der Basis des Verzichtes der Kaiserin auf die Battenbergische Heirat gegen Apanagierung jeder der drei Prinzessinnen mit zwei Millionen Mark unter Mithilfe des Kanzlers gesucht werden. Dies würde also das Zurückkommen der Kaiserin auf die auch von Ihnen mir gegenüber erwähnten Anerbietungen Bismarcks bedeuten. Von andrer Seite weiß ich, daß es dem Kaiser erheblich schlechter geht (einer seiner Aerzte hat sich heute vormittag sehr besorgt geäußert); die Vermutung liegt nahe, daß dieser Umstand den ‚harten Sinn' der hohen Damen erweicht hat. Indes, daß es zu einer Verständigung gekommen, ist eben nur eine Vermutung auf Grund der Tatsache der Unterredung ... Roggenbachs Anwesenheit war gestern schon offiziell im Hofbericht erwähnt."

nicht für möglich gehalten hätte. Trotzdem ist mir immer klarer geworden, daß nach immer näher kommendem Thronwechsel dem jungen Kaiser große Schwierigkeiten entstehen und eine Masse von Forderungen, Aspirationen u. s. w. auf ihn einstürmen werden, welche die politische Lage im Innern ganz anders gestalten können. Ich habe das Gefühl, daß wir einer Periode sehr bewegten politischen Lebens entgegengehen und daß es große Anstrengungen kosten wird, die Bewegung in den richtigen Grenzen zu halten. Wir werden, fürchte ich, davon schon einiges bei den nächsten Wahlen spüren. Sollte übrigens die Fortschrittspartei dabei in den östlichen Provinzen etwas gestärkt werden, so wäre das kein großes Unglück. Morgen besucht mich der alte Stosch. Er wird Nachrichten von Roggenbach haben. Könntest Du nicht einmal, etwa zu Pfingsten, herüberkommen?[1]) Oechelhäuser wird dann auch wohl am Rhein sitzen. Es steht immer bei mir ein Zimmer für Dich offen. Man hat doch viel zu besprechen, namentlich auch das Programm zu den nächsten Landtagswahlen.

Fr[ankfurt], 5. Mai [1888].

St[osch] wußte, als er hier war, von Roggenbach noch nicht viel — derselbe war auch in Berlin. Ueber die Stimmung des Nachfolgers wußte er Günstiges zu berichten — doch glaubte er nicht, daß ein festes sachliches Programm schon vorhanden sei. Er wollte die großen Schwierigkeiten für den jungen Herrn, die Notwendigkeit einer Beruhigung der liberalen Elemente durch unzweideutige Kundgebungen, das Klarwerden über ein bestimmtes Reformprogramm lebhaft an geeigneter Stelle zum Bewußtsein bringen — ich habe seitdem nicht erfahren, ob dies ausgeführt ist.

*

Unmittelbar nach dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. wurde das Ringen der Parteien auf das höchste angespannt. Die extremen Konservativen setzten unter Führung von Rauchhaupt, Stöcker und Hammerstein alles daran, die Person des Kaisers gleich von Anbeginn seiner Regierung an mit ihren Parteizielen zu identifizieren, das

[1]) Ob diese Besprechung zustande kam, ist mir unbekannt. Bennigsen erwiderte am 29. Juli 1895 auf eine Anfrage des Chefredakteurs Tippel in Schweidnitz, daß die Nachricht der „Neuen Züricher Zeitung", „ich habe mit den Herren von Roggenbach, von Friedberg und Geffcken an einer Konferenz auf dem Gute des Generals von Stosch zur Erörterung der Haltung gegenüber dem Fürsten Bismarck für den Fall des Thronwechsels teilgenommen, eine reine Erfindung ist". Vermutlich bezog sich die irrtümliche Nachricht auf die Besprechung bei Stosch im August 1885, über die man Näheres bei Samwer, Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach, S. 150 ff., findet.

Kartell zu sprengen und Bismarck aus der Macht zu entfernen. Um so mehr beschloß Bismarck an der Kartellpolitik festzuhalten und, da die Wahlen zum Abgeordnetenhause bevorstanden, Bennigsen zum Wiedereintritt in den Landtag und zur Führung der Kartellmehrheit zu bestimmen.[1] Der Kaiser glaubte noch einen Schritt weiter gehen zu sollen, um sein Festhalten an der politischen Situation, die Bismarck im Januar 1887 geschaffen hatte, vor aller Welt zu bekunden. Es war eine seiner ersten Regierungshandlungen, daß er aus eigenster Initiative sich entschloß, Bennigsen zum Oberpräsidenten von Hannover zu berufen, unter bereitwilliger Mitwirkung des Reichskanzlers, der allerdings seinen Plan, Bennigsen für den Landtag zurückzugewinnen, dadurch gestört sehen mußte. Am 31. Juli 1888 war der Kaiser von seiner Besuchsreise an den nordischen Höfen in Friedrichsruh eingetroffen; unmittelbar nach seiner Abreise, am andern Tage, berief Bismarck den

---

[1]) W. von Kardorff-Wabnitz an Bennigsen, 14. August 1888: „Lassen Sie mich den Landtagswahlen gegenüber Ihnen nochmals die Bitte aussprechen, die Leitung der nationalliberalen Partei im Abgeordnetenhause wieder zu übernehmen. Es liegt das nicht allein in Ihrem Parteiinteresse, sondern im allseitigen vaterländischen Interesse. Der bisherige Zustand, in welchem (ohne den Herren N. N. zu nahe treten zu wollen) die Fraktionsleitung, auch nach dem Urteile meiner den Nationalliberalen sehr nahestehenden politischen Freunde, wiederholt viel zu wünschen übriggelassen hat, birgt eine sehr ernste Gefahr für unsre ganze zukünftige Entwicklung in sich, namentlich angesichts der neuen Aera unter dem jungen Kaiser. Geheimrat von Rottenburg teilt mir noch kürzlich im Auftrage des Reichskanzlers mit, daß dieser mich dringend ersuchen lasse, in meinen Bemühungen, Herrn von Helldorf und Sie zur Uebernahme des Abgeordnetenmandates zu bereden, nicht nachzulassen. Die bisherigen Zustände, wo die Rauchhauptschen Intrigen freies Spiel gehabt haben, wegen der unzureichenden Parteileitung der Deutschkonservativen, eröffnen Windthorst-Richter wieder ganz ungeahnte Perspektiven, wenn nicht Abgeordnete Ihrer Partei sich diesen Intrigen gewachsen zeigen, wie dies mein Freund Zedlitz meines Erachtens mit besserem Erfolge getan hat als Ihre Herren. Verzeihen Sie meine Zudringlichkeit, mit der ich Ihnen dies nochmals ans Herz lege — aber es sind weder persönliche noch Fraktionsinteressen, die mich treiben, sondern die viel größeren unsrer gesamten vaterländischen Zukunft." Bennigsen erhielt den Brief erst viel später. Er schrieb noch, bevor er ihn gelesen, am 18. August an seine Frau aus Marienbad: „Was Herr von Kardorff will, weiß ich übrigens schon aus den Zeitungen. Er hat mich in der ‚Post' öffentlich aufgefordert, wieder in das Abgeordnetenhaus einzutreten, ebenso Herrn von Helldorf, Führer der Konservativen im Reichstage. Grund dafür, daß zwischen uns beiden eine Verständigung über schwebende Fragen leicht herbeigeführt werden würde, welche in den letzten Jahren im Abgeordnetenhause unter den Konservativen und Nationalliberalen verschiedentlich vermißt worden ist. Daß ich jetzt weniger als jemals in das Abgeordnetenhaus mich wählen lassen kann, wirst Du übrigens begreiflich finden."

nationalliberalen Parteiführer zu sich, um die vom Kaiser ihm angetragene Uebernahme des Oberpräsidiums der Provinz Hannover mit ihm zu besprechen.

Fürst Bismarck an Bennigsen.

Friedrichsruh, 1. August 1888.

Verehrter Freund,

über die Behandlung des Pressestreites in betreff des Kartells würde ich gern eine Besprechung mit Ihnen haben, und Ihnen deshalb sehr dankbar sein, wenn Sie mich in diesen Tagen mit Ihrem Besuche hier in Friedrichsruh beehren wollten. Wenn Sie Zeit und Neigung haben, meiner Bitte stattzugeben, so gewärtige ich bezüglich des Tages Ihre Bestimmung und würde mich herzlich freuen, Sie hier zu sehen.

Der Ihrige

v Bismarck.

Bennigsen an Miquel.

Marienbad, 30. August 1888.

Ich habe sehr bedauert, daß Du wegen Einführung Deines Sohnes in Hagenau nicht in Walluf sein konntest. Ich hätte Dir sonst mündlich — sub sigillo — Motiv der Einladung nach Friedrichsruh und Inhalt der dortigen Besprechung mitgeteilt, was ich schriftlich bis dahin nicht füglich konnte, da es sich um eigne Entschließungen des Kaisers handelte, deren Ausführung noch verschiedene Wochen erfordernde Verhandlungen mit Danzig und Hannover notwendig machte.

Bismarck, welcher mich unmittelbar nach der Abreise des Kaisers von Friedrichsruh zu einer Besprechung über innere Angelegenheiten eingeladen hatte, überraschte mich, als ich vier Tage später — wegen Operation eines Blutgeschwürs — hinkommen konnte, durch die Eröffnung, der Kaiser habe den bestimmten Wunsch, und zwar aus eigner Initiative ohne die geringste Anregung seinerseits geäußert, einen Nationalliberalen und speziell mich zum Oberpräsidenten von Hannover zu machen. Ueber Motive und Absichten des Kaisers: starke Verstimmung über das Auftreten Rauchhaupts und der Extremkonservativen,[1]) insbesondere den erneuerten Versuch, uns in Hannover

[1]) Der Führer der konservativen Landtagsfraktion von Rauchhaupt berichtet in einem Briefe an den Freiherrn von Hammerstein, den Chefredakteur der „Kreuzzeitung", vom 19. August 1888 (mitgeteilt bei Hans Leuß, Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Berlin 1905, S. 72 f.) nach Mitteilungen des früheren Ministers von Puttkamer und nach eignen Eindrücken: „Ich glaube nicht, daß der Kaiser schon jetzt auch im Innern eine von Bismarck unabhängige Politik treiben wird. Bismarck setzt dagegen sein Geschäft fort. Bennigsen mehrere Tage in Friedrichsruh. Da hat man sich nicht bloß von den

konservative Kandidaten entgegenzustellen, Wunsch eines Zusammengehens der ruhigen konservativen und liberalen Elemente als fester Stütze für die Regierung, Näheres gelegentlich mündlich. Ich erwiderte Bismarck, daß ich meine jetzige Stellung ungern aufgebe, nicht sicher übersehen könne, inwieweit meine bisherige Tätigkeit im Reichstage auf die Dauer mit der Stellung eines Oberpräsidenten vereinbar sei, und schlug ihm vor, der Kaiser möge, wenn er einen Nationalliberalen zum hannoverschen Oberpräsidenten machen wolle, Dich nehmen, der Du ein ganz hervorragender Verwaltungsbeamter seiest und mit den hannoverschen Verhältnissen aus Deinen früheren Stellungen sehr vertraut. Als Bismarck mir darauf erwiderte, Du habest doch keine so große Autorität in der Provinz Hannover als ich in meiner bisherigen Stellung, auch habe nun einmal der Kaiser gerade auf mich sein Augenmerk gerichtet, und wir noch eine Weile über die Sache hin und her geredet hatten, erbat ich mir Bedenkzeit bis zum nächsten Vormittag.

Am folgenden Morgen habe ich dann erklärt, obwohl mir meine jetzige Stellung sehr lieb sei, ich auch — trotz Bismarcks Aeußerungen am Tage zuvor — wegen einer dauernden Vereinbarkeit des neuen Amtes mit meiner Tätigkeit im Reichstage Zweifel hege, so glaube ich doch den aus so erfreulichen politischen Motiven und Absichten, welche weit über meine Person hinausgehen, hervorgegangenen bestimmten Wünschen des jungen Herrschers nicht entgegentreten zu dürfen. Aus allen Aeußerungen Bismarcks während meines zweitägigen Aufenthalts in Friedrichsruh glaube ich die Ueberzeugung entnehmen zu können, daß nicht allein der Kanzler, sondern auch der junge Kaiser weit entfernt sind, sich auf extreme Konservative und deren Tendenzen, speziell deren verrücktes Projekt, in einer Verbindung von Konservativen und Zentrum die Grundlage für die Regierung in Preußen und Deutschland herzustellen, stützen oder solche Treibereien fördern zu wollen. Es wird alles für eine regelmäßige und glückliche Entwicklung in Deutschland und Preußen darauf ankommen, daß der willenskräftige Kaiser in den guten oder günstigen Absichten, welche er hegt, und der Verfolgung der beabsichtigten Bahn befestigt wird. Dazu in der geeigneten Weise mitzuwirken, wird vor allem auch die Aufgabe unsrer Partei sein. Wenn es mir irgend möglich ist, komme ich am 7. nach

---

Wahlen unterhalten. Puttkamer hatte ganz andre Dinge gehört, von denen ich schweigen muß. Von Ministerposten ist aber nicht die Rede. Jetzt wird sogar Kardorff herangezogen, und er muß Helldorf an meine Stelle empfehlen. Helldorf-Bennigsen als Führer des Abgeordnetenhauses würden allerdings wohl Bismarck keine Unbequemlichkeiten machen."

Berlin. Am 3. ist meine Kur hier beendet, und am 5. bin ich wieder in Hannover. Die Mitteilung über meine erfolgte Ernennung zum Oberpräsidenten erhielt ich gestern abend gleichzeitig durch ein Telegramm Bismarcks und durch ein sehr gnädiges, von Hannover mir nachtelegraphiertes Telegramm des Kaisers.

Bennigsen an seine Frau.

Marienbad, 31. August 1888.

Voraussichtlich werde ich gleich nach Berlin müssen wegen Besprechung mit dem Minister über meinen Dienstantritt — wobei ich die Pensionsfrage auch zur Erledigung anregen werde —, und einer Audienz beim Kaiser in Potsdam. Aus der Zeitung habe ich gesehen, daß der pensionierte Oberpräsident von Ernsthausen in Danzig am 10. September aus dem Dienste scheidet, es ist immerhin möglich, daß der Minister wünscht, bis dahin den Wechsel in Hannover sowohl wie in Danzig zur Ausführung gebracht zu sehen. Da Euch der Inhalt der Telegramme des Kaisers und des Kanzlers vielleicht interessiert, schreibe ich dieselben, welche ich aufheben möchte, ab: Das Telegramm des Kaisers Wilhelm II. lautete: „Ich habe Sie heute zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover ernannt. Ich freue mich, Ihnen dadurch den Ausdruck meines besonderen Vertrauens und Königlichen Wohlwollens bezeugen zu können. Wilhelm." Das Telegramm des Fürsten Bismarck: „Eurer Exzellenz wird es von Interesse sein zu erfahren, daß Seine Majestät der Kaiser und König mir soeben telegraphisch mitgeteilt, Ihre Ernennung zum Oberpräsidenten von Hannover sei erfolgt und habe Seine Majestät Eurer Exzellenz dadurch einen Beweis des Allerhöchsten Vertrauens und eine Anerkennung Ihrer bisherigen Wirksamkeit geben wollen. von Bismarck."

Miquel an Bennigsen.

Frankfurt, 29. August 1888.

Soeben erfahre ich durch den „Staatsanzeiger" Deine Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover. Von ganzem Herzen beglückwünsche ich Dich zu Deinem Entschlusse, der, wie ich sicher überzeugt bin, auch der Sache, welcher wir gemeinsam seit dreißig Jahren gedient haben, einen großen Vorschub leisten wird.

Frankfurt, 1. September 1888.

Ich schrieb Dir schon nach der Publikation im „Staatsanzeiger" einen kurzen Glückwunsch nach Hannover, wo ich Dich glaubte, bevor

ich Deinen Brief empfangen hatte. Wiederholen kann ich nur, daß Du nach meiner Ueberzeugung durchaus richtig gehandelt, gar nicht anders handeln konntest. Ich zweifle nicht, daß unsre Ideen dadurch einen großen Vorschub erhalten und ihr schließliches Durchdringen einen festen Stützpunkt unter unserm jungen Kaiser gefunden hat. Es ist hoffentlich ein erster starker Schritt vorwärts. Ich kann mir denken, daß das Aufgeben Deiner bisherigen Tätigkeit Dir sehr schwer geworden ist, aber die neue Stellung in der Heimatprovinz ist durch die Erfahrungen aus der ersteren doppelt gestützt. Die Presse und namentlich die Partei hat Deine Ernennung sehr gut aufgenommen. Hier und da ist sogar eine gewisse Befriedigung in der Fortschrittspartei hervorgetreten, freilich wohl auch ein wenig in der Hoffnung, daß sie nun die einzige nichtgouvernementale liberale Partei werde.

Unsre Aufgabe wird sein, diese übrigens sehr geringe Gefahr zu verhüten. Zu diesem Behuf ist es gut, daß Du im Reichstage bleibst und daß Du jedenfalls, wenn irgend möglich, nach Berlin kommst. Ich habe den unter den gegenwärtigen Verhältnissen recht schwierigen Wahlaufruf verfaßt und ein Programm hineingewoben unter sorgfältiger Berücksichtigung aller Seiten und werde das unmaßgebliche Opus in Berlin vorlegen.

Also auf baldiges Wiedersehen und rüstiges Weiterschwimmen!

Graf Münster an Bennigsen.

Derneburg, 31. August 1888.

Ich kann es nicht unterlassen, der Provinz und Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihrer Ernennung zum Oberpräsidenten unsrer heimatlichen Provinz auszusprechen. Daß es Ihnen recht ist, nehme ich an, denn sonst würden Sie die Stellung nicht angenommen haben. Daß Sie als Landesdirektor ausscheiden, würde ich sehr bedauern, wenn ich nicht wüßte, daß Sie in Ihrer Stellung der Provinzialverwaltung auch nützlich und gewogen bleiben werden. Wir werden wohl noch in diesem Herbste im Provinziallandtage zusammentreten müssen, um Ihren Nachfolger zu wählen, und ist mir noch unklar, wer am besten zu Ihrem Nachfolger passen und wer die Majorität des Landtages erlangen wird.

Miquel an Bennigsen.

Ganz vertraulich.

Frankfurt, Mitte Februar 1890.

Ich habe nach erheblichem Schwanken den Oberpräsidenten der Rheinprovinz abgelehnt. Einziges Motiv: die Partei und ihre populäre

Stellung gerade jetzt bei der herrschenden Krisis und der Linksströmung. Dem Kaiser habe ich dieses Motiv persönlich entwickelt. Es war mir sehr leid, daß ich mich mit niemand besprechen konnte, namentlich nicht mit Dir. Abgemacht. Die Zustände sind zwischen den beiden ganz unhaltbar und müssen bald brechen. Die Minister auf der Seite des Höchsten, aber zwischen zwei Feuern, fast verzweifelt und völlig ratlos. Der Höchste bewährt sich nach allen Richtungen.

Bennigsen an Miquel.

Hannover, 18. Februar 1890.

Am 26. werde ich zum Staatsrat nicht kommen. Meine frühere Ernennung gilt als erloschen — ebenso wie bei Caprivi —, da Oberpräsidenten und kommandierende Generale kraft ihres Amtes Mitglieder sind, eigentlich freilich in partibus infidelium, nur wenn sie in Berlin gerade anwesend sind, d. h. speziell aufgefordert werden. Dieses Mal ist das, aus bewegenden Gründen, für Westfalen und Schlesien geschehen, aber im übrigen, soviel ich weiß, nicht.

Daß Du den Oberpräsidenten im Rheinland ausgeschlagen hast, halte ich nicht für richtig. Oeffentlich würde durch Deine Ernennung die Neigung des Kaisers, auch mit Liberalen zu verwalten, von neuem bestätigt sein. Auch sind trotz der heutigen Konfusion Anzeichen für einen baldigen Umschlag ins Reaktionäre nicht vorhanden. Ein Regierungsexperiment, gestützt auf Konservative und Zentrum, ist für Preußen und Deutschland lebensgefährlich, heutzutage mehr als jemals. Dahin kann der Kaiser höchstens nach Jahren gedrängt werden, wenn andre mögliche Kombinationen Fiasko gemacht haben oder gar keine Regierungsmehrheit weiter ergeben sollten.

Es tat mir sehr leid, neulich vor meiner Abreise nicht mehr mit Dir im Kaiserhof essen zu können. Ich war gerade 1 1/2 Stunden bei Bismarck — lediglich auf dessen Wunsch — gewesen. Schriftlich läßt sich darüber nicht viel sagen. Lange hält's ihn nicht mehr! Die Macht behielte er freilich gern, glaubt auch mit vollem Recht in der großen Politik Deutschlands noch große Dienste leisten zu können wie kein andrer. Aber mit guten Manieren und auf die Dauer dem jungen, von berechtigtem Selbstgefühl und Tatendrang beseelten Kaiser ein genügend freies Feld größerer Tätigkeit zu überlassen, das scheint doch contra naturam zu sein. Bleibt doch selbst bei einer vollständigen Scheidung zwischen dem Reich und Preußen für den Kanzler, was ich insbesondere wegen der Zukunft für politisch sehr gefährlich halte, immer noch die für den alten selbstherrlichen Kanzler mit seinem historisch entwickelten

Schwergewicht kaum lange durchführbare Aufgabe, dem jungen Herrscher nicht fortwährend als Last und Mentor zu erscheinen.[1])

Um Dein Referat bist Du nicht gerade zu beneiden, so interessant der Auftrag ist. Die Gegner haben Deine Wahl anscheinend noch mit Wohlwollen, selbst Anerkennung aufgenommen. Kontrollieren werden Referent und Korreferent in ihren Auffassungen und Anträgen sich sicherlich sehr ausreichend.

Hier sieht es mit den Wahlen ganz unsicher aus, überall in der Provinz vier Kandidaten und, wenn ein Welfe oder Freisinniger in die Stichwahl kommt mit den Nationalen, ein Zusammengehen der drei andern gegen uns sicher. Nur bei der Stichwahl mit dem Sozialdemokraten werden die Welfen, insbesondere die Bauern, die Ordre der Mächte nicht voll respektieren.

Von dem Beginn des politischen Lebens Bennigsens an sind allgemein deutsche und hannoversche Dinge in steter Wechselwirkung miteinander verflochten. Auch als nach dem Untergang des Staates

[1]) Am 19. Februar berichtete der Vertreter der „Kölnischen Zeitung", Dr. Fischer, an Bennigsen: „Eine längere Unterredung, die ich gestern mit dem Fürstreichskanzler gehabt hatte, läßt es mir unzweifelhaft erscheinen, daß ein tiefer Riß zwischen ihm und Seiner Majestät eingetreten ist. Er erklärte, daß er das Vertrauen Seiner Majestät verloren, daß Seine Majestät sich nur von Unberufenen raten lasse, nicht aber von den dazu berufenen, seinen Ministern. Er, Seine Majestät, könne nur gehorsame Minister gebrauchen, Offiziere, und dazu könne sich der Fürst nicht hergeben. Es handle sich nicht bloß um die Arbeiterschutzfrage, in der sich der Kaiser auf einer sehr schiefen Ebene befinde und die ihn nur zu einem Arbeiterzwangsgesetz, zur Verhinderung der Arbeiter am Verdienen, führen werde. Es handle sich vielmehr um die ganze Stellung des Kaisers zu seinen Ratgebern. Er, Bismarck, sei für Reibungen zu alt, und er müsse jetzt von seinen Aemtern zurücktreten. Er habe ursprünglich am Tage der Wahl zurücktreten wollen, um diese nicht zu stören. Aber er habe jetzt dem Kaiser zugesagt, daß er noch die Reichstagseröffnung mitmachen und insbesondere dabei für die neuen Militärforderungen eintreten wolle. Dann aber werde er unbedingt zurücktreten; der Monat Mai werde ihn nicht mehr im Dienst sehen. Ich habe das Mannigfaltigste versucht, um Seine Durchlaucht von diesem Gedanken abzubringen. Aber je mehr Einwendungen ich erhob, um so mehr sah ich, wie sehr er sich schon alle Einzelfragen zurechtgelegt hat und wie verbittert er vor allem ist. Er hatte sich eine ganze Hofkamarilla gegen sich konstruiert, die Hintzpeter, Schottmüller, Heyden, die Boediker und Lohmann sollten welfischen Einfluß ausüben! u. s. w.; ich führe diese Einzelheiten an, damit Euer Exzellenz danach um so besser die jetzige Stimmung zu erkennen vermögen. Auch Geheimrat von Rottenburg glaubt an einen baldigen Abgang und rüstet sich zu gleichem. Der Fürst hat sich sogar — was mir freilich nur unter strengstem Stillschweigen verraten worden ist — seine Pensionsansprüche feststellen lassen."

Hannover sich das Schwergewicht seines Wirkens in die Reichspolitik und in zweiter Linie die preußische Politik verschob, blieb doch ein guter Teil seiner außerparlamentarischen Tätigkeit seiner Heimatprovinz erhalten. Seit seiner Wahl zum Landesdirektor im November 1868 stand er an der Spitze der provinziellen Selbstverwaltung, an deren Zustandekommen er, wie wir sahen, in entscheidender Weise mitgewirkt hatte; nach Ablauf der ersten Wahlperiode wurde er am 21. Oktober 1880 von neuem auf zwölf Jahre von dem Provinziallandtage zum Landesdirektor gewählt. Diese Tätigkeit, die wir über seinem Anteil an der deutschen Politik fast aus den Augen verloren, hat dazu beigetragen, daß Bennigsen auch als deutscher Politiker, als der er seine historische Stellung vornehmlich einnimmt, fest in dem hannoverschen Boden haften blieb, mit dem er durch seinen Namen und sein Wesen so eng verbunden war; und indem er hier mitten im praktischen Leben stand, wurde er davor bewahrt, ganz und gar in dem Parlamentarismus und der reinen politischen Doktrin aufzugehen. Hannover blieb der natürliche Nährboden für seine politischen Erfahrungen.

Einst, als Bennigsen sein Amt antrat, hatte auch er wohl die Hoffnung gehegt, daß das Schwergewicht des innerpolitischen Lebens Preußens fortan in die Provinzen verlegt werde und daß ein guter Teil davon nicht der Tätigkeit der Staatsorgane, sondern der provinziellen Selbstverwaltungsorgane zufallen möchte. In diesem Umfange hatten sich die Erwartungen der Liberalen auf eine politische Dezentralisation Preußens nicht erfüllen können. Immerhin aber hatte sich die Kompetenz dieser provinziellen Selbstverwaltung unter Leitung Bennigsens allmählich immer weiter ausgedehnt. Nach dem Gesetz von 1868 war die Dotation der Provinz in erster Linie bestimmt zur Unterstützung des Ausbaues der Landstraßen und Gemeindewege, zur Bildung eines Fonds für die Landesmeliorationen, daneben zur Unterhaltung der Irren-, Blinden-, Taubstummen- und ähnlichen Anstalten, zur Unterhaltung der Ständischen Bibliothek und zu Zuschüssen für Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen. Im Jahre 1871 wurde auf Grund des preußischen Ausführungsgesetzes vom 8. März 1871 zum Reichsgesetz vom 6. Juni 1870 die Verwaltung des Landarmenverbandes der Provinz überlassen; durch das Gesetz vom 8. Juli 1875 ging die Unterhaltung, Verwaltung und das Eigentum der Chausseen an die provinzielle Selbstverwaltung über, die in den Jahren 1869 bis 1886 den Umfang des Chausseenetzes verdoppelte; es folgte die Uebernahme von Hebammenlehranstalten und landwirtschaftlichen Schulen, von Wohltätigkeitsanstalten und Einrichtungen zur Zwangserziehung; sehr wichtig wurde gerade für die an Heiden und Mooren so reiche Pro-

vinz die Bildung eines Aufforstungsfonds und eines Aufforstungsdarlehensfonds. Genug, es entstand ein ausgedehntes Arbeitsgebiet der Selbstverwaltung, deren Etat in den letzten Jahren der Verwaltung Bennigsens mit etwa 5 Millionen Mark balancierte.[1])

In dieser Tätigkeit, die nur mit wenig Strichen hier angedeutet werden kann, blieb Bennigsen mit allen Teilen seiner Heimat in lebendiger Fühlung. Häufig genug sehnte er sich aus der aufreibenden Parlamentsarbeit in diesen ihn tief befriedigenden Wirkungskreis zurück; dankbar erkannte er stets an, daß die volle Wahrnehmung der Geschäfte des Landesdirektoriums ihm, bei seiner oft langdauernden Abwesenheit in Berlin, nur durch seine treuen Mitarbeiter, die Schatzräte Hugenberg († 1882) und Müller, ermöglicht wurde. In seinen Beziehungen zum Provinziallandtage wurde Bennigsen durch seine Freundschaft mit dem Grafen Münster unterstützt, der bis zum Jahre 1885 Landtagsmarschall und Vorsitzender des Provinzialausschusses war. Als durch das Gesetz vom 7. Mai 1884 die für die östlichen Provinzen bestehende Provinzialordnung mit einigen Aenderungen auch für Hannover eingeführt wurde, schied Münster, unzufrieden mit der Neuerung, aus. Er schrieb an Bennigsen: „Die Kreisordnung wird uns keine bessere Verwaltung bringen, als wir sie jetzt haben, und die Provinzialordnung sicher nur viel schlechtere Landtage und Ihnen viel größere Sorge und Mühe und vielleicht gar die Unmöglichkeit, die Verwaltung in der jetzigen guten und für die Provinz nützlichen Weise fortzuführen. Sie haben ganz recht, daß ich sehr ungern aus der Provinzialverwaltung ausscheide und mit dem Bewußtsein sie verlasse, ihr genützt, wenigstens mehr Schaden verhütet zu haben, wenn ich auch in meiner hiesigen Stellung nicht hätte Landtagsmarschall bleiben können, wenn ich nicht eine so tüchtige Kraft wie Sie an der Spitze des Landesdirektoriums gehabt hätte. Die bureaukratische Gleichmacherei in Preußen wird noch manches verderben und die größere, notwendige Entwicklung des Deutschen Reiches viel mehr stören als günstig für sie wirken."[2])

Im Provinziallandtage waren die regierungsfreundlichen Elemente bei weitem stärker als die welfischen Elemente; manchmal aber spielten die erregten politischen Gegensätze in die Verhandlungen hinüber, und der Wortführer der Welfen, der Oberappellationsgerichtsrat a. D. Ernst

---

[1]) Vgl. die Protokolle des Provinziallandtages von 1868 bis 1888. An einer zusammenfassenden Darstellung fehlt es noch. Die einzige Uebersicht bei R. Hartmann, Geschichte Hannovers von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart (Hannover 1886), S. 592—683: Geschichte Hannovers unter der provinzialständischen Verfassung und Verwaltung von 1867 bis auf die Gegenwart.

[2]) Graf Münster an Bennigsen, 9. März 1884.

von Lenthe, der einst mit Bennigsen zusammen in den hannoverschen Staatsdienst eingetreten war, ließ keine Gelegenheit zu einer Demonstration vorübergehen. Im Jahre 1876 beantragte einmal ein zur ultramontanen Partei gehöriger Bauer im Provinziallandtage, man möge den Landesdirektor, der im Abgeordnetenhause der Führer der nationalliberalen Partei sei, ersuchen, dem Kulturkampf ein Ende zu machen; Bennigsen erklärte kühl, das sei der Wunsch aller, aber eine solche Aufforderung würde zweckmäßiger an den Abgeordneten Windthorst gerichtet. Im ganzen aber trug die gemeinschaftliche Arbeit dazu bei, die Gegensätze zwischen Bennigsen und einem gemäßigten Teile der Welfen mit der Zeit zu mildern; die versöhnliche und sachliche Art Bennigsens schuf ihm auch in dem Lager der Gegner Vertrauen und Anerkennung; und als im Jahre 1888, nach seinem Abgang, der Freiherr von Hammerstein-Loxten, der im Jahre 1867 noch zum welfischen Protest gehört hatte, das Amt übernahm, erklärte er: „Der Entschluß, dieses Amt anzunehmen, ist mir nicht leicht geworden, weil es nicht leicht ist, der Nachfolger eines so hervorragenden Mannes, wie Herr von Bennigsen es gewesen ist, zu sein."

Aus dieser Stellung wurde Bennigsen im Herbst 1888 durch das Vertrauen des Kaisers zum Oberpräsidenten der Provinz berufen, in erster Linie aus Gründen der allgemeinen Staatspolitik. Als einige Jahre später ein Pressestreit über die Motive der Ernennung ausbrach, erklärte ein augenscheinlich bismarck-offiziöser Artikel der „Hamburger Nachrichten" ausdrücklich: „Herrn von Bennigsens Ernennung erfolgte, um das Verhältnis der hannoverschen Regierung zu den Nationalliberalen zu befestigen." So wurde die Ernennung im allgemeinen in der Presse als ein Beweis dafür aufgenommen, daß man in der inneren Politik gemäßigtliberale Bahnen innehalten würde. Die Spitzen der Verwaltung rekrutierten sich so ausschließlich aus einer einzigen politischen und gesellschaftlichen Sphäre, daß die Ernennung fast als eine Durchbrechung der normalen preußischen Tradition angesehen ward. Mochten die Blätter der Linken auch darauf hinweisen, daß die Uebernahme eines abhängigen Provinzialamtes den Verzicht auf eine selbständige politische Tätigkeit bedeute, Bennigsen war von vornherein entschlossen, diesen Verzicht nicht eintreten zu lassen, wie er Bismarck sofort erklärte; gleich in den ersten Jahren sollte er in einer ernsten Frage den Beweis liefern, daß er auch als Staatsbeamter ein unabhängiger Politiker zu bleiben gedenke.

Mit großer Erbitterung dagegen nahm der unversöhnliche Teil der Welfen die Ernennung Bennigsens zum Oberpräsidenten auf. Man hatte gar zu oft unter den eignen Anhängern die Mär verbreitet,

daß im Grunde auch der König von Preußen von Mißtrauen gegen Bennigsen erfüllt sei, und konnte es kaum verwinden, daß nun der (nach Bismarck) gehaßteste Gegner der Vertreter der Krone und der staatlichen Autorität sein solle. Bald entlud sich der Haß in einem wilden Ausbruch. Der Anlaß war, wie auch schon in früheren Fällen, die Angst, Bennigsen möchte noch zu höheren Stellungen berufen sein. Als in einer Zeitungsdiskussion über den zukünftigen Nachfolger Bismarcks im Januar 1889 in der „Weserzeitung" auch der Name Bennigsen genannt wurde, ließ sich das welfische Organ in Hannover am 24. Februar 1889 zu einer verleumderischen Denunziation des Mannes hinreißen, „der seine politische Karriere auf Landesverrat aufgebaut hat und nur durch den angestrebten und endlich herbeigeführten Sturz des angestammten Fürstenhauses zu seiner jetzigen Stellung emporgeklettert ist". Der Verfasser des Artikels war ein alter hannoverscher Staatsminister a. D., der sich nicht nannte, sondern den Redakteur, Rechtsanwalt von Dannenberg, die Verantwortung tragen ließ. Bennigsen, der seit mehr als zwanzig Jahren die Verleumdungen gelassen ertragen hatte, war es jetzt seiner Stellung schuldig, dieses Mal zur Klage zu schreiten. In dem Beleidigungsprozesse, in dem die Besprechung mit Bismarck am 14. Mai 1866 eingehend erörtert wurde, wurde von Dannenberg am 7. Juni 1889 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angriffe hörten seitdem nicht auf, aber sie bewegten sich in vorsichtigeren Formen.

Also von seinen alten Feinden bekämpft, hat Bennigsen doch in keinem Augenblick sich hinreißen lassen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Als Oberpräsident konnte er vielmehr in den nächsten Jahren entscheidend bei der längst von ihm beantragten Aufhebung der Beschlagnahme des Welfenfonds [1]) mitwirken und sich den Dank des ehemaligen Königshauses erwerben. [2])

---

[1]) Reichskanzler Graf Caprivi an Bennigsen, 3. Dezember 1891: „Im heutigen Immediatvortrage äußerte Seine Majestät: Herr von Hammerstein-Loxten habe bei der letzten Allerhöchsten Anwesenheit in Hannover in einer Seiner Majestät einleuchtenden Weise dargelegt, wie wünschenswert es sei und wie es zur Beruhigung der ganzen Provinz beitragen werde, wenn die Beschlagnahme des Welfenfonds zwar fortdaure, die Zinsen aber dem Herzog von Cumberland zurückgegeben würden. Er habe sich dabei auf den Landrat von Brünneck und den Major Graf Klinkowstroem berufen. Seine Majestät wollte meine Ansicht hören. Ich habe mir zunächst Bedenkzeit ausgebeten. Mein wesentlichstes Bedenken geht dahin, ob mit einer solchen halben Maßregel in der Tat die welfische Partei aufhören würde zu existieren oder wenigstens zu agitieren. Euer Exzellenz Ansicht hierüber mündlich oder schriftlich kennen zu lernen, würde mir von hohem Wert sein."

[2]) Siehe S. 135—150.

Ueber Bennigsens Tätigkeit als Oberpräsident in den Jahren 1888 bis 1897 soll an dieser Stelle nicht geurteilt werden. Der nach außen hin sichtbare Teil der Amtsführung ist ja wesentlich repräsentativer Natur, während über den eigentlichen politischen Teil es an Quellen fehlt. Seine Stellung machte ihn zum Vorgesetzten eines Beamtenkörpers, dessen überwiegend konservative Anschauungen von den seinen weit ablagen; aber jeder, der unter ihm Beamter gewesen ist, soweit mir Urteile bekannt geworden sind, hat seine Gerechtigkeit, Sachkenntnis und Milde zu rühmen gewußt.[1]) Es war Bennigsen eine besondere Freude, bald nach Antritt seines Amtes den Grafen Wilhelm Bismarck als Regierungspräsidenten in Hannover einzuführen; wie er bei dieser Gelegenheit dankbar des Reichsgründers gedachte, so bekundete der andre mit herzlichen Worten, was ihm die Arbeit unter einem so erprobten Mitarbeiter seines Vaters bedeute. Der folgende Regierungspräsident in Hannover,[2]) der später sein Nachfolger im Oberpräsidium wurde, schrieb nach Bennigsens Tode an dessen Sohn: „Ihr Herr Vater ist mir stets mit großem Wohlwollen und mit Nachsicht entgegengekommen, nicht nur in der Zeit, als ich unter ihm Regierungspräsident war, sondern auch nachher als sein Nachfolger. Besonders in der letzteren Stellung habe ich seine Hochherzigkeit und seine vornehme Gesinnung schätzen zu lernen wiederholt Gelegenheit gehabt, denn es mußte für ihn nicht leicht sein, in mir einen Nachfolger zu sehen, der politisch auf einem andern Standpunkt stand und demgemäß auch andre Grundsätze in der Verwaltung befolgte. Wir haben uns öfters hierüber ausgesprochen, aber immer sehr schnell verständigt, weil er alle kleinlichen Parteirücksichten beiseitezuschieben bestrebt war und nur die großen allgemeinen Ziele, welche die staatserhaltenden Parteien immer wieder zu vereinigen geeignet sind, im Auge behielt. — Durch diese Art, Politik zu treiben, ist es ihm ja auch von jeher gelungen, auf politischem Gebiet so Hervorragendes zu leisten und seinen Namen in der Geschichte des deutschen Volkes unsterblich zu machen."

[1]) Z. B. Graf Wilhelm Bismarck an Bennigsen, 12. März 1895.

[2]) Oberpräsident Graf Konstantin Stolberg an Gouverneur R. von Bennigsen, 20. August 1902.

Zweites Kapitel

Aus dem politischen Briefwechsel des letzten Jahrzehnts

1892 bis 1902

Es kann nicht die Aufgabe dieser Biographie sein, Bennigsens politische Tätigkeit auch in ihrem letzten Jahrzehnte zu verfolgen, in der Aera der Epigonen Bismarcks. Sie darf darauf verzichten, alle diejenigen Kämpfe wieder aufzurollen, in deren Mitte wir noch selber stehen: wie könnte sie festen Fuß fassen in allen diesen Dingen, die heute noch in lebendigem Flusse sind!

Es sind die Jahre, in denen die Persönlichkeit Bennigsens im Reichstage immer mehr als ehrwürdiger Zeuge einer großen Vergangenheit empfunden wurde und ein moralisches Gewicht gewann, das über die Bedeutung seiner seit 1890 von neuem zurückgegangenen und oft in ihrem Innern uneinigen Partei weit hinausreichte. Als man im Reichstage am 24. Februar 1892, fünfundzwanzig Jahre nach der Eröffnung des konstituierenden Reichstages des Norddeutschen Bundes, derjenigen gedachte, die seit jenem Tage noch immer dem Reichstage angehörten, war Bennigsen (neben ihm Bebel, von Forckenbeck, Graf Hompesch, Richter, Stumm, von Unruhe-Bomst) einer der wenigen, die für sich dieses Jubiläum mitfeiern konnten. Er verkörperte die Tradition mehr als ein andrer, und als er im Frühjahr 1898 sein Mandat niederlegte, empfand nicht nur seine Partei, die er dreißig Jahre lang geführt hatte, sondern auch das ganze Parlament, daß diese Lücke schwer auszufüllen sein würde.

Auch diese Jahre sind nicht arm an positiven parlamentarischen Verdiensten und Erfolgen. Der Tag, an dem Bennigsen sprach, war immer einer der großen Tage des Parlaments. Er hat noch öfter seinen Namen mit wichtigen Entscheidungen unsrer Geschichte verknüpfen dürfen, wie etwa bei seinem Angriff auf das preußische Volksschulgesetz im Jahre 1892; er hat auch die letzten, langsamer reifenden Früchte unsrer nationalen Einigung, wie die Vollendung unsrer Rechtseinheit im Bürgerlichen Gesetzbuch, noch selber brechen dürfen, in dem entscheidenden Kompromiß, den er darüber mit den alten Gegnern vom Zentrum schloß; er schied aus dem Parlamente mit einem glänzenden Eintreten für die deutsche Flotte und die Lebensbedingungen unsrer nationalen Zukunft. Bennigsen erlebte damals Jahre, die ihm befriedi-

gendere Erfolge brachten als etwa die Zeit von 1879 bis 1883. Trotzdem möchte ich es aussprechen, daß dieses letzte Jahrzehnt, auf der Höhe der Ehren und der Anerkennung, trotzdem schon jenseits der eigentlich historischen Periode seines Wirkens von 1867 bis 1883 liegt, in der sein Name ganz untrennbar mit jeder großen Wendung verknüpft ist — und auch darum dürfen wir von der Beschränkung, die wir ankündigten, Gebrauch machen.

Bennigsens parlamentarische Stellung war seit 1888 eigenartig genug: Führer einer Partei, die der Regierung unabhängig gegenüberstand und auch in diesem Zeitraum ihr in mehr als einer Frage Opposition machte, und zugleich ein hoher preußischer Verwaltungsbeamter, der nach der Tradition nur in enger Fühlung mit der Regierung leben, gewissermaßen Person und Willen des Monarchen und seiner nächsten Räte in der Provinz repräsentieren sollte. Nur eine Persönlichkeit von dem sicheren Takte und der vermittelnden Gewandtheit Bennigsens konnte diese Doppelstellung, ohne weder sich noch seinem Amte etwas zu vergeben, ein Jahrzehnt hindurch einhalten.

Die schwerste Probe wurde ihm gleich in den ersten Jahren auferlegt, als das Anfang 1892 im preußischen Landtage eingebrachte Volksschulgesetz des Kultusministers Grafen Zedlitz einen Sturm des Widerstandes unter den Liberalen erregte. Man mag zugeben, daß dieser Entwurf trotz alledem verbesserungsfähig war, man mag mit Hans Delbrück[1] zugeben, daß die Mitherrschaft der Kirche in der Schule, deren Konstituierung dem Entwurfe eignete und die ihn als Ganzes unannehmbar erscheinen ließ, auf einer Reihe von Einzelbestimmungen beruhte, die erst in ihrem Zusammenwirken diesen Effekt hatten, während die meisten einzelnen an sich wohl erträglich waren und in diesem oder jenem andern deutschen Staat ohne Beschwerde bestanden. Wenn trotzdem dieser unannehmbare Entwurf von den Liberalen als nicht einmal verbesserungsfähig bekämpft wurde, so trug die Vorstellung dazu bei, daß zum ersten Male das Zusammenwirken von Konservativen und Zentrum auf das geistig-kulturelle Gebiet erobernd hinübergriff. Allgemein empfand man das Gesetz, das eine Konzession an das Zentrum war, als politischen Vorläufer einer dauernden Konstellation, die längst von den Konservativen und dem Zentrum erstrebt ward; auch die Art und Weise, wie der Reichskanzler und der Kultusminister das Gesetz verteidigten, deutete in dieselbe Richtung und erfüllte die Gemüter mit den höchsten Besorgnissen. Die ersten Jahre der neuen Regierung schienen, nachdem die Kartellperiode abgelaufen war, einen Umschwung mit sich

---

[1]) Preußische Jahrbücher 69, S. 593.

zu bringen, der an Wöllners Religionsedikt erinnerte und eine Aera geistiger Reaktion eröffnete. Niemand geriet dabei in eine schwierigere Lage als die beiden nationalliberalen Führer, die jetzt zu den Räten und Vertrauensmännern der Krone gehörten. Während Miquel mit den oft erprobten Künsten des Lavierens durchzukommen hoffte, entschloß sich Bennigsen, in der geeigneten Stunde für seine Ueberzeugung sein Amt auf das Spiel zu setzen.

Miquel an Bennigsen.

Berlin, 1. Januar 1892.

Der Reichskanzler hat es Dir sehr übel genommen,[1]) daß Du nicht wenigstens über die Handelsverträge abgestimmt hast, und ich möchte daher raten, daß Du zu der Verhandlung über den Schweizer Vertrag erscheinst und womöglich einige allgemeine Bemerkungen zu der ganzen Handelspolitik machst, wenn dies Deinen Ansichten entspricht. Caprivi ist überhaupt auf die Nationalliberalen sehr schlecht zu sprechen. Das Schulgesetz wird, wenn überhaupt, gegen die Mittelparteien mit Rechte und Zentrum gemacht werden. Dies und manches andre macht meine eigne Stellung schwierig, und ich würde gern mit Dir beim Zusammentritt des Reichstages reden. Also bitte, wenn möglich, komme herüber.[2])

*

---

[1]) Die Beziehungen Bennigsens zu dem neuen Reichskanzler waren schon in der Zeit, wo Caprivi als kommandierender General in Hannover stand, nicht sehr freundlich, wie der folgende charakteristische Vorfall beweist. Einige Bemerkungen Bennigsens in der Budgetkommission des Reichstages über die Reformbedürftigkeit der Marine, die in die Presse übergingen, gaben dem General, der früher Marineminister gewesen war, im Jahre 1889 den Anlaß, dem amtlichen Vertreter des abwesenden Oberpräsidenten in Hannover offiziell zu erklären, „daß er in den referierten Aeußerungen Bennigsens einen öffentlichen Angriff auf seine frühere Amtstätigkeit sehe, welcher seine persönliche Stellung in Hannover beeinflussen könnte. Es habe ihn unangenehm berührt, daß der Angriff von demjenigen Oberpräsidenten ausgegangen sei, mit welchem kollegialisch zu arbeiten ihn sein Amt berufe. Durch ein etwaiges weiteres Vorgehen in dieser Richtung würde die Sache verschärft werden und es würde ihm zunächst nur erübrigen, den persönlichen Verkehr mit Bennigsen abzubrechen und sich auf das Dienstliche zurückzuziehen". Der Zwischenfall wurde beglichen.

[2]) Ueber Miquels Haltung zum Schulgesetz orientieren die Mitteilungen Sattlers an Bennigsen, 7. Januar 1892: „Miquels Stimmung war gestern abend bereits entschieden günstiger und erblickte er die verschiedenen Punkte in besserem Lichte. Einen Vortrag beim Kaiser über die Streitfrage glaubte er nicht verlangen zu sollen, weil darin eine Anklage gegen das Ministerium liege, dagegen hat er sich entschlossen, zu Caprivi zu gehen, um sich mit ihm auszusprechen und sein Entlassungsgesuch einzureichen, sobald er merkt, daß dieser ihn gerne los sein will. Bis heute mittag um drei Uhr hatte er jedoch noch

Bennigsen wäre, da er dem preußischen Abgeordnetenhause nicht angehörte, persönlich jeder Stellungnahme enthoben gewesen, die seinem Freunde Miquel als Mitglied des Ministeriums so schwer fiel. Trotzdem entschloß er sich, mit seiner Ueberzeugung nicht zurückzuhalten, sondern auf die Gefahr hin, daß er die Ungnade der Regierung auf sich lenkte und sein Amt aufgeben müßte, in dieser alle Liberalen bewegenden Frage seinen Mann zu stehen. Am 22. Januar 1892 ergriff er im Reichstage das Wort für die Handelsverträge, bei denen die Gesamtheit aller Liberalen für die Regierungsvorlage gegen einen Teil der Konservativen eintrat — also bei einer taktisch äußerst geschickt gewählten Gelegenheit —, und richtete eine ernste Mahnung zur Einigkeit an die liberalen Parteien. „Wir wissen alle, ich werde niemand die Schuld beimessen, daß der große entscheidende Einfluß, den das liberale Bürgertum in Stadt und Land lange Zeit hindurch vor und nach 1870 besessen und zur Geltung gebracht hat, dadurch wesentlich vermindert ist, daß es den liberalen Parteien nicht gelungen ist, sich über wirtschaftliche Streitigkeiten, seien es Schulmeinungen, seien es praktische Anschauungen und Gegensätze, soweit wenigstens zu verständigen, daß sie sozusagen dieses Gebiet einigermaßen neutral erklärt haben, um im übrigen den gemeinsamen politischen Boden aufrechterhalten zu können. Wenn nun infolge des Systems der Handelsverträge Zeiten kommen, in denen diese Gegensätze nicht notwendig so scharf mehr hervorzutreten brauchen, so würde das speziell für die weitere Entwicklung unsrer politischen Parteien, insbesondere der liberalen Parteien, vielleicht von sehr erheblichem und, wie ich glaube, keineswegs nachteiligem Einfluß sein. Es könnten Verhältnisse eintreten in unsrer inneren Entwicklung, die es wünschenswert, ja vielleicht notwendig machen werden, daß sich jetzt bekämpfende liberale Gruppen und Männer einander wieder näher treten aus Gründen gemeinsamer Kämpfe, welche

nicht zu diesem Besuche kommen können, und kann ich deshalb über die Entscheidung noch nichts mitteilen. Heute morgen hatte er über den Etat u. s. w. dem Kaiser Vortrag gehalten und keine Zeichen irgendeiner Verstimmung bemerkt. Nach meiner Vermutung wird die Unterredung mit Caprivi nicht zum Bruche führen, denn dieser muß sich doch auch sagen, daß Miquels Rücktritt ein ungeheures Aufsehen erregen würde. In einem Punkte war die Angabe über den Inhalt des Schulgesetzes zu ungünstig. Geistliche sind als solche nur zum Unterricht als Hauslehrer befähigt, zur Leitung einer Privatschule an Stelle der Volksschule bedarf es auch bei ihnen der Ablegung der Rektoratsprüfung." Berlin, 9. Januar 1892: „An neueren Nachrichten kann ich Eurer Exzellenz nur mitteilen, daß ich gestern abend wieder bei Miquel war, aber Herrn Dr. Koebner dort vorfand. Infolgedessen flüsterte mir Seine Exzellenz nur beim Fortgehen zu, die Sache sei vorläufig vertagt, doch habe eine Aussprache stattgefunden. Die gute Stimmung ließ auf einen günstigen Verlauf der Unterredung schließen."

nicht auf materiellem Boden liegen, sondern auf andern Gebieten, wo es sich um ideale Güter, nicht um materielle Interessen handelt. Es würde die von mir erwartete Entwicklung infolge der Handelsverträge und die daraus sich ergebende Mäßigung des Interessenkampfes zwischen Schutzzoll und Freihandel wohl dazu führen können, daß eine größere Annäherung zwischen liberalen Männern und Parteien wieder eintritt. Es würde das nach meiner Meinung, der ich selbst liberal stets gewesen bin und bleiben will, für die weitere Entwicklung nur förderlich sein. Das liberale Bürgertum in Stadt und Land, die liberalen Anschauungen haben einen Anspruch auf größere Geltung, als sie zurzeit besitzen. Das ist, wenn Sie es auch anfechten, meiner Meinung nach über allen Zweifel erhaben schon daraus abzunehmen, daß ein genialer konservativer Staatsmann, als er in der Lage war, die neuen Fundamente zu legen in Deutschland für Verfassung und Gesetzgebung, als wesentliche Bestandteile derselben die liberalen Grundsätze, welche übrigens das historisch erwachsene Gemeingut von ganz Westeuropa waren, nicht vermeiden konnte aufzunehmen, zunächst in seine Entschließungen und sodann in Verfassung und Gesetze."

Der mutige und freimütige Schritt erregte das höchste Aufsehen. Von den einen wurde er als ein mannhaftes Bekenntnis gepriesen, das der Verdienste Bennigsens um die liberale Sache seit den fünfziger Jahren würdig sei; von der andern Seite wurde dieses Auftreten eines hohen Verwaltungsbeamten als eine unerhörte Verletzung der altpreußischen Traditionen und Beamtenpflichten gebrandmarkt. Einige Monate später hat Bennigsen die Motive seines Handelns und seine Auffassung des Pflichtenkonflikts im Reichstage gegenüber einem Angriffe des Grafen Kanitz vom 26. März 1892 verteidigt: „Wenn Graf Kanitz mich auf meine abhängige Stellung als Beamter hinweisen will, so weiß ich nicht, wie er das mit seiner Auffassung von der Unabhängigkeit der Reichstagsmitglieder vereinbaren will. Haben doch auch Konservative das stets zu ihren pflichtmäßigen Aufgaben gerechnet, ihre unabhängige Ueberzeugung zu wahren, denn nicht bloß einzelne Interessen und einzelne Wahlkreise vertritt der Abgeordnete, er hat die Pflicht, das Wohl des Ganzen im Auge zu behalten, und es kann auch zu diesen Pflichten gehören, daß er auf Gefahren hinweist, von denen er glaubt, daß sie nahe bevorstehen. Ich möchte überhaupt annehmen, daß an andern Stellen das noch nicht für ein Unglück angesehen wird, wenn auch im Königreich Preußen es noch Beamte und hohe Beamte gibt, die trotz einer solchen Stellung es wagen, ihre eigne Meinung zu haben und dieselbe auszusprechen in solchen Fällen, wo sie glauben, daß das Aussprechen dieser Meinung einen Wert hat auch für die Höchst-

gestellten bis zur Krone hinauf, indem sie aufmerksam machen auf gefahrdrohende Entwicklungen, vor denen das Land noch bewahrt werden kann, die aber unvermeidlich über uns hereinbrechen müssen, wenn von denjenigen, die dafür eintreten sollen, niemand mehr wagt, den Mund aufzutun. Nach dieser Auffassung, die ich habe, nicht bloß von der Unabhängigkeit des Reichstagsabgeordneten, nein, auch von den Pflichten des Beamten, bereue ich durchaus nicht die Worte, die ich gesprochen habe; im Gegenteil, ich glaube, sie sind für unsre Entwicklung von Nutzen gewesen."

Diese Worte wurden gesprochen, als der Sturm über Bennigsens Reichstagsrede vom 22. Januar sich längst wieder gelegt hatte. Damals aber schäumte die „Kreuzzeitung" vor Wut, sie sah den Oberpräsidenten von Hannover von der Goldenen Internationale geschoben und erklärte, den Kultusminister bis zum Aeußersten stützen zu wollen. Am 28. Januar griffen die konservativen Führer Graf Limburg-Stirum und Freiherr von Hammerstein den Königlichen Oberpräsidenten an, der mit vollem Bewußtsein das Tischtuch zwischen sich und der Regierung zerschnitten habe, um eine schon lange von den Nationalliberalen beabsichtigte grundsätzliche Opposition, für die man in dem Volksschulgesetz den Eckstein gefunden habe, damit einzuleiten. Auf dieses Stichwort hin spottete der Kultusminister, er könne trotz „dieser rührenden Rütliszene im Reichstage" noch nicht an die neue Parteigruppierung glauben. Man mußte annehmen, daß die Regierung entschlossen war, den oppositionellen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen, und Bennigsen legte sich bereits die Frage vor, ob er einer solchen Aktion nicht durch sofortige Einreichung seines Entlassungsgesuches vorbeugen solle. So faßte auch ein mit fliegender Hast geschriebenes Billett Miquels, anscheinend von diesem Tage, die Situation auf: „Lies die heutige Rede des Kultusministers, in Gegenwart des Reichskanzlers gehalten." Noch am andern Tage holte der Reichskanzler selbst in der bekannten Rede, in der er Christentum und Atheismus miteinander ringen sah, zu einem Schlage aus: man wolle eine große liberale Partei gründen und benutze dazu das Schulgesetz, darum habe Bennigsen den Krieg erklärt; und auch die gegnerischen Zeitungen fuhren fort, von einer recht netten kleinen „Verschwörung" zu sprechen, an deren Spitze der Oberpräsident von Hannover stände. Schon erörterten die Zeitungen offen, daß Bennigsen und Miquel ihre Entlassung eingereicht hätten. Bennigsen galt als ein gestürzter Mann. Als er am 30. Januar in Hannover eine der offiziellen Ballfestlichkeiten abhielt, die zu seinen Repräsentationspflichten gehörten, war der größte Teil der amtlichen oder vorsichtigen Welt im letzten Augenblicke erkrankt oder

sonst verhindert, um jede Gemeinschaft mit dem Verschwörer auch in Dingen weltlicher Lust zu vermeiden und das Haus des in Ungnade Gefallenen recht sichtlich veröden zu helfen.

Aber an demselben Tage — während die Zeitungen bereits die Entlassung Miquels und Bennigsens für bevorstehend erklärten — begann die Stimmung zunächst in den höchsten Regionen umzuschlagen. Schon am 29. Januar meldete Miquel seinem Freunde: „Ich bitte Dich sehr, tue keinen Schritt, bevor Du nicht mit mir gesprochen hast. Ich habe wichtige Dinge mitzuteilen." Und am nächsten Tage erfuhr man durch Hinzpeter, die gestern mitgeteilten Auffassungen über das Schulgesetz würden nicht nur voll aufrecht gehalten, sondern wären jetzt noch schärfer ausgesprochen, „daher fassen wir die heutigen Reden im Abgeordnetenhause als ein Rückzugsgefecht auf". Als Bennigsen am 31. Januar nach Berlin zurückkehrte, fand er die Situation von Grund aus verändert. Der Kaiser hatte den Gründen der zahlreichen Gegner des Gesetzes nachgegeben, und er lieh auch Bennigsen selber sein Ohr.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 2. Februar 1892.

Mit Diskretion zu behandeln.

Da Du Dich so tapfer und mit so viel Gemütsruhe den Gerüchten gegenüber, welche meinen Abgang verkündeten, verhalten hast, beeile ich mich, Dir mitzuteilen, daß davon zurzeit gar nicht weiter die Rede zu sein braucht. Seitens der Regierung wird jetzt die Friedensschalmei in allen Tonarten geblasen. Das Volksschulgesetz kommt gar nicht oder doch nicht mit den Bestimmungen zustande, welche so viel Aergernis erregt haben.

Auf dem gestrigen Diner bei Herrn von Stephan waren Reichstagspräsidium, mehrere Minister, darunter Caprivi und Zedlitz u. s. w. Nicht allein Caprivi, sondern auch Zedlitz waren sehr artig gegen mich, Caprivi sowohl wie vorher schon Zedlitz tranken mir sogar zu, was in der Tat das Möglichste von Aufmerksamkeit gegen jemand ist, der von ihnen noch wenige Tage vorher ziemlich deutlich als ein Verschwörungen anstiftender Oberpräsident bezeichnet war.

Nach diesem Verhalten und auf den besonderen Wunsch von

---

[1]) Möller an Bennigsen, 30. Januar 1892. Am 31. Januar meldete ein freikonservativer Führer bereits: „Gestern wurde allseitig die Friedensschalmei geblasen. Majestät will sich nicht von den Nationalliberalen trennen. Miquel und Bennigsen bleiben, wie es scheint, und das Volksschulgesetz versumpft oder kommt mit den Nationalliberalen zustande. Die feste Stellungnahme der Freikonservativen war entscheidend."

Miquel — welcher sich übrigens in dieser ganzen Angelegenheit weder genügend vorausschauend noch fest und konsequent erwiesen hat — bin ich soeben zu Caprivi gegangen, habe mich mit ihm ganz offen ausgesprochen über die Bedeutung meines Auftretens, die fortzusetzende feste Opposition aller Liberalen und auch meiner Freunde gegen das Schulgesetz, aber ohne eine systematische Opposition im allgemeinen. Ich habe auch mein Amt als Oberpräsident vollständig zur Verfügung gestellt, falls er oder der Kaiser irgend wünschten, daß ich dasselbe niederlegen sollte. Er hat dies aber bestimmt zurückgewiesen auch nach der Unterredung, welche er zufällig unmittelbar vorher mit dem Kaiser über die Gesamtlage, auch über mich persönlich gehabt hatte. Das Ende vom Liede war, daß er mich, als ich mich empfahl, zu einem Diner auf morgen einlud, zu welchem der Kaiser sein Erscheinen zugesagt hat!

Im übrigen ist der Schaden, welcher durch die Einbringung des Schulgesetzes angerichtet ward, immer noch ein sehr großer; die Bewegung dagegen geht weiter, verliert aber hoffentlich von ihrer unnötigen persönlichen Schärfe. Da ein starker Druck von oben für das Gesetz, wie es ist, aber schwerlich erfolgen wird, ist es sehr wahrscheinlich zu den Toten zu legen!

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 5. Februar 1892.

Mit Diskretion zu gebrauchen.

Meinen Brief von vorgestern wirst Du erhalten haben. Die Lage hier ist fortgesetzt so, wie ich sie in demselben bezeichnet habe. Nur daß sich die Auffassung des Kaisers gegen die Untunlichkeit eines Durchdrückens des Volksschulgesetzes noch mehr befestigt hat. Der Gesetzentwurf kommt sicher so, wie er ist, nicht zustande, und für mich liegt kein Anlaß vor, meinen Abschied zu nehmen, was für Dich wohl das Wichtigste sein wird.

Namentlich auch nicht aus dem Verhalten des Kaisers gegen mich. Fast könnte ich glauben, daß er mir dankbar ist oder es nachträglich als richtig anerkennt — trotz ursprünglicher tadelnder Bemerkungen gegen Dritte über mich —, daß ich durch mein für einen Königlichen Oberpräsidenten allerdings sehr ungewöhnliches und gewagtes Auftreten im Reichstage (welches der Kaiser übrigens in keiner Weise im Gespräch berührt hat) die ganze Angelegenheit rasch zu einer Krisis und einer gewissen Klärung gebracht habe. Bei dem gestrigen Diner war er sehr freundlich und in seinen Mitteilungen und Meinungsäußerungen offen gegen mich. Als nach Aufheben der Tafel zunächst

längere Zeit Cercle gemacht ward, sprach der Kaiser zuerst mit zwei andern Herren (Graf Mirbach und Dr. Buhl) eine ganze Weile, darauf ging er direkt auf mich los, gab mir zunächst die Hand und unterhielt sich dann privatim mit mir, so daß es sonst niemand hören konnte, mindestens an zwanzig Minuten lang vor versammeltem parlamentarischem Kriegsvolk und Exzellenzen im Dienst. Dem Kanzler schien die Sache viel zu lange zu dauern, und machte er einen Versuch, den Kaiser zu bewegen, sich im Sofa niederzulassen. Dieser setzte aber, nachdem er einige freundliche Worte mit dem Kanzler gewechselt hatte, seine unterbrochene Unterredung — über das Schulgesetz — mit mir noch recht lange fort, bis er sich endlich mit wiederholtem kräftigem Händedruck entfernte, zu andern wandte und nachher noch anderthalb Stunden, auf dem Sofa Platz nehmend, mit einem großen Teil der Gesellschaft als Korona sich unterhielt und Bier trank. Die Unterredung des Kaisers mit mir betraf zuerst eine eingehende Erörterung über die Welfenangelegenheit und die darüber, wie Du weißt, zurzeit schwebenden Verhandlungen, sodann den Schulgesetzentwurf. Schriftliche Mitteilungen möchte ich darüber nicht machen. Der Kaiser sprach seine Meinung sehr offen aus, und ich habe auch kein Blatt vor den Mund genommen. Das Ergebnis der kaiserlichen Aeußerungen über den Schulgesetzentwurf im ganzen war so, daß ich jetzt aus eigner Wahrnehmung, nicht allein auf Grund bisheriger Mitteilungen auch der bestunterrichteten Leute, die feste Ueberzeugung gewonnen habe, dieser unselige Entwurf wird so, wie er ist, niemals Gesetz werden.

Briefe zur Vorgeschichte der preußischen Finanzreform.

Miquel an Bennigsen.

28. August 1890.

Seit meinem Dienstantritt stecke ich so in der Arbeit, daß ich wirklich nicht dazu kommen konnte, Dir zu antworten. Ich muß mich in ein ganz neues Ressort einarbeiten und daneben Steuerreformen ersinnen. Ich habe die Grundzüge jetzt dem Staatsministerium vorgelegt dahin:

1. Unifikation der Klassen- und Einkommensteuer.
2. Deklaration (mit dem Recht, sie auf die Angabe der tatsächlichen Unterlagen zu beschränken) für alle mit mehr als 3000 Mark Einkommen.
4. Ernennung der Kommissionsmitglieder (und des Präsidenten) durch die Regierung zum Teil.
5. Degression von 9500 Mark ab.

6. Gänzliche Umgestaltung der Gewerbesteuer nach dem Ertrag und dem Anlagekapital der Betriebe in vier Klassen ohne Rücksicht auf Betriebsarten und Abteilungen mit starker Entlastung der kleinen Gewerbe.
7. Wenn erreichbar, 1% Erbschaftssteuer von Des- und Aszendenten.
8. Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer mittels der Mehrerträge der Einkommensteuer und der Lex Huene, aber erst nach dem ersten Ergebnis der neuen Veranlagung, jedoch gesetzliche Sicherung dieses Verwendungszweckes.
9. Nach Durchführung der Reform der Staatssteuern — also Einkommensteuer vielleicht mit Erbschaftssteuer Hauptträger der direkten Staatssteuern, Abschiebung wenigstens eines großen Teils der Grund- und Gebäudesteuer, vorläufiges Bestehenbleiben der reformierten Gewerbesteuer — Reform der Kommunalsteuer wesentlich auf der Basis der Objektsteuern und der Einkommensteuer.

Ob ich durchkomme, scheint mir sehr zweifelhaft — wenn nicht, bin ich wieder in Frankfurt. Die freisinnige Partei nimmt schon eine ganz feindliche Haltung an, und der Rechten bin ich auch durchaus nicht sicher, obwohl dieser Plan wesentlich dem Grundbesitz und dem kleinen Einkommen zugute kommt, während der entgegengesetzte Weg: Beibehaltung der Objektsteuer, Ergänzung durch Kapitalrentensteuer, Einkommensteuer ergänzend demselben längst nicht so günstig und irrationell sein würde. Eine starke egoistische Opposition wird wohl in allen Parteien sein, aber es kann sein, daß die öffentliche Meinung doch für uns sein wird. Man muß es eben riskieren. Bisweilen gereut es mich, daß ich diese furchtbare Sache auf den Rücken genommen habe, aber jetzt muß es gehen oder nicht gehen.

Bennigsen an Miquel.

Hannover, 25. Juni 1892.

Mit bestem Dank sende ich Dir hierbei Denkschrift und Gesetzentwurf, die Steuerreform betreffend, zurück.[1])

Gelingt Dir die Durchführung Deines Plans, was ich nach dem glücklichen Verlauf des entscheidenden ersten Akts zuverlässig hoffe, so

[1]) Schon am 19. April 1892 schrieb Miquel an Bennigsen: „Ich sitze tief in der zweiten Periode der Steuerreform und habe große, durchgreifende Pläne. Der ‚Staatsanzeiger' wird bald über die Lage Orientierendes bringen, da ohne die Zustimmung der öffentlichen Meinung nichts zu machen ist. Ich fürchte aber, daß sie mir nur zur Hälfte folgen wird, so daß die andre Hälfte vorläufig ungetan bliebe."

wirst Du zweifellos in der preußischen Geschichte unter den Finanzministern in erster Reihe, wenn nicht als der vorderste dastehen. Dies ist einmal wirklich eine Arbeit aus dem Vollen, umfassend gerecht, finanziell vorteilhaft für Staat und Gemeinde.

Was Deine Rechnung zur Sicherung der bisherigen Staatseinnahmen anlangt, so wird Dir wohl eine Ansetzung von verfügbaren 70 bis 75 Millionen statt 60 bis 65 entgegengestellt werden können, am wenigsten allerdings von Herrn Richter, da dieser doch für die Zukunft eine Herabminderung der Reichsüberweisungen betreiben und erhoffen muß. Niemand kann es aber mit Recht dem preußischen Finanzminister verargen, wenn er in einem solchen Falle möglichst sicher rechnet. Das an rund 100 Millionen Fehlende durch eine Vermögenssteuer auf nutzbares Eigentum zu beschaffen, halte ich auch unter den wenigen überhaupt vorhandenen Möglichkeiten für den richtigen Weg, jedenfalls für rationeller und praktischer als eine Kapitalrentensteuer. Ich sollte auch meinen, daß in dem Zusammenhange des ganzen Plans diese eine Steuer, so schwierig es anfangs erscheinen mag, schließlich durchgedrückt werden kann. Die Ueberzeugung, daß hierdurch allein die ganze Reform erreicht wird, ist hoffentlich um so mehr durchschlagend, als sich im Lauf der Verhandlungen sicher herausstellen wird, daß bei halber Arbeit eine einigermaßen geeignete Ausgleichung unter den verschiedenen Interessen nicht herbeigeführt werden kann und das Scheitern der Reform als eines Ganzen sehr wohl für unabsehbare Zeit ein Stückwerk mit allen ihm anhaftenden Mängeln festlegen würde. Denn günstiger als die jetzige Zusammensetzung des Landtages wird sich schwerlich in der Zukunft eine finden für den definitiven Abschluß der Reform, deren erster Teil endlich mit so überwältigender Mehrheit unter Dach gebracht worden ist. Beiläufig wird sich bei den Beratungen über die Vermögenssteuer wohl zeigen, daß die Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften — ein recht häßlicher Klecks auf Deinem Gesetz — noch unerträglicher dasteht, wenn das gewerbliche Anlage- und Betriebskapital neu zur Vermögenssteuer herangezogen werden soll. In den verschiedenen und wechselnden Phasen der Beratung bleibt dir ja hier — es handelt sich ja wohl um eine Einnahme von 6 bis 7 Millionen — ein Objekt zum Nachgeben, wenn auch weniger an die politische Mehrheit des Abgeordnetenhauses als an deren Minderheit, was bei den voraussichtlich hin und her schwankenden Kombinationen gelegentlich auch von Nutzen sein kann.

Einen sehr guten Eindruck wird es machen, daß Du den Ertrag der Realsteuern nicht nach dem jetzigen oder irgendeinem andern, voraussichtlich ebenso anfechtbaren Maßstab überweisen willst, sondern

auf diese Steuern von Staats wegen verzichtest unter Uebertragung derselben an die Gemeinden als Steuerquellen, je nach dem lokalen und zeitlichen Bedürfnis. Durch diese neue ingeniöse Behandlung entgehst Du allerdings manchen gefährlichen Einwendungen wegen angeblicher Bevorzugung der reicheren und Benachteiligung der ärmeren Landstriche, dem Gegensatz des Ostens und Westens bei der bisher in Aussicht genommenen Verteilung des Steuererlöses. Entscheidend für eine Beschwichtigung und Ausgleichung der Interessengegensätze unter den verschiedenen Berufsklassen wird freilich die Gestaltung der Gemeindesteuervorlage sein, für deren demnächstige Mitteilung ich Dir dankbar sein würde. Der anscheinend sehr große Spielraum, welchen Du in Deiner Denkschrift für die Ausnutzung dieser Steuerquellen, sogar in ganz neuen Formen unter Ergänzung durch die Einkommensteuer in Aussicht nimmst, scheint mir insofern gefährlich zu sein, als die Ausbeutung der Gewalt durch die in den einzelnen Gemeinden momentan herrschenden Gruppen und der Interessenkampf um die Erlangung der Macht und Ausbeutungsmöglichkeit dadurch sehr gefördert werden können. Bis auf weitere Erfahrung würde ich eine wesentliche Einschränkung in der Beschlußfassung durch die Gemeindeorgane daher einem zu großen Spielraum vorziehen; zum Beispiel in der Art, daß alle Realsteuern nur zu dem gleichen Prozentsatze herangezogen werden dürfen, die Einkommensteuer ergänzungsweise pro maximo nur zu einem im Gesetz bezeichneten Prozentsatze und nicht höher, als der Prozentsatz für die Realsteuern von den Gemeindeorganen besteuert worden ist. Doch dies wird sich am besten im Zusammenhang der Vorschriften über das Gemeindesteuergesetz beurteilen lassen. Bei dem unzweifelhaften Zusammenhang von Kommunal- und Staatssteuergesetz in seinen Wirkungen, Möglichkeiten, Gefahren und Sicherungen für die verschiedenen Interessentengruppen wird aber zweifellos die Perspektive für die demnächstige praktische Handhabung des Gemeindesteuergesetzes im Landtage eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Die in der Denkschrift empfohlene Taktik, jedenfalls sämtliche Gesetze und den vollen Plan vorzulegen, ist gewiß die allein richtige, um im schlimmsten Fall vor den nächsten Wahlen doch zu irgendeinem Abschluß, wenn auch auf die Dauer sehr ungenügenden, zu kommen. Hoffentlich bleibt es aber nicht bei einem solchen Notbehelf und gelingt es Deiner in letzter Session bewiesenen bewährten Geschicklichkeit in der Behandlung der Parteien und der unvermeidlichen Zwischenfälle, die ganze Reform durchzuführen. Dann hat doch Dein Verbleiben im Amte auch einen Erfolg zu verzeichnen, den schwerlich ein andrer erreicht haben würde!

Schließlich bitte ich, mir zu gestatten, noch einen Punkt von einiger Bedeutung hervorzuheben, wo ich vorläufig Deine Auffassung nicht für richtig halten kann.

Die Frage der Ueberweisung der Realsteuern an die Eigentümer von Gütern, welche einen eignen Bezirk bilden, wird natürlich allerlei Lärm machen, obwohl die Gemeindelasten, zu deren Erleichterung die überwiesenen Realsteuern dienen sollen, bei diesen Gutsbesitzern auch regelmäßig in erheblichem Maße vorhanden sind und, wenigstens was Schul- und Wegelasten betrifft, in Zukunft noch wachsen werden.

Vermutlich im Zusammenhang mit diesen alten Bedenken, welche aber bei der geringen Zahl der Deutsch-Freisinnigen im Landtage, selbst falls diesen hierbei sich eine Anzahl Nationalliberaler aus dem Westen und den neuen Provinzen anschließen, für das Schicksal der Reformgesetze nicht entscheidend sein werden, hast Du die Zurückzahlung der Entschädigung für die Aufhebung der früheren Grundsteuerfreiheit in den alten und neuen Provinzen vorgeschlagen. Ich halte eine solche Maßregel, welche selbstverständlich bei den Konservativen u. s. w. im Abgeordnetenhause sowie im Herrenhause auf sehr entschiedenen Widerspruch stoßen wird, nicht für erforderlich, denn die Realsteuern sollen ja nicht aufgehoben, sondern den Gemeinden zur selbständigen Ausnutzung als hauptsächliche Steuerquelle überwiesen, von ihnen also zweifellos in weit höherem Maße als bisher zur Deckung der Gemeindebedürfnisse herangezogen werden. Vielleicht soll diese Maßregel in der Vorlage auch nur als demnächstiges Verhandlungsobjekt figurieren. — Auf alle Fälle mache ich aber darauf aufmerksam, daß die von Dir in Aussicht genommene Unterscheidung unter denjenigen, welche die Rückzahlung leisten sollen und welche nicht, sehr willkürlich und kaum durchführbar ist. Diejenigen sollen zahlen, welche persönlich oder deren Universalantezessoren die Entschädigung erhalten haben, wenn die Güter noch in derselben Familie sind. Ich sehe ab von letzterem für den Fall, daß Töchter mit dem Geld und Gut in andre Familien eingetreten sind. Die Präsumtion ist an sich eine willkürliche, daß gerade die Gutsbesitzer (in derselben Familie) die betreffenden Summen geerbt haben. In den einzelnen Familien wird über das Geld, wenn es nicht etwa formell einem Fideikommiß zugelegt ist, ganz verschieden disponiert sein. Ich persönlich — selbstverständlich will ich deshalb als Abgeordneter dem Gesetz keine Schwierigkeiten machen —, als Eigentümer des früher grundsteuerfreien Rittergutes in Bennigsen, habe die Entschädigungssumme nicht geerbt, weil mein Vater und mein Onkel ihren aus dem Lehnsverbande abgelösten Besitz seinerzeit in der Art geteilt haben, daß mein Vater das Rittergut Bennigsen ohne Ablösungskapitalien u. s. w.

erhielt und mein Onkel den sonstigen Grundbesitz und alle Ablösungskapitalien. Dies als Beispiel. Vielfach wird die Summe aufgebraucht oder auch Kindern als den Nachfolgern im Gut zugewendet sein.

Für Hannover habe ich sogar im Jahre 1859 gegenüber den doch nicht unerfahrenen Anwälten Müller-Verden und Lüders-Hannover bei einer Auseinandersetzung zwischen den Lehns- und Allodalerben in der von P.schen Familie im Kreise Lüchow mit Erfolg den Nachweis aus den Akten der hannoverschen Ersten Kammer geliefert, daß nicht ihre Klienten, die P.schen Lehnserben, sondern meine Auftraggeberinnen, die Allodialerbinnen, den Anspruch auf das noch vorhandene Entschädigungskapital für die Grundsteuer zu erheben hätten, und ist ihnen dieses Kapital bei der Vermögensteilung anstandslos ausgezahlt worden und nicht den Lehnserben. Einen Gegenbeweis gegen eine Präsumtion im Gesetz wird man den einzelnen doch nicht zulassen wollen, wie in einem Prozeß. Dann wird der Staat vielfach in seiner Anforderung als sehr unberechtigt erscheinen.

Miquel an Bennigsen.

B[erlin], 28. Juni [1892].

Ich bin sehr erfreut, daß Du meinen Plan billigst, wie wir ja seit vierzig Jahren in allen großen Fragen in merkwürdiger Uebereinstimmung gewesen sind.

Im Landtage ist eine Mehrheit meiner Ansicht nach vorhanden, die Führer aller Parteien, selbst Mitglieder der freisinnigen Partei, haben sich für den ganzen Plan mir gegenüber ausgesprochen, der allein eine wirkliche Reform enthält, während die einfache Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer eine Dotation ist, welche dem Staate 37 1/2 Millionen nimmt und in den Gemeinden verpufft. Die große Schwierigkeit liegt im Ministerium. Der Minister des Innern, kleiner Bureaukrat, ist der heftigste Gegner, andre scheuen vor der Größe der Reform zurück — kurz, ich kann dort sehr wohl unterliegen — in nächster Woche ist die Entscheidung —, da bin ich entschlossen, einen Lappen (?) von einer Reform nicht vorzulegen. Beschließt das Ministerium so, dann werde ich meine Entlassung nehmen, zumal ich überzeugt bin, daß der Landtag den kargen Bissen nicht schlucken wird. In diesem Fall würde die Frage eine Wahlfrage und das Land in Verwirrung stürzen.

Was machst Du im Sommer? Wenn ich im Amt bleibe, so werde ich wohl im August nach Harzburg gehen, um den Arbeiten näher zu bleiben. Es wäre nett, wenn ich Dich dort treffen könnte. Unser alter

Freund Planck aß gestern bei mir, er ist von einer unglaublichen Frische und hofft sicher, das Bürgerliche Gesetzbuch fertig zu machen.

Das Kommunalsteuergesetz werde ich Dir nächstens schicken. Der Kaiser hat sich noch nicht entschieden, ob die große Militärvorlage in diesem Jahre kommen soll.

Briefe zur Geschichte der Handelsverträge 1892/93.

Oechelhäuser an Bennigsen.

Dessau, 2. Januar 1892.

Ergreifen Sie nicht bald wieder mit fester Hand die Zügel und geben der nationalliberalen Partei Halt und Richtungslinien, so geht sie unter und — verdient ihren Untergang. Ein Mann von Kautschuk an der Spitze, wenn Sie nicht da sind; die Wetterfahne der „Kölnischen Zeitung" — auch die „Nationalliberale Korrespondenz" hetzt wieder einmal gegen die Verträge — als Organ der Majorität; jede Frage aus der Froschperspektive des pfälzischen Bauern und ihrer in sklavischer Abhängigkeit von ihren Wählern verharrenden Abgeordneten betrachtet; jeder höheren Gesichtspunkte in ihrer Stellung zu den großen vorliegenden Aufgaben wie zur jetzigen Reichsregierung ermangelnd — so hat sich unsre Partei in den letzten Zeiten entwickelt. Ihr Verhalten in der Frage der Handelsverträge war mehr als schwach und kleinlich. Die extremen Junker mögen noch so rücksichtslos und selbstsüchtig ihre Interessen vertreten und wegen einer Herabsetzung des Getreidezolls um anderthalb Mark die Verträge verwerfen, so handelte es sich hierbei doch immer noch um die große Frage der Landwirtschaft, die wohl als Basis einer Opposition gelten mag. Unsre Partei macht dagegen, nebenbei in bodenloser Uebertreibung, einen unbedeutenden Satz des italienischen Vertrages zum Gegenstand einer so ausgedehnten und kleinlichen Nörgelei, und es ist um so unerhörter, als die fünf dissentierenden Stimmen sich nicht etwa — um ihren Wählern zu genügen — auf Verwerfung des italienischen Vertrages beschränken, sondern in der Verwerfung des österreichischen Vertrags, also wegen Herabsetzung des unerhört hohen Getreidezolls, mit den Kreuzzeitungsleuten Hand in Hand gingen.

Ich hatte mich der Hoffnung überlassen, daß gerade diesen Handelsverträgen von den Schutzzöllnern wie Freihändlern unsrer Partei freudige Zustimmung, als Versicherungsmoment in unsrer dualistischen Gestaltung, entgegengebracht werden, daß sie die Grundlagen für eine feste, einflußreiche Stellung zur jetzigen Regierung abgeben würden. Genau

das Gegenteil ist eingetroffen. Unter hellem Beifall der Majorität proklamierten Böttcher und Cuny in der Fraktion, „daß der Partei die Stellung zur Regierung höchst gleichgültig sei", die Nörgelei wurde zur Richtschnur der Parteitaktik erklärt und in den Plenarsitzungen gründlich geübt. Caprivi sprach sich gegen mich in einer längeren Unterhaltung bei Böttcher sehr scharf aus und bemerkte zugleich, „daß ich und er die einzigen Menschen im Reichstag zu sein schienen, welche die politische und handelspolitische Seite des Vertragswerks voll zu würdigen wüßten". Nur Sie können dies alles wieder in Ordnung bringen, und dies ist bei dem Schweizer Vertrag um so notwendiger, als man diesem nicht so unbedingt zustimmen kann wie den drei genehmigten Verträgen, ihn aber gleichwohl, wenn auch nur im Sinn des pis aller, genehmigen **muß**. Ob wir überhaupt auf die Dauer und noch länger ein wirtschaftliches Programm entbehren können? Ich hoffte, die Verträge sollten uns dies, wenn auch in beschränktem Maße, ermöglichen, doch diese Hoffnung ist gründlich ins Wasser gefallen. Die Partei übt nur noch nach der agrarschutzzöllnerischen Seite Anziehungskraft aus; der Liberale, welcher gleichzeitig, wenn auch noch so gemäßigt, dem freien Verkehr huldigt, verfällt immer mehr den Freisinnigen, und dies ist für die Zukunft um so bedenklicher, als in den nördlichen und östlichen Teilen Deutschlands gerade aus Anlaß der hohen Getreidepreise, die kleinen Besitzer, die wenig oder nichts davon haben, sich wieder mehr von den Konservativen ab- und liberalen Ideen zuwenden. Ob es sich nicht, ohne die politische Einheit der Fraktion zu schwächen, tun ließe, eine Trennung in zwei Gruppen, eine agrarisch-schutzzöllnerische — die jetzige Mehrheit — und eine für die freiere Verkehrsrichtung, stärker nach **außen** hervortreten zu lassen? Das Programm für letztere Gruppe würde das System der Handelsverträge, Zollherabsetzungen für die notwendigsten Lebensbedürfnisse und Förderung des Exports sein.

Niederwalluf, 24. Mai 1892.

Ich habe in Karlsbad mit dem Reichskanzler **sehr ausführliche** Unterredungen über die russische Frage gepflogen. Seit fünfunddreißig Jahren kenne ich die russischen Verhältnisse sehr genau; meine Gesellschaft hat elf Millionen in Warschau placiert und ist in der Frage des Handelsvertrags, noch mehr aber in der eines eventuellen Differentialzollkrieges, aufs höchste interessiert. Diese Privatangelegenheiten habe ich aber nur berührt, um meine Berechtigung und Befähigung nachzuweisen, über die russische Frage ein Urteil abzugeben. Der Reichskanzler hat meinen Ausführungen große Aufmerksamkeit geschenkt und glaube ich die bei ihm schon vorhandene richtige Ansicht ansehnlich ge-

stärkt zu haben, daß der eingeleitete Handelsvertrag — wenn die beiderseitigen Tarifzugeständnisse zunächst auch keine tiefe wirtschaftliche Bedeutung haben werden — die wichtigste Etappe zur Wiederherstellung des vor 1878 bestandenen politischen Einvernehmens mit Rußland bilden muß, ein Differentialzollkrieg, der diese Aussicht vernichten würde, also unter allen Umständen vermieden werden muß. Die politische Rückendeckung durch Rußland sichert uns den Frieden — oder im Krieg den Sieg — in ganz andrer Weise wie das Bündnis mit Italien, dessen militärische Bedeutung (wie der Reichskanzler zugab) sehr überschätzt wird. Ehe wir wieder mit Rußland gut Freund sind wie von 1816 bis 1878, können uns alle auch aufs äußerste verstärkten Rüstungen höchstens instand setzen, mit gleichem Einsatz dem vereinten Rußland und Frankreich gegenüber um den Sieg zu würfeln; es geht also jedesmal um unsre Existenz. Ist Rußlands Neutralität gesichert, so sind wir überhaupt unangreifbar.

Der Reichskanzler schenkte dabei besondere Aufmerksamkeit meinen Auseinandersetzungen über die Wichtigkeit einer lediglich durch unser eignes Interesse diktierten kräftigen Unterstützung der russischen Finanzpläne. Vom politischen Standpunkt aus vermindert es den Wert, den das französische Bündnis für Rußland hat, ganz bedeutend, vermindert also für uns die Gefahren dieses Bündnisses. Vom finanziellen Standpunkt aus verleiht jede Steigerung des Rubelkurses den in unsern Händen befindlichen ungezählten Millionen russischer Effekten einen höheren Wert und leitet unsre Geldanleger dorthin, wo sie — wenn man überhaupt sich mit den Zinsen unsrer Konsols nicht begnügt — am sichersten placiert sind; denn die finanzielle Zukunft keines Landes ist gesicherter als die von Rußland. Und vom wirtschaftlichen Standpunkt aus erhöht jede Mark, um welche der Rubelkurs steigt, unsre Exportfähigkeit genau in demselben Grade, als wenn die russischen Zölle um 1 % des Warenwertes herabgesetzt worden wären. Bedenkt man, welche ungeheure Differenz noch zwischen dem heutigen Kurs von etwa 213 Mark (für 100 Rubel) und dem früheren Parikurs von 323 liegt, so liegt auf der Hand, in welchem Grade wir es selbst in der Hand haben, durch Einwirkung auf Besserung des russischen Kurses einen entsprechenden Teil der russischen Eingangszölle gleichsam zu absorbieren. Was uns durch einen Tarifvertrag unerreichbar ist: eine allgemeine bedeutende Herabsetzung aller russischen Einfuhrzölle zu erlangen, können wir durch Maßnahmen selbständig herbeiführen, die nach keiner Seite ein Opfer, sondern nach politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Seite nur Vorteile darstellen. Die besondere Wichtigkeit, auf Besserung des Rubelkurses hinzuwirken, tritt aber noch hervor, wenn man ins Auge

faßt, daß Rußland unbedingt binnen nicht allzu langer Frist dem Beispiel Oesterreichs folgen und zunächst, durch Uebergang zur Goldwährung, die Regelung seiner Valuta in die Hand nehmen wird, wenn auch der Uebergang zur Aufnahme der Barzahlungen dort noch eine längere Frist beanspruchen mag als in Oesterreich. Von welcher enormen finanziellen und wirtschaftlichen Bedeutung ist es aber für uns, ob die Wertrelation zwischen Silber und Gold höher oder niedriger gegriffen wird! Die Höhe des Kursstandes zur Zeit der Durchführung der Maßregel wird hierbei in erster Linie mitbestimmend sein. Kurz, alles vereinigt sich, um es für uns zu einer der wichtigsten politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Fragen zu machen, an der Hebung der russischen Valuta und späteren Ein- und Durchführung der Goldwährung mitzuarbeiten. Selbstverständlich kann dies aber nicht Gegenstand von Staatsverträgen sein, sondern von selbständigen Maßregeln, die wir im eignen Interesse ergreifen, und wobei die Reichsregierung weiter nicht einzugreifen nötig hat, als daß sie durch das Organ ihrer Geldinstitute eine Bewegung (die bis jetzt gehemmt wurde) begünstigt, wonach der Instinkt und das Privatinteresse der Hautefinance schon selbst den richtigen Weg einschlagen werden. Diese Lösungen vorzubereiten und dafür in Deutschland und in Rußland das Terrain zu ebnen, wäre nun — darin ist Caprivi vollkommen meiner Meinung — die Aufgabe unsrer Presse. Da lese ich eben in der Sonntagsnummer einen Leitartikel der „Nationalzeitung", welcher den feindseligen Hochmut gegen Rußland wiederkäut, welcher die im Werk befindlichen Vertragsverhandlungen nur stören, Rußland nur erbittern kann. Als ob Rußland allein die bête noire wäre, als ob wir unserseits durch unsre — wenn auch in bester Absicht erfolgte — Einmischung in die Berliner Verhandlungen von 1878, durch die brutalen Polenausweisungen und durch den seinerzeit betriebenen offiziellen Feldzug gegen die russischen Werte nicht ebenfalls dazu beigetragen hätten, uns Rußland zu verfeinden! Ich habe Koebner soeben in gleichem Sinne geschrieben und die Notwendigkeit einer vorsichtigen Kursänderung betont, und bin begierig, was er antworten wird. Selbstverständlich werden dabei Angriffe auf die Bismarcksche Politik zu vermeiden sein; ja, ich möchte sogar hervorheben (was ich durch Sie und andre weiß), daß Rußland vor dem letzten Kriege Bismarck wiederholt Polen bis zur Weichselgrenze angeboten hat, was dieser aber, um die neutrale Stellung Deutschlands zu behaupten, ablehnte. Vielleicht hätten Sie die Güte, mir hierüber noch etwas Näheres — insbesondere die von Rußland erwarteten Leistungen Deutschlands gegen die angebotene Abtretung — mitzuteilen, was nebenher erwähnt werden könnte, ohne damit nach irgendeiner Seite anzustoßen. Ich

möchte aber in dieser wichtigen Frage keine publizistischen Schritte tun, oder Koebner zu solchen veranlassen, ehe ich Ihre Ansicht darüber weiß.

Niederwalluf, 16. Juni 1892.

Ich bin Ihnen vielen Dank schuldig, daß Sie Ihrer kostbaren Zeit eine so weitgehende, ausführliche und gründliche Erörterung der von mir angeregten hochwichtigen Frage unsrer Beziehungen zu Rußland abgerungen haben. Ich entnehme daraus mit Befriedigung, daß wir in den Zielpunkten — der Notwendigkeit, uns Rußland wieder politisch zu nähern — ganz einig gehen. Auch bezüglich der Taktik — wie es einzuleiten sei, um dahin zu gelangen — würde die Abweichung Ihrer Ansichten von den meinigen Ihnen wesentlich geringer erschienen sein, wenn ich in meinem Brief schärfer, als es ausgedrückt sein wird, hervorgehoben hätte, daß ich nicht daran denke, Rußland finanziell zu unterstützen, als bis nach Abschluß des Handelsvertrages, also nachdem wieder freundschaftliche Beziehungen hergestellt sind. Allerdings bleiben auch dann noch wesentliche Verschiedenheiten unsrer Ansichten bestehen, die mich um so mehr veranlaßt haben, von jeder publizistischen Verfolgung meiner eignen Ansichten abzustehen, als Koebner fortgesetzt vom Auswärtigen Amt die Weisung erhält, die rauhe Seite gegen Rußland herauszukehren. „Die Russen müssen uns kommen," heißt die Parole. Worauf sich diese Erwartung gründet, ist mir unfaßbar, da die von uns angebotene Herabsetzung der Getreidezölle als Unterhandlungsmittel nicht den mindesten Wert hat. Wollten wir die alten Sätze differentiell gegen Rußland aufrechterhalten, so schadeten wir nicht Rußland, sondern lediglich uns selbst; Rußland könnte diesen Zustand aushalten, aber wir nicht. Ueberhaupt habe ich vorgestern — ich war drei Tage in Geschäften in Berlin — wieder mit wahrem Schrecken wahrgenommen, mit welcher Naivität man im Auswärtigen Amt mit dem Gedanken eines „Differentialzollkriegs" spielt.

Im übrigen führt sich die Verschiedenheit unsrer Ansichten über die Rußland gegenüber zu befolgende Taktik auf zwei Momente zurück, einmal, daß auch wir, meiner Ansicht nach, an der seit 1878 hervorgetretenen Spannung einen wesentlichen Teil der Schuld tragen, und zum andern, daß ich vom politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt aus Rußland und seine Zukunft wenn auch nicht in rosigem, so doch in weit günstigerem Lichte sehe als Sie.

Weimar, 8. Oktober 1892.

Aus Berlin kann ich nicht viel Ersprießliches noch Neues berichten. Sie haben Miquel selbst im Juni gesprochen und hat er sicherlich Ihnen gegenüber noch weniger als bei mir von seiner großen Ver-

stimmung gegen die Reichsregierung Hehl gemacht. Er zieht sich von diesem Gebiete ganz zurück und lebt nur seinem Steuerreformplan, der hoffentlich im ganzen die Zustimmung unsrer Partei finden wird. Vom russischen Vertrag wußte er nichts, konstatierte nur die ostensible Geringschätzung aller Vertreter fremder Mächte bezüglich der diplomatischen Vertretung durch Caprivi und Marschall. Zu letzterem bin ich nicht hingegangen, da mir Bötticher sagte, derselbe könne mir nichts weiter sagen, als daß Rußland vorgeschlagen habe, seine Konzessionen auf Bindungen (nicht Herabsetzungen) russischer Zollsätze zu beschränken. Auf die diesseitige Ablehnung dieser Basis sei seit zirka drei Monaten noch keine Antwort erfolgt. Daß dieser Korrespondenzweg zu nichts führt, wenn wir keine offiziellen und offiziösen Vertreter in Petersburg haben, die dort den französischen Einfluß zu überwinden imstande sind, davon scheinen Bötticher und Marschall keine Ahnung zu haben. Auch Göring wußte weiter nichts über diese Unterhandlungen; man ist noch nicht einmal darüber orientiert, ob Witte mehr oder weniger wie sein Vorgänger einem Vertrag mit Deutschland zu- oder abgeneigt ist.

Dessau, 13. November 1892.

Ich hatte am Montag Gelegenheit, Herrn Marschall längere Zeit zu sprechen, und gestern Minister von Bötticher. Beide sehen in sehr gedrückter Stimmung der bevorstehenden parlamentarischen Kampagne entgegen, und scheint es mir insbesondere, daß Bötticher die Stellung Caprivis für unhaltbar erachtet. Auch versuchte er nicht einmal, wie Marschall tut, eine rechtfertigende Erklärung für den „Uriasbrief" nach Wien, wodurch sie Bismarck einen Freibrief für alle seine Bosheiten gegeben haben. Dessen abfälliges Urteil über die Militärvorlage macht deren Durchbringung noch viel schwieriger, als sie ohnedies war. Bötticher hofft allerdings, jene Kritik Bismarcks durch den aktenmäßigen Nachweis entkräften zu können, daß letzterer selbst, mit Verdy, die allgemeine Wehrpflicht, und zwar bei dreijähriger Dienstzeit und mit 120 statt 60 Millionen Mehrausgabe, habe durchführen wollen. Allein hier wird Bismarck sich schon herauszuwinden wissen; auch soll Verdy, wie mir ein Vertrauter von ihm sagte, diese Durchführung nur ganz allmählich haben bewirken wollen. Unsre Stellung zu dieser Frage und zu Caprivi überhaupt ist jedenfalls eine sehr schwierige. Ein ernster publizistischer und parlamentarischer Angriff auf ihn seitens unsrer Partei würde ihn sicherlich stürzen. Und es fragt sich sehr, ob dieser Weg nicht der einfachste und beste wäre. Auch in der Kolonialpolitik hat er sich als absolut unfähig erwiesen, und werden wir nicht anders können, als ihn auch hierin anzugreifen.

Nach Privatnachrichten scheint Rußland mit Frankreich mit der Anleihe ins reine zu kommen, deren Preis die Vernichtung des deutsch-russischen Handelsvertrages wäre. Aus meiner Unterredung mit Marschall hat sich meine Ueberzeugung verstärkt, daß die Unterhandlungen mit Rußland mit bodenloser Unfähigkeit und ohne jeden Nachdruck geführt werden. Marschall selbst vermochte kaum mehr in Abrede zu stellen, daß die Behandlung dieser Frage in der Presse eine unrichtige gewesen ist und daß sein mot d'ordre: „Immer borstig, immer auf Rußland los" den natürlichen Erfolg der Entfremdung und nicht den geträumten Erfolg der Annäherung gehabt habe. Der Gipfel der Taktlosigkeit waren die wiederholten Angriffe der „Kölnischen Zeitung" auf Rußlands Finanzen, die Marschall doch einfach verhüten konnte.

Dessau, 18. Dezember 1892.

In der Anlage gestatte ich mir, . . . die besprochene Denkschrift behufs Erleichterung meines sorgenbeschwerten nationalliberalen Herzens zu überreichen. Niemand hat noch davon Kenntnis, und falls Sie die darin niedergelegten Gedanken als unpraktisch, bedenklich oder gar gefährlich verwerfen, so wird sie in den Papierkorb wandern.

Es gärt jetzt überall in der Partei. Die einen wollen die ganze Partei ganz offen zu einer rein agrarischen machen. Andre Elemente, in unklarem Drange, wollen neue oppositionelle Parteien gründen, und was der Vorschläge mehr sind. Ich glaube, mein Vorschlag wird als Sicherheitsventil dienen können; andernfalls wird die Spannung immer größer, und die Partei fliegt auf oder verrinnt im Sand der nächsten Wahlen.

Den Inhalt meiner Denkschrift möchte ich nun noch in einem Punkte dahin präzisieren, daß ich durchaus nicht an die Bildung einer neuen freihändlerischen Gruppe denke, vielmehr an eine vielfach mit List übereinkommende Mittelstellung, um auf der Basis von Handelsverträgen zu größerer Verkehrsfreiheit zu gelangen, auch die Herabsetzung der Zölle der notwendigsten Lebensbedürfnisse nur allmählich und ohne irgend wesentliche Schädigung der Landwirtschaft zu erstreben. Und was die indirekten Steuern betrifft, so könnte man sich vielleicht darauf beschränken, auch beim Branntwein und Bier den allmählichen Uebergang auf eine reine Konsumtionsbelastung (nach Analogie der Zuckersteuer) anzustreben, unter stufenweiser Erleichterung kleinerer Betriebe. Dies möge Ihnen nur ungefähr eine Idee davon geben, was ich im Auge habe, und worin ich Ihren eignen wirtschaftlichen Ansichten zu begegnen hoffe. Auf dieser Basis gehen auch Süddeutsche, zum Beispiel Siegle, mit. Ich reise morgen nach Heidelberg und würde sehr

glücklich sein, wenn Sie mir dahin die Denkschrift mit Ihrer Kritik derselben zurücksenden wollten. Billigen Sie meine Ideen, oder verwerfen Sie dieselben wenigstens nicht, so möchte ich zunächst Georg Meyer Kenntnis davon geben, da er mir die nötige Unbefangenheit zwischen Nord und Süd zu besitzen scheint. Ob ich auch mit Buhl spreche, bei dem ich zwei Tage zur Jagd bin, würde von Ihrer Ansicht abhängen. Auf alle Fälle bleibt der Plan vollständig geheim, bis wir wieder am 10. Januar in Berlin zusammentreffen und ein weiteres Vorgehen oder Fallenlassen beschließen.

Dessau, 29. Dezember 1892.

Ihre gütigen Zeilen vom 21. d. M. haben selbstverständlich meine Pläne zu Grabe getragen, und habe ich auch unterlassen, dieselben mit Buhl und G. Meyer zu besprechen, da dies keinen Zweck gehabt hätte. Ich werde mich in unsrer Partei nie mit Ihnen in Widerspruch setzen, einmal weil ich Ihre Ueberlegenheit anerkenne, und zum andern weil ich keinen Streitstoff in die Partei hineintragen will. Ich glaube übrigens, daß die große Divergenz unsrer Ansichten zu einem bedenklichen Teil auf verschiedenen Voraussetzungen beruht. Sie haben mehr den Einfluß auf unsre Reichstagsfraktion im Auge, während bei mir im wesentlichen alles darauf hinausläuft, „den in Norddeutschland verloren gegangenen Einfluß auf die große Zahl der politisch und wirtschaftlich Liberalen wieder zu gewinnen," statt sie dem Freisinn zu überlassen. Mein Plan ging auf die künftigen Wahlen hinaus, nicht auf unsern Fraktionsbestand.

Wenn übrigens unsre Partei allein auf weniger als ein Drittel des früheren Fraktionsbestandes herabgesunken ist, während gleichzeitig alle andern Parteien sich verstärkt haben, so berechtigt dies gewiß, nach einer spezifischen Ursache zu suchen, und es ist mir unmöglich, dieselbe auf einem andern Gebiete als dem unsrer wirtschaftlichen Programmlosigkeit zu finden. Und wenn die abenteuerliche „neue Partei" uns dies nachmachen will, so weiht sie sich schon hierdurch allein dem Untergang, oder wahrscheinlicher noch der Nichtentstehung. Ganz bin ich aber mit Ihnen einverstanden, daß diese Neubildungsversuche für unsre Partei höchst nachteilig wirken könnten; es war mit ein Grund, der mich bewog, nach positiven Rettungsmitteln auszuschauen; denn dies ehemals so stolze Gebäude, von dessen Giebel Ihre Fahne weht, ohne den Versuch einer Rettung zusammenbrechen zu sehen, schneidet mir ins Herz.

*

Bennigsen, dessen Antworten an Oechelhäuser leider nicht vorliegen, war weit davon entfernt, auf das freihändlerische Gesamtprogramm seines

Parteifreundes einzugehen. Er leitete seine Reichstagsrede für den rumänischen Handelsvertrag am 13. März 1893 mit dem Bekenntnis ein, daß er das landwirtschaftliche Interesse in Deutschland für eines der bedeutendsten, wenn nicht für das bedeutendste halte. Aber für die Politik der Handelsverträge trat er aus voller Ueberzeugung ein, zuletzt noch in seiner Rede für den russischen Handelsvertrag am 27. Februar 1894, und verurteilte das Uebermaß der agrarischen Begehrlichkeit mit besonders scharfen Worten in seiner Rede gegen den Antrag Kanitz, am 14. April 1894.

Briefe zur Militärvorlage 1892/93.

Reichskanzler Graf Caprivi an Bennigsen.

Berlin, 29. September 1892.

Euer Exzellenz erlaube ich mir in bezug auf die Militärvorlage, die dem Reichstage zugehen wird, vertraulich nachstehende Mitteilungen zu machen. Sollte Sie Ihr Weg noch vor Zusammentritt des Reichstages nach Berlin führen, so würde ich gern bereit sein, weitere Auskunft zu geben.[1]) Ziehen Sie es vor, ein andres Mitglied Ihrer Partei mit mir über die vorliegende Frage in Beziehungen treten zu lassen, so bin ich auch dazu erbötig.

Es liegt in der Absicht, den preußischen Landtag in der ersten Hälfte November zu berufen und, wenn er die Generaldiskussion über die Steuervorlage im Abgeordnetenhause absolviert haben wird, den Reichstag zusammenzuberufen. Letzteres wird indes kaum nach dem 22. November möglich sein, weil vor dem 1. Dezember die Vollmacht der Regierung zur Fortdauer des handelspolitischen Zustandes Spanien und Rumänien gegenüber verlangt sein muß. Auch legt der Generalstab der Mobilmachungs-Fahrteinteilung (?) wegen Wert darauf, das Gesetz über die Einheitszeit bald verabschiedet zu sehen.

Die Militärvorlage geht auf weitere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht aus; sie will die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen unter Wegfall der Ersatzreserve-Uebungen (?) gewähren und dies im Gesetz, wenn auch nicht durch Aenderung des Art. 59 der Reichsverfassung, zum Ausdruck bringen. Den erwähnten Artikel zu ändern würde Seine Majestät der Kaiser sich nicht bewegen lassen, auch bleibt eine Ungleichheit der Dienstzeit zwischen einzelnen Waffen und Kategorien immer bestehen, so daß die Verfassung schwerlich der Ort wäre, alle Nuancen der Dienstpflicht zum Ausdruck zu bringen. Es liegt nicht in der Ab-

[1]) Die Besprechung fand am 8. Oktober 1892 statt.

sicht, die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen nur versuchsweise zu geben; sie soll definitiv eingeführt werden, wobei indes nicht ausgeschlossen ist, daß für einzelne Kategorien, wie zum Beispiel Lazarettgehilfen, Oekonomiehandwerker, eine längere Präsenzzeit sich als nötig herausstellt. Der militärische Zweck des Gesetzes wird darin gesucht, daß es unsern Beurlaubtenstand und dadurch unsre Kriegsstärke vermehren, die Feldtruppen durch erhöhte Rekruteneinstellung in ihrer Zusammensetzung verjüngen und die Reservetruppen und Neuformationen, welche im Kriegsfall aufgestellt werden, durch Vermehrung der Friedenscadres qualitativ heben soll. Es sollen jährlich etwa 35—40 000 [1]) Rekruten mehr ausgehoben werden, so daß das gesamte jährliche Rekrutenkontingent sich etwa auf 235 000 Mann stellen würde exklusive Einjährig-Freiwillige und Nachersatz. Der bei weitem überwiegende Teil hiervon würde der Infanterie zufallen und teils durch Etatserhöhungen der bestehenden Bataillone, teils durch Cadres von vierten Bataillonen aufgenommen werden. Auch bei der Feldartillerie würde der Etat der Batterien und Mannschaften erhöht und die Zahl der Batterien um etwa 50 vermehrt werden. Auch eine Vermehrung der Fußartillerie, Pioniere und Eisenbahntruppen ist vorgesehen. Für die Kavallerie sollen einige Eskadrons als Stamm für die im Kriege aufzustellenden Reservekavallerieregimenter vorgesehen werden. Die jährlichen Mehrausgaben sollen sich auf etwa 70 Millionen Mark belaufen, an einmaligen sind ohne Kasernierung etwa 80 Millionen veranschlagt. Geht das Gesetz durch, so muß mit seiner Ausführung ein Ersatzgeschäft abgewartet werden, sie würde also im Oktober 1893 beginnen können. An Stelle des Septennats soll zunächst eine Zeitbegrenzung bis zum 31. März 1899 treten. Man glaubt eines solchen Zeitraums zu bedürfen, um die neuen Zustände erst ganz durchführen zu können und sich einleben zu lassen.

Ueber die Aufbringung der finanziellen Mittel sind die Verhandlungen zwischen den Regierungen noch im Gange. Vorgeschlagen ist: Verdoppelung der Biersteuer für Norddeutschland, so daß dieselbe pro Kopf nicht mehr 0,80 M., sondern 1,60 M. betragen würde; für Süddeutschland eine entsprechende Erhöhung der Matrikularbeiträge. Dann Erhöhung des Tabakzolles von 85 auf 115 M. pro 100 Kilo, für den inländischen Tabak entsprechende Steuererhöhung. Die Idee, den inländischen Tabakbau zu kontingentieren oder zu verbieten, scheint keinen Anklang zu finden. Ferner Verdoppelung der bestehenden Börsensteuern und Heraufsetzung der niedrigen Kontingentsgrenzen für Brannt-

[1]) In einem Schreiben vom 1. Oktober ließ Caprivi die Zahl als Versehen, statt 60 000, bezeichnen.

wein von 50 auf 55 unter Festhaltung von 70 für die obere Grenze. Es ist nicht zu verkennen, daß, indem vier Objekte berührt werden, die Zahl der unangenehm Betroffenen sich mehrt, während anderseits die alleinige Heranziehung eines Artikels, zum Beispiel des Tabaks, auf energischen Widerstand rechnen müßte. Es ist eine sehr starke Zumutung, die die verbündeten Regierungen dem Volke zumuten, und sie haben das volle Bewußtsein von der Schwere der Sache. Aber noch in den letzten Staatsministerialsitzungen, denen Fürst Bismarck beiwohnte, hat er die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Verstärkung der Cadres befürwortet. Damals sollte die Sache mit dreijähriger Dienstzeit gemacht werden und würde nahezu das Doppelte von dem gekostet haben, was jetzt erstrebt wird. Waren damals Herr von Verdy und Graf Waldersee der Ueberzeugung, daß die Sache unumgänglich sei, so teilen dieselbe jetzt Herr von Kaltenborn, Graf Schlieffen und ich. Der König von Sachsen tritt für das jetzige Projekt sehr entschieden ein. Die Lage unsrer äußeren Beziehungen hat sich nicht verschlechtert, aber daß wir bereit sein müssen, einen Krieg mit Einsetzung unsrer letzten Kraft zu führen, wird immer klarer. In der allerletzten Zeit hat das voraussichtlich nicht bloß vorübergehende Ausscheiden des Herrn von Giers deutlicher hervortreten lassen, daß man trotz der so gut verlaufenen Kieler Entrevue in Petersburg glaubt, anspruchsvoller auftreten zu können. Es scheint, wie wenn der Einfluß der panslawistischen Militärs im Zunehmen wäre. Ich für meinen Teil bin der festen Ueberzeugung, daß wir eine der deutschen Würde und Ehre entsprechende Politik auf die Dauer nicht fortführen können, wenn wir unsre Wehrkraft nicht erheblich steigern.

General von Stosch an Bennigsen.

Oestrich im Rheingau, 5. Dezember 1892.

Hochverehrte Exzellenz!

Entsetzen Sie sich nicht, daß ich Sie mit einem Brief belästige; die Militärvorlage macht mir Kopfbrechen, und ich möchte ihr in vieler Beziehung helfen. Nach mir gewordener Nachricht hat man schon im Sommer mit dem Zentrum über die Vorlage verhandelt und ihm auf Verlangen als erstes Handgeld die Entlassung von Schlözer in Rom gewährt und sich dann auch zur Aufhebung des Jesuitengesetzes bereit erklärt. Das Zentrum ist aber damit noch nicht zufrieden. Was mehr gefordert wird, weiß ich nicht; es dürfte auf preußischem Gebiet liegen und da, ich meine das Staatsministerium, ist darüber noch nichts vorgekommen. Jedenfalls ist das Jesuitengesetz schon im Reichstag vorgebracht worden, um Sicherheit des Handels zu schaffen, ehe das

Zentrum die Militärvorlage annimmt. Je weiter nun die Beratung dieser Sache hinausgeschoben wird, je unsicherer wird das Zentrum für die Reichsregierung. Daß die letztere überhaupt mit dieser ausgesprochen reichsfeindlichen Partei [sich einläßt], auf die sie sich keinen Augenblick sicher verlassen kann, ist mir unbegreiflich. Jedenfalls denke ich, muß im Interesse des Reichs diesem Bündnis möglichst der Boden entzogen werden. Dies geschieht betreffs der Militärvorlage jedenfalls am besten, wenn von den Reichsparteien diese soweit unterstützt wird wie möglich. Ich bin nun der Ansicht, daß eine Erhöhung der Zahl ausgebildeter junger Soldaten und eine Komplettierung der neuen Korps in der Zahl ihrer Batterien geboten ist. Das erstere erachte ich für die Hauptsache. Wenn man die ganze politisch-militärische Motivierung auf Seite läßt und als Grundlage der Gesetze einfach die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht hinstellt, bekommt die Sache ein ganz andres Kleid. Dies läßt sich mit den wenigsten Kosten tun mit Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen und einer entsprechenden Erhöhung des Friedensetats dieser Truppen. Um die zweijährige Dienstzeit ohne Schädigung der Güte der Truppen durchzuführen, ist ein andrer Ausbildungsmodus vom Kriegsministerium beabsichtigt, dem ich zustimme und der sich bei angestellter Probe bewährt hat. — In der Vorlage, welche zur Sache dem Kaiser gemacht worden war, hatte man die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen einfach ausgesprochen. Die Bedingtheit derselben hat der Kaiser aber eigenhändig hineingesetzt. Für die Entfernung derselben liegt also diese Schwierigkeit vor. Ich erachte letztere aber nicht für so groß. Einem Fait accompli gegenüber ist da der Widerstand nicht so groß.

Um die durch die Mehreinstellung von Rekruten für den Krieg gewonnenen Reservisten im Fall der Mobilmachung zu verwerten, würde ich keine neuen Truppen (Reservedivisionen) formieren, sondern den Etat der Kompanien erhöhen; heute beträgt er 250 Köpfe, ich würde ihn auf 300 festsetzen. Früher waren es die Bataillone, mit denen man Gefechte führte, die man als taktische Einheiten behandelte, heute sind es die Kompanien. Eine Verstärkung derselben ist deshalb gerechtfertigt, um so mehr, als erfahrungsmäßig ihre Zahl durch Krankheit und Gefechte ungemein rasch schmilzt. Nebenbei bemerkt, würde es gerechtfertigt sein, der Kompanie einen zweiten Premierleutnant zu geben. Wir haben an den Reservisten eine durchaus hinreichende Zahl, um per Kompanie einen Offizier mehr einzustellen, während wir jetzt, wo man die Examensbestimmungen erleichtert hat, nicht hinreichend Fähnriche besitzen, um die Kriegsschulen komplett zu versehen. — Wir sind heute schon an der Grenze angekommen, wo wir das Offizierkorps

mit solchen jungen Leuten besetzen, die den bisherigen Anforderungen an Bildung und Erziehung entsprechen. Die Güte unsrer Infanterieoffizierkorps aber hat unsrer Armee allein ihr Uebergewicht zu allen Zeiten verschafft. Was nun die übrigen Forderungen betrifft, so läßt sich die Frage aufwerfen: „Wenn man immer Neues formiert, veraltet denn nichts?" Und da will ich nur darauf hinweisen, als in den siebziger Jahren General von Brandenstein Chef des Ingenieurkorps war, die Vereinigung der Pionierbataillone mit der Fußartillerie als praktisch bezeichnet wurde. Gewiß ist, daß während unsrer Kriege die Pionierkompanien, welche tüchtige Chefs hatten, im Infanteriegefecht sich betätigten, um überhaupt nützlich zu sein. Solche Vereinigung würde eine bedeutende Ersparnis ermöglichen und die Fußartillerie, welche trotz ihrer hervorragenden Bedeutung heute etwas in das zweite Treffen gerückt ist, sehr bedeutend heben. Wie die Sache zu bewerkstelligen wäre, würde hier zu weit führen. Der Gedanke genügt, es ist Sache des Kriegsministeriums, ihn anzugreifen. Einmal ausgesprochen, wird er nicht wieder verschwinden.

Nun noch eine Sache. Wie ich höre, hat der Reichskanzler alles mögliche Material sammeln lassen, um zu beweisen, daß Bismarck in der auswärtigen Politik reichlich Böcke geschossen habe. Unter anderm soll eine Niederschrift von Herbert vorliegen, worin belegt wird, daß und warum sein Vater das Vertrauen der russischen Regierung verloren hat; ferner wiederholte Berichte aus Petersburg, daß der Kaiser, nachdem Bismarck fort, wieder glaube, was die deutsche Regierung sage. Dito besondere Anerkennung für Caprivi. Bismarck war in der ganzen diplomatischen Welt gefürchtet, aber nicht geliebt. Naturgemäß sind da schwere Steine hinter ihm her geworfen worden. Diese hat man sorgfältig gesammelt, und bei dem großen Zorn, den man oben empfindet, ist man ungemein bereit, diese Wurfgeschosse zu benutzen, wenn man im Reichstage den Geist von Bismarck heraufbeschwört. — Nun erscheint es mir ungemein wünschenswert, daß solcher Skandal vermieden wird. Die Nationalliberalen scheinen, nach Buhls Rede zu urteilen, aber geneigt, Bismarck als Erlöser hinzustellen. Wozu mit Unabänderlichem sich quälen und herumschlagen! Die gedrückte Stimmung, welche sich allgemein geltend macht und in einem Mangel an Kraft in der Regierung ihren Ursprung hat, darf die Schuld nicht ausschließlich auf den Kanzler werfen. — — —

Bennigsen an Stosch.

Hannover, 7. Dezember 1892.

Euer Exzellenz freundliches Schreiben vom 5. d. M. beeile ich mich, wenn auch im Augenblick in großer Eile und kurz zu beantworten.

Ich bin seit acht Tagen hier in ärztlicher Behandlung, aber zum Glück wieder so weit, daß ich heute und morgen an den Festlichkeiten bei der Anwesenheit Ihrer Majestäten und Freitag und Sonnabend an den Kaiserjagden in Springe teilnehmen, sodann am Sonntag nach Berlin zurückkehren kann.

Für Ihre Mitteilungen über die Militärvorlage bin ich sehr dankbar. Ich werde dieselben, da ich in die Kommission einzutreten beabsichtige, zu meiner Information u. s. w. als interessantes Material verwerten.[1]) Die nationalliberale Partei im Reichstage stellt sich in der Hauptsache auf den Boden der Vorlage, wird dieselbe allerdings nicht in dem außerordentlich großen geforderten Umfange bewilligen. Die Lage für die günstig gesinnten Parteien ist aber in diesem ungünstig zusammengesetzten Reichstag eine recht üble bei einer solchen Militärvorlage, da eine Mehrheit voraussetzt, daß ungefähr drei Viertel des Zentrums zustimmen. Herr von Schorlemer, welcher freilich zurzeit nicht im Reichstage, nur im Herrenhause sitzt, soll die Annahme auf Grundlage einer für beide Teile annehmbaren Verständigung ohne kirchenpolitische Zugeständnisse befürworten.[2]) Schwenkt die Regierung etwa im Lauf

---

[1]) Bennigsen sprach in der ersten Lesung der Militärvorlage am 13. Dezember 1892. Er erkannte die Vorzüge der Vorlage an, äußerte aber Bedenken, ob die neuen Steuervorlagen den neuen Bedarf decken würden und ob eine Umgestaltung, die mit so großen Zahlen, auch des Instruktionspersonals, rechne, durchführbar sei. Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 83000, der Aushebung um 60000 Mann jährlich sei ein Sprung, wie man ihn noch nicht gehabt habe; alles, was man seit 1874 gefordert habe, komme der jetzigen einmaligen Bewilligung nicht gleich. So sei die Vorlage in ihrem ganzen Umfange unannehmbar, Einschränkungen seien notwendig, aber ein Kompromiß möglich. Er verschwieg nicht, daß eine gewisse Mißstimmung und Unzufriedenheit in weitem Umfange herrsche, in ganzen Schichten und ganzen Landesteilen Deutschlands. Es sei Kritik und Unzufriedenheit erhoben gegen manche Maßregeln und Handlungen der Regierung, es seien große und kleine Fehler begangen, welche weitgehende Verstimmungen in deutschen Kreisen hervorzurufen geeignet waren. Die Autorität der Regierung stehe jetzt nicht so hoch wie in den siebziger und achtziger Jahren, wo an der Hand staunenswerter diplomatischer und militärischer Siege, der Wiederherstellung des Deutschen Reichs der Abglanz all dieser großen Dinge sich verbreitete auf das Haupt der Männer, des Kaisers und des Kanzlers und des großen Schlachtenlenkers.

[2]) Marquardsen an Bennigsen, 25. November 1893: „Man sagt mir, daß ein großer Teil des Zentrums unter dem persönlichen Einfluß von Schorlemer, ohne Zugeständnisse auf kirchlichem Gebiet, für eine sonst annehmbare Militärbewilligung zu haben ist. Auch unter meinen bayrischen Landsleuten weiß ich verschiedene, welche diesen Standpunkt teilen. Ich predige in unsern Privatgesprächen der Anzahl absolut Widerspenstiger, daß, wenn die Masse der Ultramontanen sich für die Annahme entscheidet ohne Gegenleistung angedeuteter Natur, nationalliberale Politiker meiner Empfindung nach nicht dagegen stimmen

des Winters politisch zum Zentrum ab, so werden selbstverständlich die andern Parteien, abgesehen vom Kreuzzeitungsanhang, schwierig. Will Herr von Caprivi seine bestimmte, gegen die Wiederkehr der Jesuiten im Abgeordnetenhause im Januar dieses Jahres abgegebene Erklärung zurücknehmen, so wird er sich aufs äußerste kompromittieren.

Was die Anregung im letzten Teil Ihres Briefes anlangt, so halte ich die anheimgegebene Kampfesmethode, wenn sie nicht allein an der betreffenden Stelle, sondern auch im Volke verstanden werden soll, für kaum ausführbar. Daneben auch politisch für bedenklich. Die Autorität hat an dieser Stelle vielfach, namentlich in Süddeutschland, schon stark gelitten. Eine weitere Schwächung — ohne erkennbares oder überhaupt zurzeit mögliches praktisches Ziel — erscheint mir daher gefährlich.[1])

Bennigsen an Stosch.

Hannover, 14. April 1893.

Euer Exzellenz bitte ich zu entschuldigen, daß ich noch nicht auf die freundliche Mitteilung vom 8. d. M.[2]) geantwortet hatte. Ich hoffte immer, Ihnen Bestimmteres über die Lage in Berlin schreiben zu können, bin dazu aber leider auch in diesem Augenblick nicht imstande. Die Nachrichten widersprechen sich zu sehr, um ein sicheres Urteil zu gestatten. Anscheinend hält der Kaiser noch immer an der Illusion fest, daß dieser oder doch der nächste Reichstag nach einer Auflösung eine Mehrheit für die Militärvorlage in ihrem vollen Umfange liefern werde. Caprivi, welcher so weit in seinen Hoffnungen nicht geht, fühlt sich anscheinend geniert durch die Verhandlungen mit dem Kaiser aus der Zeit im letzten Sommer, wo es ihm nur mit Mühe gelang, den Kaiser zur Einwilligung in die zweijährige Dienstzeit zu bewegen. Manche hohe Militärs — unter diesen wird namentlich General von Pape genannt — sind noch heute Gegner des Aufgebens der dreijährigen Dienstzeit.

Das Ende wird wahrscheinlich sein, daß die Vorlage abgelehnt wird. Erfolgt alsdann die Auflösung, so werden die Folgen verhängnisvoll sein, da ein der Militärvorlage günstigerer Reichstag aus

---

können. Daß die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit ein Kompensationsobjekt für den Reichstag sein wird und hauptsächlich deshalb nicht schon im Bundesrat zugestanden wurde, werden Sie selbst wissen."

[1]) In einem Briefe vom 11. Januar 1893 schlug Stosch, der für einige Tage nach Berlin ging, Bennigsen eine Besprechung am 18. oder 19. Januar vor.

[2]) Der Brief von Stosch vom 7. April hatte alarmierende Nachrichten über Staatsstreichpläne gebracht. „Das Schlimme sind die Konservativen, welche an die Möglichkeit einer vergewaltigenden Regierung glauben. Eure Exzellenz haben schon vor dem Experiment der Neuwahlen gewarnt. Es kann nicht oft genug geschehen."

der wüsten Wahlbewegung schwerlich hervorgehen wird. Die Versuchung, nach einer zweimaligen Niederlage mit ihren bösen Folgen für die Autorität der Reichsregierung in Deutschland und dem Auslande gegenüber, es mit einem Verfassungsbruch und mit einem andern Wahlrecht zu probieren, wird dann nicht gering sein. Wohin soll das führen! Ein Verfassungsumsturz, unter allen Umständen gefährlich, fordert doch für eine Reihe von Jahren, um wieder ruhige und gesicherte politische Zustände zu gewinnen, ein ruhig entschlossenes, gleichmäßig festes Regiment ohne Nervosität und Leidenschaftlichkeit. Wo sind dafür die Elemente zu finden!

Wird die Vorlage abgelehnt, so halte ich es für das Richtigste, daß Caprivi oder ein andrer Kanzler eine neue Vorlage einbringt auf Grundlage der zweijährigen Dienstzeit zum Zweck der Erlangung einer, wenn auch natürlich weniger weitgehenden, aber doch immer noch wertvollen Verstärkung der Armee. Wird auch diese Vorlage abgelehnt, so sind die Chancen bei einer dann erfolgenden Auflösung jedenfalls günstigere. Einigermaßen mürbe gemacht, wird der jetzige Reichstag eine solche neue Vorlage aber möglicherweise annehmen, da die meisten Parteien Scheu vor der Auflösung haben. Erreichen läßt sich auf diesem Wege vielleicht die erhebliche Vermehrung auch der Rekruteneinstellung durch den Uebergang von der Maximalpräsenz- zur Durchschnittspräsenzstärke, die geforderte Vermehrung der Artillerie, daneben noch eine Vermehrung der Ersatzreservisten. Der König von Sachsen oder andre geeignete fürstliche und militärische Würdenträger sollten versuchen, in diesem Sinne auf den Kaiser einzuwirken.

*

Wie er es einst in den siebziger Jahren mit Erfolg getan hatte, so suchte Bennigsen auch diesmal, nachdem die Kommission in der ersten Lesung die Militärvorlage am 10. März abgelehnt hatte, in einer persönlichen Verhandlung mit dem Reichskanzler einen Mittelweg zu finden. Da die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen allein zur Herbeiführung einer Majorität nicht genügten, sondern entweder das Zentrum oder die Deutsch-Freisinnigen hinzukommen mußten, so lief sein Vermittlungsvorschlag darauf hinaus, den Umfang der Regierungsforderung so weit zu ermäßigen, daß wenigstens dem größten Teile der Deutsch-Freisinnigen die Zustimmung möglich gemacht werde, und doch den Kern der Vorlage insoweit zu erhalten, daß die Regierung sich mit der Ermäßigung einverstanden erklären konnte. Daher bot sein Vermittlungsvorschlag, den er zunächst dem Reichskanzler am 14. März unterbreitete und dann am 16. März bei der zweiten Lesung in der Kommission einbrachte, unter gesetzlicher Fixierung der zweijährigen

Dienstzeit, solange die jetzt festzusetzende erhöhte Präsenzstärke nicht vermindert würde, etwa sieben Zwölftel der Forderung an, im ganzen 42000 Mann statt der geforderten Heeresverstärkung von 72000 Mann. Der Reichskanzler lehnte jedoch schon in der Besprechung am 14. März die Vermittlung ab — er hatte anscheinend damals schon die Verhandlung mit dem Zentrumsabgeordneten von Huene in der irrigen Hoffnung begonnen, daß dieser für einen noch günstigeren Kompromiß die zur Majoritätsbildung nötige größere Zahl von Zentrumsstimmen nach sich ziehen werde. Er wiederholte seine Ablehnung in der Kommission, da die Zahlen Bennigsens mechanisch gegriffen seien und die volle Durchführung der neuen Organisation unmöglich machten. Mit Nachdruck trat Bennigsen am 16. und 17. März für seinen Vorschlag ein: Eine notorische Tatsache sei es, daß im Zentrum wie in der freisinnigen Partei manche Personen aus patriotischen und andern Gründen einen Konflikt mit der Regierung und die Auflösung des Reichstages vermeiden möchten. Daß jene Herren über seinen Antrag hinausgehen würden, sei aber ausgeschlossen. Halte die Regierung ihre gestrige Erklärung als letztes Wort aufrecht, so sei eine Verständigung unmöglich, das Scheitern der Vorlage in diesem Reichstage besiegelt. Die drei Defizitjahre in Preußen hätten einen Fehlbetrag von zusammen über 150 Millionen ergeben. „Die notwendigsten Aufwendungen für kulturelle Aufgaben müssen deshalb in geradezu beschämender Weise zurückgestellt werden.“ Er schloß mit einer ernsten Warnung vor den bedenklichen Folgen einer unüberlegten Reichstagsauflösung. In gleicher Weise entwickelte er dem Zentralvorstande seiner Partei am 18. und 19. März die Gründe für seine Politik: „Die Grenzen der Durchführbarkeit ungefähr zu bezeichnen und die wirtschaftlichen Momente zu genügender Berücksichtigung gelangen zu lassen. Eine Verständigung auf diesem Boden zu finden, sei für die Regierung dringlich empfehlenswert und für die Partei, um der bedeutsamen Ziele des Reformplanes selbst wie um der ganzen inneren Lage willen, ebenso wünschenswert.“

Mit der ganzen inneren Lage waren diese Kompromißverhandlungen, deren Geschichte noch nicht geschrieben werden kann, auf das engste verflochten. Bennigsen stand damals mit einem Teile der Deutsch-Freisinnigen in lebhafter Verhandlung. Es kam darauf an, ob der Gesamtliberalismus, der die Wirtschaftspolitik der Regierung unterstützte, auch in dieser militärischen Lebensfrage seine Regierungsfähigkeit zu erweisen und damit einen entscheidenden Einfluß auf die Weiterentwicklung der deutschen Dinge zu gewinnen vermochte. Insofern zielte seine Politik auf eine dem späteren Block des Fürsten Bülow analoge

parlamentarische Situation. Eine Reihe alter Fortschrittsleute hatte die Bedeutung des Moments begriffen und war dem Kompromisse geneigt, der schließlich doch durch den unbelehrbaren Selbstherrscher des doktrinären Liberalismus vereitelt wurde. Man darf wohl sagen, der Versuch Bennigsens scheiterte noch mehr an Eugen Richter als an Caprivi, denn der Reichskanzler verwarf den Kompromiß Bennigsens vor allem, weil dieser nicht seine Annahme durch die Deutsch-Freisinnigen garantieren konnte. So scheiterte sein Unternehmen, das er, obwohl nur an der Spitze einer kleinen Partei stehend, mit innerer Aussicht auf Erfolg begonnen hatte. Nach der Ablehnung des Vermittlungsantrages Huene — für den auch Bennigsen in einer Rede am 5. Mai, nach dem Fall der eignen Anträge, eintrat — wurde die Reichstagsauflösung auf andrer Basis vorgenommen. Der radikale Liberalismus aber, der wiederum eine Gelegenheit zu positiver Politik gehabt hätte, spaltete sich ohne Nutzen, wie er sich ohne Nutzen neun Jahre zuvor in der Fusion vereinigt hatte. Es bedurfte für die Politiker dieser Richtung noch eines weiteren Jahrzehnts, um den realpolitischen Weg zu finden, auf dem Bennigsen seit 1867 die Ideale des Liberalismus mit den autoritären Bedürfnissen des preußischen Staates auszugleichen versucht hatte.

Aus den Briefen zum siebzigsten Geburtstage Bennigsens.[1])

Fürst Bismarck an Bennigsen.

9. Juli 1894.

Sehr geehrter Freund!

Zur Feier Ihres siebzigsten Geburtstages sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Wir sind nicht immer in demselben Geleise gefahren, aber unser Ziel war das gleiche. Daß wir die annähernde Erreichung noch Beide erlebt haben und ich Ihnen meinen Glückwunsch und meinen Dank für Ihre Mitarbeit noch lebend übermitteln kann, gereicht mir zu besondrer Freude.

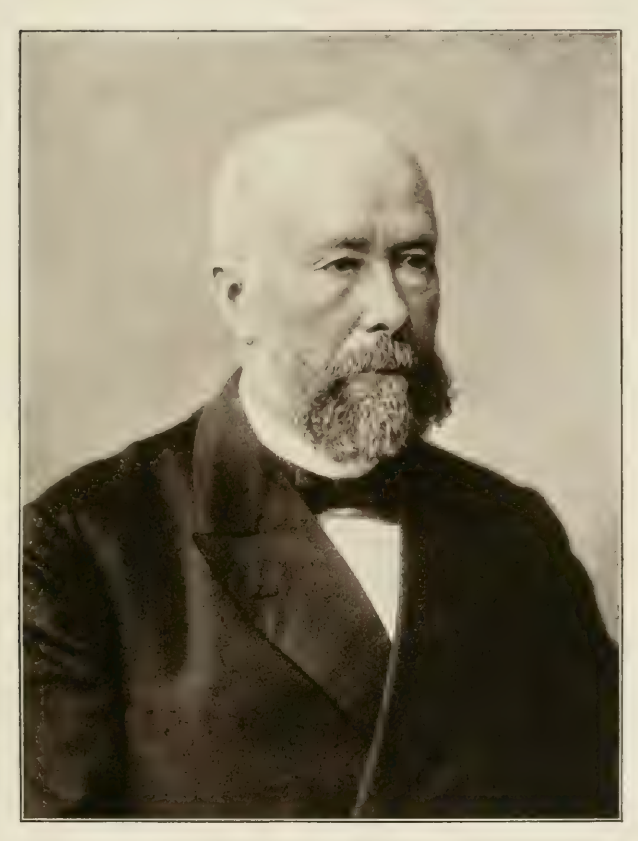
Ich bitte Sie, mir auch in der Zukunft, die jedenfalls kürzer sein wird als die 70 Jahre die wir gleichzeitig lebten, das Wohlwollen zu bewahren, welches gemeinsame Arbeit und als Ergebnis des Vorlebens gegenseitige Werthschätzung geschaffen hat.

Der Ihrige

v. Bismarck.

---

[1]) Eine ausführliche Schilderung der Feier des Geburtstages bei A. Kiepert, Die Bennigsen-Feier in Hannover am 9., 10. und 11. Juli 1894 (Hannover 1894); in der Hauptsache wiederholt bei A. Kiepert, Rudolf von Bennigsen (Hannover 1903), S. 142—180.



Rudolf von Bennigsen
1894



Großherzog Friedrich von Baden an Bennigsen.

Ich nehme aufrichtigen Anteil an Ihrem Eintritt in das 70. Lebensjahr und sage Ihnen herzliche Glückwünsche zu diesem wichtigen Lebensabschnitt. Möchten Ihnen noch viele Jahre frischer Thätigkeit in Kraft und Gesundheit vorbehalten sein, damit Sie auch ferner freudig für des Vaterlandes Wohl zu wirken vermögen.

Reichskanzler Graf Caprivi an Bennigsen.

Berlin, 9. Juli 1894.

Eurer Exzellenz zum siebzigsten Geburtstage Glück zu wünschen, kann ich mir nicht versagen. Wer die hannoverschen Dinge einigermaßen kennt, weiß, was Sie in den Tagen, als den meisten noch die Einheit Deutschlands nicht mehr als ein schöner Traum war, für diesen Gedanken, dem Sie Ihr Leben geweiht hatten, getan und gelitten haben. Und als dann jener Traum Wahrheit geworden war, haben Sie im Parlament an der Festigung der neuen Schöpfung mitgearbeitet wie wenige, und noch heut erinnert Ihr Auftreten im Reichstage in Form und Gehalt wohltuend an jene glücklichen Zeiten, in denen die Nation mit der Wärme junger Liebe sich der neuen Schöpfung freute.

Minister von Boetticher an Bennigsen.

Berlin, 9. Juli 1894.

Die mannigfachen Beziehungen, welche sich zwischen uns während einer längeren Reihe von Jahren entwickelt haben und deren freundlichen Charakter ich ganz besonders zu schätzen weiß, geben mir ein Anrecht, Sie an dem Tage Ihres Eintrittes in das einundsiebzigste Lebensjahr mit meinem herzlichsten Danke und mit den innigsten Wünschen zu begrüßen. Und dieser Gruß gilt nicht nur dem allzeit bereiten Vorkämpfer für des Vaterlandes Größe und Wohlfahrt, er richtet sich auch an den treuen und kundigen Berater seiner Freunde. Möchten diese Freunde und möchte das Vaterland noch lange Jahre Ihrer Arbeit und Ihres Rates sich erfreuen können, und möchte Ihnen selbst die Saat, welche Sie gestreut, zu eigner innerer Befriedigung reiche Frucht zeitigen!

Planck an Bennigsen.

Berlin, 30. Juni 1894.

Mein lieber Bennigsen!

Von ganzem Herzen danke ich Dir für Deine freundlichen Glückwünsche zu meinem siebzigsten Geburtstage. Wie deutlich steht vor meinen inneren Augen noch der Tag, an dem ich Dich 1849 in Osna-

brück zuerst kennen lernte, und wie dankbar erkenne ich es an, daß das Freundschaftsband, das damals geknüpft wurde, durch unser ganzes Leben fest geblieben ist. Möge es auch in den paar Jahren, die uns noch vergönnt sein mögen, zwischen uns beim alten bleiben! Hoffentlich bin ich imstande, am 10. Juli meinen Dank mündlich zu wiederholen und die Glückwünsche zu dem siebzigsten Geburtstage dann zu erwidern.

Gustav Freytag an Bennigsen.

Wiesbaden, 8. Juli 1894.

Hochzuverehrender Herr Oberpräsident!
Mein hochverehrter Herr und Freund!

In diesen Tagen ruft Euer Exzellenz ein großer Teil der Nation Dank und Heil zu. Auch die meisten unsrer politischen Gegner gedenken mit Achtung, wie oft und wie lange Sie in Deutschland, vor, während und nach der Gründung des Reiches dem Gemüt und Gewissen des Volkes, den Forderungen nationaler Ehre, den Bedürfnissen freier Entfaltung unsers Volkes als Führer der Nationalen und als Staatsmann den edelsten Ausdruck gegeben haben. Doch das werden Ihnen morgen viele hundert Stimmen in Rede und Schrift reichlicher verkünden, als ich es vermag. Nur für die Freude und den Trost, den Sie mir in langen Jahren zugeteilt, möchte ich Ihnen in wenig Zeilen treuen Dank sagen, den Sie heute gütig anhören mögen. Oft habe ich mich an Ihrer wundervollen Ruhe in der Bewegung erquickt, an dem sicheren und klugen Erkennen des Richtigen, und vor allem an der redlichen, hochherzigen Gesinnung, welche Klugheit zur Weisheit erhob. Es hat Zeiten gegeben, in denen aus dem Schwall der heftigen Worte Ihre Stimme als die Vertreterin deutscher Ehre wie aus reiner Höhe in widerwärtigen Parteihader klang, und andre, in denen Ihre Umsicht die versöhnenden Worte zu finden wußte, welche Widerstreitendes vereinigten. So sind Sie auch für mich der gute zuverlässige Anwalt, der unser politisches Heil vertritt. In diesem Sinne habe auch ich, wie Tausende, in engem Verbande mit Ihnen gelebt, obwohl mir durch viele Jahre nicht die Freude geworden ist, Ihnen persönlich zu begegnen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß ich auch dies noch einmal erlebe. Daß Sie uns Deutschen erhalten bleiben, ist heut der wärmste Wunsch u. s. w.

Bennigsen an Gustav Freytag.

Hannover, 18. Juli 1894.

Durch Ihre überaus wohlwollenden und anerkennenden Worte zur Feier meines siebzigsten Geburtstages haben Sie mir eine ganz besondere Freude bereitet. Ich bin in der glücklichen Lage, mich nicht

allein, wie alle gebildeten Deutschen, seit vielen Jahren an Ihren unsrer Literatur zur Ehre und Zierde gereichenden Werken zu erfreuen, sondern auch persönlich mit Ihnen in nahe Berührung getreten zu sein. Mit Ihnen hege ich den lebhaften Wunsch, daß uns beiden Alten bald wieder ein Begegnen vergönnt sein möge.

Hammacher an Bennigsen.

St. Blasien, 8. Juli 1894.

Sie sind überzeugt, daß ich den Entschluß, in dem Konflikt zwischen politischer und Familienpflicht, von Hannover fernzubleiben, nur mit schwerem Herzen gefaßt habe, und daß meine besten und treuesten Gedanken bei Ihnen sind. Darf ich mich doch zu den Parlamentariern rechnen, welche unter Ihrer Leitung und an Ihrer Seite jetzt bereits fast vierzig Jahre im öffentlichen Leben stehen und Hoffnungen und Enttäuschungen, Sieg und Niederlage mit Ihnen durchmachten. Unser beider Lebensweg führte uns in seinen einzelnen Altersstufen wunderbar durch die Entwicklungsgeschichte unsers Vaterlandes, und Sie denken sicher wie ich am 1. Mai, als ich das siebzigste Lebensjahr vollendet, daß der liebe Herrgott dem 1824er Jahrgange doch eine besondere Gunst zuteil werden ließ .... Ich hatte noch gestern Gelegenheit, aus dem Munde des Großherzogs von Baden, der zur Erholung hier ist, schöne Worte der Anerkennung Ihrer Leistungen zu hören. Der liebenswürdige und patriotische Fürst äußerte sich dahin, daß der von Ihnen in den 1850er Jahren ins Leben gerufene Nationalverein von dem richtigen staatsmännischen Gedanken, die politische Einigung Deutschlands herbeizuführen, getragen worden sei.

Rudolf Virchow an Bennigsen.

Berlin, am 12. Juli 1894.

Ich komme ersichtlich post festum. Da Sie aus alter Gewohnheit in mir eine Art von Feind [1]) zu sehen pflegten, so wollte ich mich auch diesmal nicht unter Ihre anerkannten Freunde eindrängen. Aber Sie waren ja zwischendurch auch ein freundlicher Kollege zu mir, und, wie Sie es auch aufnehmen, so drängt es mich doch, Ihnen einen herzlichen Glückwunsch zuzurufen. Möge Ihnen noch manches Jahr der fruchtbaren Tätigkeit und noch manche Ehre beschieden sein!

Es ist das der einfache und ehrliche Glückwunsch eines Mannes,

---

[1]) In einem Brief an seine Frau von 1884 bezeichnet Bennigsen Virchow, dem er auf der Reise in Dänemark begegnete, als einen „wunderlichen fortschrittlichen Politiker, aber eine unsrer ersten europäischen Gelehrtenberühmtheiten“.

der trotz einiger Lebensjahre mehr, doch derselben Zeit entsprossen ist wie Sie, und der mit Vergnügen sieht, wie die damals aufgenommenen Keime einer freien, selbständigen, sittlichen Auffassung von den Aufgaben des Menschen in Ihnen lebendig geblieben sind. Es wird immer zu meinen liebsten Erinnerungen gehören, daß wir wenigstens im Anfange unsrer politischen Entwicklung zusammengestanden haben, und daß die gleichen Ziele von uns angestrebt sind. Auch die Fortschrittspartei des preußischen Abgeordnetenhauses hat ihren starken Anteil daran gehabt, daß die „deutsche Frage" wieder in Fluß gekommen ist. Doch ich sehe, daß mein Gedankengang mich etwas vom Wege abbringt. Ich müßte sehr viel schreiben, wenn ich Ihnen entwickeln wollte, weshalb ich glaube, daß auch Sie nicht teilnahmlos unserm Streben gegenüber geblieben sind, und weshalb ich hoffe, daß Sie diesmal die Versicherung meiner dauernden Hochachtung ohne Einschränkung entgegennehmen werden.

Fürst Hermann Hatzfeldt an Bennigsen.

Trachenberg, 8. Juli 1894.

Eurer Exzellenz werden in diesen Tagen aus allen Gauen Deutschlands Zeichen der Verehrung und Dankbarkeit entgegengebracht, und bitte ich Sie, auch mir zu gestatten, daß ich Ihnen zu Ihrem siebzigsten Geburtstage meine aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche aussprechen darf.

Ein Menschenalter hindurch haben Euer Exzellenz im Mittelpunkte der Politik gestanden. Zu einer Zeit, in welcher Deutschland ein unbestimmter geographischer Begriff war, standen Sie an der Spitze der patriotischen Männer, welche auf die Einigung des Vaterlandes hinarbeiteten. Als die äußere Einigung erfolgt war, halfen Sie in erster Linie das neue Reich innerlich auszubauen und fest zusammenzufügen. Und noch heute, in der Zeit der materiellen Interessen, kämpfen Sie für diejenigen Prinzipien, welche Sie für wahr und recht erkannt haben. Wenn es mir manchmal vergönnt war — wenngleich in bescheidener Stellung —, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, so rechne ich diese Stunden zu den besten meines Lebens.

General von Stosch an Bennigsen.

Haus Stosch, Oestrich im Rheingau, 3. Juli 1894.

Meine sehr verehrte Exzellenz!

Zum 10. d. M. wird eine ganze Welt sich bei Ihnen einfinden, teils in Person, teils in Briefen und Adressen, um Ihnen zu huldigen, um sich mit Ihnen sich Ihres Lebens zu freuen und um Ihre Ver-

dienste um das Vaterland und zumal um die Gründung des Deutschen Reiches anzuerkennen. Ich will dem allen heute schon von ganzem Herzen und mit vollster Ueberzeugung beistimmen. Ich komme so früh, um nicht in der Masse zu verschwinden, und ich wähle den heutigen Tag, den Tag von Königgrätz, weil er als ein Geburtstag des einigen Deutschlands angesehen werden kann. Halten Sie sich gesund und verlieren Sie nicht die Lust, für die Ideale Ihrer Jugend, für ein freies Deutschland zu kämpfen. Ohne Kampf ist dies nicht zu erreichen, und der Sieg wird nur einem Heer, das einen guten Führer hat. Sie sind ein solcher, die Truppe erkennt Sie als solchen an, verlassen Sie dieselbe nicht, gerade jetzt nicht, wo die gefährlichsten Feinde des Deutschen Reiches, die Pfaffen in beiderlei Gestalt, an Macht gewinnen.

Ich blicke etwas besorgt in die nächste Zukunft, weil die Reichsregierung täglich an Kraft und Ansehen verliert und eine Besserung gar nicht in Aussicht steht. In Bambergers neuerschienenen Charakteristiken S. 119 wird aus Ihrer Rede vom 22. Februar 1892 ein Satz zitiert, der mit dem Ausspruch schließt, daß die liberalen Anschauungen einen Anspruch auf größere Geltung haben, wie sie heute besitzen. Bamberger schließt sich dem an und führt aus, wie doch dem liberalen Bürgertum vor allen andern die Konsolidierung des Reiches zu danken sei. Das liberale Bürgertum müsse sich wieder zusammenfinden, damit es besser werde. Vielleicht bietet das blutige Hervortreten des Anarchismus die Gelegenheit, die verlorene Einigkeit wiederherzustellen.

Die Kräftigung der Reichsregierung müßte freilich damit Hand in Hand gehen. Zunächst ist aber das Gegenteil wahrscheinlich. Dies zu verhüten, möchte ich Ihre Hilfe in Anspruch nehmen. Der Kaiser hat einem Vertrauten gegenüber geäußert, Caprivi ist mir bequem, aber nicht sympathisch, der Mann entbehrt der Phantasie, er versteht mich nicht, wenn ich ihm weitere Gedanken mitteile. Ich nehme als Nachfolger einen jüngeren Mann, der mir persönlich näher steht und mir gegenüber keinerlei Rückhalt auf seine Vergangenheit hat; er soll nur mein Mann sein. Nach den verschiedensten mir gewordenen Mitteilungen ist dieser Mann der Graf Eulenburg, Botschafter in Wien. Ich kenne ihn nicht, wie man mir von zwei urteilsberechtigten Männern sagt, ein Ehrenmann, fleißig und zuverlässig, aber alle Dinge von einem idealen Standpunkt ansehend, den Kaiser vergötternd und mystisch angehaucht, sehr musikalisch u. dgl. Ein reicher Mann und auch innerlich unabhängig. Man zweifelt, ob er so leichtsinnig sein könnte, den Kanzler anzunehmen.

Neben Eulenburg, doch dem Kaiser weit ferner stehend, wird ge-

nannt Bülow, Botschafter in Rom, geistig aber viel bedeutender wie Eulenburg, dabei voller Kenntnisse; Summa Summarum seines Vaters, des Staatssekretärs unter Bismarck, Sohn; schlau, berechnend und vorsichtig. Der letztere wäre immer besser wie der erstere. Die Wahl soll vor sich gehen, sobald die Herren auf ihrem Botschafterposten warm geworden sind. Man hätte also Zeit, den Krieg gegen sie zu führen — — —

Ich bin gespannt auf Ihre Ansicht darüber. Die Zeit, wo Sie sonst Freund Oechelhäuser besuchten, naht sich, und so hoffe ich, wir können mündlich darüber verhandeln. Nach den letzten Nachrichten über Oechelhäuser zu urteilen, muß er Ihrem Feste fernbleiben. Er freute sich sehr darauf. Als ich neulich darüber mit ihm sprach, bemerkte ich, daß Miquel auch dazu komme, worauf er äußerte: „Das sollte er nicht tun, er gehört nicht mehr zur Partei, das gibt einen Spektakel, ich bin der erste, der ihm die Meinung sagt." Oechelhäuser bleibt nun fort, aber ich fürchte, es finden sich noch andre, die Zorn auf Miquel empfinden und welche beim Glase Wein das Bedürfnis empfinden, ihrem Zorn Ausdruck zu geben. Vielleicht können Sie den Haupthähnen ein Wort sagen, damit solche immerhin störende Szene vermieden werde. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß Ihr Fest Ihnen nur reiche Freude bringe und daß es in Ihnen den Gedanken errege, daß es ein köstlich Ding, der bekannte Führer freier Männer zu sein, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, für das Vaterland und dessen Freiheit zu kämpfen. Bleiben Sie der Führer, und Deutschland kann vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Bennigsen an Stosch.

Hannover, 20. Juli 1894.

Euer Exzellenz haben mir durch die freundlichen und überaus anerkennenden Worte zur Feier meines siebzigsten Geburtstages eine große Freude bereitet. Sie sind noch einer von den wenigen Alten, welche eine große Zeit nicht bloß durchlebt, sondern während derselben in hervorragender Stellung erfolgreich tätig gewesen sind. Auf das wohlwollende Urteil eines solchen Mannes habe ich den größten Wert zu legen. Die von meinen politischen Freunden mir bereiteten dreitägigen Festlichkeiten waren zwar nicht ohne Anstrengung für mich in meinem Alter, aber dabei so ehrenvoll und reich an freudigen Eindrücken für mich, daß es nicht schwer ward, sie gut zu überstehen. Der Verlauf des ganzen Festes war ein sehr glücklicher und harmonischer, auch von der durch Sie und Oechelhäuser besorgten Störung infolge Anwesenheit Miquels keine Spur, ich möchte sagen das Gegenteil.

In der ersten Hälfte des September hoffe ich einige Tage in Walluf zu sein und von dort entweder Sie in Oestrich aufzusuchen oder einen Mittag bei Oechelhäuser zu treffen. Wir können dann über den weiteren Teil Ihres Briefes, welcher sich, wie Sie selbst sagen, besser zur mündlichen wie schriftlichen Aussprache eignet, uns näher unterhalten.

Miquel an Bennigsen.

Ganz vertraulich. Berlin, o. D. (Sonntags 7. oder 14. Oktober 1894).

Es sind hier so ungeheuer schwerwiegende Fragen zu entscheiden, daß ich sehr gern, um mein Gewissen zu entlasten, Deine Ansicht kennte. Wenn Du hierher auf einige Stunden nicht kommen kannst — was aber vor Freitag sein müßte —, so bitte ich, wenigstens womöglich umgehend Deine Ansicht auszusprechen über folgende Fragen:

1. Soll auf dem Gebiete des gemeinen Rechts gegen den Umsturz vorgegangen werden und
2. eventuell in nächster Sitzung des Reichstages oder
3. kann trotz der Preßdebatten u. s. w. und des kaiserlichen Ausspruchs die Sache noch vertagt werden?
4. Soll vorgegangen werden, auch wenn der höchste Beamte nicht mittut und auf das Risiko eines vollen Konflikts mit dem Reichstag und der vielleicht unausbleiblichen Folgen desselben?
5. Soll man scharf vorgehen oder so, daß möglicherweise der Reichstag die Vorlage annehmen könnte?

Es wird für Dich ohne mündliche Rücksprache schwer sein, diese Fragen ganz präzis zu beantworten, aber Du wirst wenigstens im allgemeinen Deine Stellung zu denselben bezeichnen können. Hierum bittet in alter Treue . . .

Berlin, 31. Oktober 1894.

Du kannst Dir wohl denken, warum ich mitten in der Krisis und dem herrschenden wirren Durcheinander bei näherer Erwägung Bedenken trug, Dich nach hier zu bemühen. [1]) Schreiben konnte ich auch nicht, da die Sachlage sich täglich änderte und Ueberraschungen stets möglich machte. Du kennst jetzt den Ausgang der Sache, der meines Erachtens unter den obwaltenden Umständen wohl der beste ist. Namentlich lege ich das größte Gewicht auf die Vereinigung der beiden Aemter. Ob alle Veränderungen schon abgeschlossen sind, weiß ich nicht. Ebenso

---

[1]) Am 29. Oktober wurde Fürst Hohenlohe zum Reichskanzler ernannt. Miquel hatte anscheinend bald nach seinem ersten Briefe von einem Erscheinen Bennigsens in der Hauptstadt während der Krisis abgeraten. Noch am 1. November schrieb Sattler an Bennigsen: „Ein Besuch von Euer Exzellenz hier in Berlin wird auch in diesem Augenblicke noch für bedenklich gehalten."

steht noch nicht fest, ob der Reichstag hinausgeschoben wird. Der wesentliche Inhalt des Entwurfs Caprivi wird wohl vorgelegt werden und auch wohl Aussicht haben, durchzugehen. Die Steuervorlagen werden wohl später kommen. Alles andre muß ich mir für später vorbehalten.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Bennigsen.

Berlin, 2. November 1894

Euer Exzellenz werde ich sehr dankbar sein, wenn Sie mich so bald als möglich hier besuchen wollten. Ich möchte Ihren Rat über die Besetzung des nunmehr vakanten landwirtschaftlichen Ministeriums erbitten.

Fürst Bismarck an Bennigsen.

Varzin, 6. Dezember 1894.

Verehrter Herr und Freund!

Den warmen Ausdruck Ihres Beileids[1]) habe ich dankbar empfunden, und wie meinem Herzen das Mitgefühl wohlthut, welches mir aus allen Gebieten des Vaterlandes bekundet wird, so schätze ich besonders die Theilnehmenden Worte Euerer Exzellenz in Erinnerung an unsere frühere Kampfgenossenschaft und die patriotische Hingebung, in der Sie an der Erreichung unsres gemeinsamen Zieles erfolgreich mitgewirkt haben.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

v Bismarck.[2])

Aus den letzten Jahren der parlamentarischen Tätigkeit Bennigsens sei nur noch ein einziger großer Gegenstand herausgehoben, der unmittelbar aus der nationalstaatlichen Einigung Deutschlands herausgewachsen war: die in langer Arbeit vorbereitete Rechtseinheit durch Ein-

---

[1]) Anläßlich des Todes der Fürstin Johanna Bismarck.

[2]) Es ist der letzte Brief Bismarcks an Bennigsen. Es mag hier noch ein Brief Platz finden, den Fürst Bismarck an Bennigsen am 7. Juni 1891 gerichtet hat, und zwar mit vertauschten Rollen, als Reichstagsabgeordneter des 19. hannoverschen Wahlkreises, den früher auch Bennigsen vertreten hatte: „Aus den im Lande Wursten belegenen Ortschaften Padingbüttel und Misselwarden haben mich kürzlich die Vertreter der Gemeinden besucht, um ihre Wünsche über die in Vorbereitung begriffene Eisenbahn Cuxhaven—Lehe mitzuteilen. Ich habe den Herren geraten, dieselben Ihnen und dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten vorzutragen. Mein Eindruck ist der, daß die von den genannten Gemeinden befürwortete westlicher gelegne Linie die Interessen der Landschaft Wursten mehr berücksichtigen würde und daß auch die Stadt Dorum dadurch nicht benachteiligt werden würde. Die Linie im Westen von Dorum berührt reichere und besser bevölkerte Landstriche als die östliche. Ich darf die Angelegenheit der wohlwollenden Erwägung Eurer Exzellenz empfehlen und wird dieselbe bei Ihrer genauen Lokalkenntnis gewiß die befriedigendste Lösung erfahren."

führung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Schon im konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes von 1867 hatte Miquel dem Bunde die Gesetzgebung über das bürgerliche Recht zuzuweisen versucht; er hatte den damals abgelehnten Antrag im Jahre 1869 zur Annahme gebracht. Als dann ähnliche Anträge im Deutschen Reichstage 1871 72 und 1873 folgten, war Ende 1873 das Reichsgesetz zustande gekommen, das die Kompetenz des Reiches über dieses Gebiet ausdehnte. Vergeblich hatten die partikularistischen Gegner dem Vordringen der Einheitsidee widerstrebt. In der jahrzehntelangen Vorarbeit der Juristen hatte Bennigsens Freund Planck, der in der zweiten Kommission von 1891 bis 1895 das Generalreferat hatte, eine führende Rolle gespielt — ein denkwürdiges Monument deutscher Charakterhoheit und Geistesstärke, das der seit langem erblindete Mann sich errichten durfte. Am 17. Januar 1896 legte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe dem Reichstage den Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches vor.

An dem fünfundzwanzigjährigen Jahrestage der Kaiserproklamation hatten auch die Nationalliberalen sich zu festlichem Zusammensein vereinigt, und in einer formvollendeten und edlen Rede ließ Bennigsen die Erinnerungen und Bilder aus großer Zeit noch einmal wieder in tiefer Ergriffenheit lebendig werden und gedachte der großen Männer, die das Reich geschaffen hatten, und der Kämpfe, die man im Innern durchgemacht, um zu dem endlichen Ziele zu kommen. Er widmete jetzt dem abgeschlossenen Kulturkampf — vermutlich im Hinblick auf die bevorstehende gemeinschaftliche Arbeit — versöhnende Worte: „Trotz der Schwere dieser Gegensätze, trotz der geschichtlichen Notwendigkeit für dieselben aber, ist es schließlich doch gelungen, wenn nicht zu einem definitiven Frieden, aber doch zu einem solchen Verhältnis zu gelangen, welches ein einträchtliches Zusammenwirken des Staates mit der Kirche und unter den verschiedenen Glaubensgenossen vollkommen zuläßt und uns die Hoffnung nicht bloß, sondern die Zuversicht einflößt, daß auf diesem Gebiete in absehbarer Zeit ein so schwerer Zwist nicht wieder ausbrechen wird, und das wolle Gott auch verhüten!" Und nicht minder gedachte er der Kämpfe zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Sozialdemokratie, zwischen Kapital und Arbeit, die Deutschland so gewaltig bewegten. „Ich habe schon lange die Ueberzeugung gehabt, die weit verbreitet ist in Deutschland, daß es sich gar nicht allein um die Lösung der wirtschaftlichen Frage, sondern wesentlich darum handelt, daß diese Gegensätze unter den Menschen menschlich überwunden werden müssen, mag das nun in der kirchlichen oder in der menschlichen Art geschehen. Und diese menschliche Ueberwindung, die endlich geschehen muß, wenn die europäische Kultur nicht zugrunde gehen soll, die muß es in die Hand

nehmen und auch durchführen, daß hier eine Brücke gewonnen wird, die wieder den Menschen dem Menschen nähert, bei uns aber noch keineswegs verloren ist, bei allen, die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen und nicht bloß im eignen wirtschaftlichen Interesse ein gutes Verhältnis mit den Arbeitern herzustellen suchen, sondern als menschliche Aufgabe ein herzliches Verhältnis zu den Arbeitern erfassen." Er sprach von den unerfreulichen Erscheinungen, die in dem gegenwärtigen Reichstage auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zutage getreten seien. Auch ihm sei schon die Frage vorgelegt worden: Was bleiben Sie überhaupt noch in der Vertretung der deutschen Nation? „Ich habe darauf einfach erwidert: Das sind doch nur vorübergehende Erscheinungen. Der Kern unsrer Nation wird auch das überwinden. Nur Krankheit oder Unfähigkeit entschuldigt den Rücktritt in solchem Kampfe! Es ist nur ein vorübergehender Niedergang. Zur Besserung mitzuwirken ist allerdings die Aufgabe jedes Patrioten. Der Reichstag ist unglücklich zusammengesetzt, er hat keine dauernde Mehrheit, der Kampf der Parteien ist gröber geworden, die ganze Temperatur ist unbehaglicher als in alten Zeiten. Aber ich weiß doch nicht, ob es nicht diesem Reichstag, der unglücklich zusammengesetzt ist, beschieden ist, daß er ein großes Werk vom höchsten Werte, eine Gesetzgebung ersten Ranges zum Abschluß bringe, und wenn das geschieht, wird auch dieser deutsche Reichstag, mag seine Zusammensetzung und Tätigkeit sein, wie sie will, in der deutschen Geschichte sich ein Ehrendenkmal gesetzt haben. Denn die Schaffung eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuches ist eine Arbeit, so umfassend und so schwierig, daß die besten Männer seit achtzehn Jahren zweifelhaft gewesen sind, ob diese Aufgabe überhaupt zu lösen sei. Und jetzt wird wahrscheinlich doch dieser Reichstag die Schlußkrone auf dieses Werk setzen.

„Dabei erinnern wir uns aber mit Freuden, daß sich in unsrer Mitte ein alter Freund befindet: der Geheime Oberjustizrat Planck, der an diesem schwierigen Werke lebhaften Anteil genommen und daran mitgearbeitet hat vom ersten Tage an, vor siebzehn Jahren in hervorragendster Stellung als Mitverfasser des ersten Entwurfs und als der Generalreferent des jetzt vorliegenden zweiten Entwurfes. Ich möchte glauben, daß wir stolz darauf sein können, daß wir alle mitgewirkt haben an diesem dem Abschluß nahen Werke. Aber noch mehr auf unsern Planck. Mein alter Freund wird mir nicht verargen, wenn ich sage, daß ein vollständig erblindeter Mann in diese Kommission eingetreten ist und dann diese Aufgabe glänzend durchgeführt hat, das ist wohl beispiellos in der Geschichte aller Völker und aller Gesetzgebung. Die Männer, die vor fünfundzwanzig Jahren im Heere

und im Rate tätig gewesen sind, deckt fast alle der Rasen. Wenige von ihnen leben noch. Von ihnen aber einer der größten, der jetzt noch im Sachsenwalde sinnend dahingeht, der gewaltige, eherne Kanzler Otto von Bismarck. Einsam ist er mitten in seinem Walde, aber ihn begleiten doch und ihn treffen doch die Gedanken eines ganzen dankbaren Volkes, unerschöpflich in Dankbarkeit und Verehrung für diesen gewaltigen großen Staatsmann, dem in den langen Jahrhunderten der europäischen Geschichte nur sehr wenige — etwa nur Richelieu und Cromwell, auch diese nicht vollständig — zu vergleichen sind. Unser Volk mag viele Fehler haben, aber den Fehler der Undankbarkeit besitzt es nicht. Freilich haben auch nicht alle Nationen einen solchen Gegenstand für ihre Verehrung und Dankbarkeit, wie wir an Otto von Bismarck! Er ist schon bei lebendem Leibe eine historische Persönlichkeit geworden, ein Stück unsers Volkslebens, welches seine Bedeutung behalten, leben und fortwirken wird in den Entschließungen und Handlungen unsers deutschen Volkes jahrhundertelang!"

Es war von vornherein für Bennigsen eine Herzenssache, in der parlamentarischen Behandlung des Entwurfes, mit dem die Namen seiner beiden ältesten politischen Freunde so eng verknüpft waren, die Führung zu übernehmen. Er schrieb kurz zuvor seinem Freunde Marquardsen: „Wegen der Behandlung der großen Vorlage des Bürgerlichen Gesetzbuches hatte Herr Nieberding schon eine längere Besprechung mit mir, bei welcher er auch den Wunsch ausdrückte, ich möchte den Vorsitz in der demnächstigen Kommission übernehmen. Ich habe dies auch nicht zurückgewiesen, obwohl es mit meinen Geschäften als Oberpräsident schlecht stimmen wird, vorausgesetzt, daß die Annahme besteht, ich könne der großen Angelegenheit als Vorsitzender der Kommission förderlich sein."[1]) Am 3. Februar 1896 begannen die Verhandlungen im Plenum. „Den Glanzpunkt der Verhandlungen bildete die Rede Plancks. Sie war einfach, klar und wirkungsvoll," schrieb Hammacher.[2]) Das Zentrum hatte ursprünglich durch Graf Hompesch anerkannt, daß den Nationalliberalen nach dem Turnus der Anspruch auf den Vorsitz in der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch zukomme, änderte aber plötzlich seine Ansicht und beanspruchte den Vorsitz für sich selber als die zahlreichste Fraktion, da bei der Wichtigkeit der Vorlage eine Entscheidung nach dem Turnus nicht Platz greife. Obgleich es selber jahrelang der Rechtseinheit widerstrebt hatte, und obgleich einzelne seiner Heißsporne das Bürgerliche Gesetzbuch für unannehmbar erklärten, wollte es jetzt nach außen

---

[1]) Bennigsen an Marquardsen, 21. November 1895.

[2]) Marquardsen an Bennigsen, 4., 5. Februar, Hammacher an Bennigsen, 5. Februar 1896.

hin den Ruhm eines großen Gesetzgebungswerkes für sich in Anspruch nehmen.

Bennigsen, der selber wenig nach äußerlichen Ehren geizte, war um so mehr damit einverstanden, als das Zentrum damit ein Stück der Verantwortung übernahm, und beschloß, sein bestes Können einzusetzen, um die Annahme des Bürgerlichen Gesetzbuches im Reichstage durchzusetzen. Und da die Konservativen den aussichtslosen Versuch unternahmen, bei dieser Gelegenheit die fakultative Zivilehe einzuführen, und obendrein in der Frage des Wildschadens einer reichsgesetzlichen Regelung eigensüchtig widerstrebten, so blieb die einzige Möglichkeit, daß Nationalliberale und Zentrum zusammen einen Ausgleich versuchten. Es war das Verdienst Bennigsens auf der einen Seite und das nicht minder große Verdienst des national denkenden Zentrumsführers Lieber auf der andern Seite, daß sie einen Mittelweg fanden, der die Schwierigkeiten aus dem Wege räumte. So konnte der greise Führer der Nationalpartei zusammenwirken mit derjenigen Partei, die ihrem großdeutsch-föderalistischen Ursprunge getreu so lange der Entwicklung widerstrebt hatte und nun doch rückhaltlos auf den Boden des Neuen getreten war. Jahrzehntelang war Bennigsens Name gerade dieser Partei wie ein feindliches Symbol erschienen. Jetzt bewies er, daß die Kulturkampfperiode längst überwunden hinter ihm lag. Das Versöhnliche seines Wesens und seine praktische Richtung schlugen auch über diese Kluft eine Brücke und schufen ihm selbst bei dem Zentrum eine warme Anerkennung,[1]) trotzdem er sich zu der Gegenrechnung des neuen Bundesgenossen, die den Epilog des Abschlusses bildete, doch seiner alten Ueberzeugung getreu nicht verstehen wollte. Er selbst aber schrieb am 9. Juni mit tiefer Befriedigung an seine Frau: „Gestern und heute sind in der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch die beiden übriggebliebenen Hauptdifferenzpunkte, Vereine und Eherecht, so erledigt, daß das Gesetzbuch im Plenum des Reichstages gesichert erscheint. Die Verhandlung im Reichstage wird unter diesen

[1]) Nach Bennigsens Tode schrieb die „Kölnische Volkszeitung" am 23. Oktober 1902: „Was Herrn Rudolf von Bennigsen anlangt, so ist der letzte Eindruck seines Wirkens im Reichstage beim Zentrum der gewesen, daß durch das Zusammenwirken mit ihm und ganz wesentlich durch sein ebenso kluges wie geschicktes Eingreifen das Bürgerliche Gesetzbuch zustande gebracht wurde. Damals war es Herr von Bennigsen, welcher anerkannte, daß die Forderungen, welche das Zentrum stellen mußte, zu befriedigen waren, und welcher dann mit klarer Entschiedenheit seine Fraktionsgenossen dazu bewog, diesen Forderungen entgegenzukommen. Das brachte damals die Entscheidung bei den Verhandlungen über das Zustandebringen des großen Gesetzgebungswerkes. Man kann hinzufügen, daß Herr von Bennigsen bei allen Mitgliedern des Zentrums, welche ihn kannten, trotz allen politischen Gegensatzes persönlich einer großen Hochachtung sich erfreute."

Umständen auch verhältnismäßig rasch verlaufen. Jedenfalls sind wir vor Ende Juni fertig. Daß ich für das Zustandekommen dieses großen Werkes in meinem hohen Alter noch habe nützlich mitwirken können, wird mir, trotz der daraus für mich erwachsenen großen Belästigungen, immer eine nicht geringe Freude sein."

Planck an Bennigsen.

Berlin, 22. Mai 1896.

Als ich mich heute für die Pfingsttage, in denen ich nach Göttingen will, bei Nieberding verabschiedete, zeigte er mir einen Ausschnitt aus dem „Hannoverschen Courier" vom 20. Mai, in dem sich dieser sehr lau und zweifelnd über das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches im Laufe dieses Sommers ausspricht, so daß man dadurch den Eindruck erhält, als wenn nichts daran gelegen wäre, wenn die Beratung im Reichstage auf den Herbst verschoben würde. Nieberding meint, wie ich glaube, mit Recht, daß die nationalliberalen Blätter mit aller Energie auf die Beratung und das Zustandekommen in diesem Sommer hinarbeiten und die Notwendigkeit, nie die Möglichkeit eines solchen Ganges der Dinge betonen müßten. Sollte es Dir möglich sein und angemessen erscheinen, in dieser Richtung auf den „Hannoverschen Courier" einwirken zu lassen, so würde das sehr dankenswert sein! An die „Nationalzeitung", die sich in ähnlicher Art wie der „Courier" ausgesprochen, habe ich dasselbe geschrieben.

Vertraulich teile ich Dir noch mit, daß Nieberding mit Lieber verabredet hat, noch vor dem Zusammentritt der Kommission eine Besprechung zu haben und den Versuch einer Verständigung über alle wesentlichen Punkte zu machen. Anderseits fürchtet Nieberding, daß nach Pfingsten der Versuch wieder aufgenommen werde, das Abgeordnetenhaus so bald wie möglich zu vertagen, und denkt hierbei besonders an Miquel. Dieser stehe, wie er meint, jetzt in hohem Grade unter dem Einflusse von Limburg-Stirum und des von ihm geführten Teils der Konservativen, die, vielleicht unter Einwirkung von Bismarck, die Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs bis zum Herbst hinauszuschieben bestrebt sind. Miquel wünscht dies, wie ich glaube, nicht und interessiert sich ernstlich für das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs; er scheint mir aber die Gefahren der Hinausschiebung der Beratung zu unterschätzen und ohne genügenden Grund sich zu scheuen, zu dem Zusammenhalten des Abgeordnetenhauses, wenigstens bis zum Anfange der Beratung im Plenum des Reichstages, die Hand zu bieten, obwohl darin doch wahrscheinlich ein Mittel liegen würde, die Beschlußfähigkeit des Reichstages zu erreichen. Ich teile Dir dies mit, weil

Du ja in Aussicht gestellt hattest, mit Miquel, sobald Du wieder hierherkämest, über die Sache zu sprechen, und hierfür Dir diese Notizen vielleicht von Interesse sind.

Dr. Carl Bachem an Bennigsen.

Berlin, den 6. Juli 1896.

Euer Exzellenz wollen freundlichst gestatten, Ihnen den beifolgenden Artikel „Das neue Bürgerliche Gesetzbuch und die Haltung des Zentrums" in Nr. 452 der „Kölnischen Volkszeitung" vom 2. Juli ganz ergebenst zu unterbreiten, indem ich dabei anknüpfen darf an unsre Besprechungen vor dem Abschluß des Kompromisses in Sachen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der nun zu einem so erfreulichen Ergebnis geführt hat. Damals hatte ich die Ehre, Euer Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, daß wir einen solchen Kompromiß nur wagen könnten, wenn wir sicher seien, daß wir in betreff unsrer kirchlichen Haltung im Falle der mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe von theologischer Seite wirksame Verteidigung finden würden, und daß dafür in erster Linie für uns die deutschen Jesuiten in Betracht kämen, namentlich deren hervorragendste Autorität, P. Lemkuhl. Wenn nun auch das, was dieser für erforderlich hält, nur in knappster Form von uns erreicht worden ist, so verteidigt er uns doch jetzt, wie er es uns versprochen hat, in der wirksamsten Weise. Auch bei den sonstigen Verhandlungen über das Eherecht haben wir uns stets des selbstlosen Beirates der Jesuiten zu erfreuen gehabt, und wenn es gelungen ist, einen Weg zu finden, der es dem Zentrum ermöglicht, in der Schlußabstimmung dem großen nationalen Werk zuzustimmen, und der auch für die Reichsregierung ebenso wie für die nationalliberale Partei und die Reichspartei gangbar war, so haben dabei die Jesuiten auf unsrer Seite ein ganz hervorragendes Verdienst.[1])

Was nun den Zweck dieser Ausführungen anlangt, so werden Euer Exzellenz ihn längst erraten haben, und ich darf wagen, ihn offen auszusprechen, da ich annehmen darf, daß Euer Exzellenz der Jesuitenfrage längst freier gegenüberstehen, was Ihre Person anlangt, als viele, welche die Jesuiten und ihren echten deutschen Patriotismus, der sie auch nach 1872 nie verlassen hat, nicht oder nur aus höchst unlauteren Quellen kennen. Ich meine, nachdem nun wieder die Jesuiten in einer höchst wichtigen Sache ihre gut nationale Denkart so glänzend bewährt haben, wäre es nun doch endlich an der Zeit,

[1]) Ueber die Beteiligung der Jesuiten an dem Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches und ihre damaligen Beziehungen zum Zentrum brachten die Zeitungen im August 1909 nähere Nachrichten.

mit dem traurigen Jesuitengesetz ohne Halbheiten und ohne Bedenklichkeiten kurz entschlossen tabula rasa zu machen.

Wenn Euer Exzellenz die Güte haben wollten, Ihren großen Einfluß gerade unter Hinweis auf die Haltung der Jesuiten in der oben beregten Richtung geltend zu machen, dürfte es doch kaum mehr aussichtslos sein zu hoffen, daß der Bundesrat, wenn er nun endlich Stellung nimmt zu dem Beschlusse des Reichstages in puncto Aufhebung des Jesuitengesetzes, endlich dasjenige ohne Aengstlichkeit tut, was nun auf die Dauer vollständig unvermeidlich ist, nämlich jenem Reichstagsbeschlusse einfach und in vollem Umfange zuzustimmen. Euer Exzellenz dürfen sicher sein, daß nichts so sehr geeignet wäre, ein weiteres verständiges Zusammenwirken königstreuer und patriotischer Faktoren zu verbürgen, als die Entfernung des Stachels aus dem Herzen des katholischen Volksteiles, der nach wie vor am peinlichsten schmerzt und verbittert. —

Indem ich Euer Exzellenz recht sehr bitte, diese Bemerkungen freundlich aufnehmen und einer ernsten Erwägung unterziehen zu wollen u. s. w.

Köln, 30. Juli 1896.

Euer Exzellenz Aufmerksamkeit hatte ich die Ehre vor kurzem auf einen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" zu lenken, in welchem der Jesuitenpater Lemkuhl die Haltung des Zentrums in Sachen des Bürgerlichen Gesetzbuches verteidigt. Im Anschluß an meine damaligen Ausführungen gestatte ich mir nunmehr weiter, Euer Exzellenz in der Anlage das jüngste Heft der „Stimmen aus Maria-Laach" ganz ergebenst zu überreichen, indem ich auf den ersten Artikel desselben unter dem Titel „Das neue Bürgerliche Gesetzbuch des Deutschen Reiches und seine bürgerliche Eheschließung" verweise, der dieselbe Tendenz verfolgt und ebenfalls von P. Lemkuhl S. J. herrührt.

Bennigsen an Bachem.

Konzept. Hannover, 22. August 1896.

Für Ihre Mitteilung vom 6. und 30. und deren Anlagen spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus.

Ich war zunächst zweifelhaft, ob ich meine Ansicht Ihnen mitteilen sollte, halte es aber doch für das Richtigere, mich vor meinem morgen erfolgenden Antritt einer Urlaubsreise offen auszusprechen, wenn dies Ihren Wünschen auch nicht zusagen wird.

Daß einzelne hervorragende Jesuiten deutscher Herkunft in der Frage der Regelung des Eherechts im Bürgerlichen Gesetzbuch sich einsichtiger und unbefangener verhalten als verschiedene evangelische Eiferer, ist in der Tat erfreulich, um so mehr, als nach Ihren Aeußerungen

dadurch der Zentrumsfraktion die Entschließung zugunsten des Abkommens über das Gesetzbuch erleichtert worden ist. Daß diese Männer dabei gerade aus deutsch-patriotischen Motiven gehandelt haben sollen, muß ich bezweifeln. Ist es doch eines der hervorragendsten und bedeutungsvollsten Momente in der Organisation des Jesuitenordens, daß für das einzelne Mitglied Familie und Vaterland in der Wertschätzung ganz zurücktreten und verschwinden müssen gegenüber der universalen Machtstellung des Ordens und seiner Hingebung für die weltumfassenden Ziele der katholischen Kirche.

Dem einzelnen Jesuiten ist Deutschland nicht verschlossen, Beschränkungen, wie sie der zweite Teil des sog. Jesuitengesetzes enthält, mögen fallen. Die offizielle Wiederzulassung der Tätigkeit des Ordens in seinen Niederlassungen für Deutschland mit meinem etwaigen Einflusse bei den deutschen Regierungen zu befürworten, wie Sie wünschen, sehe ich mich aber außerstande. Entscheidend ist dabei für mich nicht etwa allein oder hauptsächlich der Umstand, daß ich, so wie die Dinge liegen, mich dadurch in vollen Widerspruch setzen würde mit meinen politischen Freunden. Die offizielle Wirksamkeit der Jesuiten im Deutschen Reich halte ich überhaupt für unheilvoll. Wie Sie wissen, sind auch noch in heutiger Zeit gut katholisch gesinnte Männer der verschiedensten Länder in der Beurteilung der Tätigkeit der Jesuiten andrer Ansicht als Sie und Ihre näheren Freunde. Als es sich im vorigen Jahrhundert um die Aufhebung des Ordens durch den Papst handelte, ging die den Jesuiten feindliche Bewegung in den katholischen Ländern Frankreich, Italien, Portugal u. s. w. keineswegs allein von den Regierungen aus, nicht einmal überall in erster Linie. Auch Bischöfe und Geistliche in nicht geringer Zahl haben damals die Wirksamkeit des Ordens als eine den Frieden direkt störende, für die katholische Kirche unheilvolle betrachtet. — In unserm kirchlich zerrissenen Vaterlande ist aber auch der Widerstand weiter evangelischer Kreise gegen die Rückkehr der jesuitischen Niederlassungen nicht unbeachtet zu lassen. Bei dem Urteil über die jesuitische Tätigkeit in früherer und neuerer Zeit laufen gewiß manche Vorurteile und Uebertreibungen unter. Es bleibt aber für die weitverbreitete Abneigung immer tatsächlich Schwerwiegendes genug übrig. Das eine namentlich werden wir evangelischen Deutschen den Jesuiten nie vergessen können: Um die Mitte des 16. Jahrhunderts war Deutschland ganz nahe daran, die *evangelische Glaubenseinheit* zu erlangen, ebenso wie Schottland, Dänemark, Norwegen und Schweden. Waren doch in heute überwiegend katholischen deutschen Gebieten bis tief nach Oesterreich hinein damals Magistrate und Landadel in weitestem Umfange

bereits evangelisch. Der klugen und energischen, insbesondere aber gänzlich rücksichtslosen Tätigkeit der Jesuiten ist es zuzuschreiben — in Ihren Augen freilich ein großes Verdienst —, daß diese großen, fast schon verlorenen Landstriche der katholischen Kirche wiedergewonnen sind.

Von der späteren Zeit will ich lieber schweigen. Sie werden zwar bestreiten, daß den Erfahrungen früherer Jahrhunderte von uns noch ein erheblicher Wert beigelegt werden darf. Aber auch aus neuerer Zeit sind leider Vorkommnisse in Deutschland zur Genüge vorhanden, welche die Arbeit der Jesuiten als eine für den interkonfessionellen Frieden verhängnisvolle erscheinen lassen müssen. Nach der Geschichte und dem Charakter der Deutschen ist es sicherlich keine leichte Aufgabe, das friedliche und einträchtige Zusammenleben und Zusammenwirken der verschiedenen Konfessionen so zu gestalten und zu erhalten, wie es in dem erneuten Deutschen Reiche nicht allein erwünscht, sondern notwendig ist.

Hält die römische Kurie noch immer offiziell das Ziel aufrecht, die Evangelischen in Deutschland zur katholischen Kirche zurückzuführen, so können die wieder zugelassenen Jesuiten nach ihren Statuten und ihrer Geschichte gar nicht anders, sie müssen es vielmehr als ihre Pflicht ansehen, in diesen Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten und damit den mühsam wiederhergestellten Frieden unter den Konfessionen dann von neuem zu gefährden. Davor wünsche ich unser Vaterland bewahrt zu sehen und kann daher zu meinem Bedauern Ihren Wunsch nicht erfüllen.

Lieber an Bennigsen.

Camberg, 12. September 1897.

Exzellenz, Herr Oberpräsident!
Hochverehrtester Herr Kollege!

... Daß Eure Exzellenz zum Jahreswechsel Ihrem hohen Amt entsagen wollen, wird die Provinz gerechten Anlaß haben, lebhaft zu beklagen, würde mir aber weniger besorglich sein, wenn mit der Kunde nicht die andre Hand in Hand ginge, Sie wollten mit dem Ablauf gegenwärtiger Wahlperiode auch dem politischen Leben endgültig den Rücken kehren. Ich stehe, Gott sei Dank, nicht mehr allein im Zentrum, nicht einmal unsrer Presse gegenüber, wenn ich es ohne Schmeichelei ausspreche: Wie jetzt die Dinge liegen, würde dies ein Verhängnis sein. Persönlich empfinde ich den drohenden Verlust um so schmerzlicher, als auch mein alter Gönner aus Ihrer Partei, Herr Dr. Hammacher, mir bestimmt ankündigt, er werde in die Parlamente nicht zurückkommen. Niemand kann mehr als ich empfinden und verstehen, daß es für anständige Männer täglich schwerer wird, im öffentlichen Leben auszuharren, und daß, wer Ideale hat und unserm Volke erhalten will,

sich in der gegenwärtigen politischen Gesellschaft je länger um so fremder fühlen muß, vom immer wüsteren Wahlkampfe nicht erst zu reden. Allein was soll, ich frage nicht: aus unserm Reichstag, was soll aus unserm Deutschen Reiche werden, wenn aus seinem Vertretungskörper die vornehmsten Träger der besten Ueberlieferungen deutschen Verfassungslebens vor der Zeit verschwinden und niemand sie ersetzt, weil — sogar alles übrige als gleichwertig vorausgesetzt — ihre Persönlichkeit niemand ersetzen kann? Eine meiner schönsten Erinnerungen und meiner echtesten Ruhmestitel einer wird immer bleiben, daß es unser beider Zusammenwirken gelang, Deutschland sein einheitliches bürgerliches Recht und in verhältnismäßig kurzer Zeit und sachgemäßer, würdiger Ruhe zu bescheren. Es wird mir schwer, der Aussicht zu entsagen, in den bevorstehenden Kämpfen an Euer Exzellenz den Mann zu finden, mit dem sich auch bei andern Fragen von entscheidender Bedeutung über alle Parteiverschiedenheit hinweg für des Vaterlandes Wohl gemeinsam wirken lasse. Immer noch hoffe ich, daß der Entschluß kein unabänderlicher sei, und würde mich glücklich schätzen, wenn das Gesagte beitrüge, den Gedanken, den ich für eine Versuchung halte, zu verscheuchen. Minister von Miquel sagte, Euer Exzellenz beabsichtigten, sich dem Traum Ihrer Jugend, der Gelehrtentätigkeit, zu widmen. Genau mein eigner Fall. Doch wollen Euer Exzellenz gestatten: Wir sind nun einmal aus dem erwünschten in das unerwünschte Geleis geworfen; ob wir bei dem Versuch der Rückkehr nach so langer Zeit das erstere wieder treffen, ob wir es nicht mit noch geringerer Befriedigung befahren würden, ob nicht der Dichter recht behielte, wenn er warnt: „Was du als höchstes Kleinod erst errungen, erscheint dir bald als törichtes Verlangen"?

Ich wünsche, nichts Unbescheidenes getan zu haben, und bitte Euer Exzellenz gehorsamst, in dem Gesagten nur den Ausdruck der hohen Wertschätzung und ausgezeichneten Verehrung hochgeneigtest zu erblicken.

Camberg, 20. September 1897.

Euer Exzellenz sehr gütiges Schreiben aus Bennigsen vom 18. d. M. verpflichtet mich in seinem ersten Teil zu ebenso herzlichem Danke, wie ich den zweiten Teil in aufrichtigem Schmerz bedauern muß. Zwar hätte ich noch vieles einzuwenden, allein wenn Ihre engeren Freunde machtlos sind, . . .! Vielleicht schafft die Entwicklung der Dinge, was die Personen nicht imstande sind. Ihr wertvolles Schlußzeugnis muß Ihnen aber ganz besonders danken Euer Exzellenz verehrungsvollst ergebenster [1])

[1]) Die Verbindung mit Lieber wurde von Bennigsen in den nächsten Jahren aufrechterhalten. Bennigsen an Hammacher, 6. Februar 1900:

Hammacher an Bennigsen.

Berlin, 3. Juni 1897.

Es tut mir leid, daß Sie zu den letzten Sitzungen des Reichstages nicht nach hier zurückkehrten und an meiner Abendgesellschaft nicht teilnahmen. Von der Recke, der sich unter meinen Gästen befand, ist politisch und parteimäßig erregter, als ich früher annahm. Er sagte mir, daß er bei den nächsten Wahlen den gesamten Regierungsapparat in Bewegung setzen werde, um im Abgeordnetenhause eine Majorität für das Vereinsgesetz und ähnliche Dinge zu erlangen. Ich beobachte überhaupt, daß in den oberen Regierungskreisen eine sehr verbitterte Stimmung über den Mißerfolg bei dem Vereinsgesetz herrscht. Man hatte mit Bestimmtheit auf die Unterstützung wenigstens eines Teiles der nationalliberalen Partei gerechnet, zumal Krause, von Eynern und Sattler bei den vertraulichen Vorverhandlungen diese Erwartung als berechtigt hingestellt haben sollen. Gegen Sie, lieber Freund, richtet sich der scharf ausgesprochene Tadel, daß Sie als alter ego des Königs in Ihrer Stellung eines Oberpräsidenten politische Rücksichten verletzten, indem Sie im Reichstag für den Antrag Rickert stimmten.[1]) Ich halte mich für verpflichtet, Ihnen hiervon Mitteilung zu machen, zumal Sie mir sagten, daß Sie wegen des Zeitpunktes Ihres Rücktritts aus dem Staatsdienst zweifelhaft seien und die angedeuteten Umstände auf Ihre Entschließung Einfluß üben können. Ueber die Stimmung des Kaisers mit Bezug auf Sie ist, wie ich ausdrücklich hervorhebe, nichts zu meiner Kenntnis gekommen.[2]) Miquel, den ich gestern sprach, ermächtigte mich aber, Ihnen zu sagen, daß er Ihnen rate, mit

„Die Krankheit Liebers ist sehr bedauerlich. Er hat, wie wir beide am besten wissen, doch schon seit mindestens vier Jahren sich sehr verständig und in seiner Art patriotisch verhalten. Besuchen Sie vor Ihrer Abreise doch Lieber und bestellen ihm auch einen Gruß von mir." — Hammacher an Bennigsen, 9. Februar 1900: „Ihre Grüße an Lieber kann ich leider nicht ausrichten, der arme Kerl scheint verloren. Ich beklage das mit Ihnen als ein großes Unglück. Lieber zeigte unter allen Ultramontanen das bewußteste politische Nationalgefühl. Noch oft werden wir seinen Einfluß auf das Zentrum vermissen. Wie anders wäre es geworden, wenn er statt des Jesuiten Schädler gestern über das Flottengesetz gesprochen hätte!"

1) Am 18. Mai war der Antrag Rickert auf Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine — ein Gegenschlag gegen die Einbringung des preußischen Vereinsgesetzes — mit 252 gegen 53 Stimmen (Konservative und Freikonservative) angenommen worden.

2) Am 13. November 1897 berichtete der Landeshauptmann Irmer an Bennigsen über eine längere kolonialpolitische Audienz bei dem Kaiser und fügte hinzu: „Ich habe mich besonders gefreut, daß er auch von Euer Exzellenz eine so besonders hohe Meinung hat."

Ihrem Entlassungsgesuch nicht länger, als Sie früher beabsichtigten, zurückzuhalten. Meines Erachtens sollten Sie die Verabschiedung pro 1. Oktober nachsuchen. Zaudern Sie länger, so könnte es leicht so kommen, daß Sie als Märtyrer abgingen. Dazu ist die Sachlage doch nicht angetan.

Miquel an Bennigsen.

Berlin, 29. Dezember 1897.

Lieber Freund!

In wenigen Tagen bist Du nun ein freier Mann. Gestern unterschrieb ich Deine Abschiedsordensdekoration.[1]) Da war mir doch etwas sonderbar zumute. Eine Art von Neid ergriff mich, und ich fühlte stark, daß es auch für mich hohe Zeit wäre, mich loszumachen und noch einige Jahre, wenn das Schicksal es will, goldene Freiheit und innere Muße zu genießen. Es ist eine lange Spanne Zeit verflossen, seit wir einem großen Ziel uns widmeten, wir, vor allem Du, können im großen mit den Erfolgen zufrieden sein; wo sie fehlten, war es bisweilen auch unsre Schuld, wo sie wieder verloren gingen, ist es wohl die Schuld andrer. Aber — davon bin ich überzeugt — das aufgerichtete Werk wird stehen trotz aller Fehler der Deutschen und der Mängel seiner Regierung. Du kannst beruhigt Dich der ländlichen Muße und der Dir so lieben beschaulichen Gedankenwelt hingeben, und ich wünsche von Herzen, daß Du sie noch lange in vollen Zügen genießen mögest und daß auch weiterhin im schönen Familienkreise des ungetrübten Glückes der Kinder und Enkel Du Dich erfreuen wirst.

Vor allem — in unserm Alter muß [man] das Nähere höher schätzen als das Entferntere — wünsche ich für das beginnende Jahr Dir und den Deinigen das Beste und Wünschenswerteste und hoffe Dich bald im Reichstage in voller Frische wiederzusehen.

Wäre es nicht schön, wenn Deine Schlußrede der deutschen Flotte gewidmet wäre, für welche wir in der Jugend geschwärmt und gesammelt haben?

Hammacher an Bennigsen.

Berlin, 3. Dezember 1897.

Ich teilte mit, daß Sie nach Ihrem gestrigen Briefe dienstlich verhindert seien, in der nächsten Zeit nach hier zu kommen. Hierüber herrschte eine große Niedergeschlagenheit, und man beschloß einmütig,

---

[1]) Der Kaiser verlieh Bennigsen bei seinem Abgang aus seinem Amte als Oberpräsident das Großkreuz des Roten Adlerordens. Ueber die Abschiedsfeier und die Reden Bennigsens am 12. und 15. Januar 1898 vgl. A. Kiepert a. a. O. S. 219—236.

Sie noch einmal dringend zu bitten, daß Sie wenigstens an einem Tage der ersten Lesung des Gesetzes hier seien und namens der Partei das Wort ergriffen. Ich erhielt den Auftrag, Ihnen diese Bitte auszudrücken und ersuchte zunächst Bassermann, Ihnen zu telegraphieren. Wie die Dinge liegen, müssen Sie es nach meiner Ueberzeugung wiederholt ernstlich überlegen, ob Sie es nicht möglich machen können, nächsten Montag oder Dienstag hier zu sein. Die Partei hat ein eminentes Interesse dabei, daß ihr in den weitesten Kreisen Deutschlands hoch angesehener Führer sie bei den entscheidend wichtigen Beratungen im Reichstage vertritt. Kein andrer kann Sie auch nur annähernd ersetzen. Das ist das übereinstimmende Urteil. Es kommt hinzu, daß, wie ich höre, der Kaiser bestimmt auf Ihre Teilnahme bei der Debatte rechnet. Sie legen auf die Gunst von oben als Parlamentarier mit Recht kein Gewicht. Wenn Sie aber in einer Sache, in der Sie mit der Regierung einverstanden sind, und noch dazu in einer solchen, welche die wichtigsten nationalen Interessen betrifft, dem Kaiser zugleich und dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen können, dann sollten Sie nicht zweifelhaft sein und alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die der Erfüllung der Pflicht entgegenstehen.

14. Dezember 1897.

Was das Schicksal des Flottengesetzes anbetrifft, so bin ich durchaus nicht optimistisch. Lieber hat persönlich große Neigung, für das Gesetz zu stimmen. Er ist aber seiner Freunde durchaus nicht sicher. Namentlich opponieren die Bayern. Wie Sie gesehen haben werden, ging ich für das Gesetz warm und unter Hervorhebung des nationalen Standpunktes ins Zeug. Ich tat das aus Ueberzeugung, wie sich von selbst versteht — aber auch aus der Empfindung heraus, daß unser Volk nur durch die Rückkehr zu lebhaftem vaterländischem Gefühl aus dem Sumpf errettet werden kann.

Berlin, 9. Januar 1898.

Ihre guten Zeilen vom 5. d. M. brachten mir die erfreuliche Nachricht, daß Sie sich für einige Wochen an den Reichstagsverhandlungen beteiligen wollen . . . Auch Ihretwegen, im Hinblick auf Ihre geschichtliche Stellung innerhalb unsers politischen Lebens freue ich mich, daß Sie bald zu uns kommen. Die Gedanken und Gefühle, welche Sie jetzt beseelen, kann ich um so verständnisvoller würdigen, weil sie auch mich beherrschen. Wenn auch in bescheidenem Maße, habe ich doch bei der Entwicklung unsrer öffentlichen und wirtschaftlichen Zustände seit 1848 als Privatmann und parlamentarisch mitwirken können, und der Abschied von einer fündunddreißigjährigen Tätigkeit im Abgeordnetenhause und Reichstage wird mir nicht leicht.

Bennigsen an seine Frau.

Berlin, 21. Februar 1898.

Daß ich heute hier bin, ist mir aber doch lieb, weil wir heute morgen eine große Deputation des Zentralvorstandes und der Fraktionsvorstände der nationalliberalen Partei zu Miquel schickten, deren Sprecher ich war, und ihm zu seinem siebzigsten Geburtstage gratulierten.

Berlin, 18. März 1898.

Das Flottengesetz ist in Sicherheit mit einer recht anständigen Mehrheit. Daß ich in dieser wichtigen Angelegenheit am Schluß meiner politischen Tätigkeit noch habe einflußreich mitwirken können, ist mir doch eine große Freude. Heute hatten wir am fünfzigjährigen Erinnerungstage der Berliner Revolution von 1848 eine unerhört leidenschaftliche Diskussion, bei der leider der Präsident vollständig versagte. Schließlich habe ich mich, direkt von Herrn Bebel provoziert, auch noch in die Debatte einmischen müssen.[1])

Berlin, 26. März 1898.

Das Flottengesetz ist mit großer Mehrheit gesichert. Daß ich zum Schluß meiner parlamentarischen Tätigkeit noch zu dem Durchbringen einer für Deutschlands Wehrhaftigkeit so wichtigen Vorlage habe mitwirken können, wird mir immer eine große Freude und Befriedigung sein. Wir haben diese Tage noch eine ernsthafte Arbeit gehabt. Die Aufregung bei den Verhandlungen war am zweiten Tage infolge der Verbitterung und Leidenschaft der geschlagenen Minderheit recht groß.

Reichskanzler Fürst Bülow an Bennigsen.

Berlin, 12. Januar 1900.

Euer Exzellenz haben in der Versammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft, Abteilung Hannover, vom 9. d. M. Ihr Vertrauen zu unsrer jetzigen auswärtigen Politik in einer Weise ausgesprochen, die mich tief bewegt hat. Bei einem so hervorragenden Vorkämpfer für die Einigung und Größe der Nation Anerkennung zu finden, gereicht mir zu hoher

---

[1]) Gegenüber der Verherrlichung des 18. März durch Bebel betonte Bennigsen, daß dieser Tag für die nationale Weiterentwicklung Deutschlands den allergeringsten Einfluß ausgeübt habe: „Verhängnisvoll und störend ist er gewesen in dieser Entwicklung. Und wenn Sie von mir und meinen Freunden verlangen, daß wir stolz uns erinnern sollen an diese Berliner Straßenkämpfe und alles, was damit im Zusammenhange stand, dann sage ich: Nein, die Erinnerung für uns, auf der wir weiter fortgebaut haben, war das Parlament in Frankfurt, welches, zusammengesetzt aus den besten Kräften der ganzen Nation, den ersten ernsthaften Versuch gemacht hat, die Umgestaltung von Deutschland herbeizuführen."

Befriedigung, und es drängt mich, Euer Exzellenz meinen Dank dafür auszusprechen. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn es mir in dem Streben, den Besten unsrer Zeit genug zu tun, gelingen möchte, das Vertrauen, mit dem Euer Exzellenz mich beehrt haben, dauernd zu rechtfertigen. In wahrer Verehrung

Euer Exzellenz sehr ergebener

B. von Bülow.

Bennigsen an Hammacher.

11. Juli 1899.

Was Sie mir über die politischen Zustände und Aussichten in Berlin schreiben, überrascht mich nicht nach allem, was mir bereits bekannt ward. Die Verwirrung unter unsern Freunden ist leider recht groß und das Verhältnis zur Regierung gestört, abgesehen von den ganz unsicheren Regierungszuständen selbst. Wären wir beide noch im Reichstage und Sie daneben im Abgeordnetenhause, so wäre, davon bin ich überzeugt, manches anders und besser verlaufen. Mit Ihnen halte ich die Behandlung der sog. Zuchthausvorlage für einen großen Fehler. Unsre süddeutschen Freunde kennen die industriellen Verhältnisse in Sachsen, Rheinland, Westfalen, Berlin, überhaupt den Norden Deutschlands zu wenig. Die allgemeine politische Leitung unsrer Partei zu übernehmen, haben die Süddeutschen auch keine Legitimation. Aus Altbayern und Württemberg haben wir nur geringe Vertretung. Baden ist durch Ultramontane und Sozialdemokraten für uns sehr gefährdet, nicht minder die Pfalz trotz aller Konzessionen, welche den Agrariern zum Teil schon im Uebermaße dort gemacht sind. Wenig besser sieht es in Hessen-Darmstadt aus. Das Schwergewicht unsrer Partei liegt in Mitteldeutschland und im Norden. Das sollte vor allen Dingen auch Bassermann mit seiner großen Begabung und seinem berechtigten Einfluß nicht vergessen.

Die Zuchthausvorlage radikal zurückzuweisen war gar nicht nötig. Freilich hatten die Bielefelder und Oeynhauser Reden die Situation verdorben, und die Einbringung der Vorlage wäre besser in dieser Session unterblieben. Wird an andrer Stelle manchmal ab irato gehandelt, so sollten wir uns doch vor Gleichem hüten. Dazu sind wir zurzeit auch gar nicht stark genug. Den Rest der Vorlage mochte man a limine abweisen, aber nicht die §§ 1 und 2 und daher auch nicht die Kommissionsberatung. Ich will kein Gewicht darauf legen, daß es im Reichstage nicht üblich ist, eine Kommissionsbehandlung zu verwerfen, welche ganze große Parteien verlangen.

Vor allen Dingen war es aber in der allgemeinen politischen Situation, welche die Leitung unsrer Partei doch niemals

aus den Augen verlieren darf, ein starker Fehler, den Hochagrariern und Junkern eine so glänzende Gelegenheit zu geben, sich aus ihrer dummdreist, aber gründlich verdorbenen Situation wieder zu retablieren. Aber auch abgesehen von solchen mehr allgemein politischen Gründen konnte eine eingehende und gründliche Prüfung des in den §§ 1 und 2 Geforderten, mochte die Fassung noch so besserungsbedürftig sein, durch die Reichsregierung mit Recht in Anspruch genommen werden. Einmal wegen der Antezedenzien in betreff dieser Fragen im Reichstage. Vor allem aber, weil Arbeitswillige und Unternehmer gegen die leider vielfach sehr wirksamen Drohungen und Vergewaltigungen der Sozialdemokraten einen besseren Schutz verlangen können, als die bisherigen Gesetze gewähren.

Meiner Ansicht nach ist es noch nicht zu spät, einzuhalten. Einen Ausweg, auch für unsre so weitgehend engagierten Freunde, würde ich darin finden, wenn eine korrekte Formulierung der §§ 1 und 2 in demselben Gesetz durch eine Kommissionsberatung verbunden wird mit der Aufhebung des Verbots der Verbindung von Vereinen, wofür Hohenlohe sein Wort eingesetzt hat. Daß diese Sachen nicht miteinander in Verbindung stehen, kann nicht ernst behauptet werden. Gelingt es, ein solches Gesetz im Reichstage zustande zu bringen, wofür eine Mehrheit zu erlangen schwerhalten mag, aber nicht unmöglich ist, dann würden die verbündeten Regierungen Last haben, es abzulehnen. Sollte es Ihnen passend scheinen, von diesem Briefe Möller oder Sattler oder Büsing, auch andern unsrer Freunde, auch Bassermann, vertraulich Mitteilung zu machen, so ist es mir recht.[1])

Bennigsen, 7. Oktober 1900.

Was eine Verhandlung und Beschlußfassung des Zentralvorstandes der Partei augenblicklich für einen praktischen Nutzen haben soll, ist mir nicht recht einleuchtend, da in wenig Wochen der Reichstag zusammentreten wird und der Zentralvorstand schwerlich glauben wird, auf denselben oder auch nur auf unsre Reichstagsfraktion unter den jetzigen Umständen entschieden einzuwirken. In erster Linie stehen zurzeit die Chinaangelegenheit und der Zolltarif mit den Fragen des Schutzes für Industrie und Landwirtschaft. Wegen des Chinesischen Krieges hat aber die Reichsregierung volle Zustimmung zu ihrer Politik im Inlande und überwiegend sogar im Auslande gefunden. Insofern würde ein Mehrheitsvotum des Reichstages nicht vonnöten sein. Was weiter freilich den bedauerlichen Umstand anlangt, daß zu den außerordentlich hohen Ausgaben für die Expedition nach China und die

[1]) Auf die weitere sehr eingehende Korrespondenz zwischen Bennigsen und Hammacher über die Zuchthausvorlage wird hier nicht eingegangen.

dortige Kriegführung sowie zu den — mehr oder weniger definitiven — Neuformationen eine Zustimmung des Reichstages einzuholen unterlassen ist, so ist es doch vornehmlich die Aufgabe des Reichstages, darüber ein deutliches Wort zu sprechen, im Zusammenhange damit auch wohl noch über das ganze, immer persönlicher werdende kaiserliche Regiment. In so bedeutenden Fragen haben die Erklärungen einer einzelnen Partei nahe vor dem Zusammentritt des Reichstages in der Tat nur geringen Wert. Auch fehlen zu einem abschließend abzugebenden Urteil noch manche Unterlagen in den zu erwartenden offiziellen Darlegungen.

Für noch bedenklicher würde ich es aber halten, unsern Parteivorstand jetzt zu einer Stellungnahme in einigermaßen bestimmter Weise zu den wichtigeren Fragen des Zolltarifs zu drängen, ob Minimal- und Maximaltarif oder nur ein Normaltarif, namentlich aber über den Zollschutz für die Landwirtschaft. Die eigentliche „Tariffrage" ist eine sehr schwierige, verwickelte, technische. Darüber in ein oder zwei Tagen Sitzungen des Zentralvorstandes zu einem abschließenden Urteil zu gelangen, welches auch nur den geringsten Wert beanspruchen kann, ist ausgeschlossen. Hinsichtlich des Zollschutzes für die Landwirtschaft ist unsre Partei, einen großen Teil der Industriellen eingeschlossen, einig darüber, daß ein größerer Zollschutz, als jetzt besteht, zu gewähren sei, sowie daß den extremen Forderungen des Vorstandes des Bundes der Landwirte gegenüber entschieden Front zu machen ist. Um so allgemeine Sätze auszusprechen, werden Sie aber doch den Zentralvorstand nicht versammeln wollen. Bestimmte Sätze aufzustellen — wie Möller vorschlagen soll, 4½ Mark für Roggen, 5½ Mark für Weizen, oder etwa 5 Mark für Roggen und 6 Mark für Weizen oder einheitlicher Satz von 5 oder 5½ Mark für beide —, das ist doch nicht Aufgabe des Parteivorstandes; unmöglich, daß er sich darüber in achtundvierzig Stunden einigt; sollte es geschehen, auch für den Reichstag ohne Einfluß.

Bennigsen, 22. August 1901.

Da ich noch eingeladen bin, Miquel zu besuchen, welcher wahrscheinlich Anfang September in Frankfurt sein wird,[1]) ich auch noch meine Verwandten in der Wetterau aufsuchen will, werde ich voraussichtlich erst am 9./10. September wieder in Bennigsen sein. Könnten Sie auf Ihrer Rückreise Ihren Weg über Bennigsen nehmen, so würde mich das natürlich sehr erfreuen.

Ich kann die politische Lage in Deutschland nicht so schlimm ansehen wie Sie. Bei den so scharf hervorgetretenen Gegensätzen ist es allerdings sehr unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich, daß eine so

[1]) Miquel starb unmittelbar nach dem Besuch am 7. September 1901.

umfangreiche gesetzliche Vorlage in diesem Reichstage zustande kommt. Die extremen Agrarier haben übrigens den Bogen viel zu straff gespannt und in Leidenschaft oder Uebermut ihr Spiel zu früh aufgedeckt. So töricht wird schwerlich der Reichskanzler sein, die bestehenden Handelsverträge vorzeitig zu kündigen und sich dadurch den Agrariern gegenüber in eine Zwangslage zu bringen.

Ist die Zollvorlage gescheitert, so hat der Reichskanzler bis zum Winter 1902 03, jedenfalls bis zum Herbst 1902 Zeit zu dem keineswegs aussichtslosen Versuche, neue Handelsverträge abzuschließen ohne zu starke Steigerung agrarischer oder industrieller Zölle, aber doch mit ausreichenden, auch zum Teil schon zugesagten Erhöhungen. Sind die deutschen Forderungen nicht unangemessen, die Unterhändler auch nicht ungeschickt, so ist ein zufriedenstellendes Resultat durchaus nicht hoffnungslos. Das Ausland steht bei diesen Verhandlungen doch immer vor der Gefahr, daß Deutschland die jetzigen Verträge kündigt und den Normaltarif zur Geltung bringt. Die Entscheidung über die vorzulegenden neuen Verträge würde dann im Frühjahr erfolgen. Ist uns bei den Verhandlungen die allgemeine Lage nicht ungünstig gewesen, haben unsre Unterhändler und der Kanzler mit Geschick und Festigkeit die zum Teil widerstreitenden Interessen der andern Vertragsstaaten ausgenutzt, so wüßte ich nicht, weshalb die vorgelegten Verträge nicht so beschaffen sein sollten, daß sie eine Mehrheit im Reichstage finden ohne die Extremen unter den Schutzzöllnern und Freihändlern. Sollten sich im Reichstage aber doch noch sehr große Schwierigkeiten zeigen, so ist dann der richtige Moment für den Reichskanzler gekommen, einen Trumpf auszuspielen mit einer ernst erscheinenden Drohung, die bestehenden Verträge zu kündigen. Die Führer des Bundes der Landwirte und so verrückte Fanatiker wie Herr Barth und Genossen werden damit nicht gewonnen werden, aber hoffentlich so viele Anhänger mäßiger Erhöhungen und langfristiger Handelsverträge, daß eine Mehrheit vorhanden ist.

Drittes Kapitel
Vom persönlichen Leben
Ausgang

Bennigsen ist ein adliger Mann, nicht von der Zufälligkeit seiner Geburt her, sondern von der Gnadengabe einer unverfälschten Natur — so schrieb in seinem letzten Lebensjahre ein Publizist, der nicht dem Lager seiner Partei angehörte.

Mit einem besseren Worte könnte man kaum sein Wesen kennzeichnen, so wie wir es kennen lernten, in großen und kleinen Dingen. Aus allem ergibt sich die Einheitlichkeit seines Wesens, die sich in allem Wandel gleichbleibt. Man kennt das tiefe Wort Goethes in den „Wahlverwandtschaften": „Was einem jeden Menschen gewöhnlich begegnet, wiederholt sich mehr, als man glaubt, weil seine Natur hierzu die nächste Bestimmung gibt. Charakter, Individualität, Neigung, Richtung, Oertlichkeit, Umgebungen und Gewohnheiten bilden zusammen ein Ganzes, in welchem jeder Mensch wie in seinem Elemente, in einer Atmosphäre schwimmt, worin es ihm allein behaglich und bequem ist." Wir haben diese Natur so häufig selber zu Worte kommen lassen, daß sie dem Leser dieser Blätter nicht mehr fremd sein kann. Bei seinem siebzigsten Geburtstage rief ihm Ernst von Wildenbruch in rauschenden Versen zu: „Du, im deutschen Völkerwald, — aus dem besten Holz gewachsen, — Kern vom makellosen Stamm, — starker Sproß der Niedersachsen!" Von dem Niedersachsen, dem Hannoveraner waren wir ausgegangen, und wer diese Landesart kennt, wird zugeben, daß er geradezu ihren vornehmsten Typus in der deutschen Politik darstellt.

Niedersächsisches Gleichmaß lag in seinem äußeren Auftreten wie in dem inneren Kern seiner Persönlichkeit. Es mochte einem Fremden als vornehme Reserve oder innerliche Kälte erscheinen und hatte nichts mit beiden zu tun. Wohl erschien er Fernerstehenden als schweigsam und zurückhaltend; einer seiner politischen Gegner vor 1866 meinte einmal: „Wenn Herr von Bennigsen durch das Zimmer geht, frieren die Fenster;" aber im engeren Kreise entfaltete er eine lebhafte Unterhaltungsgabe; er konnte seinen alten Vater in den sechziger Jahren zwei Stunden ohne Unterbrechung, ohne daß dieser auch nur das Wort ergriff, über Dinge, die ihn bewegten, unterhalten, und saß er im Kreise seiner Freunde am späten Abend bei einigen Flaschen Rotwein, dann wurde er mitteilsam und war der letzte, der müde ward. Vor

allem aber, wer ihn näher kannte, der wußte, daß der äußeren Abgeschlossenheit nicht eine innerliche entsprach. In seiner Grabrede hat Planck, der ihm länger als ein halbes Jahrhundert nahestand, es ausgesprochen: „Aeußerlich mochte er manchem als kühl erscheinen, aber hinter dieser Hülle barg sich ein tiefsinniges Gemüt. Das trat naturgemäß am meisten im Familienkreise hervor und in den Verhältnissen zu seinen Freunden. Wer aber, wie ich, das Glück gehabt hat, ihn näher zu kennen, weiß, wie warm der Pulsschlag seines Herzens war, für alle; wie er an sich selbst zuletzt dachte, wie er nur durch sein Streben, Gutes zu tun, sich leiten ließ. Und auch für seine politischen Erfolge war das warme Herz eines der wichtigsten Faktoren. Mit ruhiger Ueberlegung wußte er zu erkennen, was gut und möglich war, und was er als solches erkannt, verfolgte er mit aller Energie, die nur aus einem warmen Herzen entspringt." — „Er war ein ungewöhnlich gutherziger, edler Mensch," lautet ein Urteil aus seiner nächsten Umgebung, und seine Bennigser Bauern sagten von ihm: „Hei is so gaud as en Kind."

Seine vornehme Gesinnung war allem äußeren Scheine abhold, frei von der Eitelkeit, die so leicht einem großen Redner anfliegt. Er besaß wirklich die Gabe des s'effacer, die der fast vergessene Rembrandtdeutsche an seinen niedersächsischen Landsleuten rühmt. Mit diesem Wesen hat er Politik getrieben: auf eine vornehme und anständige Weise. Er nahm die wildesten Ausfälle und Gehässigkeiten, die zumal in der welfischen Presse ihm fast periodisch zuteil wurden, mit einem herzlichen Lachen oder einem abgerissen hervorgestoßenen, heiteren „Donner—wetter" hin, mit Gelassenheit auch die Schmäh- und Drohbriefe, die ihn (nach Bismarck wohl am meisten unter den Politikern dieser Zeit) erreichten. Niemals urteilte er über einen politischen Gegner ab, sondern suchte ihn eher zu verstehen; zu der Bezeichnung „er ist mein Gegner" fügte er oft genug, wovon die ihm Nahestehenden nicht viel wissen wollten, die echt hannoversche Charakteristik hinzu: „Er ist aber ein sehr ordentlicher Mann." Auch seinen Gegnern war er stets bereit zu helfen. Wie oft ist er nicht aus dem Lager der Welfen gebeten worden, in deren Bibel er gleich nach dem Teufel kam: er versagte sich niemals.

Seine politischen Ideale lagen in England, das er niemals betreten hat: in den englischen Verfassungszuständen, die ihm in den sechziger und siebziger Jahren als das Vorbild erschienen, und noch mehr in der englischen Art, Politik zu treiben, auch in dem Gegner den Gentleman zu sehen, ohne Gehässigkeit die Gegensätze auszufechten und einen persönlichen und menschlichen Verkehr oberhalb aller politischen Kämpfe zu ermöglichen. In seinem Temperament fehlte die Leiden-

schaftlichkeit, die auch unter deutschen Politikern der Einschlag slawischen, keltischen oder jüdischen Blutes erzeugt: er hatte das Temperament des reinen Nordgermanen. Das gab ihm seine Stärke, aber setzte ihm auch seine Grenzen: denn es fehlte ihm der schöpferische Zorn des Handelnden, der eine Welt in Bewegung setzt, um sein Ziel zu erreichen. Gemessen an Bismarcks dämonischer Willensenergie war er, wie dieser wohl in vertrautem Kreise äußerte, ein „zu weicher Politiker". Wer aber zuletzt noch einmal die heilsamen Möglichkeiten ihres Zusammenarbeitens erwägt, darf der Worte in Goethes „Iphigenie" gedenken:

„Zum Knecht zu groß, und zum Gesellen
Des großen Donnerers nur ein Mensch."

Von dem Menschen in ihm, der so selten aus sich herausging, mögen einige Züge seines Wesens und seiner Art, zu leben und sich zu beschäftigen, zusammengefügt werden, nur in leichten Umrissen, nicht aus der persönlichen Anschauung heraus, sondern unter Wiedergabe von Briefen und Erzählungen.

Bennigsen war mit einer guten und starken Gesundheit ausgestattet und erfreute sich bis zu seinem Ende eines rüstigen Körpers. In jedem Jahre erfrischte er sich auf Reisen, die er vor allem in die Schweiz unternahm, und scheute vor keinen Strapazen zurück. Aus den Reisebriefen, die er getreulich zur Unterhaltung der an das Haus gefesselten Gattin schrieb, sei hier einiges mitgeteilt.

Zuerst von einer Nordlandsreise, die er im Jahre 1895 auf der „Auguste Viktoria" mitmachte. Auf einer viertägigen Tour über Land, die er durch das wasserfallreiche Romsdal und Gudbrandsdal unternahm, wäre er beinahe verunglückt, als er in dem üblichen norwegischen zweiräderigen Karriol, von einem halbwüchsigen Knaben kutschiert, behaglich mit dem kleinen mausfarbenen nordischen Pferdchen fuhr. Er erzählt seiner Frau:[1] „Wir waren am Morgen noch keine Stunde gefahren, als der kleine knörige Gaul, ich hatte mich schon über seine rasche Gangart gefreut, urplötzlich eine Art Koller bekam, kurzweg rechtsschwenkt machte, von der Chaussee den zum Glück nicht steilen Hang hinunter in das Holz. Natürlich schlug der Wagen gleich um. Ich und der junge Kutscher hinter mir flogen hinaus, zu unserm Heil aber weder gegen eine Kiefer noch auf einen der aus dem Boden hervorragenden Steine. Als ich mich aufgerappelt hatte und fühlte, daß meine Knochen heil waren, hatte auch das Pferd sich und den sehr

[1]) Bennigsen an seine Frau 10. Juli 1895.

leichten Wagen wieder in die Höhe gerissen, jagte den Hang durch das Holz weiter hinunter, durch einen steinigen Bach am andern Ufer, Gott weiß wie, hinauf und weiter in das Holz. Der Junge drohend und schreiend hinterher, durch den Bach, den andern Hang hinauf. Auf dem steinigen Boden schlug aber der Wagen noch einmal um. Dadurch gelang es dem Jungen das Pferd zum Stehen zu bringen, vom Wagen loszumachen und an einen Baum zu binden. Ich war inzwischen an den Bach herangetreten und sah zu, wie der Junge den Wagen aufzurichten sich bemühte. Ich dachte natürlich, der Wagen sei ganz zerbrochen, aber nichts davon. „All right," rief der Bengel — englisch können die Norweger alle etwas —, zog den Wagen hinunter in den Bach, dann mit meiner Hilfe den Hang hinauf auf die Chaussee. Darauf holte er das Pferd, welches eine etwas bedrückte Miene wegen seiner Untat machte und sich ruhig wieder anspannen ließ. Gestraft konnte es nicht werden, da der Kutscher, wie meistens, keine Peitsche hatte. Ich war zweifelhaft, ob ich meine Gliedmaßen noch einmal dem kollerigen Beest anvertrauen sollte. Der Regen war aber stärker geworden; über eine Stunde bis zur nächsten Station zu Fuß zu gehen war nicht angenehm. Ich beruhigte mich daher bei der zutraulichen Bemerkung, welche der Bursche auf englisch radebrechte: „Now hesten will be good" — hesten für horse, Pferd im Norwegischen — und fuhr im schlanken Trabe ohne weitere Fährlichkeiten in einer kleinen halben Stunde zur Station. Am dritten Tage habe ich übrigens eine größere Stationstour, vierzehn Kilometer, zu meinem Spaß selbst kutschiert. Ein Junge war nicht mehr disponibel, und ein paar Stunden zu warten, hatte ich weder Zeit noch Lust. Ich kam mir in den fremden Bergen, mit fremdem Pferde und Fuhrwerk ganz allein, etwas sonderbar vor. Das Pferd war aber sehr ordentlich und mit oft wiederholtem Anfeuern und Schnalzen gut im Trab zu halten. Das Schnalzen habe ich auf diese Art gehörig gelernt."

Bis in sein hohes Alter blieb Bennigsen ein rüstiger Fußwanderer. Als er einmal mit sechzig Jahren auf der Insel Sylt eine Fußtour nach dem Nordende der Insel machte, allein acht Stunden ohne Aufenthalt, schrieb er behaglich seiner Gattin: „Ich glaube kaum, daß einer der Herren Söhne dazu Neigung hätte." [1]) Auch als in den nächsten Jahren der Arzt einmal Anfänge eines Herzleidens zu erkennen meinte, konnte er nach mehrstündigen Märschen nicht die geringsten Spuren davon an sich entdecken. [2]) Vielmehr je älter er wurde, desto mehr überraschte er durch seine Leistungsfähigkeit. Mit zweiundsiebzig Jahren marschierte

[1]) Bennigsen an seine Frau, Kopenhagen, 30. August 1884.

[2]) Desgleichen, Pontresina, 18. August 1889.

er in Tirol an einem Tage zwölf Stunden lang von Trafoi über das Stilfser Joch nach Bormio, und erzählte seiner Frau befriedigt ein Gespräch in einem vorbeifahrenden Wagen: „. . . Als der eine Wagen, von oben kommend, an mir vorübergefahren, hörte ich, wie der Herr zu seinen Damen sagte: ‚Es ist doch ein starkes Stück, daß ein „so alter Herr" zu Fuß von Trafoi bis nach Italien hinein, nach Bormio, geht!' Es haben mir aber beide Touren, die von Trafoi nach Bormio und die zwei Tage darauf von Le Prese über den Berninapaß nach Pontresina — von Bormio nach Le Prese war ich tags zuvor mit der Post gefahren — nichts geschadet. Im Gegenteil, ich befinde mich ausgezeichnet. Und doch war ich am Sonnabend von 7½ bis 8 Uhr und am Montag von 6½ bis 7 Uhr unterwegs und habe beide Tage mit jedesmal etwa 1½ Stunden Aufenthalt elf Stunden marschiert."

Als er im folgenden Jahre wieder in der Schweiz weilte, hatte er seiner Gattin über ein Reiseabenteuer zu berichten:[1] „Deinen zweiten Brief vom 18. erhielt ich heute mittag, als ich, ziemlich ermüdet, von der Frohnalpe zurückkehrte, auf welcher ich zwei Nächte zubrachte, eingeregnet und eingeschneit. Vorgestern, Mittwoch, stieg ich bei dem schönsten Wetter, nur reichlich warm, bald nach sechs Uhr früh hinauf. Ich beabsichtigte, vor zwölf Uhr mittags wieder zurück zu sein. Die Luft und Aussicht waren aber so wunderbar schön oben, daß ich beschloß, den Sonnenuntergang und -aufgang auf der Höhe zu erleben. Der Sonnenuntergang war auch prachtvoll. Kaum eine Stunde nach Sonnenuntergang, wo noch alle Berge vollkommen klar waren, mit einer tief violetten Beleuchtung, wie ich kaum etwas Aehnliches sah, schlugen aber Wind und Wetter plötzlich um. Der Sturm war in dem Holzhause oben so stark in der Nacht, daß ich sogar in meinem sehr festen Schlaf gestört wurde. Regnete es schon in der Nacht, so war gestern früh, wo uns natürlich niemand für den Sonnenaufgang geweckt hatte, dichter Nebel und Regen, welcher den ganzen Tag anhielt. Gegen Abend wurde aus dem Regen Schnee, ein Herabsteigen an diesem ganzen Tage war nicht zu empfehlen. Die Nacht hindurch schneite es weiter, und zwar so stark, daß am Morgen vor acht Uhr, als ich aufstand, der Berg einen Fuß hoch mit Schnee bedeckt war. Dabei herrschte dichtester Nebel, so daß man kaum auf zwanzig Schritte sehen konnte. Als ich gefrühstückt hatte, Schnee und Regen nachgelassen hatten, hielt ich es für richtig, hinunterzusteigen, da die Wirtin meinte, das Wetter könne den ganzen Tag trübe und unsicher bleiben. Allein den Weg durch den tiefen Schnee zu finden und heil herunterzukommen war nicht möglich.

[1]) Bennigsen an seine Frau, Stoos, 20. August 1897.

Die vorsichtige Wirtin riet mir dringend, zwei Leute mit mir zu nehmen, von denen einer vor und einer hinter mir gehen sollte. Da es um neun Uhr in der Höhe noch bitter kalt war, wurde mir über meinem dünnen grauen Sommeranzug — einen Paletot hatte ich an dem heißen Mittwochvormittag nicht nötig gehabt mitzunehmen — eine große wollene Decke übergehängt, welche mit einer Vorstecknadel festgesteckt ward. Mit einem festen Alpenstock bewaffnet, zog ich mit meinen beiden Begleitern um neun Uhr los, und bin auch glücklich um 11½ Uhr in langsamem Marsch, die Hälfte des Weges durch tiefen Schnee und im übrigen auf durch den am Donnerstag herabgeströmten Regen sehr schlüpfrigem Wege, hier angelangt. Ein Knecht ging voran, schaufelte mit seinen Füßen möglichst einen Weg durch den Schnee, ich trat in seine Fußtapfen und konnte mich darauf verlassen, daß, wenn ich ausglitt oder umschlug, der hinter mir gehende mich auffing, was aber nur drei- oder viermal nötig ward. Wie der vorangehende Knecht in dem dichten Nebel auf der ganz gleich weißen Fläche in der ersten Stunde überall seinen Weg fand, ist mir ein Rätsel."

Man kann es durchaus begreiflich finden, wenn die daheimweilende Gattin ihrer Sorge einen lebhaften und weiblichen Ausdruck gab. Da aber polterte der gekränkte Gatte ärgerlich: „Deine Sorge wegen meiner Gesundheit finde ich töricht und ganz lächerlich. Wenn Dir meine ausführlichen Berichte über meine Erlebnisse nicht ‚erfreulich' sind, so kann ich es auch kürzer machen. Ich werde dann, statt einen Bogen engbeschrieben auszufüllen, nur schreiben, daß ich angekommen bin, wann ich wieder abreise und daß ich nicht zu Bett liege. Die Tour nach der Frohnalp ist mir sehr gut bekommen, und der Aufenthalt auf dem Stoos vorzüglich."[1]) Vier Jahre später, von der letzten Reise, die er gemacht hat, schrieb er bald nach seiner Ankunft in Stoos wiederum: „Habe ich mich erst einige Tage im Bergklettern wieder geübt und hören die Gewitter auf, so werde ich die Tour auf die Frohnalp machen, wo ich allerdings vor einigen Jahren zwei Nächte eingeschneit bin. Bei schönem, hellem und sicherem Wetter denke ich morgens sechs Uhr fortzugehen und zum Diner zurück zu sein."[2])

Hatte Bennigsen früher die Reisen der Grundsteuereinschätzungskommission, der er als Mitglied angehörte, mitgemacht, so nahm er in späteren Jahren an den Informationsreisen der Zentralmoorkommission des Reiches, in die er infolge seiner Erfahrungen als Landesdirektor gewählt war und noch im Jahre 1898 vom Landwirtschaftsminister auf drei Jahre berufen wurde, in und außer Deutschland regelmäßig

[1]) Bennigsen an seine Frau, 26. August 1897.

[2]) Bennigsen an seine Frau, 1. Juli 1901.

teil. Er ließ sich im Dezember 1898 durch einen Bronchialkatarrh nicht abhalten, zu den Sitzungen der Kommission nach Berlin zu reisen: im Juni 1900 reiste er drei Tage mit ihr in Ostpreußen[1]) und noch im Juni 1901 wieder in Süddeutschland. Diesmal meinte er, nachdem er jeden Morgen zwischen fünf und sechs Uhr aufgebrochen war: „Die Reise der Zentralkommission war wieder sehr interessant. Wenn man aber schon so alt ist wie ich, sind fünf Tage hintereinander dieser anstrengenden Touren doch etwas viel.“[2])

Vor allem das deutsche Vaterland in allen seinen Landschaften hat Bennigsen auf seinen Reisen kennen gelernt — es ist, als ob die junggeeinte Nation der Deutschen stärker als andre Völker das Bedürfnis hätte, jeden Teil des eignen Landes kennen zu lernen. Auf der Rückkehr von der Schweiz pflegte er regelmäßig bei seinem Schwager und seiner Schwester Luise († 1893) vorzusprechen oder die Freunde der letzten politischen Generation aufzusuchen, die meistens dem neu emporgekommenen kapitalistischen Großbürgertum angehörten, das vielfach den alten Adel im Besitze abgelöst hatte.[3]) Er suchte den Württemberger Siegle auf, bei dem er in Ammerland und Stuttgart mehrfach mit Hammacher zusammentraf; oder die Freunde in der Pfalz, Armand Buhl (in Deidesheim) und Bürklin, manchmal wohl in der Besorgnis, er werde hier wohl etwas viel von ihren guten Weinen trinken müssen, und gelegentlich vermied er sie sogar, um die guten Wirkungen der Schweizer Berge nicht durch das behagliche Leben wieder in Frage zu stellen. Häufiger noch suchte er Oechelhäuser auf seinem über den Rhein hinwegblickenden Landhause zu Niederwalluf auf, von dem aus man wohl einen Ausflug unternahm zu dem nahen Weingute des alten Generals von Stosch in Oestrich, der bis zuletzt mit Leidenschaft in politicis lebte, oder auch einmal gemeinschaftlich zu dritt den alten Welfen Langwerth von Simmern in Eltville besuchte, der zwar im Reichstage

[1]) Bennigsen an Hammacher, 10. Dezember 1898 und 8. Juni 1900.

[2]) Bennigsen an seine Frau, 1. Juli 1901.

[3]) Diese Vorstellung drängte sich auch wohl Bennigsen selbst auf, wenn er von Siegles Besitz Friedenfels am 18. August 1893 an seine Frau schrieb: „Es ist dies eine große Herrschaft, etwa 7000 Morgen Wald und 2000 Morgen Acker, an den Ausläufern des Fichtelgebirges, noch in Bayern, aber nahe bei Karlsbad und Eger in Böhmen gelegen. Diese Herrschaft, jetzt in die Hände eines klugen und humanen Großindustriellen geraten, welcher sich in intelligenter und energischer Arbeit in zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren ein Vermögen von mehr als einer Million Mark Einnahme erworben hat, gehörte noch vor kurzem einem einst mächtigen Adelsgeschlecht, Notthaft von Weißenstein, an, welches vor Jahrhunderten ein halbes Dutzend solcher Herrschaften in Böhmen und Bayern besessen hat. Die letzten Nachkömmlinge dieser mächtigen Feudalherren sind ganz verarmt.“

unter den Deutsch-Hannoveranern gesessen hatte, aber in erster Linie — vor allem Bennigsen gegenüber — Heidelberger Vandale blieb. Ja selbst in den letzten Jahren fühlte er sich noch für weite Reisen rüstig und aufnahmefähig genug. Als er Anfang 1899 vom Begräbnis eines Korpsbruders von der Göttinger Hannovera kam, schrieb er an Hammacher,[1]) der sich gerade zu einer Reise nach Aegypten rüstete: „Von allen meinen Korpsbrüdern in Göttingen leben jetzt nur noch zwei, ebensoviel von der Vandalia in Heidelberg. Daß man allmählich allein bleibt unter denjenigen, mit welchen man aufwuchs, ist freilich ein Gedanke, an den man sich gewöhnen muß. Hierin macht sich mir das Alter am stärksten bemerkbar. Im übrigen fühle ich, namentlich wenn ich manche weit jüngeren betrachte, mich weder körperlich noch geistig bereits sonderlich alt. Das wird freilich auch wohl nicht mehr lange so dauern können. Von Ihrer großen Reise werden Sie hoffentlich viel Freude und Genuß haben. Aegypten habe ich immer auch noch gern vor meinem Tode sehen mögen. Als wir jung waren, trat es in der menschlichen Kulturgeschichte noch nicht so bedeutend hervor. Damals dominierte unter den Philologen und Archäologen noch die Auffassung der ganz selbständigen Entstehung der griechischen Kultur und somit auch unsrer größten Ueberlieferungen. Seitdem haben die vielen Entdeckungen den Einfluß des Orients und namentlich auch Aegypten erst so recht hervortreten lassen." In einem späteren Briefe konnte er schon nicht widerstehen: „hoffentlich ist es mir auch noch einmal möglich, nach Aegypten zu kommen, dessen alte Kultur und Erinnerungen immer einen großen Reiz für mich gehabt haben". Ja, er sprach sogar von einer Reise um die Welt.

*

Die meisten Menschen, auch wenn sie hohe Ziele erreichen, pflegen von andern Zielen zu träumen, in deren Verfolgung sie ihr Eigenstes und Bestes hätten geben können. So verlor Bennigsen niemals die Sehnsucht nach einer rein geistigen Betätigung, die einst den Jüngling beinahe zur ausschließlichen Beschäftigung mit der Wissenschaft geführt hätte; mitten in der Unruhe, in dem Leeren und Austrocknenden des parlamentarischen Lebens überkam ihn immer wieder das Gefühl, daß es ihn eigentlich von etwas Höherem abziehe.

Unzweifelhaft wurzelte seine gesamte Weltanschauung in den liberalen Bildungsidealen der fünfziger bis siebziger Jahre; wohl brachte es sein Leben mit sich, daß er sie mehr in die Breite als in die Tiefe auszudehnen vermochte, aber unablässig war er in historischen, philosophi-

[1]) Bennigsen an Hammacher, 12. Januar 1899.

schen, religiösen, naturwissenschaftlichen Studien beschäftigt. Seine allseitige Empfänglichkeit, seine schnelle Auffassung machten ihn nicht zum Anhänger einer Schule oder einer Richtung. Er liebte philosophische Lektüre und Gespräche und nahm auch dort inneren Anteil, wo eignes Denken ihm einen andern Weg wies; er beteiligte sich in den sechziger Jahren auch an den Gaben für den ihm fernstehenden Ludwig Feuerbach mit reichen Beiträgen.[1] Anscheinend betrachtete er Schopenhauer als seinen Lieblingsphilosophen und setzte seinen Namen gern an die Spitze eines von Hillebrand veranlaßten Aufrufes zur Errichtung eines Denkmals für den Frankfurter Weltweisen. Bamberger tadelte damals dieses Bekenntnis zu dem Philosophen des Pessimismus: „Wer lebt und wer kämpft, muß ein Optimist sein, sonst ist er ein Narr," und suchte in geschicktem Gedankenspiel gegen den ehemaligen Parteiführer, der ihn des Pessimismus in der Politik geziehen hatte, seinen wahren Optimismus zur Geltung zu bringen. Aber er übersah dabei, daß auch Bennigsen in Schopenhauer in erster Linie die literarische Bedeutung und die geistige Anregungskraft des weltmännischen Philosophen schätzte, ohne sich dessen pessimistische Grundstimmung anzueignen.[2] War doch sein Wesen und seine Politik nur auf der Grundlage einer optimistischen Weltanschauung denkbar.

Und ebensowenig störte ihn Schopenhauer in seinem Verhältnis zur christlichen Religion, das er niemals verlor. Es war doch mehr als bloße — eher für Miquel charakteristische — politische Berechnung, die ihn in den sechziger Jahren zu innerem Anteil an diesen Dingen und zur Beteiligung an der Gründung des Protestantenvereins trieb. In seinem Verhältnis zu Lorenz Nagel,[3] einem der wenigen dieses Kreises, die ernsthaft mit dem Problem „liberale Weltanschauung und christliche Kirche" rangen,[4] fand dieses Interesse seinen lebhaftesten Ausdruck. „Sie gehören ja," so schrieb Nagel im Jahre 1867 bei der Uebersendung der Schrift ‚Die politische Lage und die Zukunft der christlichen Kirche in Deutschland', „zu den wenigen in unsrer Partei, die für diese Frage überhaupt Interesse haben."[5] Und als Nagel endlich

---

[1]) O. Lüning an Bennigsen, 25. März 1861, 17. Januar 1863: „Ich schätze Ihre Anerkennung seiner Bedeutung für unsre geistige Entwicklung um so höher, als Sie ja mit seinen Resultaten nicht übereinstimmen."

[2]) L. Bamberger, Pessimistisches.

[3]) Siehe Bd. I, S. 454, 615 ff.

[4]) Nagel an Bennigsen, 30. November, 5. Dezember 1865: „Mit der Kirche, wie sie ist, in der Mehrzahl ihrer heutigen Vertreter, kann sich weder der echte Liberalismus versöhnen, noch mit dem Liberalismus vulgaris der Bürgermasse die echte Kirche selbst in ihren von aller Scholastik und Formelsucht freien Anfängen."

[5]) Nagel an Bennigsen, 26. Januar 1867.

in einem einsamen Schweizer Tale das Buch vollendet hatte, das ihm fünfzehn Jahre auf der Seele brannte, „Der christliche Glaube und die menschliche Freiheit", da setzte er ihm einen „Offenen Brief an Herrn Rudolf von Bennigsen als Vorwort" voran: „denn ich habe den Antrieb zu meiner Arbeit zumeist durch den Verkehr mit Ihnen und andern Männern Ihrer Art erhalten. Sie und alle, mit denen mich seinerzeit der Pionierdienst für die Sache der nationalen Einheit zusammenführte, stehen außerhalb des Bodens der Kirche und ihres historischen Glaubens." Aber er widmete ihm doch sein Buch: „Von Ihnen darf ich mich einer nachsichtigen Aufnahme dieser Blätter versichert halten, einerlei ob vieles oder weniges darin sich Ihrer Zustimmung erfreuen wird. Ich weiß ja, daß Sie in allem Drang der politischen Geschäfte diesen Fragen stets eine lebendige Aufmerksamkeit bewahrt haben."

Bennigsens religiöse Ueberzeugungen liefen bis zuletzt in der Richtung des Protestantenvereins, den seine lutherisch-orthodoxen und ultramontanen Gegner ihm häufig vorrückten. Noch in seinen letzten Jahren, auf einer Bezirkssynode zu Pattensen, der er als Kirchenvorsteher angehörte, bekämpfte er bei der Beratung eines liturgischen Entwurfes die Lehre vom persönlichen Teufel, die nicht jüdischen oder christlichen, sondern persischen Ursprungs, in früheren Jahrhunderten in Verbindung mit dem Hexenwesen auch in der evangelischen Kirche verbreitet gewesen, mit der Zeit aber im Bewußtsein der Menschen zurückgedrängt sei.[1] Seine politischen Gegner rechneten ihn zu den Ungläubigen, aber der sehr orthodoxe Pastor Polstorff in Bennigsen, der ihn genauer kannte, urteilte trotzdem: „Herr von Bennigsen hat mehr Religion als unendlich viele, die jeden Sonntag in die Kirche gehen." Wenige Tage nach dem Tode seiner Frau schrieb er an eine befreundete Dame: „Ich habe nicht den christlichen Glauben wie Sie, wohl aber die feste Ueberzeugung, daß alles geistige Wesen in einem großen Zusammenhange steht und daß dies irdische Leben nur ein verschwindender Teil von unserm Dasein ist."[2] Als guter Deutscher rang er auch hier auf seine Weise. Es fügt doch zu dem Bilde des ganzen Bennigsen einen unentbehrlichen Zug, wenn man in einem Reisebriefe an die Gattin aus Graubünden liest, daß er gleich nach seiner Ankunft, froh, nicht durch gebildete Menschen gestört zu sein, „oben in Gottes freier Natur das ganze Evangelium Matthäi aus Deiner kleinen Ausgabe des Neuen Testaments gelesen" habe. Am folgenden Sonntag, fügte er hinzu, wolle er in den katholischen Gottesdienst gehen, da der junge Pfarrer sehr tüchtig sein solle; und schon am Donnerstag meldete er scherzend: „In meinen

[1] Kiepert, Rudolf von Bennigsen, S. 255.

[2] Bennigsen an Frau von Schaeffer, geb. von Berfelde, 25. Juli 1902.

Mußestunden habe ich das ganze Neue Testament durchgelesen, so daß ich in einer mehrstündigen Sitzung bei einigen Flaschen guten Weines bei dem ultramontanen Pfarrer nebst einem ultramontanen Nationalrat von hier nötigenfalls in der Theologie gut hätte bestehen können." [1])

Er war ein unermüdlicher Leser, bis in die Nacht hinein, und selbst auf der Reise, auf die er immer einen großen Dichter mitnahm. So schreibt er im Jahre 1892, seine Absicht sei, sich „in der wunderbar erfrischenden Alpenluft auch an der Lektüre von Homer und Shakespeare zu erfreuen". [2]) Vor allem war er ein eifriger Leser von Geschichtswerken. Floß doch in dem Zeitalter, dem er eigentlich angehörte, ein gutes Stück aller nationalen Politik aus der Geschichte, und in den großen Zusammenhängen seiner Volksgeschichte suchte er auch seine eigne Tätigkeit historisch zu erfassen. Seine Beredsamkeit fühlte sich nie wohler und freier, als wenn sie sich in den weiten weltgeschichtlichen Ausblicken bewegte, und seine Bibliothek bestätigt, daß die meisten großen Historiker seiner Zeit ihm vertraut waren. Auch liebte er den großen Schatz an lebendiger Geschichtskenntnis, über den er verfügte, stets zu erneuern. Seine einzige noch lebende Schwester erzählt: „Ich besitze noch 400 Geschichtszahlen von ihm, die er mir aufschrieb, als ich 18 Jahre alt war, da er sagte, diese müßte ich fest im Kopfe haben, sonst sei ich zu unwissend." Und er selbst berichtete im Jahre 1886 seiner Gattin getreulich von seiner Kur in Marienbad: „Abgesehen von der fast beendigten Lektüre des Wilhelm Meister und einiger Gesänge des Homer habe ich neben dem nötigen Bedarf an Tageszeitungen nichts gelesen, als zweimal die alten synchronistischen Geschichtstabellen Wedekinds, die noch vom Vater herstammen, welcher sie aber so wie ich von Zeit zu Zeit durchsah." [3]) In seinen letzten Lebensjahren heißt es einmal in einem Briefe: „Das Werk von H. St. Chamberlain hatte ich mir bereits vor vierzehn Tagen angeschafft und zum Teil bereits zweimal gelesen. Es ist ein, namentlich für einen geborenen Engländer, bei der in England zurzeit herrschenden Bigotterie und historischen Befangenheit, ganz ungewöhnlich bedeutendes Werk. Der Verfasser vereinigt eine außerordentliche Belesenheit in politischer wie Kulturgeschichte, Naturwissenschaften und Philosophie mit großem Scharfsinn und eingehendem Studium. Einen großen Teil der von ihm benutzten und mir weniger bekannten Bücher habe ich mir notiert,

---

[1]) Bennigsen an seine Frau, 12. August, 17. August 1882, aus Vals am Platz.

[2]) Bennigsen an seine Frau, 30. August 1892 aus Kandersteg.

[3]) Bennigsen an seine Frau, 19. August 1886 aus Marienbad.

um sie aus der Bibliothek in Göttingen, soweit ich sie nicht etwa anschaffe, zu beziehen." [1])

Der starke Zug zur allgemeinen Bildung, der den Liberalismus des 19. Jahrhunderts in die Höhe getragen hatte, war besonders in ihm lebendig und hob seine Persönlichkeit über manche Banausen der Politik und des Parlamentarismus hinaus. Er hatte, wie es nur ein rechter Deutscher hat, eine tiefe Ehrfurcht vor der Wissenschaft, und empfand dankbar die Auszeichnungen, die ihm die beiden Universitäten, auf denen er als junger Bursche einst frohe Tage verlebt hatte, im Alter an ihren Festtagen verliehen. Bei dem fünfhundertjährigen Jubiläum der Universität Heidelberg im Jahre 1886 verlieh ihm die juristische Fakultät den Titel des Ehrendoktors; selten vergaß er auf der Reise nach dem Süden sein Korps aufzusuchen und mit der roten Vandalenmütze durch die Straßen der Neckarstadt zu gehen.

Enger noch blieb er mit der Universität Göttingen verflochten. Bei ihrem hundertundfünfzigjährigen Jubiläum im Jahre 1887 hatte ursprünglich die philosophische Fakultät die Absicht, ihn durch den Doktortitel auszuzeichnen, aber die Mediziner kamen ihr mit der Tat zuvor und konnten ihren Entschluß — obgleich Bennigsen zeit seines Lebens die Abneigung eines sehr gesunden Mannes gegen die Aerzte hatte — mit seinen Verdiensten als Landesdirektor um die provinziellen Institute begründen. „Ueber meine Ernennung", schrieb er, „zum Ehrendoktor der Medizin konnte niemand mehr überrascht sein als ich. Meinen Ohren traute ich kaum, als ich meinen Namen verlesen hörte. Ebenso wie der Kultusminister von Goßler, früher in Halle, auch dessen Unterstaatssekretär Lucanus, ein alter Heidelberger Vandale, bin ich Doktor der Medizin geworden, wegen der anscheinend großen Verdienste bei der Verwaltung der uns anvertrauten medizinischen Anstalten, Irrenanstalten und Hebammenlehranstalten. Angeregt wird die Sache wohl sein durch die Direktoren derselben, Dr. Hartwig in Hannover und Direktor Meyer, als Professor der Psychiatrie, zugleich Mitglied der den Titel verleihenden Fakultät in Göttingen. Richtig ist übrigens, daß die Provinzialständische Verwaltung diese Institute erheblich erweitert und gefördert hat, ich mich auch besonders persönlich für deren bessere Ausstattung und Entwicklung sehr interessiert habe. Kurieren kann ich freilich als Dr. medicinae niemand, obwohl natürlich bereits viele sich von mir ärztliche Behandlung und Rezepte ausgebeten haben. Herzlich wünschte ich, daß diese meine Würde Erich zugute kommen möchte." [2])

[1]) Bennigsen an seinen Schwager, Oberst von Müller, 22. Oktober 1900.
[2]) Bennigsen an seine Frau, 11. August 1887.

Seine Rede auf dem großen Festkommers am 10. August 1887 war der Höhepunkt des Abends und machte auf alle, die sie hörten, einen hinreißenden, unvergeßlichen Eindruck. Da feierte er, der Niedersachse, die besondere Art der Georgia Augusta, die dem niedersächsischen Boden, auf dem sie begründet sei, durchaus entspreche, inmitten eines Volksstammes, der keinem zu weichen brauche unter den andern Stämmen deutscher Nation, aber in der Geschlossenheit seines Wesens jedes Uebermaßes entbehre; nie sei daher die Aufgabe dieser Universität gewesen, in der leidenschaftlich aufreizenden Weise, wie andre Hochschulen, die geistige Führung auf einem bestimmten Gebiete zu übernehmen, sondern sie habe ihren spezifischen Charakter in dem Gleichmaß der Kräfte erblickt, das die Durchbildung des Gesamtcharakters und eine gleichmäßige wissenschaftliche Bildung gebe. Und indem er sich dem Zauber der eignen Jugenderinnerungen hingab, gedachte er zugleich der Zeit, da es noch kein Deutsches Reich nnd keinen Glauben an die Zukunft gab: „In den deutschen Universitäten allein war ein schwacher Ersatz gegeben für die mangelnde Einheitlichkeit des politischen Daseins, die Möglichkeit eines Verständnisses, daß man über die landschaftlichen Grenzen hinaus einem größeren Allgemeinen angehörte." Dann gedachte er der Rolle Göttingens in den Anfängen der nationalen Bewegung: „Hier sind einflußreiche Gelehrte mehr als Gelehrte, nämlich Männer gewesen, welche den politischen und vaterländischen Sinn verbreitet haben."

Dieses persönliche Verhältnis, das Bennigsen sich zum Universitätsleben bewahrte, fand einen besonderen Ausdruck darin, daß er schon frühzeitig den Entschluß faßte, wenn die Zeit der Muße für ihn gekommen sei, noch einmal zu studieren.[1]) Von einer Reise im Schwabenlande schrieb er 1890 seiner Frau: „Tübingen ist, wie Du Dich erinnern wirst, der Ort, wo ich, nachdem ich mit siebzig Jahren mein Amt niederlegen werde, Naturwissenschaften und Philosophie studieren will. Vorläufig werde ich mir Ort und Umgebung bis morgen mittag etwas ansehen." Er hielt an dem Plan fest, als die Muße, einige Jahre später als er gehofft hatte, für ihn kam, und beschloß, unmittelbar nach der Aufgabe seiner parlamentarischen Tätigkeit, das Sommersemester 1898 in Tübingen zu verbringen. Schon begann der treue Planck, der selbst aus einer nach Niedersachsen verschlagenen Schwabenfamilie stammte, ihm die Wege zu ebnen.[2]) Dann aber mußte Bennigsen erfahren, daß einem Manne seines Namens die Zurückgezogenheit nicht mehr möglich sein würde, und er meldete dem Freunde:[3]) „Mir

[1]) Bennigsen an seine Frau, Stuttgart, 14. August 1890.

[2]) Planck an Bennigsen, 5. März 1898.

[3]) Bennigsen an Planck, 10. März 1898.

ist von Reichstagsfreunden gesagt worden, daß die Deutsche Partei in Württemberg schon sehr auf mich rechne. Das ist mir nun freilich außer dem Spaß. Mit Politik und gar mit Wahlpolitik will ich mich in Württemberg unter keinen Umständen befassen. Ich hatte die Absicht, dort möglichst stille für mich zu leben, einige naturwissenschaftliche Kollegien zu hören und des Sonntags in dem schönen Schwabenlande mich zu Fuß oder zu Wagen zu bewegen. Tübingen hatte ich auch gerade um deswillen gewählt, ich hätte ja sonst auch nach Göttingen oder Heidelberg gehen können, weil ich in Tübingen weniger Beziehungen habe als an diesen beiden Orten." Nach einigen Wochen vollends schrieb er mißvergnügt seiner Frau: „Aus Tübingen ist mir jetzt schon ein Wohnhaus zum Kauf angeboten, weil die Menschen verrückterweise zu glauben scheinen, ich wolle dahin mit Familie übersiedeln. Uebrigens liegt mir die ganze Geschichte schon im Magen. So wie ich dachte, in Tübingen einige Sommermonate ganz ruhig und still meinen Studien obzuliegen und am Sonntag im Schwabenlande umherzustreifen, scheint mir die Sache kaum mehr ausführbar zu sein. Als ich Hammacher vor einiger Zeit sagte: ‚Am Ende muß ich noch nach Graz gehen' — gute Universität in Steiermark —, erwiderte er mir: ‚Da bekommen Sie in den ersten acht Tagen einen Fackelzug von den deutschen Studenten — es ist nämlich in Steiermark heller Streit zwischen Deutschen und Slawen (Slowenen) —, und dann werden Sie von der österreichischen Regierung ausgewiesen!'" [1])

Statt dessen begann er an Göttingen zu denken. Schon zu Ostern 1899 besuchte er Planck gemeinschaftlich mit Miquel für mehrere Tage: [2]) es waren die beiden Freunde, die ihn einst in Göttingen zur politischen Laufbahn vorangetrieben hatten und denen er nachgegeben hatte, wenn es nicht nur um Hannover, sondern um Deutschland gehen solle; so mochten sie an dieser Stätte des Gemeinsamen, das sie bis zuletzt verbunden hatte, noch einmal vor der letzten Trennung gedenken. Dann überraschte er ein Jahr später plötzlich den hocherfreuten Planck mit der Absicht, einen Sommer in Göttingen zuzubringen, [3]) und bezog nun als alter Herr die Universität wieder, zu der er achtundfünfzig Jahre zuvor als Fuchs seine Schritte gelenkt hatte. Anfang und Ausgang des Lebens knüpfen sich mit der inneren Notwendigkeit einer menschlichen Individualität zusammen. Aber noch war der sechsundsiebzigjährige Student weit entfernt, Zeichen der Ermüdung zu ver-

[1]) Bennigsen an seine Frau, 29. März 1898.

[2]) Miquel an Bennigsen, 21. März, 31. März. Planck an Bennigsen, 25. März. Bennigsen an Planck, 1. April 1899.

[3]) Planck an Bennigsen, 16. April 1900.

raten. Er hörte fleißig, regelmäßiger wohl als in der Jugend, seine Kollegien, vor allem naturwissenschaftliche Vorlesungen, Physik bei Riecke, Anatomie bei Meckel und Callius, Psychiatrie bei Cramer, und hospitierte gelegentlich in der Vorlesung Plancks über Sachenrecht. Zugleich arbeitete er für sich im Anschluß an die Kollegien; einen Abend in der Woche brachte er bei Planck und seiner Gattin zu, und am Sonnabend und Sonntag fuhr er nach Bennigsen. Da in dem ersten Bande dieser Biographie die Studentenbriefe einen (vielleicht allzu breiten) Platz einnehmen, so mögen hier noch ein paar Spätlinge, die doch auch wieder an seine Frühzeit erinnern, ihre Stelle finden.

Bennigsen an seine Frau.

Göttingen, 30. April 1900.

... Meine Kollegien fangen erst heute oder morgen an. Es ist nicht nötig, daß ich mich als Student immatrikulieren lasse, was Dir ja sehr „schenierlich" war, wie Onkel Bräsig sagt. Der Prorektor Merkel (Jurist), den ich gestern besuchte, hat mir gnädigst als Prorektor die Erlaubnis, Collegia zu hören und zu bezahlen, bereits erteilt, mit der Erklärung, es sei sehr ehrenvoll für die Universität Göttingen, daß ich hier noch Vorlesungen hören wolle. Jetzt müssen aber auch die einzelnen Professoren, bei denen ich hören will, noch ihre Genehmigung geben. Die Kollegien sind nicht so teuer, als ich glaubte, wie Planck mir mitteilte. Ueberhaupt kann man hier gar kein Geld los werden! Frühstück und Abendbrot habe ich im Hause, sehr gut und, wie ich annehme — die treffliche Wirtin, welche mir monatlich ihre Rechnung überreichen wird, habe ich gar nicht gefragt — zu ländlichen Preisen. Den Mittagstisch nehme ich in einem großen Hotel gleich rechts, wenn man aus der Stadt geht, an der zum Bahnhof führenden Alleestraße. Ich habe dort gestern bereits gegessen. Da Dich diese Dinge wohl mehr interessieren als der demnächstige Fortschritt meiner Studien, welchen Du doch nur für Unsinn hältst, so mag Dir zur Nachricht dienen (folgen Einzelheiten).

Göttingen, 20. Juli 1900.

... Da der Professor Riecke seine Experimentalphysikvorlesung auch schon nächste Woche schließt, so würde für die folgende Woche nur noch eine Vorlesung am Donnerstag nachmittag beim Professor Cramer bleiben. Diese will ich mir aber schenken und am Montag, den 30., mittags 12 Uhr 30 Min., mit meinen Sachen eintreffen, nachdem ich den Sonntag noch zu den verschiedenen Abschiedsbesuchen benutzt habe. Augenblicklich habe ich leider etwas studentischen Katzenjammer, da ich gestern abend bis nach Mitternacht auf der Vandalen-

kneipe war. Morgen vormittag werde ich mir noch zwei Stunden Studentenpaukereien auf der Landwehrschenke ansehen.

*

Längst hatte Bennigsen die schmerzliche und unvermeidliche Erfahrung des Alters erprobt: das Wegsterben der Freunde, das Verschwinden der Generation, mit der er seinen Weg aufwärts gesucht hatte, ja selbst noch einer zweiten, die ihm weiter gefolgt war. Die alten Freunde aus dem Nationalverein, die Schulze-Delitzsch und von Unruh, die Brater, Reyscher und Rochau waren schon lange dahingegangen; längst auch Lasker, noch im Tode wieder den Groll Bismarcks herausfordernd. Im Laufe der neunziger Jahre lichtete sich der Kreis derer, die in Gesinnung und Freundschaft von alters her miteinander verknüpft waren, immer mehr. Da starb Herzog Ernst von Koburg, der noch in den letzten Jahren[1]) einmal Bennigsen zu einer Reichstagsrede beglückwünschen ließ; und dem beweglich-ehrgeizigen Fürsten, der doch auch seinen Namen in die Tafeln der Geschichte unsrer nationalen Einigung eingegraben hatte, folgte bald Gustav Freytag, der ihn manchmal gern in geraderer Linie auf dem preußischen Wege geführt hätte. Bennigsen wurde der Vorsitzende eines nationalen Komitees, das dem Herzog Ernst ein Denkmal errichtete; als er im April 1897 zu den Sitzungen des Komitees in Koburg erschien,[2]) sah er noch einmal die Stätten wieder, von denen aus er einst hoffnungsreich den Kampf für Einheit und Freiheit der deutschen Nation aufgenommen hatte.[3]) Es ging auch der Eine, der diese Träume erfüllt hatte, den er mit Hingebung unterstützt und mit dem er gerungen hatte, an dem ein gutes Teil seiner liberalen Ideale gescheitert war und den er doch als den größten Sohn seines Volkes dankbar verehrte. Bennigsen kehrte bei dem Tode Bismarcks sofort von einer Reise zurück, um die Trauer in der Heimat mit seinen Landsleuten zu begehen, in der Erwartung, er dürfe dem Schöpfer des Reiches die letzten Ehren erweisen helfen.

Schließlich starb auch der Mann, mit dem sein eigner Name politisch am engsten verknüpft war, der als Landsmann, Freund und Partei-

---

[1]) Tempeltey an Bennigsen, 28. Juni 1890.

[2]) Tempeltey an Bennigsen, 4. März 1897.

[3]) Tempeltey an Bennigsen, 3. November 1899: „Nochmals drängt es mich, mein hochverehrter Freund, unsern und ganz besonders meinen innigsten Dank für Ihre unendlich wirksame Leitung und Förderung des so herrlich gelungenen Unternehmens aus wärmstem Herzen auszusprechen. Eine beglückende Erinnerung wird es mir bleiben, daß ich, wie im Beginn meines politischen Lebens und in den ganzen dazwischen liegenden Jahren, so auch jetzt am Ausgang desselben, unter Ihrer Führung habe tätig sein dürfen."

genosse in einer Ergänzung zu ihm steht, die beide Männer in einer fast untrennbaren Einheit im Gedächtnis seiner Volksgenossen und in der Geschichte zusammengefügt hat: Johannes Miquel.

Miquel hatte sich in den letzten Jahren politisch weit von seinen alten Parteifreunden entfernt und gerade aus ihren Kreisen manchen bitteren Vorwurf hören müssen. Im Grunde hatte sich an ihm erfüllt, was Bismarck im Jahre 1877 Bennigsen vorausgesagt hatte: „Ein preußischer Minister kann nicht zugleich Parteimann sein," ja, es hatte sich gezeigt, daß ein Minister, der aus einer Partei des Parlaments emporstieg, ebensogut wie ein Minister von bureaukratischer Vergangenheit und Laufbahn genötigt war, realpolitisch mit den stärksten Bataillonen zu gehen. Das hatte Miquel sogar noch mehr getan als andre: seine unendlich eindrucks- und wandlungsfähige Individualität hatte diesen Staatsmann, der vor allem handeln wollte, auf die Bahnen Bismarckscher Taktik geführt. Trotz seines Zerwürfnisses mit den Nationalliberalen hatte, wie wir sahen, Bennigsen die nahe Verbindung mit dem glücklichen Proteus der Parlamentstaktik nicht aufgegeben. War er doch mehr als die andern Liberalen imstande, das Wesen seines Freundes zu verstehen und auch seine sprunghaften Wandlungen zu würdigen. Das rein menschliche Band war zwischen ihnen in den letzten Jahren nur noch fester geknüpft worden.

Als Miquel, schon lange körperlich ermattet, nach Ruhe sich sehnend[1]) und doch wieder am Amte und an der Macht hängend, am 5. Mai 1901 gestürzt wurde, suchte er auch das persönliche Verhältnis zu der Masse der grollenden Parteifreunde wieder herzustellen. In dem Hause Hammachers war er mit fünfzehn ihm seit längerer Zeit bekannten Parlamentariern einen Abend zusammen, bevor er die Stätte seines Wirkens verließ. „Miquel war offenbar über das Zusammensein mit uns in engerem Kreise erfreut," schrieb Hammacher an Bennigsen, „und zeigte, daß er Wert darauf legte, gute Beziehungen zu unsrer Partei herzustellen. Obschon ich ihn nur mit Worten gemütlicher Gefühle begrüßte, hielt er eine längere politische Rede, in der er bemüht war, seine Haltung als Minister gegen den Vorwurf der Apostasie zu verteidigen. Wir hatten uns verabredet, keinen Mißklang aufkommen zu lassen. Niemand erwiderte deshalb auf Miquels Auseinandersetzungen. — Die

---

[1]) Am 21. Februar 1900 schon schrieb er an Bennigsen: „Ich bin noch recht elend und eigentlich dienstunfähig nach der Influenza, welche mich diesmal an den Rand des Grabes brachte. Vertraulich teile ich Dir mit, daß ich unter keinen Umständen länger als bis zum Schluß des Landtags bleibe, wahrscheinlich aber noch früher gehe. Ich bin wirklich am Ende meiner Leistungsfähigkeit oder richtiger schon darüber hinaus."

Gesellschaft hat ihren Zweck vollständig erreicht, und ich gebe mit Ihnen die Hoffnung nicht auf, daß der in den Ruhestand getretene Minister sich auf seine bessere Vergangenheit besinnt und die öffentlichen Angelegenheiten unter dem alten Gesichtswinkel betrachtet." [1])

Bennigsen selbst war verhindert gewesen, zu diesem Abschiedsabend nach Berlin zu kommen, und hatte an Hammacher geschrieben: „Will Miquel sich seinen alten Freunden nach seinem Abgange wieder mehr nähern, so bin ich ganz Ihrer Meinung, daß wir ihn nicht zurückweisen sollten, aus politischen sowohl wie persönlichen Gründen. Von uns allen kenne ich ihn wohl am genauesten, schon seit 1854, seine glänzenden Eigenschaften so gut wie seine Fehler. Daß er bei seinen unzweifelhaften, zum Teil großartigen Leistungen und Verdiensten für die nationale Entwicklung und das preußische Finanzwesen unter dem Mißtrauen aller Parteien aus dem Amte scheidet, ist ein recht trauriger Abschluß einer so glänzenden Laufbahn und erfolgreichen Tätigkeit. Leider ist er dabei nicht ohne Schuld, denn trotz der seltensten Geistesgaben hat er eigentlich zu keiner Zeit das unbedingte Vertrauen und den sicheren Einfluß besessen, auf welche eine so bedeutende Persönlichkeit wohl Anspruch machen konnte, wären ihm nicht sein ganzes Leben lang einzelne Charaktermängel im Wege gewesen. Wenn er will und einige Jahre das Leben behält, ist er aber ganz gut in der Lage, sich bei seinen alten liberalen Freunden noch einigermaßen wieder zu rehabilitieren, und das wünsche ich ihm herzlich, wie Sie gewiß nicht minder." [2])

Miquel war derjenige unter den Liberalen, dessen politische Begabung am ehesten dem verschlagenen Geiste Bismarcks verwandt war: kunstreicher als die andern, war er zu klug, um immer mit einer Partei zu gehen. Bennigsen aber durfte sein Urteil nicht nur aussprechen, weil er den Freund am längsten und genauesten kannte, sondern mit noch größerem Rechte, weil er über das verfügte, was er bei dem andern weniger entwickelt sah: über die Fähigkeit, Vertrauen zu erwerben und zu bewahren. Das Element seines Wesens dagegen, das Miquel die höchsten staatsmännischen Erfolge bescherte und hinterdrein so tiefes Mißtrauen einbrachte, war gerade dasjenige, das in der einfacheren und geraderen Art Bennigsens nicht ausgebildet war. Wenn er daher von sich aus einmal in Worte faßte, was die beiden einander so nahestehenden Freunde trennte, so geschah es nicht aus einem Bedürfnis zu kritisieren und nicht mit dem Anspruch, damit das letzte Wort über den Menschen und Politiker zu sprechen.

Vielmehr: diese Auffassung, die in der Stunde und Stimmung ihr

---

[1]) Hammacher an Bennigsen, 13. Mai 1901.

[2]) Bennigsen an Hammacher, 9. Mai 1901.

gutes Recht hatte, hat er in einem andern, in seinem letzten Urteil über Miquel wieder in eine Sphäre dauernder und historischer Würdigung erheben können. Zu Anfang September 1901 besuchte er Miquel in seinem neuen Wohnorte Frankfurt, und in langer Aussprache gingen sie noch einmal alles durch, was sie erlebt hatten und was sie bewegte; auch das Nähere über Miquels Abgang kam dabei zur Sprache.[1]) Wenige Tage darauf wurde Miquel durch einen Herzschlag plötzlich aus dem Leben gerissen. Mit tief bewegten Worten nahm Bennigsen an seinem Grabe Abschied:

„Als der älteste noch lebende persönliche und politische Freund des Entschlafenen lege ich diesen Kranz an seinem Grabe nieder. Ganz plötzlich ist er aus dem Leben geschieden. Fast unmittelbar vor seinem Tode hatte ich noch Gelegenheit, als Gast im Miquelschen Hause zu verkehren und mich zu erfreuen an seinem reichen Geiste, der ungebrochen war wie in der Jugendzeit und noch für die höchsten Güter lebendig fühlte. Alte Erinnerungen lebten in uns auf. Wir tauschten Gedanken aus über die wichtigsten Fragen, die der Menschen Geister und Herzen bewegen, und ich habe in der Unterhaltung mich freuen dürfen über den unerschöpflichen Reichtum seiner Ideen. Er hat niemals im Banne politischer Dogmen und Formeln gestanden. Dazu war sein Wissen zu reich, zu umfassend, die lebhafte Phantasie seines Geistes viel zu bedeutend, um in engen Schranken wohnen zu können. Das ist ihm vielfach zum Vorwurf gemacht worden, auch von seinen politischen Freunden, namentlich als er Minister geworden war. Wie soll aber überhaupt ein Minister unter den heutigen Verhältnissen ein Parteimann sein können? Wie kann man von einem genialen Denker nur verlangen, daß er einseitig nur nach den Lehren einer politischen Schule oder Partei handelt? Das hat Miquel niemals getan. Er ist nie einseitiger Politiker gewesen, sondern hat stets nur nach den höchsten Gütern des deutschen Volkes getrachtet." Er ging die Laufbahn Miquels durch, seinen Anteil am Nationalverein und an der Grundlegung der nationalen Institutionen des Reiches, als Organisator und Reformer in Preußen. „Man hat in letzter Zeit auf Vorfälle hingedeutet, bei denen sich Schwäche und Unsicherheit des Mannes bemerkbar gemacht haben sollen. Eine spätere Zeit, die genügende Einblicke in alle Verhältnisse gewährt, mag urteilen, inwieweit dabei eine Schuld ihm beizumessen ist. Das, was diese zu herben Aeußerungen über ihn veranlaßt hat, wird vergessen werden. Was aber bleiben wird in der

---

[1]) Daß bei dieser Gelegenheit eine „Aussöhnung" erfolgt sei, wie in den „Grenzboten" (Jahrg. 1904, Bd. 4 S. 630) in einem Aufsatz über „Miquel und Bennigsen" erzählt, setzt eine gar nicht vorliegende Entfremdung voraus.

Geschichte, das sind die großen Verdienste, die dieser seltene Mann sich erworben hat in der Arbeit für die Vorbereitung, die Organisation und die feste Begründung des deutschen Nationalstaates. Er war einer der glänzendsten und erfolgreichsten Mitarbeiter Bismarcks und einer der größten — ich darf sagen: der größte Finanzminister, den Preußen bisher gehabt hat. Er war ein aufrichtiger Freund seinen Freunden. Was er geleistet hat für unsre innere Entwicklung und Kultur, das wird für alle Zeiten fortleben. Die Erinnerung an ihn wird lebendig bleiben im deutschen Volke, und die große bedeutende Gestalt wird immer glänzender dastehen, je mehr wir uns von der Zeit seines Wirkens entfernen."

Es sind Worte, die unendlich viel Persönliches enthalten. Was Bennigsen selbst als Ideal eines Politikers ansah, das trug er in seine Auffassung des Freundes hinein. Er hatte so wenig als Parteiführer gesprochen, daß manche nationalliberalen Blätter, die noch unter den Waffen gegen Miquel standen, wenig damit einverstanden waren: so wenig als Parteiführer, daß er das Hinauswachsen über die Dogmen einer Partei als das Höchste gepriesen hatte. Danach hatte auch er selbst immer gestrebt, aber die Dinge hatten es gefügt, daß die Flügel Miquels sich dabei noch leichter und höher geregt hatten. Und auch darin lag ein sehr persönliches Bekenntnis, daß er Miquel als den größten preußischen Finanzminister rühmte. Es war das Amt, oder besser, es war die politische Tätigkeit gewesen, die auch ihn des Schweißes der Edlen wert gedünkt hätte, um in ihr seine Fähigkeiten zu erproben: er hatte es unter Bismarck haben können, aber es verschmäht, weil er von seiner Partei sich nicht lösen wollte. Miquel hatte es, allerdings erst nach Bismarck, angenommen und sich weit von der Partei getrennt, aber er hatte als schöpferischer Staatsmann in einem Umfange und mit einer Dauer wirken können, wie sie Bennigsen versagt geblieben war. Immer häufiger waren die beiden Männer, die man in den letzten Jahren so häufig in einem Atemzuge nannte, miteinander verglichen worden. Bald nach seinem Sturze, im Juni 1890, urteilte Bismarck einmal: „Die nationalliberale Partei hat bedeutende Leute. Miquel und Bennigsen sind außerordentliche Politiker. Bennigsen ist vielleicht ein noch größerer Staatsmann als Miquel, Miquel ist ein besserer Redner, nun, vielleicht ist das eben kein Glück." In dem folgenden Jahrzehnt aber schien Miquel über den Freund, in dessen Schatten er früher manchmal, im Nationalverein und im Parlament, gestanden hatte, endgültig hinauszuwachsen.

Von einem Manne wie Bennigsen wird man nicht eine Aeußerung erwarten, ob ein verschwiegener Ehrgeiz, wie er in der Brust jeder

starken Natur schlummert, nicht schwer daran getragen hat, daß ihm die höchste Stufe verantwortlichen und freien staatsmännischen Schaffens am Ende doch nicht beschieden war. Echter Stolz und tiefe Keuschheit des Wesens, das Erbteil seiner Art und seines Stammes, würden ihm den Mund verschlossen und die verborgenen Gedanken im Keim erstickt haben. Wohl sah er die großen Ziele seines Strebens erreicht und empfand es stets mit Dankbarkeit, daß er es erlebt und mitgeholfen, wonach eine Generation nach der andern sich gesehnt hatte. Andre Ziele sah er weiter hinausgerückt, als er lange gehofft hatte. Der Liberalismus hatte eine bescheidenere Rolle im deutschen Leben eingenommen, aber Bennigsen selber hatte seine Bedingtheiten begriffen; der parlamentarische Staat war nicht die Form des neuen Reiches geworden, aber er hatte, wie manche seiner Reden in den letzten Jahren andeuten, sich damit abgefunden, daß wenigstens in seiner und der nächsten Generation die Entstehung und die Bedürfnisse des Reiches eine andre Struktur, einen neuen Mitteltypus zwischen monarchischem Staat und parlamentarischen Formen erforderten. Sein eignes Schicksal war mit dieser Entwicklung verknüpft. Er hatte nicht aus dem Parlament, aus der Stellung des Parteiführers unmittelbar in die Leitung der Geschäfte aufsteigen können, seine große historische Rolle bestand vielmehr darin, daß seine Persönlichkeit den Ausgleich zwischen Bismarck und den Liberalen, zwischen dem historisch erwachsenen Staate und den zukünftigen Entwicklungsformen am frühesten und erfolgreichsten vollzogen hat. Mochte auf dem Untergrunde des Bekenntnisses, das den Staatsmann Miquel pries, auch das leise Gefühl einer Entsagung liegen, in den Worten und in der Seele Bennigsens klang in dieser letzten Rede politischer Färbung, die er gehalten hat, nichts von einem Rivalitätsgefühl gegenüber dem glücklicheren Freunde nach, das Fernstehende manchmal bei ihm voraussetzten: nichts von dem Gemeinen, was uns alle bändigt.

Man kann von Bennigsen nicht wie von Bismarck sagen, daß er mit einer verdoppelten Intensität seines Wesens in der Familie lebte. Er hatte vielmehr dem Vaterlande auch das Opfer gebracht, auf die Freuden eines regelmäßigen und stillen Familienlebens zu verzichten. War er schon in der Zeit des Nationalvereins viel unterwegs gewesen, so war er in seiner ersten parlamentarischen Periode von 1867 bis 1883 häufig acht bis neun Monate vom Hause abwesend, und wenn er auch regelmäßig am Sonnabend in der Nacht nach Hannover fuhr, so konnte es doch nicht ausbleiben, daß er im Laufe der Jahre seinen Angehörigen manchmal ein wenig fremd wurde.

In den Jahren, in denen er ganz in der Politik aufging, war ihm eine stattliche Familie herangewachsen. Seine Gattin hatte ihm neun Kinder geschenkt, und ihr vor allem lag die Erziehung ob. Er wußte, was er ihr zu danken hatte. In mancher Wendung seiner Briefe brachte er es ihr zum Ausdruck, wieviel er ihr schulde. „Sie war nicht allein die Herzensgüte und aufopfernde Liebe selbst, auch die glückliche Erziehung meiner Kinder trotz meines unsteten Lebens und meiner fortgesetzten langen Abwesenheit von Haus war im wesentlichen ihr Werk," so schrieb er wenige Tage nach ihrem und wenige Tage vor seinem eignen Tode.[1]) Von den Kindern waren fünf Söhne: Erich (geb. 1856), Rudolf (geb. 1859), Adolf (geb. 1860), Alexander (geb. 1863), Hugo (geb. 1868) und vier Töchter: Silvie (geb. 1857), Adelheid (geb. 1861), Klothilde (geb. 1864) und Hedwig (geb. 1871).

Von den Söhnen wandten die drei älteren sich dem Studium der Rechtswissenschaft zu wie der Vater, während die jüngeren gleich dem Großvater und den Traditionen der Familie den Militärdienst ergriffen. Der älteste Sohn, häufig durch Krankheit in seiner Laufbahn aufgehalten, wurde Richter (zurzeit Amtsgerichtsrat in Syke) und führte im Jahre 1894 seine Cousine Elly von Bennigsen, die Tochter des Generals von Bennigsen (von der preußischen Linie) heim. Der zweite Sohn Rudolf wurde Landrat in Peine und trat 1892 in Kolonialdienste des Deutschen Reiches, zunächst als Finanzdirektor in Deutsch-Ostafrika. Der alte Fürst Münster hielt zwar an seiner unverbesserlichen Abneigung gegen die deutschen Kolonien fest und meinte: „Es tut mir leid zu hören, daß Ihr Sohn, der Landrat in Peine, nach Afrika geht, da ist nicht viel andres zu holen als eine kranke Leber und er hätte besser getan, in Peine zu bleiben. An die Zukunft unsrer Afrikakolonie glaube ich nicht und bedaure jeden guten Deutschen, der dorthin geht."[2]) Bennigsen aber empfand eine große Freude, daß ein Träger seines Namens persönlich an der Befestigung der deutschen Kolonien beteiligt sein sollte, für die er selbst zur Belebung des nationalen Empfindens im Volke eingetreten war. Und als der Sohn im Jahre 1899 zum Gouverneur von Neu-Guinea ernannt wurde — er durfte bald darauf auf den von Spanien gekauften Karolinen die deutsche Flagge hissen —, schrieb er einem Freunde befriedigt: „Mein Sohn ist sehr glücklich über diese ihm überwiesene selbständige Stellung in einem Gebiete, welches gewiß eine große Zukunft hat und für einen lebhaften und energischen jungen Mann eine dankbare Aufgabe liefert." Der dritte Sohn Adolf, ein sehr fähiger und tüchtiger Mann, wurde schon

---

[1]) Bennigsen an Frau Marie von Benda, 25. Juli 1902.

[2]) Fürst Münster an Bennigsen, 12. Dezember 1892.



Wohnhaus Rudolf von Bennigsens (das neue Haus) im Parke zu Bennigsen



in jungen Jahren Landrat in Springe (am Deister), nicht weit von dem Gute der Familie, und vermählte sich im Jahre 1890 mit Elisabeth von Schnehen. Bald durfte Bennigsen sich der Hoffnung hingeben, daß seine Nachkommenschaft nicht aussterben werde. Von einer Nordlandsreise schrieb er seiner Frau: „Ich gratuliere zum vierten Enkelkind, kann aber nicht leugnen, daß mir ein Knabe weit lieber gewesen wäre. Man muß aber doch dankbar nehmen, was Gott gibt, und sich freuen, wenn es Mutter und Kind gut geht. Unsre Familie ist an Zahl männlicher Mitglieder in allen Jahrhunderten immer sehr klein gewesen, im Gegensatz zu manchen andern norddeutschen Adelsfamilien. In keiner Zeit haben zugleich mehr als zwanzig männliche Familienglieder existiert, von dem Jahre 1300 bis 1500 sogar gleichzeitig höchstens zwei, hundert Jahre etwa während dieser zwei Jahrhunderte nur einer. Wir waren fünf Brüder, ich bin der einzige, welcher Nachkommen hat; von meinen Söhnen ist erst einer verheiratet und bis dahin nur ein Enkel vorhanden. Hoffentlich kommen nun aber in Springe ein paar Knaben." [1]) Von den beiden jüngeren Söhnen trat Alexander bei dem Westfälischen Jägerbataillon Nr. 7 zu Bückeburg ein (jetzt Major im Kaiserin-Augusta-Gardegrenadierregiment und Adjutant der 2. Gardedivision in Berlin). Der jüngste, Hugo, trat als Leutnant in das Feldartillerieregiment Nr. 10 in Hannover.

Nachdem Bennigsen am 1. Januar 1897 sein Amt als Oberpräsident niedergelegt hatte, zog er auf sein Familiengut, um hier mit seiner Gemahlin und seinen Töchtern die letzten Jahre zu verbringen. Er bezog jetzt das neue Haus, in dem bis zum Jahre 1881 seine Mutter gewohnt hatte. Am 27. Februar 1893 war der alte Märzminister Graf Alexander von Bennigsen ohne rechtmäßige Leibeserben gestorben. Auf Grund eines Vertrages, den die einzelnen Zweige der Gesamtfamilie von Bennigsen am 7. Januar 1877 geschlossen hatten, erhielt Rudolf von Bennigsen aus dem Erbe des verstorbenen Grafen das Gut Völksen und die Streuparzellen in Bennigsen und Münden. Er war jetzt der Senior der Familie und als solcher Inhaber eines Senioratlehens bei Gronau.

Mancher mochte ihn glücklich preisen, denn ihm war vieles im Leben gelungen, auch wenn ihm das höchste Ziel politischen Wirkens versagt blieb, in der Liebe und Verehrung eines Volkes hatte er zum Schluß einen reichen Lohn gefunden. Da geschah es, daß auch er, der Glückliche, bittrer als die meisten die Wahrheit des Wortes erfahren sollte, daß niemand vor seinem Ende glücklich zu preisen ist.

---

[1]) Bennigsen an seine Frau, 10. Juli 1895.

Er verlor im Februar 1900 seinen jüngsten Sohn Hugo. An eine befreundete Dame schrieb er damals: „In so blühendem Alter einen liebenswürdigen, tüchtigen Sohn zu verlieren, hat uns sehr schmerzlich betroffen. Er war allerdings in den letzten Jahren ein Sorgenkind für uns gewesen, da er mit den Folgen eines schweren Sturzes beim Militärjagdreiten und nochmals einer Quetschung des Knies in der Reitbahn sich zu quälen hatte, in verschiedenen Badekuren Wiederherstellung suchen mußte und zwei Jahre lang durch Kommandierungen dienstlich geschont wurde. Und nun, wo er nahezu völlig wieder gesund war, der behandelnde Arzt ihm gerade das bestimmte schriftliche Zeugnis ausgestellt hatte, daß er im Herbst nach dem Manöver jeden, auch den anstrengendsten Frontdienst völlig wieder würde übernehmen können, rafft ihn in wenigen Tagen eine schwere Lungenentzündung hinweg, die mit seinem bisherigen Leiden in gar keinem Zusammenhange stand." [1])

Es war ein Verlust, der, so schwer er war, vielleicht zu überwinden war. Und Bennigsen selbst — er siedelte bald darauf nach Göttingen für den Sommer über — überwand ihn wohl auch. Im März 1901 schrieb er seinem Freunde Planck, der soeben seinen einzigen Sohn, den Mittelpunkt aller seiner Gedanken und Sorgen, verloren hatte und nun in eine fast leere Zukunft blickte, in wärmeren Trostworten, als sie ihm gemeinhin zu Gebote standen: [2]) „Vergebens fragen wir schwachen Menschen uns, weshalb geschieht dies alles, wozu wird das Alter erhalten und muß die Jugend dahinsinken? Hätte ich nicht die feste Ueberzeugung und Du auch, wie ich glaube, daß unser Leben nur ein vorübergehender Abschnitt und ein verschwindender Zeitteil in einem unendlichen Dasein ist, dessen Wesen und Bedeutung wir freilich nicht zu erkennen vermögen, wie wollten wir dann unser Leben mit seinen Rätseln und Schmerzen ertragen, ohne unter seiner Last zu erliegen? Geduldig und tapfer sollen wir tragen, was das Schicksal uns auferlegt, und die Kräfte, welche uns die Natur verliehen hat, zum Besten der Menschheit verwerten. Das hast Du, unterstützt von der herzlichen Liebe einer verständigen Ehefrau, redlich getan, mein alter Freund. Dein eignes schweres Leiden hast Du jetzt schon seit mehr als zwanzig Jahren mit wunderbarer Gelassenheit ertragen und dabei in Deinem Beruf und Deiner Wissenschaft das Höchste geleistet, wie kaum irgendein andrer, welchem die volle Kraft seiner Augen erhalten blieb. Mögen die Anerkennung, das Vertrauen und die Liebe, welche Du Dir in so weitem Umfange erworben hast, Dir Kraft geben und es Dir erleichtern, nach

---

[1]) Bennigsen an Frau Marie von Benda, 16. März 1900.

[2]) Bennigsen an Planck, 28. März 1901. — Planck an Bennigsen, 15. April 1901.

und nach den Schmerz zu überwinden, das ist der einzige Wunsch Deines alten treuen Freundes."

Bald darauf sollte auch er selbst, wenige Monate nachdem er am Grabe Miquels gestanden hatte, einen schweren Schlag erfahren, der ihn und seine Familie im Nerv des Lebens traf. Sein dritter Sohn Adolf, der Landrat in Springe, war im Januar 1902 genötigt, einen Mann, der bei ihm im Hause verkehrte und der die Ehre seines Hauses geschändet hatte, zum Duell herauszufordern; das Verhängnis wollte, daß der Hintergangene von der Kugel des Schuldigen tödlich verwundet wurde und am Abend des 17. Januar 1902 seiner Verwundung erlag. Wie Bennigsen fast fünfzig Jahre früher an dem Sterbelager seines im Duell gefallenen Bruders Karl gestanden hatte, so mußte er jetzt mit seiner treuen Lebensgefährtin noch einmal eine plötzliche Vernichtung schöner Hoffnungen erleben.

Bennigsen und seine Frau waren auf das tiefste getroffen. „Dies furchtbare Elend ist für meine alten Tage fast zu viel," schrieb er seinem Freunde Hammacher.[1]) Kummer und Gram wurden von immer neuen Sorgen abgelöst. Bennigsen nahm die von seinem Sohne hinterlassenen fünf Kinder, vier Mädchen und einen Knaben, die mit einem Schlage den Vater und die Mutter verloren hatten, zu sich und brachte sie in dem alten Hause auf Bennigsen unter der Obhut seiner ältesten Tochter Silvie unter. Bis in die letzten Tage seines Lebens mußte er kämpfen, um sich in diesem Erziehungsrechte, das ihm von seinem toten Sohne überkommen war, zu behaupten. Dazu übernahm er nicht allein die Verpflichtung, für seine fast vermögenlosen Enkelkinder zu sorgen, sondern hatte in eben diesen Monaten für den Schwiegervater eben seines Sohnes Adolf, für den er vor einigen Jahren eine für seine Verhältnisse sehr bedeutende Bürgschaft geleistet hatte, durch Befriedigung der Gläubiger mit einem Teil seines Vermögens einzutreten. „Diese Zahlung," schrieb er an Hammacher, der ihn durch den Vorschlag einer Reise von seinem Kummer ablenken wollte, „bringt mich zwar nicht in Verlegenheit, legt es mir aber bei den neuen erheblichen Verpflichtungen für meine Enkelkinder nahe, künftig alle unnötigen Ausgaben zu vermeiden. An größere Reisen kann ich jetzt nicht denken."

„Wir leben hier möglichst stille für uns weiter," schrieb er einige Tage später. „Meine Frau und ich müssen unsre ganze Religion oder[2]) Philosophie zusammennehmen, ein so bitteres Geschick mit Ergebung und Gelassenheit zu ertragen. Ich bin freilich ein An-

[1]) Bennigsen an Hammacher, 25. Januar, 7. Februar, an Planck, 15. Februar 1902.

[2]) Bei Kiepert, S. 261 die falsche Lesart „und".

hänger der Stoischen Philosophie. Aber die Wirklichkeit ist doch stärker als alle Theorie." Im Juni reiste er mit seiner Frau zum Besuch seines ältesten Sohnes nach Syke. Am 29. Juni sagte er zu Hammacher, der ihm immer mehr auch zum persönlichen Freunde geworden war und ihn zum Trost in Hannover besuchte: „Ich lebe jetzt jeden Tag bei meinen Büchern, das sind meine besten Freunde." Auch politisch sah er bei dieser Zusammenkunft trübe in die Zukunft, die ihm durch den Schwächezustand des deutschen Liberalismus gefährdet schien; er meinte: „Würde die Erkenntnis der Notwendigkeit einer sich den Verhältnissen und dem Erreichbaren anpassenden liberalen und nationalen Parteipolitik die liberalen Elemente aller Volkskreise vereinigen, so sähe es in unsern inneren Zuständen besser aus."[1]) Er dachte wohl in diesen Tagen daran, an der Reise der Zentralmoorkommission vom 6. bis 12. Juli teilzunehmen.[2]) Schon suchte Planck, der unermüdlich an seinem Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch arbeitete, ihn wieder nach Göttingen zu ziehen. Er meinte, es sei der Wunsch vieler Tausenden, die sich Bennigsen für seine vaterländische Tätigkeit zum tiefsten Danke verpflichtet fühlten, daß ihm doch noch einmal warmer Sonnenschein den Lebensabend durchleuchte. „Noch oft gedenken wir der schönen Zeit vor zwei Jahren, als Du den Sommer über hier in Göttingen warst. Könntest Du doch noch einmal wieder einen Sommer hier zubringen. Dann wird es aber freilich bald Zeit dazu, denn wenn wir 1824er auch zähe zu sein scheinen (außer uns sind Hammacher und Hobrecht in derselben Lage), so darf man doch mit dem Eintritt in das neunundsiebzigste Jahr nichts mehr hinausschieben."[3])

In denselben Tagen aber holte das Geschick, in dem sich nun unabänderlich das eine an das andre knüpfte, zu seinem schwersten Schlage aus. Die treue Gattin Bennigsens war von dem Kummer so tief getroffen, daß sie am 10. Juli 1902 plötzlich erkrankte und nach zwei Tagen starb, man darf wohl sagen, an gebrochenem Herzen. Und damit sollte sein eignes Leben zu Ende sein. Auch ihm zerbrach von der Seele aus die Widerstandsfähigkeit eines noch immer rüstigen Körpers in wenigen Wochen. Ein Brief aus diesen letzten Tagen mag ein Bild von der Trauer des vereinsamten Mannes geben.

---

[1]) Kiepert, S. 261—262.

[2]) Bennigsen an Hammacher, 12. Juni 1902.

[3]) Planck an Bennigsen, 8. Juli 1902.

Bennigsen an Planck.

Bennigsen, 27. Juli 1902.

Mein lieber alter Freund!

Vierzehn Tage sind nun bereits verflossen seit dem plötzlichen Tode meiner lieben Frau, und noch kann ich mich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß so viel Herzensgüte und aufopfernde Liebe mir und meinen Kindern in diesem Leben für immer entrissen ist. Ganz unerwartet war sie in der Nacht zu meinem neunundsiebzigsten Geburtstage erkrankt; am ersten Tage schon trat die Herzschwäche so gefährlich auf, daß der hiesige tüchtige Arzt und der telegraphisch herbeigerufene Professor Reinhold den Fall sehr ernst nahmen und ich meinen Geburtstag in großer Sorge um ihr Leben verbrachte. Am folgenden Tage war der Zustand, auch die Herzschwäche, etwas besser. Und noch am 12., als der Professor zum dritten Male gekommen, uns vormittags verließ, am folgenden Tage wieder zu kommen versprach, erklärte er, das Befinden habe sich seit dem vorigen Tage nicht verschlimmert! Zwei Stunden darauf war sie entschlafen an Herzlähmung, so sanft, daß die Anwesenden den Tod zunächst gar nicht bemerkt hatten.

Es ist dieser Verlust für mich, der ich achtundvierzig Jahre lang mit ihr in einer überaus glücklichen Ehe gelebt habe, fast zu schwer, nachdem mir schon rasch hintereinander zwei blühende Söhne entrissen waren. Meine arme Frau hatte den Tod meines Sohnes Adolf im Januar unter so furchtbaren Umständen noch nicht überwunden. Ihre so kräftige Konstitution muß darunter gelitten haben und in ihrer Widerstandskraft geschwächt sein. Der hiesige sehr tüchtige Arzt ist wenigstens entschieden der Ansicht, daß darin und in der fortwährenden Unruhe und Sorge über die Enkelkinder der Keim zu dem Herzleiden gelegt ist. Monate hat es erfordert, bis das Kammergericht zu Berlin in dritter und letzter Instanz der unwürdigen Mutter die Erziehung der Kinder definitiv abgenommen hat. Erst acht Tage nach dem Tode meiner Frau ist — wenigstens bis auf weiteres — in den fortgesetzten Versuchen der Mutter und ihres hartnäckigen Anwaltes von erster Instanz das Bestreben zurückgewiesen, die Kinder wochenlang zum Besuch bei sich zu haben und mit ihnen eine von mir ungehinderte Korrespondenz zu führen. Die Angst wegen eines verderblichen Einflusses der Mutter auf die Kinder hatte meine arme Frau nicht zur Ruhe kommen lassen, da die reizenden, sehr begabten, an der Großmutter sehr hängenden Kinder, zum Teil zart, durch die Vorfälle vom Januar körperlich und seelisch angegriffen waren.

Ich weiß von Dir, mein alter Freund, daß Du an meinem tiefen Kummer warmen Anteil nimmst. Ihr beide habt ja auch erfahren

müssen, was es heißt, einen lieben Angehörigen zu verlieren, als Euer Sohn unerwartet an der Influenza, nachdem er von jahrelangem Leiden wiederhergestellt in sein Richteramt eingetreten, Euch entrissen ward. Sinn und Vernunft vermögen wir Menschen in solchen Schicksalen nicht zu finden. Verständnis und Trost vermag mir auch die spezifisch christliche Lehre nicht zu geben. Daran halte ich aber unerschütterlich fest, daß wie alles materielle, so auch alles geistige Wesen in einem allgemeinen unzerstörbaren Zusammenhange steht, und unser Dasein in dem traumhaften, armseligen Leben auf Erden nicht beschlossen ist. In welcher Form und Gestalt sich wiederfinden wird, was hier innig miteinander verbunden war, davon vermögen wir uns freilich keine Vorstellung zu machen. Größer ist das Rätsel aber auch nicht, als das der Wirkung materieller Dinge aufeinander und der Verbindung und Beziehung von Materie und Geist.

*

Noch am 31. Juli — er war tagaus tagein nur mit der Erledigung dieser traurigen Korrespondenz beschäftigt — schrieb er an eine Stiefschwester seiner Gemahlin, Frau Adelheid von Reden, geborene von Reden: „Wie ich den Verlust von soviel Herzensgüte, Liebe und Fürsorge nach unsrer achtundvierzigjährigen so glücklichen Ehe in meinen alten Tagen ertragen soll, begreife ich immer noch nicht." Ein gütiges Geschick sollte es ihm ersparen. Unmittelbar hernach, am 1. August, erkrankte Bennigsen selbst unter den Anzeichen eines akuten typhösen Fiebers; daneben rief nach einigen Tagen eine kleine Verletzung am rechten Unterschenkel eine lokale lymphangitische Entzündung hervor, die trotz energisch eingreifender Therapie so rasch zu allgemeiner Sepsis führte, daß eine Operation ohne Erfolg blieb. Am 7. August, abends 8¼ Uhr, entschlief er sanft.

Von dem Anteil, den die Nation an ihrem großen Toten nahm, von den Beileidskundgebungen und den Nachrufen sei hier nicht mehr die Rede.[1]) Am 11. August, nachmittags 2½ Uhr, wurde das, was sterblich an Rudolf von Bennigsen war, zur Erde bestattet, in dem Park seines Gutes, den er einst selbst angelegt hatte, an der Seite seiner Gattin und seiner beiden Söhne.

Allein aus der Rede Plancks, der im Namen der nationalliberalen Gesamtpartei am Grabe sprach, seien einige Sätze hier wiedergegeben. Planck wollte nicht nur der Klage Raum gewähren, daß die stolze Eiche

---

[1]) Zusammengestellt in: „Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei", 14. Jahrg., Nr. 4 (15. August 1902), auch bei Kiepert a. a. O. S. 263—270.



Grabstätte von Rudolf von Bennigsen und seiner Frau im Parke zu Bennigsen



gesunken und nur die Erinnerung noch geblieben sei: „Wir müssen uns erheben in dem Dank dafür, daß wir einen solchen Mann gehabt haben, in dem Dank dafür, was er für uns alle getan hat, was er für das Vaterland und uns geleistet hat, was er uns und dem Vaterlande gewesen ist." Er überblickte noch einmal den Gang dieses Lebens und seine Verflechtung mit der Geschichte, von dem Momente an, wo er ihm selber im Jahre 1849 seinen festen Lebensplan, sich der Politik und dem deutschen Vaterlande zu widmen, mitgeteilt hatte. „Wollte ich auch nur in Umrissen alles darlegen, was unser teurer entschlafener Führer getan hat, so müßte ich die ganze deutsche Geschichte seit 1855 darlegen, denn auf jedem Blatt steht mit leuchtenden Buchstaben der Name Rudolf von Bennigsen. Aber das Wichtigste und was für uns am meisten Wert hat, ist nach meinem Gefühl nicht das, was er getan, sondern die Art, wie er es getan hat: es ist die große, reine, edle Persönlichkeit, zu der wir voll Bewunderung und Verehrung hinaufschauen, eine Persönlichkeit, in der der Genius des deutschen Volkes eine seiner schönsten Blüten getrieben hat."

Personenregister

A

B

C

N

Y

Z





